Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

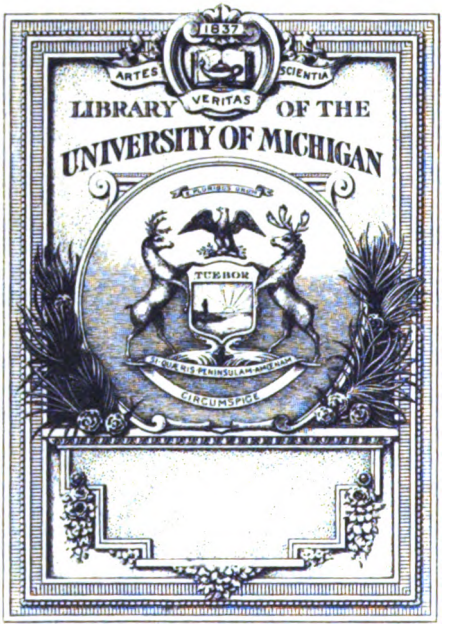
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B 1,148,881

Digitized by Google



Digitized by Google

JA
19
.J48

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

◆

Herausgeber:
Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

Schriftleitung:
Theodor Heuß, Axel Schmidt

◆

Sechster Jahrgang
Januar/Juli 1921

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 1
Rohrbach, Ausblick in die Auswärtige Politik 3
Gadow, England und Amerika 6
Müller-Jabusch, Das Gesicht des Marschalls Foch . 11
Mohr, Gedanken zur neudeutschen Chinapolitik . . . 17

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 1. Januar 1921 Heft 1

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Kürzlich erschien

der **2. Band** von

Fritz Mauthner

Der Atheismus und seine Geschichte im Abendlande

Auf bestem holzfreiem Papier gedruckt
Preis geheftet M 63.—, in Halbleinen gebunden M 75.—

Ueber den Ausgang des Mittelalters und durch die Zeit der Reformation führt uns der zweite Band von Mauthners großangelegtem Werk in die Jahrhunderte, die für das Entstehen des modernen Geistes, für die Unabhängigkeit des menschlichen Denkens entscheidend geworden sind, in das 17. und 18. Jahrhundert. Auch dieser Band handelt, wie der erste, nicht nur von Gedankenkämpfen, von Ideen und abstrakten Begriffen; wir sehen vielmehr in voller Lebendigkeit und plastischer Greifbarkeit die Menschen, die diese Kämpfe führten, diese Ideen erlebten, diese Begriffe mit ihrem Herzblut erfüllten und gar manchmal auch mit ihrer Wohlfahrt und Existenz bezahlten.

Aus einer Besprechung des 1. Bandes:

„In diesem Werk gibt Fritz Mauthner nicht nur seiner eigenen Lebensleistung einen starken, breiten und reichen Abschluß, sondern in gewissem Sinne auch der geistigen Arbeit eines ganzen Zeitalters, indem er den gesamten Inhalt der Weltanschauung, die die letzten zwei Generationen erfüllt hat, noch einmal meisterhaft zusammenfaßt. Wie das monumentale Mausoleum eines Geschlechts, dessen Lebensgefühl heute schon historisch geworden ist, wird dieses Werk dastehen, wenn seine drei Riesenbände vollendet sein werden." (Egon Friedell im „Neuen Wiener Journal".)

Band 1 kostet geheftet M 58.— ord., gebunden M 70.— ord.

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten
pflegt u. fördert. Erste Künstler,
namhafte Fachleute u. durchgebildetes
Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe
Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse
Werbedienst G. m. b. H. Berlin * W 35

Digitized by Google

Gen.
Lit. Ges

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

Beſhenez, Der Bolſchewismus und die Kinder 256
Bouton, Die amerikaniſche Politik und Deutſchland 519
Bruce, Eine Stimme aus Amerika für Deutſchland 425
Buchholz, England und das Reparationsproblem 346
— Engliſche Neubildungen 603
Carnevali, Wahlkampf 423
— Italien und die oberſchleſiſche Frage 535
— Die kritiſche Lage der italieniſchen Handelsmarine 617
Deißmann, Entlarvung des „Lusitania-Schwindels“ 448
Delbrück, Eine Bitte an Ed. Bernſtein 327
— Ein Stücklein von Abgeordneten Breitſcheid 390
— Römertum und Germanentum 620
Ebſtein, Englands Kontinentalpolitik 247
— Briands Drohrede 373
v. Eickſtedt, Menſchenkundliche Zeitforderungen 572
Eimer, Partikularismus in Reinkultur 523
Erenyi, Das mitteleuropäiſche Kulturproblem 113
— Budapeſter Eindrücke 278
— Habsburgs Vorſtoß 368
Fiſcher, Zu den Feſtſtellungen des „Schuldausſchuſſes“ im Reichstag 351
Flemming, Brief an die „Deutſche Politik“ 358
Fritſch, Korfantys Putſch 467
Fuchs, Mechterſtädt 213
Hadow, England und Amerika 6
Haas, Die geiſtigen Auslandswerte Deutſchlands 209
Hartmann, Tirol 493
Haſſelmann, Wirtſchaftliche Erneuerung 69
Heicke, Der Siedlergarten eine Kultur-Angelegenheit 64
Heuß, Ein Kapitel Lohnpolitik 45
— Die Flaggenfrage 131
— Preußenwahl und Regierungsbildung 219

Digitized by Google

Seite

— Berlin und London 271
— Die weitergetriebene Revolution 343
— Die Krisis 464
— Das österreichische Staats- und Reichsproblem 546
Immendörfer, Die Zuspitzung der westungarischen Frage 133
Jäckh, Talaat 315
Juder, Vorschläge zur Preiswucherbekämpfung 405
Kindt, Jan Smuts in Südwestafrika 37
Kügelgen, Die Lösung des russischen Problems 181
Külz, Der moralische Wiederaufbau 299
Laubert, Die Bedeutung der Ostmark für Deutschland 206
Mannhart, Ein amerikanischer Wahrheitszeuge für Oberschlesien 250
Massow, Das Deutschtum in den an Polen abgetrennten Gebieten 468
Maurer, „Fair" 453
Mette, Wirtschaftskatastrophe einst und jetzt 487
Mohr, Gedanken zur neudeutschen Chinapolitik 17
Montgelas, Mobilmachungsdaten 1914 199
— Das unerklärliche Schweigen 538
— „Wiederaufnahme des Verfahrens" 559
— Moralische Rehabilitierung und Reparation 592
Müller, Italien und die Pariser Konferenz 176
Müller-Jabusch, Das Gesicht des Marschalls Foch 11
— Die Großen und die Kleinen 64
Nell, Wiedergutmachung 111
Oestreich, Die Einheitsschule als Produktionsschule 496
Ostwald, Japan und Amerika 201
Otto, Religiöser Menschheitsbund 234
— Die Eingeborenen in Südwestafrika und die britische Verwaltung 329
Patzelt, Der Kampf um Deutschösterreich 582
Preuß, „Republik und Monarchie" — Reich und Preußen 127
Quendt, Die französischen Sozialisten 105
— Malvys Verteidigungsschrift 438
— Tardieus Buch über den Frieden 512
— Sozialisten und Kommunisten in Frankreich 614
Richter, Ein weißer Rabe unter den englischen Sozialisten 283
Riemann, Polens Hoffnungen und Polens Nöte 401
— Polen in Not 609
Rohrbach, Ausblick in die Auswärtige Politik 3
— Hoffnungslicht 25
— Verqualmung 51
— Ein deutsch-französischer Briefwechsel 75
— Der „törichte und ehrlose" Friede 99
— Die Erben des Bolschewismus 123
— Was zu erwarten war 147
— An die französische Adresse 171
— Dr. Simon's Antwort 195
— Was heißt heute deutsche Außenpolitik? 223
— Zum Londoner Ultimatum 242
— Auf der Folterbank 267
— Worauf es ankommt 291
— Grundsätzliche und grundsatzlose Politik 339
— Was die Franzosen wollen und fürchten 363
— Was sie wollen 387
— Der Irrtum 435
— Die Gewalt als „Recht" 459
— Nach der Entscheidung 483

Digitized by Google

Seite

— Frankreich und Oberschlesien 531
Rothbarth, Die Sprachenverwirrung der Konferenzen 273
Salomon, Helene Lange's Lebenserinnerungen 94
— Fichte und sein Werk 307
Sontag, Die Karriere Wojciech Korfantys 510
v. Scheele-Willich, Die Auslandsdeutschen und die Heimat 355
Schilling, Die deutsche Politik in der Tschechoslowakei 161
— Die Bedeutung des Auslanddeutschtums 563
Schmidt, Emigrantenpolitik 56
— Trotzkis Pyrrhussieg 297
— Lloyd Georges Vorstoß 507
Schmidt (E. L.) Deutscher Schultag in Buenos Aires 568
Schönemann, Die Reaktion in den Vereinigten Staaten 442
Schüler, Chinas Lage und Zukunft 473
Schwering, Höhere Schule und politische Bildung 304
Stahl, Paul Cambon 227
Stein, Vom Zwang über Umlage zur Freiheit I 231
— Vom Zwang über Umlage zur Freiheit II 259
Thimme, Zu Bethmann Hollwegs Gedächtnis 81
— Die Konstellation der Preußenwahlen 156
— Bethmann Hollweg und die Tirpitz'sche Flottenpolitik 186
Das preußische Problem 376
Die preußische Regierungsbildung 411
Die Regierungsbildung in Permanenz 579
anfilvanus, Zustände in Neu-Rumänien 541
euherz, Die Zukunft Oberschlesiens 322
Der englische Bergarbeiterstreik und seine weltpolitischen Wirkungen 415
asruk, Die drei Abstimmungspläne Korfantys 33
Hertheimer, Der Kampf der Deutschen in Südwestafrika um ihre Schule . . 595
Bolzendorff, Abrüstung und Militarismus 137
* * * Briands Sieg 152
* * * Brief an die „Deutsche Politik" 140
* * * Fünfzig Jahre Deutsches Reich 86
* * * Zur Reparationsfrage 421
* * * Einige Warnungen zur Rußland-Frage 555

Digitized by Google

II. Sachregister

Seite

Abgetretene deutsche Gebiete
- Die Bedeutung der Ostmark für Deutschland (Laubert) 206
- Es schwebt ein dumpfer Groll in Elsaß-Lothringen 239

Amerika
- Amerika 74, 217, 218, 314, 361, 482, 505
- Die amerikanische Politik und Deutschland (Bouton) 519
- Entlarvung des „Lusitania-Schwindels" (Deißmann) 448
- Die Reaktion in den Vereinigten Staaten (Schönemann) 442
- Eine Stimme aus Amerika für Deutschland (Bruce) 425

Auslandsdeutschtum
- Die Auslandsdeutschen und die Heimat (v. Scheele Willich) . . 355
- Die Bedeutung des Auslanddeutschtums (Schilling) 563
- Deutscher Schultag in Buenos Aires (Schmidt, E. L.) 568
- Die geistigen Auslandswerte Deutschlands (Haas) 209

Auswärtige Politik
- Auswärtige Politik 1, 25, 97, 289, 313, 433, 529
- Abrüstung und Militarismus (Wolzendorff) 137
- Ausblick in die Auswärtige Politik (Rohrbach) 3
- Berlin und London (Heuß) . . . 271
- Grundsätzliche und grundsatzlose Politik (Rohrbach) 339
- Hoffnungslicht? (Rohrbach) . . . 25
- Reichstagsrede des Vertreters eines Ausland-Wahlkreises (Flemming) 358
- Dr. Simons Antwort (Rohrbach) . 195
- Vergualmung (Rohrbach) 51
- Was heißt heute deutsche Außenpolitik? (Rohrbach) 223
- Was sie wollen (Rohrbach) 387

Bayern
- Bayern . . . 169, 266, 458, 506, 578
- Partikularismus in Reinkultur (Eimer) 523

China
- Chinas Lage und Zukunft (Schüler) 473
- Gedanken zur neudeutschen Chinapolitik (Mohr) 17

Deutsch-Oesterreich
- Deutsch-Oesterreich 434
- Der Kampf um Deutsch-Oesterreich (Patzelt) 582
- Tirol (Hartmann) 496
- Die Zuspitzung der westungarischen Frage (Immendörffer) 133

England und Irland
- England und Irland 1, 145, 194, 313, 358, 362, 385, 410, 481, 529, 577
- England und Amerika (Gadow) . . 6
- England und das Reparationsproblem (Buchholz) 346
- Englands Kontinentalpolitik (Epstein) 247
- Der englische Bergarbeiterstreik und seine weltpolitischen Wirkungen (Treuherz) 415
- Englische Neubildungen (Buchholz) 603
- Lloyd Georges Vorstoß (Schmidt) 507
- Ein weißer Rabe unter den englischen Sozialisten (Richter) . . . 283

Frankreich
- Frankreich . 26, 73, 97, 193, 530, 554
- Briands Drohrede (Epstein) . . . 373
- Paul Cambon (Stahl) 227
- Frankreich und Oberschlesien (Rohrbach) 531
- Die französischen Sozialisten (Quendt) 105
- Das Gesicht des Marschalls Foch (Müller-Jabusch) 11
- Malvys Verteidigung (Quendt) . 438
- Zur Reparationsfrage (* * *) . . 421
- Sozialisten und Kommunisten in Frankreich (Quendt) 614
- Eine Stimme der Vernunft in der Wüste französischen Hasses . . . 258
- Tardieus Buch über den Frieden (Quendt) 512
- Was die Franzosen wollen und fürchten (Rohrbach) 363
- Wie Frankreich kolonisiert 23

Friedensfragen
- Friedensfragen 25, 26, 49, 73, 98, 121, 122, 145, 146, 169, 170, 193, 217, 241, 265, 337, 385, 409, 433, 457, 601
- Briands Sieg (* * *) 152

Digitized by Google

Seite

Ein deutsch-französischer Briefwechsel (Rohrbach) 75
Auf der Folterbank (Rohrbach) . . 267
An die französische Adresse (Rohrbach) 171
Die französische Presse über Deutschlands Versklavung (Notiz) . . . 192
Das Gesicht des Marschalls Foch (Müller-Jabusch) 11
Die Gewalt als „Recht" (Rohrbach) 459
Die Großen und die Kleinen (Müller-Jabusch) 64
Der Irrtum (Rohrbach) 435
Italien und die Pariser Konferenz (Müller) 176
Zum Londoner Ultimatum (Rohrbach) 242
Moralische Rehabilitierung und Revaration (Montgelas) 592
Norman Angell und der Friedensvertrag 22
Der „törichte und ehrlose" Friede (Rohrbach) 99
Was zu erwarten war (Rohrbach) 147
Wiedergutmachung (Nell) 111

Geschichtliches
Das österreichische Staats- und Reichsproblem (Heuß) 546
Römertum und Germanentum (Delbrück) 620
Wirtschaftskatastrophe einst und jetzt (Mette) 487

Innere Politik
Innere Politik 74, 122, 146, 218, 338 361, 386, 482, 553, 602
Bethmann Hollweg und die Tirpitzsche Flottenpolitik (Thimme) . . 186
Zu Bethmann Hollwegs Gedächtnis (Thimme) 81
Die Flaggenfrage (Heuß) 131
Fünfzig Jahre Deutsches Reich (* * *) 86
Die Krisis (Heuß) 464
Mechterstädt (Fuchs) 213
„Republik und Monarchie" — „Reich und Preußen" (Preuß) . 127
Die weitergetriebene Revolution (Heuß) 343

Italien
Italien 50, 98, 434, 505
Italien und die oberschlesische Frage (Carnevali) 535
Die kritische Lage der italienischen Handelsmarine (Carnevali) . . . 617
Wahlkampf (Carnevali) 423

Seite

Japan
Japan 410
Japan und Amerika (Ostwald) . . 201

Kolonien
Die Eingeborenen in Südwestafrika und die britische Verwaltung (Otto) 329
Der Kampf der Deutschen in Südwestafrika um ihre Schule (Wertheimer) 595
Jan Smuts in Südwestafrika (Kindt) 37

Kulturpolitik
Kulturpolitik 287
Deutsche Kultur in Südamerika . 287
Die Einheitsschule als Produktionsschule (Oestreich) 496
Fichte und sein Werk (Salomon). 307
Helene Langes Lebenserinnerungen (Salomon) 94
Höhere Schule und politische Bildung (Schwering) 304
Menschenkundliche Zeitforderungen (v. Eickstedt) 572
Das mitteleuropäische Kulturproblem (Erenyi) 113
Der moralische Wiederaufbau (Külz) 299
Religiöser Menschheitsbund (Otto) 234
Der Siedlergarten eine Kulturangelegenheit (Heicke) 59
Die Sprachenverwirrung der Konferenzen (Rothbarth) 273
Wirtschaftliche Erneurung (Hasselmann) 69

Neuerscheinungen
Neuerscheinungen 120, 143, 144, 168 240, 287, 382

Oberschlesien
Oberschlesien 50, 265, 434, 481, 482 554, 577, 602
Ein amerikanischer Wahrheitszeuge für Oberschlesien (Mannhart) . . 250
Die drei Abstimmungspläne Korfantys (Wasruk) 33
Die Karriere Wojciech Korfantys (Sonntag) 510
Korfantys Putsch (Fritsch) 467
Die Zukunft Oberschlesiens (Treuherz) 322

Polen
Polen . . . 1, 313, 434, 458, 481
Das Deutschtum in den an Polen abgetretenen Gebieten (Massow) 468
Polens Hoffnungen und Polens Nöte (Riemann) 401
Polen in Not (Riemann) 609

Digitized by Google

Seite

Preußen
Preußen . . .170, 314, 362, 386, 553
Die Konstellation der Preußenwahlen (Thimme) 156
Preußenwahl und Regierungsbildung (Heuß) 219
Das preußische Problem (Thimme) 376
Die preußische Regierungsbildung (Thimme) 411
Die Regierungsbildung in Permanenz (Thimme) 579

Randstaaten
Randstaaten 122, 506, 578

Rumänien
Zustände in Neu-Rumänien (Transsilvanus) 541

Rußland
Rußland 170, 218, 242, 288, 530, 554
Der Bolschewismus und die Kinder (Beshenez) 256
Einige Warnungen zur Rußland-Frage (* * *) 555
Emigrantenpolitik (Schmidt) . . . 56
Die Erben des Bolschewismus (Rohrbach) 123
Die Lösung des russischen Problems (Kügelgen) 181
Trotzlis Pyrrhussieg (Schmidt) . . 297

Sozialpolitik
(Heuß) 45

Schuldfrage
Schuldfrage 266, 289
Eine Bitte an Ed. Bernstein (Delbrück) 327

Seite

Nach der Entscheidung (Rohrbach) 483
„Fair" (Maurer) 453
Zu den Feststellungen des „Schuldausschusses" im Reichstag (Fischer) 351
Mobilmachungsdaten 1914 (Montgelas) 199
Ein Stücklein vom Abgeordneten Breitscheid (Delbrück) 390
Das unerklärliche Schweigen (Montgelas) 538
„Wiederaufnahme des Verfahrens" (Montgelas) 559
Worauf es ankommt (Rohrbach) . 291

Tschechoslowakei
Die deutsche Politik in der Tschechoslowakei (Schilling) 161

Türkei
Talaat (Jäckh) 315

Ukraine
Ukraine 335, 407

Ungarn
Ungarn 337
Budapester Eindrücke (Erenyi) . . 278
Habsburgs Vorstoß (Erenyi) . . . 368

Wirtschaftspolitik
Wirtschaftspolitik 2. 410
Deutsche Werke (* * *) (Brief an die Deutsche Politik) 140
Vorschläge zur Preiswucherbekämpfung (Juber) 405
Vom Zwang über Umlage zur Freiheit I (Stein) 231
Vom Zwang über Umlage zur Freiheit II (Stein) 259

Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 1. Januar 1921 * Heft 1

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In der „Nation" vom 4. Dezember lesen wir: „Man versicherte ein Haus gegen Schäden durch die Sinnfeiner mit 2½%. Der Versichernde wollte nun auch den Schutz auf Schäden ausgedehnt haben, die durch Beauftragte der Krone (d. h. englische Polizei und Militär) angerichtet werden könnten. Dafür verlangte die englische Gesellschaft 10%." Man kann dem „Manch. Guardian" nur Recht geben, anläßlich der letzten Vorgänge in Cork, daß die Entrüstung der Engländer über das deutsche Vorgehen in Belgien vor der Welt als Heuchelei wirken müsse.

*

Der Zerfall des polnischen Kabinetts macht Fortschritte. Kaum ist die Lücke, die durch den Rücktritt des Finanzministers Grabrei entstanden war, ausgefüllt, so haben jetzt die Sozialisten ihren Vertrauensmann, den Vizepräsidenten Daszynski zurückgezogen. Damit ist der Plan des Ministerpräsidenten Witos, ein Kabinett des linken Zentrums mit je einem Vertrauensmann der Rechten (Nationaldemokraten) und der Sozialisten zu schaffen, zusammengebrochen. Der Grund für das Ausscheiden der Vertrauensmänner von rechts und links dürfte der gleiche sein. Sowohl die Nationaldemokraten als die Sozialisten wollen im bevorstehenden Wahlkampf ohne Rücksichten an der Regierungspolitik Kritik üben können. Als Sturmbock dürfte beiden die trostlose Finanzlage dienen. Hat doch der neue Finanzminister festgestellt, daß die Einfuhr 95%, die Ausfuhr 5% des polnischen Warenaustausches ausmacht.

*

Unsere diplomatische Gesellschaft, die vorrevolutionäre und, soweit es sich machen läßt, auch die nachrevolutionäre, betrachtet bekanntlich als eins der gravierendsten Kennzeichen des „unmöglichen" Menschen das „Röllchen." Nun, es hat Bahnbrecher des Geistes gegeben, die es auch trugen, und was unser allgemeines deutsches Leben betrifft, so könnten

Digitized by Google

wir froh genug sein, wenn wir für die zunächst absehbaren Jahre unseren Kulturstand nicht weiter zurückzuschrauben brauchten, als bis zum alten ehrlichen Röllchen. Es gibt nur eine Art von Röllchenhaftigkeit, die wirklich peinlich ist: die moralische. Gerade diese scheint sich mit gewissen Gängen unserer neuen Politik gut zu vertragen. Besonders beobachtet man sie in den eigentümlichen Formen unseres Verkehrs mit dem undefinierbaren Gemisch phraseologisch-propagandistischer und blutig-verbrecherischer Existenzen, das bei uns Sowjet-Rußland „vertritt." Die unteren beamteten Sphären fangen damit an; in der „Region Schlesinger" wird die moralische Röllchenhaftigkeit dann besonders ausgefranst und unsauber; geplättete und gewaschene Spielarten für den russischen Verkehr werden aber auch höher hinauf bevorzugt.

*

Das preußische Landwirtschaftsministerium verlangte in der vorigen Woche vom Preußenhause 180 Millionen Mark um 30 000 Hektar Domänen in Selbstbewirtschaftung zu nehmen. Man will dafür im Preußenhause 60 Millionen für 15 000 Hektar bewilligen, wenn für dieselben ein angemessener Pachtzins zu erzielen ist und wenn sie sich nicht zur Ansiedlung eignen. Da über letzteres das Ministerium selbst zu befinden hat, so ist es selbstverständlich, daß die Beamten, denen man solche Mittel zur Eigenwirtschaft in die Hände gibt, nicht andern das Land überlassen werden, die sie als Konkurrenz ansehen müssen. Die starke Erbitterung, die diese Maßnahme bei den großen Massen siedlungsfreudiger Elemente im Reiche auslösen muß, ist den Herren Ministerialdirektoren ganz gleichgültig — es kommt ihnen auf die Steuern dieser Leute an, die sie als Betriebsmittel brauchen; zugleich befriedigen sie durch Errichtung staatlicher Großwirtschaft ihren Minister Braun. Aber Tausende von Heimstätten selbständiger Siedler, die auf dieser Fläche mit diesen Mitteln errichtet werden könnten, entstehen nicht — statt dessen halten die Herren Ministerialdirektoren desselben Ministers den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften salbungsvolle Vorträge darüber, daß die Aufgabe der Siedlung gelöst werden müsse, gelöst — um jeden Preis! Dem siedlungsfreudigen Steuerzahler wäre mehr gedient, wenn statt der Reden die Herren vom Ministerium die Domänen nebst der angeforderten Summe für die Siedlungsgesellschaften verlangen würden. Am 11. Januar wird über diese Sache endgültig im Preußenhause abgestimmt werden. Wir hoffen, daß hier alle Siedlungsfreunde dazu eine Stellung einnehmen werden, die dem Landwirtschaftsministerium diese zielbewußte Sabotage der Siedlung unmöglich macht und sowohl das Land wie die Geldmittel den gemeinnützigen Landgesellschaften zuweist.

Digitized by Google

Ausblick in die Auswärtige Politik

Von Dr. Paul Rohrbach.

Wir haben ein schlechtes Jahr hinter uns und ein schlechtes vor uns — zu welcher Feststellung kein Scharfsinn und keine Prophetengabe gehören. Zwischen schlecht und schlecht ist aber ein Unterschied. Schlecht, sogar sehr schlecht, braucht noch nicht hoffnungslos zu sein. Es kommt darauf an, ob jemand die Faktoren richtig beurteilt, die seine Lage bedingen, und ob er Mittel zu erkennen vermag, um sie zum Bessern zu beeinflussen. Ist das bei uns der Fall? Erst davon wird es abhängen, wie unsere Zukunft einzuschätzen ist.

Die Völkerbundstagung in Genf ist vorüber. Sie hat wenig versprochen und weniger als wenig gehalten. Im Grunde war sie eine Posse, die von einem Kollegium innerlich zynischer, äußerlich ernst blickender Auguren, einigen Harmlosen und einigen resigniert Wissenden gemeinsam aufgeführt wurde. Was zutage trat, war folgendes: 1. Der absolut schlechte Wille Frankreichs in allen Deutschland und Gesamteuropa betreffenden Fragen. 2. Die innere Unberührtheit der englischen Politik durch das Schicksal Deutschlands und den sogenannten Weltfrieden. 3. Die Ohnmacht der kleinen Staaten, von denen die meisten an sich guten aber gänzlich belanglosen Willens sind. 4. Das Unvermögen der einzigen beachtlichen Macht, die für eine innere Gesundung der Welt eintritt, Italiens, ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen. Es lohnt nicht, bei irgendwelchen Einzelheiten von Genf zu verweilen. Das Einzige was für uns und für die internationale Lage von Wichtigkeit ist, war die Tatsache, daß Frankreich sich allen Versuchen, eine Gesundung Europas anzubahnen, mit ebenso großer Offenheit und Rücksichtslosigkeit wie Festigkeit widersetzte, und daß es dabei auf der ganzen Linie siegte. Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ hat die Tagung gut charakterisiert. Er teilt aus Pariser Zeitungsberichten mit, der amerikanische Senator Mac Cornick, der als Vertrauensmann Hardings jetzt in Europa reist, sei auch auf der Journalistentribüne in Genf gewesen, habe aber „nach kurzem Verweilen mit ironischen Worten und einem Achselzucken die frische Luft aufgesucht.“ Wolff fährt dann fort:

Was auf dieser Konferenz sich begeben und nicht begeben hat, läßt wohl kaum andere Worte zu, als ironische, und nur die ausdrucksvolle Achselbewegung zu. Besonders schön waren die Debatten über die obligatorischen Schiedsgerichte und über jene allgemeine Abrüstung, die, nebenbei bemerkt, der vierte unter den 14 Punkten Wilsons war. Man hatte Deutschland sehr getadelt, als es auf den Haager Friedenskonferenzen diese Forderungen nach militärisch-bureaukratischer Methode bekämpft hatte, und seine starre Weigerung war in der Tat ein schwerer Fehler gewesen, aber jetzt zeigte in Genf Frankreich, obgleich sein Gegner besiegt und entwaffnet ist, sich ganz ebenso starr.

Digitized by Google

Im „Berliner Tageblatt“ stehen oft Dinge, die wir im deutschen Interesse für schädlich halten, aber dem Urteil über Genf ist rund beizustimmen; auch in Betreff des Dankes an den schweizerischen Delegierten Motta, der im Konferenzsaal die Ausschließung Deutschlands aus dem Völkerbunde beklagte — wozu richtig bemerkt wird, daß es gleichgültig sei, ob bei einer Völkerbundkonferenz auch ein deutscher Vertreter wochenlang dazu mithilft, daß nichts geschieht.

Natürlich ist gegen den Völkerbundsgedanken selbst damit nichts gesagt, daß Frankreich die Parodie eines Bundes, für deren Zustandekommen in seinem Interesse es selbst gesorgt hat, nun auch seinem Vorhaben gemäß ausnutzt. Deutschland hat in *diesem* Bunde nichts zu suchen und hat nie etwas Gutes von ihm zu erwarten. Wenn man demgegenüber sagt, an der Aufnahme in einen verbesserten Völkerbund habe auch Deutschland ein Interesse, so ist das in dieser abstrakten Form sicher zuzugeben, aber wer fragt, wie und wann das geschehen könnte, wird keine andere Antwort finden, als diese: Nicht anders und nicht eher, als bis Frankreich sich veranlaßt sieht, seiner Politik, daß es nicht mehr Deutsche als Franzosen geben dürfe, zu entsagen. Eher bekommt die Völkerbundsfrage für Deutschland kein mögliches Gesicht.

Warum kommt es vor allen Dingen auf Frankreich an? Weil die Franzosen, so paradox es klingt, gegenwärtig auf einer materiell höchst unsoliden Grundlage eine außerordentliche militärische Stärke entwickeln. Das gilt, abgesehen von dem entwaffneten Deutschland, in erster Linie England gegenüber. Es ist in der Oeffentlichkeit noch nicht sehr bekannt, daß Frankreich jetzt vermutlich imstande ist, durch weittragende Geschütze und Unterseeboote den englischen Kanal genügend lange zu sperren, um mit Erfolg den Versuch zu einer Truppenlandung in England zu machen. Die französische Heeresverwaltung stellt batterienweise ferntragende Riesenkanonen her, die noch ein Stück landeinwärts von Calais oder Boulogne aufgestellt werden und von dort aus London beschießen können. Die französische Marine baut beschleunigt nach den ausgelieferten deutschen Modellen eine große Anzahl höchst vollkommener Unterseeboote. Es fällt auf, daß in der militärischen Presse Frankreichs das U-Boot, und zwar seine „rücksichtslose“ Verwendung nach deutschem Muster, als ein *legitimes* Mittel der Kriegführung behandelt werd. Die französische Flugwaffe verfügt über eine so große Anzahl von ausgebildeten Fliegern, von fertigen Flugzeugen und bereitliegendem Material, mit einem so furchtbaren Bombenkaliber, daß alle verwüstenden Wirkungen der Fliegerbomben des „letzten“ Krieges weit dahinter zurückbleiben. Die Landung in England, dieses Jahrhunderte alte Problem, dieses Schreckgespenst Englands, ist heute für die Franzosen eine prinzipiell gelöste Frage. Natürlich wissen das alle

Digitized by Google

verantwortlichen Stellen in England so gut wie in Frankreich, und dieses gegenseitige Wissen gibt den englisch-französischen Beziehungen ihren geheimen, dem Kundigen aber erkennbaren Unterton. Die verantwortlichen Männer in Frankreich sind sich nicht im unklaren darüber, daß sie die ungeheuren Kosten ihrer Land-, See- und Luftrüstung nicht entfernt dauernd aus eigenen Mitteln tragen können. Im Gegenteil, die finanzielle Grundlage der französischen Macht ist vollständig ausgehöhlt. Das ganze System kann nur eine Weile aufrechterhalten werden durch die stete Verkündigung: Deutschland muß alles zahlen! Wofür? Für die Aufrichtung einer französischen Herrschaft in Europa! Das ist es, wovon der französische Militarismus und Nationalismus von heute träumen. Ludwig XIV. und Napoleon I. auf der Höhe ihrer imperialistischen Phantasie sind in ihm wieder auferstanden. Auch dem jüngsten Träger des Nobelpreises für Verdienste um den Frieden, Herrn Léon Bourgeois, dem Oberpriester des Zynismus von Genf, werden solche Gedanken nicht fremd sein.

Zu diesem eigentümlichen Hintergrund des französisch-englischen Verhältnisses kommt die immer deutlicher werdende Flotteneifersucht zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika, über die dieses Heft einen gut unterrichtenden Artikel enthält. Auch sie macht es illusorisch, der Idee des Völkerbundes für absehbare Zeit einen praktisch entscheidenden Inhalt zu geben. Solange so ungeheure Krisen zwischen den Siegern im Weltkriege drohen, solange bedeutet der Völkerbund äußerst wenig. Nichts ist grundloser, als die Vorstellung, hinter den furchtbaren Erlebnissen des Weltkrieges sei der Weltfriede auf lange hinaus gesichert. Er ist es durchaus nicht, so sehr auch in der Tiefe der Völker die Abneigung gegen erneute ungeheure Kämpfe vorhanden sein mag. Die Völker bedeuten in solch einem Falle nicht viel. Das französische Volk in seiner großen Mehrheit teilt zum Beispiel nach guten Zeugnissen gar nicht den Haß, der fast aus jeder öffentlichen französischen Aeußerung gegen Deutschland spricht. Aber für die Politik zwischen Frankreich und Deutschland kommt es nicht auf das französische Volk an, sondern auf die französischen Machthaber und auf die französischen Zeitungen.

Kennt man die Hintergründe der französischen Politik, so wird man auch mißtrauisch gegen die verheißungsvollen Töne sein, die jetzt von Brüssel aus durch die offiziöse Presse klingen. Wir wollen das Ende abwarten, aber wir fürchten, das Ende wird wieder ein Beweis dafür sein, daß Frankreich Deutschland gegenüber kein anderes Ziel kennt, als das der Schwächung bis zum Aeußersten. Erstens weil eine überlegene deutsche Volkszahl die Franzosen immer in Angst versetzen wird, und zweitens, weil, wenn eines Tages der Kampf um die napoleonischen Ziele kommt, Frankreich im Rücken sicher sein will.

Digitized by Google

All diesen Dingen gegenüber hat Deutschland keine andere Möglichkeit, als die einer klaren und starken Ideenpolitik. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Völkerfreiheit, die Schiedsgerichtsverträge, die innere Wiedergesundung Europas, die Revision der Schuldfrage: das sind einige von den Zielen, die die deutsche Politik verfolgen muß. Warum die gegenwärtige deutsche Regierung soviele Gelegenheiten vorübergehen läßt, um als nachdrückliche Verfechterin dieser großen Menschheitsgedanken und Menschheitswerte aufzutreten, warum sie sich der wirksamen Waffen, über die Deutschland zu seiner moralischen Wiederherstellung verfügt, so wenig bedient, das vermögen wir leider nicht zu durchschauen. Wenn aber die Regierung etwas versäumt, so sollen sich andere politische Kräfte ans Werk machen. Wir haben ja in Deutschland genug politische Parteien. Ist in keiner von diesen soviel Klugheit oder Ehrgeiz, soviel mit politischer Einsicht verbundene Vaterlandsliebe vorhanden, daß sie die Waffen aufnehmen kann, die dazu bereit liegen, um ihr in kurzem die moralische Führung der Nation zu sichern? Es bleibt doch nun einmal bei dem Rankeschen Satz vom Primat der auswärtigen Politik im Leben der Völker. Diejenige Partei, die dieses Gesetz besser begreift als andere, und die begreift, von welcher aktivistischen Bedeutung für die auswärtige Politik die großen und unvergänglichen moralischen Werte sind, die wir als Waffe aufnehmen können, die gewinnt notwendig die Führung. Es gibt viele Mittel und Wege, auf denen eine politische Partei, die das Gesetz und die Methoden des Handelns in einer Lage wie der unsrigen erkennt, Fühlung zwischen Deutschland und denjenigen Kräften in der außerdeutschen Welt herstellen kann, auch in der bisher feindlichen, die von Natur unsere Bundesgenossen sind. Solche gibt es in gar nicht geringer Menge und von gar nicht zu verachtender Stärke. Man muß sie nur kennen und muß sie auf die richtige Weise fassen, um bald genug Deutschland damit nützen und Autorität für die Führerschaft beanspruchen zu können.

England und Amerika

Von Korvettenkapitän Gadow.

Unter den zahlreichen Interessengegensätzen, welche der Krieg hinterlassen hat, steht derjenige zwischen den beiden angelsächsischen Völkern sowohl seiner Bedeutung wie auch seiner wachsenden Schärfe nach ohne Zweifel an erster Stelle und erfordert die genaueste Beachtung. Das charakteristische an der Lage ist, daß sie genau derjenigen entspricht, die seinerzeit dem „Risikogedanken" des deutschen Flottenbaues zugrunde gelegen hat. Die Weltlage hat sich zugunsten Amerikas und zuungunsten Englands entscheidend verändert. Der Unterschied ist nur, daß

Digitized by Google

die Ueberlegenheit Amerikas nicht durch eine schwere Schwächung Englands zur See bewirkt ist oder wird, sondern durch eine eigene ungeheure Kraftanstrengung Amerikas bei gleichzeitigem Zurückbleiben der englischen Seemacht.

Der bestehende Gegensatz beruht auf zwei Hauptmomenten, die jedoch teilweise ineinander eingreifen. Das erste ist der Kampf um die Oelvorräte der Welt, das zweite der erwachte Wille der Vereinigten Staaten, ihren Seehandel auf eigene Füße zu stellen und die dazu erforderliche große Handelsflotte durch eine Kriegsflotte allerersten Ranges zu decken. Ineinander greifen diese Momente insofern, als der Besitz der Oelvorräte gleichzeitig wieder eine Lebensfrage für die beiderseitigen Kriegsflotten bildet. Man könnte vom falschen Zirkel reden, wenn das Oel nicht gleichzeitig der Lebenssaft der Industrie und des Verkehrs im allgemeinen wäre.

Um den ersten Konfliktstoff näher zu erläutern, so handelt es sich kurz gesagt für die Vereinigten Staaten (Standard Oil Trust) darum, ihre rapide abnehmenden Oelvorräte rechtzeitig durch den Erwerb der mexikanischen Schweröl quellen und einen Anteil an den abendländischen Vorräten in Mesopotamien, Kleinasien, Sundainseln usw. zu ergänzen. Diese letzteren Vorräte einschließlich wichtiger Quellen in Mexiko werden von dem großen gegnerischen Trust, der sogenannten Royal Dutch, kontrolliert, der unter englisch-holländischer Flagge segelt, aber tatsächlich mit der englischen Regierung verwachsen ist. Die Bedeutung dieser Frage tritt hervor, wenn man sich den enorm gesteigerten Petroleum- und Benzinverbrauch der Vereinigten Staaten mit ihrem riesig entwickelten Kraftwagenwesen vergegenwärtigt. Die englische Regierung ihrerseits kann nicht gewillt sein, auch nur den kleinsten ihrer Ansprüche ohne Gegenwert aufzugeben, denn die englische Flotte ist heute fast ausnahmslos auf Teerölheizung eingestellt, bei gleichzeitig entsprechend gesteigertem Verbrauch an Motorentreiböl, Benzin und Schmieröl. Eine grelle Beleuchtung erfährt dieser seit Jahren mit schweigender Verbissenheit geführte Kampf durch die Note der Vereinigten Staaten vom 26. November dieses Jahres, worin der englische Versuch, die Oelkonzessionsfrage in den Mandatgebieten Kleinasiens ohne Amerika zu lösen und die vorhandenen türkisch-englischen Konzessionen als gültig zu behandeln, mit äußerster Entschiedenheit zurückgewiesen wird.

Könnte man sich nun in der Oelfrage zur Not einen Kompromiß denken, der in erster Linie auf Kosten Mexikos zu schließen wäre, so erscheint der Antagonismus fast hoffnungslos in der Frage des Seehandels und der Seerüstung.

In dieser Hinsicht datieren die entscheidenden Ereignisse vom Jahre 1916. In diesem Jahre trat Amerika mit dem Entschluß, eine mächtige

Digitized by Google

Handelsflotte zu bauen und diese durch eine entsprechende Kriegsflotte zu schützen, in die Arena des Weltkrieges und gleichzeitig des Wettkampfes mit England. Der Uebergang vollzog sich unter der Wirkung der schweren Notlage der europäischen Verbündeten. Eine Transportflotte mußte geschaffen werden, und es genügt hier festzustellen, daß das Resultat eine Steigerung des amerikanischen Handelsschiffsraums von 2 Millionen Tonnen im Juni 1914 auf 12,4 Mill. Juni 1920 war. In der gleichen Zeit erfuhr die englische Tonnage einen kaum merklichen Zuwachs und wird heute auf 20,4 Millionen Tonnen beziffert, einschließlich der Dominions.

Gleichzeitig mit diesem Aufschwung im Handelsschiffbau setzte ein amerikanisches Flottenprogramm ein, das in folgender Tabelle seinen Ausdruck findet. Im Jahre 1924 wird das Stärkeverhältnis bei Innehaltung der jetzigen Baupläne sein:

	England	Ver. Staaten
Linienschiffe 1. Kl. . .	750 000 t	840 000 t
Schlachtkreuzer . . .	230 000 t	260 000 t
schwerste Geschütze (über 30,5 cm) . .	244	250 - 260

Einen weiteren Schritt auf dem Wege des Wettbewerbs taten die Vereinigten Staaten mit dem Einbringen des Jones-Gesetzes (Merchant Marine Act.), worin, kurz gefaßt, eine gewaltige Subsidierung der Handelsschiffahrt, Befreiung amerikanischer Schiffe von Panamakanalabgaben und Ausdehnung des Küstenfahrtmonopols bis zu den Philippinen die wichtigsten Merkmale waren. Die Durchführung dieses Gesetzes bedingt die Kündigung von über 20 Handelsverträgen; es ist das genaueste Gegenstück zu Cromwells Navigations-Akte, die den Grund zu Englands Seehandelsstellung legte. Bekanntlich erhob Wilson Einspruch gegen die vertragstörenden Klauseln des Gesetzes, jedoch besteht kein Zweifel, daß Harding seine Regierung mit Durchführung dieses Gesetzes beginnen wird.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhange der englisch-amerikanische Kampf um die deutschen Kabel, dem der Wille Amerikas zugrunde liegt, mit Europa, im besonderen Deutschland, ohne englische oder französische Kabelkontrolle zu verkehren.

Dies sind die Konfliktstoffe, die hier nur summarisch zusammengefaßt werden können. Nur wer den unerschütterlichen Willen Englands richtig einschätzt, die Sicherheit und den Vorrang seines Seehandels um jeden Preis zu behaupten, und wer dagegen den Trotz des jungen Riesen Amerikas setzt, seine im Kriege kennengelernten nationalen Kräfte zu dehnen und zu betätigen, wird den rechten Maßstab der Verwicklung erhalten. Ein Bild der Lage ergibt sich aus der Presse und den Reden der Staatsmänner der beiderseitigen Länder.

Digitized by Google

Die englische Presse bemühte sich lange, nicht mehr als ein höfliches Interesse für die amerikanische Flottenpolitik zu zeigen. (Die lebenswichtige Oelfrage wurde dabei, alter Ueberlieferung zufolge, dem unterirdischen Kampfe der Finanzgewalten vorläufig noch überlassen.) Bis heute hat noch kaum ein englischer Leitartikel den nicht mehr zu übersehenden Gegensatz beleuchtet, die Taktik war vielmehr die folgende: Die großen Zeitungen beschränkten sich lange auf Berichte ihrer Mitarbeiter in Newyork und Washington. Diese ließen eine schnell zunehmende Besorgnis erkennen. Noch am 3. 3. 20 ließ sich die „Times" melden, die neuerlichen Flottenpläne seien nur ein Druckmittel der Regierung, um die Ratifikation des Versailler Vertrages zu erzwingen. Am 2. 2. 20 heißt es jedoch schon im „Daily Telegraph", noch nie sei so viel Unwilliges in Amerika gegen England geschrieben worden. Man werfe ihm vor, daß es für amerikanisches Geld Schiffe baue, die stärker seien als amerikanische und — daß es das amerikanische Geld zu höheren Zinsen weiter verleihe!

Großadmiral Jellicoe sprach im Januar in Washington inoffiziell in dem Sinne, daß die Vereinigten Staaten jederzeit das Recht hätten, eine so mächtige Flotte zu bauen, wie es ihnen beliebte. Er fügte hinzu: Für England sei allerdings die Unverwundbarkeit zur See oberster Leitsatz.

Im März wird im Manchester Guardian (9. 3. 20), immer von drüben aus, geschrieben, „es könnten sich wohl Umstände ergeben, die zu einem Wettrüsten führten." Die weiteren Nachrichten verfolgen sorgfältig jede Aeußerung des amerikanischen Marinesekretärs Daniels und die unten noch anzuführenden Pressestimmen.

Im Juni beginnt der zweite Akt. Namhafte Fachschriftsteller erhalten ihr Stichwort. Mr. Archibald Hurd, eine erste Autorität, fragt in der Fortnightly Review und im Daily Telegraph „Soll England sich von Amerika überschatten lassen? Die Statistik wird beunruhigend." Am 17. 6. 20 folgt die erste Interpellation im Unterhause über das Stärkeverhältnis der beiden Flotten nach Schiffszahlen, Kalibern und Geschwindigkeit. Im September zitiert Army und Naval Record die Worte Lord Brasseys vom Jahre 1905, daß England mit seinen Besitzungen Hilfsquellen habe, die denen Amerikas überlegen seien. Gleichzeitig richtet das Fachblatt immer dringendere Aufforderungen an die Regierung, die Konsequenzen aus den Kriegserfahrungen zu ziehen und mit einem Flottenprogramm hervorzutreten. In der nächsten Zeit steigert sich die öffentliche Erörterung. Die Regierung wird gedrängt, die Geschichte der Seeschlacht bei Skagerrak zu veröffentlichen, die Zuschriften und Artikel mehren sich, Admirale und Abgeordnete bereiten den Boden für ein großes Riesenschiffsprogramm und der heutige Stand der Dinge (De-

Digitized by Google

zember), den wir als dritte Phase bezeichnen möchten, wird gekennzeichnet durch den Beschluß des Parlaments, die Frage dem Reichsverteidigungsausschuß zu überweisen und eine Verfügung der Admiralität, wonach weitere Entlassungen vom Marinedienst aufzuhören haben und Wiedereinstellungen ermöglicht werden. Bei alledem ist dem Kundigen nicht zweifelhaft, daß die erforderlichen Baupläne für die neuen Riesenschiffe, mit denen die Herausforderung beantwortet werden soll, im Stillen der Vollendung mindestens nahe sind.

Schärfer noch sind die amerikanischen Stimmen, welche die Entwicklung begleiten. Philadelphia Leader v. Dezember 1919 sagt noch, die Vorlage des „General Board", die amerikanische Marine soll auch der mächtigsten gleich sein, könne sich nur auf die englische Flotte beziehen. Ein solcher angelsächsischer Wettkampf sei traurig und unchristlich zugleich. Admiral Sims, amerikanischer Flottenführer in europäischen Gewässern, gibt vor dem Marineausschuß des Kongresses die unbekümmerte Auskunft, er habe bei seiner Abreise nach Europa die Weisung erhalten: „Lassen Sie sich nicht von den Engländern einseifen und vergessen Sie nicht, daß wir gerade so gut gegen die Engländer kämpfen konnten." Die Washington Post (in Morn. Post, 2. 2. 20) bezichtigt England, „das auf dem letzten Loche gepfiffen habe", der Undankbarkeit gegen seinen militärischen und finanziellen Retter. Das Seehandelsmonopol Englands sei nicht zu dulden. Die Hearst Presse (Daily Telegraph, 2. 2. 20) schreibt, England solle aufhören mit dem sentimentalen Gewäsch von „hands across the seas", diese Hände seien immer nur gierig geöffnet und Amerika solle sie füllen! Im März brachte Mr. Daniels eine weitere Flottennovelle ein, die u. a. 2 neue Schlachtschiffe und 1 neuen Schlachtkreuzer enthielt und laut Begründung, den Vereinigten Staaten die „größte Flotte der Welt" geben solle.

Diese Novelle ging nun zwar nicht durch. Aber hiermit ist das Wort gefallen und wird schnell Gemeingut der öffentlichen Meinung und der Staatsmänner. Mr. Daniels erklärt im Bulletin der Schiffbautechn. Gesellschaft, „die Flotte müsse den Angriffskrieg in Feindesland tragen können." Derselbe erklärte Ende August in Charleston, die Verzögerung der Friedensdurchführung habe den Termin der Abrüstung hinausgeschoben. Die Pläne der Vereinigten Staaten seien daher unverändert und würden ihnen den Vorrang in der Welt (world primacy) geben. Army and Navy Register, Washington, schrieb (nach N. a. M. Rec. 27. Okt.) „Unser Land hat jetzt Größenverhältnisse erreicht — gemessen an Industrie und Handel — die es zu einer starken Wehrmacht berechtigen, wie sie durch das Gesetz vom 7. Juni 1920 festgelegt ist, und zu einer Marine, die die Seemacht jeder anderen Nation übertrifft. Dies ist keine Drohung für irgendeine andere Macht und gibt keiner das Recht,

Digitized by Google

seine Rüstungen zu beschleunigen. Der Völkerbund ist heute noch nicht arbeitsfähig, später wenn seine Organisation und die Durchführung seiner Prinzipien sich als wirksam erwiesen hat, wird man ernsthaft von Abrüstung reden können." Im gleichen Sinne, womit hier die Belege beschlossen werden mögen, sprach Mr. Harding am 4. 12. in Norfolk, Virg. (Times 6. 12. 20). Diese Rede wurde nach Rückkehr von Panamakanal gehalten, dessen Befestigungen, entgegen dem jede Befestigung ausschließenden Hay-Pauncefote Vertrag, in Zukunft noch gewaltig verstärkt werden sollen.

Das Bild der Lage wäre nicht vollständig, ohne der japanischen Gefahr Erwähnung zu tun. Japans Interessen kreuzen sich mit denen Amerikas in Sibirien, China, im Stillen Ozean und in den pazifischen Küstenländern. Ohne näher hierauf einzugehen, sei festgestellt, daß Japan im Jahre 1924 über 16 bis 18 neueste Großkampfschiffe verfügen wird. Japan ist mit England verbündet, schon werden Stimmen laut, welche England beschuldigen, daß es den japanisch-amerikanischen Gegensatz schüre. Wie dem auch sei, selbst wenn man der Meinung ist, daß Japan und Amerika zuerst zur Abrechnung schreiten werden, so steht dahinter doch immer riesengroß der Hauptgegner, das brit. Weltreich; und die hier zusammenprallenden Interessen überragen alle übrigen. Zum Schluß sei des amerikanischen Planes Erwähnung getan, die Flotte im Jahre 1921 auf einer Kreuzfahrt um die Welt zu schicken, über Südamerika, Kapstadt, Südsee mit Australien in den Stillen Ozean, wo sich dann strategische Manöver abspielen sollen. Die Rückkehr der atlantischen Flottenteile erfolgt durch den Panamakanal. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine solche Kreuzfahrt unter den Umständen die ernsteste Bedeutung erlangt. Ueberall wo das Sternenbanner gezeigt wird, muß sich eine Erörterung über die Seegeltung der beiden konkurrierenden Länder ergeben. Für die englischen Besitzungen muß ein Gefühl der Bitterkeit zurückbleiben, daß ihre Flagge heute nicht annähernd so stark auf den Ozeanstraßen vertreten ist, und die Angehörigen der amerikanischen Flotte selber werden bei allem Stolz und Selbstbewußtsein nicht umhin können, die Verteilung der englischen Stützpunkte rund um die Erde und die eigene Unfreiheit in dieser Beziehung neidvoll und schmerzhaft zu empfinden.

Das Gesicht des Marschalls Foch

Von Maximilian Müller-Jabusch

In Frankreich ist kürzlich ein ganzes Buch über Ludendorff erschienen. Wer in Deutschland hat sich mit dem Marschall Foch beschäftigt? Von den feindlichen Heerführern war in Deutschland höch-

Digitized by Google

stens auf russischer Seite der lange Großfürst Nicolai und bei den Franzosen im Anfang des Krieges der Marschall Joffre, populär, ohne daß sich mit dieser an Oberflächlichstes anknüpfenden Popularität wirkliche Kenntnis der Persönlichkeit verband. Das ist sehr seltsam, überrascht aber kaum den, der die politische Psyche des deutschen Volkes kennt. Und insofern ist es gut, hier einmal eine Rede wiederzugeben, die das Gesicht des Marschalls Foch leidlich ungeschminkt zeigt. Der Geist, den er vertritt, ist einer der stärksten Faktoren in dem Kampfe, den die Entente auch nach dem Friedensschlusse gegen uns führt. Wollen wir in diesem Kampfe leidlich parieren können, so müssen wir die Eigenart des Gegners kennen; ich fürchte, die Melodie ist uns leider allzuvertraut, nur daß wir sie immer auf der anderen Seite, auf unserer hörten.

Foch hielt diese Rede auf der sechsten Vollsitzung der Friedenskonferenz am 6. Mai 1919. Erst an diesem Tage, dem Vorabend der Ueberreichung der alliierten Friedensbedingungen an die deutsche Friedensdelegation, wurde der Vollversammlung der Friedenskonferenz, die bis dahin in der Hauptsache nur mit Völkerbund und Weltarbeitsrecht befaßt worden war, — nicht etwa der volle Text der Bedingungen —, sondern ein zusammenfassender Auszug daraus von André Tardieu vorgetragen. An die Verlesung schlossen sich Proteste der portugisischen und chinesischen Delegation, eine ganz kurze Bemerkung des Italieners Crespi und dann die folgende Rede*) des Marschalls Foch:

„Ich würde. glaube ich, einige Bemerkungen zu machen haben, wenn ich den Text des Vertragsentwurfs in den Händen hätte, aber ich muß bekennen, daß ich ihn noch nicht habe. Vom militärischen Standpunkt aus gibt es Klauseln, die ich erst gerüchtweise kenne und die Bemerkungen erfordern. Ich will mich zwingen, sie zu präzisieren.

Im XIV. Teil sieht man als Gewähr für die Wiedergutmachungen die Besetzung der Länder des linken Rheinufers während fünf, zehn oder fünfzehn Jahren vor. Wenn man diese Frage ausführlich besprechen könnte, wäre es ein leichtes, zu beweisen, daß diese Sicherheit vom militärischen Gesichtspunkt aus überhaupt keine ist, und daß sie nur wachsende Lasten für die alliierte Okkupation schafft. Ich stelle ausdrücklich fest, daß dieses Kapitel XIV oder dieser Abschnitt XIV, ich weiß es nicht genau, eine Garantie darstellt, die ich gleich null erachte, da sie für uns nur wachsende militärische Lasten zur Folge hat. Das ist der erste Vorbehalt, den ich mache.

Nach dem, was ich noch verstanden habe, würden wir fünf Jahre lang den Rhein halten „als militärische Garantie und als Mittel, unsere Wiedergutmachungsforderungen sicherzustellen", nach fünf Jahren und auf zehn Jahre würden wir den Rhein freigeben von der holländischen Grenze bis unterhalb Köln, also auf eine Strecke von mehr als 200 km von den 500 km, die wir dort besetzt hatten.

Schon jetzt möchte ich bemerken, daß vom Standpunkt der Wiedergutmachung aus diese Maßnahme die Freigabe des am meisten industrialisierten Teiles des besetzten Gebietes bedeutet, die Freigabe des Brückenkopfes, der den Zutritt zum Ruhrgebiet gibt, der vornehmsten Quelle der Kraft Deutschlands, das wir damit auf-

*) Diese Rede wird nach dem unveröffentlichten stenographischen Protokoll hier zum ersten Mal wiedergegeben.

Digitized by Google

hören zu bedrohen und auf dessen Besetzung wir verzichten. (que nous cessons de menacer et que nous renonçons à saisir.)

Nach zehn Jahren sind es 80 neue km der Rheinlinie, die wir freigeben von Köln bis unterhalb Koblenz. Schließlich nach 15 Jahren wird die Rheingrenze auf der ganzen Ausdehnung der besetzten Gebiete freigegeben. Frankreich befindet sich wieder auf seinen Grenzen von 1870, das heißt ohne irgend welche militärische Sicherheit.

Ich habe versucht, in aller Schnelligkeit die Beschreibung der Grenzen Frankreichs im Saargebiet zu verstehen, ich habe sie aber nicht begreifen können. Man hat uns gesagt, daß es die Grenze von 1870 wäre; heißt das, daß wir auf der Grenze der Besiegten von 1815 und 1870 bleiben? Wendet man sie auf das Saargebiet an? Es ist mir nicht klar geworden.

Wie Sie sehen, werden wir nach 15 Jahren kein Pfand für die Wiedergutmachungen haben. Infolgedessen behaupte ich, daß die Abteilung XIV vollkommen unzulänglich ist. Während die Bezahlungen und Wiedergutmachungen 30 Jahre lang laufen, stellt sich heraus, daß wir 15 Jahre lang mehr oder weniger scharf wirkende Garantieen haben und daß wir nach 15 Jahren überhaupt keine mehr haben.

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit dringend auf dieses Fehlen militärischer Garantien.

Auf der andern Seite ist die Wiederbesetzung der besetzten Gebiete ins Auge gefaßt worden, während oder nach dieser Zeit von 15 Jahren im Falle, daß Deutschland den von ihm unterzeichneten Vertrag ganz oder teilweise nicht erfüllt. Wer hat über die Zweckmäßigkeit dieser Wiederbesetzung zu entscheiden? Die Wiedergutmachungskommission. Bei allen Verletzungen der Bestimmungen des Vertrages, selbst bei denen, die nicht die Wiedergutmachung betreffen, die etwa militärische oder Verwaltungsangelegenheiten betreffen, ist es die Wiedergutmachungskommission, die kommen wird, um zu sagen: „Es hat eine Verletzung solcher Bestimmungen stattgefunden und es besteht also Grund zur Wiederbesetzung der besetzten Gebiete.“ Sie allein würden doch wohl in dieser Hinsicht kompetent sein? Darüber hinaus wird sie in dem, was die Wiedergutmachungen betrifft, Verletzungen von Abmachungen festzustellen haben, die noch nicht im Vertrag stehen, weil sie erst im Laufe der Zeit nach der Unterzeichnung dieses Vertrages festgesetzt werden. Das ist eine unzulängliche Jurisdiction. Zusammengefaßt bringt also der Vertrag vollständige Garantieen für die Zeit von fünf Jahren, während der Deutschland außerstande sein wird, zu schaden. Aber von diesem Augenblicke an, in demselben Maße, in dem die deutsche Macht sich wieder erholen kann und die Gefahr ständig größer wird, nehmen die Garantien ab, um schließlich nach 15 Jahren ganz zu verschwinden. Nach Ablauf dieser Zeit wird man nicht ein einziges militärisches Mittel haben, einen Feind zum Zahlen zu bringen, der 30 Jahre lang zu zahlen hat, während die Lasten für die Alliierten sich vermehren werden.

Es ist in der Tat unbestreitbar, daß, um eine Linie, die nicht die Rheinlinie ist, zu besetzen, um eine starke Grenze diesseits des Flußes herzustellen, mehr Truppen nötig sind. Unsere Lasten werden in demselben Maße wachsen, wie unsere Garantieen sich vermindern werden, um schließlich gleich null zu sein, während wir noch 15 Jahre lang Forderungen zu stellen haben.

Um den Feind zu zwingen, seine Verpflichtungen zu halten, gibt es nur ein einziges militärisches Mittel: die Aufrechterhaltung der Besetzung des Rheins (c'est de maintenir l'occupation du Rhin). Am Rhein kann man in der Tat mit geringen Kräften Deutschland jede Aktion verbieten und sich alle vorbehalten.

Digitized by Google

Das sind die Bemerkungen, die ich über den Abschnitt XIV zu machen hätte. Ich bitte, daß diese Vorschläge von neuem geprüft werden und besonders von militärischen Sachverständigen der alliierten Nationen.

Wenn man mich fragen würde, welche Lösung ich vorschlage, würde ich etwa so sagen: „Die Frage des Rheinlandes ist ganz und gar durch den Rhein bedingt; dieser Fluß bestimmt alles; wenn man Herr des Rheines ist, ist man auch Herr des ganzen Landes. Wenn man nicht mehr am Rhein steht, hat man alles verloren. Ich brauche mir ein Beispiel nicht weit her zu holen. Wenn wir uns in diesem Saale verteidigen wollten, würde es genügen, die Türen zu halten, um dem Feind den Eintritt zu verwehren. Umgekehrt, wenn wir die Türen verlören, wird der Feind hereinkönnen. Also, solange wir die Rheingrenze halten, werden wir unbeschränkte Herren auf dem linken Ufer mit wenig Kosten sein. Wenn wir umgekehrt den Rhein aufgeben, werden wir viel Kräfte nötig haben, um ein Land zu halten, in dem wir trotzdem schwach sein werden und es dem Feind ja freistehen wird, uns anzugreifen, wenn er Lust hat. Militärisch gesehen, ist einzig und allein der Rhein wichtig. Der Rest zählt nicht. Die Besetzung der Rheinlande hat erst Wert, wenn wir die Hand auf den Rhein legen. Wenn wir uns zurückziehen, wie hier gesagt worden ist, liefern wir Pfänder aus, öffnen Türen, setzen uns selbst in eine minder günstige Lage, weil wir gezwungen sind, ein Land ohne (natürliches) Hindernis zu besetzen und darauf viel mehr freie Kräfte zu verwenden, sozusagen also auf eine viel kostspieligere Art.

Die Besetzung des Rheines aufrechtzuerhalten, ist das wirtschaftlichste und sicherste Rezept. Ich kann mich täuschen, und deswegen habe ich gebeten, daß andere militärische Sachverständige sich mit mir vereinen, um dieses Kapitel zu überprüfen. Wie lange sollen wir den Rhein besetzen? Ebenso lange, wie man beabsichtigt, sich Garantieen zu schaffen (qu'on voudra conserver des garanties), da es ja keine andere gibt. Wenn man finden wird, daß man bezahlt ist oder daß man genügende Garantien hat, so braucht man nur die Truppen zurücknehmen und abzuziehen.

Bemerken Sie wohl, daß ich die Besetzung des Rheines verlange und nicht die der Rheinlande. Gerade in diesem Punkt gehen unsere Meinungen auseinander. Man wirft mir ein, daß ich ein Land besetze, das ist ganz und gar ungenau. Ich besetze die Rheinübergänge, eine Maßnahme, die sehr wenig Kräfte erfordert.

Wenn die Durchführung des Vertrages Fortschritte gemacht haben wird, wenn die deutschen Länder sich so guten Willens gezeigt haben werden, daß kein Zweifel mehr möglich ist, (lorsque les pays allemands témoigneront d'une bonne volonté indiscutable), wenn die Entwaffnung durchgeführt sein wird, dann kann man die Lasten der ganzen Welt, der Alliierten und Deutschlands erleichtern, indem man die Okkupationstruppen reduziert, und diese Reduktion wird, wie Sie sehen, nicht vor sich gehen durch die Aufgabe von Gebiet, sondern durch die Herabsetzung der Zahl der Okkupationskräfte.

Uebrigens bedeuten diese im Kapitel XIV vorgeschlagenen Verschiebungen (replis) die sich im Laufe der Zeit verändernde Aufstellung der Truppen (l'établissement successif) zunächst auf einer ersten Linie, dann auf einer zweiten Linie, die fünf Jahre lang gehalten wird und schließlich auf einer dritten, die es zehn Jahre lang sein wird. Infolgedessen werden wir Kasernen zu bauen und Einrichtungen zu treffen haben, die die Alliierten und Deutschen in Kosten stürzen werden, je mehr es notwendig sein wird, mehr Truppen herbeizuführen, um die neue Linie zu bewachen. Daraus werden beträchtliche Lasten für die Völker entspringen, und das wird vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus unheilvoll sein.

Kurz und gut vom militärischen Standpunkt aus sage ich klipp und klar, daß

Digitized by Google

es nötig ist, am Rhein zu bleiben und diese Linie nicht aufzugeben, auch nicht teilweise, weil wir uns sonst belasten und schwächen und nach Ablauf einer gewissen Zeit jeder Garantie entblößt sind. Diese Bemerkungen beziehen sich auf die ganze Rheinlinie von Köln bis Koblenz und bis Mainz.

Im Kapitel XIV handelt man auch, glaube ich, vom Brückenkopf Kehl. In Wirklichkeit handelt es sich dort nicht um einen richtigen Brückenkopf: Beweis dafür ist, daß wir auf diesem Gelände nicht die Schutzzone haben, die 30-Kilometer-Zone, die wir überall sonst haben, eine Zone, die berechnet ist nach der Tragweite der Kanonen und die notwendig ist, damit wir ohne Hindernis aufmarschieren können, wenn wir die Offensive wieder aufnehmen wollen würden.

In Kehl haben wir die Forts von Straßburg, die auf dem linken Rheinufer liegen, besetzt und nichts anderes. Man nennt das einen Brückenkopf, aber in Wirklichkeit ist es keiner, denn man könnte davon nicht zweckmäßig aufmarschieren. Die Forts auf dem rechten Rheinufer bilden die eigentliche Verteidigung des Platzes Straßburg. Sie sind ein Teil davon und können davon nicht abgetrennt werden. Sie den Deutschen zurückgeben, würde so viel bedeuten, wie wenn man ihnen die Hälfte Straßburgs geben würde. Straßburg ist ein französischer Platz, man kann ihn nicht in zwei Hälften teilen und die eine Hälfte den Deutschen und die andere den Franzosen geben. Die Forts von Straßburg bilden einen integrierenden Bestandteil des Platzes. Wie konnte überhaupt die Idee entstehen, ihn nicht ganz zu behalten! Also auch in diesem Punkte würde man noch eine Retusche zu machen haben.

Das sind die Hauptpunkte, auf die ich die Aufmerksamkeit lenke. Ich bitte, daß man sie in Erwägung zieht und daß man mir meine Erklärung beurkunde, denn ich kann diese Vorschläge nicht unwidersprochen lassen. Ich habe den Text des Vertrages nicht gesehen, kann mich also täuschen, aber ich bitte nochmals, man wolle, wenn der Text so vorgesehen ist, ihn jetzt noch durch militärische Sachverständige prüfen lassen, um festzustellen, in welchem Maße er verbessert werden kann.

In jedem Fall bitte ich, daß man von meinen Erklärungen zu diesem Kapitel der Garantien der Besetzung der Rheinlande und des Brückenkopfes von Kehl Kenntnis nehme.

Ebenso bitte ich die Herren Regierungschefs, sie wollen, wenn sie es für nötig erachten, eine neue Redaktion oder eine Ueberarbeitung durch die militärischen Sachverständigen veranlassen.

Diese sind bei jeder Gelegenheit vereinigt. Im gegenwärtigen Augenblick prüfen sie in Versailles eine Frage zweiter Ordnung. Die Wichtigkeit derjenigen, die ich hier angeschnitten habe, ist groß genug, daß man sie ihrem Studium ohne jede Verzögerung unterbreitet."

Diese Rede ist alles andere als ein oratorisches Meisterstück. Sie macht durchaus den Eindruck des Improvisierten. Foch disponiert schlecht, wiederholt sich nicht nur in der Sache, sondern auch im Ausdruck, zeigt eine offensichtliche Gereiztheit, daß man seinen sachverständigen Rat nicht vorher eingeholt hat, fühlt sich von den Federfuchsern irgendwie übergangen; seine abgehackten Sätze poltern wie Steinblöcke auf die Erde, unangenehme Hindernisse auf dem Parkett der Diplomatie, die anscheinend betretenes Schweigen ausgelöst haben.

Wichtig ist, daß diese Rede keine Veränderung im Vertrag bewirkt hat. Der Faustschlag des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk hat anders

Digitized by Google

gewirkt. Wer die Aenderungen verhütet hat, ist noch nicht heraus. Man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß den Franzosen die Rede Fochs ganz lieblich in den Ohren klang, daß sie hier noch einmal mit der ganz großen Kanone, über die sie verfügten, anrückten, daß der moralische Kredit des Mannes, der den Endkampf leitete, wirken sollte, denn Fochs Rede war vom Anfang bis zum Ende vom rein französischen Interesse diktiert. Die große Kanone traf nicht.

Man kann diesem Franzosen eines nicht nachrühmen, was sonst eine Eigenart seiner Landsleute genannt wird: Ritterlichkeit, die auch dem überwundenen Feind gegenüber am Platze ist. Wer die Berichte über die Waffenstillstandsverhandlungen vergleicht, der wird das Bild, das sich dort zeigt, und das in seiner Brutalität für den Gegner beschämend ist, hier bestätigt finden. Nur beiläufig ist die Rede davon, daß eine Maßnahme auch die Deutschen belastet, und da wirken die Worte nicht überzeugend. Dem Marschall Foch ist der Gegner kein Mensch mehr, ist er nur das wilde Tier, das man an die Kette legen muß, damit es nicht wieder ausbricht.

Man stelle sich einmal vor, Deutschland sei der Sieger im Kriege geblieben und etwa Ludendorff hätte solche Worte gesprochen. Erst dann wird man ermessen, welches Gewicht diese Gedanken und diese Forderungen haben. Wie ein Evangelium hätten alldeutsche Wanderprediger solche Rede in die Lande getragen, und ähnlich müssen sie auch die Franzosen beeindrucken. Es ist ja im Grunde genommen nichts anderes als jämmerliche Angst, Angst, von der wir wissen, wie wenig berechtigt sie ist, die solche Bestimmungen diktiert hat. Man hat einen Löwen erschlagen; aber nun fesselt man ihn sicherheitshalber noch.

Von Wilson hat man gesagt, sein Denken sei eingleisig. Fochs Denken ist ein circulus vitiosus, rast in einem engen Kreise herum, ist fast noch engstirnigerer Militarismus, als das Denken deutschen Militärs sich je in Manifestationen gezeigt hat. Er erinnert wirklich von Ferne an die militärischen Beweise von der Notwendigkeit der Annexion der flandrischen Küste, Kurlands, Livlands und Estlands, Beweise, die sich in Plakaten zwar überwältigend ausnahmen, aber der rusigen Logik nicht standhielten. Der Beweis, daß Kehl, da es zu den Befestigungen von Straßburg gehöre, und da Straßburg französisch sei, ebenfalls französisch werden müsse, ist das Stück, bei dem diese logische Akrobatik sich überschlägt. Und diese Verruchtheit des unbekümmerten Denkens wird nur wieder gut gemacht durch die fast herzerfrischende Naivität, mit der die Aspirationen auf das Ruhrrevier hier zugegeben werden. Man will eben die Hand an der Kehle behalten und in jedem Augenblick zudrücken können.

Foch bestreitet, daß er das Rheinland okkupieren will. Auf den feinen Unterschied zwischen Okkupation des Rheinlandes und Okkupation der

Digitized by Google

Rheinübergänge mögen entsprechend prädisponierte Logiker der Entente eingehen. Auch bei uns hat man euphemistisch von „strategischen Sicherungen“ bei der Neubildung der Grenzen gesprochen; diese Kunst, Gedanken durch harmlose Worte hindurchschimmern zu lassen, kennen wir. Foch ist noch immer Oberkommandierender der alliierten Streitkräfte, die nach ihrer Art die Wacht am Rhein halten. Es ist nicht anzunehmen, daß seine Ansichten sich seit dem 6. Mai 1919 geändert haben. Wenn wir es nicht aus alten und neuen Maßnahmen im besetzten Gebiet schon wüßten, Fochs Rede, in der er keine Rücksicht genommen hat, zeigt die Richtung, in der er seine Fahrt nehmen wollte. Er selbst hat den größten Wert darauf gelegt, daß man von seinen Erklärungen Kenntnis nehme. Gut, tun auch wir das!

Gedanken zur neudeutschen Chinapolitik

Von Dr. F. W. Mohr

Die Kriegserklärung Japans, der Uebergang Chinas zu den Alliierten März/August 1917 und der Ausgang des Weltkriegs haben wie überall in der Welt so auch in Ostasien unendlich viel Werte, materielle und ideelle, zerstört, Deutschlands machtpolitische, kulturelle und wirtschaftliche Stellung gebrochen. Das Deutschtum steht in China auf einem Trümmerfeld zerstörter Arbeit, vernichteter Zukunftshoffnungen. Diese Tatsache zu bestreiten, wäre Unkenntnis ostasiatischer Verhältnisse und der augenblicklichen Lage des Deutschtums in China, von einer müheloſen Wiedergewinnung der verlorenen Stellung zu träumen, gefährlicher Optimismus, sich angesichts der gegenwärtigen Trostlosigkeit aber ganz aus China zurückzuziehen, sträfliche Resignation und Versündigung an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft.

Nur eine Parole für den Wiederaufbau kann gelten: Nicht nutzlos hadern mit unabänderlichem Geschehen der Vergangenheit, sondern auf dem Boden der gegebenen Tatsachen durch gemeinsame Arbeit aller Parteien wiederzugewinnen suchen, was durch gemeinsame Schuld des deutschen Volkes verlorengegangen ist. Eine Neueinstellung wird in fast allen Ländern des Erdballs erforderlich sein. Der alte Herrenstandpunkt des Weißen den Gelben gegenüber war schon vor dem Kriege längst nicht mehr am Platze. Die bei uns so beliebte Gefühlspolitik der Freundschaft mit allen war unser Verhängnis. Sie führte zur falschen Beurteilung der Wirklichkeit, sie ließ die wirkliche Richtung fremder Interessenpolitik, die durch Orden, Besuche, Telegramme und kleine Geschenke von ihrem wahren Ziel nicht abgelenkt wird, nicht sehen und täuschte über die wahre Stimmung vieler Völker unserer Art gegen-

Digitized by Google

über hinweg. Realpolitik tut uns not. Nur illusionsfreie Erkenntnis der staatlichen Lebensfragen anderer Völker und dementsprechende kluge Förderung der sachlichen Gemeinsamkeitsinteressen, die uns mit ihnen verbinden, kann uns wirkliche Freunde erwerben, vor erneuten Enttäuschungen über die Undankbarkeit von Schülern, Bundesgenossen und befreundeten Staaten bewahren und uns erneut nach oben führen. Voraussetzung für eine erfolgversprechende Realpolitik in China ist, aus den Fehlern unserer bisherigen Ostasienpolitik die richtigen Folgerungen ziehen, sich klar werden über die politischen Ziele der chinesischen Regierung und die japanischen Bestrebungen in China, sich vertraut machen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und Möglichkeiten, die das Land deutschem Unternehmungsgeist bieten, und aus dieser Kenntnis heraus unter Ausschaltung alles Gegensätzlichen die gemeinsamen Interessen mit China sorglich pflegen durch des Landes und der Sprache kundige Vertreter.

Aus Gründen der europäischen Festlandpolitik machten wir weltpolitische Fehler. Um die territoriale Unversehrtheit Chinas zu schützen, bannten wir an Rußland und Frankreich Seite im Einspruch gegen Schimonoseki die Japaner vom asiatischen Festland, aus Port Arthur, dessen erneute Eroberung später 100 000 Tote und Verwundete kostete, um uns dann nur 2 Jahre später selbst an der Schantungküste, in Tsingtau festzusetzen. Nicht so sehr Schimonoseki, Tsingtau machte uns Japan zum Feinde. Nach der Niederwerfung Rußlands in der Manchurei war Tsingtau der Punkt, der bei weiterem Ausbau als Festung zur Achillesferse des marine- und militärpolitisch sich nach dem stillen Ozean orientierenden Japan werden konnte. Von der Südspitze von Formosa über die Riukiu — und die Hauptinseln hin bis Sachalin bietet das Inselreich eine fast undurchdringliche Seefront. Konnte da im Rücken dieser Front ein Hafen wie Tsingtau, wenn wohl befestigt und mit allen Erfindungen der modernen Kriegstechnik ausgerüstet, nicht geradezu eine Gefahr werden für das zur See ringende Japan, wenn Deutschland etwa mit dem Angreifer gemeinsame Sache machte? Die Erinnerung an Schimonoseki schuf die leicht erregbare Volksstimmung, die Entscheidung gaben militärpolitische Notwendigkeiten oder doch Zweckmäßigkeiten, die jeder Deutsche von Herzen bedauern mag, aber jedem Realpolitiker verständlich sein müssen. Hinzu kam das von japanischem Wirtschaftsstandpunkt aus nicht minder verständliche Begehren nach den reichen Eisen in Schantung. So mußte 1914 bei Ausbruch des Krieges jeder Realpolitiker mit einem Eingreifen Japans rechnen, zumal die Sicherstellung Tsingtaus in einem etwaigen Weltkrieg durch politische Verständigung mit Japan, der einzigen politischen Aufgabe in Ostasien überhaupt, von uns rechtzeitig nie versucht worden ist.

Digitized by Google

Wie in Japan vor Schimonoseki war Deutschland in China vor Tsingtau persona gratissima. Denn Deutschland war kein Anliegerstaat, galt darum in den Augen der chinesischen Politiker als ungefährlich, konnte als führende Militärmacht Europas aber politisch wertvoll werden, wie Schimonoseki bewies. So stellte in der Zeit der Reformära der großen Vizekönige in Tientsin, Nanking und Wutschang während der achtziger und besonders in den neunziger Jahren Deutschland durchweg die Berater und Militärinstrukteure. Die Besetzung von Tsingtau führte auch hier zu einem Umschwung der Stimmung. Deutschland als in Schantung territorial interessierte Macht wurde kaum noch anders beurteilt als die seit Jahrzehnten drängenden Anliegerstaaten Rußland, Japan, Frankreich und England. Daß die ständigen Grenzbedrohungen und Uebergriffe der Russen, Engländer, Franzosen und damals neuerdings auch der Japaner, daß die Pachtungen von 1897/98, welche strategisch die wichtigsten Punkte und handelspolitisch die besten Häfen in fremde Hand brachten, alle national fühlenden Kreise und allmählich das ganze Volk aufs schwerste beunruhigten und zu Gegnern des Auslandes machten, ist jetzt, wo wir selbst so wertvolle Teile unserer Heimat in fremder Hand sehen müssen, wohl jedem Deutschen verständlich. Ganz selbstverständlich war darum auch, daß China die erste und jede Gelegenheit benutzen würde, den verlorenen Boden zurückzugewinnen, auch wenn die chinesische Regierung vor dem Kriege sich aus seinem eigensten Interesse heraus mit Deutschland und den anderen Mächten freundschaftlich stellte und in bestimmten Fragen wohlwollend zusammenarbeitete.

So wollte Jüan Schi kai schon Anfang August 1914 in den Krieg gegen Deutschland eintreten, um Tsingtau zu retten, ehe ein Eingreifen Japans zu befürchten war. Aber England winkte ab, weil es in Japan den militärisch stärkeren und darum wertvolleren Bundesgenossen sah, der seinerseits die Beteiligung Chinas nicht wünschte. Erst 1917, nachdem England, Frankreich und Rußland Japans Ansprüche auf die deutschen Rechte in Schantung anerkannt haben, läßt Japan seinen Einspruch gegen Chinas Beteiligung fallen, zeitlich etwa in demselben Moment, als Amerika sich zum Eintritt in den Krieg anschickt. Amerikas Beispiel beseitigte die letzten Bedenken in Peking. Die Wiedergewinnung der deutschen Rechte in Tsingtau-Schantung war das Hauptkriegsziel, das mit Hilfe des allmächtigen und fast abgöttisch verehrten Protektors Amerika auf der Friedenskonferenz erstrebt wurde. Daß und wie China enttäuscht wurde, ist bekannt. Eine Lösung der verwickelten Schantungfrage ist noch nicht abzusehen. Wir sind in erster Linie die Leidtragenden, da durch die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrags und bei dem Fehlen direkter Abmachungen einer Betätigung der Deutschen in China jede rechtliche Grundlage und Sicherung fehlt.

Digitized by Google

Sind wir in China territorial nicht länger mehr interessiert, so sind damit auch alle inneren Hemmungen beseitigt. Nichts steht der Wiederherstellung guter Beziehungen im Wege, wenn wir nur den politischen Zielen der chinesischen Republik verständnisvolles Entgegenkommen beweisen. Diese Ziele, deren Verwirklichung seit Jahrzehnten das heiße Sehnen und das laute Begehren der chinesischen Regierung und aller politisch denkenden Kreise waren und sind, sind die Aufhebung der fremden Konsulargerichtsbarkeit, die Wiedergewinnung der Finanz- und Zolltarifautonomie, Auflösung der fremden Postverwaltungen und Zurückziehung der fremden Besatzungstruppen.

War ein Staat der Welt in der Ausübung seiner Hoheitsrechte so beschränkt, wie es China seit 50, 60 Jahren ist? Die Fremden in China unterstanden, wo sie sich auch befinden mochten, Gesetzen und Gerichten des eigenen Landes. Sie waren auch tief im Innern unantastbar für die Chinesen. In den Vertragshäfen galt das 17fach verschiedene Recht der 17 Vertragsstaaten, angewandt durch fast ebensoviele Konsulargerichte. In vielen Vertragshäfen bestanden zahlreiche Fremdenniederlassungen, die auch territorial in mehr oder weniger verschleierter Form der Hoheit der Chinesen entzogen waren. Zu ihnen traten 1897/98 die sogenannten Pachtgebiete (Dalny, Port Arthur, Weihaiwei, Tsingtau, Kowloon und Kuangtschouwan), die schon größere Gebiete bis zu 3000 qkm fremder Verwaltung und Gerichtsbarkeit unterstellten. Sie alle waren fremde imperia in imperio, unvereinbar mit der Souveränität eines Staates, wenn diese nicht bloß ein leeres Wort sein soll, und gefährlich, weil sie den Volksgenossen die Schwäche der eigenen Regierung enthüllten und die Opposition gegen sie stärkten. Ist es da nicht verständlich, daß jeder denkende Chinese, daß Presse und Literatur, daß alle politischen Parteien, alle Volksschichten die Beseitigung dieser nationalen Schmach um jeden Preis erstreben müssen, daß diese Bestrebungen die volle Unterstützung des Auslandes verlangen können, wenn hinreichende Gewähr für die persönliche Sicherheit der Fremden und die unbedenkliche Handhabe der Justiz geboten wird!

Die Zolltarifautonomie, die doch sonst jedem Staat eigen zu sein pflegt, hat China durch die ihm 1842 u. 1856/60 mit Gewalt aufgezwungenen Verträge eingebüßt. Seit 70 Jahren sind China vom einseitigen Interessenstandpunkt der Fremden aus 5%ige Wertzölle vorgeschrieben, die faktisch nicht einmal 5 Prozent, sondern kaum mehr als 3½ vom Wert einbrachten. Die Kriegsentschädigung an Japan und die Boxerindemnität zwangen China zur Aufnahme schwerer Anleihen, aber ihm durch eine Freigabe der Zollsätze die Mittel an die Hand zu geben, seinen Verpflichtungen nachzukommen ohne Verpfändung wichtiger Einnahmequellen, haben die fremden Mächte stets abgelehnt.

Digitized by Google

In ihren eigenen Grenzen erheben sie Schutz- und Finanzzölle, die auf Luxuswaren 50 und mehr Prozent betragen, China haben sie jede effektive Zollerhöhung verweigert, die ja nur mit Zustimmung aller Staaten möglich ist. So sind der chinesischen Finanzverwaltung hunderte und aber hunderte von Millionen Taels durch die eigensüchtige Zollpolitik der Fremden verlorengegangen. Nimmt es ja noch jemand Wunder, daß China einmütig und energisch auf die Beseitigung dieser, für seine Finanzen so unerträglichen Fesseln drängt? Mitempfinden wird heute auch jeder Deutsche die Abneigung und das brennende Gefühl der Schmach, das China gegenüber den fremden Besatzungen in Nordchina hegt, die noch immer die eigene Hauptstadt besetzt halten. Mag einst China gefehlt haben durch seinen Angriff auf die Fremden und die fremden Vertreter in Peking, das ihm auferlegte Friedensprotokoll von 1901 wird ihm für alle Zeiten eine warnende Lehre sein, die Fremden in seinen Grenzen gebührend zu achten und zu schützen, wie denn auch während der ganzen Revolutionsjahre Uebergriffe gegen die Europäer kaum stattgefunden haben. Eine sachliche Berechtigung für die Anwesenheit fremder Besatzungstruppen liegt darum nicht mehr vor. Und noch immer bestehen, ein Hohn auf die chinesische Souveränität, die fremden Postanstalten in China, englische, japanische, amerikanische und französische, mit ihren eigenen Postdirektionen und zahlreichen Postanstalten in den verschiedenen Hafenplätzen. Auch sie haben ihre Berechtigung längst verloren, da die unter fremder Leitung stehende und mit fremden Oberpostdirektoren arbeitende chinesische Post jegliches Vertrauen für alle Zweige ihres Postbetriebs verdienen, wie langjährige Erfahrungen gezeigt haben.

Das sind in kurzen Zügen die politischen Ziele, waren auch mit ein Kriegsziel der chinesischen Regierung, als sie 1917 in den Krieg eintrat. Die alten Verträge mit Deutschland und Oesterreich, deren Sieg nach Amerikas Beitritt ausgeschlossen schien, sollten aufhören, um so bei Neuordnung der Beziehungen zu diesen Ländern freie Hand zu haben in den Fragen der Konsulargerichtsbarkeit, der Zolltarifautonomie, der fremden Posten und Besatzungstruppen. Welchen Standpunkt Deutschland in diesen Lebensfragen für China einnehmen soll und muß im Interesse unserer künftigen Chinaarbeit, habe ich unter eingehender Darlegung der Verhältnisse in China geschildert in den soeben erschienenen „Gedanken zur neudeutschen Chinapolitik“ [1]), die sich neben den oben besprochenen Fragen ebenso eingehend beschäftigen mit dem Wiederaufbau des deutschen Chinahandels und der Notwendigkeit einer grundlegenden Reorganisation unseres gesamten Chinadienstes in den diplomatischen und konsularischen Vertretungen, in Schule und Presse, sowie in der Aufklärung daheim für das deutsche Volk und draußen für die Chinesen.

[1]) K. F. Koehler, Leipzig, 246 Seiten, 15 M.

Digitized by Google

Notizen

Norman Angell und der Friedensvertrag. Norman Angell ist im Jahre 1909 durch sein Buch „The Great Illusion" nicht nur in England, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa weithin bekannt geworden. Sein gegenwärtiges Buch „Der Friedensvertrag und das wirtschaftliche Chaos in Europa" das vor kurzem aus dem englischen übertragen von der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. Charlottenburg herausgegeben worden ist, ist ein Appell an den Verstand seiner Landsleute mit dem widersinnigen Vertrag von Versailles so schnell wie möglich aufzuräumen.

Norman Angell zeigt dort schlagend und prägnant, wie der Vertrag von Versailles wirkt.

Der Vertrag von Versailles entzieht Deutschland mehr als drei Viertel der Eisenerze, von denen die deutsche Industrie bisher abhängig war; im Jahre 1913 lieferte Elsaß-Lothringen 28,5 Millionen von den 39,9 Millionen Tonnen Eisenerz oder 79%. Infolge der Abtrennung von Kohlengebieten und Erzwingung von Lieferungen aus den verbleibenden Gruben läßt der Vertrag Deutschland kaum einen Ueberschuß über den Hausbrand, praktisch nichts für die Industrie. Der Vertrag entzieht dem Lande die hauptsächlichsten Zinklager. Der Vertrag entzieht Deutschland ferner große Flächen Kulturlandes. Die Provinzen Posen und Westpreußen lieferten ungefähr ein Viertel von Deutschlands Getreide und Kartoffeln, sowie 10 bis 12 % von Deutschlands Viehbestand. Der Vertrag fordert die Ablieferung von 140 000 Milchkühen und einer großen Anzahl von landwirtschaftlichen Maschinen. Der Vertrag beraubt Deutschland seiner sämtlichen überseeischen Kolonien, die zukünftige Rohstofflieferanten darstellten. Der Vertrag beraubt Deutschland der Rechte, die es bisher mit anderen Nationen in Marokko und anderen Orten teilte. Der Vertrag beraubt Deutschland seiner Niederlassungen in China. Der Vertrag entzieht Deutschland einen großen Teil seines Eisenbahnmaterials. Außer den 5000 Lokomotiven und 150 000 Wagen, die nach dem Waffenstillstandsabkommen abzuliefern waren, verliert Deutschland den ganzen Lokomotiv- und Wagenpark der Eisenbahnen in den abgetretenen Gebieten. Der Vertrag beraubt Deutschland aller seiner großen Seeschiffe und behält sich vor, die Ablieferung der Erzeugung seines Schiffbaues an die Verbündeten während einer Reihe von Jahren zu fordern. Der Vertrag unterstellt die hauptsächlichsten Flußverkehrswege Deutschlands der Ueberwachung durch die Verbündeten. Der Vertrag sperrt den direkten Verkehr zwischen Deutschland und Rußland, zu welchem Zweck das Gebiet von Memel von den Verbündeten annektiert worden ist. Der Vertrag unterstellt einige der Hauptindustrien Deutschlands (nämlich die Farbstoff-Industrie, die chemische Industrie, die Erzeugung von Kohlenteerderivaten und dergl.) den Anforderungen durch die Verbündeten, die auf diese Weise in weitem Umfange den deutschen Handel in diesen Waren in die Hand bekommen. Der Vertrag stellt den deutschen Außenhandel in hohem Grade unter Ueberwachung durch die Verbündeten. Weiter legt

Digitized by Google

der Vertrag Deutschland eine Kriegsentschädigung auf, so bemessen, daß sie nur mit Hilfe einer Industrie bezahlt werden könnte, die mit dem höchsten Wirkungsgrade arbeitet und eines Exporthandels, viel umfangreicher, als der, den Deutschland besaß, bevor es alle die genannten Verluste erlitten hatte. Nach allen diesen vorläufigen Forderungen vertagt der Vertrag die endgültige Abschätzung der Zahlungsverpflichtungen Deutschlands bis zum Mai 1921.

So sieht und charakterisiert Norman Angell den Friedensvertrag von Versailles und er kommt zu dem Schluß: Falls nicht gewisse Bestimmungen, die der Vertrag nicht enthält, noch eingefügt werden oder gewisse Bestimmungen ausgemerzt werden, die er enthält, so muß er die Handelsadern des europäischen Wirtschaftslebens in so gewaltigem Umfange umgestalten, daß viele Millionen entweder zu Grunde gehen oder auswandern müssen. Norman Angell stellt daher die Frage: Was ist zu tun? Es handelt sich nicht bloß darum, gewisse Bestimmungen des Vertrages zu revidieren, sondern es handelt sich um eine neue Auffassung der gegenseitigen Verpflichtungen, die es den Mittelmächten ermöglicht, zur Arbeit zurückzukehren, damit sie ihren Teil an dem allgemeinen Wiederaufbau leisten können. Norman Angell hält es für seine Pflicht, es auszusprechen: Ein Strafverfahren, das das gesamte deutsche Volk, Kinder, die zur Zeit der Straftat noch nicht geboren waren, als Verbrecher behandelt, wird nicht Gerechtigkeit bringen. Ein solches Verfahren wird dem französischen und belgischen Volk keine Entschädigung verschaffen. Es wird die Kriegslasten nicht von ihren Schultern nehmen, sondern sie fester, denn je, daran anschmieden; es wird die Wunden der unschuldigen Opfer in Frankreich und Belgien nicht heilen, sondern neue Wunden schlagen und zu den Millionen von unschuldigen Frauen und Kindern, die in jenen Ländern gelitten haben, werden andere Millionen hinzukommen, denen ähnliche Leiden auferlegt werden.

*

Wie Frankreich kolonisiert. „Le Journal du Peuple" (linkssozialistisch), das sich schon seit einiger Zeit mit den Methoden der französischen Kolonisation in Innerafrika beschäftigt und auf das schlechte Verhältnis der Neger zur französischen Verwaltung hinweist, bespricht am 8. Dezember unter obigem Titel speziell die Stimmung in Kamerun, wo demnach die deutsche Herrschaft durchaus kein schlechtes Angedenken hinterlassen zu haben scheint:

„Die Neger sind jedoch nicht so naiv, wie man allgemein zu glauben geneigt ist. Ihnen sind bereits die Augen aufgegangen. Man hat sie in Massen zu der großen Schlächterei in Europa geführt, ohne sie um ihre Meinung zu fragen; sie sollten die ‚Zivilisation' retten; und diese Zivilisaton wendet sich nun gegen sie und drückt sie zu Boden. Die Neger ihrerseits lehnen sie ab. Nicht alle europäischen Methoden, wohl aber die Methode Frankreichs, das verblendet durch seinen im Sieg auf die Spitze getriebenen Chauvinismus. Besonders die Neger in dem ehemals deutschen Kamerun können Vergleiche anstellen. Und wißt ihr, wie sie urteilen?

Nun, vor zwei Monaten fuhr ein deutsches Schiff den Kongo hinauf. Es machte an der ehemaligen Grenze der früheren deutschen Kolonie Halt und

Digitized by Google

legte dort an. Und wie groß war die Verblüffung des französischen Gouverneurs, als er sah, wie die Eingeborenen, sobald sich die Nachricht von der Ankunft des deutschen Schiffes unter ihnen verbreitet hatte, im Zuge, Musik voran, an das Ufer marschierten, ihre Kähne bestiegen, an das Schiff heranfuhren und ihre ehemaligen Herren durch ein Willkommenständchen begrüßten.

Dieses Beispiel steht nicht vereinzelt da und es ist bezeichnend genug. Und weiß man auch, daß kürzlich eine in Kamerun begonnene Volksabstimmung abgebrochen werden mußte, bevor das Ergebnis festgestellt war? Es handelte sich darum, die Einwohnerschaft des Landes über die ihnen genehmste Herrschaft zu befragen; es sollte wenigstens der Schein einer freien Willensäußerung ihrerseits für die offizielle Aufnahme in das französische Kolonialreich gewahrt werden. Aber trotz allen offiziellen Druckes blieben sie bei ihrer eigenen Meinung. Unsere Verwaltung wie unsere militärischen Chefs hatten die Neger mit so viel Selbstlosigkeit und mit so sanfter Hand ‚pazifiziert', daß sie bei der Volksabstimmung in Massen die Rückkehr der deutschen Kolonialherrschaft verlangten. Man kann sich vorstellen, welche schöne Wirkung ein derartig unerwartetes Resultat in unseren Kolonien auf den Völkerbund und den Reichstag hervorgebracht hätte."

Schluß der Redaktion Freitag mittag
Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 25
Rohrbach, Hoffnungslicht 27
Wagrut, Die drei Abstimmungspläne Korfantys . . 33
Kindt, Jan Smuts in Südwestafrika 37
Heuß, Ein Kapitel Lohnpolitik 45

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 7. Januar 1921 Heft 2

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Die Hilfe

Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst

Begründer: D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.

Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt!

Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!

Probeheft kostenfrei.

Vierteljahrespreis 10 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart-Berlin

Soeben erschien:

ERNST PLENER

Erinnerungen

2. Band: Parlamentarische Tätigkeit 1873—91

Geheftet M 40.—, gebunden M 50.—

Pleners Erinnerungen gewinnen heute dadurch an Bedeutung als Geschichtsquelle, weil sie über die letzten Jahrzehnte der Monarchie berichten und gerade die Zeit beleuchten, in der die Katastrophe zwar langsam, aber entschieden heranreifte. Dieser Band behandelt die Geschichte des letzten verfassungstreuen Ministeriums, die bosnische Okkupation und die durch die Ernennung des Ministeriums Taaffe herbeigeführte schicksalschwere Wendung. Als ein Mann von vornehmster Gesinnung und gründlicher, vielseitiger Bildung erscheint Plener in dem Selbstbildnis, das seine Erinnerungen bieten, und als ein Schriftsteller, der durch Sachlichkeit und Wärme zugleich den Leser fesselt.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

6. Jahrgang * 7. Januar 1921 * Heft 2

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Minister Dr. Simons hat in seinem vielbeachteten Artikel in der Frankfurter Zeitung als eines der „Hoffnungslichter", die Deutschland scheinen, auch den Satz aufgestellt: „Die russische Regierung scheint mit den Völkern des mittleren und östlichen Europa in nähere wirtschaftliche Beziehungen eintreten zu wollen." Unter „näheren wirtschaftlichen Beziehungen" verstehen die Sowjetisten für sich die beiden Möglichkeiten, erstens, daß sie irgendwo Lokomotiven und einiges andere Eisenbahnmaterial kaufen können, wovon die Möglichkeit der Weiterexistenz der bolschewistischen Gewaltherrschaft über das russische Volk und die russischen Arbeiter abhängt, und zweitens, daß sie ein unbeschränktes Propagandamaterial über Europa ausschütten können, zum Zweck der Weltrevolution. Wo soll denn ein „Hoffnungslicht" für Deutschland stehen, wenn die russische Regierung demnächst geruht, sich aus dem „eintreten wollenden" in das „eintretende" Stadium hinüberzubegeben?

*

Zum Jahreswechsel hat sich die Entente nicht nehmen lassen, dem deutschen Volk in Form von mehreren Noten ihre Glückwünsche darzubringen. Im Versailler Frieden waren im Osten uns einige Festungen belassen worden im Gegensatz zum Westen. Jetzt benutzt aber die Entente die unklare Fassung dieses Paragraphen, um den geringen Grenzschutz gegen Osten illusorisch zu machen. Sie hat nämlich für Königsberg sage und schreibe 20 Kanonen und für Lötzen keine bewilligt. Dabei hat Polen seit kurzem 7 seiner Divisionen an unsere Ostgrenze verlegt, um sie „besser" verpflegen zu können. Damit nicht genug will sie Deutschland noch die Möglichkeit nehmen, die innere Ordnung durch eine genügende Polizeimannschaft aufrecht zu erhalten. Die eben erst nach langen Verhandlungen mit der Entente geschaffene Sicherheitspolizei ist von General Nollet beanstandet worden. Trotzdem sie gänzlich entmilitarisiert worden ist, scheint sie noch immer den Schlaf des allgemach etwas

Digitized by Google

nervös gewordenen Herrn Foch zu rauben. Selbst im sanften Vorwärts ist diese Zumutung zu stark und er schreibt mit berechtigter Empörung:

„Man wird sich im Ausland hoffentlich an keiner Stelle einem Zweifel darüber hingeben, daß das Interesse, welches der Ententemilitarismus für unsere Polizeiorganisation an den Tag legt, für das ganze deutsche Volk etwas überaus Peinliches hat. Einem Ausland, das sich selber entwaffnet und von Deutschland das gleiche verlangt, würde ein großer Teil des deutschen Volkes mit den stärksten Sympathien begegnen, aber eine Mächtekonstellation, die selber bis an die Zähne gerüstet bleibt und uns jeden Polizisten nachzählt, der an den Straßenecken Posten steht, muß die entgegengesetzten Gefühle hervorrufen."

*

Die Presse in London und Paris ist über Brüssel befriedigt. Sie konstruiert aus der Darstellung unserer Notlage, die die Begrenzung unserer sachlichen Leistungskraft in sich schließt, den Nachweis unseres Vermögens, und will die Frage der „Wiedergutmachung" erneut als eine Angelegenheit des guten, des schlechten Willens der Deutschen aufziehen. Diese Haltung der Zeitungen gibt uns allen Grund, den weiteren Verlauf der Konferenzen mit Mißtrauen zu erwarten. Ein Ergebnis kann aus der internationalen Aussprache nur dann kommen, wenn die deutschen Sachleistungen in festem Umfang fixiert werden und auf dieser Unterlage die deutsche Wirtschaft ihre Arbeit einigermaßen stabilisieren kann. Ob die Finanzleistungen in diesem, in jenem Betrag, ob phantastisch oder nüchtern, genannt werden, ist eine Frage zweiter Ordnung geworden, so dringend sie Frankreich für seine Budgetsorgen erscheint; solange die Auswirkung des Unsinns von Versailles die Unordnung in unserer inneren Finanzgebarung verewigt, kann von einer Geldleistung ernsthaft nicht geredet werden. Mit Papierscheinen fängt man drüben auch nichts an. Offenbar aber wächst erneut die Strömung, die die politische Prestigefrage, in der Verlegenheit über sachliches Entgegenkommen, wieder in den Vordergrund schieben will.

*

Die Spaltung der französischen Sozialisten ist nichts anderes als ein weiteres Symptom im Krankheitsbild des internationalen marxistischen Sozialismus. Den gegenwärtigen französischen Machthabern ist dieser Vorgang eher eine Entlastung als eine Beängstigung; die sachliche Bedeutung der sozialistischen Partei war in Frankreich nie von großem Gewicht, und eigentlich nur moralischer Natur, solange Jaurès noch lebte. Wenn der Sozialismus dort sich jetzt mit dem Bolschewismus identifiziert, wird es der Regierung um so leichter werden, die Rentnerinstinkte des französischen Bauern und Kleinbürgers gegen ihn zu sammeln.

Digitized by Google

Hoffnungslicht?

Von Dr. Paul Rohrbach

Unser Reichsminister des Auswärtigen Herr Dr. Simons hat in der Frankfurter Zeitung in einem Weihnachtsartikel „Ausblick“ unsere außenpolitische Lage charakterisiert und gesagt, die Stellung des deutschen Volkes nach außen würde um so schwieriger, je mehr sich der Friedensvertrag von Versailles auswirke, zumal die Gegner bei ihren Forderungen vielfach noch über die Bestimmungen des Vertrages hinausgingen. Ihre wirtschaftlichen und finanziellen Ansprüche „von phantastischer Höhe“ müßten jede Freude an Arbeit und Sparsamkeit bei uns ertöten. England und Frankreich seien immer wieder geneigt, ihre Meinungsverschiedenheiten auf unsere Kosten auszugleichen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland seien „ungeklärt“. Die oberschlesische Streitfrage nehme einen „immer bedenklicheren Charakter“ an. Mit Amerika lebten wir noch immer im Kriegszustand. Herr Dr. Simons illustriert den letzten Satz durch eine Anspielung auf den bekannten Vorfall, der sich vor kurzem zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Botschafter in Paris zugetragen hat, wo sich der erstere durch seine sehr überflüssige Bemühung, dem Amerikaner vorgestellt zu werden, einer peinlichen Zurückweisung aussetzte. Hiernach fährt der Minister fort:

Doch fehlt nicht jedes Hoffnungslicht. Die Sachverständigen in Brüssel scheinen in ruhiger und sachlicher Weise zu verhandeln, die Aussicht auf Verständigung bietet. Vielleicht kann daraufhin in Genf die deutsche Kriegsschuld innerhalb erträglicher Grenzen festgesetzt werden. Die russische Regierung scheint mit den Völkern des mittleren und östlichen Europas in nähere wirtschaftliche Beziehungen eintreten zu wollen. Aus Polen tönen Stimmen der Verständigung. Es ist für uns nicht ganz leicht, an sie zu glauben, dennoch wäre es unverantwortlich, den Versuch einer Verständigung zurückzuweisen. Wir dürfen sicher sein, daß der neue Präsident von Amerika nicht zögern wird, den Friedenszustand mit Deutschland herzustellen. Diese kleinen Lichter nähren die Hoffnung, die nicht zuschanden werden läßt; warten wir in geduldiger und zäher Arbeit auf ein besseres Weihnachten.

Die Worte des Ministers über die Konferenz in Brüssel scheinen eine Bestätigung durch den Bericht zu finden, den der französische drahtlose Dienst während der Verhandlungspause zwischen Weihnachten und Neujahr offiziös verbreitete. Darin hieß es u. a.:

Die französische Regierung, deren erste Sorge es ist, in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten zu handeln, hat diesen Alliierten mitgeteilt, daß sie nichts Unredliches verlangen werde, da ihr Ziel darauf hinausgeht, etwas Wirkliches zu erreichen und keine übertriebenen Forderungen zu stellen, um später zu einer Gewaltpolitik übergehen zu müssen.

Weiter erwartet der französische Bericht, Deutschland werde außer Rohmaterialien auch Fertigwaren liefern, und zwar in der Weise, daß

Digitized by Google

nervös gewordenen Herrn Foch zu rauben. Selbst im sanften Vorwärts ist diese Zumutung zu stark und er schreibt mit berechtigter Empörung: „Man wird sich im Ausland hoffentlich an keiner Stelle einem Zweifel darüber hingeben, daß das Interesse, welches der Ententemilitarismus für unsere Polizeiorganisation an den Tag legt, für das ganze deutsche Volk etwas überaus Peinliches hat. Einem Ausland, das sich selber entwaffnet und von Deutschland das gleiche verlangt, würde ein großer Teil des deutschen Volkes mit den stärksten Sympathien begegnen, aber eine Mächtekonstellation, die selber bis an die Zähne gerüstet bleibt und uns jeden Polizisten nachzählt, der an den Straßenecken Posten steht, muß die entgegengesetzten Gefühle hervorrufen."

*

Die Presse in London und Paris ist über Brüssel befriedigt. Sie konstruiert aus der Darstellung unserer Notlage, die die Begrenzung unserer sachlichen Leistungskraft in sich schließt, den Nachweis unseres Vermögens, und will die Frage der „Wiedergutmachung" erneut als eine Angelegenheit des guten, des schlechten Willens der Deutschen aufziehen. Diese Haltung der Zeitungen gibt uns allen Grund, den weiteren Verlauf der Konferenzen mit Mißtrauen zu erwarten. Ein Ergebnis kann aus der internationalen Aussprache nur dann kommen, wenn die deutschen Sachleistungen in festem Umfang fixiert werden und auf dieser Unterlage die deutsche Wirtschaft ihre Arbeit einigermaßen stabilisieren kann. Ob die Finanzleistungen in diesem, in jenem Betrag, ob phantastisch oder nüchtern, genannt werden, ist eine Frage zweiter Ordnung geworden, so dringend sie Frankreich für seine Budgetsorgen erscheint; solange die Auswirkung des Unsinns von Versailles die Unordnung in unserer inneren Finanzgebarung verewigt, kann von einer Geldleistung ernsthaft nicht geredet werden. Mit Papierscheinen fängt man drüben auch nichts an. Offenbar aber wächst erneut die Strömung, die die politische Prestigefrage, in der Verlegenheit über sachliches Entgegenkommen, wieder in den Vordergrund schieben will.

*

Die Spaltung der französischen Sozialisten ist nichts anderes als ein weiteres Symptom im Krankheitsbild des internationalen marxistischen Sozialismus. Den gegenwärtigen französischen Machthabern ist dieser Vorgang eher eine Entlastung als eine Beängstigung; die sachliche Bedeutung der sozialistischen Partei war in Frankreich nie von großem Gewicht, und eigentlich nur moralischer Natur, solange Jaurès noch lebte. Wenn der Sozialismus dort sich jetzt mit dem Bolschewismus identifiziert, wird es der Regierung um so leichter werden, die Rentnerinstinkte des französischen Bauern und Kleinbürgers gegen ihn zu sammeln.

Digitized by Google

Hoffnungslicht?

Von Dr. Paul Rohrbach

Unser Reichsminister des Auswärtigen Herr Dr. Simons hat in der Frankfurter Zeitung in einem Weihnachtsartikel „Ausblick" unsere außenpolitische Lage charakterisiert und gesagt, die Stellung des deutschen Volkes nach außen würde um so schwieriger, je mehr sich der Friedensvertrag von Versailles auswirke, zumal die Gegner bei ihren Forderungen vielfach noch über die Bestimmungen des Vertrages hinausgingen. Ihre wirtschaftlichen und finanziellen Ansprüche „von phantastischer Höhe" müßten jede Freude an Arbeit und Sparsamkeit bei uns ertöten. England und Frankreich seien immer wieder geneigt, ihre Meinungsverschiedenheiten auf unsere Kosten auszugleichen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland seien „ungeklärt". Die oberschlesische Streitfrage nehme einen „immer bedenklicheren Charakter" an. Mit Amerika lebten wir noch immer im Kriegszustand. Herr Dr. Simons illustriert den letzten Satz durch eine Anspielung auf den bekannten Vorfall, der sich vor kurzem zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Botschafter in Paris zugetragen hat, wo sich der erstere durch seine sehr überflüssige Bemühung, dem Amerikaner vorgestellt zu werden, einer peinlichen Zurückweisung aussetzte. Hiernach fährt der Minister fort:

Doch fehlt nicht jedes Hoffnungslicht. Die Sachverständigen in Brüssel scheinen in ruhiger und sachlicher Weise zu verhandeln, die Aussicht auf Verständigung bietet. Vielleicht kann daraufhin in Genf die deutsche Kriegsschuld innerhalb erträglicher Grenzen festgesetzt werden. Die russische Regierung scheint mit den Völkern des mittleren und östlichen Europas in nähere wirtschaftliche Beziehungen eintreten zu wollen. Aus Polen tönen Stimmen der Verständigung. Es ist für uns nicht ganz leicht, an sie zu glauben, dennoch wäre es unverantwortlich, den Versuch einer Verständigung zurückzuweisen. Wir dürfen sicher sein, daß der neue Präsident von Amerika nicht zögern wird, den Friedenszustand mit Deutschland herzustellen. Diese kleinen Lichter nähren die Hoffnung, die nicht zuschanden werden läßt; warten wir in geduldiger und zäher Arbeit auf ein besseres Weihnachten.

Die Worte des Ministers über die Konferenz in Brüssel *scheinen* eine Bestätigung durch den Bericht zu finden, den der französische drahtlose Dienst während der Verhandlungspause zwischen Weihnachten und Neujahr offiziös verbreitete. Darin hieß es u. a.:

Die französische Regierung, deren erste Sorge es ist, in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten zu handeln, hat diesen Alliierten mitgeteilt, daß sie nichts Unredliches verlangen werde, da ihr Ziel darauf hinausgeht, etwas Wirkliches zu erreichen und keine übertriebenen Forderungen zu stellen, um später zu einer Gewaltpolitik übergehen zu müssen.

Weiter erwartet der französische Bericht, Deutschland werde außer Rohmaterialien auch Fertigwaren liefern, und zwar in der Weise, daß

Digitized by Google

die Geschädigten in Frankreich und den übrigen alliierten Ländern Bestellungen unmittelbar an die deutsche Industrie aufgeben, die ihre Bezahlung von der deutschen Regierung in Papiermark erhalten soll, während der tatsächliche Wert der Waren dem deutschen Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben würde. Auf diese Weise würde Deutschland Gelegenheit haben, einen Teil seiner Schulden in Mark abzuzahlen, d. h. mit einem Zahlungsmittel, „dessen Ausfuhr zu diesem Zeitpunkt fast gar keinen Wert hat." Für die Erwartungen der öffentlichen Meinung (nämlich in Frankreich) werde diese Politik auf den ersten Anblick nicht befriedigend sein, aber sie habe den Vorteil, daß sie zu einem wirklichen wirtschaftlichen Ergebnis führe. In Kürze hoffe man auch zu „progressiven Barzahlungen" von deutscher Seite zu gelangen. Man möge vorläufig nur den Betrag einer kleineren Anzahl von jährlichen Abzahlungen feststellen und nachher das Hauptabkommen schließen:

Das ist möglich, und das läßt der Geist des Vertrages zu, wenn Deutschland vor dem 1. Mai 1921 der Gesamtbetrag seiner Verpflichtungen mitgeteilt wird. Jedenfalls wird aus dem Unterschied zwischen dem Gesamtbetrag und Frankreichs praktischen Forderungen deutlich der Geist der Versöhnung, der Frankreich beherrscht, hervorgehen.

Diese letzten halbamtlich-französischen Worte klingen in der Tat so, als ob sie die Hoffnungen in dem Artikel von Minister Dr. Simons rechtfertigen könnten. Zu unserem Bedauern scheinen uns aber sehr starke Zweifel geboten. Wir fürchten, daß die Franzosen nur eine kluge Taktik befolgen, um mit ihren wirklichen Forderungen durchzudringen, die nach wie vor auf den dauernden Ruin Deutschlands, auf die Schaffung von Gelegenheiten zum Einmarsch in das Ruhrgebiet und zu ähnlichen Maßregeln abzielen. In England wird man nämlich unruhig, weil sich zeigt, daß die Folgen des Vorbruchfriedens von Versailles, wie jeder vernünftige Mensch (man denke nur an Keynes!), vorausgesehen hat, in wirtschaftlicher Beziehung auch den englischen Interessen schädlich werden. Der König von England hat neulich in der Thronrede festgestellt, die zunehmende schwierige Lage der englischen Industrie hinge mit der Verarmung der besiegten Völker zusammen. Um das einzusehen, hätte man in England nicht zwei Jahre lang zu warten gebraucht, aber wenigstens sieht man es jetzt ein. Man hört Vorwürfe gegen die ins Unsinnige gesteigerten Forderungen an Deutschland. So erklärt z. B. die „Nation" in Bezug auf den Brüsseler Plan, Deutschland in 42 Jahren eine Schuld von 265 Milliarden Goldmark zahlen zu lassen, dieser Betrag sei etwa sechsmal so groß wie die Summe, die man Deutschland den 14 Wilsonschen Punkten nach noch hätte abpressen dürfen. Es sei viel mehr, als dieses gebrochene Land zahlen könne, und die Phantasie reiche gar nicht so weit, als daß man sich eine Welt vorstellen könnte, in der die

Digitized by Google

alliierten Länder gemeinsam 42 Jahre lang Deutschland als Schuldsklaven über Wasser halten könnten.

Der „New Statesman" gibt der englischen Regierung und ihren Verbündeten die Schuld an der Geschäftsstockung und der daraus folgenden Arbeitslosigkeit, da sie nichts getan hätten, um die drohende Katastrophe abzuwenden. Sie hätten getan, was sie konnten, um Deutschland zu ruinieren, sie hätten jeden Angriff auf Rußland unterstützt und die Niederlage Oesterreichs dadurch vervollständigt, daß sie ihm auch die letzte Rettung, den Anschluß an Deutschland, abschnitten. Man müsse nun ernten, was in Versailles gesät wurde, und habe heute ein Europa, das mehr daniederliege, als es die schlimmsten Pessimisten vor zwei Jahren für möglich hielten. Von der Wiederaufnahme des Handels mit Rußland sei nicht viel zu erwarten. Das Hauptproblem bleibe, Deutschland in möglichst kurzer Zeit wieder auf die Beine zu helfen.

„Nation" und „New Statesman" sind Blätter, die der unsinnigen und verbrecherischen Politik von Versailles von Anfang an Opposition gemacht haben. Sogar die „Times" schrieb aber Ende Dezember zu der Rede des zurückgetretenen französischen Kriegsministers über Deutschland, mit der wir uns weiter unten noch zu beschäftigen haben, daß ein Volk von 60 Millionen Menschen im Herzen Europas mit großen Hilfsquellen, das diszipliniert und an Arbeit gewöhnt sei, niemals aufhören werde, „zu denken und zu handeln". Es werde in Deutschland immer Fabriken geben, die sich in Werkstätten für Kriegsmaterial verwandeln könnten, und es werde in Deutschland auch immer Menschen geben, die imstande sind, neue Zerstörungsmittel zu erfinden. Frankreich könne gewiß Deutschland überwachen, aber lieber soll man versuchen, die deutsche und die französische Denkungsart auf die gleiche Linie zu bringen, und wenn Deutschland eine neue, Eroberungskriegen abgeneigte Denkart annehme, wenn man Vorsichtsmaßregeln treffe, um Deutschland zu entwaffnen, wenn „die Strömung in Deutschland dem französischen Strom parallel laufe", so könne dieser Geist zu einem dauerhaften Frieden führen.

Was für Dinge zwischen Frankreich und England spielen — sie werden kaum noch lange verborgen bleiben — weiß die „Times" am besten. Den französisch-deutschen Parallelismus kann sie aber nur ironisch gemeint haben, denn schwerlich werden ihr die neuen französischen Ferngeschütze, deren Tragweite bis hinter London reicht, die Bombenflugzeuge und der Unterseebootsbau, wovon in der vorigen Nummer der „Deutschen Politik" die Rede war, bis heute unbekannt geblieben sein. Aber gleichviel was sie schreibt, ist doch eine Mahnung an die französische Adresse, sich zu mäßigen, und diese Mahnung stammt sicher auch aus keiner anderen Erwägung, als aus der, daß der Schade, der aus der jetzigen deutschen Entwicklung kommt, für England zu groß wird.

Digitized by Google

Daß demgegenüber die französischen Machthaber kurzer Hand auf ihr Ziel verzichten sollten, Deutschland so zu ruinieren und seine Volkszahl so zu verringern, daß alle französische Angst vor Deutschland sich endgültig beruhigen kann, ist höchst unwahrscheinlich. Man wird aber in Frankreich klug genug sein, um sich zu sagen: Was wir erreichen wollen, müssen wir angesichts der auftauchenden Schwierigkeiten dadurch erleichtern, daß wir die öffentliche Meinung gehörig präparieren! Was gehört dazu? Daß eine Atmosphäre von Eindrücken der Mäßigung sich um die französische Politik verbreitet. Wenn Frankreich einige Zeit fortfährt, seinen guten Willen gegenüber Deutschland zu versichern, wenn es gewissermaßen demonstrativ eine Tonart anschlägt, die seiner bisherigen gegen Deutschland widerspricht, wenn es seine Vertreter in Brüssel anweist, sich manierlicher und „versöhnlicher" Formen zu bedienen, so kann es darauf rechnen, im entscheidenden Augenblick auch mit Forderungen, die tatsächlich die Besiegelung des deutschen Ruins bedeuten, keinen gar zu gefährlichen Eindruck zu machen. Es wird dann einfach heißen: Ja wenn Deutschland überhaupt auf nichts eingehen will, und sich auch allem guten französischen Willen gegenüber weigert, so sind seine bösen Absichten klar, und es bleibt nun nur noch Gewalt übrig!

Wir fürchten, daß dies die französische Taktik sein wird. Ist sie es nicht, ist die neue französische Tonart ehrlich gemeint, so müßte in Frankreich ein Wunder geschehen sein, denn zwischen Frankreich und Deutschland gibt es nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, daß Frankreich sich entschließt, einen erheblichen Teil seiner Kriegskosten dauernd selbst zu übernehmen und seine gesamte Finanzpolitik danach einzurichten. Das bedeutet den Verzicht auf die gegenwärtige phantastische Rüstungspolitik mit ihren Kosten, die weit über das frühere französische Militärbudget hinausgehen, und es bedeutet eine französische Steuerreform mit starker Belastung der Besitzenden. Sollte man so etwas im Ernst für denkbar halten? Wenn ja, dann allerdings kann Frankreich seine Forderungen an uns herabsetzen. Wenn aber nicht, dann bleibt nur die zweite Möglichkeit übrig: daß die gegenwärtige unehrliche französische Politik fortgesetzt und daß sie dem französischen Volk weiter mit der These annehmbar gemacht wird: Deutschland muß alles, alles bezahlen!

Die Hoffnungen unseres Ministers des Auswärtigen könnten um eine Schattierung weniger zweifelhaft scheinen, wenn wir nicht eben die Aktion im französischen Parlament erlebt hätten, wo der jetzt zurückgetretene Kriegsminister Lefèvre und Herr André Tardieu gegen Deutschland auf eine Weise aufgetreten sind, die nichts anderes erkennen läßt, als den bisherigen französischen Vernichtungswahnsinn. Dabei scheint es uns das Entscheidende zu sein, daß sie mit ihren Vorschlägen und Ideen den Beifall der überwältigenden Mehrheit der Kammer hatten. Der „Vor-

Digitized by Google

wärts" sagt zu der kriegsministeriellen Rede, sie sei ein Stück aus dem Tollhause, und man schaudere bei dem Gedanken, daß ein solcher Mann einen verantwortlichen Posten in der französischen Regierung innehaben konnte. Es ist interessant, zu lesen, wie der „Vorwärts" weiter die Rede wiedergibt und kritisiert: Er schreibt:

Nach Herrn Lefèvre befindet sich Deutschland nicht nur in vollstem wirtschaftlichen Aufblühen, sondern es rüstet außerdem fieberhaft und heimlich für den Revanchekrieg. Also „camouflage", Vermummung auf der ganzen Linie!

Durch Herrn Lefèvre erfahren wir, daß Deutschland während des russischen Vormarsches im Juli 1920 große Mengen von Kohle nach Rußland exportierte! Er verlas hierüber eine Statistik, wonach Deutschland in der Zeit vom 1. bis zum 15. Juli täglich 230 Waggons Kohle nach Rußland sandte, vom 16. bis 31. Juli sei diese Zahl auf 391 gestiegen, vom 1. bis zum 12. August — als sich die Roten Warschau näherten — sogar auf 399; sodann in der zweiten Hälfte vom August sei diese Ziffer auf 101 gefallen: „Die Kunden hatten sich entfernt", bemerkt der witzige „Staatsmann", und das Sitzungsprotokoll verzeichnet: „Stürmischer Beifall im Zentrum, rechts und auf mehreren Bänken links". Lefèvre lobt „die aus Polen, Tschechien und Rumänien gebildete Barriere", die den Germanismus vom Bolschewismus trenne und ohne die sich morgen 60 Millionen Germanen mit 80 Millionen Russen zusammentun würden, um eine ungeheure Menschenflut zu bilden, die einmal gegen Osten nach Indien zu, einmal gegen Westen, nach dem Rhein zu, branden würde. (Stürmischer, sich wiederholender Beifall links, in der Mitte und rechts.)

Der gewesene Kriegsminister läßt sich nichts vormachen: alles deutet auf geheime Vorbereitungen für eine Mobilmachung hin, von der Einführung des telephonischen „Ueberfall!"-Anrufes bis zur Ausstellung von 7 Millionen Militärbüchern durch die Demobilmachungsämter. (?) Krupp fabriziert neue Geschütze. Man hat zwar bisher keine solchen gefunden, aber die entsprechenden neuen Granaten. Ebenso werden zwei neue Typen von Maschinengewehren erzeugt, die 1500 Geschosse pro Minute abfeuern usw.

Als der Redner seinen Vortrag beendet hatte, wurde er nicht nur stürmisch begrüßt, sondern es gingen noch zahlreiche Abgeordnete aus allen Teilen des Hauses auf ihn zu, um ihn persönlich zu beglückwünschen!

Zu dieser Leistung eines französischen Kriegsministers können wir uns nur der Kritik des „Vorwärts" anschließen, der sagt, es gebe keinen Menschen in Deutschland, „der in der Rede des Herrn Lefèvre etwas anderes erblicken könnte als einen nationalistischen Wahnsinnsausbruch oder eine grobe Spekulation auf die Leichtgläubigkeit der Hörer." Damit aber war die Deutschlanddebatte in der französischen Kammer noch keineswegs zu Ende. Sie fand eine Fortsetzung unter Teilnahme des neuen Kriegsministers Raiberti (am 24. Dezember), der einen Brief von ihm selber an Marschall Foch verlas, mit der Bitte, der Marschall möge dem General Nollet Weisung erteilen, alle festgestellten Nichtausführungen des Friedensvertrages durch Deutschland sollten durch Zwangsmaßnahmen beantwortet werden. Der Ministerpräsident Leygues verteidigte die neue französische Militärvorlage mit ihrer Abmilderung der dreijährigen Dienstzeit und sagte von Deutschland, es erfülle zwar den Vertrag, aber

Digitized by Google

mit Hintergedanken; Frankreich müsse die Brückenköpfe am Rhein in fünfzehn Jahren aufgeben, aber nur wenn der Vertrag von Versailles erfüllt sei. Hier rief Herr Tardieu dazwischen, der französisch-englische Schutzvertrag, der in Artikel 429 des Friedens vorgesehen sei, habe nicht in Kraft treten können, und daher sei die Besetzung des linken Rheinufers zeitlich unbegrenzt! Hierauf antwortete der Ministerpräsident: „Ich danke Herrn Tardieu für diese Erklärung, die die Aussprache noch klarer macht!"

Uns scheint, daß wir das wahre Frankreich in diesen beiden Kammersitzungen zu erkennen haben, und nicht in den nach Entgegenkommen klingenden, aber schwerlich ohne heimliche Berechnung angeschlagenen Tönen in der Frage der deutschen Zahlungen. Der von Tardieu erwähnte Artikel 429 sagt in seinem letzten Absatz:

Erachten in diesem Zeitpunkt die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend, so darf die Zurückziehung der Besatzungstruppen in dem zur Erlangung der genannten Sicherheit für nötig gehaltenen Maße aufgeschoben werden.

Es ist also nicht die Rede davon, daß Frankreich ein Recht haben sollte, auf eigene Faust das linke Rheinufer beliebig lange zu halten, sondern die Besetzung kann nur fortgesetzt werden, wenn Deutschland keine Sicherheiten dafür gibt, daß es Frankreich nicht unherausgefordert angreift (wie es das wohl anfangen sollte!), und die Entscheidung haben nicht die Franzosen allein zu treffen, sondern die alliierten und assoziierten Regierungen gemeinsam. Das „Echo de Paris" hat auch gleich bemerkt, die Aeußerung des Ministerpräsidenten, daß Herr Tardieu eine wünschenswerte Aufklärung gegeben habe, sei eine Illusion, denn weder die amerikanische noch die englische Regierung seien gehalten, sich der vom Ministerpräsidenten ausgesprochenen Meinung anzuschließen. Allerdings fügt „Echo de Paris" die vorsichtige Frage hinzu, ob nicht Wilson oder Lloyd Georges geheime Zusagen an Clemenceau gegeben hätten? Dann allerdings sei die Sache anders! In der Tat: Im Geist der Abmachungen von Versailles sind solche Zusagen nichts weniger als unmöglich. Mögen sie aber bestehen oder nicht bestehen — es wäre ein von Grund auf ungerechtfertigter Optimismus, wenn wir uns in Deutschland darauf verlassen wollten, daß in Frankreich ein wirklicher Umschwung geschehen ist. Wir können Herrn Dr. Simons das Bedürfnis, unserem Volke irgend etwas Tröstliches zu sagen, von ganzem Herzen nachfühlen und wir unterschreiben sein Wort, daß wir „in geduldiger und zäher Arbeit" auf eine bessere Zeit warten wollen, aber wir sind darauf gefaßt, daß selbst seine vorsichtige Fassung, es fehle „nicht jedes Hoffnungslicht" in der auswärtigen Lage, sich, was Frankreich angeht, auch noch als zu hoffnungsvoll erweisen wird.

Digitized by Google

Die drei Abstimmungspläne Korfantys

Von E. Wasruk

Wenn die Kunst verlogener Intrige die Größe des Politikers ausmachte, stände Korfanty in der vorderen Reihe. Einen seiner größten Erfolge stellt die Abstimmungsnote der drei alliierten Mächte dar. Intrigen sind seine einzige Hoffnung, Oberschlesien mit Polen zu vereinigen. Daß er das auf dem Wege des Rechts nicht erreichen kann, hat er längst eingesehen.

Er merkte auch, daß wüster Terror und Bürgerkriege nicht zum Ziele führen. Oberschlesien ist, dessen wird er sich jetzt mit aller Deutlichkeit bewußt, zu fest mit dem Deutschen Reiche verbunden. Es gehen zu viele Verbindungsfäden des Blutes und der Kultur hinüber und herüber. Die Verbindungskraft des Blutes ist im Friedensvertrag sanktioniert. Korfanty fürchtet mit Recht, daß, wenn sich der Strom der heimattreuen Oberschlesier über Oberschlesien ergießen wird, das alte Gefühl des Verbundenseins mit dem Deutschen Reiche in dem oberschlesischen Volke wieder aufleben wird, daß dann das von ihm unter dem Schutze der französischen Besatzung mit List, Drohung oder offener Gewalt einem Teil des Volkes mühsam und unter ungeheuren finanziellen Opfern aufoktroyierte „polnische Nationalgefühl" verfliegen wird wie die Spreu im Winde, daß das eingeschüchterte einfache Volk wieder Mut und Vertrauen zu sich selbst gewinnen und deutsch stimmen wird. Korfanty weiß, daß er überhaupt nur dann hoffen kann, wenn es ihm gelingt, die Oberschlesier aus dem Reich ganz von Oberschlesien fernzuhalten oder aber sie erst hereinzulassen, wenn die in Oberschlesien Wohnenden bereits abgestimmt haben. Letztes Ziel war ihm ja, die Oberschlesier aus dem Reiche überhaupt nicht abstimmen zu lassen. Daher der Versuch (in dem der interalliierten Kommission in Oppeln überreichten Memoire), diese Forderung durch ein geschicktes sophistisches Wortspiel aus dem Friedensvertrage heraus- bzw. hineinzudeuten; er hatte damit in Paris, nicht aber in London Erfolg.

Zwei Auswege standen daraufhin offen, nämlich: die Oberschlesier aus dem Reiche entweder in Köln oder, wenn das nicht möglich sein sollte, sie zwar in Oberschlesien, aber dann erst nach den in Oberschlesien wohnenden abstimmen zu lassen. An die Stelle der „rechtlichen" Gründe traten „sachliche". Durch ein Versehen vergaß man, sich vorher über diese „sachlichen" Gründe zu einigen. Und so erklärt der polnische Geschäftsträger in Paris dem „Petit Parisien", unter den heimattreuen Oberschlesiern aus dem Reiche gebe es „organisierte Banden", welche die Bevölkerung bei der Abstimmung terrorisieren und Unruhen erregen würden. Korfanty aber verkündet, daß das „oberschlesische Volk" es sich nicht gefallen lassen würde, wenn die „Fremdlinge aus dem Reiche das Abstimmungsergebnis

Digitized by Google

„verfälschen“ würden. Daß er aber selbst nicht recht an einen Widerstand des „oberschlesischen Volkes“ gegen die Oberschlesier aus dem Reiche glaubt, geht daraus hervor, daß er es für nötig findet, das Heer seiner 5000 bezahlten Agitatoren in Bewegung zu setzen, und überall Versammlungen veranstalten läßt. In Rosenberg hielt er selbst die bekannte Hetzrede, in der er die Oberschlesier aus dem Reiche als „Verräter“ brandmarkte und zu offener Gewalt gegen sie aufrief. Die Oberschlesier forderte er auf, diese „Verräter“ mit allem, was sie in die Hand bekämen, zu schlagen und sie nicht in den Dörfern wohnen zu lassen, sondern sie in den Wald hinauszujagen. Die „Gazeta Opolska“ aber erinnert unverblümt an die Gewalttaten der polnischen geheimen Militärorganisation vom August und droht mit neuen Gewalttaten für den Fall, daß die in Frage kommende Bestimmung des Friedensvertrags durchgeführt werden sollte. Zur selben Zeit spricht Viviani auf der Völkerbundtagung von einer Beredtsamkeit, die ebenso brutal wirke wie physische Gewalt, und betont, man könne auch mit Worten nicht nur überzeugen, sondern auch vergewaltigen. Ob er das wohl gesagt haben würde, wenn er Korfantys Rosenberger Rede gekannt hätte?

Indessen, Le Rond, dessen Mission in Oberschlesien „auf Grund des Friedensvertrages“ (wie es in der Note der Alliierten so schön heißt) angeblich darin bestehen soll, eine „freie und unbeeinflußte“ Volksabstimmung vorzubereiten (§ 3 Abs. 6 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrags), findet kein Mittel gegen diese Vergewaltigung. Das in dem Friedensvertrag genannte Mittel der Ausweisung scheint er nur zu kennen, wenn es sich um Deutsche handelt. Aber: müßte er nicht, wenn er Korfanty ausweisen wollte, zuerst sich selbst ausweisen? Ist er nicht vom Augustaufstand her ebenso schuldbeladen wie Korfanty? Die politische Herrschaft der Korfanty und Le Rond hat eine Atmosphäre in Oberschlesien geschaffen, in der das verhetzte und vergewaltigte Volk kaum noch weiß, was links und rechts, recht und unrecht ist. Woher z. B. nimmt Le Rond, derselbe Le Rond, der auf der einen Seite die polnische Volksverhetzung mit der direkten Aufforderung zu offenen Gewalttaten gegen die Oberschlesier aus dem Reiche duldet, das Recht, zu behaupten: „Wenn nicht nur die Einwohner, sondern auch die Heimatberechtigten in Oberschlesien abstimmen dürfen, so könne er für die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht einstehen, es sei denn, daß die Truppen verfünffacht würden. Frankreich könne aber auch nicht mehr einen einzigen Mann nach Oberschlesien schicken.“ („Liberté“.) Ich behaupte, daß selbst, wenn die Truppenmacht in Oberschlesien verzehnfacht würde, Le Rond die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien nicht aufrechterhalten könnte, weil er sie nicht aufrechterhalten will. Während des Augustaufstandes ist

Digitized by Google

auch nicht ein französischer Schuß gegen die polnischen Banden gefallen. Im Gegenteil, französisches Militär hat an der Seite der polnischen Banden sich am Kampfe gegen die ordnungsmäßige Polizei beteiligt. Ist es nicht überaus bezeichnend, daß überall dort, wo italienische Truppen lagen, das Bandenwesen nicht so um sich greifen konnte wie im französischen Truppenbereich?

Auf Grund des Berichtes von Le Rond ist es gelungen, den zweiten Plan Korfantys wenigstens halb auszuführen. Ganz wäre er ausgeführt worden, wenn Deutschland nicht vorgeschlagen, sondern diktiert worden wäre, die Oberschlesier aus dem Reiche in Köln abstimmen zu lassen. Die französische Meldung, daß dieser Plan von Lloyd George ausgegangen sei, ist von der deutschen öffentlichen Meinung von Anfang an mit Mißtrauen aufgenommen worden. Ist es nicht auch im höchsten Maße verdächtig, wenn von Paris die Nachricht kam, es sei mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß Deutschland sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklären würde; nicht so sicher sei die Annahme durch Polen? Also in Paris, ausgerechnet in Paris will man über Deutschland besser informiert sein als über Polen. Wenn dieser Vorschlag dann doch von Polen abgelehnt wurde, so war das ein reines Scheinmanöver, um zu verdecken, daß die drei alliierten Mächte sich durch diese Note offen auf die Seite Polens stellten. Hätte Deutschland den Vorschlag angenommen, dann wäre Polens Widerstand ganz von selbst verstummt, denn eine genaue Kontrolle der Abstimmungsberechtigten ließe sich im besetzten Gebiete ebenso ermöglichen wie in Oberschlesien. Daß aber die polnische Ablehnung der Note sich schließlich zu einer so scharfen gestaltete, daß insbesondere die polnischen Zeitungen sich nicht genug tun konnten in einer maßlosen Hetze gegen England und Lloyd George, ist vor allem daraus zu erklären, daß Lloyd George den Deutschen eben nur einen Vorschlag machte, statt ganz einfach zu diktieren, und daß die Polen, da die Deutschen den Vorschlag ablehnen, nun gern den dritten Plan Korfantys ausgeführt wissen möchten.

Daß man sich auch auf seiten der Alliierten mit dem Gedanken trägt, diesen dritten Plan zu verwirklichen, geht daraus hervor, daß in der Note der Alliierten der interalliierten Kommission in Oberschlesien „auf Grund des Friedensvertrags" die Befugnis zugesprochen wird, darüber zu bestimmen, ob die Oberschlesier aus dem Reiche und die in Oberschlesien wohnenden zusammen oder an zwei Terminen getrennt abstimmen sollen. Da die Aufgabe der interalliierten Abstimmungskommission in Oberschlesien „auf Grund des Friedensvertrags" in der Sicherung einer „freien, unbeeinflußten und geheimen Stimmabgabe" besteht, darf sie nur solche Maßnahmen ergreifen, die diesem Zwecke gerecht werden, nicht aber solche, die ihm direkt entgegengesetzt sind und offen den Stempel der Parteilich-

Digitized by Google

keit an sich tragen. Die Parteilichkeit dieser Maßnahmen aber tritt schon dadurch in Erscheinung, daß sie nur von den Polen, nicht aber von den Deutschen gefordert wird. Welche Motive in Wirklichkeit für diese Forderung der Polen maßgebend sind, wird am besten durch die Tatsache illustriert, daß sie anfangs die Forderung stellten, die Oberschlesier aus dem Reiche überhaupt nicht abstimmen zu lassen. Auch der interalliierten Abstimmungskommission ist es nicht um die „Sicherung einer freien und unbeeinflußten" Abstimmung zu tun. Wie sollte durch eine solche doppelte Volksabstimmung mit all ihrer Leidenschaft eine bessere Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und damit für eine „freie und unbeeinflußte" Stimmabgabe geleistet werden?

Korfanty hat seine Gründe. Man erinnere sich, daß Korfanty beim letzten Augustaufstand sich rühmte, daß auf einen Aufruf von ihm hin der Aufstand binnen 48 Stunden beendet sein würde. Er gab damit also offen zu, daß der Aufstand kein Volksaufstand war, sondern lediglich eine Aktion seiner geheimen Militärorganisation (was ja dann auch die von den Deutschen abgefangenen Geheimdokumente bestätigten). Nach seiner Rosenberger Rede kann man annehmen, daß Korfanty zwar die erste Abstimmung in Ruhe vor sich gehen lassen wird, daß er aber, wenn die ersten Oberschlesier aus dem Reiche eintreffen werden, sofort seine Geheimorganisation wird spielen lassen. Wie im August, würde Le Rond mit verschränkten Armen zusehen. Und der Hohe Rat in Paris? Nun, der hat nach dem Augustaufstand Le Rond bestätigt, daß er *mit seiner Amtsführung einverstanden sei*. Haben wir ein Recht anzunehmen, daß er diesmal anders handeln wird?

Unbegreiflich für jeden muß es sein, wie Lloyd George, der auf dem Festmahl des Verbandes der britischen Industriellen davon sprach, daß die Männer, die mit Petroleumkannen in der Welt umherlaufen und das Feuer des Krieges und der Unruhe schüren, vertilgt werden müßten, daß derselbe Lloyd George dem Petroleummann Korfanty bei seinem unsauberen und gefährlichen Geschäft, den Friedensvertrag zu umgehen, behilflich ist. Glaubt er wirklich, Korfanty würde sich an die Abmachung halten, wonach das Abstimmungsergebnis nicht eher veröffentlicht werden soll, bis die Stimmen der gesondert abstimmenden Oberschlesier aus dem Reiche hinzugezählt sind? Weiß er nicht, wie Korfanty den § 3 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrags (Wahlbeeinflussung) fortgesetzt sabotiert, daß er erst dieser Tage durch ein Schreiben an die verschiedenen oberschlesischen Beamten sich eine grobe Wahlbeeinflussung zuschulden kommen ließ? Kennt er nicht das deutsche Weißbuch über den polnischen Aufstand im August 1920? Weiß er nicht, daß seitdem die politischen Morde und Gewalttaten der polnischen Geheimbündler an deutschgesinnten Oberschlesiern täglich zugenommen haben? Ist es ihm unbekannt, daß

Digitized by Google

[illegible] Kurka, der frühere Mitarbeiter Korfantys, als er, von den un[illegible] Praktiken Korfantys angewidert, sich von ihm lossagte, die [illegible] „Wola Luda" gründete und darin Korfanty auf das heftigste [illegible], von Korfanty erst mit hohen Bestechungssummen mund[illegible] zu machen gesucht wurde, und als ihm das nicht gelang, plötzlich [illegible] Hand ermordet wurde? Oder — sind die Worte Lloyd [illegible] über den Frieden und die Petroleummänner weiter nichts als [illegible] Verdeckung gegen die immer stärker werdende Bewegung für [illegible] Frieden?

Die Antwort auf diese Frage wird Lloyd George durch seine Stel[illegible] zu dem dritten Plane Korfantys selbst geben!

Jan Smuts in Südwestafrika

Von Rudolf Kindt

General Smuts, der Premierminister der Union von Südwestafrika, war also endlich im früheren Deutsch-Südwest. Man hatte große Hoff[illegible] an seinen Besuch geknüpft, zu große, wie sich zeigte. Smuts ist [illegible] der „Slimme Jan", von dem sein Freund Botha einst im [illegible] während des Feldzuges in Südwest behauptete, Smuts könne [illegible], erschrecklich — lügen. Der Wunschzettel der Südwest[illegible] war sehr umfangreich. Er wurde dem „General" in Windhuk [illegible] Robert Matthießen, einer der festesten deutschen Män[illegible] dort überreichte ihn im Namen aller wirtschaftlichen Verbände der [illegible] des Landes. Bürger und Arbeiter, Farmer und Kauf[illegible] standen hinter ihm.

Es handelt sich um Wünsche wirtschaftlicher, kultureller, völkischer [illegible] politischer Natur. Nichts hatten die gründlichen Deutschen in der [illegible] vergessen. Kein Wunder, die lange Zeit des absoluten Regimentes [illegible] Sir Georges, des rein britischen Diktators hatte ihnen reichlich [illegible] gegeben, sich darüber klar zu werden, wohin britische Be[illegible] zielten. In wirtschaftlicher Hinsicht spielten die Verkehrs- [illegible] Eingeborenenfragen die Hauptrolle. Um es sofort vorweg [illegible] nehmen: darin kam Smuts entgegen. Er sieht ein, daß die Häfen [illegible] und Walfischbai (statt Swakopmund) wieder voll in Betrieb [illegible] werden, daß die Betriebsmittel in Lüderitzbucht ergänzt werden [illegible], daß in Walfischbai allerlei zu tun ist — auch Andeutungen zu [illegible] gebaggert werden muß —, daß für billige Verladung, zumal der [illegible] von Tsumeb, Sorge zu tragen ist, daß Kühlhäuser für die Ausfuhr [illegible] Fleisch zu errichten sind. Swakopmund soll Wohnstätte für die Be[illegible] bleiben, Walfischbai gewissermaßen Vorhafen werden. Eine Lösung, [illegible] schon zu deutscher Zeit für den Fall des Erwerbes von Walfischbai

Digitized by Google

wahrscheinlich war. Tückisch war, daß Smuts nicht programmmäßig von Swakopmund nach Walfischbai abreisen konnte, da eine Springflut die Küstenbahn dorthin und einen Teil von Walfischbai unter Wasser gesetzt hatte. Was ihm ad occulos demonstrierte, welchen problematischen Wert die Bai besitzt. Auch die Querbahn Outjo-Gobabis soll baldigst in Angriff genommen werden. Hat doch die Verwaltung unter Sir Gorges aus den Diamantenabgaben bereits eine runde halbe Million „erspart" — weil nämlich nichts getan wurde —, so daß für den Anfang Mittel vorhanden sind. Die Bahntarife sollen einstweilen für den Verkehr mit Südafrika ermäßigt, offenbar analog den in der Union üblichen herabgesetzt werden.

Was die bankrotte Eingeborenenpolitik angeht — ihren Bankrott hatte Sir Gorges, der nunmehr durch Hofmeyr ersetzt wird, kurz vor Eintreffen des Premiers in Omaruru öffentlich zugegeben! — so ermahnte Smuts die Eingeborenen allerorts zur Arbeit, zum Gehorsam gegenüber den Weißen, auch gegenüber den Deutschen! Er zeigte sich wenigstens fest gegenüber den maßlosen Ansprüchen der von Gorges systematisch verwöhnten immer nur Heischenden. Vermehrung der Polizei allerdings will Smuts nicht vornehmen, die vorhandenen Einkünfte mehr werbend anlegen. Die Einführung der Institution der Friedensrichter (wozu vermutlich auch Deutsche genommen werden, falls sie — Unionsbürger werden (!)) scheint sicher zu sein und damit eine raschere Behandlung von Streitfällen zwischen Weiß und Farbig, die Ausschaltung der sehr schwerfälligen Magistratsgerichte in den leichteren Fällen. Mit Recht machte aber Smuts darauf aufmerksam, daß die Arbeiterfrage — eine solche ist die Eingeborenenfrage in erster Linie — nicht gelöst werden könne, wenn sich der Farmer nicht durch Einzäunung seiner Farm und Einstellung weißer Arbeiter von der Notwendigkeit, Eingeborene zu halten, frei machen werde! Er verheißt im Zusammenhang Unterstützung für Farmeinzäunungen. In Bezug auf die Forderung wegen der durch die Bastarde der Rehobother Nation während des Krieges an Deutschen verübten Morde Untersuchungen vorzunehmen und strafrechtlich gegen die Mörder vorzugehen, versagte der Minister vollständig! Der gleichfalls dort anwesende Administrator Sir Gorges hatte sogar die Dreistigkeit, diese Morde als „Vergeltungsmaßregeln" zu bezeichnen. Ein Wort, das ihm in Südwest wohl nicht vergessen werden wird, eine Beschimpfung Deutscher, durch die er sich vermutlich für die ihm allgemein von deutscher Seite unverhohlen entgegengebrachte Verachtung rächen will. Smuts deutete in seiner großen Antwortrede an, wie er die Lösung der Bastardfrage denkt. Er meinte, noch seien große Teile des Landes in Händen von „Barbarengruppen" und erst, wenn jeder Platz in den Besitz weißer Leute gekommen sei, werde das „große Gedeihen" des Landes kommen. Man lächelt also über die Mandatsbestim-

Digitized by Google

mungen „zum Schutze der Eingeborenen“ und läßt den Bastarden in Rehoboth ruhig weiter — Schnaps verkaufen, wodurch rasch erreicht werden wird, daß „jeder Platz“, auch im Bastardlande in den Besitz Weißer gerät. Wir haben sorgfältig und in ehrlicher Auffassung unserer Kolonialarbeit darauf geachtet, daß der vergiftende Trank die haltlosen Mischlinge nicht völlig entnerven konnte, indem wir den Verkauf von Alkohol grade im Rehobother Bastardgebiet auf das schärfste verhinderten!

Auf die Frage der Vereidigung Eingeborener, die in der Eingabe angeschnitten war, und auf andere solche „Kleinigkeiten“ ging der großzügige Smuts nicht weiter ein. Nach britischem und demnach auch nach südafrikanischem Gesetz schwört jeder Farbige vor Gericht, ob er Christ ist oder Heide, ob er eine Ahnung vom Eid hat oder nicht. Und ein Eid eines tierisch vegetierenden, geistig völlig kindlichen Eingeborenen gilt soviel wie der eines — Deutschen.

Ein Wunsch lag den Deutschen besonders am Herzen: die Beibehaltung der deutschen Landwirtschaftsbank. Nein, sagt Smuts, sie wird liquidiert und an ihre Stelle tritt eine Landbank — nach südafrikanischem Muster natürlich. Zwar soll jede Rücksicht genommen werden, doch fürchten die südwestafrikanischen Zeitungen nicht mit Unrecht, daß die Liquidierung wie die Gewährung von Geldern durch die neue Bank politisches Druckmittel werden könne.

Auf die übrigen, in Deutschland weniger verständlichen Einzelwünsche unsere verlassenen Landsleute will ich hier nicht näher eingehen. Sie werden erfüllt — wenn es dem Südafrikaner Smuts in den Kram paßt, sonst nicht.

Auf dem Gebiete des Völkischen wog der Wunsch, deutsche Einwanderung hereinzubekommen, am schwersten. Kurz gesagt: Smuts erkennt die außerordentliche Tüchtigkeit der Deutschen als Kolonialpioniere hundertfach, in jeder Rede voll an. Er wünscht dringend starke deutsche Einwanderung in Südafrika, will aber eine solche nach Südwest nur ganz vorsichtig, nach genauer Prüfung von Fall zu Fall durch den Administrator, der auch die Einreiseerlaubnis erteilen muß, zulassen. Frauen und Mädchen, Missionare und Krankenpflegerpersonal, deutsche Handwerker, und Arbeiter wird man „nach Bedarf“ einwandern lassen, auch einige der früher Ausgewiesenen haben anscheinend Aussicht, wieder zugelassen zu werden (falls sie wünschen unter ständigem Druck zu leben) aber eine Einwanderung in großem Maßstabe soll nur — aus der südafrikanischen Union kommen! Die Unionsbürger seien „dem harten Leben in Südwest“ eher gewachsen, als deutsche Neulinge. Als ob wir Neulinge nicht in kaum 30 Jahren eine Wildnis

Digitized by Google

der Kultur gewonnen hätten, was noch keine europäische Nation vor uns Deutschen je fertig brachte! Sapienti sat! Es ist der „flimme Jan", mit dem wir es zu tun haben.

Der Wunsch, das deutsche B. G. B. möge wieder eingeführt werden, den der Sprecher Matthießen Smuts in das Gesicht hinein drastisch dahin auslegte, man wünsche keinen „Rückschritt um Jahrhunderte", wurde nicht einmal beantwortet, soweit mir Berichte vorliegen. Warum, zeigt sich später.

Die bitteren Schulschmerzen werden natürlich ebenfalls nach Art des „flimmen Jan" behandelt. In den Elementarklassen „dürfen" die Kinder in deutscher Sprache unterrichtet werden, weiter nicht! Natürlich war es ihm leicht, dies mit wohlwollender Geste zuzugestehen, denn die Kinder können ja kein Holländisch oder Englisch, wenn sie von der deutschen Mutter der Schule zugeführt werden! Deutsche Lehrer will man anscheinend nicht mehr zulassen, der Unterricht in den Elementarklassen soll durch „zuverlässige Lehrer" erteilt werden. Deutsch als Amtssprache wird abgelehnt! Was nutzt demgegenüber der große Hymnus auf deutsche Sprache und Literatur, den Smuts anstimmte. Was hat es für einen Sinn, wenn er versichert, die deutsche Sprache solle „in keiner Form unterdrückt" werden? Deutsch wird künftig in Südwest reine Privatangelegenheit einer kleinen Minderheit inmitten einer burisch-britischen Bevölkerungsmasse sein!

Als Bestandteil der Eingabe lag ihr ein Protest der deutschen Frauen des Schutzgebiets bei, der lautete:

„Herr General! Feierlich verwahren wir uns gegen die Verwendung französischer schwarzer Besatzungstruppen in den Rheinlanden. Wie lange noch, so fragen wir, sehen andere Völker teilnamslos, untätig diesem empörenden, allen Sitten zivilisierter Völker hohnsprechenden Gebahren zu? Friede, Versöhnung der Völker heißt es, welch' furchtbarer Hohn ist das, welch' entsetzliche Saat muß aufgehen, wenn rachgierig in den aus tausend Wunden blutenden, in Fieberschauern rasenden Volkskörper zersetzendes Gift geflößt, zu der Demütigung brennende Schmach gefügt wird? Das sorglos schlafende Gewissen wachzurütteln, den Abscheu vor diesem ungeheuren Vergehen an der Menschheit zu wecken, erheben wir laut unsere Stimme, weisen warnend auf diesen abscheulichen Schandfleck hin, der Europa entstellt, und fordern auf, unseren Protest gegen diese moderne, von vielen Verantwortlichen schweigend geduldete Kulturschande zu unterstützen und zu Gehör zu bringen."

Jan Smuts hat sich, wie fast bei allen Punkten der Eingabe, so auch hier um eine klare Zusage herumgedrückt. Er sprach von „Uebertreibungen" und „er wolle sehen, was sich machen lasse!" Bisher hatte ich in Smuts immer noch den waschechten Bur gesehen, glaubte ich nur: er gehe seine eigenen krummen Wege, sein Ziel, das freie burische Südafrika zu erreichen. Jetzt, wo der Mann in dieser, für jeden Weißen entscheidenden Frage versagt, erkenne ich, wie sehr er von britischer Scheinheuchelei befallen ist, wie sehr sich sein Denken und Empfinden nach britischem Muster richtet. Ein Untätigsein in dieser Sache,

Digitized by Google

ist ein Verrat an der ganzen weißen Rasse, Jan Smuts! Und dein Volk — so die Buren noch dein Volk sind — wird dir bei der nächsten Wahl die gebührende Antwort darauf erteilen! Dein Burenvolk, das die Eingeborenen „skepsels" das ist: Geschöpfe und nie „mense" niemals Menschen nennt! Dein Volk fühlt mit uns diese Schmach, die du politischer Rücksichtnahme auf das England „befreundete" Frankreich wegen nicht sehen willst!

Würdig seiner Haltung in Beziehung auf den Protest der deutschen Frauen Südwestafrikas, ist auch sein Benehmen gegenüber dem Kardinalwunsch, der Hauptforderung der Deutschen, der Mandatsfrage. Die „Landes-Zeitung" Windhuk sagt in ihrer Nummer vom 21. September:

„Mit seiner Auslegung der Mandatsfrage hat General Smuts überall im Lande sehr berechtigtes Mißtrauen erregt. Die deutsche Bevölkerung empfindet, daß hier eine Rechtsbeugung vorgenommen werden, daß auch in Südwest Macht vor Recht gehen soll."

In der Eingabe war es niedergelegt und Mathießen sagte es in seiner Ansprache als Beauftragter aller Deutschen Herrn Smuts klar, man protestiere gegen die Verletzung des Versailler Vertrages durch Einverleibung Südwestafrikas in das Gebiet der Union!

Noch in Marientaal, als Smuts erst kurz auf südwestafrikanischem Boden weilte, hatte er erklärt: Südwest sei keine eroberte Provinz und könne daher nicht annektiert werden! Und im Mai hatte er gegenüber der Abordnung deutscher Südwester, deren Sprecher ebenfalls Mathießen war, in Pretoria auseinandergesetzt: nur weil der Völkerbund noch keine näheren Bestimmungen hinsichtlich des Mandates getroffen habe, sei es der Union bisher nicht möglich gewesen, in Südwest geordnete Verwaltung einzuführen, das Kriegsrecht aufzuheben usw.! Damals wies Smuts darauf hin, zwischen zwei Großmächten seien Schwierigkeiten in Bezug auf die Auslegung der Mandate anderenorts entstanden und so sei Südwest „in den Hintergrund" getreten. Und nun sagt der gleiche Mann in Windhuk: die Union habe auf Grund des Mandates das Recht, Südwestafrika wie einen Teil der Union zu behandeln! Sie könne nicht nur „seine Regierung, seine Gesetze, seine Finanzwirtschaft, seinen Beamtenstab, Polizei, Eisenbahnverwaltung bestimmen, sie könne auch „Südwest als eine Provinz der Union erklären!!!" Und er fügt hinzu: Es seien ihr keinerlei Beschränkungen auferlegt, mit Ausnahme jener „den Eingeborenen gegenüber". Wörtlich übersetzt behauptet Smuts, der Vertreter wenigstens eines Teiles der uns freundschaftlich gesinnten Buren:

Digitized by Google

„Sie sehen, daß das Mandat nichts anderes als eine Besitzergreifung ist. (!!) Die Autorität der Union, die ihr erteilt wurde (!), ist so vollständig, daß es einer Annektion gleichkommt."

Der Premierminister, der im Mai noch auf eine nähere Umschreibung der Art des Mandates durch den Völkerbund wartete, beruft sich jetzt auf den Artikel 119 des Friedensvertrages, der bekanntlich besagt: „Deutschland verzichtet zugunsten der assoziierten und alliierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen."

Den Artikel 22 legt er dahin aus, daß darin nur ein Schutz für die Eingeborenen vorgesehen sei. Dennoch sagt er: „Nach den Bestimmungen des Artikels 22 des Vertrages kann die Liga (der Nationen) die Bestimmungen des Mandates genau beschreiben".

Daß laut Artikel 22 die Souveränität über die früheren deutschen Besitzungen beim Völkerbund liegt, übersieht er geflissentlich. Welchen anderen Sinn aber haben sonst die sämtlichen Einzelheiten des Art. 22? Wie wär es denkbar, daß der Absatz 7 des Artikels bestimmt: „In allen Fällen (der verschiedenen Mandatsverteilungen) hat der Mandatar dem Rate jährlich einen Bericht über die seiner Fürsorge anvertrauten Gebiete vorzulegen!", wenn Smuts Recht hätte?! Es heißt doch nicht, der Mandatarstaat habe Bericht über die seiner Fürsorge anvertrauten Eingeborenenstämme zu erstatten, sondern ausdrücklich „über die seiner Fürsorge anvertrauten Gebiete"!

Die Windhuker „Landes-Zeitung" wehrt die Argumentation des flimmen Jan zu Fug und Recht ab, indem sie auf die Entstehung des Mandatsgedankens aus Punkt 5 der berüchtigten Wilsonschen 14 Punkte deutet, der da klar sagt:

„Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll".

Nicht zu Unrecht weist die genannte Zeitung darauf hin, daß der englische Text des Versailler Vertrages hinsichtlich Südwestafrika und gewisser Inseln im australischen Stillen Ozean sagt, sie seien: „as integral portions of its territory" zu verwalten. Und daß dies Wort „integral" zu übersetzen sei: „ein Ganzes ausmachend, für sich bestehend"! Der französische Wortlaut stehe allerdings damit im Widerspruch, weil er

Digitized by Google

„partie intégrante" lautet. Aus dem französischen Text sei dann die deutsche Uebersetzung „integrierend" entstanden.

Welche der beiden Auslegungen richtig ist, ist natürlich nicht ohne weiteres sicher. Sicher ist aber, daß England und mit ihm Smuts noch bis Mai der Ansicht waren, der Völkerbund müsse das Mandat erst erteilen, d. h. die Souveränität sei beim Völkerbund! Das geht aus Smuts Aeußerungen im Mai hervor, erhellt weiter aus den „Streitigkeiten" zwischen Frankreich und England über die Mandatsauslegung in „anderen Teilen der Welt", die natürlich — zugunsten der französischen Auffassung entschieden wurden und zur Annexion Togos, Kameruns durch Frankreich und zur ziemlich unverhüllten Erklärung der britischen Souveränität über Ostafrika im Juni und Juli dieses Jahres führten. Aber auch zu dem scharfen Protest Wilsons führte, der entschieden an der Souveränität des Völkerbundes festhält! Und Wilson wird ja wohl wissen, was man mit der Stipulierung von „Mandatsstaaten" und „Mandatarstaaten" gewollt hat.

Die „Landes-Zeitung" meint weiter: erst später, als der Gang der Verhandlungen die Energie Wilsons zermürbt hatte, hätten Lloyd George und Clémenceau den Artikel 119 in den Vertrag geschmuggelt. Meines Erachtens ist eine solche Erklärung des scheinbaren Widerspruches zwischen Artikel 22 und Artikel 119 nicht einmal notwendig: Deutschland konnte nur zugunsten einer bereits vorhandenen Macht „verzichten". Der Völkerbund ist, wie vorauszusehen war und sich ja deutlich genug gezeigt hat, ein sehr problematisches Gebilde. Für den Fall, daß die Völkerbundssatzung von irgendeinem der Kontrahenten etwa nicht angenommen werden sollte, wie dies ja mit den Vereinigten Staaten wirklich der Fall war, sollte dennoch der Verzicht Deutschlands auf seine Kolonien rechtswirksam und endgültig sein, daher wurde zur größeren Sicherheit der Artikel 119 aufgenommen. Deutscherseits ist ja zudem auch erklärt worden, man lasse sich auf den Artikel 119 nur im Hinblick auf den Artikel 22 des Vertrages ein, und ich wiederhole: Wilson besteht darauf, daß der Völkerbund Souverän der früheren deutschen Kolonialgebiete sei. Immerhin ist der Völkerbund noch da, und damit ist der Artikel 22 noch in Kraft.

Von Bedeutung ist hier auch die Stellungnahme des General Hertzog, des Nationalistenführers in der Union von Südafrika zu der Frage. Kurz vor Smuts Abreise nach Südwest, sprach Hertzog im Parlament der Union. Nach der Windhuker „Allgemeinen Zeitung" wird über seine Rede berichtet:

„Hertzog wünscht, die deutsche Bevölkerung möge einsehen, daß die Union das Mandat gerecht und unparteiisch ausüben werde, und daß

Digitized by Google

der Tag kommen werde, an dem die Deutschen in der Lage sein würden, über ihre eigene Lage zu bestimmen! Ebenso, wie die Union es wünsche, das Recht der Selbstbestimmung zu haben. Die Deutschen müßten fühlen, daß sie sich auf den Gerechtigkeitssinn Südafrikas verlassen könnten."

Smuts kehrt sich den Teufel daran! er will für den nahe drohenden Fall, daß ihn eine Mehrheit der Nationalisten unter Hertzog vom Thron stößt, vorsorgen! Er will ein Fait accompli schaffen und erklärte in Südwest grade heraus, Südwest werde zu gegebener Zeit eine Provinz der Union werden! In diesem Zusammenhang wird auch klarer, warum Smuts eine deutsche Einwanderung in Südafrika selbst, im Gebiet der Union zulassen, sie fördern, nach Südwest aber nur wenig und vorsichtig Deutsche hereinlassen, dies Land von der Union aus mit Unionsbürgern weiter besiedeln will! Sollte es zu einer Abstimmung kommen, sollten Hertzog und die Seinen dennoch den Deutschen und Deutschland ihr Wort halten, so ist dann dafür gesorgt, daß eine burisch-britische Mehrheit für Südafrika stimmt! Hier hat man den ganzen „slimmen Jan!"

Vielleicht aber ist die Stunde, die Smuts als Premierminister der Union hinweggefegt, näher, als er denkt, vielleicht macht ihm das Schicksal einen dicken Strich durch seine fein ausgeklügelte Rechnung. Seine Versuche, die Nationalisten an sich zu ziehen, sind den neuesten Nachrichten zufolge gescheitert! Nachdem die Provinzialwahlen den Nationalisten in Transvaal und Orangefreistaat die Mehrheit der Sitze gebracht haben, nachdem sogar in der stark britischen Kapkolonie die Hertzogianhänger 23 Sitze gegen nur 7 der Smutsschen Südafrikanischen Partei erhalten haben, hat er sich, um am Ruder zu bleiben, völlig der britischen Jingopartei, den Unionisten in die Arme geworfen. Die Unionisten wollen sich mit der Südafrikanischen Partei ganz vereinigen. Die Folge wird sein, daß die Politik dieser Partei noch mehr britisch gerichtet sein wird, was die letzten Buren rasch aus ihren Reihen vertreiben muß! Sollte daher die nur mit Hilfe der Arbeiterpartei aufrechtzuerhaltende Mehrheit der Smuts-Regierung bei irgendeiner Gelegenheit in die Brüche gehen, weil Nationalisten und Arbeiter gegen die Regierung stimmen, so sind Neuwahlen zu erwarten, die ohne jeden Zweifel eine deutschfreundliche Mehrheit im Unionparlament ergeben werden! Dann kommt Hertzog und mit ihm hoffentlich Recht und Gerechtigkeit gegenüber unseren heute in ihrem Volkstum schwer bedrängten deutschen Landsleuten in Südwestafrika.

Digitized by Google

Ein Kapitel Lohnpolitik

Von Dr. Theodor Heuß.

Von einem Führer der Unabhängigen, von Emil Barth, stammt das bittere Wort, daß die Revolution sich in eine „Lohnbewegung" verwandelt habe; es ist inzwischen geschichtlich geworden. Die Lohnbewegungen aber dauern an und haben mit revolutionären Anfängen oder Zielen nichts mehr zu tun. Sie sind die Antwort auf das Sinken des Geldwerts, der Versuch, den unerbittlichen Zwang abzuwehren, zu verzögern, daß die Lebenshaltung der deutschen städtischen Masse, seien es Arbeiter, Angestellte, Beamte, freie Berufe, unter den Stand vor dem Kriege sinken muß. Der Rausch der neuen politischen Seligkeit ist einigermaßen verloren, auch der Linksfanatismus ist etwas sauer geworden; aber daß der politischen Enttäuschung das Gebot der Verarmung folgen soll, dagegen sträuben sich die Instinkte der Lebenserhaltung.

An der Verschärfung der Situation sind aber die nicht ohne Schuld, die die Führung der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung in den Händen haben.

Wer einmal neuerdings abgeschlossene Tarifverträge durchgesehen hat oder ihre Entwürfe kennt, weiß, was gemeint ist. Nicht jene teilweise grotesken und in ihrer feierlichen Fassung lächerlichen Bestimmungen, bis zu welchem Verwandtschafts- und Freundschaftsgrad Urlaube zu Taufen, Hochzeiten und Begräbnissen tariflich gewährt werden, sondern die unheimliche Angleichung der Bezüge der ungelernten Arbeiter an die der gelernten und die hohen Sätze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

Auch das ist in gewissem Sinne Kriegsfolge. Als die Masse der Soldaten zurückgekommen war und sich im bürgerlichen Leben zurechtfinden mußte, schwoll die Ziffer der Gewerkschaften an; sie sollten einen Halt geben. Unter den neuen Mitgliedern aber überwog die Zahl derer, die keine, die eine geknickte Berufsausbildung genossen; viele waren auch durch die Wirtschaftslage gezwungen, nach einer neuen Beschäftigung sich umzusehen. Von diesen frischen Massen wurde die Politik der Gewerkschaften nun über Gebühr beeinflußt. Sie zu befriedigen, sie in ihrem Vertrauen festzumachen, war die Aufgabe. Nicht die Lohnbewegung als solche war und ist das gefährliche, sondern die neue Gewichtsverteilung, die Ueberflutung des Wirtschaftsinteresses durch die Ungelernten.

Ein Beispiel verdeutlicht alles: Der Tarifentwurf, den kürzlich die städtischen Arbeiter in Berlin vorlegten, sah folgende Stundenlöhne vor: ungelernte Arbeiter 5,60 M., angelernte 5,70 M., Handwerker 5,80 M. Wir reden nicht von der Höhe dieser Forderung, sondern von dem Mangel an Staffelung. Die gelernte Arbeit ist in ihrer Entlohnung vollkommen überrannt.

Digitized by Google

Man muß sich einen Augenblick klarmachen, was das heißt. In den letzten Jahrzehnten waren auch wir in einigen Gewerben zu der Lohndifferenzierung gekommen, die für die klassische Entwicklung der englischen trade unions charakteristisch gewesen. Dieser Weg wurde in Deutschland nur zögernd beschritten, aber die Intensivierung unserer Industrie erzwang ihn. Jetzt stehen wir durchaus in der Gegenbewegung, in der der Taglöhner Trumpf ist. Gewiß kann dessen Schwierigkeit, sich ein Existenzminimum zu wahren, nicht theoretisch wegdiskutiert werden; aber hält die Unterwertung der „gelernten" Arbeit an, die ja für die geistigen Berufe fast zur achselzuckenden Selbstverständlichkeit geworden, dann wird die deutsche Wirtschaft in fünfzehn und zwanzig Jahren in ihren feinsten Gewerben einen unbrauchbaren Arbeiterstamm haben. Der volkswirtschaftliche Unsinn unserer Luxussteuergesetzgebung wirkt vom Staate aus in dieser Richtung, und die Arbeiterbewegung, aus Tagesbedürfnis die Zusammenhänge übersehend, setzt ihre Kraft auf der gleichen Linie an. Wozu soll ein Vater seinen Sohn noch in die Lehre eines Handwerkers oder zu einer sonstigen Spezialausbildung schicken, wenn am Ende der Bemühungen eine tägliche Entlohnung steht, die sich nur minimal von der eines Tagelöhners unterscheidet.

Ja, aber haben nicht die Tarife diese üble Wirkung mit weiser Voraussicht ausgelöscht, indem sie die Väter entlasteten und die finanzielle Leistung dorthin legten, wohin der Gewinn aus gelernter Arbeit fließt? Der Lehrling ist nicht mehr dazu da, „ausgebeutet" zu werden, er wird entlohnt. Der Lehrling und der jugendliche Arbeiter spielen im Tarif eine besondere Rolle. Die Folge davon ist, daß die Arbeitgeber sehr wenig große Lust auf Lehrlinge zu haben pflegen. Man wird auch dies, unter allgemeinen Perspektiven, kurzsichtig nennen können, doch der Lehrling ist ein „Lernender" und seine Beschäftigung, ihrem Wesen nach, unwirtschaftlich. Gerade die besten Lehrmeister wollen die jungen Menschen nicht nur als Handlanger benutzen. Aber die finanzielle Belastung gibt die Grenze, wo der Zeitverlust und Materialverderb in der Ausbildung schlechterdings unwirtschaftlich wird. So also geht es auch nicht.

Mag die Entlohnung des Lehrlings einen Zuschuß zu dem elterlichen Haushalt bilden, so fällt dies bei dem selbständigen jugendlichen Arbeiter hinweg. Er ist nicht verheiratet und hat infolgedessen kein Gewicht von Verpflichtungen; die größere Konsumkraft, über die er verfügt, wird für seine älteren verheirateten Kollegen geradezu zu einer Einengung des Lebensspielraums. Denn von dieser Gruppe aus erfolgt der rascheste Umsatz des Lohnes im Konsum mit seiner preistreibenden Wirkung. Die älteren Arbeiter sind sich dessen auch bewußt; aber sie haben gelernt, ihre Feigheit Disziplin oder Solidarität zu nennen.

Digitized by Google

Ganz unzweifelhaft liegt ein Versagen der Gewerkschaften vor, daß sie diese Entwicklung kommen sahen und sich nicht dagegenstemmten. Der Verbandsegoismus war stärker als die Einstellung auf die wirtschaftspolitische Situation. Noch geben die Führer das öffentlich nicht zu, was ihnen in seinen Folgen selber bereits klar zu werden beginnt. Aber sie müssen ihre Aufgabe begreifen und angreifen, wenn sie nicht mitschuldig werden wollen an dem Zerbröseln und Zerfließen technischer Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter.

Alle Welt redet vom Zwang zur Qualitätsleistung der deutschen Produktion. Wenn man aber auf die Lohndifferenzierung verzichtet und tariflich den Tagelöhner zum sieghaften Massentypus des deutschen Industriearbeiters macht, vernichtet man das Ueberkommene und verdirbt das keimhaft Neue.

*

Verwandte Probleme lassen die Frage der Beamtenbesoldung nicht zur Ruhe kommen. Man dachte, mit der Vereinfachung der Besoldungsklassen ein Schema zu schaffen, das für die verschiedenen Ressorts einheitliche Typen zeige und so dem Ausgleich der streitenden Interessen diene. Das Gegenteil mußte eintreten; denn die Verschiebung in einer Kategorie, sei es bei den Verkehrs-, sei es bei den Verwaltungsbeamten oder sonstwo, wirkt gleich auf die Genossen der Gehaltsklasse weiter, die bei einem anderen Ministerium zuständig sind. Die Unruhe wird zur legitimen Einrichtung.

Dazu tritt, daß man nicht die Schematisierung der Gehaltsklassen einigermaßen durch ein weites System von Ortsklassen ausgeglichen hat. Mit fünf Typen will man der Vielgestaltigkeit der deutschen Lebensverhältnisse gerecht werden. Und die Gewerkschaften, auch die der Beamten, gehen in ihren Forderungen fast grundsätzlich an der Differenzierung in Ortsklassen vorüber. Kommen sie mit einem Antrag auf Erhöhung des Stundenlohnes, so gilt der nur einheitlich. Die Gewerkschaften schaffen ein Prämiensystem für das platte Land, und die Rechte, offen und versteckt, sekundiert ihnen dabei. Die Rückwirkung auf die Teuerungsverhältnisse in den Großstädten kann nicht ausbleiben. Und im Reichsarbeitsministerium unterstützt man diesen Zug zu möglichst zentralistischer Gestaltung von Tarifen und Besoldungsordnungen; die Wirkung aber muß, da nicht auch zugleich das bare tatsächliche Leben schematisiert werden kann, die Verewigung der Spannungsverhältnisse sein.

Digitized by Google

Notizen

Mit Behagen druckt die „Freiheit“ die Times-Nachricht ab, daß Deutschland 1919 zehn Millionen Flaschen Sekt verbraucht habe, gegen sechs Millionen 1914. Möglich, ja warscheinlich, daß einen Teil davon unsere widerlichen Schieber uud Kriegsgewinnler mit ihren pelzverbrämten Madamms und florstrumpfenen Dirnen sich in die Gurgeln gießen. Wer 1919 Sekt trank, tut es heute nicht mehr. Wer verbraucht das Plus? Von den 100.000 Mann Besatzungstruppen bezieht jeder französische Gemeine 42.000 M., d. h. so viel wie ein deutscher Stabsoffizier und ein deutscher Hauptmann zusammen, ein Unteroffizier mehr als der Reichskanzler oder so viel wie der Chef der Heeresleitung zuzüglich einem Generalmajor, ein Leutnant so viel wie zwei Reichskanzler, ein Oberst so viel wie fünf Generalleutnants, ein französischer Generalmajor soviel wie zehn deutsche, und ein Kommissar so viel wie das gesamte Reichsministerium mit dem Reichskanzler an der Spitze. Nun geht der „Freiheit“ vielleicht ein Licht auf, daß wir Deutsche nicht den Sekt trinken, den wir fabrizieren.

Auch unsere Sektindustrie arbeitet eben-für „den Sieger“.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 49
Rohrbach, Verqualmung 51
Schmidt, Emigrantenpolitik 56
Heicke, Der Siedlergarten eine Kultur-Angelegenheit 59
Müller-Jabusch, Die Großen und die Kleinen . . . 64
Hasselmann, Wirtschaftliche Erneuerung 69

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 15. Januar 1921 Heft 3

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart-Berlin

WILHELM HAUSENSTEIN

Die bildende Kunst der Gegenwart

Mit 32 Abbildungen

2. Auflage. In Halbleinen gebunden M 30.—

„Das Gesichtsfeld, das vor uns ausgebreitet wird, ist zunächst nur durch den zeitlichen Rahmen bestimmt, es dehnt sich aus von Leibl bis zu den Futuristen und Kubisten; der innere Zusammenhang aber zeigt sich, wenn man die heterogenen Erscheinungen der Kunst in Beziehung bringt zu den ebenfalls ganz widereinanderlaufenden Tendenzen unseres geistigen Lebens. Außerordentlich feinfühlige Darstellungen der einzelnen Hauptgestalten sorgen dafür, daß die lebendige Persönlichkeit zu ihrem Rechte kommt." (Frankfurter Zeitung.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Riddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden: 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport · Lagerung.

Wer auswandern will

versäume nicht, sich zuvor gründlich zu unterrichten.
Das geschieht am besten durch den Bezug der

Illustrierten Auswanderer-Zeitung

Wir bringen Ihnen jede Woche die neuesten Nachrichten aus allen Einwanderungsländern u. alles Wissenswerte über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse u. Aussichten. Preis der Einzelnummer 1.— M. Vierteljahresabonnement 12.— M. Probenummern übersendet auf Anfragen die Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag:

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart

Digitized by Google

6. Jahrgang * 15. Januar 1921 * Heft 3

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Am 19. Januar werden die Ministerpräsidenten der Entente wieder zusammentreten. Gleichzeitig erfahren die Brüsseler Konferenzen wieder eine Vertagung, und die politischen Fragen drängen die wirtschaftlichen, von denen man gerne sagt, sie seien die entscheidenden, in den Hintergrund. Die Sorge um die deutsche Entwaffnung ist das Schauspiel, das die französische Regierung aufzuführen hat, um ihre Stärke zu demonstrieren, um so mehr, als der Schlüssel für die wirtschaftliche Reparation immer noch nicht gefunden wird. Die Frage ist nicht genug. Sie hat ihre innerpolitische Belastung durch die Taktik der bayrischen Regierung, ihre Orgesch-Angelegenheit als eine innerstaatliche Angelegenheit behandelt wissen zu wollen, worüber sich, in der Sorge um einen feindlichen Einmarsch die Bergarbeiter des Ruhrreviers zu erregen beginnen; ihre außenpolitische durch die Situation an der Ostgrenze. Dort fürchten die Polen einen Frühjahrsfeldzug der „roten Armee" Trotzkys, sie haben aber ein schlechtes Gewissen gegenüber Deutschland und rechnen Frankreich die Gefahr vor, der Selbstschutz Ostpreußens möchte sich in kritischen Stunden gegen sie wenden. Die Engländer sind ja nun den Polen gegenüber etwas taub geworden, aber Paris ist, trotz des französischen Geldes, das im Warschauer Loch verschwindet, einstweilen noch willig und hellhörig. Deshalb spielt es, wie im vergangenen Jahr, einstweilen auf eigene Gefahr, seine Trümpfe aus, sicher, daß England um Deutschlands willen keine allzustarken Pressionen ausüben wird. In London markiert man Zurückhaltung. Die Interessen sind gespalten. Zum einen hat es Vorteile für England an anderen Stellen, wenn Frankreich in das deutsche Problem sich verbeißt, zum andern weiß man aber, daß die deutsche Beruhigung mit solchen Methoden schlechterdings eine Unmöglichkeit wird. In diesem Zwiespalt entschließt man sich zu einem dilatorischen Verfahren.

Digitized by Google

Korfanty ist in dem Streit um das Abstimmungsverfahren in Oberschlesien Teilsieger geblieben. Das Auseinandernehmen der Abstimmungen zwischen den Ortsanwesenden und den Wahlberechtigten aus dem Reiche hat politisch den Zweck, das starke Aufflammen des Heimatgefühls, das in Schleswig, bei den ost- und westpreußischen Abstimmungen den Rhythmus der politischen Entscheidung gab, zu verhindern. Die Polen hoffen, daß ihre Taktik der Einschüchterung vor allem die Zureisenden abhalten könnte, denn ihr erstes Verlangen ging ja darauf aus, die Weggewanderten überhaupt des Wahlrechts zu berauben. Es ist die Aufgabe aller Deutschen, dafür zu sagen, daß trotz der feindseligen Entscheidung der alliierten Botschafterkonferenz kein Oberschlesier zurückstehe. Es handelt sich nicht um eine Frage der Heimatsentimentalität, sondern der baren Lebensmöglichkeit des gesamten Deutschlands.

*

Der drohende Konflikt im Eisenbahnbetrieb ist vermieden worden, dadurch daß die Beamten auf die schematische Durchführung ihrer Forderungen verzichteten und die Regierung sich zu einem nach den Ortsklassen gestuften Entgegenkommen bereit finden ließ. Gründe der äußeren Politik mögen auf beide Verhandlungsteilhaber eingewirkt haben. Es bleibt aber offen, ob die Lösung endgültig sein wird, denn automatisch pflegen Teilerfolge der einzelnen Beamtengruppe auf die Nachbarschaft überzugreifen. Dadurch ist auf die Dauer die ganze straffe Besoldungsordnung in Frage gestellt, und, so stolz die Hersteller dieses Werkes auf die Vereinheitlichung und die reibungsvolle „Einklassierung" der zahllosen Kategorien sind, es wird notwendig sein, nach einem Faktor der größeren Beweglichkeit zu suchen. Denn sonst wird, bei der geringen Zahl der Ortsklassen, der Ausgleich der Not in den teuren Bezirken geradezu zu einer Liebesgabe an die billigen.

*

Die Zersetzung des marxistischen Sozialismus hat nun auch in Italien, dessen sozialdemokratische Partei durch ihre Neutralitätspolitik den Krieg am geschlossensten überstand, tiefer erfaßt. Die „Zellen" von Moskau wirken, und der bevorstehende Parteitag in Livorno hat nur den Zerfall zu bestätigen. Wann werden die Marxisten zugeben, daß ihre eigene organisatorische Entwicklung die Lehre des historischen Materialismus lügenstraft.

Digitized by Google

Verqualmung

Von Dr. Paul Rohrbach.

Der Krieg hat den internationalen politischen Vokabelschatz um ein früher so gut wie unbekanntes, jetzt viel gebrauchtes Wort bereichert: Camouflage. Es stammt von calamus: Rohr und flare: blasen Aus dem Rohr, das heißt aus der Pfeife, geblasene Rauchwolken sollen den wirklichen Sachverhalt so einhüllen, daß niemand ihn erkennt. Speziell unter den Wissenden meint man den pseudomoralischen Qualm, der um egoistische und gewalttätige Maßnahmen herum erzeugt wird. Camouflage in diesem Sinn ist ein echtes Ententewort. Die größte aller Camouflagen war der Kampf für die Freiheit der Welt, für das Recht der kleinen Völker, für die Selbstbestimmung und so weiter. An seinem Ende erhob sich die große Qualmwolke des Friedens von Versailles und die kleineren Wolken von St. Germain und Sèvres, von denen ein ebensolcher moralischer Gestank und Dunst ausgeht, wie von jener. Camouflage treibt man auch in Brüssel mit uns. Die Vorstellung, als ob es dort auf etwas Ehrliches abgesehen sei, muß als ziemlich hoffnungslos bezeichnet werden. Deutschland soll dort eingenebelt werden, die Exekution des feigen und infamen Wortbruchs von Versailles soll eingenebelt werden, das moralische Urteil der Welt soll eingenebelt werden. Wir können es nicht für eine glückliche und zielbewußte Politik halten, wenn gegenüber dieser sicher zu erwartenden Praxis von unserer Seite mit dem Herzen des Biedermannes gearbeitet wird, der seine Gründe so vorträgt, als ob ihm andere Biedermänner gegenübersäßen. Natürlich muß unser Material so vollständig, so ehrlich und so offen vorgebracht werden, als ob es eine wirkliche Verhandlung mit dem Zweck des Ausgleichs, Leben und Lebenlassen, gälte, aber dabei dürfen unsere politischen Leiter nicht vergessen, daß auf eine Camouflage vor allem ein guter Apparat zur Rauchzerstreuung gehört. Aber leider ist gerade die Technik, solche Apparate zu bauen und zu bedienen, in Deutschland noch unbekannt.

Auch die Politik der bisherigen Ententegenossen untereinander ist eine große Camouflage. Was hinter den Rauchwolken wirklich vorgeht, die aus dem Munde und aus den Tintenfässern der leitenden Staatsmänner, namentlich in Paris und London und aus den Völkerbundsverhandlungen aufsteigen, das wissen nur wenige. Eine gefährliche Tatsache, die nicht entschleiert werden soll, ist die Rückwirkung des englisch-amerikanischen Gegensatzes auf das Verhältnis von England und Frankreich. Wir haben hier vor kurzem (in dem Artikel von Korvettenkapitän Gadow) wichtiges Material zur Beurteilung der Rüstungen und der einander entgegenstehenden Interessen Englands und der Vereinigten Staaten vor-

Digitized by Google

gelegt. Wir lassen heute ein weiteres bedeutsames Stück, das direkt aus der amerikanischen Presse stammt, folgen: den an eine Rede Hardings anknüpfenden Leitartikel des „Newyork American" vom 6. Dezember 1920. Er lautet:

Die Japaner bestellen Panzerplatten bei den Stahlwerken in Sheffield in England. Sie bestellen ferner gepanzerte Tanks, gepanzerte Kraftwagen und Granaten bei englischen Firmen. Außerdem verhandeln sie mit der englischen Regierung über den Kauf ausgelieferter deutscher Kriegsschiffe. Noch mehr, sie beschleunigen bei sich zu Hause die Arbeit auf ihren Schiffswerften und Munitionsfabriken bis zur äußersten Grenze und vergrößern ihre Armee beständig, obwohl sie bereits größer ist, als jede der beiden Armeen, mit denen Deutschland und Frankreich den Krieg 1914 begannen. Das kann nur ein bestimmtes Ziel bedeuten. Japan bereitet sich auf den Krieg mit einem Volke vor. Mit welchem Volke? Nun, welches Volk kann es denn sein, außer den Vereinigten Staaten? Japan braucht seine Flotte und sein Heer nicht zu vergrößern wegen eines Krieges mit China oder Rußland. China hat keine Flotte, Rußland hat keine Flotte, und die chinesische und russische Armee zusammen würden kein Gegner für Japans gegenwärtige Armee sein. Japan möchte China unterwerfen — wenn es das kann. Es könnte es leicht, wenn die Vereinigten Staaten nicht im Wege wären, aber das ist der Anstoß. Das japanische Volk glaubt, daß es die Vereinigten Staaten im Kriege schlagen kann. Das kann es nicht. Aber es glaubt so. Die Lenker der japanischen Politik wissen, daß sie Amerika im Kriege nicht schlagen können — nicht ohne Hilfe. Dennoch bereiten sie fieberhaft den Krieg mit den Vereinigten Staaten vor. Also müssen sie sich auf eine Hilfe verlassen.

Wessen Hilfe sollte das sein? Natürlich Englands Hilfe. Das ist das einzige Bündnis, das die Japaner gegen uns schließen können. Sie können nicht auf ein Bündnis mit Rußland hoffen, weil die Sowjetregierung Japan noch ärger haßt als Frankreich, und dieses haßt sie wirklich bitter. Sie können nicht auf ein Bündnis mit Deutschland hoffen, denn das deutsche Volk ist krank vom Kriege und will nichts davon wissen. Sie können nicht auf ein Bündnis mit Frankreich hoffen, weil das französische Volk einen neuen großen Krieg nicht ertragen wird. Weder Frankreich noch Italien, noch Deutschland, noch Rußland haben Geld oder Kredit, um Krieg zu führen, wenn die Regierungen es wollten und wenn die Völker willig wären. Die einzige Regierung, die die Macht hat, Japan beim Kriegführen gegen uns zu helfen, ist die englische Regierung. Und die einzige Regierung, die etwas gewinnen kann, indem sie Japan hilft, Krieg gegen uns zu führen, ist die englische Regierung.

Länger als 300 Jahre hat die englische Regierung unveränderlich eine Politik verfolgt: Jedes andere Volk, das die Uebermacht des britischen Seehandels bedrohte, zu ruinieren. Aus diesem Grunde hat England nacheinander Bündnisse geschlossen, um die Seemacht und den Handel von Spanien, Holland, Frankreich, Rußland und Deutschland zu zerstören. Jedes dieser Völker wurde niedergeschlagen, wenn die Reihe an es kam, sobald es ein Mitbewerber für den Seeweltthandel wurde. Und regelmäßig führte England seine Absicht durch ein Bündnis mit anderen eifersüchtigen Rivalen seines Opfers aus. Manche Amerikaner glauben noch an die kindische Fabel, daß England 1914 in den Krieg ging, weil die Deutschen nach Belgien einbrachen. Leider wissen viele Amerikaner nicht viel von der Geschichte, der vergangenen wie der zeitgenössischen. Sie wissen z. B. nicht, daß die englische Regierung nur 27 Jahre vorher Deutschland dazu anregte, in Belgien einzubrechen, da es der beste Weg nach Paris

Digitized by Google

war, und daß gerade Herr Balfour, der soviel Mitleid und Abscheu wegen des Einbruches in Belgien von 1914 gezeigt hat, der aktive englische Staatssekretär des Auswärtigen war, der einen ganz ähnlichen Einbruch in Belgien 1887 Deutschland nahelegte. Die englische Regierung hat die Gelegenheit, 1914 ihr Gewicht gegen Deutschland zu werfen, nicht wegen irgendwelcher Sympathie mit mutwillig angegriffenen kleinen Völkern benutzt, sondern weil sie seit lange den haßvollen Plan hatte, den wachsenden Seehandel Deutschlands zu zerstören.

Nun beginnt die amerikanische Flagge wiederum auf tausenden von amerikanischen Schiffen zu wehen, die den Seehandel treiben, den England als den seinigen beansprucht, und die Vereinigten Staaten stehen in englischen Augen genau dort, wo Spanien, Holland, Frankreich, Rußland und Deutschland nacheinander standen — als ein Gegenstand der Furcht, als ein Hindernis für die englische Suprematie zur See, das um jeden Preis zerstört werden muß.

Natürlich wird auch die alte Taktik wieder gebraucht werden, heimlich eine Allianz zu schließen und eifrig Haß, Furcht und Kriegswut bei dem Volk anzustacheln, das Englands blutiges Werk tun soll. Die Taktik *wird* gebraucht werden? Sagen wir lieber: *sie ist schon im Gebrauch.* Lies die englische Presse und achte auf die halb verhaltenen oder ganz offenen Appelle an das populäre Mißtrauen und Mißvergnügen gegenüber Amerika. Merk dir den groben Ton derselben Regierungssprecher, die vor vier Jahren Amerika anbettelten, es möge ihre bankerotte Kasse füllen und eiligst die Schiffe und Menschen schicken, um die Alliierten vor den siegreichen Deutschen zu retten. Frage einen amerikanischen Korrespondenten, wie Amerikaner in England behandelt werden, was für geringschätzige Worte und was für eine betonte Verachtung auf die Vereinigten Staaten und ihr Volk ausgeschüttet werden. Und sieh auf Japan. Die Zeitungen sind voll von Aufrufen zum Volkshaß, voll von falschen Darstellungen Amerikas, voll von falschen Behauptungen, daß Amerika ein großer, gemeiner, aber feiger Renommist ist, und daß Japan seinen Platz in der Welt nur bewahren kann, wenn es diesen Renommisten und Feigling durchhaut. Es ist dieselbe Propaganda, die in England und Japan am Werk ist, und sie kommt aus derselben Quelle. Und während diese Propaganda losgeht, arbeiten englische Panzerplattenwerke und Geschützgießereien und Munitionsfabriken, um die ungeheuren Kriegsvorbereitungen des asiatischen Despotismus zu vervollständigen. Die Versammlung in Genf ist *nicht nur* eine schwatzhafte und kindische Sache, die zukünftig in der Geschichte mit dem schwatzhaften und kindischen Sprößling einer sentimentalen Staatskunst in Gesellschaft stehen wird, der 100 Jahre zuvor in Wien geboren wurde. Sie ist *auch* die Verqualmung, hinter der zwei der mächtigsten Mitglieder der sogenannten Friedensliga sich heimlich vorbereiten, uns plötzlich mit Krieg zu überziehen. Könnten die Vereinigten Staaten in ein falsches Sicherheitsgefühl und eine verhängnisvolle Politik des Nichtbereitseins nur noch drei Jahre lang eingelullt werden, so würde Amerika auf Gnade und Ungnade dem vereinigten Ueberfall von England und Japan ausgesetzt sein — und dieser Ueberfall würde in dem Augenblick ins Werk gesetzt werden, wo die Verbündeten fertig sind, mit oder ohne Entschuldigung.

Dem Unvermeidlichen muß Trotz geboten werden. Es gibt kein Entschlüpfen. Der Unterschied zwischen klugen Leuten und Narren ist der, daß kluge Leute sich darauf vorbereiten, dem Unvermeidlichen mit all den Mitteln zu begegnen, die im voraus fertig gemacht werden können.

Was sollen wir Amerikaner jetzt tun? Wir sollen aufs äußerste das Wachstum unserer Flotte und ebenso das Wachstum unserer Luftbewaffnung beschleunigen. Mit einer Flotte im Stillen Ozean, die der Japans gewachsen ist,

Digitized by Google

und mit einer Flotte im Atlantischen Ozean, die der Englands gewachsen ist, und mit einer Bewaffnung in der Luft, die der von zwei beliebigen Völkern zusammen überlegen ist, können wir ruhig sein, in Frieden und Sicherheit innerhalb unserer Umwallung durch den Ozean, nicht lüstern nach eines anderen Volkes Land, kein Uebel gegen ein anderes Volk planend, nur unser anständiges Recht auf dem Meere verlangend, unsere eigenen großen Hilfsquellen entwickelnd und der Menschheit das wundervolle Schauspiel eines mächtigen Volkes gewährend, das in Freiheit und Reichtum lebt, das keinen Konflikt sucht, großfähig und willig ist, sein eigenes Land zu verteidigen und jeden Feind in der Luft niederzuschlagen und im Meer zu versenken, der kommen mag, die Ruhe der Republik zu stören.

Man kann einen solchen Artikel wohl einen Nebelspalter nennen. Freilich darf er auch nicht überschätzt werden. Kapitän Gadow hat mit Recht auf die Stimmen in der englischen Presse hingewiesen, die schon vor längerer Zeit bemerkten, wie unfreundlich die Tonart in Amerika England gegenüber geworden ist. Es stehen aber auch sehr starke Kräfte drüben teils direkt im englischen Lager (soweit wie die nach wie vor höchst lebendige Beeinflussung durch das englische Agenturen- und Nachrichtenwesen reicht), teils auf der Seite der Erhaltung des Friedens auf jeden Fall. Die größten amerikanischen Zeitungen und die große Mehrheit der amerikanischen Finanzwelt sind einstweilen gegen den Konflikt mit England und würden keine solche Sprache führen, wie der „Newyork American". Trotz alledem zu denken geben aber Reden wie die Hardings am 4. Dezember 1920 im Newport News, an die das Blatt seinen Leitartikel anknüpft. Dort sagte der neugewählte Präsident, den nur noch drei Monate vom Antritt seines Amtes trennen:

Wir müssen ein Amerika der Schiffbauer und Schiffer auf hoher See sein. In Panama haben wir die Wege der Seefahrt umgeformt; eine noch größere Aufgabe ist es für uns, selber ein großes Seevolk zu werden. Ich sehne mich nach dem Tage, an dem Amerika die hervorragendste seefahrende Nation sein wird. Eine große Kriegsflotte und eine große Handelsmarine sind für unser Land notwendig. Ich glaube an den Fortschritt zur Abrüstung, und ich sehe eine Zeit, wo sie Wirklichkeit sein wird. Bis diese Zeit aber kommt, wünsche ich für die Verteidigung Amerikas eine Kriegsflotte, die den Ansprüchen dieses Landes angemessen ist.

Das klingt gegenüber England viel entschiedener, viel anspruchsvoller und viel bedrohlicher, als es je entfernt aus deutschem Munde geklungen hat. Im übrigen ist die Aehnlichkeit der inneren und äußeren Stellung Englands jetzt zu Amerika und zehn Jahre früher zu Deutschland schlagend. Aber England hat für den Fall eines Waffenganges mit den Amerikanern nur einen wirklichen Bundesgenossen, Japan. Daß Frankreich in einem Kriege mit Amerika aktiv auf der englischen Seite mitfechten sollte, ist sehr schwer denkbar. Zwischen Clémenceau, dessen Haß gegen Deutschland jede andere Rücksicht überwog, und Lloyd George war tatsächlich eine Verständigung erreicht worden, wonach Frankreich auf die englische Seite treten sollte. Man darf annehmen, daß ihm dafür

Digitized by Google

nicht nur auf dem Papier von Versailles, sondern auch in Wirklichkeit die restlose Auslieferung Deutschlands zugesagt war. Diese Kombination wurde dadurch zerstört, daß man den französischen Deputierten und Senatoren, die Clémenceau wählen sollten, noch im letzten Augenblick mitteilte, was diese Wahl bedeuten würde. Seitdem sehen wir ein solches politisches Verhalten Englands im Verhältnis zu Frankreich, daß Frankreich, unter dem äußeren Eindruck starker Nachgiebigkeit gegen seine Wünsche und unter steten Beteuerungen der Freundschaft, in Wahrheit doch bisher daran verhindert worden ist, sich auf Deutschland zu stürzen und seine übermäßigen finanziellen Ansprüche, in eine positive Zahl ausgedrückt, verbrieft und besiegelt zu erhalten. Die Franzosen sind wütend, bauen Batterien von Riesengeschützen, mit denen sie imstande wären, London zusammenzuschießen, fabrizieren unendliche Mengen von Flugzeugen und die furchtbaren Abwurfbomben, bilden ein Armeekorps von Flugzeugführern aus und wissen sehr gut, daß man sich in England dessen bewußt ist, was diese Dinge im Ernstfall bedeuten könnten. Mit ihnen im Rücken ist es natürlich ausgeschlossen, sei es auch im Bunde mit Japan, den Konflikt mit Amerika aufzunehmen. Auch wächst in England die Strömung, die ernstlich aus diesem ganzen, in neue und furchtbare Kriege führenden Fahrwasser hinaus und in die Bahnen einer materiellen und moralischen Wiederherstellungspolitik für Europa einlenken will. Die englische Wirtschaftslage verschlechtert sich, und die gegenwärtige Regierung steht — unter der wachsenden Unzufriedenheit der breiteren Volksschichten und dem moralisch ablehnenden Urteil der friedensfreundlichen Schule — keineswegs sicher da. Auf der anderen Seite aber, wenn die Amerikaner ihr Programm durchführen, im Atlantischen Ozean so stark zu sein wie England, im Stillen Ozean so stark wie Japan und in der Luft stärker als beide zusammen, und wenn außerdem die amerikanische Geldmacht, die amerikanische Industrie, und die neue große amerikanische Handelsflotte rücksichtslos ihre Chancen gegen England ausnutzen, ist es mit Englands bisheriger Suprematie zur See zu Ende. Die Wahl ist schwer, nicht nur für den englischen Jingo, sondern überhaupt für jeden Engländer, der patriotisch im bisherigen englischen Sinne ist. Die Nemesis für England ist unterwegs. Das ist die vornehmste der Tatsachen hinter allem Qualm der Weltcamouflage, die jetzt von allen Seiten wieder so stark betrieben wird, wie nur je vorher. Auf jeden Fall ist es eine unmögliche Harmlosigkeit, jetzt nach dem furchtbaren Weltkrieg den Weltfrieden, sei es auch nur für die Dauer weniger Jahre, als gesichert anzusehen. Es ist kein Zweifel, daß sich die übrig gebliebenen großen Mächte, die „Weltsieger", gerüstet gegenüberstehen und sich weiter bis an die Zähne rüsten. Der Pazifismus, dessen Vertreter nach dem Kriege glaubten, das Friedensideal würde jetzt trium-

Digitized by Google

phieren, hat für jeden, dessen Blick die Welt-Einnebelung zu durchdringen vermag, schwachen Kredit. Ebenso schwach sind die Stützen, auf denen die Hoffnung gutgläubiger Politiker steht, in Brüssel und auf den Konferenzen, die hinter Brüssel noch in Sicht sind, würde auf der feindlichen Seite das Bemühen um sachliche Politik Trumpf sein. Trumpf ist die Camouflage, weiter nichts, und die Versuchung für Frankreich heißt noch immer: Wenn ich auf Englands Seite gegen Amerika trete, so kann ich Deutschland ausschlachten, wie es mir beliebt! Frankreich hat, wie wir fürchten, einen absolut üblen Willen gegen Deutschland und gegen jeden gerechten Frieden, und wenn die englische Politik manchmal so aussieht, als ob sie den Franzosen wehren wolle, so ist demgegenüber zu fragen: will sie das wirklich, oder will sie nur von Frankreich den großen Preis für das Gewährenlassen gegen Deutschland haben?

Emigrantenpolitik

Von Axel Schmidt.

Kürzlich sagte mir ein ukrainischer Diplomat, der sich auf der Durchreise nach dem Westen befand, auf meine Frage, was er von der Pariser Tagung der Mitglieder der von den Bolschewisten auseinander gejagten Konstituante halte: „Das interessiert mich äußerst wenig. Emigranten treiben stets die Politik des gestrigen Tages, die Politik des Heute und Morgen dagegen wird von den im Lande Gebliebenen gemacht.“ Dieses Wort möchte ich an die Spitze meiner Ausführungen über die Bestrebungen der russischen Emigranten stellen. Da sich in ganz Europa, besonders aber der niedrigen Valuta wegen in Deutschland, Hunderttausende von gebildeten Russen aufhalten, deren Sinnen und Trachten natürlich dahingeht, den Sturz der Bolschewisten herbeizuführen, so spricht jetzt alle Welt von der russischen Frage. Um diese politische Seite der Emigrationsfrage hat sich aber ein dichter Nebel von Geschäften aller Art gelagert. Großartige Finanzprojekte und Konzessionen werden erdacht und betrieben, die nur zu oft in einfachen Schiebungen enden. Wer einen Blick hineingetan hat in die Art der Finanzierung der Expeditionen Judenitsch's, Vermont's und Wrangels's, der weiß auch, daß sie für viele ein gutes Geschäft gewesen sind, das sie bald wiederholen wollen. Oder man denke an den Hereinfall des allgeschäftlichen Generals Biskupski, der einen Millionenvertrag mit einem Agenten des Hauses Morgan abschloß, der sich später als ein Reporter der „Freiheit“ erwies, der diesen russischen Generalen in die Karten schauen wollte. Oder man lese in polnischen Zeitungen nach, wie sich die Leiter der Korps vom Peremykin und Balachowitsch trotz des Zusammenbruchs herrlich in Warschau vergnügen. Jetzt bringt die französische Presse interessante Einzelheiten über die

Digitized by Google

Finanzierung des Wrangel-Unternehmens, wobei mit echt russischer Ungeniertheit über fremdes Eigentum verfügt worden ist.

In der französischen Deputiertenkammer fragte während der Budgetdebatte der Sozialist Berthon, ob Frankreich nach wie vor gegen Rußland den ungesetzlichen Krieg fortzusetzen beabsichtigte. Der Kriegsminister antwortete: „Solange Frankreich General Wrangel als rechtmäßigen Vertreter des russischen Staates anerkannt hatte, war eine Uebergabe von Kriegsmaterial möglich. Jetzt hat sich jedoch die Lage völlig verändert und von jetzt an wird General Wrangel kein Kriegsmaterial mehr erhalten." Auf die Frage, was das gelieferte Material gekostet habe, antwortete der Kriegsminister: „Nichts, da wir alles ersetzt erhalten haben. Dagegen werden wir Polen, das einmal schon die Welt durch seinen Heroismus gerettet hat, dieselbe Unterstützung angedeihen lassen, wie bisher." Soviel aus der französischen Presse. Die Lösung des Rätsels, wie es dem geschlagenen Wrangel möglich gewesen ist, die großen Barvorschüsse und die Ausrüstungswerte nach der Niederlage zurückzuerstatten, bietet das in Prag erscheinende Blatt der Sozialrevolutionäre „Wolja Rossiji:"

„Auf einer der letzten Sitzungen der französischen Deputiertenkammer hat man durch die Regierungsvertreter erfahren, daß General Wrangel seine Schulden teilweise in Roggen und Weizen, den Rest aber durch die Uebergabe der Schiffe bezahlt hat. Wie bekannt, ist diese Flotte im Bestande von 120 Schiffen, die einen Wert von Hunderten von Millionen darstellen, bereits in Biserta eingetroffen und die Uebergabe hat begonnen. Der Diktator von gestern hält sich also für berechtigt, einen Teil des Wohlstandes des russischen Volkes zu verschleudern, und Frankreich sanktioniert seelenruhig diesen Raub fremden Eigentums."

Diesem kriegerischen russischen Emigrantentum, das Patriotismus und Geschäft in widerlicher Mischung betreibt, bietet der deutsche General Hoffmann in der mit dem Ullsteinverlag eng liierten russischen Zeitung „Rul" seine Dienste an, nachdem er Buße getan für seine „bolschewistische" Vergangenheit. Er brennt darauf unter Pershing, Joffre oder Foch an der Besiegung des Bolschewismus teilzunehmen. Wie sich hier General Hoffmann mit den Franzosen anbiedert, tat und tut es Oberst Bauer von Budapest aus mit den Engländern. Wenn auch die in in- und ausländischen Blättern immer wieder auftauchenden Gerüchte von internationalen reaktionären Bestrebungen viel Phantastisches enthalten, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der „glühende" Englandfeind, Oberst Bauer, sich nicht entblödet hat, während des Kapp-Putsches bei dem Times-Korrespondenten um gut Wetter zu bitten.

Höchst bedauerlich ist es, daß gerade die kriegerischen russischen Emigrantengruppen in Berlin ihr Hauptquartier aufgeschlagen haben, weil sie natürlich enge Fühlung mit der deutschen Reaktion halten. Auch der russische Gardeoffizier trug in den Kapptagen seinen Schnurrbart stolz nach oben.

Digitized by Google

Die russische Reaktion, die sich vor einigen Tagen unter Senator Rinski-Korsakow zu einer monarchischen Partei zusammengeschlossen hat, liegt mit der gemäßigten Rechten, die gleichfalls in Berlin sich unter Gutschkow zusammengefunden hat, in schwerer Fehde. Ihren ersten Sieg hat sie neulich erfochten, als Leutnant Taburitzki dem Kriegsminister des ersten Revolutionskabinetts Gutschkow, der die Abdankung Nikolai II. erzwang, auf dem Nollendorfplatz eine schallende Ohrfeige mit den Worten gab: „Treffe ich Dich hier, Verräter."

In Paris, London und Prag haben sich dagegen die Kadetten und die Sozialrevolutionäre gesammelt. Sie alle wollen nun nach dem Zusammenbruch von Wrangels Expedition von Emigrantenheeren nichts mehr wissen, sondern hoffen auf einen Umsturz des Bolschewismus von innen heraus oder glauben, wie die Menschewisten, an eine innere Wandlung und Läuterung des Bolschewismus. Augenblicklich tagt in Paris ein Kongreß der von den Bolschewisten auseinandergejagten Konstituierenden Versammlung, um eine große Emigrantenorganisation zu schaffen. Gegen diese von Miljukow und Maklakow von kadettischer Seite und Tschernow, Kerenski und Anwksentjew von sozialrevolutionärer Seite befürwortete Zusammenkunft plant Gutschkow einen Kongreß der Mitglieder aller Dumen, um die Rechte nicht ganz von Verhandlungen auszuschließen, die bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung kein Mandat erobert hatte. Was Qualität und Quantität betrifft, so ist Paris weit Berlin überlegen; trotzdem bleibt es sehr fraglich, ob es zwischen Kadetten und Sozialrevolutionären in Paris zu einer Einigung kommen wird.

All diese rastlosen Kongresse und Unternehmungen werden aber die Frage des Bolschewismus nicht lösen. Der gräbt sich langsam aber sicher selbst sein Grab. Die Reden der bolschewistischen Herrscher auf dem 8. Rätekongreß klingen reichlich kleinlaut. Einerseits ist man infolge der furchtbaren Mißernte gezwungen, immer brutaler auch beim großrussischen Kleinbauern zu requierieren, weil, wie der Kommissar für Volksverpflegung zugeben mußte, „bei dem ständigen Aufruhr in der Ukraine es von dort nur sehr wenig Lebensmittel herbeizuschaffen gelingt." Lenins Regierung hat daher dekretiert, daß Bearbeitung, Aussaat und Ernte von der Regierung als staatsbürgerliche Pflicht vorgeschrieben werde und daß in Zukunft die gesamte Ernte beschlagnahmt werden solle. Gegen diese Maßnahme hat der Kommissar für Agrarwesen Kallinin vergeblich protestiert, weil er nicht mit Unrecht befürchtet, daß die zur Verzweiflung gebrachte Bauernschaft einen Umsturz der bolschewistischen Regierung hervorrufen könnte. Dabei treibt jetzt schon die Hungersnot immer mehr Menschen von Norden nach Süden in der Hoffnung, dort Lebensmittel zu finden. Bereits im August meldet ein

Digitized by Google

schweizer Reisender, daß er nördlich von Moskau durch gänzlich verödete Dörfer gefahren sei.

In Rußland, und zwar durch die Bauern und nicht in den Emigrantenkonventikeln wird sich das russische Schicksal entscheiden. Freilich nicht, wie die russischen Reaktionäre in Berlin glauben, durch Wiedereinführung des Zarentums, weil das nach Ansicht der Bauern mit der Rückkehr des Großgrundbesitzes unausbleiblich verbunden wäre.

Rußlands Schicksal hätte sich schon lange entschieden, wenn die französische und englische Regierung, statt ihre Millionen und ihre Ausrüstungen den großrussischen Emigrantenheeren zu geben, sie dem ukrainischen Volke zur Verfügung gestellt hätten. Mit wenig Waffen und erbeuteter Munition — die zarische Regierung ist so schlau gewesen, keine Rüstungsindustrie in der Ukraine zu errichten — ringt die ukrainische Bauernschaft jetzt schon drei Jahre mit den Bolschewisten und Denikin und Wrangel. Und trotzdem sind sie der einzige Gegner, der noch immer den Bolschewisten zu schaffen macht. Zwar kann sie ihn nicht aus den Städten und von den Bahnen vertreiben, aber auf dem flachen Lande werden den roten Truppen immer wieder schwere Niederlagen bereitet. Kürzlich war sogar wieder einmal eine Vorstadt Kijews im Besitze der ukrainischen Aufständischen, und jetzt melden tschechische Blätter, daß eine rote Division in Podolien von den Ukrainern aufgerieben worden sei.

Aber wie in Deutschland der Kaufmann alles Glück vom russischen Geschäft erhofft, so der französische Rentner den Eingang seiner Zinsen von der Wiederherstellung Rußlands. Beide erkennen nicht, daß sie damit ihr Spiel nicht gewinnen können. Das wird nicht früher besser werden, bis sich der deutsche Kaufmann und der französische Rentner nicht mehr auf den russischen Emigranten hört, sondern mit der Tatsache rechnet, daß der Weltkrieg den russischen Koloß zerschlagen und die Staaten in Osteuropa eine vollendete Tatsache sind.

Der Siedlergarten eine Kultur-Angelegenheit

Von Karl Heicke.

Das Siedlungswesen, fast ausschließlich als Mittel zur Behebung der Wohnungsnot betrachtet, wird vielfach wegen der sich der Bautätigkeit entgegenstellenden Schwierigkeiten sehr skeptisch beurteilt. Trotzdem müssen wir bauen! Aber wir wollen ja nicht nur aus unserer Wohnungsnot, sondern aus unserer Not schlechthin heraus. Dazu hilft Bauen allein nicht, dazu müssen wir siedeln.

Worin besteht der Unterschied?

Unter Bauen verstehe ich, dem Menschen ein Dach über dem Haupte schaffen, ein Obdach. Obdachlose gab es bei uns früher kaum, aber daß

Digitized by Google

es im vielgepriesenen Vorkriegsdeutschland Städte gab, in denen weit über neunzig von hundert Familien in Einzimmerwohnungen hausten, wissen die Wenigsten. Heute ist das natürlich noch viel schlimmer geworden.

Wer sich die Zustände in solchen Wohnungen vorstellen kann, wundert sich nicht, daß in der Zeit des Achtstundentags eine rastlose Menge in Kneipe, Kino und anderen Stätten zweifelhafter Genüsse die Zeit totschlägt oder sich in Versammlungen halbverstandene Schlagworte in den Kopf hämmern läßt. Die Trostlosigkeit des Heims treibt die Menschen hinaus, jetzt, bei der verkürzten Arbeitszeit, mehr als früher, wo sie zwölf Stunden und darüber an die Arbeitsstätte gefesselt waren.

Soll man nun den Achtstundentag wieder abschaffen? Ich habe mir schon als Kind Gedanken darüber gemacht, wie Tausende, die ein Hirn wie ich im Kopfe haben, Tag für Tag bei stets gleicher geistloser Beschäftigung aushalten können, ohne Hoffnung, daß sie oder wenigstens ihre Kinder je in eine bessere Lage kommen würden. Daß diesen Menschen selbst der Achtstundentag noch zu lang ist, daß sie, ob in den Gruben und zwischen sausenden Maschinen oder beim Markenverkauf hinter einem Postschalter, kein anderes Interesse am Arbeitstag haben als das Warten auf den Feierabend, bedarf keiner Ueberlegung. Feierabend! Verdient es diese Bezeichnung überhaupt, wenn dahinter nichts anderes wartet als die trostlosen Verhältnisse im überfüllten Heim?

Warum hat denn für den Forscher, den Künstler, den Landwirt, für mich selbst der Tag nie Stunden genug? Weil unser Leben einen Inhalt hat, eine Aufgabe, die uns fesselt und reizt, die wir erst lassen, wenn der Tod die Feierabendglocke läutet. Jenen unzähligen Anderen hat die Mechanisierung der Arbeit jeden persönlichen Lebensinhalt genommen, und wir kommen erst wieder zu besseren Zuständen, wenn es gelingt, ihnen dafür einen Ersatz zu schaffen. Deshalb müssen wir siedeln, das heißt den entwurzelten Menschen nicht nur ein Dach über dem Haupte, sondern eine Heimstätte geben, wo sie mit dem Boden, der Grundlage allen Seins, wieder verwachsen können. Ein Stück Land unter den Füßen, ein Gärtchen, eng mit dem Hause verbunden! Danach hungern sie.

Es wird oft eingewendet, so viel Land, als dazu erforderlich ist, hätten wir nicht. Zunächst mache man sich klar, daß es sich immerhin nur um Teile der haltlos gewordenen Volksschichten handelt, aber gerade um die wertvolleren, die dem Großstadtteufel noch nicht endgültig verfallen sind. Dann kommt die Frage, wieviel Land nötig ist, um das unbestritten geringste Maß des Bedürfnisses zu erfüllen.

Mit einem Vorgärtchen an der Straße oder einem Sitzplatz im Freien ist es nicht getan. Das wäre nutzlose Vergeudung unseres, nächst dem Menschen selbst, kostbarsten Besitzes, des Bodens, der sich nicht beliebig

Digitized by Google

vermehren läßt. Eine Siedlerheimstätte muß dem Inhaber Rückhalt in äußerster Not durch Sicherung der Unterkunft und der Möglichkeit zur eigenen Erzeugung seines Bedarfs an Obst, Gemüse und dergleichen gewähren.

Dazu sind je nach Bodenbeschaffenheit mindestens 80 qm für den Kopf erforderlich. Unter 200 qm Gartenland soll unter keinen Umständen heruntergegangen werden. Dieser Bestandteil der Wohnheimstätte muß unmittelbar mit dem Hause verbunden sein. Mehrbedarf an Land für vielköpfige Familien oder bei Wirtschaftsheimstätten, die dem Inhaber die Möglichkeit geben, den gesamten Lebensunterhalt durch Garten- oder Landbau zu erwerben, kann auch abseits angewiesen werden.

Wer den Anspruch auf solchen Anteil am Boden gewissermaßen als angeborenes Menschenrecht erhebt, muß sich bewußt sein, daß jedem Recht eine Pflicht gegenübersteht, hier die Pflicht, diesen Anteil auch zweckentsprechend auszunützen. „. . . erwirb es, um es zu besitzen", gilt auch hier.

Der Achtstundentag kann nicht bedeuten, daß der Mensch ein Drittel seiner Zeit arbeitet, die anderen Drittel verschläft und verbummelt. Ich verstehe den Achtstundentag so: der arbeitsfähige Mensch ist während eines Teiles des Tages in seinem Beruf der Gesamtheit dienstpflichtig; den Rest, soweit er nicht der Ruhe dient, gebrauche er, frei von anderer Verantwortung als sich selbst gegenüber, um durch nützliche Tätigkeit seinem Leben wieder einen persönlichen Inhalt zu geben.

Solche Arbeit soll, frei vom Zwang, im Gefühl der Freiwilligkeit geleistet werden, dem Ausgleich der körperlichen und geistigen Nachteile der Berufsarbeit dienen und geeignet sein, das verarmte Dasein durch Gemütswerte wieder zu bereichern. Für die meisten Menschen kommt hier der Gartenbau, die Arbeit auf der eigenen Scholle, in Frage. Daß das heutige Geschlecht ihr entfremdet ist und sich erst wieder hineinfinden muß, ist kein Beweis für die Unrichtigkeit dieser Forderung.

An der Arbeit im Garten können alle Familienmitglieder teilhaben. Darin beruht ihr Segen, daß sie eint und nicht trennt, was zusammengehört. Im Garten wachsen die Kinder bei leichter Beschäftigung zu einem gesunden Geschlecht heran, unter den Augen der Mutter, die, heute wohl das geplagteste Lasttier, im Garten des Siedlerheims wieder des Lebens froh wird. Und der Vater kann mit gutem Mute seiner Berufsarbeit obliegen im Gedanken an die Feierstunden, die ihn zuhause im Kreise der Seinen erwarten. Frohsinn und Zufriedenheit wird der Garten der Heimstätte in das Dasein ihrer Bewohner tragen, mit Schönheit es durchdringen.

Digitized by Google

Also Rücksichtnahme auf den Garten! Daran hat es im Siedlerwerk bisher gefehlt. Kaum einer der zahlreichen, meist aus Wettbewerben hervorgegangenen Siedlungsentwürfe, die mir in den letzten Jahren vor Augen gekommen sind, wird dem Garten, diesem wichtigsten Bestandteil, ausreichend gerecht. Wer sie unbefangen prüft, findet nur zu häufig bei Verfassern und Begutachtern die gleiche Unklarheit über das, worauf es ankommt. Malerische Gruppierung der Häuser um Plätze und winklige Straßenzüge, artistisches Vor- und Zurückspringen der Häuserreihen, widersinnige Abmessungen bei Straßen und Plätzen, Verschnitt des Geländes theaterhaften Raum- und Architekturwirkungen zu Gefallen einerseits, und andererseits Verzicht auf jeden erfolgreichen Versuch, den Hausgrundriß mit den Erfordernissen eines vernünftigen Gartens in Einklang zu bringen, kennzeichnen sie.

Selbst führende Baukünstler halten eingestandenermaßen die Rücksicht auf eine gute Gartenform für nicht ausschlaggebend bei der Gestaltung des Hausgrundrisses. Unentwegt wird dem schmalfrontigen Reihenhause ein Garten von 4,5 m Breite und 50 m Länge angehängt, obschon es selbst bei dieser gern bevorzugten Hausform gar nicht schwer ist, zu einem befriedigenden Garten zu gelangen. Oder das als erforderlich errechnete Gartenland wird in willkürlich geschnittener Form, ohne Rücksicht auf Sonnenlage und Geländeneigung oder gar zerstückelt, vor, neben und hinter dem Hause zur Verfügung gestellt, und es dem Siedler überlassen, sich, so gut oder schlecht es geht, damit abzufinden.

Nicht allein wirtschaftliche Rücksichten zwingen dazu, dem Garten sein Recht zu fordern. Die ideelle und ethische Bedeutung des Gartens hält der wirtschaftlichen das Gleichgewicht. Der Garten ist ein Maßstab für den kulturellen Hoch- oder Tiefstand einer Zeit. Das Gartenleben unserer Großeltern, die Gartenentfremdung des letzten halben Jahrhunderts bestätigen dies als uns zeitlich naheliegende Beispiele. Gartenlos geworden, versank unser Volk in Unkultur und Materialismus trotz wirtschaftlichen Aufschwunges. Unsere Großeltern dagegen haben unter äußerlich recht bescheidenen Umständen glücklich und zufrieden gelebt und eine hohe Lebenskultur besessen.

Voller Erwartung blicken deshalb Einsichtige auf das jetzt überall wahrnehmbare Hindrängen zum Garten. Die äußeren Ursachen sind die Ernährungsschwierigkeiten, und mancher pflegt die Wichtigkeit des Gartens im Siedlerwerk mit dem Einwand abzulehnen, daß die Gartenfrage sich von selbst erledige, sobald das Gemüse billiger am Markte erscheint. Wir aber sagen, daß die durch wirtschaftliche Not zum Garten hingeführten Volksschichten zu Gartenliebe und Gartenleben erzogen werden müssen, auf daß sie auf den Garten als Stätte gesunder Lebensfreude und heiteren

Digitized by Google

Schönheitsgenusses auch dann nicht wieder verzichten wollen, wenn der wirtschaftliche Vorteil des eigenen Gemüsebaues nicht mehr als Anreiz wirkt.

Dazu brauchen wir den schönen Garten. Nur er hat Bedeutung im Kulturleben eines Volkes. Man denke an England, wo sich seine Wertschätzung in allen Volksschichten erhalten hat. Jeder Garten, auch der wirtschaftlichen Zwecken dienende, kann schön und ein gepflegtes Gemüsegärtchen geradezu ein kleines Kunstwerk sein, wohingegen ein eingefriedigtes Stück Kartoffelland, das bis an die Schwelle des Hauses reicht, überhaupt kein Garten ist.

Um einem Garten Schönheit zu verleihen, dazu gehört nicht viel. Seine wesentlichen Bestandteile, die Gewächse, sind schön an sich. Ordnung und Sauberkeit sind die nächsten Erfordernisse, dazu gute Verhältnisse in der Gliederung und Fernhaltung entstellender Zutaten, vor allem jener behelfsmäßigen Basteleien, die im bisherigen Laubengarten hingenommen werden mußten.

Zum Verständnis für Gartenschönheit muß der Siedler, der sich meist als Laubengärtner schon einige praktische Erfahrung angeeignet hat, erzogen werden. Durch Beispiel und Gegenbeispiel wecke man sein Schönheitsgefühl, zeige ihm, wieviel reizvoller eine gepflegte Hecke ist als ein Drahtzaun, eine gut handwerkliche Gartenbank aus Holz als ein eiserner Klappstuhl. Man mache ihn aufmerksam auf die Wirkung maßvoller Begrünung der Hauswände, lehre ihn den Wert der schönen winterharten Stauden, Rosen und dergleichen, gegenüber den käuflichen Geranien und ähnlichen Erzeugnissen der Kunstgärtner schätzen. Man mache ihm die volkswirtschaftliche Bedeutung des Obstbaues klar und leite ihn an, durch Spalierwände aus Zwergobst sein Gärtchen zu gliedern und den Gemüsebeeten einen die Sonnenstrahlen nicht abhaltenden Rahmen zu geben. Man bedenke vor allem, daß er danach brennt, sich zu betätigen und seinen Garten selbst zu gestalten, und verweise ihn auf die vielen Möglichkeiten, dies Ziel mit einfachen, sozusagen selbstverständlichen Mitteln zu erreichen.

In diesem Sinne gehandhabte Gartenkultur weckt Schaffenslust und Zufriedenheit, Familiensinn und Gemeinschaftsgefühl. Aber noch mehr! Wer im Garten bei Arbeit und geistigem Erleben wieder zum empfänglichen Menschen wurde und den Zusammenhang mit der Natur zurückgewann, ist überhaupt erst reif geworden für Kultur im höheren Sinn. Befreit vom Hang an Tand und wertlosem Plunder einer naturenfremdeten Zivilisation, wird er aufnahmefähig für Gediegenheit und gute Form in Hausrat und Kleidung, Lebenshaltung und geistiger Nahrung. Das alles tut unserem Volke hoch Not.

Digitized by Google

Richtig verstanden, kann also das Siedlerwerk den Boden bereiten für wahre Volkskultur, und letzten Endes einem niedergeworfenen Volk zum Siege über seine Gegner in der Welt verhelfen. Aus dem Garten haben unsere Größten Kraft geschöpft für die Lebensarbeit. Hoffen wir, daß auch dem Volke aus dem Siedlergarten jener gute Mut erwächst und es stark macht für den Wiederaufstieg zur Größe, den Goethe meint, als er 1828 unter ein Bild seines Häuschens im Garten am Stern zu Weimar die Worte schrieb:

„Uebermütig siehts nicht aus
Dieses stille Gartenhaus
Allen die darin verkehrt
Ward ein guter Mut beschert".

Die Großen und die Kleinen

Eine Geschäftsordnungsdebatte auf der Friedenskonferenz.

Von Maximilian Müller-Jabusch

Um Herrn Poincaré Gelegenheit zu geben, in einer geschichtsverfälschenden Rede darauf hinzuweisen, daß auf den Tag 48 Jahre verstrichen seien, seit das deutsche Reich im Schloß von Versailles proklamiert sei, fand die feierliche Eröffnungssitzung der Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 statt. Neben dieser glanzvollen Ouvertüre brachte sie die Wahl Clemenceaus zum Präsidenten der Konferenz und der anderen Mitglieder des Büros. Der Präsident ließ sofort jedem der Teilnehmer eine schon fix und fertige Geschäftsordnung in die Hand drücken.

Am 25. Januar fand dann die zweite Vollsitzung der Konferenz statt, mit der wir uns hier an der Hand des stenographischen Protokolls beschäftigen wollen. Soweit ich sehe, fand diese Sitzung unter Anwesenheit von Pressevertretern statt, denn von den mir vorliegenden Protokollen der sechs Vollsitzungen trägt nur das der letzten den Vermerk, daß zu ihr keine Pressevertreter Zutritt haben. Möge dem auch so sein, so stellt sich diese Sitzung hier doch wesentlich anders dar, als wir damals von ihr hörten.

Die Tagesordnung sah die Bildung von fünf Kommissionen für den Völkerbund, die Verantwortlichkeit der Kriegsurheber, die Wiedergutmachung, die internationale Arbeitsgesetzgebung und die internationale Verkehrsregelung vor. Da man den Völkerbund an die Spitze stellte, hieß das, daß nach Poincaré heute Wilson seinen großen Tag haben sollte. Er hielt denn auch die entsprechende Rede, die dieses Mal nicht erörtert werden soll, denn der immer noch nicht genügend geklärte Fall Wilson steht nicht zur Diskussion. Lloyd George, Orlando und Leon Bourgeois folgten mit Zustimmungserklärungen je nach dem ihnen zu

Digitized by Google

...te stehenden Pathos. Und dann kamen die Kleineren; zuerst der ...nese Lou und der Pole Dmowski mit Zustimmung in allgemeinen ...dewendungen, dann Hymans für Belgien, der plötzlich eine neue ...ote anschlug und die Regie störte. Eine Anfrage zur Geschäftsordnung ...ber den Modus der Ernennung der Kommission, die Clémenceau schnell abwürgt, um erst einmal die vorgeschlagene Resolution einstimmig annehmen zu lassen. Dann gibt er auf die Anfrage Hymans Auskunft; — aber das muß ich wörtlich wiedergeben:

„Die großen Mächte haben, dem Antrag entsprechend, jede zwei Delegierte zur Teilnahme an der Kommission ernannt. Es ist entschieden worden (il a été décidé), daß fünf Delegierte, die von den anderen Mächten insgesamt zu wählen sind, diese Mächte in der Kommission vertreten werden. Das soll heißen, daß Sie eingeladen werden, sich hier zu vereinigen, beispielsweise am 27. Januar, wenn dieser Tag Ihnen paßt, um 2 oder 3 Uhr, um sich untereinander zu verständigen und die fünf Delegierten der anderen Mächte zu ernennen. Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß wir Sie um eine gleiche Wahl für die Konstituierung der anderen Kommissionen bitten werden. Sie werden also mehrere Wahlen auf einmal vorzunehmen haben."

Nach dem hohen Schwung der Wilsonschen Rede kommt hier als kurze geschäftsordnungsmäßige Auskunft der kalte Strahl. Aber ohne Widerspruch nehmen die Kleinen das denn doch nicht hin. Hymans ist wieder der erste, der zu Worte kommt. Er ist in einer peinlichen Lage, ein Heldenspieler, der plötzlich eine Charakterrolle mimen soll. Offizielle Reden zwischen den großen Mächten und Belgien troffen sonst von Worten wie Heldenmütigkeit, Edelsinn, Verteidigung des Rechts gegen den brutalen Eroberer. Jetzt mokiert er sich darüber, daß man die neunzehn kleineren Mächte „ingeniös" die „Mächte mit besonderen Interessen" (d' intérêts particuliers) nennt. Aber er streift das bloß. Um Gotteswillen hütet er sich, die Frage der Zusammensetzung der Kommissionen grundsätzlich aufzurollen. (Er wird seine Erfahrungen mit Clemenceau schon früher gemacht haben.) Nein, er will nur für die belgische Delegation sprechen. Und er wünscht, daß Belgien für die Völkerbundskommission, weil es nämlich so sehr bedroht sei, und die Weltarbeitsrechtskommission, weil nämlich die belgische Industrie so entwickelt sei, zwei Delegierte bekomme. Für die Verkehrskommission und die Kriegsurheberkommission verlangt er je einen Vertreter, für die Wiedergutmachung seien ihm ja schon zwei bewilligt.

Nach dieser Einerseits-andererseits-Rede erhielt der Brasilianer Calogeras das Wort. Auf der Genfer Völkerbundsversammlung hat sich ein anderer Vertreter der A-B-C-Staaten, der Argentinier Pueyrredon plötzlich als Schreckenskind entpuppt und Chile hat ihm zurückhaltend sekundiert. Die Neigung der Südamerikaner, sich den Mund nicht verbieten zu lassen, hat sich also schon bei dieser frühen Gelegenheit geäußert.

Digitized by Google

Man kann sich nicht anders denken, als daß die einleitenden Worte Calogeras recht agressiv in den Saal geschmettert sind:

„Nur mit einer gewissen Ueberraschung höre ich hier jeden Augenblick sagen: Es ist dies entschieden worden, es ist das entschieden worden. Wer hat eine Entscheidung getroffen? Wir sind eine souveräne Versammlung, ein souveräner Hof: mir scheint, das normale Organ unserer Entscheidungen, das ist die Konferenz selbst."

Freilich bleibt ihm die Fanfare doch etwas im Halse stecken, denn trotz der grimmigen Einleitungsworte schließt er mit der Bitte, Brasilien in der Völkerbundkommission, in der zum Arbeitsrecht und zur Wiedergutmachung je einen Platz einzuräumen.

Dem Brasilianer folgt bedächtiger der Kanadier Robert Bordon. Gewiß hätten die kleinen Völker besonders große Interessen am Völkerbund, aber andererseits müsse die Zahl der Kommissionsmitglieder klein sein, um gut arbeiten zu können.

„Ich erkenne auch an, daß die vorgeschlagenen Entschließungen, um in Wirksamkeit zu treten, von der Konferenz gutgeheißen werden müssen. Vielleicht darf man sich erlauben zu sagen, daß die Form, unter der die Entschließung, von der ich spreche, die auf den Völkerbund bezügliche, uns vorgelegt worden ist, nicht die glücklichste ist. „Es ist entschieden worden . . ." hat man gesagt. Es ist nur natürlich, daß die einen oder anderen fragen: „Von wem?" Von welcher Stelle (autorité) ist diese Entscheidung gefällt worden? Ich hätte geglaubt, daß es zweckentsprechender gewesen wäre, der Konferenz einen Vorschlag zu unterbreiten, die dann über die Zahl der Mitglieder und die Zusammensetzung dieser Kommission entschieden hätte. Wenn man so vorgegangen wäre, würde die gegenwärtige Schwierigkeit nicht entstanden sein. Und, wenn es mir erlaubt ist, das vorzuschlagen, würde ich es lieber sehen, wenn man in Zukunft so vorginge.

Soweit ich verstehe, gibt es zwei Konferenzen, die zu gleicher Zeit arbeiten: die Konferenz der fünf Großmächte und die Vollkonferenz. Ich sehe nicht, daß bis zu diesem Augenblick irgendeine Konferenz der fünf großen Mächte stattgefunden hat, die übereinstimmte mit dem, was entschieden worden war. Es kann sein, daß dem (doch) so ist; aber nichts destoweniger, da wir nach Regeln arbeiten, die von den Vertretern der fünf Großmächte aufgestellt worden sind, scheint es mir im höchsten Maße wünschenswert, daß wir uns nach ihnen richten. Darum erlaube ich mir, zu wünschen, daß in Zukunft die Verhandlungen sich von diesen Regeln leiten lassen."

Dieser Kanadier spricht höflich, aber es ist wirklich Europas übertünchte Höflichkeit, die er verwendet, denn seine Worte stellen sachlich einen viel heftigeren Angriff dar und Clemenceau hat ihm das entsprechend angekreidet.

Der Serbe Trumbitsch faßt sich kurz; Hymans habe ihm aus der Seele gesprochen. Serbien sei in genau der gleichen Lage wie Belgien, und also, so argumentiert er mehr fix als richtig, beanspruche er dieselbe Berücksichtigung in den Kommissionen. Und nun endlich kommt Musik für Clemenceaus Ohren: Venizelos, (Und man repetiert aus Obersekunda: Alle Kreter sind Lügner, Venizelos ist ein Kreter . . . .)

Digitized by Google

der erste, der verzichtet, der anerkennt, daß andere Mächte größere Interessen an einzelnen Kommissionen haben. Ein Dank an die Großmächte für die Vertretung, die sie Griechenland in der Schadenkommission bewilligt haben, wird geschickt eingeflochten.

Dafür ist der Portugiese Graf de Penha Garcia aber wieder garnicht zufrieden. Er verpackt die Bedenken zwar sehr sorgfältig, aber immerhin schlägt er vor, die Kommissionen zu vergrößern, selbst auf die Gefahr hin, die Erledigung der Arbeit dabei ein wenig länger hinauszuschieben. Er hat aber noch eine Spezialsorge. Für die Kommission für die Wiedergutmachung, deren Zusammensetzung schon von den Großmächten entschieden worden ist, ist Portugal nicht vorgesehen. Und nun kommt der Graf mit einem überraschenden Dreh: Portugal ist vergessen worden! Was denn in aller Welt vorläge, um Portugal in dieser Kommission nicht zu Worte kommen zu lassen. „Noch einmal, es handelt sich da, scheint mir, um ein einfaches Vergessen." Herr Benes aus Tschechoslowakien beschränkt sich darauf, die Vertretungswünsche seines Landes kurz zu begründen, auch Herr Bratianu formuliert die rumänischen kurz, aber mit etwas mehr Schwung. Der Siamese Phya Bibadh Kosha wünscht ganz kurz, daß Delegierte gastweise den Kommissionssitzungen beiwohnen können und der Chinese Lou schlägt, nachdem er seine Sonderwünsche genannt hat, Aehnliches vor. Der Pole Dmowski schließt den Reigen, indem er ebenfalls seine Unzufriedenheit mit den getroffenen Entscheidungen vorsichtig äußert.

Und dann reckt sich der Tiger Clémenceau, antwortet:

„Da niemand mehr das Wort verlangt, will ich es meinerseits nehmen, um zu versuchen, das Büro zu rechtfertigen. Es hat das nötig, denn wenn es jemals gedacht hat, es jedermann recht machen zu können, so hätte es diese Illusion heute verloren."

Zuerst nimmt er sich den höflichen Kanadier aufs Korn:

„Sir Robert Borden hat uns in freundschaftlichster Form vorgeworfen, daß wir Entscheidungen getroffen haben. Ja, wir haben entschieden, in dem, was die Komissionen betrifft, so gut, wie wir uns entschieden haben, die gegenwärtige Konferenz zusamenzuberufen. Mit Ihrer Zustimmung erlaube ich mir, Ihnen ins Gedächtnis zurückzurufen, daß wir es sind, die sich entschieden haben, daß eine Konferenz in Paris zusamentreten soll und daß die Vertreter der interessierten Länder dazu zusammenberufen werden sollen. Ich mache kein Geheimnis daraus: es gibt eine Konferenz der Großmächte, die in einem benachbarten Saale ihre Beratungen abhält. Sir Robert Borden weiß das um so genauer, als er selbst uns gestern die Ehre erwiesen hat, vor uns über die Fragen, die die britischen Kolonien angehen, Ausführungen zu machen. Die fünf Großmächte, deren Handlungsweise heute vor Ihnen gerechtfertigt werden muß, haben ein Recht (sont en mesure) so zu handeln. Soeben erinnert mich der Premierminister Großbritanniens daran, daß an dem Tage, an dem der Krieg aufgehört hat, die Alliierten zwölf Millionen kämpfender Soldaten auf dem Schlachtfelde hatten: Das ist ein Anspruch (c'est un titre).

Digitized by Google

Wir haben Tote verloren, wir haben Verwundete, die sich auf Millionen beziffern, und wenn wir nicht die große Frage des Völkerbundes hätten, so wären wir vielleicht Egoisten genug gewesen, uns zu entschließen, niemanden zu befragen als uns selbst. Das war unser Recht.

Wir haben das nicht gewollt und wir haben die Gesamtheit der interessierten Nationen zusammenberufen. Wir haben Sie berufen, nicht um Ihnen unseren Willen aufzuerlegen, nicht um Sie tun zu lassen was Sie nicht wollen, sondern um Sie um Ihre Mitarbeit zu bitten. Darum haben wir Sie eingeladen, hierher zu kommen. Aber man muß sich doch darüber klar sein, wie diese Arbeit nutzbar gemacht werden kann.

Herr Lloyd George hat vor einigen Tagen die Grausamkeit gehabt, daran zu erinnern, daß ich nicht mehr sehr jung bin. Ich bin 1871 zum ersten Mal in die Parlamente gekommen; ich habe viele Ausschüsse und Kommissionen gesehen, ich habe viele Beratungen mitgemacht und ich habe festgestellt, wie die meisten von Ihnen das haben tun können, daß, je zahlreicher diese Kommissionen sind, um so schwieriger sie zu Ende kommen.

Doch, meine Herren, erlauben Sie mir, Ihnen dies zu sagen: hinter Ihnen steht etwas sehr Großes, sehr Erhabenes, in manchen Stunden sehr Gebieterisches, das sich die öffentliche Meinung nennt. Sie wird Sie nicht fragen, ob dieser oder jener Staat in der oder jener Kommission vertreten war; das interessiert niemanden. Sie wird uns fragen, ob wir zum Ziele gekommen sind und danach, was wir für den Völkerbund getan haben, den uns mit so beredten Worten die Herren Präsident Wilson, Lloyd George, Bourgeois und Orlando ans Herz gelegt haben.

Welches Verbrechen haben wir begangen? Wir haben entschieden, daß wir unsererseits jeder zwei Delegierte für die Völkerbundkommission ernennen. Ich bitte Herrn Hymans und alle, die nach ihm sprachen, um die Erlaubnis, bei der Sache bleiben zu dürfen. Kaum hatte ich ihm entgegenkommend gestattet, abzuschweifen, als auch schon die Tür geöffnet war, jeder herbeigestürzt kam, und man hat über alles geredet, ausgenommen das, was zur Diskussion stand. Meine Pflicht ist es, die Arbeiten der Konferenz bei der Stange zu halten, um sie zu einem Ende zu bringen.

Wir haben uns also entschieden, jeder zwei Delegierte zu ernennen, genau so — ich bitte um Entschuldigung — wie wir uns entschieden haben, Sie einzuladen, insgesamt fünf Delegierte zu ernennen.

Wenn Sie finden, daß das nicht genug ist, so will ich nicht die Entscheidung unter Ihnen allen auf mich nehmen, da ja jeder ein Mehr verlangt; aber ich will einen Vorschlag machen: es soll an uns sein, alle zu nennen, damit jeder sein Recht bekommt.

Was ist da noch zu sagen? Hat man irgendeinem Staate ein Recht verkürzt? Sie kennen alle die Arbeitsweise der Kommissionen, Sie haben das Recht, vor alle Kommissionen zu gehen, wie es Ihnen gefällt. Herr Bourgeois, der hier anwesend ist, ist kein Bevollmächtigter. Er hat mit dem Ansehen, das er genießt, das Wort ergriffen, und Sie sind glücklich gewesen, ihn zu hören. Ich habe Herrn Venizelos und viele unter Ihnen sagen hören: „Unsere Stimme wird nicht gehört werden." Wie können Sie uns einen solchen Vorwurf machen? Ihre Stimme wird um so besser gehört werden, da wir ein Organ schaffen, um Sie zu hören. Sie können in allen Kommissionen und Ausschüssen gehört werden, und schließlich sind Sie nicht gewiß, daß Ihre Stimme sich auf der Konferenz (selbst) geltend machen kann, da Sie ja anwesend sind und das Wort nehmen können?"

Digitized by Google

So geht es weiter. Wollte man alle Anregungen aufnehmen, so würde man die Zeit vertrödeln und nicht zu Beschlüssen kommen. So lange aber mußten dann die Heere unter Waffen stehen. Und die Oeffentlichkeit warte. Nein, Beschlüsse müßten gefaßt werden, heute noch! Man solle nur an die Riesenmenge der bevorstehenden Arbeit denken. Dinge der Geschäftsordnung dürften hier keine Rolle spielen. Ein feuriger Appell an die Arbeit zu gehen, schließt die schlechthin meisterliche Rede, in der Clémenceau mit ein paar wunderbar sitzenden Stichen die Opponenten abgefertigt hat. Er hat die Diskussion auf die Geschäftsordnung hinaus gedreht, in Wirklichkeit hat er etwas ganz anderes stabiliert.

Was bleibt Hymans, der vorher den Chorführer machte, anderes übrig, als zuzustimmen. Daß er es ziemlich grämlich tut, ändert nichts an der Sache. Und später hat die Regie immer gut geklappt. Die Kleinen, haben hier und da wohl Einwendungen gemacht, wenn ihnen irgend etwas, was ihr Land anging, nicht paßte, aber an die „Geschäftsordnung" haben sie sich nicht wieder gewagt.

Wirtschaftliche Erneuerung

Von Dr. Friedrich Hasselmann

Was will aus dem Chaos werden, das uns finster drohend umgibt? Ist es der endgültige Zusammenbruch, aus dem es kein Entrinnen mehr gibt? Ist es der Dämmerzustand sich umbildender Neugestaltungen? — Das alte Bibelwort erklingt dumpf im Unterbewußtsein:

„. . . . und die Erde war wüst und leer,
und es war finster auf der Tiefe . . . .".

Klingt es nicht wie heut geschrieben, im Wirrwarr unserer Zeit? Unser Gedächtnis aus Kindertagen will fortfahren:

„. . . . und der Geist Gottes schwebte auf dem Wasser.
Und Gott sprach: Es werde Licht!
Und es ward Licht. . . ."

Wie mag es wieder Licht werden? Unsere Grundanschauung mag hier vorangestellt werden: über diese Schicksalsfrage wird einzig und allein entscheiden die innerliche Stellungnahme unseres Volkes zu den Geschehnissen unserer Zeit. Es wird unendlich viel geschrieben und beraten über die Rettung aus gegenwärtiger Not. Aber das Wort des Augustinus, muß viel mehr Macht gewinnen als bisher: Macht gewinnen als bisher:

Schweif nicht draußen herum,
Kehr in dich selbst zurück.
Im Innern des Menschen,
Da wohnt die Wahrheit.

Digitized by Google

Im Innern des Menschen, da ruht auch die Entscheidung über das Schicksal unseres Volkes. Noch niemals in der Weltgeschichte ist ein Volk lediglich durch äußere Machtmittel zugrunde gegangen, sondern jedes Volk, das erloschen ist im Weltgeschehen, war in seiner innerlichen Kraft gebrochen. Und das kann zu einer zukunfttragenden Erfahrung werden. Denn das ist die größte Gefahr, die uns umlauert, daß wir verzagen und verstumpfen, daß wir uns ergeben in die furchtbare Not des heutigen Tages, daß wir die Hoffnung verlieren auf ein besseres Morgen, daß der Gedanke in uns die Oberhand gewinnt, als hätte es keinen Zweck mehr, sich zur Wehr zu setzen, als sei alles verloren, als hätten wir keine Kraftquellen mehr.

Im Innern des Menschen ..... Besinnen wir uns auf unsere innerlichen Kräfte, stellen wir sie ein in unser Wollen und Schaffen, lassen wir sie zu einer Macht werden, dann kann aus dem Chaos ein neuer Anfang werden. Das ist nicht seichte Konjunkturpolitik und unbedachtes Gerede, sondern das ist die tiefernste Ueberzeugung davon, daß die geistigen Kräfte letzten Endes die Entscheidung bringen. Und gerade jetzt, unter dem Druck der Not und nach dem Fortfall vieler ablenkender Aeußerlichkeiten, mögen wohl große Kräfte in unserem Volke wieder frei und lebendig werden. Denn große innerlich wirkende Kräfte gab es und gibt es noch im deutschen Wesen.

Zwei Bilder erstehen vor unserem geistigen Auge, das eine aus dem Jahre 1513, das andere aus dem Jahre 1913. Welch ungeheure Veränderung des äußerlichen Geschehens in diesen vier Jahrhunderten — und doch derselbe Willenszug im Deutschen.

Albrecht Dürer, „Ritter, Tod und Teufel". In herbstwindzerzaustem Gelände, in enger Schlucht spukhaft grinsendes Grauen wegelagernden Unheils — und doch:

„Laß kommen die Höll, mit mir zu streiten,
Ich will durch Tod und Teufel reiten."

Max Klinger, „Und doch!" Das schönste Blatt im Zyklus vom Tode, siegreichen Lebens voll, vor wolkenumhangenem Himmel, in steiniger Oede fruchtberaubten, zertretenen Bodens, die Augen und Arme aufwärts, die Herzen in die Höhe:

„Allein ich will!"

Noch einen Augenblick verweilen bei deutscher Vergangenheit, um aus ihr den Glauben an deutsche Zukunft zu stärken.

Der deutsche Mann von Wittenberg sprach jene Frage aus, die auch heute noch gilt — trotz alledem: „Wer weiß, was Gott will und wird aus den Deutschen machen?", Und der in Weimar, im Jahre der tiefsten deutschen Not: „Ich halte ihn fest, diesen Glauben: ja, das deutsche Volk verspricht eine Zukunft, hat eine Zukunft. Das Schicksal

Digitized by Google

der Deutschen ist noch nicht erfüllt, sie müssen nach meinem Glauben noch eine große Bestimmung haben." Und Nietzsche, der mit sich selbst gerungen in bitterstem Kampfe: „Wir dürfen wieder hoffen! unsere deutsche Mission ist noch nicht vorbei!"

Aber freilich in der „Morgenröte" ist dieser Gedanke weiter ausgesponnen: „Ein Deutscher ist großer Dinge fähig, aber es ist unwahrscheinlich, daß er sie tut, wenn je ein Deutscher etwas Großes tat, so geschah es in der Not."

Darum mit ganzem Herzen zurück zur gegenwärtigen Not. Nur nicht sich einlullen lassen! Kein schlaffes Ergeben: es ist nicht zu ändern — kein sattes Behagen: es wird schon werden. Nicht dazu sind die Stimmen der Vergangenheit erklungen, um uns sicher zu machen, sondern nur um das Eine zu zeigen, daß es zu allen Zeiten deutsche Art gewesen, sich an die inneren Kräfte zu halten. Und darum ein Wort noch aus den „Reden an die deutsche Nation": „Besiegt sind wir. Der Kampf der Waffen ist geschlossen. Es erhebt sich, so wir es wünschen, der neue Kampf der Grundsätze, der Sitten und des Charakters."

Wohlgemerkt: „. . . . . so wir es wünschen". Der Wille muß hinzutreten, wir müssen es wünschen und wollen, zu geistiger Erneuerung zu kommen. Und das Andere: der neue Kampf. Ein Kampf steht uns bevor; nicht mehr in der jubelnden Begeisterung der ersten Augusttage des Jahres 1914, sondern ein Kampf in der zermürbenden, rundum beengten Alltäglichkeit eines verarmten Volkes. Aber wenn wir nur den Boden gewonnen haben, daß wir, aller äußeren Macht- und Hilfsmittel beraubt, innere Kräfte freimachen wollen, dann können wir den Kampf beginnen. In erster Linie der Kampf gegen Dumpfheit und Verzweiflung im eigenen Wesen und in den eigenen Reihen. Und damit ist der erste Schritt getan zu wirtschaftlicher Erneuerung: wir haben wieder die Möglichkeit, aufs neue Hand anzulegen. Die tägliche Arbeit verliert ihre Sinnlosigkeit, wenn wir einen Ausblick gewinnen auf eine mögliche Besserung.

Und diese neue Arbeit wird geleitet sein müssen von innerlichen Triebkräften. Mit der Ueberzeugung, daß das Schicksal des einzelnen zwingend bedingt ist durch das Geschick des ganzen Volkes, muß das Streben anheben, der Volksgesamtheit zu nützen, in Produktion sowohl wie im Konsum. Nur aus der innerlichen Willensrichtung, aus einer bewußten metanoia kann eine solche Umstellung hervorgehen. Wir haben es in erschreckendem Maße erlebt, wie machtlos und unfruchtbar eine Gesetzgebung ist, die nicht von der Ueberzeugung des Volkes getragen wird. Es gilt also zunächst die geistige Atmosphäre zu schaffen. Die Art der Gesetzgebung seit der Revolution ist so beschaffen, daß sie den Willen des Volkes unmittelbar in gesetzliche Gewalt umwandeln soll. Darin

Digitized by Google

liegt die Verantwortung, für die wir insgesamt noch nicht reif sind. Ohne starke Selbsterziehung zur Verinnerlichung wird es uns nicht gelingen, zur Besserung zu kommen.

Von jeder Fassadenwirkung und Aeußerlichkeitsbetonung werden wir uns freimachen müssen. Aeußere Not wird heilsam manches erzwingen. Innerliche Bejahung dieses Zwanges bringt erst die Vollendung. Was wir schaffen, sei innerlich wahr und wirke nur durch diese Echtheit. Was wir verbrauchen, sei dem Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit gegenüber unterstellt. Was wir an äußeren Organisationen haben, muß fallen, wenn es zum Selbstzweck geworden, hat nur dann Daseinsberechtigung, wenn es einer Steigerung oder Veredelung unserer Arbeitsleistungen dient. Unproduktive Arbeit, wo auch immer sie auftritt, ist ein Verbrechen am Volke. Spannungen, die aus engen Standes- und Berufsinteressen hervorgehen, hindern die Verwirklichung des einen großen Ideals, das wir erreichen müssen: die Arbeitsgemeinschaft des ganzen Volkes.

Zerspaltungen und Zerfaserungen, wohin wir blicken. Unsachliches Parteigezänk, wohin wir hören. — Wann flammt sie auf die Flamme machtvollen Willens zu innerlicher Erneuerung? — Im Innern des Menschen — da liegt die Lösung all der dunklen Fragen der Gegenwart. Stark sei der Wille, durch gemeinsame Arbeit Werte zu schaffen nach grenzenloser Wertvernichtung. Klar sei der Kopf, trotz äußerer Bedrängung immer neue Wege zu finden zu innerer Freiheit. Glühend das Herz von Liebe zum deutschen Volk und Wesen. Dann wird auch über der Zerrüttung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse das jahrtausendealte Wort wieder aufdämmern:

. . . . . und es ward Licht!

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 73
Rohrbach, Ein deutsch-französischer Briefwechsel . . . 75
Thimme, Zu Bethmann Hollwegs Gedächtnis . . . 81
* * * Fünfzig Jahre Deutsches Reich 86
Salomon, Helene Lange's Lebenserinnerungen . . . 94

Preis vierteljährlich M 15.– das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 21. Januar 1921 Heft 4

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

POLITISCHE BÜCHEREI

Soeben wurde ausgegeben:

Heinrich Herrfahrdt

Das Problem der berufsständischen Vertretung

Geheftet M. 24.– In Halbleinen geb. M. 32.–

Die Errichtung des Reichswirtschaftsrats und die noch vorzunehmende Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte rückt das wichtige Problem der berufsständischen Volksvertretung in den Mittelpunkt der innerpolitischen Fragen. Der Verfasser behandelt hier zum erstenmal diesen wichtigen Fragenkomplex; das Werk wird damit zu einem umfassenden Handbuch für das Spezialgebiet der berufsständischen Volksvertretung, das kein Politiker, kein Interessenverband entbehren kann.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden: 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2809
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport · Lagerung.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Soeben wurde die 11.—15. Auflage ausgegeben von

Ludwig Finckh, „Die Jakobsleiter"

Erzählung. Gebunden M 16.–

„Jedes Buch, das uns der wackere Schwabe schenkt, ist ein erfrischender Trunk aus einem reinen Quell, aus dem unablässig rinnenden, von den meisten aber unbeachtet bleibenden Quell deutscher Volkskraft. Einfach und ohne wilde Erregungen verläuft die Handlung bei Finckh. Wer ein feines, fesselndes und wahrhaft völkisches Dichterbuch verschenken will, der notiere sich ja diesen neuesten Finckhenfang! Er wird treffliche Saat säen und herzlichsten Dank ernten."
(Deutsche Tageszeitung, Berlin.)

Gleichzeitig sei empfohlen:

Zwölf Zeichnungen zu L. Finckhs „Jakobsleiter" von P. Jauch

In Mappe M 10.–

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

6. Jahrgang * 21. Januar 1921 * Heft 4

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

„Die Verruchtheit des Versailler Vertrags wird durch die gegenwärtigen Vorgänge in Oberschlesien gekennzeichnet", so beginnt Ph. Snowdon im „Labour Leader" einen Aufsatz, in dem es dann heißt: „Die Abstimmungspropaganda wird in gewissenlosester Weise betrieben, den Polen stehen anscheinend unbegrenzte Mittel zur Verfügung, die sie auf Korruption des Wahlbezirks verwenden. Dieses Gebiet ist seit sechs Jahrhunderten ununterbrochen deutsch gewesen. Sein kulturelles, industrielles und wirtschaftliches Leben ist völlig durch Deutsche aufgebaut worden, und wenn polnische Intriguen, zweifellos unterstützt durch französische Einflüsse, Erfolg haben werden, wird dies der letzte und tödliche Schlag für Deutschlands Wirtschaft sein. Dieses wichtige industrielle Gebiet, von dessen Kohlenlagern Deutschland abhängt, ihm zu nehmen und einer industriell so unfähigen Nation wie den Polen zu überantworten, heißt das Wirtschaftsleben Europas lebensgefährlich treffen. Wir fordern den Wiederaufbau des Handels Mitteleuropas, was wir durch Handlungen wie diese unmöglich machen."

*

Mit einer ungewöhnlichen Mehrheit hat das französische Parlament das Kabinett Leygues aus dem Sattel geworfen. Nicht trotz des bevorstehenden Meinungswechsels der alliierten Ministerpräsidenten, sondern eben um seinetwillen. Das Versagen des Vertrauens an ihn ist eine Mißtrauenserklärung an Lloyd George und Sforza. Denn man vermißt, von der chauvinistischen Seite wie bei einem Teil der Radikalen bei Leygues die Kraft, die gegenüber dem englischen und italienischen Egoismus den französischen mit voller Wucht einsetzen kann. Aber das ist es nicht allein. In Frankreich werden sich alle Ministerien nun auch

Digitized by Google

an jenem Sieg verbrauchen, dem die Früchte versagt bleiben, weil die Ansprüche maßlos waren. Versailles ist nicht nur für Deutschland eine Fessel, sondern auch für Frankreich. Die Angst, sie zu entspannen, wird zur entscheidenden Regierungsmaxime und diese damit geistlos. So stark die militärische Machtposition Frankreichs ist, sie nützt ihm wenig, wenn sie als einziges Auskunftsmittel gilt. Der Zustand der Krisenhaftigkeit wird andauern.

*

Noch ist Wilson in Amerika Präsident, aber er ist ein toter Mann. Und seine einzige Aufgabe in den nächsten, letzten paar Wochen der Geschäftsführung ist, die Zeugnisse seiner Erfolglosigkeit zu liquidieren. Die Abberufung des amerikanischen Vertreters im Obersten Rat ist dessen Ausdruck. Dieser muß sich überflüssig vorkommen, solange hinter ihm eine entschlußlose Unklarheit steht und seine Kollegen haben ihn das wahrscheinlich auch spüren lassen. In den Fachkommissionen wird aber Amerika, da hier wirtschaftliche Interessen zum Zuge kommen, vertreten bleiben. Solange unklar ist, ob und in welche Richtung Harding eine aktive, sei es europäische, sei es pazifische Außenpolitik machen wird, ist unsere Rolle die des abwartenden Zuschauers.

*

Im vergangenen Jahr versuchte die Rechte eine Volksbewegung für eine Präsidentschaftskandidatur Hindenburg einzuleiten. Sie ist nun offenbar davon abgekommen, den greisen Heerführer in die politische Schlachtlinie vorzudrängen, und das ist ein wahres Glück; denn um Hindenburg soll in Deutschland nicht gestritten werden. Jetzt werden neue Fühler ausgestreckt, und der Mann heißt Bülow. Soll die Veröffentlichung des Briefwechsels Bassermann-Bülow den Auftakt bilden, um den vierten Kanzler wieder ins politische Blickfeld zu rücken? Das Mittel wäre nicht gerade glänzend gewählt. Man weiß, daß es während des Krieges einen Augenblick jenes seltsame Bündnis gab: Stresemann-Erzberger-Ludendorff, das Bülow in die Leitung der deutschen Geschicke rufen wollte. Die Bemühung schlug fehl. Von den dreien ist im Augenblick nur noch der erste politische Vordergrundsfigur. Wird er der Rufer sein wollen? Man mag es nicht glauben. Bülow ist ja an Selbstsicherheit und Selbstzufriedenheit unübertrefflich, aber es wäre gut für ihn selber und sein geschichtliches Porträt, wenn er im Halbdunkel bleiben wollte. Denn ein Kampf um die positiven Ergebnisse und Leistungen der Aera Bülow würde zu sehr schmerzlichen Minus-Ergebnissen führen.

Digitized by Google

Ein deutsch-französischer Briefwechsel

Von Dr. Paul Rohrbach

Sehr geehrter Herr!

Sie hatten die Liebenswürdigkeit, dem zuzustimmen, daß unser bisher privat geführter Briefwechsel über das Verhältnis von Deutschland und Frankreich im Allgemeinen, und die Frage der schwarzen Besatzungstruppen im Rheinland insbesondere, teilweise öffentlich weiter geführt wird. Ich bin Ihnen dafür dankbar im Interesse der Sache. Allerdings: Der Gegensatz zwischen uns Beiden ist groß. Sie entsinnen sich, womit vor längerer Zeit unsere Korrespondenz begann. Ich hatte in der „Deutschen Politik" einen Artikel über das Verhalten Frankreichs gegen Deutschland nach dem Friedensschlusse geschrieben und darin gesagt, man gehe von der französischen Seite darauf aus, das deutsche Leben so weit wie möglich zu vernichten. Sie antworteten mir darauf, es sei nicht gut, die Diskussion von deutscher Seite in einer so scharfen Form zu führen, denn man dürfe nicht vergessen, daß Deutschland den Krieg gewollt habe.

Bleiben wir zunächst bei dieser Ihrer These. Die schwarzen französischen Truppen im Rheinland sind ja nur ein spezieller Zug, und lange nicht der wesentlichste, in der von Seiten Frankreichs jetzt befolgten Sieger-Politik. In der Tat, diese Politik stützt sich „moralisch" darauf, daß Deutschland „schuldig" sein soll. Das ist in ganz offizieller Form und ausdrücklich von den Gegnern Deutschlands zur Grundlage des Friedens von Versailles gemacht worden. In dem Ultimatum der Alliierten vom 16. Juni 1919, durch das Deutschland zur Unterzeichnung des Friedens gezwungen wurde, heißt es:

> Das Verbrechen des Krieges, der am 1. August 1914 ausbrach, habe Deutschland bewußt (consciemment) begangen, um sich die Hegemonie in Europa zu sichern, und in dem Abschnitt über „die Verantwortlichkeiten" (Teil 7) wird gesagt: daß die Reihe der Ereignisse, welche den Krieg auslösten, vorsätzlich durch die Machthaber in Wien, Budapest und Berlin angezettelt und ins Werk gesetzt worden sei (délibérément ourdie et éxecuté). Als Motiv dieser Politik wird angegeben das Streben nach der Universalherrschaft (domination universelle.)"

Das ist ein höchst klares Zeugnis dafür, wie man auf der Seite der Alliierten und speziell in Frankreich den Geist und die Ausführung des Versailler Friedens begründen will. Ich darf sie außerdem an die unlängst gehaltene Eröffnungsrede Ihres gegenwärtigen Kammerpräsidenten Raoul Peret erinnern. Man hat sie bei Ihnen bewundert und

Digitized by Google

man hat sie als das Programm eines Minister-Präsidenten aufgefaßt. Man legt besonderen Nachdruck auf den Passus, in dem der Redner davon sprach, Frankreich wünsche entschiedener die positiven Folgerungen aus dem siegreichen Frieden gezogen zu sehen, und unmöglich gebe es eine Milderung für die Schuld des Verbrechens! Alles ist also bei Ihnen auf den Satz gebaut: Deutschland ist schuld, und wenn Deutschland leidet, so leidet es, weil es schuldig ist.

Dieser für Sie grundlegende Satz ist falsch, absolut falsch. Dafür, daß er richtig sein soll, beruft man sich bei Ihnen und anderswo außer auf vermeintliches Beweismaterial, das von der Entente herausgegeben ist, auf „deutsche" Schriften, Kautsky, Grelling usw. Ist Ihnen aber bekannt, was z. B. Herr Kautsky in seiner zweiten Schrift „Delbrück und Wilhelm II.", d. h. nach seiner ersten und vielgenannten Veröffentlichung, geschrieben hat? Folgendes: „Ich war sehr überrascht, als ich Einblick in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet, es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht." So Kautsky. Und auch Herr Grelling, der, wie jeder Unterrichtete wissen sollte, kein loyaler „deutscher" und überhaupt kein loyaler politischer Schriftsteller ist, hat sein Rückzugsgefecht antreten müssen. Er wünscht nicht mehr gesagt zu haben, daß die mitteleuropäischen Mächte den Weltkrieg „vorsätzlich entfesselt", sondern nur noch, daß sie ihn „tatsächlich unabwendbar" gemacht haben. Ich kann mir auch kaum denken, daß Ihnen, abgesehen von der ganzen übrigen Literatur, die Randbemerkung Wilhelms II. zu dem Bericht des deutschen Botschafters Grafen Pourtalès aus Petersburg unbekannt geblieben sein sollte, in dem der Botschafter die russische Mobilmachung mitteilte. In dieser Randbemerkung, die sicher nicht in der Vorstellung geschrieben ist, sie könnte je an die Oeffentlichkeit kommen, bricht der Kaiser in Zorn und Verzweiflung darüber aus, daß durch das politische Spiel Englands im entscheidenden Augenblick die Einkreisung Deutschlands vollendet und der Krieg unter den ungünstigsten Umständen für Deutschland unabwendbar geworden sei. Ein Spiel, schreibt der Kaiser, das auch der bewundern muß, der durch eben dieses Spiel zugrunde geht. Glauben Sie, daß so Jemand schreibt, der vorsätzlich oder auch nur bewußt einen Weltkrieg entzünden will.

Es wird nicht nötig sein, daß ich noch lange bei derartigen Einzelheiten verweile. Sie haben meien Buch „Deutschland unter den Weltvölkern" und Sie haben meine Broschüre „Die Beweise für die Verantwortlichkeit der Entente am Weltkriege" in Händen, und Sie werden sich vielleicht inzwischen schon mit dem ganzen Material vertraut gemacht haben, daß ich dort vortrage, um zu beweisen, daß Deutschland nicht in irgend einer Weise vorsätzlich den Weltkrieg entzündet hat, daß

Digitized by Google

vielmehr von russischer, englischer und französischer Seite, und zwar von der Regierung und den amtlichen Vertretern dieser Staaten, während der Jahre vor dem Weltkrieg zahlreiche Handlungen begangen und Worte gesprochen worden sind, die dazu bestimmt waren, Deutschland zu isolieren, einzukreisen, den Krieg gegen Deutschland vorzubereiten und ihn schließlich ausbrechen zu lassen. Darf ich Sie an das Zeugnis Ihres eigenen großen Landsmannes, Jean Jaurès erinnern, an seinen Brief an Vandervelde? Dieser Brief sagt mit unzweideutigen und unterstrichenen Worten, nur zwei Tage, bevor der Mann ermordet wurde, der ihn geschrieben hat, daß man in Frankreich den Krieg suchte, den man so lange vorbereitet hatte! Darf ich Sie weiter an das Gespräch zwischen Herrn Poincaré und dem russischen Botschafter Iswolski erinnern, in dem Herr Poincaré sich bereit erklärte, auf jeden Fall der russischen Initiative in der Frage des Krieges zu folgen! Und weiter an seine Mitteilung an Rußland: wenn Krieg geführt werden solle, so müsse die französische Regierung ihr Volk (das also im Ganzen nicht kriegslustig war) gehörig vorbereiten! Und gibt es überhaupt so leicht ein stärkeres Zeugnis dafür, daß in Frankreich ein entschlossener Wille zum Kriege lebendig war, als die Ermordung desjenigen Franzosen, der mit der größten Energie und mit der größten Reinheit der Absichten sich dem Kriege widersetzte? Aus welchem Grunde ist denn Jaurès bei Ihnen ermordet worden, wenn nicht aus dem Grunde, daß ein Hindernis gegen den Krieg beseitigt werden sollte?

Ich breche hier ab und ich kehre dahin zurück, den Unterschied zwischen der deutschen und der französischen Auffassung nochmals festzustellen. Ihre Meinung ist die, daß die Deutschen den Krieg gewollt haben, und daß sie darum mit Recht verurteilt sind, auch die härtesten Folgen des Friedensschlusses zu tragen, und ich setze dem den Beweis entgegen, daß nicht Deutschland, wohl aber Frankreich, d. h. die verantwortliche französische Regierung, den Krieg gewünscht hat, außerdem natürlich die verantwortlichen und entscheidenden Persönlichkeiten in Rußland und in England. Damit ist die auch von Ihnen in der Hauptsache vertretene alliierte These, die These des Ultimatums vom 16. Juni 1919 und die These fast aller Ihrer führenden Politiker von heute, hinfällig, daß Frankreich ein faktisches und moralisches Recht besitze, den Versailler Frieden als Strafe für Deutschland zu gestalten und durchzuführen.

Vielleicht werden Sie antworten, daß auf jeden Fall die Gewalttaten, die Deutschland während des Krieges begangen hat, den Frieden rechtfertigten. Darauf erwidere ich, daß ich nicht beabsichtige, irgendwelche vorgekommenen, nicht durch die militärische Notwendigkeit gebotenen Gewalttaten zu verteidigen, also z. B. auch nicht die Behandlung der Zivilbevölkerung von Lille durch die deutschen Militärbehörden, daß

Digitized by Google

aber die Summe alles dessen, was an deutschen Gewalttaten in diesem Kriege begangen worden ist, in moralischer Beziehung noch lange nicht an das heranreicht, was die völkerrechtswidrige Hungerblockade der Alliierten gegen Deutschland verschuldet hat, die sogar nach dem Waffenstillstand noch fortdauerte. Sie hat in Deutschland und Deutschösterreich einer Million von Frauen und Kindern, Alten, Kranken und Schwachen, also von Nichtkämpfern, durch langsame Ermordung das Leben gekostet, in einer Weise, die den Alliierten vollkommen bewußt war, und die noch auf Generationen hinaus nachwirkt. Was ist selbst die Verwüstung Nordfrankreichs, von der ein großer Teil nicht auf deutsche, sondern auf französische Geschütze entfällt, gegen diese Verwüstung unschuldigen, lebendigen Menschenlebens!

Wir kennen in Deutschland ein Wort, ein genau bezeugtes und unwiderlegliches Wort, aus dem Munde Herrn Clémenceaus, das er während der Verhandlungen von Versailles gesprochen hat: Es gibt 20 Millionen Deutsche zuviel (vingt millions de trop)! Diese 20 Millionen Deutsche, die es nach französischer Auffassung zuviel gibt, zu beseitigen, das scheint uns die Aufgabe zu sein, die sich die gegenwärtigen Lenker Frankreichs Deutschland gegenüber gesetzt haben, denn wenn die Paragraphen des Versailler Friedens durchgeführt werden, so wird die Beseitigung von 20 Millionen oder noch mehr Deutschen die unvermeidliche Folge sein. Der Friedensvertrag bedeutet das, was z. B. ein Engländer vom Range des Herrn Keynes gesagt hat: Das Todesurteil über viele Millionen Deutsche, Geborene und Ungeborene. Und darf ich Sie weiter daran erinnern, was Herr Keynes über das Zustandekommen des Friedens von Versailles gesagt hat? Er hat gesagt, daß er einen Wortbruch der alliierten und assoziierten Regierungen gegenüber Deutschland bedeutet, dessen sich die Verantwortlichen auf das Tiefste zu schämen hätten. Ich glaube, Sie werden sich hiernach vorstellen können, wie das deutsche Empfinden gegenüber einem Frieden ist, der dem deutschen Volke als „Strafe" für eine Schuld diktiert worden ist, die Deutschland weniger als seine Gegner trifft, und der außerdem die Besiegelung eines in der Geschichte unerhörten Wortbruchs des Starken gegenüber dem wehrlos Gemachten ist.

Ich komme nun noch kurz auf die „schwarze" Frage im Rheinland. Sie schreiben in Ihrem Briefe vom 6. Dezember, der vor längerer Zeit erschienene Aufsatz in der „Deutschen Politik" von Dr. Hobbom über die schwarze Schmach sei übertrieben und lasse die nötige Objektivität und Unparteilichkeit vermissen. Ihrer Meinung nach lassen sich die vorgekommenen Gewalttaten Schwarzer gegen weiße Frauen in zwei Kategorien teilen:

1. Die Fälle, wo es wirklich und tatsächlich sich um Gewalttaten und Verbrechen handelt. — Es ist Niemandem eingefallen, zu verneinen, daß solche Dinge geschehen,

Digitized by Google

aber die französischen Behörden sind die ersten gewesen, eine strenge Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen streng und exemplarisch zu bestrafen. Die Kriegsgerichte der Rheinarmee sind hierin mit Recht unerbittlich und die Schuldigen sind den äußersten Strafen unterworfen worden, die das Gesetz erlaubt. Ich lege hierauf Gewicht, denn diesen Punkt vergißt man beständig bei Ihnen, wo man vielmehr an eine Art von Hohn zu glauben scheint, wenn man davon spricht. Deswegen gebe ich Ihnen hierüber eine formelle Versicherung und zum Beweise einige präzise Angaben. Z. B. der Schütze, der das von Herrn Hobohm auf Seite 224 zitierte Attentat begangen hat, wurde zu 10 Jahren Zwangsarbeit und zur Degradation verurteilt; andere Schwarze, die ebenso der Gewalttat schuldig waren, bekamen 10 Jahre Zwangsarbeit, 10 Jahre Gefängnis und Degradation. Ein Attentat auf die Schamhaftigkeit, das nicht weiter ging, wurde mit 3 Jahren Gefängnis bestraft. Das sind nur einige Beispiele, aber sie sind klar, und sie werden genügen, um Sie nicht länger an die vermutete „Mitschuld" der französischen Behörden glauben zu lassen. Indem Sie in der „Deutschen Politik" Worte drucken ließen, wie „lassen die Wilden, zum Lohn, auf die Blonden los", haben Sie (ich will annehmen unabsichtlich, aber doch unachtsam) der Wahrheit etwas Falsches und eine fortan offenbare Verleumdung untergeschoben.

2. Die Fälle, wo die „Annäherung" durch die weibliche Seite gewünscht und direkt provoziert wurde. Es gibt da eine unendliche Verschiedenheit der Nuancen, von der Frau, die durch einen unwiderstehlichen Trieb zum Fremden hingezogen wird (das, was Harden ein unnatürliches weibliches Verlangen nennt), bis zu dem Mädchen, dessen Beruf es ist, sich dem ersten besten anzubieten. Hat nicht eine Deutsche aus Ludwigshafen zu einer hochgestellten Freundin in Berlin gesagt: „Ich gestehe zu, daß nur zu viele Frauen die Schwarzen beständig durch ihr Entgegenkommen anregen." („Zukunft" Nr. 43.)

Sie meinen ferner in Ihrem Brief, die deutsche Polizei berichte öfters auch über Vorfälle, die es nie gegeben hat, um sich ihren Vorgesetzten angenehm zu machen. Sie sagen, auch wenn man alle zweifelhaften Meldungen mit einschließen wolle, so komme man:

im Ganzen auf weniger als fünfzig (50) Fälle vom Dezember 1918 bis zum September 1920, und das, wo die Zahl der Occupations-Truppen 20—25 000 Mann aller Farben betragen hat (d. h. ein Fall auf 500 Mann und im Ganzen zwei Fälle im Monat). Noch zuviel, werden Sie sagen? Aber ist das nun alles, was man „sexuelle Schreckensherrschaft" nennt.

Soviel aus Ihrem letzten Brief. Sie erinnern weiter daran, daß man die menschliche Natur nicht ändern könne, daß es unmöglich sei, die Okkupation des linken Rheinufers aufzuheben, daß in Lille 10 000 französische Frauen durch deutsche Gewalttaten gelitten hätten (vgl. W. Peukert, die „Zukunft" usw.), und Sie sagen, in Frankreich verfolge man mit Sorge die deutsche Gemütsverfassung, die sich in beständigen Anklagen gegen die Feinde von gestern erginge.

Ich will Ihnen als einem Ausländer nicht verübeln, daß Sie sich auf Herrn Harden und seine „Zukunft" berufen. Sie wissen nicht, wer und was Herr Harden ist, und was eine Aeußerung von dieser Stelle bedeutet. Wenn Sie es wüßten, so hätten Sie sich davor gehütet, sie anzufassen. Was weiter die von Ihnen gegebenen Zahlen betrifft, so unterbreite ich hiermit Ihre positiven Mitteilungen der Oeffentlichkeit und bitte die be-

Digitized by Google

teiligten deutschen Stellen, sich zu äußern. Ich hoffe, die französischen Okkupationsbehörden im Rheinlande werden Ihnen Freiheit geben, Ihre Erfahrungen mitzuteilen. Schon heute liegt vor mir eine Reihe von beglaubigten Dokumenten und Briefen, deren Veröffentlichung ich in nächster Zeit in der „Deutschen Politik" beabsichtige, und die voraussichtlich noch eine Vermehrung erfahren werden — Dokumente, aus denen zu meinem außerordentlichen Bedauern hervorgeht, daß der Ausdruck „sexuelle Schreckensherrschaft", und ähnliche Wendungen, nicht mit Uebertreibung gewählt worden sind. Wenn Sie dem in scharfer Form entgegentreten, so kennen Sie tatsächlich nicht die Lage im besetzten Gebiet. Ich aber kenne sie, und wir wissen vor allen Dingen, eine wie geringe Zahl von Fällen jener Art überhaupt zur Anzeige gelangt. Auch was die Bestrafung tatsächlich vorgekommener und bewiesener Fälle betrifft, so werde ich Ihnen leider Beweise dafür vorlegen müssen, daß sie entweder ausblieb, oder ganz und gar ungenügend war. Für das deutsche Empfinden ist aber das, was in der „schwarzen" Frage bisher zwischen uns erörtert wurde, gar nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist vielmehr, daß eine Kulturnation wie die französische, gegen eine andere Kulturnation wie die deutsche, afrikanische und sonstige farbige Truppen als Besatzungsmacht verwendet. Wir Deutsche haben dafür keinen anderen Ausdruck als das allerdings harte Wort „Rassenschande", das aber auch englische und amerikanische, schweizerische und skandinavische Persönlichkeiten von dem größten Ansehen, Männer und Frauen, gegenüber der farbigen Okkupation im Rheinland gebracht haben. Mit Recht gebraucht haben. Es mag sein, daß auch bei der geordnetsten militärischen Verwaltung und bei der besten erreichbaren Disziplin Vergewaltigungen der besprochenen Art durch die fremden Soldaten vorkommen. Hundert Fälle durch Weiße gegen Weiße gelten aber für unser Empfinden nicht so viel, wie ein einziger Fall schwarz gegen weiß. Das Furchtbarste ist, daß Sie afrikanische Barbaren nach Deutschland schicken, um Ihre Gewalt über einen Teil von Deutschland aufrechtzuerhalten. Schicken Sie uns Franzosen, Weiße, und alles, was geschieht, so schwer es sein mag, wird erträglich sein. Die schwarze Schande aber ist für uns unerträglich. Ich breche für heute ab, da der Schlußteil Ihres Briefes, der sich allgemeineren Fragen zuwendet, noch eine besondere Antwort erfordert. Bis dahin in ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebener

Paul Rohrbach.

Digitized by Google

Zu Bethmann Hollwegs Gedächtnis

Von Dr. Friedrich Thimme.

Im fünfundsechzigsten Lebensjahre, in ungebrochener Manneskraft, voll Hoffnung und heißen Dranges, dem deutschen Volke noch dienen zu können, so ist Theobald von Bethmann Hollweg um die Jahreswende von einer tückischen Krankheit dahingerafft worden. Wohl jeder von denen, die in der melancholischen Dämmerung des trüben Winternachmittags dem Sarge folgten, war des schmerzlichen Empfindens voll: zu früh starb dieser für Deutschland, zu früh für ihn selbst. Wohl hat der Verblichene in seinen „Betrachtungen zum Weltkriege", deren zweiten Band er noch in allem Wesentlichen zum Abschluß bringen konnte, dem deutschen Volke eine starke Waffe für den Kampf um seine Rehabilitierung hinterlassen. Wie sehr unsere Gegner gerade diese Waffe fürchteten, erhellt daraus, daß dem Bethmannbuche, im Gegensatz zu den so begierig aufgenommenen Tirpitz-Erinnerungen das Eindringen in England zuerst zu wehren gesucht wurde. Wenn jetzt Lloyd George gesteht: je mehr man sich in die Kriegsliteratur vertiefe, desto deutlicher werde es, daß keiner der im Jahre 1914 führenden Männer geradezu den Krieg gewollt habe; man sei vielmehr von allen Seiten in diesen hineingestolpert, so ist dieses wichtige Zugeständnis sicherlich nicht zuletzt unter dem Eindruck des Bethmannschen Zeugnisses erfolgt. Wie eine Fortsetzung unserer tragischen Verhängnisse mutet es an, daß, just, wo die Wahrheit sich bei unseren Feinden die Bahn zu brechen beginnt, die Stimme unseres stärksten und unerschütterlichsten Zeugen verstummen mußte.

Auch für sein eigenes Gedächtnis konnte Bethmann Hollweg kaum zu ungelegenerer Stunde sterben. Nur zu sehr gilt das Wort des Dichters, daß allein der Lebende recht hat. Noch dämmerte kaum für den ersten Kriegskanzler, dem weite Kreise des deutschen Volkes die Schuld für unsere Katastrophe zuschieben wollen, der Tag der Gerechtigkeit, auf den am Grabe des Verstorbenen der Vizekanzler Heinze verwies. Hätte Bethmann Hollweg, der sich bei seinem letzten öffentlichen Auftreten im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß und im Erzberger-Prozeß auch bei seinen schärfsten Gegnern eine sonst nicht erhörte Anerkennung zu erzwingen gewußt hat, länger gelebt, so durfte er hoffen, das Anbrechen dieses Tages noch selbst zu beschleunigen. Nun hat sein Tod all die harten und gehässigen Urteile von neuem aufgerührt. Wohl haben auch Bethmanns Gegner angesichts des Todes seinen ehrlichen Willen gelten lassen, den Weltkrieg zu vermeiden, und später uns mit Ehren aus ihm herauszuführen. Aber um so schärfer wird, bis weit in die Kreise der Blätter, die früher zu ihm standen, Bethmanns Unfähigkeit als eine wesentliche Ursache unseres schließlichen Zusammenbruchs verurteilt. Namentlich in

Digitized by Google

den Rechtsblättern waren die Nachrufe auf den Satz gestellt: „Das Deutsche Reich, das durch Bismarcks Staatskunst zusammengeschmiedet war, wurde durch Bethmann vernichtet.“ Nur ganz wenige der Nachrufe versuchten dem Toten gerecht zu werden. Aber seine Freunde mögen sich dessen getrösten, daß die Geschichte nicht eher ruht, als bis sie das Gedächtnis eines Vielverkannten in voller Reinheit und Treue hergestellt hat.

Dem Toten selbst mag es vorbehalten bleiben, in dem zweiten Bande der „Betrachtungen“ als erster das Wort zu seinen Gunsten zu ergreifen. Hier soll nur auf einige Gesichtspunkte hingewiesen werden, die bei der Fülle der leidenschaftlichen Anklagen gegen den Kanzler durchweg nicht berücksichtigt worden sind.

Bethmann ist als Kriegskanzler aus seiner Bahn geschleudert worden, ehe er den Beweis vollends erbringen konnte, ob nicht die von ihm verfolgte Politik zu einem guten Ende geführt hätte. Gerade in dem Momente ist er gestürzt worden, wo sich zum ersten und einzigen Male verheißungsvolle Friedensfäden geknüpft hatten, Fäden, die nach dem Sturze Bethmanns alsbald wieder rissen. Bethmann selbst hat bis zu seinem Tode den Glauben bewahrt, daß es ihm gelungen sein würde, im Herbst 1917 zu einem Frieden zu gelangen, gewiß nicht zu jenem vielberufenen „Siegfrieden“, aber zu einem Frieden der Verständigung, der nur in der elsaß-lothringischen Frage empfindliche Opfer auferlegt, im übrigen aber die Selbstbehauptung Deutschlands ermöglicht hätte. Es wäre zu wünschen, daß der Parlamentarische Untersuchungsausschuß, der so peinlich die Frage nachgeprüft hat, ob sich im Herbst 1916 reelle Aussichten auf einen durch Wilson vermittelten Frieden geboten haben, tiefer auf die Frage einginge, ob die Hoffnungen, von denen Bethmann-Hollweg im Sommer 1917 erfüllt war, Aussicht auf Verwirklichung geboten hätten.

Auch innerpolitisch konnte Bethmann-Hollweg nicht mehr zeigen, daß auf seinem Wege noch am ersten mit den seelischen Kräften des Volkes bis zum Kriegsende ausgehalten werden konnte. Sein Ziel, das deutsche Volk in der großen Mehrheit einig und geschlossen zusammenzuhalten, erschien noch nach seiner letzten Reichstagsrede vom 15. Mai 1917, auf deren Grund sich eine feste und kompakte Reichstagsmehrheit ergab, durchaus gesichert. Niemals auch war die Hoffnung einer dauernden Versöhnung des Kaisertums mit der sozialistischen Arbeiterschaft der Verwirklichung so nahe gerückt, als in den Tagen, wo durch Osterbotschaft und Wahlrechtsversprechen zum ersten Male vollster Ernst mit dem Gedanken des freiheitlichen und sozialen Kaisertums der Hohenzollern gemacht war. Damals war es, daß der spätere Reichsminister David offen die Zustimmung der Sozialdemokratie zu einem wirklich sozialen Königtum proklamierte und daß der „Vorwärts“ schrieb: „Findet die Mo-

Digitized by Google

narchie in dieser Zeit kluge Ratgeber, dann kann sie sich für alle absehbare Zeit sichern und festigen... Sobald die Monarchie die Wünsche des Volkes erfüllt, ist aller republikanischen Agitation der Boden unter den Füßen fortgezogen." Ein solcher kluger und vorausschauender Ratgeber ist Bethmann Hollweg gewesen. Er handelte ganz im Sinne des Staatskanzlers von Hardenberg, der einst geraten hatte, der Revolution von unten durch eine rechtzeitig durchgeführte Revolution von oben vorzubeugen.

Rückschauend muß man heute sagen, daß mit Bethmann Hollweg der gute Geist von Wilhelm II. gewichen ist. Weder haben es seine Nachfolger verstanden, die relative Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes zu bewahren — die neugegründete „Vaterlandspartei" hat vielmehr die innere Zerrissenheit Deutschlands auf den höchsten Gipfel gesteigert —, noch haben sie es vermocht, durch den vollen Einsatz der kaiserlichen Autorität die rasche Durchführung des Wahlrechtsversprechens zu erzwingen. Die einzige Möglichkeit, die es gab, daß ein militärischer Zusammenbruch sich ohne den Zusammenbruch der hergebrachten monarchischen Staatsform vollzog: Bethmann-Hollweg hatte sie erkannt, sie ist unter seinen Nachfolgern verabsäumt worden.

Auch im Sinne der Rechtsgegner Bethmanns müssen seine Nachfolger als noch viel schlechtere Kanzler erscheinen denn er. Das aber stempelt den Sturz Bethmann-Hollwegs zu einer unsäglichen Torheit — man müßte eigentlich hier das Wort eines Verbrechens am deutschen Volk anwenden —, daß diejenigen, die sich zu ihm zusammenfanden, keinen besseren Kanzler bei der Hand hatten. Es mag hier eine persönliche Reminiszenz am Platze sein. Ich habe, als im Frühjahr 1916 der Kampf gegen Bethmann-Hollweg so heftig einsetzte, einen namhaften konservativen Abgeordneten gefragt, wen denn seine Partei als Nachfolger Bethmanns bereit halte. Und wer war es, der mir als „unsere Freude, unser Stolz, unsere Zukunft" namhaft gemacht wurde? Es war — der damalige Generallandschaftsdirektor Kapp. Inzwischen ist wohl auch dem politisch Unmündigsten klar geworden, wie völlig unmöglich dieser Mann, auf den sich eine gute Weile die Hoffnungen der Konservativen Heydebrand-Gräfescher Färbung konzentrierten, als Reichskanzler gewesen wäre! Aber auch Fürst Bülow, zum Amt zurückberufen, wäre schwerlich im Stande gewesen, den Krieg außen- und innenpolitisch zu einem besseren Ende zu führen. Nicht minder muß bezweifelt werden, ob Fürst Bülow, im Juli 1914 die Katastrophe hätte abwenden können. Er selbst hat das ja wiederholt für sich in Anspruch genommen. Auch in den Briefen an Bassermann, die kürzlich in den „Hamburger Nachrichten" zum Abdruck gelangt sind, hat er an dem Verhalten seines Nachfolgers in den entscheidenden Tagen und Stunden scharfe Kritik geübt. Vor allen Dingen bemängelt Bülow, daß Bethmann durch die Kriegserklärung an Rußland uns formal als

Digitized by Google

den Angreifer hätte erscheinen lassen und so vor aller Welt ins Unrecht gesetzt hätte. Aber Bülow hütet sich, auf den tieferen Grund einzugehen, der diese Kriegserklärung unabwendbar gemacht hat: den Kriegsplan des Generalstabes, der allein auf den Vormarsch durch Belgien zugeschnitten war. Was würde wohl die Welt gesagt haben, wenn wir in Ausführung dieses Kriegsplanes *ohne* Kriegserklärung — und ein Warten bis zu einer feindlichen Erklärung hätte den belgischen Vormarsch überhaupt unmöglich gemacht — in das neutrale Land eingerückt wären? Hätten wir uns dann nicht mit einem noch ungleich stärkeren Odium belastet? Man sieht, der scheinbaren Ueberstürzung der Kriegserklärung an Rußland lag doch ein tieferer Kalkul zu Grunde. Der Kriegsplan aber, aus dem heraus sich Bethmann Hollwegs Vorgehen logisch begreift, ist festgelegt worden nicht etwa unter dessen Kanzlerschaft — Bethmann Hollweg hat vielmehr im Jahre 1913 und wieder 1914, ja noch in der Julikrise den Generalstabschef von Moltke, in voller Erkenntnis der möglichen Folgen eines Einfalls in Belgien vergeblich zu bestimmen gesucht, zu den älteren Plänen einer östlichen Offensive zurückzukehren —, *sondern unter der Kanzlerschaft Bülows*, der somit in politischer Hinsicht die eigentliche Verantwortung für diesen Kriegsplan trägt.

Verantwortlich bleibt Fürst Bülow auch in erster Linie für die politische Gesamtlage des Jahres 1914, die doch zum guten Teil nur eine Auswirkung der Bülowschen Politik war. Unter wem ist denn eigentlich die englisch-französische Entente, die englisch-russische Entente und der Zusammenschluß beider zur Tripelentente, unter wem das englisch-japanische Bündnis und die innere Wendung Italiens zu Frankreich und England Ereignis geworden? Steht das nicht alles auf dem Konto Bülows? Man sucht vergeblich in den Briefen Bülows an Bassermann nach positiven Vorschlägen, wie diese längst vor Bethmann Hollweg heillos verfahrene Situation noch zu retten gewesen wäre. Es ist interessant festzustellen, daß auch Bülow den Versuch Bethmann Hollwegs, die gefahrdrohende Lage durch eine Verständigung mit England zu beschwören, durchaus für den gewiesenen Weg angesehen hat. Ja, er hat noch inbrünstiger als sein Nachfolger an die englische Verständigung geglaubt.

„Mögen wir", so schrieb Fürst Bülow am 14. April 1914, „wenigstens mit England gut abschneiden! Hier liegt die Situation für uns so leicht, daß wir diese Hoffnung nicht aufgeben wollen. Die in das Stadium des höchsten Ernstes getretene Irenfrage, die wachsende Unbotmäßigkeit in Indien, Schwierigkeiten in und mit Amerika, die in England aufdämmernde Erkenntnis, daß sich dieses mit seiner Feindschaft gegen Deutschland in das eigene Fleisch schneidet, und die Tatsache, daß wir zur See verteidigungsfähig geworden sind, machen unsere Lage gegenüber Albion so günstig wie sie kaum je war. Es erscheint schwer denkbar, daß wir daraus nicht Nutzen ziehen sollten".

Digitized by Google

Daß England gerade in dieser prekären Lage eine Ablenkung nach außen suchen könne — eben damals verhandelte es mit Rußland über den Abschluß einer gegen Deutschland gerichteten Marinekonvention! — dieser Gedanke ist dem Fürsten Bülow in seinem rosenfarbenen Optimismus gar nicht gekommen!

Mit mehr Grund als die deutsche Politik tadelt Bülow die österreichische, die aber doch gerade durch ihn selbst in ihrer forschen und leichtfertigen Art des Drauflosgehens — man denke an die bosnische Krise! — verhängnisvoll bestärkt worden war. Es spricht auch nicht für Bülows Fähigkeit, den Oesterreichern im rechten Moment den Kappzaum anzulegen, daß er in den Briefen an Bassermann ihnen zum Vorwurf macht, nicht beim Ausbruch des Balkankrieges im Herbst 1912 schleunigst den Sandschak besetzt zu haben, was in Wahrheit einfach den Ausbruch des Weltkrieges anderthalb Jahre früher zur Folge gehabt haben würde. Zieht man weiter in Betracht, daß Fürst Bülow noch im April 1914 jede Gefährdung des Weltfriedens um deswillen in Abrede stellte, weil Rußland mit seinen Rüstungen noch nicht fertig sei, so kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß er in der Julikrise die Oesterreicher noch eher und mehr zu ihrem Vorgehen, nach der Analogie von 1908 animiert haben würde wie Bethmann Hollweg, und daß er gerade so gut in den Krieg hineingestolpert wäre, wie es nach Tirpitz' Ansicht nur der eine Bethmann Hollweg, nach der gerechteren Lloyd Georges aber jeder der beteiligten europäischen Staatsmänner ist.

Indem wir zu einer gerechten Würdigung Bethmann Hollwegs diese Gesichtspunkte herausgreifen, soll nicht etwa behauptet werden, daß seine Politik, grundsätzlich richtig, wie sie auch heute noch dem nachprüfenden und kritischen Auge erscheint, frei von Fehlern und Irrtümern gewesen wäre. Bethmann selbst ist der letzte gewesen, die Unvollkommenheit seines Handelns abzustreiten. Zu seinem Wesenskern gehört gerade die unerbittliche Selbstprüfung, das schwere und fortgesetzte Ringen mit sich selbst, das aber doch nicht die schöpferische Leidenschaft ausschloß, die man ihm so oft hat absprechen wollen. Als der eigentliche Fehler Bethmann-Hollwegs erscheint, daß er nicht von Anfang an die Uebergriffe der Militär- und Marineleitung auf die Politik stärker zurückgedrängt hat. Er hätte sich sagen müssen, daß der Hauptgesichtspunkt einer fortschreitenden Verständigung mit England, den er so klar erfaßt hatte, gar nicht zu erreichen stand, solange die Tirpitzsche Flottenpolitik, wenn auch gedämpft und zurückgedrängt, fortbestand. Darf man sagen, daß Bethmann auch in der Frage des für einen Krieg vorbereiteten Generalstabsplans seine bessere politische Einsicht nicht dem militärischen Axiom hätte unterordnen dürfen? Daß er im Kriege selbst den Vorrang der politischen vor der militärischen Leitung unter allen Umständen hätte behaupten sollen?

Digitized by Google

Heißt das in Anbetracht der ganzen Verhältnisse nicht etwas Unmögliches von dem leitenden deutschen Staatsmanne verlangen? Man vergesse nicht, daß auch ein Titan wie Bismarck, der alle Eigenschaften vollauf besaß, die man Bethmann, nicht überall mit Recht abspricht, sich resigniert damit abgefunden hat, daß im Kriege allein die Generalstäbe das Wort führen. Wenn das schon 1866 und 1870/71 der Fall war, wo wir aus dem Siegen gar nicht herauskamen, wie viel mehr in der verderbenschwangeren Situation, die zu dem Weltkriege überleitete, und in dem Weltkriege selbst, der ein Existenzkampf im vollsten Sinne des Wortes war! Man vergesse auch nicht, daß es Bismarck in dem Kampfe mit den „Halbgöttern" des Generalstabes insofern um vieles leichter hatte, als ihm in Wilhelm I. ein Monarch und Oberster Kriegsherr zur Seite stand, der im Gegensatz zu Wilhelm II. die Einheit zwischen politischer und Heeresleitung in weiser Führung zu erzielen wußte. Daß diese Einheit im Weltkriege nicht erreicht werden konnte, wohlgemerkt auch nach Bethmann Hollwegs von der Heeresleitung erzwungenen Abgang nicht, darin liegt eigentlich doch die Ursache unserer Niederlage. Ist es aber gerecht und billig, dafür allein oder vorzugsweise die Schuld und Verantwortung Bethmann Hollweg zuzuschieben? Wir glauben es nicht!

Fünfzig Jahre Deutsches Reich

Von * * *

Die Jubiläen folgen einander, aber sie gleichen sich nicht. Unter Wilhelm II. hat man den hundertsten Geburtstag des ersten Kaisers gefeiert, dem sein Enkel bei diesem Anlaß den Titel „der Große" verlieh, während er Bismarck als Werkzeug oder Handlanger bezeichnete. Man hat die Hundertjahrfeier der Erhebung gegen die Napoleonische Herrschaft begangen im Jahre des Wehrbeitrages. 25 Jahre der Regierung Wilhelms II. gaben den Anlaß zu zahlreichen Schriften, Festen, Reden, Auszeichnungen; Fürst Bülow wurde bei dieser Gelegenheit zum Schriftsteller. Dann erschien, schon mitten im Krieg, ein dickleibiges Werk des Professors Otto Hintze, über die am 30. April 1915 vollendeten fünfhundert Jahre Hohenzollern in der Mark Brandenburg. Immer Freude, Begeisterung, stolzer Rückblick, beseligter Ausblick. Jetzt aber, o Sonne, wo bist du geblieben? Der 18. Januar 1871, ein Tag höchsten Erfolges; und da, nach einem halben Jahrhundert wieder der 18. Januar, und in Wehmut und Kümmernis denkt und liest der deutsche Zeitgenosse, was sich in Versailles abgespielt hat, in demselben Versailles, in demselben Schloß, wo dem besiegten Deutschland der erbarmungslose Friede auferlegt wurde.

Sechzig Standarten wurden unter klingendem Spiel in den berühmten Spiegelsaal (galérie des glaces) getragen; das Regiment der Königs-

Digitized by Google

grenadiere, die durch den Sturm auf Weißenburg den Krieg eröffnet hatten, stellte die Ehrenposten im Schloßhof; hunderte Offiziere und Soldaten zogen ein; die Minister, die Volksvertreter, die Fürsten erschienen; der Sängerchor stimmte an: „Jauchze dem Herrn, alle Welt!" An einem einfachen Feldaltar sprach der Divisionspfarrer Rogge ein Gebet — „Gott, dem ewigen König, dem Unvergänglichen, Unsichtbaren, allein Weisen sei Ehre und Preis in Ewigkeit" — so berichtet der höfische Geschichtsschreiber. Im Tagebuch des Kronprinzen lautet es etwas anders:

„Das „einfache Gebet" bestand in einer Strafrede auf Ludwig XIV., sowie einer historisch-religiösen Abhandlung über die Bedeutung des 18. Januar, der Schluß war wieder besser. Nachdem Se. Majestät eine kurze Ansprache an die deutschen Souveräne verlesen, trat Bismarck vor und verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art die „Ansprache an das deutsche Volk"; bei den Worten „Mehrer des Reichs" bemerkte ich eine zuckende Bewegung in der ganzen Versammlung, die sonst lautlos blieb. Nun trat der Großherzog von Baden mit der ihm so eigenen, natürlich ruhigen Würde vor und rief laut: „Es lebe Se. Kaiserl. Majestät, der Kaiser Wilhelm!" — ich beugte ein Knie vor dem Kaiser und küßte ihm die Hand, worauf er mich aufhob und mit tiefer Bewegung umarmte." Und freudigen Herzens schreibt der Kronprinz nieder: „Die langjährigen Hoffnungen unserer Voreltern, die Träume deutscher Dichtungen sind erfüllt, und, befreit von den Schlacken des heiligen römischen Unsegens, steigt ein an Haupt und Gliedern reformiertes Reich unter dem alten Namen und dem tausendjährigen Abzeichen aus sechzigjähriger Nacht hervor."

Es gab, nicht wieder ein heiliges römisches Reich deutscher Nation, nicht wieder einen deutschen Bund, sondern ein Deutsches Reich und als sein Oberhaupt nicht wieder einen Nachfahren des habsburgischen Franz, nicht mehr ein abstraktes unpersönliches „Präsidium", sondern einen deutschen Kaiser aus dem protestantischen Hause der Hohenzollern.

Es ist wahr, einen deutschen Kaiser als sichtbare Verkörperung deutscher Einheit und Freiheit hatten Millionen ersehnt und erhofft, seit das alte Reich unrühmlich in die Brüche gegangen war. Noch im Juni 1804 hatte Friedrich Gentz, der Hausgeist der österreichischen Regierung, in einer Denkschrift die Notwendigkeit nachgewiesen, Napoleons Kaisertitel nicht anzuerkennen, den „erhabenen Titel, an den sich bisher knüpften alle Gedanken von Größe und Majestät, von alter und legitimer Macht, von politischem und sozialem Vorrang." Die Kaiserkrone auf dem Haupt eines Menschen von skandalöser Dunkelheit des Ursprungs wäre „eine wahre Tempelschändung". Aber nicht lange danach nahmen deutsche Landesväter Königskronen aus der Hand des Tempelschänders an, und eine Reihe deutscher Fürsten schlossen die Rheinbundakte, um „den inneren und äußeren Frieden des südlichen Deutschlands zu sichern, wofür nach langjähriger, noch ganz neuerlich bestätigter Erfahrung die deutsche Reichsverfassung nicht länger irgendeine Gewährleistung bieten kann", und am 1. August 1806 übergab der französische Gesandte in Regensburg die Note: „Der Kaiser hat den Titel eines Protektors des Rheinbundes angenommen",

Digitized by Google

der Kaiser nicht Franz, sondern Napoleon, der Tempelschänder, worauf die übrigen Gesandten sich gegenseitig beschleinigten, daß das Band, welches bisher die verschiedenen Glieder des deutschen Staatskörpers miteinander vereinigen sollte, für diesen Zweck nicht mehr hinreiche oder daß es in der Tat schon aufgelöst sei. Und das wahre Interesse Deutschlands sei durch den Kaiser von Frankreich gewährleistet. So starb der deutsche Reichstag, und also erklärte, wie ein gelinde boshafter Kritikus geschrieben hat, „am 6. August Kaiser Franz mit geschäftsmäßiger Kühle, daß die Firma des Deutschen Reichs gelöscht sei, und daß er das werte Publikum bäte, das ihm bisher geschenkte Vertrauen auf seine österreichische Filiale zu übertragen. Er legte die deutsche Kaiserkrone nieder und zog sich auf seine österreichische Kaiserwürde zurück. So endete das deutsche Kaisertum."

Dieses Kaisertum zu erneuern, den „heiligen römischen Unsegen" wiederherzustellen, war allerdings nicht das Sehnen der Dichter und Denker und Schwärmer und Streiter, die fragten, wie lange noch die Raben um Barbarossas Verließ im Kyffhäuser fliegen sollten und welche Bande denn die Deutschen noch zusammenschließen, seit sie das Kaiserszepter brechen ließen, und die wie der Freiherr von Stein sich nicht als Bürger eines kleinen engen Vaterländchens, sondern nur als Deutsche fühlten. Wie viele Vaterländer gab es nicht im alten Reich! Ein guter Sechzehnender konnte in einem Tage über die Länder von 17 Herren laufen, und sein Fleisch konnte an ihren Grenzen jedesmal anders verzollt werden. Die alte Kaiserzeit, was war sie anders als die Zeit unablässiger Kämpfe zwischen dem Kaiser und den Landesfürsten, engherzigster Sucht zur Vergrößerung der Hausmacht; bald bedrängte der Kaiser den Papst, bald bettelte er, barfuß und im Büßerhemd, um des Papstes Gnade; er unternahm Kreuzzüge, er führte Kriege in aller Welt, und nichts lag ihm weniger am Herzen als das Schicksal des deutschen Volkes, sofern es nicht seinen Erblanden angehörte. Gustav Freytag, der deutsche Dichter, der den Krieg von 1870 im Hauptquartier des Kronprinzen mitmachte, hat im Jahre 1871 geschrieben: „Um die alte Kaiserei schwebte so viel Ungesundes, so viel Fluch und Verhängnis, zuletzt Ohnmacht und elender Formenkram, daß sie uns noch jetzt ganz von Herzen zuwider ist. Von Pfaffen eingerichtet, durch Pfaffen geweiht und verpfuscht, war sie ein Gebilde des falschesten und verhängnisvollsten Idealismus, welcher je Fürsten und Völkern den Sinn verstört, das Leben verdorben hat. Schwer hat unsere Nation die innerlich unwahre Idee gebüßt, Jahrhunderte der Schmach und des politischen Verfalls sind aus ihr hervorgegangen." Nein, diese „Kaiserei" haben die Deutschen nicht gewollt, haben auch die Männer der Paulskirche nicht gewollt, die 1848 dem preußischen König die deutsche Kaiserkrone darbrachten, die Gagern, Simson, Arndt. Friedrich Wilhelm IV. war nicht der Oedipus, die Rätsel der Zeit zu lösen. Kläglich schrieb er an

Digitized by Google

Metternich, nur das geheiligte Haupt eines Habsburgers sei berufen, die Kaiserkrone zu tragen, und des Hohenzollern Ehrgeiz könne immer nur sein, neben ihm mit dem Reichserzschwert einherzuschreiten. Oder, wie Bismarck noch am 17. Januar 1871 in Versailles seinem immer noch widerstrebenden König vorstellte, Friedrich Wilhelm IV. hat „nur aus der bekannten, ihm persönlich eigentümlichen Demut vor Oesterreich das Prinzip der Unterordnung unter das erzherzogliche Haus jenes Kaiserstaates eingeführt." Als aber die Zeit erfüllet war, da ging es wie ein Brausen durch die deutschen Gauen, da war wieder ein Singen und Sagen von Kaiser und Reich, da grüßten auf den Schlachtfeldern die wunden Krieger den kommenden, nicht den römischen, sondern den deutschen Kaiser. Und wenn am 18. Januar in Versailles das mühevolle Werk seinen feierlichen Abschluß fand, so ist es schon richtig, was Gustav Freytag vom Kronprinzen bezeugte: „Er ist der erste Urheber und die treibende Kraft für diese Neugestaltung."

Mühevoll genug war das Werk gewesen, weil ganz und gar nicht alle, auf die es ankam, an der schwungvollen Begeisterung für ein starkes Reich und ein Kaisertum der Hohenzollern teilhatten. Nicht die Staatsmänner, nicht die Fürsten und vornehmlich nicht der greise Herrscher, der sich mit der neuen Krone schmücken sollte.

Im Jahre 1866 hatte Preußen über Oesterreich und dessen Verbündete gesiegt. Am 23. Juli traf der französische Botschafter Benedetti in Nikolsburg ein mit der Anfrage, welche Vorteile, „avantages", seitens Preußens Frankreich am Rhein verbürgt werden könnten. Am 5. August brachte er auf Befehl seines Vorgesetzten, des Ministers Drouyn de l'Huys, amtlich die französische Forderung in Berlin vor: Saarlouis, Landau, bayerische Rheinpfalz, Rheinhessen mit Mainz sollten an Frankreich abgetreten werden. Natürlich wurde diese Zumutung zurückgewiesen; sie hatte aber die Schutz- und Trutzbündnisse der süddeutschen Staaten mit Preußen zur Folge. Beseitigt waren der Groll und die Eifersucht zwischen den Verbündeten damit keineswegs, ebensowenig die Hoffnung auf „revanche pour Sadowa" mit österreichischer und französischer Hilfe. Napoleon, der die Forderungen Benedettis auf ein „Mißverständnis" zurückführte, begünstigte die Bildung eines süddeutschen Bundes, den er, wie Bismarck meinte, zu einer „französischen Filiale" zu gestalten dachte. Jeder Gedanke einer staatsrechtlichen Verbindung mit Norddeutschland fand in München wie in Stuttgart schroffe Ablehnung; „lieber französisch als preußisch", hieß es im Schwabenland; als der Dichter Emanuel Geibel ein preußisches Kaisertum der Zukunft besang, entzog ihm der Bayernkönig Ludwig II. im Jahre 1868 den Ehrensold, „wegen der in Geibels Gedichten neuerlich ausgesprochenen Tendenzen", und der hessische Minister von Dalwigk suchte in demselben Jahr den französischen Befehlshaber in Straßburg, General

Digitized by Google

Ducrot, auf und ermahnte ihn dringend, für die baldige Eröffnung des Krieges zu wirken. In Bayern und Württemberg seien Bevölkerung und Armee preußenfeindlich; Napoleon möge sich von Bismarck nicht zuvorkommen lassen; jedes Zuwarten komme Preußen zugute. Der Großherzog von Hessen selber führte dieselbe Sprache. Er empfing den General und ließ Napoleon bestellen, er möge sich darauf einrichten, am Tage des Kriegsbeginns „auf das rechte Rheinufer hinüberzugehen und entschlossen die Initiative zu ergreifen". „Der kleinste Erfolg wird alle deutschen Südstaaten bestimmen, mit euch zu marschieren"; wenn Frankreich dagegen zögere und Preußen den Vorteil der Offensive überlasse wie 1866, „so seid sicher: dann seid ihr verloren, denn dann werden wir alle genötigt sein, mit Preußen zu gehen, und einmal im Zuge, werden wir uns nicht mehr aufhalten können". Das alles hat Ducrot später veröffentlicht. Der Großherzog war auch bereit, den hessischen Besitz auf dem linken Rheinufer an Frankreich abzutreten gegen Entschädigung auf Kosten Badens. Er war in ausgesprochener Rheinbundstimmung, und noch am 19. Juli 1870 konnte der Herzog von Gramont an Beust berichten, der Großherzog habe ihm sagen lassen, nur die preußischen Kanonen von Mainz hinderten ihn, zur Verfügung Frankreichs zu stehen. Gramont hat auch nach dem Kriege in seinem Buch „La France et la Prusse" seine Ueberzeugung begründet, ein glücklicher Einmarsch der Franzosen hätte die süddeutschen Regierungen schnell an ihre Seite geführt.

Unter diesen Umständen war es nicht leicht, bei Ausbruch des Krieges von 1870 bei Bayern und Württemberg die Anerkennung des casus foederis zu erreichen. Es machten sich starke Widerstände, auch bei den Ministern geltend. Immerhin, sie wurden überwunden, und an demselben 19. Juli, an dem Gramont an Beust schrieb, meldete der bayerische Kriegsminister v. Prankh der Kammer, der Oberbefehl im Kriege sei Preußen zugestanden worden: „Am meisten hat unser Gefühl geschmerzt, daß unsere Armee unter preußischem Kommando stehen soll... Aber fürchten Sie nicht, daß das, was für den Krieg ist, eine Nachwirkung haben werde." Der Minister wurde für diese Wendungen vom König beglückwünscht. Und ehe er seiner Vertragspflicht nachkam und in den Krieg eintrat, hatte er sich die unbedingte Selbständigkeit Bayerns zusichern lassen. Bismarck wußte für seine Zwecke gemeinhin die zugkräftigen Mittel zu wählen. Wie er die Emser Depesche aus einer Chamade in eine Fanfare verwandelte und dadurch den Volksgeist auch im Süden beeinflußte; wie er durch die Veröffentlichung jenes Schriftstücks — „entsetzlich, apalling" nannte es Lord Malmesbury im Oberhaus —, worin Benedetti die Zustimmung Preußens zur französischen Annexion Belgiens betrieben haben sollte, die öffentliche Meinung Englands gegen Frankreich erregte: so schonte er geschickt die Empfindlichkeit der süddeutschen Könige im Vertrauen auf die Macht, die den Tatsachen innewohnen

Digitized by Google

werde. Manchem schien es voreilig, daß er seinen greisen Monarchen schon nach der Schlacht von Wörth befehlen ließ: „Es soll Viktoria geschossen werden." War doch des ersten Napoleon Wort unvergessen: „Solange im Kriege noch *etwas* zu tun ist, ist *nichts* getan." Das wußte Bismarck. Aber er wußte auch, welche Gefühle die verstärkte Aussicht auf den Sieg über Frankreich bei den Regierungen Oesterreichs und Italiens, die nur auf die Niederlage Preußens warteten, um am Krieg auf der Gegenseite teilzunehmen, und bei den alten Preußenfeinden im Innern, selbst bei Dalwigk und seinem Großherzog, auslösen mußte. Während sich jedoch Preußen und Bayern auf den Schlachtfeldern verbrüderten, verlangte Ludwig II. einmal über das andere für Bayern die badische Pfalz, wofür Baden sich im Elsaß schadlos halten möge, wiederholte diese Forderungen noch am 16. November, und forderte Württemberg, dessen Königin Olga, eine russische Großfürsten, die preußische Pickelhaube abscheulich fand, als Lohn für die Waffenhilfe wenigstens das Gebiet der Fürstentümer Hohenzollern und setzte dafür selbst Gortschakow in Bewegung. Welche Arbeit, Ausdauer, Geschicklichkeit gehörte nun erst dazu, die süddeutschen Königreiche zu Eintritt in ein „Deutsches Reich" zu bestimmen! Welche langwierigen Verhandlungen über Vorrechte und Sonderrechte! Sie schienen oft genug gescheitert und wären vielleicht gescheitert, wenn nicht zu rechter Zeit gerade die bayerischen Heere ernstliche Schlappen erlitten hätten und den Leitern der bayerischen Politik die Gefahr vor Augen getreten wäre, zwischen den Stühlen Platz zu finden.

Nun vollends die Kaiserfrage! Als im August 1870 in der Presse der Gedanke auftauchte, der siegreiche Führer der deutschen Heere möge, wie einst Otto I. nach der Schlacht auf dem Lechfeld, als Imperator begrüßt werden, beeilte sich der Staatssekretär von Thile, dem bayerischen Ministerpräsidenten zu versichern, Bismarck habe nur mit Entrüstung von solchen Extravaganzen gehört und Auftrag gegeben, sie künftig zu unterdrücken. Aber schon am 20. September schrieb der Kronprinz in sein Tagebuch: „In Versailles . . . Beim Betrachten der Prunkgemächer, in welchen so viel Unheil für Deutschland beschlossen wurde und in denen die Verhöhnung seines Zerfalles bildlich dargestellt ist, hege ich die feste Hoffnung, daß gerade hier die Wiederherstellung von Kaiser und Reich gefeiert werden werde." Und am 9. Oktober, „Bismarck faßt die Kaiserfrage ins Auge, sagt mir, er habe 1866 gefehlt, sie gleichgültig behandelt zu haben, er habe nicht geglaubt, daß das Verlangen im deutschen Volke nach der Kaiserkrone so mächtig sei, als es sich jetzt herausstelle . . ." Aber als der Großherzog von Baden am 31. Oktober einen „ganz wundervollen" Brief zugunsten der Kaiserwürde an Ludwig II. schrieb, erhielt er gar keine Antwort. Und als sich die Anregungen wiederholten, verlangte der König von Bayern, daß das Haus Hohenzollern und das Haus Wittelsbach abwechselnd die Kaiserkrone be-

Digitized by Google

sitzen sollten. Er sträubte sich noch, als alle andern Fürsten schon einig waren, die Krone Wilhelm I. anzubieten. Erst als ihm sanft gedroht wurde, wenn er nicht, als erster unter den deutschen Souveränen, die Rolle des feierlichen Antragstellers übernehme, werde der König von Sachsen die Gefühle der Fürsten verdolmetschen, ließ sich Ludwig II. einen Entwurf zu dem Schreiben von Bismarck ausbitten und hat diesen Entwurf wirklich abgeschrieben. Grollend und widerwillig. Am 3. Dezember mußte Prinz Luitpold von Bayern das Schreiben in Versailles überreichen: „Nach Tisch Vortrag Bismarcks, der den Brief verliest, den der König (Wilhelm I.) so zur Unzeit wie möglich findet." Er wollte nichts von Kaisertum wissen, das der Kurfürst Friedrich Wilhelm und der König Friedrich II. bekämpft haben. „Was soll mir der Charaktermajor?" Der Reichstag nahm die Versailler Verträge an und sandte eine Abordnung zur Beglückwünschung an den Monarchen. Er wollte sie nicht empfangen, mußte sich aber schließlich fügen. Und an der Spitze dieser Abordnung rief Simson, der Führer der Kaiserdeputation von 1848: „Mächtig und siegreich hat sich das vereinte Deutschland im Kriege bewährt unter seinem höchsten Feldherrn, mächtig und friedliebend wird das geeinigte Deutsche Reich unter seinem deutschen Kaiser sein." Es half nichts, Wilhelm I. mußte sich bereit erklären, sobald die Zustimmung der Fürsten und Freien Städte erfolgt sei, die Kaiserkrone anzunehmen. Die Versailler Verträge wurden am 1. Januar 1871 auch vom bayrischen Landtag genehmigt, obwohl das Verlangen Ludwigs II. bei Kriegsbeginn, daß nichts geschehe, was die politische Stellung Bayerns „affiziere", unerfüllt geblieben war; am 14. Januar erließ Wilhelm I. die Anzeige, daß er die Kaiserwürde annehmen werde, „nicht im Sinne der Machtansprüche, für deren Verwirklichung in den ruhmvollsten Zeiten unserer Geschichte die Macht Deutschlands zum Schaden seiner inneren Entwickelung eingesetzt wurde, sondern mit dem festen Vorsatz, soweit Gott Gnade gibt, als deutscher Fürst der treue Schirmherr aller Rechte zu sein." Und nun konnte der Schlußgesang folgen, „der Höhepunkt eines Epos ohnegleichen, eine Weihestunde in der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands". Doch nein, noch immer war man nicht so weit. Denn sollte er schon Kaiser werden, so wollte Wilhelm I. allenfalls Kaiser von Deutschland, aber nicht Deutscher Kaiser heißen. Darüber gab es noch am 17. Januar unausgeglichene Gegensätze, so daß Wilhelm I. erklärte: „Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haarbreit daraus mache und nur zu Preußen halte." Am folgenden 18. Januar, einem preußischen Gedenktag, dem Tag, an dem Preußen Königreich geworden war, ließ sich Wilhelm I. zum Kaiser ausrufen. Und Bismarck las mit keuchender Brust und bleichem Antlitz:

Digitized by Google

Wir übernehmen die Kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.... Uns aber und unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Und dann umging der Großherzog von Baden den heiklen Streit um Deutscher Kaiser oder Kaiser von Deutschland, indem er rief: „Es lebe Se: Kaiserliche Majestät, der Kaiser Wilhelm!". „Seine Majestät," erzählt Bismarck, „hatte mir diesen Verlauf so übel genommen, daß er beim Herabtreten auf den erhöhten Stand der Fürsten mich, der ich allein auf dem freien Platz davor stand, ignorierte, an mir vorbeiging, um den hinter mir stehenden Generalen die Hand zu bieten, und in dieser Haltung mehrere Tage verharrte. . . ." Der neue Kaiser war eben, wie er an demselben 18. Januar 1871 an seine Gemahlin schrieb, „in einer so morosen Emotion über die Veränderung des preußischen Titels, daß er drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu überlassen." Denn Fritz war von anderem Geist beseelt als Wilhelm. Während der Kaiser am 22. Januar zu seiner Umgebung sagte, er bleibe nach wie vor ihr König, schrieb der Kronprinz am folgenden Tage: „Ich fühle mich nur noch als Deutscher, kenne keinen Unterschied mehr zwischen Bayern, Badenser und wie sich sonst die Bewohner der 33 Vaterländer nennen. . ."

Unter den Fürsten aber, die am 18. Januar in Versailles den neuen Kaiser umstanden, fehlte Ludwig II. von Bayern. Und die preußischen Konservativen wollten nach wie vor nichts wissen von dreifarbiger Begeisterung, und Graf Perponcher, der Oberhofmarschall, sagte im Hauptquartier zum Prinzen Adalbert: „Wir werden doch dies Kaisertum nicht für gewöhnlich, sondern nur bei großen Hoffesten und Feierlichkeiten anlegen," und das ostelbische Junkertum war tief verstimmt, denn es wollte wohl, daß Deutschland preußisch, nicht aber daß Preußen deutsch werde . . .

Das ist nun fünfzig Jahre her. Und wie war das neue Deutsche Reich gewachsen, ungeheuer an Wohlfahrt, ein wenig vielleicht auch an Freiheit, und über die Gesittung ließe sich reden, wenn man sich über den Inhalt des Worts geeinigt hätte. Tiefe Seufzer ringen sich aus der Brust jedes Deutschen bei diesem neuesten Jubiläum. Alles, alles hätte anders sein können bei dieser Feier, wenn — — Am 27. Januar 1871 schrieb der damalige Kronprinz in sein Tagebuch: „Heute Wilhelms dreizehnter Geburtstag. Möge er ein tüchtiger, rechtschaffener, treuer und wahrer Mensch werden, ein echter deutscher Mann, der das Angebahnte vorurteilsfrei weiter führt. . . . Der Gedanke ist förmlich beängstigend, wenn man sich klar macht, welche Hoffnungen bereits jetzt auf das Haupt

Digitized by Google

dieses Kindes gesetzt werden und wie viel Verantwortung vor dem Vaterlande wir bei Leitung seiner Erziehung zu tragen haben, während äußere Familien- und Rangrücksichten, Berliner Hofleben und viele andere Dinge seine Erziehung so bedeutend erschweren." Die Welt hat sich mit dem Prozeß beschäftigen müssen, den Wilhelm II. gegen die Veröffentlichung des dritten Bandes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" angestrengt hat. Bismarck schildert dort den Charakter und die Politik des Kaisers, der ihn „zerschmettert" hatte, und schließt mit der fürchterlichen Prophezeiung: „. . . . Aus diesen Umständen sehe ich schwere Gefahren für Deutschland, doch auch für ganz Europa aufsteigen. Je später die Katastrophe eintritt, um so furchtbarer wird sie sein."

Fünfzig Jahre Deutsches Reich! Was ist aus dem stolzen Bau geworden? Und hätte *diesen* Ausgang, selbst unter dem schlimmsten Albdruck, des Reiches Baumeister Bismarck geahnt und gefürchtet?

Helene Lange's Lebenserinnerungen

Von Alice Salomon.

Nur selten sind bisher Lebenserinnerungen von Frauen veröffentlicht worden, die politischen Inhalt und politische Bedeutung hatten. Helene Langes Erinnerungen sind ein solches Buch. Obwohl ihr Leben in einem Arbeitskreis abläuft, der gemeinhin nicht zur Politik gerechnet wird, ist diese Arbeit doch von Anfang an eingestellt auf Umgestaltungen, die das Schicksal der Nation beeinflussen müssen, die eine Wandlung einleiten sollen, „um das Leben sicherzustellen vor den Brutalitäten all der materiellen Instinkte, die jetzt den ganzen Kontinent dem Untergang entgegen zu führen scheinen".

Es ist ganz und gar kein Frauenbuch. Das heißt kein Frauenbuch in dem üblichen Sinn, in dem man bei der Frau das Verweilen beim Persönlichen, beim Mann die Hingabe an die sachliche Leistung erwartet. Denn das Persönliche ist, abgesehen von den ersten Kapiteln, die ihre Kindheitseindrücke und Jugenderlebnisse darstellen als den Boden, aus dem ihre Art zu schauen und zu schaffen erwuchs, fast ausgelöscht. Helene Langes Leben war ganz der Leistung zugewendet, einer Leistung, die von praktischen, naheliegenden Aufgaben ausging, ihren Horizont ständig ausdehnte und in einen Ideenkampf mündete, der jede Bewegung, an der sie teilnahm, in ein großes, allumfassendes Ziel einordnete. In diesem Sinn hat das Buch — wie das Leben, von dem es berichtet — etwas Monumentales.

Aber es ist eben doch ein Frauenbuch, obwohl es die Männer mindestens so sehr wie die Frauen angeht und von ihnen gelesen werden sollte. Denn

Digitized by Google

es handelt von dem Kampf einer Frau, die Frauenkräfte zur Auswirkung freimachen will und nicht so sehr um ihrer selbst willen, sondern weil das Kulturinteresse es verlangt. „Wenn die Frauenbewegung die Frau hatte befreien wollen, so war das nicht nur, damit sie für sich selbst Lebenunterhalt und Lebensinhalt schaffe, obwohl das Voraussetzung und Grundlage war. Aber als sittliche Forderung steht und stand darüber, daß sie von dieser Grundlage aus die Kulturaufgabe ihres Geschlechts erfülle. Diese kulturelle Aufgabe ist der tief innerlich empfundene und darum zur Betätigung drängende Glaubenssatz der besten Frauen."

Von hier aus bestimmen sich die Forderungen, für die Helene Lange sich eingesetzt, die Bestrebungen, an denen sie gewirkt hat. Und von hier aus schließen sie sich alle zur Einheit, zu dem Dienst an einem Gedanken, einer Erkenntnis.

Es gehört schon zu dieser Einheit, daß sie nach einer in Freiheit verbrachten Kindheit, in der sie ganz „sie selbst sein und sie selbst werden durfte", nach einer um Wissen und Erkenntnis ringenden Jugend, in der ihr die den Frauen auferlegten Hemmungen ganz tief ins Bewußtsein gegraben wurden, ihre erste und wesentliche Aufgabe im Lehrerinnenberuf findet. Und in diesem Beruf sieht sie von Anfang an den springenden Punkt: daß es darauf ankommt, den weiblichen Einfluß in der Mädchenbildung zu stärken, wenn die Frau ihre Wesensart entwickeln, wenn die Schule der Kraftbildung dienen sollte.

Von dem Unterricht im Lehrerinnenseminar geht der Weg gradlinig zu dem Kampf um die Reform der Mädchenbildung über. Das bedeutete für sie nicht nur eine Veränderung der Lehrpläne der Mädchenschule, sondern die Schaffung eines Weges, auf dem Lehrerinnen für die entscheidenden Fächer der Oberstufe gebildet werden konnten. Es bedeutete Kampf um den weiblichen Einfluß in der Schule schlechthin. Zu dem Zweck mußte auch der Allgemeine Deutsche Lehrerinnen-Verein organisiert werden. Zu dem Zweck mußte gerungen werden mit den Gewalten, die die deutschen Frauen so erziehen wollten, daß „der deutsche Mann nicht durch die geistige Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit seiner Frau an dem häuslichen Herde gelangweilt und in seiner Hingabe an höhere Interessen gelähmt werde, daß ihm vielmehr das Weib mit Verständnis dieser Interessen und der Wärme des Gefühls für dieselben zur Seite stehe." (So die deutschen Mädchenschulpädagogen auf ihrer Versammlung in Weimar 1872!)

Sie hat den Kampf mit Schärfe aber auch mit Kraft geführt. Doch hat der Kampf, die Frontstellung gegen engherzige Auffassungen und gegen Brotneid sie niemals von der eigentlichen Aufgabe, von dem Ziel, von aufbauender Arbeit zurückgehalten. Diese aufbauende Arbeit führte sie zur Gründung der Real-Kurse für Frauen, aus denen später die ersten Gymnasial-Kurse wurden. Dann kam der Kampf um die Oeffnung der

Digitized by Google

Universitäten. Das alles war nicht mehr Arbeit auf dem Gebiet der Mädchenbildung im engeren Sinne. Es war Frauenbewegung.

Der deutschen Frauenbewegung hat Helene Lange schärfer als irgend jemand vor ihr den Gedanken aufgedrückt, der sich aus ihrer ganzen Wirksamkeit, aus ihren Erkenntnissen in der Mädchenbildung ergab: daß die Geschlechter fundamental verschieden sind. Sie hat es später so bezeichnet, daß die rein intellektuellen und die sozialen Interessen die beiden verschiedenen Mittelpunkte sind, um die das ganze geistige Leben der Geschlechter kreist. Oder sie hat es auch als Abstraktion und sittlichen Idealismus bezeichnet. Für ihre ganze Wirksamkeit ist charakteristisch, daß sie niemals versucht hat, Reformen nur von außen her durchzuführen, sondern daß sie sie in den Frauen selbst begründen wollte. Darum bleibt für sie die weibliche Leitung in der Mädchenschule Anfang und Ende ihrer Forderung, ihres Kampfes, um die Frau in der Richtung ihrer eigenen ursprünglichen Kulturkraft bilden zu können und die Ablenkung zu verhindern, die ihrer Eigenart die Kraft schwächt.

Schultze-Gävernitz hat die Schilderung des Lebenslaufes eines mächtigen Kämpfers und Eroberers einmal mit der Frage abgeschlossen: „Ist in seinem Leben Gott gewesen?“ — Helene Langes Lebensbild ruft unwillkürlich die Erinnerungen an jene Frage, die zugleich Antwort ist, hervor. Vielleicht würde sie diese Formulierung ablehnen, wie sie auch in ihrem Lebensbild alles unterdrückt, was den Blick von der Aufgabe fort auf die Person lenkt. Vielleicht würde sie diese Formulierung „sentimental“ finden. Aber sie wollte den Frauen den Weg bahnen, und sie hat ihn gebahnt zu einem Erfassen des tiefsten Sinnes unseres Frauendaseins und seiner über die Geschlechtsbestimmung hinausreichenden, seiner metaphysischen Bedeutung. In diesem Sinn glaubt sie, daß die Frauenbewegung ihren tiefsten Grund in dem über Ehrgeiz und Macht, Haß und Materialismus sich emporringenden, barmherzigen Muttergefühl der Frau hat, jenem Muttergefühl, das das leibliche und geistige Dasein des Menschen in sich birgt und aus seinem Blute nährt — und daß sie auf der Grundlage dieses Gefühls einen neuen Ausgangspunkt für die steigende Vergeistigung der Welt bildet, in der doch allein Wesen und Bedeutung des ganzen geschichtlichen Prozesses liegen kann. In dem Sinne, sagt sie, sei ihr am Ausgang ihres Lebens zur unerschütterlichen Gewißheit geworden, daß die Frauenbewegung „von Gott ist.“ So ist es auch das Leben derer, die geholfen haben, sie zu gestalten.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Verbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 97
Rohrbach, Der „törichte und ehrlose" Friede . . . 99
Quendt, Die französischen Sozialisten 105
Nell, Wiedergutmachung 111
Erényi, Das mitteleuropäische Kulturproblem . . . 113

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang: 29. Januar 1921 Heft 5

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Eine neue deutsche Geschichte großen Stils

Soeben erschien:

ALBERT VON HOFMANN

Politische Geschichte der Deutschen

1. Band

Geheftet M 30.–, in Halbleinen gebunden M 40.–

Das auf 4 Bände angelegte Werk ist berufen, dem deutschen Volk an Hand einer bis in die Anfänge unseres nationalen Werdens zurückliegenden Betrachtung zu zeigen, welche Tatsachen und Schicksale der Vergangenheit das Heute entscheidend vorbereitet haben. Der 1. Band führt von den Urzeiten bis zum Ausgang der Karolinger. Im Vergleich zu der Knappheit, mit der in so vielen anderen Geschichtsbüchern die alte Zeit behandelt ist zugunsten der immer breiteren Ausführung der späteren Epochen, ist jenem Jahrtausend deutscher Vorgeschichte und Geschichte ein sehr weiter Raum zugemessen. Die Darstellung atmet überall lebendige Anteilnahme des Autors, die beim Leser die gleiche Wärme erweckt, ein starkes Empfinden für das Wichtige und Freude an kraftvollen Persönlichkeiten. Nirgends ist die Darstellung durch eine Tendenz, durchweg aber durch eine tiefinnerliche, allem Parteiwesen ferne nationale Gesinnung bestimmt, durch aufrichtige Liebe zu allem Guten und Starken in der deutschen Geschichte. –

So gibt uns Albert von Hofmann

ein Buch nationaler Selbsterkenntnis und vaterländischen Trostes

in einer Zeit, da wir, wie kaum je, der Selbsterkenntnis und des Trostes bedürfen

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT IN STUTTGART, BERLIN

Digitized by Google

6. Jahrgang * 29. Januar 1921 * Heft 5

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Das Kabinett Briand wird von uns nicht nach Kammerreden, sondern nach seiner tatsächlichen Politik beurteilt werden müssen. Die Rhethorik des neuen Ministerpräsidenten sammelt zunächst Sympathien auf fast allen Bänken des Hauses, um mit einem zahlenmäßig kräftig ausgestatteten Vertrauensvotum an den Verhandlungstisch mit England heranzugehen und Briand verweilt bei den innerpolitischen Fragen um deswillen so ausführlich, um hier wenigstens durch die richtigen Töne die Gefahren für einige Zeit bannen zu können. Was aber den Frieden und seine Erfüllung anlangt, so gebraucht er in einem, die milden Phrasen und die scharfen Drohworte. Frankreich selber weiß nicht, ob es beim „Buchstaben" bleiben soll — der Buchstabe verlangt Fixierung der Entente-Forderungen — oder ob es einen schwebenden Zustand einführen will, der mit Provisorien arbeitet und dann deutliche Erleichterungen für Frankreich rasch in Aussicht stellt, die Erdrosselungspolitik aber immer wieder möglich macht. Deutschland ist zu Verhandlungen bereit, da es nur durch solche glaubt die lähmende Gewaltpolitik etwas zu regulieren; aber daß diese Verhandlungen nun auch Erfüllungsmöglichkeit im Hintergrunde haben, dafür sind Zugeständnisse notwendig, die nun eben tatsächlich auf den Widersinn von Versailles verzichten.

* *

Als im Jahre 1908 Lloyd George Deutschland bereiste, um dessen sozialpolitische Leistungen kennen zu lernen, (die er dann in wichtigen Stücken in sein eigenes Werk übernahm), wollte er auch gern mit dem Fürsten Bülow über die deutsch-englische Verständigung reden. George war als Privatmann bei uns, Bülow saß im Seebad. Der Abg. Oeser führte die Vermittlung. Der Kanzler lehnte ab, um ein „internationales Aufsehen" zu vermeiden. Diese kleine Anekdote ist ein bescheidener, aber

Digitized by Google

immerhin charakteristischer Beitrag für die „psychologische" Taktik des liebenswürdigsten Staatsmannes, Leute ohne Sinn vor den Kopf zu stoßen und die Technik der politischen Isolierung zu handhaben.

*

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung bringt in ihrer Nummer vom 18. Januar zum 50. Jahrestag der Reichsverkündigung einen lesenswerten Artikel „Reich und Volk", ganz undemokratisch gedacht, aber in seiner Art ein guter Wurf, wenn er auch zu vergessen scheint, daß zu den Dingen, die dem Deutschland der Vorkriegszeit fehlten, auch das Bewußtsein von der Notwendigkeit moralischer Offensivkraft des Deutschtums in der Völkerwelt gehörte. So wenig nötig es wäre, sich allein deshalb mit dem Aufsatz zu beschäftigen, so legt es eine Stelle doch nahe, weil sie typisch ist für diejenige Einstellung des politischen Bewußtseins auf der rechten Seite, die kein Wahrnehmungsvermögen für einen ebenso bestimmten wie furchtbaren Tatsachenkomplex aus der Periode des sich vorbereitenden nationalen Zusammenbruchs zu besitzen scheint. Das Volk im Heere, heißt es in der Rheinisch-Westfälischen, habe standgehalten im Weltkriege, das Volk in der Heimat aber versagt! Warum, so fragen wir, hat denn das Volk „versagt"? Weil es, physisch bis zum Unerträglichen durch die Hungerblockade belastet, auch seelisch noch durch den wachsenden Zweifel zerrissen wurde, ob der Krieg, den es führen mußte, in Wahrheit ein nationaler Verteidigungskrieg war, oder ob durch Aufgabe von Eroberungszielen ein Friede mit Ehren gewonnen werden konnte. An dieser Zerrissenheit ist das alte Reich zugrunde gegangen, und an ihr sind diejenigen schuld, die, auch als die Anspannung der Volkskräfte bis ins Unerträgliche wuchs, sich bis zuletzt weigerten, sogenannten Sicherungszielen, die von Eroberungszielen sich wenig unterschieden, so rechtzeitig und unzweideutig abzusagen, daß dadurch der Feind zur inneren Spaltung oder zum Verzicht auf seine Lüge gebracht werden konnte, er bekämpfe nicht das deutsche Volk, sondern den deutschen Militarismus. Dann hätte es im einen wie im anderen Falle kein Versagen der Heimat gegeben.

*

Der italienische Sozialistentag hat, fast wider Erwarten, dem alten Führer Turati wieder die Mehrheit geschaffen; fast zwei Drittel der Partei haben sich gegen Moskau entschieden. Freilich, der Sozialismus als Partei ist nun auch in dem Lande gesprengt, wo er sich dank einer klugen Führung während des Krieges am längsten als Einheit hatte halten können. Es wird an Giolitti liegen, wieweit er die Turati-Gruppe durch eine klare Innenpolitik an sich fesseln kann; damit stärkt er, und damit vor allem, sein Gewicht innerhalb des Ententekonzerns.

Digitized by Google

Der „törichte und ehrlose" Friede

Von Dr. Paul Rohrbach

In meinem Brief an einen französischen Politiker im vorigen Heft der „Deutschen Politik", dessen Fortsetzung ich noch etwas aufschieben muß, bis sich zeigt, wie die feindlichen Besatzungsbehörden in der Frage der Zugänglichmachung des „schwarzen" Materials handeln werden, habe ich bereits an das Ultimatum der Alliierten vom 16. Juni 1919 erinnert. In diesem hieß er wörtlich, Deutschland habe „bewußt" das „Verbrechen" des Krieges begangen, und die Ereignisse, welche den Krieg auslösten, seien „vorsätzlich" von den deutschen und österreichisch-ungarischen Machthabern „angezettelt" worden, aus deutschem Streben nach der „Universalherrschaft". Es ist notwendig, diese feindliche These in ihrer schroffen Form dem deutschen Volk und den übrigen Völkern der Welt stets vorzuhalten — um sie mit den Tatsachen und mit anderen gewichtigen Urteilen zu vergleichen. Auf ihr beruht der Friede von Versailles. Fällt sie, so fällt auch der Friede. Auch der französische Kammerpräsident Peret sagte, um seine Kandidatur auf die Ministerpräsidentenschaft zu betreiben: Unmöglich gibt es eine Milderung für die Schuld des deutschen „Verbrechens". Also dieselbe Formel, wie in dem Ultimatum von 1919.

Die Behauptung und in vielen Fällen auch die Ueberzeugung von der deutschen Schuld tritt uns auf der feindlichen Seite selbst dort entgegen, wo der wiederherzustellende gute Wille gegenüber Deutschland das Ziel ist. Professor Adolf Deißmann hat in seinem letzten „Evangelischen Wochenbrief" (dritte Reihe, 33/39), der viel interessantes Material enthält, die Rede eines englischen Geistlichen auf dem Kirchenkongreß der Anglikaner vom Oktober 1920 in Southend mitgeteilt. Die Tagesordnung (19. Oktober) lautet: Heilung der moralischen Wunden des Krieges. Dr. William Ralph Inge, Dean von St. Paul in London, sprach über die Pflicht gegen die früheren Feinde. Seine Gesamthaltung war ehrlich, christlich und versöhnlich. Zur Probe sei ein Stück aus seiner Rede mitgeteilt:

Ich weiß, daß die deutsche Regierung den Ausbruch dieses Krieges mit Ueberlegung beschleunigt hat. Sie glaubte, wahrscheinlich mit Unrecht, daß er in naher Zukunft unvermeidlich sei, und sie wählte zum Losschlagen den ihr passenden Zeitpunkt. Wir unsererseits dachten, wahrscheinlich mit Recht, daß, wenn wir nicht rasch einschritten, wir ohne einen Freund in Europa bleiben und als Deutschland nächstes Opfer ausersehen sein würden. Die Angst war es vor allem, die die Völker dazu antrieb, einander an die Gurgel zu springen, und das gilt von beiden Parteien. Ich glaube nicht, daß das unparteiische Urteil der Geschichte unsere bisherigen Feinde von dem Vorwurf freisprechen wird, daß sie den Krieg auf eine entsetzliche Art geführt haben. Aber ihrerseits sind sie der Meinung, daß wir den Frieden auf eine entsetzliche Art führen; und ich habe die furchtbare Angst, daß sie Recht haben.

Digitized by Google

Es ist bezeichnend, daß der Dean von St. Paul seinem Vorwurf, Deutschland habe den Krieg auf eine „entsetzliche" Art geführt, zwar das Selbstbekenntnis entgegengesetzt, die Entente führe den Frieden auf ebenso entsetzliche Art — daß er aber nicht zu empfinden scheint, um wieviel entsetzlicher, verbrecherischer als alles, was den Deutschen vorgeworfen wurde, die feindliche Hungerblockade und ihre Fortsetzung über den Waffenstillstand hinaus gegen Deutschland war. Abgesehen hiervon ist zu betonen, daß es auch bei diesem versöhnlich denkenden Engländer heißt, die deutsche Regierung habe den Ausbruch des Krieges „mit Ueberlegung beschleunigt". Das sagt in milderer Form doch etwas Aehnliches wie das alliierte Ultimatum vom Juni 1919. Und so fest sitzt dieses Urteil, daß es bei dem Redner einfach heißt: „Ich weiß!" Unzweifelhaft aber klingt die Rede, was die Schuldfrage betrifft, deutlich an eine andere, noch viel deutlichere an, die Lloyd George am 22. Dezember 1920 in London über die Völkerbundstagung gehalten hat. In dieser sagte er, wenn man 1914 eine Versammlung wie die jetzige von Genf gehabt hätte, würde es keinen Krieg gegeben haben, und weiter:

Die Diskussion an und für sich würde ihn unmöglich gemacht haben. Je mehr man die Memoiren liest und die Bücher, die in den verschiedenen Ländern darüber geschrieben worden sind, was sich vor dem 1. August 1914 begeben hat, um so mehr begreift man, daß niemand an leitender Stelle zu jener Zeit ausschließlich Krieg wollte. Es war etwas, in das wir hineinglitten oder vielmehr getaumelt oder gestolpert sind. Eine Diskussion, daran zweifle ich nicht, würde das verhindert haben[1]).

Es ist ein Zeichen für die vollkommene Unzulänglichkeit des durchschnittlichen deutschen Pressebetriebes, wenn diese Worte nicht seit sechs oder sieben Wochen den Gegenstand unterstrichener Wiederholungen in unserer Zeitungswelt abgeben. Sie enthalten, recht besehen, die tatsächliche Zurücknahme jener oben angeführten Worte aus dem Juni-Ultimatum von 1919. Wie sie im Munde eines Mannes wie Lloyd George zu erklären sein mögen, ist eine Frage für sich, aber wenn die Dinge sich so verhalten haben, wie der leitende englische Staatsmann es hier als seine Meinung ausdrückt, so zerbricht er damit selber das Fundament des Friedens von Versailles. Ist Deutschland nicht „schuldiger", als Lloyd George hier behauptet, dann ist es sinnlos, von einem deutschen Verbrechen des Weltkrieges, von Strafe dafür und von einem Frieden zu sprechen, der eine Strafvollziehung gegen das Verbrechen bedeuten soll.

Daß Deutschland besonders Schuld trage, ist eine Lüge, und diese Lüge ist das eine der beiden Fundamente, auf denen der Friede sich erhebt. Das andere Fundament heißt Wortbruch, und auch hierfür haben wir das gewichtigste Zeugnis von der bisher feindlichen Seite. Eines der Mit-

[1]) Vgl. den Artikel von Dr. Thimme im letzten Heft der „D. P.".

Digitized by Google

glieder der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz, Bernard M. Baruch, hat das Bedürfnis gefühlt, das in Versailles Geschehene vom amerikanischen oder besser vom Wilson'schen Standpunkt aus zu entschuldigen. Dazu hat er ein Buch geschrieben: „Die Festsetzung der Wiedergutmachung und der wirtschaftlichen Teile des Vertrages" (New York, Harper Brothers 1920). Diese Arbeit ist Ende Dezember im „Manchester Guardian" von J. M. Keynes, dem Verfasser des inzwischen auch in deutscher Uebersetzung (bei Duncker & Humblot, München 1920) erschienenen, weltbekannt gewordenen Werkes über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages besprochen worden. Keynes sagt, es sei das Werk eines Mannes, der eine bedeutende Rolle in der Konferenz gespielt hat, der in der Lage war, die wirklichen Tatsachen zu erfahren, und der Weitblick und aufgeklärte Ansichten hatte, wenn er sich auch nicht bis zum Aeußersten dafür einsetzte, sie zu verwirklichen. Dann fährt Keynes fort:

Herrn Baruchs Buch soll eine Erklärung sein dafür, wie und warum die amerikanische Delegation, ohne selbst töricht oder ehrlos zu sein, dazu kam, einen Vertrag anzunehmen, der sowohl eins wie das andere war ... Die Hauptpunkte von Herrn Baruchs Darstellung sind:

1. Es ist unbillig, die amerikanische Delegation für das zu tadeln, was sie geschehen ließ, ohne in Betracht zu ziehen, was sie verhinderte. Herr Baruch enthüllt einige der unglaublichsten Forderungen der alliierten Führer und deutet an, was für eine Art Tyrannei hätte entstehen können, wenn die amerikanische Delegation überhaupt nicht zur Stelle gewesen wäre. Darin stimme ich mit ihm überein. Herr Baruch betont das ohne Bitterkeit oder Anklage gegen diese Führer als Personen. Es ist eine zentrale Doktrin in Herrn Baruchs Lebensphilosophie, daß „fähige und hochsinnige" Personen durch die Macht der Umstände die Werkzeuge von irregeleiteten und verhängnisvollen Leidenschaften werden können, ohne aufzuhören, fähig und hochsinnig zu sein. „Wenn der ideale Frieden, den manche verlangen", meint er, „wirklich versucht worden wäre, mit allem, was er scheinbar an Opfern und Selbstlosigkeit mit sich brachte, so hätte das den Sturz von wenigstens drei der großen Regierungen bedeutet." In diesem Falle würden die neuen Regierungen, die auf sie gefolgt wären, unter einem populären Mandat zur Macht gekommen sein, das sie genötigt hätte, noch weiter in ihren Forderungen zu gehen ... Der Vertrag mag nicht alles einschließen, was Woodrow Wilson wünschte, aber ich glaube, daß er alles enthält, was zu erreichen war" — damit schließt Herr Baruch wie Solon, der auf die Frage, ob seine Gesetze für die Athener die besten seien, antwortete: „Nein, aber die besten, die sie erhalten konnten."

Wir haben der Ironie nichts hinzuzufügen, mit der Keynes die Erklärung dafür, wie man einen törichten und ehrlosen Vertrag annehmen kann, ohne selbst töricht und ehrlos zu sein, behandelt. Dieselbe Ironie schreibt er auch den „fähigen und hochsinnigen" Personen ins Stammbuch, die glauben, dies beides bleiben zu können, auch wenn sie sich zu Werkzeugen von „irregeleiteten und verhängnisvollen Leidenschaften" machen lassen. Wir wünschten nur, daß zwei Worte von Keynes, die wir in die Ueberschrift unseres Artikels genommen haben, das Wort „töricht" und

Digitized by Google

das Wort „ehrlos“, (und besser noch die Ehrlosigkeit vor die Torheit!) auch zu einem Motto unserer deutschen Presse über den Friedensvertrag würden, mit steter Berufung auf eine solche moralische Autorität wie Keynes. Dieser fährt dann fort:

2. Unter den Tatsachen, mit denen die amerikanische Delegation zu rechnen hatte, hebt Herr Baruch besonders die folgenden hervor. Der britische Premierminister hatte seine Wahlen durchgeführt auf Grund eines Programms, dessen Hauptinhalt eine Steigerung der Härte der Friedensbedingungen, ganz besonders der Wiedergutmachung war, weit über das hinaus, worauf sich die alliierten Führer vorher festgelegt hatten. „Eine Erleichterung der Steuerlast wurde den verschiedenen Ländern von ihren Führern immer wieder versprochen.“ Die englische und französische Delegation stellte sich monatelang hartnäckig und mit Geschick auf den Standpunkt, Deutschland habe die Verpflichtung, die gesamten Kriegskosten zu bezahlen, ein Standpunkt, den die amerikanische Delegation als unhaltbar und unehrenhaft ablehnte. Die Lage war so kritisch geworden, daß im März 1919, als der Präsident von Amerika unterwegs war, die amerikanische Delegation ihm drahtlos einen ausführlichen Bericht sandte, worauf er sie aufforderte, sich nötigenfalls von einem Vorgehen loszusagen, das „klärlich unvereinbar ist mit dem, was wir den Feind bewußt erwarten ließen und jetzt ehrenhafter Weise nicht einfach umstoßen können, weil wir die Macht haben.“

Nachdem die amerikanische Delegation die Alliierten von einem so unehrenhaften Vorgehen zurückgehalten hat, nachdem sie so erfolgreich einem Elephanten den Garaus machte, ist es billig, fragt Herr Baruch, sie zu tadeln, weil sie Mücken durchließ, um nur überhaupt zu einer Vereinbarung zu gelangen?

3. Was waren diese ‚Mücken‘? In der Hauptsache die Einschließung der Pensionen und Invalidenunterstützungen in unsere Schadenersatzansprüche. Die amerikanische Delegation bestritt, daß wir dazu berechtigt seien. Aber der Rat der Vier ließ sich zuletzt überzeugen, daß ein genügend plausibles Argument dafür vorgebracht werden könne, um das Gesicht zu wahren. Dieses Argument wurde von General Smuts (!) in einem geheimen Memorandum auseinandergesetzt, das Herr Baruch in extenso abdruckt. Seine Beweisführung läuft darauf hinaus, daß wir allerdings nur für den von Zivilpersonen erlittenen Schaden einen Ersatz zu verlangen berechtigt seien, daß aber ein von einem Soldaten erlittener Schaden, der bis zu dem Zeitpunkt andauert, wo dieser wieder Zivilist wird, als ein einer Zivilperson zugefügter Schaden betrachtet werden kann. Auf diese Weise wurde die Ehre der Siegervölker gerettet und von dem daniederliegenden Feind doppelt so viel verlangt, als sonst gerechtfertigt gewesen wäre. „Umsonst bemühten sich der Präsident und seine finanziellen Berater Tage und Wochen, ihre Kollegen in den alliierten und assoziierten Regierungen davon zu überzeugen, daß es für Deutschland unmöglich sei, auch nur annähernd eine solche Summe zu zahlen.“

Es ist wirklich interessant, hier zu erfahren, daß derselbe General Smuts, der nach dem Abschluß des Gewaltfriedens bei seiner Abreise nach Südafrika öffentlich Verwahrung gegen die tadelnswerten und ungerechten Teile des Friedens einlegte (um für die Zukunft, wenn die südafrikanische Union einmal antienglische Seiten aufziehen sollte, eine „moralische“ Platt-

Digitized by Google

form zu haben!) der Vater der ausgeklügelten Sophistik ist, nach der die Pensionen für die Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen mit zur Wiedergutmachung der Zivilschäden gehören sollen. Aber Herr Baruch sieht diese, Deutschland durch eine illoyale Auslegung, die nichts anderes ist als ein Wortbruch, auferlegte Verpflichtung als nicht so schlimm an, denn ihre Erfüllung sei unmöglich. Keynes sagt dann weiter:

4. Eben daraus zieht Herr Baruch nun wieder seine Rechtfertigung. Da schon unsere rechtmäßigen Forderungen an Deutschland seine Zahlungsfähigkeit fast sicher übersteigen, so würden die unrechtmäßigen praktisch keine Konsequenzen haben. Sie würden nur Worte bedeuten, nicht Geld. Außerdem sei ja die Reparationskommission, und die auf sie bezüglichen Klauseln des Vertrags enthielten viele Schlupflöcher, die später einmal, wenn die Leidenschaften verraucht sind, nützlich werden könnten.

Im Anschluß hieran erfahren wir durch Keynes, daß Herr Baruch mitteilt, die amerikanische Friedensdelegation sei zugunsten der unredlichen Auslegung des Generals Smuts auch durch die Erwägung beeinflußt worden, wenn Amerika fest bei seiner Haltung zugunsten von Treu und Glauben geblieben wäre, so hätte es sich der alliierten Forderung gegenüber gesehen, die Schulden der Alliierten bei den amerikanischen Kreditgebern zu beschneiden! Keynes sagt: wie viele andere, die sich heimlich über den Vertrag schämten, so setze auch Herr Baruch seine Hoffnung auf die Reparationskommission, diese aber bedeute nur eine Karte im französischen Spiel, und ihre Auflösung sei „eine unumgängliche Voraussetzung jedes Fortschritts". Warum, so fragt Keynes zum Schluß, erschreckt uns die Auffassung des Verfassers (Mr. Baruch) von Menschen und Völkern?

Weil er die Bedeutung der Worte zu niedrig einschätzt. Es ist gefährlich, das lebendige Wort als tot zu behandeln. Worte leben nicht minder lang als Taten und manchmal länger. Fast könnte man sagen, daß der Krieg um Worte geführt worden ist. Unser Sieg erhob das Prestige des Worts, und die Bedingungen, die wir versprachen, setzten es auf den Thron. Aber es war, als ob mit dem verscheidenden Atem Deutschlands der Fluch, der es zerstört hatte, von denen eingeatmet worden wäre, die sich über es beugten. Der Realismus, der lehrte, das Wort sei Werkzeug der Kaiser und nicht ihr Meister, hat zuletzt gesiegt, und der Geist, der Belgien vergewaltigt hat, hat in Paris triumphiert. Herr Baruch tröstet sich damit, daß die Teile des Vertrags, die er nicht minder haßt als ich, bedeutungslos sind, weil sie unmöglich sind, und harmlos, weil sie nie Wirklichkeit werden können. Aber sie haben darum doch den öffentlichen Glauben Europas schwer verwundet."

Das ist ein tapferes und gutes Wort. Wir wollen mit einem englischen Politiker, dem wir soviel Dank schuldig sind, wie Herrn Keynes, nicht darüber rechten, daß er den Geist der Gewalt vor dem Kriege Deutschland besonders zuschreibt, und daß er ihn speziell in dem Einbruch nach Belgien ausgedrückt sieht, der 1887 gerade von englischer Seite, als

Digitized by Google

man in England antifranzösisch war, der deutschen Politik so empfohlen wurde. Man wird sich nie restlos zwischen den Völkern verständigen, und auch zwischen den Politikern nicht, selbst den aufrichtigsten und wohlmeinendsten. Wenn aber von deutscher Seite die Dinge auf demselben Wege weitergefördert werden sollen, den auf der gegnerischen Politiker wie Keynes eingeschlagen haben, so ist es vor allen Dingen nötig, daß man ihr Urteil über den Frieden bekannt und immer wieder bekannt macht: „Ehrlos und töricht".

Dieses „Ehrlos und töricht" halten wir auch der Drohrede entgegen, die der neue französische Ministerpräsident, Herr Briand, am 21. Januar gegen Deutschland gehalten hat. „Wenn Deutschland", sagt Herr Briand, „mit seinen unverletzten Bergwerken und Fabriken sich alle Weltteile öffnen könnte, so würden diejenigen, die es angegriffen hat, ihm verfallen." Angegriffen? Deshalb „angegriffen", weil Deutschland an Frankreich zuerst den Krieg erklärt hat? Dann dürften die Franzosen ja auch nicht weiter bestreiten, daß 1870 Frankreich der Angreifer war, denn Frankreich hat doch damals an Deutschland den Krieg erklärt. Aber sollte Herr Briand wirklich nicht wissen, was Jean Jaurès am 27. Juli 1914 an Vandervelde nach Belgien geschrieben hat? „Aber man sucht [hier] den Krieg, den man schon lange schürte ... Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Krieg, den man zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes führen will, und weil die Börsen in London und Paris auf Petersburg spekulieren!" Und warum hat denn der damalige Ministerpräsident Viviani am 31. Juli 1914 gelogen und gesagt, er wisse nichts von einer russischen Mobilmachung? Doch wohl weil er Kriegsstimmung in dem nicht kriegslustigen französischen Volk erzeugen wollte, und weil er dazu die als Antwort auf die russische Mobilmachung notwendigen deutschen Maßnahmen unwahrhaftiger Weise im Licht einer Drohung gegen Frankreich erscheinen lassen wollte? Nicht wahr?

Herr Briand fordert von Deutschland das Gold, dessen Erpressung durch den Friedensvertrag Keynes, ungeachtet aller Rechtfertigungsversuche des Herrn Baruch, „ehrlos" und „töricht" nennt. Er fordert Summen, zu denen Deutschland, entgegen allen ihm gegebenen Zusagen, durch Betrug, Wortbruch und unwahrhaftige Auslegung eines gegebenen Versprechens „verurteilt" worden ist. Herr Briand fordert — wir wiederholen die Worte aus der Kritik von Keynes am Versailler Frieden — Ehrloses und Törichtes, und er beruft sich zur Rechtfertigung darauf, daß in Deutschland, wenn auch die Kassen leer sind, die Privatleute sich bereichert hätten. Sollte das wirklich ein ehrenhaftes, sollte es selbst nur ein ehrliches Argument sein? Kennt Herr Briand die Tatsachen in

Digitized by Google

Deutschland nicht, von denen sein Landsmann Paul Reboux am 6. Oktober 1920 in der „Humanité“ schrieb, sie seien „grauenhafter Kollektivmord“?

Wir hacken die Hände der Kinder nicht ab, aber wir schauen ruhig zu, wie diese kleinen Hände, die sich unschuldig nach dem Leben ausstrecken, welken und steif auf ihre gemarterten Körper zurücksinken. Nach dem Waffenstillstand blieb uns noch ein Feld, um uns mit unseren Gegnern zu messen, das der Scheußlichkeiten. Auch auf diesem Felde haben wir sie geschlagen.

So Paul Reboux Genügt das, um „ehrlos“ und „„töricht“ noch einmal zu unterstreichen?

Die französischen Sozialisten

Von Dr. Eugen Quendt.

Auf dem Straßburger Sozialistenkongreß im Februar 1920 hatte die Motion des Zentrums 2299, die der Linken 1621 Stimmen erhalten. Auf dem letzten Kongreß der französischen Sozialistenpartei, der zwischen Weihnacht und Neujahr in Tours tagte, hat mit 3252 Stimmen die Linke über die 1022 Stimmen des Zentrums gesiegt.

Die inneren Voraussetzungen der Straßburger Abstimmung sind an dieser Stelle in Heft 12/13 des vorigen Jahrgangs dargelegt worden. Aus der Zweiten Internationale trat man aus, den sofortigen und bedingungslosen Eintritt in die dritte, Moskauer, dagegen lehnte man ab und beauftragte statt dessen den Verwaltungsausschuß der Partei, „unter Aufrechterhaltung des Kontaktes mit den nationalen Sektionen der westlichen Länder unverzüglich mit den Organen der Dritten Internationale in Unterhandlungen einzutreten und im Einvernehmen mit den deutschen Unabhängigen, der schweizerischen und italienischen Partei eine Konferenz vorzubereiten zwecks endgültigen Zusammenschlusses aller Parteien, die entschlossen sind, ihre Aktion auf die traditionellen Grundsätze des Sozialismus zu basieren.“ Diesem Auftrag gemäß waren, nachdem die von ungeduldigen Extremisten wider die bessere Einsicht der Gemäßigten und der vor der Möglichkeit eines Mißerfolgs zurückschreckenden Gewerkschaften am 1. Mai überraschend vom Zaune gebrochenen Streiks gescheitert waren und den Gewerkschaften den Verlust von fast zwei Dritteln ihrer Anhänger eingetragen hatten, im Sommer die Abgeordneten Cachin und Frossard zum Kongreß der Moskauer Internationale gefahren, hatten dort eine längere Enquête unternommen und sich schließlich telegraphisch für den Anschluß an Moskau ausgesprochen. Hatte schon das Telegramm in den Reihen der Gemäßigten große Bestürzung und den Entschluß zum Widerstand hervorgerufen, so hatten vollends die neun den französischen Delegierten in Moskau mitgegebenen, im weiteren Verlauf des Kongresses nach ihrer Abreise auf 21 vermehrten Aufnahmebedingungen Anlaß zu den lebhaftesten Debatten gegeben. Forderten doch diese Bedingungen nicht nur Ausschluß der Reformierten und

Digitized by Google

Gemäßigten, Unterstellung der Gewerkschaften unter die Leitung der parlamentarischen Partei, die aller französischen Tradition widersprach, Durchdringung der Gewerkschaften mit revolutionärer Propaganda, Diktatur des Proletariats und das Rätesystem, sondern auch grundsätzlich eine bei den jetzigen Verhältnissen in Frankreich gänzlich undurchführbare illegale Propaganda im Heer und Verlegung der Leitung der sozialistischen Bewegung nach Moskau. Man hatte verhandeln, Bedingungen stellen, Möglichkeiten und gangbare Wege erörtern wollen und hatte ein Diktat erhalten.

Schon bald nach der Rückkehr Cachins und Frossards zeigte es sich, daß es ihnen nicht gelingen würde, die Partei auch nur einigermaßen geschlossen ins Lager der Kommunisten hinüberzuführen, und daß ihr Entschluß höchstens zur Spaltung der Partei führen würde, die, wie man auf Seiten sowohl der Extremisten wie der Gemäßigten recht wohl wußte, bei ihrer jetzt durch den Mißerfolg des Maistreiks außerordentlich geschwächten Position die sozialistische Bewegung auf lange Zeit zu völliger Ohnmacht verurteilen und daher unter allen Umständen vermieden werden mußte. Von beiden Seiten wurden daher Anstrengungen gemacht, ein Kompromiß zu finden. Bereits auf dem Oktoberkongreß des Gewerkschaftsverbandes (C. G. T.) in Orléans hatte Frossard in seinen Begeisterungswein Wasser geschüttet. Er nahm die von Lenin wegen ihrer Zusammenarbeit mit Bürgerlichen (z. B. am internationalen Arbeitsbureau) heftig angegriffenen und exkommunizierten Gewerkschaften gegen die Angriffe der Extremisten in Schutz. Wenn man auf gleichem Fuße erfolgende Verhandlungen mit Vertretern der Regierung oder der Arbeitgeber von vornherein ablehnen würde, meinte er, so würde man praktisch überhaupt nichts mehr erlangen. Ja, er gestand sogar zu: „Wenn wir uns am Tage nach der Revolution nicht zu einer Reihe von unvermeidlichen Konzessionen werden verstehen können, so werden wir nur die Gegenrevolution heraufbeschwören." Es handele sich bei der Stellungnahme zur kommunistischen Internationale nicht darum, festzusetzen, ob das Sowjetregime eine endgültige Ordnung der Dinge durchgeführt habe und ob es wünschenswert sei, diese Durchführung in allen Ländern sklavisch nachzuahmen, sondern sich mit der russischen Revolution als Bewegung solidarisch zu erklären, um einen Sieg der Reaktion zu verhindern. Die Uebernahme der Gewalt durch das Proletariat aber sei nicht das Ende, sondern nur der Beginn der Revolution, sozusagen ein Uebergangsstadium.

Dennoch waren in Orléans die Extremisten mit 1479 gegen 602 Stimmen geschlagen worden. Nichtsdestoweniger erklärten sie sich für unbesiegt und beschlossen auf einer sogleich nach der Abstimmung einberufenen Sonderversammlung, ohne sich allerdings, den Weisungen Lenins gemäß, von der Mehrheit zu trennen, ihrerseits den Anschluß an Moskau.

Da dies jedoch einer Spaltung schon bedenklich nahe kam, fühlten sich

Digitized by Google

beide Richtungen bewogen, einander in ihren für den Kongreß von Tours aufgestellten Motionen (die dritte, Renaudelsche Richtung, die im Grunde auf dem Boden der Zweiten Internationale steht und eine Motion Blum aufstellte, kann ganz unberücksichtigt bleiben) möglichst entgegenzukommen. Die oben gestreifte Erklärung Frossards, die Diktatur des Proletariats sei nur eines der Mittel zur Revolution und kein endgültiger Zustand, sind wiederholt. Der Parlamentarismus wird zwar grundsätzlich verworfen, man gibt aber zu, daß er in der vorrevolutionären Epoche und zu Beginn der revolutionären Agitation wertvolle Propagandadienste leisten kann. Die 21 Bedingungen werden zwar anerkannt, es wird jedoch vorausgesetzt, daß die Entscheidungen des Moskauer Zentralausschusses nur auf Grund der besten Informationen getroffen werden. Großer Wert wird auf unbedingte Parteidisziplin gelegt, der sich auch die Parlamentarier zu unterwerfen haben. Die Gewerkschaften werden als reaktionär hingestellt, ihre Sprengung jedoch verurteilt. Auch die Gegenmotion Longuet—Paul Faure bezeichnet die Funktion der sozialistischen Proletarier als rein oppositionell und propagandistisch und lehnt jede Teilnahme an der Gewalt ab. Sie sucht ihre gemäßigte Haltung hinter schärferen Formulierungen zu maskieren, trägt aber in ihren sachlichen Forderungen der Realität mehr Rechnung. Während z. B. die Agrarfrage durch die Motion Cachin—Frossard unklar und redensartlich behandelt wird, wird hier mit voller Offenheit ausgesprochen, daß eine Revolution zwar nur durch Mitwirkung der Arbeiter der großen Städte entfesselt werden, aber nur triumphieren kann, wenn sich die Bauern mindestens neutral verhalten, daß infolgedessen der Sozialismus das kleine bäuerliche Eigentum, soweit es selbst bewirtschaftet ist, achten muß. Spaltungen der Partei und der ausdrücklich als autonom anerkannten Gewerkschaften, Ausschluß von Mitgliedern, heimliche Agitation werden verworfen. Auch Longuet und seine Anhänger sind für Beitritt zur kommunistischen Internationale, wollen jedoch gegen die 20. und 21. Bedingung Lenins Vorbehalte einlegen und, um einer wirklichen internationalen Solidarität des Proletariats willen, die Beziehungen zu den übrigen aus der Zweiten Internationale aus-, der Dritten aber noch nicht beigetretenen, also z. B. den deutschen Unabhängigen, aufrechterhalten.

Das Problem, vor das der Kongreß von Tours gestellt wurde, lautet also: soll der französische Sozialismus sich ideell programmatisch und praktisch so weit erneuern, daß er zugunsten einer verstärkten revolutionären Färbung unmittelbar vielleicht zu erlangende kleinere praktische Erfolge in Frage stellt, und wird eine stärkere Aktionskraft gewährleistet durch Reinheit und Intransigenz der Prinzipien oder durch teilweise Realisierung bei größerer Anhängerzahl. Die Versammlung hat sich zugunsten des Prinzips entschieden.

Digitized by Google

Da die Vertreter jeder der beiden Richtungen wußten, daß die Gegenseite eine Spaltung der Partei wenn irgend möglich vermeiden wollte, griff man zu Bluffs. Rechtsstehende Elemente wie Auriol, Léon Blum, Bracke, Paul Boncour, Mayéras, Paoli, Pressemane, Renaudel, Alexandre Varenne bildeten schon Anfang Dezember ein gegen die Aktion Cachins und Frossards gerichtetes „Comité de résistance". Da aber Longuet offenbar noch nicht wußte, nach welcher Seite der Sieg sich neigen würde und gegen die „Ministerialen" vom Schlage Boncours von starkem Mißtrauen beseelt war, erklärte er, der Partei unter allen Umständen treubleiben zu wollen und innerhalb ihrer nur das von Moskau verworfene Prinzip der Proportionalvertretung für seine Richtung in Anspruch zu nehmen. Infolge dieser Erklärung glaubten die radikalen Elemente offenbar, eine Ueberrumpelung der Longuetisten riskieren zu dürfen. Sie verhinderten eine längere Aussprache und engere Fühlungnahme unter den einzelnen Delegierten dadurch, daß sie die ursprüngliche Tagesordnung umstießen und sofortige Diskussion über den Beitritt zur Dritten Internationale durchsetzten. Dies Manöver, das die Unerfahrenheit der Delegierten und die durch ungezügelte Agitation hervorgerufene energische und frische Stimmung der ersten Verhandlungstage ausnutzen sollte, gelang jedoch nur halb, insofern als nicht sofort en bloc diskutiert und abgestimmt wurde, sondern die einzelnen Delegierten in langer Reihe über die Stellungnahme und Entschlüsse der Departementsverbände berichteten. Diese Erklärungen waren sehr verschieden nuanciert. Vielen Vertretern lag offensichtlich daran, die Einheit der Partei unter allen Umständen zu wahren, andere forderten vermittelnde Formulierungen, andere wieder sprachen sich besonders gegen Ausschlüsse von Parteimitgliedern aus. Aber im ganzen zeigte sich doch, daß eine sehr bedeutende Mehrheit für den Beitritt zur Dritten Internationale vorhanden war, und zwar besonders bei den Verbänden auf dem flachen Lande. Diese merkwürdige und vom „Temps" als sehr bedenklich bezeichnete Tatsache erklärt sich aus dem Umstande, daß diese ländlichen Verbände größtenteils aus ungeschulten und unerfahrenen Neulingen bestehen, die naturgemäß radikal gesinnt sind und übrigens die Moskauer Bedingungen größtenteils nicht kennen, da kaum die Hälfte der angeblich in nicht mehr als 3000 Exemplaren gedruckten Unterlagen in die Provinz gelangt sein soll. Daß die Entscheidung für Beitritt zur Moskauer Internationale vielfach nur rein gefühlsmäßig getroffen wurde, geht auch daraus hervor, daß die Stellungnahme der Vertreter zur Motion Cachin-Frossard im einzelnen sehr verschieden war. Dennoch wurde ein letzter Versuch der Longuetisten, die Entscheidung aufzuschieben, überstimmt.

Marcel Sembat war es, der sich bei Eintritt in die Generaldebatte der undankbaren Aufgabe unterzog, die Delegierten über die Tragweite ihrer Abstimmung aufzuklären und zum letztenmal zur Besonnenheit zu

Digitized by Google

mahnen. Käme eine Mehrheit für Moskau zustande, so biete man der Regierung Anlaß zum Eingreifen. Gegen jeden Deputierten der Partei könne eingeschritten werden. Außerdem spiele man nur dem Bürgertum in die Hände. Bereits vor einiger Zeit habe der „Temps" geschrieben, es gäbe nur ein Mittel, mit dem Proletariat fertig zu werden, nämlich: es dem bewaffneten Konflikt entgegenzutreiben. Natürlich werde die Partei es vermeiden, das Proletariat verfrüht im Kampfe anzusetzen. Da aber die Arbeitslosigkeit täglich zunehme, so werde es zweifellos über kurz oder lang zu Unzufriedenheitskundgebungen kommen, die durch keinerlei Mahnungen zur Vorsicht gezügelt werden könnten, und er sehe schon jetzt blutige Unterdrückung von Unruhen voraus. Auch er fürchte, daß man die Bauern gegen sich haben werde. Cachin bezeichnete den Beitritt zur Dritten Internationale als eins der vornehmsten Mittel, jeder Kriegstreiberei Abbruch zu tun. Paul Faure betonte dagegen, man könne nicht in einem Lande, wo das Volk unbewaffnet sei, Revolution machen. Compère-Morel machte darauf aufmerksam, daß die Landwirtschaftsarbeiter den städtischen vielfach als Lohnwucherer bezeichneten und entschlossen seien, im Notfall ihr kleines Eigentum, die Frucht ihrer Ersparnisse, mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Faure wies auch darauf hin, daß die Kooperativgesellschaften durch die Spaltung zum Ruin verurteilt seien. Rappaport präzisierte die Debatte auf Ausschluß der Opportunisten hin, mit der Ideologie der nationalen Verteidigung müsse aufgeräumt werden. Lebas führte gegen die Moskauer Bedingungen an, daß sie in das Proletariat der anderen Länder nur Spaltungen hineingetragen hätten.

Vielleicht hätte man sich doch noch geeinigt, wenn nicht ein aus Riga vom 24. Dezember datiertes Telegramm des Exekutiv-Ausschusses der Dritten Internationale eingetroffen wäre, das sich nicht nur für die Motion Cachin-Frossard aussprach, sondern die Gegenmotion Longuet-Paul Faure reformistisch, kleinlich und meskin nannte. Sicherlich, so hieß es weiter, ließen die vom zweiten Kommunistenkongreß gebilligten Leitsätze gewisse Ausnahmen zugunsten von Reformisten zu, die sich von jetzt ab den Entscheidungen der Internationale unterwerfen und auf ihren früheren Opportunismus verzichten würden, die Motion Longuet beweise jedoch, daß ihre Verfasser unentwegte Agenten des bürgerlichen Einflusses in der Partei seien. Mit solchen Leuten dürfe man nichts gemein haben.

Trotzdem sich nun Frossard mit allen Kräften bemühte, den Eindruck des Telegramms unter allerlei versöhnlichen Redensarten zu verwischen, und seinerseits Moskau gegenüber hinsichtlich der Verhältnisse zwischen Partei und Syndikaten, hinsichtlich der proportionalen Vertretung der Minderheit und der Bildung von revolutionären Geheimkomitees, die in Frankreich nicht möglich seien, Vorbehalte machte, trotzdem er betonte und betonen ließ, um geschehener Dinge willen werde man niemanden aus

Digitized by Google

der Partei ausschließen, war die Entwicklung zur Trennung nicht mehr aufzuhalten: die Ueberstimmten verließen den Saal, um sich am nächsten Tage bereits, Comité de résistance und Longuetisten, einträchtiglich zu einer Sonderpartei zusammenzuschließen. Natürlich behauptet jede der beiden Richtungen jetzt, der eigentliche Erbe der unifizierten Sozialistenpartei zu sein und es wird lehrreich zu beobachten sein, wie diese Spaltung sich bis in die einzelnen Provinzverbände, bis in die Gewerkschaften und Kooperativen, bis in die Streik- und Propagandakassen hinein auswirken und in welcher Weise die Schlagkraft der Partei hierdurch und durch die damit verbundenen persönlichen und sachlichen Auseinandersetzungen gelähmt werden wird. Was die beiden großen Pariser Zeitungen betrifft, so nehmen Cachin und Frossard für sich die „Humanité", Longuet den „Populaire" in Anspruch. Parlamentarisch äußert sich die Situation so, daß die Partei jetzt in eine kommunistische mit 12 und eine sozialistische mit 54 Mitgliedern zerfällt (6 Sozialisten wollen ihre Stellungnahme von der Entscheidung ihrer Wähler abhängig machen).

Ob diese Spaltung endgültig ist und welche Bedeutung ihr parlamentarisch zukommen wird, hängt ganz von der Stimmung des Landes in der heraufziehenden, durch die Hinauszögerung der Reparationsverhandlungen nicht eben gemilderten Wirtschaftskrise sowie von der Geschicklichkeit ab, mit der die Regierung es in der nächsten Zeit verstehen wird, die bolschewistische Propaganda ohne allzu deutlich hervortretenden Druck einzudämmen. Sollte das neue Kabinett die vorsichtig aber planvoll zuwartende Politik Millerands in dieser Beziehung aufgeben und, ohne dem Lande Positives an sozialen Reformen zu bieten, eine Gewaltpolitik gegen die Linke treiben, so könnte dies leicht zu einem neuen Zusammenschluß der Sozialisten führen. Bleibt jedoch eine solche Gewaltpolitik aus, so wären andererseits, zumal wenn die klerikal gesinnte Rechte ans Ruder geriete, die Voraussetzungen zur Bildung eines freimaurerisch republikanischen Linksblocks von Longuet über Herriot und Jonnart bis in den linken Flügel der Entente républicaine-démocratique gegeben, ein ausgesprochenes Rechtskabinett würde stürzen und ein republikanisch-demokratisches Koalitionskabinett an seine Stelle treten. In diesem Falle würden die Extremisten gänzlich an Bedeutung verlieren.

Digitized by Google

Wiedergutmachung

Von B. v. Nell.

Die schrecklichen Spuren, welcher dieser furchtbarste aller Kriege hinterlassen hat, lösen mit Notwendigkeit im Empfinden des sittlich veranlagten Menschen das eine sehnliche Verlangen aus: Wiedergutmachung. „Wiedergutmachung" ruft der Zustand des durch das Kriegsverhängnis zerstörten Gebietes unserer westlichen Nachbarn, der Zustand von Städten, Dörfern, Kohlengruben, Fabriken, landwirtschaftlichen Betrieben; und wahrlich, von dorther ertönt die Forderung nicht vergebens! Die Hand am Schwertknauf, wird der im Endkampf Unterlegene gezwungen, für diesen Wiederaufbau das äußerste und letzte seiner Kraft herzugeben. So ist es von je Kriegsbrauch gewesen; darum würde es töricht sein, wollten wir klagen, daß in diesem Punkte (soweit nicht die Ausführungsbestimmungen im Einzelnen die Grenze des Möglichen überschreiten) uns Unrecht geschehe. Noch entsetzlicheres Elend aber haben Maßnahmen dieses Krieges über unser Volk gebracht. Das verwüstete Land zwar in Ostpreußen, das vermochten wir, noch im Kriege selbst, aus eigener Fähigkeit wiederaufzubauen. Aber wer stellt die durch jahrelange Unterernährung und Verelendung zerrütteten Kinderkörper, die durch den unausgesetzten Druck der Not verkümmerten Kinderseelen wieder her? Wer ersetzt der unter den Zuständen der Blockade heranwachsenden Jugend die normale Entwicklung, die ihr abgeht? Ist es nicht gewiß, daß wir dies nicht aus den uns gebliebenen Möglichkeiten allein vermögen? Wir, die im Gegenteil Vieh und Kohlen und Holz und Verkehrsmittel und Arbeitsleistung und Geld als Wiedergutmachung abzugeben genötigt sind? Der Ruf dieses unsäglichen Kinderleides und Jugendleides und Elternleides aber erklingt für den, der nicht sein Herz verhärtet, mindestens so eindringlich, wie der Ruf zerstörten Gebietes. Freilich kann er nicht in der Sprache von Vertragsparagraphen, deren jedem eine Drohklausel angehängt ist, zum Ausdruck kommen; denn es handelt sich um die Kinder des im Endkampfe unterlegenen Volkes. Daher achten seiner nur die seelisch Hellhörigen; von ihm bewegen lassen sich in jedem Land und in jedem Kontinent nur diejenigen, die ein besonderes reines, unverbogenes und unabhängiges Gefühl für Gerechtigkeit und Menschlichkeit haben. Daß kein anderer Zwang sie treibt, als ihr eigener freudiger Wille, daß sie ihr Wiedergutmachungswerk hocherhobenen Hauptes üben, in Darbringung froher freiwilliger Gaben, das ist ihr stolzes, wundervolles Siegervorrecht. Wir, die wir Wiedergutmachung als Frohnarbeit zu leisten haben, wissen den Abstand zu würdigen, der seelisch zwischen ihrer Wiederaufbautätigkeit und

Digitized by Google

unserer liegt! Aber als Empfangende? Müssen denn auch da wir gedrückt und erniedrigt vor ihnen stehen? Nein, dazu liegt keinerlei Veranlassung vor. Wir werden die Reinheit ihrer Gesinnung ehren und für ihr Tun Dankbarkeit empfinden, aber bedrückt durch die Gabe brauchen wir uns nicht zu fühlen. Denn, was sie aus subjektiv hochherzigem Entschlusse geben, ist doch objektiv unserer Kinder gutes Recht. Es ist nicht Bettelei und es ist nicht Wimmern, wenn wir aussprechen, daß für deren Not, über die Hilfe hinaus, welche die Bemittelten unseres eigenen Volkes zu leisten vermögen, internationale Hilfe erforderlich ist.

In das Werk nun aber, das amerikanische und englische religiöse Genossenschaften in menschlich schönem Eifer zur Verminderung der entsetzlichen Blockadefolgen üben, tönen neuerdings mit häßlichem Mißklang einige Aeußerungen hinein, die in der englischen Presse (Evening News, Times, sogar Westminster Gazette, Ende November) sich finden. Auf Grund einer Aufstellung über den Mehrverbrauch, sehr auffallenden Mehrverbrauch, an Champagner in Deutschland in diesem Jahr gegenüber dem Jahr 1914, welche Evening News der Times entnimmt, ergießt dieses Blatt eine Schale unsäglichen Hohnes über das ganze deutsche Volk. „Es steht vor der Wahl, erheblich weniger zu trinken (und zu wetten) oder das Ausland um Hilfe für seine Kinder anzugehen; für die wirklichen Kenner Deutschlands ist es keine Ueberraschung, daß es das letztere vorgezogen hat.“ Und die Westminster Gazette folgert: „Die Gleichgültigkeit gegen die allgemeine Not droht zu einem Kennzeichen für Deutschland zu werden; es scheint leider aus seinem Unglück nichts gelernt zu haben.“ Zuerst eine ganz kurze praktische Anmerkung: Sollte nicht vielleicht den Zeitungen bei ihrer Champagner-Mehrverbrauchs-Aufstellung der Umstand entgangen sein, daß im Jahre 1914 Deutschland noch nicht, wie jetzt, eine überaus große Zahl fremder Besatzungstruppen und interalliierter Kommissionen bei sich beherbergte? Ganz einflußlos auf das Quantum ist dieser Umstand doch wahrscheinlich nicht geblieben! Und wissen sie nicht, daß der Friedensvertrag eine absperrende Zollpolitik verbietet? Trotzdem aber bleibt das eine wahr: Es gibt in Deutschland Kreise, die, inmitten der allgemeinen Not, ein Schlemmer- und Prasser-Leben führen, zu welchem die Mittel zumeist auf unehrlichem Wege erworben werden. Charaktere solcher Art haben natürlich schon früher existiert, — bei uns und anderwärts. Daß sie bei uns sich gegenwärtig ans Licht, an den Platz der Guten und Tüchtigen, zu drängen vermögen, das verdanken sie der Blockade. Die Blockade hat, durch die materielle Not, durch den Hunger und die Verelendung, durch die Ratlosigkeit und Hilflosigkeit, die sie heraufbeschwor, den Boden bereitet, auf welchem der redliche Arbeitswille oft vergeblich nach Betätigungsmöglichkeit suchen muß, Schiebertum, Wuchertum und Schmarotzertum hingegen jegliche Bedingung des Gedeihens vorfinden.

Digitized by Google

Die Maßnahme der Blockade mögen englische Blätter rühmen, darüber enthalte ich mich des Urteils; — höhnen über ihre Folgen aber dürfen sie nicht!

Was die Westminster Gazette schreibt, ist nicht Hohn; aber es ist schroffste Verurteilung, die sie, in ungerechter Verallgemeinerung, auf das Volksganze ausdehnt. Und welch sonderbarer Auffassung gibt sie Ausdruck, wenn sie anzunehmen scheint, Unglück von solcher Schwere und solcher Dauer, wie es auf Deutschland gelastet hat und noch lastet, sei geeignet, ein Volk im Guten zu belehren und zu fördern! Stärkt es die Arbeitsfreudigkeit eines Volkes, wenn ihm Arbeitsstoff und Arbeitsfelder abgeschnürt sind? Wenn der Ertrag seiner Arbeit nur noch Fremden zufließt? Hebt es das Ehrgefühl, wenn ihm ein unwahres Schuldbekenntnis abgepreßt wird? Erhöht es sein Vertrauen zu anderen Nationen, wenn es sich unausgesetzt von Lüge und Verleumdung umgeben sieht?

Wollen wir der Wahrheit fest ins Auge blicken, so werden wir Deutschen (ohne in der Seele anderer Völker Gewissensforschung halten zu wollen!) uns vor uns selber eingestehen, daß unser Volk als Ganzes die sittliche Höhenlage von früher nicht vollauf behauptet hat. Aber wir werden vertrauen, daß dieses Volk, das in den fünf Kriegsjahren Wunder des aktiven und passiven Heldenmuts vollbrachte, nur einen Zustand zeitweiligen Erlahmens durchmacht, wie er gerade nach dem Uebermaß der Anspannung im Wirken und Ertragen erklärlich ist. Die sittlichen Kräfte sind ermattet, aber sie sind nicht zerstört; sie werden stark wie früher aufleben; denn sie gehören zu den wurzelhaften Eigenschaften des deutschen Volkes.

Das mitteleuropäische Kulturproblem

Von Dr. Gustav Erényi

Zur bewußten Problemstellung reifte der Komplex mitteleuropäischer Streitfragen erst in den Wirren der letzten Jahre heran. Aber eine latente mitteleuropäische Krise zieht sich einem roten Faden gleich durch die Geschichte von Jahrhunderten und kann als das unüberwindlichste Hindernis kontinentalen Einvernehmens gelten. Die größten Rivalitäten trafen sich stets irgendwo auf halbem Wege nach dem Osten, und obschon die Konflikte der Großmächte oft an anderer Stelle und unter anderen Losungen ausgefochten wurden, immerwährend lagen ihnen geheime Orientpläne zugrunde. Was aber im Westen nicht geschlichtet werden konnte, verschärfte sich zur Dauerspaltung von Mittel- und Osteuropas Kleinvölkern und zog eine deutliche Grenzlinie zwischen westlicher und östlicher Kultur.

Digitized by Google

Gewiß ist diese Grenze geographisch nicht genau festzulegen. Sie wird das eine Mal durch die Leitha, das andere Mal durch die westöstliche Karpathenkette oder den unteren Donaulauf gekennzeichnet. Es kommt aber nicht so sehr auf die geographische Trennung an, als auf eine gefühlsmäßige Scheidewand, die zwischen zwei kontinentalen Sphären von jeher errichtet wurde. „Hier beginnt der Balkan" — heißt es für den ostwärts Reisenden bald früher, bald später, aber zumeist noch ein gutes Stück vor dem Tore des eigentlichen Balkans, als eine Bestätigung des Umstandes, daß für das westeuropäische Empfinden eine Art Vorbalkan, ein westlicher Vorsprung der Balkankultur besteht. Der Anfang dieser Sphäre ist mit größeren oder geringeren Schwankungen in jenes Gebiet zu setzen, in dem die geschlossene deutsche Kulturwelt abgelöst wird von kleinen asiatischen Begehrlichkeiten und Plänkeleien. Mit dem entschwindenden Aspekt einer großen Volksgemeinschaft gewinnt man in diesem völkerbunten Rayon auch den Eindruck einer gespaltenen Kulturgemeinschaft und in weiterer Folge einer geringeren kulturellen Stoß- und Spannkraft.

Die unablässigen Gleichgewichtsschwankungen, in deren Verlauf bald das eine, bald wieder das andere Kleinvolk Mitteleuropas seine vorübergehende Glanzzeit erlebte — Tschechen, Polen, Magyaren kamen abwechselnd an die Reihe — waren einer gleichmäßigen Entwicklung durchweg ungünstig. Stets obwaltete zwischen den einzelnen Stämmen ein ungeklärtes Verhältnis zeitweiliger Ueber- und Unterordnung, das den freien Blutlauf der Herrschenden und Beherrschten gleicherweise hemmte. Jene verbrauchten ein gut Teil ihrer Kulturpotenz im unfruchtbaren Kampfe gegen die Widerstände der Peripherie, während diese ihre ganze Tüchtigkeit für Befreiungsrevolten hergeben mußten.

Im Zustande einer solchen Dauerspannung kristallisierte sich ein ostmitteleuropäischer Gemeintypus heraus, der für Süd- und Nordslawen, Magyaren und Rumänen im selben Maße bezeichnend ist. Alle diese Völker sind durch lange Obstruktion und durch das anhaltende Pochen auf verbriefte Rechte ins Fahrwasser einer oberflächlichen Juristerei getrieben worden, und ihre besten Kräfte scheinen durch den rabulistischen Streit um Staatsrecht und Verfassung gebunden, dessen letzte Auswirkungen sich in den Auswüchsen des Privatrechtes und im Advokatenunwesen merkbar machen. Des weiteren leiden alle Völkerstämme des beginnenden Ostens an einer Hypertrophie des nationalen Gefühls, die jedes einzelne Glied aufs eifersüchtigste von den Nachbarn, aber auch von den beschwichtigenden Kultureinflüssen des Westens absperrt. Es sei nur auf jene immer wieder künstlich aufgefrischte Deutschenfeindschaft hingewiesen, die namentlich Ungarn und Tschechen so manche nutzlose Erregung kostete und den Blick für das Notwendige und Wesentliche maßlos trübte.

Digitized by Google

Andererseits aber, gleichsam um Versäumtes einzubringen, schielen diese Völker auch unablässig nach dem Westen hinüber, eignen sich flüchtig Abgelauschtes gierig an und neigen oft zum Repräsentativen und Verschwenderischen, während Schulwesen und soziale Fürsorge noch im argen liegen. Am besten sind wohl die Distanzen im Verhalten von Bukarest zur Pariser Kultur wahrnehmbar; da entstand ein östliches Kleinparis des kondensierten Nachtlebens und Talmiaufwandes ohne auch nur die Spur der Pariser Stileinheit.

In Ermangelung eines soliden, zielsicher fortschreitenden Kulturprinzips, das die breiten Massen immer gleichmäßiger durchdrungen hätte, war auch die gesellschaftliche Schichtung, je tiefer wir in den Osten drangen, desto mehr in Extreme zerfallen und bewahrte trotz aller liberalen Ansätze einen feudalen Grundzug. Zwischen einem standesgemäß auftretenden Besitzer- und Juristentum und den in ihrer Lebensweise und Einschätzung im Traditionellen steckengebliebenen Bauern und Arbeitern vermochte sich keine ausschlaggebende Mittelklasse emporzurecken. Hand in Hand mit solchen starren Klassengegensätzen ging eine Lässigkeit im Wirtschaftlichen und eine Minderwertigkeit der Produktion. Mitteleuropa trug nicht jenen Teil zur Versorgung des Kontinents bei, den zu leisten ihm Naturschätze und die Zahl des Menschenmaterials gewiesen hatten.

Man bedenke, was für Europas Wohlstand und Einigkeit gewonnen wäre, wenn ein starker Wille und ordnender Sinn dieses Völkerchaos beizeiten nach einem festen System geregelt, die provinzialen Streitigkeiten nach Tunlichkeit ausgeglichen und die einzelnen Teile im sicheren kulturellen Aufstieg zu ökonomischen Höchstleistungen angespornt hätte. Durch die Verdoppelung des ungarischen und rumänischen Ernteertrages, ergiebigere Ausnützung der reichhaltigen Bergwerke dieser Länder, Schaffung großangelegter landwirtschaftlicher Industriebetriebe, Ausbau des Donauweges und Gründung neuer Wasserstraßen, wie denn überhaupt durch eine großzügige Ausgestaltung der mitteleuropäischen Verkehrsadern nach dem Orient wäre die kontinentale Wirtschaftslage eine von Grund aus andere geworden. Für einen weiteren Bevölkerungszuwachs wären die ökonomischen Voraussetzungen gegeben, durch die Völkerversöhnung im Herzen Europas wäre auch die Stauung im Westen gemildert und der gefährlichste Zündstoff aus dem Wege geräumt.

Ein solcher Einigungswille wirkt fortgesetzt im Laufe der Geschichte, doch stets mit ungeeigneten Mitteln und Machtbefugnissen. Das kurzbefristete Raumgreifen des Ungarnkönigs Mathias, der zeitweilige Vorstoß von seiten Polens, die sich westwärts vordrängende Türkenflut — die für längere Zeit namhafte Teile des östlichen und mittleren Europas sich untertänig machte — scheiterten alle und insgesamt am eitlen Bemühen, die Richtung vom Osten nach dem Westen, und zwar lediglich mit macht-

Digitized by Google

politischen und nicht mit kulturwirtschaftlichen Absichten einzuschlagen. Habsburgs östlicher Ausdehnungsdrang war besonders im Anfang ausschließlich durch dynastische Machtinteressen bestimmt und auf eine Politik des völkischen Ausgleichs und wirtschaftlichen Durchdringens wenig bedacht.

Durch das Zustandekommen der deutschen Reichseinheit war zum erstenmal eine Situation geschaffen, die dem Werke mitteleuropäischer Konsolidierung günstig schien. Lange vor Naumanns Verkündung ist das Problem „Mitteleuropa" spruchreif geworden. Was den mitteleuropäischen Staaten bisher fehlte, war eine angrenzende Großmacht von völkischer Einstimmigkeit, die sich dem ganzen Komplex ohne Vorbehalt schlichtend und organisierend mitgeteilt hätte. Die Aufgabe war äußerst heikel, denn die mannigfachen Gefühlswiderstände ohne augenfällige Ungerechtigkeiten zu überbrücken und Erbfeinden das Bewußtsein gegenseitiger Abhängigkeit beizubringen, erforderte ein Unmaß an Umsicht und Anpassung. Aber gerade auf diesem Gebiet eröffneten sich Aussichten, die die Mentalität des Deutschtums ansprechen mußten. Hier hätte sich ein Objekt für schrittweise Urbarmachung, für rastlose, gründliche Pionierarbeit dargeboten, das wie geschaffen schien für den methodisch vorgehenden deutschen Fleiß. Auch den deutschen Kulturbestrebungen, die schon geraume Zeit vor erfolgter Reichseinigung eine besondere Einigungssphäre gezeugt hatten, erwuchs hier ein überaus dankbares Wirkungsfeld. „Mitteleuropa" war nämlich kein Kolonialproblem. Ohne die systematische Hebung des Kulturniveaus aller beteiligten Völker, also ohne bewußte Kulturpolitik, war hier nichts herauszuholen. Nicht so sehr um eine raumgreifende, als um eine wegweisende, eminent aufklärende Wirksamkeit sollte es sich handeln. Das kulturelle Moment überwog das rein wirtschaftliche, oder besser — bestimmte es; denn alles, was in diesem Raume zur Tilgung von Rivalitäten und Schaffung einer kulturellen Einheitsfront bei voller Berücksichtigung nationaler Eigentümlichkeiten geschehen wäre, müßte schließlich doch der Wirtschaftskraft des Organisators zustatten kommen.

Daß diese natürliche Entwicklungslinie, für die alle Gründe sprachen, zum unermeßlichen Schaden der kontinentalen Eintracht durch Deutschland nicht eingehalten wurde, findet seine Erklärung im Zusammentreffen mehrerer Umstände, von denen wir den Mangel an außenpolitischer Konzentrierung, den deutsch-russischen Gegensatz und die Hemmungen von seiten der österreichisch-ungarischen Monarchie besonders hervorheben möchten.

Es soll hier gewiß nicht der mitteleuropäischen Gestaltung zuliebe etwa die Berechtigung der deutschen Kolonial- und Flottenpolitik in Bausch und Bogen abgelehnt werden. Auch läßt sich das Ausdehnungsfeld einer rasch anschwellenden Volks- und Staatsgemeinschaft nicht geographisch festlegen. Doch vermissen wir namentlich in der Orientierung Deutschlands während

Digitized by Google

der beiden letzten Jahrzehnte jene gesetzte Planmäßigkeit, die für einen festen, unbestrittenen Fonds an Bezugs- und Absatzgebieten, für eine Stabilität des Erreichten und vor allem für eine außenpolitische Kulturperspektive sorgen würde. Es muß einleuchten, daß ein Uebermaß an weltwirtschaftlichen Streitfragen der mittel- und osteuropäischen Problematik nützliche Energien entzieht und daß — davon abgesehen — ein im Welthandel stark interessiertes Deutschland von den Oststaaten auch minder unbefangen aufgenommen wird. In der Tat war die mit vieler Ausdauer erzwungene Weltstellung des Deutschen Reiches seinen östlichen Aspirationen nichts weniger als förderlich. Der immer mehr auswachsende Konflikt mit Rußland setzte den deutschen Sympathien im Osten weitere Schranken. Nicht deutscher Balkanehrgeiz war für diesen Konflikt entscheidend. Das Einverständnis mit dem russischen Imperium hätte das kulturell besser gerüstete und für die Organisierung der Kleinstaaten um vieles mehr berufene Deutschland im Zentrum und Südosten sicherlich gewähren lassen. Es war die außenpolitische Kräfteverzettelung, die ein in isoliertem Zustande ungefährliches Rußland in die Arme der Westmächte trieb und durch Stiftung von Irredentaherden zur weiteren Vergiftung der mitteleuropäischen Lage beitrug.

Das verbündete Oesterreich-Ungarn legte als souveräner Machtfaktor, der seine eigene Ostpolitik betrieb, einem deutschen Organisierungsplane auch so manches Hindernis in den Weg. Das Grundprinzip, auf dem das Habsburger Reich fußte, war mehr bureaukratisch-militärischer als kultureinigender Art. Für das Entstehen der Doppelmonarchie im Jahre 1867 aber waren vorwiegend Gründe der damaligen Außenpolitik und nicht solche der inneren Zweckmäßigkeit und Kulturevolution ausschlaggebend. Diese Neugründung hatte den früheren habsburgischen Formationen gegenüber den Vorteil, das Schwergewicht vom dynastischen Moment mehr auf gesetzgebende Körperschaften zu übertragen, aber sie trat ihren Leidensweg auch mit einer neuen Schwäche behaftet an. Während früher allen Gefühlswiderständen der östlichen kleineren Völker zum Trotz dem deutschen Element die entscheidende Führerrolle zufiel, wurde nun ein ausgeschiedener Bruchteil der deutschen Volkskraft mit hineingezerrt ins Kleinvölkergewühl und steuerte — selbst ein Schutzbedürftiger — durch eigene Beschwerden und Ansprüche nicht zur Erhöhung deutscher Sympathien bei. Das Zweistaatensystem brachte den ererbten Völkerzwist auf eine neue Grundformel. Die österreichische Hälfte beruhte auf einer lockeren administrativen Einheit an Stelle einer kulturell-föderativen, die ungarische aber auf den Grundsätzen eines eisernen Staatsreglements, das man für alle kommenden Zeiten unbeweglich zu erhalten suchte. Zweifellos war der ungarische Teil geographisch mehr zusammenhängend und tüchtiger in seiner Verwaltung, dafür aber nach außen unbeliebter und wenn schon im

Digitized by Google

Innern gesicherter, so an den Grenzen um so mehr bedroht. Der maßlos komplizierte Bau der Donaumonarchie ließ einerseits ständige Unstimmigkeiten zwischen den beiden Hemisphären, andererseits auch im Innern der beiden Staaten zwischen den einzelnen Völkergruppen zu und stellte im ganzen einen Kulturapparat dar, der nicht alle Teile gleichmäßig zu versorgen wußte. Die Peripherien litten zumeist an Blutleere: Nordostungarn und Ostgalizien, das Karstgebiet und Vorarlberg lagen außerhalb der eigentlichen Betriebswirtschaft.

Mit einer von Wärme und Ueberzeugung beseelten Artikelserie übernahm Professor Brockhausen in dieser Zeitschrift den Versuch einer Ehrenrettung des zerfallenen Großösterreich. Seine Sendung sieht er in drei Richtungen erfüllt: in der Abwehr der östlichen Gefahr, in der Ausbreitung der westlichen Kultur und schließlich in der Symbiose der kleinen Völker. Gewiß setzten die alten Grenzen dem orientalen Begehren ein vorläufiges Ziel, aber sie führten auch zu einer chronischen Versteifung. Und die Frage bleibt offen, ob diese schroffe Abgrenzung auf Kosten der nationalen Einheit mehrerer Völker die möglichst beste Lösung war, ob eine „östliche Gefahr" denn unter allen Umständen bestehen mußte? Durch ihr einheitliches Verkehrs- und Verwaltungsnetz war die alte Monarchie ohne Zweifel bis zu einem gewissen Grade die Mittlerin westlicher Kulturströmungen, aber zumindest im selben Maße Trägerin nationaler Streitigkeiten und verkörperte somit auch das östliche Motiv des kulturellen Chaos. Was schließlich die völkische Symbiose anlangt, waren auch hierzu die Ansätze durch die Idee eines zentralen Verwaltungskörpers gegeben, aber nicht in ausbaufähigem Sinne. Im Gegenteil, der starre Verfassungsschematismus beider Staaten ließ das anfangs entfernte Grollen immer näher rücken, anstatt es zu besänftigen und war dem Werke einer Völkervereinigung immer weniger gewachsen.

Reichsdeutschen Organisationsplänen, insofern solche gegenüber dem angrenzenden Osten bestanden haben, hätte Oesterreich-Ungarn nur dienlich sein können, wenn es seine Konstitution rechtzeitig mit den Ansprüchen des Südens und Ostens versöhnt und mit der nötigen Elastizität für die politischen Möglichkeiten der nächsten Zeitläufte ausgestattet hätte. Oesterreichs gespanntes Verhältnis zu den maßgebenden Balkanstaaten während der letzten Jahre vor dem Weltkriege, — der höchst peinliche und überflüssige Gegensatz zur rumänischen Politik, der sich im Balkankriege von 1913 gegen Deutschlands Absicht kundgab, stellte das Deutsche Reich im Osten vor unverschuldete Schwierigkeiten und erschwerte seinen Standpunkt. Als Naumanns Ruf inmitten vom Waffengetöse erscholl, da war „Mitteleuropa" eine Zukunftsverheißung und ein memento mori zugleich. Die verzweifelte Wehr aller Beteiligten gegen dieses Projekt bewies stärker

Digitized by Google

als alles andere, daß Mitteleuropa in seiner damaligen Form krank war — so krank, daß es selbst mit einem genialen Sanierungsplan nichts anzufangen wußte.

Die mitteleuropäische Geschichte der beiden letzten Jahre stellt mit eine der größten Kulturkatastrophen dar, die diesem Gebiet seit der Völkerwanderung beschieden waren. Der Kulturverfall erstreckt sich nicht nur auf die eigentlichen Leidtragenden, sondern auch auf die sogenannten Schutzstaaten und erhärtet durch seine chaotischen Erscheinungen die Tatsache, daß eine erquickliche Lösung der latenten Dauerkrise in diesem Bereiche eigentlich nie stattgefunden hat. Er bezeugt aber auch, daß Lösungsversuche, wie sie heute von einem uneinigen Gelegenheitskonsortium westlicher Randstaaten mit der Tendenz unternommen werden, Staat gegen Staat auszuspielen, zu keiner Linderung von Mitteleuropas Leiden führen können. Die ungezügelten Nervenausbrüche Ungarns, die durch die Gründung der „kleinen Entente" bedingten Umgruppierungen widerlegen nur zu eindringlich das neue Beglückungssystem.

Wenn inmitten solcher Widerwärtigkeiten der englische Plan einer mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz mit Einbeziehung Deutschlands auftaucht, so ist ein solcher Plan — möge er noch so oft vereitelt oder widerrufen werden — von symptomatischer Bedeutung. Er weist eine Richtung, die nicht umgangen werden kann, und Ziele, die allen Enttäuschungen und Erschütterungen entgegen fortbestehen. Deutschlands Zukunftsmission kann nur dieselbe sein, die in der Vergangenheit unerfüllt blieb. Das Schicksal des ganzen Kontinents ist vom deutschen und mitteleuropäischen Genesungsproblem nicht loszulösen.

Digitized by Google

Notizen

Ein Verlag „Auf Vorposten“ versendet Reklamedlätter für eine Schrift „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“; angeblich ein Gegenstand des Interesses für Universitätsprofessoren, Großkaufleute, Regierungsräte, Generalleutnants, Fürstinnen und Fürsten. Mir wurde die Schrift vor etwa einem Jahr in russischer Sprache durch einen aus Moskau kommenden Herrn, der auch an ihre Echtheit glaubte, gebracht. Ein Blick hinein überzeugte mich, daß es sich um eine höchst plumpe Fälschung aus den Kreisen der russischen sogenannten „Schwarzen Hundert“ handelt, geschrieben zu dem Zweck, um in „gebildeten“ russischen Kreisen Stimmung für Judenpogrome zu machen. Das Exemplar, das ich erhielt, stammte aus dem Kloster der Dreieinigkeit und des heiligen Sergius bei Moskau; die Bolschewisten hatten einen großen dort befindlichen Vorrat entdeckt und vernichtet; einzelne Stücke waren ihnen offenbar entgangen. Die ganze Aufmachung ist so grobschlächtig mit ihrer unverschämten und gewissenlosen Spekulation auf ganz weltfremde Leser, politische Narren oder Hetzer, daß es keinen Zweck hätte, ein Wort über diese — vielleicht — Mönchsfälschung aus dem dunkelsten Rußland zu verlieren, wenn nicht, wie ich höre, auch tatsächlich ernste Leute ihre Aufmerksamkeit auf dies Zeug verwendeten, das mittlerweile seinen Weg aus dem Russischen in Deutsche gefunden hat. Da ich gebeten bin, meine Meinung zur Sache zu sagen, so möchte ich hiermit davor warnen, Zeit, Interesse und Geld einer Spekulation dienstbar zu machen, die sich mit einer Offenheit, über die man sich selbst im heutigen Deutschland wundern könnte, in erster Linie an die Leute wendet, die nicht alle werden. Mehr lohnt es wirklich nicht, über die „Geheimnisse der Weisen von Zion“ zu sagen.

Paul Rohrbach.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt
Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99.
Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

APR 1 1921
UNIV. OF MICH.

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 121
Rohrbach, Die Erben des Bolschewismus 123
Preuß, „Republik und Monarchie". — „Reich und Preußen" 127
Heuß, Die Flaggenfrage 131
Imendörffer, Die Zuspitzung der westungarischen Frage 133
Wolzendorff, Abrüstung und Militarismus 137
* * * Brief an die „Deutsche Politik" 140

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 4. Februar 1921 Heft 6

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Berlin

POLITISCHE BÜCHEREI

Soeben wurde ausgegeben:

Heinrich Herrfahrdt

Das Problem der berufsständischen Vertretung

Geheftet M. 24.– In Halbleinen geb. M. 32.–

Die Errichtung des Reichswirtschaftsrats und die noch vorzunehmende Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte rückt das wichtige Problem der berufsständischen Volksvertretung in den Mittelpunkt der innerpolitischen Fragen. Der Verfasser behandelt hier zum erstenmal diesen wichtigen Fragenkomplex; das Werk wird damit zu einem umfassenden Handbuch für das Spezialgebiet der berufsständischen Volksvertretung, das kein Politiker, kein Interessenverband entbehren kann.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74. postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden: 809, 810, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2809
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport · Lagerung.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart / Berlin

Kürzlich erschien:

Ernst Plener, Erinnerungen

2. Band: Parlamentarische Tätigkeit 1873–91

Geheftet M 40.–, gebunden M 50.–

Pleners Erinnerungen gewinnen heute dadurch an Bedeutung als Geschichtsquelle, weil sie über die letzten Jahrzehnte der Monarchie berichten und gerade die Zeit beleuchten, in der die Katastrophe zwar langsam, aber entschieden heranreifte. Dieser Band behandelt die Geschichte des letzten verfassungstreuen Ministeriums, die bosnische Okkupation und die durch die Ernennung des Ministeriums Taaffe herbeigeführte schicksalschwere Wendung. Als ein Mann von vornehmster Gesinnung und gründlicher, vielseitiger Bildung erscheint Plener in dem Selbstbildnis, das seine Erinnerungen bieten, und als ein Schriftkeiler, der durch Sachlichkeit und Wärme zugleich den Leser fesselt.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

6. Jahrgang * 4. Februar 1921 * Heft 6

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Untersuchungen, ob die Verständigung des Obersten Rates in Paris ein englischer oder ein französischer Sieg sei, sind ziemlich müßig, denn es liegt in der Natur der andauernden englisch-französischen Beziehungen, daß sie beide auf Kosten Deutschlands zu siegen von vornherein entschlossen sind. Frankreich hat erreicht, daß die genaue Umschreibung der deutschen Wiedergutmachungssumme vertagt wird, England, daß die Festlegung der Annuitäten mit geringeren Sätzen erfolgte. Unzweifelhaft hat die Entente damit den Wortlaut des Versailler Vertrages wieder einmal verlassen, weil er ihr selber Unmöglichkeiten auflud; es liegt in der Konstruktion dieser Plünderungsorganisation, daß man sie dann umstellen kann, wenn bei den Machthabern das Buchstabieren nach dem Wortlaut versagt. Lloyd George hat in einer sehr klaren Einsicht gegenüber den phantastischen Ziffern des Finanzministers Doumer, der sich über seine Etatnöte hinwegschwindeln wollte, ausgeführt, daß das Geldverlangen der Franzosen nur eine weitere Verderbung der deutschen Inflation bringen müsse; er hätte seinen Partnern noch sagen können, daß auch die französische Valuta mit der Kette der Verzweiflung an die deutsche gefesselt ist. Das Schwergewicht der Entscheidung liegt auf der andern Seite: ob die Verhandlungen Seydoux-Bergmann über bestimmte Sachleistungen weitergehen und ob sie zu einem umschriebenen Ergebnis führen. Es gibt auch in Deutschland Politiker, die unserer Regierung den Vorwurf machen, daß sie, als sie sich zur Auseinandersetzung über bestimmte Jahresleistungen bereit erklärte, ihrerseits Bedingungen meldete. Denn diese seien von vornherein zur Ablehnung verurteilt gewesen. Wir meinen im Gegenteil: wenn die Entente von sich aus über den Vertrag hinweggeht, ist es unablässige Pflicht, bei uns immer wieder die Argumente herauszuarbeiten, die für Deutschland wesentlich sind. Alles Reden in Paris ist noch mehr Reden in die Luft, als es heute schon bedeutet, wenn man uns Oberschlesien nimmt! Unsere Wirtschaft bleibt gelähmt, solange sie keinen eigenen, mit deutschem Geld zahlbaren Fracht-

Digitized by Google

raum hat u. s. f. Freilich, sie wollen es in Paris nicht hören. Dann bleibt es verhängnisvolle Phrase, wenn Briand triumphiert, daß Frankreichs Erholung an Deutschlands Wiederaufbau gebunden sei.

*

Nach langem Zögern hat Frankreich dem Wunsche Englands und Italiens nachgegeben und die Randstaaten Estland und Letland de jure anerkannt. Derselbe Schritt ist auch für Litauen und Georgien in Aussicht gestellt. Damit hat Bethmann Hollwegs Programm von der Befreiung der Fremdvölker trotz unserer Niederlage gesiegt. Inzwischen hat aber die deutsche Regierung nicht konsequent an dieser Politik festgehalten; vielmehr beginnt sie gerade jetzt dem Traum von der Wiederkehr des russischen Weltreiches nachzuhängen. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die Entstehung der Randstaaten nur durch den Sieg der deutschen Waffen über das zarische Rußland möglich geworden ist. Auch jetzt ist es nicht zu spät, zu dieser Politik zurückzukehren.

*

Reichsminister Dr. Simons hat im Hauptausschuß des Reichstags ausgesprochen, daß er es im Augenblick für wenig opportun halte, die Schuldfrage amtlich zu erörtern. Er glaubt wohl, daß dieses immer wieder die moralische Einheitsfront der Gegner rascher schlösse und ihnen über die wirtschaftlichen Gegensätze hinweghelfe. Das ist für den Augenblick richtig gedacht, aber nur eine Politik der kurzen Fristen. Denn wenn in dem feindlichen Ausland die Stimmen sich mehren, die die moralische Lüge der Versailler Voraussetzungen anerkennen, so muß die deutsche Regierung nicht zaghaft hinter diesen Männern zurückbleiben, sondern die Welt zwingen, die geistige Auseinandersetzung über den Krieg wieder aufzunehmen.

*

Die Erledigung des Reichswehretats war innerhalb der mancherlei Enttäuschungen, die der Ablauf der Parlamentsverhandlungen durch seine Längen und Ueberflüssigkeiten bietet, eine gute Leistung. Das Heer ist nicht parteipolitisch auseinanderdiskutiert worden; nur die äußerste Linke hat ihre ewig geistlose Rede weiter geschmettert. Es scheint, daß die Rechte, die noch bei der Frage des Soldatenwahlrechts unverantwortlich genug für die Politisierung der Armee eingetreten war, etwas g lernt hat. Man darf in dieser Entwicklung unverkennbar einen persönlichen Erfolg des Reichswehrministers Dr. Geßler sehen, der inmitten schärfster Anfeindungen eine Politik der anständigen Sachlichkeit durchführen konnte.

Digitized by Google

Die Erben des Bolschewismus

Von Dr. Paul Rohrbach

In dem ohne Fundament und Mörtel aufgetürmten, planlos roh zusammengeschlagenen Bau des bolschewistischen „Staates" in Rußland wird das Knistern und Brechen immer hörbarer. Oft genug ist gesagt worden, anders als auf russischem Boden hätte die Spottgeburt aus Dreck und Feuer nicht drei Jahre lang existieren können. Sicher, und wie ich schon vor einiger Zeit hier sagte: Nichts wäre so wenig ratsam, wie, trotz der unaufhaltsam zunehmenden Symptome des nahenden Endes, sich dieses Ende allzu beschleunigt vorzustellen. Es kann ein plötzlicher Einsturz mit Trümmern, Krachen und ungeheurem Staub kommen, aber es kann auch ein allmähliges Zerfallen, Zerbröckeln und Zusammensinken sein. Nur soviel ist sicher, daß kein anderer Ausgang des bolschewistischen Experiments mehr möglich erscheint. Da fragt man sich: Wer wird der Erbe des Bolschewismus sein?

Neulich, in einem Artikel von Axel Schmidt, wurde hier gesagt, wer es sicher nicht sein wird: die russischen Emigranten, die jetzt in Paris, Berlin und anderswo bemüht sind, politisch oder wirtschaftlich Leichtgläubige zu finden, die ihnen Vorschüsse auf später in einem im Emigrantensinn „wiederhergestellten" Rußland zu empfangende Vorteile geben. Diesen Projektenmachern, die in Rußland, so wie es seit der bolschewistischen Revolution geworden ist, gar keinen Boden haben, ist es nicht bestimmt, dort zukünftig noch eine Rolle zu spielen. Auf die Frage, was hinter dem Bolschewismus in Rußland wird, antworten gute Kenner in der Regel (und mit Recht!): zunächst ein Chaos. Wer aber wird imstande sein, Rußland einmal aus diesem Chaos herauszuführen? Ueber dies Problem äußerte sich vor kurzem in einer größeren Gesellschaft ein eben aus Sowjetrußland zurückgekehrter russischer Ingenieur. Die Unterhaltung war schon im Gange als ich hinzu kam, und ich wurde mit den Worten begrüßt: Dieser Herr sagt etwas ganz Merkwürdiges: Die Genossenschaften werden hinter dem Bolschewismus in Rußland die Macht übernehmen und wieder geordnete Verhältnisse herstellen! Ich erwiderte: Wenn der Herr das sagt, so ist er ein wirklicher Kenner Rußlands. Wir wollen ihn bitten, daß er uns noch mehr erzählt.

Was sind russische Genossenschaften? Hierüber ist im vorigen Jahr eine kleine, aber ausgezeichnete Arbeit erschienen: Dr. Bruno Hahn: Die neueste Entwicklung des Genossenschaftswesens in Rußland*). Damit zu vergleichen ist Hermann v. Rosen: Das Genossenschaftswesen im heutigen Rußland im Januarheft der „Deutschen Rundschau" 1921. Rosen hat von den Leistungen und der Leistungsfähigkeit des Bolschewismus eine falsche

*) Heft 11 der „Tagesfragen der Auslandswirtschaft" Leipzig 1920

Digitized by Google

Vorstellung, und seine Zahlen und Daten sind vielfach nicht richtig; aber im ganzen trifft auch sein Urteil den Kern unserer Frage, indem er sagt: Die Genossenschaften sind Erben des Bolschewismus. Hahn skizziert mit wenigen Sätzen die Anfänge des russischen Genossenschaftswesens, etwa seit 1860; er betont, daß es schon bis zur ersten Revolution 1905 zwar Schwankungen und Rückschläge gab, im allgemeinen jedoch kraftvolles Wachstum, und fährt dann fort (S. 3 ff):

Dann kam die Revolution 1905 und mit ihr der große Wendepunkt für die Genossenschaften. Der bisherige erstickende Druck von oben war gebrochen. In der Reichsduma war eine Förderin erstanden. Die russische Intelligenz, enttäuscht durch das Mißlingen der politischen Revolution, wandte ihr ganzes Können und ihre ganze Liebe dem Genossenschaftswesen zu, in dem sie eine Selbsttätigkeit und eine Selbsterziehung des Volkes zu erkennen begann. Die unermüdliche Vorarbeit der russischen Selbstverwaltungsorgane, der Semstwos, auf dem Gebiete der Volksschulen und der wirtschaftlichen Aufklärung begann Früchte zu tragen und schuf die geistige Vorraussetzung für den genossenschaftlichen Zusammenschluß. Und auch die Regierung begann jetzt die junge Bewegung zu fördern, nachdem durch Stolypin das Schaffen eines kräftigen, auf eigenem Grund und Boden sitzenden Bauernstandes, und die Erziehung dieses Bauernstandes zu produktiveren, höheren Wirtschaftsformen zur Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitk geworden war. . .

In mächtigem Aufschwung ging es jetzt empor. Ein immer dichter werdendes Netz von Genossenschaften begann Rußland zu überspannen 1905 gab es in ganz Rußland 3500 Genossenschaften, 1910: 13419, 1912: 18083 mit 5,76 Mill. Haushaltungen als Mitglieder, 1914 bestanden bereits 31050 Genossenschaften. Der Charakter einer das ganze Volksleben erfassenden, durchdringenden und umgestaltenden Volksbewegung war damals bereits erreicht. Krieg und Revolution förderten die neue Bewegung mächtig Im raschen Wachstum ging die Bewegung weiter, immer neue Kreise der Bevölkerung erfassend und organisierend. 1915 war die Zahl der Genossenschaften bereits auf 35659 gestiegen, 1916 auf 43737, 1917 auf 47287. Im August 1917 waren auf der Genossenschaftskonferenz in Moskau bereits an 50000 Genossenschaften vertreten, die über 15 Mill Haushaltungen repräsentierten. Am 1. Januar 1918 gab es bereits 54400 Genossenschaften. Heute wird die Mitgliederzahl (an Haushaltungen) auf 22 Mill. angegeben. Mehr als ein Drittel, wenn nicht gar die Hälfte der Gesamtbevölkerung Rußlands ist heute bereits genossenschaftlich organisiert. Es gibt wohl kaum noch ein russisches Dorf, das von der Genossenschaftsbewegung nicht direkt oder indirekt erfaßt wäre.

Neben diesen Daten Hahns, deren nähere Erläuterung im einzelnen in seiner Schrift selbst nachgelesen werden muß, stelle ich zunächst, um eine weitere Grundlage für unser Urteil zu gewinnen, das Resumé, mit dem Rosen seinen Aufsatz in der „Deutschen Rundschau" schließt. Er sagt von den Genossenschaften:

Soweit wir nach den spärlich fließenden Nachrichten aus Rußland urteilen können werden sie vor allem die Grundlage bilden, auf der ein wirtschaftlicher Wiederaufbau Rußlands möglich erscheint, nicht aber, wie Dr. Alfons Goldschmidt glauben machen will, die Maßnahmen der Sowjetregierung und ihr „Oberster Volkswirtschaftsrat" Die Genossenschaften haben der rücksichtslosen Gewaltherrschaft der Bolschewiken, der stählernen Energie des Diktators Lenin und dem zähen Fanatismus des Ostjudentums erfolgreich Widerstand leisten können. Denn während die Bolschewiken ihr Gebäude

Digitized by Google

mit dem Dachfirst begannen, d. h. mit dem Versuch, das Land zunächst mit einer dekadenten proletarisierten Kultur und Kunst zu beglücken, haben die Genossenschaften das solide Fundament zum Bau gelegt. So haben sie moralisch jedenfalls gesiegt und sie müssen auch weiter siegen, weil sie nicht den abstrakten Theorien wirklichkeitsblinder Fanatiker, sondern den natürlichen Bedingungen und Entwicklungsgesetzen folgen. Und wie sich die politische Zukunft Rußlands auch gestalten mag, ob es zu einer schroffen Reaktion kommt, ob sich ein monarchisch-imperialistischer oder demokratischer Bauernstaat bildet, jedenfalls werden die neuentstandenen Kooperativen ihren Platz behaupten.

Man kann noch ein Stück weiter gehen, als es Rosen hier tut. Seine Alternative: „ob sich ein monarchisch-imperalistischer oder demokratischer Bauernstaat bildet" — gilt, wie die Dinge im heutigen Sowjetrußland liegen, nur theoretisch. In Wirklichkeit kommt nur ihre zweite Hälfte, der demokratische Bauernstaat, in Frage, und zwar voraussichtlich auf dem Wege über die Genossenschaften, die ganz überwiegend bäuerlicher Natur sind. Man kann geradezu sagen, daß der russische Volksgeist nur nach einer einzigen Seite konstruktiv begabt ist, und das eben ist die genossenschaftliche. Auch hierauf findet sich der Hinweis bei Hahn. Noch ausgesprochener als für das großrussische, gilt das für das ukrainische Volk. Hahn weist mit Recht darauf hin, daß die Genossenschaften in der Ukraine schon vor dem Kriege „das ganze Volksleben erfaßten und durchdrangen". Er bemerkt, daß in der Ukraine das Genossenschaftsnetz noch dichter (und älter!) ist als in dem früheren europäischen Gesamtrußland. In diesem gibt es durchschnittlich eine Genossenschaft auf etwas über 6000, in der Ukraine schon auf nicht ganz 5000 Einwohner. Sehr wichtig sind folgende Sätze bei Hahn (S. 20), die ich wörtlich gebe:

Das schon vor dem Kriege bestehende Zusammenschlußstreben der Genossenschaften in der Ukraine stieß auf noch härteren Widerstand der Regierung als im sonstigen Rußland, weil die Regierung, lange bevor weitere Kreise auch nur eine Ahnung von der Existenz einer ukrainischen Bewegung hatten, diese Bewegung kannte und fürchtete. Erst Krieg und Revolution machten den Weg für den Zusammenschluß frei. Die Zahl der ukrainischen Genossenschaftsverbände wuchs von 7 im Jahre 1915 auf 250 am Jahresende 1918. Die Loslösung der Ukraine von Rußland Ende 1917 brachte sodann den Zusammenschluß zu großen ukrainischen Zentralverbänden, die von keiner Unterordnung unter die Moskauer Zentralen wissen wollten. Drei große Zentralverbände entstandene der Dniprosojus als die Zusammenfassung der Konsumgenossenschaften, die Ukrainbank als die Zusammenfassung der Kreditgenossenschaften und der Zentralverband als die Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

In den ukrainischen Genossenschaften ist die politische Selbständigkeit der Ukraine vorbereitet worden. Die Führer der Genossenschaften waren zugleich die Führer der ukrainischen nationalen Bewegung. Als nach dem Zusammenbruch des russischen Gesamtstaates die Ukraine ihre Selbständigkeit erklärte, konnte sofort ohne allgemeine Wahlen, die technisch bei der eingetretenen Auflösung gar nicht durchzuführen gewesen wären, eine Art von ukrainischem Volksparlament aus den Genossenschaftsdele-

Digitized by Google

gierten gebildet werden. Auch das gehört zu den Dingen, die unsere Politiker, die bloß schreibenden wie die verantwortlichen und maßgebenden, wissen müßten, wenn sie sich mit osteuropäischen Problemen beschäftigten. Es kann leicht sein, daß wir, wenn die Bolschewistenherrschaft eines Tages weichen muß, in Moskau etwas Aehnliches erleben, wie es seinerzeit in der Ukraine geschah: daß sich die bäuerlichen Genossenschaftsvertreter einfach auf die Stühle Lenins, Trotzkis und ihrer Kommissare setzen, das bisherige Sowjetrußland zu regieren anfangen und ein schleunigst zusammenberufener Delegiertentag der russischen (nicht etwa auch der ukrainischen!) Genossenschaften *als erstes nachbolschewistisches russisches Parlament in Funktion tritt.*

Das soll keine Prophezeiung für den Verlauf der Dinge im einzelnen sein, sondern nur eine Richtlinie zum Nachdenken darüber, welchen Weg die Entwicklung in Sowjetrußland möglicherweise einschlagen wird, und wie Rußland aus der vollkommenen politischen und wirtschaftlichen Anarchie herauskommen kann, in die es der Bolschewismus gestürzt hat. Man darf sich nicht vorstellen, daß mit der Uebernahme des bolschewistischen Erbes durch die genossenschaftlichen Organisationen die Ordnung in Rußland alsbald wiederkehren und die Produktion in solchem Maß wieder beginnen wird, daß in Kürze Güteraustausch mit Europa in nennenswertem Umfang aufgenommen werden kann. Bis dahin wird es, bei der absoluten Zerstörung der russischen Wirtschaft und bei der Armut Groß-Rußlands an natürlichen Werten des Bodens, noch lange dauern. Wiederum steht es anders und günstiger in der Ukraine, die in dem Ackerboden der schwarzen Erde einen unermeßlichen Schatz besitzt und außerdem über erhebliche mineralische Reichtümer verfügt. Aus diesem Grunde denkt dort auch niemand daran, sich zukünftig mit dem bis auf den Grund verarmten Groß-Rußland zu verbinden, um dies mit ukrainischen Säften zu nähren. Das denken nur großrussische Bolschewisten, großrussische Emigranten und schlecht unterrichtete Politiker im Auslande, namentlich in Deutschland. In dem Augenblick, wo das bolschewistische Regime in Moskau aufhört, ist auch die Ukraine wieder frei und selbständig. Die ukrainischen Genossenschaften werden dann ein sofort bereites und wirksames Organ für den Werteaustausch mit dem Auslande sein, und wenn man will, so kann man sich in Deutschland schon jetzt die Vorteile davon sichern. Aus dem Einrücken der *russischen* Genossenschaften aber in dem hinter dem Bolschewismus zunächst verbleibenden politisch leeren Raum, wird als *Erstes* (was später kommt, kann niemand übersehen) die *russische Bauerndemokratie* entstehen, die sich Organe zum Wiederaufbau einer vielleicht sehr primitiven, aber für den erstrebten Zweck doch leistungsfähigen Verfassung einer Verwaltung und Wirtschaft schafft. Es ist möglich, daß in diesem Wieder-

Digitized by Google

aufbau auch die noch vorhandenen zerstreuten Trümmer der früheren Semstwoorganisation, soweit sie sich den Bauern zur Verfügung stellen, mit eingehen, und daß Persönlichkeiten aus dieser Schicht sich an der Führung beteiligen. Das könnte aber nur so weit stattfinden, wie es noch alte Semstwoleute, die nicht geflohen, verhungert oder ermordet sind, in Rußland gibt. Das ganze Emigrantentum dagegen wird, wenn es die Gelegenheit benutzen und seine Ansprüche auf „Wiederherstellung" seiner früheren Interessen in dem zukünftigen Rußland anmelden will, nichts zu erwarten haben als einen „Fußtritt" zur Rückbeförderung über die Grenze.

„Republik und Monarchie". — „Reich und Preußen".

Von Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D.

In der Januar-Nummer der „Deutschen Nation" wurden interessante Anregungen zur Entwicklung des deutschen Verfassungslebens veröffentlicht. Wir haben den Schöpfer der Weimarer Verfassung gebeten, mit ihnen sich auseinanderzusetzen. Die Schriftleitung.

Unter diesen Stichworten bringt die Januar-Nummer der Zeitschrift „Die deutsche Nation" zwei Beiträge „Zur Zeitgeschichte", die zu einigen Bemerkungen Anlaß geben, obgleich oder gerade weil wir ihren Grundgedanken durchaus zustimmen.

Der Verfasser geht von dem kläglichen Eindruck aus, den das deutsche Gezänk um Monarchie und Republik im ganzen Auslande mache. Den Sozialdemokraten hält er vor, daß sie durch mehr Staatspolitik und weniger parteitaktische Agitationspolitik die beste Propaganda für die Republik machen können. Die Führer der Rechten will er „nicht für so dumm halten, daß sie nicht wüßten, daß die Wiedereinführung der Monarchie heute nicht nur den Bürgerkrieg, sondern auch die Zerfleischung des Reiches und seiner nationalen Einheit bedeute. . . . Kann da nicht von jedem nationalen Deutschen verlangt werden, daß er die Republik wenigstens als nationale Notwendigkeit anerkenne? Kann da nicht jedem Propagandisten der Monarchie . . . . vorgeworfen werden, er treibe nicht Politik, sondern eine völlig leere und den nationalen Interessen widersprechende Agitation?" Aber freilich, meint der Verfasser, „die sinnlose Agitation wird erleichtert durch die nicht zu leugnende innere Unfertigkeit der Weimarer Verfassung." Das leitet zu dem zweiten Artikel über; denn tatsächlich ist jene „innere Unfertigkeit" gleichbedeutend mit der Ungelöstheit des Problems: Reich und Preußen. Darauf läuft auch ganz richtig der Inhalt des Artikels hinaus, wenngleich der Verfasser im Anfang eine kurze Reverenz macht vor der Doktrin von dem Gegensatz zwischen „Parlamentarismus und Föderalismus", einer Doktrin, die unter der Autorität Bismarcks jahr-

Digitized by Google

zehntelang unablässig den deutschen Gehirnen eingehämmert worden ist zu dem bewußten Zweck, im Namen eines unwahren Föderalismus die notwendige Entwicklung des Parlamentarismus zu verhindern.

Nun besteht aber zwischen der Ungelöstheit des Problems „Reich und Preußen" und der vom Verfasser richtig gekennzeichneten, scheinbar ziellosen monarchistischen Agitation noch ein innerer Zusammenhang, den der Verfasser nicht zu sehen scheint, jedenfalls nicht hervorhebt. Jene Agitation ist nur scheinbar ziellos; in Wahrheit hat sie das mit demagogischen Künsten verfolgte Ziel, Befestigung und Ausbau der jetzigen Staatsordnung in Reich und Ländern um jeden Preis, auch um den der weiteren nationalen Zerrüttung zu verhindern. In den Monaten nach der Revolution wagte sie es noch nicht wie jetzt, unmittelbar auf dieses Ziel loszugehen; sie hetzte nicht gegen Demokratie und Republik, bekannte sich sogar zum Parlamentarismus. Aber als damals die Frage: Reich und Preußen, die zu jener Zeit vor dem Versailler Frieden — ähnlich wie die österreichische Anschlußfrage — wohl noch lösbar war, klar und entschieden aufgeworfen wurde, erkannte die Reaktion mit dem Scharfblick des Hasses die Möglichkeit, hier eine wichtige Voraussetzung für die Festigung und Konsolidierung des neuen Reiches zu verhindern. Mit des Basses Grundgewalt erhob sie das Kampfgeschrei von der „Zerschlagung Preußens" und fand auch weit außerhalb ihrer Reihen in Mengen gute Leute und schlechte Musikanten, die eifrig mitschrieen. Daß die anderen größeren Einzelstaaten, namentlich die süddeutschen, die die preußische Hegemonie verabscheuten und immer noch fürchteten, gern in jenen Chor mit einstimmten, ist sehr begreiflich. Denn erstens ist eben die kräftige Abneigung gegen die preußische Hegemonie das wirksamste Reizmittel ihres „Staatsbewußtseins"; dafür ist ihnen die Existenz Preußens unentbehrlich. Und zweitens wird dieses „Staatsbewußtsein" mächtig durch die Tatsache gehoben, daß sie de iure die Pairs des großen Preußen sind. Man brauchte weder an den Rechten noch an den Gebieten dieser Mittelstaaten auch nur das Geringste zu ändern; und doch wäre ihr Wesen völlig geändert, sobald sie nicht mehr neben Preußen, sondern nur noch etwa neben Hannover oder Rheinland oder Schlesien ständen.

Halten jene inneren Verhältnisse die Lösung des preußischen Problems verhindert, solange sie die äußeren Verhältnisse noch ermöglichten, so wurde auch von dieser Seite her durch den Versailler Frieden und seine Folgeerscheinungen die sofortige und endgültige Lösung unmöglich gemacht. In diesem Punkte mußte also allerdings die Reichsverfassung von Weimar „unfertig" bleiben und sich damit begnügen, durch den aus zahllosen mühseligen Kompromissen hervorgegangenen Artikel 18 einen mühseligen und viel verschlungenen Weg zu zeigen, der vielleicht allmählich an das Ziel heranführen mag, das im ersten Anlauf zu nehmen

Digitized by Google

dem deutschen Volke leider politische Einsicht und Schwung oft gefehlt hatte. Inzwischen macht sich die Ungelöstheit des Problems „Reich und Preußen" freilich Tag für Tag störend, reibend und hemmend bemerkbar und kann doch nicht mit einem Schlage gelöst werden. Oder zeigt vielleicht der Artikel der „Deutschen Nation" eine Möglichkeit alsbaldiger Lösung?

Der Verfasser hat Recht: „Das Nebeneinander der beiden Regierungen, der beiden Parlamente, der Kampf der Bürokratien ist unerträglich. Es geht nicht an, daß wegen der einfachsten Kleinigkeit erst in .... gemeinsamen Kabinettsitzungen eine mühevolle Einigung gesucht werden muß. Hier muß Wandel geschaffen werden, sonst kann zwar fortgewurschtelt, aber nicht regiert werden." Wenn er als „das Erste, was not tut, die Wiederherstellung paralleler Koalitionen und Kabinette im Reiche und in Preußen" bezeichnet, so mag das politisch wünschenswert sein; aber daß damit die Frage nicht gelöst ist, sagt auch der Verfasser. Die Reibungen waren schon vorhanden, als noch die gleiche Parteikonstellation hier und dort bestand; die Reibungen zeigen sich auch zwischen Reichs- und preußischen Ministern, die einer und derselben Partei angehören; die Fraktionen der gleichen Parteien im Reichstag und im preußischen Landtag stehen nicht gerade selten unter dem Einfluß verschieden nuancierter politischer Stimmungen. Die wirkliche Lösung müßte also eine organisatorische sein. Als solche schlägt der Artikel vor: Beschleunigte Durchführung der Provinzial-Autonomie im Sinne der neuen preußischen Verfassung und des jüngst veröffentlichten Autonomie-Entwurfs. „Die nicht auf die Provinzen zu verteilenden großen Gesamtaufgaben des preußischen Staates sind von einem Reichsminister für Preußen zu leiten, der als Chef der von ihren Staatssekretären zu führenden preußischen Ministerien Mitglied des Reichskabinetts ist; als Parlament können ihm an Stelle des preußischen Landtags die in Preußen gewählten Mitglieder des Reichstags gegenübergestellt werden. Da so Preußen im Reichskabinett vertreten ist, können die preußischen Reichsratsstimmen auf die Provinzen übergehen."

Daß das schließliche Resultat der Entwicklung — falls uns äußerer Druck und innere Verhetzung überhaupt eine natürliche Entwicklung vergönnten —, ungefähr soundso ähnlich aussehen wird, ist auch meine Ueberzeugung. Für unmöglich aber halte ich es, dieses Resultat alsbald durch einen Akt der Gesetzgebung vorweg verwirklichen zu wollen, vollends etwa, wie es dem Verfasser des Artikels vorzuschweben scheint, durch eine entsprechende Aenderung der Weimarer Verfassung. Ich spreche nicht lediglich pro domo; manche Bestimmungen in dieser Verfassung könnte ich mir auch anders und besser denken. Aber jeder Versuch, jetzt oder in absehbarer Zeit an die grundlegenden organisatorischen und prinzipiellen Verfassungsbestimmungen zu rühren, bedeutet schlankweg poli-

Digitized by Google

tischen Selbstmord für alle Richtungen, die eine Befestigung und Konsolidierung unserer staatlichen Ordnung erstreben; bedeutet eine unverantwortliche Begünstigung der reichszerstörenden Agitationen der Rechten und äußersten Linken. Man würde nach dem ersten solchen Schritt sein blaues Wunder erleben. Auch der Verfasser des Artikels, wenn er meint: „Die süddeutschen Staaten haben keinen Grund, einen Minister für Preußen und seine Zugehörigkeit zum Reichskabinett zu beargwöhnen.“ Ob sie Grund dazu haben oder nicht, ist ziemlich gleichgültig; sicher aber würde der Versuch einer solchen Aenderung der Reichsverfassung sofort einen Gegenstoß auslösen, um das, was die Verfassung an Reichseinheit geschaffen hat, aus den Fugen zu reißen. Ein recht wirksames Argument liefert ja der Verfasser selbst, indem er „die Anpassung der Weimarer Verfassung an den Grundgedanken der Bismarckschen Lösung“ fordert; „freilich in einer neuen Form“. Diese „neue Form“ ist keine neue Form; sondern das polare Gegenteil des Bismarckschen Gedankens, der die preußische Hegemonie pur et simple war. Die Gegner werden aber den gutgläubigen Verfasser beim Wort nehmen und mit glänzendem Erfolg diese „neue Form“ der preußischen Hegemonie bekämpfen und zugleich die Beschwörung des Bismarckschen Geistes ausnutzen, um der parlamentarischen Demokratie in Deutschland das Rückgrat zu brechen.

Eine andere Frage ist es, ob sich nicht ohne jede Verfassungsänderung und ohne jede gesetzliche Festlegung, rein politisch im Einzelfall, und auf Widerruf bei veränderter politischer Situation, eine gewisse personale Verbindung zwischen Reichs- und preußischer Regierung zunächst einmal herstellen läßt. Keine Bestimmung der Reichs- oder preußischen Verfassung verbietet, daß ein und dieselbe Person zum Mitglied des Reichsministeriums und des preußischen Staatsministeriums ernannt wird, sofern und solange die Mehrheitsverhältnisse in beiden Parlamenten nicht entgegenstehen. Jedenfalls wäre eine solche tatsächliche Kombination „angebrachtermaßen“ und bis zu einer etwaigen Aenderung der politischen Lage weit eher und gefahrloser durchzuführen, als eine prinzipielle Festlegung im Wege der Verfassungsänderung. Ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit wird sich auch in dem Maße immer deutlicher zeigen, je weiter und weitherziger eine ernsthafte Provinzialautonomie praktisch verwirklicht wird, und der dadurch verminderte Umfang der übrigbleibenden Funktionen der preußischen Zentralregierung sich klar überblicken läßt. Dann mag sich auch die Beseitigung des unleidlichen Dualismus von Reichstag und preußischem Landtag etwa in dem Sinne durchführen lassen, den schon im Anfang des früheren Reiches ein freikonservativer Antrag andeutete, und den der Verfasser des Artikels wieder aufnimmt. Die Voraussetzung solcher gedeihlicher Entwicklung ist es, daß es den Verteidigern

Digitized by Google

der jetzigen Staatsordnung gelingt, ihr Zeit und Raum zur Entwicklung zu schaffen gegen den Druck von außen und die staatszersetzende Agitation der Rechten und Linken.

Die Flaggenfrage

Von Dr. Theodor Heuß

Von der deutschen Volkspartei ist die Anregung ausgegangen, die Farbenfrage des Deutschen Reiches wieder aufzunehmen. Da die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit, die Schwarz-Rot-Gold abschaffen würde, im gegenwärtigen Reichstag nicht vorhanden ist, soll ein Volksentscheid angerufen werden. Das Gesetz über den Volksentscheid liegt augenblicklich beim Reichsrat; wenn es vom Parlament verabschiedet sein wird, kann der Versuch gemacht werden.

Die politische Zweckmäßigkeit des Vorschlags ist in der Presse-Erörterung hin und her gewendet worden. Einflußreiche demokratische Stimmen haben sich für die Aenderung des Schwarz-Rot-Gold ausgesprochen, weil sie in der Rückkehr zu Schwarz-Weiß-Rot eine Entlastung der innerpolitischen Atmosphäre von einem irrationalen Gefühlsmoment erwarten. Der Abgeordnete Dr. Stresemann hat in der „Täglichen Rundschau" das ganze Farbenproblem aufgerollt und es erfreulicherweise sehr viel ruhiger behandelt als seinerzeit in der Wahlagitation, bei der der Farbenwechsel einen seiner agitatorischen Hauptschlager bildete.

Für Schwarz-Weiß-Rot spricht, um das Imponderabile der Gefühlsbetonung zunächst zu vernachlässigen, die banale Tatsache, daß an Tagen, da geflaggt warden soll, bei den meisten Leuten eben nur diese Farben, alter Bestand, vorhanden sind. Auch sie haben sich nur langsam, gegen die Landesfarben, durchgesetzt; nun hatte man sie und Stoff ist — teuer geworden. Bedeutsamer ist die Rücksicht auf die Auslandsdeutschen; zwar blieb die alte Farbenwahl in der Handelsflagge, aber Auslandsdeutschtum heißt nicht nur Seeverkehr und Hafenplatz.

Es soll nicht breit erörtert werden, was der positive Sinn von Schwarz-Rot-Gold war, den Farben, die dann im Wahlkampf „internationale Judenfahne" genannt wurden. Ihre anständigen Gegner erkennen heute an, daß unter ihnen die nationale Einigung aller Deutschen sich vollziehen sollte, denn im alten Oesterreich war Schwarz-Rot-Gold die deutsche Fahne, trotz, nein gegen Habsburgs Schwarzgelb. Ja, wäre in Wien und Berlin gleichzeitig die neue alte Fahne gehißt worden, dann hätte sie ihre nationale Weihe erhalten. Es kam anders. „Die Hauptvoraussetzung .... ist nicht mehr vorhanden. Groß-Deutschland ist nicht geworden.... Die Entente hat dem deutschen Volk dieses Selbstbestimmungsrecht vorent-

Digitized by Google

halten, und damit ist Schwarz-Rot-Gold nicht mehr Sinnbild der Erfüllung einer neuen Volksgemeinschaft." So schreibt Dr. Stresemann.

Ich kann die Logik der Schlußfolgerung nicht ganz anerkennen. Volksgemeinschaft ist etwas, was außerhalb des Gewaltspruchs der Entente liegt, denn sie ist gegeben, wenn nur wir sie erfühlen und erfüllen. Die staatliche Bindung konnte die feindliche Uebermacht aussprechen, nicht mehr. Sehen wir zu, daß Groß-Deutschland, „das nicht geworden ist", Ziel bleibt, dann wird Schwarz-Rot-Gold zur Trutzfahne gegen die Entente werden, gegen die Entente und die habsburgische Restauration. Dr. Stresemann hat wenig Talent zum Kleingläubigen; ich nehme an, daß auch er innerlich von der deutschen Volksaufgabe einer umfassenden staatlichen Nationaleinheit ergriffen ist. Dann mußte er abwägen, wie solche Worte, wie solche Anregungen jenseits der Grenze wirken können, wo der großdeutsche Gedanke der Masse schlechthin als Rettung erscheint, während die Entente-Agenten und Habsburger verkünden: Deutschland will euch ja gar nicht.

Doch kommt es heute auf die Erörterung der großen nationalstaatlichen Frage weiter nicht an. So sehr sie, und damit die Flaggenentscheidung, an Gefühle rührt, die, so oder so, der Politiker nicht völlig unberücksichtigt lassen kann, so scheint mir notwendig, das Gefühlsmoment auszuscheiden und ganz nüchtern zu fragen: Ist es zweckmäßig, jetzt die Flaggenfrage zu einem Gegenstand des Volksentscheids machen zu wollen? Die Anhänger dieses Vorschlags, wenn man Dr. Stresemann als ihren Sprecher nehmen darf, glauben, daß nicht Parteileidenschaften aufgereizt werden, sondern der Vorgang „Zurückführung zur Volkseinheit" bedeutet. Dr. Hergt hat für die Deutschnationalen bereits abgelehnt. — Schwarz-Weiß-Rot ist ihnen offenbar für die Republik nicht mehr passend. Es soll, wie bei Kapp, monarchistische Restauration einleiten.

Ich habe den Eindruck, daß die Anregenden, indem sie ihre Stellungnahme vom Wahlkampf her aufnehmen, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen nicht ganz gewürdigt haben. Ein ungeheurer Apparat wird notwendig sein, um die Millionen Unterschriften zusammenzubringen, die das Volksbegehren, ein Zehntel aller Stimmberechtigten, braucht. Dann aber liegt die Entscheidung nicht in der einfachen Mehrheit, sondern in einer qualifizierten; nur wenn über fünfzig Prozent nicht der Abstimmenden, sondern der Stimmberechtigten den Gesetzentwurf annehmen, ist er Gesetz geworden. Bevor der Volksentscheid zur Ausführung gelangt, hat die Regierung dem Reichstag das (genügend unterstützte) Volksbegehren zur Abstimmung vorzulegen. Die notwendige Zweidrittelmehrheit ist heute nicht vorhanden. Der Volksentscheid, wenn er Erfolg haben sollte, würde also gegen den Reichstag ausfallen.

Nun braucht man ja gewiß nicht das Parlament als Inbegriff der politische Weisheit zu nehmen; seine Stellung aber bewußt zu schwächen,

Digitized by Google

ist heute ein geradezu gefährliches Unternehmen, da wir noch mühselig genug um unsere staatliche Konsolidierung kämpfen.

Dazu tritt ein anderes: ist es richtig, den komplizierten Apparat des unmittelbaren Volksentscheids damit einzuleiten, daß man ihn vor eine Frage stellt, die fast ausschließlich an das Gefühl sich wendet? Wenn wir uns nicht täuschen, wird gerade auch in der Umgebung von Dr. Stresemann, wo man „realpolitisch" denkt, gerne von der „unseligen politischen Ideologie der Deutschen" gesprochen, wobei man lobend auf die angelsächsischen Länder hinweist. Kann sich jemand vorstellen, daß man drüben über eine solche Frage Volksleidenschaften aufwühlt, (denn ohne dies geht eine polemische Aktion nicht ab)? Nein. Man mag den Weimarer Beschluß für verfehlt halten, und sagen, so etwas hätten die Engländer auch nicht gemacht. Das mag sein. Wenn man aber schon so weit ist, die nationaldeutschen Motive der Farbenänderung billig anzuerkennen, dann sollte man der doppelten Frage nicht ausweichen: Wird man die Deutschen politisch erziehen, wenn man an ihre Gefühle appelliert? und zum andern: Glaubt man, daß der politische Sinn der Deutschen im Ausland (ich rede hier nicht von den Empfindungen der Deutsch-Oesterreicher) sehr respektiert werden wird, wenn die Deutschen sich weiter vor aller Welt um ihre Farben streiten, während sie davon reden, daß sie in der gemeinsamen Arbeit sich finden wollen?

Die Zuspitzung der westungarischen Frage

Von Prof. Dr. Benno Imendörffer.

Der Friede von Trianon ist von der ungarischen Nationalversammlung bereits vor Monaten ratifiziert worden. Unter den Friedensbedingungen kommen vom deutschen Standpunkte die Bestimmungen über den weit vorwiegend von Deutschen bewohnten Teil Westungarns in Betracht, der an Oesterreich abzutreten ist. Mit der verfassungsmäßigen Anerkennung des Friedens hat Ungarn auch die Verpflichtung zur Uebergabe Deutsch-Westungarns an den westlichen Nachbarstaat auf sich genommen. Wenn sich nun endlich die Ententemächte erinnert haben, daß dieser für Oesterreich und für die deutsche Bevölkerung Westungarns so wichtige Punkt des Friedensinstrumentes noch immer nicht erledigt sei und in einer Note die Uebergabe des strittigen Gebietes zunächst an eine Kommission der verbündeten Mächte fordern, so erscheint dies eigentlich selbstverständlich, und es kann höchstens wundernehmen, daß man erst so spät daran gedacht hat.

Ganz anders ist freilich die Auffassung der amtlichen ungarischen Kreise. Hier scheint man aus dem Umstande, daß die Entente sich so lange um die tatsächliche Ausführung dieses Teiles des Vertrages von Trianon nicht gekümmert hat, die Folgerung gezogen zu haben, daß man sich nun

Digitized by Google

der Verpflichtung, die sich aus ihm für Ungarn ergibt, entschlagen könne. Das Bewußtsein, daß man eigentlich, ohne erst eine Mahnung der Gegenseite abzuwarten, mit der Erfüllung feierlich anerkannter Verträge von selbst hätte Ernst machen sollen, ist in Budapest niemandem gekommen. Wer freilich die jüngste Geschichte Ungarns und seines Verhältnisses zu Oesterreich kennt, dem ist dieses Verhalten der magyarischen Machthaber völlig verständlich. Als man im Jahre 1867 den Ausgleich mit Oesterreich geschlossen hatte, meinte man in Wien ein klares Verhältnis zum Staate der heiligen Stefanskrone hergestellt und ein Anrecht auf friedlich-schiedliches Nebeneinanderwohnen erworben zu haben. Statt dessen setzte sehr bald das Bestreben der Magyaren ein, nach und nach, fast Punkt für Punkt, dem Ausgleiche eine Auslegung unterzulegen, die ihn allmählich so umgestaltete, daß die Bande, die die beiden Teile der habsburgischen Monarchie verknüpften, zugunsten Ungarns mehr und mehr gelockert wurden, wobei die Unfähigkeit der österreichischen leitenden Männer und vor allem das aus Aengstlichkeit und dynastischer Selbstsucht gemischte Entgegenkommen des Herrschers die magyarischen Pläne förderten. Man mag in Budapest an diese Erfolge der Vorkriegszeit gedacht haben, als man sich zur stillschweigenden Nichtachtung des Friedens von Trianon in punkto Deutsch-Westungarn entschloß, was einem Vertragsbruche freilich verteufelt ähnlich sieht. Nun, da sich die Entente der scheinbar von ihr ganz vergessenen Angelegenheit wieder erinnert, wird sofort in Ungarn das jederzeit bereitgestellte Requisit einer nationalen Entrüstungsbewegung hervorgeholt, und man macht abermals den Versuch, in den längst ratifizierten Frieden Dinge hineinzuinterpretieren, die weder dem Wortlaute noch dem Geiste nach darin zu finden sind. Welch naive Auffassungen sich in dieser Hinsicht selbst bei alterfahrenen und gewiegten Politikern finden, dafür bietet Graf Albert Apponyi ein Beispiel, der seine Meinung über die neueste Ententenote, die die Herausgabe Deutsch-Westungarns fordert, folgendermaßen zusammenfaßte: Der Wortlaut der Note bedeute insofern eine kleine Entspannung, als die Türe für eine neue Verhandlung offen gelassen werde, da es sich um eine nicht innerhalb kurzer Frist zu erfüllende Forderung handle. Daraus also, daß die Note keine unmittelbar bevorstehende Frist festsetzt, bis zu der Deutsch-Westungarn an die betreffende Kommission übergeben sein muß, folgert ein so routinierter Staatsmann wie Apponyi, daß man auf der Gegenseite geneigt sei, über die ganze Frage nochmals zu verhandeln. Wesentlich aber ist doch, daß es in der Note ausdrücklich heißt, Ungarn habe das strittige Gebiet an die interalliierte Kommission zu übergeben, damit die Schwierigkeiten vermieden würden, die sich aus einem unmittelbaren Uebergange von Ungarn an Oesterreich ergeben könnten und die Kommission werde dann

Digitized by Google

das abgetretene Gebiet an Oesterreich überlassen. Nicht ein Wort von neuerlichen Verhandlungen, die ja auch angesichts des beiderseits ratifizierten Friedens völlig unstatthaft wären. Der alte magyarische Advokatengeist, der seinerzeit mit nimmer müder Rabulistik den Ausgleich vom Jahre 1867 schließlich fast ins Gegenteil verkehrt hat, er ist auch hier wieder am Werke. Ob er freilich diesmal eben solchen Erfolg haben wird, ist mehr als fraglich, denn die Männer der Entente sind nicht k. k. Beamte, was wirklich ein Glück fürs deutsche Volk ist.

Eigentümlich ist in der ganzen Sache das Verhalten der christlichsozialen Partei Oesterreichs oder richtiger, der offiziellen Lenker der Partei. Während ein sehr bedeutender Teil der christlichsozialen Massen, namentlich in den größeren Städten, gleich den Großdeutschen unbedingt auf dem Standpunkte steht, daß die Verträge von Saint Germain und Trianon so wie sie von Oesterreich buchstäblich erfüllt worden sind, nun auch in jenem einzigen Punkte, der für Oesterreich Vorteil bietet, von Ungarn erfüllt werden müssen; während das von Prof. Hugelmann, dem verdienten Führer des nationalen Flügels der Christlichsozialen, herausgegebene Wiener „Deutsche Volksblatt" in erfreulicher Standhaftigkeit für den Anschluß eintritt, bemühen sich dagegen einzelne der maßgebenden Drahtzieher der Partei sowie ein Teil der offiziellen Parteipresse, vor allem die Wiener „Reichspost", die Vorteile eines Verzichtes auf Deutsch-Westungarn der breiten Oeffentlichkeit darzulegen. Immer wieder bringt dieser Flügel der christlichsozialen Presse Aufsätze aus der Feder „christlich-magyarischer" Politiker, die in scheinbarem Wohlwollen für Oesterreich ausführen, daß der Anschluß für diesen Staat gar keine Vorteile, dagegen schwere Nachteile die Menge biete. Die dabei offenbar planmäßig vereinbarte Argumentation, die mit ermüdender Eintönigkeit immer wiederkehrt, ist dieselbe, die kürzlich eine vorgeblich „deutsch-ungarische" Abordnung in Wien bei sämtlichen maßgebenden Politikern und Amtsstellen vorgebracht hat. Dieser Gedankengang erschöpft sich im wesentlichen in folgenden Sätzen: Das innerungarische Deutschtum, das in der Nähe der Hauptstadt, am Bakonyer Walde, am Südrande des heutigen Kleinungarns usw. zerstreut wohne, werde in seinem nationalen Gewichte unerhört, geschwächt und widerstandslos gegen die Magyarisierung gemacht, wenn das geschlossene deutsche Sprachgebiet im Westen des Landes abgerissen werde. Die Abtretung Deutsch-Westungarns an Oesterreich werde aber auch zwischen beiden Staaten dauernde Feindschaft zur Folge haben und die äußere Politik Ungarns werde dauernd eine deutsch- und österreichischfeindliche Einstellung erfahren. Die in Ungarn zurückgebliebenen Deutschen aber würden die begreifliche Mißstimmung des Magyarentums um so bitterer zu fühlen bekommen und werde sich national nicht behaupten können. Endlich verfehlt man nicht, in völliger Umkehrung der Tatsachen zu behaupten, es sei eine große Täuschung, zu

Digitized by Google

glauben, daß Deutsch-Westungarn eine wirtschaftliche Stärkung Oesterreichs bedeuten könne, es sei vielmehr ein passives Gebiet, das auf Zuschübe aus Innerungarn angewiesen sei. Ebenso sei es nicht richtig, daß die deutsche Bevölkerung Westungarns nach Oesterreich Verlangen trage.

Es lohnt sich nun kaum, alle diese Beweisgründe einzeln zu widerlegen, es ist bereits hundertmal geschehen. Bewußte Entstellungen der Wahrheit, wie die beiden letzten Behauptungen, richten sich von selbst. Beachtung verdient höchstens der Hinweis darauf, daß die in Ungarn verbleibenden Deutschen durch die Abtretung Westungarns in ihrer nationalen Existens gefährdet und künftiger Magyarisierung ausgesetzt würden. Hierin steckt ein Körnchen Wahrheit, namentlich was den letzten Punkt anbetrifft. Aber es muß doch festgestellt werden, daß zwischen dem west- und dem innerungarischen Deutschtume — hier Schwaben, dort Franken — niemals irgendwelche engere Beziehungen bestanden haben. Dann aber hat dieses Argument nicht mehr Gewicht, als wenn man etwa bedauern wollte, daß Italien nicht ganz Tirol annektiert hat, damit das Südtiroler Deutschtum nicht so verlassen sei. Was endlich die Gefahr der Brutalisierung und Magyarisierung der innerungarischen Deutschen betrifft, so droht diese in ganz gleicher, ja vielleicht in weit schlimmerer Weise auch den westungarischen Deutschen, wenn sie nun doch noch bei Ungarn verbleiben müßten. In diesem Falle wäre, wie jeder Kenner der magyarischen Psyche bestätigen wird, das Magyarentum bestrebt, jedes deutsche Gefühl in Westungarn zu ersticken, damit dort die einmal aufgetretenen irredenten Gedanken endgültig ausgemerzt werden. Der Verzicht Oesterreichs auf Westungarn bedeutete also unter keinen Umständen eine Rettung für das innerungarische Deutschtum, wohl aber den sicheren nationalen Untergang auch für die Deutschen in Westungarn.

Was nun die angedrohte deutsch- und österreichfeindliche Einstellung der äußeren Politik Ungarns betrifft, so kann man dieser mit Seelenruhe entgegensehen. Die geographische Lage Kleinungarns ist derartig, daß eine solche Politik lediglich selbstmörderisch wirken könnte. Ringsum von feindseligen Staaten: der Tschechoslowakei, Großrumänien und Jugoslawien, umgeben, deren jeder vom Körper der Lande der heiligen Stefanskrone ein Vielfältiges dessen abgerissen hat, was nun an Oesterreich abgegeben werden soll, wird Ungarn früher oder später, wohl oder übel ein freundnachbarliches Verhältnis zum westlichen Nachbarn suchen müssen, wenn nicht aus Herzensneigung, so aus Verstandesgründen. Schließlich aber ist die wirtschaftliche gegenseitige Ergänzung Ungarns und Oesterreichs so groß und kann durch keinen der anderen Anrainer Ungarns ersetzt werden, daß sich ohne Zweifel unter allen Umständen daraus Beziehungen ergeben werden, die alle nationalen und politischen Trübungen überbrücken und überdauern werden. Für Oesterreich aber kommt es darauf an, mit Deutsch-

Digitized by Google

Westungarn einerseits ein wichtiges Gebiet für die Verpflegung der Hauptstadt Wien zu gewinnen, andererseits aber dreimalhunderttausend Deutsche vor der Magyarisierung zu bewahren. Das letzte Wort hat die Entente. Für diese handelt es sich hier um eine Prestigefrage und deshalb darf man hoffen, daß sie Ungarn gegenüber fest bleiben wird.

Abrüstung und Militarismus.

Von Professor Dr. Kurt Wolzendorff (Halle)

Die praktische Bedeutung des Problems der internationalen Abrüstung hat man vielleicht doch bisher unterschätzt, in positiver und negativer Hinsicht. Davon wurde hier schon gesprochen*): auf der einen Seite wird die allgemeine wirtschaftliche Notlage die Völker auf die Frage drängen, ob sie sich die unproduktiven Kosten des Wettrüstens wirklich dauernd leisten können; auf der anderen Seite wird sich dann zeigen, daß das Problem der Rüstungsbeschränkung wesentlich ein technisches — militärisch-juristisches — ist, und zwar ein ungeheuer schwieriges. Inzwischen beginnt beides schon in die Erscheinung zu treten. Während in Amerika eine gewaltige Propaganda für Rüstungsbeschränkung, besonders zur See, einsetzt, macht sich in England eine ganz parallele Stimmung geltend — der Zweimächtestandard wird glatt aufgegeben — und einige Blätter sind so offenherzig, sie damit zu begründen, daß England eben wirtschaftlich nicht mehr in demselben Maße wie Amerika zu einer Steigerung seiner Rüstungen imstande sei. Vorher hat aber schon Frankreich darauf verzichten müssen, sein Heer auf die gewünschte Stärke zu bringen, weil es nicht nur an Qualität und Quantität des Ersatzes fehlt, sondern weil auch die bisherige Dauer der aktiven Dienstzeit für die wirtschaftliche und soziale Gesamtlage nicht mehr erträglich ist. Welche Schwierigkeiten sich bei dem Plan einer Flottenabrüstung für England (Japan und Amerika nicht zu vergessen), herausstellen werden, läßt sich noch nicht sagen. Die notgedrungenen Einschränkungen in der Heeresorganisation Frankreichs zeigen aber bereits jetzt ganz deutlich, wo der Kern der Schwierigkeit stets sitzen wird. Es ist gar nichts neues, es ist, um es mit einem historischen Schlagwort zu kennzeichnen: das Krümperwesen.

Die Auffassung der Rüstungen als einer Versicherung nicht nur äußerlicher sondern auch moralischer Art gegen kriegerische Verwicklungen wurzelt gar zu sicher in der Denkfaulheit — „cavendo ne metuant homines metuendos se efficiunt“ —, als daß sie sobald ganz verschwinden könnte. Wird diese „Versicherung“ eingeschränkt, so wird man daher nach einem Ersatz suchen. An Stelle der preisgegebenen Rüstungen wird man einen Rüstungs-

*) Jahrgang 1920, § 491 ff.

Digitized by Google

ersatz suchen. Und der kann viel gefährlicher sein. Wir haben bisher noch geringe Erfahrung in diesen Dingen. Deshalb wird es gut sein die Belehrung, die uns das Beispiel Frankreichs gibt, nicht unbeachtet zu lassen.

Die französischen Militärs haben den Ausweg gefunden, die Ausbildung von Streitkräften, soweit sie im Heer nicht mehr möglich ist, einfach außerhalb des Heeres vorzunehmen. Man hat eine gesetzliche Verpflichtung zur „Préparation au service militaire" begründet. Es soll zunächst, um die Güte des Ersatzes zu steigern, eine besondere éducation physique stattfinden im Zusammenhang mit dem gewöhnlichen Unterricht an allen Schulen. Daran soll sich die eigentliche Vorbereitung zum Militärdienst schließen in drei Stufen: 1. Vorbildung zum gemeinen Soldaten, parallel laufend mit der éducation physique; körperliche Ausbildung und Einführung in die Grundbegriffe des modernen Krieges. 2. Ausbildung zum Unteroffizier unter Heranziehung der Vereine für militärisches Turnen und Schießen durch Zivil- und Militärlehrer; nach besonderen Richtlinien des Kriegsministeriums. 3. Vorbereitung zum Reserveoffizier in allen höheren Schulen durch besondere Kurse unter Leitung eines Generals in jedem Korpsbezirk und nach Instruktionen des Generalstabes; ein Unterricht, der etwa dem in den früheren deutschen Kriegsschulen entspricht. Die ganze Jugendausbildung steht unter verantwortlicher Leitung der Korpskommandeure. Das ist nur eine Folge aus ihrem ganzen Wesen: sie soll den jungen Mann nicht nur auf den späteren Kasernendienst vorbereiten, sondern vor allem ihm eine durchaus militärische Einstellung seines Geistes geben: Sinn für alle militärischen Dinge und Anreiz für alle soldatischen Funktionen (familiariser les esprits avec les choses de l'armée; les initier et les intéresser aux rôles divers du soldat et du grade).

Frankreich hat zwar auch noch andere Krümperformen ausgebildet, wie die Einrichtung der „centres de rééducation physique et militaire", die — aus Einrichtungen des Krieges zur raschen Herstellung der Frontdienstfähigkeit entstanden — die Aufgabe haben, solche Dienstpflichtige, die bei der Einstellung ärztlich noch nicht vollkommen tauglich befunden waren, in besonderen Kursen voll verwendungsfähig zu machen. (Diese Zentren, je für einen Korpsbezirk bestehend, können jährlich 15 000—20 000 Mann aufnehmen). Aber für unsere Frage sind diese Dinge nicht so wichtig, als jene Einrichtung der militärischen Vorbereitung. Denn sie zeigt, wie man im Zusammenhange mit äußerer Abrüstung, die eine Minderung der Konfliktsatmosphäre schaffen soll, gerade das Gegenteil herbeiführen kann. Diese Maßnahmen bedeuten nicht einen Abbau sondern eine Massierung des Militarismus, wie man sie sich in der Welt bisher

Digitized by Google

überhaupt nicht denken konnte. Unter dem Mantel äußerer, materieller Abrüstung eine Hochkonjunktur innerer, geistiger Rüstung: die ganze männliche Welt der Nation soll von der Jugend an in die Atmosphäre militärischen Treibens und Denkens getaucht werden, in der keine anderen Sonnen leuchten als „Ehre", „militärische Notwendigkeiten", „Subordination", „Bravour" („Schneid") und wie ihre dekorativen Namen alle heißen. Die Namen sind uns ja auch gleichgültig, aber was die Sache bedeutet, wissen wir leider jetzt alle nur zu gut.

Hier liegt eine der größten Schwierigkeiten der Abrüstungsfrage: man kann bei allgemeiner Wehrpflicht das größte Heer tüchtig erhalten zur Volksverteidigung, ohne es zu militarisieren. Aber man kann auch mit dem kleinsten stehenden Heer bei allgemeiner Wehrpflicht ein ganzes Volk militarisieren. In Preußen hat der Organisator des Volksheeres, Herrman von Boyen, der Idee gelebt, durch den Heeresdienst bürgerlichen Sinn zu wecken. Es läßt sich denken, daß man die allgemeine Dienstpflicht, durch Ausdehnung auf eine Art Vorbereitungsdienst, dazu benutzt, um in Zusammenschließung aller Klassen in körperlicher Uebung und staatsbürgerlichem Unterricht Verständnis für das, soziale und wirtschaftliche Gegensätze überbrückende, Ideal pflichtbegründeter staatsbürgerlicher Genossenschaftlichkeit, volklich-kultureller Gemeinschaft zu wecken. So habe ich das selbst vor langen Jahren vorgeschlagen, und in der Schweiz ist meines Wissens Aehnliches verwirklicht worden. Das würde wie der innerstaatlichen sozialen Befriedung dem zwischenstaatlichen Frieden dienen; denn bürgerliches Denken ist nie für Abenteuerpolitik gestimmt. In Frankreich macht man das Gegenteil: man sucht alles bürgerliche Denken durch militärisches zu ersetzen, daher auch nicht genossenschaftlich zu wirken, sondern an den Klassengeist appellierend; es ist die Stimmung des „Prestiges", die man innerstaatlich wie außenpolitisch erhalten will, jene Stimmung, in der alle noch so wohl durchdachten Befriedungs-Maßnahmen rechtlich organisatorischer Art unwirksam bleiben müssen.

Es ist immer wieder dasselbe: ohne geistige Abrüstung ist keine äußere Abrüstung praktisch möglich. Wie ohne Völkerbundsgeist kein Völkerbund, ohne Völkerrechtsgeist kein Völkerrecht. Gerade deshalb ist geistige Arbeit an den Dingen so unbedingt nötig, wenn die Kulturwelt nicht völlig zugrunde gehen soll. Denn die Erfinder immer entsetzlicherer Massenmordmittel setzen ihre geistige Arbeit auch nicht aus. Gegenüber allen kriegerischen Abwehrkünsten ersinnen die Militärs immer neue Angriffskünste und umgekehrt. Warum nicht endlich ebenso auf Mittel zur Sicherung wirklicher Abrüstung sinnen? Wenigstens für Deutschland ist das jetzt eine sehr viel näher liegende, „realpolitische" Aufgabe.

Digitized by Google

Brief an die „Deutsche Politik“

Deutsche Werke

Von *.*

Vor einigen Wochen hat sich die Oeffentlichkeit und das Parlament mit dem „Kahn-Vertrag“ der „Deutschen Werke“ beschäftigt; dann ist es wieder ruhig damit geworden, aber möglicherweise wird die Angelegenheit noch einmal an die Oeffentlichkeit gezogen werden. Die Frage hat ihre prinzipielle Seite; sie ist ein konkreter Beitrag zu dem Thema „Politik und Wirtschaft“, und um deswillen bringen wir die nachfolgende zusammenfassende Darstellung, die die Schwierigkeiten aufhellt, die sich aus einem solchen Aufgabenkreis, im Kreuzpunkt politischer Strebungen, ergeben. Die Schriftleitung.

Während das Sozialisierungsproblem die Köpfe der Theoretiker und der Parteiführer erhitzt, dürfte es angebracht erscheinen, einmal kritisch zu beleuchten, wie die zur Sozialisierung Anfang 1919 geschaffene Zentralbehörde — das Reichsschatzministerium — und wie die wichtigsten Faktoren der öffentlichen Meinung, Presse und Parlament, sich in einem ganz bestimmten praktischen Fall verhalten haben, wo die Geschäfte einer „sozialisierten“ Unternehmung, nämlich der Deutschen Werke A.-G., Gegenstand öffentlicher Kritik geworden sind.

Wer sind die Deutschen Werke? Das Reich hatte bei Kriegsschluß etwa 20 Heeres- und Marinewerkstätten mit umfangreichen Gebäudeanlagen und technischen Einrichtungen übrigbehalten. Es wußte schlechterdings nicht, was es mit diesen Betrieben anfangen sollte, da keinerlei geeigneten technischen oder kaufmännischen Kräfte zu ihrer Ueberleitung in die Friedenswirtschaft vorhanden waren; jedes Fabrikationsprogramm fehlte, während die über 100 000 Mann starke Belegschaft die überspanntesten Forderungen stellte und von den wirrsten Sozialisierungsideen erfüllt war. In diesen Betrieben wurde damals viele Monate mehr gestohlen als produziert, von den Schiebungen gar nicht zu reden. Besorgt zitterte die alte angestammte Arbeiterschaft um ihre Zukunft, terrorisiert von jungen Exaltados. Gerade diese Betriebe in Spandau, Kiel, München, Dachau bildeten die Brutstätten der gegen die Arbeit der Nationalversammlung gerichteten spartakistischen gewalttätigen Agitation. — Die beiden ersten Reichsschatzminister unternahmen es, gestützt auf Beschlüsse der Nationalversammlung, ein Direktorium zu berufen und eine Verwaltung zusammenzustellen mit dem Ziel, aus diesen bewaffneten und korrumpierten Werken normale Betriebe zu machen, wesentlich beeinflußt durch die Erwägung, daß man die Verschacherung wertvoller Betriebe zu Schleuderpreisen, wie sie damals in Frage gekommen waren, an private Nutznießer verhindern und der alten angestammten Arbeiterschaft die Arbeitsstätte erhalten müsse. Das neu berufene Direktorium brachte es in aller Ruhe fertig, die Betriebe größtenteils für kurze Zeit zu schließen, um sie dann mit der Friedensbelegschaft neu zu eröffnen, die Akkordlöhnung wieder einzuführen und vor allen Dingen die auf die verschiedensten Privilegien pochenden „Staatsarbeiter“ in Industriearbeiter zu verwandeln. Die Staatswerkstätten hörten auf, politische Winkelwerke zu sein, die Leistungen stiegen zusehends, große Kreise der Privatindustrie gewannen Zutrauen und erteilten Aufträge, das für die ersten Jahre mit Sicherheit zu erwartende Defizit blieb

Digitized by Google

ungeahnt niedrig, einige Betriebe rentieren bereits schon heute, Direktoren, Angestellte und Arbeiter verlangten nichts als Ruhe, um in diesem Werke des Wiederaufbaues nicht gestört zu werden. Als Anfang 1920 die ersten Reformen in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten einsetzten, holte man sich aus den Deutschen Werken das Material und die Erfahrungen, um auch in diesem größten Staatsbetriebe Ordnung schaffen zu können.

Eigentlich ist das, was in den Deutschen Werken geschieht, nicht „Sozialismus". Es handelt sich lediglich um eine Aktiengesellschaft, deren Aktien allerdings das Reich besitzt, die aber in ihrer Geschäftsgebarung, auch in ihrer Arbeiterpolitik kein anderes Ziel verfolgte, als sich den Verhältnissen der Privatindustrie anzugleichen. Die Gesellschaft war von sozialistischen, sogar von sozialpolitischen Experimenten weit entfernt und erstrebte nichts anderes, als ruhige Arbeit, Ruhe vor Presse und Parlament, Ruhe vor bürokratischen Einmischungen, Ruhe vor der verfrühten Ausposaunung von Erfahrungen, mochten sie günstig oder ungünstig sein.

Inmitten dieser Entwicklung fand der Reichstag, dessen Senioren-Konvent auch heute noch, ebenso wie vor zehn Jahren, über die zu langsame Fertigstellung des Etats klagt, die Zeit, sich in einer öffentlichen Sitzung und in vier Sitzungen des Haushaltsausschusses mit dem „Kahn-Vertrag" zu beschäftigen. Die Deutschen Werke hatten etwa 15 000 t, überwiegend alte und abgeleierte Maschinen und vielleicht 20 000 t Schrott aus zerstörten Maschinen abzugeben. Der Markt liegt seit Monaten im In- und Ausland darnieder; die Inanspruchnahme des freien Marktes mit diesem umfangreichen Objekt würde niemandem gedient haben, weder der auf vollen Lagern sitzenden Werkzeugmaschinenindustrie, noch den Deutschen Werken, die sich damit die Preise verdorben hätten, noch den zur Zeit mit riesigen Vorräten gesegneten Schrottinteressenten. Nur ein kapitalkräftiger Gegenkontrahent konnte in Frage kommen; er mußte große Erfahrung in der Maschinenverwertung besitzen und durch vorhandene Organisation in der Lage sein, das Objekt in möglichster Ruhe aus dem Markt zu ziehen. Dieser Mann fand sich in dem Maschinenindustriellen Richard Kahn, für den eine erste Großbank in Höhe von 50 Millionen Mark bürgte. An dem Vertrage wirken seitens der Deutschen Werke mit ihr Generaldirektor, eine altbekannte Größe der Schwerindustrie, ein Direktor, der früher eine der bekanntesten deutschen Maschinenfabriken geleitet hat, ein früherer Direktor von Rockefeller, der sich wesentlich aus patriotischen Beweggründen den Deutschen Werken zur Verfügung gestellt hat, und der übliche Sachverständigenapparat. Der Vertrag wird in Zeiten sinkender Konjunktur geschlossen und gewährt nach Annahme der Beteiligten, die das Objekt kennen, dem übernehmenden Konzern, wenn die Sache gut geht, vielleicht einen Bruttogewinn von 9 v. H. von dem auf nicht ganz 100 Millionen Mark geschätzten Objekt: Eine durchschnittliche Maschinenhandlung würde mit diesem Nutzen nicht einmal die Geschäftsunkosten des durchaus nicht leicht verwertbaren Vertragsgegenstandes zu decken in der Lage sein.

Was aber nun? Ohne Wissen der Deutschen Werke hatten sich bereits Konsortien zur Verwertung der Bestände der Reichsgesellschaft gegründet; kein Wunder, daß sie sich „entrüsteten". Ihren Stimmen schließen sich Unternehmungen an, denen die Entwicklung der Werke ein Dorn im Auge ist. Man sammelt Unterschriften zu „großzügiger" Agitation gegen das im Reichsbesitz befindliche Unternehmen. Diese Agitation soll Reichstag und Presse mobil machen und die abgeschlossenen Verträge der Deutschen Werke, möglichst auch das Unternehmen selbst, sabotieren. Welch verlockende Möglichkeiten, wenn in einer Zeit allgemeinen Geschäftsniederganges der Staat einen neuen Ausverkaufsladen eröffnen würde, nachdem das Reichsverwertungsamt so gut wie ausverkauft ist!

Digitized by Google

Diese Agitation wird an den Reichsschatzminister gebracht. Zu spät; nachdem fast unheilbarer Schaden angerichtet worden, hat der Reichsschatzminister eingesehen, es wäre zweckmäßig gewesen, hätte er sich öfter und früher mit dem Vorstand der Deutschen Werke in Verbindung gesetzt. Dr. von Raumer veranlaßt den Aufsichtsrat der Deutschen Werke, einen Ausschuß zur Prüfung des Vertrages einzusetzen. Im Widerspruch mit dem Prüfungsprogramm entstehen auf höchst merkwürdige Weise ohne genügendes Material, vor allem ohne die Motive des Vorstandes und die Verkaufsgegenstände selbst zu kennen, zwei Gutachten, die in die Drucksachen des Reichstages gegeben werden. Nichtsdestoweniger erklärt der Prüfungsausschuß, der die Möglichkeit hat, gegen den Verkauf von 3000 t zu Tagespreisen an Kahn aus dem Vertrage herauszukommen, daß er die Durchführung des ursprünglichen Vertrages vorziehe. Der Wirtschaftsausschuß des Aufsichtsrates beschließt eine Veröffentlichung, daß das Direktorium bestrebt gewesen sei, nach besten Kräften bei dem Vertragsabschluß die Interessen der Gesellschaft zu fördern.

Nunmehr, in Ansehung ihrer Diskretierung, sind gewisse Kreise im Reichsschatzministerium mit allen Mitteln bestrebt, die Kluft zwischen Minister und Gesellschaft zu erweitern, statt sie zu überbrücken. Anstatt den sachlichen Weg zu gehen und den Beschluß des Wirtschaftsausschusses dem Plenum des Aufsichtsrates vorzulegen, wird bewußt dahin gewirkt, daß der in industriellen Vertragsfragen nicht gerade sachverständigste Haushaltsausschuß des Reichstages sich vor dem Aufsichtsrat mit der komplizierten Materie befaßt. In der Aufsichtsratssitzung muß allerdings der in zweifellos gutem Glauben befindliche Reichsschatzminister hören, daß er von Nachgeordneten in entscheidenden Punkten falsch informiert worden ist, und er muß von ihm sehr nahestehender Seite hören, daß es den Interessen der Gesellschaft nicht gerade diente, eine Angelegenheit, die einer sachlichen Erledigung bedurft hätte, zum Parteiköder zu machen. Der Schatzminister stellt nun im Haushaltungsausschuß der Direktion nicht nur hinsichtlich ihres guten Glaubens, sondern auch hinsichtlich ihrer Leistungen eine Ehrenerklärung aus; die Zeitungen schweigen darüber.

Welcher Aufsichtsrat, welche Generalversammlung einer normalen Gesellschaft würde, bei Vorhandensein von Meinungsverschiedenheiten mit dem Vorstand, auch nur annähernd ähnliche Wege gegangen sein? Diese Organe von Gesellschaften der Privatindustrie sind eben an dem Gedeihen ihrer Unternehmung interessiert, sie wissen vor allem, daß jedes Aufbauschen geschäftlicher Vorgänge in der Oeffentlichkeit das untergraben muß, was der Lebensnerv jeder Unternehmung ist, nämlich ihren Kredit. Glaubt jemand, bei der Einbeziehung weiterer Wirtschaftsgebiete in die sogenannte Sozialisierung würde die Behandlung von Streitfällen, insbesondere, wenn mächtige Privatinteressen mitspielen, eine sehr viel andere sein können? Angesichts der mit früher ungeahnter Leidenschaft tobenden wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Auseinandersetzungen werden es die halben Anhänger und ganzen Feinde jeder Regierung erreichen, jedes Unternehmen unmöglich zu machen, an dem das Reich interessiert ist, sofern nicht Parlamente und Presse eine heute geradezu ungeahnte uneigennützige Selbstbeschränkung in der Beurteilung fachlich-geschäftlicher Fragen an den Tag legen sollten. Gar nicht zu reden davon, daß unsere tüchtigen Kaufleute und Techniker noch mehr vergrämt werden, wenn es gilt, ihre wirtschaftliche Tätigkeit in den Reichsdienst zu stellen. Angesichts der raffinierten Feinheit, mit der in Deutschland Sonderinteressen allmählich vertreten werden, war das wahrscheinlich der Zweck des Tobens über den Kahn-Vertrag. Nur mögen die Interessenvertreter nicht glauben, daß auf diese Weise die auf Sozialisierung gerichteten Gedankengänge in den Köpfen des größten Teiles der deutschen Arbeiterschaft zu vernichten sind.

Digitized by Google

Notizen

Zu dem Buche Rosners „Der König" wird uns von einem Mitglied des ehemaligen Kaiserlichen Hauptquartiers geschrieben:

Das Buch ist von einem Dichter geschrieben. Damit sind seine Vor- und Nachteile gegeben, die schwungvolle Sprache und packende Darstellung auf der einen Seite, auf der anderen Seite die dichterische Freiheit in der Gestaltung von Dingen und namentlich Personen, die zurechtgeknetet werden zu dem Zwecke, den „König" in ein möglichst günstiges, die rein menschlichen Sympathien des Lesers wachrufendes Licht zu stellen. Dieser Zweck wird wohl bei den meisten Lesern erreicht sein.

Aber hat Rosner letzten Endes dem „König" und der Monarchie, wie er das doch gewiß wollte, einen nachhaltigen Dienst erwiesen? Ich verneine diese Frage.

Einmal scheint eine Feder, die die Umgebung des Kaisers in seinem Hauptquartier auf das schonungsloseste karikiert unter reichlich weitgehender Ausnutzung dichterischer Freiheit nicht geeignet zu sein, ein ernsthaftes und wirklich treues Bild von dem Kaiser selbst zu zeichnen. Dann müssen wir uns doch fragen: ist nicht der Kaiser selbst für die Zusammensetzung seines Hauptquartiers verantwortlich? Warum umgibt er sich mit solchen Nullen und Narren, wie Rosner sie schildert. Rosner läßt den „Grafen", so ziemlich der einzige passable Mensch im kaiserlichen Gefolge, gegen Ende des Buches sagen: „Kein Volk hat durch ein Menschenalter einen König, den es nicht will". Nun, erst recht hat kein König auf die Dauer eine Umgebung, die er nicht will. Deshalb war es nicht klug von Rosner, diese Umgebung so lächerlich zu machen. Es war aber auch nicht anständig, denn Rosner hatte bei dem wochenlangen Zusammenleben nur Freundliches von allen diesen Herren erfahren, die er nun nicht lächerlich genug machen kann. Er, der so gern Englisches zitiert, hätte an den englischen Spruch denken sollen: "Personal remarks are always rude". Dann hätte er unter anderem sicher nicht von dem „gutmütig-fettsüchtigen Militärkabinett" geschrieben, den er sich vor der Mitfahrt zur Front drucken läßt, weil er am nächsten Morgen beim Rasieren alles noch zeitig genug erfährt. Im übrigen war aber der „Dicke", wie er an anderer Stelle genannt wird, damals noch gar nicht Kabinetschef und überhaupt nicht mit im Hauptquartier — eine interessante Illustration für die dichterische Gestaltungskraft R.s.

Ein trübes Kapitel, welches besser ganz ungeschrieben geblieben wäre, ist die Schilderung des Verhältnisses des Kaisers zu seinen Eltern. Der Kaiser, der ganz allgemein von großer Offenheit in seinen Erzählungen war, hat wohl im engsten Kreise seiner Umgebung, zu der — man muß jetzt sagen bedauerlicherweise — wochenlang auch R. gehörte, hierüber gesprochen, aber immer doch in der still schweigenden Voraussetzung einer ganz diskreten Behandlung. Vielleicht hat sich R. hiervon dispensiert in dem Glauben, durch die Erörterung des Zwiespaltes zwischen dem Thronerben und seinen Eltern dem tragischen Helden seines Buches zu nutzen. Ich bezweifle stark, daß ein solcher Nutzen erreicht ist.

Sehr geschickt scheint mir das Verhältnis des Kaisers zu Hindenburg und Ludendorf geschildert, und ich halte es für möglich, daß es zutreffend dargestellt ist, auch wenn die Vorgänge bei den Vorträgen von R. nicht unmittelbar beobachtet sein können, denn diese Vorträge spielten sich natürlich unter gänzlichem Ausschluß dienstlich Unbeteiligter ab. R. hat sich offenbar bemüht, beiden Parteien gerecht zu werden. Es war das schwer im Rahmen des ganz kleinen und dabei doch dramatischsten Ausschnitts des Weltkrieges, den er vor sich hatte. Sache des Historikers

Digitized by Google

wird es sein, zu prüfen, ob die R.sche Darstellung zutreffend ist, und welche oft weit zurückliegende Unterlassungen und Mißgriffe dazu geführt haben, die Rolle des Kaisers auf der einen Seite und des Chefs des Generalstabes des Feldheeres und seiner rechten Hand auf der anderen Seite zu schaffen.

Neuerscheinungen

Jean-Jacques Rousseaus Schriften Zum ewigen Frieden. Nach den Max Michel Reyschen Erstdrucken von 1761 und dem Genfer und Sansonschen Druck von 1782 ins Deutsche übertragen und mit einer Einleitung über die Bedeutung Abbé de Saint-Pierres und Rousseaus für die Friedensbewegung herausgegeben von Botho Laserstein. Mit Vorwort von Professor Dr. Georg Friedrich Nicolai. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W 15, 1920.

Der Hauptwert des vorstehenden, 100 Seiten umfassenden und aus vier Teilen bestehenden Buches liegt unstreitig darin, daß es nur mit Rousseaus Schriften über den ewigen Frieden und namentlich mit dem berühmten Auszuge zum ersten Male bekanntmacht, den Rousseau im Jahre 1761 aus dem Entwurfe „Zum ewigen Frieden" des französischen Abbé de Saint-Pierre veröffentlicht hat. Denn dieser „Auszug" bildet mit dem „Gutachten" des Jahres 1782 die eigentliche Grundlage der gesamten modernen Friedensbewegung, wie Professor Nicolai in seinem Vorwort mit Recht sagt. Der französische Abbé de Saint-Pierre und der Genfer Philosoph sind in der Tat als die Vorläufer Immanuel Kants zu betrachten, und ihre Schriften verdienen daher auch in Deutschland die größte Beachtung, das auf seinen Kant so stolz ist. Denn wie wenig sie dem Ruhme des Königsberger Weisen Eintrag tun können, wie sehr dieser über seine Vorgänger hinausgewachsen ist, das beweist ja schon die eine Tatsache, daß es bei Kant im ersten Definitivartikel heißt: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein." Darauf weist Laserstein in den dem Buche angefügten und ein reiches Quellenmaterial enthaltenden zahlreichen Anmerkungen gebührend hin. — Trotzdem der Verfasser aber seinem Buche nach jeder Richtung den wissenschaftlichen Charakter durchaus wahrt, wird es gleichwohl auch von dem gebildeten Laien mit Genuß gelesen werden: handelt es sich hier doch um ein Problem, das Herz und Sinn unseres Volkes, wie kaum ein zweites, bewegt und sicherlich noch lange bewegen wird.

R. Eickhoff.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 15 Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 145
Rohrbach, Was zu erwarten war 147
* * * Briand's Sieg 152
Thimme, Die Konstellation der Preußenwahlen . . . 156
Schilling, Die deutsche Politik in der Tschechoslowakei 161

Preis vierteljährlich M 15.– das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 11. Februar 1921 Heft 7

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Begründer D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer

Probeheft kostenfrei.

Vierteljahrespreis 5 Mark.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Soeben wurde die 7. und 8. Auflage ausgegeben von

ISOLDE KURZ

Florentinische Erinnerungen

Gebunden M. 20.—

„Das Buch erzählt so, wie gebildete Menschen erzählen sollten. Man erfährt, wie der alte fürchterliche Ghetto, ehe er niedergerissen wird, sich von der Welt blumengeschmückt in einem Karneval als Bagdad hergerichtet verabschiedet, man hört Gespenstergeschichten und lernt die alte Kultur kennen, in der die Toskaner leben „wie hinter einer chinesischen Mauer" ... Der Dichterin wird der Band neue Freunde gewinnen und ihrer Lieblingsstadt die alten um so treuer bewahren ..."

(A. v. Gleichen-Rußwurm in den Münchner Neuesten Nachrichten.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart / Berlin

Digitized by Google

6. Jahrgang * 11. Februar 1921 * Heft 7

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein.

Politische Glossen

Minister Simons hat öffentlich erklärt, daß er kein Jota von seiner Erklärung abweichen und es lieber auf ein Diktat ankommen lassen werde. Auf die Frage des Interviewers, was dann kommen werde gab er zur Antwort:

„Dann müssen wir eben für einige Zeit leiden und das Leid ertragen."

In diesem Augenblick, wo sich die Gewerkschaften wie ein Mann hinter den Minister stellten, hat die „Deutsche Tageszeitung" der deutschen Regierung einen Dolchstoß in den Rücken versetzt. Sie nennt die Proteste nur „Theaterspielerei", spricht von „Entrüstungsrummel" u. w. Der sich darin austobende Rechtsbolschewismus ist um nichts besser, als die Torheit der Linken gegen die Protestworte des Präsidenten Löbe im Reichstage zu lärmen.

*

Im „Labour Leader" widerspricht Morel den Angaben Lord Greys, daß in dem Kabinett, dem dieser angehört habe, keine geheimen Abmachungen mit fremden Staaten getroffen worden seien. Er weist auf Admiral Fishers Memoiren hin, auf die sechsjährigen Vorbereitungen für einen Krieg mit Deutschland und das Zusammenwirken der britisch-französischen Militär- und Marinestäbe seit 1906. Greys geheime Verträge hätten einen guten Frieden verhindert, Wilson geschlagen und Amerikas Rückzug verschuldet, wie seinen Entschluß eine mächtige Flotte zu bauen.

*

Digitized by Google

Im „Indepedance belge“ spricht der Pariser Korrespondent seinen Zweifel an der Möglichkeit aus, Deutschlands Außenhandel mit einer 12% Steuer zu belasten. Es erscheint ihm Vorbedingung, daß das Deutsche Reich dem deutschen Exporteur die Summen vergüten müßte, welche in die Kassen der Wiedergutmachungskommission fließen sollen. „Geschieht das aber nicht, so hätten die deutschen Industriellen kein Interesse daran, und auch keine Möglichkeit, Güter zu erzeugen und auszuführen.“ Mit diesem Satze ist der Kern der Frage berührt. Da das Deutsche Reich nach Fortnahme seiner Einnahmen aus dem Export nur in der Lage wäre, mit Papiergeld zu bezahlen, würde die Valuta dauernd zu einem Tiefstand verurteilt werden und eine Gesundung Deutschlands, eine Vorbedingung für seine Zahlungsfähigkeit unmöglich.

*

Hergt muß es immer wieder erfahren, daß es viel leichter war, im preußischen Untertanenstaat Minister zu sein, als in der deutschen Republik Parteiführer. Sein Ordnungsprogramm haben ihm Gräfe, Wulle und Graf Westarp in Klumpen geschlagen. Nachdem die deutschnationale-volksparteiliche Kulisse jetzt wieder verschwunden ist, leuchtet das Ahnenschloß der preußischen Konservativen hochgemut empor. Hergts Offenherzigkeit, daß er in die von Stresemann als Allheilmittel angepriesene Einheitsfront nicht eintreten könne, weil dann „seine“ 4 Millionen preußischen Wähler davonlaufen würden — ist eine peinliche Entgleisung für die Partei, die stets das Wort von dem Vaterland über der Partei im Munde führt. Wir wollen über die Zahl „seiner Wahluntertanen“ nicht in eine Diskussion eintreten, sondern nur feststellen, daß die Not des deutschen Reiches dem konservativen Parteiführer gerade gut genug ist, um seine Parteisuppe daran kochen zu können.

*

Zwar hat die Deutsche Volkspartei die preußische Verfassung angenommen, und sich damit auf den Boden der Republik gestellt, das hindert die Parteileitung aber nicht, jetzt der „Kölnischen Zeitung“ einen offiziellen Rüffel zu erteilen, weil sie die Wiedereinführung der Monarchie als Phantastereigebilde abgelehnt hat und sich auf den Boden der rupublikanischen Tatsachen stellt.

Digitized by Google

Was zu erwarten war!

Von Dr. Paul Rohrbach

Das Versklavungsdiktat ist erfolgt; Regierung, Reichstag und Volk haben in Deutschland einstimmig ein „Unmöglich" dagegen gesetzt, und Herr Briand in Paris hat unbekümmert darum seine klassische These verkündet: Es müsse die „Unmoralität" vermieden werden, daß sich „der Besiegte bereichere und der Sieger ruiniert werde." Von Anfang an habe ich hier die Meinung vertreten, daß aller Optimismus in den Verhandlungen über die sogenannte Reparation und den übrigen „Frieden" grundlos sei, und daß Deutschland nichts zu erwarten habe, als Brutalisierung und Niedertretung. Man hat dem entgegengehalten, die Verhandlungen seien versprechend, Pessimismus störend und unschädlich, die Vernunft und die Gerechtigkeit seien auf der feindlichen Seite im Begriff sich durchzusetzen, und dergleichen mehr. Solche Hoffnungen waren politischer Dilettantismus oder unbewußte Versuche, sich von den wahren Schwierigkeiten der Lage keine volle Rechenschaft zu geben. Jetzt sind alle Optimisten verstummt, aber geschehen ist nichts weiter, als was von vornherein zu erwarten war. Ich kann auch nicht finden, daß wir jetzt Grund haben, besonders unglücklich zu tun — im Gegenteil, die Krisis, die jetzt kommt, kann uns — allerdings durch eine sehr scharfe, schwere, akute Steigerung der nationalen Not — endlich zur Gesundung führen. Wir müssen nur die Zähne zusammenbeißen und wollen.

Schon mehrmals seit dem Erscheinen des Keynes'schen Buches über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages habe ich hier darauf hingewiesen, daß sich auch bei Keynes die vom Tage von Versailles an feststehende Meinung der politischen Sachkenner mit klaren Worten bestätigt findet: solange in den maßgebenden Ententestaaten die Regierungen am Ruder sind, die den Krieg gemacht und den Friedensschluß vor der Katastrophe verhindert haben, solange ist an keine Revision des Friedens zu denken. Im Gegenteil, es wird im Geiste von Versailles weitergearbeitet werden. Für unsere Politik wäre es ratsam gewesen, von vornherein das Urteil eines so klugen und erfahrenen Mannes wie Keynes zu berücksichtigen, sich also nicht auf Optimismus, sondern auf Pessimismus einzustellen, trotz aller scheinbaren Hoffnungsgründe, denen keine Wirklichkeit entspricht. Was Keynes unausgesprochen meint und was man bei uns allgemein als Anfang aller Weisheit in der Frage der Friedensrevision hätte begreifen sollen, ist dieses: Verhandlungen mit den feindlichen Regierungen sind, sobald sie irgendwie den Kern des Gewalt- und Wortbruchfriedens betreffen sollen, zwecklos; die einzigen Stellen, mit denen aussichtsreiche Verhandlungen ge-

Digitized by Google

führt werden können, sind die Völker. Unsere maßgebenden Stellen aber haben sich von Anfang an geweigert, diese Wahrheit anzuerkennen und haben geglaubt, sie würden etwas zur Erleichterung Deutschlands von den jetzigen feindlichen Regierungen erreichen. Den Lohn dieses Glaubens bekommen wir jetzt zu sehen.

Warum war es ein Irrglaube? Die Antwort darauf war schon in den Artikeln von G. Lowes Dickinson vom November/Dezember im Manchester Guardian („Germany under the Treaty") gegeben, hauptsächlich im vierten. Ich habe das Wichtigste daraus in Heft 52 des vorigen Jahrgangs (24. 12 1920) mitgeteilt und will die Hauptsätze wiederholen: die Männer in der englischen und französischen Regierung sind keine persönlichen Schurken, spiegeln vielmehr „genau die Leidenschaften und Gedankenken der Wähler von Frankreich und England wieder". Die Leidenschaften sind Furcht, Gier und Rache, die sich als Klugheit, Gerechtigkeit und Wiederherstellung maskieren. Diese Gleichung ist dem britischen Volk Tag und Nacht durch fünf Kriegs- und zwei Friedenjahre eingepaukt worden. Darum machen die furchtbarsten Tatsachen aus Deutschland keinen Eindruck mehr auf das englische Volk (und das französische erst recht nicht). Dickinson sagt:

Die „Verbrecher" sind letzten Endes nicht die Regierungen auch nicht die Presse sondern die einzelnen Männer und Frauen, bei denen die Regierung ihre Unterstützung findet und die die Presse täuscht. Es gibt kein anderes Heilmittel als daß diese Leute, einer nach dem andern, als Individuen sich von den Lügen abwenden und zu den Tatsachen und zur Wahrheit zurückkehren. Das Material ist zugänglich für sie, wenn sie es gebrauchen wollen. Wieviele Engländer z. B. haben jemals die Reden des Präsidenten Wilson und die Erklärung der alliierten Regierungen gelesen, die jene als Bedingungen des Friedens annahm, und haben sie dann mit dem Friedenvertrag verglichen? Wieviele haben Herrn Keynes' Buch gelesen und verarbeitet? Wieviele haben die Dokumente über den Ursprung des Krieges gelesen, die von den Bolschewiki und der deutschen Regierung veröffentlicht wurden? . . .

Das heißt für Leute, die politisch zu lesen verstehen, daß nach der Meinung des Verfassers die Verhandlungspartner wegen Revision des Friedens nicht Deutschland und die englische Regierung sein können, sondern nur Deutschland und das englische Volk, und zwar jeder einzelne Engländer, „die Individuen einer nach dem andern". Diese müssen sich, wie Dickinson es ausdrückt, von den Lügen abwenden und zu den Tatsachen und zur Wahrheit zurückkehren. Tatsachen und Wahrheit in diesem Sinne sind, daß die Ententeregierungen zum mindesten einen sehr starken und schweren Anteil an der moralischen Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges haben, und daß durch den fälschlich sogenannten Frieden in Wahrheit nur eine Fortsetzung des Vernichtungskrieges gegen Deutschland mit veränderten Mitteln, ein verdammungswerter Wortbruch und eine unmoralische Gewalttat, am deutschen Volk begangen werden.

Digitized by Google

Es ist die Stärke der angelsächsischen Rasse und daher auch der Politiker, die ihr angehören, daß sie einen festen Tatsachensinn haben. Männer z. B. wie Keynes und Dickinson, sehen, im Unterschied von den nebelhaften deutschen Vorstellungen, daß die gegenwärtig in England und Frankreich regierenden Männer, selbst wenn sie den Frieden, der ihr Werk ist, revidieren wollten, gar nicht frei dazu sind. Ich habe kürzlich in Heft 5 aus dem Artikel von Keynes über das Buch des Amerikaners Baruch den Satz zitiert: „Der britische Premierminister hatte seine Wahlen durchgeführt auf Grund eines Programms, dessen Hauptinhalt eine Steigerung der Härte der Friedensbedingungen war, ganz besonders der Wiedergutmachung, weit über das hinaus, worauf sich die alliierten Führer vorher festgelegt hatten." Festgelegt nämlich durch ihr an Deutschland gegebenes Wort über die vierzehn Wilsonschen Punkte als Friedensgrundlagen. Sie hatten dies Wort gegeben, weil sie glaubten, Deutschland besäße noch eine gewisse Widerstandsfähigkeit. Von der Praxis der Herren Lloyd George und Clemenceau, nach dem Niederbruch Deutschlands dies gegebene Wort als ein Stück Papier zu behandeln, hatte Wilson anfangs gesagt, es sei „klärlich unvereinbar mit dem, was wir den Feind bewußt erwarten ließen und jetzt ehrenhafterweise nicht einfach umstoßen können, weil wir die Macht haben." Darauf deuteten die Engländer und Franzosen an, sie würden in dem Fall von Amerika Nachlaß ihrer Schulden fordern, und das Ergebnis war, daß Herr Wilson mit Hilfe von General Smuts das Unvereinbare vereinbar und das Unehrenhafte ehrenhaft fand. Ehre hin, Ehre her: Lloyd George schätzte höher als Englands und als seine eigene Ehre das Verlangen an der Macht zu bleiben, und um an der Macht zu bleiben, entfesselte er jenen Wahlfeldzug mit dem doppelten Programm: „Deutschland muß alles zahlen" und „der Kaiser muß gehängt werden" — der Ehre Ehre sein ließ und gegebene Worte Worte, und dadurch eine unerhörte „Khakimehrheit" ins Parlament einziehen ließ. Die Schilderung dieser Vorgänge kann bei Keynes nachgelesen werden. Das Schema dabei war das von Dickinson genannte: Gesagt wurde Klugheit, und gemeint wurde Furcht, gesagt wurde Gerechtigkeit, und gemeint wurde Rache, gesagt wurde Wiederherstellung, und gemeint wurde Gier.

Nun stelle sich jemand, der Anspruch auf politische Urteilskraft erhebt, vor, derselbe Lloyd George solle vor dies Parlament hintreten und zu ihm sprechen: Klugheit, Gerechtigkeit und Wiederherstellung sollen als Wirklichkeiten gelten, nicht nur bloß als vorgebundene Masken! Das ist ganz unmöglich. Das gegenwärtige englische Parlament ist gewählt auf Furcht, Haß und Gier, Lloyd George selber hat den Krieg geführt und schließlich gewonnen, indem er diese „Philosophie" dem britischen Volk „Nacht und Tag durch fünf Kriegs- und zwei Friedensjahre" einpauken

Digitized by Google

ließ. Wollte er jetzt plötzlich anders, so müßte er den Kampf gegen die von ihm selber geschaffene Parlamentsmehrheit eröffnen. Die jetzige Regierung und das jetzige Parlament in England sind als Mitschuldige an dem Verbrechen von Versailles so ineinander verhakt und verfilzt, daß sie unmöglich anders handeln können, als immer weiter miteinander nach dem Schema von Furcht, Rache und Gier. Es gibt nur ein Mittel für den wirklichen Frieden, und das heißt Appell von der englischen Regierung und dem englischen Parlament an das englische Volk. Mit anderen Worten das, was ich am 24. Dezember vorigen Jahres hier als den wahren Sinn der Artikel des „Manchester Guardian" kennzeichnete:

Wenn ihr Deutschen es nicht fertig bekommt, die einzelnen Engländer, Männer und Frauen, einen nach dem andern, dahin zu bringen, daß sie sich mit der Frage nach dem Ursprung des Weltkrieges und nach der Schuld am Weltkriege, mit den Friedensbedingungen der vierzehn Punkte und mit ihrem Bruch durch den Versailler Frieden beschäftigen, so habt ihr keine Aussicht, euch jemals wieder aus dem Elend zu erheben!

Jetzt hat Lloyd George wieder gesagt: Deutschland war der Angreifer; das ganze deutsche Volk ist verantwortlich für den Krieg — darum muß es bezahlen, was es angerichtet hat. Die Forderungen der Alliierten sind gerecht!

Und das trotz Jaurès Brief, trotz Poincarés und Greys Generalvollmacht zum Krieg für Rußland, trotz der russischen Mobilmachung, des Suchomlinowprozesses usw.! Glaubt unsere Regierung immer noch, daß sie ohne Schuldebatte, das heißt ohne Fühlung mit den Völkern drüben, etwas erreichen wird?

Die Aussichtslosigkeit des Verhandeln mit der Regierung gilt auch für Frankreich. Die französischen Regierungen, von denen die jetzige nur die Erbin und Fortsetzerin des Regimes Clemenceau ist, haben dem französischen Volke unaufhörlich versprochen: Deutschland wird alles zahlen! Wenn jetzt Aenderungen und Widersprüche gegenüber jener festen Hoffnung der Franzosen eintreten sollen, so gibt es in Frankreich vor allen Dingen in der französischen Bourgeoisie und dem französischen Kapitalismus, einen Sturm, der die Schuldigen im Sinne des Wortes an die Laterne bringen kann.

Sobald das Volk in Frankreich eines Tages erfährt, daß es den Krieg, den seine Führer im Sommer 1914 gewollt und herbeigeführt haben, selber bezahlen muß, kommt eine politische Explosion, von deren Gewalt man sich nicht so leicht im voraus eine Vorstellung machen kann. Dann, nicht eher, aber dann sicher, kommt auch in Frankreich die Abrechnung mit denen, die am Kriege schuldig sind. Dann wird der gegenwärtige französische Militarismus hinweggefegt, von dem der im elsässischen Mülhausen erscheinende „Republicain" (Nr. 278 vom vorigen Jahre) unlängst schrieb:

Digitized by Google

Für den Militarismus: 6 Milliarden, 546 Millionen. Die Finanzkommission hat die Prüfung des Budgets des Kriegsministers begonnen. Die militärischen Ausgaben im Jahre 1920 betragen 4 Milliarden, 952 Millionen. Für 1921 wird ein Kredit von 6 Millierden, 546 Millionen gefordert, das ist eine Erhöhung von 1 Milliarde, 594 Millionen. Die Steuerzettel mit allen möglichen Ziffern füllen momentau die Briefkästen. Jetzt weiß das Volk, wofür es diese Steuern bezahlen muß, warum es dem Staat die letzten Groschen hinwerfen muß: Um den kommenden Krieg vorzubereiten! Der französische Militarismus fordert 6½ Milliarden. Prolet bezahle! Anstatt dieses Geld für die armen Flüchtlinge, für die Kinder im Norden, für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verwenden, verschwendet man es, um eine 700 000-Mann-Armee aufrechtzuerhalten, die morgen eine Gefahr für den europäischen Frieden bedeuten wird. Wie lange werden wir noch dieses fluchwürdige System ertragen?

Wenn diese Stimmung in Frankreich durchdringt, und wenn man es von deutscher Seite dahin gebracht hat, daß in der Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg Fühlung und Diskussion mit der öffentlichen Meinung in England hergestellt ist, dann könnte Frieden, Leben, Freiheit und Glück in Europa wiederkehren. Niemals aber wird es geschehen, solange die jetzigen englischen und französischen Machthaber am Ruder sind. Deutschland hat jetzt das Mittel in der Hand, gegenüber der Ehrlosigkeit und Torheit des letzten Pariser Diktats bei dem Nein zu bleiben und abzuwarten, was die Feinde darauf tun. Möglich, ja höchst wahrscheinlich, daß sie dann versuchen werden, sich ihren Raub, die Frucht ihres Wortbruchs, mit Gewalt zu holen. Für unser Volk kann das eine furchtbare Zeit werden, eine Zeit der Drangsalierung durch die schwarze französische Kulturschande, der Arbeitslosigkeit, des Hungers, des Säuglingstodes und noch vieler anderer Nöte. Die Frucht von alledem aber wird sein, daß die Franzosen die Lehre bekommen: mit Vernunft und Billigkeit wäre wenigstens das von Deutschland zu erhalten gewesen, was nach den Bedingungen des Waffenstillstandes das deutsche Volk zu zahlen schuldig war; jetzt aber haben wir nichts bekommen und werden auch in Zukunft nichts oder nur höchst wenig bekommen, denn mit Zwangsarbeit, mit Fußtritten, mit Peitschenschlägen und Beschimpfungen kann man zwar seinen Haß und seine Rache an Wehrlose befriedigen, niemals aber seine Gier füllen. Man kann Deutschland endgültig ruinieren, aber man kann es dann nicht zum Zahlen zwingen. Dies wäre auch für uns der mutigste und beste Entschluß: Not und Zusammenbruch bis auf die Neige auskosten, aber dadurch zugleich allen Zahlungsforderungen, die über das hinausgehen, was wir zu zahlen uns verpflichtet haben, von selber ein Ende machen. Auf diesem Wege ist es zu erreichen, daß an die Stelle des heutigen militaristischen und chauvinistischen Regimes in Frankreich Einsicht und wahre, d. h. mit Opfern und mit Reue bezahlte Friedenswilligkeit treten. Erst wenn das geschehen ist, werden wir an unseren wirklichen nationalen Wiederaufbau denken können, und er wird gelingen,

Digitized by Google

selbst wenn wir bis dahin noch viel tiefer, bis ganz auf den Grund des Elends gekommen sein sollten. Dort unten auf dem Grunde werden wir wenigstens wieder Fuß fassen und einen Plan für den Wiederaufstieg machen können. Jetzt hängen wir wie an losen Wurzeln im unsicheren Erdreich, über uns und unter uns der Abgrund, und wissen nicht, wo wir die Hand anklammern und den Fuß aufsetzen sollen. Die Regierung mag auch weiter das ihrige tun, um unsere Bereitschaft zu erklären, alles was möglich und erträglich ist, zu leisten — sie wird keinen Erfolg damit haben, und sie wird bald genug vor der Entscheidung stehen, ob und wie sie dem „Unmöglich" Folge geben will. Um das Durchhalten, auf alle Gefahren des „Nein" hin, kommen wir nicht herum, sei es jetzt, sei es später, denn man will von uns nicht das Mögliche, sondern das Unmögliche. In der englischen Zeitschrift „The Economist" vom 29. Januar dieses Jahres stehen die vernünftigen und klugen Sätze:

Wenn wir unsere Verbündeten überzeugen könnten, mindestens auf fünf Jahre alle Gedanken an Reparation und Entschädigung fahren zu lassen, so wird das die Erholung Deutschlands beschleunigen, und von der Erholung Deutschlands hängt die des ganzen europäischen Festlandes ab. Wenn unsere Wirren uns lehren, daß die Welt ökonomisch eine Einheit ist, daß die Krankheit eines Landes die Krankheit aller Länder ist, daß kein Land vom Unglück anderer Länder Profit haben kann, so werden wir die wertvollste aller Handelslektionen gelernt haben.

Vortrefflich aber darauf werden wir uns nie mit Lloyd George, seiner Regierung und seiner Parlamentsmehrheit, sondern nur mit dem englischen Volk verständigen können.

Briand's Sieg

Von * * *

Wir erhalten von befreundeter Seite beifolgenden Aufsatz, der Eindrücke aus Paris wiedergibt. Der Schreiber dieser Zeilen, ist seit dem Waffenstillstand mehrfach in Paris gewesen und hat durch seine Beziehungen gute Einblicke in die internationale Politik gewonnen.

Der Vertrag von Versailles ist nach dem militärischen Zusammenbruch an der Front in völliger Wehrlosigkeit, einer Folge der furchtbaren inneren Lähmungs- und Auflösungserscheinungen, die wir Revolution nennen, angesichts der zum Vormarsch bereiten Divisionen Fochs unterzeichnet worden. Die deutsche Republik trat in jenen Tagen das Erbe der Bismarckschen Monarchie an, der nur ein kurzes Leben beschieden war, denn was sind 50 Jahre im Laufe der Geschichte. Wohl war Bismarck ein genialer Baumeister, und die Konstruktion des Reiches schien nach außen gut und haltbar, aber es fehlte doch dem Bauwerk innere Verstrebung und festes Fundament, das allen Stürmen trotzte. Die innere

Digitized by Google

Politik, die beherrscht war von zäher altpreußischer Resistenz gegen Mitarbeit und Mitverantwortung des gesamten Volkes an der Staatsführung, schuf eine Atmosphäre, in der eine äußere Politik nicht gedeihen konnte, die den Ausgleich in der Welt gegenüber den Gefahren einer überaus glänzenden Wirtschaftsentwicklung Deutschlands schaffen und dem Emporkömmling unter den alten Mächten der Welt Freunde erwerben konnte. So kamen wir in den Krieg hinein, in dessen Verlauf wir uns die ganze Welt zu Feinden machten und ihn so verlieren mußten.

Die viel gelästerte Republik, in schwersten Zeiten geboren, hat Deutschland bis jetzt noch vor dem Untergang gerettet und hat es auf sich genommen, an der Erfüllung des Friedensvertrages, soweit es Menschen und Völker können, ehrlich zu arbeiten, in der Hoffnung, einem verblendeten Frankreich, gleichgültigem England und vergrämtem Amerika mit der Zeit den Beweis zu bringen, daß nicht dieser sogenannte Friedensvertrag den Frieden und das Glück Europas bringe, und seinen Untergang verhindern wird, sondern gemeinsame Arbeit der Völker an den zerstörten Fundamenten, bei der Deutschland ein doppeltes Maß der Last zu tragen bereit ist.

An dem Sieg der Vernunft und der letzthin unwandelbaren ökonomischen Grundgesetze, die auf einer weitgehenden Solidarität aller Staaten basiert sind, zu verzweifeln, haben wir trotz allem keinen Anlaß. Die Beschlüsse vom 29. Januar 1921, die der Oberste Rat in Paris gefaßt hat, sind nicht gerade eine Ermutigung für eine optimistische Auffassung und manch einer mag heute verzweifeln an der Möglichkeit der Wiederaufrichtung Europas und Versöhnung der Völker. Das allerdings hatte niemand erwartet! Wohl auch kaum ein denkender Mensch in Frankreich, England und Amerika, und denkende Menschen gibt es auch da noch, wenn auch nicht unter den heute leitenden Staatsmännern. Nach der Rede des französischen Finanzministers Doumer, in der bodenlosen Unkenntnis aller ökonomischen Realitäten mit dünkelhaftem Haß wetteiferte, mußte man mit einer gesunden Gegenwehr Englands und der anderen Mächte gegen diesen Aberwitz der Briandschen, im Schatten Poincarés stehenden Politik rechnen. Was sich aber hinter den Kulissen abgespielt hat, ist heute nicht zu übersehen. Es ist kaum anzunehmen, daß Lloyd George, der immerhin von Politik und Oekonomie einiges versteht, und die Tragweite der Abmachung in sachlicher Beziehung übersehen muß, im Ernst an die Durchführbarkeit der aufgestellten Forderungen glaubt. Man kennt heute noch nicht den Preis, den Frankreich wird zahlen müssen für die Zustimmung des englischen Premiers zu einem Abkommen, dessen irrsinnige Zahlen und Bedingungen, versucht man sie gar mit Zwang in die Tat umzusetzen, jede Hoffnung Frankreichs auf eine Entschädigung von Seiten Deutschlands zu nichte machen muß.

Digitized by Google

Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands, der jedem Zwang auf dem Fuße folgt, wird Frankreichs Sturz nach sich ziehen.

Man kann sich eines gewissen Mitleids nicht erwehren, wenn man die Hymnen der französischen Presse liest, die auch in ernsten Blättern, die allerdings ihr schweres Unbehagen nur mühsam verbergen, heute den Sieg Briands feiern, und Frankreichs Zukunft und Glück auf den Entschlüssen der „großen" Staatsmänner basieren wollen, die 60 Millionen deutsche lebende Menschen zu behandeln gedenken, in der Art, in der eine schlechte Kolonialpolitik mit Mißerfolg Negerstämme behandelt hat, und die in 42 Jahren 226 Milliarden Goldmark Entschädigung und 84 Milliarden Goldmark Exportabgabe aus dem schwerkranken Wirtschaftskörper Deutschland für die Sieger herauswirtschaften wollen und dabei noch erklären, die Wiederaufrichtung Deutschlands zu wollen.

Es hat für einen mit den Dingen der Volkswirtschaft vertrauten Menschen keinen Zweck, gegen den Wahnsinn mit Gründen der Vernunft und der Tatsachen zu streiten. In dem grotesken Bild der Verzerrung, das die Pariser Beschlüsse darbieten, liegt ja ein gewisser, wenn auch schwacher Trost. Denn es muß nunmehr ernsthaft damit gerechnet werden, daß schwere politische und wirtschaftliche Verwickelungen unvermeidlich sein werden auf dem Wege, der zur Ueberwindung dieses furchtbaren Rückschlages in dem Gang der Entwickelung der Wiedergutmachungsfrage beschritten werden muß. Diese Entwickelung berechtigte zwar nicht zu rosigen Hoffnungen, aber immerhin machte sich eine wachsende Einwirkung vernünftiger Erwägungen geltend. Das deutsche Volk hat die Unterzeichnung in Versailles und späterhin auch in Spa begriffen; es wird, das wollen wir heute hoffen, jeder Regierung die Unterschrift in London verweigern, komme was da wolle. Dies ist diesmal das einzige Mittel, noch größeres Unglück zu verhüten. Die französische Presse ergeht sich heute in Vermutungen darüber, was Deutschland nun wohl tun wird und sie meint, es wird sich eine Weile sträuben wie immer, Beweismaterial anbieten über die Unmöglichkeit der Durchführung und dann schließlich doch unterschreiben.

Man muß sich aber fragen, wie es zu diesen Pariser Beschlüssen kommen konnte nach all den langen schwierigen Verhandlungen sachverständiger Männer von beiden Seiten über Art und Umfang der Wiedergutmachung, nach all den Anstrengungen der Deutschen Regierung, der Gegenseite den wahren Charakter unserer heutigen Wirtschaftszustände klar zu machen, nach all den verhältnismäßig vernünftigen Beurteilungen englischer, amerikanischer und — ich nenne Jean Herbette im „Temps" — französischer Beobachter deutscher Zustände. Wenn ich recht sehe, liegt dies wohl vor allem daran, daß die Behandlung der Wiedergutmachungsfrage

Digitized by Google

in ihren großen Zügen aus den Bahnen herausgedrängt wurde, auf denen allein sie zu einer sachlichen Entscheidung gelangen konnte. Es war eine Illusion in vielen leitenden Kreisen Deutschlands, daß die Atmosphäre auf großen Kongressen in Brüssel, Genf und Spa der Lösung der Wiedergutmachungsfrage günstiger sei, als wenn die im Friedensvertrag vorgesehenen Organe der Exekutive, die an der praktischen Arbeit die Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Fragenstellung lernen konnten, die Entscheidungen über die gesamten Fragen behielten. Es war ferner ein Irrglaube, daß der Widerstreit der Interessen der verschiedenen Länder der Entente sich auf diesen lose organisierten Kongressen zu unseren Gunsten geltend machen würde und daß die in allen Ländern auftretenden ruhig abwägenden Richtungen eine stärkere Wirkung ausüben würden. Dabei wurde ganz vergessen, daß es für Deutschland keine größere Gefahr gab, als wenn es zum Spielball der großen weltpolitischen Gegensätze würde, die ja tatsächlich vorhanden sind, und das mußte eintreten in dem Augenblick, in dem die leitenden Staatsmänner der Ententeländer, insbesondere Englands und Frankreichs, sich der Reparationsprobleme bemächtigten und wenn insbesondere die innere französische Politik, zurzeit aufgebaut auf Haß und ökonomischem Unvermögen, den Geist dieser Kongresse und dieser Besprechungen der Halbgötter bestimmen würde. Illusionisten waren unsere Führer im Kriege, aber leider auch die nach dem Kriege. Es mußte alles auf die Wirklichkeit gestellt werden, auf den guten Willen in allen erfüllbaren Forderungen des Friedensvertrages. Ich denke nicht daran, die Summe der Gesamtleistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages verkleinern zu wollen, aber ihrer Hauptwirkung, nämlich der psychologischen, die wir in Deutschland immer unterschätzen, sind diese Leistungen dadurch beraubt worden, daß sie uns, nachdem wir sie anfangs stets als unerfüllbar bezeichnet haben, nach und nach abgepreßt worden und dann ohne weiteres erfüllt werden konnten. Durch diese verfehlte Politik, an der eine sich patriotisch dünkende Sabotage nachgeordneter Dienststellen redlich mitgearbeitet hat, hat Deutschland nach Kräften dazu beigetragen, die Entscheidungen über das Zentralproblem Europas in Hände zu legen, die mit den Welthändeln befaßt sind und dieses Problem mit den Welthändeln vermischen.

So ist die europäische Entwicklung am 29. Januar in Paris furchtbar zurückgeworfen worden, und niemand weiß heute einen Ausweg aus der Umstrickung, die ökonomischer und völkerpsychologischer Unverstand geschaffen hat. Auf der Regierung Berlins lastet in diesen Tagen eine furchtbare Verantwortung. Man wird wohl in aller Ruhe versuchen müssen, unter Hinweis auf die offenbare Unmöglichkeit der praktischen Durchführung der gestellten Forderungen und unter Protesten, Vorbehalten und Gegenvorschlägen in Brüssel und London den Gegner auf den verlassenen

Digitized by Google

Weg vernünftiger Verhandlung zurückzuführen, um Konflikte zu vermeiden. Der Minister Simons hat vor kurzem in aller Klarheit ausgesprochen, daß er unter allen Umständen ein Diktat der Unterzeichnung unerfüllbarer Bedingungen vorziehe. Hinter ihm steht heute die ganze Regierung und das ganze Volk. Ich bin fernab von all den üblichen nationalistischen Phrasen rechtsstehender Parteien Deutschlands, die immer noch so tun, als ob wir nicht den Krieg verloren hätten und mit ihrem Geschrei uns außenpolitisch und auch in der Frage der Wiedergutmachung furchtbar geschadet haben und täglich neuen Schaden bringen. Ihnen muß jetzt das Recht abgestritten werden, das große Wort bei der Abwehr zu führen, ihnen, die nie bereit waren, praktische Konsequenzen aus der furchtbaren Lage zu ziehen.

Wohl aber müssen die führenden Männer der deutschen demokratischen Republik, die allein hoffen können, Verständnis bei den übrigen Völkern zu finden, in diesen Tagen den Beweis erbringen, daß sie wirklich zu führen verstehen. Halbheiten sind jetzt unmöglich und der Versuch, die Gegenseite von ihrer feierlich bekräftigten und unterschriebenen Auffassung abzubringen und zu anderer Verständigung zu führen, erscheint zwar heute zunächst ausgeschlossen, wird aber pflichtgemäß zu machen sein. Scheitert er, was man nie wissen kann, so ist allerdings das einzige, was nach unserer Ueberzeugung uns zwar nicht vor schweren Konflikten bewahren kann, die heute unvermeidlich sind, was aber die Konfliktszeit abkürzen kann und das Wiedergutmachungsproblem zurückbringen kann auf den Weg der Verhandlung nüchterner Realitätspolitik, die klare, würdige geschlossene Absage des gesamten deutschen Volkes.

Die Prüfungszeit ist noch nicht zu Ende. Wir müssen kämpfen gegen totbringende Verzweiflung, gegen Wahnsinn, Intriguen und Haß für unsere Existenz als Volk und Staat. Wir tun damit das Beste für uns und das zusammengebrochene Europa.

Die Konstellation der Preußenwahlen

Von Dr. Friedrich Thimme.

Am 14. Januar ist die Verfassunggebende preußische Landesversammlung endgültig auseinandergegangen. Die wegen ihrer mehr als zweieinhalbjährigen Tagungsdauer gegen sie gerichteten Vorwürfe entbehren eigentlich doch der tieferen Berechtigung. Die Beratung der preußischen Verfassung, die eigenste Aufgabe der Landesversammlung, konnte nicht wohl vor der Vollendung der Reichsverfassung, also nicht vor Herbst 1919 in Angriff genommen werden, und durfte auch dann bei der grundlegenden Wichtigkeit gerade der preußischen Verfassung nicht

Digitized by Google

überstürzt werden. Sollten nicht unerträgliche Spannungen zwischen der preußischen und der Reichsverfassung entstehen, so mußte die preußische Verfassung auch noch von derselben parlamentarischen Majorität erledigt werden, die die Reichsverfassung zustande gebracht hatte; nur so konnte sich eine leidliche Homogenität des gesamten Verfassungswerkes ergeben, die staatspolitisch von überragender Bedeutung ist. Allerdings hatte seit der Verabschiedung der Reichsverfassung infolge der Wahlen vom Juni 1920, die den Exodus der Mehrheitssozialdemokratie veranlaßten, im Reiche eine andere Koalition als in Preußen Platz gegriffen. Es hat nicht ausbleiben können, daß sich aus der verschiedenen Orientierung der Reichs- und der preußischen Staatsregierung starke Unzuträglichkeiten ergaben. Wiederholt schon ist es zu peinlichen parlamentarischen Zusammenstößen zwischen Reichs- und preußischen Ministern gekommen. Auf die Dauer muß das Gegeneinander von Reichs- und Staatsregierung, das nur in der Finanzverwaltung bis zu einem gewissen Grade überbrückt worden ist, zu unhaltbaren Zuständen führen. Der tiefere und eigentliche Sinn der bevorstehenden Preußenwahlen ist also ganz einfach der: Wie kann zu der nunmehr erreichten Homogenität des Verfassungswerkes die Homogenität der Koalitionsregierung im Reiche und in Preußen bewerkstelligt werden?

Um diesen Punkt dreht sich denn auch mehr oder weniger der ganze Wahlkampf der Parteien. Die Sozialdemokratie hofft, daß die Wahlen eine Rückkehr, womöglich eine Befestigung des bisherigen „Preußenblocks" ergeben werden, und ist für diesen Fall entschlossen, sofort den Sturz der Minderheitsregierung im Reiche zu erzwingen, und auch hier Neuwahlen herbeizuführen, die eine Rückbildung zu der früheren Koalition, wenn nicht gar eine rein sozialistische Regierung mit sich bringen würden. Aber angesichts der hoffnungslosen Zersplitterung der sozialistischen Parteien und der fortdauernden Rechtsorientierung breiter Wählermassen, die schon bei den Reichstagswahlen vom Juni 1920 und seither bei allen neuerlichen Landeswahlen bis zu den jüngsten Lippischen Wahlen, in Erscheinung trat, besteht sehr wenig Aussicht, daß sich die Erwartungen der Sozialdemokratie verwirklichen werden. Im Grunde richten sich schon alle Parteien mehr oder weniger auf die zweite Alternative ein, daß der bisherige Preußenblock rettungslos zertrümmert wird. Gar nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Deutschnationale Volkspartei, die seit der Revolution als einzige unter den Parteien das parteitaktisch bessere Teil der völligen Verantwortungslosigkeit festgehalten hat, den Vogel bei den Wahlen abschießen wird. Indessen ist dank der eigenen Torheit der Deutschnationalen dafür gesorgt, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen können. Wenn es bei einer weiteren Rechtsschwenkung der Wählerschaft nach strenger Anwendung der parlamentarischen Begriffe theoretisch naheliegen könnte, auch die

Digitized by Google

Deutschnationale Volkspartei zur Regierungsbildung heranzuziehen und damit die vielberufene gesamt-bürgerliche Einheitsfront zum ersten Male zu konstituieren, so hat die Partei sich diese Aussicht von vornherein verrammelt. Ausgerechnet zum Beginn des preußischen Wahlkampfes haben die Deutschnationalen, die früher eine Mitarbeit mit der Sozialdemokratie doch nicht prinzipiell abgelehnt hatten, erklärt: „Wir sagen uns bewußt los von dem Gedanken der Einheitsfront, von jeder Politik der mittleren Linie. Wir geben das Ordnungsprogramm auf, das wir einst aufgestellt hatten". Freilich möchten die deutschnationalen Führer diese Worte, kaum daß sie dem Gehege der deutschnationalen Zähne entflohen sind, schon nicht mehr wahr haben. Aber die Taten der Deutschnationalen zeugen gegen sie. Hat nicht bei der neulichen Oberbürgermeisterwahl in Berlin ein Teil der Deutschnationalen für den unabhängigen Dr. Weyl gestimmt? Die deutschnationale Erklärung, die diese Haltung zu rechtfertigen sucht, besagt: „Wir hoffen auf die Zukunft, und überlassen die Gegenwart denen, die sie verschuldet haben". Das bedeutet doch eine ausgesprochene Katastrophenpolitik, die gar nicht scharf genug verurteilt werden kann. Die primitivste Staatsmoral lehrt, daß es ein Unfug, um nicht zu sagen ein Verbrechen ist, in der höchsten Not und Gefahr eines Gemeinwesens sich gleich dem seligen Pilatus die Hände in Unschuld zu waschen und mit heuchlerischem Augenaufschlag zu sagen: „Wir überlassen die Gegenwart denen, die sie verschuldet haben". Mag die offizielle Parteileitung auch von diesem Probestück deutschnationaler Politik entsetzt abrücken: daß die Gesamthaltung der Deutschnationalen Partei auch die letzte Möglichkeit eines Zusammengehens mit ihr zerstört, hat der Führer der Deutschen Volkspartei Stresemann ihr ausdrücklich in seiner Königsberger Rede bezeugt. Wenn dennoch die Deutsche Volkspartei angesichts der neusten Pariser Beschlüsse, die dem preußischen Wahlkampf für einen Moment die Richtung auf die Herausbildung einer geschlossenen nationalen Front von Rechts bis Links zu geben schienen, mit der Deutschnationalen Partei Verhandlungen über deren Eintritt in die Regierung anknüpfte, so hat sie nur von neuem die Erfahrung machen müssen, daß die deutschnationale Politik heute ganz auf Intransigenz gestellt ist.

Kann somit die wünschenswerte Erbreiterung der Regierungskoalition nach rechts auf keine Weise in Betracht kommen, so müßte sie, da die Preußenwahlen die drei im Reiche zur Koalition vereinigten Parteien aus der Position einer Minderheitsregierung kaum herausheben werden, von neuem nach links gesucht werden. Leider sperrt sich die Mehrheitssozialdemokratie noch jetzt gegen ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei, wie bei den jüngsten Verhandlungen über die Erbreiterung der Regierung wiederum zu Tage getreten ist. Man möchte hoffen, daß noch nicht das letzte Wort der Sozialdemokratie gesprochen ist. Logisch begründet wird

Digitized by Google

man die Weigerung der Sozialdemokraten kaum finden können. Wenn diese Partei es nicht grundsätzlich ablehnt, mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen, oder sich doch von ihnen, wie in Sachsen, stützen zu lassen, obwohl die von den Kommunisten erstrebte Diktatur des Proletariats im schärfsten Gegensatz zu der demokratisch-parlamentarischen Republik steht, und obwohl die Kommunisten diese parlamentarische Republik auf alle nur mögliche Weise zu sabotieren suchen, so ist gar nicht einzusehen, weshalb die Sozialdemokratie jede Gemeinschaftsarbeit mit einer Partei ablehnt, die nur theoretisch die monarchische Regierungsform für die bessere hält, praktisch sich aber auf den Boden der republikanischen Verfassung stellt. Es ist um so weniger abzusehen, als doch auch das Zentrum, obgleich es ein Bekenntnis zur Monarchie vermeidet, keineswegs als eine prinzipiell republikanische Partei, wie es die Demokraten sind, angesprochen werden kann. Vielleicht, daß der erbitterte Kampf, in dem heute die freigewerkschaftlichen Organisationen allenthalben mit den kommunistischen Sprengkolonnen begriffen sind, den Mehrheitssozialisten die Augen dafür öffnen wird, wo ihre gefährlichsten Feinde sitzen, und wie viel erträglicher folglich ein Paktieren mit der Deutschen Volkspartei als mit den Kommunisten sein müßte. Auch in dem Verhalten der Mehrheitssozialisten bei der Wahl des Oberbürgermeisters von Berlin, das ein Gegenstück in dem Eintreten der „Kölnischen Zeitung" für eine Wiederwahl Eberts findet, möchte man gern ein Anzeichen dafür erblicken, daß die sachlichen Gesichtspunkte bei der Sozialdemokratie das Uebergewicht über die rein parteitaktischen gewinnen.

Bleiben wider Verhoffen die Mehrheitssozialisten auch nach den Preußenwahlen dabei, die Zusammenarbeit mit der im Reiche bestehenden Trias-Koalition abzulehnen, so bliebe freilich kaum eine andere Möglichkeit übrig, als die Ausdehnung der heutigen Minderheitsregierung im Reich auf Preußen. Das würde selbst, wenn die zahlenmäßige Gesamtstärke der drei Koalitionsparteien in Preußen hinter der im Reiche zurückbleiben sollte, doch auch in Preußen die Möglichkeit einer leidlich gesicherten Regierung ergeben, da die Mehrheitssozialisten bei der Aussichtslosigkeit, eine andere Regierungsbasis zustande zu bringen, nicht leicht zu dem Sturz einer einmal gebildeten Regierung schreiten, und die Deutschnationalen ihre Katastrophenpolitik kaum soweit treiben würden, eine bürgerliche Regierung über den Haufen zu werfen, um womöglich eine sozialistisch-kommunistische dagegen einzutauschen.

Soll allerdings die Trias-Koalition auch in Preußen festen Bestand gewinnen, so ist es durchaus notwendig, daß die beteiligten Parteien bereits in dem gegenwärtigen Wahlkampfe auf einander die gebührende Rücksicht nehmen. In der „Nationalliberalen Korrespondenz" las man letzthin verschiedentlich Ausführungen, die nur zu sehr an den gehässigen Kampf

Digitized by Google

der Deutschen Volkspartei gegen die Demokraten im Reichstagswahlkampf erinnerten. Ganz begreiflich, daß Dr. Petersen in Magdeburg erklärte: Die Demokraten müßten, wenn der Wahlkampf wieder so ausartete wie im Spätfrühling 1920, es ablehnen, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Auf der andern Seite herrscht bei den Demokraten noch immer die Neigung, die Deutsche Volkspartei mit den Deutschnationalen in den Topf der Rechtsparteien zu werfen, was bei der Desperadopolitik der nahezu wieder auf den Standpunkt der vorsündflutlichen Konservativen angelangten Deutschnationalen nachgerade kränkend wirken muß. Selbst der demokratische Wahlaufruf hält sich von jener Neigung nicht fern. Es ist zu hoffen, daß im weiteren Laufe des Wahlkampfes hüben und drüben solche Mißgriffe, die sich schwer rächen könnten, vermieden werden.

Im Gegenteil sollten die Parteien, welche aller Wahrscheinlichkeit nach sich demnächst in Preußen zu derselben Regierungskoalition wie im Reiche zusammenfinden werden, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten, schon jetzt darauf Bedacht nehmen, wie sie sich enger aneinanderschließen können. An eine Fusion wird trotz der immer wiederkehrenden Gerüchte über eine Verschmelzung der Deutschen Volkspartei und Demokraten niemand denken. Aber eine engere Arbeitsgemeinschaft in den Fragen von praktischer Bedeutung kann keine unüberwindliche Schwierigkeiten bieten. Die Koalitionsparteien sollten von sich aus den Stegerwaldschen Gedanken der interparlamentarischen Verständigung durchführen (und nachdem er in ihrem engeren Konzern verwirklicht ist, auf die übrigen Parteien, insbesondere auf die Mehrheitssozialisten auszudehnen suchen). Das liegt um so näher, als den Stegerwaldschen Plänen gerade aus den Reihen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten viel Sympathie entgegengebracht worden ist.

Wenn so die künftigen Regierungsparteien im Reiche und in Preußen eng und geschlossen zusammenhalten, immer bereit, denen, die guten Willens zur positiven Mitarbeit sind, die Arme zu öffnen, und wenn sie im Reiche und Preußen die Politik nach den gleichen Richtlinien führen, so würde sich daraus von selbst eine weitgehende Stabilisierung unserer gesamten Regierungs- und inneren Politik ergeben: Eine Stabilisierung, die, mag auch das nur halbgelöste Preußenproblem noch so viel Schwierigkeiten bereiten, vor allem für die Frage des gesamten Wiederaufbaus von grundlegender Bedeutung werden könnte. Nach einer solchen Stabilisierung hat sich das deutsche wie das preußische Volk längst gesehnt. Das Preußenvolk hat es jetzt in der Hand, sie zu verwirklichen.

Digitized by Google

Die deutsche Politik in der Tschechoslowakei

Von Dr. Alexander Schilling, Mährisch-Ostrau.

Die deutsche Politik in der Tschechoslowakei war von allem Anfang an weder eine einheitliche noch weitschauende. Das deutsche Volk ist wohl sehr tüchtig, fleißig, arbeitsam, kulturell hochstehend, aber politisch geschult und reif ist es nicht. Als am 28. Oktober in Prag die Revolution ausbrach, die Embleme des alten Kaiserstaates fielen und die neue Republik, zunächst auf Prag beschränkt, als hilfloses Knäblein geboren wurde — die Ammenbrüste der großen Entente waren noch weit —, war schon die deutsche Politik in drei Richtungen gespalten. In breiten Schichten der Bevölkerung hatte man sich mit dem Umschwung abgefunden. Diese Massen waren durch die Entbehrungen des Krieges, den Hungerödem, der in den deutschen Randgebieten herrschte, völlig zermürbt. Ihr hungernder Magen hatte jedes nationale Ehrgefühl erdrosselt. Wer könnte sie darob schelten? Sie hofften, nun sei der Ablieferungsstreik der tschechischen Landwirte zu Ende, und aus dem Schlaraffenlande von Innerböhmen werden die Waggons mit Speckseiten, Getreide, Hülsenfrüchten und allen Herrlichkeiten der Welt angerollt kommen. Diese Massen waren für einen bewaffneten Widerstand nicht zu haben, sie hatten den Krieg herzlich satt und fanden sich mit dem Neuen einfach ab. Das spiegelte sich in der Haltung der deutschen Sozialdemokratie wider. Auch das wohlhabende Bürgertum, das seine politische Vertretung in der deutschdemokratischen Freiheitspartei hat (damals noch gespalten in deutschdemokratische und Fortschrittspartei), war einem offenen Widerstand abgeneigt. Aus ihm gingen die ersten Ueberläufer hervor. Fabrikanten aus Warnsdorf fuhren nach Prag und versicherten das tschechische Revolutionstribunal ihrer Loyalität; das Bürgertum von Aussig, zu feige, selbst dem plündernden Mob zu wehren, rief tschechische Soldaten herbei, während z. B. Brüx gegen die Okkupationstruppen verzweifelten Widerstand leistete. Schon zur Geburtsstunde dieses Staates zeigte sich, welche Gruppen der deutschen Bevölkerung am wenigsten geneigt sind, dem tschechischen Imerialismus die Stirn zu bieten: das Proletariat und die Kapitalistenklasse. Die Mittelschichten des deutschen Bürgertums — heute in der Nationalpartei geeint — waren damals noch zersplittert. Um die Person Dr. Lodgmans als Kristallisationspunkt gruppierten sich diese Parteien und Parteichen. Alsbald galt Lodgman als der unbestrittene Führer der Sudetendeutschen an sich, und selbst die deutschen Sozialdemokraten machten ihm diese Rolle nicht streitig. Während seiner langen Abwesenheit führte seine Politik — man möchte sagen als sein Generalstabschef — der leider kürzlich verstorbene Abg. Seliger, der Führer der deutschen

Digitized by Google

Sozialdemokratie. Die Berufung Lodgmans zum Führer der Deutschen war ein Bruch mit der alten Politik und Tradition. Bis zum Umsturz galt Lodgman als Außenseiter, Eigenbrötler, als das nationale enfant terrible. Er selbst gehörte keiner Partei an, war „Wilder" im alten österreichischen Parlament und war zu Aussig nur mit Hilfe der deutschen Nationalsozialisten gewählt worden. Enge Freundschaft verband ihn auch deren Führer Hans Knirsch. Beide verlangten als die einzigen im alten Parlament die territoriale Autonomie, während Renner namens der deutschen Sozialdemokratie die personelle Autonomie vertrat. Die alte nationale Politik konnte sich zu dieser gerechten Auffassung nicht durchringen, wollte nicht einsehen, daß die Deutschen in Böhmen nicht etwas verlangen können, was die Deutschen in der Steiermark den Slowenen verweigern. Wäre man der großzügigen Politik dieser beiden Männer gefolgt, dann hätten wir heute unser Deutschböhmen und Sudetenland, und ich glaube nicht, daß die Tschechen, selbst wenn sie diese Gebiete einverleibt hätten, ihre nationale Selbstverwaltung angetastet hätten, um welch' nationale Autonomie heute ein so heftiger, opferreicher Kampf geführt wird. Lodgman ist vom Scheitel bis zur Sohle Demokrat, sogar Ueberdemokrat. Sein Blick schweift weit über die Gebirge und Wälder dieses Landes hinaus und sucht im Welttheater eine Stelle, von wo aus er wirken könnte. Lodgman vertraute daher nicht allein auf die Widerstandskraft der Deutschen und verlegte seine Hoffnungen lieber auf Friedenskonferenz und Völkerbund. Er glaubte, seine internationalen Beziehungen für sein Volk nutzbar zu machen. Heute, wo man weiß, daß dem Revolutionstribunal kaum 8000 verläßlicher Truppen zur Verfügung standen, sieht auch Lodgman ein, daß sein Blick besser auf heimatlicher Scholle haften geblieben wäre, daß er klüger getan hätte, auf die Widerstandskraft seines Volkes, statt auf den Gerechtigkeitssinn des Völkerareopags zu bauen. Es schadet gewiß nichts, den Völkerbund auf die sonderbare höhere Schweiz, Tschechoslowakei genannt, aufmerksam zu machen, aber diese Aufgabe kann nur sekundäre Bedeutung haben. Das Recht wird den Deutschen in diesen Landen nur kraft eigener Macht werden. In unserer eigenen Brust ruhen unseres Schicksals Sterne. Den schroffsten Widerstand predigten die Nationalsozialisten, ohne mit ihrer Meinung durchdringen zu können.

Nun folgt eine denkwürdige Epoche: jene Zeit, in der die nationale Führung im Abwehrkampf an die deutsche Sozialdemokratie überging. Das deutsche Bürgertum hatte sich vom Schrecken noch nicht erholt, seine alten Führer waren alle in Wien, oder nahmen das Fersengeld, neue Männer waren ihm noch nicht entstanden, und die einzige bedeutende Persönlichkeit, Lodgman, weilte außer

Digitized by Google

Landes. Zwar versuchte noch einmal K. H. Wolf in Böhmen (Trautenau) Fuß zu fassen. Er kam aber zu spät. Lodgman war schon zurückgekehrt und schlug seinen Widerpart sofort aus dem Feld. Zwei Versammlungen Wolfs waren das einzige Ergebnis. Wolf mußte einsehen, daß für seine Politik kein Platz mehr in diesen Landen sei. Diese Zeit nutzte die deutsche Sozialdemokratie unter Seligers und Czermaks Führung und riß das nationale Steuerruder ganz an sich. Es war die Glanzperiode der deutschen Sozialdemokratie. Sie erlebte einen Massenzuzug gerade aus nationalen Kreisen. Diese Epoche fand ihren Höhepunkt in den Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht am 4. März 1919. Die ganze Regie hatte die Sozialdemokratie inne; die anderen Parteien folgten. Dieser Tag brachte die ersten Blutzeugen für die deutsche Freiheit. Zumeist waren es Leute aus dem Volk, aus der Arbeiterschaft. Als statt der Waggons mit Lebensmitteln solche mit Maschinengewehren, Handgranaten und Legionären angerollt kamen und letztere sich wie übermütige Sieger in unterworfenem Lande benahmen, da war ein großer Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung erfolgt. Die tschechische Regierung und ihre brutalen Maßnahmen hatten erst das Werk der Nationalisierung der deutschen Bevölkerung durchgeführt. In weltgeschichtlicher Verblendung setzen die Tschechen ihre ganzen Hoffnungen auf die Bajonette. Seit dieser Stunde wächst die nationale Bewegung und erfaßt auch die international orientierte Arbeiterschaft. Heute ist es so, daß das Volk viel radikaler gesinnt ist als die Führung, welch letztere zu bremsen versucht, um übereilte, gänzlich zwecklose Putschversuche zu vereiteln.

Auf diese Glanzperiode der deutschen Sozialdemokratie, die sie ihrer nationalen Schwenkung verdankte, folgt nun eine solche ihres Verfalls. Wieso kam dies? Die internationale Schulung, der marxistische Geist prallten mit der neuen Ideologie zusammen. Die alten Arbeiterelitebataillone sahen nun Anhängermassen aus der Intelligenz und dem Kleinbürgertum zuströmen, mit denen sie nichts verband. Vielfach waren die Neulinge radikaler als die alten Kämpen. Da führte der im Geiste Josef Strassers erzogene intransigente Flügel Reichenbergs einen Flankenstoß. Die Sozialdemokratie hatte die neuen Elemente noch nicht verdaut. Sie war numerisch zwar gewachsen, an Widerstandskraft aber schwächer geworden. Die alten internationalen Phrasen vertrugen sich nicht mit ihrem nationalen Verhalten. Die Vergangenheit erklärte der Gegenwart den Krieg. Unter dem Terror von Reichenberg verließ die deutsche Sozialdemokratie gegen die bessere Einsicht der Führer die „kompromittierende Nähe des Bürgertums", brach aus der Einheitsfront aus und steht nun vereinsamt da. Die nationalen

Digitized by Google

Parteien trauen der Sozialdemokratie nicht mehr, die internationale Proletarierfront ließ sich jedoch auch nicht herstellen. So scheitert ihre Politik an der Inkonsequenz ihres Verhaltens.

Um die deutsche Politik zu verstehen, muß man die tschechische betrachten. Ihre bedeutendste Persönlichkeit ist unstreitig Dr. Kramarsch von den Nationaldemokraten. Er war der erste Ministerpräsident. Ohne Umschweife bekannte er sich zur restlosen Vernichtung des Deutschtums. Den Deutschen irgendwelche Rechte zu geben, erklärt er für einen Unsinn. Sie sind, sie müssen nach seiner Auffassung Staatsfeinde sein, und solche behandelt man nur mit Galgen und Kerker. Gelingt es den Tschechen nicht, in kürzester Frist den Deutschen alle Rippen zu brechen, erstarken unterdessen das Deutsche Reich und Deutschösterreich, dann war die Revolution vom 28. Oktober umsonst. Kramarsch wurde von Tusar, Tusar von Cerny abgelöst. Eine Aenderung des Systems ist weder bei dem internationalen Sozialdemokraten Tusar, noch beim Beamtenminister Cerny eingetreten, nur daß man nun den Deutschen deren geplante Vernichtung nicht so dürr und offen ins Gesicht sagte. Die tschechische Politik läuft darauf hinaus, nicht etwa nur die Rechte der Deutschen zu beschneiden, sondern auf die glatte Vernichtung unseres Volkstums. Deshalb sollen die Privatbahnen, der Kohlenbergbau usw. verstaatlicht werden, um auf dem Wege des Staatssozialismus deutsche Beamte und Arbeiter brotlos zu machen, zu demselben Zwecke spricht man von Sozialisierung des Großgrundbesitzes und denkt dabei, mitten in das deutsche Siedlungsgebiet tschechische Legionäre zu setzen. In derselben Richtung wirken die Zwangssyndikate, die die starke deutsche Industrie drosseln, die blutarme tschechische künstlich aufpäppeln sollen. Man will das deutsche Kapital enteignen, zugleich aber die deutsche Arbeitnehmerschaft brotlos machen, um Arbeits- und Heimstätte bringen. So ist der tschechische Staat ein Schulbeispiel dafür, daß bei aller sozialen Gegensätzlichkeit zwischen Kapital und Arbeit zwischen diesen beiden Faktoren auch eine Interessensolidarität bestehen kann; denn schließlich ist einmal die deutsche Industrie der Ast, auf dem die deutsche Arbeit sitzt. Es läßt sich bei dem vielgestaltigen Leben nicht alles in die marxistische Schablone pressen; das beginnen heute auch schon zahlreiche Arbeiter einzusehen, die sich der national-sozialistischen Bewegung anschließen. Andererseits ist aber dieser Staat auch ein Beispiel hierfür, daß nur im national einheitlichen Staate sich ein organisch entwickelnder Sozialismus durchführen läßt, im Nationalitätenstaate muß jeder Sozialismus zu einer Ent-

Digitized by Google

nationalisierung der Minoritäten führen. Dieser Entnationalisierung dient auch der Schulverderber Metelka, der 150 deutsche Schulen und 1300 deutsche Schulklassen schloß, obwohl, statistisch nachgewiesen, die Deutschen das weniger hoch organisierte Schulwesen haben. Das Kriegsanleihegesetz sucht die deutsche Finanzkraft zu schwächen und dadurch deutschen Besitz an die tschechischen Banken auszuliefern. Die Einschachtelung deutscher Rekruten in tschechische Formationen soll jeden militärischen Widerstand unmöglich machen. Darin sind sich alle einig. Der alttschechische Block besteht und findet in der solidarischen Abstimmung der „Vetsina", der Mehrheit, im Parlament seinen Ausdruck. Eine halbwegs rühmliche Ausnahme machen die tschechischen Linkssozialisten, von dem einstigen schwarz-gelben Opportunisten Dr. Smeral geführt. Aber selbst Smeral läßt an dem tschechischen Staat nicht rütteln, und seine soziale Revolution müßte im tschechischen Stile gemacht werden, d. h. in der Praxis würde der tschechische Bolschewismus ein modernes, deutschfeindliches Taboritentum zeitigen. Die tschechische Sozialdemokratie ist in drei Gruppen zerspalten, von denen sich die Tusar- und Smeralsozialisten heftig bekämpfen und sich in Prag, Brünn und Kladno blutige Schlachten liefern. Die Rechtssozialisten haben dabei die Staatsgewalt für sich, die Linkssozialisten die Stimmung der Arbeiter, die durch die politische Revolution, der die soziale nicht gefolgt ist, enttäuscht wurden.

Die deutsche Sozialdemokratie ist ebenfalls bereits gespalten. Auf ihrem Karlsbader Parteitag gelang es noch einmal dem Ansehen Seligers, die Einheit der Partei zu retten. Aber es war nur ein fiktiver Sieg. Zu Karlsbad, kurz darauf, spaltete sich die sozialistische Jugend. Die Hauptblätter der beiden Richtungen — rechtssozialistisch „Freiheit" in Teplitz, linkssozialistisch „Vorwärts" in Reichenberg — sprechen nicht nur eine verschiedene Sprache, sondern bedenken sich auch gegenseitig mit den ärgsten Schimpfworten. Das Bedauerlichste an diesem Bruderstreite liegt darin, daß für die Massen dadurch jeder Sozialismus diskreditiert ward. Der Reichenberger Flügel fordert stürmisch die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, der die faktische Spaltung besiegeln soll. Die Rechtssozialisten wünschen einen Proletarierkongreß, der alle sozialdemokratischen Gruppen umfassen soll. Hierzu wird es kaum kommen, dagegen hat eine tatsächliche Einigung zwischen deutschen und tschechischen Linkssozialisten stattgefunden, wobei allerdings die deutschen den letzten Funken nationalen Empfindens auf dem Altare der dritten Internationale aufgeopfert haben.

Digitized by Google

Die Zerfahrenheit der deutschen Politik in den ersten zwei Jahren mußte erfolglos bleiben. Zu Beginn handelte es sich um die Frage, ob man nach Prag gehen soll, um mit den Tschechen über das künftige Verhältnis zu beraten. Allerdings prägte der tschechische Finanzminister Rasin das harte Wort „Mit Rebellen wird nicht verhandelt", wobei er den Abschluß einer Entwicklung, die Abtretung des deutschen Gebietes an den tschechischen Staat, kühn vorwegnahm. Der aktivistischen Politik trat die der Negation entgegen, die verlangte, das deutsche Volk dürfe sich nicht präjudizieren. Noch haben die Friedenskonferenzen nicht gesprochen. Der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht darf nicht aufgegeben werden. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die Sozialdemokratie mitinbegriffen, entschied sich für diese Politik. Durch eine frivole Täuschung der Friedenskonferenzen — man behauptete kühn, der tschechische Staat sei aus dem freien Willen seiner Völker entstanden — wurde das deutsche Siedlungsgebiet dem tschechischen Staate einverleibt. Er bekam aber nicht nur kraft historischen Rechtes die Länder der alten böhmischen Krone, sondern, abgesehen von Grenzberichtigungen in Niederösterreich, auch noch kraft ethnographischen Rechtes die Slowakei und Hultschin, die ihm jedoch mehr Magendrücken verursachen als die $3^3/_4$ Millionen Deutscher. $1^1/_2$ Jahre hindurch waren die Deutschen „Njemi" — Stumme. Sie waren von den wichtigsten politischen Rechten ausgeschaltet. Der ganze innere Aufbau, das Gerippe dieses Staates, seine Grundgesetze, seine Verfassung, die parlamentarische Geschäftsordnung wurden von der tschechischen Nation allein fertiggestellt. Nach Kramarsch' Ansicht hätten allerdings die Deutschen dauernd rechtlos bleiben sollen. Die anderen wollten aber die demokratische Fassade und gaben den Deutschen das Wahlrecht. Mit Ausnahme der Möglichkeit, daß die Soldaten ein doppeltes und dreifaches Wahlrecht ausüben, und einigen Kleinigkeiten ist das Wahlrecht wirklich demokratisch, und so werden auch tatsächlich zwei Sektors im Rudolfinum von den Deutschen ausgefüllt. Aber was hilft dies, wenn durch eine spartanisch drakonische Geschäftsordnung es den Deutschen unmöglich gemacht wird, politisch ihre Parlamentsvertretung auszuwerten. Die Zustände haben sich nach Eröffnung der parlamentarischen Epoche nicht gebessert, eher verschlechtert. Kein einziges deutschfeindliches Gesetz, keine einzige deutschfeindliche Verordnung konnten verhindert werden. Die deutschen Parlamentarier sind nichts anderes als Statisten der tschechischen Scheindemokratie. Deshalb verlangt der Senator Jesser den Exodus der Deutschen aus dem Parlament, Setzung einer revolutionären Tat, indem die deutschen Abgeordneten und Senatoren als Generallandtag der Sudetendeutschen in einer deutschen Stadt zusammentreten.

Digitized by Google

Dieser zuerst journalistisch vertretenen Forderung pflichtete seine Partei, die nationalsozialistische, bei, wogegen die anderen Parteien diesen großzügigen Plan verwarfen, da viele von ihnen noch zu sehr an den Mandaten kleben. Nach dem Scheitern der Unterhandlungen mit den Tschechen kurz vor Weihnachten — die Deutschen ließen sich durch ein Scheinmanöver der Tschechen täuschen und retteten in einer für den tschechischen Staat sehr prekären Situation, da sein Prestige zu Genf gefährdet war, diesen aus der Schlammastik — beginnt die Idee Jessers immer mehr an werbender Kraft zu gewinnen. Auch die deutschen Sozialdemokraten (Rechte) werden zusehends auf den Pfad des nationalen Radikalismus gedrängt. Als die tschechischen Tusarsozialisten gegen die Einführung der Miliz, gegen Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, gegen das Aufhören der politischen Persekutionen, für die Zensur, für den Ausnahmezustand stimmten, entfuhr selbst den deutschen Sozialdemokraten der schmerzhafte Ausruf: „Wenn Ihr gegen all dies stimmt, dann ist ja das Ganze eine Komödie." Daraus können wir die Erkenntnis schöpfen:

Sobald es der deutschen Politik gelänge, ein einheitliches Ziel — und ein solches wäre zunächst die Erkämpfung der Selbstverwaltung — aufzustellen, dann alle Energien des deutschen Volkes zu mobilisieren, den Widerstand — im Rahmen der Gesetze — zu organisieren, wäre das Sudetendeutschtum ein Faktor, über den nicht weiter die Tschechen zur Tagesordnung übergehen könnten. Unsere Zerfahrenheit, die Planlosigkeit unserer Politik, der Parteienzwist sind die Stärke unserer Feinde. So gut es propagandistisch sein mag, den Völkerbund auf dem laufenden zu erhalten, so ist es ein Fehler, die Blicke allzusehr nach Genf oder Washington schweifen zu lassen. Wir müssen unsere ganzen Kräfte in der Heimat konzentrieren, müssen uns nur als einen Teil des Siebzig-Millionen-Volkes fühlen, geistig die Staatsgrenzen durch innigste Kultur- und Kampfgemeinschaft mit unseren Brüdern im Reich und in Deutschösterreich eliminieren, dann haben wir, was uns bisher fehlt — die deutsche Politik in der Tschechoslowakei. Wenn wir dann noch erkennen, daß die Befreiung aus nationaler Not Hand in Hand mit der aus sozialer Not gehen muß, dann halten wir beim nationalen Sozialismus, der die beiden großen weltbewegenden Ideen, die so lange zu ihrem Verderben als Feinde einander gegenüberstanden, den Nationalismus und den Sozialismus, mit einander vermählen will, dessen Zukunftsideal ein

Digitized by Google

soziales Groß-Deutschland ist. Die deutschen Stämme sollen ein Volk und einen Staat bilden, und dieser soll, auf daß er mächtig und stark sei, keine soziale Knechtung und wirtschaftliche Ausbeutung mehr kennen.

Neuerscheinungen

Ein Deutschlandbuch in ukrainischer Sprache.

(Aus dem Vorwort.)

Als Deutschland in Brest-Litowsk auf der Höhe seiner Erfolge das im Anfang des Krieges gefallene Wort von den unterjochten Völkern, die nicht mehr unter die russische Knute zurückkehren sollten, zur Wahrheit machte, entstand der Plan zu diesem Buche. Die Ende März 1918 gegründete Deutsch-Ukrainische Gesellschaft gab dem Geschäftsführer der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft den Auftrag, eine Sammlung von Aufsätzen in ukrainischer Sprache nebst den dazu gehörigen Bildern herauszugeben, die den Ukrainern einen Querschnitt durch das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben Deutschlands bieten sollte. Der Schwerpunkt der Ausführungen war demnach auf Deutschlands schnellen wirtschaftlichen Aufstieg im letzten Menschenalter zu legen. Im Bildwerk des Buches sind demgemäß Industrie, Handel und Verkehr in den Vordergrund gerückt. Nicht so sehr Deutschlands landschaftliche Schönheiten sollen aufgezeigt werden, sondern Deutschlands wirtschaftlich gesammelte Kraft, die es in die vorderste Reihe der Industriestaaten führte und die es im Kriege befähigte, jahrelang der feindlichen Uebermacht zu trotzen. Aber nicht der wirtschaftliche Standpunkt allein, sondern auch die kulturellen Höchstleistungen sollen aufgezeigt werden. Das industrielle Deutschland verstand nicht nur praktisch und nüchtern zu bauen, sondern begann seine Nutzbauten zu sachlicher Schönheit zu steigern. Deutschlands Architektur bekam nicht nur Kultur in den Prunkbauten der Hauptstädte, sondern auch in den Zweckbauten der Mittel- und Kleinstädte. Es sind deshalb die Bilder dieser Bücher zum großen Teil nicht den allbekannten Großstädten, sondern kleineren Provinzorten entnommen. — Der Text ist zum großen Teil vor der Revolution geschrieben, und nur einzelne wenige Aufsätze stammen aus der Zeit nach dem Umschwung. Sie haben, trotzdem der Versailler Frieden Deutschland wehrlos machte, nicht an Bedeutung verloren, weil sie an der Hand des Tatsachenmaterials die Quellen deutscher Kraft aufdeckten, die durch den Sieg der Entente wohl verschüttet, nicht aber versiegt sind. Mag auch der englische Hungerkrieg Deutschlands Wirtschaftskörper schlaff und müde gemacht haben, er wird doch wieder zu Kräften kommen, und dann wird das Lied von der deutschen Arbeit seinen alten guten Klang in der Welt zurückerobern. A. S.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt
Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

GENERAL LIBRARY PR 2 1921

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 169
Rohrbach, An die französische Adresse 171
Müller, Italien und die Pariser Konferenz 176
Kügelgen, Die Lösung des russischen Problems . . . 181
Thimme, Bethmann Hollweg und die Tirpitz'sche Flottenpolitik 186

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 18. Februar 1921 Heft 8

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Google

DER ABENTEUER-ROMAN

Als neuer Band dieser Sammlung erschien soeben:

Sophus Bonde

Atavara

Roman. Gebunden M 18.—

Bondes frisches angeborenes Erzählertalent bewährt sich auch in diesem neuen Roman, der uns die Schicksale eines unehelichen Kindes von seinen frühen Jugendtagen bis zu den Mannesjahren erzählt. Hans Heinrich könnte sich mit seiner starken künstlerischen und technischen Begabung eine sichere Zukunft als Schiffsbauer schaffen, wenn ihn nicht der Makel seiner Geburt aus der Heimat und in den Seemannsberuf triebe. Bei der humorvollen, durch Phantasie und Gemütswärme erfreuenden Schilderung von Hans Heinrichs Abenteuern, die darin gipfeln, daß er eine Zeitlang auf einer von Kannibalen bewohnten Insel als deren Oberhaupt festgehalten wird, ist Bonde so recht in seinem Element.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT / STUTTGART / BERLIN

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ridbastr. 74. postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgesch

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirch
Fernsprecher Norden: 309, 310, 1642, 4472 u. 45
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt
Möbeltransport · Lagerung.

Soeben wurde die 9. und 10. Auflage ausgegeben von

RUDOLF PRESBER

Das Mädchen vom Nil und andere Novellen

Rudolf Presber, der köstliche Sorgenbrecher, beweist mit dieser Novellensammlung aufs neue, daß er nicht nur zu erheitern, sondern auch tief ins Herz zu greifen versteht. Aber auch in den Novellen ernsten Charakters bleibt dem feinen Seelenkenner die seltene beglückende Gabe treu, den Pessimismus siegreich zu verscheuchen und in die heitere Sphäre seiner freudigen Lebensbejahung hineinzuziehen

Preis gebunden M. 16,—

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT, STUTTGART, BERLIN

Digitized by Google

6. Jahrgang * 18. Februar 1921 * Heft 8

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Deutschland geht nach London, in der Voraussetzung, daß seine „Gegenvorschläge" mit gleichem Recht neben den Pariser Beschlüssen stehen. Diese Voraussetzung erscheint nach den Presseäußerungen von London und Paris keineswegs gegeben. Die Reichsleitung muß deshalb soviel Kraft mit nach London nehmen, um sofort abbrechen zu können, wenn die Rede von Lloyd George sich nur als ein Akt der Verschleierung erweist. Sie hat, was bis jetzt noch gar nicht von ihr ausgespielt wurde, einen Rechtsanspruch hinter sich: die Zusage von Spa, daß in Genf eine offene Aussprache die Reparationsfrage einleiten sollte. Dieses Versprechen ist nicht gehalten worden. Man ist freilich geneigt, einen Wortbruch mehr oder weniger auf der Gegenseite allmählich nicht weiter zu bewerten; aber der Verzicht auf das Moralische würde uns schwächen, wenn wir immer wieder erleben, daß drüben die sachliche Verlegenheit durch moralisierendes Gerede zugedeckt wird. Die Entente soll wissen, daß es Deutschland darauf ankommt, sein Lebensrecht zu verteidigen. Es bleibt ein Skandal, daß Pariser Korrespondenten deutscher Blätter ohne Widerspruch bei uns als die Auffassung von Paris schreiben können, die deutsche Entschlossenheit sei Wahlmache, die bis zum 20. Februar dauere. Noch schlimmer, daß deutsche Parteien aus innerpolitischen Gründen dabei sekundieren.

*

Das Ineinander von auswärtiger und innerer Politik wird gegenwärtig aufs eindringlichste durch den Konflikt Berlin-München in der Frage der Londoner Verhandlungen dargetan. Nach der Verfassung gibt es für die äußere Politik nur eine Stelle; aber noch ehe das Werk in Weimar abgeschlossen war, glaubte man, von Bayern aus eine eigene Einwirkung auf die internationale Lage ausüben zu können. Das geschah im Zeichen

Digitized by Google

Eisners mit einem naiv gläubigen, extremen Pazifismus. Inzwischen hat das Blatt, auf dem Wege von Enttäuschungen, sich gewendet. Aus irgendwelchen Gründen glaubte man eine Zeitlang in München, weil das Geschrei der Feinde nach wie vor dem „preußischen Militarismus" galt, daß Deutschland in Bayern am besten aufgehoben sei. Die Franzosen schickten einen eigenen Gesandten, um die Situation noch weiter zu verunklaren. Aber am Schluß stand die Einsicht, daß die erwartete Vorliebe und Schonung der Entente für Bayern nicht eintrat. Die Franzosen denken gar nicht daran, den Bayern die Konzessionen zu machen, auf die sie rechneten; denn inzwischen hat sich Bayern, nachdem es hinter der Revolution die Sicherung der bürgerlichen Ordnung vernachlässigt hatte und vom übrigen Deutschland aus dem Chaos errettet worden war, zum „Ordnungsstaat" ausgewachsen, in dem mit mehr Romantik und Selbstbewußtsein als politischer Klugheit Europa auf die neue Lage aufmerksam gemacht wurde. Die Reichsregierung hat Rücksicht genommen und Rücksicht erbeten auf den Umstand, daß Bayern die schlimme Rätezeit hinter sich hatte; aber Bayern ist an ihr nicht schuldlos gewesen und hat mannigfachen Grund, jetzt zurückhaltender zu sein, als es tatsächlich ist. An München liegt es, ob Deutschland in London von vornherein in einer taktisch hoffnungslosen Lage erscheinen wird.

*

31 Eisenbahnstrecken haben in Räterußland ihren Betrieb wegen Kohlen- und Holzmangel einstellen müssen. Lenin hat, um den vollen Zusammenbruch des Verkehrs abzuwenden, die Eisenbahnen unter militärische Kontrolle gestellt. Da durch das Versagen vieler Bahnstrecken so wichtige Industriezentren, wie Petersburg, ihre Produktion einstellen mußten, hat Lenin die Bevölkerung Räterußlands aufgerufen, den Kommissaren in ihrem Kampfe gegen das „Sterben der Räterepublik" beizustehen.

*

Der alte Fritz und die Königin Luise müssen in zweifelhaften Plakaten den Rechtsparteien Wahlhelferdienste bei den Preußenwahlen leisten. Das ist reichlich viel an sentimentaler Geschmacklosigkeit. Und auch geschichtlich etwas zweifelhaft. Nicht nur weil das Preußen, das die beiden erlebten, ganz andere Grenzen und Funktionen hatte, sondern weil beider Staat ruiniert wurde, durch die Mächte der Beharrung, die sich wehrten, die neuen Probleme in den Staat aufzunehmen. Beide müßten als Warner für eine Politik erscheinen, die nur das Vergangene bejaht. Aber dem Deutschen darf ja allerhand zugemutet werden.

Digitized by Google

An die französische Adresse.

Von Dr. Paul Rohrbach.

Die Franzosen bleiben unentwegt bei ihrer These, Deutschland sei verantwortlich für den Krieg; es habe ihn gewollt und veranlaßt, und müsse darum alles bezahlen, wozu man es verurteilt. Herr Lloyd George, der heute schon wieder vergißt, was er gestern gesagt hat, redet nicht mehr von dem gemeinsamen Hineingleiten aller Mächte in den Krieg, wie auf seiner Rede in London nach dem Abschluß der Genfer Völkerbundskonferenz, sondern auch er kehrt zurück zu der stupiden und heuchlerischen Melodie: Deutschland ist schuld, Deutschland muß zahlen! Aus Paris erhielt ich dieser Tage die Nummer 5 einer Zeitschrift „L'Europe nouvelle" vom 30. Januar 1921. Dort findet sich eine „Besprechung" meiner im vorigen Jahr bei Engelhorn in Stuttgart erschienenen Schrift: „Die Beweise für die Verantwortlichkeit der Entente am Weltkrieg" Sie lautet:

Diese Broschüre des berühmten Pangermanisten Herrn P. Rohrbach beweist, daß gewisse deutsche Kreise reuelos geblieben sind. Man kann nicht sagen, daß irgend ein neuer Beweisgrund beigebracht worden ist.

Neue Beweisgründe? Haben sich denn „gewisse Ententekreise" schon mit den alten Beweisgründen auseinandergesetzt? Mit dem Brief von Jean Jaurés an Vandervelde? Mit den Lügen der Herren Viviani und Iswolski am 31. Juli? Mit den Blancovollmachten Frankreichs und Englands an Rußland im Herbst 1912? Mit den Aussagen im Sjuchomlinow-Prozeß? Mit den Berichten der belgischen Gesandten über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich? Ueber Boghitschewitsch und die russisch-serbische Verschwörung zur Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns? Ueber das Spiel Benckendorff-Grey und alles Uebrige, was ich in meiner Broschüre aufgeführt habe? Auf nichts ist geantwortet, weil es nichts darauf zu antworten gibt. Statt dessen holt man das alte Klischee hervor, ich sei ein Alldeutscher, obwohl man weiß oder wissen kann, daß zwischen den Alldeutschen und mir seit bald zwanzig Jahren Fehde ist, und im übrigen drückt man sich mit verlogenen Phrasen um eine Auseinandersetzung, von der man weiß, daß sie zur Katastrophe führt, so bald man sich darauf einläßt.

Auch das „Echo du Rhin" vom 13. Januar beschäftigt sich mit meinem „Feldzug" wegen der Frage der Verantwortlichkeit. Das geschieht so liederlich, daß der Verfasser des Artikels die „Deutsche Politik" mit dem „Reichswart" und mich mit Graf Reventlow verwechselt, der in seiner Zeitschrift eine Polemik über das Verantwortlichkeitsthema mit Dr. Koester gehabt hat. Im übrigen sind zwei Spalten inhaltslose Phrasen abseits vom Thema mit einem giftigen Seitenhieb auf Keynes wegen der Gleichung:

Digitized by Google

Die Wiederherstellung Deutschlands ist die Heilung Europas. Es tut mir leid, mich mit so minderwertigen Gegnern beschäftigen zu müssen, die überhaupt nichts zu sagen wissen. Wenn ich Franzose wäre, so wäre ich allerdings auch nicht imstande, das Beweismaterial dafür zu erschüttern, daß die Ententeregierungen in dem Sinne verantwortlich für den Weltkrieg sind, daß sie ihn gewollt haben, aber mit etwas mehr Eleganz und Geist ließe sich doch selbst die faulste Sache führen!

Nun ist zu allem Unglück für die Sache der Entente noch der frühere Botschafter Frankreichs in Petersburg, Herr Maurice Paléologue, mit seinen Erinnerungen in der „Revue des Deux Mondes" gekommen. Gleich das erste Stück, im Heft vom 15. Januar, bringt unbeabsichtigt peinliche Enthüllungen. Theodor Wolff hat sie kürzlich im „Berliner Tageblatt" dahin besprochen, daß sie zwar nicht Frankreich als unschuldig am Kriege, wohl aber Herrn Paléologue als einen derer zeigen, die darum mitschuldig am Kriege waren, weil sie ihn immer als unvermeidlich und selbstverständlich behandelten. Herr Paléologue hat früher Romane geschrieben, und in die Rolle scheint er auch in seinen Petersburger Erinnerungen wieder zu verfallen. Z. B. schildert er eine Szene mit seinem deutschen Kollegen in Petersburg, dem Grafen Pourtalès, wozu dieser jetzt ganz trocken bemerkt, er sei überhaupt nicht mit Herrn Paléologue zusammen gewesen.

Wertvoll für die Debatte über die Verantwortlichkeit am Weltkrieg sind aber zwei Mitteilungen Paléologues: die eine, daß ihm schon am 22. Juli die beiden montenegrinischen Großfürstinnen, Anastasia und Militza, gesagt haben: Morgen bei der Revue wird die Musik nichts als den „Lothringer Marsch" und „Sambre und Maas" spielen (also die beiden berühmten französischen Revanchemärsche!), und: Es ist ein Telegramm von unserem Vater gekommen, daß wir vor dem Ende des Monats den Krieg haben werden! Es war sehr unvorsichtig von Herrn Paléologue, daß er das erzählt hat, und noch viel unvorsichtiger, daß er mitteilt, am Abend des 29. Juli 1914 sei der Vizedirektor der Kanzlei des russischen Ministeriums des Auswärtigen zu ihm gekommen und habe gesagt, die russische Regierung beginne jetzt heimlich mit der Generalmobilmachung! Wie Paléologue das ausplaudern konnte, wenn er die Entente in der Frage der Verantwortung entlasten wollte, ist unbegreiflich. Er versucht dann allerdings, eine Irreführung des nichteingeweihten Lesers, indem er das Datum der allgemeinen österreichischen Mobilmachung um drei Tage vorverlegt, nämlich vom 31. auf den 28. Juli. Aber in diesem Punkte hat er sich selbst schon vor sieben Jahren dementiert. Er hat nämlich am 29. Juli 1914 berichtet (Gelbbuch Nr. 100), daß die russischen Maßnahmen veranlaßt seien „einerseits durch die hartnäckige Unnachgiebigkeit Oesterreichs, andererseits durch die Tatsache, daß acht österreichisch-unga-

Digitized by Google

rische Korps[1]) schon mobilisiert sind" (d'un côté, par l'intransigeance obstinée de l'Autriche; d'autre part par le fait que huit corps austro-hongrois sont déjà mobilisés).

Eine ähnliche nachträgliche Fälschung in einem Telegramm Sasanow hat schon vor zwei Jahren Pokrowski aufgedeckt[2]).

Es bleibt dabei, die Wortführer der Entente können auf das Material, durch das sie in der Frage der Verantwortlichkeit belastet werden, gar nichts Stichhaltiges erwidern. Könnten sie es, so hätten sie es schon lange getan. Trotzdem wird fort und fort behauptet: Deutschland ist der Schuldige, darum muß Deutschland zahlen! Hierauf spitzt sich jetzt die Debatte zu. Raschdau weist im roten „Tag" vom 6. Februar darauf hin, daß die „Times" Herrn Lloyd George gleich nach seinem Geständnis in betreff der „Gesamtschuld" am Kriege scharf gemaßregelt habe. Da der Vertrag von Versailles auf der Alleinschuld Deutschlands beruhe, gestand die „Times" wörtlich, so hänge er jetzt nach der Erklärung des leitenden englischen Ministers, in der Luft. Der Raschdausche Artikel betont auf das stärkste, wie notwendig es ist, daß auch die deutsche Regierung energisch die Debatte über die Schuld Deutschlands beginnt. Millerand und Lloyd George fühlen, daß sie der Welt einen moralischen Grund zur Rechtfertigung ihrer Ungeheuerlichkeiten angeben müssen. Dieser moralische Grund heißt für sie die Schuld Deutschlands, obwohl sie ja selbst es anders und besser wissen müßten, und obwohl sie in ihrer nächsten Umgebung eine Wolke von Zeugen dafür haben, wie es wirklich gewesen ist. Es ist eine Schmach und eine Schande, daß die leitenden Staatsmänner zweier der größten Gemeinwesen der Welt in dieser Weise gegen ihr eigenes Gewissen reden, weil sie sich einmal auf die alte unwahrhaftige, zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaften gegen Deutschland erfundene und bestimmte Formel festgelegt haben. Sie sind Kämpfer gegen die Wahrheit, und sie wissen, daß sie es sind!

Um diese Art Kämpfer aber etwas abzukühlen, ist es vielleicht gut, wenn wir hören, wie man über die praktisch-finanzielle Seite der deutschen Kriegsentschädigung, deren moralisches Fundament die deutsche Verantwortlichkeit sein soll, an der wichtigsten Stelle, in Amerika, denkt. Dafür ist ein Artikel lehrreich, den ein Amerikaner, C. R. Hargrove, in der Newyorker Wochenschrift „The Freeman" vom 8. Dezember 1920 geschrieben hat. Er heißt: „Frankreich in der Enttäuschung", und seine Hauptsätze sind folgende:

Das Problem, vor dem die französischen Staatsmänner stehen, ist in Kürze dieses: Vor dem Krieg betrug die Staatsschuld ungefähr 7 Milliarden Dollars, den Dollar zu Pari gerechnet; heute mehr als 45 Milliarden. Vor dem Kriege machten die

[1]) Also nur die Hälfte der im Frieden 16 Korps zählenden österr.-ung. Armee.

[2]) In Nr. 58 des Orangebuchs sind nach „Mobilmachung" die Worte „von acht Korps" gestrichen. „Prawda" vom 9. März 1919 — Deutsches Weißbuch vom Juni 1919 Seite 204

Digitized by Google

ganzen Staatsausgaben 1 Milliarde jährlich aus und wurden durch die Staatseinnahmen mehr als gedeckt. Im laufenden Jahr (1920) werden die Ausgaben auf 9,6 und die Einnahmen auf 3,7 Milliarden geschätzt. Auch wenn man 4 Milliarden als Ausgaben abzieht, die schließlich von Deutschland zu decken wären, bleibt ein bedeutendes Defizit. Gleichzeitig kauft Frankreich (zu einem Kurse von 15 Franken für den Dollar und 50 Franken für das Pfund Sterling) mehr als dreimal soviel als es verkauft. Außerdem existiert eine ungeheure schwebende Schuld im Lande ungefähr 8 Milliarden Dollars, den Dollar zu Pari gerechnet. Auch abgesehen von den Auslagen auf Rechnung der deutschen Entschädigung wird der französische Finanzminister, um die Ausgaben für 1921 durch Einnahmen zu decken, so gut wie sicher den Verkaufsertrag der amerikanischen Armeevorräte, die im vorigen Jahr auf fünfjährigen Kredit gekauft wurden, als Einnahme zu rechnen haben.

Verschuldung, Verwüstung, Inflation und administrative Verschwendung auf der einen Seite haben ihre Heilmittel auf der anderen in Gestalt von Besteuerung, Einschränkung, Deflation und Wiederaufbau. Mit diesem Programm (obgleich darin so wenig wie möglich über die Besteuerung gesagt war), kam der neue nationale Block, geführt von Herrn Millerand, am Anfang dieses Jahres zur Macht. In seinen gedrängten Reihen marschierte eine bunte Mannigfaltigkeit von Politikern — von ausgesprochenen Unterstützern der Monarchie bis zu den Radikalen und den unabhängigen Sozialisten. Zwei Schlagworte vereinigten diese sonderbare Gesellschaft. Das eine hieß: Nieder mit den Bolschewisten! Und das andere: Laßt den Feind zahlen! Diese Parolen waren gut genug, um Sitze in der Kammer zu gewinnen. Einmal gewählt, entdeckten die Herren aber bald, daß, wenn immer nur die Sozialisten niedergeheult und die Deutschen mit lauter Stimme zum Zahlen aufgefordert wurden, sie nicht imstande waren, das Land vorwärts zu treiben, außer in den Bankrott . . .

Aber wer in Frankreich glaubt, daß die deutsche Kriegsentschädigung je bezahlt werden wird? Bankiers und große Geschäftsleute werden sagen, daß es nicht geschehen wird. Regierende Minister und alle offiziellen Persönlichkeiten werden, offiziell, sagen, daß es wohl geschehen wird. Das Volk im allgemeinen wird nicht wagen, eine andere Meinung auszudrücken. Schon wenn man zugibt, daß Deutschland nicht vor Verlauf längerer Jahre einen Teil des Geldes zu zahlen fähig ist, das für die Wiederherstellung der verwüsteten Gegenden nötig ist, (Geld das schon großenteils aus der französischen Staatskasse vorgeschossen ist) so enthält das genug ernste Konsequenzen, um selbst den unverbesserlichsten Optimisten mit Verzweiflung zu erfüllen. So wird die Entschädigungsillusion aufrecht erhalten, mit dem unvermeidlichen Ergebnis einer Politik der Isolierung und Reaktion und der beständigen Reibung zwischen Frankreich und seinen früheren Verbündeten.

Wenn die Vertragemacher von Versailles die Wunden Europas bewußt hätten offen halten wollen, sie hätten keinen besseren Weg dazu ersinnen können. Ihre Methode ist sehr einfach Erst laßt euren Schuldner bankerott werden und dann erlangt einen Gerichtsbefehl, daß er euch für die nächsten 50 Jahre jedes Jahr eine unbestimmte nach eurer eigenen Diskretion zu bemessende Summe zahlen soll . . . !

Diese Illusion einer großen Entschädigung kann nicht für immer dauern. Eines Tages wird sie zusammenbrechen, und mit ihr das ganze finanzielle und politische System, das auf sie gegründet ist. Der Tag ist aber noch nicht da. Er mag noch fern sein, wenn es die Absicht der französischen Regierung ist, eine beständige Okkupation am Rhein aufrechtzuerhalten, als Sicherheit für die Entschädigung für den unvermeidlichen Zahlungsausfall bei ihrem früheren Feinde. Das würde unzweifelhaft eine französische Wiederholung des deutschen Fehlers mit Elsaß-Lothringen sein — oder etwas Schlimmeres. Aber das ist eine Sache für sich. Was Frankreich und die Freunde Frankreichs jetzt angeht, das ist der Fehler, den die französische Regierung mit ihrem Festhalten an vergeblichen Versuchen begeht, Geld von einem bankerotten Deutschland beizutreiben.

Digitized by Google

Für Frankreich ist es tragisch, daß das Jahr des Sieges, 1918, es ohne großen Führer traf. In Versailles gab es keinen Franzosen von der Sehkraft und Autorität wie Gambetta im Jahr der Niederlage 1871. Nun hat Herr Clemenceau mit seiner Rachedoktrin Herrn Millerand Platz gemacht, einem recht fähigen Staatsmann, aber ohne Eingebungen, außer seinem Nationalismus . . .

Erschöpft durch seinen langen Kampf, in Angst die Früchte des Sieges zu erraffen, verlassen von seinen früheren Verbündeten, die nach Paris mit so warmen Worten über die Einrichtung einer neuen Welt gekommen waren, ist Frankreich eine leichte Beute der Politiker geworden, die, in der Pose von Patrioten, keinen anderen Glauben zu bekennen wußten, als daß der Feind zum Zahlen gezwungen werden müsse. Das sind jetzt die leitenden Männer, und sie haben es fertig gebracht, in der öffentlichen Meinung die Furcht vor einer beständigen Bedrohung durch Deutschland wieder herzustellen. Nun sieht Frankreich noch eine andere Gefahr am Horizont sichtbar werden, in der Gestalt der Sowjetrepublik . . .

Aber glücklicherweise ist dies nicht die Stunde der Diplomaten, sondern die der Wirtschaftler, nicht die der Militaristen, sondern die der Finanzleute. Präsident Millerand und Marschall Foch entwerfen Wege und Mittel, um die Bolschewisten zu besiegen und Deutschland in Knechtschaft zu halten. Herr François Marsal aber kommt mit ausgestreckten Händen nach Wallstreet und erbittet Geld, um Frankreich von der Notwendigkeit zu retten, seine Schuldzahlungen einzustellen. Wenn aber die Finanzherren den Pfeifer bezahlen, so wollen sie auch das Stück bestellen. . . . Warum soll Amerika mit seinem Geld Frankreich befähigen die militärische Okkupation des Reichslandes („of the Reichsland"; soll jedenfalls heißen: Reichsgebiet) fortdauern zu lassen und, direkt oder indirekt, einen endlosen Krieg mit der Sowjetrepublik zu machen? Warum soll Amerika fortfahren, die streitenden Staaten Europas zu finanzieren und sie noch sinnloser und verzweifelter sich gegeneinander bewaffnen zu lassen, als vor dem Kriege? Vor aller ferneren Hilfe sollten die amerikanischen Finanzleute zu allererst darauf bestehen, daß die Völker Europas zu einem ehrenhaften Versuch zusammenkommen, sich selbst zu retten. Die Hälfte von ihnen steht schon vor dem Bankerott und alle sind sie an Amerika verschuldet. Der amerikanische Einfluß ist heute allmächtig, weil die Not nach dem amerikanischen Geld so dringend ist.

Unter solchen Umständen ist es zwecklos, zu sagen, die Vereinigten Staaten sollten sich von den europäischen Angelegenheiten fern halten. Die finanziellen Beziehungen sind zu eng und eindringend, um solch eine Politik zu erlauben. Amerikas Hilfe soll aber nicht auf der Seite der Militaristen und der Reaktionäre sein, sondern auf der Seite derer, die für Frieden und Wiederaufbau arbeiten. . . Eine solche Politik hat das Verdienst, zugleich vernünftig und vorteilhaft zu sein.

Es ist schon richtig, daß über die deutsche Kriegsentschädigung, die jetzt von der Entente wortbrüchig statt der bloßen Wiedergutmachung verlangt wird, die letzte Entscheidung bei Amerika steht. Von deutscher Seite aber wäre es materiell und moralisch ein gleich großer Fehler, wenn wir uns jetzt angesichts der verbrecherischen Vergewaltigung durch die Pariser Beschlüsse allein auf Amerika verlassen wollten. Unsere eigene Antwort muß im Namen des Rechts, im Namen der Ehre und im Namen der Vernunft nein und abermals nein heißen, und beim Nein muß es bleiben auf jede Gefahr hin. Die Wasser dieser Gefahren werden nicht zu tief sein.

Digitized by Google

Italien und die Pariser Konferenz

Von Oscar Müller-Berlin.

Als Ergebnis der öffentlichen Stimmung in Italien und des politischen Verhaltens der italienischen Regierung der deutschen Frage gegenüber konnte bisher festgestellt werden, daß wir in Italien noch am ehesten mit einer Wiederbelebung der alten freundschaftlichen Beziehungen und mit einem schonenden Verständnis unserer schwierigen Lage rechnen dürfen. Daraus mußte für unsere Politik die Forderung abgeleitet werden, daß sie bestrebt sein müsse, gerade die Beziehungen zu Italien, diesem noch am willfährigsten Feind, sorgsam zu pflegen. Dies war keine der üblichen deutschen Illusionen, sondern es sprachen ganz gewichtige reale Erfahrungen für eine solche Auffassung. Die Berichte der Deutschen, die sich seit dem Friedensschluß und schon früher wieder in Italien betätigen, von Reisenden, Kaufleuten, Gelehrten und Politikern lauteten fast übereinstimmend dahin, daß sie unter Kriegshaß so gut wie gar nicht zu leiden, ja, daß sie oft eine überaus herzliche und wohlgesinnte Aufnahme gefunden haben. Aber auch die politische Entwicklung in Italien sprach deutlich dafür, daß man in Rom im Gegensatz zu London und Paris aufrichtig an eine Abwicklung der Kriegspolitik herangehen wollte und das Ziel einer gemeinsamen europäischen Friedenspolitik aufstellte. Das Kabinett Orlando-Sonnino, das den Krieg beendet hat, konnte sich nicht halten und sein Nachfolger, Nitti, trat unter den leitenden Ententestaatsmännern als erster mit seinem europäischen Programm hervor, das in scharfem Gegensatz zu den französischen und englischen Anschauungen den Wiederaufbau Deutschlands und Rußlands als die notwendige Voraussetzung der europäischen Gesundung forderte. Wie entschieden sich Italien von den Ueberlieferungen der Kriegspolitik freizumachen entschlossen war, zeigte sich dann darin, daß, nachdem das Ministerium Nitti aus innerpolitischen Gründen zum Rücktritt genötigt war, Giolitti an die Spitze der Regierung berufen wurde, der nach seiner ganzen Stellung zum Kriege als der Vollstrecker einer solchen Politik mit positiven Aufbauzielen angesehen werden mußte. Daß die Kammer und die ganze öffentliche Meinung den Mann wieder rief, der den Krieg bekämpft hatte und dafür vier Jahre geächtet war, mußte als ein untrügliches Zeichen dafür angesehen werden, daß Italien, obwohl es den Friedesvertrag unterschrieben hatte, sich doch von seinem Geiste insofern lossagte, als bei aller Aufrechterhaltung der Vorteile, die es aus dem Friedensvertrag zog, doch einer schikanösen und zum völligen Verderben Deutschlands führenden Anwendung und Ausdehnung des Vertrages widerstrebte.

Digitized by Google

Allerdings waren die nüchternen Beurteiler der italienischen Politik schon bei der Berufung Giolittis genötigt, gewisse deutsche Illusionen zu bekämpfen. Giolitti wurde vielfach als Deutschenfreund gestempelt, und man zog aus dieser gänzlich unpolitischen und irreführenden Bezeichnung den Schluß, daß nun die italienische Politik in einen Kurs offenster und und unbedingter Unterstützung der deutschen Interessen einlenken werde, auch auf die Gefahr hin, in scharfe Gegensätze zu der Politik seiner Verbündeten zu geraten. Dies konnte natürlich nicht erwartet werden, selbst wenn Giolitti ein begeisterter Freund Deutschlands wäre, was er nicht ist. Die deutsche Presse und die öffentliche politische Meinung täten überhaupt gut daran, diesen Maßstab der Deutschfreundlichkeit an einen fremden Staatsmann oder Diplomaten nicht anzulegen, obwohl es natürlich nicht ganz gleichgültig ist, ob wir es mit einem fanatischen Gegner oder mit einem besonnenen und unparteiischen Mann zu tun haben, der zudem etwas von Deutschland weiß und einige Achtung vor unserm Wesen hat. Aber maßgebend für die Führung der Politik sind ja, wenigstens bei andern Völkern, nicht die Gefühle, sondern die realen Interessen und die Möglichkeiten, sie durchzusetzen. Daher dürfen wir uns nicht wundern, daß Italien auch unter der Leitung Giolittis den zwangsläufigen Kurs seiner Politik beibehalten hat, der die Verfolgung der italienischen Interessen durch Anlehnung an die Westmächte fordert. Innerhalb dieses Rahmens aber durften wir, nach den erwähnten Anzeichen zu schließen, immerhin hoffen, daß wir in Italien im Rate der Alliierten einen Fürsprecher unserer Lebensnotwendigkeiten haben würden, soweit sie Italien ohne Gefährdung seiner eigenen Wünsche und Interessen unterstützen konnte.

Diese Hoffnung hat, ich muß dies offen gestehen, in den letzten Tagen einen empfindlichen Stoß erlitten. Die italienische Regierung hat durch ihren Minister des Aeußeren, den Grafen Sforza, an den Pariser Verhandlungen der Ententeminister teilgenommen und die Note unterzeichnet, die Ende Januar wegen der Entwaffnung und wegen der Reparation an Deutschland gerichtet wurde. Es wäre nun zwar nichts Auffälliges, und man müßte daraus keine ungünstigen Schlüsse ziehen, daß die italienische Regierung sich äußerlich mit einem Beschluß solidarisch erklärt, der von der Gesamtheit der Westmächte in einer gemeinschaftlichen Angelegenheit gefaßt wird, denn wir müssen, so schmerzlich dies für uns ist, den Bund der Kriegsgegner als noch fortbestehend ansehen und in allen diesen politischen Aktionen die zusammenhängende Fortsetzung der Versailler Vertragspolitik erkennen. Wenn wir die Sache realpolitisch so auffassen, so dürfen wir uns nicht wundern, daß Italien seine Unterschrift unter ein Dokument gesetzt hat, welches das Ergebnis einer achttägigen Verhandlung der Bundesgenossen war, über deren Interna

Digitized by Google

und Einzelheiten wir ja nicht genau unterrichtet sind. Man könnte sich wohl denken, daß Italien in Paris versucht hat, die andern Standpunkte seiner Politik geltend zu machen, daß es aber damit nicht durchgedrungen ist und daß es schließlich den gemeinsamen Beschluß mehr aus Gründen der Bundesdisziplin und der Taktik unterzeichnen mußte, mit dem inneren Vorbehalt, bei den weiteren Verhandlungen seine anderen Anschauungen erneut zu vertreten.

Diese für uns günstige Auffassung scheint leider nicht zuzutreffen, denn der italienische Außenminister Graf Sforza hat in einem Interview mit dem Berichterstatter eines römischen Blattes sich ausdrücklich die Pariser Beschlüsse zu eigen gemacht und die merkwürdige Behauptung gewagt, die fast wie ein Hohn klingt, Deutschland könnte mit dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen zufrieden sein. Man muß gestehen, daß man darnach in allen Anschauungen und Voraussetzungen irrig werden muß, mit denen bisher die italienische Politik betrachtet werden konnte, weil dieser Gegensatz zwischen dem oft verkündeten Programm der italienischen Regierung, das den Aufbau Mitteleuropas als die wesentlichste Voraussetzung aller europäischen Politik betrachtete, und den Pariser Beschlüssen nicht zu erklären ist, die nach dem Urteil nicht nur der deutschen, sondern auch der unparteiischen Sachverständigen zum völligen Ruin Deutschlands führen müßten. Der einzige Trost ist der, daß offenbar auch die italienische Oeffentlichkeit diese Politik ihrer Regierung nicht versteht und vor ein Rätsel gestellt ist, ja man darf annehmen, daß auch gewichtige Faktoren der italienischen Politik durch diese Stellung des Außenministers peinlich überrascht und betroffen worden sind. Wenn man sich zur Not noch erklären konnte, daß Italien auf eine möglichst hohe Gesamtentschädigung hinarbeitet, weil damit ja auch sein Quotenanteil auf 20 Milliarden Goldmark oder fast 60 Milliarden Papiermark wachsen würde, so ist die italienische Zustimmung zu einer Ausfuhrabgabe von 12½% auf die gesamte deutsche Ausfuhr gänzlich unverständlich, weil Italien sehr stark an billiger deutscher Einfuhr interessiert ist und weil es so die Verteuerung der deutschen Waren durch die Exportabgabe wie alle Einfuhrländer mitbezahlen mußte. In dieser Richtung laufen auch die Kritiken, welche italienischen Politiker und Nationalökonomen an dem Verhalten des Außenministers und den Pariser Beschlüssen üben.

Nun hat Graf Sforza in einer Rede bei dem Besuch des tschechoslowakischen Ministers Benesch den Versuch gemacht, die Bedeutung dieser Exportabgabe dadurch abzuschwächen, daß er sie nicht als eine Besteuerung der deutschen Ausfuhr, sondern als eine teilweise Beschlagnahme der deutschen Auslandsguthaben aus dem Export interpretierte. Darnach soll also die Entente direkt bei ausländischen Schuldner des deutschen Ausfuhrkaufmanns ein Achtel des Guthabens erheben, und das Reich soll ver-

Digitized by Google

pflichtet sein, den deutschen Kaufmann für diesen entgangenen Gewinn zu entschädigen. Diese Andeutung des Grafen Sforza kann die Bedenken Deutschlands nicht zerstreuen, schon weil sie im Widerspruch mit dem uns amtlich mitgeteilten Text der Note steht. Eine politische Deutung des italienischen Verhaltens ist damit nicht gegeben. Wir müssen also abwarten, bis das Rätsel sich löst, bis es klar wird, entweder daß Italien neben der vernünftigen Politik der Worte und Programme eine unvernünftige Politik der Handlungen und der blinden Gefolgschaft in der Entente betreibt oder daß es die sichtbaren und unzweifelhaften Vorteile einer europäischen Politik aufgewogen glaubt durch Vorteile auf anderem Gebiet, die man noch nicht kennt, oder aber endlich, daß der Graf Sforza ein wirklich sehr unbegabter Staatsmann ist, der die Interessen seines Landes und die Ideen seines Regierungschefs schlecht verstand und deswegen vielleicht korrigiert werden wird.

Bis sich dies geklärt haben wird, müssen wir, wie überhaupt, so auch in der Beurteilung der italienischen Politik und unseres Verhältnisses zu Italien kühles Blut bewahren, denn es wäre töricht, aus einer noch nicht überschaubaren Situation heraus eine Veränderung der Atmosphäre zu begünstigen, in der sich die übrigen laufenden Geschäfte und Beziehungen zwischen Deutschland und Italien entwickeln müssen. Diese Warnung ist um so berechtigter, als die Wiederanbahnung des Verkehrs und die Erledigung schwebender Fragen trotz aller gegenseitiger Freundschaftsversicherungen sich doch nicht so glatt zu vollziehen scheint, wie man dies anfangs geglaubt und gewünscht hat. Es muß festgestellt werden, daß seit einiger Zeit in italienischen Wirtschaftskreisen eine leichte Gereiztheit und Unzufriedenheit besteht, weil nicht alle Hoffnungen auf die Versorgung mit deutschen Waren erfüllt worden sind, die man nach Herstellung des Friedenszustandes hegte, und weil Deutschland auf der andern Seite das starke Exportbedürfnis Italiens in Südfrüchten und andern Waren nicht befriedigt oder, wie unsere Handels- und Finanzleute sagen, nicht befriedigen kann, weil die Rücksicht auf den deutschen Markkurs uns zwingt, sparsam mit Einfuhr zu sein. Es ist schwer, hier eine Schuld zu finden und *eine* Seite anzuklagen. Eine Bureaukratie klagt die andere Bureaukratie an, der ausschließliche Egoismus der einen Handelswelt den der andern. Wahrscheinlich trifft auch hier Heines Wort vom Rabbi und vom Mönch zu. Wir müssen uns darauf beschränken, das Resultat dieser Enttäuschung dahin festzustellen, daß die italienische Politik vor die Wahl gestellt, Deutschlands Leben und Wiederaufbau zu stützen und sich damit einen Rückhalt seiner unsicheren Finanz- und Wirtschaftslage zu schaffen, oder aber, Deutschland fallen zu lassen und sich nach dem Rezept Frankreichs aus seinem Ruin möglichst bezahlt zu machen und im übrigen die Zukunft des Staates seiner Finanzen und seiner Wirtschaft ganz auf Westeuropa

Digitized by Google

einzurichten — daß Italien heute noch schwankt, welchen Weg es einschlagen soll, daß es aber nicht mehr so fest wie noch vor einiger Zeit der ersten Entscheidung zuneigt, sondern sich mit dem Gedanken vertraut zu machen beginnt, daß es für Italien zweckmäßiger sei, Deutschland seinem Schicksal zu überlassen und die Zukunft Italiens ganz an die Westmächte zu binden. Ich glaube nicht, daß die Entscheidung in dieser für Deutschland lebenswichtigen Frage schon gefallen ist, aber sie steht bevor. Das deutlichste Symptom für den schwankenden Charakter der italienischen Politik scheint mir zu sein, daß das Dekret, welche das große Eigentum der Deutschen in Italien (das kleine bis zum Betrage von 50 000 Lire ist bekanntlich schon seit einiger Zeit freigegeben) konfisziert, bereitliegt, aber noch zurückgehalten wird, weil Italien Deutschland die Wege noch offen lassen will, die Konfiskation durch Verhandlungen über eine Ablösung zu verhindern. Wenn wir eines Tages hören sollten, daß die italienische Regierung das Dekret in Kraft gesetzt hat, so müßten wir vielleicht daraus schließen, daß sie endgültig ihr Programm des Wiederaufbaues Europas durch Aufrichtung Deutschlands und Rußlands verlassen hat und zum zweiten Mal, diesmal endgültig, zu unseren Feinden übergegangen ist.

Bis dahin aber sollte die deutsche Regierung alles tun, was noch getan werden kann, um dies zu verhindern. Denn der zweite Abfall Italiens wäre weniger wegen seiner Bedeutung an sich, aber als Zeichen der Einschätzung der internationalen Lage durch einen Dritten für uns der trostlose Beweis, daß es keine Hoffnung gibt und daß man uns auch dort aufgegeben hat, wo man noch vor kurzem bereit schien, mit uns als einen Faktor der Zukunft zu rechnen!

Wenn man die Möglichkeit einer Schwankung der italienischen Politik voraussieht, so muß man sich fragen, welche politischen Rücksichten und Spekulationen es der italienischen Regierung auch unter der Leitung eines Giolittis notwendig erscheinen lassen, die Verbindung mit den Westmächten und besonders mit England so zu halten, daß sie stets auf das do ut des, auf den Austausch von Freundlichkeiten und Vorteilen eingerichtet ist. Ein gewichtiges Moment stellt natürlich die italienische Finanzlage dar, die durch den Krieg völlig zerrüttet ist. Der italienische Staatshaushalt rechnet im laufenden Etatsjahre mit einem Defizit von 13 Milliarden, wovon allerdings die Hälfte dadurch veranlaßt wird, daß der Staat den Brotpreis durch billigen Verkauf des Getreides, also durch staatliche Zuzahlung künstlich niedrig hält. Erhöht die Regierung die Preise auf die normale Weltmarktshöhe, so muß sie soziale Störungen befürchten und wühlt den Acheron des Bolschewismus auf. Die Staatsbahnen erfordern ähnlich

Digitized by Google

wie bei uns, nur nicht in diesem Umfange, einen Staatszuschuß. Es sind, glaube ich, 1½ Milliarden. Natürlich ist Italien bestrebt, sein wirtschaftlich und sozial schwankendes Staatsgebäude durch Kredite und günstige wirtschaftliche Abkommen zu stützen, und es wird an französischen und englischen Angeboten nicht fehlen, die Italien zu überzeugen suchen, daß es eine innere Gesundung schneller und sicherer erhoffen kann, wenn es der Ententepolitik vorbehaltlos folgt, als wenn es sich durch Rücksichten auf Deutschland leiten läßt.

Neben diesen wirtschaftlichen Rücksichten spielen aber eine große Rolle in dieser Zweifelsfrage der italienischen Orientierung die Rücksichten der internationalen Machtpolitik und die Spekulationen des italienischen Imperialismus, wenn man den Drang Italiens, sich welt- und handelspolitisch auszubreiten und seine Großmachtstellung zu verstärken, so benennen will.

Italien ist heute mehr als vor dem Weltkrieg in seiner Kolonial- und Orientpolitik auf die Unterstützung durch England angewiesen, das nach dem Ausscheiden Deutschlands und Rußlands aus der Weltpolitik der fast alleinige Schiedsrichter in allen internationalen Fragen geworden ist. Man weiß, daß der Friedensvertrag von Sèvres, der das Schicksal der Türkei besiegeln und die Besitzverhältnisse im nahen Orient regeln sollte, teils durch den zähen Widerstand der Türkei, teils durch die politische Wandlung in Griechenland so ziemlich hinfällig geworden ist und daß diese Fragen auf der Pariser Konferenz ebenfalls zur Beratung standen, jedenfalls auch die Londoner Konferenz im März beschäftigen werden. Vielleicht ist hier der Schlüssel zu der italienischen Unentschlossenheit und Unsicherheit in der deutschen Frage zu sehen. Jedenfalls ist das Schwanken Italiens mehr eine Reflexbewegung der noch undurchsichtigen englischen Politik, die Italien heute noch mehr als vor dem Kriege aufmerksam beobachten muß, wie ein Seefahrer ohne Kompaß den Stand der Gestirne.

Die Lösung des russischen Problems?

Von C. von Kügelgen.

Wir bringen hiermit einen Aufsatz des früheren Hauptschriftleiter der deutschen Petersburger Zeitung obgleich wir, wie unsere Leser wissen, in der russischen Frage anders stehen. Vor allen Dingen glauben wir nicht an ein Wieder-Zusammenwachsen der Randstaaten mit dem großrussischen Kern.

Es gibt kaum ein Land, dessen Presse so gut über die russischen Verhältnisse unterrichtet ist, wie die finnische. Erstens kennen die Finnländer größtenteils Rußland und die Russen und sehen sie und alle ihre Fehler mit den scharfen Augen des Hasses. Zweitens haben die Finnländer den Bolschewismus am eigenen Leibe erfahren und ihn in kurzen aber blu-

Digitized by Google

tigen Kämpfen mit deutscher Hilfe überwunden. Die rote Gefahr i
Lande steigert drittens die Aufmerksamkeit für die Vorgänge im nahe
Rußland und die Erzählungen der unablässig über die Grenze flüchtende
Bürger der Sowjetregierung sorgen für anschauliche Vorstellungen vo
den dortigen Verhältnissen.

Wenn Finnland trotzdem Frieden mit Sowjetrußland geschlossen ha
könnte man vielleicht den Beweis darin sehen, daß auch Finnland zu
Ueberzeugung gelangt ist, die Sowjetregierung sitze fest und auf di
Dauer. Das heißt aber, daß sie sich der übrigen Welt oder die Wel
sich dem Bolschewismus anpasse. Mit anderen Worten: „Liegt dem Frie
densschluß mit Sowjetrußland nicht der Glaube an dessen Entwickelungs
fähigkeit zurunde?

Wenn man die Schilderungen liest, die einzelne aus Moskau und Peters
burg zurückgekehrte Friedensunterhändler in der bürgerlichen Presse Finn
lands veröffentlicht haben, könnte man zum Schlusse kommen, als wenn
die richtige Erkenntnis bolschewistischen Wesens der Anschauung nich
standgehalten habe, welche die Finnländer in Moskau und Petersburg
gewannen. Bei näherer Prüfung ihrer Erzählungen sieht man aber mi
Bewunderung für die russische Täuschungsfähigkeit, daß es sich hauptsächlich
um Theater, Museen, lukullische Mittage und ähnliche, künstlich an ein
ander gereihte Eindrücke handelt, durch welche den Finnländern die traurig
Wirklichkeit in den Hintergrund gedrängt wurde. Man muß annehmen
daß diese Täuschung ganz vorübergehender Natur ist. Für den Friedensschluß
gaben den Ausschlag in die Augen springende, große politische Vorteile
Angliederung des Pentschengagebiets mit dem Zugang zum weißen Meer
Sicherung der Grenze, Anerkennung der Selbständigkeit mit Einschluß
Alands und die Eröffnung wirtschaftlicher Möglichkeiten. Der starke An-
stieg des finnischen Kurses nach dem Friedensschluß beweist, daß dieser
ein Vorteil für Finnland war.

Man wird nicht irregehen, wenn man annimmt, daß die größten und
maßgebendsten Kreise des gebildeten Finnland, besonders auch der Handels-
und Industriekreise ihre Meinung über den Bolschewismus als einer bloß
niederreißenden, tötenden und zum Tode verurteilten Macht nicht ver-
ändert haben.

Diese Anschauung läßt sich kurz in die Worte zusammenfassen, die mir
ein aus Rußland eben zurückgekehrter Finnländer, der dort ein Jahr
lang gefangen gehalten war, sagte:

Ein dauerndes Bestehen der Sowjetgewalt ist aus dem Grunde aus-
geschlossen, weil sie einzig und allein auf Macht basiert ist. Die Bol-
schewisten haben keine Stütze im Volk. Vor allem sind die Bauern ihnen
Feind und die Kommitees der Dorfarmut, die Organe der Sowjetgewalt

Digitized by Google

auf dem Lande, würden nichts ausrichten können, wenn hinter ihnen auch auch nicht wiederum die bewaffnete Macht stände. Alle Requisitionen, Eintreibungen, Nationalisierungen geschehen durch die Soldaten der roten Armee. Auf diese stützt sich auch die allgewaltige „Tscheka" („Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution"). Deshalb haben auch die unausgesetzten Kriege den Bolschewismus gestärkt. Denn erstens gaben sie ihm Anlaß und Möglichkeit, alle Kraft auf die Schaffung der Kriegsmacht zu verlegen, zweitens gaben sie dem Bolschewismus den alles deckenden Schutz gegen Vorwürfe. Alle Mängel der inneren Organisation, der Niedergang des Wirtschaftslebens, das völlige Versagen in allen schöpferischen Unternehmungen konnten immer mit Krieg und Blockade erklärt werden.

In Wirklichkeit geht aber der Zusammenbruch immer weiter vor sich. Im wesentlichen zehren die Bolschewisten noch immer von den Vorräten und Organisationsresten des zarischen Rußland. Wenn sie auch in der letzten Zeit dies mit größerer Sparsamkeit tun, und zugleich wütende Anstrengungen machen, um das Bestehende zu erhalten, so kann doch von einem Aufbau nirgends die Rede sein. Deshalb wird und muß einmal die Sowjetgewalt zusammenbrechen. „Wenn das der Fall sein wird, so schloß der Finnländer, „kann ich nicht sagen, „ich warne auch vor optimistischen Prophezeiungen. Aber ebenso muß ich mich jedem Versuch widersetzen, dem sterbenden Bolschewismus Nahrung und Kräfte zuzuführen und auf diese Weise die Qual des russischen Volkes ins Ungewisse zu verlängern. . . .

Aehnliche Anschauungen hört man von allen aus Rußland kommenden Flüchtlingen. Sie geben neuerdings zu, daß das Volk und namentlich die äußerst zusammengeschrumpfte Bevölkerung der Städte sich den wahnsinnigen Verhältnissen besser angepaßt und es dadurch ein wenig leichter hat. Dafür weisen sie einstimmig auf die moralische Unmöglichkeit hin, das Leben in Sowjetrußland zu verbringen. Die Atmosphäre von Spionage und Spitzel- und Provokatorentum, die brutale Abschaffung jeder Denk- und Wortfreiheit, der auf Schritt und Tritt den Bürger knechtende Zwang, die herrschende Bestechlichkeit und zynische Willkür machen jedem anständigen Menschen ganz unabhängig von Hunger, Elend und Schmutz das Leben zu entsetzlicher Qual.

Der aus Rußland flüchtende Bürger betont die moralische Unmöglichkeit einer Fortdauer des Bolschewismus vielleicht noch stärker als die physisch-wirtschaftliche, während der objektive Ausländer auf letztere das Schwergewicht legt. So berichtete ein junger baltischer Kaufmann, der mit einer Kommission 3 Wochen lang in Rußland herumgereist war, schaudernd vom hinsiechenden Land mit den sterbenden Städten. Er hatte in 3 Wochen bei freier Wohnung 3 Millionen Sowjetrubel für seinen

Digitized by Google

Unterhalt ausgegeben — und dabei 14 Pfund abgenommen. Freilich war er an gute Kost gewöhnt.

Der objektive Beobachter kann ruhig feststellen, daß die Schilderung des heimkehrenden Finnländers und des Balten mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Das wird auch durch ein Studium der Sowjetzeitungen bestätigt. Man braucht nur den letzten Bericht des Vorsitzenden des obersten Wirtschaftsrats Rykow zu lesen, um den letzten Zweifel daran fallen zu lassen, ob der Bolschewismus nicht doch am Ende zu wirtschaftlicher Aufbautätigkeit fähig sei.

Wenn aus dieser Tatsache die Schlußfolgerung gezogen wird: also muß der Bolschewismus mit Gewalt von innen heraus oder von außen niedergeworfen oder mit Hilfe fortgesetzter Blokade ausgehungert werden, so scheint uns das falsch.

Eine Niederwerfung des Bolschewismus von innen heraus scheint für absehbare Zeit ausgeschlossen. Die Bauern sind höchstens zu lokalen Aufständen fähig. Diese richten, wie in der Ukraina, das Land nur immer mehr zugrunde, ohne die Sowjetgewalt als solche zu erschüttern. Die Städter sind gänzlich zerquetscht. Die Reste der Intelligenz stehen in Sowjetdiensten, die im Grunde wenig bewußte Arbeiterschaft wird durch schroffe Maßregelungen oder zeitweilige Mehrbewilligung eines Viertel Pfundes Brot immer wieder zur Ruhe gebracht. Das Heer ist in den Händen der Kommunisten. Es gibt also in Rußland keine Kraft, die die Gewaltherrschaft der kleinen kommunistischen Partei stürzen könnte.

Die Zeit einer militärischen Niederwerfung des Bolschewismus von außen ist längst vorüber. Es wäre lächerlich, zu glauben, daß die Entente jetzt noch die Kräfte dazu aufbringen könnte, nachdem sie alle vorhandenen hat zugrunde gehen lassen. Jetzt, wo der Bolschewismus unumschränkter Herr im Hause ist und mit Polen, den Baltischen Staaten und Finnland Frieden geschlossen hat, mögen Komitees der weißen Russen, die sonst nichts zu tun haben, neue Kriegspläne schmieden. Sowjetrußland aber kann darüber lachen, solange Frankreich, der Hauptträger des kriegerischen Gedankens, das am Boden liegende Deutschland immer noch zehnmal mehr fürchtet als den Bolschewismus.

Gibt man ehrlich die Aussichtslosigkeit auf gewaltsamen Umsturz des Bolschewismus zu, dann muß man auch einen Schritt weiter gehen und die an sich stets grausame und unmoralische Blockade aufheben. Natürlich haben alle Staaten das Recht, sich vor bolschewistischer Agitation und Einwanderung zu schützen; die Blockade ist aber nicht nur unmoralisch, sondern auch schädlich. Solange sie besteht, haben die Bolschewisten die Möglichkeit, auf sie, als auf einen Hauptgrund ihres wirtschaftlichen Un-

Digitized by Google

vermögens hinzuweisen. Tagtäglich wird in den Sowjetzeitungen ausgeführt, daß Hunger und Sorgen, der Mangel an allem Notwendigsten und der Zusammenbruch von Industrie und Transportwesen auf den Krieg und die Blockade zurückzuführen seien.

Erst wenn sich Sowjetrußland und die bürgerlichen Staaten der Welt im Austausch ihrer Güter wieder gleichberechtigt gegenüberstehen, kann sich die Ohnmacht des Bolschewismus endgültig offenbaren. Erst wenn Westeuropa bereit ist, mit Rußland Handel zu treiben, kann es sich herausstellen, daß das unerschöpfliche Rußland durch den Bolschewismus faktisch erschöpft worden ist. Zugegeben, die Bolschewisten haben einiges Gold und sonst noch vielleicht einige (womöglich noch alte) Austauschwaren. Das kann aber unmöglich genügen, um auch nur einigermaßen ihre unermeßlichen Bedürfnisse zu decken. Man braucht also nicht die Furcht zu haben, die Bolschewisten könnten sich mit Hilfe der Einfuhr voll neuer Kräfte saugen. Denn der Einfuhr müßte eine Ausfuhr entsprechen.

Die Bolschewisten werden also, da sie nichts anderes haben, mit Konzessionen zahlen. Nicht umsonst haben sie das Konzessionsdekret herausgegeben, das dem ausländischen Kapitalismus gestattet, kapitalistische Wirtschaftsstaaten im kommunistischen Staat zu schaffen: mit selbständiger Ein- und Ausfuhr, selbständigem Wirtschaftsbetrieb, ja selbständiger Anwerbung und Behandlung der Arbeiter auf Grund abzuschließender Kontrakte. So nimmt die Aufhebung der Blockade den Bolschewisten nicht nur ihr letztes Entschuldigungsmittel, sondern leitet den einzigen Weg ein, der zu einer allmählichen Ueberwindung des Kommunismus in Rußland führen könnte. Dieser Weg ist von den Bolschewisten selber schon beschritten worden: man vergleiche ihre ursprünglichen und die jetzigen Wirtschaftsmethoden miteinander.

Der eben abgeschlossene VIII. Rätekongreß war ganz Wirtschaftsfragen gewidmet: Elektrifizierung Rußlands, ein Aufbauprogramm für die schwere Industrie, weitere Durchführung der in Aufwärtsbewegung begriffenen Herstellung des Verkehrswesens und anderes mehr. Unter all diesen Fragen nahm aber den ersten Platz die Landreform ein. „Die Methoden zur Hebung und Förderung der bäuerlichen Wirtschaft" stellen einen Versuch des Kommunismus dar, den bourgeois-orientierten Bauern im kommunistischen Staat zur Arbeit zu zwingen. Ob das gelingen wird, ist eine Frage. Das überaus wichtige Gesetz aber verzichtet darauf, den Bauern zum Kommunisten umzugestalten, und begnügt sich damit, seine Arbeit (Saatfläche, Fruchtfolge usw.) unter Kontrolle zu nehmen. Hierdurch soll die Produktion so weit gehoben werden, daß Rußland wieder in höherem Maße auch auszuführen fähig sei.

Eine Lösung des russischen Problems, soweit sie überhaupt denkbar ist, kann nur auf dem Wege allmählicher Entwicklung vor sich gehen,

Digitized by Google

auf die Wiederkehr eines monarchischen Rußlands, und überhaupt der „alten Verhältnisse“ können eben höchstens noch weiß-russische Phantasten im eigenen egoistischen Interesse hoffen. Die Entwicklung des russischen Volkes liegt für Jahre hinaus in anderer Richtung fest. Ein Fall der Bolschewisten würde eben das Chaos für den Augenblick nur stärken, räuberischen Elementen wie Bulak-Balachowitsch die Hände lösen und wahrscheinlich zu einer Teilung des Reiches führen.

Ob das alles kommen *muß*? Wir wissen es nicht. Fürs erste sehen wir die Sowjetregierung fester denn je, sie sucht alle Kräfte an der wirtschaftlichen Front zu konzentrieren und will mit Verzicht auf *sofortige* Durchführung der Weltrevolution in wirtschaftlichen Austausch mit den bürgerlichen Staaten treten. Dieser findet in beschränktem Maße schon statt, wobei die Sowjetregierung allwöchentlich Gold ausführt. Konzessionen und Waren sollen folgen. Dieser Weg wird und muß beschritten werden, denn es ist der natürliche und auch der einzige, der zu einer der Natur der Dinge entsprechenden Umgestaltung Rußlands führen kann.

Bethmann Hollweg und die Tirpitz'sche Flottenpolitik

Von Dr. Friedrich Thimme.

In Nr. 18 der „Allgemeinen Deutschen Zeitung“ hat Admiral a. D. Hollweg unter dem Titel „Bethmann Hollweg und die Marine“ scharfe Angriffe gegen den verstorbenen Reichskanzler gerichtet, die den ganzen Haß des enragierten Tirpitzianers gegen den angeblichen „Verderber“ der deutschen Flotte atmen. Er geht soweit, die Verständigungspolitik Bethmann Hollwegs, dieses ausgesprochenen politischen Ethikers, auf dessen angeborenen „Frankfurter Händlergeist“ zurückzuführen! Ausdrücklich spricht Admiral Hollweg dem toten Kanzler die Wohltat des de mortuis nil nisi bene ab und ruft gegen ihn das Urteil der Geschichte an, die über seine Taten richten werde. Unter diesen Umständen kann ich als ein Historiker nicht schweigen, der sich schon früher in einer Auseinandersetzung mit Graf E. Reventlow eingehend über das Thema „Bethmann Hollweg und die Marine“ verbreitet hat, und der im Anschluß an diese Veröffentlichung von dem verstorbenen Kanzler intime Aufschlüsse über sein Verhältnis zur Tirpitzschen Flottenpolitik empfing, die manches in ganz neuem Lichte zeigen. Ich würde es vorgezogen haben, diese Aufschlüsse in einer Erwiderung auf den Aufsatz des Admirals Hollweg in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ selbst zu verwerten; da die Redaktion dieser Zeitung

Digitized by Google

aber die Aufnahme meiner Erwiderung, die mir in aller Form zugesagt war, angesichts des leidenschaftlichen Widerspruchs ihrer marinetechnischen Berater nicht durchzudrücken vermochte, so bleibt mir nichts anderes übrig, als in der „Deutschen Politik" das Wort zu nehmen.

Ich muß es vorweg auf das entschiedenste in Abrede stellen, daß der verstorbene Reichskanzler von seinem Amtsantritt an ein Feind der Flotte und des Seemachtgedankens gewesen sei. Einer maßvollen, sich nicht ins Uferlose verlierenden, die Mißgunst und den Kriegswillen der uns überlegenen englischen Seemacht nicht herausfordernden Flottenpolitik ist er immer zugewandt gewesen. Gegen das grundlegende Flottenbauprogramm von 1897 und 1900, mit dem sich ja auch die Engländer längst abgefunden hatten, hat Bethmann Hollweg nie etwas einzuwenden gehabt. Völlig falsch ist es, daß er zweimal, zuerst bei den Haldane-Verhandlungen Anfang 1912 und dann am 29. August 1914 — soll wohl heißen am 29. Juli — bereit gewesen wäre, das Flottengesetz bzw. die ganze deutsche Flotte preiszugeben. Nicht um das Flottengesetz handelte es sich bei den Haldane-Verhandlungen, sondern lediglich um die neue Flottennovelle, die auch Tirpitz, wie er dem Kaiser ausdrücklich gesagt hat, restlos zu opfern bereit gewesen wäre, wenn die Engländer eine reelle Gegenleistung, sei es eine brauchbare Neutralitätserklärung, sei es eine auch von ihnen zugegebene Flottenbeschränkung, geboten hätten. Auch am 29. Juli 1914 hat der Reichskanzler ausweislich der Akten nur seine Bereitwilligkeit zu einer Flottenverständigung für den Fall eines allgemeinen Neutralitätsabkommens in Aussicht stellen wollen, was keinesfalls nach dem Vorgang von Tirpitz als ein Preisgeben der ganzen deutschen Flotte ausgelegt werden darf.

Es heißt überhaupt die Dinge auf den Kopf stellen, wenn behauptet wird, daß durch die wiederholten Eingriffe des Reichskanzlers ein Moment der Unsicherheit in den zielklaren Aufbau unserer Wehrmacht zur See hineingekommen sei. Umgekehrt lag die Sache so, daß durch die wechselnden Phasen der Flottenpolitik der klare und konstante Gang der Reichspolitik, der doch nicht nach dem Spruche: navigare necesse est, vivere non necesse gelenkt werden durfte, auf das empfindlichste gestört worden ist. Auch in der Flottenpolitik selbst erwuchs das Moment der Unsicherheit wesentlich daraus, daß das ursprüngliche und grundlegende Flottenbauprogramm durch die Flottennovellen von 1906, 1908 und 1912, von denen nur die erste durch den Uebergang Englands zum Dreadnoughtbau sachlich begründet war, aber schon die zweite mit der Herabsetzung der Altersgrenze der Linienschiffe eine sprunghafte Beschleunigung des Schiffbautempos

Digitized by Google

mit sich brachte, gleichsam überstürzt wurde. Erst diese Flottennovellen haben in England jenen naval scare erzeugt und immer wieder von neuem angefacht, der schließlich jedem Engländer in Fleisch und Blut überging. Wenn Admiral Hollweg dem verstorbenen Reichskanzler vorwirft, durchaus verkannt zu haben, daß es nicht die deutsche Flotte an sich, sondern der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands und seine immer stärker werdende Kontinentalstellung waren, die die Mißgunst und den Kriegswillen Englands erregten, so hat nicht etwa Bethmann Hollweg mit dieser seiner Ansicht, sondern Tirpitz mit der entgegengesetzten nahezu allein gestanden. Kein geringerer als Fürst Bülow, dessen Zeugnis doch auch Admiral Hollweg als ein vollgültiges anerkennen wird, hat bestätigt — es war in einer Sitzung im Reichskanzlerpalais, an der neben Tirpitz auch der damalige Staatssekretär des Innern von Bethmann Hollweg teilnahm — daß unsere sämtlichen diplomatischen Vertreter all around the world, und nicht etwa bloß der deutsche Botschafter in London, Graf Metternich, desgleichen fast alle Kenner der englischen Verhältnisse, speziell aus Handels- und Industriekreisen, einmütig der Auffassung gewesen seien, daß nur das Anwachsen unserer Flottenrüstungen den Grund für die andauernd zunehmende Deutschfeindlichkeit der englischen Politik abgegeben habe. Mindestens seit der Mitte des Jahres 1908 ist es dem Fürsten Bülow nicht mehr zweifelhaft gewesen, daß eine plötzliche Steigerung des Tempos unserer Marinerüstungen, wie sie durch die Flottenvorlage von 1908 involviert war, unser Verhältnis zu England auf das schwerste gefährden müsse! Schon damals hat ja die englische Regierung, was in Deutschland viel zu wenig bekannt geworden ist, Himmel und Hölle aufgeboten, um zu einer Verständigung über die gegenseitigen Flottenrüstungen zu kommen. Am 11. August 1908 hatte Kaiser Wilhelm II. in Homburg v. d. H. jene lange Unterredung mit Sir Charles Hardinge, dem Begleiter des Königs Eduard VII., die leider, da der Kaiser noch ganz unter dem Einflusse Tirpitz' stand, statt zu einer Verständigung, von ihr abführte. Auch der Schatzkanzler Lloyd George ist, worauf jüngst Minister Oeser in einer Rede hingewiesen hat, um die gleiche Zeit eigens nach Deutschland gekommen, um wenn möglich eine Flottenverständigung in die Wege zu leiten. An das Scheitern dieser Verständigungsversuche hat sich eine neue und gefährlichere Phase der Ententepolitik geknüpft. Unmittelbar von Homburg ging König Eduard nach Ischl, um den greisen Kaiser Franz Joseph gegen Deutschland und seine Flottenpolitik aufzuwiegeln, und als er auch hier abblitzte, hatte er jene berühmte Unterredung am 26. August

Digitized by Google

mit Clemenceau und Iswolski in Marienbad, auf welche durch die Veröffentlichung der „Times" vom 24. Dezember v. J. bengalisches Licht gefallen ist. Hier ist es mit Händen zu greifen, welch unheilvollen Einfluß die Tirpitzsche Flottenpolitik auf unser Verhältnis zu England gehabt hat.

In den letzten Monaten seiner Amtsführung hat sich Fürst Bülow, dem mittlerweile auch starke Zweifel aufgestiegen waren, ob Tirpitz mit dem von ihm einseitig betriebenen Bau einer großen Schlachtflotte auf dem rechten Wege sei, und ob es sich nicht mehr empfehlen würde, statt dessen das Hauptgewicht auf die Verbesserung unseres Küstenschutzes und die Schaffung einer starken Unterseebootsflotte zu legen, genau von der gleichen Auffassung leiten lassen, die Admiral Hollweg den größten Irrtum in Bethmanns, „aus Frankfurter Händlergeist geborenen" Politik nennt: daß sich das Wohlwollen Englands durch kleinere oder größere Rüstungsbeschränkungen erkaufen lasse. Wie ich aus dem Munde Bethmann Hollwegs weiß, ist im Frühjahr 1909 sehr eingehend über eine Verlangsamung des deutschen Flottenbautempos verhandelt worden. Bei diesen Auseinandersetzungen hat Bethmann Hollweg stets dem Fürsten Bülow sekundiert, und es hat volle Wahrscheinlichkeit für sich, daß dieser den Staatssekretär des Innern als seinen Nachfolger nicht zuletzt deshalb vorgeschlagen hat, weil er ihn in vollem Einklang mit seiner durch die Erfahrungen wesentlich modifizierten Auffassung über die Flottenpolitik wußte.

Es hat auch nicht an dem Ungeschick Bethmann Hollwegs gelegen, wenn die englische Verständigungspolitik, die er als ein Erbteil seines Vorgängers übernommen hatte, und mit der ihm eigentümlichen Konsequenz fortzubilden suchte, nicht zu wirklich greifbaren Ergebnissen geführt hat. Schuld war vielmehr wieder zum guten Teil die Flottenpolitik Tirpitz', die die Verständigungspolitik Bethmann Hollwegs immer wieder durchkreuzte. Mit aller Schärfe muß es herausgesagt werden: nicht Bethmanns ehrliche Verständigungspolitik entsprang einem üblen Händlergeist, wohl aber die Tirpitzsche Politik, die allezeit darauf ausging, den englischen Konkurrenten übers Ohr zu hauen. So war es auch bei der Flottenvorlage von 1912, die von neuem ganz aus dem Rahmen des bisherigen Flottenprogramms heraustrat. Anfangs schienen ja die durch den Besuch Haldanes in Berlin im Februar 1912 eingeleiteten Verhandlungen einen günstigen und verheißungsvollen Verlauf zu nehmen. Als aber die englische Admiralität nach Haldanes Rückkehr von dem wirklichen Inhalt der Flottenvorlage Kenntnis erhielt, schlug die Stimmung in England sofort um, und die Verhandlungen gestalteten sich so, daß sie deutscherseits als aussichtslos

Digitized by Google

abgebrochen wurden. Man muß sich heute ernstlich fragen, ob die Flottenvorlage von 1912 unvermeidlich gewesen ist. In seinen Kriegserinnerungen gibt Tirpitz selbst zu, daß er vom reinen Ressortstandpunkte aus ein Verzögern der Novelle um ein Jahr hätte zugeben können. Da Tirpitz sich außerdem ausdrücklich damit einverstanden erklärt hat, daß der erste durch die Novelle von 1912 eingelegte Schiffsneubau nicht vor 1913 begonnen werde, so hat uns die Novelle von 1912 bis zum Kriegsbeginn überhaupt keinen Zuwachs von Schiffen gebracht. Hierdurch erledigt sich auch der gegen Bethmann Hollweg erhobene Vorwurf, daß er im Vorstadium der Flottennovelle Streichungen von Schlachtkreuzerbauten erzwungen habe, d. h. von Schiffen, die für uns im Kriege von ausschlaggebender Bedeutung werden konnten. Auch diese hätten ja bis zum Kriegsausbruch nicht mehr fertiggestellt werden können. Materiellen Vorteil hat uns also die Flottenvorlage von 1912, abgesehen von den organisatorischen Aenderungen, kaum gebracht, dagegen hat sie England, dessen Wille freilich längst nicht mehr der beste war, noch mehr an die Seite unserer anderen Gegner gedrängt. Dem Scheitern unserer Verhandlungen mit England im Frühjahr 1912 folgte im Sommer der Abschluß der englisch-französischen Marinekonvention. Wieder ist der unheilvolle Einfluß der Tirpitzschen Flottenpolitik mit Händen zu greifen.

Man hat sich gefragt, warum Bethmann Hollweg, wenn er die Tirpitzsche Flottenpolitik verhängnisvoll oder doch gefährlich fand, nicht seinen Einfluß auf den Kaiser aufgeboten habe, um Tirpitz zu beseitigen. Auch Admiral Hollweg macht es dem Kanzler zu schwerem Vorwurf, nie offen und ehrlich gesagt zu haben: „Er oder ich, die Duplizität unserer Politik, von der ich nicht loskomme, solange der dangerous man an seinem Platze bleibt, muß enden". Meinerseits muß ich in diesem einem Punkte dem Ankläger des Kanzlers recht geben: hier liegt dessen eigentlicher Fehler! Aber man darf nicht vergessen, daß im Herbst 1911 Tirpitz viel fester beim Kaiser im Sattel saß als Bethmann. Nach Tirpitz eigener Erzählung wäre der Kaiser im Dezember 1911 drauf und dran gewesen, ihm das Kanzleramt anstatt Bethmann Hollwegs anzubieten. Unter diesen Umständen läßt sich doch kaum sagen, daß es an Bethmann Hollweg als dem für die Gesamtpolitik Verantwortlichen gewesen wäre, das entscheidende Wort: er oder ich! zu sprechen, wenn er die Aufgabe des Flottenbaues für das allein Richtige hielt. Das entscheidende Wort hat bei uns, zumal in Personalfragen, nicht der Kanzler, sondern der Kaiser gehabt!

Digitized by Google

Der Kaiser ist es auch gewesen, nicht Bethmann Hollweg, der in der schmerzensreichen Frage des Einsatzes der Flotte nach dem Kriegsausbruch die Entscheidung gehabt hat. Die Flottenschonungstheorie, die im übrigen vieles für sich gehabt hat, und selbst innerhalb der Marine hochgestellte Vertreter gefunden hat, ist wesentlich das System des Kaisers selbst gewesen. Ich unterlasse es, auf diese Dinge, die ich schon früher in mehreren Aufsätzen der „Deutschen Politik" ausführlich behandelt habe, von neuem einzugehen; denn sie führen schließlich doch ins Ungewisse. Wer vermag heute mit Sicherheit zu sagen, ob ein Schlagen der Flotte zu Beginn des Krieges zu einem entscheidenden Siege geführt hätte? Erinnern wir uns, daß Admiral Scheer in seinem neulich veröffentlichten Bericht über die Seeschlacht vom Skagerrak ehrlich bekannt hat, daß selbst der glücklichste Ausgang einer Seeschlacht England in diesem Kriege nicht mehr zum Frieden zwingen werde. Das gilt auch für die erste Periode des Krieges, wenngleich zuzugeben ist, daß die Verhältnisse damals wesentlich günstiger für unsere Flotte lagen. Tirpitz hat selbst im Herbst 1914 zugestanden, daß man mit der Flotte nur schlagen könne, wenn die Engländer sich dazu stellten. Die Engländer hatten aber gar nicht die Absicht, sich zu stellen, am wenigsten zu Beginn des Krieges; denn gerade sie wußten nur zu gut, daß die Zeit für sie lief. Nicht aus der angeblichen Flottenschonungstheorie Bethmann Hollwegs, sondern aus der von Tirpitz nie genügend ins Auge gefaßten marinestrategischen Lage, nach der die Engländer es jederzeit in der Hand hatten, sich dem „Risiko" einer Schlacht zu entziehen oder nicht, ist letzten Endes das leidvolle Schicksal unserer Flotte erwachsen.

Im Grunde genommen ist der obige Ausspruch des Helden vom Skagerrak die beste Rechtfertigung für Bethmann Hollwegs Verhältnis zur Marine. Wenn wirklich keine Aussicht bestand, mit der von Tirpitz nach einseitigen Gesichtspunkten gebauten Schlachtflotte das Schicksal des Krieges zu bezwingen, so ist der Widerstand des Kanzlers gegen die Tirpitzsche Flottenpolitik nur zu berechtigt gewesen. Ich glaube, Herr von Bethmann Hollweg würde der letzte sein, gegen das Wort des Admirals Hollweg „der verstorbene Kanzler muß es sich gefallen lassen, daß die Geschichte über seine Taten richtet", Einspruch zu erheben. Er darf dieses Urteil ruhig erwarten. Was aber Herrn von Bethmann Hollweg recht ist, muß der Marine billig sein: auch sie wird es sich zu gefallen lassen haben, daß die Geschichte nicht über ihren Heldenmut, ihr höchstes und heißestes Wollen, dem Vaterlande zu dienen, denn das steht gänzlich außer Zweifel, aber letzten Endes über ihre Existenzberechtigung im Rahmen der Tirpitzschen Flottenpolitik das Urteil fällt.

Digitized by Google

Notizen

Die Presse über Deutschlands Versklavung. Der Jubel der französischen Presse über die Pariser Beschlüsse ist bald verstummt. Die Ablehnung durch Amerika und der Eindruck der Kammerdebatte Tardieu-Briand hat eine gewisse Unsicherheit in den Presseäußerungen hervorgerufen. Man ist weder mit Tardieu noch mit Briand zufrieden. Man horcht daher aufmerksam nach Deutschland hin, kommentiert eifrig die Reden Lord Georges und erklärt schließlich doch, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands stände außer Zweifel.

Im Gegensatz zur Pariser Presse lehnt die italienische die Pariser Forderungen in zahlreichen temperamentvoll geschriebenen Artikeln ab, wobei sie sich besonders gegen die Ausfuhrabgabe wendet. Minister Sforza hatte in der parlamentarischen Kommission für außenpolitische Angelegenheiten einen schweren Stand, als er die Pariser Konferenz verteidigte, weil die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder die Entschädigungsforderung für übertrieben hielt und die Ausfuhrabgabe entschieden verurteilte. Mit großer Ausführlichkeit werden die ablehnenden deutschen Pressestimmen von den italienischen Blättern wiedergegeben.

In England werden die Beschlüsse der Pariser Konferenz viel kürzer abgemacht, weil das Land von anderen Sorgen — Arbeitslosigkeit und Irland — stark bedrückt wird. Asquith wies in Wolverhampton auf das Paradox hin, daß man von Deutschland hohe Entschädigungen verlange, ihm aber die einzige Möglichkeit nähme, Geld dafür aufzubringen, indem man Sperrgesetze gegen die Ausfuhr von deutschen Waren dem englischen Parlamente vorlegen wolle.

Die neutrale Presse lehnt so gut wie einstimmig die Pariser Beschlüsse ab. Besonders scharf treten dagegen die sozialistischen Zeitungen auf. So nennt die sozialistische Presse in der Schweiz das Abkommen eine kapitalistische Verschwörung gegen das internationale Proletariat und spricht davon, daß die internationale Arbeiterschaft nicht zugeben werde, daß die deutschen Arbeiter anderthalb Menschenalter hindurch dem internationalen Kapital Frondienste leisten sollen.

Diesem Heft liegt ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung F. A. Herbig G. m. b. H. in Berlin über die in unserm Heft 4 besprochenen Lebenserinnerungen von Helene Lange bei, den wir der Beachtung unserer Leser angelegentlich empfehlen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99 Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 193
Rohrbach, Dr. Simons' Antwort 195
Montgelas, Mobilmachungsdaten 1914 199
Ostwald, Japan und Amerika 201
Laubert, Die Bedeutung der Ostmark für Deutschland 206
Haas, Die geistigen Auslandswerte Deutschlands . 209
Fuchs, Mechterstädt 213

Preis vierteljährlich M 15.– das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 26. Februar 1921 Heft 9

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

EINE SCHRIFT ZUR MASSENVERBREITUNG

Soeben erscheint
als 1. Heft der Schriftenreihe des Bundes
der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung

WAS SOLL ICH TUN?

Die Antwort auf diese Frage, die allen heute auf den Lippen liegt, ist ein Vorschlag, zu handeln und ganz bestimmte Dinge zu tun oder zu lassen; sie muß notwendig tief in das Leben eines jeden eingreifen. Man darf fordern, daß jedermann Kenntnis vom Inhalt der Schrift nimmt und sich mit ihm auseinandersetzt. Dieses Heft tritt an die Stelle der vergriffenen Broschüre „Sittliche Diktatur"

Preis Mark 1.50

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT • STUTTGART • BERLIN

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Riddastr. 74, postfrei und umsonst.

Stuttgart DW Leipzig

Deutsche Wacht

Organ zum Wiedererwecken deutscher Interessen im Ausland

Offizielles Organ des Verbandes „DW"
die Zeitschrift des Auslandsdeutschen.

Wertvollstes Anzeigenblatt für Im- und Export
Handelsteil mit Angebot und Nachfrage

Große Auflage. In ganz Europa gelesen.
Halbjahr 3.60 M. Zalla 60 Pfg. Heft 50 Pfg.
Verlag „Deutsche Wacht" Stuttgart

Soeben wurde die 7. und 8. Auflage ausgegeben von

ISOLDE KURZ
Florentinische Erinnerungen

Gebunden M. 20.—

„Das Buch erzählt so, wie gebildete Menschen erzählen sollten. Man erfährt, wie der alte fürchterliche Ghetto, ehe er niedergerissen wird, sich von der Welt blumengeschmückt in einem Karneval als Bagdad hergerichtet verabschiedet, man hört Gespenstergeschichten und lernt die alte Kultur kennen, in der die Toskaner leben „wie hinter einer chinesischen Mauer" . . . Der Dichterin wird der Band neue Freunde gewinnen und ihrer Lieblingsstadt die alten um so treuer bewahren . . ."
(A. v. Gleichen-Rußwurm in den Münchener Neuesten Nachrichten)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen
Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart / Berlin

Digitized by Google

6. Jahrgang * 26. Februar 1921 * Heft 9

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der auswärtige Ausschuß des französischen Senats hat Poincaré zu seinem Vorsitzenden gewählt. Das ist die Stelle, von der aus Clemenceau während des Krieges seinen Aufstieg zur Macht vorbereitete. Dort steht jetzt, zum Angriff auf Millerand und Briand bereit, der Mann, den man neulich noch aus einem Ministerium draußen halten konnte, der aber für die französischen Imperialisten der Exponent ihrer Erwartungen geblieben ist. Seine Wahl bedeutet für Briand Warnung und Anpeitschung. Die Franzosen sind aber selber ungewiß, ob sie nicht ihre starke Position England gegenüber schwächen, wenn sie den Zustand der inneren Krisenhaftigkeit dauernd verdeutlichen. Das macht, daß zwischen den lauten Worten ein Gefühl der Unsicherheit unverkennbar geworden ist.

*

Wie schludrig die Pariser Entschlüsse gearbeitet wurden, zeigt, daß in der Entente selber vollkommen Unklarheit herrscht, wie die 12½ proz. Wertabgabe von der deutschen Ausfuhr wirtschaftstechnisch gedacht ist. Man glaubte, eine erlösende Formel damit gefunden zu haben, indem man sagte: Frankreich soll über die bestimmten Annuitäten hinaus seinen wachsenden unbegrenzten Mehrertrag von der erwarteten Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft erhalten. Lloyd George eilte nach Hause und hielt sich nicht weiter dabei auf, wie das nun eigentlich vor sich gehen solle. Und jetzt geht eine Lesart in der feindlichen Presse neben der anderen spazieren. Welche ist zutreffend? Sie wissen es selber nicht. Die vorschnelle Formel wird ihnen selber zur Gefahr.

*

Digitized by Google

Man hat die Alarmworte, die Englands Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, über die britisch-amerikanischen Beziehungen gesprochen haben soll, dementiert, aber so oder ähnlich werden sie doch gefallen sein. Denn sie haben einen realen Hintergrund. Der heißt: Kann England seine überlieferte Flottenpolitik fortsetzen? Diese ruhte auf dem einfachen Grundsatz des „Zwei-Mächte-Standards", d. h. die britische Flotte sollte immer so mächtig sein als die beiden nächststarken Kriegsflotten zusammengenommen. Nun ist während des Krieges Englands Flotte um einiges durch Verluste schwächer geworden, die Amerikas und Japans aber sehr bedeutend gewachsen. Und London steht vor der Frage, ob es die Anstrengungen von ehedem finanziell wird weiterführen können. Es ist kein Zufall, daß man, wie seinerzeit bei Ausbau der deutschen Hochseeflotte, nach einem Schlüssel suchte, der ein Verhältnis der verschiedenen Bauprogramme festlegen will. Dieser Schlüssel wird nicht gefunden werden. Das zwingt England zu der schicksalsschweren Frage, ob es seinen alten Grundsatz aufgeben soll. Man darf nicht übersehen, wie sehr diese Fragestellung Groß-Britannien, das scheinbar so mächtige, in die Gefolgschaft Frankreichs zwingt, damit es auf alle Fälle in Europa rückenfrei dastehe.

*

Trotzdem sich die Parteiverhältnisse seit den englischen Wahlen stark verschoben haben, scheint Lloyd George wenig Lust zu verspüren, Neuwahlen vorzunehmen. Solange nur die Linke, vor allem die Arbeiterpartei ihm Opposition machten, konnte er sich trotz der mehrfachen Niederlagen bei den Nachwahlen auf seine riesengroße Majorität berufen. Jetzt ist einer der fähigsten Konservativen, Robert Cecil, der dabei durchaus Führerquantitätem besitzt, zur Opposition abgeschwenkt. Er war zwar niemals ein bequemes Glied der Lloyd Georgeschen Majorität, sondern hielt darauf, eigene Gedanken auszusprechen. Erinnerlich ist seine Gegnerschaft gegen die Hungerblockade nach dem Kriege und seine Vorliebe für einen allgemeinen Völkerbund. Diese Stellungnahme brachte ihn sogar in Genf in Gegensatz zur englischen Abordnung. Da Lloyd George guten Grund hatte, ihn nicht in der englischen Delegation mitzunehmen, hatte er sich das Mandat von Südafrika geben lassen. Wenn er auch in den Abstimmungen Lloyd George keine Opposition machte, so waren doch seine Reden auf einen wesentlich anderen Ton gestimmt. Jetzt, wo er sich von den Parteirücksichten freigemacht hat, dürfte seine Bedeutung im englischen Parlament wachsen und er dürfte Lloyd George leicht unbequemer werden, als der Führer der Liberalen Asquith.

*

Digitized by Google

Dr. Simons' Antwort

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Rede unseres Außenministers in Stuttgart ist als Ganzes eine der besten politischen Leistungen, die wir auf diesem Gebiet seit Jahren erlebt haben. Allerdings — wer sie nur nach der Berichterstattung in unseren Zeitungen und namentlich nach dem Auszug des unfähigen Wolffschen Bureaus kennen gelernt hat, wird kaum zu einem solchen Urteil gelangen. Die Kreuzzeitung, die als einziges (!) deutsches Blatt den vollen Wortlaut der Rede gebracht hat, bemerkt mit Recht:

Minister Simons hat nun in Stuttgart manch gutes Wort der Widerlegung gesagt. Aber Voraussetzung seiner Wirkung ist doch die entsprechende Verbreitung. Und da müssen wir leider feststellen, daß es an der zweckmäßigen Regie gefehlt hat. Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet nämlich zunächst einen unzulänglichen Auszug der Rede. Leider muß man befürchten, daß die ausländische Presse den ihrer Berichterstattung und ihren Komentaren zugrunde legen wird. Damit wäre dann die Wirkung der Rede auf die Oeffentlichkeit so ziemlich verpufft. Allmählich sollte man doch begriffen haben, daß wichtiger als die Reden von Politikern die Berichte über diese Reden sind.

Wer ist eigentlich verantwortlich dafür, wie Reden von solcher Bedeutung wie die Simonssche in der Oeffentlichkeit mitgeteilt und verbreitet werden? Wenn man den in der Kreuzzeitung gegebenen vollen Wortlaut mit den Wolffschen und sonstigen Auszügen vergleicht, so ist es kaum möglich, was Gesamthaltung, Wirkung und beherrschende Tendenz betrifft, die Rede in ihnen wiederzuerkennen. Die minderwertige Erfüllung einer so wichtigen politischen Aufgabe kann unter Umständen dasselbe bedeuten, wie eine verlorene politische Schlacht. Es bleibt nur übrig, zu hoffen, daß die Staatsmänner auf der gegnerischen Seite ihre Mittel gehabt haben werden, um von sich aus den Wortlaut der Rede zu bekommen. Aus ihren Zeitungen werden sie sie auch nicht erfahren. An einem Punkt allerdings haben die Feinde gleich das Richtige aus der Rede zu hören verstanden, und gerade diese Stelle, über die sich die feindliche, namentlich die französische Presse heftig ereifert, ist in der deutschen Berichterstattung ganz verschwunden oder bis zur Unkenntlichkeit verkürzt. Dr. Simons hat unter anderm gesagt:

Nicht alle die Kategorien von Schadensforderungen, die uns die Reparationskommission auf Grund des ersten Anhangs zu Artikel 232 des Friedensvertrages vorlegen wird, haben für uns gleichen Wert. Es gibt für uns zwei Sorten von Schadensersatzansprüchen der Gegner: Die erste Sorte ist die, die sich aufbaut auf dem Vorvertrag vom 5. November 1918, auf Grund dessen wir die Waffen niedergelegt haben. Die zweite Sorte ist die, die uns der Friedensvertrag von Versailles über den Vorvertrag hinaus auferlegt hat. Rechtlich ist es dasselbe, denn wir haben beides unterschrieben; moralisch ist es nicht dasselbe, und daran halte ich solange fest, als noch nicht der Welt klar gemacht

Digitized by Google

worden ist, wie weit das Strafurteil von Versailles der Wiederaufnahme vor dem Forum der Weltgeschichte fähig ist. Ich gehe nicht darauf ein, ob das Bekenntnis der alleinigen Schuld, das der Friedensvertrag von Versailles enthält, uns zu Recht abgedrungen worden ist oder zu Unrecht. Vielleicht ist die Zeit für eine solche Untersuchung noch nicht gekommen. Aber anmelden werde ich mich immer wieder, wie in der ersten Rede, die ich im Reichstage gehalten habe, daß wir dieses Strafurteil noch nicht als endgültige Entscheidung der Weltgeschichte anerkennen.

Das ist das erste Mal, daß Herr Dr. Simons die Frage der Verantwortlichkeit am Weltkriege erkennbar angeschnitten hat. Er tut es in einer etwas eigentümlichen Form. Erst heißt es: die Frage, ob uns das Bekenntnis zur Schuld mit Recht oder Unrecht abgepreßt ist, soll nicht untersucht werden; unmittelbar danach aber betont der Minister, daß wir dieses Strafurteil noch nicht als die endgültige Entscheidung der Weltgeschichte anerkennen. Das sieht doch so aus, als ob der zweite Satz die fraglos zu weit gehende Zurückhaltung des ersten wieder aufhebt. Wenn gesagt wird, die Zeit für eine solche Untersuchung sei vielleicht noch nicht gekommen, so kann das so verstanden werden, als ob auf die Zeit gewartet werden soll, wo auch von der Ententeseite eine ähnlich weitgehende Aktenveröffentlichung erfolgt, wie bei uns. Das werden allerdings die jetzigen feindlichen Regierungen nicht tun. Damit es dazu käme, wäre nötig, daß sich zum Beispiel in Frankreich und England ganz anders geartete Mehrheiten in der Wählerschaft und in den Parlamenten und infolgedessen auch neue Regierungen bilden, Mehrheiten und Regierungen, die Grund haben, mit ihren Vorgängern aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit ins Gericht zu gehen wegen des Unheils, das damals über die ganze Welt und auch über die eigenen Länder heraufbeschworen worden ist. Wir halten es keineswegs für unmöglich, daß solch ein Wechsel erfolgt, ja wir sind überzeugt, daß eine konsequente moralische Offensivpolitik von deutscher Seite in Verbindung mit der wachsenden Wirkung der zerstörenden Folgen des Krieges auch in den Siegerländern das Ihre dazu tun kann. Wie empfindlich die Feinde auf diesem Punkte sind, zeigt ja ihr erbittertes, durch ihr schlechtes Gewissen hervorgerufenes Aufgreifen der Stelle über die Schuldfrage. Man sieht, wie richtig und wie wichtig es ist, in dieser Beziehung die Offensive zu eröffnen.

Herr Dr. Simons hat sich in bezug auf die juristische und die moralische Seite der sogenannten Reparation auf die wenigen oben angeführten Sätze beschränkt. Um so ausführlicher und überzeugender ist er in seinen Ausführungen über die wirtschaftliche Unmöglichkeit gewesen, daß Deutschland derartige Summen zahlen könne, wie die Feinde sie fordern, und in seiner Betonung der Notwendigkeit, statt einseitig und

Digitized by Google

brutal konfiskatorisch, gemeinsam aufbauend und produktiv zu arbeiten. Es ist aber doch wichtig, daß wir uns die moralische Seite der Frage näher ansehen. Die vierzehn Punkte der Wilsonschen Kongreßrede vom 8. Januar 1918 enthielten nur folgende, hier einschlagende Forderungen: Wiederherstellung Belgiens; Räumung des im Kriege besetzten Gebietes in Frankreich; Räumung und Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens und Montenegros (Punkt 7, 8, 11). In der Kongreßrede vom 11. Februar 1918, in der Rede von Mount Vernon vom 4. Juli 1918 und in der Newyorker Rede vom 27. September 1918, die außer den vierzehn Punkten die formelle Grundlage der Wilsonschen Friedensbedingungen bilden sollten, wurde von Reparation und Aehnlichem nicht gesprochen.

Die deutsche Bitte um Waffenstillstand auf die Wilsonschen Punkte hin, ging in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober unter dem Druck der Obersten Heeresleitung hinaus. Wilson antwortete sofort, am 5. Oktober, und verlangte Festlegung auf seine Punkte in dem Sinn, daß nur noch eine Verständigung über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung stattfinden solle. Das wurde deutscherseits angenommen. Kurz vor dem Abschluß des Waffenstillstandes, am 5. November, empfing die deutsche Regierung eine vom Staatssekretär Lansing unterzeichnete amerikanische Note des Inhalts: Die verbündeten Regierungen hätten für den endgültigen Friedensvertrag die vierzehn Wilsonschen Punkte mit zwei bestimmt bezeichneten Ausnahmen angenommen. Das ist der Vorvertrag, von dem Dr. Simons in seiner Rede spricht, auf dessen Grund Deutschland die Waffen niederlegte. Der eine der beiden von Lansing bezeichneten Vorbehalte ist hier gleichgültig; er bezieht sich auf die Freiheit der Meere. Der zweite Vorbehalt verlangt Wiederherstellung nicht nur Belgiens, sondern auch Nordfrankreichs, und zwar in dem Umfang, daß die der Zivilbevölkerung durch Angriffe zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügten Schäden ersetzt werden sollen. Diese Forderung wurde deutscherseits, wie in der Note des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 24. Mai 1919 festgestellt wurde, „stillschweigend" angenommen. In derselben Note wird Bezug genommen auf die von Wilson für das Kriegsziel geprägte Formel: „Keine Annexion, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen!" Es ist ohne weiteres klar, wie sehr die feindlichen Milliardenforderungen diesem Prinzip widersprechen.

Herr Dr. Simons betont an verschiedenen Stellen seiner Rede, er gebe sich keinen Täuschungen darüber hin, daß sein Standpunkt in London schwer sein werde und daß er nicht darauf rechne, ausreichendes Entgegenkommen auf der feindlichen Seite zu finden. Derselben Meinung sind auch wir, und zwar mit der Begründung, die hier schon wiederholt gegeben wurde: Die feindlichen Minister und Regierungen sind gar nicht im Stande, selbst wenn sie einen viel besseren Willen hätten

Digitized by Google

als sie ihn haben, die Forderungen des Rechts, der Billigkeit und der Moral gegenüber Deutschland zu erfüllen, weil sie in der Hand ihrer Parlamentsmehrheiten sind, hinter denen wiederum die englischen und die französischen Wähler stehen. Nach der Formulierung von Dickinson im „Manchester Guardian", die ich hier schon in dem Heft der „Deutschen Politik" vom 24. Dezember vorigen Jahres mitteilte, ist das Kennzeichen der moralischen Lage auf der Ententeseite die Maskierung von Haß, Rache und Gier als: Gerechtigkeit, Vorsicht und Wiederherstellung. Man will einfach nicht mehr daran denken, daß man vor dem Abschluß des Friedens dem deutschen Volke versprochen hatte, es nur für den am feindlichen Privateigentum verursachten Schaden ersatzpflichtig zu machen. Lloyd George und Clemenceau haben in widerspruchsvoller und wortbrüchiger Weise, im Gegensatz zu der erteilten Zusage, die Parole ausgegeben: Deutschland zahlt alles. Als Begründung hierfür wird ausdrücklich und offiziell darauf hingewiesen, daß Deutschland den Krieg gewollt habe und daß es den finanziellen Folgen dieser Verantwortlichkeit nicht entschlüpfen dürfe. Ist das gleich bewußte Unwahrhaftigkeit und Wortbruch, so hat es doch Methode, und dieser feindlichen Methode kann man nicht anders begegnen, als dadurch, daß man ihr auf das Gebiet folgt, auf dem sie sich bewegt. Sein Boden entbehrt zwar jeder moralischen Tragkraft, aber im Urteil der feindlichen Völker erscheint er trotzdem so lange tragfähig, wie die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands Bestand hat. Sie wird so lange Bestand haben, wie das Beweismaterial für die Verantwortlichkeit der feindlichen Regierungen und Machthaber der übrigen Welt unbekannt ist, und das wird solange der Fall sein, wie von deutscher Seite nichts Durchgreifendes geschieht, um es bekannt zu machen.

Für je aussichtsloser man die Verhandlungen mit den feindlichen Staatsmännern hält, um so fester muß man entschlossen sein, wenn sie, wie anzunehmen ist, scheitern, von den Regierungen an die Völker zu appellieren. Diesen Kampf um die Wahrheit durchzufechten, wird uns nicht erspart bleiben. Bevor er gewonnen ist, haben wir keine Hoffnung, uns moralisch wieder zu erheben und unsere materiellen Lasten auf ein erträgliches Maß herabgesetzt zu sehen. Ich weiß nicht, ob der Minister der Meinung ist, daß ohne die Aufnahme des Wahrheitskampfs an eine Revision des Friedens gedacht werden kann. Ich kann es mir bei einer Persönlichkeit von solcher staatsmännischen Höhe, wie die Stuttgarter Rede sie offenbart, nicht gut vorstellen, und es mag sein, daß Herr Dr. Simons daran denkt, wenn alle anderen vorläufig anzuwendenden Methoden und Mittel erschöpft sind, auch seinerseits die moralische Offensive aufzunehmen. Eine gewisse Andeutung in diesem Sinn läßt sich aus

Digitized by Google

seiner Rede immerhin entnehmen. Solange es aber nicht wirklich geschieht, handelt es sich bei allen deutschen diplomatischen Versuchen und Maßnahmen immer nur um Vorgefechte auf einem Boden, auf dem keine wirkliche Entscheidung über die Zukunft Deutschlands fallen wird.

Die Mobilmachungsdaten 1914

Von Max Graf Montgelas.

In den Aufzeichnungen, die Herr Paléologue, der französische Botschafter der ersten Kriegsjahre in Petersburg, in der „Revue des deux Mondes" vom letzten 15. Januar veröffentlicht hat, findet sich einerseits die „Wahrheit" daß ihm am 29. Juli 1914 abends 11 Uhr durch einen Beamten des russischen Ministeriums des Auswärtigen die Nachricht überbracht wurde, man habe beschlossen,

„insgeheim die allgemeine Mobilmachung zu beginnen",

andererseits die „Dichtung", man habe in Petersburg schon am 28. Juli von der bekanntlich erst am 31. angeordneten allgemeinen österreichisch-ungarischen Mobilmachung Kenntnis gehabt. Von anderer Stelle ist bereits in Nr. 8 der „Deutschen Politik" daran erinnert worden, daß niemand anders als Paléologue selbst diese Unwahrheit an demselben 29. Juli 1914 durch die im französischen Gelbbuch unter Nr. 100 abgedruckte Depesche im voraus berichtigt hat, worin er meldete, der russische Außenminister begründe die russischen Maßnahmen außer mit der Unnachgiebigkeit Oesterreichs auch mit der Tatsache der Mobilmachung von „acht österreichisch-ungarischen Armeekorps", das ist der Hälfte der Armee.

Durch diese Mischung von Wahrem und Falschem hat Paléologue die Aufmerksamkeit wieder auf die Mobilmachungsdaten des Jahres 1914 hingelenkt, die für die Frage der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch von so großer Bedeutung sind. Das Anklagegerüst der Entente steht und fällt ja mit der Behauptung, daß die allgemeine Mobilmachung in der Donaumonarchie der im Zarenreiche vorangegangen sei. Zur Widerlegung dieser Lüge sind nunmehr so unanfechtbare Belege vorhanden, daß man meinen möchte, die Wahrheit müsse sich endlich auch in den feindlichen Ländern Bahn brechen. Im nachstehenden sind die genauen Zeiten, zunächst für das letzte Stadium der Mobilmachungsvorbereitung, dann für die allgemeine Mobilmachung selbst zusammengestellt. Von den unter den Belegen angeführten russischen Akten befinden sich die Originale in der Ursprache im Reichsarchiv in Potsdam, Abschriften nebst Uebersetzung in den Händen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Von den Handschreiben Kaiser Franz Josefs und des öster-

Digitized by Google

reichisch-ungarischen Kriegsministeriums hat die österreichische Gesandtschaft in Berlin beglaubigte Abschriften der Originale übermittelt; diese Abschriften sind gleichfalls in Verwahr des Untersuchungsausschusses.

I. Letztes Stadium vor der allgemeinen Mobilmachung.

1. Rußland: Beginn der „Kriegsvorbereitungsperiode" für das ganze europäische Rußland . . . . . 26. Juli;
2. England: „Warnungstelegramm" (warning telegram) für Heer und Flotte . . . . . 29. „
3. Frankreich: „Befehl zur Aufstellung des Grenzschutzes" (ordre de départ en couverture) . . . . . 30. „
4. Oesterreich-Ungarn: „Alarmierung" gegen Rußland 31. „
5. Deutschland: „Zustand drohender Kriegsgefahr" . . 31. „

Belege.

Zu 1. Telegramm des russischen Generalstabes Nr. 1575 vom 26. Juli 3 Uhr 26 Min. morgens.

Zu 2. Sir Julian S. Corbett „History of the Great War, based on Official Documents. By Direction of the Historical Section of the Committee of Imperial Defence" Seite 26. Auf Seite 28 stellt Corbett fest, daß dieses Warnungstelegramm dem deutschen „Zustand drohender Kriegsgefahr" entsprach.

Zu 3. Aus den Angaben des französischen Hauptquartiers in der Schrift „Le Mensonge du trois Août" Seite 231—234 geht hervor, daß die an die belgische Grenze vorgeschobene französische Kavallerie aus teilweise 100—170 km entfernten Garnisonen schon am 31. Juli mit der Bahn abbefördert worden ist, wozu spätestens am 30. Befehl ergangen sein muß. Vgl. ferner Berichte der „Times" vom 31. Juli 1914 und 27. März 1915.

Zu 4. K. u. k. Kriegsministerium Abt. 10 Nr. 1644 res. von 1914.

Zu 5. „Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" Nr. 499.

II. Allgemeine Mobilmachung
(alle Stunden nach mitteleuropäischer Zeit).

1. Rußland: wahrscheinlich insgeheim	29. Juli			abends
öffentlich angeordnet	30.	„	6^0	„
2. Oesterreich-Ungarn:	31.	„	12^{35}	nachm.
3. Frankreich:	1.	August	4^{40}	„
4. Deutschland:	1.	„	5^0	„
5. England: Flotte	2.	„	2^{35}	vorm.
Landheer (Expeditionskorps) . . .	3.	„	12^0	mittags

Belege.

Zu 1. Nach den Angaben in Oman "The Outbreak of the War 1914—1918" Seite 62 und 67 ff., nach dem dort angeführten Bericht des britischen Botschafters Buchanan vom 15. September 1917, nach dem amtlichen russischen Communiqué von demselben Tage, endlich nach den Enthüllungen Palsologues Seite 257 ist es sicher, daß am Abend des 29. Juli beschlossen wurde, die allgemeine Mobilmachung noch in der Nacht insgeheim zu beginnen. Nicht ebenso sicher steht fest, inwieweit dieser Beschluß nach dem später erteilten Gegenbefehl des Zaren durchgeführt worden ist. Für die zeitliche Reihenfolge gegenüber Oesterreich-Ungarn ist dies ohne Belang. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß am 30. Juli abends gegen 7 Uhr der vom Kriegsminister, Marineminister und

Digitized by Google

Minister des Innern unterzeichnete Befehl Nr. 1945 zur allgemeinen Mobilmachung an die Bezirke der deutschen Front abgegangen ist. Meldung der 37. Feldartilleriebrigade (Bezirk Petersburg) Nr. 222 vom 31. Juli, des Kommandanten Warschau vom 30. Juli, der Festung Kowno (Bezirk Wilna) vom 30. Juli Nr. 113.

Zu 2. Handschreiben Kaiser Franz Josefs vom 31. Juli Nr. 2212, abgeschickt 11 Uhr 30 Min. vormittags, beim Generalstab und Kriegsministerium eingetroffen 12 Uhr 23 Min. nachmittags. (Mitteilungen des deutsch-österreichischen Staatsamts für Heerwesen Nr. 7864 vom 13. Oktober 1919 und Dr. R. Goos „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges" Seite 307.) K. u. k. Kriegsministerium Nr. 1600 ref. vom 31. Juli 1914.

Zu 3. Englisches Blaubuch Nr. 136.

Zu 4. Deutsches Weißbuch vom Mai 1915. Nach Wolfftelegramm vom 8. Oktober 1917 wurde der Befehl um 5 Uhr 1 Min. unterzeichnet und traf 5 Uhr 35 Min. beim Kriegsministerium ein.

Zu 5. Das in Beleg 2 zu Abschnitt I genannte englische Admiralstabswerk von Corbett S. 29. Viscount Haldane "Before the War" Seite 35.

Japan und Amerika

Von Dr. Paul Ostwald, Berlin.

Eine Flut von Nachrichten über einen sich immer mehr zuspitzenden Gegensatz zwischen Japan und Amerika geht seit einigen Monaten über die Welt. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn die öffentliche Meinung sich wieder ganz hat gefangennehmen lassen von dem Schlagwort des Kampfes um den Stillen Ozean, und wenn weiteste Kreise glauben, daß wir am Vorabend dieses Kampfes bereits stehen. Bei uns in Deutschland trägt zu dieser Meinung allerdings noch viel der Umstand bei, daß fast allgemein in einem Kriege zwischen Japan und Amerika eine Besserung unserer politischen und wirtschaftlichen Lage erwartet wird; man hofft auf Rückwirkungen dieses großen Machtkampfes um das größte aller Meere auf das Versailler Friedensdiktat in einem uns günstigen Sinne, ja womöglich dessen volle Beseitigung. So fehlt es denn bei der noch immer starken politischen Unkenntnis der Dinge und der Neigung unseres Volkes, Politik mehr nach Gefühlen als den Tatsachen entsprechend zu machen, nicht an solchen, die den baldigen Krieg zwischen Japan und Amerika mit größter Sicherheit voraussagen und sich in den größten Hoffnungen für unsere Zukunft wiegen. So Politik zu treiben, ist nicht nur kindisch, sie wird für unser ganzes Volk auch verhängnisvoll; um so mehr ist es aber Pflicht aller ruhig Denkenden und Ueberlegenden, einem solchen Treiben energisch entgegenzutreten, und immer wieder darauf aufmerksam zu machen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen.

Daß der Weltkrieg mit seinen Folgen in Ostasien und im Gebiete des Stillen Ozeans die schon immer gespannte Lage zwischen Japan und

Digitized by Google

Amerika bedeutend verschärft hat, ist ohne Zweifel. Durch den Erwerb der deutschen Südseeinseln hat Japan nicht nur seine Stellung im Stillen Ozean verstärkt, sondern es ist für die über den Ozean führende amerikanische Inselbrücke zu einer schweren Gefahr geworden. Da Japan sich jetzt im Besitz der Karolinen-, Marianen- und Palauinseln befindet, ist es in die Lage gekommen, das amerikanische Guam zu umschließen. Dazu kommt, daß Japan durch das über die Insel Yap laufende Kabel den amerikanischen Telegrammverkehr in die Hand bekommen hat. In den Weststaaten Amerikas mußte sich ferner als Rückwirkung der verstärkten japanischen Machtstellung eine gegen früher gesteigerte antijapanische Stimmung geltend machen, die ihren Ausdruck in verschärften Abwehrgesetzen gegen die japanische Einwanderung fand. So ist seit dem 10. November vorigen Jahres in Kalifornien das Gesetz in Kraft getreten, das allen Japanern und allen Gesellschaften, an denen solche beteiligt sind, das Recht der Pachtung entzieht; auch als Vormünder ihrer in Amerika geborenen Kinder, die nach amerikanischem Gesetz ohne weiteres amerikanische Staatsbürger sind, Land zu pachten, ist den Japanern fortan verboten. Es ist das selbstverständlich ein schwerer Schlag für die 90 000 japanischen Ansiedler in Kalifornien, und weiter ist dadurch Japans Ehre und Prestige als des Vorkämpfers für die Gleichberechtigung der Rassen hart getroffen. Am schwersten aber stoßen japanische und amerikanische Interessen auf dem asiatischen Festland zusammen. Denn mehr noch als vor dem Kriege hat das amerikanische Kapital den chinesischen Markt nötig. Seiner freien Entfaltung steht aber Japans Machtstellung in China, sein großer Einfluß auf die Pekinger Regierung im Wege. Es sind zwar ungefähr vor Jahresfrist Versuche eines gemeinsamen wirtschaftlichen Vorgehens in China sowohl von japanischer wie von amerikanischer Seite gemacht worden, doch scheiterten sie, da die führenden Männer des amerikanischen Kapitals in voller Uebereinstimmung mit ihrer Regierung die Bahn für sich allein frei haben wollten. Man hat das Scheitern des wirtschaftlichen Zusammengehens auf japanischer Seite sehr bedauert, da man in Tokio wohl weiß, wie wenig man der Kraft des amerikanischen Kapitals gewachsen ist. So sehr hat die japanische Regierung China doch nicht in die Hand bekommen, daß es das Reich der Mitte vor dem amerikanischen Kapital verschließen könnte. Für Japan ist nun eine Beherrschung des chinesischen Marktes eine Lebensfrage, da es nur hier die zu seiner Industrie notwendigen Rohstoffe findet. Ein Ausliefern Chinas an das amerikanische Kapital heißt für Japan also nichts anderes, als sich der Hauptgrundlage seiner Industrie zu entziehen. Daß unter dem republikanischen Präsidenten sich diese wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Japan und Amerika in China noch steigern werden, müssen wir als ziemlich sicher annehmen, da unter der Leitung

Digitized by Google

Hardings und seiner Freunde das amerikanische Kapital in noch stärkerem Maße versuchen wird, sich des chinesischen Marktes zu versichern. Auch in Sibirien, in Korea, in der Mandschurei liegt für die Zukunft Zündstoff genug, um die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Japan und Amerika auf dem asiatischen Festland zu verschärfen.

Weder in Tokio noch in Washington ist man blind für die Dinge wie sie sich gestaltet haben, und je mehr von beiden Seiten der Welt gegenüber immer wieder durch die verantwortlichen Staatsmänner versichert wird, daß beide Staaten im besten Einvernehmen stehen, um so mehr ist man berechtigt, das Gegenteil anzunehmen. Es findet das ja schließlich seinen besten Ausdruck in dem starken Wettrüsten zur See.

Doch trotz allem wird man nicht ohne weiteres nun daraus schließen dürfen, daß der Machtkampf zwischen den beiden Randstaaten des Stillen Ozeans bald zu erwarten sein wird. Denn es ist durchaus falsch, diesen amerikanisch-japanischen Gegensatz für sich allein und losgelöst aus der sonstigen politischen Konstellation der Mächte beurteilen zu wollen. Vergessen werden dürfen in allererster Linie nicht die Stellungnahme der englischen Politik zu diesem Kampf um den Stillen Ozean und der englisch-amerikanische Gegensatz. Für England liegt kein zwingender Grund vor, den Kampf der beiden Gegner im Stillen Ozean zuzulassen; im Gegenteil, es muß ihm daran liegen, ihn nach allen Kräften zu hindern. Ein Krieg zwischen Amerika und Japan würde aller menschlichen Berechnung nach damit enden, daß Japan der unterliegende Teil sein würde. Man mag die Tüchtigkeit des japanischen Heeres und der japanischen Flotte noch so hoch einschätzen, entscheidend würde doch die wirtschaftliche Kraft der Vereinigten Staaten, ihre Menschenzahl, ihre ihnen in unbegrenztem Maße zur Verfügung stehenden Rohstoffe werden. Der Weltkrieg hat das ja zur Genüge bewiesen. Ein siegreiches Niederringen Japans würde daher den Vereinigten Staaten Ostasien ausliefern, Amerika könnte seine vergrößerte Machtstellung in einer für England allzu gefährlichen Weise ausnutzen, besonders im Kampf um die Oelquellen Südasiens und im Welthandel. Andererseits wird England kaum in der Lage sein, Japan im Kampfe gegen die Vereinigten Staaten zu helfen. Denn in seinen Dominien ist das Bündnis mit Japan schon immer nur zu ungern gesehen worden. In Kanada, wie in Australien und Neuseeland ist der Haß gegen die gelbe Rasse zu stark und immer ist von hier aus das englisch-japanische Bündnis bekämpft worden. Jetzt nach dem Kriege, wo die Dominien im englischen Parlament eine ganz andere Stellung einnehmen als sie früher hatten, wird es voraussichtlich zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern des Mutterlandes und der Kolonien kommen, wenn im Sommer dieses Jahres die Frage der Erneuerung des Bündnisses mit Japan für die englische

Digitized by Google

Politik akut wird. Sollte es dem Mutterlande gelingen, auch diesmal trotz der erschwerten Umstände die Erneuerung durchzudrücken, sollten sich auch diesmal die Dominien den allgemeinen Gründen der englischen Politik fügen, so würde doch für sie immer ein Kampf auf seiten Japans gegen die Vereinigten Staaten ausgeschlossen bleiben. Sind sich doch vielmehr gerade im Laufe der letzten Monate die Dominien mit den Vereinigten Staaten durchaus einig geworden über gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen Japan. Kanada ist bereits so weit gegangen, sein Geschwader im Stillen Ozean mit der amerikanischen Flotte zu gemeinsamen Uebungen zusammentun zu wollen. Für die englische Politik liegen hier in der Tat schwere Probleme, und man wird sich in London auch in keiner Weise verhehlen, daß ein gemeinsamer Kampf mit Japan gegen die Vereinigten Staaten für die Dominien das Zeichen zur Lossagung vom Mutterlande sein würde. Die englische Politik ist also in einer Zwickmühle, und für sie wird es das beste sein, den Kampf in jeder Einsicht zu verhindern.

Die Erhaltung der japanischen Macht liegt bei dem Gegensatz zwischen England und Amerika durchaus im Interesse der englischen Politik. Solange Japan ein machtvoller Gegner Amerikas ist, und zwar als Bundesgenosse Englands, kann die amerikanische Flottenrüstung für England nicht erdrückend werden. Denn Amerika wird immer gezwungen sein, seine Flotte zu teilen. Nur durch das Bündnis mit Japan wird England Amerika in Schach zu halten vermögen.

Zwei treffliche Mittel stehen der englischen Politik zur Verfügung — und sie weiß sie nach alter Erfahrung wohl zu benutzen — um dem Krieg zwischen Amerika und Japan entgegenzuarbeiten. Das eine besteht darin, daß man in Tokio keine Ungewißheit darüber läßt, daß Japan im Kampfe mit den Vereinigten Staaten allein stehen würde. Ohne England kann Japan den Krieg nicht führen, wenn es nicht offenen Auges ins Verderben rennen will. Dann aber macht England in den Vereinigten Staaten seinen ganzen Einfluß, den es dort durch die so engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen hat, in stärkster Weise geltend, um einen Krieg gegen Japan abzuraten, der womöglich auch zu einem Kampfe mit England führen könnte. Es hat diesen Weg auch bereits nicht ohne Erfolg beschritten, denn so sehr man sich gegenwärtig in London wie in Washington als den stärksten Gegner im Wirtschaftskampf erkennt, vor einem offenen Kampfe schreckt man doch hier wie dort zurück, wenigstens vorläufig, da Kultur und Kapital beide Gegner zu stark aufeinander anweisen und so miteinander durch tausend Fäden eng verbinden.

Und wie haben wir uns nun zu der Frage des Kampfes um den Stillen Ozean zu stellen? Würde für uns in der Tat etwas heraus-

Digitized by Google

springen, wenn dieser Machtkampf bald zum Austrag käme? Wir werden es verneinen müssen. Für uns ist ein besiegtes Japan ein ebenso großer Verlust wie für England. Denn nur mit einem in Ostasien stark dastehenden Japan wird es uns möglich sein, die deutsche Wirtschaft dort wieder aufzubauen. Wenn wir auch gegenwärtig politisch für Japan ohne Bedeutung sind, um so mehr sind wir es in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung. Will Japan den wirtschaftlichen Kampf mit dem Angelsachsentum, besonders mit den Vereinigten Staaten, in Ostasien aufnehmen, so wird es das niemals aus sich allein heraus vermögen. Die Hilfe deutscher Mitarbeit und das Wiederfußfassen des deutschen Handels werden ihm nur gelegen kommen. Man hat in Japan den Glauben an Deutschlands Kraft nicht verloren, und weil wir hier einen Staat haben, der noch mit uns sowohl in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung für die Zukunft rechnet, läge es wahrlich am wenigsten in unserem Interesse, wenn er in eine Lage gebracht würde, die unserer gegenwärtigen nur zu ähnlich werden würde. Aber auch im Hinblick auf Amerika könnten wir den Krieg wenig für uns wünschen. Es ist immer deutlicher geworden, daß die Vereinigten Staaten die Macht aus der Reihe unserer Gegner ist, die das größte Interesse an unserem wirtschaftlichen Wiederaufbau zeigten. Amerika braucht uns als Abnehmer seiner Waren, es ist deshalb bereit, uns von seinen Rohstoffen zu liefern. Ein Krieg mit Japan aber würde uns diese amerikanische Hilfe nehmen, da dann die Vereinigten Staaten selbstverständlich alle Rohstoffe für sich verwenden würden.

Wir sehen also, die Dinge lassen sich bei ruhiger und sachlicher Ueberlegung anders an, als sie scheinen. Vor allem sollten wir Deutschen lernen, daß die Nachrichten, die in die Welt gesandt werden, durchaus nicht immer auf Treu und Glauben hinzunehmen sind. Man ist in Tokio wie in Washington nicht minder wie in London ein Meister darin, durch Telegramme, Pressenotizen und öffentliche Reden die Meinung der Welt aus irgendwelchen nur dem Augenblick dienenden Absichten zu beeinflussen und daraus für sich und seine geheimen Zwecke Kapital zu schlagen. Auch bei den gegenwärtig aus Tokio, Washington und London kommenden Nachrichten über den japanisch-amerikanischen Gegensatz ist das der Fall. Es sind zum guten Teil Sensationsnachrichten, deren Anlaß in taktischen Gründen der Regierungen zu suchen sind, und die man in England, in Amerika und Japan durchaus richtig einzuschätzen weiß — nur nicht in Deutschland. Es wird Zeit, daß wir Deutschen lernen, was Pressepropaganda heißt, zumal in unserer Lage, da uns sonst ja kein anderes Mittel zur Verfügung steht, uns zu wehren und das Friedensdiktat von Versailles zu bekämpfen. In einer Mobilmachung der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt liegt für uns mehr Hoffnung als in einem Warten auf einen Kampf unter unseren Gegnern.

Digitized by Google

Die Bedeutung der Ostmark für Deutschland

Von Professor Dr. Laubert (Breslau)

Seit den Verhandlungen von Versailles und Spa ist in der Beurteilung der oberschlesischen Frage ein Umschwung eingetreten, aber noch heut hat nur ein kleiner Bruchteil des deutschen Volkes eine klare Vorstellung davon, daß hier im Osten und besonders jetzt in dem Ringen um Oberschlesien das Schicksal ganz Deutschlands, die Zukunft der ganzen deutschen Nation, ja, jedes Dörfchens und jedes einzelnen entschieden wird.

Dabei hat es bereits die Brockdorffsche Note vom 13. Mai 1919 unumwunden ausgesprochen, daß die territorialen Bedingungen des Friedensvertrages uns der wichtigsten Produktionsgebiete für Getreide und Kartoffeln berauben und 21% der Gesamternte in diesen Lebensmitteln vernichten würden. Jetzt sehen wir die Folgen in den Unsummen, die zur Aufrechterhaltung von erträglichen Nahrungsmittelpreisen allmonatlich von der Regierung aufgewendet werden müssen zum schweren Schaden unserer Valuta. Nur über den wesentlichsten dieser Gründe besteht noch immer keine Einsicht im Volke. Und nicht bloß an Getreide und Kartoffeln, sondern auch an Zucker und animalischen Produkten herrscht nach dem Verlust von Westpreußen und Posen mit den größten Zuckerfabriken Deutschlands chronischer Mangel. Dazu sind Wohnungsnot und Krankheit durch die allen Verträgen Hohn sprechende Behandlung der deutschen Minderheit in Polen außerordentlich verschärft worden. Aber auch hier sucht man die Gründe noch immer in falscher Richtung.

Wie sehr diese Uebelstände aber durch die Abtrennung Oberschlesiens vermehrt werden würden, vermag heut noch niemand auch nur annähernd abzusehen. Deutschland würde einfach mit Flüchtlingen überschwemmt werden.

Was aber mit dem Verlust dieser Grenzmark ferner auf dem Spiel steht, erläutern am besten einige Zahlen. Wir wissen aus der angeführten Note, daß Deutschland fast drei Viertel seiner Eisenerzproduktion und über drei Fünftel seiner Zinkproduktion verlieren sollte. Hieran ist Oberschlesien besonders in letzterer Hinsicht beteiligt, denn seine Zinkindustrie ist die größte Europas und beträgt 17,4% der Weltproduktion. Von der uns verbliebenen Steinkohlenförderung der Vorkriegszeit (190 Millionen Tonnen) stellte die Provinz mit 40 Millionen Tonnen beinahe ein Viertel und ebensoviel wie die Gesamtförderung Frankreichs betrug. Allerdings waren die Absatzverhältnisse im Frieden keine glänzenden wegen der nicht günstigen Schiffahrtslage auf der Oder, so daß z. B. vom Gesamthauptbahnnetz 1887 Deutschland noch 75,5, dagegen 1911 nur noch 63,6% oberschlesischer Kohle bezog und Berlin 1910 nur 37,74% seines Gesamt-

Digitized by Google

bedarfs infolge der englischen Konkurrenz aus Oberschlesien entnahm. Indessen liegt auf der Hand, daß heut die englische Kohle im Wettbewerb gänzlich ausscheidet und damit die Bedeutung unserer Provinz eine ungeahnte Steigerung erfahren hat. Außerdem kamen schon vor dem Kriege 75% des west- und ostpreußischen Bedarfs und 59,4% des pommerschen (ohne Häfen) aus Oberschlesien. Ein Ersatz durch Produktionssteigerung in dem durch die Lieferungen an Frankreich stark beanspruchten Ruhrgebiet ist ebensowenig möglich, wie durch Erschließung umfangreicher Braunkohlenlager, die zudem eine sehr beschränkte Verwendungsmöglichkeit für die Industrie besitzen. Alle derartigen Anlagen könnten zudem erst in 8—10 Jahren frühestens zur Auswirkung gelangen. Am wenigsten ist Mittelschlesien zu einer namhaften Erhöhung seiner Kohlenerzeugung fähig, da die dortigen Flötze fast durchweg nur geringe Mächtigkeit besitzen (um 1 m herum gegen 4—12 m in Oberschlesien) und man schon zum Abbau solcher von 30 cm übergegangen ist, also die äußerste Grenze des lohnenden Betriebs erreicht hat. Die mittelschlesischen Vorkommen haben vielmehr den Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit bereits erreicht und werden, die Produktion von 1913 mit 6 Millionen Tonnen als Grundlage genommen, in 300 Jahren überhaupt erschöpft sein, wogegen die oberschlesischen, die mächtigsten der Welt, unter der gleichen Voraussetzung noch für etwa 2000 Jahre Vorrat bergen. Allerdings liegt hier der Schwerpunkt in den Werken der Kreise Pleß und Rybnik, wogegen die Gruben bei Beuthen, da zur Zeit nach der technischen Lage im Bergbau Flötze über 1500 m Tiefe nicht erfaßt werden können, ebenfalls einer Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit nicht fähig sind. Darum muß Deutschland sich unter allen Umständen die ganze Provinz erhalten. Dies ist auch ein kohlenwirtschaftlich durchaus gerecht fertigtes Verlangen, denn ein Lebensinteresse Polens liegt in keiner Weise vor. Schon jetzt erhält dieser Staat etwa 40% des Gesamtbeckens mit allein 22 Milliarden Tonnen Vorrat in den ehemals zu Oesterreich gehörigen Gebieten. Bei dem Tiefstand seiner Industrie und seinem Waldreichtum, also geringem Verbrauch für Hausbrand, betrug der Konsum in Polen pro Kopf der Bevölkerung nur ein Bruchteil des deutschen und sein Bedarf ist somit besser als der unseres Ostens durch eigene Lager gedeckt.

Aus dieser Darlegung ergibt sich, daß mit dem Verlust Oberschlesiens die gesamte Industrie Deutschlands stillgelegt werden würde. Auch die Bestimmung, daß Polen für 30 Jahre verpflichtet sein soll, uns Kohlen zum Inlandspreise zu verkaufen, bedeutet nur eine Phrase, denn nirgends ist über die Menge der abzuliefernden schwarzen Diamanten etwas gesagt und es ist einleuchtend, daß nach Ueberwindung der ersten Transportschwierigkeiten unser Nachbar die unter seiner Verwaltung zugleich sehr

Digitized by Google

stark sinkende Produktion möglichst für sich beansprucht. Zu diesen innerpolitischen und wirtschaftlichen Gefahren treten die außenpolitischen. Frankreich weiß sehr wohl, daß es bei Zuteilung der Provinz an seinen Schützling das wirksamste Druckmittel zur Auflösung Deutschlands in die Hände bekommen würde. Eine Belieferung Ost- und des Restes von Westpreußen wäre uns überhaupt, zumal bei den fehlenden Schiffsraum, nicht mehr möglich.

Unermeßliches Elend aber würde überhaupt jede Widerstandskraft bei den Deutschen lähmen, sie würden zu Sklaven des Auslands herabsinken. Noch einmal sei erinnert an die Note vom 13. Mai Es ist wahrhaftig keine Uebertreibung, wenn sie erklärt: die Friedensbedingungen bedeuten einfach, daß viele Millionen Menschen in Deutschland zugrunde gehen müssen. Der Friede würde von Deutschland ein Mehrfaches der Menschenopfer fordern, die der 4½jährige Krieg verschlang.

Was aber hätte Oberschlesien selbst bei seiner Lostrennung vom Mutterland zu erwarten? Abgesehen von der radikalen Ausrottung alles deutschen Wesens, die das dehnbare, dazu staatrechtlich hinfällige, polnische Autonomiegesetz nicht im mindesten beschränkt, und abgesehen von der systematischen Ausplünderung zugunsten des bankrotten Polens auch den gänzlichen wirtschaftlichen Verfall. Die heute durch neun Eisenbahnen mit Preußen verknüpfte Provinz, deren einziger Wasserweg nach Westen führt, schickte vor dem Kriege von der Gesamtausfuhr 17% nach Niederschlesien, 39 nach dem übrigen Deutschland und nur 12 nach Polen. An Eisenerzen und Eisenerzeugnissen gingen ganze 2% dorthin, aber 45 nach dem Westen. Die Einfuhr an industriellen Erzeugnissen wurde zu 78,7% von dem übrigen Deutschland bestritten. Also eine unlösbare Verbindung mit dem Mutterland in Import und Export. Ferner ist die Industrie bei der Beschaffenheit der oberschlesischen Flammkohle zur Deckung ihres Koksbedarfs in hohem Maße von der Einfuhr mittelschlesischer Gas- und Backkohle abhängig. Mithin würde das Gedeihen des Landes bei Errichtung einer fast unübersteiglichen Grenzscheide einen unheilbaren Stoß erleiden, denn Polen vermag für diese Verluste natürlich nicht annähernden Ersatz zu bieten.

Aus alledem ergibt sich, daß es hier geht um Sein oder Nichtsein der Provinz selbst wie des übrigen Deutschlands, daß hier eine Volkssache im besten Sinne des Wortes auf dem Spiele steht. Darum ist es Pflicht aller Deutschen, Schulter an Schulter den Kampf aufzunehmen und alle trennenden Schranken der Partei und Konfession beiseite zu setzen. In Oberschlesien entscheidet sich in Wahrheit das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft.

Digitized by Google

Die geistigen Auslandswerte Deutschlands

Ein statistischer Versuch

Von Dr. Albert Haas (Buenos Aires)

Die Welt und, insbesondere die neue Welt, ist zur Zeit der Schauplatz einer ganz außerordentlich angespannten Propaganda- und Reklametätigkeit von seiten der Völker. Namentlich sind Nordamerikaner und Franzosen in den südamerikanischen Gebieten in durchaus planmäßiger, äußerst geschickter und ebenso unermüdlicher Arbeit bereits am Werke. Auf deutscher Seite dagegen besteht in der Hauptsache nur der lebhafte Wunsch, sich gleichfalls am Wettbewerb um die Sympathien der Südamerikaner zu beteiligen. Zu einer wirklich wirksamen und nennenswerten Propaganda von deutscher Seite ist es jedoch aus mehreren Gründen bisher noch nicht gekommen.

Vor allem waren sämtliche deutschen Versuche zum Scheitern verurteilt, welche dem Problem von der rein wirtschaftlichen Seite beikommen zu können meinten. Mit einer besseren Kenntnis der deutschen Bedürfnisse als der Auffassungen des Auslandes begabt, gingen die in dieser Art tätigen Kreise von der Ansicht aus, Deutschland könne die Sympathien eines anderen Volkes dadurch gewinnen, daß es ihm erzählte, wie es reich werden oder doch wenigstens seinen früheren Wohlstand wiederherstellen und wie es zu diesem Zwecke gerade in seinem Landmöglichst große Gewinne machen wolle. Ein zweiter Umstand, welcher die deutschen Propagandaversuche beeinträchtigen mußte, bestand darin, daß man auch in politischer Hinsicht das Ziel der Propaganda mit dem dazu führenden Wege verwechselte. Der politische Zweck einer jeden Propaganda ist selbstverständlich, im Ausland über einen solchen Besitz allgemeiner Sympathien zu verfügen, daß man bei der Erörterung der einzeln auftretenden politischen Fragen auf eine Unterstützung durch dieses Gefühlsmoment rechnen kann. Die deutschen Propagandisten spannten nun aber den Karren vor das Pferd, indem sie sich bemühten, die Billigung des Auslandes zu einzelnen Maßnahmen der deutschen Politik zu erlangen und auf diesem Wege sich dessen allgemeine Sympathie zu sichern.

Tatsächlich kann Propaganda nur mit Imponderabilien getrieben werden. Durch die Propaganda müssen einem anderen Volke die im eigenen Lande vorhandenen geistigen und sittlichen Werte so zugänglich und vertraut gemacht werden, daß dieses Volk zu seinem eigenen Besten etwas davon lernen kann. So besteht zum Beispiel die nordamerikanisch-englische Propaganda zum guten Teil darin, daß die angelsächsische Form der Leibesübungen, also das Fußballspiel und andere Sports, unter Hervorhebung ihres hygienischen und sittlichen Wertes planmäßig gefördert werden. Die Einrichtung von Sportplätzen, welche auch kleinen kaufmännischen Angestellten zugänglich sind, die Entsendung von Spezialärzten für Sportzwecke, die Anstellung von Trainern, zusammen mit

Digitized by Google

einer Volksaufklärung darüber, daß der Sport vor allem die Volksgesundheit fördert und sowohl den Alkoholismus wie die sexuellen Exzesse bekämpft; all das hat deshalb so große Werbekraft, weil es dem anderen Volke sittliche Kräfte schenkt und weil es letzten Endes unmittelbar nur dem Lande nützt, in welchem die Propaganda stattfindet. Der Vorteil, welcher für das Propaganda treibende Land daraus entsteht, ist aber gerade deshalb um so größer, weil er nur mittelbar verwirklicht wird, weil er auf selbständigen Ueberlegungen und freiwilligen Entschlüssen des Ausländers beruht, und weil er somit weder einen unangenehm lehrhaften noch aber einen abstoßend gewinnsüchtigen Hintergrund hat.

Die französische Propaganda arbeitet im Gegensatz hierzu namentlich mit intellektuellen Werten. Das französische Buch und die Kenntnis der französischen Sprache sind Träger eines starken französischen Einflusses auf das südamerikanische Geistesleben geworden. Sowohl die Literatur wie die Wissenschaften wie die Politik und die Publizistik Südamerikas sind mit französischen Gedanken in eine Weise gesättigt, die in Deutschland sicher nur dem geringsten Teil der an diesen Fragen Anteil nehmenden Kreise bekannt ist. Zwei kurze Beispiele mögen diese eigenartige Sachlage beleuchten. Vor kurzer Zeit schrieb eine bis auf die Knochen deutschfreundliche Zeitschrift Südamerikas in einem Aufsatze über das elsaß-lothringische Problem folgenden Satz: „Durch Wiederholung des geschichtlichen, bereits einmal begangenen Irrtums von 1871 hat man Elsaß-Lothringen unter Anwendung von Gewalt und ohne Volksabstimmung dem französischen Staate zurückgegeben." Die betreffende Zeitschrift ist, wie nochmals scharf betont sein mag, so deutschfreundlich wie nur möglich. Aber ihre Mitarbeiter sind, wie die Mehrzahl der Südamerikaner, in der Welt der französischen Bücher aufgewachsen und kennen deshalb die Geschichte Elsaß-Lothringens nur vom Jahre 1871 an! Und der uruguayische Diplomat Dr. Luis Garabelli hat vor kurzem einen sehr interessanten und sehr anerkennenden Vortrag über „die Selbstverwaltung und die Einrichtung der deutschen Universitäten" mit folgenden Worten beginnen zu müssen geglaubt: „Im Monat Februar des Jahres 1920 hat der hervorragende Präsident der französischen Republik, Paul Deschanel, im Hinblik auf das Problem des Unterrichts ausgerufen: Der Unterricht? . . In der Naturwissenschaft wie in der Geisteswissenschaft war es stets Frankreich, welches der Welt neue Pfade gewiesen hat: Descartes und Pascal im 17. Jahrhundert; Lavoisier im 18. Jahrhundert und Pasteur im 19. Jahrhundert. Aber oft haben wir uns der Früchte unserer wissenschaftlichen Entdeckungen berauben lassen und haben wir nicht verstanden, die notwendige Propaganda für uns zu machen. Deutschland hat uns durch die Organisation seiner Universitäten überflügelt, ebenso wie durch die Organisation seiner Industrie und seines Handels. Wir müssen hiervon lernen und unsere Methoden verbessern." Der Verfasser führt dann weiter Aeußerungen des Mitglieds des Institut de France, Julian, des britischen Parlamentariers Grant-Duff, eines Dr. Cruchet und des französischen Spezialisten-

Digitized by Google

für Unterrichtswesens Baudry zur Unterstützung dieser Behauptung an und untersucht sodann, von diesen grundsätzlich nichtdeutschen Auffassungen geleitet, die Organisation des deutschen Universitätswesens!

Bei dieser Feststellung über den Einfluß der französischen Auffassungen auf das gesamte südamerikanische Geistesleben handelt es sich um Imponderabilien, welche man naturgemäß mehr fühlen als mathematisch nachweisen kann. Immerhin ist eine in gewisser Hinsicht statistische Behandlung der Frage dadurch möglich gemacht, daß in keiner wissenschaftlichen Literatur die reine Belesenheit eine solche Rolle spielt wie in der spanischen Zunge. Die meisten Gelehrten und Literarhistoriker der Spanisch sprechenden Welt lieben es, nicht nur im Anhange einen möglichst umfassenden Literaturnachweis zu geben, sondern den Text ihrer Veröffentlichungen mit möglichst zahlreichen Hinweisen auf große Persönlichkeiten aller Zeiten und Länder sowie mit Zitaten aus ihren Werken zu spicken. Man braucht also nur eines dieser Werke, welche eine solche Belesenheit ihres Verfassers dokumentarisch nachweisen, einer statistischen Untersuchung zu unterwerfen, um Material zu erhalten, das immerhin in gewissem Sinne eine gleichsam mathematische Beweiskraft besitzt.

Ein solches Werk ist zum Beispiel die verdienstvolle Kritik des großen spanisch-amerikanischen Dichters Rubén Darío, welche von dem Literarhistoriker Andrés González-Blanco vor rund zehn Jahren, als die Welt in geistigen Fragen noch vorurteilslos dachte, erschienen ist. Ohne auf die literarhistorisch-kritische Bedeutung dieser interessanten Studie hier einzugehen, sei nur hervorgehoben, daß in ihren 444 Seiten insgesamt 679 Zitate aus den Sprach- und Geistesgebieten der modernen Kulturvölker enthalten sind, zu welchen dann noch eine weitere, etwa ebenso große Zahl von Zitaten aus dem klassischen Altertum und aus den Werken der Kirchenväter tritt. Mit anderen Worten, jede Seite des Werkes enthält im Durchschnitt zwei bis drei solcher Hinweise, von denen mehr als einer sich auf die gegenwärtigen Kulturvorgänge innerhalb der geistig beachtenswerten Völker bezieht. Dabei verteilen diese Zitate sich in folgender Weise:

Deutsche	85 Zitate	Italienische	21 Zitate
Engländer	32 „	Nordamerikanische .	21 „
Französische . . .	320 „	Spanische . . rund	200 „

Eine nähere Untersuchung der spanischen Zitate kann aus mehreren Gründen unterbleiben. Zunächst einmal liegen natürlich Hinweise auf das spanische Geistesleben im Mutterlande wie Kolonialgebieten einem Gelehrten spanischer Zunge besonders nahe. Sodann aber ist in Deutschland die Kenntnis spanischen Geisteslebens auf einen so engen Kreis beschränkt, daß Erörterungen über die Bedeutung eines Zitates aus Rubén Darío oder Salvador Rueda oder Menéndez y Pelayo oder Jacinto Benavente oder Pio Baroja nur verständlich werden, wenn sie von langen kritischen Erläuterungen begleitet sind. Als bemerkenswert muß jedoch gelten, daß selbst die Hinweise auf Autoren und Persönlichkeiten der eigenen Sprachgebiete an Zahl hinter den französischen Zitaten zurückstehen.

Digitized by Google

Prüft man nun die Zitate aus dem Deutschen, so ergibt sich folgendes Bild:

Nietzsche	15 Zitate	Luther	4 Zitate
Goethe	10 „	Richard Wagner	8 „
Heine	9 „	Novalis	8 „
Leibniz	9 „	Jean Paul	3 „
Schopenhauer	9 „	Kant	2 „
Lessing	6 „	Fichte	2 „

Dazu treten dann einmalige Zitate aus Haeckel, Wilhelm Schlegel, Schelling Herder, Christian Wolff, Tauler, Bauer (der Hegelianer), Lipps (Aesthetik), Bahnsen (Beiträge zur Charakterologie), Schiller, E. v. Hartmann, Hugo von Hofmannsthal, Hans Holbein, sowie des Werkes von Popper, „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben".

Unter den angeführten Engländern befinden sich Shelley, Tennyson und Oscar Wilde mit je 3, Byron und Huxley mit je 2 und Shakespeare, Charles Lamb, Rudyard Kipling, Mathew Arnold, William Archer, Bulwer, Walter Savage, Spencer sowie andere mit je einem Zitat. Unter den Italienern steht Gabriele d'Annunzio mit 8 Zitaten an der Spitze; ihm folgt Leopardi mit 3 Zitaten, während andere, wie z. B. Fogazzaro, Grazia Deledda, Manzoni, Ugo Foscolo und Dante nur einmal angeführt sind. Bei den Nordamerikanern sind Emerson mit 10, sowie Poe mit 6 Zitaten ausgezeichnet. Ihnen folgen Longfellow und Walt Whitman mit je 2 und der Psychologe William James mit einem Zitat.

Von besonderem Interesse sind natürlich die Zitate aus der französischen Literatur und Geschichte. Von ihnen seien diejenigen Männer, auf welche mehr als einmal hingewiesen ist, hier vollzählig wiedergegeben:

Verlaine	17	Stendhal	5	G. Le Bon	3
Victor Hugo	15	Mallarmé	5	Richepin	3
Baudelaire	11	Sully Prudhomme	5	René Ghil	3
Musset	8	Renan	5	Jules Laforgue	3
Taine	8	R. de Gourmont	5	Rabelais	2
Jean Moréas	8	de Banville	4	Catulle Mendès	2
Leconte de Lisle	7	J. Lemaître	4	Auguste Comte	2
Lamartine	7	Sainte-Beuve	4	Molière	2
Voltaire	7	Michelet	4	Barbey d'Aurévilly	2
Verhaeren	7	George Pellissier	4	Chamfort	2
Francis Jammes	7	Montaigne	3	Descartes	2
Pascal	6	Anatole France	3	Adolphe Retté	2
Rouſſeau	6	Guyau	3	Malherbes	2
Théophile Gautier	6	Paul Bourget	3	Racine	2
H. de Régnier	6	Boileau	3	Maurice Barrès	2
Vielé Griffin	6	Gérard de Nerval	3	Gustave Flaubert	2
Zola	6	Léon Bloy	5	Le Goncourts	2
G. Rodenbach	5	J. M. de Hérédia	3		

Diese Liste enthält also keineswegs eine einseitige oder parteiische Auswahl aus dem französischen Geistesleben. Aesthetiker und Soziologen stehen neben

Digitized by Google

Dichtern und Romanschriftstellern, und unter diesen stehen Klassiker neben Romantikern und Modernen, Naturalisten neben Symbolisten und Parnassiens. Die Liste enthält ungefähr alle französischen Autoren, welche außerhalb ihrer Heimat bekanntgeworden sind, welche auch in Deutschland gelesen werden und welche in gewissem Sinne zur zeitgenössischen Weltliteratur gehören. Ohne dabei nun auch nur im geringsten diese französischen Werke abfällig kritisieren zu wollen, vergleiche man die tatsächliche Bedeutung dieser Männer und ihrer Werke mit der der oben statistisch wiedergegebenen Deutschen, und man wird sich einer gewissen Bitterkeit des Gefühls nicht erwehren können. Um zur Weltliteratur zu gehören, wenigstens soweit der Kreis der spanischen Sprache reicht, muß ein Deutscher also unvergleichlich mehr leisten und mehr sein als ein Franzose!

Jedenfalls sprechen diese Namen und Zahlen eine sehr beredte Sprache. In mehr als einer Hinsicht dürften sie zum Nachdenken anregen. Auf die Gedanken, welche sich dabei ergeben, ist wohl nicht nötig einzugehen. Sie drängen sich von selbst auf und lange Erörterungen würden die aus ihnen folgenden Schlüsse nur verwässern.

Mechterstädt

Von Pfarrer D. Emil Fuchs (Eisenach).

An Herrn
Professor D. Rade, Marburg — M. d. p. A.
Sehr verehrter Freund!

In Ihrer Rede zum Universitätsetat sprechen Sie ausführlich über die Tragödie von Mechterstädt. Ich stimme mit dem, was Sie sagten, durchaus überein. Nach dem Verlauf der Verhandlungen mußte das Gericht zur Freisprechung kommen. Man darf nicht von einem „Morde" reden — noch weniger von Mördern und Verbrechern.

Mit Recht aber betonen Sie, daß damit die Schuldfrage noch nicht völlig erledigt ist. Zunächst müssen die großen Fehler der militärischen Leitung ganz klar und deutlich der Oeffentlichkeit gezeigt werden. Man hat durch sie das Marburger Studentenkorps in eine Lage versetzt, die wieder der Nährboden solch verhängnisvoller Vorgänge und infolge davon verhängnisvoller Bitterkeit zwischen den Ständen des deutschen Volkes werden mußte.

Die Leute, die in Marburg die Volkskompagnie bildeten, haben es sofort gefühlt: Es durfte nicht Klasse gegen Klasse, nicht Student gegen Arbeiter bewaffnet werden, sondern die Verfassungstreuen jeder Klasse gegen die Verfassungsgegner jeder Klasse. Hätten die Führer der ganzen Bewegung das erkannt und durchgeführt, es wäre viel Verhängnisvolles vermieden worden, es wäre vermieden worden,

Digitized by Google

daß die gesamte Arbeiterschaft unserer Gegend, einschließlich der Gruppen, die auf den Boden der Verfassung stehen, durch den Einmarsch der Zeitfreiwilligen auf höchste gereizt wurden. Es wäre auch nicht möglich gewesen, daß in einem Teil des Studentenkorps eine Kriegsstimmung um sich griff, die dem klaren Verantwortungsgefühl, das in solchen Zeiten doppelt zu fordern ist, nicht förderlich war.

Diese Kriegsstimmung wurde bewußt gefördert durch die übertriebenen Darstellungen der Zustände in Thüringen. Ich habe es selbst erlebt, wie erschrocken gewissenhafte Studenten waren, als sie hier die Lage gänzlich anders fanden, als sie erwarteten — erwarten mußten.

Mir ist für die Art der Führung ein Vorgang charakteristisch: Eisenach hatte in den aufgeregten Tagen nach dem Kappputsch fünf Tote durch eine ähnliche Tragödie, wie die von Mechterstädt. Die lagen in der Stadt, als mit klingendem Spiel und Gesang die Zeitfreiwilligen einrückten und auf dem Markt ein Konzert gaben — unerträglich für alle, die in jenen toten Arbeitern Deutsche empfanden und voll Schmerz und Entsetzen das Verhängnis solcher Vorgänge spürten. Die Studenten wußten davon nichts. Die Führung mußte es wissen und den Takt haben, der da zu fordern ist. Ganz offenbar hatten die Führer selbst nicht das Gefühl, daß im Bürgerkrieg jedes unnötige Reizen vermieden werden muß, daß im Bürgerkrieg — wenigstens bei den Vertretern der Regierung, die das ganze Volk um sich sammeln will und soll — nie das Bewußtsein schwinden darf: Unsere Gegner sind unsre Volksgenossen. Noch weniger wurde von den Führern dieses Gefühl geweckt und den Teilnehmern an dem Unternehmen ihre Verantwortung entsprechend klargemacht. Viele kleinere — für die Stimmung verhängnisvolle Fehler wären dann auch vermieden worden —, sehr wahrscheinlich auch die Tragödie von Mechterstädt.

Mit Recht betonen Sie diese verhängnisvollen Fehler der Führung. Aber darf man deshalb den beteiligten Studenten jede Schuld abnehmen? Darf man sie unterstützen — und darf man die Universitätsbehörden von Marburg unterstützen in dem Bestreben, jedes Verantwortungsgefühl für die Tat von sich abzuwälzen? — Ich erkläre hiermit, daß die Studenten nicht Mörder und Verbrecher sind — obwohl ich sie nie so genannt habe. Ich nehme ausdrücklich den Ausdruck „der Mord von Thal" zurück, den ich einmal gebraucht habe. — Aber indem ich das tue, muß ich der Studentenschaft zu Marburg und den Universitätsbehörden ganz energisch und klar sagen, daß mir doch an ihren Erklärungen etwas ganz Entscheidendes fehlt. So steht eben die Sache doch nicht, daß dieser gerichtliche Freispruch sie berechtigt, von jener innern Stimme gar nichts mehr in sich zu hören, die fragt: Hast du wirklich alles getan, dies Furchtbare

Digitized by Google

zu vermeiden? Wieweit hat dein Verhalten und deine Stimmung es herbeigeführt? Ich war in diesen Tagen mit zwei Pfarrern zusammen, die in den benachbarten Gemeinden wirken und die furchtbare Wirkung dieses Ereignisses miterlebt haben. Man bedenke nur, daß dies kleine Dörflein Tal in diesem einem Tage etwa so viele Männer verlor wie im ganzen Krieg. Darunter die drei letzten Söhne einer Familie, die zwei im Kriege verlor und noch einmal zwei Söhne einer Familie. — Wir aber, die wir das Entsetzen des Ereignisses fühlen, kommen nicht von der Frage los: War es wirklich nötig? — War schon diese Verhaftung nötig von Leuten, die in diesen aufgeregten Tagen den Sättelstädter Bauern ihre Jagdgewehre usw. abgenommen hatten? Konnte das nicht bleiben, bis zu andern Zeiten? — Belastet sich eine gegen den „Feind" marschierende Truppe mit Gefangenen, wo sie es vermeiden kann? — Darauf wird man antworten: Wenn wir es voraus gewußt hätten, was entsteht, hätten wir es gelassen. — Aber in dieser Antwort liegt doch auch, daß man — gewiß ohne jede „verbrecherische" Absicht — Fehler begangen hat, die man recht tief und schmerzlich empfinden soll und muß — denn es sind Deutsche, die durch Deutsche gefallen sind.

Und immer wieder fragt man sich, wie konnte dies Ganze so sich vollziehen? — In drei verschiedenen Gruppen flohen die Gefangenen, jedesmal wurde die Gruppe niedergeschossen. Die Fluchtversuche wurden fortgesetzt. Welch eine sinnlose Angst setzt das bei den Opfern voraus! — Sind ihre Bewacher ganz unschuldig an dieser sinnlosen Angst gewesen? Warum umgekehrt fragen sich nicht die Bewachenden: Wie können diese Fluchtversuche und dies fortgesetzte Töten vermieden werden? Welch sinnlose Aufregung auch bei ihnen! — Und nun meine ich: Etwas von diesem Gefühl einer — allerdings sehr schweren — Aufgabe gegenüber versagt zu haben, dürfte in den Aeußerungen der Studentenschaft zu spüren sein. Auch die Universitätsbehörden müßten irgendwie das klar aussprechen, daß sie dies mit fühlen. — Es ist kein Verbrechen, versagt zu haben gegenüber übergroßer Verantwortlichkeit — aber es ist eine sehr ernste Sache, wenn Menschen ihre Verantwortlichkeit gar nicht spüren und darin von solcher Körperschaft unterstützt werden, wie Rektor und Deputation einer Universität. — Hätten Studentenschaft und Universitätbehörden deutlicher dies große Verantwortungsgefühl, dann würde es nicht geschehen, daß sie einfach von denen, die sie angegriffen, nur wie von Verleumdern usw. reden. Es steckt doch etwas ganz anderes hinter dem Auftreten vieler in dieser Sache — etwas von dem, dessen Verstehen man mit verwundertem Lächeln vermißt. — Wo man es vermißt aber, geht man kühl vorüber — selbst an Universitätsbehörden — Und noch einmal auch stelle ich die Frage an die Studentenschaft und

Digitized by Google

die Universitätsbehörden, ob sie denn wirklich gar kein Wort für die Frage haben, daß deutsche Studenten wehrlose Gefangene mißhandelt haben sollen. Wenn sie diese Frage noch nicht für geklärt halten, wie sie den Mut haben, diese restlose Ehrenerklärung für ihre Studenten in die Oeffentlichkeit zu bringen, ohne all des andern zu gedenken, was noch zu bedenken ist.

Auch zur Gerichtsverhandlung ist noch ein Wort zu sagen: Gut. Das Gericht konnte nicht anders entscheiden. Aber empfinden Sie nicht auch mit mir, diese törichte Aufmachung dieser Gerichtsverhandlung in der Atmosphäre der „guten Gesellschaft", Rede des Staatsanwaltes usw. Es ist das etwas, was schwer zu beweisen, aber deutlich zu fühlen ist. Schon diese Aufmachung nimmt dem Gericht die Autorität nach der Arbeiterschaft hin, die es so sehr nötig hat! — ein Musterbeispiel jener unglücklichen Art, in der deutsche Behörden — selbst wo sie Recht haben — durch die Art ihres Tuns den Eindruck des Unrechtes wecken. — Seelisches Verstehen der andern. Wir haben noch viel Arbeit nötig, es zu schaffen.

Sie werden daran weiterarbeiten und ich auch, selbst wenn es uns noch öfter geschehen sollte, deshalb zu den Verleumdern usw. gerechnet zu werden.

Es grüßt Sie in alter Verehrung

Ihr treu ergebener

D. Emil Fuchs, Pfarrer.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 217
Heuß, Preußenwahl und Regierungsbildung 219
Rohrbach, Was heißt heute deutsche Außenpolitik? . . 223
Stahl, Paul Cambon 227
Stein, Vom Zwang über Umlage zur Freiheit I . . . 231
Otto, Religiöser Menschheitsbund 234

Preis vierteljährlich M 15.– das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 5. März 1921 Heft 10

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Begründer D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer

Probeheft kostenfrei.

Vierteljahrespreis 5 Mark.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

DER ABENTEUER-ROMAN

Als neuer Band dieser Sammlung erschien soeben:

Sophus Bonde

Atavara

Roman. Gebunden M 18.—

Bondes frisches angeborenes Erzählertalent bewährt sich auch in diesem neuen Roman, der uns die Schicksale eines unehelichen Kindes von seinen frühen Jugendtagen bis zu den Mannesjahren erzählt. Hans Heinrich könnte sich mit seiner starken künstlerischen und technischen Begabung eine sichere Zukunft als Schiffsbauer schaffen, wenn ihn nicht der Makel seiner Geburt aus der Heimat und in den Seemannsberuf triebe. Bei der humorvollen, durch Phantasie und Gemütswärme erfreuenden Schilderung von Hans Heinrichs Abenteuern, die darin gipfeln, daß er eine Zeitlang auf einer von Kannibalen bewohnten Insel als deren Oberhaupt festgehalten wird, ist Bonde so recht in seinem Element.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT / STUTTGART / BERLIN

Digitized by Google

6. Jahrgang * 5. März 1921 * Heft 10

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Es ist nicht ganz durchsichtig, welche Verhandlungen im Obersten Rat dem Entschlusse vorangegangen sind, auf die Trennung der oberschlesischen Abstimmung zu verzichten. Briand soll sich dagegen gewehrt haben, daß der frühere Entscheid umgestoßen würde, aber Lloyd George sich dafür stark gemacht, daß es bei den Bestimmungen des Vertrages bleibe. Haben ihn die englischen und amerikanischen Stimmen, die sich für ein deutsches Oberschlesien erklärten, überzeugt, hat er eingesehen, daß alles Reparationsgerede nur in die Luft gesprochen ist, wenn Deutschland dieser seiner wichtigen Kraftquelle beraubt würde? In Paris hat man, in der Spannung vor wichtigeren Entscheidungen, diesen Vorgang nicht so stark beachtet, als es sonst wohl geschehen sein würde. Das mag uns Anlaß werden, mißtrauisch zu sein. Denn wenn die Franzosen jetzt einen Prestigeverzicht übernommen haben, der in Warschau ernüchternd wirken muß, so haben sie vielleicht Grund, damit zu rechnen, daß in der Londoner Konferenz das Zusammenspielen der Entente um so reibungsloser sein wird.

*

Harding hat sein Kabinett zusammengestellt; wichtig ist in ihm vor allem, daß Hughes, Wilsons republikanischer Gegenkandidat vom Herbst 1916, das Auswärtige übernehmen soll. Durch ihn, der damals schon Wilson fast geschlagen hätte, erhält seine Macht einen starken Unterbau, denn Hughes hat im öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten eine größere Rolle hinter sich als der neue Präsident selber. Er ist kein pazifistischer Chauvinist, wie Lansing, aber er ist Amerikaner. Die offene Frage ist, ob er programmatisch vorgehen wird in dem Augenblick, da in London, ohne Amerikas Beteiligung, Versailles seine Interpretation, vielleicht seine Auferstehung erleben soll. Diese Möglichkeit hängt als das große Unbekannte über diesen nächsten Tagen.

Digitized by Google

Amerika hat gegen die Verteilung der deutschen Kolonien protestiert, weil die Kolonialmandate ohne sein Zutun bestimmt sind. Besonders unwillig ist es über den Anfall der Insel Yap an Japan, weil über diese Insel wichtige Kabel gehen, die Amerika braucht. Natürlich ist dieser Schritt des Kriegsgenossen der Entente wenig angenehm. Gänzlich verkehrt wäre es aber, dieses Vorgehen als deutsch-freundlich deuten zu wollen. Es kündigt in ihm sich vielleicht der erste Wille an, daß Amerika, aus der politischen Erschlaffung erwachend, zunächst den alten Kriegsgenossen die neue Aktivität ankündigt.

*

Bisher hörte man nur von Aufständen in der Ukraine. Jetzt meldet das „Hufvudstadsbladet", daß im Dreieck Tambow-Jekaterinenburg-Astrachan ein großrussischer Bauernaufstand ausgebrochen sei. Der Anführer ist ein früherer Heerführer der Roten, Antonow, der die über die ewigen Requisitionen empörten großrussischen Bauern um sich sammelt und den bolschewistischen Truppen viel zu schaffen macht.

*

Die extreme Linke wird von dem Zersetzungsprozeß weiter heimgesucht. Der bisherige Vorstand der Kommunistischen Partei, die Däumig, Levi usw., sind Moskau geopfert worden, weil sie in der Frage der —italienischen Parteienspaltung eine andere Taktik empfehlen wollten als die Herren um Sinowjew. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Die Würdelosigkeit, mit der sich das revolutionäre Geschwätze und Getue umgibt, ist fast für eine Satire zu schlimm. Die Linke bedarf dringend eines neuen Kapp-Lüttwitz, um nicht noch mehr in ekelhaften Personalstreitereien zu verkommen. Offenbar fehlt es auch auf dem blauweißen Grund nicht an Menschen, die aus Dummheit bereit sein würden, solche rettende Tat zu versuchen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und Dr. Simons haben darauf hingewiesen, daß die romantische Phantasterei von neuem ihre Blüten treibt — wir stehen wieder vor den Ideen des März, daß dem Vaterland nichts Schlimmes geschehen könnte, als wenn das blutige Satyrspiel des vergangenen Jahres sich wiederholte, braucht nicht beschrieben zu werden; den Kommunisten aber könnte kein segensreicherer Heiland erstehen als ein sinnlos politisierender Putschoffizier.

*

Digitized by Google

Preußenwahl und Regierungsbildung

Von Dr. Theodor Heuß.

Es geht natürlich auch mit zwei Regierungen verschiedener Koalition in Berlin, aber es geht schlecht. Die Jahre vor dem Kriege war die Zusammenstellung Preußen und Reich eine Disharmonie; das ist durch die Revolution und was folgte nicht sehr viel anders geworden. Der Staatsegoismus eines Gebildes, das in erster Linie Verwaltung heißt und darum tatsächliche Macht besitzt, sträubt sich gegen die Ansprüche der übergeordneten Reichsorganisation, die im wesentlichen nur Gesetzgebung bedeutet oder doch bisher war. Der Gegensatz ist nicht künstlich erzeugt, sondern im Rahmen der geschichtlichen Gegebenheiten zwangsläufig. Der politische Nachdruck muß darauf liegen, ihn nicht zu verschärfen, zu verdeutlichen, sondern nach Möglichkeit auszugleichen. Das ist der Sinn des Wunsches, daß die beiden Regierungen in Berlin „homogen", gleichartig sein möchten. Das parlamentarische System ist nicht in bundesstaatlichen Gebilden entstanden; wenn wir es übernommen haben, weil schlechterdings in dem Chaos der gesellschaftlichen Kräfte keine andere Form und Norm zur Verfügung stand, weil in der Tat nur die vielverlästerten Parteien als Säulen in das berstende und splitternde Staatshaus eingefügt werden konnten, dann müssen sich die politischen Führer auch darüber klar sein, daß das Verfahren in der neuen Umgebung, zwischen ungewohnten Voraussetzungen, seiner eigenen Methodik bedarf. Die Regierungsrichtung in den mittleren und kleineren Staaten berührt das Reich nicht zu sehr, wenn es auch schon bei Gotha und Braunschweig Peinlichkeiten gab. Das Verschiedenerlei an Einstellung im Reich, in München und Dresden ist schon schwerer zu ertragen. Und ein Hemmnis der Stetigkeit muß es werden, wenn nun, zumal da wir erst am Beginn einer Regierungsform stehen, deren wichtiges Erfordernis es ist, Traditionen zu schaffen, wenn nun in Berlin zwei verschiedene Tendenzen nebeneinander politische Verantwortungen schaffen wollen.

Der Ausgang der preußischen Wahlen hat mit dem erheblichen Vormarsch der deutschnationalen Stimmen die Entwicklung des letzten Sommers im „bürgerlichen" Lager bestätigt; die Pariser Forderungen mußten nationalistischer Empfindung notwendig einen starken Auftrieb geben. Dieser Sieg der äußersten Rechten vollzog sich erneut auf Kosten der Demokraten, dann aber auch der deutschen Volkspartei. Denn wenn man, was füglicherweise geboten ist, die Ziffern aus Schleswig-Holstein und Ostpreußen vernachlässigt, da hier der statistische Anhalt an den 6. Juni 1920 fehlt, so hat die Volkspartei einen Verlust, der nach Hunderttausenden zählt, zu buchen. Auch ihr wird die Lehre aufgezwungen, daß Teilnahme an einer

Digitized by Google

Regierung heute für ziemlich jede Partei Stimmenverfall bedeutet. Der Wähler, raunzend oder mit ehrlichen Zielen, scheidet nicht scharf zwischen Preußen und Reich. Die Volkspartei hat in Preußen Schaden genommen, weil sie dem Reich Minister stellt, die Sozialdemokratie, obwohl personell nicht gerade erstklassig in der preußischen Regierung vertreten, konnte sich erholen, weil sie im Reich der undankbaren Last der Verantwortung zur Zeit ledig ist. Parteitaktisch, wie sie auch gemeint war, hat ihre Abstinenzpolitik des vergangenen Sommers sich gerechtfertigt. Denn daß sich die Mehrheitssozialdemokratie vom 6. Juni so rasch erholen konnte und den Triumphierenden von damals, den Unabhängigen, eine so starke Niederlage beibringen durfte, ist das eigentlich politisch Bemerkenswerteste des 20. Februar. Trotz der kommunistischen Erfolge. Es scheint fast, als ob sich in der Zersetzung des proletarischen Sozialismus Rückbildungen anbahnen, und nun kommt fast alles darauf an, was für eine Folgerung die „Mehrheitler" zu ziehen entschlossen sind: eine parteitaktische, die es darauf absieht, den Auffaugeprozeß des „unabhängigen" Zwischengebildes durch radikalisierende Haltung einzuleiten, zu beschleunigen, eine politische, die von dem Schielen nach links, von der agitatorischen Rücksichtnahme (im Sinne der Haltung bei dem Kampf um Groß-Berlins Gestaltung), sich frei zu machen weiß und im Mut zur eigenen Courage sich behauptet.

Der Wahlkampf selber war ziemlich ideenlos. Das große staats- und verwaltungsrechtliche Problem, vor dem Preußen steht und das in dem Wort „Provinzialautonomie" seine, wenn auch nicht straffe, so doch spürbare Formel findet, ist nicht zu einer Gestaltung gekommen; es ist, neben dem rein Agitatorischen von Angriff und Verteidigung, überschattet worden durch die Sentimentalitäten der Vergangenheit. Die Feder eines überlegenen Satirikers wäre würdig die Beschwörung der Vergangenheit, da der alte Fritz, die Königin Luise und der Freiherr vom Stein als Plakatsäulenheilige den Weg in die Zukunft segnen sollten. Köstlich, wie die beiden ersten in liebenswürdigem Wechsel von Deutschnationalen und Volkspartei als geistige und moralische Mächte in Anspruch genommen wurden; der Volkspartei konnte es nicht ganz wohl dabei sein, da sie doch für die republikanische Verfassung Preußens und für die oberschlesische Autonomie, das erste Stück der so leidenschaftlich bekämpften „Zerstückelung" Preußens gestimmt hatte. Sie hatte deshalb ja auch teilweise sehr lebhaft unter den Angriffen ihrer Nachbarn zu leiden, und war etwas unsicher, ob sie sich als „Rechtspartei" oder als „die wahre Mittelpartei" empfehlen sollte. In der schwankenden und zwiespältigen Haltung ihrer Presse drückt sich das auch heute, nach dem Wahlkampf, noch aus.

Im Reich ist die Stellung der Mehrheitssozialdemokraten durch ihre Oppositionsmöglichkeit stark geblieben. Sie hat darauf verzichtet, ihre Macht auszunutzen, aus Angst vor dem Nachher. Stresemanns Versuche, im Spät-

Digitized by Google

herbst eine Verbreiterung der Reichskoalition nach links einzuleiten, entsprangen der Einsicht, daß das Reichskabinett gesicherter sei, wenn die Sozialdemokratie gebunden würde. Damals lehnte man ab und wies darauf hin, daß zuerst die preußischen Wahlen erledigt sein müßten, bevor diese Frage zur Klärung gebracht würde. Wie aber steht es heute?

Es kann alles beim alten bleiben. Die bisherige preußische Koalition, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten haben auch im neuen Landtag eine Mehrheit hinter sich; sie ist kleiner geworden, aber sie reicht aus. Aber offenbar sind die Demokraten und Zentrum entschlossen, auf den Regierungsgleichklang von Preußen und Reich zu dringen.

Daraus ergeben sich mehrere Möglichkeiten. Die eine ist eine „bürgerliche Koalition" im Reich und in Preußen. In dieser Richtung gehen die Bemühungen der Deutschnationalen, soweit sie regierungseifrig sind, und der rechtsgerichteten Kreise der Volkspartei, wie sie etwa in der „Täglichen Rundschau" ihr Mundstück haben. Dort legt man es vor allem darauf an, dem Zentrum Liebenswürdigkeiten zu sagen und es vor Haenischs Schulpolitik graulich zu machen; die Haltung des Zentrums ist für diese Lösung der Schlüssel. Aber obwohl im Zentrum eine Rechtsentwicklung gegenüber der Zeit der Nationalversammlung unverkennbar ist, hat es offenbar nicht die Absicht, dieser Lockung zu folgen. Es würde vermutlich Schwierigkeiten in seiner Arbeiterschaft wecken. Andererseits denken die Demokraten nicht daran, mit der Gruppe, die im scharfen monarchistischen Bekenntnis jetzt ihre Wahlparole gefunden, zusammenzugehen; sie müssen dabei auch die außenpolitische Wirkung einer solchen Lösung einsetzen.

Die anderen Versuche zielen dahin, die Verbindung von Scheidemann bis Stresemann für das Reich wie für Preußen herzustellen. Hier liegt der Schlüssel bei den Sozialdemokraten. Als sie im Juni 1920 das Werben der Volkspartei mit einem Korb beantworteten, war das nicht nur das Bedürfnis nach einer Sommerfrische — die persönliche Zuspitzung des Wahlkampfes stand als Gespenst hinter dem Versuch sachlicher Verhandlungen. Das trifft für die jetzige Situation nicht mehr im gleichen Maße zu — der Schrei nach „Fachministern", der Ruf nach Eberts Beseitigung ist nicht mehr gehört worden. Für die Sozialdemokraten stellt sich taktisch offenbar die Lage so dar: sie zweifelt daran, in der Reichsgesetzgebung ihre wirtschaftlichen Ideen durchsetzen zu können, nicht sowohl wegen des „bürgerlichen" Widerstandes, als wegen des agitatorisch kaum verdeckten Mangels an klaren, realisierbaren Ideen. Sie ist zwar für „Sozialisierung", aber möchte zunächst lieber abwarten, was das sozialistenfreie Reichskabinett darunter versteht (um dann wahrscheinlich, ohne Verpflichtung zum Besseren, sagen zu können: das tauge nichts). In Preußen aber handelt es sich nicht um Verwirklichung von Gedanken, sondern um Erhaltung einer Machtposition.

Digitized by Google

Wenn sie die republikanische Entwicklung sichern will, so glaubt sie, etwa auf das preußische Innenministerium nicht verzichten zu können. Und das ist verständlich. Deshalb will die Sozialdemokratie heute anscheinend vermieden wissen, daß die Parallelität von Preußen und Reich erstrebt werde. Denn der Besitz der Exekutive in Preußen könnte eine Schwächung erfahren, die durch den Gewinn einer mehr moralischen und dabei dauernd prekären Lage im Reich nicht ausgeglichen wird. Daher die Hoffnung, um die scharfe Fragestellung herumzukommen.

Die dritte Möglichkeit, in Preußen wie im Reich eine Minderheitsregierung der Mittelkoalition herzustellen, sollte von vorherein ausgeschieden bleiben. Sie ist an sich unwahrscheinlich, weil die Sozialdemokraten den Kopf nach dem 20 Februar nicht hängen lassen wie im Sommer, sondern ihn aufrecht tragen; sie fühlen ihre Politik, auch die in Preußen, diesmal bestätigt und sagen wohl, daß ein Verzicht von den Wählern nicht begriffen würde; sie wollen die Macht nicht wegwerfen. Aber ein Minderheitskabinett ist in einem Staat, der mehr Verwaltung als Politik heißt, deshalb ein Unding, weil seine Autorität gegenüber dem Behördenapparat nicht zureicht.

Denken die sozialdemokratischen Führer, mit der „Freiheit" und der „Roten Fahne" in der Hand, die begierig auf einen neuen „Verrat" der Scheidemänner lauern, nur an die Partei, dann bleiben sie bei ihrem Wort vom Sommer, daß es keine Gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei gebe. Denken sie politisch, dann „kompromittieren" sie sich nach links, nicht aber sich allein, sondern auch die Deutsche Volkspartei nach rechts. Das Zusammenarbeiten würde nicht leicht gehen, denn zuviel Sentimentalitäten gehen als Gespenster um. Das „Grundsätzliche" aber kann das Entscheidende nicht sein, denn die Grundsätze sind überall etwas flüssig geworden. Bei den Sozialisten, die gelegentlich den Kapitalismus als Rettung loben, bei den Monarchisten, die eine republikanische Verfassung annehmen und auf Wilhelm II. schmähen. Die große Koalition ist, von links gesehen, Politik auf weitere Sicht: denn sie muß den Wort-Monarchismus und preußischen Staatslegenden-Partikularismus lähmen; von rechts her erscheint sie als der notwendige Versuch, die sozialistische Bewegung in den Staatsgedanken, dem sie durch Jahrzehnte fremd gewesen, aktiv einzuspannen. Sie wird sich damit selber wandeln müssen; aber die Sozialdemokraten, die mehr von der Politik wollen als Deklamation, werden das zu begreifen lernen.

Digitized by Google

Was heißt heute deutsche Außenpolitik?

Von Dr. Paul Rohrbach

In der Vorkriegsausgabe meines Büchleins vom „Deutschen Gedanken in der Welt" habe ich gesagt, daß bei allen politisch mündig gewordenen Völkern die auswärtige Politik nicht nur als eine Aufgabe der Regierung und der Diplomatie, sondern ebenso sehr als Sache jedes einzelnen in der Nation empfunden wird. Man kann hinzufügen, daß es auch ein Zeichen politischer Mündigkeit ist, und zwar ein entscheidendes, ob ein Volk imstande ist, den natürlichen Vorrang der auswärtigen Angelegenheiten vor allen innerpolitischen Gegensätzen zwingend zu empfinden oder nicht. Politisches Denken stellt das Auswärtige über das Innere, weil es sich bei jenem um den Bestand und die Sicherheit des Gemeinwesens handelt, bei diesem nur um seine Einrichtung. Die umgekehrte Art zu denken, ist nicht politisch, sondern sie ist das Kennzeichen des Spießbürgertums. Leider herrscht, so betrachtet, in Deutschland das Spießbürgertum noch vor. Selbst in unserer jetzigen trostlosen Lage, die durchaus das Ergebnis einer vor dem Kriege und im Kriege falsch geleiteten Außenpolitik ist, hat sich die Gesamtheit des nationalen Empfindens noch nicht durchgerungen zu der Einsicht, daß es jetzt im Grunde nur noch außenpolitische Fragen von Wichtigkeit für uns gibt. Schon vor dem Kriege hätte das deutsche Volk sein außenpolitisches Interesse verselbständigen und vertiefen sollen, weil die auswärtige Politik immer mehr und immer allgemeiner eine „nationale", von der großen Kabinettspolitik unabhängige, in ihren Grundzügen verhältnismäßig durchschaubare Sache wurde, deren Entwicklung immer weniger im Dunkel, sondern frei nach den Lebensbedürfnissen der Völker und den Interessen der großen herrschenden Gruppen verlief. Ich schrieb damals im „Deutschen Gedanken":

In früherer Zeit waren die Nationen mehr oder weniger Objekte der Politik; heutzutage sind sie selber die handelnden Subjekte auf der Weltbühne. In dieser Beziehung ist sogar zwischen Staaten, die noch eine autokratische Regierungsform haben und denen, die entschiedener zur Demokratie fortgeschritten sind, kein großer Unterschied. Hier wie dort muß sich die Regierung in auswärtigen Angelegenheiten als die Beauftragte des nationalen Interesses fühlen, und nur dann kann eine politische Aktion nach außenhin Kraft und Nachhaltigkeit entwickeln, wenn sie vom Volk als seine eigene Angelegenheit empfunden wird. Leider ist diese Tatsache nur sehr unvollkommen in den Inhalt unseres öffentlichen Bewußtseins übergegangen. Man sieht das daran, daß es in der deutschen Öffentlichkeit fast überall ganz auffallend an einer von Sachkunde und Verantwortlichkeitsgefühl getragenen Behandlung auswärtiger Dinge fehlt.

Ich habe vor dem Kriege auf das stärkste betont, daß, abgesehen von diesem nicht wieder gutzumachenden Fehler des mangelnden Volksinteresses für die auswärtigen Dinge die Politik, die Deutschland nach außen hin zu machen habe, vor allen Dingen eine Politik der moralischen Erobe-

Digitized by Google

rungen sein mußte, und im „Deutschen Gedanken" habe ich über diesen Punkt ein besonderes Kapitel. So entschieden wie möglich habe ich jede Art von Gewaltpolitik abgelehnt und die Notwendigkeit entwickelt, wenn nicht aus anderen Gründen, dann wenigstens mit Rücksicht auf die auswärtige Politik im Innern ein schnelleres freiheitliches Entwicklungstempo („Demokratisierung") einzuschlagen. Das hindert aber viele Leute nicht daran, mich als Annexionisten, Imperialisten, Gewaltpolitiker und dergleichen hinzustellen und mir daraufhin die Befugnis abzusprechen, jetzt über auswärtige Politik zu reden. Am törichtsten oder am böswilligsten ist hierin die französische Presse. Ihre Antwort auf meine neulichen Bemerkungen an dieser Stelle ist wieder nur ein feiges, unter Schimpfereien verstecktes Ausweichen. Außerdem wird eine Notiz an die Presse versandt, man habe bei der Liquidierung des Eigentums eines geflüchteten Deutschen in Paris einen Koffer gefunden, in dem angeblich Beweise für eine bis zum Kriegsausbruch von ihm betriebene Spionage lagen, und unter den Büchern eins mit dem Titel: „Pensée allemande dans le monde", par Rohrbach. Das soll, wie es scheint, ein ganz besonderer Beweis für die Gefährlichkeit des Mannes sein.

Mit solchen Dummheiten ist nichts weiter anzufangen. Sie sollen auf der feindlichen Seite dazu dienen, nicht nur die Personen, sondern auch die Versuche zu diskreditieren, die gemacht werden, für unsere auswärtige Politik in der traurigen Nachkriegszeit richtige Zielpunkte aufzustellen. Wer das unternimmt — und hiermit knüpfe ich wiederum an den „Deutschen Gedanken" an — der muß vor allen Dingen die Konsequenzen aus den Fehlern ziehen, die vor dem Kriege und im Kriege gemacht worden sind. Ich habe v o r dem Kriege in diesem Büchlein gesagt:

Wenn die herrschenden Klassen in Deutschland zeigen, daß sie sogar solche Zustände erhalten wollen, die nicht mehr konservativ im maßvollen Sinne, sondern durchaus reaktionär im Sinne politischer Unmoral genannt werden müssen (Preußisches Wahlrecht!), so tragen sie . . . die Verantwortung dafür, daß sich hieraus Minderungen unseres Ansehens und des Einflusses unserer nationalen Idee nach außen hin ergeben. Leider aber muß unsere Hoffnung auf Besserung gerade in diesem wichtigen Punkte gering sein . . .

„Minderung unseres Ansehens und Einflusses" war, wie man sieht, ein viel zu optimistischer Ausdruck für das, was infolge der bei uns getriebenen falschen Politik gekommen ist. Hier ist die Stelle, wo sich entscheidet, ob jemand Verständnis für die notwendige Art neuer deutscher Außenpolitik hat oder nicht. Eine solche Außenpolitik kann nur aufgebaut werden unter Verzicht auf die sentimentale Ideologie und Idealisierung, die unsere Rechtsparteien gegenüber dem „alten" Deutschland und den politischen Formen, in denen es sein Dasein führte, treiben. Das alte Deutschland war in vielen Stücken groß und schön, und kein Deutscher, der sein Volk lieb hat, kann seinem Sturz anders als im tiefsten Schmerz

Digitized by Google

gegenüberstehen. Große Mitschuld an seinem Sturz aber tragen diejenigen, die nicht einsahen, daß bestimmte Dinge in diesem alten Deutschland rechtzeitig hätten geändert werden müssen. Von diesen Dingen mögen die einen sagen, sie seien weder gut noch schön gewesen, und die anderen mögen dies und jenes zu ihrer Verteidigung anführen. Das mag jeder halten wie er will, aber wer politische Vernunft anwendet, muß zugeben, daß in der Lage, in die uns der Weltkrieg gebracht hatte, jene Dinge im höchsten Maße gefährlich waren für uns, und daß sie daher geändert werden mußten, bevor es zu spät war. Daher ist es eine verantwortungslose und sterile Politik, wenn man heute auf der rechten Seite so tut, als wäre nichts weiter nötig, als eine Rückkehr zu den Prinzipien und Formen des alten Deutschland, und als gäbe es ausgerechnet gerade auf der Rechten keine Mitschuldigen an der Tatsache, daß dies Deutschland nicht mehr existiert. Jene Politik, die sich grundsätzlich nicht darum kümmerte, wie die in Deutschland bestehenden Verhältnisse auf das Ausland wirkten, und welche Handhaben die Feinde durch sie zum Kampf gegen uns erhielten, ist so verhängnisvoll gewesen, daß wir noch auf Menschenalter an ihre Folgen werden zu leiden haben. Daraus folgt, daß die Parteien und Persönlichkeiten, die für sie mitverantwortlich sind, heute entweder darauf verzichten müssen, mit Forderungen und Programmen für die deutsche Politik hervorzutreten, oder daß sie sich offen mit ihren damals begangenen Fehlern auseinandersetzen und bewußt eine neue Bahn beschreiten müssen. Man kann nicht das Lob des alten Deutschland singen und mit geschlossenen Augen an der Tatsache vorbeigehen, daß das alte Deutschland von denen, die das meiste darin zu sagen und es zu regieren hatten, ins Unglück geführt worden ist. Daß auch andere Elemente daran schuld waren, wird kein Verständiger leugnen, aber diese wären nicht mächtig geworden ohne die von oben begangenen Fehler.

Die deutsche Außenpolitik kann jetzt nur eine demokratische Politik sein. Ich meine das keineswegs im parteipolitischen Sinne, sondern so, daß Fühlung mit den Völkern erstrebt werden muß, und daß niemand eine gedeihliche deutsche Auslandspolitik machen kann, dem es auch bei billig denkenden Elementen im Auslande an Vertrauen fehlt, auf Grund der Politik, für die er früher in Deutschland mitverantwortlich war. Außerdem stammt der stärkste und gefährlichste Druck, unter dem wir leiden, daher, daß die Völker über die Ursachen des Krieges, über die Verantwortlichkeit für den Krieg und über die Kriegführung, ihre eigene wie die unsrige, belogen worden sind: von ihren Führern, ihren Regierungen und der jenen zur Verfügung stehenden Presse, die zum Kriege trieben und um jeden Preis im Kriege beharren wollten. Sie wurden belogen, um in jedem einzelnen Individuum von ihnen die Gefühle von Haß, Wut, Rache und Gier gegen Deutschland zu entzünden. Ohne solche Gefühle, das wußte

Digitized by Google

man auf der feindlichen Seite, waren die Völker nicht in einem so langen und so furchtbaren Kriege gegen Deutschland und seine Bundesgenossen zu halten. Diese Gefühle waren notwendige Vorbedingungen für den Sieg. Sie haben den Sieg geschaffen, sie wirken nach dem Siege weiter, und starke Kräfte suchen sie immer weiter wachzuhalten und zu steigern, damit die materiellen Früchte des Sieges nicht verlorengehen. Auch dafür, daß diese Gefühle so erweckt und so erhalten werden konnten, sind bei uns diejenigen mitverantwortlich, die nicht begreifen wollten, was das ist: moralische Eroberungen für Deutschland.

Ich habe oft gesagt und wiederhole nochmals, daß es eine Illusion ist, zu glauben, wir könnten uns mit den jetzigen feindlichen Regierungen in günstigem oder erträglichem Sinne verständigen. Diese Regierungen wollen das weder, noch können sie es, denn sie sind Gefangene der durch sie vorsätzlich, um des Sieges willen, erzeugten psychologischen Verfassung bei ihren Völkern. Es gibt nur einen Appell an diese Völker selbst, und seine Methode kann nur die sein, den belogenen Völkern die Wahrheit zu zeigen. Das Ziel der deutschen Außenpolitik muß mit einem Worte sein: Wiederherstellung — aber nicht nur Wiederherstellung Deutschlands, sondern Wiederherstellung in der ganzen Welt: Wiederherstellung von Wahrheit und Menschlichkeit in den Beziehungen der Nationen untereinander, Wiederherstellung von Vernunft, Arbeit und Wirtschaft überall. Nur eine Partei oder Parteien, die einsehen, daß dies das notwendige Ziel ist, können deutsche Außenpolitik machen. Gleichzeitig aber müssen sie sich darüber klar sein, daß es keinen anderen Weg in die Wirklichkeit solcher Ziele gibt, als den über die moralische und materielle Neuaufrichtung Deutschlands. Indem wir Deutschen unserer eigenen Wiederaufrichtung dienen, dienen wir der Wiederaufrichtung der Menschheit, denn der Weg unserer Wiederaufrichtung, der moralischen vor allen Dingen, ist der Weg der Wahrheit. Das ist die große innere Stärke der deutschen Position auch in den Verhandlungen, die jetzt in London bevorstehen. Sie könnten jetzt mit größerem Nachdruck und auf einer besser vorbereiteten Grundlage geführt werden, wenn schon von dem Tage an, da uns der Gewalt- und Wortbruchsfriede als Strafe für unsere Alleinschuld am Weltkriege verkündet wurde, ein kraftvoller Feldzug gegen die Schuldlüge geführt worden wäre. Es ist unterblieben, und das muß darum jetzt nachgeholt werden. Es muß nachgeholt und es wird nachgeholt werden. Besser wäre, man brauchte nichts nachzuholen, was von Anfang an im Bereich des Erkennens und Ueberlegens war. Der Grundfehler ist und bleibt der, daß man bei Gegnern, die gegen Deutschlands Weiterexistenz gleichgültig oder ihr feindlich sind, die durch die Schuldlüge gesiegt haben und die sich bewußt sind, daß sie sich und ihre Sache nur um den Preis der Fortdauer dieser Lüge und nur solange sie fortdauert, aufrecht er-

Digitized by Google

halten können, auf dem Wege loyaler Verhandlungen für Deutschland etwas zu erreichen geglaubt hat. Das war in Versailles nicht der Fall, das ist heute nicht der Fall, das wird in London nicht der Fall sein, wenn wieder falsche Politik gemacht wird, und das wird überhaupt nie der Fall sein, solange nicht das Gesetz aller neuen deutschen Außenpolitik begriffen wird: keine Heilung der verwundeten Welt ohne Wiederherstellung Deutschlands, und es gibt keine Wiederherstellung Deutschlands ohne der Wiederherstellung der Wahrheit von Volk zu Volk.

Paul Cambon

Von Dr. W. Stahl.

Mit Paul Cambon, der als 77jähriger kürzlich den französischen Botschafterposten an der Themse verlassen hat, ist eine Persönlichkeit von der politischen Bühne abgetreten, die lange Jahre in dem diplomatischen Intrigenspiel der Entente eine Hauptrolle innegehabt und mit reichstem Erfolge durchgeführt hat. Ja es ist durchaus verständlich, wenn er heute bei unseren westlichen Nachbarn geradezu als das lebendige Symbol der französisch-englischen Verständigung, die sich im Weltkrieg so vorzüglich bewährt hat, gefeiert wird. Aber auch eine unbefangene Geschichtsbetrachtung muß seine diplomatische Meisterschaft anerkennen. Und es kann für uns Deutsche nur heilsam sein, wenn wir uns an besonders schlagenden Beispielen bei jeder Gelegenheit immer wieder vergegenwärtigen, wie unsere Gegner es verstanden haben, stets den rechten Mann an den rechten Platz zu stellen. In der großen Presse wurde der Name Paul Cambon freilich nicht allzuoft genannt. Nie ist sein Träger in den Fehler verfallen, durch provozierendes Auftreten oder Gerede sich einer politischen Taktlosigkeit schuldig zu machen und so die Interessen seines Landes leichtfertig zu schädigen. Cambon gehörte überhaupt nicht zu den politischen Strebern, die sich mit selbstgefälliger Eitelkeit in das grelle Licht der Oeffentlichkeit drängen. Er hat es deshalb auch beharrlich abgelehnt, das ihm wiederholt angebotene Ministerium des Aeußern zu übernehmen, denn er wollte sich nicht rasch verbrauchen und, wie er sagte, zu den abgedankten Ministern gehören, die nur zu erzählen wissen, was sie zu tun versäumt haben. Bezeichnenderweise hat er auch nie eine Rolle im Parlament gespielt, noch sich in den Meinungsstreit der Parteien eingemischt. Sein Feld waren die Salons der großen Welt und die verschwiegenen Staatskabinette, in denen über die Schicksale der Völker die Würfel geworfen werden.

Als Pariser Kind gewann Paul Cambon frühzeitig lehrreiche Einblicke in den Gang der hohen Politik. Seine Opposition gegen das Dritte Kaiserreich machte ihn den Männern, die auf dessen Sturz hinarbeiteten, so vorteil-

Digitized by Google

haft bekannt, daß der Bürgermeister von Paris, Jules Ferry, ihn während der Kommune zu seinem Privatsekretär wählte. Dann folgte mehr als ein Jahrzehnt Verwaltungsdienst fern der Hauptstadt, bis der große Sprung gelang und Cambon im Jahre 1882 zum Generalresidenten von Tunis ernannt wurde. Auf diesem überaus schwierigen Posten — war doch die Provinz erst im Vorjahre durch Jules Ferry, der auf die Berufung seines ehemaligen Untergebenen nicht ohne Einfluß gewesen sein mag, unter die französische Oberherrschaft gebracht worden —, bekundete Cambon große politische Klugheit, indem er die altgewohnten Einrichtungen der türkischen Verwaltung bestehen ließ und Frankreich nur die Oberkontrolle vorbehielt. 1886 kam Cambon als französischer Botschafter nach Madrid, 1891 in gleicher Eigenschaft nach Konstantinopel. Seine Meisterzeit begann erst, als er im September 1898 den Botschafterposten am Hofe von Saint-James übertragen erhielt. Die Beziehungen zwischen Frankreich und England waren damals, soweit die öffentliche Meinung in Frage kam, unter dem Eindruck der eben erlittenen „Schmach von Faschoda" die denkbar schlechtesten, ja wäre es nach dem Willen gewisser Boulevardschreier gegangen, so wäre der Kriegsfall ohne weiteres gegeben gewesen. Aber die Dreyfusaffäre hatte so peinliche Dinge über Frankreichs militärische Bereitschaft enthüllt, daß ein Waffengang mit dem seemächtigen England ausgeschlossen war. Vielmehr machte gerade das durch jene Affäre erzeugte Gefühl der eigenen Schwäche die französischen Machthaber zu einer Verständigung mit dem Nachbar jenseits des Kanals geneigt, und in Paul Cambon glaubte der damalige Minister des Aeußern, Delcassé, den richtigen Mann gefunden zu haben, um die zwischen den beiden Ländern schwebenden Streitfragen zu schlichten und ein dauerndes Einvernehmen anzubahnen. Im einzelnen darzulegen, wie Cambon die Lösung dieser Aufgabe gelungen ist, würde an dieser Stelle zu weit führen. Erleichtert wurde sie ihm wesentlich dadurch, daß seinen von großem politischem Takt geleiteten Bemühungen auf seiten Englands, das eben den schweren, Konflikte in Europa nicht ausschließenden Burenkrieg durchzukämpfen hatte, ein starkes Bedürfnis für eine derartige Verständigung entgegenkam, zumal nachdem von deutscher Seite alle Annäherungsversuche Englands der „freien Hand" zuliebe abgewiesen worden waren. Bekannt sind die engen persönlichen Beziehungen zwischen Eduard VII. und dem französischen Botschafter, wobei es dahin gestellt sein mag, wer der Führer und wer der Geführte war. Ihr Zusammenarbeiten funktionierte jedenfalls vorzüglich, und gegenseitige Sympathie verband beide Männer ebenso eng wie gemeinsame Abneigung gegen Deutschland und seinen Herrscher. Als Wilhelm II. anläßlich des Begräbnisses der Königin Viktoria in England weilte, äußerte er, wie der „Daily Telegraph" kürzlich mitteilte, beim Durchschreiten des Diplomatensalons in Windsor zu Cambon: „Wir lieben Frankreich und

Digitized by Google

werden keinem gestatten, es anzurühren", worauf dieser kühl erwidert habe: „Frankreich ist eine große Nation und stark genug, sich selbst gegen jeden, der etwa einen Angriff wagen sollte, zu verteidigen." Es liegt auf der Hand, daß eine derartige einseitige und unzeitgemäße Liebeserklärung, zumal gegenüber dem Vertreter des in seinem Selbstgefühle so leicht verletzbaren französischen Volkes, mochte ihre Absicht auch noch so gut sein, überaus peinlich wirken und das Gegenteil des damit verfolgten Zweckes erzielen mußte. Ueberdies war Paul Cambon in seiner Auffassung von deutschen Verhältnissen von den Mitteilungen seines jüngeren Bruders Jules, der bekanntlich Frankreich bis zum Kriegsausbruch in Berlin vertrat, abhängig, und in welchem Geiste dessen Mitteilungen gehalten waren, ist uns durch das französische „Gelbbuch" und die belgischen Gesandtschaftsberichte leider nur zu gut bezeugt. In dem englisch-französischen Kolonialabkommen vom 8. April 1904 manifestierte sich die Entente cordiale zum ersten Male als die politische Größe, die fortan einen Hauptfaktor in der Weltkonstellation bilden sollte. Man hat in England stets mit besonderem Nachdruck betont, daß dieser englisch-französischen Verständigung jede Spitze gegen Deutschland gefehlt und daß sie nur die Sicherung des Weltfriedens zum Ziele gehabt habe. Aber um ihren wahren Charakter festzustellen, braucht man sich nur jener Briefe zu erinnern, die am 22./23. November 1912 zwischen Grey und Paul Cambon ausgetauscht wurden. In die Floskeln diplomatischer Geheimsprache sorgsam verhüllt, enthielten sie nichts Geringeres als das bindende Versprechen Englands, Frankreich im Kriegsfalle Waffenhilfe zu leisten. „Mit diesem Schriftstück", urteilte der Diplomat, der im Mai 1913 der deutschen Regierung den Wortlaut jener geheimen Abmachung mitteilte, „hatte sich England de facto dem französischen Revanchegedanken bereits rettungslos verschrieben." Von seiten der französischen Regierung ist diese englische Zusicherung auch tatsächlich so aufgefaßt und dementsprechend in den politischen Kalkul eingesetzt worden.

Und doch sollten, als im Juli 1914 die Kriegsgefahr immer drohender näher rückte, für Paul Cambon noch ängstliche Tage kommen. Als er am 30. Juli Grey den Wechsel vom November 1912 präsentierte, wurde er von diesem lediglich auf das Ergebnis der Kabinettssitzung des folgenden Tages vertröstet (Engl. Blaubuch Nr. 105) und erhielt nach ihrer Beendigung den mageren Bescheid, daß „die englische Regierung zur Zeit ihre Intervention nicht verbürgen könne" (Franz. Gelbbuch Nr. 110). Aus den Mitteilungen des französischen „Gelbbuchs" war bereits deutlich zu erkennen, wie peinlich der französische Botschafter und seine Regierung von dieser vorsichtigen Zurückhaltung des englischen Kabinetts berührt wurden. Neuerdings hat Paul Cambon selbst in den „Times" vom 22. Dezember 1920 sehr bemerkenswerte Einzelheiten über die englische Politik

Digitized by Google

jener entscheidenden Tage mitgeteilt. Sie bestätigen, was ja auch anderweitig bezeugt ist, daß damals die Auffassung des englischen Ministerrates von den Erfordernissen der Lage durchaus nicht einheitlich war. Während Grey, Asquith und Churchill zu Frankreich hinneigten, vertraten andere Regierungsmitglieder unter dem Einflusse führender Citymänner die Notwendigkeit der englischen Neutralität. Noch am Morgen des 1. August wurde im Ministerrate festgestellt, daß die englische Regierung noch Herrin ihrer Entschließungen sei (Franz. Gelbb. Nr. 126), eine Feststellung, die freilich nur deswegen zustande kam, weil die Verpflichtungen, die England Frankreich gegenüber eingegangen war, nicht allen Kabinettsmitgliedern bekannt waren. Immerhin lag noch kein bindender Beschluß vor, und es läßt sich leicht vorstellen, mit welch beklommenen Gefühlen Cambon Greys Mitteilung über das Ergebnis der Kabinettssitzung entgegennahm. Erst am Abend des 2. August erhielt er von Grey offiziell den Schutz der englischen Flotte für die französische Nordküste zugesichert, und am 3. wiederholte Grey, ohne Kenntnis der an Belgien gerichteten deutschen Anfrage, Cambon gegenüber Englands Hilfeversprechen an Frankreich. Entscheidend für die Wendung in der Haltung des englischen Kabinetts war wohl die Tatsache, daß die konservative Partei sich am 2. August für die Unterstützung Frankreichs und Rußlands aussprach und dadurch der Regierung die notwendige parlamentarische Deckung gewährte. Die Neutralitätsfreunde waren unterlegen. „Wir haben", schrieb der wegen der Teilnahme Englands am Kriege aus dem Kabinett ausgeschiedene Unterstaatssekretär Trevelyan an seine Wähler am 11. September 1914, „plötzlich gefunden, daß unsere Hände nicht, wie behauptet wurde, ungebunden waren." Mit Befriedigung konnte Cambon am Nachmittag des 3. August (Franz. Gelbbuch Nr. 145) feststellen, daß sich die öffentliche Meinung Englands immer mehr zugunsten Frankreichs erklärte, und das deutsche Ultimatum an Belgien entfachte dann jenen Sturm moralischer Entrüstung, der alle die Schwierigkeiten, in die sich das englische Kabinett durch sein Hilfeversprechen an Frankreich verstrickt hatte, mit einem Schlage beseitigt.

Was Paul Cambon während des Krieges geleistet hat, entzieht sich begreiflicherweise der allgemeinen Kenntnis. Die von ihm gelegentlich bekanntgewordenen offiziösen Aeußerungen bei Festessen u. a. waren durchaus auf den hochfahrenden Ton gestimmt, der nun einmal im Ententelager üblich ist. Wenn er jetzt in die Ruhe des Privatlebens zurücktritt, so kann er mit Recht Genugtuung über die Erfolge seiner zielbewußten Politik empfinden. Das Bündnis zwischen Frankreich und England ist fest gegründet. Darüber dürfen wir uns auch nicht täuschen. Haß bindet stärker als Liebe. Und daß beide Länder mehr durch ihre tödliche Feindschaft gegen Deutschland als durch gegenseitige Zuneigung verknüpft sind, wird, allen offiziellen Freundschaftsbeteuerungen zum Trotz, kein Kenner der Verhältnisse in Abrede stellen.

Digitized by Google

Vom Zwang über Umlage zur Freiheit

Ein Produktionsprogramm für unsere Landwirtschaft von Prof. Dr. Ph. Stein.

I.

Der Streit Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft ist erledigt. Die Zwangswirtschaft ist zu einem Teil aufgehoben, zum andern zusammengebrochen. Wenn sie je notwendig war, so wäre sie es nach unserem Zusammenbruch gewesen; wenn sie je unmöglich war, so ist sie es heute, denn Zwangswirtschaft ohne starke Verwaltung ist ein Widersinn. Gänzlich ausgeschlossen ist es, die zerfallene und zerschlagene Zwangswirtschaft neu wieder einzuführen. Was wir heute an Resten der Zwangswirtschaft in Getreide, Milch, Butter und Zucker haben, was hier und da in der freien Kartoffelwirtschaft wieder rückgängig zu machen versucht wird, hat alle Uebelstände und Schäden der Zwangswirtschaft ohne ihre Vorteile, ist kostspielige Verschwendung von Mitteln und Menschen, die nicht im Verhältnis zu Leistung und Nutzen stehen. Die Reichsgetreidestelle mit einem Heer von 5000 Beamten hat bis Dezember 1920 nicht ganz eine Million Tonnen Getreide erfaßt, noch geringer sind die Ziffern bei Milch und Butter. Wir leben in Getreide von teuren Auslandseinfuhren, bei Milch und Butter durch Selbstversorgung oder Schleichhandel. Wir haben heute die Auflösung und Zersetzung unserer öffentlichen Wirtschaft, keinen Uebergang von Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft oder irgendeiner anderen „geordneten" Wirtschaft.

Für das Wirtschaftsjahr 1920/21 kann keine grundsätzliche Aenderung mehr eintreten. Es handelt sich allein darum, bis zur neuen Ernte aus unserer eigenen Getreideerzeugung noch herauszuholen, was mit dem ungefügen, leistungsschwachen Körper der Reichsgetreidestelle möglich ist, und aus dem Auslande so viel zuzukaufen, daß wir, gegebenenfalls unter Erhöhung der Ausmahlung und Verringerung der Brotration, bis zur neuen Ernte durchkommen.

Wir können nicht mehr zurück. Wir müssen neue Formen anwenden.

Schon im alten starken Staat erwies sich trotz des sittlichen und polizeilichen Zwanges des Krieges die Wirtschaft stärker als die Verwaltung, und zwar um so mehr, je schärfer die Verwaltung den Zwang durch Maßnahmen und Strafen zu sichern versuchte. Heute, im schwachen Staat, müssen die neuen Formen den Bedürfnissen und den Grundlagen der Wirtschaft der Erzeuger und der Verbraucher unmittelbar angepaßt sein, wenn sie wirksam sein sollen.

Wir können auch nicht unsere Ernährung auf die Auslandszufuhren stellen. Wir sind zu arm; wir müssen streben, aus Eigenem zu leben. Das

Digitized by Google

kann nur schrittweise durch Entwicklung unserer Erzeugung wie durch Einschränkung und Umstellung unseres Verbrauchs geschehen. Getan werden muß es und es kann getan werden, ja, wir können, wenn wir wieder den Friedensstand unserer Erzeugung erreicht haben werden, landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführen, in erster Linie Zucker, aber auch unter der Voraussetzung einer Einschränkung unseres Fleischgenusses Schweinefleisch.

Wenn irgendwo Bedarfsdeckungswirtschaft möglich und notwendig ist, so ist es bei der Landwirtschaft. Vor dem Krieg haben wir trotz anhaltender und rascher Steigerung und Verfeinerung unseres Verbrauchs in den Massennahrungsmitteln Brot, Fleisch und Kartoffeln im wesentlichen aus der einheimischen Erzeugung leben können. Unsere Viehwirtschaft war zwar in beträchtlichem Umfang auf Auslandszufuhr hochwertiger Futtermittel, Gerste, Mais und Oelfrüchte, aufgebaut. Wir standen aber auch mit einer Menge von 52 kg Fleischverbrauch auf den Kopf und Jahr neben England an der Spitze der fleischverzehrenden Völker. Unsere Getreideernte schwankte zwischen einem Ertrag von 20 Millionen Tonnen in ungünstigen und 30 Millionen Tonnen in günstigen Jahren, die Kartoffelernte zwischen 45 und 54 Millionen.

Im Krieg haben wir im wesentlichen aus heimischer Erzeugung gelebt. Die Zufuhren aus den neutralen Ländern und den besetzten Gebieten waren, wie die Tafeln der Einfuhrziffern der Z. E. G. in der von Mitte 1916 an die gesamte Lebensmitteleinfuhr Deutschlands zusammenfloß, zeigen, so erfreulich und wertvoll sie auch waren, doch nur Zuschüsse. Die Gesamteinfuhren der Z. E. G. von Kriegsbeginn bis Ende 1918 betrugen 3 086 000 t, darunter 1 375 000 t Getreide, wovon allein Rumänien bis zu seinem Eintritt in den Krieg 933 000 t lieferte.

Ausschlaggebend war und blieb aber unsere eigene einheimische Erzeugung. Ihren Umfang darf man nicht nach den von den öffentlichen Stellen erfaßten und noch weniger nach den verteilten Mengen messen. Die Zwangswirtschaft war immer nur eine Teilverwaltung, bei einigen Waren von Anfang an nur eine Restverwaltung, bei den meisten wurde sie es im Laufe des Krieges mehr und mehr.

Bei der Beurteilung des Leistungsgrades unserer einheimischen Erzeugung für unsere Lebensmittelversorgung im Krieg muß neben dem Schleichhandel der nicht minder wichtige, oft übersehene Umstand beachtet werden, daß das Heer nicht bloß der stärkste Verbraucher aller Lebens- und Futtermittel war, daß im Heer ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung lange Zeit, namentlich mit Fleisch, besser versorgt wurde als im Frieden, sondern daß dieser Großverbraucher eine Versorge- und Vorratswirtschaft treiben mußte und in Wirklichkeit und zahlreichen Fällen weit über das erforderliche Maß hinaus trieb, daß die für die allgemeine Ernährung greif-

Digitized by Google

und sichtbaren Vorräte wesentlich geringer erschienen, als sie in Wirklichkeit waren. Das Heer war aber nicht der einzige, nur der größte Lebensmittelhamsterer. Vom Reich an trieb über Länder, Provinzen, Bezirke, Gemeinden bis zu den Privathaushalten alles, soweit es nur konnte, Vorratswirtschaft. Größer noch als die Not war die Angst vor der Not, und sie verschärfte wieder die Not. Angstmaßnahmen haben vom Kriegsbeginn an die Waren vom Markte verschwinden lassen, haben aus Sorge für die Zukunft die Gegenwart Not leiden lassen, ohne der Zukunft zu helfen, und haben schließlich zur eigenen Vorsorge auf eigene Faust, Rechnung und Gefahr verführt. Daher haben wir nicht bei Kriegsende, sondern bereits 1½ Jahre früher, im Winter und Frühjahr 1917, den Tiefstand unserer Ernährungslage erreicht; die höchste Sterblichkeitsziffer und der stärkste Besuch der Massenspeisungen waren die äußeren Zeichen dieser höchsten Notzeit. Sie wurde aber auch der Wendepunkt in der Stellung und in der Gesinnung der Bevölkerung zur Zwangswirtschaft und zum Schleichhandel. Der Schleichhandel wurde von da an zur natürlichen und selbstverständlichen Ergänzung. Die öffentliche Wirtschaft empfing bereits damals den entscheidenden Stoß, der schließlich zu ihrem Zusammenbruch führte.

Wir sind heute ein armes Volk, haben wichtige ländliche Ueberschußgebiete verloren. Wir können heute weder beanspruchen noch bezahlen, uns nach dem Lebensstande der Vorkriegszeit zu ernähren. Wir müssen uns nach der Decke der einheimischen Erzeugung strecken und darüber hinaus unsere Landwirtschaft so entwickeln, daß wir landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführen können.

Das verlangt zunächst eine bescheidenere Lebensweise.

Hatten wir als reiches Volk ein Verhältnis von Fleisch- zur Pflanzennahrung von 1:3, so müssen wir als armes Volk mit einem Verhältnis schon von 1:4 zufrieden sein, d. h. wir müssen in unserer Fleischnahrung auf den Stand zu Anfang der 90er Jahre zurückgehen, da wir 32 statt 52 kg Fleisch auf den Kopf und Jahr verzehrten.

Wichtiger und wirtschaftlicher ist aber neben der Anpassung an unsere Armut durch Verringerung unseres Verbrauches die Steigerung des Ertrags unserer Landwirtschaft durch Uebergang zu intensivstem Betrieb.

Unsere Landwirtschaft hatte vor dem Kriege einen hohen Stand erreicht. In den 25 Jahren von 1885 bis 1912 hatten sich die Erträgnisse bei Brotgetreide um 46,9%, bei Kartoffeln um 48,9% gesteigert.

Die Erträgnisse sind nach amtlichen Schätzungen von 1913 bis 1919 für Brotgetreide um 35,3%, bei Futtergetreide um 33,6%, bei Kartoffeln um 46,7%, bei Zuckerrüben sogar um 59,4% zurückgegangen.

Wir haben im Kriege auch mit unserer Landwirtschaft und unserem Boden Raubbau treiben müssen, auch weiterhin ist sie trotz hoher Papier-

Digitized by Google

einkünfte kapitalschwächer geworden. Der Mangel an Arbeitern infolge Verringerung der Zahl der Wanderarbeiter, die Arbeitskämpfe als Folgen der sozialen und politischen Umwälzungen, die Unsicherheiten und Schwankungen der Weltmarktlage im Verein mit der Bindung der Preise wirken gleichmäßig in der Richtung, die Schwierigkeiten und Gefahren des Betriebs durch Uebergang zu extensivem Betrieb zu verringern. Daß die Gefahr des ausländischen Wettbewerbs keine Phantasie ist, zeigt, daß bei dem starken Rückgang der Weltmarktpreise und der Frachten der letzten Wochen, der Hand in Hand mit der Besserung des Kurses unserer Mark verlief, bei Zucker und stärker noch bei Weizen die Weltmarktpreise unseren einheimischen gebundenen Preisen sich näherten.

Wir müssen unsere Landwirtschaft allmählich wieder aufbauen, sie wieder in den Stand und in die Bereitschaft setzen, intensiv zu wirtschaften, das ist nur durch eine Vielheit mannigfachster Maßnahmen schrittweise möglich, ist abhängig von dem unbedingten Vertrauen und der Mitarbeit der Landwirte.

Die ersten Maßnahmen, die einen Zeitraum von etwa zwei Jahren erfordern dürften, müßten das Ziel anstreben, unsere Landwirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen, sie wieder voll arbeits- und leistungsfähig zu machen. Erst dann wird Zeit und Gelegenheit sein, zu einem noch intensiverem Betrieb wie zu sozialen Neuordnungen auf den Gebieten der Grundbesitzreform und des Siedlungswesens überzugehen.

(Schluß folgt).

Religiöser Menschheitsbund

Von Professor Dr. R. Otto (Marburg)

Wer wird die Welt retten aus der gemeinsamen ungeheuren Not, in die wir alle tiefer und tiefer versinken? Wunder und Zeichen des Himmels? Aber der Himmel hilft nur dem, der sich selber helfen will. Oder der große Held und das kommende Genie, auf das viele warten? Aber was vermag der einzelne, was vermag auch der Stärkste gegen das Ungeheure! Oder die Politik, die Wissenschaft, die Wirtschaftskunde, die Erbweisheit der Wissenden? Aber sie fruchten nichts ohne die Hauptsache. Was ist die Hauptsache? Die Hauptsache ist der einmütige, starke, gemeinschaftliche Wille aller Verantwortlichen der gesamten Kulturmenschheit, des Uebels Herr zu werden, durch gemeinsame Anstrengung und gemeinsame Zielsetzung, durch gegenseitige Verantwortung und planmäßige Wechselwirkung. Die

Digitized by Google

Hauptsache ist ein gemeinschaftliches geweckтes Weltgewissen, ist der Druck einer gemeinschaftlich geformten öffentlichen Meinung, ist ein gemeinsames Gefühl für das wohlverstandene Interesse aller mit allen, ist ein allgemeines, bis in die untersten Tiefen und in die weitesten Kreise dringendes Klarwerden über die Lage der Dinge, über die Not, und über die unausweisliche Notwendigkeit verbundenen Zusammenwirkens.

Ohne solche öffentliche Meinung der ganzen Welt, ohne ein solches Gesamtgewissen und Gesamtgefühl bleibt alles „Völkerrecht" ohnmächtig und bleiben alle „Völkerbünde" papierene Mauern oder Werkzeuge des Zwanges in der Hand der zufällig Mächtigen. Ohne sie sind die Reden von zwischenstaatlicher Gerechtigkeit und Weltbruderschaft eben Reden ohne Folgen, Glauben ohne Werke. Das fühlt ein jeder, der nicht blindlings an die Zaubermacht der Paragraphen oder Satzungen glaubt.

Wer aber erweckt das öffentliche Gewissen? Wer hat Macht über Gemüt und Willen? Wer kann erziehen zu gemeinschaftlichem Verantwortungsgefühl? Etwa die Presse oder die Verbände der Politiker, der Intellektuellen des Handels und der Wissenschaft, des zwischenvölkischen Verkehrs? Keiner von ihnen reicht in die Tiefe und in die Breite, auf die es hier ankommt. Keiner entbindet die Kräfte tiefster Ueberzeugung und dauernder Begeisterung, die hier nötig sind. Keiner von ihnen greift durch und formt den starken Willen, der aus Gewissen und Verantwortungsgefühl geboren wird. Nur einer vermag dieses Schwerste und Wichtigste zu leisten: Das ist die Religion mit ihren Organisationen, ihrer Erziehung, ihrer Verkündigung, ihren berufenen Trägern und Führern.

Das gilt für das Gebiet der christlichen Menschheit. Aber das gilt in vielleicht noch höherem Maße für die Gebiete der außerchristlichen Menschheit: Für die ungeheuren Gebiete der islamischen Welt, für die unzähligen Millionen der Stämme und Völker Indiens, für die ebensovielen Millionen der Buddhaisten und Konfuzianer Chinas und Japans.

Gelänge es, die Organisationen, die „Kirchen" der großen Kulturreligionen und ihre führenden Männer zu gewinnen für die großen Gemeinschaftsaufgaben der Menschheit, für den Rechtsgedanken und seine Herrschaft über das Leben der Völker, der Klassen, der Rassen, der Geschlechter, für Zusammenwirken an Stelle von Befehdung, für Plan und Einordnung an Stelle von Zufall und Willkür, für allgemeine Zweckmäßigkeit an Stelle des Interesses der gerade Herrschenden, für planmäßige Gestaltung der Geschicke an Stelle blinden Natur- und Schicksallaufes, so würde der geistige

Digitized by Google

Nährboden geschaffen in allgemeiner Ueberzeugung und verbundener Meinung, aus dem dann dauernde Formen überstaatlicher Satzung und kraftvolle Organisationen der Völker und Schichten untereinander erwachsen könnten.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich eine Vereinigung gebildet „für einen religiösen Menschheitsbund" (R. M. B.). Dieser R. M. B. soll, so hoffen wir, nicht bloß einzelne Religiöse, sondern die großen Organisationen der verschiedenen Kulturreligionen und möglichst ihre berufenen Vertreter und Führer verbinden. Nicht um die Religionen selber zu vermischen oder in eine Esperantoreligion aufzulösen, was ein sinnloses und höchst kulturwidriges Unterfangen wäre. Sondern um folgende Aufgaben zu lösen:

1. In Gestalt eines religiös-ethischen „Parlamentes", d. h. in regelmäßigen Zusammenkünften berufener Vertreter vor der Oeffentlichkeit der ganzen Welt die großen und brennenden Fragen gemeinsamer sittlicher Menschheitskultur, die Forderungen der Gerechtigkeit zwischen Völkern und Klassen, und die Ziele genossenschaftlichen Zusammenwirkens der Völker, Schichten und Klassen an Stelle des Widerstreites und der Sonderinteressen auf Kosten der anderen zu vertreten und zu behandeln.

2. Diese Ideen und Ziele innerhalb der eigenen Gemeinschaft durch Predigt und Erziehung immer mehr zu verbreiten und in dieser Hinsicht eine gemeinsame öffentliche Meinung und ein allgemeinverbreitetes Verantwortungsgefühl zu schaffen.

3. Durch 1. und 2. ein moralisches Forum herzustellen, das mit den Mitteln sittlichen Eindruckes auf die öffentliche Meinung der Welt und auf das Handeln der politischen Machthaber einzuwirken versucht.

Unsere Vereinigung hat als vorläufigen Geschäftsführer den Professor der Theologie Rudolf Otto, Marburg, Hainweg 6; als vorläufigen Schriftwart den Privatdozenten für Religionswissenschaft Dr. Frick, Darmstadt, Schießhausstraße 131. Sobald wir eine genügende Anzahl von Teilnehmern haben, wollen wir uns Verfassung, Führer und Satzung wählen. Inzwischen laden wir zum Beitritte, zur Werbung, zu Spenden und zur Zahlung von Jahres-Mitgliederbeiträgen von 5 M. für den einzelnen und von 20 M. für Gruppen ein. Anmeldungen, Anfragen und Zahlungen richte man an Herrn Dr. Frick.

Digitized by Google

Zur näheren Bezeichnung unserer Absichten und zur Verhütung von Mißverständnissen noch kurz folgendes:

1. Der Plan geht aus von ein paar „Jesuanischen Radikalisten". Sie wissen, daß sie ihresgleichen haben in allen Parteien, vom äußersten rechten Flügel bis zum äußersten linken, und fordern sie zur Mitwirkung auf.

2. Sie sind entschlossene Nationalisten, glauben an den gottgewollten Charakter ihres eigenen und jeden Volkstumes, lehnen jeden Kosmopolitismus als Unnatur und gottwidrig ab und rechnen gerade auf die Volksbewußten im eigenen und in allen anderen Völkern.

3. Nicht „Friede um jeden Preis" oder „Versöhnung um jeden Preis" sondern „Recht und Gerechtigkeit um jeden Preis" im Verhältnisse der Völker, der Volksschichten und der einzelnen untereinander sollte der leitende Gedanke sein. Dazu der Kampf gegen jede Art von Geschichtsmaterialismus, der das Geschehen den dunklen Gewalten eines Naturfatums, der angeblichen Unbeugsamkeit blinder sozialer Gesetze ausliefert. Und der entschlossene Glaube an Freiheit und an Ueberwindung der Naturgewalten durch gemeinschaftliches Gewissen, durch Einsicht und bewußte Zielsetzung, durch die Kraft verbundener guter Willen im Bunde mit den Mächten des Ewigen.

4. Die Anteilnahme am R. M. B. verpflichtet weder für noch wider den „Völkerbund". Sie ruht aber auf der tiefen Ueberzeugung, daß ein echter Völkerbund nur möglich ist, wenn hinter ihm geweckter sittlicher Enthusiasmus steht und wenn er kontrolliert wird nicht vom Interesse der jeweils Mächtigen, sondern vom Gewissen der Welt.

5. Der R. M. B. liegt also im Interesse aller Gewissenhaften in aller Welt. Er liegt im besonderen Interesse derjenigen Völker, Schichten und Minderheiten, die durch die jeweils Mächtigen in ihrer Existenz, ihrer Freiheit und ihrem Rechte gefährdet sind, also auch im besonderen Interesse unseres eigenen Volkes.

6. Unser Ziel ist nur erreichbar, wenn sich mit dem Willen christlicher Völker und Gruppen die Kräfte des religiösen Gewissens in den Hunderten von Millionen der außerchristlichen Kreise des Ostens verbinden. Wir anerkennen, daß diese vorhanden sind und laden sie vertrauensvoll zu gemeinschaftlicher Arbeit. Nicht um unsere religiösen Unterschiede zu verwischen,

Digitized by Google

nicht um die notwendige Auseinandersetzung der Religionen zu vermindern. Wir wissen, daß diese notwendig ist und vermutlich in Bälde eher schärfer als milder werden wird. Auch in der Religion lehnen wir den Kosmopolitismus auf das entschiedenste ab und wahren unsere eigene Religion und ihre Ansprüche, wie wir den anderen einräumen, die ihrigen zu vertreten wie sie es vermögen. Und wie wir die Behauptung und Verbreitung unserer eigenen Religion zu unseren heiligsten Aufgaben rechnen und uns nicht daran hindern lassen können, so rechnen wir mit dem gleichen Streben bei den andern. Aber im Streite, den sie von ihrem Standpunkte aus für so unvermeidlich halten müssen, wie wir es selber tun und tun werden, ist es doch möglich, zu Arbeiten sich zu vereinen an den großen Aufgaben humaner Ethik und den Ideen des Rechtes und der Gerechtigkeit, die auch sie sich mühen, in die Herzen der Menschen zu pflanzen.

Unser Bund ist erfreulich im Wachsen. Er bereitet sich vor, demnächst an die Oeffentlichkeit zu treten. Wer helfen will, melde sich bei dem Schriftwart, Dr. Frick, Darmstadt, Schießhausstraße 131.

Notizen

Eine Stimme der Vernunft in der Wüste französischen Hasses. In der „Humanité" ist eine längere Besprechung des Kautskybuches erschienen. Der sehr sachliche Kritiker wundert sich darüber, daß Kautsky zwar vom angeblichen „Potsdamer Kronrat", aber nicht von der gleichzeitigen Reise Poincarés und Vivianis nach Petersburg spricht; ihm fällt die Leichtigkeit auf, mit der Kautsky über das Attentat von Serajewo und seine russischen Hintermänner hinweggleitet und „als internationaler Sozialist sogar vergißt zu erwähnen und zu beachten, daß die serbischen Sozialisten kühn die Verantwortlichkeit dafür auf sich nahmen, die serbischen Kriegskredite abzulehnen, weil sie den Ursprung und den Zweck des Attentats allzugut kannten."

Er faßt schließlich sein Urteil in folgende Worte zusammen: „Diejenigen, die auf Kautskys Buch rechneten, um triumphierend den Nachweis für die Verantwortlichkeit Deutschlands an der Entfesselung des Weltkrieges nachzuweisen, werden eine bittere Enttäuschung erfahren . . . Wir haben es mit der größten Aufmerksamkeit und mit dem Stift in der Hand durchgelesen. Nicht allein bringt es keinerlei Beweis dafür, daß gerade der deutsche Kaiser der verantwortliche Urheber der Weltkatastrophe gewesen wäre, sondern durch eine Reihe packender Dokumente belegt es vielmehr, daß von all den elenden Schurken, die im Monat Juli 1914 in Europa die Leitung der Staaten besorgten, vielleicht gerade Wilhelm II. den geringsten Anteil an dem größten Verbrechen aller Zeiten hat. Es ist gut, dies sofort festzustellen und es unseren Freunden nachdrücklichst zu sagen, die in blinder Voreingenommenheit die Schutztruppe sechs Jahre lang für Poincaré und Viviani gestellt und die Stellung, in die sie dadurch zur sozialistischen Partei geraten sind, nicht leicht werden rechtfertigen können."

Digitized by Google

Es schwelt ein dumpfer Groll in Elsaß-Lothringen. „Es schwelt ein dumpfer Groll im ganzen Lande", so schreibt die Straßburger „République" (Nr. 26) vom 27. Januar. „Der Elsässer hat das Lachen verlernt, das früher seine Stärke ausmachte."

Was ist geschehen? Im Pariser „Ecxelsior" hat ein Professor Ambroise Got einen Artikel veröffentlicht, der sich mit den elsaß-lothringischen Verhältnissen befaßt. Von dem Geiste der tiefen Unzufriedenheit spricht er, der in ganz Elsaß-Lothringen und besonders in seiner einheimischen Beamtenschaft herrscht. Als Ursache hierfür bezeichnet er besonders die naturalisierten Männer und Kinder elsässischer Frauen, die nun die Elsässer aufhetzen oder als Beamte den Dienst sabotieren. Professor Got geht sogar weiter und erklärt, daß überhaupt alle aus dem alten deutschen Beamtentum übernommenen Beamten, also auch die elsaß-lothringischen Landeskinder, die kein Wort Französisch können und es nicht lernen wollen, sozusagen wertlos sind und ein totes Gewicht bilden, dessen man sich in allen Verwaltungen möglichst bald entledigen sollte. Dieser Aufsatz des Professors Got ist der „République" schwer in die Glieder gefahren, obschon er doch eigentlich gar nichts anderes sagt, als was die Franzosen längst gedacht und in vielen Fällen schon zur Richtschnur ihres Handelns genommen haben. Die „République" hält es für geboten, noch einmal zu warnen, sie sagt: „Man soll später, wenn die Verhältnisse dahin gekommen sein werden, wohin sie mit Macht treiben, wenigstens nicht sagen können, man sei nicht gewarnt worden." Dann fährt sie fort: „Wir wissen nicht, ob Herr Got einen Posten in unserer Verwaltung erstrebt, der vorläufig noch von einem „unliebsamen" Einheimischen besetzt ist, resp. wieviel „Camerades" er noch zur Verfügung hat, die noch auf unser Land, wo von jeher . . . für andere Milch und Honig geflossen ist, ihr liebevolles Augenmerk gerichtet haben; aber wir machen darauf aufmerksam, daß man im ganzen Lande immer weniger gewillt ist, solches Hetzen weiterhin geschehen zu lassen. Das „poids mort" bilden für uns nicht die Beamten, die die Sprache der Bevölkerung sprechen, sondern diejenigen, die sie nicht sprechen.

Wenn man über den „schlechten Geist", der unter den einheimischen Beamten herrscht, unterrichtet sein will, so braucht man nur die verschiedenen Beamtenassoziationen nach dem Grunde zu fragen. Der „Elsässer" hat gestern wieder einen längeren Artikel veröffentlicht, der den ganzen Jammer der Lage unserer einheimischen Beamten und Lehrer klarlegt.

Droits Acquis, Beamtenstatut, Beförderungs- und Pensionsfragen, Missionszulagen, Favoritismus und Camaraderie zuungunsten der Landeskinder. Geheime Dossiers gegen die im Amte beibehaltenen und gegen die als Opfer der Commissions de triage aufs Pflaster gesetzten einheimischen Beamten, das sind einige Schlagworte, die wir Herrn Got als Unterlagen für seinen nächsten Artikel empfehlen."

Wir können es den Elsässern und Lothringern nachfühlen, daß sie allmählich ernüchtert werden. Wir wissen es vielleicht noch viel besser als die „République", welch dumpfer Groll im Lande schwelt. Sie ernten heute, was ihre Verführer in den letzten Jahren gesät!

Digitized by Google

Neuerscheinungen

H. Herrfahrdt. „Das Problem der berufsständischen Vertretung". Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin 1920. 190 Seiten.

Diese Arbeit hat das Verdienst, für die zu einer Frage der Tagespubliziſtik gewordene Angelegenheit des Wirtschaftsparlaments den ideengeschichtlichen Unterbau zu liefern. Das ist um deswillen wichtig, weil vielen heute die Entdeckung der berufsständischen Fragestellung wie das Finden des Steines der Weisen vorkommt — hier können sie lernen, wie von Anbeginn neben dem demokratischen System die Diskussion der Berufsvertretung einhergeht, wie diese mit der alten ständischen Idee sich verbindet und auseinandersetzt, wie dann die Tatsache der neuen verbandsmäßigen Berufsgliederung das Problem nun nicht mehr als staatstheoretische Erwägung, sondern als Interessen- und Machtforderung anmeldet. Auch die fremde Literatur ist mit einbezogen und vor allem die Bedeutung des französischen Sozialkonservativen Sismondi gewürdigt, der für die praktische Wendung der Fragestellung so wichtig gewesen ist. Wie kommt es, daß die Engländer bei der Erörterung dieser Frage fast völlig ausscheiden? Dies scheint mir in der Betrachtung etwas zu kurz gekommen zu sein. Vielleicht deshalb, weil ihre Verfassung den Hintergrund der Selbstverwaltung historisch besitzt und weil das Festhalten am Freihandel die Herausbildung von Korporationen, die an der Wirtschaftspolitik des Staates als unmittelbare Interessenten beteiligt sind, verhindert oder doch stark eingeschränkt hat. In seiner eigenen Stellungnahme ist Herrfahrdt sehr vorsichtig, die Bedeutung der Rätekongresse scheint er mir zu überschätzen, denn das, was Cohen an Entwürfen gegeben hat, ist so absolut Konstruktion, die mit den realen Faktoren als Material für rationalistische Weltverbesserung rechnet, daß die Wirtschaft in ihrer Vielfältigkeit gegen dies Prokrustesbett einer schematischen Ordnung sich sträuben müßte. Aber wie glückselig sind doch die Menschen, die mit einer Formel den Widerstand des Stoffes beschwören können! Wer die Dynamik des politischen Wesens überschaut, wird sich darüber klar sein, daß so, wie das politische Parlament immer in der Gefahr ist, ein Kampfobjekt der Wirtschaftsgruppen zu werden, umgekehrt auch die Wirtschaftsgruppen das Streitziel der Parteien sein werden. Wir stehen in diesem Prozeß mitten drin (Gewerkschaftsbewegung, Bauernbewegung), der die Parole von der „Versachlichung" der Wirtschaft zur Phrase werden läßt. Ob man darüber zetert, ist dem psychologisch fast notwendigen Tatbestand gegenüber ziemlich unerheblich. Dies nebenbei. Wer sich um den Fragenkomplex bemüht, und das muß heute jeder, kann in Zukunft Herrfahrdts fleißige und verständige Arbeit nicht entbehren; sie ist innerhalb der zahllosen Publiziſtik das einzige Werk, das einen historisch-wissenschaftlichen Hintergrund besitzt.

Th. Heuß.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 241
Rohrbach, Zum Londoner Ultimatum 242
Ebstein, Englands Kontinentalpolitik 247
Mannhart, Ein amerikanischer Wahrheitszeuge für Oberschlesien 250
Beshenez, Der Bolschewismus und die Kinder . . . 256
Stein, Vom Zwang über Umlage zur Freiheit II. . . 259

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 12. März 1921 Heft 11

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Gediegene Konfirmations-Geschenkbücher

Max Eyth

Hinter Pflug und Schraubstock. Skizzen aus d. Taschenbuch eines Ingenieurs. 171.–180. Auflage / Gebunden Mark 18.–

Max Eyth

Der Schneider von Ulm. Geschichte eines zweihundert Jahre zu früh Geborenen. 64.–68. Tausend / Gebunden Mark 18.–

Dr. Paul Otto, Oberbibliothekar im Reichspatentamt,

Erfinderfibel. Mit 100 Seiten Abbildungen / Gebunden Mark 17.–

Adolf Schmitthenner

Das deutsche Herz. Roman. 26. u. 27. Tausend / Gebunden M. 17.–

Adolf Schmitthenner

Die sieben Wochentage und andere Erzählungen / 5. und 6. Auflage / Gebunden Mark 16.–

Lewis Wallace

Ben Hur. Eine Erzählung aus der Zeit Christi / 153.–157. Auflage / Gebunden Mark 15.–

Paul Lechler, Geschäftserfolg u. Lebenserfolg. 7. Auflage (25.–30. Tausend). Kartoniert Mark 11.–, in Halbleinen gebunden Mark 15.–

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart / Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74 postfrei und umsonst.

Eine Schrift zur Massenverbreitung

WAS SOLL ICH TUN

Die Antwort auf diese Frage, die allen heute auf den Lippen liegt, ist ein Vorschlag, zu handeln und ganz bestimmte Dinge zu tun oder zu lassen; sie muß notwendig tief in das Leben eines jeden eingreifen. Man darf fordern, daß jedermann Kenntnis vom Inhalt der Schrift nimmt und sich mit ihm auseinandersetzt. Dieses Heft tritt an die Stelle der vergriffenen Broschüre „Sittliche Diktatur" Preis Mark 1.50

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Digitized by Google

6. Jahrgang * 12. März 1921 * Heft 11

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Lloyd Georges Rede, die Deutschlands Gegenvorschläge zurückzuweisen hatte, findet sich der folgende Satz: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrags errichtet worden ist, und wenn dies Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig." Dieser Ausspruch ist wichtig. Er sagt uns nichts Neues, denn die einseitige Beantwortung der Schuldfrage mußte und muß den Ententevölkern und ihren Staatsmännern je und je als Kraft und Rechtfertigung ihrer Gewaltpolitik dienen. Hier, und nicht in den sinnlosen Einzelbestimmungen des Versailler Instruments, liegt das Verhängnis der Unterschrift vom Sommer 1919. Der Vertrag ist hinfällig, wenn seine Voraussetzungen fallen. Lloyd George, als Stimmungsredner, hat nämlich selber dazu beigetragen, ihre Grundsteine zu lockern, mit der Bemerkung, daß man mehr und mehr einsehe, daß kein Land bewußt zu dem Krieg getrieben habe, daß die Staatsmänner in ihn hineingestolpert seien. Das ist ein vulgärer Ausdruck, der aber verriet, daß Lloyd George gelegentlich ein Gefühl für die von kleinem Haß befreite Auffassung der weltgeschichtlichen Tragik des Kriegsausbruches besitzt. Der Fabrikant und Mitverantwortliche der Versailler Paragraphen spielt ein anderes Instrument. Aber wenn er die Schuldfrage selber als den Kern des Ganzen nennt, zeigt er auch das Ziel, das der deutschen Politik aufgestellt ist.

Die „Sanktionen", mit denen die Entente Deutschlands Weigerung, das Pariser Diktat anzuerkennen, beantwortet, sind Aktionen der Verlegenheit. Gewiß haben sie ihren Sinn: Mit der Besetzung der Rheinhäfen soll ein politischer Druck auf die Kohlenlieferung nach Süddeutschland gewonnen werden, mit dem Vorschlag, je und je die Hälfte der neuentstehenden gewerblichen Auslandsguthaben zu beschlagnahmen, die deutsche Ausfuhr

Digitized by Google

gefesselt werden, die zollpolitische Trennung des Rheinlands soll die deutsche Wirtschaft zerreißen — aber diese ganzen Maßnahmen müssen ihren Erfindern bald genug nach ihrer Wirksamkeit zeigen, daß weder der französische Etat noch die zerstörten Nordgebiete an ihnen gesunden können. So brutal die Absichten sind, so tragen sie doch die verräterische Offenbarung an der Stirn, daß das Abc der Gewalt, buchstabiert man es durch, auch zum x der unbekannten Größe kommt. So geht es nicht, wenn man mit Pathos und Prestigepolitik Europa helfen will. Sie haben auf der Gegenseite Deutschlands Unterwerfung als sicher eingesetzt; sie sind jetzt vor die Aufgabe gestellt, selber die Frage zu beantworten, die heute in Deutschland umgeht: Was dann? Und sie zu finden, wird auch ihnen schwer.

*

Es gibt in Petersburg und Moskau Revolten. Sollte es dieses Mal auch Lenin und Trotzki noch gelingen, durch kommunistische Spezialtruppen die Unruhen zu unterdrücken, so hat ihre Stunde doch bald geschlagen. Wie bei der Februar-Revolution von 1917 haben sich einzelne Truppenteile, z. B. die Matrosen in Kronstadt, für neutral erklärt und den unbeteiligten Zuschauer gespielt. Auch die Gründe für die Unruhen sind dieselben wie beim Sturz des Zaren: Hunger und Mangel an Waren. Dazu kommt, daß die durch die Mißernte und Transportkrise verschärften Lebensmittelrequisitionen den roten Soldaten, die zum größten Teil aus Bauern bestehen, höchst zuwider sind. Er weiß, daß wie Lenin die großrussischen Soldaten in die ukrainischen Dörfer schickt, um dort zu requirieren, bei ihm zu Hause Letten oder andere Truppenteile dasselbe tun. Das aber paßt ihm nicht. Schließlich ist er bereit, gegen den äußern Feind zu marschieren, schon weil er dort plündern kann. Mit Strafmaßnahmen gegen seinen Bruder im Dorf will er nichts zu tun haben.

Zum Londoner Ultimatum

Von Dr. Paul Rohrbach.

Lloyd George hat in einer rhetorisch-politisch meisterhaften, im übrigen absolut gewissenlosen und rein demagogischen Rede von neuem die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als grundlegend für den Frieden mit Deutschland erklärt. Er sagte:

Sie (die Verantwortlichkeit) ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn diese Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig. Die Alliierten fühlen daher, daß sie die Tatsache in Rechnung ziehen müssen, daß die deutsche Regierung mit offenbarer Unterstützung der deutschen öffentlichen Meinung die eigentliche Grundlage des Vertrages von Versailles anficht.

Digitized by Google

Die Vorschläge, die durch Dr. Simons gemacht worden sind, sind einfach die notwendige Folgerung aus dieser neuen Haltung. Wenn Deutschland in dieser Gemütsverfassung an seine Verpflichtungen herangeht, sind solche Vorschläge unvermeidlich. Wir wünschen deshalb ein für allemal ganz klar auszusprechen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als cause jugée behandelt wird. Der Vertrag von Frankfurt im Jahre 1871 wurde auf die Annahme gegründet, daß Frankreich im Unrecht war. Infolgedessen hat Deutschland nicht nur Reparationen verlangt, sondern auch die Zahlung der gesamten Kriegskosten durch Frankreich. Deutschland würde niemals Frankreich gestatten, jenes Urteil anzufechten, und wir müssen darauf bestehen, daß das Urteil des jetzt vergangenen Krieges, das sich auf die erklärte Zustimmung fast der gesamten zivilisierten Welt stützen konnte, respektiert wird. Bis Deutschland diese Lage der Dinge annimmt, wird diese Konferenz vergeblich sein.

Man sieht die Angst, die auf der feindlichen Seite davor besteht, daß es den Deutschen gelingen könnte, eine Debatte über die Schuldfrage zu entfesseln. Welch ein Druckmittel für die Verhandlungen hielten wir jetzt in der Hand, wenn seit jenem 17. Juni 1919, an dem Graf Brockdorff-Rantzau in Versailles das von Clemenceau unterzeichnete Ultimatum der Entente erhielt, die deutsche Regierung, der deutsche Reichstag und die deutsche Presse alle Kraft und Geschicklichkeit darauf verwendet hätten, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Beweise für den Kriegswillen und die Kriegsverantwortlichkeit der Entente zu lenken! Die deutsche Liga für Völkerbund hat 1919 das Ultimatum, den französischen wie den amtlichen deutschen Text, in guten Ausgaben herausgebracht*) Wenn man jetzt die dort veröffentlichten wilden und lügenhaften Beschuldigungen gegen Deutschland (z. B. auf S. 3, 44, 47 des französischen Textes) liest, in denen sich die Behauptung wiederholt, Deutschland habe den Krieg bewußt entzündet, um seine Hegemonie in Europa, ja, seine Weltherrschaft zu begründen, und wenn man diese in jedem Punkt wider das bessere Wissen der Entente-Staatsmänner erhobenen Anschuldigungen mit dem Beweismaterial für den Kriegswillen der Entente vergleicht, das seit den russischen Publikationen im Februar-März 1918 (und schon früher) ans Licht gekommen ist, so faßt man es nicht, daß Deutschland drei Jahre lang so gut wie nichts getan hat, um diese „moralische" Basis der Feinde zu zerschmettern.

Was hat Lloyd George den internationalen Gewerkschaften auf ihren Protest gegen die übermäßigen an Deutschland gerichteten Forderungen geantwortet? Daß es recht und billig sei, wenn diejenigen zahlen, die die Verantwortung für den Krieg tragen. Man sieht, wie wichtig der englische Regierungschef diesen von Amsterdam erhobenen Widerspruch

*) Verlag von Hans Robert Engelmann, Berlin W 15, mit dem Aufdruck: Ladenpreis 3 M. für jede der beiden Ausgaben.

Digitized by Google

nimmt. Er beantwortet ihn ausführlich und persönlich. Er bedient sich als des entscheidenden Arguments des Satzes von Deutschlands alleiniger Verantwortung. Eine Debatte über diesen Fundamentalsatz kennt er nicht. Was von privater Seite darüber gesagt ist, ignoriert er. Wäre ihm das wohl noch möglich, wenn inzwischen von deutscher Seite weltkundig gemacht worden wäre, über welche Beweismittel Deutschland verfügt, um in der Schuldfrage sich selber zu entlasten und seine Gegner zu belasten. Die Politik der Passivität in der Schuldfrage entsprang unter den verschiedenen Leitern der deutschen Außenpolitik seit der Revolution sicher verschiedenen Erwägungen aber jede dieser Erwägungen war irrig. Natürlich ist es schwer, jetzt mit einemmal die befolgte Politik zu ändern. Wir stimmen dem zu, was ein Blatt wie der „Berliner Lokalanzeiger" — sonst kein berufener Wortführer deutscher Außenpolitik — in diesen Tagen schrieb:

Die deutsche Politik hat unzweifelhaft einen außerordentlich schweren Fehler begangen, daß sie diese Schuldfrage hat ruhen lassen. Sie jetzt sogleich in London in die Debatte zu werfen, hieße nichts anderes als die Konferenz von vornherein sprengen. Das kann nicht die Absicht von Dr. Simons sein und ist nicht seine Absicht. Wohl aber denken wir, daß er sich darüber klar ist, welch starkes Druckmittel er in der Erörterung der Schuldfrage an der Hand hat. Auf dem erpreßten Zugeständnis der deutschen Schuld beruht der ganze Friedensvertrag mit allen seinen Lasten für uns. Nun wohl, es kann kein Zweifel bestehen, daß sich diese Grundlage des Friedensvertrages, die Grundlage aller Ansprüche an uns, bereits als brüchig erwiesen hat. Seitdem Lloyd George selber erklärt hat, alle Regierungen wären, ohne ihn zu wollen, in den Weltkrieg hineingetaumelt — ist seine ganze Stellung gegenüber einer Erörterung des Schuldproblems notwendigerweise gebrochen. In dem Augenblick, in dem es hart auf hart käme, wäre es an der Zeit, die Schuldfrage in die Debatte zu werfen. Hoffentlich ist man sich in London darüber klar, daß bei einer Unnachgiebigkeit des Feindbundes gegenüber unseren Vorschlägen logischerweise als letztes Druckmittel der deutschen Regierung die Schuldfrage aufgerollt werden muß. Wir haben deren Erörterung nicht zu scheuen.

Es bleibt auffallend, daß Lloyd George nach der Genfer Konferenz zugestanden hat, es habe niemand, also auch Deutschland nicht, im Sommer 1914 den Krieg wirklich gewollt. Professor Dr. Görke spricht freilich vor Lloyd Georges letzter Rede in der „Täglichen Rundschau" eine beachtenswerte Vermutung aus, daß es der englischen Politik am meisten daran liege, Deutschland zur „freiwilligen" Unterschrift zu bringen. Auch das Ultimatum vom dritten Konferenztage sollte immer wohl noch deutsche „Freiwilligkeit" hervorrufen. Görke hebt gleichfalls scharf den Zusammenhang zwischen dem Versailler Frieden und der These von der deutschen Verantwortlichkeit hervor. „Bricht", so sagt er, „dieses Fundament zusammen, so muß automatisch der ganze Bau in Trümmer gehen!"

Hat doch selbst Poincaré, unserer Widersacher der schlimmsten einer, im Dezember im „Temps" geschrieben: „In der Tat, wenn es nicht die Zentralmächte gewesen sind, welche den Krieg hervorgerufen haben,

Digitized by Google

warum sollten sie gerade verdammt sein, den Schaden zu bezahlen? Aus einer geteilten Verantwortlichkeit folgt notwendig und gerechterweise auch eine Aufteilung der Kosten." Nun erheben sich aber allmählich mehr und mehr Stimmen auch in den feindlichen Ländern, die die ungeheure Lüge von unserer Schuld als solche kennzeichnen. An einige möge hier erinnert werden. Der französische Offizier Gouttenoire de Tourry spricht in seiner Broschüre (mit einem Vorwort von Barbusse) den Verdacht aus, daß Poincaré mit voller Absicht auf den Konflikt hingearbeitet habe. Poincarés Verteidigung im „Matin" dürfte viele nicht befriedigt haben. Die „Vereinigung für dokumentarische und kritische Studien über den Krieg" hat nach der „Humanité" festgestellt, daß die französische Regierung gegen Ende Juli 1914 nichts getan hat, den Krieg zu verhindern, daß im Gegenteil Serbien unter dem Druck der französischen Diplomatie nicht gewagt hat, Besprechungen zur Aufrechterhaltung des Friedens einzuleiten. Zwar die Mitteilungen Lord Loreburns in seinem Buche „How the war came?" und die Erläuterungen der „Saturday Review", dazu, gewisse Veröffentlichungen des Lords Haldane, Fisher und French, die — mit dem „Common Sense" vom 20. Dezember 1919 zu sprechen — „ein lebendiges und zunehmendes Licht auf den Ursprung des Krieges werfen", die Enthüllungen des serbischen Diplomaten Bogitschewitsch, die des Suchomlinow-Prozesses, wie auch die Bemerkung Jaurès kurz vor seinem Tode über Iswolski: „Er hat ihn, seinen Krieg, der Bandit!" und dessen eigenes Wort „dies ist mein Krieg!" — alles dies und vieles andere ist augenblicklich in Vergessenheit geraten; aber es kann sehr schnell der Welt wieder in Erinnerung gebracht werden und wird mit dem Material, das die deutsche Regierung besitzt, zusammen, trotz unseren Pazifisten und Sozialdemokraten, einen erdrückenden Beweis für die Schuldlosigkeit Deutschlands in dem Sinne erbringen, daß von der Böswilligkeit weder der deutschen Regierung noch gar des deutschen Volkes auch nur eine Spur übrigbleibt.

Poincarés oben zitierter Satz, aus einer geteilten Verantwortlichkeit folge ohne weiteres auch Teilung der Kosten, wirft auf die Sachlage scharfes Licht. Es ist zwar ein Zynismus ohnegleichen, daß gerade der Mann, der selber ein Hauptstück der Verantwortlichkeit trägt, solche Worte zu sagen wagt, aber sie zeigen darum nicht weniger einleuchtend, wie unsere Stellung in London von Anfang an gewesen wäre, wenn man sich bei uns rechtzeitig entschlossen hätte, den von Poincaré angedeuteten Weg zu gehen. Görcke ist der Meinung, Lloyd George habe, in der Voraussicht, daß die Schulddebatte doch nicht aufzuhalten sei, die Lügenthese rechtzeitig abbauen und im Zusammenhang damit Deutschland in London noch schnell auf halbwegs gütliche Weise zur Unterschrift unter eine sehr hohe Summe veranlassen wollen, damit in Zukunft anstatt auf die deutsche Alleinschuld auf diese freiwillige Deutsche Unterschrift unter das Finanzdiktat verwiesen werden könne. Der Gedanke hat etwas für sich, vorausgesetzt, daß er sich durch die weitere Behandlung der Ultimatumsfrage betätigt. Nur wäre dann die Antwort Lloyd Georges an die holländischen Arbeiter auffällig. Aber schließlich: da er ihnen die Wahrheit doch nicht sagen konnte — was blieb ihm da übrig, als das alte Lügenkliſchee von der Verantwortlichkeit Deutschlands!

Digitized by Google

Für Deutschland wäre es der größte Fehler, sei es gezwungen, sei es freiwillig, eine Unterschrift zu leisten, die es mit unmöglichen Lasten und — stillschweigend oder ausdrücklich — mit der Hinnahme des Schuldvorwurfs im feindlichen Sinne belastet. Noch neuerdings ist in der Veröffentlichung des früheren französischen Botschafters in Petersburg, Herrn Paléologue, einer der wichtigsten Punkte der Schuldfrage so nachdrücklich im deutschen Sinne unterstrichen worden, daß man nicht begreift, wie ein französischer Politiker von Rang nicht bemerkt hat, was er damit anrichtete. Paléologue schildert die Gemütsverfassung des Zaren angesichts der ihm abgepreßten Unterzeichnung des Befehls zur russischen Mobilmachung. Ssasonow bedrängt ihn (es handelt sich um den 30. Juli). „Blaß und mit zugeschnürter Kehle" antwortet ihm Nikolaus II.:

Denken Sie an die Verantwortlichkeit, die Sie mir raten, auf mich zu nehmen! Denken Sie daran, daß es sich darum handelt, Tausende und Abertausende in den Tod zu schicken

Diese Worte zeigen, wie klar sich der Zar darüber gewesen ist, daß die russische Mobilmachung den Krieg selbst bedeutete. Wir haben hier den Beweis dafür, daß es ein bewußter Täuschungsversuch von der feindlichen Seite ist, wenn dort behauptet wird, die russische Mobilmachung habe keine entscheidende Bedeutung für den Krieg gehabt. In dem Alliierten-Ultimatum vom 16. Juni 1919 wird das mit derselben zynischen Unwahrhaftigkeit versichert, die diese feindlichen Dokumente im allgemeinen auszuzeichnen pflegt. Herr Clemenceau hat nicht daran gedacht, daß ein französischer Diplomat selber ihn so bald Lügen strafen wird.

Der englische Korrespondent Dickinson hat vor vier Monaten im „Manchester Guardian" gesagt: Angst, Rache und Gier hätten sich in Vorsicht Gerechtigkeit und Weiderherstellung maskiert, um den Krieg bis zur Vernichtung Deutschlands und den Friedensschluß von Versailles zu erreichen. Angst, Rache und Gier stehen jetzt auch hinter den Milliardenforderungen von Paris und London und hinter dem Ultimatum. Wer wissen will, wie die 40 bis 50 Milliarden Goldmark sich verrechnen, die Deutschland auf Grund der Lansingschen Note vom 5. November 1918 tatsächlich zu zahlen hat, der findet die spezialisierten Unterlagen in den beiden von uns schon öfters zitierten Büchern von Keynes (der aber Deutschland zinslose Zahlung in Jahresraten von einer Milliarde zugestehen will!) und Baruch. Diese sind auch auf der Ententeseite nicht unbekannt. Deutschland kann in seiner jetzigen Lage nichts anderes tun, als bei seinem einmal gesagten Nein festbleiben und dem, was kommt, mutig ins Auge sehen. Den Tapferen verläßt das Schicksal nicht, und Tapferkeit ist unsere einzige Rettung, nicht nur in moralischer,

Digitized by Google

sondern zuletzt auch in materieller Hinsicht. In Helsingfors las ich das Wort des finnischen Dichters Koskenniemi in seinem Lied „Die Wacht am Rhein", in dem er seinen Glauben an Deutschlands Zukunft trotz unserer jetzigen unglücklichen Lage bekräftigt, und einer solchen Stimme der Freundschaft wollen wir uns noch heute trösten:*)

Durch deine Macht, o Deutschland, Sterne dringen,
Zum Morgen wird dein Weg führ'n trotz Gefahr,
Und neue Ernte deine Arbeit bringen,
Du größter Sämann in der Völker Schar.
Und deinen Schild wirst du noch klarer halten
Hoch vor der Menschheit, die voll Haß und Wut,
Mit deines Geistes Größe wirst vergelten
Du deine Tränen, dein vergoss'nes Blut.

Englands Kontinentalpolitik

Von Dr. jur. Otto Ebstein.

Das Wort Kontinentalpolitik hat in Deutschland einen besonderen Klang. Es bezeichnet den von einer kleinen Gruppe Berliner Publizisten vertretenen Gedanken, daß ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten Frankreichs und Deutschlands den Kern eines Widerstandssystems des europäischen Kontinents gegen Englands wirtschaftliche Hegemonie bilden soll. Aber eben weil dieser Gedanke eine Spitze gegen England enthält, findet er in Frankreich keine Gegenliebe. Noch jüngst ist ein warmherziger Vorschlag zu deutsch-französischer Annäherung, den der frühere Botschafter in Paris, Freiherr v. Schön, in einem Berliner Blatt machte, von einem jener welschschweizerischen Organe, die eigentlich nur Pariser Vorposten in der Schweiz sind, achselzuckend abgelehnt worden, weil er deutlich erkennen lasse, daß es sich um eine Annäherung auf Kosten der angelsächsischen Welt handle. Der Gedanke einer Einigung des europäischen Kontinents — wenn auch nur in wirtschaftlichen Dingen — kann unter den heutigen Umständen nur dann auf eine nicht argwöhnische Aufnahme in Frankreich hoffen, wenn er sich ganz frei von jeder antiangelsächsischen Färbung hält. Frankreich lebt in dem Gefühl, daß es ohne die angelsächsische Stütze nicht in der Welt stehen und laufen kann; am nächsten aber ist ihm England. Von dort aus geht auch zweifellos ein Strom der Sympathie, der sich in den Artikeln der Times und in den Reden des großbritannischen Botschafters in Paris, Lord Derby, ausspricht. Man wacht von beiden Seiten eifersüchtig über dieser Freundschaft, und wenn einmal kleine Streitigkeiten das Verhältnis trüben, so ist die Versöhnung um so schöner.

*) Die Uebersetzung ist von dem Finnländer J. Hulkionen.

Digitized by Google

So legte man noch jüngst bei den Beschlüssen der Pariser Konferenz den Hauptwert eigentlich weniger auf den Inhalt dieser Beschlüsse, als auf die „Einheit der Front", die sie trotz mancher vorangegangenen Meinungsverschiedenheiten vor aller Welt und namentlich gegenüber Deutschland bekundeten.

Unter diesen Umständen ist es nur wenigen Franzosen gegeben, die englische Politik kühl zu betrachten und zu beurteilen. Einer dieser wenigen ist René Pinon, der bekannte politische Mitarbeiter der „Revue des deux mondes", einer jener „Publizisten", deren Typus bei uns weit seltener ist, als in Frankreich und England. René Pinon ist ein Mann von ausgedehntem geographischen und historischen Wissen, den Fleiß des Gelehrten mit dem Blick und der Liebenswürdigkeit des Weltmanns verbindend, seine ganze Zeit dem Studium der Fragen der Außenpolitik opfernd. Er war nie ein Freund der Deutschen und nie ein Freund der Briten; immer ganz Franzose, betrachtet er die Dinge nur vom französischen Standpunkt. Gerade dies gibt dem Aufsatz, den er soeben in der „Revue des deux mondes" als ersten einer Reihe „Ueber die französisch-englische Entente" veröffentlicht und der der englischen Kontinentalpolitik gewidmet ist, einen besonderen Reiz. René Pinon empfindet nämlich das „Kontinentalproblem" sehr deutlich und charakterisiert die englische Politik als eine, die vor allem durch die Insellage Englands, das sich als außerhalb der Gemeinschaft der andern europäischen Staaten befindlich betrachte, und durch Handelsinteressen bestimmt werde. England treibe eine „Hafenpolitik" und richte sein Augenmerk hauptsächlich auf die Küstenländer; in den übrigen Gebieten des europäischen Kontinents sehe es in der Hauptsache nur die Lieferanten der großen Seeplätze. Die Umwälzung in Europa, den Zerfall Rußlands und die Befreiung der früher abhängigen Nationalitäten habe man in England, wo Handel und Schiffahrt die Vorbedingungen des nationalen Lebens seien, als eine unverhoffte Gelegenheit aufgefaßt, sich der für den Handel bedeutungsvollen Küstenplätze in der Ost- und Nordsee, im Mittelländischen und im Schwarzen Meere zu bemächtigen und sie zu seinem Vorteile zu organisieren; dabei habe es der Stand der Wechselkurse England ermöglicht, überall, aber besonders an den Häfen und an den Küsten, Grund und Boden, Magazine,, Fabriken usw. zu erwerben. England glaube, es liege in seinem Interesse, daß kein kräftiger Staat auf den Ruinen Mittel- und Osteuropas erstehe, da jeder kräftige Staat zum ernsten Konkurrenten werden könnte. Diesen Gedankengang sucht Pinon nun durch sehr ausführliche Darlegungen über die „englische Hafenpolitik" in den verschiedenen Teilen Europas zu erweisen. In der Nordsee habe sich England im Hinblick auf das in Aussicht stehende belgisch-französische Bündnis dem belgischen Anspruch auf den Besitz der Scheldemündung

Digitized by Google

widersetzt. Man könnte zur Unterstützung von Pinons Ansicht über Englands belgische Küstenpolitik auch anführen, daß England durch den Widerspruch gegen belgische Ausdehnungspläne, zu denen ja auch die Belgisierung der Scheldemündung gehört, der Politik des an der Küste wohnenden Flamenstammes günstig ist, indem die Flamen dadurch vor dem von ihnen gefürchteten Konflikt mit den stammverwandten Holländern behütet worden sind. Vielleicht ist es auch kein Zufall, daß der heutige Hauptvorkämpfer des Flamentums und Hauptbekämpfer der belgisch-französischen Allianz, der Flame Van de Perre, während des Krieges als englischer Propagandist unter den Niederländern Südafrikas gearbeitet hat.

Was Deutschland betrifft, so sieht England nach Pinons Meinung in diesem Lande nach dem Verschwinden der deutschen Konkurrenz nur noch einen guten Kunden. Die englischen Banken und großen Firmen hätten sich eine bedeutende Stellung im deutschen Geschäftsleben gesichert. England benutze die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Internationalisierung der deutschen Flußläufe, um die Führung in der deutschen Flußschiffahrt an sich zu reißen. Köln solle zum Hauptaustauschplatz zwischen England und Deutschland und zum Zentrum des wirtschaftlichen und politischen Einflusses Englands im westdeutschen Gebiet werden.

Im Mittelländischen Meer komme die englische Hafenpolitik vor allem in der Levante zur Geltung. Dabei sei die syrische Enklave Frankreichs dem englischen Imperialismus lästig. Englands falsche Politik gegenüber der Türkei habe Gefahren heraufbeschworen, die England selbst, Frankreich und alle christlichen Völker des Orients bedrohten. Infolge der Asien bedrohenden russischen Sowjetpolitik habe England etwas verspätet seine militärische Schwäche erkannt und seine ehrgeizigen Pläne, die darauf abzielten, aus der Türkei ein zweites Aegypten zu machen, auf die traditionelle Hafenpolitik zurückgeschraubt. Jetzt wolle England nur noch die Herrschaft über die türkischen Meerengen und die Vorherrschaft im Schwarzen Meer. Aber hier zeige die englische Politik ihre Kurzsichtigkeit, denn in dem Augenblicke, da Rußland sich in der einen oder in der andern Form wieder gefestigt haben werde, werde es „die Schlüssel seines Hauses" fordern und den ganzen Balkan auf die Beine bringen.

In diesem Vorgehen Englands erblickt Pinon nun keinen aufbauenden Plan, sondern es sei lediglich durch die Interessen des Augenblicks diktiert. England werde darauf achten, daß weder Rußland noch Deutschland sich schnell genug erholen, um die englische Vorherrschaft in Asien beziehungsweise die maritime und wirtschaftliche Ueberlegenheit Großbritanniens zu gefährden. Auf der andern Seite lasse man die deutsche Gefahr fortbestehen, um Frankreich zu Gemüte zu führen, daß es der englischen

Digitized by Google

Freundschaft bedürfe. Ueberall trete die englische Augenblickspolitik, die durch Handelsinteressen bestimmt sei, den politischen Bestrebungen Frankreichs entgegen, die den künftigen Entwickelungen Rechnung trügen.

Wir können für den Augenblick die Kritik Pinons an der englischen Politik, eine Kritik, die sich übrigens in Freundschaftsversicherungen für England ergeht, nur registrieren. Nach unserer Ansicht wird Pinon dem großartigen Zuge der englischen Weltreichpolitik nicht gerecht. Aber das ist sein gutes Recht, denn er spricht als Franzose. Wir haben in diesem Augenblick leider die Muße und die Objektivität der vorläufig „ausgeschalteten." Aber eine zukünftige Möglichkeit steigt aus Pinons Darlegungen auf: der Gedanke einer wirklich europäischen Kontinentalpolitik könnte eines — vielleicht fernen, vielleicht nahen — Tages aus Frankreich kommen. An diesem Tage wollen wir ihn mit voller Ruhe betrachten und aus keinen andern als aus rein deutschen Gesichtspunkten, die notwendig gleichzeitig Menschheitsgesichtspunkte sein müssen, erwägen, ob er für uns paßt oder nicht. Falsch wäre es, wollten wir uns für irgend eine Kontinentalpolitik, sei es nun die französische, die englische oder eine andere bereits jetzt festlegen.

Ein amerikanischer Wahrheitszeuge für Oberschlesien

Von Dr. Hans Mannhart, (Stuttgart).

Die Behandlung Oberschlesiens im Friedensvertrage hat in Amerika einen unparteiischen Kritiker gefunden, der das Problem nach allen von der Entente auf den Schild erhobenen Grundsätzen untersucht. Sidney Osborne ist Vollblutamerikaner; in der Vorrede seines Buches „The Upper Silesian question and Germany's coal problem" (London: Allen & Unwin 1920. 12 sh 6 d)*) weist er den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit, den jede den deutschen Interessen nicht von vornherein ungünstige Darstellung und selbst J. Maynard Keynes habe erfahren müssen, zurück. Er bekennt sich zum Amerikanertum und den politischen Idealen, die Wilson und die Wortführer der Entente bis zum Waffenstillstand gepredigt hätten. Er bringe auf Grund seiner Studien an Ort und Stelle nur solche Zahlen und Daten, die jedermann nachprüfen könne. Die Notwendigkeit seines Werkes begründet Osborne auf der einen Seite mit der fabelhaften Unwissenheit in bezug auf Oberschlesien, die selbst aus vielgelesenen Berichten der englisch-amerikanischen Presse hervorgehe, auf der andern Seite mit der Bedeutung, die Ober-

*) Deutsche Uebersetzung von F. v. Holtzendorff: Die Oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem. Verlag: Georg Hiller, Berlin.

Digitized by Google

schlesien nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt habe. Er vergleicht die irrige Einstellung der Friedensmacher von Versailles zur oberschlesischen Frage mit ihrer ebenso verfehlten Auffassung der politischen und nationalen Verhältnisse in Ost- und Westpreußen, die nur in der einseitigen Beeinflussung aus trüben polnischen Quellen ihre Erklärung finde und erst durch das Ergebnis der Abstimmung schlagend widerlegt werden mußte. Der Amerikaner erwartet von der oberschlesischen Abstimmung ein ganz ähnliches Ergebnis, möchte aber die Hauptelemente der Frage, wenigstens für die englischsprechenden Länder, noch vor Toresschluß klarstellen.

Osborne stellt die Hauptfrage: *Welchen Einfluß hat Polen in den vergangenen sechs Jahrhunderten auf die Gesamtentwicklung Oberschlesiens ausgeübt?* Er beantwortet sie nach der geographischen, politischen, geschichtlichen, nationalen, wirtschaftlichen und moralischen Seite. Denn der neue Machiavell von Versailles ist bekanntlich in der Anwendung von Grundsätzen ungeheuer vielseitig, wenn er auch nur einem einzigen, nämlich dem, Deutschland nach Kräften und mit allen Mitteln zu schädigen, treu blieb.

Osborne beginnt mit der *geographischen Betrachtung*. Dieses Prinzip war gut, als es galt, das deutsche Südtirol bis zum Brennerpaß von Nordtirol zu reißen und Italien zuzuschanzen. Auf Oberschlesien angewendet ergibt es den natürlichen Zusammenhang der oberschlesischen Landschaft mit dem übrigen Schlesien und wiederum die natürliche Einheit ganz Schlesiens als Teil Ostdeutschlands. Osborne verfolgt die Faktoren der Bodengestaltung und der Bewässerung, besonders das Stromnetz der Oder und ihrer Nebenflüsse und zeigt, wie sich die Hauptverkehrswege seit Urzeiten dieser natürlichen Einheit eingegliedert haben. Auch die Eisenbahn der Neuzeit vermochte keine anderen Wege zu finden.

Der geographischen folgt die *geschichtliche Untersuchung*. Der historische Grundsatz hatte sich ja in Versailles bewährt, als man die Elsässer vom deutschen Volk trennte, wobei man die Geschichte allerdings mit der ersten französischen Annexion beginnen und die rund 16 Jahrhunderte von der alemannischen Besiedlung bis 1681 unter den Tisch fallen ließ. Osborne zieht die Linien der Besiedlung Oberschlesiens durch Deutsche aus Mittel- und Niederschlesien nach, die, von den oberschlesischen Piasten gerufen, seit dem 12. Jahrhundert die Urwälder Oberschlesiens rodeten. Sie brachten mit ihren eisernen Pflügen Rechts- und Wirtschaftsformen in das Land, die den slawischen weit überlegen waren. Das 13. Jahrhundert sieht die Gründung von Beuthen und Gleiwitz, ein Jahrhundert später ist ganz Oberschlesien bis zur heutigen polnischen Grenze mit, wenn auch durch breite Waldgürtel getrennten, deutschen Siedlungen durchsetzt. Die Kolonisation nahm zeitweise, so unter Karl IV.,

Digitized by Google

einen noch rascheren Verlauf, um später freilich unter der Einwirkung der politischen Wirren, die im Dreißigjährigen Krieg ihren Höhepunkt erreichten, in eine rückläufige Bewegung nach dem geschützteren und fruchtbareren linken Oderufer überzugehen. Die Schlesischen Kriege Friedrichs des Großen lösten dann Schlesien politisch vom Habsburger Reiche, eine Trennung, der kulturelle und wirtschaftliche Faktoren inzwischen stark vorgearbeitet hatten. Zog es die schlesischen Protestanten zu der religiös duldsamen preußischen Monarchie hin, so hatte der zunehmende Verkehr auf der Oder das wirtschaftliche Gesicht Schlesiens mehr und mehr vom Donaureiche abgewendet. Seit den fünfziger Jahren zog Friedrich II. Bergleute und Handwerker nach Oberschlesien und legte mit ihnen den Grund zu der heutigen industriellen Blüte dieses Gebietes. Schlesien teilte mit ganz Preußen das große nationale Erlebnis der Befreiungskriege und die inneren Errungenschaften der Steinschen Gesetzgebung. Weder das Revolutionsjahr 1848, das zugleich die polnische Erhebung in Kongreßpolen brachte, noch der Konflikt von 1866 ließ die leisesten Zweifel an der Staatstreue der Oberschlesier aufkommen. Im Weltkriege waren sie bei den tapfersten preußischen Regimentern zu finden.

Der politischen Zugehörigkeit nach hatte Oberschlesien allerdings ein polnisches Zwischenspiel unter der Oberhoheit der Piasten erlebt (1163—1339), doch war diese Herrschaft innerlich so wenig begründet, daß Polen im Jahre 1339 allen Ansprüchen auf Oberschlesien feierlich zugunsten des Königreichs Böhmen, das damals einen Teil des deutschen Kaiserreichs bildete, entsagte. Polen hat seine Ansprüche dann auch weder auf dem Verhandlungswege noch mit Waffengewalt je wieder geltend zu machen versucht, bis der Ausgang des Weltkrieges ihm eine günstige Gelegenheit in den Schoß zu werfen schien. Osborne vergleicht jenes polnische Interregnum mit der Herrschaft über das Großfürstentum Kiew, das den Polen ebensowenig einen Rechtsanspruch auf ein Gebiet mit ukrainischer Bevölkerung verschaffen konnte, auch wenn ihre Herrschaft erheblich länger dauerte (1386—1667) und das betroffene Gebiet weniger lange vorher ununterbrochen dem russischen Staatsverbande*) angehört hatte als Oberschlesien dem deutschen Kaiserreich. So protestierten die Ententemächte mit Recht, als das neue Polen sich 1920 zur Eroberung Kiews anschickte, während sie seine und noch viel weniger begründeten Ansprüche auf Oberschlesien begünstigten.

Nach einem an der Hand englischer und französischer Gewährsmänner ausgeführten Gang durch die polnische Geschichte, bei dem Osborne den historischen Eroberungsdrang, die Mißwirtschaft des Adels und die konfessionelle Unduldsamkeit als Hauptursachen des Zerfalls Polens hin-

*) Dieser Satz ist falsch. Die Ukraine war bis zur Vereinigung mit Polen selbständig. Die Redaktion.

Digitized by Google

stellt, kommt er auf das vielberufene Nationalitätenprinzip zu sprechen, dasselbe Prinzip, das die Friedensmacher in Böhmen und in Elsaß-Lothringen zugunsten historischer, in Nordschleswig und der Steiermark zugunsten wirtschaftlicher Erwägungen vergewaltigt haben. Die Nationalität wird nach Osborne durch drei Faktoren bestimmt: Sprache, kulturelle Ueberlieferung und politisches Bekenntnis der Bevölkerung. Die politische Ueberzeugung lasse sich durch eine Volksabstimmung, falls sie unparteiisch gehandhabt werde, leidlich einwandfrei feststellen. Der kulturellen Ueberlieferung nach habe Oberschlesien stets nach Westen, dem Gebiet der höheren deutschen Kultur, und niemals nach dem politisch und kulturell inferioren Polen gravitiert. Als Deutscher braucht man in dieser Beziehung über die Heimat Eichendorffs und Gustav Freytags kein Wort weiter zu verlieren. Der Sprache nach sei die oberschlesische Bevölkerung gemischtsprachig in dem Sinne, daß Deutsch überall als Umgangssprache gebraucht, Wasserpolnisch von einer mäßigen Mehrheit der Bevölkerung als Muttersprache gesprochen werde. Zwischen Hochpolnisch und Wasserpolnisch gebe es keine Brücke der Verständigung. Erst die Aera des Kulturkampfes brachte in der Sprachenfrage eine Verschärfung, auf die gestützt die großpolnische Agitation von Posen und Krakau aus eindrang. Ueberzeugte Nationalpolen wie der Erzbischof von Stablewski hätten diese großpolnische Beunruhigung Oberschlesiens übrigens verurteilt. Osborne bestreitet, daß sich in Oberschlesien eine Scheidung in Deutsche und Polen überhaupt vornehmen lasse. Er weist an der Hand der Wahlen zu den Reichstagen von 1907 und 1912 und zur Nationalversammlung, sowie am Besuch des polnischen Religions- und Schulunterrichts nach, daß die nationalpolnische Agitation selbst unter den seit 1918 günstigsten äußeren Umständen nur geringe Erfolge erzielt habe.

Wenn Osborne auf die sozialen Verhältnisse und die Lebenshaltung in Deutschland und Großpolen zu sprechen kommt, berührt er eigentlich schon die Frage des moralischen Rechts. Moralische Gründe hatte die Entente ja immer bei der Hand, wenn sie Deutschland diesen oder jenen Besitz aberkannte. Hier ist der Abstand zwischen deutschem und polnischem Kulturniveau so abgrundtief, daß man sich bei der Wiedergabe von Osbornes Gedankengängen kurz fassen kann. Er führt, teilweise nach polnischen Quellen, schlagende Beispiele für die notorische Unfähigkeit der Polen zur Selbstverwaltung, zu staatlicher Ordnung und sozialer Gerechtigkeit an, Statistiken der Trunkenheit, der Unsittlichkeit, des Analphabetentums, des Verbrechens. Dabei lag ihm die Statistik der polnischen Morde an Oberschlesiern noch nicht vor. Die deutschen Leistungen auf dem Gebiete der Verwaltung, des Bildungswesens und der Volkswohlfahrt in Oberschlesien bedürfen keines Lobes. Osborne hält es für ausgeschlossen,

Digitized by Google

daß ein Oberschlesier gutwillig zum Kulturniveau Galiziens oder Kongreßpolens hinabsteige.

Das Schwergewicht seiner an Keynes geschulten Beweisführung liegt indessen in den wirtschaftlichen Beweisgründen. Mit wirtschaftlichen Gründen hatte die Entente ja z. B. den polnischen Korridor und die Abtrennung des überwiegend deutschen Kreises Tondern von seinem deutschen Hinterlande gerechtfertigt. Der Amerikaner zeigt, der Geschichte folgend, wie Schlesien seit dem Mittelalter das große Durchgangsland für den Handel zwischen Osten und Westen wurde, mit Breslau als dem Mittelpunkt eines Systems, das sich von Brügge bis Kiew und von Danzig bis Venedig erstreckte. Der Handel weckte dann den Unternehmungsgeist im eigenen Lande, das zunächst Holz und landwirtschaftliche Erzeugnisse, später mehr und mehr Mineralbodenschätze auf den Markt brachte. Uns Deutschen sind die Zahlen der Textil-, Kohlen-, Eisen- und Zinkproduktion Oberschlesiens heute ja geläufig, Osborne, der als Angelsachse den in England geschaffenen Begriff der Interdependence, der wechselseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit vor Augen hat, gliedert sie in den Wirtschaftsprozeß Deutschlands und Mitteleuropas ein. Er beweist, daß die Produktion des oberschlesischen Bodens seine Aufnahmefähigkeit bei weitem übersteigt und des großen ost- und süddeutschen Absatzgebietes unter Einschluß von Böhmen und Deutschösterreich zur Erhaltung seines wirtschaftlichen Gleichgewichts bedarf. Das viel dünner bevölkerte und industriell unentwickelte Polen könne ihm dafür keinen Ersatz bieten. Weiterhin zeigt Osborne, wie nur das hochentwickelte deutsche Netz der Land- und Wasserstraßen es den oberschlesischen Rohstoffen ermöglicht hat, auf den mitteleuropäischen Markt zu gelangen, wo sie immer noch mit dem Wettbewerb verkehrsgeographisch günstiger gelegener westlicher Länder zu ringen haben. Der Kampf der oberschlesischen mit der englischen Kohle sei nur ein Beispiel. Eins der ersten Industriegebiete der Welt von seinen natürlichen Verbindungen und seinen Märkten zu trennen, muß nach Osborne die wirtschaftliche Katastrophe für Oberschlesien wie für Mitteleuropa mit ihm bedeuten und die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Handel und Industrie Schlesiens seien unauflösbar mit den übrigen Teilen Deutschlands verknüpft. Einen Stein aus dem kunstvollen Bau herausreißen, hieße das Ganze zum Einsturz bringen und das Kulturwerk vieler Geschlechter vernichten.

Kernpunkt bleibt für Osborne, wie schon der Titel seines Buches ausspricht, die Kohlenfrage. Er, der nach amerikanischer Weise am liebsten mit nackten Zahlen und Daten arbeitet, weist nach, wie die Kohle in Oberschlesien genau wie in der übrigen Welt der Lebensnerv aller industriellen Produktion geworden ist und die Bevölkerungsvermehrung automatisch mit der Erschließung der Kohle und der Entwicklung der Industrie

Digitized by Google

Schritt gehalten hat. Um seinen Landsleuten klar zu machen, was nach der zeitweiligen Abtrennung des Saargebiets der Verlust des oberschlesischen Kohlenbeckens für Deutschland bedeuten würde, fordert er sie auf, sich einmal die Vereinigten Staaten ohne Pennsylvanien vorzustellen. So notwendig die oberschlesische Kohle für Deutschlands Existenz sei, so entbehrlich sei ihr Besitz — hier folgt Osborne der Beweisführung von Keynes in seinem Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedens — für Polen, das genügend eigene Kohlenfelder besitze und ihre Ausbeute in Galizien noch wesentlich steigern könne.

Ueber den Wert des § 90 des Versailler Vertrags, der Deutschland das formelle Recht zugesteht, seinen Kohlenbedarf auch im Falle der Abtretung weiter in der gewohnten Höhe aus Oberschlesien zu decken, denkt Osborne sehr skeptisch. Auch wenn die Kohlenförderung nicht, wie zu erwarten steht, unter polnischer Verwaltung sinken sollte, wird man ihm nach der Art, wie die Polen Verträge Deutschen gegenüber handhaben, Recht geben. Von der Zerrüttung des polnischen Eisenbahnwesens ist dabei noch nicht einmal die Rede. Der Verfasser schließt diesen Abschnitt mit der Berechnung, daß Oberschlesien bisher 35 Millionen Menschen mit Kohlen versorgt habe, während ganz Neupolen nur 16 Millionen zähle. 35 Millionen, die ihre wirtschaftliche Existenz auf der oberschlesischen Kohle aufgebaut hätten und nun durch einen politischen Handstreich von ihrer Wirtschaftsbasis abgeschnitten werden sollten. Es könne unmöglich der Wille der Friedensapostel sein, ein großes Volk zu vernichten und eine Bevölkerung, die auf der Welt an Arbeitskraft und Unternehmungsgeist nicht ihresgleichen habe, zur Verzweiflung zu treiben, indem man sie einem Staatswesen ausliefere, das seit den Zeiten Cromwells unheilbar krank und dessen Zukunft fast ebenso dunkel und zweifelhaft sei wie seine Vergangenheit.

Osbornes Anschauung, daß die Anordnung der Volksabstimmung für Oberschlesien an sich ungerecht sei, deckt sich mit dem Standpunkt, den der Manchester Guardian, die Fortnightly Review, Nation, Common Sense, Foreign Affairs und andre gemeineuropäisch denkende Blätter bereits eingenommen habe. Da der Fehler einmal begangen sei, seien die verbündeten Regierungen verpflichtet, wenigstens zu verhindern, daß sich Polen bis zur Abstimmung in die nationale, geschichtliche und wirtschaftliche Gemeinschaft Oberschlesiens mit Deutschland gewaltsam eindränge.

Der Verfasser hat das umfangreiche Material statistischer, geographischer, geologischer und volkswirtschaftlicher Daten, aus denen er seine Schlüsse zieht, in einen Anhang verwiesen, der fast so stark ist wie der Hauptteil seines Buches. Das ist im Hinblick auf die Lesbarkeit zu begrüßen und erhöht den Wert des Anhangs als eines systematischen Nachschlagewerks. Das einzige, was wir bei einem so hervorragend wirtschafts-geographisch orientierten Werk vermissen, sind Kartenbeigaben. Sie würden auch dem

Digitized by Google

eiligen Leser die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge mit einem Schlage klar machen.

Der Bolschewismus und die Kinder

Von Beshenez.

Es sind drei Jahre verflossen, seitdem in Rußland das bolschewistische Paradies gegründet wurde. In dieser Zeitspanne hat die Bevölkerung des unglücklichen Rußlands genügend Zeit gefunden, alle Schönheiten des bolschewistischen Regimes kennenzulernen. Kaum jemals in der Welt hat es eine Macht gegeben, die so verhaßt und so verflucht worden ist, wie der Kommunismus in Rußland. Jedoch diese verhaßte und verfluchte Regierungsgewalt hält sich trotzdem am Ruder. Sie hält sich durch furchtbaren Terror und dadurch, daß sie alle Lebensmittel und Lebensnotwendigkeiten in ihren Händen konzentriert hat. Das gibt ihr die Möglichkeit, zu jeder Zeit auf die Nichtfügsamen einen starken Druck auszuüben; es genügt, nur einen solchen anders denkenden „freien Bürger eines freien Landes" mit der Entziehung der Lebensmittelration zu bedrohen, und er wird stiller als Wasser und niedriger als Gras oder, mit anderen Worten, er ist zum Hungertode verurteilt, falls er nicht schon vorher in die Hände der Tschreswytschaika (Geheimes Revolutionstribunal) gefallen ist. Immer wieder taucht die natürliche Frage auf: glauben wirklich die Kommunisten, sich nur durch den Terror halten zu können oder hoffen sie, daß ihr Regime zuletzt doch von der Bevölkerung nicht nur angenommen werden wird, sondern daß sich der Haß in Liebe verwandeln werde? O nein, die Kommunisten sind nicht so naiv. Sie glauben nicht, daß jemals die jetzige erwachsene Bevölkerung Rußlands ihnen mit Sympathie begegnen wird. Sie wissen nur zu gut, wie diese Bevölkerung sie haßt, und sie wissen, daß diese Bevölkerung mit einem Fluch auf den Lippen an ihre Adresse sterben wird. Aber die Kommunisten hoffen auf die Kinder. Die Seele des Kindes ist weiches Wachs, aus dem man alles, was man will, formen kann. Die Kommunisten haben keine Zeit verloren und bereits mit dem Formen der Kinderseele begonnen.

Europa zeigt sich begeistert, wenn es die bolschewistischen Dekrete über die Volksbildung und die Lobeshymnen über dieses Thema in der kommunistischen Presse liest. Und wenn ein Europäer sich nach diesen Dekreten und Artikeln ein Bild von dem Zustand des Bildungswesens in Räterußland macht, so gerät er in Erstaunen und neigt sich in Ehrfurcht vor der Weisheit der Kommunisten und ist begeistert über diese wahrhafte Fürsorge der Kommunisten um die Volksbildung. Schaut aber ein solcher Europäer nach Rußland selbst hinein, und lernt er die lebende Wirklichkeit kennen, so wird er nicht nur völlig enttäuscht, sondern ihn wird ein nicht zu beschreibender Schrecken erfassen über das, was er dort gesehen. Die bolschewistische Wirklichkeit stellt

Digitized by Google

sich nämlich folgendermaßen dar. Ernsthaft irgendwelche langweilige Lehrgegenstände zu erlernen, ist ein Vorurteil des Bürgertums, um dessenwillen es sich nicht lohnt, die wertvolle Zeit der Lehrenden und Lernenden zu vergeuden. Daher wurden mit einemmal alle Lehrkurse stark verkürzt unter Ausmerzung vieler Lehrgegenstände, jedoch auch diejenigen Fächer aus der Bourgoisiezeit, die im Programm stehengeblieben sind, werden derart durchgenommen, daß Kenntnisse nicht erworben werden können. Statt dieses bürgerlichen Krimskrams werden die Köpfe der Kinder angefüllt mit kommunistischen Ideen und mit Feindschaft gegen all das, was ihren Eltern heilig ist: Recht auf Eigentum, Religion, Ehrfurcht vor dem Alter, bürgerliche Anständigkeit und Ehrlichkeit. Um sich die Sympathien des jungen Geschlechts zu erwerben, wird ihm die größte Freiheit, bis zum Recht auf Schwangerschaft, eingeräumt. Um den Schülern ihre Liebe zu erzeigen, gibt die kommunistische Regierung ihnen erhöhte Lebensmittelrationen; dadurch werden die jungen Mädchen in den Stand gesetzt, die Schwangerschaft zu ertragen, was die hungernden erwachsenen Frauen in den großen Städten in der Mehrzahl schon nicht mehr imstande sind. Die Rätepädagogen erfüllen, die einen aus Furcht, die andern aus Pflicht, ihre Aufgaben, und man kann jetzt schon beobachten, daß die kleinen Schüler mit Begeisterung die auf Befehl geschriebenen Gedichte singen:

„Verehrt, ihr Kinder, die Volkskommissare,
Achtet auch den Rat der Volkswirtschaft!"

So und in anderen Formen kommen schon die Sympathien für den neuen Staatsbau und für die Männer, die an dessen Spitze stehen, zum Vorschein. Zu gleicher Zeit werden die Kinder angelernt, den Zielen der kommunistischen Spionage und der Geheimpolizei zu dienen, wobei die Befähigtsten von ihnen mit entsprechenden Legitimationspapieren ausgestattet werden. Wenn dann die Eltern bei ihrem Kinde solch ein sorgfältig versteckes Legitimationspapier entdecken, das dem kleinen Kommunisten das Recht gibt, jeden als Konterrevolutionär zu denunzieren, in Schrecken geraten und unter Tränen dem Knaben die ganze Verworfenheit seiner Rolle klarzumachen versuchen, so pflegt meistenteils das Kind das nicht einzusehen, sondern versucht mit ganzer Kraft zu beweisen, daß hierbei von gar keiner Gemeinheit gesprochen werden könne, sondern von einem besonderen Vertrauen und einer besonderen Ehre, die ihm, dem jungen Menschen, erwiesen sei. Nur zu oft beginnen die Kinder einen offenen Kampf mit den Eltern, bei dem die Eltern meistenteils eine Niederlage erleiden. Versucht z. B. eine Mutter, ihre Tochter, die sich allzu frei aufführt, zur Vernunft zu bringen, so bekommt sie nur zu leicht die Antwort: „Sei du mir nur ganz ruhig, Mutter, ich weiß ganz gut, daß du eine Konterrevolutionärin bist, und falls du auf deinen altmodischen Regeln bestehst, so werde ich dich einfach dem geheimen Revolutionstribunal anzeigen. Vergiß nicht, daß es jetzt Freiheit gibt." Und die Mutter ist genötigt zu schweigen, und der Vater muß schweigen,

Digitized by Google

ebenso wie alle anderen älteren Personen im Hause. Schon das vierte Jahr geht die Erziehung in dieser Richtung, und die Maßnahmen der bolschewistischen Pädagogen ergeben Resultate, weil schon der Tropfen den Stein höhlt. Bei den Bolschewisten wird aber nicht nur tropfenweise gearbeitet, sondern alle Kräfte werden in dieses Bett geleitet.

Außer dem Schulapparat beeinflussen die Bolschewisten die Jugend auch durch ihren grandiosen Agitationsapparat, für dessen Unterhaltung keine Kosten gespart werden. Die gesamte bolschewistische Literatur posaunt es immer wieder aus, daß der Kommunismus die Idealform des politischen Lebens darstelle, und das alles Elend im bolschewistischen Rußland keine Folge des Kommunismus sei, sondern von der Bevölkerung nur ertragen werden müssen, infolge der feindseligen Haltung der inneren und äußeren Feinde. Zehntausende von fliegenden Schulen, die die Jugend zum Eintritt in die rote Armee vorbereiten, hämmern in ihre Köpfe die Phrasen von den Wohltaten des Kommunismus ein. Es ist nur zu natürlich, daß unter solchen Umständen die Jugend, die nicht die Möglichkeit besitzt, andere Ansichten zu lesen oder zu hören, entweder sich diese kommunistische Weisheit zu eigen macht oder den Führern doch passiv folgt, weil sie nicht wagt, ihnen zu widersprechen, da sich in deren Händen die Lebensmittelkarten, die Tschreswytschaiken, die Konzentrationslager und andere Schreckmittel befinden.

Die erwachsene Bevölkerung, vor allem die kulturellen Kräfte des Landes, ist teilweise gewaltsam zu den Vorfahren versammelt worden, teilweise hat Hunger und die anderen Wohltaten des bolschewistischen Regimes sie dorthin gesandt, teilweise sind sie aus dem bolschewistischen Paradiese geflohen, teilweise bewohnen sie die Gefängnisse und die Konzentrationslager, und der Rest schweigt oder stimmt um ein Stückchen trocknen Brotes willen in den kommunistischen Chor ein. Wenn man diese Tatsachen in Betracht zieht, so wird man zustimmen müssen, daß die Kommunisten sich sehr um die Zukunft bekümmern und daß sie recht haben mit der Behauptung, daß ihnen, den russischen Kommunisten, nicht nur in Rußland, sondern auch über dessen Grenzen hinaus die Zukunft gehört. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß in nicht ferner Zukunft die Kulturwelt das Faktum wird konstatieren müssen, daß in Rußland nicht nur die regierenden Kreise den Kommunismus predigen, sondern daß auch die breiten Massen der russischen Bevölkerung mit besonderem Fanatismus ihre kommunistischen Führer unterstützen. Die Psychologie des russischen Volkes schließt eine solche Möglichkeit nicht aus, sondern gibt vollen Grund, anzunehmen, daß diese Psychose es völlig erfassen wird und daß das Volk, das während der Sektantenkämpfe in Kesseln gekocht wurde, in Gefängnissen und in Sibirien verfaulte, in den Bergen und Wäldern furchtbare Leiden erduldete, weil es anders das Kreuz schlug und das Wort Halleluja anders aussprach, daß dieses Volk aus dem Kommunismus eine neue Religion machen wird und daß das hungrige, abgerissene und ungebildete Volk diese neue Religion auch über die Grenzen

Digitized by Google

Rußlands hinaustragen wird, wobei es dann auf seinem Wege alle materiellen und geistigen Werte der Kulturvölker vernichten wird.

Vom Zwang über Umlage zur Freiheit

Ein Produktionsprogramm für unsere Landwirtschaft.

Von Prof. Dr. Ph. Stein.

II.

Am Anfang steht die Tatsache, daß unser Boden an Nährstoffen verarmt ist und in Gefahr steht, weiter zu verarmen, und daß unsere Ernten fortschreitend zurückgehen werden, wenn wir ihm nicht baldigst und stetig wieder reichhaltig Nährstoffe zuführen.

Technisch sind wir vollständig in der Lage, mehr als den Gesamtbedarf unserer Landwirtschaft an Stickstoff herzustellen. Ebenso ist unser Handel wieder soweit, die erforderlichen Mengen Rohphosphate heranzuschaffen. Die Erreichung des höchsten Leistungsstandes unserer Stickstoff- und Phosphatfabriken ist eine Betriebsfrage, es ist eine Frage des Preisverhältnisses zwischen Stickstoff und Phosphaten einer- und Getreide und Zucker andererseits, ob unsere Landwirtschaft die erforderlichen Mengen künstlichen Düngers aufnehmen wird.

Der Kapitalbedarf einer intensiveren Wirtschaft wird nur zu einem Teil von den Landwirten aus den angesammelten Erträgnissen ihrer Wirtschaft aufgebracht werden können. Sie werden „produktive Schulden" neu aufnehmen müssen. Die erforderlichen Summen sind heute noch völlig unübersehbar; auf jeden Fall werden sie ganz außerordentliche sein und die Anspannung aller Kräfte der vorhandenen Kreditinstitute beanspruchen. Im Osten Deutschlands wird den Landschaften die Hauptaufgabe zufallen. Im Westen Deutschlands, der keine Landschaften kennt, werden die Landesbanken, Sparkassen und die landwirtschaftlichen Genossenschaften an ihre Stelle zu treten haben. In der Verbesserung unserer Landwirtschaft werden die Papiermassen, die alle diese Kassen überflutet haben, eine vorteilhafte Verwertung wie eine sichere Anlage finden.

In der ländlichen Arbeiterfrage sind die Schwierigkeiten und Kämpfe, die sich aus den grundstürzenden Aenderungen unserer allgemeinen politischen und sozialen Verhältnisse in den Beziehungen zwischen den landwirtschaftlichen Unternehmern und Arbeitern mit besonderer Schärfe und Wucht entwickelt haben, nicht von außen zu lösen. Anders steht es mit der eigentlichen landwirtschaftlichen Arbeiterfrage, der Leutenot. Durch den achtstündigen Arbeitstag ist der Mangel an geeigneten und ausreichenden Arbeitern verschärft, die Wanderarbeiter aus dem Osten, die in der Friedenszeit ein Heer von 400 000 Männern und Frauen ausmachten, sind zwar nicht ganz verschwunden, ihre Zahl hat aber beträchtlich abgenommen. Zum Teil nur bietet Ersatz, daß die Abwanderung junger

Digitized by Google

Arbeitskräfte nach der Stadt in einzelnen Gebieten abgenommen zu haben scheint. Aber dies gilt, wenn überhaupt, im wesentlichen für die mittel- und kleinbäuerliche Wirtschaft.

Die Umbildung des Arbeitsverhältnisses vollzieht sich zudem in den Großwirtschaftsgebieten östlich der Elbe sozial, politisch und wirtschaftlich in wesentlich schärferen Formen als westlich der Elbe. Gerade bei der Bedeutung dieser Gebiete für die Versorgung der Großstädte und Arbeitergemeinden der deutschen Industriegebiete Mitteldeutschlands und des Westens werden auch diese in ihrer Versorgung bei dieser Umbildung in Mitleidenschaft gezogen.

Man mag aus politischen und sozialen Gründen zu unserer heutigen Landwirtschaft stehen wie man wolle, schärfster Gegner des Großgrundbesitzes sein und seine baldigste Ueberführung in Gemeinbesitz oder seine Aufteilung in bäuerliche Betriebe fordern, dringender als diese politische und soziale Frage ist das Gebot: die Ernährung unserer Bevölkerung für die nächsten Jahre aus einheimischem Ertrag zu sichern, soweit wie irgend möglich von der teuren, für uns bald unerschwinglichen Auslandseinfuhr frei zu werden. Die Steigerung der Erzeugung ist die nächste und dringendste Aufgabe; hinter ihr hat zunächst alles andere zurückzustehen. Wir haben daher die Großwirtschaft wie jede andere Betriebsform als Erzeugerin der Massenlebensmittel Getreide und Kartoffeln für die städtische und Arbeiterbevölkerung auf den Höchstgrad ihrer Leistung zu bringen. Es handelt sich um nicht mehr, als für die nächsten 3—4 Jahre unsere Landwirtschaft wieder zur Volleistung zu bringen, das ist freilich nichts weniger als die Entscheidung über das Leben und Sterben unseres Volkes innerhalb dieser Zeit.

Für diese Zeitspanne kommt ebenso wenig eine durchgreifende Ansiedlung neuer bäuerlicher Wirtschaften als die Aufteilung des Großgrundbesitzes, die Ueberführung der Großwirtschaft in genossenschaftliche Formen, selbst nicht einmal der Neubau einer ausreichenden Anzahl von Arbeiterwohnungen in Frage. Zunächst müssen wir leben und essen, müssen wir alles an die Hebung der Erzeugung setzen, dann können wir an die Erfüllung sozialer und politischer Forderungen denken und herangehen, d. h. wir müssen unter den bestehenden Verhältnissen weiter wirtschaften, müssen Arbeiter aufs Land bringen, auch wenn zunächst die Unterkünfte noch in dem alten bescheidenen Umfang oder als Behelfseinrichtung gegeben werden können. Werden, was wahrscheinlich ist, aus Polen und Rußland nicht genügend Wanderarbeiter herüberkommen, so müssen wir Arbeitskräfte aus dem eigenen Lande heranziehen. Leicht ist es gewiß nicht, stadtgewohnte Arbeiter, auch wenn sie in der Stadt arbeitslos sind, für längere Zeit auf das Land zu bringen. Die Aufgabe muß bewältigt werden, es müssen im regelrechten Arbeitsvertrag oder durch freiwillige Werbung Arbeiterschaften für landwirtschaftliche Arbeiten gebildet werden. Auch das wird schwierig sein, wird auf beiden Seiten vielerlei Bedenken finden und

Digitized by Google

auf starke Widerstände stoßen, wird namentlich in der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft auf leidenschaftliche Abneigung stoßen, es könnten sich daraus eine „Technische Nothilfe" oder gar „Streikbrecherkolonnen" entwickeln. Mit diesen Stimmungen und Gefahren muß gerechnet werden, sie müssen beachtet werden, aber dringender als alles ist der Kampf gegen den Hunger. Es muß darangegangen werden, diese Aufgabe als einen Teil der Gesamtaufgabe zu erfüllen, es müßten die erforderlichen Stellen geschaffen oder herangezogen, die Vollmachten erteilt werden, den Feldzug gegen den Hunger durch Steigerung unserer einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugung vorzubereiten und zu führen.

Innerhalb des Gesamtplanes werden auch die letzten Fesseln der Zwangswirtschaft fallen müssen . Eine Rückkehr zur geschlossenen Zwangswirtschaft ist unmöglich, selbst in den Zeiten straffster behördlicher Wirtschaft war ein lückenloses Ineinandergreifen der behördlichen Maßnahmen und Preisfestsetzungen unmöglich, war die „restlose Erfassung" eine leere Redensart. Wir haben niemals im Kriege, so klar die Aufgabe erkennbar war, das wirtschaftlich richtige Preisverhältnis zwischen pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln wie zwischen den einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnissen überhaupt feststellen und halten können. Die Aufgabe wurde nicht gelöst, nicht, weil sie nicht erkannt, sondern weil ihre Lösung überhaupt auf dem behördlichen Wege unmöglich ist.

Gleich einem Schicksal stand während der ganzen Kriegszeit über uns, daß wir wider Absicht und Willen bei Getreide, Zucker und Kartoffeln immer und immer wieder das Vieh vor dem Menschen bevorzugt haben.

Im Widerstreit der Meinungen und Interessen kam es immer und immer wieder verspätet zu halben und widerspruchsvollen Lösungen, die keinen befriedigten und die wirtschaftlich erhofften Wirkungen nicht brachten. Stärker als die Macht des Staates setzten sich die Eigeninteressen, das Eigenleben und die Eigenwirtschaft durch.

Gesetze und Verordnungen, die mit dem Willen und den Eigeninteressen von Hunderttausenden, ja, von Millionen in Widerspruch stehen, können auch bei stärkster Staatsgewalt nicht durchgesetzt werden, gleichviel, gegen welche Bevölkerungsschicht sie sich richten. Den früheren Beispielen unserer innerpolitischen Geschichte reiht sich nunmehr das der Zwangswirtschaft an. Nicht Hemmung der Einzelinteressen, sondern Einordnung und Nutzbarmachung der Einzelinteressen und des Eigenwillens in den Gesamtplan der Erzeugungsförderung unserer Landwirtschaft muß daher das Ziel der staatlichen Maßnahmen sein. Ebensowenig wie in der Industrie gegen die Arbeiter, sondern mit ihnen, kann man nicht gegen die Landwirte, sondern nur mit ihnen die Erzeugung fördern.

In dem ungeheuren und unmittelbaren, von unserer schwachen und gefesselten Volkswirtschaft überhaupt nicht beeinflußbarem Spiel der Kräfte des Weltmarktes, unter den jähen Schwankungen unserer Währung liegt

Digitized by Google

es bei den dem Weltmarkt zugehörigen Waren Getreide und Zucker weder im Interesse der Erzeuger noch der Verbraucher und ebensowenig des Handels, unmittelbar und vollständig zum freien Verkehr überzugehen. Bei Getreide liegt in der verhältnismäßigen Gleichmäßigkeit in dem einmaligen auf kurzen Zeitraum zusammengedrängten Anfall die Möglichkeit einer Erfassung und Verteilung noch vor; das gleiche gilt für Zucker und seine wenigen Erzeugungsstätten. Nur dürfen wir nicht den Ehrgeiz und den Glauben einer restlosen Erfassung haben. Auch die Reichsgetreidestelle ist mehr und mehr zu einer Restverwaltung geworden, hat selbst in den günstigsten Jahren der Zwangswirtschaft nicht einmal die Hälfte unserer Ernte bewirtschaftet.

Ein Monopol für den Handel mit inländischem Getreide wäre mit allen inneren und äußeren Mängeln der Zwangswirtschaft behaftet, ohne einen Vorteil für die Verbraucher zu bieten. Es bleibt allein die Möglichkeit, die Einfuhr ausländischen Getreides monopolartig oder in anderer Weise zentralistisch zu betreiben und den Verkehr mit Inlandsgetreide freizugeben, oder das Umlageverfahren zu einer zweckmäßigen Form der Uebergangswirtschaft auszubilden. Für die Zentralisierung der Auslandseinfuhr sprechen, selbst vom Standpunkt des Handels, gewichtige Gründe. Die Gefahren der Schwankungen der Preise und des Standes unserer Währung sind zu groß und zu verheerend, als daß sie von dem privaten Handel getragen, vor allem gewagt würden. Wir müssen aber in den nächsten Jahren, voraussichtlich noch mit starken Verlusten, Auslandsgetreide einführen, können es nicht dem Wagemut und der Kapitalkraft des Handels überlassen, Umfang und Zeit der Einfuhr zu bestimmen. In den ausländischen Zufuhren hat der Staat einen Vorrat zur Hand, auf die Inlandspreise zu wirken wie besonderen Notständen abzuhelfen. Die Zentralisation der Einfuhr kann nicht nur, sondern sollte unter Heranziehung des Handels und vor allem seiner Einrichtungen und Lager geschehen. Für die völlige Freigabe des Handels mit Inlandsgetreide sprechen wohl Gründe stärkster Erzeugungsförderung, aber nicht minder wichtig als auskömmliche Preise sind sichere und gleichmäßige Preise. Völlig freier Getreidehandel würde aber auch im Inland das Getreide zum Spielball ungezügelter Spekulationen machen, die gleichermaßen die Interessen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels schädigten. Entscheidend sprechen aber allgemeine politische und wirtschaftliche Gründe dagegen, da bei dem verhältnismäßig leicht verschiebbaren Getreide die Inlandspreise rascher und näher dem Weltmarktpreise sich stellen würden als bei irgendeinem anderen landwirtschaftlichen Erzeugnis. Weltmarktpreis für Mehl und Brot hätte aber Angleichung unserer Löhne an die Weltlöhne zur Folge und Voraussetzung. Wir müssen daher den Mindestbedarf von Brot und Mehl, wie er in der Kriegszuteilung gegeben ist, zu erschwingbaren Preisen

Digitized by Google

den Verbrauchern zur Verfügung stellen. Das kann ohne die Absicht der restlosen Erfassung nur in der Form der Umlage geschehen.

Aber nicht in einem Umlageverfahren, wie es einigemal mit Mißerfolg versucht ist.

Ein Umlageverfahren, welches die umgelegten Mengen in guter Beschaffenheit voll aufbringen und dabei die Erzeugung nicht stören oder vermindern, sondern erhöhen und die notwendige Umstellung eines Teiles des Nahrungsbedarfs von Fleisch auf pflanzliche Stoffe, vor allem Brot, Mehl und dgl. fördern soll, muß folgende Forderungen erfüllen, die sich eng an die Vorschläge, die anderorts von Rabbethge vertreten worden sind, anschließen.

1. Die Beratung muß ausgehen von den Zahlen der Vorkriegszeit, und zwar nach den Durchschnittsziffern für Anbau und Ernteschätzung der Jahre 1904—1913, da die Kriegs- und Nachkriegszahlen bewußt falsch sind. Von der Ernte an Brotfrüchten sind 40%, von Gerste 25%, von Hafer 10% umzulegen. Nach den Zahlen für das alte Reich, ohne Posen, Westpreußen und Elaß-Lothringen, ergäbe dies:

bei 1616000 ha	Weizen	zu 8,25 dz	=	1333200 t	
bei 26000 ha	Spelz	zu 5,89 dz	=	153140 t	
bei 5040000 ha	Roggen	zu 6,88 dz	=	3467520 t	
			Sa.	4953860 t	Brotgetreide
bei 1384000 ha	Gerste	zu 4,95 dz	=	685080 t	
bei 3865000 ha	Hafer	zu 1,90 dz	=	734350 t	
			Sa.	1419430 t	and. Getreide

Nimmt man die ganze Gerste zur Brotbereitung hinzu, so ergeben sich für Brotgetreide 5 638 940 t oder bei 60 000 000 Einwohnern je Kopf und Jahr 94 kg, je Woche 1,8 kg, was bei 80% Ausmahlung die Verteilung von etwa 3,8 Pfund je Woche und Kopf eines guten Brotes ermöglichen würde. Der Hafer würde in Form von Haferflocken verteilt werden.

2. Der Umlagepreis ist gleich dem jetzigen Getreidepreis ohne Frühdruschprämie.

3. Der Begriff „Selbstversorgerration" fällt fort. Für die ganze Bevölkerung gibt es die einheitliche gleiche Grundmenge. Der Getreideerzeuger hat den gesamten Ueberschuß über die Umlage zu seiner Verfügung und deckt daraus seinen Mehrbedarf und entnimmt daraus sein Saatgut.

4. Ist die Lieferung nicht bis zu dem bestimmten Termin erfolgt, so deckt sich der empfangende Kommunalverband sofort ein. Der Unterschied zwischen Umlagepreis und Marktpreis, zuzüglich eines Zuschlages von 25%, trägt der säumige Besitzer, der für die geschuldeten Beträge sofortiger Zwangsvollstreckung sich zu unterwerfen hat. Gemeinde und Kommunalverband haften.

Digitized by Google

5. Die Umlage liegt auf den Bodenflächen und ist, wie Pacht, Zins oder Steuer von jedem zu tragen, der die Verantwortung hat, einen Teil des deutschen Bodens zu bewirtschaften.

6. Die Ueberschüsse müssen gänzlich freigelassen werden. Ein Zwangspreis für die Ueberschüsse würde die Zwangswirtschaft, aber ohne die Beschlagnahme, wieder herbeiführen, würde alle üblen Wirkungen der Höchstpreise haben, ohne die Vorteile der Erfassung.

Nur der frei sich bildende Marktpreis gibt zu jeder Zeit den genauen Maßstab für die Entschädigung, die der säumige Lieferer dem Empfänger zu zahlen hat.

Feste Straffätze stellen sich entweder im Laufe der Dinge als zu niedrig heraus, dann sind sie wirkungslos; oder zu hoch, dann rufen sie als ungerecht Widerstand hervor und bewirken von vornherein eine zu niedrige Ansetzung der Umlagemengen.

Nur die gänzliche Freigabe der Ueberschüsse bietet die Möglichkeit der Erzwingung der restlosen Lieferung der Umlage, weil die Einrede einer Minderernte wirkungslos ist. Die Bodenfläche mit sämtlichen Erzeugnissen hat die Umlage zu leisten, wenn nicht in Getreide, dann in bar. Auch wer statt Getreide andere erträglichere Früchte baut oder Saatgetreide verkauft, muß die Umlage schaffen, zukaufen oder mit Geld ablösen. Ermäßigungen können niemals für einen einzelnen, sondern nur für eine ganze Gegend, deren gesamte Ernte, nicht nur das Getreide, durch besondere Verhältnisse gelitten hat, in Frage kommen.

7. Die Entscheidung über das Umlagesystem, die Grundsätze und ungefähren Prozentsätze muß umgehend erfolgen, damit die Landwirtschaft sich darauf einrichten kann.

8. Die weitere Durchführung der Umlage bis auf den einzelnen Erzeuger, die Verfügung der Ueberschuß- und Bedarfsmengen, muß Ende Juni bis auf das letzte fertig sein. Jeder Landwirt, jeder Kommunalverband, muß wissen, wieviel und an wen er zu liefern und wieviel und von wem er zu empfangen hat. Das Verfahren zur Selbsteindeckung der nicht rechtzeitig belieferten Kommunalverbände muß genau feststehen, ebenso das Verfahren des Rückgriffs über Kommunalverband, Gemeinde auf den säumigen Erzeuger. Die ersten Rückgriffe müssen sofort und energisch erfolgen.

Wird das Umlageverfahren einheitlich, rasch und energisch durchgeführt, bleibt den Landwirten die Freiheit des Betriebs wie der Verwertung der Ueberschüsse, dann entfällt auch die Notwendigkeit, die Düngerpreise künstlich zu senken, dann hat die Landwirtschaft das stärkste Eigeninteresse, den freien Ertrag zu steigern. Die Umlage wirkt als Geißel, nicht als Bremse des Eigeninteresses, zum Vorteil der Gesamtheit.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

AL LIBRARY
MAY 1921
UNIV. OF

Inhalt:

Politische Glossen 265
Rohrbach, Auf der Folterbank 267
Heuß, Berlin und London 271
Rothbarth, Die Sprachenverwirrung der Konferenzen 273
Erenyi, Budapester Eindrücke 278
Richter, Ein weißer Rabe unter den englischen Sozialisten 283

Preis vierteljährlich M 15.– das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 19. März 1921 Heft 12

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Google

An die Bezieher der „Deutschen Politik"

Für den **zweiten Halbjahrband 1920** haben wir wieder

Original-Einbanddecken

in doppelfarbigem Druck herstellen lassen. Der Preis beträgt M 5.— für das Stück. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen oder der Verlag entgegen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Berlin
Berlin SW. 11 Königgrätzer Straße 99

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke
Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels
FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, jährlich 24 Mark, Ausland 30 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15
Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Digitized by Google

6. Jahrgang * 19. März 1921 * Heft 12

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Oberschlesien steht vor der Abstimmung. Aus ganz Deutschland beginnen die Züge nach dem Osten zu rollen. Die herzliche Erwartung aller Deutschen begleitet sie. Daß die Ententetruppen in den neubesetzten Rheinstädten den abstimmungsberechtigten Oberschlesiern Schwierigkeiten machen wollen, kann nur als Antrieb wirken. Daß die kommunistische Partei eine Kundgebung erläßt, weder für Polen noch für Deutschland zu stimmen, sondern für ein Sowjetsystem, ist zwar übel, aber nur eine der wichtigtuerischen und unpsychologischen Dummheiten, die gegenwärtig die innerlich zermürbte kommunistische Führerschaft sich täglich gestattet. Das wird in einem Land, wo man weiß, was vom 20. März abhängt, ohne Wirkung bleiben. Wenn die oberschlesische Frage für Deutschland beantwortet sein wird — und alle, die das Land heute kennen, sind trotz London guter Hoffnung — wird unserem Vaterland nicht nur eine wirtschaftliche Sicherheit gerettet, sondern eine moralische Kräftigung erfahren haben.

*

Daß die Sanktionen der Entente in ihrem wirtschaftlichen Teil nicht zu Ende gedachte Verlegenheitsmaßnahmen sind, zeigt sich jetzt schon. Italien braucht, aus Valutagründen, einen normalen Geschäftsverkehr mit Deutschland und hungert nach ihm. Belgien fürchtet für den Transitverkehr über Antwerpen, dessen frühere, dessen kommende Blüte durchaus von dem deutschen Hinterland abhängt und durch den Beschlagnahmezwang der 50% neu entstehender deutscher Guthaben aufs ärgste gefährdet würde. Die Zollgrenze um das Rheinland wird die über den Strom weg aufs engste verflochtene linksrheinische Volkswirtschaft schwer treffen; so sehr

Digitized by Google

die Franzosen hoffen mögen, die Seele der dortigen Menschen zu gewinnen mit solchen Mitteln greifen sie es plump und töricht an. Lloyd George hat sich von Briand bestätigen lassen, Frankreich denke nicht daran, die Sanktionen zu Annexionszwecken zu mißbrauchen, und Briand hat für sein ganzes Volk denn auch ein so unschuldiges Gesicht gemacht, als er nur immer vermochte. Er weiß, warum.

*

Kahrs bayerische Politik hat nicht oft unseren Beifall erfahren. Seiner letzten Rede kann man aber freudig zustimmen. Spricht er doch in ihr als Deutscher ohne alle bayerischen Reservatrechte. Wenn er der Entente zuruft, daß unser Nein nötig war, um unsere Arbeiterschaft nicht versklaven zu lassen, und unser Vaterland vor dem Schicksal Indiens, Irlands und Aegyptens zu bewahren, so hat er alle Deutschen hinter sich, weil er ihren Gedanken den bildsamen Ausdruck geprägt hat.

*

Professor Delbrück war von der angesehenen englischen Zeitschrift „Contemporary Review" um einen Aufsatz über das Thema: „Wollte der Kaiser den Krieg?" gebeten worden. Dem Artikel, der diese Frage strikt verneint, hat der angesehene Geschichtsprofessor in Cambridge Headlam Morley, der dem englischen Ministerium des Auswärtigen für historische Fragen attachiert ist, eine Entgegnung hinzugefügt. Er erklärt, die These, daß Deutschland den Weltkrieg mit Absicht entzündet habe, um sich die Welthegemonie zu erwerben — sei unhaltbar. Er habe sie nie geteilt; keine verantwortliche Autorität in England teile sie; sie stehe auch nicht im Versailler Frieden, sondern nur im Bericht der Kommission der Alliierten für die Verantwortung, unser Deutschland niemals amtlich mitgeteilt. Professor Delbrück macht den englischen Professor darauf aufmerksam, daß das besagte Aktenstück an den Grafen Brockdorff-Rantzau gerichtet und von Clemenceau unterzeichnet sei. Es ist anzunehmen, daß Professor Headlam sein Versehen zugeben wird; freilich müßte er dann daraus die Konsequenz ziehen, daß der Versailler Frieden auf einem Fehlschluß aufgebaut sei und die Reparationen nicht zurecht bestehen.

*

Digitized by Google

Auf der Folterbank

Von Dr. Paul Rohrbach.

Ist es mehr ein politisches Schurkengeschäft oder ist es mehr eine Narrentat, worüber sich jetzt die Ententegenossen gegen Deutschland geeinigt haben? Ob eins oder das andere, jedenfalls sollen wir auf die Folter, noch kräftiger und wirksamer, als wir es schon seit dem Wortbruchsfrieden sind. Ehrlos und töricht hat der Engländer Keynes diesen „Frieden" der Entente genannt. Weder das eine noch das andere dieser Worte reicht noch aus, um das in London beschlossene Verfahren gegen Deutschland zu kennzeichnen. Wenn wir aber fest bleiben in der Folterung, die nun anfängt, so muß die Strafe auf jene Toren und Ehrlosen zurückfallen, wir aber werden von der Forderung befreit werden, die man verbrecherisch aus uns herauspressen will. Gerade wird ein Wort von Bernard Shaw über die Ausplünderung Deutschlands zitiert, das heißt:

Warum nennen sie diese Angelegenheit einen Schadenersatz? Selbstverständlich nennt man die Forderung in England so; aber in der ganzen übrigen Welt mit Ausnahme der Länder der Verbündeten weiß man ganz genau, daß das, was die Entente von den Deutschen wünscht, nicht Schadenersatz, sondern einfache Beute und Raub des Siegers ist. Die einzige Frage ist jetzt folgende: Wieviel können wir überhaupt erhalten? Unglücklicherweise lebt unsere Arbeiterklasse von der Herstellung von Waren für die am Ruder befindliche besitzende Klasse. Sobald diese das, was sie braucht, von anderer Seite erhält, wird unsere Arbeiterklasse arbeitslos. Falls Deutschland Waren fabriziert und diese nach England als Schadenersatz sendet, werden die englischen Straßen bald mit Arbeitslosen, früheren Soldaten, überfüllt sein, die mit der Revolution drohen. Eine andere Möglichkeit, wie Deutschland bezahlen zu lassen, existiert aber nicht, und daher steht der Premierminister zwischen Teufel und Beelzebub.

Die Folgerung, die Shaw daraus zieht, ist politisch-sozialistischer Natur: Bankerott des kapitalistischen Systems, aber ins Praktische gewendet heißt sein Rat: es wäre besser für die oberen Klassen und die Arbeiter in England, zu dem „pazifistischen" Ruf zurückzukehren: Keinen Schadenersatz! Das war die Parole Wilsons, die Melodie, die Deutschland vorgesungen wurde, solange es sich noch im Kriege darum handelte, seine Widerstandskraft zu zermürben: Keine Kriegsentschädigung, keine Strafzahlung, keine Kontribution! Ein Mittel für den Sieg, wie Tanks und Hungerblockade, nichts weiter.

Dr. Simons ist mit seinen Begleitern fest geblieben und hat nein gesagt, nachdem er — vergeblich — so weit in seinen Anerbietungen gegangen war, daß uns nachträglich beinahe ein Schrecken bei dem Gedanken faßt, die Feinde hätten sich damit als befriedigt erklären können und wir wären dann gebunden gewesen, das Angebot einzulösen. Manche meinen, es wäre selbst bei äußerster Anstrengung mehr gewesen, als wir

Digitized by Google

hätten leisten können. Das zu entscheiden, mag den Sachverständigen überlassen bleiben. In Wirklichkeit hat überhaupt keine Aussicht bestanden, mit den Feinden ein Abkommen zu schließen, bei dem Deutschlands Lebensfähigkeit erhalten blieb. Es hat sich bei den Londoner Verhandlungen einfach bestätigt, was Keynes schon 1919 in seinem Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedens gesagt hat und was ich an dieser Stelle seit dem Friedensschluß unbeirrt vertreten habe: Mit den gegenwärtigen Ententeregierungen wird es überhaupt nie gelingen, eine durchführbare Verständigung zu schließen.

Alles was an Vorbereitungen für London getroffen und alles was in London von unserer Seite verhandelt und versucht worden ist, war von vorneherein zur Ergebnislosigkeit bestimmt, und alles was noch weiter verhandelt und versucht werden sollte, wird ebenso ergebnislos bleiben. Eine deutsche Unterschrift unter irgendwelche Bedingungen der jetzigen feindlichen Regierungen wäre nie etwas anderes, als die Unterschrift unter das eigene Todesurteil, und wenn es sich einmal um etwas anderes handeln sollte, als um solch ein Todesurteil in irgendeiner Form, so wird es nicht mit einer jetzigen, sondern mit einer kommenden Regierung auf der Gegenseite vereinbart werden, die dann eben keine feindliche im Sinne der Kriegführung mit den veränderten Mitteln des sogenannten Friedens mehr sein wird. Diese Aenderung ist Vorbedingung im Sinne wirklichen Friedens, und diese Aenderung wird nicht eher eintreten, als bis drüben — mindestens in England — neue Männer und neue Mehrheiten am Ruder sind.

Minister Dr. Simons hat in Berlin einen großartigen Empfang gehabt, und dieser Empfang war nicht unverdient. Dies stellen wir fest, bevor wir uns darüber aussprechen, was der Minister, dessen unbeschadet wofür wir ihm danken, in London hätte anders und besser machen können. Erstens ist die Formulierung des ersten deutschen Angebots unpsychologisch in bezug auf das Ausland gewesen. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt hierüber in sehr klarer Weise:

Die Entente forderte in 42 Jahresraten — von 2 Milliarden Goldmark für die ersten 2 Jahre, 3 Milliarden für die nächsten 3 Jahre und danach schnell ansteigend bis auf 6 Milliarden Goldmark pro Jahr — feste Annuitäten im Gesamtbetrage von 226 Milliarden Goldmark, außerdem veränderliche Annuitäten von 12 pCt. der jährlichen deutschen Ausfuhr, deren Ertrag nach dem heutigen Stande unseres Exports im ersten Jahre etwa ¾ Milliarden Gold gewesen wäre, für später aber von den Alliierten auf 3 und mehr Milliarden Gold geschätzt wurde; eine vollständige Kontrolle der Entente über unsere ganze Wirtschafts- und Finanzgebarung wäre damit verbunden gewesen. Deutschland — und auch die Meinung der Vernünftigen in der Welt draußen, selbst in England und vereinzelt auch in Frankreich — mußte diese Forderungen für reine Phantasie, ihre Erfüllung als gänzlich unmöglich erklären. Wir konnten unsere Unterschrift dazu, die diese Zahlen legalisiert und ihnen eine einziehbare Wirklichkeit

Digitized by Google

gegeben hätte, unter keinen Umständen geben. Es kam der deutsche Gegenvorschlag vom 1. März. Er knüpfte an den von den Alliierten selbst begebenen Hinweis an, daß wir eventuell zur Vorerfüllung der geforderten Summen unter Abzug von Zinseszinsen berechtigt sein sollten. Sie selbst hatten den kapitalisierten Gegenwartswert der 226 Milliarden Annuitäten auf 55 Milliarden berechnet. Diese Zahl legten wir zugrunde, verlangten ihre Kürzung um den Betrag der bereits gemachten deutschen Vorleistungen, die wir auf mehr als 20 Milliarden (die Gegenseite allerdings sehr viel niedriger) bezifferten, kamen so zu einer verbleibenden Restsumme von 30 Milliarden und erklärten nun, diese durch internationale Anleihen möglichst rasch tilgen zu wollen: es sollte zunächst eine Anleihe von 8 Milliarden aufgenommen werden, außerdem wollten wir zunächst jährlich 1 Milliarde Gold möglichst in Sachleistungen zahlen. Der Fehler dieses tatsächlich sehr weitgehenden Angebots war einmal, daß es auf äußere Wirkung gar nicht berechnet war: es ermöglichte der gegnerischen Propaganda, die 226 Milliarden der Pariser Einigung den 50 oder gar 30 Milliarden des deutschen Angebots gegenüberzustellen, obwohl tatsächlich die 50 Milliarden mit den 226 Milliarden bei Ansetzung von 8 Prozent Zinsen (einer von der Gegenseite allerdings stark angefochtenen Rechnungsweise) identisch waren, da es sich bei der Pariser Zahl nur um die Addition der Leistungen von 42 Jahren ohne Zinsen, bei unserer Zahl aber um den Gegenwartswert dieser Leistungen handelte, der sich durch die Zinsen entsprechend erhöht hätte. Der zweite Fehler unseres Angebots aber war, daß er den Gedanken des Besserungsscheins, also den Gedanken der Beteiligung der Alliierten an einer weiteren Kräftigung der deutschen Wirtschaft, zwar grundsätzlich anerkannte, aber es unterließ, ihm eine positive Formulierung in einem konkreten Zusatzangebot zu geben.

Zu dem Schlußsatz der „Frankfurter Zeitung" ist nur noch zu bemerken, daß der sogenannte Besserungsschein bereits eine freiwillige deutsche Leistung über die Stipulation des Versailler Friedens hinaus bedeutete, in dem es heißt, daß Deutschland ein Recht darauf habe, bis zum 1. Mai 1921 eine feste Gesamtsumme als Betrag seiner Verpflichtungen genannt zu bekommen. Die „psychologische Aufmachung" des deutschen Angebots vom 2. März ist also unser erster Einwand gegen die in London befolgte Taktik. Der zweite bezieht sich auf die Art, wie Dr. Simons der „Feststellung" Lloyd Georges entgegengetreten ist, Deutschlands alleinige Verantwortlichkeit für den Weltkrieg stehe durch den Versailler Friedensschluß ein für alle Mal fest, und auf Grund dieser Verantwortlichkeit habe Deutschland zu zahlen, was man ihm auferlege. Darauf hat Dr. Simons nach dem amtlich mitgeteilten Wortlaut seiner Rede geantwortet:

In der Tat kann die Schuldfrage weder durch Verträge noch durch Anerkenntnisse noch durch Zwangsmaßnahmen geregelt werden. Wer die Verantwortung für den Weltkrieg trägt, darüber wird einst die Weltgeschichte das letzte Wort sprechen. Wir alle stehen den Ereignissen noch zu nahe. Es hat mir immer ferngelegen, die deutsche Regierung von jeder Verantwortlichkeit für den Krieg freisprechen zu wollen. Ob aber überhaupt ein einzelnes Volk die Schuld für diesen schrecklichen Krieg trägt, und ob dies ausschließlich das deutsche Volk ist, wurde durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles nicht endgültig entschieden. Für uns besteht der Vertrag von Versailles zu Recht, weil wir unsere Unterschrift darunter gesetzt haben. Wir

Digitized by Google

haben damit nicht nur zugegeben, daß wir den Krieg verloren haben, sondern wir haben auch das Urteil unterzeichnet. Der Präsident der Konferenz hat betont, daß es ein rechtskräftiges Urteil sei. Aber Sie wissen, daß es in jedem Recht eine Möglichkeit gibt, auch ein rechtskräftiges Urteil anzufechten, wenn es dem Verurteilten gelingt, neue Beweise zu bringen, die die Begründung des Urteils erschüttern.

Das was hier Herr Dr. Simons gesagt hat, ist bedeutend weniger, als er hätte sagen können, und auf jeden Fall weniger, als er hätte sagen sollen. Zunächst vermißt man den Hinweis auf Lloyd Georges eigene Worte in seiner Ansprache vom 22. Dezember 1920 an die Delegierten der englischen Dominions bei ihrer Rückkehr von Genf, in denen er zugab, die Lektüre der verschiedenen Veröffentlichungen über den Kriegsausbruch habe ihn zu dem Standpunkt gebracht, daß keine der beteiligten Regierungen den Krieg wirklich gewollt habe. Warum hat denn Herr Dr. Simons dem englischen Premierminister das nicht vorgehalten, unter Hinweis darauf, daß die Times sofort den Kommentar dazu gegeben habe: Wenn das richtig wäre, so verlöre ja der Friede von Versailles seine Basis?

Weiter ist jetzt über jeden Zweifel hinaus festgestellt, daß es die Mobilmachung Rußlands war, die den Krieg unvermeidlich gemacht hat und ihn unvermeidlich machen sollte. Es kann schlechterdings nicht mehr bezweifelt und bestritten werden, daß Rußland den Krieg wollte und daß es sich dabei auf ein festes Einvernehmen mit den leitenden französischen Staatsmännern stützte. Die entscheidende Frage der Mobilmachungsdaten ist jetzt restlos geklärt. Man vergleiche den Aufsatz von Graf Montgelas in Heft 9 der „Deutschen Politik“ vom 26. Februar 1921: Die Mobilmachungsdaten 1914. Paléologues Erinnerungen in der Revue des deux mondes vom Januar 1921 bezeugen es, daß der Zar wußte, was seine Unterschrift unter den Mobilisationsbefehl bedeutete. Sasonow drängt: „ordonner la mobilisation générale“,

„Très pâle et la gorge étreinte l'Empereur lui répond: Songez à la responsabilité que vous me conseillez de prendre! Songez qu'il s'agit d'envoyer des Milliers et des Milliers d'hommes à la mort!“

Die Mobilmachung in Rußland wurde am 29. Juli befohlen, zur selben Zeit als Grey und Lichnowsky die rettende Formel gefunden hatten.

Die Lüge, daß die russische Generalmobilmachung durch die österreichische hervorgerufen worden sei, ist erwiesen. Paléologue selbst ist Zeuge dafür, durch seine Depesche vom 29. Juli 1914, französisches Gelbbuch Nr. 100. Rußland hat am 29., Oesterreich-Ungarn erst am 31. Juli die ganze Streitmacht mobilisiert. Der französische Souschef des Generalstabes, General Boisdeffre, und der Kaiser Nikolaus sind nach dem Zeugnis der Akten schon 1892 darüber einig: Die Mobilmachung ist der Krieg! Der frühere russische Generalstabschef General Gurko bezeugt:

Digitized by Google

„Vom deutschen Gesichtspunkt gesehen war der Beginn der russischen Mobilisierung gleichbedeutend mit der Notwendigkeit für Deutschland, unverzüglich die militärischen Operationen zu beginnen. Folglich bedeutete die russische Mobilisierung für Deutschland die Notwendigkeit, den Krieg zu erklären, ohne einen einzigen Tag zu vergeuden".

In Paris belügt der Minister des Auswärtigen Viviani am 31. Juli gegen Abend den deutschen Botschafter: Wir wissen nichts von russischer Mobilmachung! Dabei war am Morgen Paléologues Telegramm eingegangen: „Volle Mobilisation der russischen Armee ohne Ausnahme". Warum hat er das getan? Weil er als notwendige Folge deutsche militärische Maßnahmen erwartete und durch deren Bekanntgabe ohne die der russischen Mobilmachung die öffentliche Meinung auf den Krieg „vorbereiten" wollte.

Genug hiermit, es hätte genügt, den versammelten Ententestaatsmännern diese Dinge vorzuhalten, und am selben Tage hätten Kabel und Radiogramme sie in alle Welt getragen, und alle Welt hätte erstaunt, bestürzt, erschüttert aufgehorcht ob dieser für sie absolut neuen Tatsachen. Mit „Schonung" des Gegners war nichts mehr zu gewinnen; warum also hat der Minister nicht gesprochen?

Wir haben mit diesen Fragen unseren Standpunkt zu der von Herrn Dr. Simons in London befolgten Methode gewahrt und danken ihm im Uebrigen für seine Entschlossenheit. Es scheint kein Grund vorhanden zu sein, ihm wegen dieser — nicht ungewichtigen — Differenzen das Vertrauen zu versagen. Er hat nicht durchaus geschickt, aber er hat mutig und pflichttreu gehandelt. Die von ihm im Einverständnis mit Regierung und Volk getroffene Entscheidung führt Deutschland auf die planmäßig von der Entente für uns aufgestellte und gerüstete Folterbank. Man wird bemüht sein, uns nichts an Quälereien, Stichen, Schlägen, Stößen, Zerren, Daumschrauben und was sonst Foltererbrauch ist, zu schenken. Mögen sie! Die Nemesis für Wortbruch, für „ehrloses und törichtes" Handeln schreitet schneller, als viele glauben. Sie ist schon unterwegs — Deutschland hat keinen Grund, sie durch Schwäche und Nachgiebigkeit aufzuhalten.

Berlin und London

Von Dr. Theodor Heuß

Man mag sich darüber streiten, wer eigentlich in London nein gesagt habe, Simons oder Lloyd George. Die Negation muß solange der Lage den Stempel aufdrücken, als jegliche Freiheit der Verhandlung bei den Begegnungen der Staatsmänner ausgeschaltet ist. Diese Freiheit ist bei den gegnerischen Regierungen in noch geringerem Umfange

Digitized by Google

vorhanden als in Deutschland. Denn Briand fühlt in seinem Rücken die lauernde Nähe der Tardieu und Poincaré, und Lloyd George, der großmütige Worte für das Elend Frankreichs findet, ist in Wahrheit an Frankreich gefesselt. Weil er in irgendeinem positiven Leistungswillen und -vermögen schwach ist, hält er gute und interessante Reden der Verschleierung. Es ist für die englische Lage innerhalb der Welt charakteristisch genug, daß auch Robert Cecil, der sich von Zeit zu Zeit als der Führer einer geistig gerichteten Opposition ankündigte, jetzt ganz ohne Vorbehalt hinter seinen Ministerpräsidenten trat.

In Berlin ergab sich während dieser Tage eine nicht ungefährliche Situation. Die großen Geschäftsleute vom Stile Stinnes und die kalten Demagogen der Spielart Breitscheid fanden sich in einer primitiven Auffassung des Parlamentarismus: daß dieser Lähmung der Regierung durch Machtvorschriften von Fraktionen heißen müsse. Die überlegene Klugheit derer, die nicht in einer Verantwortung sitzen, hat oft genug etwas Peinliches. So auch diesmal. Wenn die deutschen Parteien nicht anerkennen, daß Politik persönlicher Einsatz, persönliche Gestaltung ist, dann verderben sie selber die Entwicklung, die aus Vertrauen Führern die Möglichkeit der Wirkung gibt. Das Wort ist viel in der Politik; es gibt Augenblicke, wo das Schweigen mehr bedeutet.

Zum Glück ist das Krisenbedürfnis, das immer in den Tagen relativer Unbeschäftigtheit das Parlament erfaßt, zurückgeworfen worden. Die Mehrheitssozialisten haben ihre innerpolitische Haltung durch eine mit keiner Parteipolemik überflüssig belastete Rede von Wels zu wahren versucht, aber sie haben wenigstens in der Abstimmung der Regierung ihr Vertrauen votiert. Doch sie lehnen es nach wie vor ab, an der Verantwortung teilzuhaben. Wenn man mit ihnen redet, erklären sie, es sei für sie ganz unmöglich, in einer solchen Lage Regierungsgeschäfte des Reiches zu übernehmen. Sie müssen es den „bürgerlichen" Parteien, aus denen das Reichskabinett herausgewachsen, überlassen, den Nachweis zu führen, daß sie die kommende schwere Situation nicht meistern könne. Man verschweigt schamhaft, daß man selber in dem Kabinett Bauer und Müller die Voraussetzungen dieser Situation mitgeschaffen. Man entzieht sich einer aktuellen Verantwortung, um eine geschichtliche Verantwortung zu verunklaren. Das ist der springende Punkt der sozialdemokratischen Politik gegenüber der Reichspolitik, und er ist eine sehr bedauerliche Tatsache.

Denn an ihr krankt eine andere, sehr wichtige Frage der inneren Politik: die Kabinettsbildung in Preußen. Gewiß ist für die Sozialdemokratie die Ueberlegung, ob sie zu einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei kommen könne, nicht einfach. Sie strecken die Fühler nach den Trümmern der Unabhängigen aus, sie können auf die Abtönung des volksparteilichen

Digitized by Google

Wahlkampfes hinweisen. Schön und gut. Aber ihre moralischen Hemmungen glaubt ihnen niemand recht, und was das andere anlangt, den Gegensatz zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsauffassung, so ist das heute wirklich nicht mehr von ernstestem Betracht, seit den Sozialisten wenig so fragwürdig geworden, als was Sozialismus heiße. Die Sozialdemokraten wollen die Volkspartei in Preußen außerhalb der Regierung halten, um im Reich nicht selber in die Regierung gehen zu müssen. Denn sie wissen: ihren Wahlerfolg am 20. Februar verdanken sie nicht den aktiven Leistungen ihrer preußischen Minister, sondern der Entlastung, die sie sich in den Reichsgeschäften gestattet haben.

Die Vertagung der preußischen Regierungsbildung bis nach der oberschlesischen Abstimmung war bei der gegenwärtigen Lage vielleicht unvermeidlich, aber wenn sie auch mit den Stimmen der bisherigen Regierungskoalition wiederholt gelungen ist, so beweißt sie doch auch fast die Unmöglichkeit, die alte Mehrheit wieder für die Regierungsgeschäfte in den Sattel zu heben. Denn eine Regierung, die zu sich selber nicht den Mut hat und nur das Restergebnis von Verlegenheiten darstellt, hat von vornherein eine gebrochene Autorität. Diese Siege sind Pyrrhussiege. Einstweilen wollen die Sozialdemokraten das noch nicht einsehen und versteifen sich. Der äußersten Rechte ist das höchst erwünscht; denn sie bietet nun ihre Dienste aus. Die Sozialdemokratie in Preußen hat zu überlegen, ob sie zu ihrer Unverantwortlichkeit im Reich den verantwortungslosen Streich spielen will, gerade im gegenwärtigen Augenblick einer Politik der Extreme den Weg zu ebnen.

Die Sprachenverwirrung der Konferenzen

Von Dr. Margarete Rothbarth.

Sprachkenntnisse, wie auch Oberkellner sie besitzen, bildeten bei uns leicht die Unterlage des eignen Glaubens an den Beruf zur Diplomatie, namentlich so lange unsre gesandtschaftlichen Berichte, besonders die ad regem, französisch sein mußten, wie es die nicht immer befolgte, aber bis ich Minister wurde, amtlich in Kraft stehende Vorschrift war. Ich habe manche unter unsern ältern Gesandten gekannt, die, ohne Verständnis für Politik, lediglich durch Sicherheit im Französischen in die höchsten Stellen aufrückten, und auch sie sagten in ihren Berichten doch nur das, was sie französisch geläufig zur Verfügung hatten. Ich habe noch 1862 von Petersburg französisch amtlich zu berichten gehabt, und die Gesandten, welche auch ihre Privatbriefe an den Minister französisch schrieben, empfahlen sich dadurch als besonders berufen zur Diplomatie, auch wenn sie politisch als urteilslos bekannt waren." (Gedanken und Erinnerungen. I. Kapitel).

Digitized by Google

War zur Zeit Bismarcks den diplomatischen Verhandlungen eine inhaltliche Schranke auferlegt dadurch, daß alle Delegierten sich in der ihnen nicht immer ganz geläufigen französischen Sprache ausdrücken mußten, so war doch immerhin eine Verständigungsmöglichkeit aller zu gleicher Zeit vorhanden. Inzwischen ist die alte Diplomatie gestürzt worden. Die erste Zusammenkunft der neuen Staatsmänner in Paris zeigte schon rein äußerlich den Unterschied von jeder vorhergehenden politischen Konferenz dadurch, daß in der ganzen großen Friedensversammlung kein Mann von altem Adel vertreten war. Der einzige „Baron", Sonnino, hätte keine Ahnenprobe bestehen können.

Der französische Zopf war der Diplomatie schon längst abgeschnitten worden. Rücksicht auf sprachliche Kenntnisse bildete bei der Berufung dieser hominum novorum keine Rolle. Welches war also die gemeinschaftliche Basis, auf der sie die Verhandlungen führten?

An sich ist es ja kein Wunder, daß eine Versammlung, deren Vertreter aus allen fünf Erdteilen zusammengekommen sind, sprachliche Schwierigkeiten hat. Trotzdem hat es überall das größte Aufsehen erregt, als man aus dem Buch von Keynes erfuhr, daß im Rat der Fünf Clemenceau der einzige war, der Französisch und Englisch verstand. Daß ein solches Hindernis der Verständigung im Konklave vorhanden war, was bisher nicht in profanen Kreisen bekannt gewesen. Aber wirklich: Lloyd George und Wilson konnten nur Englisch, Orlando nur Französisch. Keynes sagt mit Recht, daß es von welthistorischer Bedeutung war, daß Clemenceau beide Sprachen beherrschte. Auf diese Weise hatte er von vornherein in den Sitzungen ein Uebergewicht, dessen Bedeutung man gar nicht zu hoch bemessen kann, gegenüber denjenigen, die erst durch Dolmetscher über den Gang der Verhandlungen unterrichtet werden mußten.

Bei Beginn der Tagung hatte Pichon, der französische Außenminister, vorgeschlagen, daß Französisch die Konferenzsprache sein sollte. Dies stieß selbstredend auf heftigen Widerstand bei Wilson und Lloyd George. Wilsons wichtigstes Gegenargument bestand darin, daß Englisch die offizielle Sprache des Ostens und außerdem einer überwiegend größeren Zahl von Menschen sei. Dagegen verfocht Clemenceau den Standpunkt, daß, wenn Englisch ebenfalls Anspruch auf Zulassung erhebe, dann auch Italienisch dasselbe Recht hätte; deshalb trat er dafür ein, drei offizielle Sprachen aufzunehmen, mit der Einschränkung, daß bei schwierigeren Auslegungen der französische Text maßgebend sein solle. Trotz der Einwände, die gegen Clemenceaus Lösung des Problems erhoben wurden, nämlich, daß dies faktisch doch einen Sieg des Französischen bedeute, gelang es ihm schließlich, in seiner sarkastischen Weise sein Ziel zu erreichen, indem er spöttisch bemerkte, daß es ein schlechter Anfang für den Völker-

Digitized by Google

bund sei, wenn man bei solchen Kleinigkeiten sich so lange aufhielte. Damit berührte er Wilsons empfindliche Stelle und seine Vorschläge wurden angenommen, ohne daß man bedachte, in welchem Grade die Sprachenfrage wirklich einmal für den Völkerbund eine Klippe von ausschlaggebender Bedeutung werden könnte.

Der Geschäftsgang war dann so, daß im Anfang erst in einer Sprache verhandelt und dann in die andere übersetzt wurde. Natürlich hat darunter das Tempo der Verhandlungen sehr gelitten, denn alles mußte wiederholt werden. Es entstanden im Rate der Zehn natürlich dann Gruppen, die sich laut unterhielten oder weiter disputierten, während die übrigen erst einmal Verdeutlichung dessen erhielten, was gerade vorgegangen war und alles in Aufregung versetzt hatte. Im Rate der Fünf wurde es dann ganz anders. Die Japaner zogen sich von allen Angelegenheiten, die nicht Asien betrafen, ganz zurück, vermutlich gerade wegen der Schwierigkeiten, die ihnen die fremde Sprache bot. Es wurde dann nur noch englisch verhandelt, und Lloyd George, Wilson und Clemenceau bedurften hier keiner Uebersetzung. Orlando hatte neben sich einen Dolmetscher sitzen, der ihm andauernd ins Ohr flüsterte, was eben Wichtiges vorging. Durch diese Regelung wurden Orlandos sonstige großen Fähigkeiten durchaus brachgelegt, und er geriet in eine starke Abhängigkeit zu Clemenceau. So sicher war Clemenceau nachgerade seiner Gefolgschaft geworden, daß er zuweilen auf die Uebersetzung ins Französische verzichtete, weil er ja doch von vornherein der Zustimmung Orlandos gewiß sein durfte.

Eine der wichtigsten Persönlichkeiten in Paris war infolge dieser Konstellation Professor Mantoux, dessen sprachliche Begabung geradezu phänomenal sein muß. Mantoux, ein junger, hochbegabter Jude, der vor dem Krieg einen Lehrauftrag für neuere Geschichte in London hatte, ist jetzt Direktor der politischen Sektion des Völkerbundes. Seit Kriegsausbruch hat er an allen Konferenzen teilgenommen, in Paris, in London, in Boulogne und Calais. Nicht nur im Rat der Zehn, wo immerhin Sir Maurice Hankey Protokolle verfaßte, spielte er eine große Rolle, sondern auch später im Rat der Fünf, wo es keine Protokolle gab und er der einzige Outsider war. Die Fama berichtet, daß er sich immer Notizen nach den Sitzungen gemacht habe, und in seinem einzigartigen Gedächtnis sowie diesen Aufzeichnungen liegt heute alles vereinigt, was die Nachwelt über den Pariser Kongreß je erfahren könnte. Ganz selten wird berichtet, daß er eine falsche oder ungenaue Uebersetzung sich geleistet hätte.

Es ist bekannt, daß Sachkenntnis nicht immer zu den vorzüglichsten Eigenschaften der Deligierten gehörte, die Europas Schicksal entschieden, und Mantoux's kluger Kopf soll zuweilen Fragen, die auf bedenkliche Lücken schließen lassen konnten, in seiner Uebersetzung verdeckt haben.

Digitized by Google

Als einer der Delegierten einmal sagte: „Es ist ungerecht, die Sünden des Vaters an dem unschuldigen Sohn zu rächen; Karl I. soll nicht büßen für das, was Franz Joseph getan hat"; da übersetzte Mantoux schlagfertig: „Es ist ungerecht, die Sünden des Onkels an dem unschuldigen Neffen zu rächen." Clemenceau, dessen Luchsohren dieses kleine Intermezzo natürlich nicht entgangen war, rief ihm mit vergnügtem Augenzwinkern zu: „Sie werden Ihre Stelle verlieren, wenn Sie weiter so verkehrt übersetzen!"

Wenn man durchaus begreift, daß beispielsweise Botha, der nur Englisch und Holländisch konnte, als Schiedsrichter zwischen Ruthenen und Polen eines Uebersetzers bedurfte, so ist die Einsprachigkeit der führenden Politiker immer wieder von neuem verwunderlich. Bei der feierlichen Begrüßung zwischen Wilson und Poincaré am 14. Dezember 1918 auf dem Bahnhof in Paris vermag selbst der byzantinische Hofhistoriograph Wilsons die Situation nur so zu schildern: „Die beiden Präsidenten schüttelten einander lang und herzlich die Hand. Sie murmelten etwas und schienen einander zu verstehen, obgleich der eine kein Französisch, der andere kein Englisch sprach; aber in solchen Augenblicken gibt es eine Sprache, die jeder versteht." Des Humors dieser Situation ist sich der gute Mann anscheinend nicht bewußt. Doch die tragische Seite dieser Verwicklung ist bei Vertiefung in diese Frage doch vorherrschend. Eine Unzahl Mißverständnisse sind darauf zurückzuführen, Verschleppungen der Verhandlungen, falsche Auslegungen. Als endlich am 3. Februar, also fast zwei Monate nach Wilsons Ankunft in Europa die erste Völkerbundkommission zusammentrat und Wilson ihr den ersten Entwurf gedruckt vorlegte, da stellte sich sofort heraus, daß die beiden französischen Delegierten, Bourgeois und Larnaude, ebenso wie die italienischen, nämlich Orlando und Scialoja, kein Englisch konnten, so daß erst wieder eine französische Uebersetzung angefertigt und gedruckt werden mußte, was einen neuen Aufschub der Tagung bedeutete. Die Verhandlungen selbst waren auch in diesem engeren Kreis von Sachverständigen, genau wie im Rat der Zehn, durch die ständigen Uebersetzungen langsam und schleppend.

Auf der Völkerbundtagung in Genf dasselbe Schauspiel. Wieder der Kampf um die offizielle Sprache, wieder die Schwierigkeit der Verständigung. Nachdem Französisch und Englisch als die Konferenzsprachen, in die übersetzt werden und in denen die Veröffentlichungen erscheinen, sollen festgelegt waren, wurde von vierzehn Delegationen ein Antrag gestellt, Spanisch als dritte offizielle Sprache zuzulassen. Zu diesen Vierzehn gehörten Spanien, Cuba, die südamerikanischen Republiken, Dänemark, Großbritannien und Belgien. Der Vorschlag wurde zurückgewiesen, und die Kommission brachte dafür die Empfehlung ein, daß man, um dieses Problem zu lösen, in der Geschäftsordnung keine Anspielung auf eine offizielle Sprache machen

Digitized by Google

solle. Dies ist natürlich reine Vogel-Strauß-Politik, durch die keineswegs der Sache gedient ist. Es ist daher auch nicht zu verwundern, wenn immer mehr der Ruf nach der Weltsprache ertönt. Esperanto wird daher von Brasilien, Columbien, Haiti, Belgien, Chile, China, Südafrika, Italien, Indien, der Tschechoslowakei und Persien als der einzige Ausweg erklärt. Sie haben die Versammlung gebeten, eine Entschließung anzunehmen, daß der Völkerbund mit Interesse den offiziellen Unterricht von Esperanto in den öffentlichen Schulen einiger Glieder des Völkerbundes verfolge, daß er hofft, dieser Unterricht werde bald allgemein werden, so daß alle Kinder eine internationale Sprache, so gut wie ihre eigene lernen, und daß er den Generalsekretär bittet, auf der nächsten Versammlung über dieses Thema zu berichten. Auf diese Eingabe hin hat die Versammlung beschlossen, bei der nächsten Tagung des Völkerbundes auch das Problem der Weltsprache zur Diskussion zu stellen. Esperanto freilich wurde abgelehnt. Dort sollen merkwürdigerweise manche seiner Gegner im privatem Gespräch eine Lanze für Latein gebrochen haben, das doch einmal das Verständigungsmittel der gelehrten Welt gewesen ist.

Die Klagen über die Verlangsamung der Verhandlungen ist ja in Genf nicht der einzige Uebelstand, der die Wiederholung in einer anderen Sprache mit sich bringt. Vor allem fehlt der Uebersetzung jedes Pathos, jeder Schwung. Abgesehen von den Fehlern und Entstellungen, die natürlich auch hier reichlich vorkommen, wird in jeder Versammlung bei der Wiederholung der Rede in den Gruppen, die das alles schon einmal gehört haben oder die die andere Sprache überhaupt nicht verstehen, disputiert und geplaudert. Es ist ganz unmöglich, daß die ganze Versammlung einmal hingerissen wird durch einen Redner, der an aller Herzen greift, daß sie eine schlagfertige Antwort, ein Wortspiel, das das Entzücken der einen Hälfte ist, in ihrer Gesamtheit sofort miterlebt. Zweimal ist es in Genf überhaupt erst geglückt, daß ein Uebersetzer vollkommen die innere Erregung, die in einer Rede zitterte, wiedergab. Das eine Mal war es bei der Rede von Barnes über den Krieg zwischen Polen und Rußland, den nach seiner Ansicht der Völkerbund hätte verhindern müssen; das andere Mal bei Robert Cecils großer Ansprache in der ersten Woche, als er den oratorisch wirksamen Schluß fand: Er betrachte es als gutes Vorzeichen für die weitere Arbeit des Völkerbundes, daß gerade er als Vertreter Südafrikas hier stehe und daß ihn General Smuts dazu ernannt habe, derselbe Smuts, der vor ungefähr zwanzig Jahren im Burenkriege einer der heftigsten Kämpfer gegen England war, und als leitender Führer der gegnerischen Armee Lord Robert Cecils Vater sich gegenüber hatte. Der Uebersetzer, der fast ohne Notizen, ganz seinem Gedächtnis folgend, unter dem Eindruck einer tiefen Erregung diese beiden Reden so vorzüglich wiedergab, hat sein bescheidenes Teil Berühmtheit errungen, genau so

Digitized by Google

gut, wie die Dolmetscher der anderen großen Konferenzen. Aber wenn auch die Dienste von Mantoux in Paris, von Camerlynck in Brüssel, von Privat in Genf hervorragend waren und absolute Leistungen darstellten, so kommt man doch nicht über das Problem hinweg, das diese Konferenzen jetzt gezeigt haben und das für die zukünftige Entwicklung des Völkerbundes eine entscheidende Rolle spielt: Wird die künstliche Sprache Esperanto einst den Sieg davontragen oder wird sich das lebendige Englisch, das heute schon von so vielen Menschen gesprochen wird, ganz von selbst zur Weltsprache entwickeln?

Völkerbund und Weltsprache — beide sind innig miteinander verflochten, beider Wachstum und Sieg sind voneinander abhängig.

Budapester Eindrücke

Von Dr. Gustav Erényi.

Man kann heute aus Deutschland keine Reise nach Budapest unternehmen, ohne zugleich Deutsch-Oesterreichs Hauptstadt zu berühren. Da bietet sich denn zum Vergleich zwischen diesen beiden Krüppeln des neuen Mitteleuropa eine günstige Gelegenheit. Wien ist freilich um vieles schlimmer daran. Aber Budapest macht einen unendlich verwahrloseren Eindruck, trotzdem sich hier die Ernährungsverhältnisse dank vielfältiger Beziehungen zum Lande für die breiten Schichten bei weitem vorteilhafter gestalten. Der dünne, nur für die Oberfläche bestimmte Kulturkitt von ehemals konnte den Erschütterungen der letzten Jahre nicht standhalten, und es scheint, als ob sich keine schützende Hand mehr über gerechte Interessen der Allgemeinheit erheben würde.

So vor allem in der Heizfrage. Zweifellos ist es um die Kohlen- und Holzbelieferung von Budapest infolge Wegfalls bedeutsamer Bergwerke und fast sämtlicher Waldungen, chronischer Transportschwierigkeiten und des gespannten Verhältnisses mit den Nachbarstaaten gar übel bestellt. Die verfügbaren Quantitäten wandern jedoch trotz des Bestehens einer kommunalen „Kohlenkommission" von riesenhaftem Umfange durch die Hände etlicher Zwischenhändler um Phantasiepreise in den Besitz der Zahlungsfähigsten. Und während das Bestreben, die Sperrstunde für das übermütige Kaffeehaustreiben vor Mitternacht festzusetzen, am vereinten Widerstande der Besitzer und Besucher scheitert, müssen die Schulen, die zum größten Teile seit Mitte Oktober ununterbrochen feiern, daran glauben.

Das Rationierungssystem versagte in Budapest am ehesten, obschon es hier als Verbrauchsregulator für die so unökonomisch verlebte Krisenzeit und als eine Abwehr gegen die herkömmlichen Unarten des Handels mehr als westwärts berechtigt gewesen wäre. Es gelang jedoch noch

Digitized by Google

viel weniger als im Westen, eine brauchbare Kontrollorganisation zu schaffen, und während Ungarn als Kriegsteilnehmer die Verbündeten um entbehrliche Lebensmittelbeiträge geschmälert hat, sabotiert nun im Lande dürftiger gewordener Rationen die eine Schicht forsch auf Kosten der anderen. Für den sich maßlos bereicherten Bauernstand gelten freilich keine behördlichen Maßnahmen, er trotzt jeder Preisbestimmung und hat sich zum empfindlichen Nachteil der städtischen Mittelklasse von dem produktionsregulierenden Einfluß der Großstadt gänzlich losgesagt. Lebensmittelkarten und Maximalpreise bestehen in Ungarn schon seit langem nur zum Schein, und es hat einen operettenhaften Anstrich, wenn nun zu ihrem Schutze die Prügelstrafe herhalten soll. Aller offiziellen Scharfmacherei zum Trotze fällt die Mehl- und Milchversorgung der Hauptstadt nur zu kläglich aus. Von den Mängeln der letzteren zeugt die erschreckende Statistik über Säuglingssterblichkeit.

Die restliche Energie der amtlichen Fürsorge gilt bezeichnenderweise den Ernährungsansprüchen der Beamtenschaft. Wenn die staatlichen und städtischen Angestellten heute in allen Ländern, die ökonomisch brachliegen, mehr oder weniger darben müssen, so ist diese traurige Erscheinung eben Folge und Gradmesser der allgemeinen Wirtschaftskrise. Rosig ist nun gewiß auch die Lage der Budapester Beamten nicht. Aber es besteht hier das Bestreben, sie durch namhafte Beschaffungsprivilegien aller Art einem willkürlichen Regierungsprogramm lückenlos zu verpflichten. Neben der produktionsenteignenden Hauptschicht: dem Bauerntum, regt sich hier ein bescheidenerer Usurpierungswille in Regierungskreisen, ein hübsches Seitenstück zur bolschewistischen Beamtenherrlichkeit.

Nimmt man zu solchen Symptomen den Konkurs des Budapester Verkehrswesens, den lauten und unlauteren Straßenhandel, die unmenschliche Ueberfüllung der Kleinwohnungen und den fortschreitenden Verfall aller Bauten und Anstalten hinzu, so liegt hier ein Spezialfall der Balkanisierung Mitteleuropas vor, der den zahlreichen in Budapest ansässig gewordenen Ententemissionen zu denken geben sollte. Indes lassen es diese Körperschaften nach wie vor bei einem Schäferspiel der politischen Andeutungen und Zweideutigkeiten bewenden, das auf die Machenschaften der ungarischen Politik fördernd einwirkt.

Diese Politik machte während der letzten Monate eine doppelte Wandlung durch. Einerseits verlor sie an jener Eruptivität und Brutalität, die nach der Straße verlangte und der restlichen Organisierungstüchtigkeit halbamtlicher Kreise entsprossen war. Die Budapester Straßen können nächtlicherweilen wieder gefahrlos passiert werden, und auch aus der Provinz werden Fälle einer reaktionären Gewaltsherrschaft spärlicher bekannt. Nur die Gegend von Debreczin, das nordostungarische Flachland, leidet noch unter krassen Ausschreitungen der Beamten- und Offiziers-

Digitized by Google

willkür. Das politische Temperament des Magyarentums schlägt rasch ins Gegenteil um, und schon wurden in der Nationalversammlung gewichtige Stimmen gegen die religiöse Unduldsamkeit laut. Auch der neuerliche Zusammenschluß der links gerichteten Bürgerlichen gegen die regierende Unterdrückungstendenz spricht von einer Neubelebung des freien Gedankens.

Während jedoch eine Milderung der äußerlichen Gewalt nicht zu verkennen ist, beginnt andererseits jetzt erst deutlich durchzusickern, was der Terror langer Monate nur ahnen ließ: ein Programm der ständischen Restitution bis hinauf zu Habsburg, um gleichsam auf diesem Umwege eine Art Vorbedingung für das Ungarn der früheren geographischen Grenzen zu schaffen. Die Hauptstützen des alten Staates, die man anfangs auf den „christlich-nationalen" Regierungsbänken vermißte, kehren nun allmählich alle wieder unter die Fittiche des nämlichen Regimes zurück. Daß die Absichten und Methoden der Regierung sich noch immer gegen die Ueberzeugung breiter Schichten durchsetzen müssen, beweist die Knebelung der Presse. Die Wirkungssphäre der ungarischen Zensur geht erheblich über die Schranken der Kriegszensur hinaus und gestaltet im Effekt die offene Stellungnahme der oppositionellen Blätter illusorisch. Auch versuchte man durch eine monströse Gesetzesvorlage, die allerdings nicht durchgedrungen ist, politische Ueberzeugung und Vaterlandsverrat wirksam zu verquicken. Neuerdings befaßt man sich mit der nicht weniger ungeheuren Idee, die Pressezensur formell aufzuheben, dafür aber allen in die revolutionären Verwicklungen verstrickten, beziehungsweise ihrer Propagierung verdächtigen Journalisten den Prozeß zu machen.

Die ungarische Boulevardpresse kann einer tätigen Mitschuld an den Verwicklungen der letzten Zeitläufte gewiß nicht freigesprochen werden. Dürfte aber die Sensation eines „Journalistenprozesses" zur sittlichen Reinigung beitragen in diesem Lande tagsüblich gewordener Monstreprozesse? Das nach halbjähriger Verhandlung verkündete Todesurteil gegen vier gemäßigte und mäßigende Machthaber der kommunistischen Aera erweckte Widerwillen in weiten Kreisen und mußte, nachdem in der Begründung des Urteils „keine Gnade im Himmel und auf Erden" zugebilligt wurde, schließlich auf einen Druck der russischen Sowjetregierung, die mit Repressalien aller Art gedroht hatte, widerrufen werden. Der Hauptprozeß in der Mordaffäre des Grafen Tisza ist für die nächsten Wochen anberaumt, und die Staatsanwaltschaft entschloß sich endlich infolge schwerwiegender Verdachtsmomente den Hauptanführer und ersten Ministerpräsidenten des „neuen Kurses", Stefan Friedrich, in den Anklagezustand zu versetzen. Seine Verhaftung erschien jedoch überflüssig, da „keinerlei Fluchtgefahr vorliegt." Fast zur selben Zeit optiert Friedrich im Parlamente für eine Umorientierung nach deutscher Seite, da die Ge-

Digitized by Google

fühlsannäherung an die Entente versagt habe. Armer Yorick, armes Deutschland —!

*

Im Laufe meines Budapester Aufenthaltes nahm ich die Gelegenheit wahr, um mich im Ministerium des Aeußeren über die Richtlinien der allerneuesten ungarischen Politik zu informieren. Die Auskünfte, die einem an dieser Stelle erteilt werden, sind äußerst vorsichtiger Art. Das ehrliche Bestreben nach einem auskömmlichen Verhältnis zu allen Nachbarstaaten wird hervorgehoben, auf jene lockeren diplomatischen und wirtschaftlichen Konventionen hingewiesen, die zwischen Ungarn und den angrenzenden Neubildungen getroffen wurden, auch des wiedereingeführten Expreßzuges gedacht, der Paris und den Balkan — allerdings für Preise, die der ungarischen Valuta unerschwinglich sind — über Budapest verbindet. Es wird in Abrede gestellt, als wenn eine besondere „französische Orientierung" ungarischerseits bestehen würde. Man heiße allenfalls das französische Kapital — wie jedes andere — willkommen, und es sei wahrhaftig nicht Ungarns Schuld, wenn sich die Franzosen eindringlicher als die anderen Westmächte für die ungarische Wirtschaft interessieren.

Aeußerst charakteristisch lautet die Aufklärung über den Stand der Königsfrage. „Die ungarische Regierung" — heißt es — „steht auf dem Standpunkt, dieses Problem bis zur völligen Konsolidierung der Lage unberührt zu lassen, zumal zu seiner Erörterung keinerlei Veranlassung vorliegt, da König Karl bisher nicht rechtsmäßig abgedankt hat." In dieser verzwickten Formulierung ist die ganze Methodik der gegenwärtigen Regierung enthalten. Es gilt eine in der Tat recht unaktuelle, von dem Weltgeschehen und der Stellungnahme der einzelnen Parteien nicht loslösbare Frage als „erledigt" einzuschmuggeln, während sie für den Schein ad acta gelegt werden soll . Wie weit es mit der einstweiligen Beseitigung dieses Problems her ist, beweisen die Keilereien, die unter den Devisen „Habsburg" und „freie Königswahl" seitdem auf der Tagesordnung sind. Durch eine großzügige Fusion, die wohl seit langem vorbereitet, aber nicht angedeutet war, erstand um den Ministerpräsidenten Graf Teleki eine mächtige Partei der Habsburganhänger. Auch der sonst so diplomatische Graf Andrassy schließt sich nun vorbehaltlos dieser Gesellschaft an, Graf Apponyi huldigt in Prangins persönlich seinem legalen Herrscher, und der im Wiener Exil verweilende einstige Justizminister Vázsonyi, verpönt als Jude und als Haupt der demokratischen Partei, strebt im Zeichen Habsburg nach Gleichberechtigung und neuer Macht.

Es steht außer Zweifel, daß die Grundsteine zu einem solchen Zusammenschluß noch zu einer Zeit gelegt wurden, da es sich mit habsburgischen Losungen in gewissen französischen Kreisen nicht ohne Erfolg operieren ließ. Seitdem kam der Vertrag zu Rapallo zustande, Benesch gab un-

Digitized by Google

abläſſig das Alarmſignal und zu guter Letzt ließ es denn eine der Ab
wechſlung haber wieder mal ſcheineinige Entente durch ihren Budapeſte
Vertreter, Mr. Hohler, auch an einem feierlichen Proteſt nicht fehle
Es ſcheint die Tragik der ungariſchen Ränkepolitik zu ſein, daß ſi
Von Budapeſt aus weltbeſtimmend wirken möchte und daß ſie ſeit K
rolyi und Béla Kun ihre Haupttrümpfe ſtets gegen ſich ſelbſt ausſpiel
Der Habsburgerlärm tönt — ins Europäiſche überſetzt — nur zu fei
nach Grabgeſang. Und noch immer keine Dispoſition zu ſchlichteren Tönen.

Von einer nicht geringen Ueberhebung zeugt auch die Programmred
des neuen Finanzminiſters Roland v. Hegedüs. Eine unſtreitige Bank-
kapazität und ein Liberaler vom alten Schlage, der ſich nichtsdeſtoweniger
zum freudigen Pakt mit einer ſanierungsdürftigen Reaktion verſtand,
kennt Hegedüs ſeine braven Pappenheimer. Er tritt nicht etwa mit peſſi-
miſtiſchen Darlegungen auf den Plan, wie es im verzagteren Weſten
üblich war. Als Wunderdoktor führt er ſich ein, dem das Rettungswerk
totſicher gelingen ſoll, wenn man nur ſeinen ſtark gezuckerten Syrup
willig hinunterſchluckt. Finanztechniſch iſt der Entwurf von Hegedüs voll
der glänzendſten Einfälle. Nur vergißt er anſcheinend, daß man zu einer
Zeit der zerrütteten Geſamtwirtſchaft den Karren mit der Finanztechnik
allein nicht aus dem Schlamm ziehen kann. Der bequemſte ſeiner Sa-
nierungspunkte, die weſentliche Herabſetzung der Prozentſätze aller Staats-
obligationen, ſchädigt auch empfindlich die reichsdeutſchen Eigentümer unga-
riſcher Kriegsanleihenſcheine. Von der 20prozentigen Sperre aller Privat-
guthaben, die zur Sanierung der Staatsfinanzen die Grundlage bieten
ſoll, ſind die Vermögen der Ausländer nicht betroffen, nur Oeſterreich
wird eine ſolche Sperre als Vergeltungsmaßnahme für das weſtungariſche
Raumgreifen in Ausſicht geſtellt.

Eine eigene Methode erſann Hegedüs, um die Beſitzer von Immobilien
und Unternehmungen zur unverſchleierten Wertangabe anzuhalten. Der
Staat akzeptiert ohne Nachprüfung jede Angabe, behält ſich jedoch das
Recht vor, gewiſſe Objekte im gegebenen Fall um den Selbſtſchätzungswert
zwangsweiſe zu erwerben. Das iſt zweifellos ein guter finanzpolitiſcher
Witz, ein Schulbeiſpiel für den ſogenannten Krokodilſchluß, — in der
Praxis jedoch ein viel zu einfaches Rezept gegen Steuerflucht, das man
gewiß ſchon längſt angewendet hätte, wenn es ſich eben anwenden ließe.
Neueſtens verſucht es Herr Hegedüs trotz ſeiner untrügbaren Vermögens-
ſteuer mit neuen Jagd- und Zündholzgebühren und weiſt mit nicht ge-
ringem Stolz auf ſeinen bisherigen Erfolg hin: die öſterreichiſche Va-
luta bereits unter die ungariſche „herabgedrückt“ zu haben.

Fürwahr hat Ungarn bei fortgeſetzter Stagnation ſeiner Wirtſchafts-
kräfte den zweifelhaften Troſt des Schwachen, daß es dem öſterreichiſchen
Nachbar noch um vieles ſchlechter ergeht.

Digitized by Google

Ein weißer Rabe unter den englischen Sozialisten

Brailsford's neues Buch „After the Peace."

Von Lina Richter.
Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für eine Politik des Rechts (Heidelberger Vereinigung)

Bei allen Erwägungen, wie wohl eine Revision des Versailler Vertrages zustande kommen könnte, spielt die Hoffnung auf die englische Arbeiterpartei eine große Rolle. Es sind dabei folgende Tatsachen in Rechnung zu setzen.

1. Die englische Arbeiterpartei teilt mit den deutschen sozialistischen Parteien die Spaltung in eine radikal gerichtete, dem Kommunismus nahestehende, und in eine gemäßigte, gewerkschaftliche Richtung. Für die politischen Entschlüsse der großen Menge maßgebend ist in beiden Ländern das Klasseninteresse in ziemlich engem Sinne.

2. Anders als in Deutschland ist eine große Anzahl intellektueller vom linken Flügel des Liberalismus kommender Idealisten nicht nur in die Partei eingetreten, sondern spielt in derselben eine führende Rolle und begegnet nicht dem in Deutschland herrschenden Mißtrauen gegen die „Akademiker". Sie haben die ausgesprochene Absicht, die Arbeiterpartei zu „liberalisieren", d. h. ihr weitere Ziele zu stecken als nur das Wohl ihrer eigenen Klasse.

3. Soweit die englische Arbeiterschaft in letzter Zeit wichtige Schritte getan hat, schienen diese mehr die erste wie die zweite der obengenannten Tatsachen zu bestätigen. Es sind wohl Resolutionen zugunsten der irischen Freiheit oder gegen den Versailler Vertrag in Arbeiterkongressen gefaßt worden; irgendwelche Aktionen sind aber nicht darauf gefolgt.

Nun ließe sich vielleicht voraussehen, daß in nicht langer Zeit der Zusammenhang zwischen der gewaltigen Erwerbslosigkeit in England und dem Ruin der deutschen Kaufkraft die englische Arbeiterschaft zu Schritten gegen die Versailler Politik treiben könnte. Damit aber diese Schritte Erfolg hätten, müßte ein großes Hindernis überwunden werden: der Parteiegoismus der in den zwei Arbeiterparteien (Arbeiterpartei und Unabhängige Arbeiterpartei) allein parlamentarisch aktionsfähig gewordenen Masse. Das Klasseninteresse ist noch weitherzig gegenüber dem Parteiinteresse, und diesem letzteren beugen sich leider zum großen Teil auch jene intellektuellen Führer, die die Partei veredeln wollten. So hat selbst Ponsonby in der „Nation" in unzweideutigen Worten erklärt, die Arbeiterpartei würde weder eine Koalition zum Zweck der Regierungsbildung, noch selbst Wahlbündnisse eingehen, denn damit würde sie ihr Parteiinteresse schädigen. Diesem würde es vielmehr entsprechen, lieber ein paar Jahre länger selbst noch eine Regierung Lloyd Georges zu ertragen und dadurch den Weg zu einer reinen Arbeiterregierung zu be-

Digitized by Google

reiten, als mit geteilter Macht vorlieb zu nehmen, die vielleicht schon jetzt zu erreichen wäre. Und ganz entsprechend dieser Haltung hat bei allen letzten Nachwahlen die Arbeiterpartei die hingestreckte Hand des freien Liberalismus abgewiesen und ihn vor die Wahl gestellt, entweder seine Kandidaten zurückzuziehen oder es auf einen sogenannten „dreieckigen" Kampf ankommen zu lassen, der bei dem Mangel eines Stichwahlverfahrens im englischen Wahlrecht unweigerlich zu einem Sieg des Regierungskandidaten über die gespaltene Opposition geführt hat.

Es ist deshalb von besonderem Interesse, von einem Führer der unabhängigen Arbeiterpartei, Brailsford, zum ersten Male die Meinung vertreten zu hören, daß diese Taktik vor der gewaltigen Notlage Europas zurückzutreten habe.

Im November 1920 ist ein Buch von Brailsford erschienen „After The Peace" *) Der „Manchester Guardian" (26. November) widmet dem Buch eine sehr anerkennende Besprechung und sagt mit Recht:

Die Frage, die er stellt, . . . wird nicht zum ersten Male in diesen Seiten angeschnitten, aber das Problem ist einfacher und dennoch umfassender behandelt, als es bisher irgendwo geschehen ist. Nähern wir uns innerhalb einiger weniger Jahre dem Punkt, wo es allgemein offenkundig werden wird, daß unter dem kapitalistischen System wir nicht mehr die Nahrungsmittel, Heizmittel, Kleidung und Häuser bekommen können, die zur Erhaltung der dichten Bevölkerung Europas auf einem zivilisierten Niveau des Behagens und der Wohlfahrt notwendig sind?

Oder an anderer Stelle: Vielleicht hat in diesem grausamen Krieg und diesem erbarmungslosen Frieden unsere kapitalistische Gesellschaft bis zu einem selbstmörderischen Grade einen Mangel an Geist der Brüderlichkeit und gegenseitigen Hilfsbereitschaft enthüllt.

Der Geist der gegenseitigen Hilfsbereitschaft und Brüderlichkeit fehlt allerdings auch gänzlich bei dem bisherigen Verhalten der englischen Arbeiterpartei, und darum klingt Brailsfords ganzes Buch in die Mahnung aus:

Nichts in der heimischen Politik kommt der Wichtigkeit des einen Problems gleich: Ob die Zivilisation Europas von kapitalistischem Imperialismus zerstört werden soll oder nicht. Suchen wir uns alle Verbündeten, die wir entdecken können, seien sie Liberale oder Tories. Man spielt nicht das Parteispiel, wenn Millionen von Mitmenschen vor unseren Augen zugrunde gehen.

Für eine Heilung Europas, wenn einmal eine revisionsbereite Regierung in England am Ruder wäre, sieht Brailsford folgende Entwicklungsmöglichkeiten voraus:

Zunächst bezweifelt er, daß eine Regierung aus der heutigen Arbeiterpartei ihre guten Absichten für eine Revision der Friedensverträge leicht würde durchführen können. Ueberall würden die Alliierten den Widerstand ihres Nationalegoismus entgegensetzen und sich zu diesem Zwecke zu-

*) After The Peace. By H. N. Brailsford, The New Era Series Volume Four London, Leonhard Parsons, Portugal Street.

Digitized by Google

sammenschließen. Außerdem würden sie von Englands Seite Opfer zu sehen wünschen, die denen entsprechen, die man ihnen zumutet. Diese Forderung würde den Widerstand aller kapitalistischen Interessenkreise in England wachrufen und die Regierung so lähmen, daß sie Frankreich nicht mit der nötigen Festigkeit entgegentreten könnte. Gelänge es aber durch fast übermenschliche Ueberzeugungskraft, die ganze Weltmeinung auf die Seite der Revision zu bringen, dann würden die folgenden Vorschläge zum Ziele führen:

1. Das unformelle Bündnis der Sieger müßte aufhören, der Oberste Rat und die militärischen Besprechungen ihr Ende finden.

2. Die Opfer Englands sollten, wenn die anderen Staaten ebenfalls solche brächten, folgende sein:

a) alle Schulden der Alliierten an England abzuschreiben;

b) auf den englischen Teil an der deutschen Kriegsentschädigung zu verzichten;

c) die Beute an Oelen in Mesopotamien und Phosphaten in Nauru dem Weltbedarf zur Verfügung zu stellen;

d) das uneingeschränkte Blockaderecht aufzugeben, in Verbindung mit Frankreich und den Vereinigten Staaten die Flotte drastisch zu beschneiden und die Abrüstung zu Lande und zur See ehrlich durchzuführen zu suchen.

Wenn diese Vorschläge, wie zu erwarten, daran scheitern, daß Amerika seine Isolierung, seine Flotte und seine absolute Souveränität behalten wolle und Frankreich seinen Militarismus, so sollte

3. vorgeschlagen werden, daß die deutsche Kriegsentschädigung auf eine mögliche und ehrliche Zahl herabgesetzt wird und vorzugsweise in Waren abzutragen sei.

a) In Arbeit und Material bei der Wiederherstellung Nordfrankreichs;

b) in Kohlen einschließlich der Saar-Förderung zum Ausgleich der Zerstörung in französischen Bergwerken.

Wenn Frankreich, wie wiederum wahrscheinlich, ablehnt, dann sollte England seine Truppen vom Rhein zurückziehen und seine Hände waschen gegenüber allen Folgen für Frankreich.

Sodann sollte die positive Politik für die Wiederherstellung der Zivilisation auf dem Kontinent die Form der Gründung einer Wirtschaftsliga annehmen. Die Liga der Nationen in ihrem jetzigen Zustande sei nahezu wertlos.

Diese Wirtschaftsliga sollte das Rohmaterial rationieren und jede künstliche Schranke gegen den Austausch niederreißen, so daß eine gewaltige wirtschaftliche Einheit entsteht und der Schaden der Balkanisierung dadurch aufgehoben wird. Sie müßte das Britische Reich, Deutschland,

Digitized by Google

Rußland, Italien und alle früheren Staaten der Habsburger und jeden anderen Staat umfassen, dem daran gelegen ist. Der Zutritt würde von seiten Englands wie der anderen Staaten den Verzicht auf alle nationalistische Monopol-Politik einschließen.

Der beherrschende Gedanke dieser Liga wäre:

Daß die städtische Zivilisation Europas nur durch vereinigte Anstrengung gerettet werden kann und daß es in unser aller Interesse liegt, eine äußerste Produktivität der sibirischen und ukrainischen Landwirtschaft anzureizen. Deutschland gegenüber müßte die Politik nicht nur die Umkehr des Egoismus sein, der den Friedensvertrag diktiert hat, sondern sie müßte positiv jede Form der Produktion in Mitteleuropa pflegen, die industrielle wie die wirtschaftliche, um dem gemeinsamen Bedürfnis nachzukommen. Wie Frankreich auf solche Politik reagieren würde, läßt sich schwer voraussehen. Ihm graut vor der Isolierung, und es ließe sich vielleicht durch eine feste Stellung beeindrucken, aber wahrscheinlicher wäre, daß es — stark ermutigt durch die Opposition in unserm Lande — auf einen baldigen Zusammenbruch der Arbeiterregierung und einen Umschwung unserer Politik rechnen würde. In diesem Fall würde eine Rivalität innerhalb Europas die Folge sein zwischen der militärischen Liga Frankreichs und unserer Wirtschaftsliga. Frankreich würde überall versuchen, die Reaktion zu fördern, z. B. durch Unterstützung des monarchistischen Klerikalismus in Bayern, Oesterreich und Ungarn. Wir würden dann seinen Intriguen entgegenzuarbeiten haben, etwa durch Unterstützung der Vereinigung von Oesterreich mit Deutschland, trotz der Tatsache, daß der Friedensvertrag sie verbietet. Die militärische Gefahr einer solchen Rivalität liegt auf der Hand.

Auf den Einwurf, daß die englischen Arbeiter kaum die Energie besitzen würden, um allein oder auch in Verbindung mit den Resten des Liberalismus eine solche Politik durchzuführen, gesteht Brailsford zu, daß er nicht sanguinisch sein könne.

Indessen bin ich überzeugt, daß das Britische Reich unter fester Führung durch Einschlagen einer solchen Politik noch in dieser späten Stunde Europa retten, die Revision der Verträge erzwingen, die Erzeugerkraft des Kontinents wieder herstellen und die Wunder seiner Zivilisation wieder zurückrufen könnte. Wenn es bekannt wäre, daß das Britische Reich als geschlossene Einheit sich für diese Bahn entschieden habe, dann hätte es die Kraft, sie auch allein zu Ende zu gehen, und zwar ohne das geringste Risiko eines Krieges.

Ich habe von „Opfern" gesprochen. Das Wort täuscht. Wohl würde es vorübergehend Verzicht geben müssen. Schließlich aber, wenn nach zwei oder drei Jahren intensiver Anstrengung die Getreideschiffe wieder von Odessa her durch die türkische Meerenge in langen Reihen hindurchfahren, nach dem Westen zu, wenn das Gras nicht länger auf den Hafenanlagen Hamburgs wüchse, und Wien wieder bei seiner Arbeit zu singen anfinge, dann würden wir bei dem Gedanken, daß es Opfer gewesen wären, nur lachen. Die Fülle würde wiederkehren, und bei den sinkenden Preisen würden die Löhne an Kaufkraft gewinnen. Unter einem großen Führer, der das ganze Reich hinter sich hätte, könnten wir der Welt einen wirklichen Frieden wiederbringen. Es bedürfte des Wagemuts, des Willens, der Phantasie. Es könnte nur durchgeführt werden, wenn wir bereit wären, nachdem wir erst unsere eigenen Hände von gierigem Gewinn gesäubert hätten, dem französischen Militarismus entgegenzutreten und ihn zu umgehen. Schließlich könnte nicht nur die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas daraus entstehen, sondern der Neubau des

Digitized by Google

Völkerbundes auf gesicherter Grundlage, und dieser Völkerbund hätte den bewußten Geist gegenseitiger Hilfsbereitschaft als Lebensatem in sich. Soweit habe ich Glauben. Was ich aber bezweifle, ist, ob irgendeine Partei — ob ihre Mehrheit nun aus Arbeitern, Liberalen oder beiden zusammen besteht, — jemals hoffen kann, die Macht des Britischen Reiches für irgendeinen humanen Zweck einzusetzen, der für ein kurzsichtiges Auge mit den Interessen unserer kapitalistischen herrschenden Klasse in Widerstreit steht.

Notizen

Deutsche Kultur in Südamerika. Unser Mitarbeiter, Dr. O. Grautoff, schreibt uns: Ich habe mit Interesse den Aufsatz des Herrn Dr. Albert Haas, „Die geistigen Auslandswerte Deutschlands", gelesen. Der statistische Versuch des Herrn Dr. Haas ist lehrreich und zeigt, daß die französische Kulturpropaganda in Südamerika energisch arbeitet und daß die Deutschen mancherlei nachzuholen haben.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit doch nachdrücklich darauf hinweisen, daß in diesem Falle weder die Deutschen sich als unbegabt erwiesen, daß sie den Lateinamerikanern gute und ausführliche Informationen übermittelt haben, noch daß die Südamerikaner keinen Sinn für die deutsche Literatur der Gegenwart bewiesen haben.

Im Septemberheft der Monatsschrift „Cuba Contemporánea", einer der führenden Revuen Südamerikas, erschien 1916 eine 54 Seiten lange Arbeit von A. Zerega-Fombonas, einem jüngeren Gelehrten aus Venezuela, der jahrelang in Paris gelebt hat und dort natürlich stark unter den Einfluß der französischen Kulturpropaganda geriet. Trotzdem kann seine Arbeit als die beste, gründlichste und am weitesten gefaßte Studie über die neuere deutsche Literatur in spanischer Sprache gelten. Nach dem statistischen Versuch des Herrn Dr. Haas möchte ich diejenigen deutschen Autoren aufzählen, die in dieser Studie ausführlich gewürdigt worden sind. 1. Gelehrte: Lamprecht, Litzmann, Bartels, R. M. Meyer, Eucken, Nietzsche. 2 Dichter und Schriftsteller: Arno Holz, Gerhart Hauptmann, Detlev von Liliencron, Hermann Conradi, Julius Hart, Johannes Schlaf, M. G. Conrad, John Henry Mackay, Karl Henckell, Frank Wedekind, Richard Dehmel, Cäsar Flaischlen, Max Dauthendey, Leo Greiner, Julius Bab, Alfons Paquet, Ernst Lissauer, Wilhelm Schmidtbonn, Paul Zech, Stefan George, Hugo von Hofmannsthal, Arnold Zweig, Arthur Schnitzler, Karl Vollmöller, Ernst Hardt, Reiner Maria Rilke. 3. Dichterinnen und Schriftstellerinnen: Ricarda Huch, Erna Grautoff, Maria Eugenie della Grazie.

Aus dieser Liste mögen die Deutschen ersehen, daß es in Südamerika doch nicht gar so schlecht mit der Kenntnis deutscher Literatur bestellt ist, wie Herrn Dr. Albert Haas' Ausführungen vermuten ließen.

Neuerscheinungen

A. von Hoffmann: Politische Geschichte der Deutschen. 1. Band. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin.

Auf wie viele Bände dieses Werk angelegt ist, kann nicht ersehen werden. Das vorliegende Buch umfaßt im wesentlichen die römisch-germanische Auseinandersetzung, die Staatenschöpfungen der Völkerwanderung, das Werden des Fränkischen Reiches

Digitized by Google

bis zu den Schicksalen des Karolingischen Kaisertums. Seine Einstellung ist volkstümlich politisch und nicht wissenschaftlich im Sinne eines umfänglichen Quellenapparats; an den wird ganz verzichtet. Aber seine „Volkstümlichkeit" heißt nicht Banalität, sondern der Wille zu einer gewissen pädagogischen Führung des Lesers von einer durchaus persönlichen Stellung aus. Wollte man die Tendenz des Buches mit einem Schlagwort fassen, so könnte man darin den Versuch sehen, die Gesetze oder Forderungen einer „Geopolitik" durch die Geschichte zu verfolgen, da die Niederlassungsverhältnisse noch nicht zu festen Grenzen geronnen sind, sondern im Flusse erscheinen. Ob es sich dabei je und je um bewußte Absichten oder um Restbestände der vielfältigsten Einwirkungen handelte, ist nicht auf einen einheitlichen Namen zu bringen; aber es ist sehr aufschlußreich, wenn, in historischen Parallelen durchgeführt, der historische Wirkungsgrad geographischer Voraussetzungen gezeigt wird. In solchem Betracht wird der Rhein, der Harz, die Böhmische Bastion u. a. gewürdigt, der römische Kampf um die Elbgrenze, den der große Karl in gewissem Sinn wieder aufnahm, die Bedeutung der lombardischen Ebene, des Appenins usf. Freilich ist Politik nicht Geographie, sondern in ihr wirken sich die persönlichen Temperamente, wirken sich Sitte, Kultur, Rechtsbewußtsein aus. Welche Bedeutung mußten Charaktere wie Chlodwig, Theoderich, Karl Martell gewinnen? Wie verwandelt sich die Politik, als in die germanische Politik der Gedanke der Legitimität einbricht. Welche wahnsinnige Vermengung des sittlichen Bewußtseins mußte auf dem Boden der Verwerfungen von römisch-gallischen, italischen und germanischen Schichten sich ergeben. Das Buch ist mit lebhaftem Tempo, teilweise glänzend geschrieben, mit einer gewissen publizistischen Unbefangenheit, keine verklärende „Heldengeschichte" und doch voll von Heldentum, in den knappen Charakteristiken von schlagender Kraft. Ich kann nicht sagen, wie die Fachspezialisten der hier behandelten Epoche die Urteile bewerten mögen — das über den großen Karl z. B. ist wenig günstig — aber mir scheint, daß das Werk in seiner Anlage den Beruf hat, zu einer im großen formulierenden, politischen Betrachtung unserer Volksvergangenheit ein höchst anregender Führer zu sein. Es hat den Rhythmus eines großen Volksepos.

Th. Heuß.

Dem Heft 10 der „Deutschen Politik" lag ein Prospekt des Verlages L. Staakmann in Leipzig über „Die wilden Goldschweine" von Rudolf Haas bei. Wir empfehlen diesen Prospekt noch nachträglich der besonderen Beachtung unserer Leser.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmid Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 289
Rohrbach, Worauf es jetzt ankommt 291
Schmidt, Trotzkis Pyrrhussieg 297
Külz, Der moralische Wiederaufbau 299
Schwering, Höhere Schule und politische Bildung . 304
Salomon, Fichte und sein Werk 307

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 26. März 1921 Heft 13

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

An die Bezieher der „Deutschen Politik"

Für den **zweiten Halbjahrband 1920** haben wir wieder

Original-Einbanddecken

in doppelfarbigem Druck herstellen lassen. Der Preis beträgt M 5.— für das Stück. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen oder der Verlag entgegen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Berlin

Berlin SW. 11 Königgrätzer Straße 99

Die Hilfe

Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst

Begründer: Friedrich Naumann

Herausgeber Wilhelm Heile und Gertrud Bäumer

In der Zersplitterung einseitiger Interessenrichtungen und parteipolitischer Strömungen sucht die „Hilfe"

alle zukunftsgläubigen Deutschen

zusammenzurufen, die an dem Bau eines neuen, auf nationale und soziale Grundlagen gestellten Volksstaates mithelfen wollen.

Probeheft kostenfrei.

Vierteljahrespreis 10 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 26. März 1921 * Heft 13

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Den Deutschen Minister des Auswärtigen dürfte oft der Neid beschleichen, wenn er sieht, wie bequem es sein englischer und französischer Kollege hat. Hat sich der französische oder englische Minister des Aeußeren mit dem Parlament über seine Haltung in einer speziellen Frage verständigt, dann kann er ruhig sein Ziel verfolgen; anders bei uns. Simons muß sich nicht nur eine Mehrheit im Reichstag verschaffen, sondern sich auch mit dem Reichsrat herumschlagen, wo die Regierungen der Einzelstaaten ihre Wünsche vertreten. Damit nicht genug kann es geschehen, daß ihm ein Kollege noch nachträglich durch eine Rede den Dolch in den Rücken stößt, wie wir es kürzlich von Kahr in der Frage der Einwohnerwehr erlebten. Hat es doch der bayerische Ministerpräsident sogar fertig gebracht, seine Beamten zur Sabotage der neuen Reichsgesetze aufzufordern, indem er erklärte, daß er einen Beamten nicht tadeln könne, der das Gesetz zur Aufhebung der Einwohnerwehren nicht zur Ausführung brächte. Wird diese Kahrsche Methode in Deutschland üblich, so würde es natürlich ausgeschlossen sein, daß bedeutende Persönlichkeiten ins Reichskabinett eintreten, weil sie dort mit so viel inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, daß eine fruchtbringende Tätigkeit ausgeschlossen erscheint. Wird hier nicht energisch durchgegriffen, so verliert die Zentralgewalt so viel an Ansehen, daß die deutsche Republik nicht mehr den Charakter eines Bundesstaates besitzen, sondern zu einem losen Staatenbund herabsinken würde.

*

Während des Krieges hat die deutsche Mehrheitssozialdemokratie, namentlich in den Arbeiten von Dr. David, sich entschlossen und geschlossen auf den Standpunkt gestellt, die einseitige Schuldanklage von der Seite

Digitized by Google

der Entente abzulehnen. Auch als nach der Revolution Eisner glaubte, mit wilder Selbstbezichtigung gegenüber Clemenceau eine neue Aera des auswärtigen Verkehrs einleiten zu können, lehnten die Mehrheitssozialisten ab, hier mitzumachen. Um aber die zweite Internationale wieder wenigstens zur technischen Funktion bringen zu können, schworen sie im Frühjahr 1920 in Genf das ab, was sie im Sommer 1917 in Stockholm bekannt hatten. Und Eduard Bernstein, den sie im Reichstag zur auswärtigen Politik reden ließen, weiß nichts Gescheiteres, als jenes Genfer Geständnis auf der Parlamentstribüne wieder aufzunehmen. Man ist sonst geneigt, dem alten sentimentalen Herrn manches nachzusehen; aber solche kindliche Harmlosigkeit, daß er derlei für ernsthafte Politik hält, geht zu weit. Das Wahnsinnige des Verfahrens besteht darin, daß die Sozialdemokratie glaubt, das kaiserliche Deutschland belasten zu müssen, damit um das republikanische eine um so freundlichere Gloriole schwebe. Als ob bei den feindlichen Machthabern ernstlich derlei, das sie für ihre Legenden brauchen, eine Rolle spielen würde! Aber der Typus Bernstein ist entschlossen, weder an Sacherkenntnis noch an politischer Psychologie noch hinzuzulernen.

*

Ueber Nacht hat die deutsche Regierung ein Abkommen mit den Bolschewisten geschlossen, wonach eine Erweiterung der bisherigen konsularischen und wirtschaftlichen Beziehungen in Aussicht genommen ist. Der Gedanke, daß die Veröffentlichung jetzt gerade geschehen ist, um nicht hinter England zurückzubleiben, das bekanntlich einen förmlichen Handelsvertrag mit Räterußland abgeschlossen hat, ist kaum von der Hand zu weisen. Diese Auffassung wird auch allgemein von der russischen Presse in Berlin geteilt, die das Abkommen als „diplomatischen Erfolg" der Räteregierung bucht. Der „Golos Rossiji" unterstreicht noch besonders, daß der Mord am Grafen Mirbach, der bisher immer als Hindernis zur Erneuerung der diplomatischen Beziehungen angeführt wurde, augenscheinlich dank einer „offensichtlichen Konzession der deutschen Regierung" nicht mehr besteht. An sich dürfte dieses Abkommen wenig praktische Bedeutung haben, weil, um ein Wort Krassins zu gebrauchen, ein Handelsvertrag noch keinen Handel bedeute". Damit hat es aber in Rußland noch gute Wege. Laut offizieller bolschewistischer Handelsstatistik war die Räteregierung im Jahre 1920 nur imstande Furnierholz, Flachs und einen kleinen Posten verschiedener Waren zu exportieren.

Digitized by Google

Worauf es jetzt ankommt.

Von Dr. Paul Rohrbach.

Vom 4. bis 11. März habe ich an der Universität in Frankfurt am Main mit etwa 140 Teilnehmern, bei weitem zum größten Teil Studenten, in vierstündiger täglicher Arbeit einen Ferienkursus über das Thema gehalten: Welche Fehler in der auswärtigen Politik haben Deutschland in den Weltkrieg gebracht, welche haben den unglücklichen Ausgang des Krieges verschuldet, und welche müssen jetzt vermieden werden, wenn Deutschland wieder emporkommen soll? Der Kursus fiel zeitlich mit den Verhandlungen in London zusammen, und diese wurden vor allem im Schlußteil ausführlich mit behandelt. Aus dem Kreise der Teilnehmer und von einigen politisch bedeutenden Persönlichkeiten, mit denen ich bei der Gelegenheit zusammentraf, ist mir, zugleich mit dem Ausdruck der lebhaften Befriedigung über die außenpolitische Haltung unserer Zeitschrift, der Wunsch ausgesprochen worden, ich möge noch einmal an dieser Stelle, auch wenn oft und nach neulich Gesagtes dabei wiederholt werden muß, eine Zusammenfassung der Lage geben und die jetzt notwendige Politik kurz charakterisieren.

Die „Sanktionen" sind dazu bestimmt, Deutschland so lange zu peinigen, bis es den Schmerz nicht mehr aushalten kann und das ihm gegen alles anerkannte Recht und gegen alle Billigkeit vorgelegte Diktat unterschreibt. Sie sind rechtswidrige Gewalt, ein Bruch des Friedensvertrages. Was bleibt uns da übrig? Eine der Gewaltmaßnahmen ist die Zollgrenze am Rhein. Sie dient hauptsächlich dem politischen Ziele Frankreichs, das deutsche Land und Volk dauernd zu zerreißen. Außerdem wirkt sie wirtschaftlich schädigend. Bei der zweiten sogenannten Sanktion ist die wirtschaftliche Daumenschraube die Hauptsache: 50% von jeder Zahlung für Waren, die von uns ins feindliche Ausland geliefert werden, konfisziert die feindliche Regierung. Dabei kommt, so scheint es, hauptsächlich der Vorteil Englands in Betracht. Von jeder Lieferung bekommt der deutsche Interessent nur die Hälfte vergütet; die andere soll die deutsche Regierung bezahlen. Das Geld, das die Regierung dazu braucht, müßte vom deutschen Volk insgesamt aufgebracht werden. Zahlt die Regierung nichts, so können keine deutschen Waren ins feindliche Ausland verkauft werden, außer mit neutraler Hilfe. Ob und wieweit das möglich sein wird, ist die Frage. Jedenfalls wäre es falsch, in dieser Hinsicht Vorschüsse in Optimismus zu nehmen.

Die Feinde wollen uns mit ihren Maßregeln zwingen, um Wiederaufnahme der Verhandlungen zu bitten. Unser Bestreben muß es dagegen sein, neue Verhandlungen nicht eher aufzunehmen, als bis es unsererseits in Freiheit geschehen kann, d. h. so, daß die Feinde sich vorher von der Unwirksamkeit ihrer Maßnahmen überzeugt haben. Dazu ist eine große Willensanstrengung des deutschen Volkes nötig, nämlich die Bereitschaft, alle Folgen davon auf sich zu nehmen, daß ein großer Teil des nach England und Frankreich und vielleicht auch nach anderen Ländern

Digitized by Google

gehenden Exports mit seinem Verdienst für unsere nationale Arbeit ausfällt. Sind wir nicht in unserer Gesamtheit bereit, unsere Lebenshaltung wieder auf unbestimmte Zeit zu verschlechtern, neue Knappheit, neue Teuerung, Verschärfung der Arbeitslosigkeit und Aehnliches mehr auszuhalten, so hat es keinen Zweck, daß wir überhaupt erst Widerstand anfangen. Wenn den Massen, die den Minister Dr. Simons bei seiner Rückkehr aus London so begeistert empfingen, dieser Zusammenhang nicht klar gewesen ist, und wenn ihre Begeisterung nicht zugleich auch das Bekenntnis zu erneuter Leidenswilligkeit ausdrücken sollte, so hätten sie ebensogut zu Hause bleiben können.

Die Politik, die der Minister des Auswärtigen während der sogenannten Verhandlungen in London gemacht hat, ist verschiedenen Bemängelungen ausgesetzt gewesen. Zwei davon, erstens, daß sie unpsychologisch war, und zweitens, daß in der Schuldfrage die deutsche Sache nicht so vertreten wurde, wie es hätte geschehen können und sollen, haben wir bereits im vorigen Heft angedeutet. Außerdem wird noch gesagt, daß das Angebot von drei Milliarden jährlich auf einen befristeten Zeitraum eine große und dauernde Gefahr für Deutschland in sich berge, denn die Feinde würden es bei zukünftigen Verhandlungen immer als Basis nehmen und würden sagen: Wenn ihr das schon angeboten habt, als es euch schlecht ging, was werdet ihr erst zahlen können, wenn es euch gut geht! Wir möchten in dieser Beziehung den Minister verteidigen. Er hat sein Anerbieten nicht nur an die Voraussetzung geknüpft, daß Oberschlesien deutsch bleibt, und zwar vollständig, sondern auch an die Bedingung, daß Deutschland für die Regelung seiner internationalen Handelsbeziehungen alle Rechte eines souveränen Staates zurückerhält. Das ist nicht wenig, und wenn es wirklich geschieht, so können dafür Leistungen zugesagt werden. Herr Dr. Simons hat, soweit wir bisher zu beurteilen imstande sind, an keiner entscheidenden Stelle den Boden, auf dem früher oder später erneute Verhandlungen beginnen müssen, verschlechtert. Vielleicht hätte er ihn verbessern können, wenn er grundsätzlich das politisch-psychologische Moment vorangestellt und ohne weiteres damit gerechnet hätte, daß die eigentliche Aufgabe in London gar nicht dahin lautete, ein Abkommen mit der Entente zustande zu bringen (denn die Ententemächte wollen kein für Deutschland mögliches Abkommen), sondern dahin, den vorauszusehenden Abbruch der Konferenz so zu gestalten, daß die moralische Stellung der Feinde verschlechtert, die deutsche gebessert wurde. Das zu verlangen, heißt aber, eine ganz neue Art deutscher Politik fordern.

Für die Zwischenzeit, bis sich entscheidet, ob Deutschland, seelisch und materiell von neuem zusammengebrochen, an den Verhandlungstisch kriechen muß, oder ob es aufrecht zu ihm schreitet, kommt es auf zwei Dinge an. Das eine ist das schon genannte: Bereitschaft, längere Zeit hindurch

Digitized by Google

einen wiederum verstärkten Druck auf unsere ganze Lebenshaltung zu ertragen. Das andere ist die Behandlung der Frage der Kriegsverantwortlichkeit. Da es gewünscht wird, bin ich bereit, an die entscheidenden Tatsachen und Materialien hier noch einmal zu erinnern. Wenn es gelingt, die öffentliche Meinung der Welt auf sie hinzulenken und ihre Richtigkeit zur Anerkennung zu bringen, so ist nach dem Zeugnis von Lloyd George, Briand, Poincaré die Grundlage des Versailler Friedens zerstört und die Revision von selber gegeben.

Wir müssen ausgehen von dem österreichisch-serbischen Konflikt. Oesterreich-Ungarn hatte eine kurzsichtige Handelspolitik gegen Serbien gemacht, aber es ist unsinnig, die Serben hiermit in ihrem Verhalten gegen Oesterreich-Ungarn zu rechtfertigen. Zwischen Rußland und Serbien dagegen bestand ein Einverständnis, Oesterreich-Ungarn zu zertrümmen und die von Serben bewohnten Gebietsteile aus der Monarchie herauszureißen. Diese Politik diente den panslavistischen Eroberungszielen Rußlands schlechthin. Boghitschewitsch, der frühere serbische Geschäftsträger in Berlin, teilt den Artikel 5 der russisch-bulgarischen Militärkonvention vom Dezember 1909 mit, in dem es heißt:

In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn möglich ist, übernimmt Bulgarien . . .

Am 27. Dezember 1912 berichtet der serbische Gesandte in Petersburg über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Auswärtigen, dieser habe großes Vertrauen zur serbischen Kraft und glaube, daß Serbien Oesterreich erschüttern werde.

Deshalb sollten wir uns jetzt mit dem begnügen, was wir bekommen werden und dies nur als eine Etappe betrachten, denn die Zukunft gehört uns.

Am 29. April 1913 heißt es in einem weiteren Bericht:

Wiederum sagte mir Ssasonow, daß wir für künftige Zeiten arbeiten müssen, da wir viel Land von Oesterreich bekommen werden

Um dieselbe Zeit schrieb Ssasonow an den russischen Gesandten in Belgrad, Hartwig:

Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiete von Oesterreich-Ungarn.

Alle diese Stellen finden sich in den von Pokrowski auf Veranlassung der russischen Sowjetregierung schon vor mehreren Jahren veröffentlichten Dokumenten. Die österreichisch-ungarische Regierung kannte damals diese Beweismittel zwar nicht im einzelnen, aber sie war auf Grund der ihr bekannten Tatsachen zu einem richtigen Urteil über Charakter und Ziele der großserbischen Politik gelangt. Das galt auch von dem ermordeten Erherzog-Thronfolger. Nach dem Verbrechen von Serajewo schrieb

Digitized by Google

der Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold (21. Juli 1914), an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom, er sei sich dessen bewußt, daß seine Verantwortung nicht leicht sei, aber:

Die Verantwortung dafür, nichts zu tun und weiter die Dinge gewähren zu lassen bis die Fluten über der Monarchie zusammenschlügen, scheinen ihm noch gewichtiger — wenn auch für den Moment bequemer — als jene, der Gefahr die Stirn zu bieten und die Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Das war der österreichische Standpunkt zur Sache. Der deutsche konnte kein anderer sein als der, den Bismarck schon 1887 in seinem Brief an Lord Salisbury mit den Worten gekennzeichnet hatte, Deutschland werde einen russischen Krieg vermeiden, solange die Unabhängigkeit Oesterreich-Ungarns, „dessen Bestand als Großmacht für uns eine Notwendigkeit allerersten Ranges ist", nicht in Frage gestellt wird, aber die deutsche Politik werde immer gezwungen sein,

in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, wenn die Unabhängigkeit Oesterreich-Ungarns durch einen russischen Angriff bedroht werde.

Daß ein solcher russischer Angriff im Bunde mit Serbien auf Oesterreich-Ungarn kommen würde, war nach den russisch-serbischen Verabredungen und den Bekenntnissen, die durch Pokrowski und Boghitschewitsch aus den russischen und serbischen Geheimakten ans Licht gekommen sind, nicht weiter zweifelhaft. Es konnte sich also, solange diese russische Absicht bestand, immer nur um das Wann des Weltkrieges handeln. Mit Rußland aber war Frankreich, und mit Frankreich war England durch den von Lord Northcliffe so genannten „Mechanismus der Entente" automatisch verbunden. Dazu hatte Rußland schon im Herbst 1912 (siehe Pokrowski) von Frankreich die Zusage erhalten, daß das französisch-russische Bündnis auch im Falle eines russischen Angriffskrieges gelten solle; von England aber die (durch Grey erteilte) Auskunft, England werde, im Falle eines russisch-französischen Krieges gegen Deutschland,

alles daransetzen, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen.

Damit wurde, wie Lord Loreburn in seinem Buche „Wie der Krieg kam", sagt, England zugunsten Frankreichs und seines russischen Bündnisses aufs Spiel gesetzt, oder mit Lord Loreburns Worten:

Der Frieden Großbritanniens wurde der Gnade des russischen Hofes ausgeliefert.

Was Frankreich angeht, so berichtete der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, am 25. Februar 1913, daß der Botschafter Cambon sich ganz nach der Haltung Rußlands richte, und er fügte hinzu:

Wenn ich seine (Cambons) Unterredung mit mir, die gewechselten Worte kurz wiederhole und die Haltung Poincarés hinzufüge, kommt mir der Gedanke, der einer Überzeugung gleichkommt, daß von allen Mächten Frankreich die einzige ist, welche, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde.

Digitized by Google

Dieses waren die Voraussetzungen auf seiten der beiden verbündeten ächtegruppen — hier Deutschland und Oesterreich-Ungarn, dort Rußd, Frankreich und England — als nach dem österreichischen Ultimatum i Serbien die europäischen Verhältnisse sich zur Krise zuspitzten. Die österichisch-ungarische Politik war entschlossen, Serbien jetzt mit der Waffe züchtigen, um endlich Ruhe vor der die Lebenssicherheit der Monarchie drohenden großserbischen Agitation zu bekommen. Man rechnete mit r Möglichkeit — nicht aber mit der Wahrscheinlichkeit — einer waffneten russischen Einmischung, wie der Bericht des Gesandten von reutler über den Standpunkt des Erzherzogs Franz Ferdinands bei den esprächen in Konopischt vom 14. Juni 1914 zeigt:

Rußland ist nach des Erzherzogs Meinung nicht zu fürchten; die neren Schwierigkeiten seien zu groß, um diesem Lande eine aggressive äußere olitik zu gestatten.

Oesterreich-Ungarns ganze Haltung entsprach dem Vorhaben, Serbien uf jeden Fall einen ganz scharfen Denkzettel zu geben — nur daß man n Wien das unter diesen Umständen einzig Richtige versäumte: sofort urz und kräftig zuzuschlagen. Der deutsche Kaiser und seine Staatsnänner teilten den Wiener Standpunkt und rieten zur Beschleunigung und um Nachdruck in dem gegen Serbien geplanten Vorgehen. An eine rnstliche Gefahr für den europäischen und den Weltrieden glaubten sie nicht. Wenn die Dinge jetzt nachträglich so ufgefaßt oder dargestellt werden, als ob die deutsche Zustimmung zum österreichisch-serbischen Kriege auch die Zustimmung oder gar den Willen der verantwortlichen Stellen in Deutschland zum Weltkriege bedeutet hätte, so zeigen die von deutscher und anderer Seite veröffentlichten Dokumente, daß das entweder grobe Unwissenheit, oder grobe Voreingenommenheit, oder bewußte grobe Unwahrheit ist.

Die Haltung des Kaisers und der deutschen Regierung änderte sich von da an, wo ihnen die Gefahr eines europäischen Konflikts deutlich wurde. Am 28. Juli, als der Kaiser noch ohne ernstliche Sorge war, schrieb er bereits an den Staatssekretär von Jagow, er fasse die serbische Antwort als Kapitulation auf, und damit entfalle der Grund zum Kriege, nur müsse Oesterreich auch eine sichtbare Satisfaktion haben und sich ein Faustpfand sichern, indem es Belgrad besetzt. Auf ebendenselben Vorschlag einigten sich am Tage darauf der englische Minister Grey und der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky in London. Den ersten Konferenzvorschlag Greys hatte Deutschland nicht angenommen, weil seine und Oesterreichs Position dabei zu ungünstig gewesen wäre. Diesen zweiten nahm es an. Am 29. Juli, abends, drahtete Lichnowsky den Einigungsvorschlag. Am selben Abend fand nach dem Bericht des damaligen französischen Botschafters in Petersburg, Paléologue, die Szene

Digitized by Google

zwischen Ssasonow und dem Zaren statt, in der diesem der Befehl
Mobilmachung der gesamten russischen Streitmacht abgerungen wu
Palcologues Darstellung bezeugt, daß der Zar wußte, was er t
Mobilmachung ist Krieg; dasselbe, worin schon 1892 beim
schluß der französisch-russischen Militärkonvention Nikolaus II. und
General Boisdeffre wörtlich übereingestimmt hatten. Auch der russ
General Gurko bezeugte in seiner 1919 erschienenen Schrift über
Kriegsausbruch:

Die russische Mobilisierung bedeutete für Deutschland
Notwendigkeit, den Krieg zu erklären, ohne einen einzig
Tag zu vergeuden.

Auch die Reihenfolge der Mobilmachungen steht fest. Es ist e
nachgewiesene Fälschung, daß Oesterreich-Ungarn zuerst die allgeme
Mobilmachung angeordnet habe. Die russische wurde verfügt am 29. J
abends; die österreichische am 31. Juli mittags. Mit der Mobilmach
Rußlands war der Weltkrieg entschieden. Sie wurde in Paris verheimli
um dem französischen Volk die zu erwartenden Gegenmaßnahmen Deutsc
lands als deutsche Provokation hinzustellen. Wie an den deutschen v
antwortlichen Stellen das Spiel des Ententemechanismus wirkte, d
zeigt die Randbemerkung des Kaisers zu dem Petersburger Bericht v
30. Juli:

Das Netz ist uns plötzlich über den Kopf zugezogen und hohnlächelnd hat Engl
den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten pure antideutschen Weltp
tik, gegen die wir uns machtlos erwiesen haben, in dem es uns isoliert im
zappelnd aus unserer Bundestreue zu Österreich den Strick zu unserer politisch
und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewu
derung erweckt, selbst bei dem, der zugrunde geht!

Wer diese Zusammenhänge und Belege kennt und noch weiter dab
bleibt, daß der deutsche Kaiser und die deutsche Regierung im Sommer 19
den Weltkrieg gewollt oder fahrlässig verschuldet haben, der redet gege
die Wahrheit und sein eigenes besseres Wissen. Der Weltfriede war a
29. Juli 1914 gerettet, wenn auf Grund der deutsch-englischen Einigungs
formel die russische Mobilisation unterblieb. Sie war unnötig, den
Rußland wurde von niemandem bedroht; keine Macht hatte Truppe
mobil außer Oesterreich-Ungarn acht Korps gegen Serbien. Sie wa
ein Verbrechen, denn sie bedeutete, wie dem Zaren, den russischen Militär
und den Franzosen bewußt und von diesen beiden letzteren gewollt wa
in ihren unmittelbaren und notwendigen Folgen den Weltkrieg. Dami
aber sind die deutsche Verantwortlichkeit und zugleich der Friede vo
Versailles hinfällig.

Digitized by Google

Trotzkis Pyrrhussieg

Von Axel Schmidt.

Nach erbitterten Kämpfen hat auch dieses Mal Trotzkis Energie gesiegt. Kronstadt ist im Sturm genommen worden, nachdem 14 ige lang die dortige Matrosen-Garnison den roten Angriffen widernden hatte. Trotzdem werden die Bolschewisten dieses Sieges nicht froh rden. Denn den Körper des bolschewistischen Staates hat ein böses ieber erfaßt. Dieser Aufstand war nicht von russischen Emigranten it Hilfe der Entente angezettelt worden, sondern war durch die furchtare Mißwirtschaft der Räteregierung ausgelöst worden. Während die rüheren Versuche russischer Generale stets nur die politisch indifferente Bauernschaft in die Arme der Bolschewisten trieb, weil sie fühlte, daß hinter en Emigrantenarmeen die Gutsbesitzer standen, konnte dieses Mal davon eine Rede sein. Die Kronstädter Matrosen, die zu Anfang der bolschewistischen Revolution zu den radikalsten Elementen gehörten, waren alle nählich infolge der Verkürzung der Lebensmittelration und der Beseitigung der Wahl zu den Räten in Opposition zur Räteregierung geraten. Als dann vor einigen Wochen in Petersburg und Moskau die Arbeiterunruhen einsetzten, glaubten sie, daß ihre Stunde geschlagen habe. Sie meuterten, und hofften, alle unzufriedenen Elemente auf ihre Seite ziehen zu können. Anfänglich schienen sie damit Glück zu haben, denn die bolschewistischen Blätter mußten zugeben, daß sich der großrussische Bauer in Sibirien, in Nord- und Mittelrußland gegen die bolschewistische Mißwirtschaft empört hätte. Während der ukrainische Bauer bereits seit drei Jahren mit dem Bolschewismus ringt und sich ihm nicht unterwerfen will, sah bisher der großrussische Bauer fatalistisch dem Treiben der Bolschewisten zu. Seit einigen Wochen begann infolge der Hungersnot, die jetzt auch in die Dörfer eingezogen ist, auch der großrussische Bauer zu revoltieren. Selbst die bolschewistische Dorfzeitung „Bednota" sah sich genötigt, folgende Zuschrift zu veröffentlichen:

„Die Räteregierung rühmt sich, daß sie den Bauern 35 Mill. Deßjatinen Land geschenkt habe. Wir fragen aber, was bringt uns dieses Geschenk für Nutzen, wenn alles, was unsere Arbeit wachsen läßt, uns fortgenommen wird. Ja man hat uns Land gegeben, aber man hat uns zu Leibeigenen dieses Landes gemacht. Unter der alten Leibeigenschaft lebte es sich nach der Erzählung der alten Bauern besser als jetzt. Jetzt gibt es keine Freiheit sondern Sklaverei. Im Herbst zwingt man uns alles Getreide abzuliefern, im Frühling müssen wir aber für ein Pud Getreide den letzten Rock unserer Frau oder unsere Hosen eintauschen."

Jetzt sind auch auf großrussischem Gebiete Bauernführer aufgetaucht, die, wie Antonow, großen Zulauf finden und in weiten Gebieten die bolschewistischen Beamten verjagen. Der Grund für diesen Um-

Digitized by Google

schwung in der Stimmung der großrussischen Bauern war die Hungersnot in diesem Jahre. Die völlige Mißernte in der Wolga-Gegend, dem Haupternährungszentrum für Nordrußland, zwang in diesem Jahre die Räteregierung unbarmherzig nicht nur wie bisher die eroberten Randgebiete auszusaugen, sondern auch dem großrussischen Bauern das Getreide fortzunehmen, um die Arbeiterschaft in den Städten und die roten Armeen durchfüttern zu können. Die rote Armee, die äußere Kriege wegen Raub und Plünderung nicht ungern sah, wollte sich immer weniger zum Kampfe an der inneren Front gebrauchen lassen. Die zu 80 % aus ausgehobenen Bauern bestehenden roten Truppen fanden keinen Geschmack an Strafmaßnahmen gegen die bäuerliche Bevölkerung. Sie begannen massenweis zu desertieren und bildeten die Grundlage für die aufständischen Bauernbanden. Zum ersten Male seit Bestehen der Räteregierung ist der Bolschewismus mit den Bauern auseinander geraten. Es dürfte jetzt auch Lenins taktischer Klugheit nicht leicht fallen, die in Erregung geratene Bauernschaft wieder zur Ruhe zu bringen. Er ist zwar auf dem X. Kommunistischen Parteitag der Bauernschaft weit entgegengekommen und hat ihnen versprochen, den freien Handel mit Getreide für den Ueberschuß des Getreides wieder einzuführen, den sie nach der Pflichtablieferung übrig behalten werden. Dieser Vorschlag wird jedoch wenig Glauben finden, weil es sich für den Bauern fürs erste gar nicht mehr um Getreideüberschüsse handelt, sondern um das für das Frühjahr nötige Saatgetreide, das ihnen die Bolschewisten in ihrer Verzweiflung auch fortgenommen haben. Trotzdem seit dem Jahre 1917 die Saatfläche um ein Sechstel bereits zurückgegangen ist, kommen von überall Hiobsboten, daß es an Saatgut fehlt. Bisher konnte man annehmen, daß es sich hierbei um vereinzelte Gebiete handelt, jetzt aber ist in Nr. 46 der in Petersburg erscheinenden bolschewistischen Zeitung „Prawda" ein längerer Aufsatz erschienen, dem wir die Feststellung entnehmen, daß zur vollen Aussaat 199,5 Millionen Pud nötig sind; der Staat kann aber aus seinen Vorräten nur 23,5 Millionen Pud liefern. Wie verzweifelt die Lage im Dorfe ist, zeigt die bolschewistische Meldung, daß in den Mißerntegebieten die Bauern ihre Pferde aus Futtermangel für eineinhalb Pfund Salz oder drei Schachteln Streichhölzer losschlagen. Aus Sibirien aber kann keine Saat herausgebracht werden, weil die Transportkrise das verhindert. In ihrer wirtschaftlichen Verzweiflung haben die Bolschewisten aber noch einen weiteren schweren Fehler in der Behandlung der Bauern gemacht. Sie haben auch an Landwirtschaftliche Konzessionen an Ausländer gedacht. Diesen Umstand haben die Sozialrevolutionäre benutzt, um beim Bauern mit dem Schlagwort zu agitieren: Der Bolschewismus hat sich

Digitized by Google

dem ausländischen „Pan" verschrieben. Davon will aber natürlich der russische Bauer am allerwenigsten etwas wissen.

Gesetzt den Fall, daß es der brutalen Energie Trotzkis diesesmal noch gelingen sollte, die völlig unorganisierten Bauernaufstände mit Hilfe seiner fremden Truppen (Letten, Finnländer, Baschkiren und Chinesen) niederzuschlagen, so wird sich der Bolschewismus doch nicht von diesem Aderlaß erholen können, weil er zum ersten Mal in Gegensatz zur Bauernschaft geraten ist. Auf die Dauer ist es aber natürlich ausgeschlossen, daß der Bolschewismus gegen den Wunsch und Willen von 85% der Bevölkerung an der Herrschaft bleibt. Bisher konnte das Proletariat die Regierung in Händen behalten, weil es die Bauernschaft bei seinen Experimenten ziemlich aus dem Spiel ließ und Stadt und Land ein völlig getrenntes Dasein führen. Mißernte und Hungersnot haben jedoch den Bolschewismus genötigt, jetzt auch in das Leben des Bauern mit eiserner Faust einzugreifen. Dadurch ist er gezwungen worden, in die Arena des politischen Tageskampfes einzutreten, und zwar als Gegner des Bolschewismus, dem er bisher gegenüber dem konterrevolutionären Gutsbesitzer Hilfe leistete. Dadurch hat sich die Situation in Rußland völlig verändert und den Sieg der Bolschewisten über die Kronstädter Rebellen kann man daher als Pyrrhussieg bezeichnen.

Der moralische Wiederaufbau

Von Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R.

Bei den materiellen Sorgen des täglichen Lebens, die auf dem einzelnen mit erdrückender Schwere lasten, haben weite Kreise unseres Volkes Sinn und Verständnis dafür verloren, daß eine Wiederauferstehung des deutschen Volkes nicht möglich ist, wenn sich nicht eine geistige und sittliche Erneuerung anbahnt. Große Teile des deutschen Volkes gehen noch an der Tatsache vorüber, daß all der Jammer und all das Elend, unter denen wir leben, seine letzten Ursachen im moralischen Zusammenbruch der Welt und unseres Volkes haben.

Der völlige Mangel außenpolitisch geschulten Denkens trübt vor allem den Blick gegenüber der naturnotwendigen Abhängigkeit unserer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme von den weltpolitischen Vorgängen.

Mit entschiedenem Nachdruck ist in der Oeffentlichkeit eigentlich bisher nur in der „Deutschen Politik" darauf hingewiesen worden, daß es zur Wiedererlangung einer lebenswürdigen Stellung in der Welt für Deutschland eine unumgängliche Notwendigkeit ist, zur moralischen Offensive überzugehen. Der Krieg und der Gewaltakt von Versailles bedeuten den

Digitized by Google

Bankrott des Rechts und damit auch den Bankrott jeder Moral im Leben der Völker. Treu und Glauben im Verkehr der Völker untereinander, Ausgestaltung der rechtlichen Beziehungen sind abgelöst worden durch brutale Gewalt. Es herrscht einzig und allein in der Welt das Recht der Macht, und die ganze Wirkung dieser Entwicklung richtet sich zurzeit allein gegen Deutschland. Deutschland ist zurzeit nicht mehr Subjekt, sondern nur noch Objekt des weltgesetzlichen Geschehens, und ist auf dem besten Wege, sich in diese Rolle mit geradezu fatalistischer Gleichgültigkeit zu gewöhnen, obwohl ihm in reichem Umfange die Möglichkeit aktiven Vorgehens offensteht. Die Politik der Vorkriegszeit war so ausschließlich auf die Wirkung der rein physisch-mechanischen Macht eingestellt, daß unsere Oeffentlichkeit fast jeden Sinn für die Ueberlegenheit der moralischen Macht als eines außen- und innerpolitischen Kampfmittels verloren hat. Es ist in den langen Kriegsjahren unseren Feinden durch eine ebenso nachhaltige wie planvolle und skrupellose Bearbeitung der öffentlichen Meinung gelungen, das Dogma von der Verwerflichkeit des deutschen Wesens, vom Barbarentum des deutschen Volkes und von seiner alleinigen Schuld am Kriege aufzurichten. Wir haben unsererseits nichts oder nur wenig getan, um hiergegen vorzugehen, im Gegenteil, das uns in Versailles abgenötigte Schuldbekenntnis umgibt das Vorgehen unserer Gegner mit einem Scheine von Recht, und die selbstentwürdigende Art linksradikaler Politiker und Parlamentarier, eine möglichst große Fülle von Schuld am Kriege und den jetzigen Zuständen auf das eigene Volk zu häufen, gibt unseren Feinden die Möglichkeit, zum Beweis ihrer irrigen Auffassung sich unmittelbar auf deutsche Zeugnisse zu beziehen. Demgegenüber gilt es nicht müde zu werden, immer von neuem auf die wahren Ursachen und Zusammenhänge hinzuweisen, und es so in die Hirne und Herzen der anderen einzuhämmern, daß das deutsche Volk nicht einen einzigen Grad Schuld mehr trägt als seine Gegner, daß es aber im Gegensatz zu seinen Feinden sich seit dem Ende des Krieges aufrichtig bemüht hat, seinen Anteil an Schuld im Rahmen des Möglichen zu sühnen, während auf der anderen Seite nach wie vor nackte Gewalt und unverhüllte Unmoral das Feld behaupteten. Die Stimmen in den Reihen unserer Gegner mehren sich, die sich bemühen, ein objektives Urteil auch über Deutschland zu gewinnen und zu äußern. Diese Entwicklung gilt es unsererseits zu fördern; eine solche Entwickelung aber könnte durch nichts mehr gehemmt werden als durch das eben gekennzeichnete Verhalten linksradikaler Elemente oder durch ein unkluges Spiel mit dem Machtgedanken oder dem Gedanken der Gewaltanwendung zum Zwecke der Vergeltung. Nicht das Recht der Macht, sondern die Macht des Rechtes muß der Grundzug all unseres Handelns

in. Deutschland gleicht einem gefesselten Riesen. In der Idee gibt es

Digitized by Google

drei Arten, sich von diesen Fesseln zu befreien. Die eine Art ist die, mit kurzem gewaltsamen Ruck die Fesseln zu sprengen. Das ist das Rezept nationalistischer Verblendung, die da verkennt, daß man durch einen solchen Versuch jetzt nichts anderes erreichen kann, als daß die Fesseln nur um so tiefer ins Fleisch einschneiden würden. Die zweite Art besteht in einem Appell an das internationale Gemeinschaftsgefühl der breiten Massen: Kommt und helft uns die Fesseln lösen, die Militarismus, Imperialismus und Kapitalismus uns geschmiedet haben! Internationale Utopisten glauben an die Wirkung eines solchen Rufes, obwohl dieser internationale Gedanke seit seiner Geburt bis zum heutigen Tage sich noch nie von völkerversöhnender Kraft erwiesen hat. Die dritte Art besteht darin, daß man in ruhiger, planmäßiger Arbeit ein Glied der Kette nach dem anderen durchfeilt, bis die Ketten eines Tages von uns fallen, und wir wieder als freies Volk dastehen. — Das Werkzeug hierbei ist die moralische Macht des Rechts. „Noch nie ist in der Geschichte eine moralische Macht auf die Dauer mit Gewaltmitteln niedergehalten oder vernichtet worden", diese Wahrheit rang sich vor kurzem sogar in der französischen Deputiertenkammer in der Rede eines Abgeordneten durch, und selbst ein Napoleon auf St. Helena mußte bekennen: es gibt zwei Gewalten in der Welt, das Schwert und die Idee, aber als die stärkere hat sich noch immer die Idee erwiesen. Deutschland muß sich zum Träger der Idee des Rechtes machen, des Rechts seiner eigenen nationalen Selbsterhaltung und Selbstbehauptung, aber auch des Rechtes als der regelnden Norm im Leben der Völker. Es klingt, als wäre es heute gesprochen, wenn wir die Worte Goethes lesen: „Wer das Recht hat und die Geduld, für den kommt auch die Zeit. Das Recht steht uns bei, wie noch nie in unserer Geschichte. Von uns hängt es ab, es zur moralischen Macht zu erheben. Wie wenig die Zeit still steht, beweist jeder neue Tag. Deshalb wird zähe, tatkräftige und unverrückt ihr Ziel festhaltende Geduld ihre Stunde finden, auch ohne den Ruf nach Gewalt."

Hand in Hand mit der moralischen Offensive nach außen muß eine solche im Innern unseres Volkslebens einsetzen, denn auch hier beruhen alle Mißerscheinungen der Gegenwart auf dem völligen moralischen Zusammenbruch des ganzen deutschen Volkes. Keine Bevölkerungsschicht, keine private und keine amtliche Stelle ist hiervon unberührt, Reich und Gliedstaaten stehen obenan. Die ganze Kriegsgesetzgebung — vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete — erzog das deutsche Volk zur staatlichen und politischen Unmoral. Die Gesetze der Kriegszeit verlangten von dem einzelnen Staatsbürger sehr oft Erfüllungen oder Unterlassungen, die selbst beim besten Willen der einzelne nicht leisten konnte. Schiebertum, Wuchertum und Preistreibereien haben hier ihre Wurzeln. Das Leben im Kriege selbst förderte diesen Werdegang. Wenn fast 5 Jahre hindurch

Digitized by Google

8 Millionen Menschen in Deutschland ihren Daseinszweck darin finden mußten, Menschenleben und Güter zu vernichten, und wenn sie dabei ein Zigeunerleben von der Art führten, wie es im Felde jahrelang geführt werden mußte, so muß naturgemäß der moralische Rückschlag ein außerordentlich schwerer sein. Lily Braun hat Recht, wenn sie sagt: Der Krieg erwies sich auf die lange Dauer als der Sturmwind, der alle Schleier zerriß, und wie er dadurch anfänglich nie gekannte Schönheit enthüllte, so doch zuletzt auch alles Kleine, Häßliche und Schmutzige bloßlegte. Ein schwerer moralischer Rückschlag war die naturnotwendige Folge: tatsächlich ist er viel schwerer, als der einzelne gemeinhin sich klar macht. Wir sind in vielen Teilen gar nicht mehr das Kulturvolk, für das uns zu halten wir früher gewöhnt waren. Politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und persönliche Moral sind in schwerster Weise zusammengebrochen. Hier gilt es eine gewaltige Wiederaufbauarbeit zu leisten. Jeder einzelne muß für sich mit dieser Arbeit beginnen und darf nicht, wie das bisher geschieht, sie nur von dem andern verlangen und erwarten. Der Staat selbst muß mit gutem Beispiel vorangehen. Auch heute noch baut er sehr oft Gesetze — bis zu einem gewissen Grade vielleicht notgedrungen — auf unmoralischen Grundsätzen auf. Man denke nur an das Entwaffnungsgesetz. Für die Abgabe widerrechtlich zurückbehaltener Waffen wird eine namhafte Belohnung ausgesetzt. Das ist doch letzten Endes nicht mehr und nicht weniger, als wenn man einem Einbrecher sagte: Du bleibst für deinen Einbruch nicht nur straffrei, sondern, wenn du die Liebenswürdigkeit hast, das gestohlene Gut wieder zurückzubringen, bekommst du dafür eine hohe Prämie. Staaten und Gemeinden verstoßen in ihren privatwirtschaftlichen Betrieben ausnahmslos gegen die Forderungen, die sie gesetzlich dem einzelnen auferlegen. Welche Gemeinde hätte noch nicht in ihrer Ernährungswirtschaft „hintenherum" irgend etwas bezogen, welcher Staat hätte noch nicht gegen die Notwendigkeiten der Staatsraison und Staatsmoral verstoßen, wenn er für sich selbst einen Vorteil dabei erreichen konnte. Welch ungeheure moralische Verwirrung zeigt sich oft in Parlamentsreden, in einzelnen Presseerzeugnissen und in öffentlichen Versammlungen. Aufforderungen zum Mord in Zeitungen, die sich national nennen und in solchen, die nicht genug von internationaler Verbrüderung schreiben können, unflätigste Beschimpfungen politisch anders Denkender, gewaltsames Durchbrechen der Rechtsordnung zur Erreichung materieller Ziele — das sind die düsteren Zeugen eines noch immer nicht behobenen Tiefstandes unseres öffentlichen Lebens.

Von dem moralischen Zusammenbruch des wirtschaftlichen Verkehrs braucht nicht besonders geredet zu werden. Er steht stündlich in mannigfaltigsten Erscheinungen vor unseren Augen. Eine völlige Zerrüttung der Auffassung von dem, was recht und unrecht, was erlaubt und unerlaubt ist, auf allen

Digitized by Google

Seiten ein hemmungsloses Streben nach materiellem Gewinn, ein gewissenloses Hinwegschreiten über die berechtigten Interessen anderer, wenn es den eigenen materiellen Vorteil gilt, ein Abstellen allen Denkens und allen Handels auf das eigene Ich, eine völlige Unfähigkeit, die eigenen Interessen einzugruppieren in den Kreis des Allgemeinwohles — das ist die Signatur auf leider nur allzu vielen Gebieten des einst so stolzen deutschen Wirtschaftslebens. —

Die Mißerscheinungen aus dem Zusammenbruch der persönlichen Moral sind nicht minder schwer. Es ist unglaublich, was sich das deutsche Volk hier leistet und bieten läßt. Ein Blick auf die Straßen der Großstädte, ein Gang in die Kinos und die Theater, ein kurzes Verweilen in den landläufigen Vergnügungsstätten genügt, um den moralischen Tiefstand zu erkennen. Eine weitgehende persönliche moralische Feigheit und Verantwortungsscheu beherrschen den Gedankenaustausch. Nur wenige noch gibt es, die den Mut haben, öffentlich die Wahrheit zu bekennen, wenn es für die eigene Person oder für andere unbequem ist. Selbst die Regierung und die Behörden finden nur selten den nötigen moralischen Mut, die von einer irregeleiteten Masse erstrebten Maßnahmen offen als verkehrt und unheilvoll zu bezeichnen, selbst wenn sie von der Verderbtheit dieser Maßnahmen überzeugt sind. Ohne jede moralische Hemmung geben auch manche Gemeindebehörden jedem Drang der Masse nach und verstärken so unmittelbar das Uebel, zu dessen Bekämpfung sie berufen wären.

Es ist klar, daß gegenüber einem so tiefgreifenden moralischen Zusammenbruch eine Besserung von heute zu morgen nicht zu erwarten ist. Aber das darf uns nicht hindern, mit aller Kraft an ihr zu arbeiten. Für diese Arbeit ist zunächst unerläßlich, daß der Zustand in seiner ganzen Schwere und in seinen verhängnisvollen Formen allgemein erkannt wird. An dieser Erkenntnis fehlt es vor allem auch oft noch unseren sogenannten gebildeten Kreisen, und die Bevölkerungsschichten, in denen früher öffentliche und persönliche Moral ihre wirksamsten Stützen hatten, finden sich in unbegreiflicher Passivität mit dem gegenwärtigen Zustande ab. Diese Gleichgültigkeit gilt es in erster Linie zu überwinden, vor allem im eigenen Ich. Dann aber muß der offene Kampf gegen all die aufgenommen werden, die als Träger und Förderer der Unmoral erscheinen. Reich und Staaten müssen wieder mit gutem Beispiel vorangehen. Keine Duldung von Erscheinungen und von Handlungen, die nach dem normalen Empfinden gegen Recht und Sitte verstoßen, vor allem aber eigenes Fernhalten von allen Maßnahmen und Anordnungen, die mittelbar oder unmittelbar die geschäftliche, gesetzliche und politische Unmoral fördern!

Es wird einer langsamen und zähen Arbeit bedürfen, hier Wandel zu schaffen, aber es wird nicht unmöglich sein, zum Ziele zu gelangen, wenn sich jeder selbst als mitverantwortlicher Träger bei dieser großen

Digitized by Google

und vornehmsten Aufgabe des Wiederaufbaues fühlt. Es sind schwere Krankheitserscheinungen einer durch die Ueberspannungen und Leiden des Krieges und der Nachkriegszeit aus dem Gleichgewicht geworfenen Volksseele, die es zu heilen gilt. Wie der Zusammenbruch nicht von heute zu morgen gekommen ist, sondern als Folge einer großen Reihe verheerender Einwirkungen, so kann auch die Heilung nur kommen durch unausgesetzte liebevolle Hilfe. Vereinzelte Anfänge zur Gesundung beginnen sich hier und da zu zeigen. In einzelnen Organisationen erwacht das politische, wirtschaftliche, soziale und menschliche Gewissen. Hier gilt es einzusetzen, zu pflegen, zu fördern. Alle Arbeit aber muß getan werden in der Erkenntnis: Die Erneuerung Deutschlands ist allein möglich, wenn das deutsche Volk aus sich heraus die sittliche Kraft und die moralische Macht zu seiner Wiedergeburt aufzubringen vermag.

Höhere Schule und politische Bildung

Von Dr. Leo Schwering (Köln).

Bei der Eröffnung der Hochschule für Politik wurde von allen Seiten mit vollem Rechte darauf hingewiesen, von wie großer Bedeutung es sei, wenn auch die Grundlagen der Politik „gelehrt" würden, und daß das deutsche Volk auf diesem Gebiete sehr vieles nachzuholen habe. Insbesondere möchten wir in diesem Zusammenhang auf die Worte hinweisen, die Prof. Jäckh gesprochen hat. Aber es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß es nicht genügt, wenn an der doch nur begrenzten Kreisen zugänglichen Hochschule in Berlin die Politik zum Gegenstand besonderer Studien gemacht wird, es kann auch nicht genügen, wenn unsere Hochschulen und Universitäten mehr wie bisher, gewitzigt durch die schlimmen Erfahrungen, diesem nüchternsten aller Fächer eine größere Beachtung schenken, eine schärfere politische Schulung muß in alle Schichten unseres Volkes, insbesondere der Gebildeten getragen werden. Wie fabelhaft dilettantisch die breiteste deutsche Oeffentlichkeit noch heute ist, das zu erkennen genügt ein Blick in große und größte Blätter. Dieselben Organe, die mit eindringlichem Verständnis über die Probleme deutscher Innenpolitik urteilen, werden zu den albernsten und törichtsten Kolporteuren, sobald es sich um eigentlich politische, also insbesondere um groß- oder außenpolitische Fragen handelt. Niemand wird verlangen, daß diese beklagenswerten Mängel von heute auf morgen abgestellt werden; ohne eine systematische Schulung, die jahrelang dauern wird, dürfte dies alles nicht zu verbessern sein.

Wir stehen nicht an zu sagen, daß eine Hauptarbeit bei dieser inneren Umwälzung zum schärferen politischen Denken den höheren Schulen zufallen wird. Hier ist auch jahraus, jahrein die spätere geistige Führerschicht

Digitized by Google

zu erfassen, von der im Guten wie im Bösen die zukünftige Geschichte der Nation gemacht werden wird und muß. Aber ebenso unbestritten ist es, daß der heutige Geschichtsunterricht, der in erster Linie diese Aufgabe zu lösen hat, nicht auf die große Aufgabe eingestellt ist, weil er mit unnötigem Ballast geradezu überladen ist. Es ist leider eine vielbefragte Erscheinung, daß selbst heute noch die Jugend über die großen Probleme, die sich vor unseren Augen entwickeln und deren tieferer Zusammenhang aus dem richtig gegebenen Geschichtsunterricht hervorfließt, ganz unzureichend unterrichtet wird. Es soll damit kein Vorwurf gegen die erhoben werden, welche die hohe Aufgabe haben, gerade diesen Unterricht zu erteilen. Es liegt am System, und nicht viele besitzen Mut und Entschlußkraft genug, um selbständig vorzugehen und entschlossen auszuscheiden, was unnötig geworden ist.

Es sei gleich vorweg bemerkt, daß sich diese Darlegungen in erster Linie mit dem Geschichtsstoff der oberen Klassen unserer neunstufigen Anstalten beschäftigen; sie sind in der Praxis erprobt und nicht am grünen Tische als seelenloses Projekt reformlüsternen Besserwissens ersonnen.

Der Rahmen dieses kleinen Aufsatzes, der für ein größeres Publikum bestimmt ist, kann und will die Frage namentlich in ihren praktischen Folgerungen nicht lösen, dies müßte an anderem Orte und vor Fachgenossen geschehen, aber hier sei doch soviel gesagt: Ziel des zukünftigen deutschen Geschichtsunterrichtes muß es sein, die Jugend mit den Grundlagen unserer politischen Gegebenheiten so bekannt zu machen, daß sie in der Lage sind, ihre eigenen Urteile für später an den gewonnenen Kenntnissen zu kritisieren und zu kontrollieren und damit das Maß politischen Ueberlegens zu erringen, das das Fundament jeder politischen Praxis sein muß.

Die ist nur zu erreichen, wenn der modernen Geschichte im Geschichtsunterricht der höheren Schulen eine ganz andere Stelle eingeräumt wird, wie dies bisher der Fall war. Dies läßt sich nicht anders erreichen, als wenn der gesamte Stoff, der vor den Anfängen der eigentlichen modernen Geschichte liegt, tunlichst in die Obersekunda zusammengedrängt wird. Dies wird z. B. für die antike Geschichte nur zu erreichen sein, wenn man die Idee der „Höhepunkte" anwendet, dasselbe dürfte für das frühe Mittelalter zweckmäßig sein. Es läßt sich um so leichter der gesamte Geschichtsstoff bis etwa in den Beginn des 16. Jahrhunderts zusammendrängen, als ja auch zahlreiche andere Stunden, ich denke an Latein und Deutsch, an Erdkunde, die natürlich mit einer besonderen Stunde vertreten sein müßte, und auch an die neueren Sprachen, die hier die Arbeit des Geschichtslehrers, die ohnehin groß und gewaltig erscheint, erleichtern und unterstützen können. Nicht auf chronologische Vollständigkeit, sondern auf das Wesentliche der Entwicklung kommt es an. Wir müssen für die Frühzeit mit dem System der lückenlosen Vollständigkeit sogar energisch brechen. Die beiden Jahre

Digitized by Google

der Prima müssen einzig und allein auf das Ziel eingestellt sein, unsere heutige Zeit und unsere gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse dem jugendlichen Denken ganz nahe zu bringen. Unter diesem Gesichtspunkt muß einmal die koloniale Betätigung der großen Mächte, dann das Wesen des Staates, wie es sich bis zu dem heutigen Gebilde durchgesetzt hat, mit aller Schärfe herausgearbeitet werden. Schon Weltpolitik, die aber für gewöhnlich heute in dem Kleinkram der Schlachtenerzählungen, wie sie der Spanische Erbfolgekrieg und der Siebenjährige Krieg mit sich bringt, völlig verloren geht. Wie ganz anders nimmt sich der Siebenjährige Krieg vom britischen statt vom friderizianischen Standpunkt aus! Ueber der selbstverständlich energisch herausgearbeiteten nationalen Geschichte darf eben der große politische Ueberblick, in dem wir doch nur ein Teil sind, nicht übersehen werden, falls nicht grundlegende Fehlerquellen geschaffen werden sollen, wie sie dem politischen Denken unserer heutigen gebildeten Schicht leider gemein sind. Hier rächt sich ein in zwar guter Absicht gegebener, aber auf falschen Grundlagen ruhender Geschichtsunterricht auf das bitterste.

Insbesondere aber ist für die Oberprima in den beiden ersten Tertialen ausschließlich Raum zu machen zur Behandlung der Zeit von 1848 bis 1919. Innere und äußere deutsche und „Welt"-Geschichte müssen hier breit behandelt werden. Insbesondere aber darf nicht übersehen werden, daß der äußeren Geschichte unbedingt der Primat vor der inneren zuzuerkennen ist. Die beliebten Schlachtenerzählungen, in denen sich vielfach noch heute der Geschichtsunterricht erschöpft, als wenn es gelte, lauter Generalstabsoffiziere heranzubilden, hat durchaus vor der Darstellung der diplomatischen Geschichte zurückzutreten. Insbesondere muß das Mächtesystem, das eigentlich zum ersten Male beim Krimkrieg diejenigen Züge annimmt, die uns für die folgenden Jahrzehnte vertraut sind, plastisch herausgearbeitet werden. Die Zwangsläufigkeit gewisser Entwicklungen werden auch dem Schüler langsam zeigen, daß nicht der blinde Zufall das politische System beherrscht, sondern daß sich die überraschende Logik der Tatsachen oft in einer Weise offenbart, die an die Schlüssigkeit eines mathematischen Beweises erinnert. Namentlich das Bismarcksche Bündnissystem in seiner genialen Anpassung an die europäischen und Welttatsachen, wie es von ihm etwa zwischen 1871 bis 1890 gehandhabt wurde, bietet eine solche unerschöpfliche Fülle zu politischer Spekulation, daß man sich nur darüber wundern kann, wie dieses großartigste Lehrbuch des genialsten Meisters der praktischen Politik bisher so wenig gegenüber der heranwachsenden Generation nutzbar gemacht worden ist. Das Jahr 1900 bietet dann auch die beste Gelegenheit zur Umschau, und das verständnisvolle, nicht sklavische Zurückgehen auf die Meisterzeit des großen Kanzlers für die wilhelminische Epoche, wird unbarmherzig die gemachten

Digitized by Google

Fehler aufdecken und ihre Vermeidung zu einer praktischen Forderung machen, die, mit der richtigen Klarheit gelehrt, nicht ohne Nachwirkung für den zukünftigen Mann bleiben kann.

Daß die eingehende Behandlung der modernsten Geschichte unterstützt werden muß durch Proben aus den besten Schriftstellern, ist eine Selbstverständlichkeit. Es kommt eben alles auf die Persönlichkeit des Lehrers an, der selbst politisch genügend interessiert und den Stoff voll und ganz beherrschen muß, um die Lehren seines Unterrichts durch Beispiele zu stützen, die allerdings nur aus einer innigen Vertrautheit und Meisterung des Stoffes erwachsen kann.

Der deutsche Oberlehrer war während des Krieges für die Völker der Entente einer der Schöpfer und Träger des „preußischen" Geistes. Viele werden auch heute noch auf dieses Urteil des Feindes, das nicht unberechtigt war, stolz sein. War es doch die Anerkennung einer geistigen Mitführerschaft, die so unendlich viel zu den unvergleichlichen Heldenjahren beitrug, die unser Stolz bis in ferne Zeiten sein werden! Diese Führerschaft im neuen deutschen Volke darf nicht verloren gehen! Aber sie kann nur erhalten werden durch entsprechende Umstellung, die sich wie früher nur in dem einen Ziel gleichbleibt, unserem unglücklichen Volke gerade am Tore seiner dunklen Zukunft ein Führer zu neuem Aufstieg zu sein. Was nutzt uns alles Mühen, wenn diejenigen davon unberührt bleiben, die doch mehr oder weniger die zukünftige Stimmung der Nation machen werden. Wir haben genug an den schönredenden Aestheten und mit akademischem Wissen erfüllten Männern, die sich im Strome der Welt nicht zurechtfinden, weil sie keine Unterlagen haben und ihnen Anschlüsse fehlen; wie soll eine Reform unseres politischen Parteiwesens einsetzen, wenn nicht eine neue Generation heranwächst, die den großen Aufgaben durch größere Nüchternheit mehr gewachsen ist, als die alte es war? Der Geschichte gehört die deutsche Zukunft!

Fichte und sein Werk

Von Alice Salomon.

Gertrud Bäumer sagt in ihrem Buch über Fichte, das auch Fichtes Bedeutung für die gegenwärtige Zeit heißen könnte, sein Werk sei heute wieder fruchtbar, weil er um die Idee der gerechten Freiheit, der freien Gerechtigkeit gerungen; weil er gewußt hat, daß ein Staat nicht auf Roß und Reisigen, sondern auf der Lebendigkeit und Wirksamkeit dieser Idee ruht. Man fühlt es durch, wie sie Fichtes Kraft, Fichtes Streitbarkeit, seinen leidenschaftlichen Willen ausströmen lassen möchte auf die energielosen Menschen, die geistig „nicht existieren", denen der

Digitized by Google

„Affekt des Seins“ fehlt; daß sie dem nur um das eigene bißchen Wo
bekümmerten Bürger genau so feindselig gegenübersteht, wie er es ta

Was Fichte dem deutschen Volke unserer Tage zu geben hat, qui
weniger aus seiner philosophischen Erkenntnis, seiner Wissenschaft, a
aus seinem politischen Wollen hervor. Wenn Gertrud Bäumer beide
in gleichem Maße gerecht zu werden strebt, so zeigt sie um so deutliche
daß ihm die Wissenschaft immer Diener seines Wollens war; daß er je
weilig philosophisch zu begründen versuchte, was sein politisches Tem
perament, seine pädagogische Aufgabe, sein Drang zu wirken, ihm al
Ziel auferlegte. Darum ist es auch natürlich, daß er nicht als Forsche
und Philosoph, sondern als Lehrer, als Pädagoge, als Politiker im
Bewußtsein der heutigen Generation lebt. Er hat die Wirklichkeit in
Gesellschaftsordnung und Staat umgestalten wollen: das war das Gese
seines Lebens. „Ich habe nur eine Leidenschaft, nur ein Bedürfnis, nur
ein volles Gefühl meiner selbst, das: außer mir zu wirken. Je mehr ich
handle, desto glücklicher scheine ich mir,“ so schreibt er in den verworrenen
ziellosen Jugendjahren an seine Braut. Und die Richtung, die sich ihm
deutlicher und entschiedener als notwendig zur Erlösung seines Volkes
und der Menschheit enthüllte, war das, was gerade unsere Zeit so heiß
ersehnt, die Verwirklichung des Gemeinschaftsgedankens. Fichte
ist in Deutschland der erste neuzeitliche Vertreter dessen, was wir heute
als den „sozialen Gedanken“ bezeichnen würden. Er hat den Schritt
vom Persönlichkeitsideal, vom Freiheitspostulat zur sozialen Forderung
getan. Er hat den philosophischen Liberalismus, aus dem er hervor-
ging, so lange vertieft, bis ein Gemeinschaftsideal, ein sozialistisches
System daraus entstand. Er hat schon in seinen Jugendschriften den
Freiheitsgedanken der französischen Revolution verinnerlicht und ihm das
soziale Pathos zugefügt. Immer mehr wurde der innerste Antrieb seiner
politischen Interessen das Soziale.

Das kommt in Gertrud Bäumers Schrift zum Ausdruck, wie es über-
haupt darin deutlich wird, daß sie weniger schreibt, um Fichte der Nach-
welt zu erhalten, als weil sie unsere Zeit mit den Ideen durchdringen
will, die ihm notwendig sind, die unser Volk retten können. Sie geht
Fichtes philosophischer Entwicklung zum Gesellschaftsgedanken nach:

„Die Gesellschaft ist dem Menschen nicht nur äußerlich, als Tatsache, ge-
geben, sondern in einem innerlichsten Sinne notwendig. Nicht nur — in
Kantschem Sinne — weil und sofern sie da ist, bedarf sie der sittlichen Formung,
nicht nur, weil sie ihre Ansprüche und Forderungen in die Lebenssphäre eines
jeden hineinspült, entstehen Probleme des Rechts und der Pflicht. Sondern der
Mensch, dessen Sphäre die gestaltende Tat ist, ist bestimmt, in der Gesellschaft
zu leben; er soll in der Gesellschaft leben; er ist kein ganz vollendeter Mensch
und widerspricht sich selbst, wenn er isoliert lebt. Gemeinschaft ist das eigent-
liche Feld des sittlichen Seins. Sittlichkeit besteht nicht darin, die bestehende
Gesellschaft nach sittlichen Grundsätzen hinzunehmen, sondern Gemeinschaft zu
erschaffen.“

Digitized by Google

Fichtes soziale Ueberzeugungen sind aus liberaler und demokratischer Wurzel gewachsen. Das macht ihm sicherlich für das protestantische Bürgertum Deutschlands zu einem so überzeugenden Führer. Zwei Ideen haben wir nach seiner Meinung zu dienen, wenn wir unsere soziale Kraft schulen: wir wollen den freien Menschen neben uns. Gesellschaftlichkeit ist nicht einseitiges Einwirken, sondern gegenseitiges Geben und Nehmen, gegenseitiges Leiden und Tun. „Jeder der sich für einen Herrn anderer hält, ist selbst ein Sklave." Herrschenwollen ist Ausdruck der Sklavenseele, denn die Unfreiheit anderer ertragen, mit Unfreien in der Form der Unfreiheit Gemeinschaft haben, kann der wahrhaft freie Mensch nicht. Er braucht die Freiheit als Atmosphäre. Er will nicht unreine Luft atmen. Er spürt die unreinen Töne in der Symphonie des Austausches, wenn irgend wo die Gemeinschaft noch auf Unfreiheit gegründet ist.

„Nur derjenige ist frei, der alles um sich herum frei machen will, und durch einen gewissen Einfluß, dessen Ursache man nicht immer bemerkt hat, wirklich frei macht. Unter seinem Auge atmen wir freier, wir fühlen uns durch nichts gepreßt und zurückgehalten und eingeengt. Wir fühlen eine ungewohnte Lust, alles zu sein und zu tun."

Nur in solcher Freiheit entfaltet sich die zweite Idee zur Wirklichkeit: daß Gesellschaft der Vereinigung, dem Einswerden dient.

Was Gertrud Bäumer mit ihrer Darstellung von Fichtes Werk will, sagt sie da, wo sie von dem Wesen seiner Staatslehre spricht. Denn diese war, wie sein ganzes Werk, eben Erziehung zur Freiheit. Sie schreibt:

„Der eigentliche Inbegriff unser gegenwärtigen Not, das Wesen der Trübe und Unreinheit in unseren politischen und sozialen Zuständen, ist der große innere Mangel unseres Volkes an demokratischer Zucht. Es sind zu wenig Menschen innerlich auf der Höhe der Rechtsidee, zu wenige davon durchdrungen, daß der einzige unbedingte Halt eines Staates die Lebendigkeit und Reinheit dieser sittlichen Kräfte, die innere Macht und Wirklichkeit über die Seelen und in den Seelen ist. Die Verehrung der Macht schlechthin, einer Macht, die sich selbst an der Gerechtigkeit nicht zu korrigieren braucht, hat die politischen Anschauungen der letzten Jahrzehnte beherrscht. Die Vorstellung eines Leutnants mit zehn Mann, der die Volksvertretung auseinandersprengt, hat für manche Teile der führenden Schichten etwas Wohlgefälliges gehabt, einen geheimen Reiz der zweideutigen sittlichen Herkunft — Gewaltverehrung ist immer sklavisch, selbst wo sie sich von Herrenbewußtsein ableitet. Die Gegenseitigkeit ist die Skrupellosigkeit des Terrors von unten. Wie kann die Gerechtigkeit in den dumpfen Seelen wohnen, wenn sogar die Helleren sie nicht kennen wollen? Die demokratische Zucht hat in unserem Volke keine großen, breiten Träger gehabt. In den Volksmassen hat die Begehrlichkeit, die zur Triebkraft politischer Organisation gemacht wurde, sie überrannt. Bei der geistigen Führung hat man nicht beizeiten die ungeheuren Gefahren gesehen, die der Machtgedanke als Grundlage eines Staates hat, in dem durch die technische Organisation der Wirtschaft die tatsächliche Macht in ganz anderem Grade an die Massen über-

Digitized by Google

gegangen ist. Nachdem das geschehen ist, gibt es keinen Halt, als die „Bürgertugend“ des einzelnen, die Bindung von innen her. Das klingt manchen „ideologisch“ und ist doch so realpolitisch wie nur denkbar.“

Es ist die Synthese vom Individulismus und Sozialismus, die sie die Zeitgenossen zu führen sucht, an Fichtes Werk zu führen sucht. Fichte ist bei der Entwicklung seiner Staatsideen Sozialist geworden. „Fast unbewußt.“ Indem er nämlich den Staat rein auf sittlichen Grundsätzen aufbaut, überträgt er ihm wirtschaftliche Verantwortungen, die den theoretischen Liberalismus umstoßen müssen — Fichte kommt von der Rechtsidee her zur sozialistischen Zwangswirtschaft.

„Fichtes Schrift über den „geschlossenen Handelsstaat“ ist der konsequenteste Aufbau einer staatlichen Planwirtschaft in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Ausgang und Ziel dieser Planwirtschaft liegen im ethischen Rahmen. Jede ethisch fundierte Betrachtung der Volkswirtschaft wird notwendig in irgend einem Sinne Sozialismus. Fichtes Schrift ist sozialistisch in zwiefachem Sinne: Ethisch, sofern das Ziel der Volkswirtschaft, das menschenwürdige Dasein aller ist, dessen Sicherung alles höhere Wohlergehen einzelner nachsteht — wirtschaftspolitisch, sofern dem Staat die gesamte Leitung der Volkswirtschaft übertragen wird.“

Gertrud Bäumer zeigt, wie alle seine Arbeiten sich zum Ring schließen, wie der „geschlossene Handelsstaat“ mit der „Bestimmung der Menschen“ verknüpft ist. Denn auch da ist das Ziel: „Es soll allmählich keines größeren Aufwandes an mechanischer Arbeit bedürfen, als ihrer der menschliche Körper bedarf zu seiner Entwicklung, Ausbildung und Gesundheit, und diese Arbeit soll aufhören, Last zu sein, — denn das vernünftige Wesen ist nicht zum Lastträger bestimmt.“

Trotzdem sind es außerordentlich verschlungene, konfliktschwere, problembeladene Gedankengänge, auf denen er das Ziel findet. Darum ist seine Staatslehre niemals zum Ausgangspunkt einer Bewegung geworden, die soziale Gerechtigkeit schaffen wollte. Darum ist er ein Sozialist geblieben, der in dieser Gedankenwelt keine eigentliche Nachfolge, oder richtiger vielleicht, keine Gefolgschaft fand. Für die Masse, die sich gefühlsmäßig oder instinktmäßig zum Sozialismus wandte, waren seine Gedanken zu „philosophisch“„ vielleicht auch, trotz allem, zu individualistisch; sicherlich aber zu abstrakt. Ihnen konnte er nicht Führer werden.

Und die anderen? die ihn verstelen konnten? Auch sie haben sich nicht um sein Panier geschart, selbst wo sie von seinem Geist beeinflußt wurden, weil seine Ideen unausführbar waren.

„In seinem Versuch, seine Philosophie auf die Wirtschaft anzuwenden, geht Fichtes Doktrinarismus ebenso auf Biegen oder Brechen mit dem Leben um, wie in den Nutzanwendungen auf ethische Lebensprobleme.“

Digitized by Google

Immerhin müßten wir Gegenwärtigen, die wir den Bankerott der von Fichte verurteilten Wirtschaft der reinen Selbstsucht erleben, für die innere Bedeutsamkeit seiner Kritik empfänglich sein.

„Ist es nicht so, daß sich in ihr jener deutsche Geist, der den lebendigen Sozialismus der mittelalterlichen Stadtwirtschaft schuf, gegen die Gottlosigkeit der „freien" Wirtschaft wehrte? Gegen die schrankenlose Preisgabe der Wirtschaft an das Böse — an die Selbstsucht und den ungebändigten Individualismus? Und hatte Fichte nicht recht, wenn er darin die ungeheure Gefahr sozialer Auflösung ahnte, die wie eine Pest das Zeitalter zu überziehen sich anschickte? — Fichte fühlte richtig, wenn er die Preisgabe der Wirtschaft an diesen Spekulationsgeist abwehrte, der die Wirtschaft in nie dagewesener Weise auf das Kampfprinzip stellt und die Menschen von der aufbauenden, geduldig schaffenden Arbeit auf die wirtschaftlich mindestens leere, wenn nicht verderbliche Konjunkturausnutzung ablenkte. Er fühlte richtig, wenn er die kommende prinzipielle Preisgabe jeder ethischen Bindung der wirtschaftlichen Zwecksetzungen verurteilte. So unanfechtbar für eine idealistische Weltbetrachtung auch die Wirtschaft nur Mittel ist — Mittel der Kultur — so unausweichlich ist die Forderung, sie ihren Zwecken zu unterwerfen, und die Ueberlegung, welcher Art nun gerade die Dienste sind, die von der Wirtschaft der Kultur geleistet werden können."

Fichtes Bedeutung in der Geschichte des sozialen Bewußtseins liegt nicht nur darin, daß er der Volkswirtschaft ein höheres Ziel setzte, sondern darüber hinaus in der Bestimmung dieses Zieles selbst: daß die Menschen durch ihre Arbeit die Würde ihres Lebens schaffen und erhalten können.

Wir erleben heute, was es hieß, diesem gesellschaftserhaltenden Gedanken untreu werden. Wir sind durch furchtbaren Zwang zu ihm zurückgeleitet: zu dem Problem, die Arbeit zur Grundlage der Gesellschaft zu machen. Die katastrophalen Stockungen im wirtschaftlichen Organismus selbst künden an, daß die Idee stärker war als eine durch andere Mächte getriebene Wirklichkeit! Sie ist wiedergekommen durch die einzige Möglichkeit, aus dem Chaos Gestalt werden zu lassen.

Es ist gut, diese Gedanken Fichtes einmal in die Beleuchtung unserer Nöte zu rücken; diese Gedanken, die, wenn man seine Leistung als Ganzes betrachtet, nur als Auftakt, als Vorbereitung für seine nationale Mission erscheinen. Was Fichte durch die Reden an die deutsche Nation für die Entfachung nationaler Begeisterung und Hingabe, für die Hervorbringung eines nationalen Erziehungsideals getan hat, ist lebendiger und mit seinem Namen stärker verknüpft geblieben. Gerade das bringt ihn heute dem deutschen Volk so nahe. Die Vergleichung ergibt sich von selbst: die nationale Katastrophe; die Untergangsstimmung; — bei den Starken, den Frommen (im tiefsten und eigentlichstem Sinne Frommen) der Glaube an die Erneuerung, der Wille dazu. Wille und Glaube formt die Zukunft.

Die „Reden" sind darin ganz von heute und für das „heute." Die unbedingte Skepsis gegen ihre Zeit; die Verzweiflung an der alten Ge-

Digitized by Google

neration, von der keine Erneuerung zu erwarten ist. Sie sind ihrer Zeit verfallen — mit ihrer Schlaffheit, Selbstsucht — ihrem Relativismus.

Aber die Reden sind auch ein leidenschaftlicher Protest gegen den „Untergang der Abendlandstimmung", durch den felsenfesten Glauben, das unverrückbare Vertrauen in die Macht des Geistes, der nicht im Wandel irdischer Formen, im Aufstieg und Abstieg des geschichtlichen Daseins kleiner oder größer wird, wächst und sich erschöpft, sondern der ewig da ist, dem Menschen zugänglich, der sich ihm hingibt. — Die Kraft der Erneuerung entzieht sich der Vorausberechnung. Nicht aus dem Geschehenen, Abgelaufenen lassen sich die Möglichkeiten zukünftigen Werdens ableiten. Keine Erkenntnis der Vergangenheit vermitteln ein Verhältnis zu der lebendigen Kraft, aus der die Zukunft sich erschafft. Von ihr weiß man nur als Fühlender, als Glaubender. Mit ihr wird man eins im Wollen!

Fichte wurde wie alle wahren Philosophen zum Glauben geführt, und er kann andere dazu führen. Darum bleibt sein Werk, sein Leben und seine Lehre auch in der gegenwärtigen Zeit eine Quelle der Kraft für die deutsche Politik.

Schluß der Redaktion Freitag mittag
Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt
Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928 Verlag: Deutsche Verlagsanstalt
Berlin SW 11, Königgrätzer Str 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder
Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H.
Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 313
Jäckh, Talaat 315
Treuherz, Die Zukunft Oberschlesiens 322
Delbrück, Eine Bitte an Ed. Bernstein 327
Otto, Die Eingeborenen in Südwestafrika und die britische Verwaltung 329

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1.50

6. Jahrgang 2. April 1921 Heft 14

...tsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17—18

Digitized by Google

EINE SCHRIFT ZUR MASSENVERBREITUNG

Soeben erscheint
als 1. Heft der Schriftenreihe des Bundes
der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung

WAS SOLL ICH TUN?

Die Antwort auf diese Frage, die allen heute auf den Lippen liegt, ist ein Vorschlag, zu handeln und ganz bestimmte Dinge zu tun oder zu lassen; sie muß notwendig tief in das Leben eines jeden eingreifen. Man darf fordern, daß jedermann Kenntnis vom Inhalt der Schrift nimmt und sich mit ihm auseinandersetzt. Dieses Heft tritt an die Stelle der vergriffenen Broschüre „Sittliche Diktatur"

Preis Mark 1.50

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT • STUTTGART • BERLIN

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: **Franz Krupke**

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels
FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, jährlich 24 Mark, Ausland 30 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15
Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Digitized by Google

1. Jahrgang * 2. April 1921 * Heft 14

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der polnische Ministerpräsident Witos hat kurz vor der Abstimmung den Grundsatz von der Unteilbarkeit Oberschlesiens aufgestellt. In großer Ueberschätzung der von Korfanty geleiteten und von Le Rond begünstigten polnischen Agitation hatte er gehofft, daß eine polnische Mehrheit herausspringen würde. Da es jetzt anders gekommen, da jetzt Oberschlesien in seiner Gesamtheit ein Bekenntnis zu Deutschland abgelegt hat, muß man dieses Wort stündlich der Entente und Polen entgegenhalten: Oberschlesien ist unteilbar und will bei Deutschland bleiben.

*

Auf Moskaus Befehl hat der deutsche Kommunismus losgeschlagen. Selbst den Unabhängigen ist dieses Mal die Sinnlosigkeit des Putschens vom ersten Augenblick an klar gewesen. Die „Freiheit" spricht daher von einer Erhebung des „Lumpenproletariats". Wenn wirklich, wie allgemein behauptet wird, dieser Putsch auf bolschewistisches Geheiß und mit russischem Gelde angezettelt ist, so ist nicht einzusehen, warum wir es gerade jetzt so eilig haben, mit der Räterepublik Wirtschafts- und andere Abkommen zu treffen. Wir glauben nicht schlecht unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß bereits im Februar von Moskau die Parole nach Deutschland ausgegeben war, die heikle Situation der Bolschewisten in Räterußland durch Vorwärtstreiben der Weltrevolution zu retten. Selbst der „Golos Rossiji", das Berliner Blatt der russischen Pazifisten, nennt das neue deutsch-russische Abkommen „einen Rückzug Simons", weil er die noch kürzlich aufgestellte Forderung nach Sühne für die Ermordung des Grafen Mirbach jetzt fallen gelassen hat.

*

Lloyd George liebt es, die Welt zu verblüffen. Kaum hat er dem englischen Arbeiter durch den Handelsvertrag mit Räterußland eine Verbeugung gemacht, so ruft er das englische Bürgertum auf die Schanzen zum Kampfe gegen die Arbeiter, die durch ihre fanatischen Ziele die bestehende Kultur vernichten wollen. Man weiß, daß Lloyd George die starken Worte liebt, und trotzdem niemals die Tür zu Verhandlungen zuschlägt.

Digitized by Google

Wohin er jedoch dieses Mal mit seiner Rede hinzielt, darüber zerbricht man sich, auch in England, den Kopf.

*

Harding hat schon jetzt erkennen müssen, daß es auch seine Unbequemlichkeiten hat, so überlegen gesiegt zu haben, weil all die vielen Gruppen seiner Parteigänger in der neuen Regierung ihren Vertreter sitzen haben wollten. Die kunstvolle Mischung im neuen Ministerium hat die erste Belastungsprobe nicht ausgehalten. Die bedeutendste Figur im Kabinett, der Minister des Aeußeren Hughes hat bereits sein Amt niedergelegt, weil er sich mit Harding über die Behandlung des Versailler Friedens nicht einigen konnte. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Minister des Inneren Fall ernannt worden, den beim Eintritt in das Kabinett die amerikanische Presse als leidenschaftlichen Imperialisten, besonders in der Mexikofrage bezeichnete. Damals wurde seine Wahl nicht beanstandet, weil er im Staatssekretariat des Innern keine mexikanischen Extratouren machen konnte. Falls Einrücken ins Ministerium des Aeußeren verändert daher die Physiognomie des amerikanischen Kabinetts stark.

*

Die Kabinettsbildung in Preußen ist ins Stocken geraten. Die Sozialdemokraten haben bestimmt erklärt, daß sie von einem Eintritt der deutschen Volkspartei in die preußische Regierung nichts wissen wollen. Das Zentrum wiederum hat sich ebenso energisch für eine Mitarbeit dieser Partei auch in Preußen festgelegt. Keine von beiden Parteien will zugeben, sich damit in eine Sackgasse verrannt zu haben. Dieser Zustand muß naturgemäß bald aufhören, weil zurückgetretene Kabinette nur die laufenden Geschäfte zu erledigen pflegen. Möglicherweise wird die dritte Koalitionspartei den Stein ins Rollen bringen. Die Demokraten nämlich verlangen mit Recht, daß mit dem Regieren verschiedener Majoritäten in Reich und Preußen gebrochen wird. Sollte es aber daher dennoch zu Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und deutscher Volkspartei kommen, so würden bei der Frage der Besetzung der Ministerposten erst die wirklichen Schwierigkeiten beginnen. Die Sozialdemokraten z. B. wollen unter allen Umständen den Posten des Ministers des Innern in ihren Händen behalten, um Einfluß auf die Besetzung der Administrativ-Posten zu haben. Die deutsche Volkspartei dagegen hat, wie es heißt, zu ihrer obersten Bedingung das Verlangen gemacht, diesen Posten mit einem Fachmann besetzt zu sehen. Trotzdem ist zu hoffen, daß der Standpunkt der Demokraten doch durchdringen wird. Wollen die Sozialisten in Preußen am Ruder bleiben, so müssen sie auch in die Reichsregierung eintreten. Lehnen sie letzteres ab, so haben sie keinen Anspruch auf Preußen. Sie würden dadurch nur zur Reichsbremse mit umgekehrten Vorzeichen werden, wie es die Konservativen im Kaiserlichen Deutschland waren, die es auch liebten, in Deutschland keine Parteimänner in die Reichsregierung zu schicken.

Digitized by Google

Talaat

Von Professor Dr. E. Jäckh.

Der Tod des türkischen Ex-Großwesirs Talaat Pascha hat England und Frankreich von ihrem gefährlichsten Gegner befreit: nicht nur vom führenden Kopf des deutsch-türkischen Bündnisses vor und in dem Kriege, auch von der wärmenden Seele des national-türkischen Widerstandes noch nach dem Kriege bis zu dem eben erreichten Erfolge der Revision des Friedensvertrags. London und Paris atmen erleichtert auf und anerkennen dankbar den armenischen Mörder. Konstantinopel und Angora brüllen vor Wut und ballen die Fäuste — und mit dem türkischen Volk eine islamische Welt von Arabern und Tartaren, von Persern, Indern und Afganen, die alle an Talaats Leiche auf dem Berliner Friedhof dem unerschrockenen, unermüdlichen Vorkämpfer der vom englischen und französischen Imperialismus bedrückten Völker Treue geschworen haben.

In Talaat ist ein Staatsmann beseitigt worden, ein „geborener Staatsmann", einer von den wenigen wirklichen Staatsmännern von historischem Ausmaß und Format in dieser an Führerpersönlichkeiten so armen Gegenwart; ein ganzer Kerl von der einheitlichen Geschlossenheit eines Clemenceau oder Lloyd George; einer, den die Gabe der Intuition und des politischen Instinkts auch in jedem Volk Europas an die verantwortliche Stelle geführt hätte; ein türkischer Patriot, der auch als Großwesir nichts anderes als der erste Diener des Staates sein wollte und es auch war und blieb; als Charakter einfach und schlicht, lauter und mutig und treu.

Das Ziel dieses türkischen Staatsmannes war die Befreiung der Türkei vom zerreibenden Druck der Ententemächte; der Weg dazu war ihm das deutsch-türkische Bündnis; die letzte Gelegenheit schien ihm folgerichtig der Freiheitskampf im Weltkriege.

Schon 1908, als ich ihn (den damaligen Telegraphenbeamten), in der jungtürkischen Revolution kennen lernte, hielt er mir, der ich nur von der „Möglichkeit" eines deutsch-türkischen Bündnisses sprach, die „Notwendigkeit" der deutsch-türkischen Gemeinschaft entgegen. Als Abgeordneter und als Minister wirkte er in der gleichen Richtung. 1911 ließ er in Berlin bei Kiderlein-Wächter mit der Bündnisfrage anklopfen. 1914 konnte er es endlich in Konstantinopel mit Wangenheim abschließen, gerade kurz vor dem Weltkrieg. Drei Monate nach Ausbruch des deutschen Verteidigungskriegs traf er als zuverlässiger Bundesgenosse die Entscheidung für den türkischen Verteidigungskrieg, nicht „von deutschen Intriguen gedrängt", sondern in türkischer Berechnung und Ueberzeugung.

Als geschichtlich anerkanntes Ergebnis dieser Politik Talaat's (gemeinsam mit Enver) während des Krieges wird bestehen bleiben: die Ermöglichung

Digitized by Google

des deutschen Sieges über Rußland — dadurch, daß türkische Truppen mit ein paar Dutzend deutscher Offiziere die Dardanellen abriegelten und Rußland von seiner besten Verbindung mit seinen Verbündeten abschlossen — sodann die Gewinnung Bulgariens für den Vierbund und damit die Zusammenfügung von Mitteleuropa und Vorderasien von der deutschen Nordsee bis zur türkischen Südsee — siegreich und sicher so lange, als nicht der Berliner U-Boots-Beschluß die feindliche Uebermacht durch die amerikanische Entscheidung herbeiführte. Umgekehrt: die türkisch-neutrale Offenhaltung oder zwangsweise Oeffnung der Dardanellen hätte die sichere Folge gehabt: daß englische und französische Kriegs- und Handelsschiffe vom Mittelmeer aus im Schwarzen Meer erschienen wären, Rußland mit Kriegsmaterial aller Art versehend und zum Siege stärkend; in der gleichen Weise Rumänien versorgend, so daß dieses früher und reichlicher gerüstet und erfolgreicher gegen Oesterreich-Ungarn hätte losschlagen können und müssen; und in ähnlicher Weise Bulgarien bedrohend, so daß dieses niemals für Mitteleuropa und die Türkei sich hätte entscheiden können, sondern gleichfalls gegen die Mittelmächte gezwungen worden wäre. Der Weltkrieg wäre so sehr rasch und radikal von und für Rußland gegen Deutschland entschieden gewesen. Darum trieb Talaat die Politik des deutsch-türkischen Bündnisses, die den Zusammenbruch Rußlands im Krieg brachte, die aber die erst durch Amerika entschiedene Niederlage Deutschlands und der Türkei nicht zu bringen brauchte? Nicht aus „Deutschfreundlichkeit", nicht „um der schönen Augen Deutschlands willen", sondern um gesunder Lebensnerven der Türkei willen. Der Krieg zwischen dem Zweibund Deutschland-Oesterreich und dem Dreiverband England-Rußland-Frankreich konnte in Konstantinopel dreierlei Erwägungen auslösen: Neutralität? Oder mit dem Dreiverband? Oder mit dem Zweibund? Talaat dachte:

Die Nachbarn der Türkei sind — geographisch — auch die Nachbarn Deutschlands, und die offenen Feinde Deutschlands sind die geheimen Feinde auch der Türkei. Wie das türkische Vorderasien, so wird auch das deutsch-österreichische „Mitteleuropa" von den gleichen Mächten ringsum eingekreist — mit dem gleichen Willen zur Niederwerfung und zur Vernichtung. Der Zweibund ist aber die einzige Mächtegruppe, die ein einziges Interesse am Bestand der Türkei hat. Eine Besiegung des Zweibundes durch den Dreibund bedeutet die Beseitigung des einzigen und letzten Hindernisses für den Dreiverband auf seinem Weg zur Aufteilung der Türkei. Umgekehrt: ein Sieg des Zweibundes über den Dreiverband bedeutet die letzte Möglichkeit einer Sicherung auch der Türkei gegenüber den Absichten des Dreiverbandes. Das Interesse der Türkei gebietet also, alles zu tun, was die Wahrscheinlichkeit eines Sieges des Zweibundes erhöhen kann. Das würde durch eine Neutralität nicht geschehen: der Dreiverband würde sie doch nicht anerkennen und die Türkei doch dazu

Digitized by Google

zwingen, in der einen oder anderen Weise ihm zu Willen zu sein: vielleicht sogar in der Form einer türkischen Kriegsbeteiligung; sicherlich aber durch die Oeffnung der Dardanellen, d. h. die Herstellung der sichersten Verbindung zwischen England, Frankreich und Rußland und dadurch auch die Ermöglichung einer entscheidenden Führung aller Balkanstaaten gegen den Zweibund. Eine solche „Neutralität" müßte also dem Dreiverband den Sieg und dem Zweibund eine Niederlage bringen; und eine türkische Kriegsbeteiligung an der Seite des Zweibundes kann die Schwächung des Dreiverbandes noch erhöhen durch Bindung von englischen, französischen und russischen Kräften und Truppen vor den Dardanellen, am Suezkanal, in Mesopotamien und in Armenien. Sollte der Zweibund trotzdem besiegt werden, so würde das Schicksal der Türkei durch den Dreiverband auch nicht anders besiegelt als bei einer Neutralität oder gar auch bei einer Kriegsbeteiligung an der Seite des Dreiverbandes: die Mächte der Entente können nun einmal nicht mehr anders als antitürkisch sich entwickeln.

Die Richtigkeit dieser Berechnung der antitürkischen Ententeziele haben ja später die russischen Geheimarchive bestätigt, die die Tatsache enthüllten, daß die russische Entscheidung zum „Krieg um Konstantinopel" schon im Februar 1914 gefallen ist und daß die Entente über die Aufteilung der Türkei unter sich völlig einig geworden ist. Das Schicksal der Türkei war also — so oder so — wirklich entschieden; sowie sie heute Dank ihrem zähen Widerstand Konstantinopel wiedererhält, bleibt sie im Besitz eines Gebietes, das auch im Fall der Neutralität ihr Rußland nicht gelassen hätte.

Aber: die Aufteilung der Türkei durch den Dreiverband bedeutet auch die Beherrschung des Balkans durch Rußland und die Bedrohung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands durch Rußland und die Entente. Bismarck selbst hat es ausgesprochen: „daß die Teilung der Türkei das Schicksal der mitteleuropäischen Mächte besiegeln würde". (Wie es denn auch 1918 gekommen ist!) Und J. von Eckardt hat richtig hinzugefügt: „Die Frage, ob der slawisch-russische Eisenring von einer oder von zwei Seiten (von Osten und von Süden) um den germanischen Leib gelegt, und ob der direkte Weg in den Orient für das mittlere Europa gesperrt werden soll, diese Frage ist eine eminent deutsche Frage." Eine deutsche Frage (seitdem und weil Bismarck im deutsch-österreichischen Bündnis Deutschland „mitteleuropäisch" orientiert hat) ganz richtig und weiterwirkend bis an den Weltkrieg heran: „Die Folgen (der Bismarckschen Entschließung) führen in die Gegenwart des Weltkrieges, ja in die Zukunft deutscher Nation und unseres Erdteils hinüber: es handelt sich um Weiterwirkungen säkularer Natur." So urteilt der Historiker Hermann Oncken in seinem geradezu klassischen Buch „Das alte und das neue Mitteleuropa", das die mittel-

Digitized by Google

europäische Bündnispolitik Bismarcks bis in den „neuen Kurs" hinein, bis zur Einkreisung Mitteleuropas und bis zum Weltkrieg entwickelt, „Kontinuität und Wesensgleichheit in der Hauptrichtung" feststellend und von dem „unabänderlichen Schicksal" unserer Landkarte wie von der „Unentrinnbarkeit" unserer Entscheidung genau so überzeugt wie ich selbst und wie auch der schwedische Politiker Rudolf Kjellén, der es aussprach („Die politischen Probleme des Weltkrieges"): „daß das levantinische Programm als Lösung der geopolitischen Heimatprobleme und als der einzig natürliche Weg zur Weltmacht in jedem deutschen Zukunftstraum enthalten sein muß."

Diese deutsch-türkische Politik war nie aggressiv, nie offensiv, nie „imperialistisch"; sondern rein defensiv, erhaltend, entwickelnd; die Völker des Orients in ihrer Eigenart erfassend und zu einem Völkerbund gestaltend. Das ist keine Formel von erst heute; schon 1916 habe ich öffentlich so formuliert: „Wir können geographisch dem uns fernen Orient nichts anhaben, selbst wenn wir wollten; wir dürfen politisch ihn nicht schwächen, weil er sonst die Beute seiner lauernden Nachbarn würde. Darum müssen wir — im Gegensatz zur tödlichen Mechanisierung durch unsere gemeinsamen Feinde, die auflösen und ausbeuten — eine lebendige Organisierung der Organe innerhalb des Organismus von Mitteleuropa wollen — durch Aufbau und Ausbau. Wir wollten das organische Prinzip — aus der Not unserer geographisch begründeten Unfähigkeit, die uns nur eine solche Entschließung möglich macht; und wir wollen das organische Prinzip aus der Notwendigkeit unserer geschichtlich gewordenen Fähigkeit, die nur uns eine solche Entscheidung möglich macht. Die deutsche Politik kann nur ein solches Mitteleuropa (von Deutschland über den Balkan nach Vorderasien) von bodenständigen, selbst starken Organen wollen."

Diese deutsch-türkische Politik war erfolgreich vor dem Krieg und — im anderen Sinn — auch in dem Krieg; sie scheiterte aber schließlich — nicht an der kontinentalen Entente, sondern nur an der durch den U-Boot-Krieg herbeigeführten amerikanischen Uebermacht.

Vor dem Krieg war allerdings eine „Option" durch Deutschland Voraussetzung für einen Erfolg: die Option zwischen Rußland oder England. Gegen beide Mächte zugleich konnte Deutschland keine Weltpolitik und keine Orientpolitik treiben; mit einer der beiden Mächte mußte Deutschland sich verständigen. Das ist und bleibt die geschichtliche Schuld Bülows, daß er nie sich entschieden hat, immer hin und her geschwankt ist, beide Möglichkeiten verscherzt und beide Mächte mißtrauisch gemacht hat. Bethmann Hollweg hat schließlich den englischen Weg gesucht, nachdem verschiedene Versuche mit Rußland fehlgeschlagen waren; und so ist im Frühjahr 1914 der deutsch-englische Verständigungsvertrag zustande-

Digitized by Google

gekommen (das Werk des damaligen Botschaftsrats von Kühlmann in London beim Botschafter Lichnowski), der just in den Tagen vor Serajewo paraphiert worden ist und der die deutsch-englischen Interessensphären im Orient und in Mittelafrika bestimmt hat und ausgeglichen hat, und zwar in der Türkei zugunsten des deutschen Arbeitsgebiets von Konstantinopel bis Aleppo und über Bagdad bis Basra am Persischen Golf! Jene deutsch-türkische Politik war also erfolgreich und hatte die friedliche Anerkennung durch England (und durch Frankreich) durchgesetzt.

Und sie blieb selbst im Kriege erfolgreich — gegenüber der ganzen Entente. Das hat der englische Politiker Garein eingehend dargestellt und zugegeben, der den Hauptgewinn Deutschlands im ausdauernden Zusammenschluß von Mitteleuropa und Vorderasien sieht und nachweist ... Bis schließlich die amerikanische Hilfeleistung erst der Entente es ermöglichte, durch französische und englische Kräfte jenen Zusammenhang zu sprengen und eine in sich richtige Rechnung zusammenzuwerfen.

Die geopolitische Zwangsläufigkeit der Grundlinien jenes deutsch-mitteleuropäisch-vorderasiatischen Organismus hat Talaat Pascha bestimmt, „auf Gedeih und Verderben" sich ihr zu verschreiben und auch nach dem bulgarischen und dem österreichisch-ungarischen Zusammenbruch an ihr seinerseits festzuhalten und ihr treu zu bleiben, nicht nur für die verschüttete Gegenwart, auch für eine wieder aufgeräumte Zukunft. Während des Krieges erschütterte kein Schlag seine ruhige Ueberlegenheit: er sah ein und erklärte es selbst, daß und warum Provinzen an der fernen Peripherie des übergroßen, unzusammenhängenden Reiches zeitweilig einem überlegenen Feind zur Beute fallen müssen. Er bedauerte nur gelegentlich Deutschland: daß „es keine besseren Bundesgenossen habe!" Er war nie eigensinnig, immer verständig, geradezu als Bundesgenosse vorbildlich durch sein Verständnis für das Maß der Dinge; dafür, daß der Maßstab nicht vom Ding an sich, sondern von den Dingen im Zusammenhang der Gemeinsamkeit gegeben wird.

Er ließ kein Sonderfriedensangebot der Entente an sich herankommen, so wiederholt es ihm auch nahegebracht wurde — als Verlockung oder als Drohung; er wußte, daß die Entente nicht anders als antitürkisch sein konnte und es sein mußte — aus ihrem Imperialismus heraus... Nach dem unglücklichen Kriegsausgang blieb er unerschrocken und unermüdlich und treu; Deutschland treu und seinem Vaterland. Er, der vor dem Krieg Deutschland nie aus eigener Anschauung kennen gelernt hatte und der während des Krieges Deutschland nur bei offiziellen, raschen Reisen und Empfängen sah, vertiefte sich jetzt in diesen zwei Jahren mit Fleiß und Liebe in das deutsche Wesen, erkannte es und anerkannte deutsche Technik und Wissenschaft, Kultur und Kunst „als den Feinden

Digitized by Google

überlegen", so daß er alle Europa suchende Türken und Mohammedaner nach Deutschland zog, dem „Asyl für den Islam", um für die Zukunft eine geistige Truppe der deutsch-türkischen Interessengemeinschaft zu sichern. „Die Welt dreht sich, und besonders rasch im Orient" — lächelte er gelegentlich. Und die Rückkehr König Georgs nach Athen trotz Venizelos schien die Richtigkeit seiner Rechnung zu bestätigen — und auch als ein Vorbild und ein Vorläufer für seine eigene Rückberufung nach Angora und nach Konstantinopel zu wirken. Sicher ist, daß das türkische Volk ihn nach wie vor verehrte, weil es die Kraft seiner menschlich lauteren und schlichten Persönlichkeit spürte.

Die Stunde für seine Rückkehr nach Vorderasien schien bald zu schlagen; vielleicht auch ein Motiv des Mordes, der dem türkischen Wiederaufbau diesen tapfersten Baumeister nicht gönnen konnte! Auch am nationalen Widerstand seiner Freunde gegen den Friedensvertrag hatte Talaat seinen führenden Anteil, und er durfte stolz darauf sein, daß der viel verlästerte „kranke Mann" der Türkei sich in der Kraft und Zähigkeit des nachkriegerischen Widerstands stärker erwies als alle andern Völker des Vierbunds (trotzdem das türkische Volk im Weltkrieg mehr gelitten hat als alle andern, und trotzdem es vor dem Weltkrieg schon einen Krieg um den andern hatte erleiden müssen); stärker nicht nur, auch erfolgreicher: die Londoner Revision des Vertrags von Sèvres ist die allererste Anerkennung einer förmlichen Friedensvertragsänderung. In den Tagen, als diese Frucht der mutigen und vorbildlichen Unermüdlichkeit Talaats gereift war, ist er selbst gefällt worden — durch das Attentat eines Armeniers: er sollte „bestraft" werden für „Armeniergreuel", die unter seiner Regierung verübt worden sind, an denen er persönlich aber keinen Anteil gehabt hat.

Was war die türkische Armenierpolitik während des Krieges? Als der Krieg ausbrach, tat die türkische Regieurng mit den türkischen Armeniern das gleiche, was die deutsche Regierung mit den deutschen Polen tat, die gleichfalls an der russischen Grenze und im Rücken der kämpfenden Armee lagen: sie appellierte an ihre Loyalität und Staatstreue. Man weiß, daß die Armenier seit Jahrhunderten die Errichtung eines eigenen Staates anstreben und in dieser Politik immer die Hilfe der „christlichen" Großmächte gegen die mohammedanische Staatshoheit hatten. Talaat verhandelte mit den Armenierführern, wie Bethmann mit den Polenführern; und ein Johannes Lepsius trug den Armeniern die gleichen Argumente vor wie ein Talaat und wie ich selbst. Anfänglich auch mit Erfolg: die Armenier blieben verständig und ruhig. Dann kam aber der Augenblick, wo, dank den russischen und englischen Umtrieben, eine regelrechte armenische Revolution im Rücken der türkischen Armee ausbrach, von einer Art und in einem Umfang, daß in der russischen Duma wie

Digitized by Google

im englischen Parlament „der armenische Bundesgenosse" in aller Form und Feierlichkeit gepriesen und belobt wurde. Was konnte, mußte eine Regierung tun? Sie beschloß die „Evakuierung" des (armenischen) Operationsgebiets, d. h. die Wegbeförderung der aufrührerischen und feindlichen Bevölkerung, die eine unleugbare Gefahr für die Kriegführung bedeuten, in weniger gefährliche Gebiete. Die Durchführung dieser Anordnung geschah in dreierlei Formen: entweder war der Regierungspräsident eines Bezirks willig und fähig, sie ordnungsmäßig zu erledigen (das geschah in den wenigsten Fällen), oder er wollte es wohl, konnte es aber nicht (aus eigener Unfähigkeit oder aus Schwäche gegenüber dem jahrhunderte alten Haß zwischen den Völkern); oder er wollte es auch gar nicht (das waren wohl die häufigsten Fälle). Dann und so tobten sich alter Haß, persönliche und wirtschaftliche Rache, Raub- und Bereicherungsgelüste aus — alles in den gleichen Formen des orientalischen Volkskampfes, die „christlich" und mohammedanisch die gleichen sind, ob Serben gegen Griechen rasen, Bulgaren gegen Türken, Türken gegen Armenier oder umgekehrt. Oder auch wie in den russischen Pogroms gegen die Juden. All das meist draußen an der Periferie des Reiches, wohin die Zentralgewalt von Konstantinopel kaum reichte. In dieser Zentralregierung gab es Männer, die über diese Wirkungen der Sicherungsmaßnahme empört waren, und solche, die darüber erfreut waren und sie in dieser Richtung noch störten. Zu diesen gehörte aber Talaat selbst nicht.

Ich selbst kenne Hunderte von Armeniern, die Talaats Intervention ihre Rettung verdanken; dabei meine ich nur diejenigen Fälle, in denen ich selbst vermitteln konnte. Ein Beispiel und Beweis für viele: ein Schweizer Freund in Konstantinopel teilt mir eines Tages traurig mit, daß er aus Konia die Nachricht erhalten habe, daß dort einige Dutzend armenischen Familien „deportiert" (d. h. dem Untergang unterwegs ausgeliefert) werden sollten; er kenne die fraglichen Familien als Geschäftsfreunde und könne für ihre Loyalität bürgen. Ich war gerade auf dem Wege ins Ministerium zu Talaat Pascha, ließ mir von meinem Schweizer Freund die Liste der armenischen Namen mitgeben, ließ mir von ihm auch in aller Form die politische Ungefährlichkeit der ihm gut bekannten Familien versichern, trug am Ende der Audienz den armenischen Fall von Konia vor, verbürgte mich und erhielt kurz und bündig die Antwort: „Vous êtes mon ami; c'est déjà fait!" Dann gab er einem sofort herbeigeklingelten Ministerialdirektor leise eine rasche Order — so kurz, so rasch, so leise, daß ich sogar skeptisch wurde und an einen „Kanzleitrick" glaubte... Nach wenigen Tagen schon konnte mir mein Schweizer Freund eine Dankdepesche der armenischen Familien aus Konia zeigen: sie durften dort bleiben und konnten ungestört ihren Geschäften nachgehen — Jahr für Jahr.... So kenne ich sehr viele Fälle, in denen Talaat jedesmal zu-

Digitized by Google

gunsten von Armeniern einschritt und sich durchsetzte, wo er die Ueberzeugung gewann, daß ein Unrecht geschah...

Die menschliche Lauterkeit seines Charakters können auch seine politischen Gegner nicht leugnen, selbst die armenischen Feinde nicht, die ihn kannten. Er war der einzige jung-türkische Führer, der frei von jeder Verleumdung blieb, dem in den zehn Jahren seiner politischen Tätigkeit niemand Eigennutz und Bereicherung nachsagte. Er hat keine Reichtümer gesammelt; er hat keinen Palast bezogen, sondern ist immer in seinem einfachen Haus (auch als Großwesir) wohnen geblieben und hat mit seiner stillen Frau einen ruhigen türkischen Haushalt geführt.

Jene Szene der gerechten und gütigen Intervention für die Konia-Armenier charakterisiert auch die Art Talaats, wie ein Salomo zu entscheiden und zu schlichten: immer kurz und klar, mit gesundem Menschenverstand und ohne den Buchstaben des Gesetzes. So gings bei ihm aus und ein, und er saß hinter seinem Schreibtisch, frug, hörte, prüfte und entschied (wie einst der gute Kalif in seinem Zelte); und sein Wort wog alles und galt immer.

Ohne Furcht tat er, was er für richtig hielt; Gefahren kannte er nicht, und mutig ging er seines Wegs. Als im April 1909 die Reaktion des Sultans Abdul Hamid zum letztenmal ihre Opfer suchte und auch fand, als ein Freund ihn warnte: er gebe für Talaats Leben keinen Groschen mehr... da nickte er und lachte — und ging jeden Tag seinen Weg über die Galatabrücke, als ob er nichts zu befürchten hätte. So war's auch in Berlin, obwohl er vermuten mußte, daß Häscher hinter ihm her waren...

In Talaat hat die Türkei jetzt ihren besten Kopf verloren, Deutschland einen treuen Bundesgenossen und zuverlässigen Freund, und die Welt einen Staatsmann von Wuchs.

Die Zukunft Oberschlesiens

Von Dr. Walter Treuherz.

Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien hat erwiesen, was weder für uns noch für den objektiv urteilenden, das Land durchreisenden Ausländer zweifelhaft sein konnte; Oberschlesien ist deutsches Land und kann und will auf Grund der wirtschaftlichen Gegebenheiten nur in enger Verbundenheit mit dem Reiche fortbestehen und gedeihen. Gleichwohl ein Sieg will nicht nur errungen, er will auch verteidigt sein. Es hat keinen Zweck, die Augen vor der Tatsache zu schließen, daß über die Zukunft Oberschlesiens mit dem deutschen Abstimmungssieg noch nicht endgültig entschieden ist.

Während in Deutschland allgemein Freude über das starke Bekenntnis zum größeren Vaterlande herrscht, überlegen die Gegner weiter, wie sie

Digitized by Google

das für uns außerordentlich günstige Abstimmungsergebnis nach Möglichkeit fälschen können. Wir wissen jetzt, daß General Le Rond es war, der die Abtretung Oberschlesiens vom Reiche im „Rate der Vier" gefordert und ausführlich begründet hat. Die Amtstätigkeit Le Ronds in Oberschlesien, der auch objektiver urteilende Neutrale Unparteilichkeit bei bestem Willen nicht nachsagen konnten, hat gezeigt, wie außerordentlich gut Le Rond mit den wirtschaftlichen Tatsachen und politischen Verhältnissen in Oberschlesien vertraut war. Sein Versprechen, Oberschlesien gerecht und in freiheitlichem Sinne zu verwalten, hat Le Rond jedenfalls nicht gehalten; es wird ihm und dem französischen Namen immer zur Schande gereichen, daß die von den Polen in Oberschlesien verübten Greueltaten von der interalliierten Kommission nicht nur nicht verhindert, sonder teilweise offen geduldet worden sind. Die deutsche Propaganda hat, das kann heute getrost ausgesprochen werden, bis zum Abstimmungstage leider darauf verzichten müssen, über die unglaublichen, auf dem Lande herrschenden Verhältnisse zu sprechen und das Gewissen der Welt aufzurütteln, weil sie befürchten mußte, die im Reiche wohnenden Heimattreuen durch ihre Berichte von der Rückkehr nach Oberschlesien abzuhalten. Heute kann manches ausgesprochen werden, was aus gutem Grunde bisher verschwiegen werden mußte, auch wenn es uns auf den Lippen gebrannt hat. Die Amtsführung Le Rond's hat Oberschlesien in einen Zustand vollständiger Korruption versetzt; es wird nicht leicht sein, der schwer erschütterten Moral im Lande nun wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Polen jedenfalls kann diese Aufgabe aber auf keinen Fall lösen.

Der Wille, Oberschlesien mindestens in seinen wichtigsten Teilen vom Reichskörper abzulösen, wird heute in schroffer Form eigentlich nur noch von Frankreich vertreten. Forscht man nach den Gründen dieser merkwürdigen Politik, die doch ganz offenbar gegen die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs gerichtet ist, weil selbstverständlich die Fähigkeit Deutschlands zur Wiedergutmachung mit dem Verlust Oberschlesiens wesentlich herabgemindert würde, so ergibt sich, daß auch hier militärische Ueberlegungen den Sieg über das ökonomische Denken davongetragen haben. Frankreich sieht unter dem Druck seiner militaristischen Berater in Oberschlesien lediglich eine Werkstätte, in der bei einem künftigen Kriege die Waffen gegen Frankreich hergestellt werden könnten, eine Werkstätte,die nicht wie die westliche Industrie im Bereiche der französischen Geschütze liegt und vielleicht auch von Polen, wenn es not tut, nicht schnell genug angegriffen und zerstört werden könnte. Kein Grund sonst ist für eine Teilung Oberschlesiens ersichtlich.

Jeder wirtschaftlich denkende Franzose muß ferner zugeben, daß Polen mit der oberschlesischen Industrie ein Danaergeschenk zuteil würde. Polen hat Rohstoffe aller Art genug, um auf eigenem Boden eine nationale

Digitized by Google

Industrie errichten zu können. Den verwickelten Mechanismus der oberschlesischen Werke zu beherrschen, vermag es nicht. Auf Generationen hinaus werden ihm geschulte Kräfte fehlen, um das überkommene Gut auch nur in gebrauchsfähigem Zustande zu erhalten. Entwickeln aber kann Polen Oberschlesien keinesfalls. Im Gegenteil: Würde Oberschlesien Polen zugeteilt, so bliebe der Industrie nichts anderes übrig, als die schwachen polnischen Montanwerke niederzukämpfen und ihr Heil in einem Schleuderexport nach den Nachbargebieten zu suchen, der über dies agrarisch orientierte Land wahrscheinlich Krise auf Krise bringen müßte.

Es darf nicht vergessen werden, daß die oberschlesische Industrie unter sehr ungünstigen Verhältnissen entwickelt worden ist. Auf ganz engem Raum sind hier große Menschenmassen zusammengedrängt, die nur durch ein kunstvolles Organisationsnetz in gedeihlichen Verhältnissen leben können. Die oberschlesische Industrie ist ein von deutscher Energie in agrarisches Land weit vorgetriebener Keil, auf den von allen Seiten politisch und wirtschaftlich starker Druck ausgeübt wird. Lebensfähig ist diese Industrie nur gewesen, weil ein verwickeltes System von Vorzugstarifen ihm gewährt worden ist. Oberschlesien ist in den letzten Jahrzehnten nicht mehr imstande gewesen, seine Rohstoffe aus eigenem Grund und Boden zu heben. Von weither mußten die Eisenerze zur Verhüttung herangeholt werden; den Schrott für die Stahlerzeugung hat Oberschlesien immer nur in Deutschland finden können. Nicht einmal die heimischen Arbeitskräfte haben genügt, um das schnell wachsende Bedürfnis der Industrie zu befriedigen. Es sei ganz davon abgesehen, daß große Scharen Ruthenen und Polen in das Land gezogen werden mußten, um unqualifizierte Arbeit zu verrichten. Die Beamten und hochqualifizierten Arbeiter aber sind stets auf deutschen Hochschulen erzogen worden und dann nach Oberschlesien eingewandert. Darunter hat das Land gerade jetzt, da es von der Entente durch eine Grenze vom Reiche getrennt wurde, sehr gelitten. Die deutsche Propaganda in Oberschlesien hätte wahrscheinlich größere Erfolge noch erzielt, wenn sie nicht durch empfindlichen Mangel an eingeborenen oberschlesischen Führern gelähmt worden wäre. Es kam hinzu, daß die Gegensätze zwischen der katholisch und protestantisch gerichteten Industrie eigentlich nie ganz überwunden worden sind. Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhange auch bleiben, daß die Magnatenherrschaft für Oberschlesien sich bei der Propaganda eher als ein Hemmnis erwiesen hat. Hierüber wird vielleicht später noch ein kräftiges Wörtlein gesagt werden müssen.

Verkehrstechnisch ist Oberschlesien ebenfalls sehr ungünstig gelegen. Der Oderstrom durchfließt zwar das Land der ganzen Länge nach; er ist aber nur bis Kosel reguliert und bis Ratibor daher leider noch nicht schiffbar. Ein ganzes System von Zubringerbahnen müßte erbaut werden.

Digitized by Google

um von dem großen Industriegebiet zwischen Kattowitz, Gleiwitz, Beuthen und Tarnowitz Koselhafen zu erreichen. Es liegen bereits vollständig ausgearbeitete Pläne vor, um das Verkehrsnetz in Richtung auf die Oder wesentlich zu verbessern und auch eine Regulierung der Oder zwischen Ratibor und Kosel vorzunehmen. Aber diese Arbeit kann selbstverständlich nur geleistet werden, wenn das ungeteilte deutsche Oberschlesien dem Reiche verbleibt. Die Regulierung der Oder bis Ratibor wird immer nur der Staat vornehmen, dem auch der übrige Teil des Stromlaufes angehört. Entwicklung und Verkehr aber werden in Oberschlesien immer den Strom hinunter wandern. An dieser geographischen Gegebenheit vermag die Entente durch willkürlich gezogene Grenzen nie und nimmer etwas zu ändern.

Die Pläne zu einer Teilung Oberschlesiens stützen sich auf den Wortlaut des Friedensvertrages. In ihm wird bestimmt, daß die Interalliierte Kommission das Resultat der Abstimmung unverzüglich den Alliierten mitzuteilen habe, die nunmehr eine Grenzkommission zu bestimmen befugt seien. Diese habe die Grenze unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung sowie der wirtschaftlichen und geographischen Gegebenheiten zu ziehen.

Nach dieser Bestimmung ist auch die ungeheuerlichste Grenzberichtigung möglich. Da in fast allen wichtigen Industriestädten die Bevölkerung unzweideutig sich für Deutschland erklärt hat, kann die Entente eigentlich nur die ländlichen Gemeinden Polen zuerteilen wollen (soweit in diesen überhaupt eine polnische Mehrheit zustande gekommen ist). Indessen wäre auch dies Verfahren praktisch unmöglich, da die wirtschaftlichen Zusammenhänge vollständig zerrissen würden und eigentlich auch Polen an einer solchen Gebietserweiterung kein Interesse haben könnte. Der Plan Korfantys, einen tiefen Keil in das oberschlesische Industrierevier zu treiben, um die Alliierten durch den Hinweis auf diese Tatsache zur Abtrennung gerade des wichtigsten Gebietes zu drängen, ist durch die Einsicht der Bevölkerung zwar zuschanden gemacht worden. Aber das Korfantysche Projekt ist auch, wenn seiner Propaganda mehr Glück beschieden gewesen wäre, unausführbar, weil eine Teilung Oberschlesiens einfach nicht durchführbar ist. Dies Land gleicht einem verzweigten industriellen Mechanismus, aus dem nur einige Räder herausgenommen zu werden brauchen, um das Ganze lahmzulegen. Als Beispiel sei angeführt, daß der ganze Ostbezirk in der Versorgung von Trinkwasser auf das einzige, hart an der Grenze gelegene Wasserwerk Rosaliengrube angewiesen ist. Würde nur dies Werk aus dem System von Wasserwerken in Oberschlesien, die alle miteinander in Verbindung stehen und in Zeiten der Not einander aushelfen müssen, herausgenommen werden, so würden damit weite Gebiete des Landes einfach lebensunfähig gemacht sein.

Digitized by Google

Wenig anders liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Elektrizitätsversorgung. Das größte Kraftwerk in Oberschlesien bilden die „Oberschlesischen Elektrizitätswerke" mit ihren Stationen Chorzow und Zaborze. Sie versorgen ein Gebiet, das von Tarnowitz im Norden bis Myslowitz im Süden und bis Preiskretscham im Westen sich erstreckt. Die Leitungen haben eine Länge von ungefähr 600 km. Es ist geplant, das bestehende Netz weiter auszubauen und besonders die im Kreise Pleß liegenden Werke mit den bestehenden Leitungen zu verbinden. Wird indessen durch das Land auf polnischen Wunsch jetzt eine politische Grenze gezogen, so ist das kunstvoll angelegte System selbstverständlich zerrissen und auch die künftige Entwicklung auf das schwerste gefährdet. Die zu Polen kommenden Gebiete wären großenteils zum Absterben verurteilt, da selbstverständlich der zum Reiche gehörige Rumpf kein Interesse daran haben kann, einen polnischen Wettbewerb neben sich großzuziehen. Man mag die Dinge durchdenken wie man will, nirgends in Oberschlesien ist auch nur eine Lücke zu entdecken, die benutzt werden könnte, um das Land zwischen Polen und Deutschland aufzuteilen, ohne daß die Industrie vernichtet, geschädigt oder gefährdet wird.

Die Besitzverteilung der einzelnen Werke ist so uneinheitlich, daß in allen Teilen Oberschlesiens in Anlehnung an die jeweilige Eigenart des Landes Unternehmungen errichtet worden sind. Die Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb z. B. hat Werke in den Kreisen Kattowitz, Beuthen, Pleß und Rybnik; der Fürstlich Donnersmarcksche Besitz verteilt sich auf die Kreise Beuthen, Tarnowitz und Rybnik; die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben besitzt Anlagen in Kattowitz, Gleiwitz und Pleß; die Vereinigte Königs- und Laurahütte A.-G. betreibt Bergbau in den Kreisen Kattowitz und Rybnik. Werden diese Unternehmungen auseinandergerissen, so ist nicht einzusehen, wie die einzelnen Teile betriebsfähig erhalten werden können. Sie sind nicht nur in der Zufuhr von Maschinen, sondern auch hinsichtlich des Kapitalbedarfes aufeinander angewiesen. Vielfach werden auch in den einzelnen Anlagen Halbfabrikate erzeugt, die zur Weiterbearbeitung in ein anderes Werk transportiert werden müssen. Selbst die auf den einzelnen Gruben geförderten Kohlensorten müssen einander ergänzen. So ist z. B. die im Kreise Rybnik geförderte Koks-kohle auf den Verbrauch der Hüttenwerke in anderen Revieren angewiesen. Würde die in Rybnik geförderte Kohle über lange Strecken ziellos transportiert oder etwa gelagert, so entstände ein Gasverlust, der die Qualität des erzeugten Gutes schwer schädigen müßte. Andererseits ist z. B. die Zinkindustrie auf die Zufuhr des in den großen Eisenwerken und Kokereien gewonnenen Zinders als Reduktionsmittel für die Zinkgewinnung angewiesen. Fettkohle fehlt in dem östlichen Revier ganz;

Digitized by Google

Steinkohle kommt hauptsächlich im westlichen und südlichen Teil Oberschlesiens vor, aus dem die östlichen Eisenwerke ihren Bedarf bisher gedeckt haben. Werden diese natürlichen Zusammenhänge durch eine willkürliche Interpretation des Friedensvertrages zerrissen, so sind die Werke allerdings in der Lage, unter großen Opfern durch eine Zusammenschlußbewegung in bescheidenem Umfang ihr Dasein zu fristen. Es ist aber auch möglich, daß sie sich überhaupt zur Auswanderung nach Niederschlesien entschließen, wo ein ausgezeichneter Hartkoks auf die Verhüttung geradezu wartet. In jedem Falle aber würden die abgetrennten, an Polen fallenden Gebiete lebensunfähig werden.

Die Lebensarbeit von zwei Generationen würde vernichtet sein, wenn Oberschlesien nicht als unteilbare Einheit dem Reiche erhalten bleibt. Nicht nur der Wiederaufbau Deutschlands, sondern auch die wirtschaftliche Genesung Europas wäre durch die Teilung gefährdet. Will Frankreich wirklich mit Hilfe deutscher Arbeit wieder emporkommen, so kann es kein Interesse daran haben, daß nach einem Kriege, in dem ungeheure, bisher nicht ersetzbare Werte vernichtet worden sind, abermals weitere Produktionsanlagen zur Unfruchtbarkeit verurteilt werden. Man kann den Engländern und Italienern, soweit sie zur Interalliierten Kommission in Oppeln gehört haben, gerechterweise das Urteil nicht versagen, daß sie zwar kühl, aber doch immerhin objektiv den Wünschen der Bevölkerung gegenübergestanden haben. Indessen muß leider auch von ihnen gesagt sein, daß sie von der zielbewußten französischen Politik sich haben ins Schlepptau nehmen lassen.

Die oberschlesische Bevölkerung hat sich daran gewöhnt Objekt politischer Ueberlegungen zu sein, die mit ihrem Lebensinteresse nichts zu tun haben. Nachdem aber die Bevölkerung durch die Abstimmung der Welt unzweideutig kundgetan hat, wohin zu gehören sie wünsche, wird das Reich nicht aufhören dürfen Oberschlesien mit der ganzen seelischen und politischen Kraft, die ihm verblieben ist, zu schützen. Oberschlesien ist unteilbar und muß als unteilbare Einheit dem Reiche verbleiben, wie es ihm seit 500 Jahren angehört hat.

Eine Bitte an Ed. Bernstein

Von Hans Delbrück.

In der „Welt am Montag“ vom 21. d. M. hat Bernstein die Behauptung aufgestellt, daß Kautsky mit der Wendung, er habe der deutschen Regierung in der Kriegsschuldfrage unrecht getan, nichts zurückgenommen habe. Das ist formell in gewisser Beziehung richtig.

Kautsky hat nämlich schon in seiner ersten Schrift, „Wie der Weltkrieg

Digitized by Google

entstand", die Beschuldigung, daß Deutschland den Weltkrieg planmäßig herbeigeführt habe, fallen lassen, das aber unter so viel sonstigen Anklagen und Scheltworten versteckt, daß es nur für einen sehr aufmerksamen Leser zu erkennen war. Kautskys Wendung in seiner zweiten Schrift, er habe „der deutschen Regierung unrecht getan", bezieht sich also nur auf eine Vorstellung, die er früher gehabt hat, ist aber nicht die Zurücknahme einer in seiner ersten Schrift aufgestellten Behauptung. Ob aber Zurücknahme oder nicht, die Hauptsache ist, daß Kautsky in Uebereinstimmung mit Bernstein, Hauptmann W. Meyer, H. v. Gerlach und anderen Linksradikalen die Anklage, die gegen die ehemalige deutsche Regierung erhoben wird, daß sie den Weltkrieg absichtlich herbeigeführt habe, verwirft. Bernstein meint aber, das sei unwesentlich, da diese Behauptung von niemand aufgestellt sei. Hier ist Bernstein in einem tatsächlichen Irrtum. Grelling hat wörtlich geschrieben: „Deutschland und Oesterreich sind allein und ausschließlich schuldig, bewußt und vorbedacht den europäischen Krieg herbeigeführt zu haben". Aber nicht nur Grelling hat diese Behauptung in der ganzen Welt verbreitet, sondern sie steht auch sowohl in dem Ultimatum, das uns am 19. Juni 1919 überreicht wurde, wie in der diesem Ultimatum angefügten amtlichen Denkschrift. Oder wie will man die Ausdrücke „consciemment" und "délibérément" anders als „planmäßig" oder „bewußt" oder „absichtlich" übersetzen? Das Wort „Alleinschuld" findet sich allerdings in amtlichen Aktenstücken des Friedensvertrages nicht, aber der Sache nach, nur mit anderen Ausdrücken steht es in allen entscheidenden Artikeln des Friedensvertrages, und nur hierauf konnte ja die Reparationsforderung begründet werden. Denn wenn die anderen erst zugestehen, daß sie auch ihren Anteil an der Schuld haben, ist die ganze Position, die sie uns gegenüber einnehmen, nicht mehr haltbar.

Kein Verständiger leugnet, daß Deutschland, sei es die Regierung, sei es das Volk, schwere Fehler begangen hat. Worin diese Fehler bestanden haben, darüber bin ich mit Bernstein zum Teil derselben, zum Teil anderer Meinung. Alle diese Fehler, auch die allergröbsten, alle diese Torheiten, auch die allertörichsten, sind aber immer noch ganz etwas anderes als die bewußte planmäßige Absicht, den Weltkrieg zu entzünden, „das größte Verbrechen der Weltgeschichte", wie es der Friedensvertrag von Versailles nicht mit unrecht nennt. Nicht nur für Deutschland, sondern für die endgültige Herstellung eines wirklichen Weltfriedens kommt alles darauf an, hier scharf zu unterscheiden. So lange die feindlichen Völker daran glauben, daß Deutschland consciemment und délibérément den Weltkrieg entzündet habe, ist eine innere Aussöhnung der Völker unmöglich. Da nun Bernstein selber der Ueberzeugung ist, daß diese Anklage falsch ist, so bitte ich ihn hiermit öffentlich, seiner Ueberzeugung

Digitized by Google

nicht nur wie bisher so beiläufig Ausdruck zu geben, sondern sie, so wie ich und andere es tun, bei jeder passenden Gelegenheit so laut und entschieden zu betonen wie nur möglich. Die von Bernstein empfohlene Methode, nämlich so weit wie möglich von der ehemaligen kaiserlichen Regierung abzurücken, scheint mir, auch von Bernsteins eigenem Gesichtspunkte aus, keinen Erfolg zu versprechen und utopisch. Auf keinen Fall aber widersprechen oder kreuzen sich die beiden Aktionen. Man kann das eine tun ohne das andere zu lassen, und bei den Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zur englischen Arbeiterschaft scheint es mir keineswegs ausgeschlossen, daß es mit der Zeit gelingt, der Wahrheit auch hier Eingang zu verschaffen, wenn nur Bernstein und Genossen sich die rechte Mühe geben, und ist das erreicht, dürfen wir auch hoffen, den Boden der Politik des Wahnsinns, wie sie heute in England unter Lloyd George herrscht, zu erschüttern.

Bernstein meint, mit keiner Dialektik werde man die Volksmasse in den Ländern der Alliierten und die große Mehrzahl der Neutralen davon überzeugen, daß im Jahre 1914 die Kriegserklärungen Deutschlands an Rußland und Frankreich uns wirklich aufgezwungen worden seien. Mir scheint es umgekehrt, auch für den einfachsten Verstand, sobald er nur den guten Willen hat, die Dinge zu sehen wie sie sind, leicht zu begreifen, daß es bei dem Aufmarsch einer mehr als anderthalbfachen Ueberlegenheit, 205 Divisionen gegen 135, an unseren Grenzen keine andere Rettung für den in der Mitte Stehenden gab als sofortiges Zuschlagen. Durch die unvorsichtige Enthüllung Paleologues haben wir ja jetzt auch erfahren oder vielmehr bestätigt erhalten, daß nicht nur die russischen Minister, sondern auch der Zar sich dessen vollständig bewußt waren, daß die allgemeine Mobilmachung der allgemeine Krieg war, daß also Deutschland von dem Lande, das zuerst die allgemeine Mobilmachung ausgesprochen, der Krieg aufgezwungen worden ist.

Die Eingeborenen in Südwestafrika und die britische Verwaltung.

Von Carl Ludwig Otto.

Ein Kriegsziel des Feindbundes war auch die Aneignung der deutschen Kolonien. Deutschland sollte möglichst keine Rohstoffgebiete behalten. Um der beliebten und mit Erfolg geübten Heuchelei treuzubleiben, mußte ein Weg gefunden werden, der die Wegnahme der Kolonien den Amerikanern und der übrigen Welt annehmbar und auch berechtigt erscheinen ließ. Man erfand das Mandatsystem, das die raubgierige Wegnahme verschleiern sollte und machte der dummen Welt vor, daß zwingende

Digitized by Google

Gründe der Menschlichkeit und Zivilisation vorliegen, die eine Rückgabe der Kolonien an die grausamen Deutschen nicht zuließen. Um das zu beweisen, wurden „Blaubücher" in Auftrag gegeben, welche die Grausamkeit der Deutschen gegenüber den Eingeborenen schildern sollten. Ein solches Blaubuch ist in Südwestafrika von dem Administrator Gorges herausgegeben worden. Lüge auf Lüge häuft sich in diesem Machwerk. Fälle, die 10, 20 und noch mehr Jahre zurückliegen und längst die verdiente gerichtliche Sühne gefunden hatten, sind in entstellter und übertriebener Form als Erscheinungen der Gegenwart behandelt, erzwungene und falsch wiedergegebene Aussagen von Eingeborenen sind, aus dem Zusammenhang gerissen, tendenziös zusammengestellt.

Der Engländer Morel schreibt über dieses Blaubuch in „Black Mans Burden": Das Blaubuch müsse mit einem Sinn für Perspektive gelesen werden. Es sei mehr eine Art von Kriegsz i e lveröffentlichung als eine nüchterne historische Erzählung und zu einem klar zutage liegenden Zwecke angefertigt worden. Der Leser würde in vollkommner Unkenntnis der Tatsache gelassen, daß Deutschland seine Kolonialskandale klugerweise nicht vertuschte, sondern in offener Gerichtsverhandlung untersuchte und die Schuldigen bestrafte. Mit ganz wenig Worten würde der Niedermetzlung vieler deutscher Ansiedler und der Zerstörung von Wohnstätten, überhaupt gar nicht der schweren Verluste der Deutschen während der Aufstände Erwähnung getan. An der Verübung einzelner scheußlicher Gewalttätigkeiten sei nicht zu zweifeln, aber eine unparteiische Beurteilung könne die Aussagen von Personen, die solche Handlungen Jahre nach ihrer Verübung bezeugten, nicht ohne inneren Vorbehalt annehmen, besonders wenn man sich die Umstände vergegenwärtige, unter denen diese Aussagen beigezogen worden seien.

Die Entstehungsgeschichte des Blaubuchs fällt in das Jahr 1916, aber erst im August 1918 ist es in London erschienen. Man hat es scheinbar aus wichtigen Gründen vorher zurückgehalten, um seine Wirkung auf das Ende des Kriegs zu sichern und die Möglichkeit einer rechtzeitigen Widerlegung zu verhindern. Der Verfasser ist ein Rechtsanwalt, der während des Kriegs in Südwestafrika als Verwaltungsbeamter tätig war.

Als nach Erscheinen des Blaubuchs den Eingeborenen von deutschen Beamten ihre Aussagen vorgehalten wurden, weil sie meistens genau das Gegenteil enthielten, was die gleichen Eingeborenen den deutschen Beamten gesagt hatten, waren die Eingeborenen entrüstet und erklärten unter allerhand Beteuerungen, daß sie niemals auch nur etwas ähnliches den Engländern gesagt hätten. Mit einer verächtlichen Handbewegung wurde der Engländer damit abgetan, daß der Eingeborene sagte: „Der Engländer lügt eben immer, wenn er seinen Vorteil sieht."

Wie der Verfasser des Schandwerks selbst darüber dachte, geht daraus

Digitized by Google

hervor, daß er vor seinem Tode — er ist im November 1919 in Kapstadt gestorben — nachdem er sich im April 1919 in Windhuk als Rechtsanwalt niedergelassen hatte — zu seinem Bruder, der jetzt Rechtsanwalt in Windhuk ist, sagte, das Blaubuch sei keine authentische Darstellung, sondern nur eine Propagandaschrift, die auf die Amerikaner und Neutralen wirken sollte. Sensation sei ihr Zweck gewesen und ihre Wirkung sei vollkommen gewesen.

Im gleichen Sinne sprach sich auch Mitte 1920 der Sekretär für das Schutzgebiet in Windhuk einem bekannten Deutschen gegenüber aus.

Aber dieses Blaubuch war die Hauptstütze für die wilden Lügen der Alliierten über die deutschen Grausamkeiten, es sollte Wilson und die anderen Teilnehmer der Friedenskonferenz von der Unfähigkeit Deutschlands, zu kolonisieren, überzeugen und es sollte nachweisen, daß die Entente die unabweisbare Pflicht hätte, die Eingeborenen von der brutalen Herrschaft der Deutschen zu befreien. Daß sich ähnliche Vorfälle in sämtlichen Kolonien der Entente zugetragen haben und noch heute dauernd vorkommen, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist es wohl, wie gerade unter der Regierung dieses Herrn Gorges in Südwestafrika mit den Eingeborenen verfahren worden ist.

Im März 1919 entliefen auf den Diamantfeldern in Südwestafrika viele Ovambo, weil sie trotz Ablaufs der vertraglichen Dienstzeit nicht entlassen worden waren. Nachdem es den englischen Beamten nicht gelungen war, diese Eingeborenen zurückzuhalten, ritt eine Abteilung englischer Polizisten unter Führung eines Serganten von Lüderitzbucht ab, um die auf dem Marsche dorthin befindlichen Ovambo zur Umkehr zu zwingen. Als die Ovambo der Aufforderung der Patrouille nicht Folge leisteten, schlugen die Polizisten mit Schambocks (Nilpferdpeitschen) und Gewehren auf sie ein. Der Ambo Lungothi wurde dabei derart mit dem Gewehr auf den Kopf geschlagen, daß er zu Boden fiel und mit einer Karre in das Lazarett transportiert werden mußte. Die übrigen Eingeborenen ließ das Eingeborenenkommissariat zur Strafe nicht in die Heimat abreisen, sondern sperrte sie ins Gefängnis.

Die Ovambo hatten sich bekanntlich der englischen Herrschaft mit dem Hinweis darauf, daß sie unter deutschem Schutz bleiben wollten, teilweise widersetzt und wurden von den Engländern erst mit Hilfe von Maschinengewehren zur Unterwerfung gebracht. Der Kapitän Mandume büßte seine Treue gegenüber den Deutschen mit dem Tode. Er wurde von den Truppen des Herrn Gorges völlig ohne Grund bei der gegen ihn unternommenen Expedition getötet. Jeder, der während des Krieges in Südwestafrika war, weiß, mit welcher Freude nach der Beendigung der Expedition die Bilder mit dem toten Mandume von den Engländern gezeigt

Digitized by Google

wurden. Er wurde getötet für die Erhaltung der Menschlichkeit und Zivilisation!

Unter der gleichen Regierung des Herrn Gorges sind in Südwestafrika wegen der grausamen Nachlässigkeit seiner Verwaltung mehr Eingeborene eines elenden Todes grundlos gestorben, als in den mehr als 30 Jahren der deutschen Herrschaft, in kriegerischen Verwicklungen das Leben einbüßten. In den Jahren 1915/16 brach im Amboland eine große Hungersnot aus. Die Gorges-Regierung sorgte trotz ihrer riesenhaften Organisation und ihren Tausenden von Organen nicht rechtzeitig für die Heranschaffung von Proviant nach dem Amboland, und als man sich endlich entschloß, den armen hungernden Ovambo Nahrungsmittel zu liefern, da verlangte man von ihnen Bezahlung für die „Mildtätigkeit." Ein Ochse oder ein anderes Stück Großvieh für einen Sack Mehl war durchweg üblich. Ob ein derartiges Verlangen die Billigung des Herrn Gorges hatte oder ob die Gewinnsucht und Unzuverlässigkeit seiner Organe zu diesem Verfahren führte, ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Aber die Ovambo starben vor Hunger wie die Fliegen. Man schätzt den Verlust auf etwa 25000 Köpfe. Auf dem Wege von Namutoni nach Tsumeb — etwa 80 km — lagen so viele Ovamboleichen, daß sie nicht beerdigt werden konnten. Man hat sich dann seitens der britischen Verwaltung entschlossen, die Leichen zu verbrennen, hat das aber so unvollkommen getan, daß noch lange Zeit später die angeschmorten Leichenteile an der ganzen Wegstrecke zu sehen waren.

In Tsumeb sammelten die Ovambos, die der Hunger dorthin getrieben hatte, Holz und Gras, um gegen diese Sachen bei den Weißen Lebensmittel einzutauschen, da sie die ihnen von der britischen Verwaltung gegebene Beköstigung nicht genießen konnten. Sie erhielten einen schlecht zubereiteten, fast rohen Maisbrei, der auf die ausgehungerten Magen wie Gift wirkte und an dessen Genuß Hunderte der armen Menschen starben. An den anderen Straßen, die vom Ovamboland nach Süden in das Damaraland führten, konnte man später rechts und links beinahe Schritt für Schritt die Skelette der Ovambo finden, die auf dem Marsch nach Süden, auf der Suche nach Brot und Arbeit, elend umgekommen waren. Die Eingeborenenfriedhöfe von allen Orten an der Otavibahn, insbesondere in Karibib sind übersät mit den Gräbern derjenigen Ovambo, die sich noch bis in die von Weißen bewohnten Orte schleppten und dort an Entkräftung eingingen. Wer das mit eigenen Augen gesehen hat, war empört über diese Methoden. Als aber dieser gleiche Herr Gorges das Blaubuch über die Grausamkeiten der Deutschen herausgab, da herrschte in Südwestafrika eine geradezu unbeschreibliche Wut, daß ein Mann, unter dessen Regierung eine solche Katastrophe über ein ordentliches, fleißiges und arbeitsames Volk durch die Nachlässigkeit seiner Verwaltung hereingebrochen war, es wagen

Digitized by Google

konnte, ein Blaubuch mit Anklagen gegen die deutsche Regierung wegen ihrer Methoden gegenüber den Eingeborenen herauszugeben. Ich glaube, es gibt in ganz Südwestafrika keinen Eingeborenen, der ein anerkennendes Gefühl gegenüber Herrn Gorges oder seiner Verwaltung hat. Die Ovambo aber danken noch heute den Deutschen und der deutschen Regierung, daß sie in der Not für sie so gut gesorgt haben. Mehr als einmal haben das die Ovambo in der kritischen Zeit betont, und immer wieder hoben sie hervor, daß der deutsche Gouverneur immer ein Herz für sie gehabt habe, und wenn sie hungerten, habe er ihnen Proviant geschenkt und nicht verkauft. Der Engländer sei kalt und ohne Herz, er gebe ihnen angeblich Rechte und Freiheit, er überlasse sie aber ihrem Schicksal und er bleibe kalt, wenn es ihnen schlecht gehe. Ebenso wie in Südwestafrika erging es den Ovambo in Angola. — Die Grenze geht mitten durch die Stammesgebiete. — Wenn dort die Portugiesen weniger Neigung verspürten, den hungernden Ovambo zu helfen, so ist das zwar unrecht, aber schließlich verständlich, denn die Ovambo hatten sich gegen die Portugiesen wenig nett benommen. Wieviele Ovambo dort an Hunger starben, läßt sich nicht feststellen. Es sind aber sicher nicht weniger gewesen, als südlich der Grenze, und man kann ohne Uebertreibung annehmen, daß von den ganzen Ovambostämmen in Südwestafrika und Angola etwa 45—50 000 Köpfe an der Hungersnot gestorben sind, eine furchtbare Zahl, wenn man bedenkt, daß es im ganzen kaum mehr als 200 000 Ovambo gibt. So wie die Ovambo, urteilten sämtliche Eingeborenen in Südwestafrika. Als in Südwestafrika einmal das Gerücht verbreitet war, Deutschland bekäme im Austausch gegen Südwestafrika ein Stück tropisches Gebiet, da gab es viele Eingeborene, die sich zur Abwanderung in dieses Gebiet anboten mit dem Zusatz: „Lieber am Kongo unter deutscher Herrschaft an Fieber eingehen, als hier unter englischer Herrschaft langsam aber sicher unterzugehen."

Im September und Oktober 1918 brach über Südwestafrika die spanische Influenza mit einer geradezu verheerenden Wirkung herein. Hunderte von Weißen und Tausende von Farbigen im besten Alter raffte sie dahin. Obwohl die Seuche schon wochenlang vorher in Kapstadt und in der südafrikanischen Union in der schärfsten Form aufgetreten war, blieb die Gorges-Regierung in Südwestafrika untätig. Keine Quarantäne an der Grenze, keine Untersuchungen der Reisenden, die mit der Eisenbahn aus der Union nach Südwestafrika kamen, keine Bereitstellung von Arzneien, keine Vorsorge für ausreichende Ärzte und Pflegepersonal und für Hilfskrankenhäuser. Nichts, gar nichts geschah, obwohl von den verschiedensten Seiten Vorwürfe kamen und obwohl jeder Mensch sah, daß die Seuche von Süden nach Norden mit unnachsichtlicher Schnelligkeit sich verbreitete. Als sie dann kam, hat sie auch entsprechend gewirkt. In wenigen Tagen

Digitized by Google

erfaßte sie nahezu alle Bewohner, und in Windhuk, der Hauptstadt des Landes, starben in knapp drei Wochen etwa 5% der Weißen und etwa 10% der farbigen Bevölkerung. Die Okkupationsregierung beschränkte sich auf die Fürsorge für ihre eigenen Leute, die Deutschen und die Eingeborenen überließ man ihrem Schicksal. Ja, man sprach es in Windhuk von offizieller Seite offen aus, daß es nicht möglich sei, für die Deutschen zu sorgen, diese müßten selbst die erforderlichen Hilfsaktionen einleiten. In dem Lager Aus, wo die übriggebliebenen 1300 Mann der aktiven deutschen Schutztruppe interniert waren, hauste die Seuche auch fürchterlich. Nichts wäre leichter gewesen, als die Seuche von einem Internierungslager fernzuhalten! Nein, wozu, es sind ja nur Deutsche. 68 brave Unteroffiziere und Mannschaften unterlagen der fürchterlichen Krankheit. Statt der langersehnten Freiheit, die ihnen nach dem Zusammenbruch in Deutschland zu winken schien, wurden sie für immer an den Platz gebannt, wo sie über 3½ Jahre geschmachtet und gehofft hatten.

Die Eingeborenen waren im ganzen Lande empört über die Nachlässigkeit der englischen Behörden in der Bekämpfung der Krankheit. Ueberall zeigten sie große Dankbarkeit für die Hilfe, die ihnen die Deutschen geleistet hatten. Wie sehr sie die Seuche mit den Engländern verknüpften, beweist die Tatsache, daß sie allgemein von ihnen die „Englische Krankheit" genannt wurde.

Herr Gorges hätte besser getan, die Zeit, die seine Beamten für die Anfertigung des Blaubuchs verwendeten, für richtige Eingeborenenfürsorge zu benutzen. Das schien ihm aber nicht opportun. Es war für ihn wichtiger, die Deutschen vor der ganzen Welt herunterzureißen und sie als grausam und brutal hinzustellen. Er brachte es fertig, den Generalgouverneur Buxton, als er im Oktober 1919 Windhuk besuchte, zu der Äußerung gegenüber den deutschen Deputationen zu veranlassen: „Die Eingeborenen in Südwestafrika hätten aus der deutschen Zeit viel zu vergessen." Was hätten sie zu vergessen? Etwa die Tatsache, daß es ihnen eines Tages unter der deutschen Herrschaft gut ging? Oder sollten sie vergessen, daß sie von der neuen Verwaltung gänzlich vernachlässigt würden, um sich besser an die neuen Verhältnisse zu gewöhnen? „Wir haben Euch nicht gerufen", war die Antwort eines angesehenen Eingeborenen in Windhuk, als ihm ein Engländer die Vorzüge des neuen Systems klar machen wollte. Durch seine Methoden hat es der Herr Gorges erreicht, daß allmählich in Südwestafrika eine vollständige Anarchie unter den Eingeborenen einriß. Sie erkannten keine Obrigkeit mehr an und lehnten es ab, sich durch Arbeit ihren Unterhalt zu verdienen. Man hatte sie vier Jahre systematisch zu verwöhnen und ihren deutschen Dienstherrn gegenüber unbotmäßig zu machen versucht. Was war natürlicher als die Folge, daß diese Menschen, die in ihrer Art wie Kinder sind, nicht mehr wußten, wie sie

Digitized by Google

sich verhalten sollten. Dies ganze System des Herrn Gorges brach zusammen, und eines Tages, vor wenigen Monaten, mußte er in Omaruru, als ihm wieder die Unmöglichkeit der gegenwärtigen Verhältnisse von Deutschen und Südafrikanern vorgehalten wurden, erklären: „Wir haben versucht, die Eingeborenen auf die beste Weise zu behandeln, wir haben ihnen alle Rechte und Vorzüge zuteil werden lassen, wie in der südafrikanischen Union. Anscheinend haben sie das nicht verstanden, und vielleicht waren die deutschen Methoden doch richtiger." Es war ein Schwanengesang. Herr Gorges hatte seinen Posten, dem er nicht gewachsen war, verlassen und die Stelle eines Vorsitzenden des Wucheramts in Kapstadt erhalten. Durch ganz Südwestafrika ging ein Gefühl der Erleichterung. Typisch für den Briten Gorges war die Tatsache, daß er noch in den letzten Tagen, in der Abschiedsrede, für die Deutschen nur Drohungen anzubringen hatte, und die letzte Verordnung, die er erließ, die Regelung der Grundsätze war, nach denen Landeingesessene des Landes verwiesen werden können. Er haßte ja auch die Deutschen aus tiefster Seele, trotzdem er es jahrelang verstand, nach außen als der objektive Bürokrat zu erscheinen. Nichts kennzeichnet ihn mehr, als der Ausspruch bei der Meldung des Todes eines bekannten Deutschen in Südwestafrika: „One square-headed German less." (Ein querköpfiger Deutscher weniger).

Notizen.

Die Lage in der Ukraine. Mitte März traf in Lemberg ein Führer der ukrainischen Genossenschaften ein. Da er in der letzten Zeit das Gebiet von Kijew bereist hatte, ist er über die Bestrebungen der Bauernschaft gut orientiert. Aus seinen Erzählungen: veröffentlicht die in Berlin erscheinende ukrainische Zeitung „Ukrain. Slowo" folgendes

In Kijew selber und in der rechtsseitigen Ukraine (d. h. westlich vom Dnjeprstrom) ist die Stimmung unter den bolschewistischen Machthabern gedrückt. „Ein wunderbares Land ist eure Ukraine", hat kürzlich der Vorsitzende eines Revolutionskomitees in einer kleinen Stadt gesagt, der drei Tage nicht aus den Kleidern gekommen war, „schlägt man ihm einen konterrevolutionären Kopf ab, so wachsen an seiner Stelle zwei wieder".

Die Bolschewisten treiben in der Ukraine zarische Politik; alles was sie ausführen können, wird gewaltsam nach Moskowien gebracht; sogar die ukrainischen Kommunisten werden nach Nordrußland oder nach Sibirien als Beamte versetzt. In Kijew selbst sind nur drei ukrainische Kommunisten geblieben. Die ukrainischen Genossenschaften sind nationalisiert. Die Leiter der Genossenschaften haben daher in die Dörfer flüchten müssen.

Die ukrainische Intelligenz in Kijew ist nicht mehr zahlreich. Alles ist in die Dörfer geflüchtet. In Kijew stockt auf allen Gebieten das Leben. Das ukrainische Buch ist völlig verschwunden, alle Exemplare sind ausverkauft. Die Kijewsche ukrainisch ge-

Digitized by Google

sinnte Selbstverwaltung trug unserm Informator auf, dafür zu sorgen, daß im Auslande möglichst viel ukrainische Bücher gedruckt werden mögen, um nach dem Fall des Bolschewismus sofort den Hunger nach ukrainischer Literatur stillen zu können.

Die Macht der Bolschewisten in Kijew reicht nicht weiter als 40 Werst im Umkreise. Dasselbe ist auch von den andern Städten zu sagen. Die Stimmung unter der ukrainischen Bevölkerung ist zuversichtlich. Alle hoffen, daß mit dem Frühjahr auch die ukrainischen Truppen im Bündnis mit den Deutschen wiederkehren werden. In der Bevölkerung kursiert das Gerücht, daß sich alle ukrainischen Kräfte in der Emigration vereinigt hätten und daß bei der Frühjahrsoffensive teilnehmen würden: Petljura, Hruschewskyj, Winnitschenko, Wischiwannyj (ein früherer österreichischer Erzherzog) und Skoropadski. All diese Parteien hätten sich, so heißt es im Gerücht, zusammengeschlossen, um die Eindringlinge aus der Ukraine zu vertreiben und daß bei dieser Aktion England das Protektorat übernommen habe.

Der Aufstand auf der rechten Seite geht mit elementarer Kraft vorwärts. Auf der linksseitigen Ukraine haben die Bolschewisten große Kräfte zusammengezogen, weswegen die Stoßkraft der Aufständischen dort ein wenig nachgelassen hat. Die Bauern helfen den Aufständischen wo sie nur können. Da die Bolschewisten jetzt rücksichtslos die Pferde requirieren, so verschenken die Bauern den Aufständischen ihre Pferde. Unser Informator, der monatelang durch die Dörfer gewandert ist, ist fast in jedem von ihnen einer aufständischen Patrouille begegnet. Die Legitimation als Genossenschaftler verschaffte ihm aber überall Bewegungsfreiheit. Im Gebiete von Umany hat er aufständische Abteilungen des Ataman Tereschtschuk getroffen. 6000 gut ausgerüstete Kavalleristen hatte damals dieser Ataman. All diese Führer haben angenommene Namen. Im Gebiet von Kijew z. B. operiert der Ataman „Temna Nitsch" (d. h. „schwarze Nacht").

Die gebildete Jugend arbeitet jetzt im Interesse der Aufständischen. In Katerinoslaw hatte die Schuljugend im Alter von 15 bis 20 Jahren ein Aufstandskomitee gebildet. Dieses Komitee hatte die gesamte Jugend des Ortes organisiert. Die Bolschewisten spürten dieses Komitee auf und erschossen gegen 30 führende Mitglieder, darunter auch einige junge Mädchen. Die Leichen wurden in den Dnjepr geworfen. Die Bolschewisten verboten, die Leichname aus dem Flusse zu ziehen, um sie zu beerdigen. In der Nacht haben dann die Eltern die Leichen geborgen und sie beerdigt. Die Unterdrückung der Aufstandsbewegung wird von den Bolschewisten pessimistisch beurteilt. Laut ihren Schätzungen befinden sich in den ukrainischen Dörfern gegen 4 Millionen Flinten. Daher schleppen sie aus der Ukraine alles fort, was sie nur in die Hände bekommen. Große Empörung herrscht im ukrainischen Dorf, weil das moskowitische Proletariat dorthin gesandt wird, um Lebensmittel zu requirieren. In die Dörfer sind die ukrainischen Mittelschulen verlegt worden. Geleitet werden sie von der Intelligenz, vor allem von den Führern der Genossenschaften. Ueberall wird die Frühjahrskampagne vorbereitet und, wie gesagt, setzt man große Hoffnungen auf die Deutschen und die Sitsch-Schützen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Soeben erschien:

FRIEDRICH DELITZSCH

Die große Täuschung

Zweiter (Schluß-) Teil

Kartoniert M 12.—

In diesem zweiten Teil bringt der Verfasser noch viele Nachträge und Erweiterungen zum ersten Teil und neues Beweismaterial für seine Ansichten.

Gleichzeitig gelangte zur Ausgabe:

das 13. und 14. Tausend des ersten Teils

Vom Verfasser neu durchgesehen. Kartoniert M 14.—
Teil I und II gebunden in 1 Band M 27.—

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft Stuttgart

Im 14. Jahrgang hat zu erscheinen begonnen:

Ausland und Heimat

Illustrierte Wochenschrift für Auslandkunde, Auswanderung, Auslanddeutschtum und Kolonialwesen (früher „Kolonie und Heimat").

Vierteljährlich M 12.— Das Einzelheft M 1.—

Ausland und Heimat unterrichtet über alle Vorgänge im Ausland und in der Übersee, soweit sie deutsche Interessen berühren und mit dem Wiederaufbau des Deutschtums zusammenhängen.

Ausland und Heimat will bei den unerfreulichen deutschen Wirtschaftsverhältnissen gesunde Wege für die Auswanderung weisen und gibt in beratender Form jedem Abonnenten kostenlose Auskunft über die gesamten Auswanderungs- und Siedlungsfragen und unterstützt Auswanderungslustige mit wertvollem Material. **Probenummern direkt vom Verlag verlangen!** Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt von der

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft Stuttgart.

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ridbastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden: 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport · Lagerung.

Digitized by Google

Die Bücher der
Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.

in Berlin W. 8 / / Unter den Linden 17/18

1. Der Friedensvertrag

Die einzige dreisprachige Ausgabe der Welt / Die kleine Ausgabe mit authentischem deutschen Text / Die Karten des verkleinerten Deutschlands / Das große amtliche Sachregister mit 13000 Stichworten

2. Die Geschichte der Friedensverhandlungen

„Materialien, betreffend die Waffenstillstandsverhandlungen"
(Die Verhandlungen von Compiègne, Spaa, Trier, Brüssel und Luxemburg in 8 Bänden)
„Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen"
(Die Verhandlungen von Versailles in 13 Bänden)
Die „Dokumente" des Grafen Brockdorff-Rantzau

3. Die Materialien zur Schuldfrage

Die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" in 4 Bänden
Die „Diplomatischen Akten der Wilhelminischen Aera" in 15 Bänden
Das deutsche Weißbuch zur Schuldfrage / Die Aufzeichnungen des Grafen Pourtalès / Kommentare und Polemiken zur Schuldfrage

4. Die Autorenbücher des Verlages

Norman Angell / T. von Batocki / Graf Brockdorff-Rantzau / B. W. von Bülow Hermann Burg / Hans Delbrück / Ernst Drahn / Siegfried Dyck / Manfred Eimer Albert Haas / Hans F Helmolt / Herbert Kraus / M. Kronenberg / Joachim Kühn Graf Max Montgelas / Friedrich von Oppeln-Bronikowski / Traugott Konstantin Oesterreich / Graf Pourtalès / Paul M. Rühlmann / Annalise Schmidt / Bernhard Schwertfeger / Hans Wehberg
Die Isolierung Japans / Die Parteien und das Rätesystem / Die Wirkungen von Versailles heute und morgen (Wo stehen wir? — Wie helfen wir uns?)

Die jeweils gültigen Ladenpreise nennen die Buchhandlungen / Auf Wunsch erteilt der Verlag selbst jede Auskunft / Ueber die einzelnen Gruppen der Verlagserscheinungen stehen Sonderprospekte zur Verfügung.

Digitized by Google

JUL 20 1921

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 337
Rohrbach, Grundsätzliche und grundsatzlose Politik . 339
Heuß, Die weitergetriebene Revolution 343
Buchholz, England und das Reparationsproblem . . 346
Fischer, Zu den Feststellungen des „Schuldausschusses" im Reichstag 351
Scheele-Willich, Die Auslanddeutschen und die Heimat 355
Flemming, Brief an die „Deutsche Politik" 358

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 9. April 1921 Heft 15

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17—18

Digitized by Google

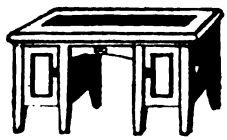
FR. RAHN Büromöbel-Fabrik
Berlin N 54, Brunnenstr. 188-190

Gegr. 1862

Sehenswerte Ausstellung
Besichtigung erbeten

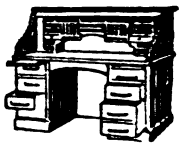
Gegr. 1862

Lieferant städtischer und
staatlicher Behörden



Kief. und eichene Schreibtische in jeder Größe und Preislage, vom einfachsten Bureautisch bis zum besten Herrenzimmer-schreibtisch.

Vertikal-Registraturschränke, Kartotheken, Kartenstehpulte usw. in größter Auswahl.



Aktenschränke in jeder Ausführung, Privatkontore, Herrenzimmer, Klubsessel, Schreibsessel, Stühle.

Haupt-Muster-Ausstellung:
Brunnenstr. 180-190 (ca. 2000 qm)

Stadt-Musterlager:
Friedrichstr. 207

POLITISCHE BÜCHEREI

Soeben wurde ausgegeben:

Heinrich Herrfahrdt —
Das Problem der berufsständischen Vertretung

Geheftet M. 24.– In Halbleinen geb. M. 32.–

Die Errichtung des Reichswirtschaftsrats und die noch vorzunehmende Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte rückt das wichtige Problem der berufsständischen Volksvertretung in den Mittelpunkt der innerpolitischen Fragen. Der Verfasser behandelt hier zum erstenmal diesen wichtigen Fragenkomplex; das Werk wird damit zu einem umfassenden Handbuch für das Spezialgebiet der berufsständischen Volksvertretung, das kein Politiker, kein Interessenverband entbehren kann.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

1. Jahrgang * 9. April 1921 * Heft 15

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Versuch Karls von Habsburg, sich der ungarischen Königskrone zu versichern, wird durch sein Mißlingen dem monarchistischen Restaurationsbemühen in Mitteleuropa einen schweren Schlag versetzen. Für die magyarischen Verhältnisse ist wichtig, daß die Bauernpartei an sich diesen durch Lügenhaftigkeit vorbelasteten Prätendenten ablehnte; hätte seine Usurpation die entschlossene Unterstützung der Legitimisten gefunden, so wäre Ungarn zweifellos wieder in einen bösen Zustand innerer Wirrnis geworfen worden. Karl, von eifrigen Agenten in seinen monarchischen Träumen bestärkt, hat der Suggestion des dynastischen Gedankens zu viel zugetraut. Aber politisch von größerem Gewicht ist die Haltung der großen und kleinen Entente. Sie kann niemanden überraschen. Was sie offenbart, ist dies, daß alle monarchische Restauration abhängt von der Duldung der Feinde. Sie bezieht Kraft und Schwäche nicht aus ihrem Eigendasein, sondern von fremder Gnade oder Berechnung. Diesen Tatbestand in seiner ganzen, das monarchische Wesen innerlich entwürdigenden Bedeutung müßten schließlich auch diejenigen in Deutschland begreifen, die glauben, es bedürfe nur einer Sinnesänderung des deutschen Volkes über seine Staatsform, und das Gewesene erstünde wieder.

*

Als vor bald zwei Jahren erste deutsche Pläne über die Teilnahme deutscher Arbeiter am nordfranzösischen Wiederaufbau von Berlin aus vorgeschlagen wurden, lehnten die französischen Gewerkschaften diesen Gedanken ab. Auch die Pariser Regierung zeigte die kalte Schulter; wie man aus Herrn Loucheurs neulichen Ausführungen entnehmen mag, ärgerte sie sich, weil der deutsche Plan auch eine weitschichtige Arbeiterfürsorge in sich

Digitized by Google

geschlossen hatte. Daraufhin blieb die Frage, obwohl sie im Mittelpunkt der Politik steht, liegen; Deutschland sah keine Möglichkeit, daß seine praktischen Angebote, die ja nur als Verhandlungsunterlage gedacht sein konnten, in Frankreich einer willigen Aufnahme begegneten. In Frankreich selber aber geschah, mit Ausnahme der Schaffung eines kostspieligen Behördenapparates, nichts, und es konnte nicht ausbleiben, daß sich die Skepsis über das amtliche Verfahren meldete. Jetzt aber scheint sich innerhalb der französischen Arbeiterschaft teilweise eine Umdenkung vorzubereiten; man begreift dort, daß ohne aktive Teilnahme der Deutschen doch nichts geschieht, und will auf die Bewohner des zerstörten Landes in diesem Sinne einwirken. Um diesem zu begegnen, läßt jetzt die französische Regierung nur von dem bösen Willen der Deutschen reden. Ihr kommt es weniger auf Arras und St. Quentin an, als auf die Balanzierung des Etats. Sie will Gold, nicht Arbeit und Ware. An diesem Zustand krankt das Problem, und es sieht nicht gerade so aus, als ob die Ansätze neuer Betrachtungsart bei den Gewerkschaften sich tatsächlich durchsetzen werden.

*

In England ist der Ausnahmezustand verkündet. Die Regierung sieht die Kraftprobe mit den Bergarbeitern als unvermeidlich an, und die derzeitigen Kohlenvorräte bei eingeschränkter industrieller Produktion lassen ihre Position so lange nicht ungünstig erscheinen, als der drohende Kampf rein wirtschaftlich bleibt. Lloyd George hat neulich damit begonnen, die Sammlungspolitik gegen die sozialistische Bewegung aus einem taktischen Verfahren in die Reihe des Grundsätzlichen zu heben — wie ferne ist er seinem Ausgang gerückt!

*

Zu dem Kapitel: unverantwortliche Presse und verantwortliche Regierung. Die der deutschen Volkspartei nahestehende Presse führt in ihrer Mehrzahl einen heftigen Kampf für das bayerische Recht einer eigenen Politik in der Entwaffnungsfrage, hat Pathos und Entrüstung gegen die Berliner Regierung usf. Der beste Mann der gleichen Partei im Kabinett, Dr. Heinze, hat die schwierige Aufgabe übernommen, den Reichswillen zu vertreten. In Deutschland scheint dies Hin und Her niemanden zu stören oder zu verwundern.

*

Digitized by Google

Grundsätzliche und grundsatzlose Politik

Von Dr. Paul Rohrbach

Ueber manchem persönlichen Erleben steht der Satz geschrieben: Der kommt am weitesten, der nicht weiß, wohin er geht! Diese Maxime aber ist nicht zu brauchen im Leben der Staaten. Deutschland hat seit dem Ende der Epoche Bismarcks nach ihr gelebt, und trotz der Folgen, die das gehabt hat, stehen wir auch nach dem Zusammenbruch noch in demselben Zeichen. Es wird Politik gemacht von Fall zu Fall und von Not zu Not, und unsere ganze Politik besteht schließlich nur noch aus „Fällen" und „Nöten", aber man spürt nichts davon, daß die Regierung ein Ziel sieht, und daß sie grundsätzliche Politik nach einem solchen Ziele hin macht.

Unser Ziel heißt Wiederherstellung Deutschlands als eines Staates, der in der Welt etwas bedeutet, Einfluß ausübt und seine moralischen und materiellen Interessen verfolgen kann. Damit das geschehe, ist nötig, daß der Grundsatz von der Freiheit der Völker, der während des Krieges so oft heuchlerisch verkündet worden ist, zur Wahrheit werde. Die erste Etappe auf unserem Wege heißt aber: Revision des Versailler Friedens. Wir wissen, daß wir sie durch materielle Machtmittel nicht erreichen können. Wir wissen auch, oder sollten wenigstens wissen, daß wir auf der feindlichen Seite schlechthin bösem Willen gegenüberstehen. Die englische Politik hat ihre Unabhängigkeit verloren. Sie ist durch das Verhältnis zu Amerika vollkommen abhängig geworden von Frankreich, und Frankreich will gleichzeitig Deutschland ruinieren und für sich aussaugen. Herr Dr. Simons hätte in London mit Menschen- und mit Engelzungen reden können — er hätte von dem wahnsinnigen Diktat der Pariser Zahlen nichts abdingen und keine für Deutschland mögliche Summe heimbringen können. Er hätte aber etwas anderes tun können. Lloyd George war nervös geworden und hatte sich starke Blößen gegeben. Daraufhin hätte der deutsche Minister ihn so anreden können, wie ich es in diesen Tagen als nachträgliches privates Konzept in einem Briefe gelesen habe:

Sie, Mr. Lloyd George, verlangen nicht nur, daß Deutschland zahlt, bis es zusammenbricht, Sie fordern nicht nur, daß wir arm werden und unsere Kinder und Kindeskinder eure Lohnsklaven werden; Sie verlangen, daß wir mit einer freudigen Pflichterfüllung das Schicksal auf uns nehmen, als ob wir so büßen müssen was, wir verbrochen haben. Ich, Mr. Lloyd George, habe die Schuldfrage nicht angeschnitten; ich kam hierher, um nüchtern mit Ihnen zu verhandeln, was wir zahlen können, und wie wir es am besten zahlen, damit auch unseren Gläubigern in ihren Verlegenheiten geholfen wird. Da verlassen Sie mit einem Male die Basis der nüchternen geschäftlichen Aufrechnung und erklären: ihr seid mir nicht bußfertig genug! Nun wohl, wenn Sie mir den Handschuh hinwerfen, so nehme ich ihn auf und trete Ihnen gegenüber in die moralischen Schranken. Sie sind der Mann, der die rechtzeitige Beendigung des Krieges verhindert hat, des Krieges ohne Sieg. Sie sind der Mann, der während des ganzen Krieges den tapferen Gegner

Digitized by Google

höhnte und auf dem Haß seines Volkes spielte, wie der Teufel auf seinem geliebten Instrument. Sie haben mehr als irgendein anderer dazu beigetragen, daß die Kriegsverrohung Ihr ganzes Land ergriff. Das mag Ihnen alles verziehen sein. Sie aber haben den Vertrag der Vierzehn Punkte gebrochen, den feierlichsten Vertrag, der je mit einem Volk geschlossen war. Und Sie haben die Blockade verlängert, als kein Kriegszweck sie mehr forderte — — usw.

Auf die Ausdrücke einer solchen Rede kommt es nicht an, wohl aber auf den Geist, aus dem sie gesprochen wird. Dieser Geist muß ein Geist des Mutes sein, und vor allen Dingen ein Geist der Einsicht in den Charakter der Lage: daß keine Möglichkeit vorhanden ist, etwas Erträgliches zu erreichen. Alles kommt daher darauf an, die moralische Position Deutschlands zu verbessern. Das kann nur durch Mut und durch Aufrichtigkeit geschehen. Es hat keinen Zweck, mit Leuten, die ihr Wort gebrochen haben und deren mörderische Ziele man kennt, dauernd zu verkehren, wie mit sachlichen Unterhändlern. Niemand soll sich auch einbilden, daß, wenn jetzt wieder sogenannte Verhandlungen aufgenommen werden, eine verständige und gerechte Lösung herauskommen wird. Wir haben absolut nichts anderes zu erwarten als schamlose Gewalt. Das Versteckspielen mit dieser Wahrheit hat wirklich keinen Zweck.

Was irgend wann einmal die Vereinigten Staaten von Amerika tun werden, steht dahin. Wahrscheinlich werden sie irgend einmal etwas dafür zu tun versuchen, daß Deutschland wieder emporkommt: nämlich dann, wenn sie einsehen werden, daß Deutschland unter seiner Last erliegt und daß die amerikanischen Interessen sein Erhaltenbleiben fordern. Wenn wir, was Amerika und uns angeht, klug und mutig handeln wollten, so könnten wir sagen: Wir sind überall auf dem toten Punkt angekommen; wir sagen, daß wir 21 Milliarden bezahlt haben — die Entente sagt 8 Milliarden; wir sagen, daß wir nicht über eine bestimmte Grenze hinaus zahlen können — die Entente sagt, wir könnten viel mehr zahlen; wir sagen, daß die Reparationskommission nach dem Vertrage gerecht und fair zu schätzen verpflichtet sei — die Entente legt das so aus, als ob sie nach freier Willkür verfahren und uns zum Schweigen verurteilen dürfe: das Recht des Wolfes gegen das Lamm. Dagegen kann nur ein Appell an ein unparteiisches Schiedsgericht helfen — *und wir sind bereit, uns einem solchen zu unterwerfen, das von den Vereinigten Staaten ausgeübt würde!* Wir würden nicht verlangen, daß dies Schiedsgericht den Frieden von Versailles revidierte, sondern nur, daß es die bei der Auslegung des Vertrages jetzt entstandenen Streitigkeiten schlichte: durch einfache Feststellung der strittigen Tatsache, wieviel Deutschland bezahlt hat und wieviel es noch zahlen kann. Amerika würde *Sachverständige* ernennen, die sachlicher und unabhängiger sind als Herr Lloyd George und Herr Briand.

Digitized by Google

England ist durch den Krieg von seiner Höhe herabgesunken. Aeußerlich nimmt es noch eine imposante Weltstellung ein, aber gegen die Gefahr, daß Amerika die stärkere Flotte, den gewinnbringenderen Handel, den größeren Reichtum und damit die stärkere politische Macht erwirbt, hat es nur die Wahl: entweder dieser Entwicklung ihren Lauf zu lassen oder durch eine weite Auflage der Einkreisungspolitik und des Weltkrieges einen verzweifelten Versuch dagegen zu machen. England schrickt und scheut vor dieser Alternative, aber sie wird ihm nicht geschenkt. Frankreich erntet den Vorteil davon. Es hält England in seiner Hand und läßt es tanzen. In politischen Kreisen geht jetzt die Nachricht von einem englisch-französischen Geheimvertrage um, durch den England Deutschland an Frankreich ausgeliefert habe. Das ist nicht unmöglich, aber es kommt nicht viel darauf an, ob solch ein Vertrag existiert; die Lage ist ohne ihn und mit ihm ungefähr dieselbe.

Deutschland wäre diesen verzweifelten Verhältnissen rettungslos auf lange hinaus preisgegeben, wenn Frankreich innerlich kräftig wäre. Das aber ist es nicht. Die gegenwärtigen nationalistischen und militärischen Machthaber in Frankreich können sich nur so lange halten, wie sie imstande sind, das französische Volk in dem Glauben zu erhalten, daß es den Krieg nicht schließlich doch noch selber werde bezahlen müssen. Indem sie Deutschland drücken und pressen und auf ihm treten, kämpfen sie zugleich um ihre Politik und um ihre Existenz. Wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk so einsichtig und stark bleiben, daß sie allen über die deutsche Leistungsfähigkeit und über die moralischen Verpflichtungen Deutschlands hinausgehenden Forderungen ein unerschütterliches Nein entgegensetzen, ein Nein ohne Pose und Deklamation, aber mit dem Willen, es bis in die letzten möglichen Konsequenzen durchzuhalten, so werden wir damit erreichen, daß das jetzige System in Frankreich zusammenbricht. Es ist unmöglich, aus Deutschland mit Gewalt das herauszupressen, was Frankreich verlangt und was die französische Regierung verlangen muß, wenn sie sich halten will. Nur macht es einen großen moralischen Unterschied, ob wir uns bis zum tatsächlichen Beweis dieser Unmöglichkeit töricht und kläglich, oder klug und tapfer benehmen. Je klüger und je tapferer wir uns zeigen, desto rascher wird die Entscheidung da sein, und ein desto stärkerer Eindruck wird von ihr ausgehen. Wir dürfen keine Angst vor Drohungen haben, wir dürfen den Feind nicht für stärker halten, als er ist, und wir dürfen uns vor allen Dingen nicht einbilden, daß es eine Möglichkeit gibt, mit „Verständigungen", d. h. ohne das Aushalten aller vorhandenen feindlichen Foltermittel, aus unserer jetzigen Lage auf den Weg zur Wiederaufrichtung zu kommen. Es ist niemand da, der uns hilft; wir müssen durch die Hölle durch, und wenn wir hindurch sind, werden wir sehen, daß es gar keine Hölle gewesen ist, sondern

Digitized by Google

ein gutes Läuterungsfeuer. Dann werden wir auch wieder Bundesgenossen haben, und nicht der schlechteste Bundesgenosse wird ein französisches Volk sein, das zu der Einsicht gekommen ist, welchen Weg es von den Herren Poincaré, Viviani, Clemenceau und Genossen geführt worden ist. Es ist so und es bleibt so: Kein Weltfrieden und keine Welterneuerung, bevor die für den Krieg und die verbrecherische Weiterführung des Krieges verantwortlichen Regierungen in Frankreich und in England beseitigt sind!

Werden wir eine Regierung haben, die imstande ist, Deutschland diesen Weg zu führen? Werden wir ein Volk sein, das fähig und bereit ist, ihn sich führen zu lassen? Wer politische Einsicht hat, der muß erkennen, daß nach so großen Fehlern, wie sie während der letzten 30 Jahre Regierung und Volk in Deutschland begangen haben, eine bis auf den Grund greifende Erneuerung nottut. Wenn wir aber jetzt Mut fassen, so ist unsere zukünftige Lage keineswegs verzweifelt. Wir können uns ein friedliches Frankreich als Nachbar im Westen schaffen, sobald wir das wollen; wir können hoffen, infolge der Spannung unter den angelsächsischen Weltmächten früher oder später als bündniswerte Macht anerkannt und gefördert zu werden; wir sind von dem Druck im Osten infolge der Auflösung Rußlands befreit. Polen ist auf die Dauer kein zu fürchtender Nachbar. Es ist überhaupt nicht imstande, sich länger auf den Füßen zu halten, als es von Frankreich gestützt wird — und vielleicht nicht einmal so lange. Der Tag wird kommen, wo die Deutschen, die Ukrainer und die übrigen zwangsweise zu Polen geschlagenen nichtpolnischen Volksangehörigen in der Lage sein werden, ohne daß ein Schuß fällt, diesem Staate den Rücken zu kehren. In Polen ist nichts weiter nötig, als daß die Dinge noch einige Jahre weiter so laufen wie bisher.

Auch im Osten aber geht es nicht ohne eine Politik der Grundsätze. Die deutsche Ostpolitik, wie sie jetzt betrieben wird, ist die Grundsatzlosigkeit als System. Herr Lloyd George hat einen Handelsvertrag mit den Bolschewisten geschlossen, weil er weiß: es ist ungefährlich, weil es mit dem Bolschewismus zu Ende geht. Außerdem muß er den englischen Arbeitern einen Gefallen tun, damit sie ihn, was die Vergewaltigung Deutschlands angeht, in seiner Dienstbarkeit gegen die französische Politik gewähren lassen. Mit der Bolschewistenherrschaft in Rußland steht es wie mit einem Menschen, der an vorgeschrittener Arterienverkalkung leidet: zu retten ist er nicht, aber niemand kann sagen, wann den verschiedenen Vorzeichen der entscheidende Schlaganfall folgt. Es wäre also nicht gerade nötig, auf den englischen Vorgang hin sich in Sehnsucht nach einer deutschen Repetition vor Sowjetrußland zu ergießen. Namentlich dann nicht, wenn die Sowjetisten uns gleichzeitig unser eigenes Haus über dem Kopf anzuzünden versuchen. Ich habe sehr positive Nachrichten aus Rußland, die dahin lauten, daß schon im Februar dort der Beschluß gefaßt wurde, einen Aufstand in Deutschland

Digitized by Google

hervorzurufen, damit sich an diesem Unterpfand der kommenden Weltrevolution der wankende Glaube der russischen Kommunistengenossen wieder stärke.

Unsere Politik nach Osten muß einem klaren Grundsatz folgen, und der heißt: Völkerfreiheit. Das einstige russische Zentrum ist auf viele Jahrzehnte hinaus eine wirtschaftlich und kulturell ausgedörrte Wüste. Innerlich lebenskräftig sind nur die Randgebiete, und diese marschieren unter der Parole: Freiheit und Selbstbestimmungsrecht! An dieses Prinzip ist unsere eigene Zukunft gebunden. Wir haben daher auch im Osten nichts mehr zu tun mit der Idee des alten zarischen Rußland, die tot ist und nie wieder zum Leben gelangen wird, und ebensowenig mit der Idee eines russischen Einheitsstaates. Von der atrophisch gewordenen Mitte aus wird sich etwas dem einstigen Rußland Aehnliches auf keinen Fall wieder bilden, und alle Randstaaten, in denen noch gute Säfte zirkulieren, streben fort von Moskau. Osteuropäische Randstaatenpolitik ist kluge Politik, sie ist aber auch grundsatzvolle und zukunftsreiche Politik, weil sie nicht mit Schemen und kurzsichtigen Nützlichkeitserwägungen, sondern mit Ideen und mit moralischen Kräften arbeitet. Ob Osten, ob Westen: Geist, Klugheit, Tapferkeit sind es, mit denen die deutsche Politik erbaut werden muß.

Die weitergetriebene Revolution

Von Dr. Theodor Heuß

Die deutsche Revolution ist, historisch gesehen, eine der stilloseſten Veranstaltungen der Weltgeschichte. Für ihre Lobredner müßte das sehr fatal sein, aber zu ihrem Heil bemerken das die wenigsten von ihnen; wir anderen verzichten gerne auf die heroischen Attitüden, die zu dem Hausgebrauch von Umsturz und Restauration gehören und sinds zufrieden, wenn das Leben auf einige Zeit halbwegs erträglich bleibt, ohne daß die Nation völlig verdirbt.

In seinen unvergänglichen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen" hat Jakob Burckhardt, geistreich und skeptisch, ein Schema für den Ablauf der „historischen Krisen" aufgestellt, in der er Ethos, Charakter und Schicksal der verschiedenen Generationen einer Revolution schied; den Weg ihrer Ablösung, wenn nur irgendeine Ermattung eintritt; vor allen Stuben der Macht scharren Füße, poltern Fäuste, die Einlaß begehren und Einlaß erzwingen; der offizielle Terror ist nach dem bloßen Demagogentum der idealistischen Rede irgendwann unvermeidlich geworden; aber schließlich wird die Müdigkeit und Enttäuschung die wahre Herrin und dann kommt irgendeiner und schafft eine neue Legitimität, indem er die seelische Leere

Digitized by Google

mit Macht auszufüllen weiß. Das ist an mancherlei Beispiel glänzend entwickelt und man kann für die Teile nach Beispielen noch aus dem Ablauf der russischen Begebenheiten seit 1917 greifen. Aber für Deutschland versagten die Analogien. Die russische Revolution hat, um den üblichen Wortgebrauch zu verwenden, ihre Entwicklung von rechts nach links genommen; die deutsche, von der äußersten Linken begonnen, rutschte nach rechts, erfuhr dann ihre Hemmung in einem wenig romantischen, aber immerhin realen Block der Mitte, und ist dann in das Stadium getreten, daß Gegenrevolutionäre und Revolutionäre mit der Suggestion der Gewalt diesen Zustand einer leidlichen Beharrung zersprengen wollen. Im März 1920 versuchten das die Herren Kapp und Lüttwitz, im März 1921, mit einer anderen Technik, folgten ihnen ihre kommunistischen Gegenspieler. In beiden Fällen sollte die Revolution „weitergetrieben" werden, zu glatten Formeln und Lösungen gebracht; aber die Deutschen versagten sich. Sie sind erfreulich talentlos für solche Experimente.

Der vorjährige Militärputsch, einer tieferen Idee völlig bar, besaß wenigstens einige Schlagworte, Fachminister, Neuwahl, Präsidentschaftsfrage, denen ein Teil der Presse den Weg zum Hirn der Spießer geebnet hatte; die neuerlichen Gewaltstreiche der Kommunisten sind von einer vollkommenen Ideenlosigkeit. Die Forderungen, mit denen sie sich da und dort umgaben, waren klein, verworren; die „Räterepubliken" in einigen kleinen Städten wirkten wie parodistische Erinnerungen. Nun kann die soziale Not da und dort den Auftrieb zu verzweifelten Aktionen geben; aber gerade jene Bezirke, in denen der Aufstand sich festfraß, sind nicht durch Arbeitslosigkeit einer eingesessenen Schicht charakterisiert, sondern durch Arbeiterzustrom, hohen Beschäftigungsgrad im Braunkohlenabbau und chemischer Produktion.

Gewiß soll man die Vorkommnisse in Mitteldeutschland nicht leicht nehmen. Es kann nur verbiesterte Köpfe mit sensationeller Befriedigung erfüllen, wenn sie die Kampfberichte lesen. Die Tatsache, daß gegenwärtig Deutsche auf Deutsche schießen, bleibt schwer erträglich. Doch wird man über diese Empfindung nicht mit pazifistischer Sentimentalität Herr. Politik ist eine Machtfrage, und wer sie selber stellt, muß sich die Antwort ohne Flennen gefallen lassen. Die offene Gewaltsprache der „Roten Fahne" konnte als Bekenntnis zu einem politischen System imponieren; sie wurde läppisch und ekelhaft, als sie sich in pathetische Entrüstung verwandelte. Und kein Zweifel, diese innere Verlogenheit haben auch die Massen der Arbeiter gemerkt, was einigermaßen erfreulich ist; denn die Paprika des linkssozialistischen Zeitungsstils hat ja sonst ihre Geschmacksnerven etwas unempfindlich gemacht. Die beiden kommunistischen Gruppen, um ihr Lebensrecht zu erweisen, sind einer hemmungslosen Radikalisierung verfallen, die aber selbst wieder die Momente der Zersetzung in sich trägt;

Digitized by Google

denn sie haben schlechterdings keinen oder keine Führer, die die Phantasie der Massen zu erfüllen und zu befriedigen vermögen. So ergibt sich ein Gewirr von kleinem Konkurrenzkampf, illegaler Wichtigtuerei, die sich mit Bestechung, Spitzeltum und unheroischem Verbrecherwesen angenehm mischt. Der Rest ist die gewaltsame Beraubung öffentlicher Kassen, deren Gelder, um die Sprache der „Roten Fahne" zu gebrauchen, „abgehoben" wurden. Man erinnere sich nebenbei, daß auch Herr Kapp sich aus seinen Finanznöten durch einen gewaltsamen Besuch bei der Reichsbank befreien wollte; der Plan scheiterte damals an dem Anstandsgefühl der damit beauftragten Offiziere. Die Techniker der Sprengpatronen kennen solche Hemmungen nicht.

Mitteldeutschland ist parteipolitisch der Besitz der Kommunisten. Darf man darauf hinweisen, daß dort auch einmal Karlstadt und Thomas Münzer ihr Wesen trieben, ihre Gefolgschaft sammelten? Oder greift die Erinnerung doch über den möglichen Rahmen hinaus und es genügt der Hinweis, daß kaum eine Gegend Deutschlands — man denke an den Vorkriegscharakter der Stadt Merseburg und an ihr heutiges Gesicht — eine so radikale Umwandlung durch den Kriegskapitalismus erfuhr wie diese: traditionsloses Proletariat als Geschöpf industrieller Schnellblüte, mit allen Gefahren solchen Weges gezeichnet. Die Schwierigkeit für Deutschland ist eben die Lage dieses Herdes ewiger Erregung. Aber man mag hoffen, daß der blutige Fehlschlag des Aufruhrs auch dort eine tiefe Ernüchterung erzeugen wird, in der ein vernünftiges, nicht von Exaltationen lebendes politisches Denken wieder an Kraft gewinnen kann.

Es ist unvermeidlich, daß diese Vorgänge auch in parteipolitische Betrachtung gerückt werden. Noch ist die preußische Regierungsbildung nicht abgeschlossen und es kann deshalb nicht fehlen, daß die Rechtspresse die Entstehung des Konflikts auf das schuldbeladene Haupt der preußischen sozialistischen Minister häuft (wieder einmal, mit anderem Vorzeichen, in der Parallele zu den Linksradikalen). Nun haben wir uns nicht mit den Zögerungen der Herren Severing und Hörsing zu beschäftigen; aber es müßte ein Knabe sehen (wenn er nicht schon die Sendung zum Demagogentum in sich trägt), daß vor der oberschlesischen Abstimmung sachlich und politisch die Hände der Regierung gebunden waren. Das braucht gar nicht weiter ausgeführt zu werden; es ist, wie man's wendet, mit Händen zu greifen. Aber uns scheint auch richtig, daß man die Reichswehr nur als Reserve verwendet hat. Nichts ist so verdächtig als der Ruf nach ihr, nichts so notwendig, als die Kluft zwischen Heer und Volk, die im vergangenen Jahr schlimm genug aufgerissen war, nicht erneut zu ziehen. Die Reichswehr ist in erster Linie um der äußeren Feinde willen da und als, wenn auch schwacher, Schutz gegen diese soll sie vom gesamten Volk anerkannt werden. Ist ihre Benutzung im Innern unvermeidlich, so muß sie geschehen,

Digitized by Google

aber erst, wenn die anderen Möglichkeiten versagen. Dieser Standpunkt ist, vom parteipolitischen entkleidet, der einzig mögliche.

Scharf ist die Linie zwischen Unabhängigen und Kommunisten gezogen. Es ist nicht allen Unabhängigen wohl dabei, daß sie von den Kommunisten durch das fait accompli der neuen revolutionären Teilerhebungen zu einem Ja oder Nein gezwungen wurden. Das Nein hat sie an die Seite der Mehrheitssozialisten gerückt, und diese Tatsache ist für die Vorstellungswelt der Arbeiterschaft natürlich eindrucksvoller als der Austausch höhnischer Feindschaftsbeteuerungen von „Vorwärts" und „Freiheit". Die Unabhängigen sind durch diesen Vorgang, im Sinne ihrer Linkskonkurrenz, unheilvoll kompromittiert; die Dittmann und Crispien jetzt die wahren Verräter des kämpfenden Proletariats und die Schildknappen der gegenrevolutionären Bourgeoisie usw. All die Namen, die sie seinerzeit für Ebert und Scheidemann erfanden, werden heute an ihre eigenen Türen geklebt.

Aber nun freilich: was ergibt sich daraus? Das Nächste werden die Konflikte innerhalb der Kommunisten sein, wodurch die Unabhängigen etwas Erleichterung erfahren. Moskau kann zwar mit den Worten und der Gesinnung seiner deutschen „Sektion" zufrieden sein, aber nicht mit deren Leistungen, und die „Mißverständnisse" zwischen dem unsicher gewordenen Generalstab der Weltrevolution, den Abteilungsstäben und den Patrouillen zur gewaltsamen Erkundigung werden zunehmen. In dem Buch der tragischen Groteske von der sozialmilitaristischen Revolution beginnt ein neues Kapitel, und es wird so stumpfsinnig sein wie das vorangegangene: Lüge und Gewalt als trauriger Ersatz von Idee und Opfer.

England und das Reparationsproblem

Von Leopold Buchholz.

Die Ereignisse bei und seit der Londoner Konferenz haben in weitesten Kreisen den Eindruck hervorgerufen, als ob die Regierung und das System Lloyd Georges am Ende angelangt seien. Der offenkundig nur sehr beschränkte und zweischneidige Erfolg der sogenannten Sanktionen gegen Deutschland und die Unruhe in der englischen Innenpolitik scheinen die besten Anzeichen dafür, daß die Politik, die mit Lloyd Georges Wahlreden vor den Versailler Friedensverhandlungen begann, bereits jetzt ohnmächtig dasteht. Um namentlich in Deutschland den leichtsinnigen Optimismus zu verhüten, der sich an diese Eindrücke anknüpfen könnte, wird es sich empfehlen, den Gang der Begebenheiten einmal vom inneren Standpunkte Englands und seiner Regierung aus zu zergliedern. Dieselben Kreise und Persönlichkeiten, die bei uns jede außenpolitische Frage nur allzusehr aus inneren Parteigesichtspunkten zu beurteilen geneigt

Digitized by Google

sind, verfallen, wo es sich um das Ausland handelt, umgekehrt zu leicht in den Fehler, nur immer die eine, uns zugewandte Seite des politischen Handelns zu sehen. So wird von der Regierung Lloyd Georges nicht selten gesprochen, als wenn das Problem des Versailler Friedens und seiner Reparationen das einzige oder doch weitaus wichtigste für sie sei und nicht vielmehr die kritische Lage des ganzen britischen Weltreiches nach allen Seiten jenes Problem nur als einen einzelnen Zug in sich enthalte.

Eine solche innerenglische Betrachtung muß von der großen Frage nach der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft ausgehen. So wie England das einzige Land ist, das im Weltkrieg zum ersten Male mit einem Volksheer kämpfte, so ist auch das Verhältnis seiner verschiedenen Klassen und Parteien zu den machtpolitischen Aufgaben der Gegenwart durchaus eigenartig; der Leser der englischen Presse wird vielfach erstaunt sein, daß gerade die rechtsstehenden Blätter, z. B. Northcliffes, als vornehmste Träger des britischen Nationalismus, den England im Kriege erwachsenen Verpflichtungen auf dem Gebiete der Rüstungs- und Eroberungspolitik mit größter Zurückhaltung, ja, etwas wie Abneigung gegenüberstehen. Der Schutz Indiens und Aegyptens gegen die Mittelmächte im Kriege bedingte die heutige starke Aufstellung Englands in Mesopotamien und Syrien. Aber die reaktionären Kriegshetzer gebärden sich großenteils, als ob nur das Ungeschick des Kabinetts England das dornenvolle Problem der Auseinandersetzung mit den Arabern aufgebürdet habe. Das Mitschleppen des unnatürlichen Bundesgenossen Rußland mußte von Beginn der englischen Kriegspolitik dieses Reich einem wachsenden Zerfall aussetzen. Dennoch wird Lloyd George heute von entgegengesetzten Seiten vorgeworfen, daß er nicht entweder den Bolschewismus rund heraus anerkennt oder (und das verlangt ein Teil der konservativen Sparsamkeitsapostel) sich zur Vernichtung des Bolschewismus in unabsehbare Abenteuer stürzt. Die eigentümliche Machtstellung der Vereinigten Staaten, die das Ergebnis ihrer entscheidenden Kriegshilfe ist, konnte nicht umhin, Englands Führung auf den Weltmeeren und besonders im Stillen Ozean schwer zu beeinträchtigen. Und doch tut die öffentliche Meinung Englands überrascht, wenn seine Flotte hinter der Amerikas und Japans zurückzubleiben, das Selbständigkeitsstreben der Reichsteile gefährliche Ausmaße anzunehmen und auch die japanische Bundesgenossenschaft eine immer größere Last zu werden droht.

Alle diese Schwierigkeiten aber häufen sich auf ein Land, dessen Verfassung und Wirtschaft gleichfalls in der schwersten Krise begriffen ist. Die beiden großen Flügel des Unternehmertums, unionistische Schutzzöllner und liberale Freihändler, sind einig nur darin, daß man nicht schnell genug von der innerpolitischen und wirtschaftlichen Haupterrungenschaft des Krieges, dem Staatssozialismus der neuen Ministerien und Aemter, loskommen und

Digitized by Google

vor allem auch im Arbeitsmarkt durch den Abbau der Löhne zu den Produktionskosten der Friedenszeit zurückkehren könne. Soeben hat ihnen die Regierung in der für den Handel und die Produktion des ganzen Landes grundlegenden Frage der Kohlenwirtschaft nachgegeben, die Staatsaufsicht über die Bergwerke aufgehoben und damit vor allem die Verteilung von Preisen, Profiten und Löhnen der fast unmöglichen Vereinbarung zwischen grenzenlos erbitterten Parteien überlassen. Während im Schoße des Kabinetts eine Reihe der dringendsten Reformbedürfnisse, wie z. B. die Arbeitslosenfürsorge, die Neugestaltung des Unterrichtswesens und die Kodifikation des bürgerlichen Rechts in unermüdlicher technischer Bearbeitung sind, verlangt die Mehrheit der konservativen und liberalen Presse übereinstimmend hier wie in der Außenpolitik Sparsamkeit und Beschränkung der Staatsinitiative. Höchstens, daß neben diesen bei der Steuerscheu des Bürgers stets beliebten Schlagworten noch hier und da die einfachsten Rezepte der Begehrlichkeit und des Klasseninteresses auftreten. Die Aufhebung der Kriegsgewinnsteuer ist bekanntlich auch von der liberalen Opposition neuerdings auf ihre Fahne geschrieben worden, und die Auflösung der geplanten Schutzzollgesetzgebung in einen komplizierten Apparat von Lizenzen möchte wie die neue Reparationsbill den ausländischen Wettbewerber nach eigenem Gutdünken bald zulassen, bald ausschließen.

Auf der Höhe dieser außen- und innenpolitischen Kritik steht auch die Haltung der englischen Opposition gegenüber Deutschland. Ohne den hohen Idealismus zu verkennen, der in einer großen Zahl leider zu kleiner und zu wenig untereinander verbundener religiöser und politischer Gruppen lebt, wird es kaum zu bitter sein auszusprechen, daß Deutschland den größten Teil seiner Sympathien in England einer wenig erfindungsreichen Antipathie gegen die Regierung Lloyd Georges verdankt. Wo ist zum Beispiel mit Ausnahme der bezeichneten Einzelgruppen eine erheblichere parteipolitische oder parlamentarische Strömung in England, die es bisher gewagt hätte, sich entschlossen und ausdrücklich von der Kriegsschuldtheorie des Versailler Friedens loszulösen? Dieses heuchlerische Festhalten an der Selbstüberhebung über den geschlagenen Gegner erklärt vielmehr erst den geringen Nachdruck, mit dem sowohl Lloyd Georges langjähriger Rivale, Lord Robert Cecil, wie die Arbeiterpartei die Londoner Sanktionen angreifen konnten. Der englische Ministerpräsident hat in seiner großen Rede zu Birmingham kurz vor der Londoner Konferenz sehr geschickt diese geistige Unselbständigkeit seiner Gegner ausgespielt, indem er bei Uebereinstimmung der Zwecke nicht mit Unrecht fragte, welche anderen Mittel als er selber denn seine Gegner in der gegenwärtigen Lage anzuwenden wüßten. Cecils Vertrauen auf seine Schöpfung, den von England gefährdeten Völkerbund, den er zum Schiedsrichter in der Reparations-

Digitized by Google

frage machen will, scheint durch die Behandlung der deutschen Berufung bei dieser Organisation nicht gerade gerechtfertigt werden zu wollen.

Wie, wenn die Halbheit der englischen Opposition im Verhältnis zu Deutschland ein Zeichen nicht bloß ihrer Schwäche, sondern des inneren Widerspruches wäre, in dem die Folgerungen der liberalen Friedenspolitik im Innern und nach außen zueinander geraten? Das Reparationsproblem besteht für nüchterne Augen heute bereits in der Hin- und Herschiebung der Kriegskosten nach der Richtung des Maximums, d. h. des vom Kriege am schwersten heimgesuchten Frankreich, und es ist eine irrtümliche, wenn auch verbreitete Ansicht, daß bei dieser Hin- und Herschiebung allein das französische Volk die Rolle des Vogel Strauß spielt, der die wirkliche Lage und die daraus erwachsenden Anforderungen an sich selbst nicht sehen will. Gerade auch in England steht vielmehr die Kriegslastenfrage mit der Frage des Friedenshaushaltes in einem zwar wenig beachteten, aber desto engeren Zusammenhang. Die Dringlichkeit, mit der die englische Regierung den Keynesschen Gedanken eines gegenseitigen Schuldverzichtes der Alliierten und Assoziierten bei den Vereinigten Staaten betreibt, läßt darauf schließen, mit welcher Sorge die Abwicklung ihrer Kriegsverbindlichkeiten sie erfüllt. Schon verlautet gerüchtweise, daß Englands Eifer auf der Londoner Konferenz hauptsächlich den großen geheimen Krediten entsprang, die Lloyd George sich gezwungen gesehen habe, dem auf die Reparation wartenden Frankreich nach und nach einzuräumen. Aber auch wenn man nicht soweit gehen will, das zu glauben, würden die öffentlichen Schulden Frankreichs bei England genügen, um deren Vereinigung auch für den Gläubiger zu einem peinlichen Thema zu machen. Edelmütige Handlungen, wie Schuldverzichte, werden jedenfalls für England solange außer Frage stehen, als um die Deckung seiner eigenen kriegerischen und friedlichen Bedürfnisse der vorher bezeichnete erbitterte Kampf zwischen Regierung und Parteien tobt. Gerade die Liberalen und Arbeiter, deren politische Moral ihnen gebietet, neben der Rücksicht auf Deutschland stets auch die auf das zerstörte Frankreich zu predigen, werden kaum bereit sein, zugunsten Deutschlands oder Frankreichs auf irgendeine ihrer eigenen politischen Forderungen zu verzichten. Ob die freihändlerische Parole, wenn sie im nachkriegerischen Europa überhaupt durchführbar wäre, die gewaltige englische Arbeitslosigkeit in der wiederbelebten Exportindustrie zum Verschwinden bringen könnte, darf nach allen Erfahrungen über die wirtschaftlichen Umstellungen des Krieges mindestens bezweifelt werden.

Neben der deutschen Konferenz in London standen die türkische und die österreichische. Beide waren mit der Reparationsfrage inniger verknüpft, als die deutsche Presse im allgemeinen erkennen ließ. In Oesterreich hat sich durch die Verzögerung der deutsch-französischen Abrechnung not-

Digitized by Google

wendigerweise, ganz gleich ob mit oder ohne Willen Englands, der augenblickliche scharfe Gegensatz zwischen den beiden Möglichkeiten des Anschlusses und der Ententehilfe herausgebildet. Die türkische Frage stellt seit der Rückkehr König Konstantins und der Bedrohung der englischen Interessen in Vorderasien eine unmittelbare Brücke zwischen den mitteleuropäischen Problemen und dem Problem Rußlands und des Bolschewismus dar: völlige Nachgiebigkeit gegenüber der französischen Begünstigung der Türken würde sich mit der Gefahr der verbündeten bolschewistischen und islamischen Revolution im englischen Weltreich schwer vertragen. Es ist wahrscheinlich, daß aus diesem Grunde Lloyd George gerade den Zeitpunkt der Londoner Konferenzen zum Abschluß des Handelsabkommens mit Rußland wählte, das freilich, wie die europäische Presse mit Recht hervorhebt, beiden Teilen ein großes Maß von Bewegungsfreiheit beläßt, aber damit doch gerade, wie man hervorzuheben unterläßt, den Vertragswillen des einen an den des anderen kettet. Es gehört wirklich kein besonderes Maß von Hinterhältigkeit dazu, um in einem solchen System von Gewichten und Gegengewichten England in der Reparationsfrage für den Augenblick unauflöslich an das Optimum französischer Mäßigung, das Kabinett Briand, zu binden. Sowenig wie die Frage von Smyrna im Osten und die österreichische Anschlußfrage im Herzen Europas dürfte man die Reparation zum Vorwande kriegerischer Entfaltung des französischen Chauvinismus werden lassen.

Aber warum, so fragt wohl namentlich der Deutsche, der mit den Beteuerungen der englischen Opposition zu rechnen liebt, war denn überhaupt eine so leise Politik der Vermittlungen geboten? Warum machte Lloyd George keinen Versuch, Englands ganze Macht für das bessere Ergebnis eines europäischen Ausgleichs in die Wagschale zu werfen? Die bisherigen Ausführungen enthalten die Antwort bereits im Kerne. Der europäische Ausgleich ist ein Ziel der Zukunft, der gegenwärtige Wirtschaftszustand dagegen wie eine zu kleine Decke, die jeder dem anderen fortzuziehen versucht, und zwar nicht bloß ein Staat dem anderen, sondern auch eine Klasse oder Partei der andern. Das Land, dessen Ueberfluß die vorher erwähnte Kriegsschuldenlast Europas allmählich aufrollen könnte, die Vereinigten Staaten, steht politisch mit den gekreuzten Armen des rücksichtslosen Egoisten da. Es ist vielfach behauptet worden, daß eben die Berichte des englischen Botschafters in Washington, Sir Auckland Geddes, über diese Haltung Amerikas Lloyd George vor der Londoner Konferenz in dem Festhalten an Frankreich bestärkt haben, um wenigstens durch die Festigkeit des alliierten Blocks der überseeischen Weltmacht Achtung und Geschäftsinteresse abzugewinnen. Aber auch dieser wichtige Punkt ist nur eine Einzelheit in einer politischen Gesamtlage, die England zu äußerster Vorsicht mahnt. Seltsam, daß gerade die Leute, die Englands heldenhafte

Digitized by Google

Lossagung von dem französischen Bündnis erwarten, am meisten davon überzeugt zu sein pflegen, daß bereits heute der Anfang vom Ende seiner Weltstellung gekommen sei. Es sieht dann manchmal so aus, als wollten solche Idealisten dem sinkenden britischen Weltreich anstatt der französischen eine deutsche Stütze anbieten. Von derartigen Gedankengängen ist schwer ernsthaft zu reden. Wir müssen uns langsam daran gewöhnen, zwischen einer krankhaften Unterschätzung unserer gegenwärtigen Weltbedeutung und einer (gewöhnlich im selben Atem geübten) Selbstüberschätzung im Sinne unserer früheren Weltgeltung die rechte Mitte zu halten. Zu dieser Selbstüberschätzung gehört auch die Vorliebe für die Uebertreibung von Nachteilen und Niederlagen des Gegners. Freuen wir uns ruhig, daß die Anwendung des Versailler Friedensvertrages in voller Breite auf unüberwindliche Schwierigkeiten im Bau des europäischen Wirtschaftslebens stößt. Aber erkennen wir auch unsere eigene Verflechtung in die Gemeinschaft dieses Lebens, und hüten wir uns, aus dem noch unbewiesenen Zusammenbruch der gegnerischen Politik die Hoffnung auf schnelle Besserung für uns selbst zu schöpfen. Der oft vergessene und doch so untrennbare Zusammenhang politischer und sozialer Probleme lehrt immer wieder, daß das Heil nicht in der blinden Verfolgung einzelner Interessen und dem Vertrauen auf ihren natürlichen Ausgleich liegt, sondern allein in einer Politik, die äußere und innere, politische und soziale Antriebe zugleich sieht und beherrscht.

Zu den Feststellungen des „Schuldausschusses“ im Reichstag.[1]

Von Dr. Eugen Fischer.

Während der Zeit der Nationalversammlung ist von den vier Unterausschüssen des Untersuchungsausschusses nur der zweite in grelle öffentliche Beleuchtung getreten. Dem Ausschuß war und ist aufgegeben, zu prüfen, ob Deutschland vor dem militärischen Zusammenbruch Möglichkeiten hatte, Frieden zu schließen. Er begann mit der Prüfung der Wilsonaktion und gelangte zu dem bekanntgewordenen Urteil.

Die anderen Ausschüsse waren nicht so glücklich — oder unglücklich —, ihre Arbeit in selbständige kleine Teile zerlegen zu können. Der erste von ihnen ist beauftragt, die Vorgänge, die zum Weltkrieg geführt haben, aufzuklären. Wenn ihm der volkstümliche Name „Schuldausschuß“ bleibt, so muß bemerkt werden, daß in diesem Namen eine kleine Abweichung von der ursprünglichen Zwecksetzung liegt. Feststellen, was geschichtlich gewesen

1) Wir haben den Sekretär des 1. Unterausschusses im Untersuchungsausschuß des Reichstags, Dr. Eugen Fischer, um eine kurze Erläuterung der Arbeit des genannten Ausschusses gebeten.

Digitized by Google

ist, und feststellen, wer „schuld“ ist, sind verschiedene Dinge. Das erste ist, wenn ich so sagen darf, eine naturwissenschaftliche Aufgabe. Sie wird gelöst durch Aufsuchen von Kräften, die gewirkt haben. Gleichmütig, mit dem Blick auf ein ewiges Ziel, stellt der echte Historiker fest, daß da und dort aus Wirkung und Gegenwirkung der Kräfte das entstanden ist, was man Unglück und Verbrechen nennt. Wer schuldig ist, sachliche oder sittliche Buße zu leisten, mögen die Rechts- und Tugendlehrer nach ihren Gesetzen entscheiden.

Zur Zeit der Nationalversammlung glaubte der Ausschuß seine Forschungen auf die Zeit, die zwischen dem Mord von Sarajewo und der Kriegserklärungen liegt, beschränken zu müssen. Dabei fehlte ihm die Einsicht in die von wohlmeinenden Beurteilern ihm immer wieder mitgeteilte Tatsache, daß die Weltgeschichte schon vor dem Mord von Sarajewo begonnen habe, nicht. Der Ausschuß fragte aber, welche Quellen für eine Erforschung der vor dem Attentat liegenden Zeit flössen und nebenbei, ob denn die Weltgeschichte nicht sehr erheblich vor dem Mord von Sarajewo eingesetzt habe. Für die Zeit nach dem Attentat gaben die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, die österreichischen Aktenstücke und die, allerdings unvollständigen und unzuverlässigen, Farbbücher der Ententestaaten Aufschluß. Nicht einmal, daß der Ausschuß zur Prüfung dieser Akten sich Zeit nahm ertrug die öffentliche Ungeduld. Gegen Ende der Tagung der Nationalversammlung erschien ein Weißbuch des Ausschusses, in dem wichtige Aeußerungen deutscher Staatsmänner enthalten sind (Verlag Reimar Hobbing). Oeffentliche Vernehmungen sollten sich anschließen. Der Schluß der Nationalversammlung hinderte die Ausführung.

Als der Reichstag den Ausschuß wieder eingesetzt hatte, entschloß sich dieser zu dem Wagnis, auch die Zeit vor dem Attentat in den Bereich seiner Erhebungen zu ziehen. Wie früh die Weltgeschichte anfängt, merken wir allerdings in jeder Sitzung. Die schwierige historisch-politische Taktfrage, ob ein Ereignis der früheren Zeit mit der Krise von 1914 in greifbarem Zusammenhang stehe oder nicht, tritt jeden Augenblick hervor. Das Wagnis war erleichtert, ja allein möglich dadurch, daß der Riesenbestand an Akten, mit denen das deutsche Auswärtige Amt an der Vorgeschichte sich beteiligt hat, gesichtet ist, und daß andere Aktenmassen im Auftrage des Ausschusses inzwischen durchgesehen werden konnten.

Daß der Ausschuß nun nach einem hoffentlich unanfechtbaren, jedenfalls aber geprüften und genehmigten Plan arbeitet, dürfen auch diejenigen glauben, die es für unwahrscheinlich halten. Die ersten Sätze der beiden Feststellungen, die vom Ausschuß bis jetzt hinausgingen, lassen auf Planmäßigkeit schließen. „Der Ausschuß geht von der Auffassung aus, daß die politischen Handlungen, die den Ausbruch des Weltkrieges herbeizuführen oder zu verhindern geeignet waren, davon beeinflußt wurden,

Digitized by Google

ie ihre Urheber die militärischen Kräfte der einzelnen Staaten beurteilten." ch frage, ob dieser Satz richtig oder falsch ist. Man hat dem Ausschuß orgeworfen, er treibe „Kriegsklaubereien" und er handle tendenziös. ören wir, wovon die Entente ausgeht: Der Bericht der Ententekommission ur Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Weltkrieges (abedruckt im Weißbuch: „Deutschland schuldig?" 1919) beginnt mit den Worten: „Schon viele Monate vor der im Jahre 1914 zum Ausbruch gekommenen Krise hatte der deutsche Kaiser aufgehört, als Schutzherr des Friedens aufzutreten, und voll Vertrauen auf das erdrückende Uebergewicht seiner Armee ließ er seiner feindseligen Gesinnung gegen Frankreich freien Lauf." Liegt diesen Worten nicht dieselbe Vorstellung zugrunde, wie den ersten Sätzen der Feststellung des Untersuchungsausschusses, nämlich die Selbstverständlichkeit, daß ein Athleth eher auf den Gedanken kommt, seinen Mitmenschen niederzuschlagen, als ein schwaches Mädchen? Immer hat die gegen den deutschen Militarismus gerichtete Propaganda behauptet, die Deutschen hätten die stärkste Rüstung gehabt, immer hat sie der deutschen Regierung aus dem Wettrüsten den schwersten Vorwurf gemacht. Die Annahme ist psychologisch begründet und durch die Geschichte bewährt, daß in der politischen Berechnung der Staaten die militärische Macht einen wichtigen, wenn nicht den Hauptposten einnimmt. Wäre der Ausschuß dazu gelangt, eine Ueberlegenheit der deutschen militärischen Macht festzustellen, hätte sich bestätigt, daß die Deutschen im Wettrüsten ein Tempo vorlegten, aus dem die anderen auf einen Ueberfall schließen mußten, dann wäre die Arbeit des Ausschusses jenen, die sie heute tendenziös oder als Klauberei empfinden, vielleicht grundlegend erschienen. Nun ist zutage gekommen, daß Deutschland und Oesterreich zusammen mit 135 Divisionen gegen 215 russisch-französische ins Feld zogen, ungerechnet die Belgier und Engländer. Die französischen Truppen erster und zweiter Linie waren allein ebenso stark wie die deutschen, die französische Mobilmachung ebenso schnell, die russische nicht viel langsamer als die deutsche. Ueberlegenheit der Führung, der Mannschaften und der Bewaffnung mögen teils wirklich gewesen, teils vom Generalstab vorausgesetzt worden sein. Sie konnten die zahlenmäßige Ueberlegenheit der Gegner im günstigsten Falle ausgleichen. Die Verstärkung des französischen stehenden Heeres durch das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit ging der deutschen Mannschaftsvermehrung von 1913 voran. Das alles läßt sich schwer mit der Anklage vereinigen, die Deutschen hätten angefangen, nachdem sie ihre Rüstungen zu einem Höchstmaß gesteigert hatten, ihren Weltüberfallplan ins Werk zu setzen. Ein französischer General hat der deutschen militärischen Leitung den Vorwurf gemacht, sie habe ihre Pflicht gegen ihr Land nicht erfüllt, weil sie die ihr zur Verfügung stehenden Menschen nicht sämtlich zum Heeresdienst eingezogen habe. Aber ich komme darauf zurück, daß der Ausschuß weder Schuld- noch Entlastungsbeweise

Digitized by Google

beizubringen berufen ist. Er hat in methodischem Vorgehen die militärischen Kräfte als das aller politischen Berechnung zugrunde Liegende an den Anfang gestellt, hat darüber aus den Akten erheben lassen, was wahr ist. Sonst hatte er nichts zu tun.

Die militärischen Rüstungen realisierten sich in den Mobilmachungen. Umfang und Zeitpunkt jeder Mobilmachung mußte darum im Zusammenhang mit den Rüstungen klargestellt werden. Diese Klarstellung war besonders dringend, weil über nichts mehr unrichtige Meinungen verbreitet sind und geflissentlich verbreitet wurden als über die Mobilisierungen. Man darf fragen, ob vor Feststellungen des Ausschusses mehr als einige hundert Menschen in ganz Europa zuverlässig gewußt haben, in welchem Umfange und wann von den einzelnen Staaten mobilisiert wurde. Den Anfang machte Serbien. Hier wurde an dem Tage mobilisiert, an dem die Regierung die Antwort auf das österreichische Ultimatum übergab. Einige Stunden später, als die Nichtannahme in Wien bekannt war, mobilisierte Kaiser Franz Josef den Teil seines Heeres, den sein Generalstab zum Krieg gegen Serbien nötig zu haben glaubte. Dieser Mobilisierung folgte am 28. Juli die Kriegserklärung, freilich eine Kriegserklärung, der, wie von Wien in Berlin amtlich mitgeteilt und auch den Ententeregierungen bekannt wurde, erst etwa am 12. August wirklich Operationen folgen konnten. Die deutsche Regierung hoffte, daß diese 12 Tage zur Vermittlungsaktion ausreichen würden. Die russische Regierung hatte aber von Anfang an gedroht, sie würde eine Kriegserklärung an Serbien mit der ihrigen an Oesterreich beantworten. Und sie hielt Wort. Am 29. erschien ein Zarenukas, wonach die an Oesterreich grenzenden Militärbezirke zu mobilisieren seien. Dadurch kam eine Armee auf die Beine, die so stark war, wie die gesamte österreichische, von der bis jetzt erst die Hälfte, und zwar gegen Serbien, mobilisiert war. Trotz dieser Bedrohung taten die Oesterreicher nichts. Die Gründe stehen hier nicht zur Erörterung. Die Russen aber erweiterten ihre Teilmobilmachung zur Gesamtmobilmachung, marschierten also auch an der deutschen Grenze auf. Die Gesamtmobilmachung wurde am 30. abends öffentlich ausgesprochen. Zu dem Entschluß, sich gegen die russische Teilmobilmachung zu wehren, brauchten die Oesterreicher bis zum 31. Die Deutschen mußten gegen die an ihrer Grenze aufmarschierenden Truppen mobilisieren. Das geschah am 1. August, an demselben Tage und zu derselben Stunde, zu der die französische Mobilmachung erfolgte.

Dies ist der Sachverhalt. Er besagt, daß die Russen allein für ihre serbischen Interessen den europäischen Krieg anfingen, indem sie die Gesamtmobilmachung, von der jedermann wußte, daß sie der Krieg sei, durchführten, noch ehe die Oesterreicher mehr getan hatten, als daß sie „anläßlich eines Balkanzwischenfalles einige Armeekorps mobilisierten". Die hier angeführte Bemerkung findet sich in den Verhandlungen, die zwischen der französischen

Digitized by Google

und russischen Regierung im Jahre 1892 geführt wurden. Die Franzosen äußerten damals große Besorgnis, es könnte so etwas geschehen und Frankreich und Rußland dadurch die Rolle des Angreifers „mit allen ihren Unzuträglichkeiten" spielen. Daß sie diese Rolle gespielt haben, ist nun erwiesen. Daß die amtliche russische Mitteilung, die russische Gesamtmobilmachung sei der österreichischen Gesamtmobilmachung nachgefolgt, falsch ist, ist nun erwiesen.

Diese Feststellungen sollen die Grundlage sein, auf der der Ausschuß ohne Rücksicht darauf, ob die eine oder andere Partei von einer Teilfeststellung den größeren Nutzen hat, seine Arbeit „zur Aufklärung der Vorgänge, die zum Weltkrieg geführt haben", fortsetzt.

Die Auslanddeutschen und die Heimat

Brief aus Argentinien.

Von Cissy von Scheele-Willich.

Söhne einer großen Familie, denen Vaterhaus und Heimat zu eng wird, gehen hinaus in die Fremde, um sich dort ihr Leben aufzubauen. Und wo die Aelteren festen Fuß fassen, da folgen später die Jüngeren nach. Und wenn sie zum ersten Male wieder vereint sind, so gilt die erste Frage derer, die seit langen Jahren in der Fremde sind, der Heimat, dem Elternhaus. Die jüngeren Brüder müssen erzählen, wie es dort aussieht, was alles sich ereignet, ob noch alles beim alten. Sie haben ein Bild der Mutter mitgebracht, das macht die Runde in dem Kreise. Und die älteren Brüder fahren erschrocken auf: Ist das unsere Mutter? was hat ihr Haar gebleicht? was macht ihr Auge so hart und so fremd? was grub die tiefen Falten in ihr liebes Gesicht, daß es entstellt und fremd uns ansieht? Und die Jungen sagen: Das hat die Not, das hat die Krankheit und die Sorge getan! Und die älteren Brüder ruhen nicht, bis sie alles wissen und verstehen — und ihre Liebe zu der fernen Mutter wird neu und stark. Haben sie ihre Mutter wahrhaft geliebt, so wird keiner unter ihnen sein, der sagt: Als ich mein Elternhaus verließ, da war die Mutter jung und schön und blühend. Nun ist sie häßlich und fremd geworden! Was schert mich dieses fremde Gesicht? — — —

Dieser Vergleich läßt mich nicht los, als ich vor wenigen Monaten in Argentinien ankam und er spricht von dem, was viele von uns Neuankommenden erfahren sollen. Wir, die wir vor kurzem unsere deutsche Heimat verließen, um uns, wie andere Deutsche vor uns, hier eine Existenz zu suchen, wir tragen ein Bild unserer Mutter Heimat im Herzen, so wie sie heute aussieht, nach allem schweren, tiefeinschneidenden Geschehen der

Digitized by Google

letzten Jahre: müde, häßlich, mit tiefen Leidenszügen! Und was wir erfahren müssen, ist dies: es leben deutsche Brüder hier draußen, die um das Bild unserer Mutter Heimat bitten, es voll Liebe betrachten, die forschen und suchen, was ihr die fremden, harten, neuen Züge eingrub. Aber groß scheint auch die Zahl unserer Landsleute, die das Bild der Heimat verächtlich zurückstoßen mit den Worten: Das ist meine Heimat nicht! Als ich sie verließ, war sie blühend und stark; nun ist sie fremd und matt und häßlich geworden — was schert sie mich heute? — Und weiter! auf uns, die wir daheim waren, als Unglück und Krankheit und Zerfall begann, häufen sie Vorwürfe: Wo wart Ihr, um es zu verhindern, daß es so weit mit der Heimat gekommen? Wart Ihr am Ende unter denen, die ihr Leid zufügten, die sie ins Unglück stürzten? — Man betrachtet uns mit Mißtrauen, sobald wir nicht mit einstimmen, voll Abscheu von unserm heutigen Vaterlande zu sprechen, sobald ein warmes Wort für die fällt, die heute im öffentlichen Leben stehen. Und gehört man nun gar zu denen, die bis vor kurzem noch im Staatsdienst oder im neuen Heere gestanden haben, oder erklärt man sich offen einverstanden mit der neuen Staatsform, so wird man offen oder versteckt zum „Bolschewisten" gestempelt.

Ich bin gewiß nicht die Erste und Einzige, die diese Gesinnung deutscher Landsleute in Argentinien empfindet. Briefe und Aussprüche lieber Reisegefährten bestätigen meine Eindrücke. Ja, es gab schon in Deutschland wohlunterrichtete Freunde, die zur Vorsicht im Bekenntnis unserer Ansichten über die Verhältnisse im Vaterlande warnten. Ein offenes Wort darüber habe ich noch nicht gehört oder gelesen. Doch — warum nicht einmal darüber reden? warum nicht einmal die Frage aufwerfen: wo liegt der Grund für diese innere Entfremdung zwischen manchem hiesigen Deutschen und seiner Heimat?

Viel hat mich in den ersten Monaten meines Hierseins diese Frage beschäftigt, und allmählich ist das Verstehen gekommen. Es fehlt eine Brücke zwischen einst und jetzt, und das ist die Zeit, in der die Verbindung der Heimat mit Argentinien wie fast mit den ganzen Welt abgeschnitten war. Solange die Funkentürme Deutschlands Siegesnachrichten in die Welt hinausriefen, so lange war es nicht schwer, an dem Erleben Deutschlands auch aus der Ferne innerlich teilzunehmen. Aber, was dann folgte: der Niedergang, die große Not, davon hörte die Außenwelt erst, als das Unglück bereits über uns hereingebrochen war. Und wär' es auch früher hinausgedrungen, hätten es den Landsleuten Bücher, Zeitungen und Briefe alle Tage neu vor Augen geführt, was zu Hause geschah — es ist ein Unterschied, ob man aus der Ferne mitlebt oder ob man mitten darin steht, wo Leid und Weh einem an die Gurgel [illegible]t und der Sturm einen selbst durchschüttelt und einen umzuwerfen

Digitized by Google

droht. Man muß daheim gelebt haben während des Krieges, um zu verstehen, was heute ist!

Gewiß, man hat hier draußen unsere großen Leistungen des Krieges auch heute nicht vergessen, besonders, soweit sie die Kämpfe auf dem Kriegsschauplatz betreffen. Man hat auch ein offenes Ohr für die höchste Not der Heimat, den Hunger, der doch den Keim bildet zu allen furchtbaren Krankheitserscheinungen des Körpers und der Seele unseres Volkes. Man sucht ihm durch die großzügigste Hilfsaktion, an der alle Kreise teilnehmen, zu steuern, und diese wundervolle Hilfsbereitschaft will sich mit dem Obengesagten gar nicht zusammenreimen.

Was soll aber die Hilfe mit Geld und mit Nahrung, wenn Hunderte hier ihre Heimat und ihre leitenden Männer verdammen und ein Gespräch über das heutige Vaterland mit den Worten abschneiden: Mit der Schweinebande zu Hause will ich nichts mehr zu tun haben! Wo bleibt dann die Hilfe und Stütze der Auslanddeutschen andern Nationalitäten gegenüber, auf die man zu Hause so große Hoffnungen setzt?

Menschen daheim, die an die Zukunft unseres Vaterlandes glaubten, gaben uns den Wunsch und die Mahnung mit auf den Weg, für das Wohl unseres Vaterlandes zu arbeiten, und unser Teil dazu beizutragen, daß das Ansehen Deutschlands in der Welt wieder hergestellt werde. Wir haben es gelobt, wir wollen es tun. Und der Anfang dazu ist für mein Empfinden, zunächst das Ansehen der Heimat bei unsern deutschen Landsleuten wieder herzustellen! Dazu kann jeder an seinem Teile beitragen, wenn wir von dem sprechen, was wir durchlebten, nicht nur vom Hunger und den Entbehrungen des Körpers, sondern freimütig auch von dem, was den Zündstoff für die gewaltsamen Entladungen zusammentrug, was uns daheim in manchen Punkten anders denken lehrte als vor dem Kriege. Es braucht deshalb absolut nicht in Schimpfreden über die alte Zeit auszuarten. Mancher von uns „Neuen" hier wird auch nicht zufrieden sein mit allen vorrevolutionären, revolutionären und nachrevolutionären Ereignissen und wird doch den Gang der Dinge anders verstehen als ein Auslanddeutscher, der lange aus der Heimat fort ist. Die inneren Fäden zu der Wandlung von Menschen und Verhältnissen können nicht klarer gezeigt werden, als durch Erzählungen aus dem eigensten Erleben. Viel mehr als die nicht enden wollenden „Vorträge mit Lichtbildern über Kriegserlebnisse", für die die hiesigen Deutschen wenig Neigung mehr verspüren, weil sie deren zu viel genossen haben, werden Gespräche in kleinem Kreise ihre Wirkung tun. Es klingt so selbstverständlich und doch ist es nötig, daran zu mahnen. Ist es doch viel bequemer, in das allgemeine Schimpfen über „die heutigen Zustände" mit einzustimmen, und gehört doch manchmal ein gut Teil Mut dazu, zu widersprechen, wenn man weiß.

Digitized by Google

daß man sich vielleicht manche Sympathie verschmerzt und vielleicht vor jemandem, an dessen Gunst einem gelegen ist, innerlich boykottiert wird.

Doch müssen die Deutschen, die jetzt ihre Heimat verlassen, ohne innerlich mit ihr zerfallen zu sein, und die in das Ausland kommen, in dieser Weise ihre erste Pflicht gegen das Vaterland erfüllen!

Brief an die „Deutsche Politik".

Reichstagsrede des Vertreters eines Ausland-Wahlkreises.

Von Georg Flemming.

Meine Herren!

Seitdem wir im November 1918 törichterweise und im Vertrauen auf die anständige Gesinnung unserer Feinde, vor allen auf die vierzehn Punkte Wilsons, die Waffen niederlegten, hat unser ganzes Volk und im besondern die Einwohnerschaft der uns gegen jedes Recht entrissenen Gebiete zur Genüge kennengelernt, mit welcher Leichtfertigkeit sich unsere Gegner über ihr gegebenes Wort hinwegsetzen, wenn sie nur unser Volkstum für lange Zeit oder für immer schädigen zu können glauben. Zugleich aber mehren sich die Stimmen aus der neutralen Welt, und selbst aus den Reihen unserer Widersacher kommen solche, die Berichtigung der uns zugemuteten Ungeheuerlichkeiten verlangen.

Das Material, das uns in bezug auf den Ausbruch des Weltkrieges entlastet und unsere Feinde belastet, liefern uns diese selber in ihrer Presse und sonstigen Enthüllungen. Aber noch ist nur ein kleiner Teil der Welt aufgeklärt wie die Dinge wirklich liegen, und ziemlich unbekannt scheint zu sein, daß der Krieg gegen uns Deutsche seitens der Entente weiter geführt wird, wenn auch mit anderen Mitteln und unter dem Deckmantel: „Friedensvertrag von Versailles". Desgleichen sind die unsagbaren Brutalitäten, die französische Niggertruppen unter stillschweigender Duldung der Bundesgenossen von der Entente gegen deutsche Frauen in dem besetzten Gebiet ausüben, nur zum kleinsten Teil bekannt, und ebenso die Morde, die in jenem Gebiet an Deutschen verbrochen worden sind.

Vertrauend auf ein gegebenes Wort legten wir die Waffen nieder, aber unsere Selbstentwaffnung entfesselte bei den Feinden die wildesten Triebe, Haß, Rache und Vernichtungswillen. Unsere eigene Haltung mußte seitdem bei den Feinden den Wunsch erneuern, uns tiefer und tiefer zu stoßen. Selbst bei wohlwollenden Neutralen hat man den Eindruck, daß wir selbst an unserem Schicksal Schuld sind, und die Verachtung beginnt sich im Auslande gegen uns zu regen, daß gerade wir Deutsche dies alles so würdelos ertragen und daß in unserer Presse schmachvolle Fußfälle vor unseren Peinigern getan werden. Wenn in uns noch Ehrgefühl und Selbstachtung ist, so müssen wir zu einer moralischen Offensive gegen unsere Feinde vorbrechen!

Dies allein kann unsere Lage nach außen und innen bessern. Wir werden wirklichen Weltfrieden am meisten fördern, wenn wir rücksichtslos die Wahrheit verbreiten. Der Reichstag, die Regierung, die Presse müssen es nicht einmal

Digitized by Google

ein tausendmal sagen, was die Machenschaften unserer Feinde gewesen sind, und daß jene, nicht wir den Weltkrieg gewollt haben.

Bismarcks Wort von den Deutschen, die nur Gott fürchten, muß richtig verstanden wieder unser Leitstern werden, denn was haben wir von unseren Feinden zu fürchten? Mehr als den Leib töten können sie nicht; nie und nimmer den deutschen Geist. Stehen wir alle zusammen, daß dieser deutsche Geist wieder auferweckt wird! Die Welt wird sich entsetzen, wenn sie eines Tages erfährt, was die Schuld der Feinde Deutschlands ist; zugleich der Feinde der wahren Kultur und des Friedens. Sie wird sich entsetzen, wenn sie erfährt, was diese Feinde wirklich mit Deutschland vorhaben. Dann wird unser Ruf nach Gerechtigkeit von einem Ende der Welt bis zum andern widerhallen. Erst wenn wir um die Gerechtigkeit kämpfen, wird sie uns werden. Kein Gedanke an bewaffnete Erhebung gegen unsere jetzigen Unterdrücker, selbst wenn wir die materiellen Mittel hätten oder uns verschaffen könnten! Unsere moralischen Mittel sind stark genug, um uns durchzuringen, sobald wir sie nur erkennen und anwenden, und mit ihr erkämpfen wir für die ganze Welt das höchste aller Güter: einen wirklichen dauernden Frieden.

Wir können und wir sollen uns jetzt zum Vorkämpfer für Recht und Gerechtigkeit auf dem ganzen Erdball machen, und wir können die Beschützer aller Verfolgten und Unterdrückten werden, aber wir müssen mit den scharfen moralischen Waffen kämpfen, die uns zu Gebote stehen — auch dann nur mit moralischen Waffen, wenn unsere Lage sich wieder geändert hat und wenn wir nach außen von neuem Achtung gebieten.

Die Mitwelt muß erfahren, welche Kulturgüter sie Deutschland verdankt. Wir haben viel gegeben, aber unsere Aufgabe ist noch nicht erfüllt. Es ist noch eine Aufgabe für uns, die zielbewußte Zusammenarbeit aller Arbeitskräfte zu schaffen: keine Arbeitgeber mehr und keine Arbeitnehmer; zunächst bei uns, später auch bei den anderen. Es muß wieder eine Universalbildung geben, nicht mehr nur ein Spezialwissen gelehrt werden, und vor allen Dingen muß das deutsche Volk mehr geographische Bildung bekommen. Nur wenn es richtig erdkundig denken lernt, wird es den richtigen Maßstab für die Völker, ihre Bedürfnisse und ihre geistige Art finden.

Es mehren sich die Zeichen der Neuerstarkung unserer Industrie. Vergessen wir aber nicht, daß darin eine Gefahrenquelle enthalten ist. Schon einmal hat man uns um deswillen überfallen und hat uns vernichten wollen, und dieser Vernichtungswille lebt noch bei unseren Feinden. Er sucht sich andere Bahnen und könnte wieder zu einer Katastrophe für uns führen, wenn wir auch in Zukunft das Materielle über das Geistige stellen und es an einer großen national-idealen Weltanschauung, die erobernde Kraft besitzt, fehlen lassen.

Wahren wir unsere nationale Würde! Wirken wir alle darauf hin, daß alle Volksgenossen deutsch denken lernen, und daß sie dies auch äußerlich den anderen Völkern gegenüber in der Presse, im mündlichen und schriftlichen Verkehr, aber auch in der Ausstattung von solchen Dingen, wie Briefköpfe, Kataloge und Industrieerzeugnisse ausdrücken. Unsere auswärtige Politik muß das Vorrecht über die innere bekommen, nicht umgekehrt, wie es leider bisher

Digitized by Google

geschah. An die Spitze des Volkes gehören die fähigsten Männer, und nur wenn das geschieht, wird die Enttäuschung und Nichtachtung im Auslande Deutschland gegenüber schwinden, und die Verachtung, die schon aufkeimt, wird sich in ihr Gegenteil wandeln.

Alle Maßnahmen einer solchen deutschen Außenpolitik, die im Auslande Eindruck machen und Deutschland im Auslande wieder in die Höhe bringen soll, lassen sich für die nächste Zeit zusammenfassen in das eine Wort: Moralische Offensive! Tagtäglich noch streuen unsere Feinde in der ganzen Welt Verleumdungen gegen Deutschland aus. Nur wenn wir sie moralisch anfassen, werden wir den Grund zu unserem Wiederaufstieg legen: uns zur Freude, niemandem zum Leide, der ganzen Menschheit zum Nutzen. Lassen wir jede Parteilichkeit aus dem Spiel! Seien wir nur noch Deutsche! Kehren wir zur Einfachheit der Sitten zurück! Scheiden wir alles Ueberflüssige aus unserer Lebensführung aus! Unsere Weltaufgabe ist jetzt nicht, wieder wohlhabend zu werden, oder zu leben, als ob wir noch wohlhabend wären, sondern der Menschheit die geistige Befreiung von den Welt-Kriegslügen und von dem auf Lüge, Furcht und Gier gegründeten Welthaß, und damit den wirklichen dauernden Frieden zu bringen. Meine Herren, helfen Sie dazu! Dann können wir und alle Völker in dem Gruß des heutigen Tages einstimmen: Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Bahia de Caraquez, Ecuador, den 25. Dezember 1920.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt
Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend
Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M
Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Ein unschätzbarer Wegweiser für jeden Kaufmann und Gewerbetreibenden

PAUL LECHNER

Geschäftserfolg u. Lebenserfolg

7., neubearbeitete Auflage

Kart. M 11.– 25.–30. Tausend Geb. M 15.–

„Das goldene Buch für Kaufleute. Aus allem spricht eine reiche, reife Erfahrung, ein vortrefflicher Wille, an dem, was man selbst erprobt hat, andere teilnehmen zu lassen, und jener goldene Humor, der auch lehrhafte Partien würzt, endlich die Strenge einer sittlich-religiösen Weltauffassung — um so wirksamer, weil sie sich nicht aufdrängt." (Oberstudienrat Dr. E.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart und Berlin

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft Stuttgart

Im 14. Jahrgang hat zu erscheinen begonnen:

Ausland und Heimat

M. Wochenschrift für Auslandkunde, Auswanderung, Auslanddeutschtum und Kolonialwesen (früher „Kolonie und Heimat").

Vierteljährlich M 12.– Das Einzelheft M 1.–

Ausland und Heimat unterrichtet über alle Vorgänge im Ausland und in der Übersee, soweit sie deutsche Interessen berühren und mit dem Wiederaufbau des Deutschtums zusammenhängen.

Ausland und Heimat will bei den unerfreulichen deutschen Wirtschaftsverhältnissen gesunde Wege für die Auswanderung weisen und gibt in beratender Form jedem Abonnenten kostenlose Auskunft über die gesamten Auswanderungs- und Siedlungsfragen und unterstützt Auswanderungslustige mit wertvollem Material. **Probenummern direkt vom Verlag verlangen!** Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt von der

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft Stuttgart.

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ridbastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a

Fernsprecher Norden: 809, 810, 1642, 4472 u. 4512.

Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport · Lagerung.

Digitized by Google

Ein entscheidender Stoß gegen die Basis des Versailler Vertr

Der Fehlspruch von Versailles

Deutschlands Freispruch aus belgischen Dokumenten 1871—1914

Abschließende Prüfung der belgischen Aktenstücke

von

Oberst Bernhard Schwertfeger

Diese neue Schrift des durch seine Veröffentlichungen aus den belgischen Archiven und seine früheren Arbeiten bekannt gewordenen und wegen seiner sachlichen Objektivität im In- und Auslande anerkannten Verfassers bildet die Krönung der von ihm herausgegebenen 5 Bände „Zur europäischen Politik". Sie erbringt den unwiderleglichen, auf Ententematerial gestützten Nachweis, daß Deutschland nicht mit der Alleinschuld am Ausbruch des Weltkrieges belastet werden darf, daß also der Schuldspruch von Versailles — § 231 des Friedensvertrages — unhaltbar ist und somit nicht zu Recht besteht.

Ladenpreis: 20 Mark / Kein Teuerungszuschlag!

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. / Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 361
Rohrbach, Was die Franzosen wollen und fürchten 363
Erényi, Habsburgs Vorstoß 368
Ebstein, Briands Drohrede 373
Thimme, Das preußische Problem 376

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 16. April 1921 Heft 16

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Die Bücher der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8

Unter den Linden 17/18

sind für den Deutschen die wichtigsten Dokumente zur jüngsten Geschichte Deutschlands, für den Angehörigen jeder anderen Nation unentbehrliches Quellenmaterial zur Zeit- und Weltgeschichte.

1. Der Vertrag von Versailles

Die einzige dreisprachige Ausgabe der Welt / Die kleine Ausgabe mit authentischem deutschem Text / Die Karten des verkleinerten Deutschlands / Das große amtliche Sachregister mit 13000 Stichworten / Der große Kommentar in etwa 7 Bänden und 6 Vorveröffentlichungen (in Verbindung mit dem Verlage Franz Vahlen)

2. Die Geschichte der Verhandlungen von Versailles

„Materialien, betreffend die Waffenstillstandsverhandlungen" Die Verhandlungen von Compiègne, Spa, Trier, Brüssel und Luxemburg in 8 Bänden / „Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen" Die Verhandlungen von Versailles in 15 Bänden / Die Veröffentlichungen der Deutschen Liga für Völkerbund zu den Verhandlungen von Versailles / Die „Dokumente" des Grafen Brockdorff-Rantzau

3. Die Materialien zur Schuldfrage

Die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" in 4 Bänden / Die „Diplomatischen Akten der Wilhelminischen Aera" in 15 Bänden / Das deutsche Weißbuch zur Schuldfrage / Die Petersburger Aufzeichnungen des Grafen Pourtalès / Kommentare und Polemiken zur Schuldfrage

4. Die Schriften der Deutschen Liga für Völkerbund

Die „Monographien zum Völkerbund" / Die „Flugschriften" der Liga / Der Kommentar zum Vertrag von Versailles / Die Vorveröffentlichungen zum Kommentar / Die Schriftenfolge „Die Friedenslast" / Die Veröffentlichungen zu den Verhandlungen von Versailles / Die Zeitschrift „Neue Brücken"

5. Die Schriften der Deutschen Hochschule für Politik

„Politische Bildung" / Sechs Vorträge von Minister Dr. Drews, Minister Dr. Simons, Minister Dr. Koch, Minister Dr. Scholz, Ministerialrat Dr. Richter, Prof. Dr. Jäckh

6. Die Autorenbücher des Verlages

Norman Angell / T. v. Batocki / Graf Brockdorff-Rantzau / E. Bruck / Eberhard Buchner / B. W. von Bülow / Hermann Burg / Paul Eckardt / Hans Delbrück / Ernst Drahn / Siegfried Dyck / Manfred Elmer / Friedrich Gaus / Walter Götz / Bernhard Guttmann / Albert Haas / Hans F. Helmolt / Herbert Kraus / M. Kronenberg / Joachim Kühn / Rudolf Laun / Otto Liepmann / Alfred Manes / Carl Melchior / Albrecht Mendelssohn-Bartholdy / Graf Max Montgelas / Theodor Niemeyer / Otto Opet / Friedrich von Oppeln-Bronikowski / Traugott Konstantin Oesterreich / Albert Osterrieth / Graf Pourtalès / Gustav Roediger / Eduard Rosenbaum / Margarete Rothbarth / Paul M. Rühlmann / Walter Schätzel / Franz Schlegelberger / Annalise Schmidt / Walter Schücking / Bernhard Schwertfeger / Walter Simons / Reinold von Thadden / Paul Umbreit / Veit Valentin / Hans Wehberg / F. C. Zittelmann / Philipp Zorn / Die Isolierung Japans / Die Parteien und das Rätesystem / Achter deutscher Pazifisten-Kongreß / Die Wirkungen von Versailles heute und morgen (Wo stehen wir? — wie helfen wir uns?)

7. Die Zeitschrift „Die Deutsche Nation"

Die Zeitschrift sachlicher und loyaler Politik / Herausgeber: Senator Dr. Carl Petersen, M.d.R., Hamburg / Reichsminister a. D. Eugen Schiffer, M. d. R., Staatssekretär a. D Conrad Haussmann, M. d. R., Stuttgart / Legationsrat a. D. Prof. Dr. Walter Goetz, M. d. R., Leipzig / Bayerischer Handelsminister Eduard Hamm, M. d. R., München / Badischer Kultusminister Hermann Hummel, Karlsruhe / Präsident des Hessischen Landesamts für das Bildungswesen Dr. Bernhard Strecker, Darmstadt / Legationsrat a. D. B. W. von Bülow / Gesandter Harry Graf Keßler / Dipl.-Ing. F. zur Nedden / J. J. Ruedorffer

Die jeweils gültigen Ladenpreise nennen die Buchhandlungen / Auf Wunsch erteilt der Verlag selbst jede Auskunft / Ueber die einzelnen Gruppen der Verlagserscheinungen stehen Sonderprospekte zur Verfügung.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 16. April 1921 * Heft 16

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Politik Hardings beginnt langsam Konturen zu gewinnen; Versailler Frieden und Völkerbund sind beide für Amerika erledigt. Daran hat auch Vivianis Mission nichts geändert; deswegen ist sie jedoch noch lange nicht vergeblich gewesen. Die franzosenfreundliche Stimmung im amerikanischen Volke ist entschieden gewachsen. Soviel als möglich wird Harding Amerika von den europäischen Händeln fernhalten. Jedoch wird er nicht daran denken, auch nur den geringsten Vorteil aufzugeben, den das Land durch den Krieg erreicht hat. Zwischen den französischen Sympathien und dem amerikanischen Wunsche, auch Deutschland wieder als Käufer amerikanischer Rohstoffe zu gewinnen, werden die Republikaner ihre Politik hindurchzusteuern versuchen. Deswegen war es nicht unrichtig, Amerika über Deutschlands wirtschaftliche Lage Auskunft zu geben; im übrigen wird man sich aber stets bewußt bleiben müssen, daß sich erst der Wahnsinn der Sanktionen totlaufen muß. Erst wenn die Franzosen erkannt haben werden, daß sie durch die Sanktionen zwar Deutschland schwer schädigen, trotzdem aber nicht zu ihrem Gelde kommen können, wird Realpolitik zu treiben möglich sein. Dann erst dürfte Amerikas Standpunkt, daß Deutschlands Zahlungspflicht nach seiner Leistungspflicht abzustimmen sei, nicht mehr wie jetzt auf völlige Ablehnung bei Frankreich stoßen.

*

Das publizistische Nachspiel, das die Reise des Vizekanzlers Dr. Heinze nach München erlebt hat, ist beschämend. Reich und Bayern unterhalten sich darüber, ob die Aussprache eines Mitglieds des Reichskabinetts mit dem bayerischen Ministerrat, vom Reich ausgesehen, ein unzulässiger Anspruch, von Bayern aus eine zu vermeidende Verfassungsverletzung sei. Herr von Kahr ist der Schützer der Verfassung! Dr. Heinze darf wohl der Briefträger des Reiches von Berlin nach München sein, aber mit den Herren in München, die keck und lustig auf ihre Art Reichspolitik machen, darf er sich nicht amtlich unterhalten. Das ist das

Digitized by Google

Verfahren, mit dem man jede Politik der Verständigung sabotieren kann. Aber Herr von Kahr ist ja des Beifalls einer großen Presse jeweils von vornherein sicher, seitdem festgestellt, daß der geistig-politische Neuaufbau von Deutschland Münchens spezifische geschichtliche Sendung geworden ist.

*

Die Regierungsbildung in Preußen ist zu einer Abfolge von taktischen Maßnahmen geworden, die einen ausschließlichen Behelfscharakter tragen. Während Zentrum und Demokraten sich gemeinsam bemühten, den Weg zur „großen Koalition" zu ebnen, strengten sich Sozialdemokratie und Volkspartei an, ihre Sprödigkeit zu forcieren. Auf beiden Seiten wurde mit wahrer Leidenschaft Taktik getrieben, die freilich völlig auf kurze Sicht eingestellt war: von der Volkspartei glaubte man, während der mitteldeutschen Unruhen, noch einmal kräftig auf die Severing und Hörsing einhauen zu müssen, mit der volkstümlichen Torheit, die für diese Presse charakteristisch geworden ist. Und die sozialdemokratische Fraktion blieb nichts schuldig: die „Bedingungen", die von ihr schriftlich formuliert worden, trugen allein durch ihre Fassung den Ruf nach Ablehnung auf der Stirne. Nun hat man, was ja technisch ein Gewinn ist, an die Stelle der unfruchtbaren Fraktionsverhandlungen dem Zentrumsführer Stegerwald den Auftrag gegeben, sich ein Programm und ein Kabinett auszudenken. Gut. Die Verantwortung ist damit vereinheitlicht. Aber ob sie zum Ergebnis führen wird, hängt doch wieder ganz davon ab, in welchem Umfang begriffen wird, daß Preußen vor allem ein Verwaltungskörper ist und daß es darauf ankommt, seine Spitze in einen Zustand zu bringen, der aus dem Bereich des parteitaktischen Schaukelns herausgerettet wird.

*

Die englische Streikbewegung wächst von Tag zu Tag der Gefahr einer furchtbaren Kraftprobe entgegen, und es läßt sich heute noch nicht sagen, ob sie vermieden werden wird; aber sie wird immerhin heute schon bezeichnet durch ihren fast methodischen Charakter. Niemand hat die Nerven verloren. Die Regierung hat ihre Macht konzentriert. Die Arbeiterschaft hat ihre Solidarität erneuert. Aber das ist alles ohne allzuviel Geschrei vor sich gegangen, und mitten im Aufmarsch zum Kampf hat man die Verhandlungen aufgenommen. Lloyd George hat die öffentliche Meinung gegen den Streik organisiert, daraufhin aber den Versuch unternommen, ohne Sieg auszukommen. Aus Gründen der äußeren Politik will er nicht die Masse der Gewerkschaften in die Regierungsgegnerschaft bringen; nur die temperamentvollsten Gruppen der Arbeiterbewegung sollen ihm als Unterlage seiner Reden gegen den Bolschewismus dienen. So bemüht er sich, jetzt die sinnfällige Scheidung des Proletariats von dem „Bürgertum" heute zu vermeiden.

Digitized by Google

Das die Franzosen wollen und fürchten

Von Dr. Paul Rohrbach.

Vor mir liegt eine Sammlung französischer Pressestimmen aus den letzten Monaten, die nützlich zu betrachten ist, wenn man darüber klar sein will, was Herrn Briands Faust, die auf Deutschland niedersausen soll, beabsichtigt. Manche sagen, die Absichten der französischen Politik kämen, teilweise wenigstens, aus der Furcht, und wer die Lage Deutschlands kennt, der fragt sich erstaunt, wie es möglich ist, daß heute sich jemand vor den Deutschen fürchtet. Eine Antwort finden wir bei Herrn Charles le Goffic im „Petit Parisien" vom 4. Januar 1921. Herr Goffic hat den kommandierenden französischen General in Mainz besucht, „in seinem Arbeitszimmer am Schloßplatze", am Tage nach den Verhandlungen über die Entwaffnung Deutschlands, und er berichtet:

Die Last seiner Verantwortung drückte ihn fast nieder und er schien wie besessen von dem Anwachsen der deutschen Gefahr. Der Besiegte, sagte er mir, arbeitet. Das ist logisch und natürlich. Das Gegenteil wäre anormal. Was aber tun wir in dieser Zeit. Ich zittere beim Gedanken daran, was sich im Stillen alles vorbereitet und beim ersten Signal losbricht. Wissen Sie, daß „sie" (die Deutschen) ein Maschinengewehr zur Tankabwehr erfunden haben, das 300 Schüsse in der Minute abgibt, daß sie ein Metallflugzeug konstruiert haben, das keinen Flugschuppen braucht und das man wie ein Pferd anspannen kann? (qu'on peut mettre á lo corde comme les chevaux.) Ludendorff ist in München: Glauben Sie, daß er sich dort zur Luftkur aufhält? Seien Sie versichert, irgendwo in einer dunklen Ecke in Pommern oder Brandenburg ist ein Chemiker über seine Retorten gebeugt und sein Herz schlägt laut beim Gedanken daran, ein giftiges Gas zu erfinden, hundertmal tödlicher als die bisher bekannten giftigen Gase. Die Elektrizität hat im letzten Kriege fast gar keine Rolle gespielt. Vielleicht wird sie im nächsten Kriege entscheidend. Wenn nun ein deutscher Gelehrter es wäre, der vor uns das Geheimnis fände, Kriegsmunition aus der Entfernung zur Explosion zu bringen? Wenn .... Doch Sie haben das ja alles schon aus der Rede des früheren Kriegsministers gelesen. In der Kammer scheint sie nicht besonders Eindruck gemacht zu haben. Hier aber an den Ufern des alten Flusses, der seit Cäsar die klassische Einfallstraße ist, wirkte die Rede wie ein kalter Wasserstrahl.

Am 2. Februar 1921 legt General Maitrot im „Eclair" dar, daß der Sieg sicher dem gehören wird, der die beste Luftflotte hat. In Frankreich habe man eine Abwurfbombe von 1000 kg Gewicht konstruiert; 10 Stück davon würden genügen, um eine Stadt wie Berlin von der Erde wegzurasieren. Die Flugbombe im Zukunftskrieg wird nicht nur durch ihre furchtbare Explosionskraft wirken, sondern sie wird auch verderbliche Dämpfe entwickeln, die sich unsichtbar ausbreiten und Tod und Verderben bringen. Man wird große Behälter mit stark komprimierten Gasen abwerfen, die mit ihren giftigen Wolken ganze Gegenden vernichten. Weiter:

Wenn man bedenkt, daß die Flugzeuge jetzt eine Geschwindigkeit von 200 Kilometer in der Stunde erreichen, erkennt man, daß sie nur drei Stunden brauchen,

Digitized by Google

um vom rechten Rheinufer aus Paris oder die Creusot-Werke zu erreichen. Die Hauptstadt Frankreichs und diese Werke — die Seele unserer Verteidigung — könnten somit kampflos und ohne jeden Widerstand in einigen Stunden vernichtet werden. Diese Wahnsinnstat könnten die Deutschen versuchen, wenn sie einmal mit den Bolschewisten zusammengehen. Gewiß hat ein ehrenwerter Abgeordneter in der Kammer gesagt: „Lassen wir es den Deutschen wissen, daß wir, wenn sie es wagen sollten, ein derartiges Verbrechen zu begehen, Mainz, Koblenz und Köln in Asche legen würden." Ich meine jedoch, daß diese Drohung leider vergeblich sein wird, denn ich glaube, daß die Deutschen bei einem plötzlichen Luftangriff wohl einige Bomben auch für diese drei Städte bestimmt haben, nicht in der Absicht, sie deswegen zu zerstören, weil sie deutsch sind, sondern um die alliierten Besatzungstruppen zu vernichten, ihre Vorräte in Asche zu legen und ihr Oberkommando in Verwirrung zu bringen, mit einem Wort, als „Auftakt" die Besatzungsarmee tödlich zu treffen.

Ich glaube, das einzige Mittel, Deutschland jegliche derartige Angriffsabsicht zu nehmen, besteht darin, stärker als sie in der Luft zu sein. Wenn sie einmal wissen, daß wir als Vergeltung ihre großen Städte niederbrennen und sie für ewig in Ruinen legen, werden sie sich nicht rühren, trotz Bolschewiken und ihrer offensichtlichen wilden Rachelust.

Herr Leon Daudet, Abgeordneter von Paris, in der „Action Française" vom 2. Februar 1921:

. . . . . Was machen die Deutschen? Sie bereiten sich auf den Krieg vor . . . . . Ein guter Beobachter hat mir gesagt: „Die deutsche Militärpartei ist für einen möglichst baldigen Revanchekrieg, z. B. im März, wo das französische Truppenkontingent schwach sein wird. Die geringsten Details sind schon vom Stab der Generäle Ludendorff und von Seeckt geregelt. Zunächst wird ein sorgsam vorbereiteter Generalstreik in Szene gesetzt. Die Telegraphen- und Telephonverbindungen werden an allen Stellen des Reiches unterbrochen, wo sich alliierte Kommandos und Kontrollkommissionen befinden. Unter dem Vorwande der Niederwerfung des Streikes wird mobil gemacht werden. Die Militärpässe sind schon zugestellt, wie André Lefèvre erklärt hat. Aus der Erde oder vielmehr aus den Kellern wird man schwere Artillerie, Maschinengewehre, Flugzeuge, Gasgranaten und große Munitionsmengen hervorsteigen sehen . . . . . "

Herr A. de Guillerville im „Temps" vom 19. Januar 1921:

. . . . . Jeder Deutsche, ob er reaktionär, liberal, links- oder rechtssozialistisch ist, hat in fünf oder sechs Hauptfragen seine eigene Ansicht. Handelt es sich jedoch um Frankreich, dann nehmen sie geschlossen gegen es Stellung. Ist ihr Temperament auch verschieden, so beseelt sie doch dieselbe furchtbare Rachsucht. Durch die Bank sind sie „deutsche Männer", Männer ihres Landes, bereit, unter dem Kommando Ludendorffs gegen den Erbfeind zu marschieren oder mit den roten Armeen an den Rhein zu ziehen . . . . . Unsere hundertjährigen Feinde werden mit dem Anwachsen ihrer Kräfte immer kühner. Wir werden immer mit ihnen zu rechnen und gegen sie die errungenen Positionen zu verteidigen haben, die nicht so gesichert sind, wie man in Paris glaubt.

Oberst Romain im „Eclair" vom 20. Februar 1921:

. . . . . Gegen einen Luftangriff gibt es eine wirksamere Abwehr als alle Abwehrflugzeuge und Abwehrbatterien: das blitzartige Losbrechen unserer Rheinarmee. Bei der ersten Angriffsabsicht muß diese Armee bereit sein auf das rechtsrheinische Gebiet loszustürzen. Es ist unbedingt notwendig, daß dies

Digitized by Google

den Deutschen offiziell mitgeteilt wird. Es muß ihnen jetzt schon energisch erklärt werden: „Wir wissen, daß ihr eine starke Luftflotte organisiert, um unsere Städte zu bombardieren. Gut! Wenn ihr unseliger Weise eine derartige Greueltat begehen solltet, dann werden — wir machen euch vor aller Welt feierlich darauf aufmerksam — unsere Truppen jeder Farbe den Rhein überschreiten, sobald eines eurer Flugzeuggeschwader unsere Grenze überflogen hat. Dann aber werden unsere Truppen für jedes zerstörte Haus in Frankreich zehn Häuser in Deutschland zerstören und sie werden mitleidslos euer Land verwüsten."

Das sind einige Beispiele der französischen Phantasien, die man drüben entweder wirklich glaubt oder zu glauben vorgibt, damit man um so wirksamer zur dauernden Niederhaltung und Vernichtung Deutschlands aufrufen könne. Dies Ziel selbst wird bald mit größerer, bald mit etwas geringerer Brutalität und Offenheit erklärt. Zu der ganz „entschiedenen" Richtung gehört die Partei „La Démocratie Nouvelle", deren Präsident, Herr Lysis, zugleich Herausgeber des Parteiblattes gleichen Namens ist. Er schreibt am 8. Januar 1921:

Kümmert Euch nicht um England: Wenn England etwas tun will, dann fragt es Euch auch nicht erst um Erlaubnis. Macht es gerade so! . . . . . Zur Besetzung des Ruhrgebietes gehört Courage und die hat man nicht. Unser Grundübel ist, daß wir von einer schönen Sammlung feiger Memmen regiert werden.

Und am 17. Februar 1921 hören wir von ihm das Clemenceausche Programm sans phrase, daß es zwanzig Millionen Deutsche zuviel gibt:

Mit seiner Bevölkerung von 60 Millionen Einwohnern, seiner großen unversehrten Industrie und seinen billigen Kohlen wird Deutschland todsicher wieder mit Frankreich Krieg anfangen, um Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen. Wenn wir jedoch das Ruhrgebiet besetzen, liegt die Sache ganz anders: Deutschland hat dann keine Kohlen und keine Macht mehr. Seine Entwicklung steht still und seine Bevölkerung vermindert sich. Wir aber haben dann die Kohlen, wir werden größer, entwickeln unsere Industrie und werden ein mächtiger, moderner Staat von 70 Millionen Einwohnern, den nichts mehr bedrohen kann.

Wie sanft sind dagegen die Töne von Herrn Max Letannois im „Écho du Rhin" vom 8. Januar 1921:

Frankreich ist ein harmonisches, lebendiges Wesen. Seine Handlungen sind klar für den, der sein Gesicht kennt. Wir leben im Rheinlande unter guten Leuten, denen eine deutsche gelehrte Propaganda das Gesicht Frankreichs verschleiert hat. Ueberall hat man ein falsches Bild von Frankreich. Ohne Prahlerei und ungeschminkt gibt sich nun heute Frankreich am Rheine in seiner ganzen Natürlichkeit und Frische. Es ist da, wie es leibt und lebt, und wird immer klarer in die Erscheinung treten!

Herr Pierre Lagoussée in der „Démocratie Nouvelle" vom 1. Februar 1921 in einer französischen Korrespondenz aus Mainz:

Ohnmächtig haben wir seit zwei Jahren der Ueberschwemmung des Rheinlandes mit einer Armee von mehr als 30 000 von Berlin ernannter deutscher Beamten zugesehen. Die bisher so erfolgreiche Offensive wird glänzend geführt

Digitized by Google

von Herrn von Starck, dem früheren Potsdamer Polizeipräsidenten und höchsten deutschen Beamten im Rheinlande. Von Starck ist ein Mann von unbestreitbarem Wert, doch ist er Deutscher in der ganzen Bedeutung des Wortes, d. h. Monarchist, Alldeutscher, Franzosenfeind, Organisator ersten Ranges. Er übt eine despotische Autorität aus ... Wollen wir, daß unser Handel im Rheinlande von den systematischen Fesseln befreit wird und daß das ganze Rheinland, ohne Grenzen nach Frankreich hin, endlich einmal aufhört, seine Direktiven von Berlin zu bekommen, daß es allmählich vergißt, den Blick nach Osten zu wenden, da Leben und Wohlfahrt ihm von Westen kommen werden?

Ja, dieses Wunder kann sich von heute auf morgen vollziehen. Wir brauchen nur einfach den Artikel 270 des Friedensvertrages anzuwenden, d. h. die Grenze an den Rhein vorschieben.

General de Castelnau, Abgeordneter und Präsident der Armeekommission, im „Echo de Paris" vom 9. Februar 1921:

Die Besetzung soll solange dauern, als es zur Heilung unserer Wunden, zur Reparierung unseres Unglücks und zu unserem wirtschaftlichen Wiederaufschwung notwendig ist. Doch wäre es wirklich absurd, wenn wir uns unter dem Gewicht der Militär- und sonstigen Lasten abmühen sollten, während Industrie und Handel des Besiegten einen glänzenden Aufschwung nähmen. Den Befreiungsmöglichkeiten, die wir dem Feinde von gestern zugebilligt haben, muß eine Ergänzung unserer nationalen Sicherheit durch Verlängerung unseres Aufenthaltes im Rheinlande entsprechen.

„Echo de Paris" vom 4. Februar 1921:

Ministerpräsident Briand hat in der Kammer über das Ergebnis der Pariser Konferenz gesagt:

Die von den Alliierten beschlossenen Strafmaßnahmen kennen sie bereits, eventuelle Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes, Beschlagnahmung der deutschen Zölle, Besetzung eines neuen deutschen Gebietes, des Ruhrgebietes oder eines anderen, Zoll- oder andere Maßnahmen im besetzten Rheinlande.

Herr Poincaré im „Matin" vom 14. Februar 1921:

... Briand hat in einer der Nachtsitzungen erklärt, Frankreich würde auf keinen Fall eine Sonderaktion unternehmen und würde, wenn die Stunde der Strafmaßnahmen einmal schlagen sollte, nur „von den Alliierten begleitet", marschieren ... Es kann jedoch der Fall eintreten, daß keine andere Macht als Frankreich an der Abstellung einer deutschen Verletzung des Vertrages interessiert ist und daß es die Alliierten dann vorziehen, uns allein die Ausführung der Strafmaßnahmen zu überlassen.

Dr. Pierre Boucher im „Echo du Rhin" vom 6. Februar 1921 in einem langen Artikel über das Saargebiet:

Die Verfasser des Friedensvertrages haben die Aenderung des Zollstatuts gewollt. Sie haben erkannt, daß Saar- und Moselgebiet eine wirtschaftliche Einheit bilden und haben daher das Saarbecken dem französischen Zollgebiete einverleibt. Diese Bestimmung wird erst in vier Jahren ihre volle Auswirkung finden. Bis zum 10. Januar 1925 gelangen die für den örtlichen Verbrauch bestimmten Waren frei in das Saargebiet. Doch jetzt schon ist die Bestimmung von größter Tragweite. Die Geschichte lehrt, daß der politischen Vereinigung oft die Zollunion vorausgeht. Die partielle Anwendung des französischen Zollgesetzes an den Saargrenzen — vielleicht gerade deshalb, weil sie partiell ist — wirft jedoch sehr verwickelte Probleme auf und erregt oft böses Blut. Die Anwendung des französischen Zollstatuts muß in einem politischen, nicht fiskalischen Interesse erfolgen.

Digitized by Google

Das Saargebiet gibt uns eine wertvolle Lehre. In diesem erst kürzlich noch preußisch-bayerischen Gebiete sind französische Truppen. Es sind keine Besatzungstruppen. Doch erfreut sich Frankreich unter ihrem Schutze weit größerer und einträglicherer Rechte als in der Gegend von Mainz und Speyer. Frankreich besitzt im Saargebiet Gruben und ist Herrin der Zölle. Seine Industriellen beherrschen die großen Stahlwerke. Ist also das Pfand, das Frankreich mit dem Saargebiet besitzt, nicht vorbildlich für das Pfand am Rheine wie es morgen aussehen muß, wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entzieht?

„Action Française" vom 31. Januar 1921:

..... Die Pariser Konferenz läuft im Grunde genommen darauf hinaus, Deutschland ein ähnliches Regime aufzuerlegen, wie es bei der griechischen, ägyptischen oder ottomanischen Schuld angewandt wird. Das sollte das Ziel sein. Deutschland muß man genau so beherrschen, wie Griechenland, Aegypten oder die Türkei. Sir Robert Hart war 30 Jahre lang Direktor der chinesischen Zölle. Wir müssen in der Lage sein, Deutschland wie China zu behandeln, um jeder Zeit eine nationalistische Bewegung, einen „Boxeraufstand", unterdrücken zu können. Wenn das Pariser Abkommen in London ratifiziertt wird, gibt es uns die Möglichkeit, 42 Jahre lang uns in die Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, Einfluß auf seine Gesetzgebung auszuüben und sein Wirtschaftsleben zu regeln. Wir haben die Möglichkeit, ja die Pflicht, uns in sein politisches Leben einzudrängen.

Herr Paul Boncour, ein führender sozialistischer Abgeordneter, in der „Action Française" vom 5. Februar 1921 faßt die Gedanken der „Schule des westfälischen Friedens" gegenüber Deutschland so zusammen:

„Deutschland muß zerstückelt und dadurch geschwächt werden. Sowohl seine Wirtschaftsmacht wie auch seine politische Macht müssen vernichtet werden."

Dem „widerspricht" er mit den Worten:

Nein! Nein! Die traditionelle Lösung besteht darin, Deutschland wirtschaftlich hochkommen zu lassen, seine politische Macht jedoch zu zersplittern. Diese Unterscheidung des Wirtschaftlichen und Politischen ist die Seele unserer Untersuchungen, unserer Politik.

Also „nur" politische Hinrichtung, nicht auch ökonomische!

Herr Leon Bailby im „Intransigeant" vom 16. Februar 1921:

Wenn das Instrument von Versailles besser, wirksamer und rascher geschaffen worden wäre, wenn es die von Bismarck künstlich zusammengeschweißten „verschiedenen Deutschlande" uneinig gemacht hätte, dann wäre der Frankfurter Vertrag tatsächlich ausgelöscht worden und unsere Sorgen wären weniger groß.

Der Abgeordnete De Magallon in der französischen Kammer nach der „Action Française" vom 9. Februar 1921:

Frankreich und die Menschheit müssen die Gewißheit haben, daß ein neuer, noch schrecklicherer Krieg als der letzte vermieden wird. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Deutschlands Arm entwaffnet wird. Zuvor jedoch muß jedoch sein Geist entwaffnet, sein Hirn geändert und die Herrschaft Preußens beseitigt werden. Zu diesem Zwecke muß so rasch wie möglich das Ruhrgebiet besetzt und das Rheinland dem Einflusse Preußens entzogen werden. Die partikularistischen Bewegungen gegen die preußische Vorherrschaft müssen ermutigt und wenn nötig provoziert werden.

Herr Charles Bonnefon im „Echo de Paris" vom 28. Januar 1921:

Digitized by Google

Zeit gewinnen und dabei Deutschland schwächen, das ist vielleicht die vernünftigste Politik. Die beste Möglichkeit Deutschland zu schwächen, besteht, wie man mir sagt, darin, in Berlin den Sozialismus, in München die Monarchie und im Rheinlande eine konservative Republik zu begünstigen.

Wir wollen heute nur diese Auswahl geben.

Es gibt nur wenige und bedeutungslose Stimmen aus Frankreich, die von einer anderen Behandlung Deutschlands zu sprechen wissen als von Versklavung und Dezimierung. Die Masse in Frankreich mag das nicht mit Bewußtsein wollen und auf ihre Art selbst „versöhnlich" gestimmt sein unter der Voraussetzung, daß der Deutsche alles bezahlt und der Franzose nichts bezahlt. Die führenden Persönlichkeiten aber wissen, daß es sich bei ihrer Politik der Zertretung und Auspressung Deutschlands zugleich um ihre eigene Rettung handelt, und daß sie vom Abgrund verschlungen werden, wenn die Zahlung für den Krieg, den sie gewollt und herbeigeführt haben, eines Tages von Frankreich selber beglichen werden muß. Das ist der Grund, weswegen wir von Frankreich nichts anderes zu erwarten haben als Gewalt und abermals Gewalt in den Formen forcierter Brutalität, wie es der sadistischen Ader mancher französischen Kreise entspricht.

Habsburgs Vorstoß

Von Dr. Gustav Cronyi.

7. April.

Die erste Frage, die man sich vorlegte, als die Kunde von Exkaiser Karls Budapester Osterausflug infolge der ungarischen Zensur mit arger Verspätung in die Oeffentlichkeit drang, war, ob der gewesene Monarch abgeholt worden war oder das Abenteuer aus eigenen Stücken gewagt hatte. So unwahrscheinlich auch ein eigenmächtiger Husarenstreich des thronsüchtigen Emigranten von Prangins erscheinen mußte, alle Vernunftsgründe sprachen in jenem Augenblick gegen den organisierten Versuch einer Restauration, und die kläglich-geheimnisvolle Art, in der Ein- und Rückzug erfolgten, läßt in der Tat nicht auf das planmäßige Zusammenwirken namhafter Kräfte schließen. Bei der sanguinischen, so wenig wetterfesten Veranlagung des jungen Habsburgers, die während seiner kurzen Regentenzeit zu mancher seltsamen Ueberraschung führte, wäre ja ein Putschversuch auf eigene Faust, dessen unvermittelte Durchführung just die eifrigsten Propagandisten seiner Wiederkehr am meisten verblüffen mußte, durchweg nicht ausgeschlossen.

Am nächsten liegt die Annahme, daß hier ein seit langem vorbereiteter Regieakt von äußerst verzwickter Szenerie, der unter dem Druck der Verhältnisse stückweise abgebaut wurde, nicht in allen Teilen rechtzeitig zum Stillstand kam. Die Drehbühne lief mechanisch weiter und bescherte dem überrumpelten Zuschauer ein Zerrbild der ursprünglich geplanten Riesenaufmachung, das bei allem Spukhaften seiner [illegible]ung eines ur-

Digitized by Google

komischen Beigeschmacks nicht entbehrte. Es erinnerte gewissermaßen an eine aufgeschobene Festlichkeit, von der jeder Teilnehmer beizeiten Kenntnis nimmt, außer dem Jubilanten selbst, der sich in voller Gala und mit feierlicher Miene einem leeren Hause präsentiert.

Karl von Habsburg war über die Programmpunkte des Einmarschentwurfes zweifellos genau unterrichtet. Den Optimismus in ihm wachzuhalten, schien die bedeutsamste Aufgabe seiner nächsten Umgebung. Doch seinen aufgepulverten Unternehmungsgeist im letzten Augenblick entsprechend zu bremsen, dazu war die Maschinerie der Aktiengesellschaft Habsburg im Zustande der erforderten Betriebseinschränkung nicht mehr straff genug. Und es erwies sich, daß in jenem leidenschaftlichen Ränkespiel, das in Ungarn unter habsburgischen Losungen betrieben wurde, durchaus nicht Karls nun so verlegen empfangene Person ausschlaggebend war. Von einem militärischen Restaurationsfest um die Osterzeit wurde in Budapest gelegentlich schon während der Herbstmonate gemunkelt. Daß der Zeitpunkt einer solchen Feier durch die außenpolitische Lage wesentlich hinausgerückt werden müsse, dieser Einsicht konnte sich in letzter Zeit die Habsburgerpartei nicht verschließen. Man propagierte mit einer verzweifelten Erfolglosigkeit im Auslande nach wie vor, aber daß an einen Staatsstreich zu denken unter den gegebenen Verhältnissen einem Selbstmord gleichkäme, ließ der inzwischen demissionierte ungarische Außenminister Graß — ein ausgesprochener Habsburganhänger — in seiner letzten Rede deutlich durchblicken. Nach den markerschütternden Krisen der letzten drei Jahre begann sich die ungarische Wirtschaft just im letzten Zeitabschnitt augenfällig zu erholen. Mit der Tschechoslowakei wurde erst vor wenigen Wochen ein Wirtschaftsabkommen getroffen, das dem ausgepumpten Lande produktionsfördernde Hilfsmittel sichert, das Verhältnis zu allen Nachbarstaaten gestaltete sich freundschaftlicher, und die ungarische Valuta schnellte im Auslande sprunghafter hoch, als es vielen Geschäftsleuten, die ihre Auslandsware bei niedrigem Kurs besorgt hatten, lieb gewesen wäre. Diesen ökonomischen Aufschwung durch ein politisches Gewaltmanöver zu kreuzen, hätte den Glauben an die Lebensfähigkeit des sich von Krise zu Krise windenden Staatsrumpfes endgültig erschüttern müssen.

Der Empfang, der dem jäh eingetroffenen „König" — als der er heute noch in der Vorstellung breitgeschichteter „Legitimisten" lebt — bereitet wurde, sprach recht unzweideutig gegen eine solche Absicht. Dem Grafen Teleki selbst, der alles, was Reaktion heißt, stets mit gleißender Geschicklichkeit zu befürworten wußte, und der etlichen Mißtrauenskundgebungen der habsburgfeindlichen Opposition sieghaft standhielt, wurde durch Karls plötzliches Auftreten eine peinliche Ueberraschung geboten. Der Reichsverweser, der als erster Repräsentant oft recht gewaltsamer Restaurationsbestrebungen zur Macht kam, lenkte diesmal nicht ohne Taktgefühl in opportunem Sinne ein. Wenn anscheinend eine rührige Gruppe der Alleruntertänigsten mit dem Grafen Andrassy, Hunyady und einigen Ver-

Digitized by Google

tretern des hohen Klerus an der Spitze bis zuletzt Anknüpfungspunkte mit der Regierung suchte, und der weltaufregende Séjour zu Steinamanger sich über Erwarten in die Länge zog, so handelte es sich mehr um die Schaffung einer ehrbaren Abzugsformel als um das Bestreben, das Geschehene zu sanktionieren. Durch die nachträgliche Veröffentlichung des fatalen „königlichen Manifestes" erwies Teleki durchaus nicht sein Einverständnis mit Karls Osterfahrt. Sie war vielmehr nur ein homagialer Gesinnungs- und Vertuschungsakt post festa, den die Regierung — auch wenn sie dem oppositionellen Entrüstungssturm noch einmal vorübergehend trotzt — nicht lange wird überleben können.

In seiner jüngsten Parlamentsrede stellte Ministerpräsident Teleki gewisse sensationelle „Enthüllungen" in Aussicht, durch die der Inszenierungsschauplatz des nunmehr glücklich erledigten habsburgischen Intermezzos nach dem Auslande verlegt wäre. Daß solche Enthüllungen überaus sensationell wirken könnten, ist kaum anzunehmen. Jedem Beobachtenden mußte es einleuchten, daß die Restaurationsbewegung im Zeichen Habsburg nur in der Folge und im Knalleffekt eine magyarische, in ihrem Ursprung aber eine weltpolitische Angelegenheit war. Vor mehreren Wochen soll Karl einen dringlichen Brief an den ihm vor allen anderen getreuen ungarischen Erzbischof Czernoch gerichtet haben, in dem er auf die Unterstützung gewisser französischer Kreise angespielt haben will. Diese Kreise, die Gesinnungssippschaft des vielgenannten Prinzen Sixtus von Parma, stellten wiederum zweifellos nur den letzten Rest einer weit verzweigten Interessenkampagne dar, die von Frankreich aus mit einer kühnen politischen Perspektive für Habsburg wirkte. Ob solche Intentionen, wenn schon praktisch erledigt, auch gefühlsmäßig restlos verdunstet sind? Briand beteuerte in seiner großen Rede vom 5. April, dessen Hauptzweck ja die Einschüchterung Deutschlands war, indem er die Affäre Karl im Vorübergehen streifte, daß man Verpflichtungen, die man Verbündeten gegenüber eingegangen sei, treu erfüllen wolle. „Verpflichtungen" lauten in diesem Zusammenhange fast wie „Opfer". Es bleibt eine nur zu durchsichtige Tatsache, daß der entscheidende Anstoß zum Habsburger Boykott nicht von französischer Seite gegeben wurde. Doch herrscht heute in dieser Frage offenkundig Einmütigkeit zwischen den kontinentalen Machtfaktoren, und was in Ungarn an Habsburgersehnsucht nachwirkt, das ist eine Art chronischer Versteifung der von außen angefachten Begehrlichkeiten.

Für die westlichen Weltmachtambitionen würde Habsburgs Wiedereinsetzung keinerlei Gefahr bedeuten, da seine Interessengemeinschaft mit der reichsdeutschen Sphäre nicht mehr besteht. Sofern in Mitteleuropa noch Sympathien für die erbansässige Dynastie bestehen, hätten solche einer auf die Isolierung Deutschlands dringenden Ententepolitik nur dienlich sein können. In dieser Voraussetzung trafen sich wohl britische und französische Intentionen, als Karl im Sturme der Revolution durch englische Offiziere geschützt und nach der Schweiz geleitet wurde. Das im weltpolitischen Denken

Digitized by Google

innere England schien sich jedoch alsbald zu überzeugen, daß Habsburg keinen Kristallisierungspunkt für die östlichen Wirrnisse bedeuten könne und ließ diese Kombination endgültig fallen. Erst später versuchte der französische Starrsinn die restliche Stimmung für das alte Herrscherhaus seiner deutsch-feindlichen Weltpolitik nutzbar zu machen. Die ungarische Habsburger-Agitation aber setzte erst geraume Zeit nach Inaugurierung des christlich-nationalen Regimes, zweifelsohne auf den Zuspruch von französischen Machtgruppen ein, die die Finanzwirtschaft und öffentliche Meinung des Landes zu beherrschen begannen. Unstreitbar war Ungarn ein gelehriger Schüler. Der französische Imperialismus bezweckte eine Ueberrumpelung der deutschen Reichseinheit von Budapest her und vor allem eine dauernde Beseitigung der deutschösterreichischen Anschlußgefahr. Ungarn aber erwachte zum Bewußtsein — soweit chauvinistische Verblendung ihm eine solche Einsicht in der Vergangenheit vorenthalten hat —, daß Habsburgs Bestand in der Hauptsache seiner unversehrten Machtstellung diente, und daß die Restauration gleichsam ein symbolischer Auftakt seiner nationalen Wiedererstarkung sei.

Dieselbe Einsicht erweckte jedoch in Ungarns Nachbarstaaten eine geharnischtere Stimmung, als die Schulweisheit des französischen Protektors sich hätte träumen lassen. Ungarns Zerfall bot drei Staaten ausgedehnte Lebensbedingungen. Ein ungarischer Habsburgerputsch müßte gleich einem ständigen Damoklesschwert über ihrem neuen Bestande schweben, nicht nur, weil er den ohnehin offensichtlichen Willen Ungarns zur Wiedereroberung des Verlorenen kräftiger unterstreichen, sondern auch, weil er den Machtzuwachs von außen nur zu sinnfällig dokumentieren würde. Besonders die Tschechoslowakei, die ihr Staatswesen ganz auf Trümmern der zerfallenen Doppelmonarchie gegründet hatte, war durch Störungen des neuen Gleichgewichts am empfindlichsten getroffen und witterte am ehesten die aufziehende Gefahr. Als Benesch im Einvernehmen mit dem damaligen südslawischen Minister des Aeußeren Trumbitsch im vergangenen Sommer die kleine Entente gestiftet hat, war die Spitze der neuen Gründung mehr gegen Frankreich als gegen Ungarn gerichtet. Man verkannte in Paris die Auflehnungstendenz dieses Bündnisses nicht und verhinderte mit Geschick sein Umsichgreifen auf rumänisches Gebiet, indem Take Jonescus Agitationstalent von der Pariser Sphäre mit Beschlag belegt und zu einer Gegengründung angespornt wurde. Die rumänische Gegenwirkung führte auf alle Fälle zu der Herabminderung des unbequem werdenden Prager Schwerpunktes. Aber die Wehrorganisation gegen Habsburgs Wiedereinsetzung war nun einmal geschaffen. Italien entdeckte derart gleichläufige Interessen mit dem jungen Abwehrbund, daß es angezeigt fand, sich in Rapallo mit Südslawien zu verständigen, und — vor die Wahl gestellt — zog Frankreich vor, den Wünschen der verbündeten Staaten Rechnung tragend, auf seine Zukunftspläne mit habsburgischer und Budapester Orien-

Digitized by Google

tterung zu verzichten. Das einträchtige Vorgehen aller Staaten der Kleinen Entente anläßlich der letzten Ereignisse in Budapest unter französischer Assistenz erweist zur Genüge die Aussichtslosigkeit aller weiteren Restaurationsversuche.

Das Verhalten der ungarischen Nationalversammlung zu den Ereignissen der letzten Zeitläufte war durch ein Notdiktat bestimmt. Zu scharfe Empörung und zu willenlose Fügsamkeit hätten der Reputation des Staates gleicherweise geschadet. Den Habsburgerlärm in Volltönen fortzusetzen hieße nach dem Geschehenen gegen nur allzu fest verschlossene Türen anzurennen. Aber eine zu schrille Oppositionsbewegung von seiten der auf dem Standpunkte der freien Königswahl stehenden Kleinagrarierpartei gegen die Regierungspolitik, die Karls Osterausflug Vorschub leistete, wäre just in diesem Augenblick auswärts als ein nur zu willkommenes Zeichen der ungarischen Waffenstreckung bewertet worden. Man begnügte sich also zunächst damit, dem Reichsverweser Horthy das einmütige Vertrauen der Nationalversammlung auszusprechen und so manches im in- und ausländischen Gebaren temperamentvoll zu beanstanden.

So oft nun auch das Habsburgerproblem von ungarischer Seite unheildrohend aufgerollt wurde, seine Nährwurzeln sind verdorrt, und der Deviseneifer selbst ist ohne einen auswärtigen Schürboden von ebenso geringer Bedeutung, wie viele andere Losungen, die dem politischen Leben Ungarns in der Vergangenheit ohne praktische Auswirkung das Gepräge gaben. Die Spannung in der ungarischen Königsfrage ist eigentlich ihrem Wesen nach nicht der entscheidende Trennungsimpuls zwischen dem christlich-nationalen und kleinagrarischen Prinzip, da diese vielbetonten Prinzipien selbst — im Grunde auch nur Losungen —, wie alles andere in der wandelsüchtigen Politik dieses Landes — zur allmählichen Auflösung bestimmt sind. Die christlich-nationale Partei ist sozusagen seit ihrer Gründung in mehrere Lager gespaltet, und die Bauernpartei könnte ebenso gut „Partei des Großgrundbesitzes" heißen, da in ihren Reihen neben dem Bauernführer Szabó und etlichen Bauernabgeordneten auch Landwirte größten Kalibers in reicher Zahl vertreten sind. Nach dem Bolschewismus schien es opportun, das Bauerntum in den Mittelpunkt politischer Agitation zu stellen und die Bodenreform als dringlichste Frage aufs Programm zu setzen. In Wirklichkeit ist eine Radikallösung des Agrarproblems zugunsten des kleinen und mittleren Besitzes in Ungarn kaum einem der leitenden Köpfe erwünscht.

Was sich aus dem Hader der Parteischattierungen als dominierender Gegensatz herausschälen läßt, das ist der Widerspruch zwischen einer repräsentativen und realpolitischen Schicht. Bei der Gründung des neuen Systems hatten die Repräsentativen das entscheidende Uebergewicht. Terror und die Begeisterung der Straße dienten ihren Zwecken.

Digitized by Google

Ihr Wahlspruch war: restlose Wiederherstellung aller verbrieften Verfassungssymbole, des äußeren Glanzes von ehedem, auf daß ihnen die Machtinstitution auf dem Fuße folge. Freilich mußte die Habsburgerlosung auch von diesem Gesichtswinkel ausgehen. Als merkwürdige Lehre der letzten Monate erweist es sich nun, daß die reaktionären Scharfmacher der sogenannten „Epoche des weißen Terrors" alle und insgesamt Kulissenschieber waren, und daß die machtverlustigen Führer der alten Politik im Hintergrunde standen, um nach allmählichem Abflauen der Gewaltsmechanik „befreiend" hervorzutreten. Graf Andrássys vor kurzem erfolgter Eintritt in die christlich-nationale Partei gibt für das ganze christlich-nationale Gestaltungsfieber erst einen symbolischen Erklärungsgrund.

Indes schlich sich in die Politik der „alten Herren" ein erheblicher Rechnungsfehler ein. Der Terror versagte ebenso wie die erhitzte Jagd nach einer verblaßten Symbolik. Sehr gegen ihren Willen muß die Regierung aus Selbsterhaltungsgründen heute noch mit der zweischneidigen Waffe einer gestrengen Pressezensur hantieren. Die Gewalt ihrer eigenen Organe beginnt ihr nur zu lästig zu werden, aber ein Methodenwechsel würde ihr den Todesstoß versetzen. Gleichsam unter ihrem Schutze, obgleich zu ihrem Verderben, schwillt die Schar der Realpolitiker an, die mit einer Tendenz gegen den Klerus, gegen die Monopolpolitik der Aristokraten und auch gegen die habsburgische Restauration im Zeichen eines gemäßigten Konservatismus zur Reorganisation der erschütterten Finanzwirtschaft schreitet und mit den maßgebenden Kreisen der Entente und des neutralen Auslandes Fühlung hat.

Die Habsburger-Sinfonie ist heute lediglich auf das Niveau einer hohlen Fanfarenbläserei herabgesunken. Das Abenteuer der vergangenen Wochen trug das seinige zur Verflüchtigung der letzten Illusionen bei. Ein abgesetzter Monarch darf sich nicht einem Geschäftsreisenden gleich straflos eine Informationsreise gönnen. Was in Budapest und Steinamanger so kläglich mißglückt ist, kann kein künstlich gewobener Glorienschein mehr ungeschehen machen. Die Reste des Habsburger Zünd- und Gärungsstoffes sind ausgeglommen, und mit Karls Abreise scheint ein verderblicher Streitpunkt aus der ungarischen und internationalen Politik für die Dauer beseitigt.

Briands Drohrede

Von Dr. jur. Otto Ebstein.

Seit den verhängnisvollen ersten Tagen des Oktobermondes von 1918 hat der Begriff „Politik" für Deutschland eine vollkommen neue Bedeutung erhalten. Diese Wandlung vollzog sich mit dem Augenblick, in welchem unsere Oberste Heeresleitung es für ihre Pflicht erachtete,

Digitized by Google

die Reichsregierung zur unbedingten und uneingeschränkten Annahme der gegnerischen Waffenstillstandsbedingungen zu veranlassen. Man kann auf diesen Augenblick das Wort anwenden, das Goethe am Abend der Kanonade von Valmy gesprochen hatte: „Von heute und hier an beginnt eine neue Periode der Weltgeschichte." Der Sprachgebrauch versteht unter der „Politik" irgendeines Landes die Erreichung bestimmter Ziele durch mittelbare oder unmittelbare Entfaltung von Machtmitteln. Neben den Rüstungen spielen unter diesen Machtmitteln die Bündnisse eine große Rolle. Auch die diplomatische Verhandlung wird nur unter der entfernteren oder näheren Bedrohung mit Machtmitteln geführt. Und am Ende aller „Politik" steht die rücksichtslose Gewalt, der Krieg, der nichts anderes ist als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Diese Auffassung der Politik ist noch heute für Frankreich, England, Italien, Polen, Jugoslawien, Nordamerika, Japan und viele andere Länder gültig; sie ist seit dem Waffenstillstandsbegehren vom 5. Oktober 1918 nicht mehr gültig für Deutschland. Wir dürfen uns keiner Selbsttäuschung darüber hingeben, daß wir tatsächlich mit dem Begriff „Gewaltpolitik" gebrochen haben, aber wir dürfen uns ebensowenig darüber täuschen, daß unsere Gegner, trotzdem sie sich zu einem sogenannten „Völkerbund" vereinigten, keineswegs mit der Gewaltpolitik gebrochen, keineswegs auf Rüstungen, Bündnisse, Drohung und Krieg verzichtet haben. Daß unsere künftige Politik keine andere sein kann als eine Friedenspolitik — diese Umstellung hängt gar nicht von unserem Wollen ab; sie ist das Gebot eiserner Notwendigkeit, logische Folge unserer Haltung am 5. Oktober 1918, die wir nicht rückgängig machen können.

Keine andere Macht erklärt sich so offen als von den Grundsätzen der alten Gewaltpolitik erfüllt wie Frankreich. Die Namen seiner Präsidenten der Republik und seiner Ministerpräsidenten mögen sich ändern, die Grundsätze der Außenpolitik bleiben die gleichen. Im Grunde ist ja seit den ersten Tagen des französischen Königtums in dieser Hinsicht eine feste Ueberlieferung herrschend gewesen. Die Friedensschlüsse von 1713, 1815, 1871 haben den französischen Gewaltwillen nur äußerlich eingeschränkt, ihn nur für verhältnismäßig kurze Zeiträume zurückgedrängt. Daher ist auch für die am 5. d. M. im französischen Senat gehaltene Rede des Ministerpräsidenten der Name Briand nichts Wesentliches. Kein anderer Ministerpräsident hätte anders gesprochen; auch hätte die Anwesenheit eines anderen Ministerpräsidenten an der Macht die „Sanktionen" nicht verhindert. Ebenso wie die als „Sanktionen" bezeichneten Zwangsmaßregeln ist auch die Rede Briands erfüllt vom Geiste der Gewalt. Die Stelle, die diesen Geist am stärksten zum Ausdruck bringt und bisher in recht verschiedenen

Digitized by Google

Fassungen in der Presse verbreitet worden ist, lautet nach dem Bericht des Pariser „Eclair" vom 6. d. M. folgendermaßen:

„Am 1. Mai wird in rechtsgültiger Form festgestellt werden, daß Deutschland in allen Punkten den Vertrag nicht erfüllt hat: Abrüstung, Bestrafung der Kriegsverbrecher. Nachdem der böse Wille des Schuldners gebührend festgestellt ist, werden wir unseren Verbündeten sagen: Der Gläubiger hat das Recht, Zwang auszuüben. (Sehr richtig!) In London hat Deutschland sich des Vertrages bedient, um uns zu hindern, vor dem 1. Mai zu handeln. Nachdem der Verfalltag eingetreten ist, kehren wir in das gemeine Recht zurück. Morgen, das sage ich laut (ich bin ein Mann, der überlegt, den man zuweilen sogar beschuldigt hat, zu lange zu überlegen, aber ich verliere mein Ziel niemals aus den Augen), wenn Deutschland also morgen versucht, sich noch weiterhin seinen Verpflichtungen, seinen Verbindlichkeiten zu entziehen, so wird eine feste Hand Deutschland am Kragen packen. (Lebhafter, langdauernder Beifall.)"

Briand gibt dann der Ueberzeugung Ausdruck, das „am Kragen gepackte" Deutschland werde die Mittel zur Zahlung der Milliarden, die es heute angeblich nicht besitze, in seinen Taschen finden. So laut auch nach den Zeitungsberichten der Beifall war, der diese Erklärungen des Ministerpräsidenten aufnahm, so haben sich dennoch wohl an hundert Senatoren, also fast ein Drittel des Senats, am Tage darauf der Abstimmung über das Vertrauensvotum für Briand enthalten. Diese Enthaltung scheint allerdings ihren Grund mehr in dem Mißtrauen gegen Briands Kirchenpolitik (Annäherung an den Vatikan durch Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen) als in Briands deutscher Politik zu haben. In dieser stimmt ihm wohl vielmehr der ganze Senat bei. Nur in der Kammer stößt die Gewaltpolitik auf einzelne vernünftige Widersprecher, welche in ihr nicht das geeignete Mittel erblicken, auf diesem Wege von Deutschland die für Frankreich notwendigen Zahlungen, Sachlieferungen und Wiederaufbauarbeiten zu erhalten. Welcher Art die angedrohten Maßregeln sein werden, darüber hat Briand sich nicht näher ausgelassen. Aber aus dem von ihm gebrauchten Bilde des „am Kragen Packens" kann man schließen, daß es sich um militärische Maßnahmen — begleitet von solchen wirtschaftlicher und steuerfiskalischer Art — handeln wird. Daß man die militärischen Maßnahmen schärfer gestalten wird als die bisherigen Besetzungen, ist leider zu befürchten. Erstlich hat man sich von der Unergiebigkeit der bisher ins Werk gesetzten „wirtschaftlichen" Sanktionen so ziemlich überzeugt und wird schon aus diesem Grunde mehr Gewicht auf militärischen Zwang legen wollen. Dann spielt aber auch ein psychologischer Grund mit: Briand ist keineswegs eine starke, in sich selbst sichere Persönlichkeit. Er macht sowohl körperlich als seelisch eher den Eindruck einer gewissen Schlaffheit, hat übrigens auch unter seinen Par-

Digitized by Google

lamentskollegen den Ruf eines ganz hervorragenden Nichtarbeiters. Gerade solche Naturen sind nun in einer Lage, in welcher die auf sie schauende Welt eine energische Bewährung von ihnen erwartet, leicht zu übermäßig scharfem Vorgehen geneigt. Dazu kommt zweifellos die Aneiferung durch die Generäle, die in einer weiteren Ausdehnung der Besetzung kaum etwas anderes als militärische und andere Annehmlichkeiten erblicken werden. Daß dieser Herren ein Wiederbeginn des Krieges gar nicht unerwünscht wäre, das liegt so in der Linie der Entwicklung der höheren französischen Militärseele, daß es eigentlich kein Erstaunen erwecken dürfte. Allerdings hat Briand sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß der Friedensvertrag von Versailles noch in Kraft sei, was ja wenigstens das Gute hat, daß der Kriegszustand nicht von selbst wieder eintritt. Es dürfte auch von deutscher Seite zweckmäßig betont werden, daß der Friedenszustand (wenigstens dem Vertrage nach) besteht. Gerade das formelle Bestehen des Friedenszustandes läßt ja die Gehässigkeit und Unrechtmäßigkeit der Sanktionen recht grell hervortreten.

Daß wir in Deutschland einer Zeit schwerer Prüfung entgegengehen ist jedem Einsichtigen klar. Prüfung besonders in dem Sinne, daß unsere Fähigkeit zur Selbstbeherrschung auf ernste Proben gestellt wird. Wir dürfen uns nicht der Erwartung hingeben, daß wir diese Schwierigkeiten durch irgend etwas anderes lösen werden als durch ein schöpferisches und zweckmäßiges Durchdenken der Wiedergutmachungsfrage und durch praktische und überzeugende Vorschläge auf diesem Gebiet. Man wird hoffentlich ohne Mißverständnis den Wunsch auffassen, die Deutschen von 1921 möchten sich die Franzosen von 1871 zum Vorbild nehmen. Was die Franzosen von 1921 betrifft, so legen sie sich ersichtlich einige Eigenschaften bei, die von ihren deutschen Nachbarn als nicht mehr ganz zeitgemäß betrachtet werden. In dieser Umwandlung, Abstreifung und Uebernahme von Eigenschaften liegt der Kern der Frage der Veränderung, der Erneuerung der Politik, von der im Anfang dieses Aufsatzes ausgegangen wurde. Wer sich im höchsten Sinne und am besten anpassen kann, der wird überleben — wirtschaftlich, politisch, sittlich und völkisch.

Das preußische Problem

Von Dr. Friedrich Thimme.

Die bevorstehende Beratung des Provinzialautonomiegesetzes in der preußischen Landesversammlung legt es nahe, endlich einmal das zentrale Problem unseres innerpolitischen Lebens, das preußische Problem, ernstlich anzupacken. Man muß sich wundern, daß das öffentliche Interesse sich dieser grundlegenden Frage bisher so wenig zugewandt hat. Zur Zeit

Digitized by Google

Weimarer Verfassungsberatungen ist ja viel über das dualistische
blem geredet und geschrieben worden; aber das Resultat war schließlich
, daß man der prinzipiellen Entscheidung aus dem Wege ging und sich
nügte, durch den vielberufenen § 18 der Reichsverfassung einen Weg
Freie offenzuhalten. Die durch diesen Paragraphen festgelegte zwei-
rige Karenzzeit hat das Gute gehabt, die Separationsbestrebungen, die
anfänglich, zumal im Rheinlande, ziemlich hitzig geltend gemacht
ten, auf eine Weile zur Ruhe zu bringen. Es ist nur wenig bekannt-
worden, daß schon vor geraumer Zeit auf dem Rheinischen Provinzial-
ldtage sich alle Parteien verbindlich gemacht haben; eine Loslösung
n Preußen so lange nicht zu beantragen, als die Besetzung auch nur
nes Teils der Rheinlande andauere. Vielleicht darf man hoffen, daß
: in der preußischen Verfassung verheißene Provinzialautonomie in
rbindung mit der Einrichtung des Staatsrats, die den Provinzen ja
ch auf das Staatsganze einen bisher nicht erhörten Einfluß einräumt,
n sich in den Provinzen geltendmachenden Selbständigkeitsdrang hin-
chend befriedigen wird, um das Sicherheitsventil des § 18 unnötig
machen. Leider hat die verfassunggebende preußische Landesversammlung
verabsäumt, auch insofern eine Lösung des Preußenproblems zu er-
chtern, daß die Einrichtungen des preußischen Staates soviel wie immer
glich denen des Reiches angeglichen wurden. Wäre z. B. auch in
reußen ein Staatspräsident bestellt worden, so hätte die Möglichkeit be-
nden, Preußen und das Reich wie bisher durch eine Personalunion
nter einen Hut zu bringen, während Ebert sich, als er in der preußischen
egierungskrise eine Vermittlung versuchte, sagen lassen mußte, daß ihn
s gar nichts angehe. Der während der preußischen Verfassungsberatungen
n dem Universitätsprofessor Radbruch im „Vorwärts" vom 3. No-
mber 1920 zur Diskussion gestellte Vorschlag, Preußen zum Reichsland
machen, dergestalt, daß die Reichsregierung zugleich die preußische
egierung, die Reichstagsabgeordneten der preußischen Wahlkreise zugleich
e preußische Landesversammlung bildeten, ist leider ganz unter den
isch gefallen. Gewiß war dieser radikale Vorschlag, wie der Präsident
r verfassunggebenden preußischen Landesversammlung, Leinert, in einem
ngehenden Aufsatz, ebenfalls im „Vorwärts", dargelegt hat, nicht ohne
oße Inkonvenienzen durchzuführen; aber er wäre es wert gewesen, zum
nlaß genommen zu werden, um in der Landesversammlung das Problem
seiner ganzen weittragenden Bedeutung aufzurollen. Keine der Parteien
damals auf den Gedanken gekommen, durch möglichste Homogenität der
eußischen Staatseinrichtungen mit denen des Reiches ein künftiges Auf-
hen Preußens im Reiche zu erleichtern. Jetzt, nachdem die verfassung-
bende preußische Landesversammlung zu einer definitiven und das preu-
sche Staatswesen zu einem konstruktiv geschlossenen geworden ist, hat sich

Digitized by Google

die Lösung des preußischen Problems um vieles schwieriger gestaltet. Ein Staatswesen, das in aller Form Rechtens konstituiert ist, ein Parlament, das sein Dasein genießen gelernt hat, und sei es auch nur durch vieles, allzuvieles Reden, wird immer auf das j'y suis, j'y reste gestellt sein. Ob es nicht geratener gewesen wäre, den Abschluß der preußischen Verfassung hinauszuziehen, bis eine befriedigende Lösung des preußischen Problems gefunden oder wenigstens bis zur äußersten Möglichkeit verfolgt wäre?

Soviel nun auch seit den Tagen der Revolution, wo es ein Leichtes gewesen wäre, den Einheitsstaat mit einem Schlage herzustellen, verpaßt ist, so gilt es jetzt um so mehr, die noch gebliebenen Möglichkeiten einer Lösung des Problems scharf ins Auge zu fassen. Da ist es denn mit Freude zu begrüßen, daß im Märzheft der „Deutschen Nation" sich die besten Köpfe, die in Deutschland über diese Frage nachgedacht haben, zu einer eingehenden Erörterung zusammengefunden haben. Da ist zunächst Staatsminister a. D. Drews, der Vater der preußischen Verwaltungsreform, dann Reichsminister a. D. Hugo Preuß, der Schöpfer der Reichsverfassung, schließlich Friedrich Meinecke, der Verfasser des wundervollen Buches „Weltbürgertum und Nationalstaat", in dem das preußische Problem zum erstenmal in einer ganzen Tiefe genetisch dargestellt worden ist. Zu ihnen hat sich noch der Reichsminister des Innern Koch mit einer eingehenden, in Nr. 158 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 6. April veröffentlichten Abhandlung über das Verhältnis Preußens zum Reich gesellt, der insofern besondere Bedeutung zukommt, als er uns eine Fülle von Belegen dafür gibt, wie groß die Friktionen zwischen dem Reich und Preußen andauernd sind, wie weit entfernt wir bis auf den heutigen Tag selbst in den wichtigsten Angelegenheiten, in denen das Interesse des Reichs und Preußens eine Einheitlichkeit gebieterisch verlangt, von solcher einheitlichen Geschäftsführung geblieben sind, und wie schlechthin notwendig eine durchgreifende Remedur ist.

Hier kann natürlich nicht eine eingehende Analyse der vier Aufsätze gegeben werden, von denen jeder das Problem in eingehender und geistvoller Weise erörtert. Was zumeist interessiert, ist, welche Mittel zur Lösung des Problems die verschiedenen Verfasser vorschlagen. Prinzipiell steuern sie alle auf den dezentralisierten Einheitsstaat los. Aber sie verwerfen ebenfalls sämtlich dessen alsbaldige Herbeiführung durch eine vorzeitige Auflösung Preußens. Ausdrücklich sprechen sich Drews, Meinecke und Koch, unter Verwerfung einer Anwendung des § 18, dafür aus, daß Preußen als staatlicher Großbetrieb, im Hinblick besonders auf die großen Kulturaufgaben, so lange erhalten bleiben möge, bis das Reich in der Lage sei, die einzelstaatlichen Aufgaben, die rationell eben nur von einem staatlichen Großbetrieb gelöst werden können, an sich zu ziehen. Auch Preuß, der

Digitized by Google

gegen die Anwendung des § 18 wohl weniger Bedenken hat, redet doch einer allmählichen und schrittweisen Entwicklung das Wort. Den Weg dazu sehen sämtliche Verfasser übereinstimmend in der erweiterten Autonomie und Selbstverwaltung der preußischen Provinzen, ihrer Vertretung im preußischen Staatsrat und im deutschen Reichsrat, also just dem Wege, den die preußische Verfassung eingeschlagen hat, und der nun durch das Gesetz über die Provinzialautonomie verfolgt werden soll.

Darüber hinaus streben jedoch sämtliche Verfasser noch eine engere Verbindung zwischen der Reichs- und der preußischen Zentrale an. Meinecke greift auf den Gedanken des alten freikonservativen Führers von Kardorff aus dem Jahre 1869 zurück, der eine nähere organische Verbindung des Norddeutschen Reichstages und des preußischen Landtages durch eine Identifizierung beider Körperschaften herstellen wollte, damit aber freilich nicht gegen den Widerspruch des damaligen Grafen Bismarck durchzudringen vermochte. Noch mehr erwärmt sich Meinecke für einen schon im Januarheft der „Deutschen Nation" von ungenannter Seite gemachten Vorschlag, wonach die preußischen Ministerien, nachdem ihr Geschäftskreis durch die Ausdehnung der provinziellen Selbstverwaltung verkleinert worden sei, in Staatssekretariate verwandelt werden sollten, die alle unter einem, dem einzigen preußischen Minister zu stehen hätten; dieser hätte dann zugleich in das Reichskabinett einzutreten. Freilich verbirgt sich Meinecke nicht, daß eine solche Lösung die am elegantesten die Verwandtschaft und zugleich Verschiedenheit des neu zu schaffenden Zustandes gegenüber dem der Bismarckschen Verfassung ausdrücken würde, die aber natürlich eine durchgreifende Verfassungsänderung mit sich bringen würde, gegen den Widerstand der trägen Masse schwer durchzusetzen sein würde. Das würde insbesondere dann der Fall sein, wenn in logischer Fortentwicklung des Gedankens später in analoger Weise neben dem preußischen Staatsminister auch noch bayerische, sächsische usw. Minister in das Reichskabinett treten sollten; alle ererbten Instinkte des Partikularismus würden sich gegen eine solche allmähliche Mediatisierung auflehnen. Im übrigen würde ein Reichskabinett, das nach Art des früheren preußischen Generaldirektoriums mit den Zentraldepartements zugleich eine größere Anzahl von Provinzialdepartements umfaßte, nicht nur ein merkwürdiger historischer Atavismus, sondern auch ein höchst ungefügiger und schwerfälliger Organismus sein. Dabei ist das Bedenken noch gar nicht berücksichtigt, das in einer vorzeitigen Herbeiführung von Verfassungsänderungen liegt. Preuß hat schon in unserer Zeitschrift (vom 4. Februar) eindringlich vor Verfassungsänderungen gewarnt, die den mühsam befestigten Boden des öffentlichen Rechts von Grund aus erschüttern müßten; er nannte sie einen „politischen Selbstmord für alle Richtungen, die eine Befestigung und Konsolidierung unserer staatlichen Ordnung erstreben". Preuß möchte

Digitized by Google

daher, und darin stimmt ihm schließlich auch Meinecke zu, die engere Verbindung zwischen der Reichs- und der besonderen preußischen Zentrale nicht auf dem Wege verfassungsmäßiger Organisation, sondern dem einer persönlichen und tatsächlichen Kombination von Ministerposten suchen. Er denkt vor allem an eine Personalunion zwischen dem Reichsminister des Innern und dem preußischen Minister des Innern, der vielleicht noch eine Zusammenlegung weiterer Ministerien folgen könnte. Drews scheint Verfassungsänderungen nicht so sehr zu scheuen wie Preuß, wie wir es denn ja auch bereits erlebt haben, daß die kaum unter Dach und Fach gebrachte preußische Verfassung schon wieder in einem wenn auch nicht erheblichen Punkte abgeändert worden ist. Andererseits hält Drews freilich den Gedanken, dem Reich die Hegemonie in Preußen, d. h. letzten Endes Preußen zum Reichslande zu machen, nicht für durchführbar. Eine völlige Beseitigung des Landtages und seine Ersetzung durch den Reichstag ist für das größte deutsche Land undiskutabel; aber auch eine Ersetzung des besonders gewählten preußischen Landtags durch die in Preußen gewählten Reichstagsabgeordneten wäre eine unerträgliche Deklassierung des größten Landes gegenüber allen anderen deutschen Ländern. Zu dem Gedanken einer Kombinierung von Reichs- und preußischen Ministerien nimmt Drews keine Stellung; man wird annehmen dürfen, daß er in diesem Punkte mit Preuß und Meinecke übereinstimmt.

Eine besondere Beachtung darf in diesen Fragen die Ansicht des Ministers Koch beanspruchen; als Reichsminister des Innern, der bereits über eine längere praktische Erfahrung verfügt, ist er ja wie kein anderer kompetent. Auch Koch hält es im Hinblick darauf, daß bis zu der Erreichung des dezentralisierten Einheitsstaats noch eine lange, gar nicht absehbare Zeit verstreichen wird, für unerläßlich, eine nähere Fühlung zwischen der Reichs- und der preußischen Regierung anzustreben. Mit Recht erklärt er den gegenwärtigen Zustand, daß sich beide Kabinette bei ihren Beratungen gegenseitig lediglich durch die Staatssekretäre in der Reichskanzlei und im preußischen Staatsministerium oder deren Hilfsbeamte vertreten, für durchaus unzureichend. Am erwünschtesten will es Koch, da bei dem Vakuum eines preußischen Staatspräsidenten eine Identifizierung der beiderseitigen Staatsoberhäupter nicht in Frage kommen kann, erscheinen, wenn das Amt des Reichskanzlers wiederum mit dem Amt des Ministerpräsidenten verbunden würde, oder wenn wenigstens das Amt des preußischen Ministerpräsidenten mit dem des Vizekanzlers vereint würde, wenigstens aber sollte doch das Ministerium des Innern als das politisch am interessierteste Ministerium gemeinschaftlich sein. Allerdings bemerkt Koch resigniert, daß beide Vorschläge zurzeit nicht erreichbar seien. Für erreichbar hält Koch hingegen, daß ein Minister ohne Portefeuille beiden Kabinetten angehöre. Mit besonderem Nachdruck setzt er sich weiterhin dafür ein,

Digitized by Google

daß Reich und Staat sich im Reichsrat und in wichtigen Reichsratsausschüssen durch einen eigenen Minister vertreten ließen, und er schlägt vor, diese beiden Ministerposten durch Personalunion in einer Person zu vereinigen. Koch ist der Ansicht, daß ein solcher Minister ein Verbindungsmoment ersten Ranges zwischen Preußen und dem Reiche werden könnte, und daß sich auf diesem Wege der größte Teil aller Schwierigkeiten schon im Keime ersticken ließe. Vielleicht ließe sich zu dieser Einrichtung noch ein Analogon dadurch schaffen, daß das Reich sich auch im demnächst zu bildenden preußischen Staatsrat etwa durch jenen Minister ohne Portefeuille, der beiden Kabinetten gemeinsam sein soll, vertreten ließe; eine doppelte Schnur hält ja, nach der trivialen Weisheit, desto besser. Vielleicht ließe sich, abgesehen von der Kombinierung einzelner Ministerposten im Reich und in Preußen auch ein gegenseitiges Hospitantenverhältnis beider Regierungen noch weit mehr ausdehnen und zu einer ständigen Einrichtung ausgestalten. Daß nach dieser Richtung noch viel, sehr viel geschehen könnte, und daß es auf diesem Wege möglich sein müßte, ein erträgliches Nebeneinanderarbeiten beider Regierungen herbeizuführen, vor allem, wenn bei der jetzigen, noch immer ungelösten Regierungskrise in Preußen die Homogenität mit dem Reiche durchgeführt und tunlichst auch die gleichen Ministerposten mit den gleichen Parteien besetzt werden, liegt auf der Hand.

Am Schlusse seines Aufsatzes bemerkt Koch mit der Resignation, die über allen vier von uns gewürdigten Aufsätzen liegt, er sei sich bewußt, daß seine Vorschläge keine großzügige Lösung vorstellten. Auch Meinecke bescheidet sich, daß es unter den bestehenden Verhältnissen gelte, bescheiden zu sein und die Reformforderung auf das Mindestmaß dessen, was die Sache verlange, zurückzuführen. Uns scheint, daß das Mindestmaß aber, zumal in der durch die preußische Regierungskrise gegeben günstigen Konstellation, unter allen Umständen herausgeholt werden sollte. Gerade deshalb sollte auch mit aller Energie auf der Grundforderung der Homogenität beider Regierungen bestanden werden; denn von diesem Sprungbrett aus läßt sich um so leichter auch eine Homogenität der Regierungssysteme erreichen, die zum guten Teil schon eine Lösung des preußischen Problems mit sich bringen würde. Wieder einmal gilt das Dichterwort: Was du von der Stunde ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück. Leider ist es von je das Schicksal des deutschen Volkes gewesen, die rechte Stunde zu versäumen.

Digitized by Google

Neuerscheinungen.

Das Buch über den Freiherrn vom Stein.

Max Lehmann, „Freiherr vom Stein". Neue Ausgabe in einem Bande. Verlag S. Hirzel in Leipzig. 622 S. brosch. 60 Mk.

Ähnlich wie vor einer Reihe von Jahren R. Koser sein breit angelegtes Werk über Friedrich den Großen in einer gekürzten Ausgabe erscheinen ließ, um mit dem Ergebnis seiner Forschungen und seiner Auffassung des Königs an einen weiteren Leserkreis, über die wissenschaftlichen Historiker hinaus, heranzukommen, so hat jetzt auch der Göttinger Professor Max Lehmann seine ursprünglich dreibändige Steinbiographie zusammengefaßt, damit sie auf ihrem neuen Weg rüstigere Schritte machen könne. Eine heute schmerzliche Tatsache trat hinzu: der völlige Neudruck hätte wohl solchen Buchhandlerpreis notwendig gemacht, daß dieser sich der eigentlichen Aufgabe des Werkes entgegengestemmt hätte. Denn das Buch hat heute eine Aufgabe. Die wissenschaftliche Erkenntnis ist in der ersten Auflage und Anordnung gesichert; wer irgend mit der Zeit der preußischen Erneuerung, mit dem Niederbruch des friederizianischen Staates sich auseinandersetzen will, muß in Lehmanns Darstellung der geistig und moralisch aktivsten Erscheinung jener Epoche ein Standard-Werk der Geschichtsschreibung anerkennen. Doch heute handelt es sich noch um anderes. In dem knappen Vorwort zu der neuen Auflage sagt der Verfasser: „Was ein großer, ethisch religiös veranlagter Charakter in scheinbar verzweifelter Lage des Vaterlandes vermag, glaube ich von neuem gezeigt zu haben. Vielleicht trägt das dazu bei, den heute in Deutschland so unheimlich wachsenden, schon vom Untergang träumenden Pessimismus einzudämmen." Und in der Tat, das Buch hat eine aktuelle Bedeutung, wenn anders Zeiten geschichtlicher Krisen, wie wir sie erleben, den Sinn aufgeschlossener machen für frühere Wendezeiten. Doch ist es an keiner Stelle, im Sinne publizistischer Wirkung, „aktualisiert", so daß Parallelen zum späteren angedeutet wären. Die zeitgeschichtliche Sachlichkeit spricht in einfacher, eingeborener Wucht. Der gelehrte Apparat ist weggelassen, die Zeit vor Steins großer politischer Betätigung gestrafft, der vom Biographischen sich entfernende Exkurs über die Struktur des alten Preußens gestrichen. Stein als Persönlichkeit tritt dadurch um so plastischer hervor.

Worin ruht nun der unvergängliche Reiz dieses Werkes? Seine sprachliche Haltung ist edel und bewegt, warm, ohne Dithyramben, klar und durchsichtig in der Darstellung der rechtlichen, sozialen und politischen Verhältnisse, mit einer Steigerung, wo menschliche Temperamente sich gegenübertreten. Der eminent aufs Nüchtern-Praktische, Mögliche, Erreichbare gerichtete Sinn Steins, seine an Verwaltungserfahrung geschulte Übung, Wesentliches zu erkennen, die tätige Bereitwilligkeit, dem Guten zu helfen, und der gläubige Optimismus an die schöpferischen Kräfte der zum wahren Gebrauch der Freiheit erzogenen Gesellschaft sind stärker betont als die jähe Leidenschaftlichkeit, das zornmütige Wesen eines groß angelegten, dämonischen Charakters — man spürt, daß jenes andere mehr der eigenen Empfindungslage des Verfassers entspricht. Das große hassende kämpferische Temperament Steins ist nicht verwässert, es spricht da, dort aus eigenen Dokumenten, aber in der psychologischen Führung ist es weniger zentral gezeigt, als wohl sein könnte, um die außerordentliche, die edlen Charaktere bezwingende, die halben verängstigende und abstoßende Wirkung der Persönlichkeit verdeutlichen.

Die Biographie dient nicht so sehr dem Psychologischen als dem Werk, der Leistung, dem Ideenkreis des großen Mannes. Da ist es denn immer erhebend und erschütternd, seinen Weg aus der Verwaltungsarbeit eines besonnenen, vorurteilslosen, tätigen Beamten herauswachsen zu sehen in die Rolle des Staatsmannes, der nun zunächst

Digitized by Google

nicht politischer Führer mit der Handlungsfreiheit eines überragenden Menschentums ist, sondern mühselig, gegen Widerstände, aber mit unverdrossener Beharrlichkeit erst Staatsgestalter wird. Diese Kapitel bei Lehmann sind mit die wichtigsten da Stein daran geht, aus den heiligen Traditionen von Fri drich Wihelm I. und Friedrich II. Stück um Stück zu lockern, herauszubrechen und dem Staatskörper, der im schwächsten und leidensvollsten Zustande ist, neue Gelenke, einen neuen Atem, einen neuen Geist zu geben. Der Staat als Verwaltung, das ist das erste; für ihn wird die Volkskraft entdeckt und vom Gegenstand zum Willensträger umgedeutet. Dann aber kommt bald, fast unvermutet und schließlich doch zwangsläufig, der zweite größere Beruf, der von Tragik, Undank, Verfolgung, Exil, Erfolg und Enttäuschung umwölkt ist: daß der preußische Verwaltungsreformer, in dem sich Ideenpolitik und praktischer Sinn für bare Zweckmäßigkeit so seltsam begegneten, zum heroischen Exponenten des nationalen Leids von ganz Deutschland emporwächst. Er, der nassauische Reichsritter, der das erniedrigte Preußen zur Heimat seines deutschen Glaubens gemacht und den Glauben trotz verzweifelnder Enttäuschungen über Friedrich Wilhelm III. und seine Umgebung bewahrt, darf um Deutschland selber sich nur kümmern als Beauftragter des — russischen Zaren! Eine ewig denkwürdige Verkettung. In den Jahren 1813 bis 1815, die er in ihrem Positiven doch wesentlich als eine Frucht seines Mühens betrachten darf was den neu erstehenden preußischen Volksgeist und was die Mächtekonstellation anlangt, bleibt er Hintergrundsfigur, tätig, warnend, anregend, planend, doch nicht zur Wirkung kommend, weil seine Autorität mehr unheimlich als bedankt ist. Seine eigenen Konzeptionen leiden unter diesem Zwitterzustand, und die wechselnden Pläne über die Zukunftsgestaltungen Gesamtdeutschlands sind von dem Zwang zu ausgleichenden Kompromissen gefärbt.

In Stein begegnen sich die zwei geistigen Strömungen, die seine Lebenszeit umgrenzen, Rationalismus und Romantik Von beiden wird er genährt, keine hat ihn besessen; er ist gänzlich undoktrinär. Aber wie sich die Züge mischen, das macht das Bild, aufs Symptomatische gesehen, so interessant; freilich, bedeutungsvoller als diese Bedingtheit ist das, was ihm allein gehört, die Tapferkeit seines Wesens.

Es ist im übrigen gut, sich wieder ins Gedächtnis zu rufen, wie vor bald hundertzwanzig Jahren in Preußen bestimmte Fragen der Provinzial- und Staatsverwaltung aussahen und wie die Finanzverpflichtungen des Tilsiter Friedens lauteten und die Probleme der Mobilisierung der Staatsdomänen und der Findung internationalen Kredits sich anhörten. Und wie eine Politik der äußeren Resignation innere Stärke einleitete.

Th. Heuß

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M Einzelnummer 1,50 M
Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft

Einzeln 90 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteli. 9 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Uebersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland liefert.

Aus den eingegangenen Urteilen:

„. . . . . die einzige politische Zeitung, die ganz objektiv Uebersetzungen aus der gesamten Auslandspresse bringt, und die daher zu halten, Pflicht jedes Deutschen ist, der Anspruch erhebt, als unterrichtet zu gelten . . . Wir haben außer der Auslandspost kaum eine Möglichkeit so restlos objektiver Tatsachenübermittlung." Hans v. Weber im soeben erschienenen „Zwiebelfisch" Jahrg. XI.

„Die „AUSLANDSPOST" hat in ihrer Haltung jene ernste Schlichtheit verwirklicht, die als Grundbedingung für alle politische Wirksamkeit erkannt werden muß. Sie unternimmt es, die Tatbestände der politischen Situation fortlaufend zu ermitteln. Woche für Woche stellt sie einen Auszug aus der Weltpresse her, einen exakt geführten Querschnitt durch die Aeußerungen aller Länder und Parteien. Ihr ist das so oft erstrebte Kunststück „Neutralität" virtuos geglückt." (Frankfurter Nachrichten, 22. 11. 20)

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag

VERLAG „DER NEUE MERKUR"

MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 385
Rohrbach, Was sie wollen 387
Delbrück, Ein Stücklein vom Abgeordneten Breitscheid 390
Niemann, Polens Hoffnungen und Polens Nöte . . 401
Juder, Vorschläge zur Preiswucherbekämpfung . . . 405

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 23. April 1921 Heft 17

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Die Bücher der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8

Unter den Linden 17/18

sind für den Deutschen die wichtigsten Dokumente zur jüngsten Geschichte Deutschlands, für den Angehörigen jeder anderen Nation unentbehrliches Quellenmaterial zur Zeit- und Weltgeschichte.

1. Der Vertrag von Versailles

Die einzige dreisprachige Ausgabe der Welt / Die kleine Ausgabe mit authentischem deutschem Text / Die Karten des verkleinerten Deutschlands / Das große amtliche Sachregister mit 15000 Stichworten / Der große Kommentar in etwa 7 Bänden und 6 Veröffentlichungen (in Verbindung mit dem Verlage Franz Vahlen)

2. Die Geschichte der Verhandlungen von Versailles

„Materialien, betreffend die Waffenstillstandsverhandlungen" Die Verhandlungen von Compiègne, Spa, Trier, Brüssel und Luxemburg in 8 Bänden / „Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen" Die Verhandlungen von Versailles in 15 Bänden / Die Veröffentlichungen der Deutschen Liga für Völkerbund zu den Verhandlungen von Versailles / Die „Dokumente" des Grafen Brockdorff-Rantzau

3. Die Materialien zur Schuldfrage

Die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" in 4 Bänden / Die „Diplomatischen Akten der Wilhelminischen Aera" in 15 Bänden / Das deutsche Weißbuch zur Schuldfrage / Die Petersburger Aufzeichnungen des Grafen Pourtalès / Kommentare und Schriften zur Schuldfrage

4. Die Schriften der Deutschen Liga für Völkerbund

Die „[illegible] zum Völkerbund" / Die „Flugschriften" der Liga / Der Kommentar [illegible] / Die Veröffentlichungen zu den Verhandlungen von Versailles [illegible]

5. Die Schriften der Deutschen Hochschule für Politik

„Politische Bildung" [illegible]

6. Die Autorenbücher des Verlages

Norman Angell [illegible] Graf Brockdorff-Rantzau [illegible]

[illegible]

7. Die Zeitschrift „Die Deutsche Nation"

[illegible]

6. Jahrgang * 23. April 1921 * Heft 17

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die vollkommene Aussichtslosigkeit, nach dem Rezept Doumer oder Loucheur oder Foch, zu einer deutlichen Hilfe für den französischen Staatshaushalt zu kommen, treibt Briand notwendig zu weiteren politischen Drohungen und Schritten voran. Er ist heute der Gefangene jener von Clemenceau erfundenen Methode, Diktate als Verträge zu bezeichnen und zu bewerten, daß ihm nichts anderes an staatsmännischen Auswegen bleibt, denn der Appell an die Gewalt. Mit ihm findet er eine gute Presse, aber nie ein irgend brauchbares Ergebnis. Auf dieses zu verzichten scheint für den Augenblick das einzige Vermögen der französischen Politik; denn das Uebersteigern ihrer Milliardenforderungen, das Verunklaren aller konkreten Verhandlungen, schaffen eine Atmosphäre, zwischen der die angekündigten neuen deutschen Angebote, noch ehe man von ihnen weiß, kränklich aussehen werden. Hinzu kommt die oberschlesische Frage. In ihrer Entscheidung wird ein Schwergewicht dessen zu suchen sein, was man „Sanktionen" nennt. Die Polen werden sich mit Vergnügen hier oder an anderen Stellen der Ostgrenze als die gutbezahlten Büttel der Entente gebrauchen lassen. Dann freilich geht der Glaube, daß in Europa irgendein Ausgleich, ein Vertrag, eine „Arbeitsgemeinschaft" der erneuten Gesinnungen entstehen könnte, endgültig ins Grab.

*

Lloyd George hat wieder einmal ein Meisterstück in der Regierungskunst geleistet. Er hat nicht nur dem Grubenarbeiterstreik die Spitze abgebrochen, sondern wahrscheinlich auch den Arbeiterdreibund gesprengt. Durch Zugeständnisse einerseits und Organisation des Widerstandes andererseits hat er die Geschlossenheit der Arbeiter zu zermürben verstanden. Schließlich setzte er die Grubenarbeiter in den Augen ihrer Bundesgenossen dadurch ins Unrecht, daß sie den Streik nicht mehr zu wirtschaftlichen, sondern politischen Zwecken führten. Die Transport- und Eisenbahnarbeiter lehnten darauf den Generalstreik ab. Gegenüber dieser unglaublichen Beweglichkeit im Verhandeln und großen Findig-

Digitized by Google

keit von immer neuen Mitteln, erscheint unser doktrinäres Festhalten der Parteien an vergilbten Programmen und einmal gefaßten Beschlüssen, wie wir es wieder in der Preußenkrise erleben, als ein unglaublicher politischer Dilettantismus. Wie man sieht, kann man wohl das parlamentarische Regierungssystem durch einen Parlamentsbeschluß einführen, aber bis es nicht im Volksbewußtsein fest eingewurzelt ist, wirkt es als schwerfälliger Apparat, der nur mit Krisen vorwärtsgetrieben wird. Es fehlt unseren Parteien noch an der Erkenntnis, daß sie verpflichtet sind, vor allem eine Regierung zu bilden, und sich nicht mit Neinsagen eine bequeme Oppositionsstellung zu schaffen.

*

An der etwas tragikomischen Episode der preußischen Regierungsbildung ist bis jetzt nur das eine erfreulich, daß Herr Stegewald erklärt, daß er nicht ruhen will, bevor er seine Aufgabe erfüllt hat. Der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist gesichert. Aber die Kraft seiner Anziehung und Abstoßung scheint sich in ständigem Wechsel erproben zu müssen. Denn bei der Sozialdemokratie wie bei der Volkspartei ist man sich darin einig, das Problem nicht staatspolitisch, sondern ausschließlich parteitaktisch anzufassen — daran krankt die Lage unheilbar. Bei der Volkspartei fürchtet man im Augenblick, da der Tod der früheren Kaiserin monarchische Gefühle lebendig macht, eine entschlossene Geste, die als dauerhafte Anerkennung der jetzigen Staatsform gelten könnte; die Sozialdemokraten, ihre Stärke gegenüber den Massen immer noch mit vorsichtiger Aengstlichkeit beurteilend, sind wie eine alte Jungfer, die sich nicht mit einem renommistischen Kavalier auf der Straße sehen lassen möchte. So bleibt die Entscheidung zwischen Halbheit und Zögern hängen, als ob die beiden Hauptbeteiligten darin das gleiche Ziel sehen, die Geschäftsunfähigkeit parlamentarischen Beginnes in Deutschland nachzuweisen.

*

Die Vereinigte Kommunistische Partei hat ihren früheren Vorsitzenden Dr. Paul Levi aus ihren Reihen ausgestoßen, weil er gegen Moskau, gegen den sinnlosen März-Putschismus in einer Broschüre anging. Persönlich ist der Fall nicht sehr interessant; immerhin ist damit die Märtyrerlegende zu Liebknecht und Luxemburg etwas gelockert, denn Levi war im Spätjahr 1918 deren Komet gewesen. Jetzt ist er reif, zur Konter-Revolution gerechnet zu werden; wann wird Klara Zetkin folgen? Der Zwischenfall ist bedeutsam nur als Symptom des unheilbaren Zersetzungsprozesses, in dem sich die wortreichste Gruppe der sozialistischen Bewegung findet. Freilich, was Zersetzung ist, heißt in jener Sprache: Reinigung. Indem man von den intellektuellen und idealistischen Genossen sich reinigt, geht die Stoßkraft immer deutlicher an das Verbrechertum und seiner Nachbarschaft über.

Digitized by Google

Was sie wollen!

Von Dr. Paul Rohrbach.

Auf dem Umwege über eine neutrale Stelle erhielt ich in diesen Tagen Einblick in die Erwägungen und Stimmungen führender französischer Kreise. Die Summe davon ist diese: den wirklichen Politikern in Frankreich wird es alle Tage deutlicher, daß sie nicht entfernt die Zahlungen von Deutschland erhalten werden, die sie fordern, ja daß die wirklichen Leistungen Deutschlands auch bei äußerster Anspannung der deutschen Kräfte weit hinter den verlangten Summen zurückbleiben müssen. Trotzdem bleiben die hohen Forderungen aufrecht erhalten, damit, falls Deutschland sie verweigert oder nicht erfüllen kann, weitgehende politisch-militärische Pläne verwirklicht werden können. Dabei wünscht man im stillen weit mehr das baldige deutsche „Nein", als die deutsche Unterschrift und das Versprechen besten Bemühens um die Zahlung. Was England angeht, so ist man sich in Paris sicher, daß von dort kein Widerstand kommt, oder, sollte er kommen, daß er nicht beachtet zu werden braucht. Man hat augenblicklich das Gefühl der vollständigen Ueberlegenheit über England. Die englische Politik ist gehindert durch den Gegensatz zu Amerika; gehindert durch die inneren Schwierigkeiten mit der Arbeiterbewegung, die Frankreich fast allein in Europa nicht zu fürchten braucht, weil es keine starke Industriearbeiterschaft hat; gehindert durch die Persönlichkeit Lloyd Georges, der nach seiner ganzen Natur und nach seiner Verknüpfung mit den Vernichtungszielen des Krieges und des Versailler Diktats den Rückzug in eine moralisch rettende Haltung nicht finden kann. Alle „wissenden" Franzosen sonnen sich außer im Gefühl der bevorstehenden definitiven Unschädlichmachung Deutschlands auch im Genuß der lange entbehrten Ueberlegenheit über England und der Abhängigkeit Englands von Frankreich.

Das einzige Unbehagen kommt von Amerika. Herr Viviani hat in New York und in Washington nicht schlecht gearbeitet. Er hat zweifellos Erfolg gehabt in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung – mehr als ihm seinerzeit in Südamerika geglückt war. Seine Erfolge bei den amerikanischen Regierungsstellen sind aber anscheinend gering. Amerika verweigert Anerkennung des Völkerbundes, verweigert die Annullierung der französischen Schulden, erklärt, daß ohne seine Zustimmung keine Abmachung unter den Alliierten im Zusammenhang mit der Beendigung des Krieges gelte – und man hat außerdem, was den Franzosen besonders unangenehm ist, angedeutet, daß der Wunsch nach Kassierung ihrer Schulden etwas eigentümlich berühre angesichts der enormen französischen Militärausgaben. Für derartigen Militarismus, auch wenn es französischer sei, hält man amerikanische Schenkungen nicht für notwendig.

Digitized by Google

Was Amerika angeht, so müssen wir Deutschen uns trotzdem vor allen bestimmten Hoffnungen hüten, namentlich augenblicklichen. Der Präsident Harding ist in der Hauptsache gewählt, um der aufkommenden Arbeiterbewegung in Amerika ein Ende zu machen und die Arbeiter wieder der unbedingten Diktatur des Kapitals zu unterwerfen. Von den sozialen Zuständen in Amerika wissen bei uns nicht allzu viele Leute. Wer sie kennen lernen will, wenn auch zunächst in der einseitigen Beleuchtung eines amerikanischen sozialistischen Schriftstellers, der lese die Schrift von Upton Sinclair „The Brass Check". Sinclair ist der Verfasser des seinerzeit berühmten Buches über die schauderhaften Zustände in den Schlachthäusern von Chicago „The Jungle". Er lebt in Pasadena in Kalifornien, und betreibt die Versendung seiner Bücher von dort aus persönlich. Die genannte Schrift kostet einen Dollar, für uns heute allerdings ein sehr hoher Preis. Es lohnt aber, ihn anzulegen, denn wenn man auch an vielen Stellen die persönliche Schärfe des Verfassers berücksichtigt, so bleibt doch eine solche Menge positiv beglaubigter Tatsachen, namentlich eine Fülle von Details, übrig, die das Urteil verständlich machen, der amerikanische Arbeiter genieße, trotz aller Gesetze über die Rechte der Bürger der Vereinigten Staaten, nur ein geringes Maß tatsächlicher sozialer Freiheit. Diesen durch den Krieg etwas erschütterten Zustand wünscht das amerikanische Großkapital ganz wieder herzustellen, und mit dieser Hauptaufgabe ist Herr Harding gewählt. Genaueres hierüber wird die „Deutsche Politik" voraussichtlich demnächst von einem sachkundigen Beurteiler zu bringen in der Lage sein.

Weder der neue Präsident noch sonst amerikanische Politiker haben auch nur die geringsten Sympathien für Deutschland. Sie sind erstens überzeugt, daß Deutschland im Begriff war, durch den Weltkrieg in Europa eine minderwertige, brutal-militaristische Kulturform zur Herrschaft zu bringen; zweitens davon, daß Amerikas Eingreifen die europäischen Völker vor diesem Schicksal gerettet hat; drittens, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich ist und daher verpflichtet, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen. Ich habe einen politisch sehr gebildeten Amerikaner die Frage gestellt, was er unter dieser „„Verantwortlichkeit" (responsability) verstehe: ob den Satz, daß, wer politische Fehler gemacht habe, die Folgen tragen müsse, oder den anderen, daß, wer ein Verbrechen begangen habe, Strafe verdiene? Er sah mich an und meinte: Ja, das ist allerdings ein Unterschied; ich glaube nicht, daß man ihn sich bei uns drüben in dieser präzisen Formulierung klar macht! Mir bestätigte hier die Erfahrung, die ich in immer mehr erschütternder Häufigkeit machte: daß die Stellen, von denen die wichtigsten politischen Entschlüsse ausgehen, oft bis zur Unmöglichkeit ununterrichtet und unklar im Denken sind. So wurde mir auch aus Kreisen unserer Großindustrie letzthin erzählt, daß große englische Geschäftsleute, die zur Wiederaufnahme von Beziehungen nach Deutsch-

Digitized by Google

land gekommen waren und nach der ersten steifen halben Stunde von sich aus über Politik zu sprechen anfingen, nicht die leiseste Ahnung davon hatten, daß ein General Suchomlinow und ein General Januschkewitsch einmal ausgesagt haben, sie hätten ihren Zaren belogen und einen gegebenen Befehl zur Einstellung der russischen Mobilisation nicht befolgt! Und solche Leute urteilen dann mit moralischem Pathos über die deutsche Schuld.

Es ist so und es bleibt dabei, daß eine der vornehmsten Aufgaben unserer auswärtigen Politik gegenwärtig die Bekanntmachung des Beweismaterials dafür ist, daß Deutschland wegen des „bewußt" und „planmäßig" begangenen „Verbrechens" des Weltkrieges zu einem furchtbaren Straffrieden verurteilt worden ist; daß es dieses Verbrechen nicht nur nicht begangen, sondern den Ausbruch des Krieges zu verhindern versucht hat; endlich daß die Ententemächte den Krieg mit Absicht vorbereitet, daß Rußland und Frankreich seinen Ausbruch herbeigeführt und daß die leitenden Persönlichkeiten in England das, obwohl sie es konnten, nicht verhindert haben. Das alles ist beweisbar, und das Beweismaterial ist nicht geheim, sondern öffentlich. Ebenso öffentlich sind allerdings die Fehler der deutschen Politik mindestens seit 1899, die schließlich dahin führten, daß eine Lage entstand, in der Deutschland einen Verteidigungskampf um seine Existenz mit Kriegserklärungen und Offensiven eröffnen mußte. Es ist sehr zu begrüßen, daß unter den parlamentarischen Richtungen in Deutschland zuerst die deutsche demokratische Partei beschlossen hat, einen Ausschuß zur Verfolgung der Schuldfrage im Sinne der moralischen Offensive gegen den Frieden von Versailles zu schaffen und mit den erforderlichen Arbeiten zu beauftragen. Auf eine formelle diplomatische Mitteilung aber, wie die neuliche der amerikanischen Regierung, sie sei zwar befriedigt über unsere Bereitwilligkeit zur Wiedergutmachung, müsse aber daran festhalten, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich sei, muß unter allen Umständen die Antwort nicht nur von deutschen politischen Parteien, sondern von der Reichsregierung selbst erfolgen.

Das ist notwendige Politik, aber eine Politik, die kaum noch Einfluß darauf üben kann, was in den nächsten Wochen geschieht. Der 1. Mai steht bevor, und wenn auch die englische Regierung neulich erklärt hat, sie sei durch kein Abkommen daran gebunden, französische Gewaltmaßregeln nach diesem Datum gutzuheißen, so ist das nach Lage der Dinge nicht allzu beachtlich. Die Zahl der unterrichteten Stimmen mehrt sich, die das Bestehen eines englisch-französischen Geheimvertrages, durch den Deutschland an Frankreich ausgeliefert wird, behaupten, und schließlich ist ja nicht der Vertrag die Hauptsache, sondern die politische Situation, die England nötigt, nach dem Begehren Frankreichs auf jeden Fall so zu handeln, als ob ein Vertrag bestände. Es ist gut und notwendig, daß die deutsche Regierung ihre äußerste Bereitwilligkeit erklärt und die äußersten noch mög-

Digitized by Google

lichen Angebote macht, um ihren guten Willen zu beweisen, aber es wäre höchst falsch, zu glauben, daß dadurch eine nennenswerte Chance für ein — Deutschland nicht planmäßig und bewußt zu Tode drückendes — Abkommen entsteht. Da in der augenblicklichen politischen Tatsachenrechnung die Größe „England" vernachlässigt werden kann und die Größe „Frankreich" die absolute militärische Ueberlegenheit behauptet, so wäre es nur noch der amerikanischen Politik möglich, die Franzosen an dem zu hindern, was sie nach den im vorigen Heft mitgeteilten französischen Zeitungsstimmen wollen. Dergleichen aber heute von Amerika zu erwarten, ist so gut wie ausgeschlossen. Die innere Einstellung der öffentlichen Meinung in Amerika, die auch ohne weiteres die Meinung der leitenden Männer ist, gegen Deutschland ist heute noch so, daß eine bewußte Rettungsaktion, nötigenfalls in scharfen Konflikt mit den Franzosen, einfach nicht in Frage kommt. Das amerikanische Volk ist durchaus nicht unfähig, seine Meinung auf Grund von Tatsachen zu ändern, die ihm durch überzeugungskräftiges Material bewiesen werden. In ihm ruht sogar ein starker Sinn für Gerechtigkeit und, wenn an dieses richtig appelliert wird, selbst von Ritterlichkeit, aber wenn jemand die Tatsachen nicht erfährt, auf Grund deren er sein Urteil ändern soll, so kann man keine Aenderung von ihm verlangen, und wenn die amerikanische Regierung uns ihre Ueberzeugung bescheinigt, wir seien in irgendeinem unklaren Sinne „verantwortlich" für den Krieg, ohne daß von unserer Seite ein Widerspruch oder ein Versuch zur Aufklärung erfolgt — was anderes sollen denn die Leute in Amerika von uns denken, als daß wir selber diesem Urteil zustimmen? Das amerikanische Interesse kann nicht rege werden, bevor wir anfangen, uns moralisch zu wehren, und dazu wird auch gehören, daß wir den mit aller Bestimmtheit zu erwartenden französischen Gewalt- und Foltermaßnahmen nach dem 1. Mai zwar mit der Wiederholung unserer Bereitwilligkeit begegnen, alles zu bezahlen, wozu wir uns verpflichtet haben und wozu wir imstande sind, darüber hinaus aber mit dem unerschütterlichen Entschluß, eher alles zu ertragen, als uns mit einer neuen Unterschrift unter die Gewalt zu beugen, die aus der Lüge und dem Wortbruch von Versailles gekommen ist, und die immer neu von dort kommen wird, solange Frankreich in der europäischen Politik den Ton angibt.

Ein Stücklein vom Abgeordneten Breitscheid

Von Hans Delbrück.

Wie Eduard Bernstein (s. Heft 14 dieser Wochenschrift), so hat jetzt auch der Abgeordnete Breitscheid („Sozialist", Nr. 12 v. 26. März) den Satz aufgestellt, daß er und seine Gesinnungsgenossen die deutsche Regierung niemals beschuldigt hätten, den Weltkrieg planmäßig vorbereitet und gewollt zu haben. Ebenso einig, wie in der Anerkennung dieser

Digitized by Google

Wahrheit sind die Herren von der äußersten Linken aber auch in der Kunst, ihr Anerkenntnis in so viel Anklagen und Beschuldigungen einzuwickeln, daß ihr Gegensatz gegen den Versailler Frieden darüber beinahe verschwindet. Es ist Herrn v. Gerlach, dem Nörgler von Profession, der an nichts in der Welt, und am allerwenigsten an der kaiserlich-deutschen Regierung kein gutes Haar zu lassen geneigt ist, gewiß nicht leicht geworden zu schreiben („Welt am Montag", 7. März): „Offen aussprechen, was erweislich wahr ist: die deutsche Regierung hat den Weltkrieg nicht planmäßig herbeigeführt." Kaum aber hat er das geschrieben, so hat er in Wiesbaden, also sogar im besetzten Gebiet, eine Rede gehalten, in der er gesagt haben soll, Deutschland habe Frankreich 1914 schmöde überfallen. Er weiß also nichts davon, daß Frankreich und Rußland in einem Bündnis standen, das gleichzeitige Mobilmachung und rückhaltlosen Einsatz aller Kräfte vorsah, und dessen verpflichtende Kraft die Franzosen im Juli 1914 in Petersburg ausdrücklich anerkannten; er weiß nichts davon, daß Rußland, ohne im geringsten bedroht zu sein, alle Verhandlungen über den serbischen Zwischenfall durch seine Mobilmachung abschnitt; er hat noch nichts gehört von Paléologues Enthüllung, daß der Zar der Mobilmachung zustimmte in dem vollen Bewußtsein, daß sie der Krieg sei; er weiß nichts davon, daß die französische Regierung die Vorstellung von dem Ueberfall der Deutschen in ihrem Volke künstlich erzeugte, indem sie, fein überlegt, die Nachricht von der russischen Mobilmachung unterdrückte und nur die deutsche Kriegserklärung bekanntgab. Alles das sollte eigentlich ein deutscher Politiker, der heute über die Kriegsschuld spricht, wissen. Man ist aber nie unwissender, als wenn man nicht wissen will, und wie weit diese Kunstfertigkeit getrieben werden kann, davon hat soeben der Abgeordnete Breitscheid ein Beispiel gegeben, mit dem wir uns etwas näher beschäftigen wollen.

Auch Herr Dr. Breitscheid kann nicht anders, als der Behauptung des Versailler Ultimatums, daß Deutschland den Weltkrieg planmäßig angezettelt habe, widersprechen. In demselben Artikel aber, in dem er dies tut, behauptet er, dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß liege darüber neueres Material vor, daß der Kaiser bereits Anfang Juli 1914 Anordnungen für die Vorbereitung der Mobilisierung an der deutschen Ostgrenze gegeben habe. Was er damit beweisen will, sagt Herr Breitscheid zwar nicht mit deutlichen Worten. Die Stimmung aber, die sein Hinweis erzeugt, kann keine andere sein, als daß Deutschland dennoch damals den Weltkrieg vorbereitet habe. Da ich als Sachverständiger dem betreffenden parlamentarischen Untersuchungsausschuß zugeordnet bin, und diese Akten zu prüfen habe, bin ich der auffälligen Behauptung Breitscheids nachgegangen und habe folgendes festgestellt.

Der General v. Bertrab, der als Stellvertreter des Chefs des Generalstabes zu den Herren gehörte, die am Morgen des 6. Juli 1914 zum Kaiser

Digitized by Google

befohlen waren, ehe er seine Nordlandsreise antrat, hat über diese Audienz am 20. August 1917 an den General Ludendorff einen Bericht erstattet, wonach der Kaiser ihm gesagt hat, er glaube zwar nicht, daß es zu einem Kriege kommen werde, und um diese Ansicht vor aller Welt zum Ausdruck zu bringen, werde er jetzt auch programmäßig seine Nordlandsreise ausführen. Um auf alle Fälle nicht überrascht zu werden, sei aber eine unauffällige Prüfung der Grenzsicherung in Ostpreußen, sowie einiger Mobilmachungsvorarbeiten angeordnet. Man sollte meinen, das sei wieder ein Beweisstück, daß der Kaiser weder den Krieg geplant, noch auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit erwartet hat. Denn die Anordnungen, von denen er spricht, sind ja nur Maßregeln, die jeder pflichtgetreue Kriegsminister ohnehin immer wieder, und besonders, wenn irgendwo auch nur die entfernteste Gefahr auftaucht, vorzunehmen hat. Der Kaiser hatte am Tag vorher mit dem Kriegsminister von Falkenhayn konferiert, und dabei ist offenbar auch jene Maßregel beiläufig erwähnt worden. Wir haben über diese Audienz die Aussage des Generals von Falkenhayn im Untersuchungsausschuß) Beilagen zu den stenographischen Protokollen, 1. Unterausschuß, Nr. 1, S. 62). Danach hat der Kaiser den Minister über den Ernst der Lage unterrichtet und ihn gefragt, ob das Heer für alle Fälle bereit sei. „Meiner Ueberzeugung entsprechend", schreibt Falkenhayn, „bejahte ich dies ohne jede Einschränkung ganz kurz, und fragte meinerseits nur noch, ob irgendwelche Vorbereitungen zu treffen seien. Seine Majestät lehnte ebenso kurz ab und entließ mich."

Die Prüfung der Grenzsicherung sowie der Mobilmachungsvorarbeiten erwähnt Falkenhayn nicht, sei es, weil diese Maßregeln ja nur zu seinen laufenden Geschäften gehörten, sei es, weil er es einfach vergessen hatte, daß sie in der Unterredung mit dem Kaiser erwähnt worden waren. So schreibt auch der General von Bertrab in einem zweiten Bericht, den er über eben dieselbe Unterredung mit dem Kaiser am 20. Oktober 1919 dem Auswärtigen Amt erstattet hat. „Anordnungen wurden weder während, noch im Anschluß an die Unterredung getroffen. Seine Majestät betonte sogar, daß er es nicht für nötig erachte, besondere Anordnungen zu treffen, da er an ernste Verwicklungen aus Veranlassung des Sarajevoer Verbrechens nicht glaube." Auch der Generalleutnant Graf Waldersee hat dem Untersuchungsausschuß berichtet, Bertrab habe ihm gemeldet, irgendwelche weitere Befehle habe er nicht erhalten, als daß er dem Chef des Generalstabes über die Zusagen des Kaisers an Oesterreich bezüglich des serbischen Konflikts berichten solle.

Alles ist vollkommen klar und eindeutig, und stimmt mit allem, was wir anderweit über die deutsche Politik und das Verhalten des Kaisers in den kritischen Wochen wissen. Deutschland plante den Weltkrieg so wenig und hielt selbst die Gefahr des Weltbrandes, wenn es auch die Lage als ernst ansah, für so wenig naheliegend, daß kaum die allerdringlichsten

Digitized by Google

Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden. Auch der Bertrabsche Bericht sagt nichts von angeordneten Mobilisierungsmaßregeln, sondern spricht nur von Prüfung einer bestehenden Einrichtung des Grenzschutzes, und laufender, sich jährlich erneuernder Arbeiten, der sogenannten Mobilmachungsvorarbeiten. Statt die Gewehre zu laden, wurde, sozusagen, nur nachgesehen, ob die Abzüge noch nicht eingerostet seien. Nicht einmal an der Westgrenze, sondern nur an der Ostgrenze wurden die Grenzsicherungen revidiert. Derselbe Kriegsminister, der mit dem Kaiser jene Unterredung am 5. Juli hatte, ließ noch am 9. Juli dem Intendanten der elsässischen Armeekorps schreiben, daß die vorschriftsmäßige Erneuerung der Verproviantierung der Festungen bis zum Jahr 1915 aufgeschoben werden dürfe. Noch in den letzten Julitagen hat Deutschland massenhaft Roggen exportiert, und eben ist in London ein Bericht der Kontrolleure der Filialen deutscher Banken in London erschienen, der feststellt, daß aus Deutschland und Oesterreich bis zum 31. Juli Gold nach London und Paris versandt worden ist, während London bereits seit dem 27. Juli Gold an sich zu ziehen suchte. Sollte etwa der Kaiser und seine Berater sich vorgestellt haben, daß wir mit Rußland anbinden könnten, ohne uns die Franzosen auf den Hals zu ziehen? Herr Breitscheid traut Herrn v. Bethmann-Hollweg halb und halb zu, er habe sich dergleichen eingebildet, und spricht ihm das Urteil, damit sei seine politische Unfähigkeit bewiesen. Wer möchte da widersprechen? Da nun aber umgekehrt feststeht, daß Bethmann in der Erkenntnis, daß der russische Krieg auch den französischen bedeute, denselben Scharfblick hatte, wie Dr. Breitscheid, so ergibt sich aus der Verschränkung der Prüfung der Grenzsicherungen auf den Osten nur von neuem die Bedeutungslosigkeit der ganzen Wendung. Daß der General v. Bertrab in seinem einen Bericht diese Wendung erwähnt, in dem anderen nicht, ist eine Differenz, wie sie immer vorkommen wird, wenn jemand mit einem Zwischenraum von drei Jahren aus dem Gedächtnis über eine Unterredung berichtet.

Wie ist nun Herr Dr. Breitscheid zu der Behauptung gekommen, daß der Kaiser bereits Anfang Juli 1914 Anordnungen für die Vorbereitung der Mobilisierung an der deutschen Ostgrenze gegeben habe?

Als Sekretär eines Unterausschusses der parlamentarischen Untersuchungskommission, dessen Vorsitzender Herr Breitscheid ist, und der die Friedensmöglichkeiten während des Krieges zu bearbeiten hat, funktionierte ein Herr Dr. Trier, der vor einiger Zeit ausgeschieden ist. Diesem Herrn ist im Mai vorigen Jahres zufällig der Bericht des Generals v. Bertrab an den General Ludendorff aus dem Jahre 1917 zu Gesicht gekommen. Das Aktenstück gehörte naturgemäß zu den Papieren des Unterausschusses,

Digitized by Google

der mit der Entstehung des Krieges betraut ist, und sollte gelegentlich öffentlicher Vernehmungen besprochen und herausgegeben werden. Herr Dr. Trier bemerkte die Differenz in den beiden Aussagen des Generals v. Bertrab, glaubte darin einen Gegensatz zu entdecken und berichtete darüber nicht nur an den Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses Dr. Gradnauer, sondern auch an den Abgeordneten Breitscheid, und so war dieser in den Stand gesetzt, der Welt von der angeblichen Entdeckung Kunde zu geben. Indem er aber nun schreibt, daß der Kaiser „Anordnungen für die Vorbereitung der Mobilisierung an der deutschen Ostgrenze" gegeben habe, hat er Wortlaut und Sinn des Bertrabschen Berichts nicht nur unrichtig wiedergegeben, sondern objektiv gefälscht. Prüfung bestehender Einrichtungen und laufender Arbeiten, die den Zweck haben, die Mobilisierung zu ermöglichen, ist etwas anderes als „Anordnungen für die Vorbereitung der Mobilisierung".

Es ist das vollständige Gegenstück zu jener Fälschung des Schönschen Berichts, mit der seinerzeit Eisner die moralische Stellung Deutschlands in der Welt nicht ohne Erfolg zu untergraben suchte.

Wenn Herr Dr. Breitscheid etwa glaubte, daß der Bertrabsche Bericht in dem zuständigen Unterausschuß nicht richtig gewürdigt werde, oder daß er sofort an die Oeffentlichkeit müsse, so stand es ihm frei, sich an seinen Fraktionsgenossen, der in dem Ausschuß sitzt, zu wenden, und durch ihn, was er wünschte, beantragen zu lassen. Die Inkorrektheit in dem Verfahren der Herren Trier und Breitscheid ist so grob, daß kein Ausdruck dafür zu stark sein würde. Man denke: ein Beamter des Untersuchungsausschusses gibt von einem Aktenstück, das ihm in seiner amtlichen Eigenschaft bekannt geworden ist, einem außenstehenden Abgeordneten Kenntnis, dieser benutzt es für die Oeffentlichkeit und gibt ihm, da ihm die Kenntnis der Zusammenhänge fehlt, eine grundfalsche Auslegung, um im Sinne seines Parteistandpunkts Propaganda zu machen. Wie soll da eine ordnungsmäßige Behandlung und Verwertung der Urkunden möglich sein? Welche unnötige Erschwerung und widerwärtige Störung der Arbeit der zuständigen Kommission und ihrer Sachverständigen, wenn sie nun erst den künstlich erzeugten Nebel aufhellen müssen? Diesem Gebaren entgegentreten zu können, habe ich von Herrn Dr. Gradnauer die Erlaubnis erbeten und erhalten, das betreffende Aktenstück schon jetzt vollständig zu veröffentlichen, und lasse die beiden Bertrabschen Berichte nebeneinandergestellt, wortgetreu folgen.

Chef pp. Nr. 2336 Pers.

Großes Hauptquartier, 13. August 1917.

(Eigentum des Reichsarchivs.)

Euere Exzellenz haben im Juli 1914 als ältesteter Oberquartiermeister den beurlaubten Chef des Generalstabes der Armee vertreten und sind

Digitized by Google

auch zu der am 5. Juli im Neuen Palais abgehaltenen Besprechung zugezogen worden.

Bei dem Streben unserer Feinde, die Schuld am Ausbruch des Krieges uns zuzuschieben, ist es von Wichtigkeit, die Vorgänge des Juli 1914 einwandfrei festzulegen.

Euere Exzellenz bitte ich daher um Vorlage eines Berichtes über die Vorkommnisse jener Zeit, wie sie infolge der Vertretung des Chefs des Generalstabes der Armee zu Euerer Exzellenz Kenntnis gelangten.

Von besonderer Wichtigkeit ist es mir dabei, Aufschlüsse zu erhalten über den Inhalt der Potsdamer Besprechung und über die Persönlichkeiten, die dabei beteiligt waren.

J. A.

gez.: Ludendorff.

An den Königlichen Generalleutnant und Chef der Landesaufnahme Herrn

von Bertrab, Exzellenz, Berlin.

Chef der Landesaufnahme
Nr. — Persönlich
Durch Offizier geschrieben
Vorgang: Dortiges Schreiben vom 13. 8. 1917. M. J.-Nr. 2336

Berlin NW 40, den 20. 8. 17.
Moltkestr. Nr. 4.

In der Frühe des 5. Juli 1914*) erhielt ich den Befehl, mich am Vormittag desselben Tages bei Seiner Majestät im Neuen Palais zu melden. Ich begab mich sofort dahin und wurde in den an das Palais anstoßenden Garten geführt. Seine Majestät befand sich im Gespräch mit einem höheren Seeoffizier, in einer Allee auf und abgehend. In der Nähe des Schlosses befand sich Ihre Majestät und ein Flügeladjutant. Weitere Persönlichkeiten waren außer einem Kammerdiener nicht zugegen.

*) Im Text steht 5. Juli; das ist ein Gedächtnisfehler; der Kaiser hat die Reise am 6. Juli früh angetreten.

Berlin, den 20. Oktober 1920.

Dem Auswärtigen Amt

erwidere ich sehr ergebenst, daß am 6. Juli 14 S. M. der Kaiser mich persönlich ohne Zeugen über seine Auffassung der durch die Maßnahmen Oesterreichs geschaffenen Lage orientiert hat, damit ich, als damals ältester in Berlin anwesender Offizier des Generalstabes den in Karlsbad weilenden Chef des Generalstabes darüber informiere. Anwesend waren im Hintergrunde J. M. die Kaiserin, ein Adjutant und ein Lakai. Unmittelbar vorher sprach S. M. — offenbar zum gleichen Zwecke — mit einem Marineoffizier, ebenfalls unter vier Augen, der sich sofort nach der Besprechung entfernte. Nachdem der Kaiser mich entlassen hatte, bestieg er sein Auto zum Antritt seiner Nordlandreise. Anordnungen wurden weder während noch im Anschluß an die Unterredung getroffen. S. M. be-

Digitized by Google

Nach Beendigung des Gesprächs mit dem Seeoffizier winkte Seine Majestät mich heran und gab mir den Befehl, an den Herrn Chef des Generalstabes der Armee, Generaloberst v. Moltke in Karlsbad, folgendes zu übermitteln:

Der Kaiser von Oesterreich habe ihm ein Memorandum über die Ereignisse in Serajewo und sich daran anschließende Vorgänge zustellen lassen. Aus diesem Memorandum gehe hervor, daß die serbische Regierung an den Ereignissen beteiligt sei. Nachdem andere Schritte ergebnislos geblieben seien, beabsichtigte die österreichische Regierung an Serbien ein Ultimatum zu stellen zur Erzwingung der zur Wahrung der Ehre und Sicherheit des Landes unerläßlichen Forderungen. Seine Majestät habe darauf im Einverständnis mit dem Kriegsminister antworten lassen, er billige den österreichischen Standpunkt und sei bereit, falls Rußland bei einer etwaigen Unternehmung gegen Serbien Oesterreich in den Arm fallen sollte, seine Bundespflicht zu erfüllen und Oesterreich den Rücken zu decken. Seine Majestät fügte hinzu, er könne sich nicht denken, daß die österreichisch-serbische Auseinandersetzung zu einem Kriege führen werde. Kein Staat werde es wagen können, die Verantwortung für einen Krieg auf sich zu laden, der eine offene Zustimmung zu dem Serajewoer Verbrechen bedeuten würde. Käme es trotzdem zum Kriege, so könne man nach der neuesten Heeresergänzung und bei der Ueberlegenheit der eigenen schweren Artonte sogar, daß er es nicht für nötig erachte, besondere Anordnungen zu treffen, da er an ernste Verwicklungen aus Veranlassung des Serajewoer Verbrechens nicht glaube.

von Bertrab,
Gen. d. Inf.

Digitized by Google

tillerie des Feldheeres mit Ruhe dem Ausgang entgegensehen. Um auf alle Fälle nicht überrascht zu werden, sei zwar eine unauffällige Prüfung der Grenzsicherungen in Ostpreußen sowie einiger Mobilmachungsvorarbeiten angeordnet. Seine Majestät wiederholte aber, daß er nicht glaube, daß es zu einem Kriege kommen werde. Um diese Ansicht vor aller Welt zum Ausdruck zu bringen, werde er auch programmmäßig seine Nordlandreise ausführen.

Unmittelbar nach meiner Entlassung bestieg Seine Majestät den Kraftwagen und trat die Nordlandreise an.

Soweit ich mich auf mein Gedächtnis verlassen kann, waren dies die springenden Punkte der Unterredung. Alle übrigen etwa noch gefallenen Bemerkungen paßten sich den entwickelten Gedanken an. Zeugen der Unterredung waren nicht zugegen. Auch während dieser befanden sich im Garten nur noch Ihre Majestät und ein Flügeladjutant, die jedoch von ihrem Standpunkt aus nichts von der Unterredung verstehen konnten.

gez.: von Bertrab.

Der Bertrabsche Bericht, wenn er auch an sich nur schon Bekanntes bestätigt, und das Neue darin keine Bedeutung hat, wird schließlich doch noch wichtig dadurch, daß er Licht in einen bisher schwer zu erklärenden Zwischenfall bringt.

Im Auswärtigen Amt ist eine Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. dem Bussche vom 30. August 1917 gefunden worden, die lautet (abgedruckt Deutsche Dokumente IV, S. 171):

„Am Tage, nachdem der österreichisch-ungarische Botschafter im Juli 1914 S. M. dem Kaiser das von Graf Hoyos überbrachte Schreiben Kaiser Franz

Digitized by Google

Joseſs überreicht hatte und der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und Unterstaatssekretär Zimmermann in Potsdam empfangen wurden, fand in Potsdam eine Beratung militärischer Stellen bei Seiner Majestät statt. Es nahmen teil: Exz. Capelle für Tirpitz, Kap. Zenker für den Admiralstab, Vertreter des Kriegsministeriums und des Generalstabs. Es wurde beschlossen, auf alle Fälle vorbereitende Maßnahmen für einen Krieg zu treffen. Entsprechende Befehle sind darauf ergangen. — Quelle durchaus zuverlässig."

Es ist völlig nachgewiesen, daß eine solche Besprechung niemals stattgefunden hat sondern, daß diese Erzählung entstanden ist aus dem Einzelempfang verschiedener Persönlichkeiten, zu denen auch Falkenhayn und Bertrab gehörten, deren Berichte darüber wir kennengelernt haben. Wie ist nun Herr v. d. Bussche zu jener Aufzeichnung gekommen? Er selber hat auf Anfrage erklärt, daß er sich der Quelle nicht mehr erinnere. Durch die Auffindung des ersten Bertrabschen Berichts scheint nun der Zusammenhang erklärt zu sein. Dieser Bericht ist vom 20. August 1917. Die Aufzeichnung Busſches vom 30. August. Es hat also in jenen Tagen irgendjemand im Auswärtigen Amt oder im Generalstab den an General Ludendorff gerichteten Bericht etwas flüchtig gelesen, ihn mit den damals umlaufenden Gerüchten über einen Kronrat kombiniert und das Bild, was er sich daraus gemacht, dem Staatssekretär v. d. Busſche als Tatsache erzählt. Es ist ein wahrer Schulfall für die dem Historiker geläufige Erfahrung, wie sehr mündliche Berichte schon an der zweiten Stelle Gesicht und Inhalt verändern können.

Wer heute über die Schuldfrage schreibt, von dem sollte man erwarten, daß er einigermaßen die Literatur kennt. Wir sahen schon, wie es da mit Herrn Dr. Breitscheid bestellt ist. Es handelt sich nicht um einzelne Irrtümer, sondern er zeigt seine Unwissenheit eigentlich in jedem Satz.

Er beruft sich auf die Schrift von Kanner, weiß also nicht, daß deren völlige Nichtigkeit längst dargetan ist (Heft 51 des vorigen Jahrganges dieser Wochenschrift).

Er ist des Glaubens, daß der Schrift von Kautsky weder Irrtümer noch Entstellungen nachgewiesen seien, hat also die Schriften, in denen das geschehen ist, offenbar nicht gelesen, auch das Urteil der sozialistischen Humanité nicht zur Kenntnis genommen, das besagt, Kautsky verfahre unkritisch, da er den feindlichen Staatsmännern alles glaube, den deutschen in allem mißtraue.

Er behauptet, aus innerpolitischen Gründen hätten Bismarck sowohl wie später Wilhelm II. an der Freundschaft mit Rußland festgehalten. Indem er das schrieb, hatte er schon wieder vergessen, daß er kurz vorher selber gesagt hat, daß Deutschland sich die Gunst der zaristischen Regierung zu erhalten suchen mußte, um Rußland an einer Allianz mit Frankreich zu hindern.

Digitized by Google

Aus einem bayerischen Gesandtschaftsbericht vom 31. Juli 1914 zitiert Breitscheid: „In hiesigen militärischen Kreisen ist man des besten Mutes. Schon vor Monaten hat der Generalstabschef Herr v. Moltke sich dahin ausgesprochen, daß der Zeitpunkt militärisch so günstig, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann. Die Gründe, die er anführt, sind: 1. Ueberlegenheit der deutschen Artillerie. Frankreich und Rußland besitzen keine Haubitzen und können daher keine Truppen in gedeckter Stellung mit Steilfeuer bekämpfen, 2. Ueberlegenheit des deutschen Infanteriegewehrs, 3. ganz ungenügende Ausbildung der französischen Truppe infolge zweijähriger Dienstzeit bei der Kavallerie unter gleichzeitiger Einberufung zweier Jahrgänge bei allen Waffengattungen infolge der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, darunter muß die Ausbildung gelitten haben."

Aus diesem Bericht schließt Breitscheid, der Generalstabschef sei seines Sieges über Frankreich und Rußland sicher gewesen und habe sich über den günstigen Moment des Kriegsausbruches gefreut, er zum mindesten habe es sich nicht angelegen sein lassen, die Gefahr eines Weltkrieges zu bannen; trotzdem wolle man uns glauben machen, daß die mangelhaft vorbereiteten Gegner uns die Waffen in die Hand genötigt hätten.

Herr Breitscheid weiß also nicht, daß es zu den obersten Gesetzen der Feldherrnkunst gehört, eine günstige Stimmung um sich zu verbreiten. Wie der alte Fritz es humoristisch ausdrückte: ein General müsse ein Komödiant sein. Herr Breitscheid weiß nicht, daß der General v. Moltke so sprechen mußte, wie er es getan hat, auch wenn er innerlich von der größten Sorge erfüllt war. Er weiß nichts davon, daß wir heute längst erfahren haben, daß der Chef des Generalstabes wirklich in solcher Sorge lebte. Er weiß nichts von seinem Gespräch mit dem Obersten v. Haeften in der Nacht vom 30. zum 31. Juli: wie sehr er sich gesträubt hat, den definitiven Beschluß zu fassen und vom Kaiser die Mobilisierung zu fordern; der Krieg würde die Kultur Europas vernichten, „nur wenige können sich eine Vorstellung über den Umfang, die Dauer, das Ende dieses Krieges machen; wie das alles enden soll, ahnt heute niemand". Auch England würde eingreifen. Sollte man es für möglich halten, daß ein deutscher Abgeordneter heute über die Frage des Kriegsausbruches schreibt, ohne sich von dem Charakter des Chefs des Generalstabes ein Bild gemacht zu haben? Daß unsere leitenden Offiziere sich von den inneren Vorzügen der deutschen Armee eine sehr hohe, eine übertriebene Vorstellung gemacht haben, ist sicher; sie haben aber auch gewußt, wie ungeheuer die numerische Ueberlegenheit der Gegner sei und kannten den Grundsatz des alten Feldmarschalls Moltke, daß auf die Dauer nur die Ueberlegenheit der Zahl den Sieg verbürge. Wie also sollte sich nicht Siegeszuversicht und Sorge bei ihnen mischen? Alle Welt weiß heute, wie stark in dieser Mischung das Element der Sorge gewesen ist, und es ist eine der eindringlichsten Randbemerkungen

Digitized by Google

des deutschen Kaisers, daß die Geschicklichkeit der englischen Diplomatie „Bewunderung erweckt selbst bei dem, der durch sie zu Grunde geht" (Deutsche Dokumente II, S. 132). Nur Herr Dr. Breitscheid weiß von alledem nichts.

Zur Vervollständigung des Bildes dürfte gehören, daß Dr. Breitscheid die Gegner seiner Auffassung kurzweg als Lügner bezeichnet. Dieser selbe Herr Dr. Breitscheid wagt aber dennoch nicht, die deutsche Regierung anzuklagen, daß sie den Weltkrieg, wie es das Versailler Ultimatum behauptet, planmäßig herbeigeführt hat, und diese Feststellung ist vielleicht das bemerkenswerteste an dieser meiner Untersuchung.

Damit der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid sich darin spiegele, setze ich noch her, was der englische Politiker E. D. Morel in der Aprilnummer der Zeitschrift „Foreign Affairs"*) über die Schuldfrage mit der Ueberschrift: „Was wir seit dem Kriege gelernt haben", geschrieben hat.

„Warum muß die Legende von dem deutschen Komplott, das ahnungslose Europa mit Krieg zu überziehen, von allen ehrlichen und einsichtigen Geistern überprüft werden? Deshalb, weil, unhaltbar, als der Krieg ausbrach, sie seitdem durch die Bekenntnisse und Enthüllungen lächerlich geworden ist. Weil, neben anderem, wir jetzt wissen, daß das zaristische Rußland sich seit dem Frühjahr 1909 auf den Krieg rüstete, und daß diese Rüstungen 1912—13 und seit dem Frühjahr 1914 eine enorme Ausdehnung erlangt hatten. Weil wir jetzt wissen, daß die Ermordung des österreichischen Thronerben der entscheidende Akt einer serbischen Militärorganisation war, die die serbische Regierung völlig in der Hand hatte und deren Politik es war, Oesterreich zum Krieg zu provozieren. Weil wir jetzt wissen, daß die auswärtige Politik der serbischen Regierung diktiert wurde von Petersburg. Weil wir jetzt wissen, daß das zaristische Rußland sich im Februar vor dem Ausbruch dafür entschieden hatte, die Frage der Meerengen im nächstmöglichen Augenblick zur Entscheidung zu bringen — was Krieg bedeutete. Weil wir jetzt wissen, daß der russische und französische Generalstab unter des Zaren Mitwirkung in aller Form übereingekommen waren, daß eine russische Gesamtmobilmachung als gleichbedeutend mit Kriegserklärung angesehen werden solle. Weil wir jetzt wissen, daß die russische Gesamtmobilmachung zwei Tage bevor sie zugestanden worden ist, heimlich im Gange war, und daß die französischen Staatsmänner wußten, daß es so war. Weil wir jetzt wissen, daß der britische und französische Generalstab gemeinsam einen Krieg mit Deutschland vorbereitet hatten, acht Jahre

*) Anmerkung. Diese vortreffliche Monatsschrift kann auch in Deutschland für nicht mehr als 8 M. jährlich bei dem Verlag von Hans Robert Engelmann, Berlin Knesebeckstr. 52 abonniert werden. In demselben Verlage ist eine Uebersetzung von Morel's Buch über die Schuldfrage herausgegeben von Hermann Lutz erschienen, Preis 17 M. Vorzüglich ist auch die soeben erschienene Broschüre: Zur Schuldfrage von Graf Max Montgelas, 30 S. 2 M. Verlag der Kulturliga Berlin W 35

Digitized by Google

bevor der Krieg ausbrach; die Kriegspläne waren so vollständig ausgearbeitet, daß sogar die Erfrischungen für die britischen Truppen an ihrer Marschstraße in Frankreich vorbereitet waren. Weil wir jetzt wissen, daß die britische Admiralität einen Krieg mit Deutschland vorbereitet hatte in gemeinsamer Arbeit mit der französischen Admiralität, und daß der verstorbene Chef der englischen Admiralität zweimal das Königshaus gedrängt hat zu einem plötzlichen Angriff auf die deutsche Flotte ohne Kriegserklärung, verbunden mit einer Landung an der Küste von Pommern. Weil wir jetzt wissen, daß die Basis für ein englisch-russisches Marineabkommen im April vor dem Ausbruch festgelegt war, und daß russische und britische Marineexperten seitdem gemeinsame Pläne für Operationen gegen Deutschland in der Ostsee berieten. Weil wir jetzt wissen, daß Deutschland große Quantitäten Korn an Frankreich und Rußland bis unmittelbar vor Ausbruch des Krieges verkauft hat; daß die deutsche Flotte zerstreut war, als der Krieg ausbrach; daß hohe deutsche Armee- und Marineführer noch wenige Tage vor der Katastrophe auf Urlaub waren."

Polens Hoffnungen und Polens Nöte

Von Dr. Ernst Riemann.

Das Ende des Monats März brachte Polen große äußere Erfolge. In Riga wurde nach monatelangem Verhandeln zwischen Sowjetrußland und Polen der Friedensvertrag geschlossen, der für die polnische Republik zweifellos einen vollen diplomatischen Sieg bedeutet. Ungefähr um die gleiche Zeit ist in Warschau nach langen schweren innerpolitischen Kämpfen der Verfassungsentwurf der polnischen Republik endgültig erledigt worden. Die neue polnische Verfassung hat viele Schwächen und Unzulänglichkeiten, aber in der Tatsache, daß sie unter Dach und Fach gebracht wurde, liegt eine prinzipielle Bedeutung. Daß nach so vielen Kämpfen doch ein Kompromiß zustande kam, und daß dieses große Ringen um die Macht keinem der kämpfenden Teile einen restlosen Sieg brachte, muß als die vorläufig für Polen denkbar günstigste Lösung in dieser Hinsicht betrachtet werden.

Die angeführten, für Polen günstigen Ereignisse wurden denn auch von polnischer Seite hoffnungsvoll kommentiert. So erschienen in auswärtigen Blättern vom polnischen Ministerium des Auswärtigen inspirierte Aufsätze, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß die polnische Republik nunmehr aus dem Stadium des Provisoriums in einen Zustand eingetreten ist, der eine innere und äußere Konsolidierung des neuen Staates ermöglicht. Ein bezeichnender Abschnitt eines solchen, in einer Wiener

Digitized by Google

Zeitung erschienenen Aufsatzes lautet: „Die große Bedeutung des Rigaer Friedens, des Erfolges bei der oberschlesischen Abstimmung und der Erledigung der Verfassung liegt vor allem in der Tatsache selbst, daß nach sieben langen Kriegsjahren endlich auch in diesem schwergeprüften Lande der Friedenszustand eingetreten ist, der die langersehnte Möglichkeit bietet, an die Arbeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der politischen Konsolidierung zu schreiten. Alles, was bisher in Polen geleistet wurde, trug gewissermaßen den Stempel des Provisoriums, — jetzt erst ist der Weg zu wirklich grundlegendem Arbeiten freigelegt."

Läßt man sich jedoch nicht von diesen polnischen und von polnischen Amtsstellen inspirierten Pressestimmen voreilig zu einem Urteil verleiten, sondern geht man den angeführten Vorkommnissen auf den Grund und informiert sich bei objektiven Beobachtern, die aus Polen kommen, so will man an diese zur Schau getragene Hoffnungsfreudigkeit in Polen nicht recht glauben. Wohl hat nach der oberschlesischen Abstimmung und nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Riga der internationale Valutenmarkt mit einer geringfügigen Höherbewertung der polnischen Mark reagiert, aber schon nach wenigen Tagen wich diese optimistische Auffassung des Auslandes einer stabilen pessimistischen, und die polnische Mark steht heute tiefer als die österreichische Krone. Es geht nicht an, diese Erscheinung lediglich auf spekulative Maßnahmen polnisch feindlicher Märkte zurückzuführen, denn auch in Polen dauert die Flucht der dortigen besitzenden Klassen von dem polnischen Gelde unvermindert an. Der Hauptanstoß zur pessimistischen Bewertung der weiteren Entwicklung in Polen geht von polnischer Seite selbst aus. Und diese ist über die tatsächliche Lage in der polnischen Republik besser informiert und läßt sich nicht durch äußere und innerpolitische Erfolge, deren problematischen Wert sie offenbar besser zu beurteilen vermag, Sand in die Augen streuen.

Diese Auffassung der polnischen Finanzkreise ist symptomatisch und findet ihre Erklärung in einer Art von Katzenjammer, der hinter der Schminke der offiziell zur Schau getragenen Hoffnungsfreudigkeit verborgen ist. Solange der Friede von Riga nicht geschlossen, die Abstimmung in Oberschlesien nicht zu Ende geführt und die Verfassung im Landtage nicht angenommen war, tröstete man sich mit der Hoffnung, daß die großen Schwierigkeiten der polnischen Republik aufhören, sobald die angeführten Fragen gelöst sein werden. Nun sind Friede und Verfassung unter Dach gebracht und auch die Abstimmung in Oberschlesien ist erfolgt — im Lande selbst hat sich aber gar nichts geändert, und eine Besserung ist nicht eingetreten. Untersucht man die Probleme der polnischen Republik näher, so findet man, daß sie auch keineswegs durch die genannten äußeren Erfolge und inneren Konsolidierungsversuche gelöst werden können.

Digitized by Google

Um nur von den kleineren Schwierigkeiten Polens zu reden! Da ist zuerst die finanzielle und valutarische Not. Während des zweieinhalbjährigen Bestandes hat Polen nahezu 80 Milliarden Papiermark in Umlauf gebracht, und die polnische Notenpresse arbeitet unausgesetzt weiter. Die Arbeitslosigkeit hat trotz Mobilisierung des größten Teiles der werktätigen Männer dauernd zugenommen. Die Anzahl der Arbeitslosen in den Industriebezirken von Warschau, Lodz und Krakau beträgt fast 200 000 und steigert sich durch die Entlassung einzelner Jahrgänge geradezu ins Gigantische. Die Demobilisierung geht nur sehr langsam und schleppend vor sich. Ist sie noch, insofern sie sich auf die Bauernsöhne bezieht, am leichtesten durchzuführen, so wird sie geradezu zur wirtschaftlichen Unmöglichkeit, wenn sie die städtischen Proletarier und vor allem die Zehntausende von Bürgerssöhnen, die Jahre hindurch als Offiziere dem Nichtstun gefröhnt haben, umfaßt. Die aus dem Armeeverbande entlassenen Proletarier und bürgerlichen Elemente haben keine Aussicht auf Beschäftigung und keine Möglichkeit, irgendeine Existenz zu begründen, was insbesondere auf die Offiziere zutrifft, die infolge des siebenjährigen Krieges sich auf das praktische Leben gar nicht vorbereiten konnten. Dem polnischen Staatssäckel erwachsen hierdurch ungeheure Ausgaben in Form von Urlaubsgehältern und Unterstützungen an die Demobilisierten.

Diese Schwierigkeiten, in ihrer Gesamtheit jede günstige Entwicklung lähmend, sind jedoch, verglichen mit den großen organischen Schwierigkeiten der polnischen Republik, als geringfügig und vorübergehend zu bezeichnen. Ein sichtbarer Ausdruck der großen konstitutiven Krankheiten des polnischen Staatswesens ist die Unmöglichkeit, eine stabile Regierung zu begründen. Solange der Feind vor den Toren stand, griff man zum Auskunftsmittel der Koalition, die mit dem Aufhören des akuten äußeren Druckes immer mehr abbröckelte. Nun ist von der ursprünglichen Koalition fast nichts mehr geblieben, und der Premier Witos kündigt, dem Drucke seiner bäuerlichen Partei nachgebend, an, daß er nach dem Entscheid des Obersten Rates über Oberschlesien zurücktreten werde. Das heißt, an diesem Tage wird das Grundproblem der polnischen Gesellschaft sichtbar werden: die Agrarfrage. Diese ist der Prüfstein für die Möglichkeit des polnischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbaues. Wohl ist im Vorjahre mit einer Stimme Majorität im polnischen Landtag eine Agrarreform angenommen werden, die den Landhunger der polnischen Bauern, wenn auch in geringem Maße, zu stillen geeignet erscheint. Doch ist diese Reform bis zum heutigen Tage noch nicht einmal angefangen worden. Der Widerstand kommt vom polnischen Großgrundbesitz, um den sich die gesamte Reaktion gruppiert und der trotz der demokratischen Minister und Gesetze in Polen den entscheidenden Einfluß hat. Dieser Großgrund-

Digitized by Google

besitz, repräsentiert durch den polnischen Adel, der kulturell der höchststehende Teil des polnischen Volkes ist, wird tausend Mittel und Wege finden, um eine Durchführung der Agrarreform zu verhindern. Er schickt sich schon an, mit Hilfe der ihm ergebenen polnischen Nationaldemokraten auch formell die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

Birgt die polnische Agrarfrage in sich den Keim einer sozialen Revolution, so stellt die Tatsache, daß die polnische Republik auf Grundlage des Rigaer Friedens Millionen fremdstämmiger Völker ihrer Herrschaft einverleibt hat, eine politische Gefahr erster Ordnung dar. Die unlösliche Aufgabe, außer dem Wilnaer Gebiet und Ostgalizien noch die großen weißruthenischen und ukrainischen Provinzen, die der polnischen Republik in den Schoß gefallen sind, zu pazifizieren und zu verwalten, verlangt von der polnischen Regierung die Aufstellung und Erhaltung einer Armee, die Polen zu bezahlen gar nicht imstande ist. Außerdem ist der ungeheure Landgewinn Polens auf Kosten Rußlands und der Ukraine ein furchtbares Menetekel für den polnischen Frieden. Jede Aenderung in der Regierungsform Rußlands, jede Veränderung der bolschewistischen Regierungsmethoden bedeutet automatisch für Polen neuen Krieg.

Ebenso schlimm wie der Umstand, daß Polen territorial zu groß geworden ist und viel zu viel Fremdvölker umfaßt, ist die geographische Tatsache, daß der polnische Staat zwischen dem großen deutschen Volke und Rußland liegt, und infolge seines Bündnisses mit Frankreich die selbstmörderische Pflicht übernommen hat, eine Barriere zwischen der deutschen und russischen Wirtschaft zu bilden. Die von vornherein feindselige Einstellung der polnischen Politik gegenüber Deutschland und Rußland, die gespannten Beziehungen zu allen Völkern, die von Polen beherrscht werden oder an Polens Grenze leben, verleiht allen Erscheinungen in der polnischen Republik den Charakter des Provisorischen und Haltlosen.

Die konstitutiv-organischen Krankheiten des polnischen Staatsgebildes sind es, die bei der Beurteilung der Lage Polens in Berücksichtigung gezogen werden müssen. Die polnische Republik gleicht einem organisch lebensgefährlich kranken Patienten, dem es an manchen Tagen besser zu ergehen scheint. Hat ein solcher Patient eine Nacht gut geschlafen, so scheint es ihm, er sei auf dem Wege zur Gesundung. Der erfahrene Arzt jedoch, der sich nicht um die Zufälligkeiten, sondern um den ganzen Organismus kümmert, mißt der vorübergehenden Besserung keine besondere Bedeutung bei. Er setzt seine Hoffnung entweder auf das letzte Auskunftsmittel, auf eine schwierige chirurgische Operation, oder aber er versucht,

Digitized by Google

durch schmerzlindernde Mittel die Auflösung des Patienten zu erleichtern. Für Polen ist zumindest eine gründliche Operation notwendig, damit das Leben dieses Staates, wenn auch in vermindertem Umfange, sichergestellt werde. Voraussetzung ist jedoch die operative Entfernung der Brandherde an Polens Grenzen, und die Amputation der fremdnationalen Provinzen, die das Leben Polens bedrohen.

Vorschläge zur Preiswucherbekämpfung

Von Judex

Diejenigen, welche ihre Stimme laut für Aufhebung der Zwangswirtschaft erhoben haben, sind bitter von den Herren Erzeugern enttäuscht worden. Große Versprechungen über freiwillige Lieferung und Preisabbau vorher, und hinterher Zurückhaltung oder Wucherpreise schlimmer denn je! Die Führer der Bauernverbände stehen einigermaßen ratlos da. Wie gering ihr Einfluß auf die Erzeuger ist, hat sich zuerst bei der Kartoffelversorgung gezeigt. Auf wieviel Kreis-, Regierungs- und Landesversammlungen ist unter Belastung von Staats-, Gemeinde- und Vereinskassen mit Reisekosten und „preisend mit viel schönen Reden" den edlen menschenfreundlichen Sinn der Kartoffelerzeuger, ein Höchstpreis von 25 M. je Zentner festgesetzt und zugesichert worden. Einige weiße Raben haben auch wirklich diese Abmachungen gehalten. Fast allgemein sind jedoch die Kartoffeln nicht unter 30 M., meist noch wesenthöher, verkauft worden.

Es wäre jedoch verfehlt, zu glauben, daß nur eine erneute und unter viel schärferen Formen und Strafandrohungen auftretende Zwangsbewirtschaftung hier helfen könnte, ein Gedanke, der gelegentlich schon geäußert und erwogen worden ist und nach in manchen Köpfen spukt.

Die Zwangswirtschaft hat sich in den langen Jahren, in denen wir unter ihrer Herrschaft zu leiden hatten, so restlos als undurchführbar erwiesen, daß sie — mit Ausnahme der Grundernährung für Erwachsene und Kinder, Brot und Milch — sang- und klanglos zu Grabe getragen werden mußte. Wir haben wahrlich keine Ursache, sie wieder zu neuem Leben zu erwecken, um so weniger als wir bereits ein ausgezeichnetes Mittel zur Beseitigung der Mißstände in der Hand haben, das nur noch einiger kleiner Verbesserungen bedarf, um endlich einmal reinen Tisch zu machen. Ich meine das Gesetz gegen den Preiswucher (vom Mai 1918), eines der wenigen aus der Zeit der Zwangswirtschaft, das wert ist, bestehen zu bleiben, weil es nämlich allein das Uebel an der Wurzel packt. Zur vollen Wirkung sind nur drei Ergänzungen erforderlich, wie im folgenden dargelegt werden soll.

Die grundlegenden Fehler, welche bisher gemacht wurden, waren folgende: 1. Zwangsablieferung zur öffentlichen Verteilung mit ihrer Ungerechtigkeit, Langsamkeit und Unwirtschaftlichkeit. 2. Zu niedrige Höchstpreise für die Er-

Digitized by Google

zeuger, deren Folge Schleichhandel und Wucher recht eigentlich gewesen sind. 3. Strafbestimmungen und Strafverfolgung auch gegen den Verbraucher, der doch aus Not gezwungen war, jeden Preis zu zahlen und sogar selbst anzubieten, wenn er nicht verhungern wollte, und kaufen mußte, weil eben zwangsweise nicht genug abgeliefert wurde.

Diese Gesetzgebung war gegen Erzeuger wie Verbraucher gleichermaßen unmoralisch und mußte daher trotz scharfer Strafandrohungen versagen, weil sie unter der allgemeinen Mißbilligung aller Kreise erstickt wurde. Ganz anders verhält es sich mit dem Vorgehen gegen Preiswucher (Ketten- und Schleichhandel), das von der Billigung aller an dem unsauberen Treiben nicht beteiligten Schichten des Volkes und das sind gottlob immer noch recht viele — getragen wird.

Als Preiswucher gilt auch das Ueberschreiten von Höchstpreisen. Ich schlage daher vor, für alle lebenswichtigen Erzeugnisse und Waren Höchstpreise festzusetzen, und zwar unter Zuziehung der örtlichen Preisprüfungsstellen und der Erzeugerverbände. Die Höchstpreise müssen aber so reichlich bemessen sein, daß sie vielleicht noch ein wenig über das Normale hinausgehen und so für den anständigen Erzeuger Anreiz zur Erzeugung und Lieferung bilden, der sich heute entweder als der Geschädigte fühlt oder von den Wucherern mit fortreißen läßt.

Unter der Voraussetzung wirklich angemessener Höchstpreise wird man bestimmt auf freiwillige (und reichliche) Lieferung seitens der Landwirte rechnen können. Dann müssen auch die letzten Reste der Zwangswirtschaft verschwinden, die ohnehin heute schon nur auf dem Papier stehen, große Unkosten machen und Bevölkerung und Gerichte beunruhigen. Dadurch entfallen die vielen großen und kleinen Strafbestimmungen gegen Käufer und Verkäufer von Waren und der Begriff des Schleichhandels vereinfacht sich insofern, als keine Rationierung mehr besteht, gegen die er sich richten könnte. Es bleibt dann nur noch Schleichhandel unter Verletzung der Höchstpreise und Preiswucher möglich, Handlungen, die bereits, insbesondere durch die neue Verordnung vom 18. Dezember 1920, als Verbrechen gestempelt und mit den denkbar schärfsten Strafen und Ehrenstrafen bedroht sind.

Daß dabei die Versorgung notleiden würde, ist nach den glänzenden mit der Freigabe des Fleisches gemachten Erfahrungen nicht anzunehmen; im Gegenteil dürfte (auch hier) eine Besserung zu erwarten sein.

Unbedingt muß aber gefordert werden, daß der kaufende Verbraucher straffrei bleibt. Wer einmal die Züge voll schwerbeladener Menschen gesehen hat, die sich ihre Notdurft gegen Wucherpreise zusammengebettelt haben und deshalb merkwürdigerweise „Hamsterer" genannt werden, wer selbst vielleicht schon nach stundenlangem Suchen jeden Preis gezahlt hat, um Kartoffeln oder dergleichen zu bekommen, wird die Anweisung, welche nach einer mir kürzlich zu Gesicht gelangten Zeitungsnachricht ein Generalstaatsanwalt an seine Staatsanwälte gerichtet hat, nämlich die, sie sollten die Ueberschreitung der Kartoffelhöchstpreises von 25 M. gegen Erzeuger und Verbraucher gleicherweise energisch verfolgen, völlig unbegreiflich finden. Damit wird ja nur erreicht, daß sich die Geschäfte noch mehr in Heimlichkeit und auf Schleichwegen vollziehen und der

Digitized by Google

geplagte Verbraucher sich auch noch vor dem Staatsanwalt verbergen muß, zu dem er doch so gerne hilfesuchend flüchten möchte.

Meiner Meinung nach wäre es gerade umgekehrt richtig, dem Verbraucher, der einen Wucherer zur Strecke bringt, eine Treiberprämie zu bewilligen, welche im Urteil als sofort vollstreckbare Buße gegen den Wucherer festzusetzen wäre, ähnlich wie dies bei Körperverletzungen und anderen Straftaten zulässig ist. Die Buße müßte einen bestimmten Prozentsatz der Strafe, mindestens aber 1000 M. betragen. Damit würde der Schaden, der dem Anzeiger durch die auf die Anzeige notwendig folgende Erschwerung seiner Versorgung erwächst, einigermaßen ausgeglichen und so die — hier durchaus nicht unmoralische — Anzeigelust und die Möglichkeit, die Wucherer zu fassen, erheblich vergrößert.

Ich wiederhole kurz: 1. Angemessene Höchstpreise für lebenswichtige Erzeugnisse, 2. völliger Wegfall der Zwangswirtschaft, 3. nicht Strafverfolgung, sondern Zubilligung einer Buße für den geschädigten Verbraucher.

Mit diesen drei Ergänzungen dürfte die Wuchergesetzgebung binnen kurzem das Gesindel zu Paaren treiben, das in schamlosem Eigennutz die Lebenskraft und den Wiederaufbau unseres Volkes gefährdet.

Allerdings müßte noch, um zu verhindern, daß die Erzeuger ihre Waren zurückhalten, ins Ausland verschieben oder andere nicht lebenswichtige Waren erzeugen, ein Gesetz erlassen werden, welches diese Handlungen als landesverräterisch mit Vermögensbeschlagnahme (und Zuchthaus) bedroht.

Es geht ums Ganze. Den Drahtverhau der Wucherer durchschneidet nur eine stählerne Schere.

Notiz.

Der Verband ukrainischer Journalisten und Schriftsteller versendet von Genf aus einen „offenen Brief an die Presse der Kulturwelt", in welchem ein krasses Bild des Niederganges der geistigen und materillen Kultur in den von Sowjetrußland und Polen besetzten ukrainischen Gebieten entrollt wird. Ganze Länderstrecken — heißt es da — sind verödet, einst blühende Ansiedlungen starben vor Hunger und Seuchen aus, alle Kulturzentren sind vernichtet. Aus der Hauptstadt der Ukraine, der Millionenstadt Kiew, welches im Laufe der letzten zwei Jahre mehr als zwanzigmal seinen Herrn wechselte, ist ein elendes entvölkertes Städtchen geworden. Hunderte von ukrainischen Presseorganen wurden erdrosselt. Fast ärger noch ist die Lage der ukrainischen Kultur unter der polnischen Okkupation, weil hier ungeachtet der formell geordneten Verhältnisse Dinge geschehen, die das Mitglied des Warschauer Reichstages Zamorski zur Äußerung veranlaßten, derzufolge Polen mit dem ukrainischen Volke ärger umgehe, als die Europäer mit den Negern in den afrikanischen Kolonien je umgegangen sind. Danach soll im Laufe der letzten zwei Jahre jeder sechzehnte Einwohner ukrainischer Nationalität in Galizien, ob Mann, ob Frau, verhaftet, jeder fünfte von den Verhafteten in den Internierten-lagern an Hunger und Pestkrankheiten gestorben sein. Da man es hauptsächlich auf die gebildeten Kreise absah, wurde das Volk seiner natürlichen Führer beraubt. Andererseits wird dem Zuwachs an gebildeten ukrainischen Kräften durch Sperrung ukrainischer Schulen und selbst durch Verwehrung des Zutritts zu der polnischen

Digitized by Google

Universität in Lemberg für Hörer ukrainischer Nationalität entgegengearbeitet. Ukrainische Zeitungen werden verfolgt, sodaß zu Beginn des Jahres in Galizien kein einziges ukrainisches Blatt erscheinen durfte. Dem System der Unterjochung drückt die vom Warschauer Landtag beschlossene Agrarreform den Stempel auf, demzufolge der Großgrundbesitz in Ostgalizien unter landlose von Polen hergebrachte polnische Bauern verteilt werden soll, um auf diese Weise das ukrainische Land kurzerhand zu polonisieren. — Der Verband richtet seinen Protest insbesondere an die Siegerstaaten, welche, nachdem sie schon auf die Verhältnisse in dem vom bolschewistischen Chaos beherrschten Osteuropa keinen Einfluß nehmen können, jedenfalls in der Lage wären, wenigstens jenen Greueltaten Einhalt zu gebieten, die in dem von ihnen geschaffenen und geförderten Polenstaate am friedliebenden ukrainischen Volk verübt werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der heutigen Nummer der „Deutschen Politik" liegt ein Prospekt von A. Marcus und E. Webers Verlag in Bonn über staatsrechtliche und politische Literatur bei den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 409
Thimme, Die preußische Regierungsbildung 411
Treuherz, Der englische Bergarbeiterstreik und seine weltpolitischen Wirkungen 415
* * * Zur Reparationsfrage 421
Carnevali, Wahlkampf 423
Bruce, Eine Stimme aus Amerika für Deutschland 425

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 30. April 1921 Heft 18

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Die Schriftenreihen der Deutschen Liga für Völkerbund in neuem Verlage

MONOGRAPHIEN ZUM VÖLKERBUND

1. **Der Völkerbundentwurf der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht.** Vorschläge für die Organisation der Welt. Herausgegeben von Geheimrat Dr. Th. Niemeyer, Kiel. Preis: M. 10.90
2. Veit Valentin: **Die 48er Demokratie und der Völkerbundgedanke.** Preis: M. 2.75
3. Walter Schätzel: **Völkerbund und Gebietserwerb.** Preis: M. 2.75
4. Otto Opet: **Der Schutz der nationalen Minderheiten.** Preis: M. 2.75
5. Philipp Zorn: **Der Völkerbund.** Eine Darstellung der Entwürfe für die Verfassung des Völkerbundes. Preis: M. 6.—
6. **Die Pflege des Völkerrechts an den deutschen Universitäten.** Eine Denkschrift von Geh. Justizrat Prof. Dr. Liepmann, Kiel. Preis: M. 2.75
7. Walter Schätzel: **Internationale Arbeiterwanderungen,** ein weltwirtschaftliches Problem des Völkerbundes. Preis: M. 6.—
8. Reinold von Thadden: **Völkerrecht und Völkerbund.** Eine Studie zur Rechtsnatur zwischenstaatlicher Beziehungen. Preis: M. 10.—
9. **Williams Penns Völkerbundplan.** Herausgegeben und übersetzt von Dr. Margarete Rothbarth. Preis: M. 7.—

DIE FLUGSCHRIFTEN

1. Matthias Erzberger: **Der Völkerbund als Friedensfrage.** Preis: M. 1.80
2. Edward Greys **Stellung zum Völkerbund.** Preis: M. 1.80

3., 4., 5. und 6. Flugschrift vergriffen!

7. Walter Schücking: **Ein neues Zeitalter?** Kritik am Pariser Völkerbundentwurf. Vortrag in Versailles vor der deutschen Friedensdelegation, gehalten am 5. Mai 1919. Preis: M. 1.80
8. **Der neue Völkerbundentwurf der Entente.** Mit kritischer Einleitung von A. Mendelssohn-Bartholdy. Preis: M. 1.80
9. Bernhard Guttmann: **Soll Deutschland in d. Völkerbund?** Preis: M. 1.80
10. Walter Götz: **Nation und Völkerbund.** Preis: M. 1.50
11. **Der Völkerbundvorschlag der deutschen Regierung.** Eingeleitet von Dr. Hans Wehberg. Preis: M. 2.10
12. **Der deutsche Regierungsentwurf für ein Weltarbeiterrecht.** Eingeleitet von Prof. Dr. Alfred Manes. Preis: M. 1.80

DIE FRIEDENSLAST

Die Probleme des Friedensvertrages in gemeinverständlicher Darstellung
Herausgegeben von der Deutschen Liga für Völkerbund

1. Dr. Carl Melchior: **Deutschlands finanzielle Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage.** Preis: M. 2.72
2. Reichsminister Dr. Walter Simons: **Die Bedeutung der deutschen Souveränität durch die Kommissionen.** Preis: M. 4.95
3. Dr. Eduard Rosenbaum: **Die Bedrohung der deutschen Wirtschaftshoheit durch den Frieden von Versailles.** Preis: M. 7.25

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

6. Jahrgang * 30. April 1921 * Heft 18

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der diplomatische Schritt, Harding um Schiedsrichteramt oder doch Vermittlung zu bitten, konnte unmittelbar hinter London als ein Zeichen freier Entschlußkraft gelten, den Faden der Verhandlung nicht allzu lange zerrissen liegen zu lassen — heute muß er als ein Ausweg der Verlegenheit erscheinen, unter dem Druck der feindlichen Stimmungsmache. Freilich, damals hätte keine Fühlungnahme vorangehen können, es wäre ein Versuch, eine Geste gewesen; niemand wagt heute recht zu glauben, daß es auch diesmal viel mehr war, daß die Fühlungnahme irgendwelche Sicherheiten in sich gewährte. Das deutsche, das internationale Interesse am unmittelbaren Mitwirken der Vereinigten Staaten in der Vereinigung der europäischen Schwierigkeiten steht außerhalb aller Erörterung, und wenn es billig erreicht werden könnte, würde der Schritt der Regierung seine Rechtfertigung erfahren. Aber danach sieht es gar nicht aus. Die Amerikaner, als Regierung und als Masse, leben in ihrer „moralischen" Bewertung des Krieges von der deutschen Schuld, in der materiellen von der Ueberlegung, ob Deutschland als Schuldner brauchbarer sein könne denn die „Mitsieger" Frankreich und England. Wirtschaftlich gibt es für Amerika hundert Gründe, sich um die Flurbereinigung des europäischen Wirtschaftschaos zu kümmern, politisch aber ebenso viele, vorsichtig und zurückhaltend zu bleiben. Nicht, daß die Reichsregierung ihren Schritt unternahm, ohne vorher mit Parteien und „Sachverständigen", mit Ausschüssen und Kommissionen zu beraten, darf man ihr vorwerfen, wie es geschieht; sie soll schon den Mut zur Tat auf eigene Gefahr besitzen. Aber die Form dieses Schrittes weckt peinliche Erinnerungen: Nun soll die Regierung sich ja von derlei freizuhalten wissen, wenn sie auf sachliche Lösungen zustrebt, aber sie kann das psychologische Moment nicht ganz

Digitized by Google

außer acht lassen. Es ist unverkennbar, daß in einem Zeitpunkt der drängenden Not von ihr selber die Unterlage ihrer Position dem eigenen Volke gegenüber geschwächt wurde.

*

Die Innigkeit des englisch-französischen Verhältnisses wächst, seit Amerika dem Wilson-Plan des neuen Dreibundes ganz entsagt hat. Beide sind zu Opfer bereit: Frankreich scheint seine Orientpläne Pflock um Pflock zurückzustecken, England aber, um es zu binden, gewährt ihm alle Freiheiten gegenüber Mitteleuropa. Das ist wahrscheinlich für England selber recht unangenehm: denn die Pariser Gewaltpolitik gegen Deutschland gefährdet dauernd den britischen Kohlenmarkt. Doch ist es London politisch wichtig, Paris an seine Seite zu fesseln. Denn Frankreich kennt noch die Uebung des Galliers Brennus, das Schwert in die Wage der wirtschaftlichen Berechnungen zu werfen.

*

Der Goldschatz der Reichsbank ist, seit die Dritteldeckung aufgehört, seit die Goldverfügung der Deutschen unterbunden, wirtschaftspolitisch mehr Legende als Realität von beträchtlichem Gewicht. Aber wenn die Entente ihn jetzt in ihrem Herrschaftsbereich haben will, so will sie eben von dem Goldglauben Nutzen ziehen. Die Forderung hat mehr politischen als wirtschaftlichen Sinn. Sie ist aber auch wirtschaftlich nicht ohne Gewicht, weil die Valuta in eine Gefahr neuer Depression gerückt wird. Diese Wirkung zieht auch die Neutralen heran. Teilweise protestieren sie. Aber Paris hat es sich abgewöhnt, darauf zu achten.

*

Die bolschewistische Presse meldet aus Japan, daß im japanischen Budget 48% für militärische Zwecke ausgeworfen sind; davon entfallen allein auf die Marine 32%. Im Jahre 1927 wird Japan, nach Beendigung seines Bauprogramms, eine Flotte besitzen, die derjenigen von Nordamerika fast gleichkommen wird. Das „Meer beherrschende" England wird dann auf die dritte Stelle herabgedrückt sein. Erst diese Daten über Japans und Amerikas Wettrüsten lassen erkennen, welche Bedeutung dem Streit dieser beiden Staaten um die Insel Yap zukommt.

*

Digitized by Google

Die preußische Regierungsbildung

Von Dr. Friedrich Thimme.

Als die Preußenwahlen vom 20. Februar einen neuen Beweis für die fortlaufende Rechtsorientierung der Wählerschaft geliefert hatten, lag es nahe, gerade auch vom Standpunkt einer sinngemäßen Anwendung des parlamentarischen Prinzips, diesem Ruck nach rechts auch in der Regierungsbildung Rechnung zu tragen. Dies um so mehr, als sich aus der verschiedenartigen Zusammensetzung der Reichsregierung und der Regierung des größten deutschen Einzelstaats je länger je mehr ein Gegeneinanderregieren entwickelt hatte, das für die gesamte Staatsmaschinerie hüben im Reiche, drüben in Preußen einen unerträglichen Reibungsverlust ergab. Auch vom außenpolitischen Gesichtspunkte aus schien es das Gegebene, die überschmale Basis, auf der die Regierung im Reiche von Anfang an beruhte, und bei einer Fortdauer der alten Koalition in Preußen auch hier die Regierung beruhen mußte, anläßlich der Preußenwahlen gleichmäßig zu erweitern, so zwar, daß dort die Sozialdemokraten, hier die Deutsche Volkspartei in die Regierung einbezogen wurden. Wurde dann noch eine bessere Verbindung zwischen beiden Regierungen hergestellt, vor allem durch den von dem Reichsminister Koch in Vorschlag gebrachten eigenen Verbindungsminister, so durfte man hoffen, daß sich eine leidliche Homogenität zwischen Reichs- und preußischer Regierung, und als Erfolg davon ein wesentlich größerer Einklang beider Regierungen und eine größere Stabilität der einen wieder anderen, mit anderen Worten: eine tiefere Verankerung des demokratisch-parlamentarischen Prinzips ergeben würde.

So kam es, daß nach den Preußenwahlen Zentrum und Demokraten, die bisherigen Koalitionsgefährten der Sozialdemokratie, sich alsbald schlüssig wurden, die alte Koalition in Preußen, obwohl sie zahlenmäßig zu einer Regierungsbildung immer noch ausgereicht hätte, nicht wiederherzustellen, sondern mit aller Energie die Homogenität anzustreben. Das geplante Chassé croisé in Reichs- und Staatsregierung setzte natürlich voraus, daß die beiden nächst beteiligten Parteien, Mehrheitssozialdemokratie und Deutsche Volkspartei, sich vorgängig miteinander verständigten. Man durfte hoffen, daß die Deutsche Volkspartei Einsicht genug haben würde, der Sozialdemokratie, der es angesichts des für sie relativ günstigen Wahlergebnisses nicht leicht fallen konnte, die Koalition nach rechts zu erweitern, goldene Brücken bei der Verteilung und der Besetzung der Ministersitze zu bauen. Aber leider wurden aus den Reihen der Deutschen Volkspartei in übertriebener Bewertung des Wahlergebnisses von vornherein Ansprüche gestellt, die für die stärkste Partei in der preußischen Landesversammlung nahezu eine Selbstaufgabe bedeuteten. Verzicht auf das Ministerpräsidium,

Digitized by Google

Verzicht auf die beiden ausschlaggebenden Ministerien des Innern und der Landwirtschaft, wohl noch gar auf das Kultusministerium: das war wirklich mehr, als sich eine starke und selbstbewußte Partei, die bisher in der Koalition führend gewesen war, bieten lassen konnte. Die natürliche Folge war, daß die Sozialdemokratie ihrerseits die Bedingungen für ein Eintreten in die neugeplante Regierungskoalition höher schraubte. Indem sie sich darauf versteifte, nur mit solchen Parteien sich zur Zusammenarbeit zu verbinden, die sich klar und unzweideutig zum republikanischen Prinzip bekennen würden, errichtete sie ein kaudinisches Joch, unter das hinwieder die Deutsche Volkspartei als eine Partei, die zwar durchaus bereit war, auf dem Boden der republikanisch-demokratischen Republik mitzuwirken, und die dies durch die Annahme der preußischen Verfassung in aller Form noch kürzlich bekundet hatte, die aber aus ihrer monarchischen Grundgesinnung nie ein Hehl gemacht hat, unmöglich treten konnte.

Durch die gegenseitigen Ansprüche der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei ergab sich eine überaus schwierige und zerfahrene Situation. Wochenlang wurde hinter den Kulissen verhandelt, ohne daß die ehrlichen Maklerdienste von Zentrum und Demokraten, die ihr möglichstes taten, um die widerstreitenden Interessen unter einen Hut zu bringen, den Knoten zu entwirren vermocht hätten. Schließlich blieb nichts anderes übrig, als den gordischen Knoten mit dem Schwerte zu zerhauen, indem man erst einmal eine von allgemeinem Vertrauen getragene Persönlichkeit zum Ministerpräsidenten erkor und diesem die Sysiphusaufgabe zuschob, einen Ausweg aus der allmählich zum Gespött werdenden und das parlamentarische Prinzip selbst diskreditierenden Situation zu finden. Als eine solche Persönlichkeit präsentierte das Zentrum den Wohlfahrtsminister Stegerwald, der sich als Führer der christlichen Gewerkschaften, als ein Politiker von eminent sozialem und demokratischem, aber auch nationalem Gepräge der weitestgehenden Achtung und Wertschätzung von links bis nach rechts erfreute. Ob das Zentrum bei Stegerwalds Aufstellung den Nebenzweck verfolgte, ihm für eine Weile die Verfolgung seiner bekannten Pläne, die auf die Herausbildung einer großen christlich-sozialen und national orientierten Mittelpartei hinauslaufen, und die dem Zentrum sichtlich unbequem geworden sind, unmöglich zu machen, mag dahingestellt bleiben. Für Stegerwald und für die christlichen Gewerkschaften bedeutete es jedenfalls ein schweres Opfer, gerade jetzt, wo sie sich der Verwirklichung ihrer Pläne näherten, und zu diesem Zweck in der Zeitung „Der Deutsche" ein eigenes großes Organ geschaffen hatten, an eine Aufgabe heranzutreten, die den Führer der Bewegung auf längere Zeit hinaus gleichsam kaltstellen mußte. Aber Stegerwald sagte sich, daß bei der ins Unerträgliche hinausgezogenen Krise der preußischen Regierung die höchsten vaterländischen und staatlichen Interessen auf dem Spiele ständen.

Digitized by Google

und so griff er die schwere ihm zugemutete Aufgabe mit der ihm eigenen frischen Entschlußkraft, unter der einzigen Bedingung an, daß ihm keinerlei Schranken für die Regierungsbildung auferlegt würden. Unglücklicherweise hat gerade die Frage der „Bindungen" dann zu neuen Komplikationen geführt, die die zerfahrene Situation vollends verzwickten und die Stegerwald zu guter Letzt nötigten, sich von neuem zur Wahl zu stellen. Inzwischen hatte die Sozialdemokratie, die sich immer mehr darauf verbiß, nur in ein Kabinett der alten Koalition zu treten, alle anderen Lösungen aber zu verwerfen, jeden Versuch Stegerwalds zerschlagen, zu Regierung mit einer halbwegs breiten Fundamentierung zu gelangen. Es lohnt sich nicht, hier alle versuchten Möglichkeiten, die wie Seifenblasen nacheinander zerplatzten, zu erörtern. Zustandegekommen ist schließlich nach unsäglichen Mühen ein Kabinett, das, wie zum Hohn auf die Bestrebungen, die Regierungskoalition zu erweitern, auf der schmalsten Basis steht, die überhaupt nur irgend denkbar ist. Auch dem Ideal der Homogenität ist man durch dieses Kabinett in keiner Weise nähergekommen; im Gegenteil, indem das Reichskabinett seine Stütze mehr nach links, das Preußenkabinett mehr nach rechts suchen muß, hat sich ein neuer Spalt zwischen beiden Regierungen aufgetan, der leicht zu einem Abgrund werden könnte. Es ist zwar nicht an dem, daß das Stegerwaldsche Kabinett sich geradezu auf die Rechte stützen müßte und somit im Grunde genommen ein Ministerium der Rechten selbst sei, wie die Sozialdemokratie, die dem neuen Ministerium von vornherein die schärfste Fehde angesagt hat, behauptet. Aber freilich ist das Ministerium genötigt, sehr vorsichtig und behutsam gerade nach rechts hin zu operieren. Man spürte das schon an der programmatischen Regierungserklärung, die kein Wort von der Demokratisierung der Verwaltung, kein Wort von kühnem Vorwärtsschreiten auf dem Wege sozialer Reformen enthielt. Man sollte ja meinen, daß die Rechtsparteien in ihrer Freude, auch in Preußen ein sozialistenreines Kabinett gebildet zu sehen, sich ihrerseits der vorsichtigsten Zurückhaltung befleißigen würden, damit das Kabinett erst einmal lebensfähig werde und sich mählich zu der ersehnten bürgerlichen Einheitsfront auszuwachsen vermöge. Ob freilich eine solche taktische Klugheit von den Rechtsparteien zu erwarten ist? Man muß daran zweifeln, wenn man hört, daß die Deutsche Volkspartei sich im Ernst einen Moment mit der Absicht getragen hat, ein Mißtrauensvotum gegen den demokratischen Innenminister Dominicus zu beantragen, mit dem natürlich die demokratische Partei stehen und halten müßte. Wenn solche Torheit bei dem noch halbwegs grünen Holze der Deutschen Volkspartei möglich sein konnte, was soll man erst von dem dürren Holze der Deutschnationalen erwarten? Werden sie nicht erst recht sich ans Werk begeben, um das Ministerium gewaltsam nach rechts herüberzuziehen, d. h. es in sich unmöglich zu machen?

Digitized by Google

Wahrlich, es sieht sehr schlecht um die Lebensdauer des neuen Kabinetts aus. Aber es war ja auch nur als ein Uebergangsministerium gedacht, dessen Dauer nicht weiter sich erstrecken sollte, als bis ein modus vivendi zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei gefunden sei. Alles kommt nun darauf an, ob die Sozialdemokratie sich davon überzeugen lassen wird, daß, wie die Dinge liegen, die Frage der monarchischen Gesinnung nicht zum Anlaß genommen werden sollte, um die Zusammenarbeit mit anderen Parteien zu sabotieren. Man darf die Sozialdemokratie daran erinnern, daß ihre Anhänger doch in Mecklenburg, in Lippe und vielleicht noch in einem oder dem anderen Kleinstaat mehr oder minder einträchtig mit der Deutschen Volkspartei zusammensitzen. Warum soll in Preußen unmöglich sein, was in Mecklenburg erlaubt ist? Man darf die Sozialdemokratie weiter fragen, ob denn das Zentrum so viel anders zu der Frage des republikanischen Bekenntnisses steht als die Deutsche Volkspartei? Unseres Wissens hat das Zentrum sich niemals auf das republikanische Bekenntnis festgelegt, vielmehr sich auch hier, wie überall, die Türen offengehalten, und in Bayern kokettiert die Schwesterpartei des Zentrums, die Bayerische Volkspartei, ganz offen mit dem Gedanken der Wiederherstellung der Monarchie. Man muß schließlich die Sozialdemokratie darauf hinweisen, daß sie selbst im Herbst 1918 ihre Führer in das Kabinett des Prinzen Max von Baden, das doch noch auf der Grundlage des monarchischen Prinzips aufgebaut war, entsandt hat. Wenn ein Scheidemann damals mit einem so konservativ-reaktionären Politiker, wie dem Staatssekretär von Waldow, schiedlich-friedlich auf der Ministerbank sitzen konnte, weshalb sollten denn die Heilmann und Siering nicht die Herren von Kardorff und Moldenhauer, die doch ganz verständige und einsichtige Politiker sind, und die wirklich nicht daran denken, aus der Regierung ein monarchisches Sprungbrett zu machen, als Kollegen auf den kuruli schen Sitzen begrüßen können. Auch das von sozialdemokratischer Seite immer wieder vorgebrachte Argument, daß das Eintreten der Deutschen Volkspartei als einer monarchisch gesinnten Partei, in die preußische Regierungskoalition uns außenpolitisch schädigen müsse, ist nichts weniger wie stichhaltig. Was fragt denn die Entente, die es nur mit der Reichsregierung zu tun hat — in der die Volkspartei sowieso schon vertreten ist —, nach der Zusammensetzung der preußischen Staatsregierung? Ihr kommt es doch allein darauf an, mit einer Regierung in Deutschland zu tun zu haben, die auch ihre ungeheuerlichsten Ansprüche befriedigt. Und darin wird doch die Sozialdemokratie, die das Pariser und das Londoner Diktat mit aller Entschiedenheit verworfen hat, keine andere Haltung einnehmen wollen als die Deutsche Volkspartei?

Digitized by Google

Wir können hier nur immer wieder darauf hinweisen, daß unsere außenpolitische Situation, die sich eben jetzt zu einer unsagbar kritischen und gefahrdrohenden gestaltet, unsere Parteien zwingen müßte, endlich einmal die parteitaktischen Gesichtspunkte zurückzustellen und nur das eine ins Auge zu fassen, daß es jetzt Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes gilt. Die Deutsche Volkspartei möge sich erinnern, daß bei der Abwehr der ungeheuren feindlichen Pression, der wir jetzt ausgesetzt sind, die Haltung unserer sozialistischen Arbeiterschaft schwerer als irgend etwas anderes ins Gewicht fällt. Umgekehrt darf die Sozialdemokratie nicht vergessen, daß alles außenpolitische Handeln um so größeren Nachdruck gewinnen muß, je mehr Parteien hinter die Regierung treten. Gilt das vor allem von der Reichsregierung, so mußte es doch auch unsere Gesamtposition schwächen, wenn im größten deutschen Staatswesen die Regierung aus einer Krise in die andere stürzt. So möchten wir die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß die kommenden schweren Tage unseren Parteien Anlaß zur Selbstbesinnung geben, und vor allem einerseits die Sozialdemokratie, andererseits die Deutsche Volkspartei von innen heraus, durch bessere Einsicht nötigen wird, den bisherigen Standpunkt einer Revision zu unterziehen. Geschieht das nicht, bleiben beide auf ihrer Intransigenz bestehen, bürgert sich dadurch die bürgerliche Einheitsfront, die doch nur ein zeitweiliger äußerster Notbehelf sein kann, im buchstäblichen Sinn des Wortes ein, so müßten wir auch innenpolitisch sehr schwarz in die Zukunft unseres Volkes blicken. Denn letzten Endes beruht doch alle Hoffnung auf der Zusammenarbeit von Bürgertum und sozialistischer Arbeiterschaft.

*

Der englische Bergarbeiterstreik und seine weltpolitischen Wirkungen

Von Dr. Walter Treuherz.

In unserem Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag haben wir eigentlich nur einen zuverlässig treuen Verbündeten: die wirtschaftliche Unlogik, die in Paris paragraphiert worden ist, und durch immer schärfere Anwendung dessen, was die Gegner als „Sanktionen" zu bezeichnen beliebten, aufs äußerste getrieben wird. Das Schlagwort: „Vernichtung des Vertrages durch restlose Erfüllung" enthält daher

Digitized by Google

tatsächlich außerordentlich viel Wahrheit. Erfüllung im Sinne der Gegner wäre wirklich unsere schärfste Waffe, wenn sie nicht zweischneidig wäre und mit den Feinden auch uns zum Verbluten bringen müßte. Da aber wirtschaftliche Not noch immer ein ausgezeichneter Lehrmeister war, wenn übersteigerte chauvinistische Gefühle Unmögliches möglich machen sollten, darf aus der Beobachtung wirtschaftlicher Gegebenheiten und hieraus abzuleitender zwangsläufiger Entwicklung doch auch auf Zukünftiges geschlossen und Richtlinien für politische Handlungen aufgedeckt werden.

Am schnellsten hat sich die Unsinnigkeit der uns auferlegten Kohlenforderungen erwiesen. Die Weltkrisis am Kohlenmarkt, als deren Folge jetzt auch der Arbeiterausstand in England gelten muß, ist — darüber kann kein Zweifel walten — ausschließlich und unfreiwillig von Deutschland geschaffen worden. Man hat geglaubt, der Welt das Angebot ohne Rücksicht auf die Verbrauchsmöglichkeiten diktieren zu können, hat das preisregulierende, natürliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage gestört und so den ersten Anstoß zur sozialen Revolution zunächst in Großbritannien gegeben, vielleicht den entscheidenden Anlaß zur politischen Auseinandersetzung zwischen Unternehmertum und Proletariat überhaupt.

Bei Beendigung des Krieges litten fast alle Staaten unter einer ausgesprochenen Kohlennot. Die Erklärung hierfür ist teilweise in der angespannten industriellen Tätigkeit, die eine Begleiterscheinung des Krieges war, andererseits in der geringeren Arbeitsleistung der Bergarbeiter und der sinkenden Zahl gelernter Häuer und Hilfsarbeiter zu suchen. Einen gewissen Einfluß übte auch die Tatsache, daß in Nordfrankreich ein kleiner, allerdings nicht ausschlaggebender Teil der Bergwerke zerstört oder wenigstens durch kriegerische Verhältnisse stillgelegt worden war.

Die Abnutzung der maschinellen Einrichtungen mußte angesichts der starken Beanspruchung allmählich bedrohlichen Charakter annehmen. Als aber nach Beendigung des Krieges die Kohlennot in ihren Ursachen erkannt wurde, ließen Hilfsmaßnahmen nicht lange mehr auf sich warten. In den von der Kohlennot am stärksten betroffenen Ländern, Deutschland, England und Frankreich, war man bemüht, dem Uebel vor allem durch eine Vermehrung der Belegschaften zu begegnen. Nach kaum zwei Jahren stellte sich daher überall wieder eine Steigerung der Produktion und schließlich eine Uebersättigung der Märkte ein. Es hätten sich unzweifelhaft, auch wenn man die wachsende amerikanische Exportfähigkeit in Rechnung setzt, preisregulierende Maßnahmen treffen lassen, wenn Deutschland nicht gezwungen worden wäre, ohne Rücksicht auf seine eigene Verbrauchsfähigkeit den größten Teil seiner Produktion an die Gegner abzutreten. Die Folge davon war ein schnelles Sinken der Weltmarktpreise.

Digitized by Google

Am schwersten wurde England von der rückläufigen Konjunktur betroffen. Während des Krieges hatte auch in Großbritannien die Regierung Staatsaufsicht über die Bergwerke verhängt. Es wurde ein Pool geschaffen, in den alle Erträgnisse der Bergwerke flossen. Aus dieser Kasse wurden die schlechter rentierenden Unternehmungen auf Kosten der besser arbeitenden oder durch natürliche Lage begünstigten Werke entschädigt. Für Verbesserungen der Anlagen ist während des Krieges auch in Großbritannien nur wenig getan worden. Das fällt aber jetzt um so schwerer ins Gewicht, als gerade die englischen Bergwerke maschinell bereits vor dem Kriege sehr viel schlechter als die amerikanischen und teilweise auch die deutschen ausgerüstet waren.

Solange die Weltmarktpreise hoch standen, waren die Kassen, aus denen die Unternehmerrente geschöpft wurde, naturgemäß mehr als ausreichend gefüllt. Die Arbeitnehmer konnten aus derselben Quelle durch höhere Löhne gespeist werden. Die Gewinnquoten reichten für alle, und der soziale Frieden wurde leidlich gewahrt. Die Verhältnisse änderten sich erst, als die Kohlenpreise auf den Weltmärkten rapide sanken. Für die englische Volkswirtschaft entstand damit eine sehr unbehagliche Situation. Bisher beruhte die Weltmacht Großbritanniens in wirtschaftlicher Beziehung darauf, daß die ausfahrenden Schiffe mit Fertigfabrikaten gut bezahlte Kohle als Fracht mit sich führten und dafür Rohstoffe und Lebensmittel hereinbrachten. Nur so konnten die Frachtraten niedrig gehalten werden. Als aber die in England geförderte Kohle nicht mehr reichte, um die ausfahrenden Schiffe zu bebunkern, und späterhin die Preise für Cardiffkohle so stark sanken, daß die Verfrachtung nicht mehr lohnend wurde, mußte notwendig eine allgemeine Wirtschaftskrisis sich einstellen und schließlich schwere soziale Erschütterungen zur Folge haben. Jetzt, da die Kohlenpreise so weit zurückgegangen waren, daß den Arbeitern nicht mehr höhere Löhne gewährt werden konnten, und gleichzeitig die Unternehmer aus hohen Exporterlösen keine Gewinnquote mehr erzielten, glaubten die Arbeitgeber nur noch durch eine Herabsetzung der Löhne wieder zu einer Rentabilität ihrer Werke gelangen zu können.

Andererseits zeigte sich die Regierung nicht mehr geneigt, die als Kriegsmaßnahme verhängte Staatsaufsicht über die Gruben beizubehalten, weil sie bei weiter sich verschärfender Krisis fürchtete, für das Defizit der Kohlenwirtschaft einmal aufkommen zu müssen. Die Arbeiter aber machten die Erhaltung der Staatsaufsicht zur wichtigsten Bedingung, wenn der Arbeitsfrieden weiter gewahrt bleiben sollte.

Eine befriedigende Lösung im Sinne der Regierung und der Arbeitgeber ist in England, auch wenn der Streik aus taktischen Gründen abge-

Digitized by Google

brochen werden sollte, nur noch zu erzielen, wenn eine wesentliche Besserung der Kohlenpreise auf dem Weltmarkt sich durchsetzen lassen könnte. Solange der Versailler Vertrag besteht, ist nach dieser Richtung jedoch keine Aussicht vorhanden. Im Gegenteil! Bekanntlich stellen die Franzosen in der Sortenfrage an uns weiter verschärfte Anforderungen. Sie scheinen nicht geneigt, in der Quantität der abzuliefernden Kohlen unseren Unterhändlern Zugeständnisse zu machen, schrauben andererseits aber auch ihre Anforderungen in hochwertigen Kohlensorten, an denen wir ohnehin großen Mangel leiden, immer weiter in die Höhe.

Davon wird England indirekt ebenfalls getroffen werden. Naturgemäß hat die hochqualifizierte englische Anthrazitkohle ihren Preisstand relativ noch am besten aufrecht erhalten können. Wenn jetzt die auf den Weltmarkt geworfenen deutschen Kohlensorten auch noch der bisher mit einem gewissen Monopolcharakter ausgestatteten englischen Kohle Wettbewerb bereiten, werden diese Kohlensorten ebenfalls von der allgemeinen Desorganisation des Marktes erfaßt werden.

Somit ist keine Aussicht vorhanden, daß der in Großbritannien zwischen Staat, Unternehmern und Arbeitern ausgefochtene Streit zu einer endgültig befriedigenden Lösung im Sinne der Regierung führen kann. Wahrscheinlich wird der Streik durch einen vorläufigen Ausgleich beigelegt werden. Der soziale Frieden ist damit aber noch keineswegs wiederhergestellt. Auch die Nationalisierung der Werke, wogegen die Regierung sich mit Recht sträubt, weil sie ein heruntergewirtschaftetes Produktionsinstrument in einer Zeit übernehmen müßte, da weitere wertmindernde Faktoren von außen her auf die Kohlenwirtschaft einwirken, wäre nicht imstande, dem Kohlenbergbau wieder zur Rentabilität zu verhelfen. Nirgends zeigt sich ein Ausweg. Solange die Weltmärkte mit Kohle übersättigt sind, weil Deutschland seine Produktion Frankreich und Belgien abzutreten gezwungen ist, Ländern also, die selbst nicht in der Lage sind, das übernommene Gut in eigenen Anlagen zu verbrauchen, ist an eine Gesundung der internationalen Kohlenwirtschaft nicht zu denken. Nun rächt sich, daß in Versailles wirtschaftliche Probleme mit politischen Mitteln gelöst werden sollten. Die Verschleuderung deutscher Reparationskohle in einer Zeit, da Deutschlands Volkswirtschaft gezwungen ist, sich auf stärkeren Verbrauch von Elektrizität und Braunkohle umzustellen, führt nicht einmal zu einem die Gegner befriedigenden Resultat. Je weiter die Preise sinken, desto geringer werden die Erlöse sein.

Gewiß wäre ein Ausgleich gegen diese wertmindernden Einflüsse möglich, wenn Frankreich sich auf den stärkeren Verbrauch deutscher Kohle mit der Durchführung eines großzügigen Bauprogramms für die Montanindustrie umstellen wollte. Was aber geschieht statt dessen? Die ganze Energie der Franzosen ist darauf gerichtet, die Saargruben weiter auszubauen und

Digitized by Google

ihre Förderung zu steigern, vielleicht um bei einem Rückkauf der Werke durch Deutschland diesem dafür einen höheren Preis abfordern zu können, statt alle Kraft auf die Vervollkommnung und weitere Erschließung der nordfranzösischen Gruben zu verwenden.

Freilich verfügen die Franzosen in der Saarkohle nicht über diejenigen Qualitäten, die sie zum Aufbau einer großen Montanindustrie benötigen. Daraus erklärt sich auch ihr Hunger nach dem westfälischen Industrierevier, das über eine ausgezeichnete, für die Verhüttung vorzüglich geeignete Kokskohle verfügt. Aber sie sind ja bereits jetzt nicht einmal imstande, die uns abgetrotzten Kokskohlenmengen voll zu verwerten. Der Ueberschuß auch dieser Sorten wird daher auf den Weltmärkten ebenfalls verschleudert werden und den ohnehin starken Druck auf die Preise weiter vermehren.

Gegen die Gesetze der Volkswirtschaft kann nun einmal mit politischen Machtmitteln auf die Dauer nicht angekämpft werden. Bereits jetzt sind die Weltmarktpreise für Kohle so tief gesunken, daß ein großer Teil deutscher Werke in der Lage ist, die vom Ausland angebotenen Quantitäten wieder zurück zu erwerben. Während deutsche Kohle gegenwärtig etwa 280 Mark kostet, werden in unseren Häfen ausländische Sorten schon mit 400 bis 450 Mark angeboten. Berücksichtigt man, daß eine Verteuerung der englischen und amerikanischen Kohle durch die hohen Inlandsfrachten bis zum Verbrauchsort eintritt, so ist zwar die Spannung zwischen der ausländischen und der heimischen Kohle noch recht erheblich. Da aber andererseits bei besserer Ausnutzung der Werke die Gestehungskosten eine Minderung erfahren, und schließlich für hochqualifizierte Fertigfabrikate noch immer recht gute Preise erzielt werden, so läßt sich ein Ausgleich für die höheren Brennstoffpreise bei vielen Industriezweigen doch nicht allzu schwer erzielen.

Es ist interessant, daß bei einer weiteren Desorganisation des Weltkohlenmarktes theoretisch sehr wohl der Fall denkbar ist, bei dem die *Weltmarktpreise unter die heimischen Preise sinken*. Dann wäre allerdings nicht mehr möglich, die deutschen Bergwerke einigermaßen rentabel zu betreiben. Da der Friedensvertrag vorsieht, daß für alle auf dem Landwege gelieferten deutschen Kohlen die *Inlandspreise* in Anrechnung zu bringen sind, während für Kohle, die auf dem Seewege geliefert wird, der Preis für Cardiff-Kohle uns gutgeschrieben werden muß, bedeutet die jetzt in Deutschland vorgenommene *Preiserhöhung* für Kohle indirekt eine *Maßnahme zur Stützung der Weltmarktpreise*. Es wird abzuwarten sein, ob diese Wirkung gegenüber anderen preismindernden Faktoren, insbesondere einer möglicherweise weiter sich geltend machenden verschärften amerikanischen Exporttätigkeit eintreten wird.

Digitized by Google

Auf die politische Entwicklung haben diese Ereignisse am Weltkohlenmarkt jedenfalls große Bedeutung. Wie der in Großbritannien anhaltende Streik auch auslaufen möge: bereits jetzt kann als feststehend gelten, daß die Machtstellung Englands auf den Weltkohlenmärkten erschüttert ist. Daraus ergeben sich aber wichtige politische Schlußfolgerungen. Bisher waren fast alle Schiffe gezwungen, sich zur Bebunkerung der in britischen Kolonien aufgestapelten Kohlenmengen zu bedienen. Großbritannien hat stets verstanden, diese Notlage geschickt seinen politischen Zwecken nutzbar zu machen. Seitdem aber Amerika im Begriff steht, für seine junge aufstrebende Handelsschiffahrt eigene Stapelplätze zu bilden, seitdem ferner chinesische Kohle in immer größeren Mengen die Weltmärkte versorgt, ist England eine politische Einflußnahme von der Kohlenseite her auf die Weltschiffahrt nicht mehr möglich.

Vorausschauende britische Staatsmänner wissen das sehr genau. Ein technisches Moment kommt ihnen zu Hilfe. Die Erkenntnis, daß Kohle zu kostbar ist, um als Kraftquelle benutzt zu werden, zieht immer weitere Kreise. Kohle entwickelt sich allmählich zu einem hochwertigen Rohstoff, der entweder in veredelter Form, destilliert oder vergast, zur Verwendung gelangt, oder aber verflüssigt gebraucht werden soll. Die Verflüssigung der Kohle ist ein Problem, das in Deutschland auf verschiedene Weise bereits praktisch gelöst worden ist. Die Notwendigkeit zur Intensivierung der Kohlenwirtschaft in dieser Richtung ist bei uns allerdings durch den Mangel an eigenen Petroleumquellen und den Verlust unserer ausländischen Erdölgewinnungsmöglichkeiten gegeben. England kennt diesen Zwang nicht. Im Verein mit den großen holländischen Petroleumunternehmungen übt es die Herrschaft über die zukunftsreichsten und besten Erdöllager der Welt aus. Die amerikanischen Quellen dagegen sind im Versiegen begriffen. Daher arbeitet England jetzt an der Umstellung seiner Seeschiffahrt auf den Verbrauch von Erdöl. Will England seine Weltmachtstellung erhalten, so muß es, auch unter schwersten Opfern, die Versorgung seiner Schiffe mit Brennstoff sicherstellen. Gelingt es ihm, die Macht über die wichtigsten und besten Erdölquellen sich zu erhalten, so kann es auf eine Forcierung seiner Steinkohlenproduktion wohl verzichten. Die englischen Kohlenvorräte dürften ohnehin nur noch wenige hundert Jahre vorhalten.

Der zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten entbrannte Kampf um die noch freien Petroleumquellen der Welt, ist daher auch wirtschaftspolitisch von außerordentlicher Tragweite. Von seinem Ausgang hängt die Aufrechterhaltung der weltpolitischen Machtstellung Großbritanniens ab. Deutschland aber leistet unfreiwillig, weil es verurteilt ist: den Weltkohlenmarkt durch seine Lieferung ständig in Unruhe zu halten, Helfersdienste zur Revolutionierung der bestehenden Gesellschafts-

Digitized by Google

ordnung — stärker als es Lenin durch seine Propaganda je tat — und zur Erschütterung der außenpolitischen Lage Englands.

Dies ist eine der Folgen des Vertrages von Versailles.

Zur Reparationsfrage.

In der l'ère nouvelle ist der Inhalt eines Gespräches wiedergegeben, den ein Korrespondent dieses Blattes bei einer Reise durch Deutschland mit einem Sachverständigen gehabt hat. Wir lassen es im Wortlaut folgen. Die Schriftleitung.

Alle Verhandlungen über die Reparationsfrage, insbesondere seit London, ebenso wie auch die letzten Noten der Reparationskommission waren beherrscht ausschließlich von der Forderung nach Geld. Das ist begreiflich, und in der Tat ist die Finanzfrage das Hauptstück des Reparationsproblems. Aber man verlangt von uns Goldzahlungen. Gold haben wir in Deutschland, und zwar in der Reichsbank einen Bestand von einer Milliarde und rund 90 Millionen. In der französischen Presse wird behauptet, der Bestand betrage 1,6 Milliarden. Es wäre interessant zu erfahren, wie die französische Presse zu dieser falschen Zahl gekommen ist. Man kann natürlich dieses Gold in Eisenbahnwagen verladen und in die Bank von Frankreich transportieren. Ein schwereres Attentat gegen die französischen Interessen kann sich keine Phantasie ausdenken. Die Stabilisierung der deutschen Mark mit dem Ziele der allmählichen Annäherung an die Goldmark ist das entscheidende Finanzproblem Deutschlands, von dessen Lösung mit in erster Linie — das wird niemand bestreiten — die Durchführung der Reparationsverpflichtungen abhängt. Nimmt man den deutschen Finanzen die letzte Reserve dieses seltsamen und zauberhaften Metalls, so bedeutet das den Todesstreich für die deutsche Währung. Die deutsche Währung muß dann rettungslos niedersinken. Mit der deutschen Mark sinkt, einem Naturgesetz folgend, der französische Frank und auch der Zuwachs des Goldbestandes der Bank von Frankreich oder England. Und eine deutsche Goldmilliarde würde an dieser Tatsache nicht das geringste ändern können. Deutschland und Frankreich sind, so wenig sie sich heute zu verstehen scheinen, wirtschaftlich und finanziell auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Kommen sie nicht zu einer, wenn auch rein verstandesmäßigen Liaison, so halten wir wenig mehr von der Zukunft des Kontinents.

Deutschland wird und kann zahlen, wenn seine wirtschaftliche Wiederaufrichtung gesichert wird.

Goldmilliarden aber können wir nicht von heute auf morgen leisten. Wohl aber können wir, wollen wir das tun, was Frankreich jetzt am nötigsten braucht: Mitarbeiten durch Sachleistungen und, wenn es verlangt wird, durch Arbeit an dem Aufbau der zerstörten Gebiete. Alle

Digitized by Google

Schichten des deutschen Volkes — ich darf das ruhig behaupten — sind bereit, geschlossen hinter die deutsche Regierung zu treten, wenn sie sich anschickt, diese ungeheueren Wunden am Körper Europas schließen zu helfen. Wenig ermutigend ist bisher die Haltung der französischen Oeffentlichkeit diesem deutschen Willen gegenüber. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist und bleibt Frankreichs eigene Angelegenheit. Aber trotzdem müssen Mittel und Wege gefunden werden, wie Deutschlands ehrlicher Wille zur Mitwirkung bei diesem Wiederaufbau nutzbar gemacht werden kann. Die deutsche Regierung ist unter Führung des Reichsaußenministers zur Zeit mit neuen Wiederaufbauplänen beschäftigt, die zur gegebenen Zeit vorgelegt werden sollen. Alle diese Pläne haben aber nur dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn bei ihrer Ausarbeitung der französische Wille und die französische Initiative mitbestimmend sind und sie dann in gemeinsamer Beratung der besten Sachverständigen durchgearbeitet werden. Ich will es mir daher versagen, ein fertiges Programm, wie ich es mir persönlich denke, vorzulegen. Nur so viel als Material zur Beurteilung der Frage:

1. Deutschland kann fast restlos die Stoffe zum Wiederaufbau liefern. Nicht sofort, aber wachsend im Laufe der Jahre, wie diese Riesenaufgabe es erfordert.
2. Deutschland kann zur Verfügung stellen, wenn es erforderlich erscheint, das Wissen und den Rat seiner Techniker.
3. Deutschland kann zur Verfügung stellen tüchtige Facharbeiter, die die Intentionen des französischen Arbeitgebers auszuführen in der Lage sind.
4. Deutschland kann ferner Handarbeiter stellen, wenn dies erwünscht und nötig ist, wobei ich zugebe, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit in Frankreich die französische Regierung nur ihre Pflicht tut, wenn sie zunächst für diese Arbeitslosen Arbeit schafft. Arbeit ist nur möglich, wenn die Rohstoffe geliefert und in großzügig organisierter Weise im Wiederaufbau Verwendung finden.

Man hat oft davon gesprochen, daß es möglich wäre oder wünschenswert, vom deutschen Standpunkt aus, daß man bestimmte menschenleere zerstörte Sektoren Deutschland zum Wiederaufbau anweisen solle. Der Aufbau soll dann streng nach französischen Plänen erfolgen. Ich bin mir wohl bewußt, welche großen psychologischen Schwierigkeiten hier auftreten, da man dann sofort von deutschen Kolonien sprechen wird, die sich im zerstörten Gebiet wieder auftun. Alle diese Auffassungen entspringen der mangelnden Kenntnis der gewaltigen innerpolitischen Umstellung, die in Deutschland nach der Niederlage vor sich gegangen ist. Und ich muß es auf das lebhafteste bedauern, daß man in Frankreich in weiten Kreisen, insbesondere in der Presse, die deutsche Regierung hinstellt, nicht als eine Regierung

Digitized by Google

der deutschen Republik, sondern als ein weiches Werkzeug in den Händen der „Pan-Germanisten", oder der Militärpartei ohne Soldaten.

Deutscherseits ist man von dem Wunsch beseelt, daß man möglichst bald aus der gegenseitigen unfruchtbaren Pressepolemik und rein offiziellen Staatsaktionen zu ruhigen nüchternen Besprechungen zwischen den Männern auf beiden Seiten komme, die guten Willens sind. Ueber alle Mißhelligkeiten und Schwierigkeiten der jetzigen Zeit hinaus ist das deutsche Volk und die deutsche Regierung von dem festen Willen beseelt, ihr Bestes zu tun und alle Kräfte einzusetzen, um mehr zu leisten, als es heute blankes Gold wert wäre, nämlich die werktätige Mithilfe in dem drängenden Werke des Wiederaufbaues.

Wahlkampf

Von Dalmo Carnevali.

Rom, 18. April 1921

Wir befinden uns bereits mitten im Wahlkampf, der zwar von Giolitti wohlweislich auf eine kurze Zeit von 5 Wochen zusammengedrängt wurde, dafür aber wohl an Heftigkeit nicht hinter manch früherem zurückstehen wird.

Bei Betrachtung der Parteilage fällt auf, daß eigentlich keine einzige Partei über ein zugkräftiges Programm oder irgendeines jener hinreißenden Schlagworte verfügt, die hier so notwendig sind.

Die größte Partei, die Sozialisten, die im November 1919 in der stattlichen Anzahl von 156 Mann in die Kammer einziehen konnten, werden wohl zu den Hauptleidtragenden der ganzen Aktion werden. Ihre Versprechungen waren zu groß, als daß sie sie auch nur zum geringen Teile hätten einhalten können, die ewige Vertröstung auf die „demnächst" ausbrechende Revolution mit Einrichtung der Sowjetregierung nimmt kein Mensch mehr ernst und der Streit, in dem sich seit der Spaltung die verschiedenen Richtungen gegenseitig verunglimpfen und mit dem sie ihre Kraft und ihr Geld vergeuden, trägt keineswegs dazu bei, ihr Ansehen zu heben. Mit welcher Kleinlichkeit und Verbohrtheit sie dabei vorgehen, ist daran zu erkennen, daß sich jetzt die eigentlichen Sozialisten und die Kommunisten um das laut Gesetz auf die Wahlzettel aufzudruckende Parteiemblem streiten, beide erheben Anspruch auf das Sowjetwappen, den mit der Sichel gekreuzten Hammer. Daß übrigens die Stimmung im Lande eine erheblich andere geworden ist, zeigen die zur täglichen Erscheinung gewordenen Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Fascisten. Man mag über die letzteren denken wie man will, Tatsache ist, daß sie eine lebendige Kraft bedeuten, die sich den Sozialisten unter Einsatz des eigenen Lebens mit Mut und Nachdruck entgegenstellt. Daß Giolitti

Digitized by Google

daran gedacht hat, diese gärenden Kräfte in den Dienst des Landes zu stellen und sie zur Liquidierung des in ewiger negativer Opposition verharrenden Sozialistenschwarmes zu benützen, ist ein Beweis seiner überlegenen Klugheit, der nicht ein Zug von Sarkasmus fehlt, sind es doch die gleichen Elemente, die in den strahlenden Tagen jenes unvergeßlichen Mai den Krieg erzwangen und den Alten von Dronero als Verräter brandmarkten. Später, wenn sie ihre Schuldigkeit getan haben werden, wird die Reihe auch noch an sie kommen.

Die bisher mit 99 Abgeordneten zweitgrößte Partei der Klerikalen befindet sich ebenfalls in nicht besonders günstiger Lage. Das letzte, aus damals angebracht gewesenen opportunistischen Gründen stark, sehr stark mit Konzessionen nach der linken Seite ausgestattete Programm hat auf dem rechten Flügel der Partei erhebliche Bedenken reifen lassen, die unter den heutigen, erheblich geänderten Verhältnissen so stark geworden sind, daß sich bei ihm bereits deutliche Neigung zu einer Abspaltung zeigt. Auch der „bolschewistische" Flügel der Klerikalen hat Lust, von dem neuen, zwar sehr moralischen, aber auch sehr harmlosen Programm der mittleren Richtung abzurücken.

Die Partei, die sich in grünender Hoffnung ergeht, sind die Liberal-Demokraten, die Partei Giolittis, auf die die Wahlen zugeschnitten sein werden und die ohne Zweifel gestärkt aus den Neuwahlen hervorgehen wird. Sie hatte in der letzten Kammer 89 Sitze inne.

Die Radikalen, zuletzt 57 an der Zahl, die Partei der Einspänner, ehemaligen Minister, Freimaurer, Industriellen, die bei jedem Vertrauensvotum in zwei Hälften, pro und contra auseinanderfallen, und deren einzelne Mitglieder jeweils prinzipielle Gegner der Regierung sind, in der sie nicht selbst sitzen, werden wohl mehr oder weniger wieder in alter Kraft zurückkehren.

Die Gruppe der Erneuerer, ein Produkt des Krieges, unklar im Programm, und die widersprechendsten Elemente umfassend, werden wohl in den unruhigen, aufstrebenden Kräften der „Kombattanten" und der „Fascisten" aufgehen, deren Wollen nicht minder unklar ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß D'Annunzio dabei auf dem Plane erscheint, Bestrebungen hierzu sind bereits im Gange.

Der kleine Sektor der Rechtsliberalen wird wohl dem Zuge der Zeit entsprechend, einen mäßigen Zuwachs erringen, während die wenigen Reformsozialisten und Republikaner sehen müssen, mit Wahlkompromissen ihre alten Bestände zu retten.

Wie die neue Kammer auch ausfallen wird, der Wechsel ihrer Zusammensetzung wird jedenfalls nur innerpolitische Bedeutung haben. Die Außenpolitik ist durch die äußeren Verhältnisse dermaßen zwangsläufig

Digitized by Google

festgelegt, daß eine Aenderung von vornherein ausgeschlossen ist. Italien wird von der Entente im Schlepptau gehalten und muß ihr daher notgedrungen folgen, eine Loslösung würde Repressalien zur Folge haben, und es um den letzten Rest der ohnehin mageren Früchte des Krieges bringen. Wer wäre übrigens auch imstande, ihm Ersatz zu bieten? Italien wird also Mitglied der Entente bleiben und fortfahren, innerhalb ihr das mäßige und versöhnende Element zu bilden, eine Funktion, für die man ihm allseits und nicht zuletzt gerade auf Seite der Entente noch einmal Dank wissen wird. Soweit aber seine beschränkte Freiheit reicht, wird Italien nach den Enttäuschungen in Europa versuchen, gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten herzustellen und dieses für seine eigene politische Zukunftslinie zu interessieren, die nach dem östlichen Mittelmeer weist, wo der griechische Konkurrent eben eine verheißungsvolle Schlappe erlitten hat.

Eine Stimme aus Amerika für Deutschland

Von Stewart E. Bruce.

Stewart E. Bruce in Pasadena in Kalifornien, ein Amerikaner vom Geiste Washingtons, hat ein kleines Buch geschrieben „The War Guilt and Peace Crime of the Entente Allies". Es ist unter dem Titel „Kriegsschuld und Friedensverbrechen" soeben bei Hermann Bousset in Berlin erschienen. Die beste Art, diese gute Tat und dieses edle Werk an Deutschland dem deutschen Leser anzuzeigen, scheint mir die zu sein, daß ich die folgenden Stellen ohne weiteres Kommentar mitteile.

Dr. Paul Rohrbach.

*

Ehe nicht die ganze Wahrheit über diesen Krieg allen bekannt ist, wird die Welt keinen wahren Frieden haben. Wenn die Welt durch Falschheiten irregeführt worden ist, durch Lügenpropaganda, durch organisierte und systematische Täuschungen, und dadurch Haß und Rachelust vom menschlichen Herzen Besitz ergriffen haben, dann ist es offenbar, daß die Wahrheit das einzige Mittel ist, um zur Besserung und Wiedergesundung zu führen. —

Bei dieser Erforschung der Wahrheit beabsichtige ich nicht, Zeit und Raum auf den Beweis von Deutschlands Schuld zu verschwenden. Diese Aufgabe ist bis in jede Einzelheit von jedem nur möglichen Gesichtspunkt aus durch Tausende interessierter und nichtinteressierter Leute erfüllt worden. Die Beiträge zu dieser Frage sind vielleicht umfangreicher als über irgendeinen Gegenstand der ganzen Geschichte; manche der Feststellungen sind unparteiisch und aufklärend, aber ihr größerer Teil kann nur gesäubert werden, indem man ihn den Flammen übergibt, falls nicht diese Generation in der Geschichte als das Opfer der gemeinsten Propaganda

Digitized by Google

und der unanständigsten, wenn nicht verbrecherischen Entstellung der Wahrheit gelten will, die jemals die Menschheit erlebte. —

Wenn Nationen um die günstige Meinung der Welt buhlen (denn die öffentliche Meinung ist so wertvoll wie Gold), wenn sie die Schuld ihrer Gegner und ihre eigene Unschuld zu beweisen versuchen, ist es im Interesse der Gerechtigkeit unumgänglich nötig, zu wissen, ob sie alle mit reinen oder unreinen Händen vor dem Richterstuhl erscheinen. Von diesem Standpunkte aus würde es ungerecht sein, wollte man hier nicht bis zu einem gewissen Grade die Vergangenheit jener Nation untersuchen, welche die Verletzung der Verträge als Grund für ihr Eintreten in den Weltkrieg angegeben hat. Wir brauchen in der internationalen Kriminalgeschichte nicht weit zurückzugehen, um die Schlangenspur aufzufinden, die zu jener Nation führt, welche sich als „Beschützer" der kleinen Völker und Wächter internationaler Verträge aufspielt. (England!) —

Seine (Englands) bessere Natur gebot, den Krieg unter allen Umständen zu verhindern und Europas Führung zu übernehmen, bis die Vernunft wieder zurückgekehrt sei. Die Macht der Finsternis aber sprach: Das ist deine Gelegenheit — greife zu! — Statt sich zu entscheiden, zögerte Britannien. Um sein Gewissen zu beruhigen, bedrängte es Deutschland, Oesterreich zurückzuhalten. Deutschland erwiderte sofort: „Schau auf den Zaren — ich handle nur, wenn er es tut." Britannien wußte genau, daß Rußlands Mobilisation Deutschland in den Konflikt zog und ein sicherer Weg, die Feindseligkeiten abzuwenden, darin bestand, Rußland zur Einstellung seiner Mobilisation zu überreden — falls es nicht Britannien als Verbündeten verlieren wolle. Das ist nicht geschehen. Britannien verhandelte mit dem Führer des Dreibundes, seinem Feinde, versäumte es aber, alle in seiner Gewalt befindlichen Mittel anzuwenden, Rußland, seinen bisherigen Freund, zurückzuhalten. Wagt jemand zu sagen, Rußland würde, ohne die Gewißheit französischer und britischer Unterstützung, Krieg begonnen haben? Diese Wahrscheinlichkeit ist noch geringer als die, daß Frankreich in den Krieg eingetreten sein würde, ohne der britischen und russischen Hilfe sicher zu sein. —

Nehmen wir nun an, Deutschland hätte Oesterreich zurückgehalten, dann wäre zweifellos der Weltkrieg verhindert worden — wenigstens einstweilen —, auf wie lange, kann niemand sagen. Dadurch aber würde sich Deutschland das einzige Land entfremdet haben, auf das es sich künftig, im Falle eines Kampfes auf Leben und Tod mit Rußland und Frankreich, verlassen konnte. Oesterreichs Freundschaft und Unterstützung war für Deutschland infolge seiner kritischen, isolierten Lage absolut unentbehrlich. Hätte Britannien Rußland zurückgehalten und es sich dadurch entfremdet, würde der Verlust nicht so verhängnisvoll gewesen sein, wie der Verlust Oesterreichs für Deutschland, denn England blieb auch

Digitized by Google

ohne Alliierten hinter seinen schwimmenden Mauern von Eisen und Stahl in Sicherheit. —

Seine vier Verbündeten, Rußland, Frankreich, Belgien und die Hungersnot würden wohl genügen, um Deutschland ohne große Opfer an eigenen Menschenkräften zu überwinden. —

Hätten Großbritanniens Regierende im August 1914 den zehnten Teil der trostlosen Verfassung vorausgeahnt, in der sich heute die Welt befindet, sie würden sich, statt ihre Bemühungen an den Deutschen Kaiser zu verschwenden, von dem russischen Bündnis losgerissen haben wie aus den Klauen eines Tigers, dem Rachen einer Schlange oder der Umarmung eines Aussätzigen. —

Frankreich ist wieder im Besitz seiner Provinzen. Der Spieler erhielt seine Verluste zurück. Tausende von Amerikanern und Millionen Unglücklicher aus anderen Ländern schlafen heute in französischer Erde, weil sie durch falsche Führer von ihren Heimstätten weggeschleppt wurden, um das teuflische Werk Napoleons III. und seiner wahnsinnigen Minister zu vollenden. Es ist traurig genug, wenn man sehen muß, wie die Mannesjugend der Welt, selbst um der gerechtesten Sache willen, hingemäht wird, trauriger, wenn es für eine Sache wie diese geschieht; aber noch viel beklagenswerter ist das Bewußtsein, daß die Völker der Welt aus dieser lodernden Hölle nicht geläutert und gereinigt hervorgegangen sind, wie wir gehofft hatten, daß im Gegenteil Rache, Haß, Neid und Habsucht die vier Grundpfeiler sind, auf denen die Sieger den künftigen Völkerfrieden aufbauen wollen. —

Die moderne Kriegführung arbeitet nicht mehr mit vergifteten Pfeilen, statt dessen aber mit Giftgasen und Propagandagift. Das heimtückischste, tödlichste und feigste Mittel der Kriegführung ist die moderne Propaganda. Die Giftgase bringen dem Soldaten auf dem Schlachtfelde den augenblicklichen, schnellen Tod — damit hat das Giftgas seine Wirkung getan —, aber die Wirkungen der vergifteten Propaganda zeigen sich in ihren tödlichen und verruchten Folgen erst ganz in drei Generationen. Bajonette und Kugeln verstümmeln und töten den menschlichen Leib auf dem Schlachtfelde, die Giftpropaganda aber vereitert und verpestet die Herzen und Seelen der Männer, Frauen und Kinder einer ganzen Nation! —

Ohne auch nur im geringsten an diese oder ähnliche Dinge zu denken, haben Millionen von Amerikanern jede Spur von Vernunft und vernünftigem Urteil verleugnet und sich in völliger Stumpfheit damit begnügt, die ekelhaften Mixturen zu schlucken, die daheim und im Auslande von teuflisch geschickten Händen gebraut wurden, so daß die Amerikaner, als die Zeit erfüllt war, als willige Opfertiere zu dem großen Schlachtfest geschleppt werden konnten. Das gedankenlose amerikanische Volk wollte den Krieg ja gar nicht, aber es leistete in seiner Stupidität dem Führer oder den

Digitized by Google

Führern willigen Vorschub, die den Krieg wollten — aber den Frieden predigten! Für diese Leute, die mit den Lippen dem Frieden huldigten, deren Herzen aber auf den Krieg gerichtet waren, war damals die Zeit zur Demaskierung noch nicht gekommen. Niemals in der Weltgeschichte hat sich ein Volksführer so urplötzlich aus einem sanftzüngigen Friedensengel in den Kriegsgott verwandelt, wie Woodrow Wilson, der Präsident der Vereinigten Staaten. —

Ich behaupte, daß das amerikanische Volk bei dieser höchst ernsthaften Sache der Teilnahme Amerikas am Kriege ebensowenig befragt wurde und ebensowenig zu sagen hatte, wie das russische oder das deutsche Volk. —

Wiederholt bot sich im Kriege der psychologische Moment, in den Kampf mit einem rückhaltlos ehrlichen und unparteiischen Vermittlungsangebot Amerikas einzugreifen. Aber anstatt diesen, über alles wichtigen Schritt, wennschon nicht als Staatsmann, so doch wenigstens als praktischer Geschäftsmann zu tun, rührte Wilson keine Hand, um denjenigen seiner Landsleute Einhalt zu tun, welche Deutschland in Amerika verdächtigten und die Ententevölker dementsprechend ermunterten. Er ließ zu, daß die Amerikaner sich an Europas Leiden bereicherten und setzte so gleichsam eine Prämie auf die endlose Fortsetzung des Krieges. Seine kostbare Zeit verschwendete er damit, leere, rhetorische Seifenblasen in die Luft zu schicken und ihrem Auf und Nieder in der Luft nachzustarren, während eine bewundernde Zuhörerschaft dem niedlichen Gaukelspiel seiner sinnlosen und ohnmächtigen Worte und Phrasen Beifall klatschte. —

Ein Sieg, wie ihn Großbritannien erstrebte, bedeutete den Triumph der brutalen Macht im Sinne der kriegerischen Roheit vergangener Zeitalter, wo der Höhlenmensch auf Erden wandelte. Ein solcher Sieg, wie ihn Großbritannien erträumte, war der Idee nach ungeheuerlich, brutal in der Ausführung und fluchbeladen in den Folgen. —

Die Hungerblockade ist eine fürchterliche Kriegswaffe, auch wenn man sie auf die Garnison einer Festung im Kriege anwendet. Wieviel schändlicher und gemeiner aber ist der Versuch, um des materiellen Sieges willen Männer, Frauen und Kinder einer ganzen Nation auszuhungern? Wer kann die Abertausende von unmündigen und unschuldigen deutschen Kindern zählen, die mit größerer Grausamkeit und tödlicherer Sicherheit ins frühe Grab gebracht wurden, als wenn sie unter dem Höllenfeuer der britischen Kanonen gelegen hätten? Noch nie seit Menschheitsanfang ist eine Sache so gerecht gewesen, daß sie zu ihrer Verwirklichung so teuflischer Mittel bedurft hätte, wie es die radikale Aushungerung unschuldiger Frauen und Kinder auch nur eines Dorfes, geschweige denn einer ganzen Nation, ist. Wenn man heute hinter die Kulissen des Lebens in Deutschland schaut und sieht, zu welchen furchtbaren Folgen diese langsame Aushungerung eines Volkes durch ein anderes geführt

Digitized by Google

hat, wenn man sieht, wie Tausende von verschmachtenden Säuglingen sich vergebens mühen, ihre Nahrung an den kraftlosen Brüsten der Mütter zu finden, dieser Mütter, die sich dringend notwendige Nahrungsmittel versagen mußten, damit es nicht an Saat für die kommende Ernte fehlte, wenn man sieht, wie Greise am Wege niedersinken, wie sie freiwillig ihrem Leben ein Ende machen, damit die Nachkommenschaft noch zu leben habe, wenn man sieht, wie alle diese unseligen Menschen genau so wie die Soldaten in der Schlacht durch diese feindliche Kriegshandlung der Blockade dahinsterben — dann kann man diese Methode, ohne den Namen Christi zu schänden, keine christliche Kriegsführung, oder die Nation, die so teuflisch ist, eine solche Methode anzuwenden, keine christliche Nation mehr nennen! Die Blockade war tatsächlich die größte Schande des Krieges, von einer wildgewordenen Nation angewandt, die die Schrecken des Schwarzen Loches von Kalkutta verzehntausendfachte. Diese Methode aber mußte Großbritannien anwenden, wenn es, selbst nach Jahren angestrengtesten Mühens, den „Frieden durch „Sieg" erringen wollte". —

Die Tatsache, daß ein Krieg zum Schutze der Kriegsgewinne und des Handels, ein Krieg, der vermieden hätte werden können, wenn diese Kriegsgewinne und der Handel nicht angetastet worden wären, daß ein solcher Krieg plötzlich zu einem „heiligen Krieg" für Grundsätze und Menschlichkeit umgedeutet werden konnte, das übersteigt allen menschlichen Verstand und wird ewig eine der Absurditäten der Geschichte bleiben. —

Es ist keine leere Voraussetzung, daß die Geschichte einen großen Teil der Schuld für die Herbeiführung des Weltkrieges Großbritannien, Frankreich und Rußland zuschreiben wird. Außerdem wird man das beinahe ebenso feige Verbrechen, den Krieg über die unerläßliche Dauer hinaus verlängert zu haben, auch Großbritannien, Frankreich und Amerika zur Last legen. —

Ob nun diese Friedensangebote Deutschlands aufrichtig waren oder nicht, mag fraglich sein; aber die eine Tatsache bleibt, und sie wird ewig zur Ehre Deutschlands bestehen, daß es wiederholt angeboten hat, in Verhandlung mit seinen Gegnern die strittigen Punkte aus der Welt zu schaffen. Die Verbündeten der Entente hingegen machten zu ihrer Schande kein Angebot, den Krieg auf irgendeiner anderen Basis zu beenden als auf der des vollkommenen Sieges. —

Wie dieser große friedliche amerikanische Riese in den Kampf hineingebracht wurde, gegen seinen Willen — geblendet und geführt von Pygmäen und Parasiten —, wie er ausgeraubt und weißgeblutet wurde, das wird ein Gegenstand sein, der noch auf Generationen hinaus nicht durch Schriftsteller und Forscher erschöpft werden wird. Kein Gegenstand in der ganzen Geschichte wird diesen an menschlichem Interesse über-

Digitized by Google

treffen: er wird eine der hervorstechenden, auffallenden Dummheiten der Geschichte bleiben — und auch ein Rätsel und eine Paradoxie. —

An dieser geheimen Sitzung in Washington, die ein paar Monate nach Beginn des Krieges stattfand, nahm eine Anzahl von Finanzmagnaten, Diplomaten, Vertreter fremder Nationen und Besitzer größerer Zeitungen teil. Diese Männer erkannten, daß nicht 5% des amerikanischen Volkes Neigung hatten, an Europas schmutzigem Geschäftskrieg teilzunehmen. Aber die anwesenden Kenner der öffentlichen Meinung und Fachleute der Propaganda hatten die feste Ueberzeugung, daß die Summe von 40 Millionen Dollar ausreichend sein würde, um die Presse zu kaufen, die Streitfragen zu verdunkeln, gegnerische Kritik zum Schweigen zu bringen, ganze Breitseiten von Lügen über die ganze Welt zu versenden und das friedliche amerikanische Volk in blutdürstige Fanatiker zu verwandeln. Was einige der Einzelheiten anlangt, wie die Absicht dieser Versammlung ausgeführt wurde, mag der Leser im Congressional Record vom 9. Februar 1917 nachschlagen, eine Information, welche die bezahlte Presse ihren Lesern niemals gegeben hat. —

Während der Kriegszeit und später haben Tausende von Leuten nach Papageienart ihren Ansichten über Deutschlands Kriegsschuld dadurch Ausdruck gegeben, daß sie die fadenscheinige Bemerkung nachplapperten, Deutschland habe 50 Jahre lang für den Weltkrieg gerüstet. Soweit solche Nachbeter in Betracht kommen, war für sie mit dieser gedankenlosen und oberflächlichen Ansicht die ganze Sache erledigt, ohne daß irgendeine andere Erörterung in Frage gekommen wäre. Die folgende Behandlung des Gegenstandes ist nicht zu Nutz und Frommen dieser Papageien beabsichtigt; denn Papageien denken niemals — sondern vielmehr für die kommende Generation, die vielleicht diesem wichtigen Gegenstand ohne Vorurteil und nur auf der Suche nach der Wahrheit nähertreten wird. Zum Beispiel wurde diesen Papageien in Menschengestalt weder von Herrn Roosevelt, noch von Herrn Root, noch von Herrn Choate, noch von der ausgehaltenen Presse erzählt, daß der Premierminister Englands, H. H. Asquith, im Januar 1914, mehr als sechs Monate vor Kriegsanfang, folgendes Bekenntnis über Deutschlands Rüstung ablegte: „Die deutsche Armee ist für das Dasein und die Unabhängigkeit der deutschen Nation eine Lebensfrage, da Deutschland von anderen Nationen umgeben ist, von denen jede fast ebenso mächtige Armeen besitzt wie es selbst." —

Es wird gemeldet, daß ein sehr beliebter Geistlicher aus Winnipeg in Kanada von der Kanzel erklärte, daß die Uniform der Alliierten ein direkter Paß zum Himmel sein würde. Man hätte alle Zweifel in bezug darauf leicht behoben, wenn Großbritannien und Amerika so vorsichtig gewesen wären, ihre Mottos auf den Uniformen ihrer Soldaten anbringen zu lassen: „America first" („Amerika zuerst") und „Rule

Digitized by Google

Britannia!" („Es herrsche Britannien!"). Da infolge des Krieges an den Himmelseingängen ein großes Gedränge herrschte, so würde diese Maßregel des heiligen Petrus' Aufgabe sehr vereinfacht haben, die Schafe von den Böcken zu sondern. —

Es gibt keinen Staatsmann in London, Paris oder Washington, der nicht wüßte, daß der Erdrosselungsversuch an Deutschland, wie er im Vertrag von Versailles verkörpert ist, eine der Hauptursachen der Weltunrast ist. Sie wissen, daß das noch immer der Hauptfaktor ist, die Wunden der Welt geöffnet und entzündet zu erhalten und sie deshalb unheilbar zu machen. Diese Kenntnis nutzt der Menschheit im allgemeinen deshalb gar nichts, weil sie feige geheim gehalten und selbst intimen Freunden oder Genossen kaum ins Ohr geflüstert wird, damit die Anhänger dieser Ansichten nicht für prodeutsch gehalten werden. Die falschen Propagandakräfte, die zum Gewinn des Krieges losgelassen wurden, haben einen Geisteszustand geschaffen, der es unangemessen, wenn nicht gar gefährlich für die Führer der Welt macht, die einfache Wahrheit zu sagen, jetzt, wo die Wahrheit so notwendig, so wichtig und so wesentlich ist. —

Lloyd George weiß es, Clemenceau weiß es und Wilson, wenn er im vollen Besitz seiner Geisteskräfte sein sollte, weiß es, daß, bevor wir Frieden und Gesundheit in der Welt haben können, das von ihnen in Paris verübte Uebel aus der Welt geschafft werden, und das von ihnen in die Weltwunden geträufelte Gift entfernt werden muß. —

Je eher die Welt diese hoffnungslose Lage erkennt, um so besser für die Welt (und hierin schließe ich Großbritannien und Frankreich ein). Sofort sollte ein Weltgerichtshof zusammentreten, und seine erste Angelegenheit müßte sein, die Kriegsursache, die Kriegsschuld und die individuelle Verantwortlichkeit zu ergründen, und dann müßte er entscheiden, wie die Wiedergutmachung festgesetzt werden soll, wenn überhaupt eine solche angemessen ist. —

Ob Britanniens Hungerkriegführung oder Wilsons Idealität mehr dazu beigetragen haben, Deutschlands Widerstand zu brechen und es zur Uebergabe zu zwingen, mag unerörtert bleiben. Aber ich wage zu behaupten, daß die Geschichte einstmals beweisen wird, wie die Verkündigungen des Präsidenten das deutsche Volk verraten und absichtlich oder unabsichtlich dazu beigetragen haben, daß es sich mit Leib und Seele den Händen der raubgierigsten, seelenlosesten diplomatischen Räuber auslieferte, die jemals ihren wollüstigen Willen einem besiegten Volke aufgezwungen haben. —

Der amerikanische Präsident wurde zur Schlange. Er war aber eine Schlange mit vierzehn Augen, deren jedes er benutzte, nicht nur zur Lockung, sondern auch zur Lähmung des Opfers. Er schlich sich in das deutsche Heim ein, in dem Armut, Mangel und Verzweiflung die Herr-

Digitized by Google

schaft führten, und er versprach gute Dinge, Frieden für Leib und Seele in überschwänglicher Weise, er schlich sich in die Schützengräben und verführte mit seinen Honigworten und schönen Versprechungen die rauhen, narbigen Veteranen, die monate- und jahrelang dem Anstürmen einer halben Welt Trotz geboten hatten. —

Er versprach ihnen Brot — aber er gab ihnen Steine — er gab ihnen Hoffnung — aber er ließ ihnen Erniedrigung und Verzweiflung.

In keinem Gedanken und in keiner Einzelheit stimmt der sogenannte Friedensvertrag mit Wilsons Versprechungen und Bedingungen überein — Versprechungen, die Britannien und Frankreich anerkannt hatten und auf die Deutschland baute, als es einwilligte, die Waffen zu strecken. —

Da die Ersparnisse jeder einzelnen Familie, im Durchschnitt berechnet, unter normalen Verhältnissen sehr gering sind (in Deutschland dürften sie nach Abzug aller Ausgaben nicht mehr als 100 Dollar betragen), wird man erkennen, daß selbst unter günstigsten Verhältnissen unbeschreibliches Elend und größter Mangel eintreten müßten, falls jede Familie gezwungen sein würde, für 300 Dollar Nahrung, Kleidung und anderes Material ins Ausland zu senden, wenn dafür nichts anderes wieder eingebracht werden könnte. Es bedarf also keiner Phantasie, um die Not, die Leiden und die Verelendung zu schildern, die in ganz Deutschland Platz greifen werden, wenn die Alliierten ihren Tribut von den dürftigen Lieferungen erheben wollen, zu denen Deutschland nach den Erschütterungen des Krieges noch befähigt sein wird. —

Wäre nun das Vorangegangene die Totalsumme dieser Friedensinfamie, dann könnte man immer noch hoffen, durch eine außergewöhnliche Erklärung die Widerwärtigkeit dieser Angelegenheit in ein milderes Licht zu setzen. Aber im Gegenteil, je tiefer wir in die unterirdischen Gänge dieser Schreckenskammer eindringen, desto mehr Beweise finden wir für das Werk eines Meuchelmörders, für ein vorbedachtes, organisiertes, systematisches und feiges Verbrechen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt
Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M
Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

OCT 18 1921
UNIV. OF MICH.

Inhalt:

Politische Glossen 433
Rohrbach, Der Irrtum 435
Quendt, Malvys Verteidigungsschrift 438
Schönemann, Die Reaktion in den Vereinigten Staaten 442
Weißmann, Entlarvung des „Lusitania-Schwindels" 448
Maurer, „Fair" 453

Preis vierteljährlich M 15.—, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 7. Mai 1921 Heft 19

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Gegen den Fehlspruch von Versailles!

Der Fehlspruch v. Versailles

Deutschlands Freispruch aus belgischen Dokumenten 1871—1914. Abschließende Prüfung der Brüsseler Aktenstücke

Von Oberst **Bernhard Schwertfeger**

Der durch seine objektiven Darlegungen über das belgische Problem und vor allem durch seine fünfbändige Publikation „Zur europäischen Politik" aus belgischen Staatsarchiven bekannte Verfasser unternimmt es hier, in gewissenhafter historischer Verarbeitung des gesamten belgischen Materials ein Bild der deutschen Politik von 1871 bis zum Ausbruch des Weltkrieges zu zeichnen. Die belgischen Dokumente sind zum erstenmal verdeutscht, jedes Urteil ist durch Hinweis auf die Originaltexte belegt. So entsteht ein zuverlässiger Führer durch die Wirrnisse der europäischen Politik an der Hand der ausführlichen Berichterstattung der belgischen Diplomatie. Schwertfegers Buch besitzt **unwiderlegliche Beweiskraft**, da es sich auf die **neutrale Berichterstattung** der belgischen Diplomaten stützt. Es verdient die ernsthafteste Beachtung aller derjenigen, denen an einem neuen Aufstiege unseres Volkes gelegen ist.

Ladenpreis: 20 Mark

Der Friedensvertrag u. das wirtschaftliche Chaos in Europa

Von **Norman Angell** / Aus dem Englischen übertragen von A. du Bois-Reymond

Norman Angell hat sich im Jahre 1909 durch sein Buch „**Die falsche Rechnung**" in der ganzen Welt bekanntgemacht. Seine These lautete: „Der Krieg ist kein Geschäft; die kriegerische Beraubung eines Staates muß notwendig eine nahezu ebenso große wirtschaftliche Schädigung des Siegers wie des Besiegten zur Folge haben." Nun hat der Weltkrieg und der ihn beschließende Friede die Voraussagen dieses Propheten, der tauben Ohren gepredigt hat, vollauf bestätigt. Aber dennoch ist die Vernunftlosigkeit der Gegner nicht an ihrem Ende angelangt. Deshalb unternimmt es Norman Angell nunmehr, aus dem Vorgehen der Entente die Folgerungen zu ziehen. Sein gegenwärtiges Buch ist ein mit furchtlosem Eintreten gegen Lüge, Heuchelei und Verleumdung vorgetragener Appell an den Verstand seiner Landsleute, **mit dem widersinnigen Vertrag von Versailles so schnell als möglich aufzuräumen.**

Ladenpreis: 15 Mark

Die Wirkungen von Versailles heute und morgen

Wo stehen wir? — Wie helfen wir uns?

Herausgegb. v. Wirkl. Legationsrat **Oskar Trautmann** u. Dipl.-Ing. **zur Nedden**

Die Wirkungen des Friedens sind den meisten Deutschen noch immer nicht im vollen Umfange klar geworden. Darum ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Tages, sie ihnen vor Augen zu führen. Es gibt kein anderes Mittel, die Wirkungen des Friedens abzuwehren und zu mildern. Um auch denjenigen, denen mangelnde Kenntnis der Materie volles Eindringen in das Paragraphendickicht des Friedensvertrages verwehrt, eine solche Einwirkung auf die ihnen nahestehenden Kreise zu ermöglichen, ist das vorliegende Buch verfaßt worden. Es ist so abgefaßt, daß es, zugleich mit einer Uebersicht über die wichtigsten Fragen, das Material für fünf verschiedene Vorträge enthält, die vor jedem Hörerkreis gehalten werden können. **Ein Buch wie dieses fehlte bisher in der gesamten Literatur über den Friedensvertrag von Versailles.**

Ladenpreis: 8 Mark

Graf Brockdorff-Rantzau
DOKUMENTE

In diesem Buche hat der Führer der Deutschen Friedensdelegation in Versailles alle jene Kundgebungen vereinigt, in denen er während seiner Amtsdauer bis zur Niederlegung seines Amtes zu den Fragen der auswärtigen Politik, insbesondere des Friedensschlusses Stellung genommen hat. Neben den im Laufe jener Monate in der Presse veröffentlichten Reden, Erklärungen und Unterredungen, die hier zum erstenmal in einwandfrei authentischer Form festgelegt sind, enthält das Buch des Grafen Brockdorff-Rantzau **eine Reihe von vorher der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt gewordenen Kundgebungen**, die mit zu den **wichtigsten geschichtlichen und politischen Dokumenten des neuen Deutschlands** nach dem Kriege gehören.

Ladenpreis: 18 Mark*)

*) **Nur zu diesem Buche tritt der ortsübliche Teuerungszuschlag des Sortiments!**

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8
Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

6. Jahrgang * 7. Mai 1921 * Heft 19

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Kern der gegenwärtigen Weltkrisis ist vermutlich die Frage, ob die Folgen des Krieges und die Durchführung des Versailler Friedens mit „Sachverständigen" erledigt werden kann, erledigt werden soll. Wir kennen die Melodie: es bedürfe nur eines Programms für Geldleistung und Wiederaufbau, über das sich die Sachkenner einigen müßten, dann würde es möglich sein, aus der politischen Atmosphäre herauszutreten und nach den Gesetzen der wirtschaftlichen Vernunft die Welt in Ordnung zu bringen. Offenbar stimmt das aber nicht. Der Sachverstand ist nicht auf Weltkatastrophen vorbereitet und kommt zu ewig wechselnden Ergebnissen. Die Gutachten heben sich auf. Aber wenn sie auch stimmen! Wer sieht denn nicht, daß politische Ziele, Leidenschaften und Befürchtungen, das Drängen und das Zögern der Feinde bestimmen? Hier liegt die Wurzel alles Mißwachs, den wir sehen. Wir mögen rechnen, überlegen, vorschlagen und kontrollieren — aller Sachverstand wird an der politischen Zielrichtung von Paris zu schanden werden.

*

Herrmann Müller und Helfferich haben in der Debatte über Simons Angebot an Amerika einen Wettlauf um den Preis politischer Verständnislosigkeit angestellt. Der eine erklärte, daß die Differenz zwischen Simons Angebot und Frankreichs Forderung nicht so groß sei, daß daran die Verhandlungen scheitern dürften. Der konservative Führer wiederum rasselte mit der Scheide und beschwor den Geist der Rache. Wer von ihnen beiden den Sieg in politischer Kurzsichtigkeit davongetragen hat, ist schwer zu entscheiden, und man wird wohl der Sachlage gerecht werden, wenn man sich für totes Rennen entscheidet.

Digitized by Google

Graf Oppersdorf, einer der oberschlesischen Granden, der sich von Kaiser Wilhelms Gnadensonne gern bescheinen ließ und im Kriege noch die deutsche Uniform freiwillig wieder angezogen hatte, weil das damals noch Vorteile brachte, ist jetzt ins polnische Lager übergegangen. Um sich dort für seine „deutschen" Sünden reinzuwaschen, ist er jetzt sogar bestrebt, die größten polnischen Schreier zu übertrumpfen. Er ist mit einer Deputation nach Warschau und Paris unterwegs, um zu erklären, daß die Korfanty-Linie viel zu wenig oberschlesisches Gebiet Polen zuteile.

*

Die Tiroler Abstimmung ist ein Lichtblick in den trüben Tagen der drohenden Sanktionen, und wenn auch die Abstimmung sofort kein Resultat ergeben kann, so ist der Zusammenschluß mit der Zeit doch unaufhaltbar. Eine Anschlußmehrheit von 98 % kann selbst französische Redekunst nicht fortdiskutieren.

*

Selten hat ein großer Wahlsieg so wenig Früchte getragen, wie der der italienischen Sozialisten. Sie zogen als stärkste Partei ins Parlament ein, in dem sie aber infolge innerer Spaltungen sich bald selbst zur Einflußlosigkeit verurteilten. Jetzt ist die Volksstimmung so stark umgeschlagen, daß die sozialistischen Blätter sogar die Frage der Wahlenthaltung besprechen. Die durch die Fascisten (aktivistische Reaktionäre) entfachte Gegenbewegung, hat die Wählerschaft so stark nach rechts geschoben, daß die Regierung sich selbst Sorge macht, wie sie die von ihr anfänglich begünstigte Strömung wieder eindämmen könnte. In Rom kursiert sogar das Gerücht, daß das Kabinett Giolitti von einem Kabinett Salandra abgelöst werden wird.

*

In der „Roten Fahne" kann man täglich lesen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie sich zu einem Anhängsel der Bourgeoisie entwickle. Es muß etwas dran sein! Zweieinhalb Jahre nach dem November der Revolution lädt die Schöneberger U. S. P. D. zu einer Maifeier ein, in deren Mittelpunkt eine Aufführung von — Wildenbruchs „Haubenlerche" steht! Ein Hohenzollernsproß als Maifeier-Dichter erwählt; das läßt tief blicken, sagt Sabor.

*

Digitized by Google

Der Irrtum.

Von Dr. Paul Rohrbach.

Die deutsche Regierung und eine allerdings immer kleiner werdende Zahl von deutschen Politikern scheinen gegenüber den Forderungen der Feinde zu glauben, daß es sich für die Entente — das heißt Frankreich — um ökonomische Ziele handle, während doch in Wahrheit die politischen den ökonomischen Zielen weit voranstehen. Im „Daily Herald", dem englischen führenden Arbeiterblatt, schrieb am 22. März ein so guter Kopf wie Brailsford:

Soweit ich in den Köpfen der französischen Offiziellen lese: Wenn sie die Wahl haben zwischen ihren beiden großen Ambitionen, der Erlangung einer Entschädigung und dem Ruin des Feindes, so werden sie, ohne zu zögern, das Letztere erwählen.

Das ist für ein nüchternes Urteil so klar, daß eine Diskussion sich erübrigt. Man muß sogar noch weitergehen und sagen: es gibt überhaupt keine ökonomische Leistung, durch die Deutschland sich die Befriedigung Frankreichs erkaufen könnte, denn die Franzosen brauchen nur zu argwöhnen, daß es Deutschland möglich sein könnte, ein Diktat zu erfüllen, so schreiten sie schleunigst zu einem weiteren vor, oder ergreifen andere Mittel, um die Erfüllung unmöglich zu machen, durch sogenannte „Sanktionen" Deutschland weiter zu peinigen und auf seine Zerreißung und Entvölkerung hinzuarbeiten.

Wir fürchten, es bleibt kaum noch ein Zweifel, daß Herr Dr. Simons wirklich in der Vorstellung nach London gegangen ist, es könnte deutsche Zugeständnisse geben, die beides vereinigten: Möglichkeit der Leistung seitens Deutschlands und Möglichkeit der Befriedigung für die Entente, und daß er nicht klar genug erkannt hat: 1. für Frankreich hört ein Vorschlag, der innerhalb deutscher Erfüllungsmgölichkeiten liegt, eben hierdurch auf, ein diskutabler Vorschlag zu sein, und 2. in der deutschen Frage gibt es keinen selbständigen englischen Willen gegenüber Frankreich. England ist der Trabant Frankreichs geworden; Frankreich schreibt vor und England folgt, weil es durch die Schwierigkeiten der Flotten- und Wirtschaftsrivalität mit Amerika gefesselt ist, und weil London im äußersten Falle unter den französischen Kanonen liegt.

Man muß zurückgehen bis auf die Verhandlungen unter den Alliierten in Versailles. Frankreich und England stellten ihre Ziele fest, die sich mit wenigen Worten definieren ließen: Bruch der am 5. November 1918 in der bindendsten Form an Deutschland erteilten Zusage, und Ausplünderung, Zerschlagung und Niedertretung Deutschlands auf unabsehbare Zeit. Das sollten die Bedingungen des Friedens sein, und um solche Bedingungen nicht nur Deutschland aufzwingen, sondern sie auch

Digitized by Google

vor der übrigen Welt vertretbar erscheinen zu lassen, war es notwendig, Deutschland zum größten Verbrecher der Weltgeschichte, und den Frieden zu einer strengen, aber gerechten Straf- und Sühnemaßnahme zu stempeln. Das ist der Ursprung des Schuldurteils gegen Deutschland. Wer ihn sich vergegenwärtigt und noch an der Notwendigkeit zweifelt, mit aller Kraft und mit allen Mitteln gegen die aus Haß und Furcht, am allermeisten aber aus der Gier nach unserm Besitz geborene Schuldlüge anzugehen, so wie die Entente sie formuliert hat, dem fehlt es an politischem Instinkt und an politischem Verstand. Genau so wie mit der Schuldlüge als dem Mittel, um sich moralisch im Besitz des Raubes an Deutschland zu erhalten, steht es mit den Sanktionen als dem Mittel, Deutschland am materiellen Wiederaufkommen zu verhindern. Um in diesem Punkt ganz sicher zu gehen, sind auch mit der polnischen und tschechoslowakischen Regierung Verträge geschlossen worden, daß diese sich an dem bevorstehenden Sanktionseinbruch nach Deutschland beteiligten. Es ist überflüssig, diese Verträge zu leugnen. Sie bestehen, sie sind unzweideutig gefaßt, und sie werden, was den deutschfeindlichen Willen in Paris, Warschau und Prag angeht, ohne jede Rücksicht ausgeführt werden.

Herr Dr. Simons hat jede einzelne seiner politischen Handlungen als untadeliger Patriot und Idealist vollführt. Er hat aber, wie es scheint, von Anfang an, so auch in der Schuldfrage, den Fehler gemacht, zu glauben, es könne deutsche Vorschläge geben, die das Unvereinbare vereinigen: den Feinden Deutschlands annehmbar zu sein und Deutschland Lebens- und Erholungsmöglichkeiten übrigzulassen. Natürlich mußte er Vorschläge machen, schon um unseren guten Willen zu zeigen, und er mußte sie so machen, daß dieser absolut gute Wille deutlich wurde, und daß in dem sicher vorauszusehenden Fall des Abbruchs der Verhandlungen Deutschland vor der Welt im Recht und die Feinde im Unrecht erschienen. Hierzu bot die vom Standpunkt der Entente aus unkluge und gefährliche Wendung, mit der Lloyd George gegen Deutschland Klage erhob, daß es die moralische Grundlage des Friedens, seine alleinige Schuld, Verantwortlichkeit und Wiedergutmachungspflicht, nicht anerkennen wolle, die beste Handhabe. Darauf hätte der deutsche Minister anworten sollen: Wir haben die moralische Grundfrage nicht angeschnitten. Wir sind hergekommen mit der Absicht, alles anzubieten, was wir noch ohne sichern wirtschaftlichen Zusammenbruch zahlen können. Man hat uns das gegebene Wort betreffs der Grundlagen des zu schließenden Friedens gebrochen. Wir haben nicht die Absicht, Vertragsbruch durch Vertragsbruch zu heilen; wir wollen den Frieden erfüllen bis an die Grenze des Möglichen. Nun aber, wo die Alliierten die Verhandlung mit der erneuten moralischen Anschuldigung Deutschlands eröffnen, müssen sie,

Digitized by Google

wenn es ihnen in der Tat ehrlich darauf ankommt, daß Deutschland die rechte Gesinnung hat, in die Untersuchung der Schuldfrage auf internationalem und unparteiischem Wege willigen. Deutschland kann das Pariser Diktat für eine kurze Frist, vielleicht für zwei Jahre, annehmen, wenn ihm zugesagt wird, daß in dieser Zeit erstens die Schuldfrage und zweitens die tatsächliche deutsche Leistungsfähigkeit unparteiisch entschieden und festgesetzt werden.

Es ist kindlich, anzunehmen, daß Männer wie Briand oder Lloyd George selber das glauben, was sie von der Schuld, vom Verbrechen, von der Leistungskraft, von der Gesinnung, von den Steuern Deutschlands sagen. Die Herren wissen genau, was die Entente für den Weltkrieg getan hat, und was die Akten in Paris und London darüber enthalten. Was sie reden, das reden sie glatt gegen ihr Gewissen, nicht um der Wahrheit, sondern um der demagogischen Propaganda willen. Lloyd George bringt die Albernheiten über die geringe Besteuerung in Deutschland, die ihm den Beifall der Straße sichern, mit eiserner Stirn vor, obwohl er den „Generalbericht über die industrielle und wirtschaftliche Lage in Deutschland", den ihm seine Sachverständigen in Berlin und Köln abgestattet haben, in der Hand hält. Auf Grund dieses Berichts schrieb schon am 5. Februar die englische „Nation":

Es läßt sich schwer einsehen, wie man noch mehr Steuern auferlegen könne, denn die Besteuerung kommt schon auf 43% des Gesamteinkommens der deutschen Bevölkerung. Alles ist versucht worden von der Kapitalsabgabe bis zu einer Masse kleiner Steuern auf Gegenstände des täglichen Bedarfs. Diese könnten vielleicht noch vermehrt werden und vielleicht bliebe noch Raum für gewisse Ersparnisse. Es sind aber Kleinigkeiten. Wenn man der gewaltigen Tatsache eines Defizits gegenübersteht, das sich jährlich im Betrage von 70.200 Millionen Papiermark wiederholt . .

Man findet es schwer, einen solchen Wahnsinn ernst zu nehmen und doch weiß man daß er seine Folgen haben wird. Es ist nicht so wie damals das Gerede über das Hängen des Kaisers, denn den Franzosen ist es ernst. Gibt es keine Entschädigung, so werden sie den Bully spielen und einmarschieren Wird eine gewisse Entschädigung erzwungen, so bedeutet es ein weiteres Herabdrücken der Lebenshaltung in Mitteleuropa unter das Niveau des reinen Existenzminimums, um welches es sich jetzt in tragischer Weise herumdrückt, bedeutet noch mehr Hunger und eine noch höhere Sterblichkeitsziffer der Kinder und außerdem die Nemesis solcher Massengrausamkeit, nämlich das allmähliche Herabsinken unserer Lebenshaltung hier durch den Wettbewerb . . . Es bedeutet Krieg oder soziale Revolution, lange ehe die Arbeiterklassen Mitteleuropas ihren Urteilsspruch von 40 Jahren Zwangsarbeit abgedient haben.

Das zu begreifen ist ein Mann wie Lloyd George von selber lange klug genug. Die Politik von Versailles aber, durch die England in seine gegenwärtige Abhängigkeit geführt worden ist, erlaubt der englischen Regierung nicht, das zu tun, was die vernünftigen Leute in England von Tag zu Tag lieber tun möchten: den Weg zur Gesundung Europas

Digitized by Google

(und auch Englands!) beschreiten und zu dem Zweck Deutschlands Fesseln hinreichend lockern. Da England in diese Sache ohnmächtig ist, so gibt es nur eine Macht, die stark genug ist, um die Gesundung herbeizuführen: Amerika. Herr Dr. Simons hat durch ein verzweifeltes, aber in der Sache nicht tadelnswertes Mittel versucht, die amerikanische Intervention herbeizuführen. Unzulässig waren bei seinem Schritt die Worte „im Namen des deutschen Volkes". Leider ist es schon heute fast sicher, daß die amerikanische Regierung sich weigern wird, die letzten deutschen Vorschläge der Alliierten zur Berücksichtigung zu empfehlen. Man weiß entweder in Amerika immer noch nicht, was Frankreich mit Deutschland vorhat und daß die französische Politik den Ruin Europas bedeutet oder man glaubt Gründe für einen Aufschub der Intervention zu haben. Die Folgerung für uns Deutsche ist klar: das Furchtbare, das uns bevorsteht, mit Festigkeit ertragen und mit der äußersten Zähigkeit die Offensive gegen die moralischen Grundlagen des Friedens durchkämpfen!

Malvys Verteidigungsschrift.

Von Dr. Eugen Quendt.

Die Hoffnungen, die man nach Beendigung des Krieges in Frankreich gesetzt hat, haben sich nicht erfüllt. Wie alle lediglich auf dem Fundament großer Schlagworte errichteten umfassenden Parteigebilde, ist auch diese auf den Bloc national, auf die weitgehende Erneuerung der Kammer in ihrer Aktionskraft durch Mißtrauen aller gegen alle, Ehrgeiz einzelner und durch die die Geister scheidenden Bedürfnisse des Alltags gehemmt. In den befreiten Gebieten ist allzuviel versäumt worden, die Finanzen liegen im Argen, der alte Streit zwischen Klerikalen und Antiklerikalen lebt wieder auf, Republikaner stehen gegen Militärs und Royalisten; die Gewerkschaften, hin- und hergeschüttelt zwischen den Drohungen des antisozialistischen Blocks und seiner, erst seit Briands Führung wieder neutralen Regierung einer- und den nicht zu verwirklichenden, ebendadurch aber die Propagandakraft des Ideals entfaltenden Forderungen der Kommunisten andererseits, stehen dicht vor Auflösung oder Zersetzung. Da ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Radikalsozialisten die Gelegenheit für gekommen halten, die bei den Novemberwahlen erlittene Niederlage durch Ausnutzung der starken Unzufriedenheiten wieder auszugleichen. Als erster hat Caillaux versucht, seine Politik zu rechtfertigen und zu beweisen, daß Frankreich unter radikalsozialistischer Führung außen- wie innenpolitisch besser gefahren wäre als unter der der Clemencisten. Als zweiter ist nun Malvy, der von

Digitized by Google

1914—1917 unter Viviani, Briand und Ribot, Minister des Innern war und 1918 mit 20 Stimmen Mehrheit im Senat wegen seiner Schwäche gegenüber den defaitistischen Strömungen in die Verbannung geschickt wurde, hervorgetreten. Sein Buch „Mon Crime" mit einer Januar 1921 aus San Sebastian datierten Vorrede ist bei Ernest Flammarion, Paris, erschienen.

In der Hauptsache soll es natürlich der Widerlegung der gegen ihn erhobenen Anklagen dienen. Für das Unglück am Chemin des Dames ist nicht er, sondern die „törichte Sorglosigkeit der militärischen Führer" verantwortlich, die Papiere der Orient-Armee sind, wie Painlevé bezeugt hat, nicht von ihm, sondern von Paix-Séailles und Almereyda verraten, die Meutereien von 1917 sind durch Fehler der militärischen Führung hervorgerufen worden, über die zur Zeit des Prozesses aus Prestigegründen geschwiegen werden mußte, die Streiks waren rein wirtschaftlicher Natur und wurden durch Malvys vorsichtige Zurückhaltung und Vermittlungsversuche eingeschränkt, die pazifistische Propaganda, die er geduldet oder gar unterstützt haben soll, war in Wirklichkeit nur ganz unbedeutend, zu Almereyda unterhielt er lediglich amtliche Beziehungen, all seine Maßnahmen sind übrigens vom gesamten Kabinett gebilligt worden. Die Führung des gegen ihn geführten Prozesses ist ohnehin juristisch nicht haltbar und von politischen Erwägungen beeinflußt gewesen. All das wird etwas kleinlich, im ganzen jedoch überzeugend nachgewiesen.

Der politische Zweck des Buches ist aber sichtlich der, sich durch Darlegung seiner arbeiterfreundlichen, sozial versöhnlichen, Uebergriffe des Militärs, der Klerikalen und Royalisten zugunsten der Wahrung des Republikanismus wachsam zurückweisenden Innenpolitik, deren Opfer er geworden sei, dem Publikum vorzustellen und zu empfehlen.

„Warum haben sich gegen mich alle konservativen Kräfte der Gesellschaft verbündet? Wozu dieser Block der Partei der Kirche und des Königs, der großen Generalstäbe, der Hochbourgeoisie, des Unternehmertums gegen einen republikanischen Minister? Ganz einfach, weil dieser Minister es für seine Pflicht hielt, die Republik und die geheiligten Freiheiten des französischen Volkes zu verteidigen. Ich habe das Verbrechen begangen, mit den alten Traditionen, mit überlebten Gewohnheiten zu brechen. Ich habe nur ein nachsichtiges Lächeln für diejenigen gehabt, die unaufhörlich im Dunkeln an der Verwirklichung ihrer Hoffnungen und an einer Revanche über die triumphierende Laizität gearbeitet haben. Ich habe das Verbrechen begangen, nicht jenen resignierten Geist zu beweisen, der es gestattet hätte, daß das Schicksal Frankreichs ohne Kontrolle in die Hände der militärischen Führer geriet. Ich hatte keine militaristische Seele. Von ganzem Herzen war ich für die nationale Verteidigung, aber nicht mehr. Ich kannte die Gefahr zu gut, die die Republik in dem Abenteuer, in das gewisse Leute sie hineinzerren wollten, lief und ich bin stolz darauf, ein treuer Wächter unserer Verfassung und unserer Freiheiten gewesen zu sein. Ich habe das Verbrechen begangen, niemals ein Geschäftsmann zu sein. Ich

Digitized by Google

gehöre nicht zu denen, die in den Verwaltungsräten ihren politischen Einfluß in den Dienst privater Interessen gestellt haben. Ich bin gegen die Großunternehmer niemals nachsichtig gewesen, die allzu oft nur daran dachten, ihre Klassenprivilegien zu bewahren, wenn nicht zu verstärken und sich allzu oft jedem Gedanken sozialen Fortschrittes, jeder schönen menschlichen Geste furchtsam und egoistisch verschlossen. In den Konflikten, die ich zu schlichten hatte, vertraten die Arbeiter die gerechte Sache und ich habe das Verbrechen begangen, durch meine versöhnliche Vermittlung die Verbesserung der Löhne durchzusetzen, anstatt ihnen durch die bewaffnete Macht Schweigen aufzuerlegen."

In diesen Worten liegt Schlüssel und Tendenz des Buches. Gegen die Militärs, die sich im Innern weit über die Erfordernisse der nationalen Verteidigung hinaus alle Gewalt anmaßten und sich nach dem Kriege nicht selten als Royalisten entpuppt haben, wird ausführlich polemisiert; über politische Gegner wie Clemenceau, dessen Bruder Albert, die Senatoren Henri Bérenger und Jenouvier, sowie den General de Castelnau, dessen militärische Fähigkeiten Joffre nur recht gering einschätzte, fallen bittere Bemerkungen, und wie in allen derartigen französischen Büchern wird an verschiedenen Stellen mehr oder weniger offen mit Enthüllungen gedroht.

Von mehr Interesse sind die Angriffe gegen die Klerikalen. Die Union Sacrée ist, laut Malvy, lediglich „une duperie" zu ungunsten der Antiklerikalen gewesen. Ueberall hätten Klerikale und Royalisten Propaganda getrieben, und mitten im Kriege hätten Bischöfe und Erzbischöfe gegen die Republik und die Regierung gehetzt, was mit reichlichen und sehr interessanten Zitaten belegt wird. Caillaux, als dessen Freund sich Malvy offen bekennt, habe man es zum Vorwurf gemacht, daß er während des Krieges Verbindungen im Vatikan gesucht habe, Jenouvier habe man aus den gleichen Gründen gepriesen, obwohl doch der Vatikan seine einem „weißen" Frieden geneigte Haltung nicht aufgegeben habe.

Nicht uninteressant ist endlich die Feststellung, daß 1917 an der Entmutigung, die nach der mißglückten Offensive Nivelles, unter dem Heer um sich griff und bis zu Meutereien führte, die Nachrichten aus Rußland, im besonderen die Artikel Claude Anets, über die Einsetzung der Soldatenräte usw., einen starken Anteil gehabt hätten, sowie die Angabe, (S. 206/7), daß sich bereits am 24. Juli 1914 der Chef der Landespolizei (Directeur de la Sûreté générale) dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt habe. Begründet wird diese Maßnahme, die als erste französische Mobilmachungsmaßnahme anzusprechen wäre, außer durch ein Gesetz vom 9. August 1849 über den Belagerungszustand durch ein Abkommen vom 18. März 1913 zwischen dem Kriegs- und Innenminister, kraft dessen der Polizeichef im Kriegsfalle zur Verfügung des Kriegsministers stehen sollte, um bei der Auf-

Digitized by Google

rechterhaltung der Ordnung sein technischer Berater werden zu können. Es geht sonach aus dieser Mitteilung hervor, daß man innerhalb der französischen Regierung bereits am 24. Juli mit Bestimmtheit mit dem „Kriegsfalle" rechnete.

Trotz seiner Farblosigkeit und Nüchternheit hat Malvys Buch als Zeitdokument eine gewisse Bedeutung. Es zeigt, daß die radikal-sozialistischen Kreise sicher sind, nur mit Unterstützung der Sozialisten ihr Ziel: die Bildung eines großen republikanischen, laizistischen Regierungslinksblockes, erreichen zu können. Diese Entwicklung ist bis jetzt hintangehalten worden, einmal weil die jetzige radikale und radikalsozialistische Partei, um sich mit den Sozialisten verbinden zu können, abwarten mußte, daß sich die Kommunisten von diesen trennten, sodann weil innerhalb der Partei gewisse Gegensätze der Färbung bestehen, die sich trotz aller Bemühungen nicht unterdrücken lassen, endlich weil außenpolitische Notwendigkeiten vorläufig einer Parteipolitik im Inneren entgegenwirken. Nicht anläßlich der Reparations- und Friedensvertragsprobleme wird der Kampf aktuell werden, sondern nur sobald das Vatikanproblem erscheint, dessen Erörterung im Senat, wohl nicht ohne Zutun des auf diesem Gebiete sehr erfahrungsreichen Briand, bis jetzt durch Einschaltung immer neuer formaler Schwierigkeiten immer wieder hinausgeschoben worden ist. Auch dann sind jedoch die Aussichten auf einen Regierungsblock der Linken nicht gerade günstig, wenigstens nicht, solange das Problem der Politik Deutschland gegenüber nicht gelöst ist, oder solange nicht Klerikale oder Royalisten durch irgendeinen sensationellen Vorgang bloßgestellt werden. Wie stark diese sich augenblicklich fühlen, beweist die Stellungnahme der Rechtspresse gegenüber den Vorgängen in Ungarn.

Die Reaktion dagegen bleibt nicht aus, und rechts wie links ist man infolgedessen gerade augenblicklich stark nervös geworden. Es wird der ganzen Geschicklichkeit Briands bedürfen, um wenigstens die von ihm aus außenpolitischen Gründen für notwendig gehaltene Errichtung der Gesandtschaft beim Vatikan im Senat durchzubringen. Ob auf die Dauer eine Politik gegen die Linke, also eine über das Nationale hinausgehende nationalistische, das Budget weiter belastende militaristische, klerikale und kapitalistenfreundliche Politik in Frankreich möglich ist, hängt ganz von außenpolitischen Entwicklungen und dem Grad der Verbrauchtheit der Köpfe innerhalb der Radikalsozialisten und der sozialistischen Republikaner ab. O.—

Digitized by Google

Die Reaktion in den Vereinigten Staaten.

Von Dr. F. Schönemann.

Kürzlich schrieb eine liberale New-Yorker Wochenschrift, daß die Vereinigten Staaten der reaktionärsten Zeit in ihrer Geschichte entgegengingen. Das ist buchstäblich wahr und erklärt sich als eine ganz natürliche Gegenwirkung auf den Weltkrieg. Das amerikanische Volk hat sich in den Krieg gegen Deutschland drängen und zwängen lassen und erfährt heute zu seiner Strafe, daß man sich nicht mit dem Kriege befassen kann, ohne selber an Leib und Seele Schaden zu nehmen, ohne lange schwer dafür zu leiden. Man hat den Krieg leichter gewonnen, als man zu hoffen wagte, man hat einen riesigen Zuwachs an äußerer Macht errungen, aber dabei ein ebenso großes Maß an innerer Freiheit verloren. Daß es die meisten Amerikaner heute nicht einmal wissen, ist das schlimmste daran und macht die amerikanische Reaktion fast hoffnungslos. Der Deutsche in seiner Not könnte sich mit echter Schadenfreude trösten, wenn jener unfreie Zustand der Union wirklich zu seinem Nutzen wäre; leider jedoch muß er einsehen, daß er von dem reaktionären Amerika von heute noch weniger zu erwarten hat, als er vom jingoistischen kriegführenden Amerika von gestern erhoffen konnte.

Alle inneren Uebel beginnen auch für die Vereinigten Staaten mit dem Eintritt in den Weltkrieg. Der Krieg nach außen verhindert ganz selbstverständlich alle inneren Reformen. Das sollte Amerika besonders empfindlich spüren, weil es gewisse soziale Neuordnungen besonders nötig hatte. Ein kurzer Rückblick ist hier am Ort. Als 1912 die demokratische Partei mit Wilson siegte, kam ein neuer Wind in die amerikanische Politik. Nicht nur wurden alte, bequeme Schutzzollschranken beseitigt oder stark erweitert, sondern auch *sozialere Gesetze* erlassen und allgemein volkstümlichere Maßnahmen im Innern getroffen. Verglichen mit der republikanischen Partei war die demokratische wirklich die einfachere und im besten Sinn demokratischere. Das ist leicht einzusehen; denn zu den Republikanern gehörten von alters her die meisten der Reichen und derer von Familie, die „folks" von vorzüglich englischer Rasse und Abstammung, die Glieder der leitenden Oberschicht, die stark industriell und kapitalistisch gesonnen und ebenso entschieden nationalistisch und imperialistisch gerichtet ist, die zugleich die amerikanische Kultur, die öffentliche Meinung und die Politik der Vereinigten Staaten macht. Der Osten, Mittel- und Nordwesten des Landes sind ihre Hochburg. Dagegen ritt nun Wilson, mit dem kompakten Süden hinter sich, an. Sein Programm nannte er „The New Freedom", die

Digitized by Google

neue Freiheit, die seine Administration zu bringen versprach. Sein gleichnamiges Buch war mehr als eine Sammlung von Wahlreden und vielleicht das ehrlichste, was er je gesagt hat. Selbst wenn man alle leeren Versprechungen und hohen Reden des Wahlredners abzieht und den abgefeimten Politiker nicht aus den Augen läßt, bleibt doch noch ein interessantes Programm nach. Merkwürdig genug hat Wilson es später, als er schon mit beiden Füßen in den europäischen Kriegsverwicklungen stand, ganz verleugnet. Daß es Literatur geworden und geblieben ist, liegt hauptsächlich am Weltkrieg. Von 1914 an hat der Krieg in Amerika jede noch so kleine neue Freiheit im Keime erstickt. Insofern kamen den amerikanischen Herren und Mächten der Reaktion, denen natürlich Wilsons verdächtiges Programm ein Greuel war, die europäischen Kriegsereignisse höchst gelegen. Wilson andererseits mußte schon im Hinblick auf seine Partei sehr vorsichtig und abwartend verfahren. Die vielen Arbeiter und Kleinbürger, die Deutschamerikaner und Iren, ja selbst die zahlreichen Neger, die zur demokratischen Partei gehörten, mußten langsam und geschickt auf Amerikas Eintritt in den Krieg vorbereitet werden. Ein republikanischer Präsident hätte viel weniger Hindernisse auf dem Wege zur Kriegserklärung zu überwinden gehabt, doch selbst die boshaftesten und kritiklustigsten Republikaner begriffen, daß Wilsons Massen noch nicht kriegsbereit waren; deshalb standen sie in guter politischer Zucht zum Präsidenten, einerlei, welche Schritte er gerade für nötig hielt. Für jede forsche nationale Politik standen die Republikaner unbedingt zur Verfügung, und Wilson machte sich auch ihre Unterstützung voll zunutze, wie allein die Wahl von 1916 bewies. Daher konnte sogar ein Roosevelt nichts gegen ihn ausrichten. 1916 wählte ihn dann zwar das amerikanische Volk als Friedenspräsident wieder, aber die Wahl gesichert haben tatsächlich alle die, die schon lange für den Krieg gegen Deutschland waren, die Kriegsmacher, die Hetzer und Kriegsgewinnler, kurz die Reaktionären, die die Macht im Hintergrunde bildeten, und in deren Gewalt der Präsident immer mehr geriet, je länger der Krieg dauerte.

Als 1917 „der Krieg nach Amerika kam," wie man sich in Amerika, poetisch zart ausdrückte, galt es eine mächtige einheitliche amerikanische Kriegsfront zu schaffen. Schiffe und Lebensmittel, Finanzen und Menschen wurden auf den Kriegsfuß gesetzt; die Minderheiten des Volkes, die gegen den Krieg aus sittlichen, völkischen oder parteipolitischen Gründen gestimmt waren, wurden an die Wand gedrückt oder mundtot gemacht, und die Arbeitermassen wurden durch Wilsonreden und das Kriegsarbeitsamt in Ordnung und Patriotismus erhalten. Wilson leistete Großes im Interesse seiner Nation, und er konnte den Krieg nur gewinnen, indem er, wo es irgend möglich war, politisch kluge Zugeständnisse machte, be-

Digitized by Google

sonders den Arbeitern gegenüber, und im übrigen eine unglaublich durchgreifende und brutale Kriegsgesetzgebung betrieb, immer mit dem einen Ziel des Sieges vor Augen. Die unerbittliche Folgerichtigkeit des Handelns mußte ihm sein schlimmster Feind anerkennen. Volk und Kongreß ihrerseits überlieferten ihm alles mit größter Bereitwilligkeit: Gelder, Menschen, die öffentliche Meinung, Kirche und Schule, ja den Staat selber. So bekam die Regierung unter dem Kriegsdruck unerhörte Machtbefugnisse und der Präsident insbesondere wurde zum alleinigen Mittelpunkt der ausübenden Gewalt. Bei Wilsons kalter Herrschernatur stand es fest, daß er alle einmal erhaltene Macht bis aufs letzte ausübte. Und es war so dumm oder unehrlich, ihm später, als er des Volkes Götze nicht mehr war, daraus einen Vorwurf zu machen. Das amerikanische Volk hatte den Kriegspräsidenten, den es brauchte und verdiente und genau so wie es ihn sich zurechtgemacht hatte, und das amerikanische Regierungssystem wäre allein zu tadeln, wenn es keine Sicherheitsmaßregeln gegen autokratische Präsidenten besäße. Sicherlich geht es heute nicht an, daß sich die Amerikaner ihre Mitschuld am Weltkriege durch die bequeme Redensart vom „Wilsonismus" von der Seele reden. Wilson ist unbedingt mit seiner Nation zusammen zu behandeln. Gerade eine gründliche Kenntnis der amerikanischen Geschichte beweist, wie durchaus amerikanisch der Präsident verfahren ist, denn jede seiner Kriegsmaßnahmen läßt sich aus der politischen Geschichte seines Landes belegen und verstehen. Um nur einige kleine Beispiele zu nennen: das fürchterliche Spionagegesetz von 1918 reiht sich würdig den berüchtigten Naturalisations-, Fremden- und Aufruhrgesetzen von 1798 an; Wilsons Kampf gegen die Bindestrich-Amerikaner geht bis in die Verhandlungen um die amerikanische Bundesverfassung zurück; selbst Wilsons sogen. Autokratie ist nicht ohne große amerikanische Beispiele, wie Washington, Lincoln. Wenn sich in den Vereinigten Staaten im Verlaufe des Krieges die Reaktion tief einnistete, trägt das amerikanische Volk die Hauptschuld daran, und ebenso verhält es sich mit der Reaktion nach dem Kriege.

Gerade in den Kriegszeiten hat sich der Durchschnittsamerikaner eine gefährliche seelische Abhängigkeit von seiner Regierung angewöhnt. Alles Sorgen und Arbeiten blieb Washington überlassen. Immer wenn etwas schief ging, schrie man: Wo ist Washington? Was ist los mit unserer Regierung? Warum schreitet der Präsident nicht ein? Wer mit den Amerikanern in all den Jahren umzugehen hatte, konnte sich durch ihr ständiges Verlangen nach „The Government" in die unselbstständigsten Tage Altpreußens zurückversetzt fühlen. Früher hieß es in Amerika stolz, die Kunst der amerikanischen Regierung bestände nicht darin, zu regieren, sondern darin: „nicht zu regieren"; keine Massen von Beamten

Digitized by Google

beschwerten die Verwaltung und dergleichen mehr. Jetzt wird die Hilfe der Regierung beinahe bei jedem größeren Streik angerufen, sie soll alle Augenblicke den Stand des Marktes untersuchen, die Preise festsetzen, den Wucher verhindern. Und entsprechend diesen neuen Obliegenheiten der Behörden hat sich ein mächtiges Beamtenheer gebildet. Das Ergebnis davon ist, daß es heute fast unmöglich ist, weite Volkskreise wie früher zu allen möglichen Aufgaben heranzuziehen oder wenigstens mit lebendiger Teilnahme dafür zu gewinnen. Es ist also genau das verwirklicht worden, was die Amerikaner den Deutschen vor und im Krieg gar nicht schwer genug vorwerfen konnten, daß nämlich das Volk regiert wird anstatt selber zu regieren, daß es sich auf seine Beamten und Politiker schlecht oder recht verläßt.

Diese Abhängigkeit vom amtlichen Washington hat auch die gesamte öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten verdorben. Solange es Krieg gab, war es natürlich, daß die Presse sich ihre Meinungen und Stichwörter vom Staatsdepartement holte, daß also das Volk im ganzen seine Ansichten für alle Stunden des Tages von Washington fertig gereicht bekam. Mit dem Kriegsende hat die ungeheure Macht der Presse nicht etwa abgerüstet, sie hat nach wie vor die Fäden des Denkens und Meinens des Volkes fest in der Hand. Es gibt heute tatsächlich nichts Einförmigeres als die sogen. öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten. Schon früher aß und sprach und lebte man im ganzen Lande ungefähr in gleicher Weise, jetzt denkt man im gleichen Sinne. Was jedoch im Kriege ein notwendiges Uebel und sogar eine Kraftquelle war, ist im Frieden reinste und gefährlichste Reaktion. Hinzu kommt, daß das kulturbestimmende *Puritanertum* aller Grade die Furcht vor Gedanken anerzogen hat, und endlich, daß infolge der jahrelangen politischen Propaganda und der sich jagenden Kriegshetzen gegen Hunnen, Preußen, Bindestrichler, Sozialisten, Radikale, Alarmisten... der Volkscharakter gelitten hat. Einer mißtraute dem andern im Punkte des Denkens, einer verklaschte, verklagte den andern. Das von Washington geförderte Angebertum und die unglaubliche Spionenriecherei brachten ein widerliches Gift in die amerikanische Volksseele. Heute verschluckt und verdaut das amerikanische Volk vielleicht mehr Unrecht und politische Unsittlichkeit und findet sich leichter mit Verbrechen ab als irgendein anderes Volk der Erde. Man braucht nur an die Rechtspflege zu denken, die sich wohl noch lange nicht von der Kriegsgesetzgebung erholen wird.

Um eine Einheitsfront während des Krieges rücksichtslos zu erzwingen, krönte Wilson seine verschiedenen undemokratischen Gesetze durch das Spionagegesetz von 1918, das einfach ein langfristiges Aufruhrgesetz war und

Digitized by Google

jeden bedrohte, der die Aushebung oder Kriegsindustrie behinderte oder in Druckschriften die Nation, die Form ihrer Regierung, die Verfassung, das Heer oder sonstige nationale Einrichtungen und Unternehmen „beschimpfte". Das Gesetz war äußerst dehnbar und wurde nach Bedarf gestreckt, es faßte „Prodeutsche" und „Sozialisten", „Radikale," „Rote," und „Bolschewisten" gleich erbarmungslos, mit dem einen „demokratischen" Ergebnis, daß noch heute hunderte „Verbrecher", darunter zahlreiche Gebildete mit dem Vier- bis Zwanzigfachen der Strafe im Gefängnis sitzen, die etwa Dr. Liebknecht in Deutschland erhielt. Was das Justiz-Departement mit seinen zahllosen Geheimagenten nicht greifen konnte, das machte eine andere Behörde in Washington, nämlich der Generalpostmeister. Konnte man z. B. sozialistische Zeitungen nicht gewaltsam unterdrücken, so konnte man sie wenigstens von der Postbeförderung ausschließen und zwar wegen der geringfügigsten angeblich landesverräterischen Aeußerungen. Der Kongreßbeschluß vom 6. Oktober 1917 besteht übrigens (gleich jenem Spionagegesetz) noch heute, wonach u. a. alle fremdsprachigen Zeitungen und Zeitschriften gezwungen sind, irgendwelche politische Artikel dem zuständigen Postmeister in wortgetreuer Uebersetzung zu unterbreiten. Daß er heute nicht mehr im Kriegsgeist durchgeführt wird, ändert nichts an der Tatsache, daß er den leisesten Protest gegen die Gewaltherrschaft innerhalb und außerhalb der U. S. A. getötet hat. Wenn der Geist der Reaktion geblieben ist, macht es nicht viel Unterschied, in welcher gesetzlichen Barbarei er sich äußert. Wie schlimm die Rechtszustände tatsächlich noch sind, geht aus dem Bericht hervor, den einige hervorragende Juristen Amerikas im Mai 1920 für die „National Popular Government League" gemacht haben. Darin werden Wilsons Generalanwalt Palmer und sein Justizamt fortgesetzt ungesetzlicher und verfassungswidriger Handlungen und unerlaubter Propaganda beschuldigt. Der höchste Justizbeamte der Vereinigten Staaten beantwortete die Anklageschrift mit einem groben Brief, und dabei beruhigte er sich samt dem amerikanischen Volk. Und Präsident Harding hat sich bis jetzt nicht einmal durch eine allgemeine Begnadigung verdächtig machen mögen!

In Deutschland versteht man die amerikanische Verschleppung des Friedensschlusses meistens nicht. Daß der Friedensvertrag selber in den Wahlgang gezerrt wurde, erklärt sich hinlänglich aus der völligen politischen Gleichgültigkeit des amerikanischen Volkes gegen Europa. Deutschlands Zusammenbruch erledigte den Krieg und auch die gefürchtete Handelskonkurrenz in Südamerika; was mit den Deutschen im Frieden werden soll, interessiert nicht. Was ist ganz Europa dem selbstsicheren und selbstgenügsamen Amerika?! Aber wichtig war für republikanische und demokratische Parteipolitiker in gleichem Maße, daß der gefährliche Dämmerzustand zwischen Krieg und Frieden, der ein halber Kriegszustand war, möglichst

Digitized by Google

lange erhalten blieb. Da ließ und läßt sich im Trüben fischen, die öffentliche Meinung leicht kandaren und irgendein Kriegsparagraph anwenden, im Fall die Rekonstruktion zu bedrohlich werden sollte. Die Versuchung war zu groß, die Abrüstung mit denselben Mächten und Mitteln vorzunehmen, wie kurz vorher die Kriegsrüstung. Hatte man den Krieg, solchen Krieg, im Zeichen der Reaktion gewonnen, so war jetzt für den industriellen Wiederaufbau dasselbe all right. Das Volk muckst nicht mehr.

Die ungerührte Verschiebung des Friedens hat mit dem Friedensvertrag als solchem fast nichts zu schaffen. Gewiß hatte Wilson durch seine ganze Art des Verhandelns in Versailles und London den mächtigen Senat gegen sich aufgebracht; ebenso sicher paßt nach wie vor *den* Amerikanern, die das Sagen haben, der Wilsonsche Völkerligapakt nicht, aber die *Hauptgründe von Wilsons Sturz sind innerpolitisch*. Am Ende ist er von den republikanischen Mächten, gleichbedeutend mit Reaktion, gefällt worden, die ihn gebrauchten und sich auch wieder von ihm gbrauchen ließen, solange es ohne Gefahr ging. Vielleicht kann man sogar soweit gehen, zu sagen, daß ihn seine Behandlung der Arbeiterfrage allein erledigt hat. Schon seit Jahren warf man Wilson vor, er gäbe den Arbeitern zu viel nach, mache sie übermütig und kokettiere überhaupt mit staatssozialistischen Gedanken zu viel. In dem Vorwurf steckt etwas Richtiges; denn schon als Parteidemokrat mußte der Präsident in Kämpfen zwischen dem Großunternehmertum und den Arbeitern mehr zu diesen neigen. Hinzu kam die Kriegslage, die Einigungen nötig machte, selbst wenn die Zugeständnisse an die organisierten Arbeiter sehr groß waren. Der Krieg mit seinen wirtschaftlichen Nebenerscheinungen lieferte den amerikanischen Handarbeitern das Wasser auf ihre Mühlen, wie ähnlich in England. Je höher die Kriegskontrakte stiegen, desto höher auch die Lohnforderungen. So jagte ein Lohnstreik den andern, und eigentlich immer gewannen die Arbeitnehmer. Schließlich ging es auf Kosten Onkel Sams, und die Arbeitgeber kümmerten sich nicht viel darum. Mit dem Kriegsende wurde das freilich anders, nun begann man die Aufwärtsbewegung der Löhne mit scheelen Augen anzusehen und an Abwehr zu denken. Mit dem vollen Sieg der republikanischen Partei war die reaktionäre Einstellung auf die Arbeiterfrage gegeben. Darum wird heute in den Vereinigten Staaten versucht, den Arbeitern mit den alten Mitteln, mit Zwang und Ausnahmegesetzgebung, mit Aussperrung und Verächtlichmachung in der öffentlichen Meinung beizukommen. Wilson verstand die Arbeiter und besonders ihre Führer vom Schlage Samuel Gompers' zu „nehmen", mit schönen Versprechungen, mit dem Kriegsarbeitsamt und dem neuen Arbeitsdepartment bekam er sie, wohin er wollte. Gelöst hat er bekanntlich keine einzige der großen Fragen, die ihm die Jahre seiner Administration brachten, eine wirkliche Lösung ernstlich gesucht hat er auch bei der Arbeiterfrage nicht. Harding,

Digitized by Google

der von den großen Interessen gewählt worden ist und bei weitem nicht Wilsons Begabung und Bedeutung besitzt, muß die Frage, die zur Lösung drängt, im Geiste der Reaktion angreifen. Mit welchem Erfolg, kann nur die Zukunft lehren.

Entlarvung des „Lusitania"-Schwindels

Von Professor Dr. Adolf Deißmann, Berlin.

Kaum ein Einzelereignis der Kriegszeit hat durch die ihm von der britischen Propaganda gegebene Beleuchtung die Seelenstimmung der Völker so leidenschaftlich gegen Deutschland beeinflußt und auch stärkste politische Wirkungen ausgeübt, wie die demnächst sich wieder jährende Versenkung der „Lusitania" durch ein deutsches Unterseeboot im Mai 1915. Die britische Propaganda stellte das Schiff als ein harmloses Passagierschiff hin und erklärte die Versenkung als ruchlosen Frauen- und Kindermord. Eine ungeheure Welle der Wut und des Hasses ergoß sich damals über den deutschen Namen, und wenn es 1917 gelang, die öffentliche Meinung Amerikas für den Krieg mit Deutschland zu mobilisieren, so war „Lusitania" eine der dicksten Head-lines und Hetzzeilen.

In Deutschland wußte man schon im Mai 1915, daß die „Lusitania" eine ungeheuere Masse von Munition für unsere Gegner an Bord gehabt hatte. In unseren Zeitungen war das Ladungs-Register des Schiffes genau veröffentlicht, und der Bericht des U-Boot-Kommandanten stellte fest, daß der Dampfer nach seiner Torpedierung sich über Wasser gehalten habe und dann durch eine im Schiffsinnern entstandene Explosion (eben die explodierende Munition) zum Sinken gebracht worden sei.

Der Eindruck des Ereignisses war deshalb für uns nicht minder erschütternd. Ich gehörte zu denen, die die formelle Berechtigung, unter Kriegsrecht feindliche Munition unter allen Umständen zu vernichten, anerkannten, aber für die Furchtbarkeit des Ereignisses selbst eine tiefe Empfindung hatten. Deshalb sprach ich in meinem „Ev. Wochenbrief", Nr. 35 vom 31. Juli 1915, der den „Lusitania"-Fall auf Grund der Eindrücke aus meiner amerikanischen Korrespondenz behandelte, von „Narben in meiner Seele, die immerdar zeigen, wie tief ich mitverwundet war".

Digitized by Google

Die britische Propaganda aber hat in diesem Falle, wie in vielen nderen, die Wahrheit erfolgreich unterdrückt. Und die amerikanischen Behörden haben sich von ihr an den Wagen spannen lassen und alles etan, um die „Lusitania"-Wahrheit auch ihrerseits zu verhüllen. Es gab zwar Wissende genug. Einer von ihnen, der amerikanische Senator La Follette, hatte versucht, die Wahrheit bekanntzumachen; aber als er vor Gericht das dazu nötige Aktenstück vom Staatsdepartement verlangte, wurde es ihm verweigert!

Nun hat während der Wahlkampagne für Warren G. Harding ein amerikanischer Mann den späten Mut gefunden, den „Lusitania"-Schwindel aufzudecken, und der Beweis ist jetzt durch einen klassischen Kronzeugen erbracht, daß das harmlose „Frauen- und Kinderschiff" neben ungeheueren Mengen ungeladener Munition nahezu elf Tonnen schwarzes Pulver für England an Bord gehabt hat! Als das eigentlich ruchlose Verbrechen erscheint jetzt die Tatsache, daß man zur Deckung dieser entsetzlichen Ladung sich der Frauen- und Kinderleben bedient hat!

Ich gebe einen ausführlichen Bericht über die Enthüllung aus den „Nachrichten aus dem Nordwesten" (Portland, Oregon, U. S. A.) Nr. 45, vom 4. November 1920 hier wieder:

Munition auf dem Dampfer Lusitania.

Der vormalige New Yorker Hafenkollektor Dudley Field Malone versichert es.

Passagierdampfer trug 4200 Kisten Patronen für die Engländer; Ladung repräsentierte 11 Tonnen Pulver.

New York, 30. Oktober 1920. — Dudley Field Malone, der Gouverneurskandidat der Farmer-Arbeiterpartei und vormaliger Hafenkollektor von New York, versicherte gelegentlich einer Kampagnerede, die er gestern abend hielt, die „Lusitania" hätte, als sie von einem deutschen Tauchboot versenkt wurde, 4200 Kisten Patronen für die englische Regierung an Bord gehabt und insgesamt seien in diesen Kisten nahezu elf Tonnen schwarzen Pulvers enthalten gewesen. Er gab diese Erklärung ab, als er von der seinerzeit vom Bundessenator La Follette aufgestellten Behauptung, die „Lusitania" habe Explosivstoffe an Bord gehabt, sprach.

„Wenn der Rekord der Wilsonschen Administration als geschichtliche Tatsache offen daliegen wird", sagte Malone, „wird die Welt der Tatsache gewahr werden, daß keine Regierung je sich einer ähnlichen Unterdrückung und Geheimniskrämerei dem Volk gegenüber schuldig gemacht hat."

Digitized by Google

„Als Senator La Follette seinerzeit vom Senatsausschuß für Wahle der Prozeß gemacht wurde", bemerkte Malone, „verlangte er laut dem ihm zustehenden Recht vom Schatzamtsdepartement eine Abschrift des Berichts des New Yorker Hafenkollektors bezüglich der Ladung der „Lusitania" auf der verhängnisvollen Reise. Das Schatzamt verwies ihn an das Staatsdepartement, und dieses verweigerte ihm eine Abschrift mit dem Bemerken, der betreffende Bericht gehöre dem Geheimarchiv des Departements an.

Zufälligerweise habe ich den betreffenden Bericht über die „Lusitania" angefertigt, da ich in meiner Eigenschaft als Hafenkollektor New Yorks die Ladung des Dampfers untersucht hatte, und auf Grund meiner Ermittlungen, daß die „Lusitania" nicht bestückt war, sandte damals Präsident Wilson jene berühmte zweite Note an die deutsche Regierung.

Meiner Ansicht nach war jedoch die Regierung in Washington durch den rücksichtslosen Tauchbootkrieg Deutschlands nicht berechtigt, den Senator La Follette dafür zu verfolgen, daß er die Wahrheit gesprochen hatte, und der deutsche Militarismus konnte auch nicht als Entschuldinung dafür angeführt werden, daß man dem amerikanischen Volk nicht mitteilen wollte, welcher Art die Ladung der „Lusitania" gewesen, als ihre Versenkung erfolgte.

Als ich erfuhr, daß mein Bericht dem Senator La Follette vorenthalten wurde, gab ich seinem Anwalt bezüglich der Tatsachen Aufschluß und forderte ihn auf, der Regierung die Mitteilung zugehen zu lassen, ich würde zugunsten der Angaben des Senators als Zeuge aussagen und es nicht schweigend mit ansehen, wie ein Mann dafür gekreuzigt würde, daß er die Wahrheit sprach. Daraufhin wurde der Prozeß von Woche zu Woche verschoben und schließlich ließ man ihn ganz fallen."

* * *

Es sind bittere Empfindungen, die uns beschleichen, wenn wir diese Enthüllung lesen, nachdem die Verhüllung ihren mörderischen Dienst gegen unser Volk auf das exakteste getan hat. Immerhin, in dem großen Revisionsprozeß vor der öffentlichen Meinung der Menschen guten Willens ist auch ein der Wahrheit nachträglich geleisteter Dienst wertvoll. Ich kann denn auch mit Genugtuung melden, daß die christliche Presse Nordamerikas nach

Digitized by Google

Mr. Malones Enthüllung zum Teil mit starken Ausdrücken gegen die Irreführung durch ihre Regierung im Fall „Lusitania" protestiert hat. Nicht nur die in deutscher Sprache erscheinende. Der Bostoner „Zions Herald" z. B. schreibt am 3. November 1920: „Wenn die Tatsachen der Darstellung Mr. Malones entsprechen[1]), weisen sie auf ein Uebel hin, das scharfen Tadel verdient. Wenn Tatsachen sogar in einem Falle wie dem des Unterganges der „Lusitania" totgeschwiegen werden, so ist das ein ungesunder Zustand, der geeignet ist, auf die Dauer das Vertrauen der Oeffentlichkeit zu einer Regierung zu erschüttern."

Auch hier kann man von einer Wendung oder doch dem ersten Anfang einer Wendung vielleicht reden. Magna est vis veritatis!

* * *

Ich benutze die Gelegenheit, um einen weitverbreiteten Irrtum aufzuklären, der einen mich persönlich aufs tiefste berührenden Fall betrifft.

Am 4. April 1917 wurde im Mittelmeer der britische Dampfer „City of Paris" von einem deutschen Unterseeboot torpediert. An Bord war, von Indien kommend, mein nächster und treuster englischer Freund Dr. James Hope Moulton[2]). Schon vorher schwer leidend, starb er infolge der furchtbaren Entbehrungen nach der Aussetzung einige Tage später im Rettungsboot, eines der Millionen unschuldiger Opfer des Krieges und eines der besten!

Kaum ein Ereignis dieser Jahre hat mich so erschüttert, wie dieses. In der ausländischen Presse wurde es als ein besonderer Fall deutscher Atrozitäten stark verwertet; ich erinnere mich eines Artikels, in dem gesagt war, in derselben Stadt Berlin, von der aus Moulton 1910 zum Doktor der Theologie honoris causa ernannt worden sei, sei 1917 der Befehl gegeben worden, ihn zu ermorden; und so habe man sein harmloses Passagierschiff versenkt. Daß die „City of Paris" unbewaffnet gewesen sei,

[1]) Ein Zweifel ist nicht möglich, da Mr. Malone als Hafenkollektor die Ausfuhrkontrolle persönlich ausgeübt und einen Bericht über seine Feststellungen der Regierung überreicht hat. A. D.

[2]) Ein Denkmal auch für diese Freundschaft, mit mancherlei Proben aus unserer Korrespondenz, ist das tiefempfundene Gedächtnisbuch, das der Bruder des Frühvollendeten Rev. W. Fiddian Moulton verfaßt hat: James Hope Moulton. A Memoir by his Brother, London (The Epworth Press) 1919.

Digitized by Google

wurde allgemein als selbstverständlich bezeichnet, sogar von Passagieren, die mit Moulton auf der „perfidious bark" gewesen waren. Die deutsche Meldung, das Schiff sei bewaffnet gewesen, galt als unwahr.

Nun hat im Jahre 1919 die britische Admiralität dem britischen House of Commons ein amtliches Dokument vorgelegt, das dann auch auf Parlamentsbeschluß gedruckt worden ist (London, His Majestys Stationery Office, 1919, Preis 1 sh 6 d): Merchant Shipping (Losses)." Dort sind sämtliche britischen Schiffe aufgezählt, die von den Deutschen angegriffen und größtenteils versenkt worden sind; Seite 1 ist notiert: „A † before a vessel's name indicates that she was armed for defensive purposes."[3]). Seite 41 finden wir nun die „City of Paris" aufgeführt; sie ist deutlich bekreuzt, war also bewaffnet, wie ja auch die deutsche Meldung behauptet hatte. „Verteidigung" ist in diesem Falle selbstverständlich nicht verschieden vom „Angriff"; denn diese bewaffneten Handelsschiffe hatten natürlich nicht die Weisung: schießt nur, nachdem ihr torpediert seid, sondern: schießt, sobald ihr ein feindliches Boot bemerkt!

Die Sache liegt also doch so, daß mein Freund das große Risiko freiwillig auf sich nahm, das in der Benutzung eines bewaffneten Schiffes lag. Jedes Kriegsrecht gestattet die Versenkung eines bewaffneten feindlichen Schiffes ohne Warnung. Der Mut Moultons verdient gewiß Bewunderung; aber sein Fall unterscheidet sich kaum von ähnlichen anderen, in denen Zivilisten, die sich freiwillig in die Gefahrzone begaben, daselbst umgekommen sind.

Durch diese Aufklärung will ich den frühen Tod Moultons in keiner Weise seines tragischen und für mich unverwindbar schmerzlichen Charakters entkleiden; ich möchte nur, daß das Gerechtigkeitsgefühl ehrlicher Leute die beklagenswerten Umstände seines Todes nicht noch länger durch weitere Kolportierung falscher Behauptungen verschärft.

[3]) Es ist bemerkenswert, daß schon im Jahre 1917 nur noch ganz wenige unbewaffnete englische Schiffe versenkt worden sind; die weit überwiegende Masse war armiert.

Digitized by Google

„Fair".

Von Dr. H. Maurer.

Das deutsche Auswärtige Amt hat sein Weißbuch über die Londoner Konferenz veröffentlicht. In ihm wird auf den Seiten 152—167 die Rede von Lloyd George vom 13. März 1921 wiedergegeben, auf den Seiten 168—179 die Rede von Dr. Simons vom 7. März 1921, beide sowohl nach der deutschen Niederschrift als nach dem alliierten Sitzungsbericht in Englisch. Selbstverständlich ist für Lloyd Georges Rede der englische Text authentisch; aber auch ihre deutsche Wiedergabe zeigt, daß sie von Leuten gemacht ist, die sich alle Mühe gegeben haben, die englische Rede nach Form und Inhalt ebenso wirkungsvoll und sinngetreu im Deutschen wiederzugeben, wie sie Lloyd George englisch gehalten hat. Und es ist ihnen gelungen. Da sind alle die Advokaten-Kunststücke, als hätte Deutschland 1871 einen viel härteren Frieden diktiert als die Entente jetzt, die aufreizende Zusammenstellung über die angeblichen, nicht militärisch gebotenen Zerstörungen, die die Deutschen verübt haben sollen, mit derselben Eindringlichkeit deutsch ausgesprochen, wie sie der englische Premier in seiner Sprache vortrug.

Wie anders sieht das beim englischen Bericht aus, der die Rede von Dr. Simons wiedergibt! Der ist von Leuten gemacht, die die besten Argumente des Gegners entweder abschwächen oder ganz unterdrücken. Ein paar Beispiele aus Seite 171—173 zum Beweis! Links der deutsche, authentische Text, rechts seine amtliche englische Wiedergabe: fettgedruckt ist im Deutschen, was der Engländer wegläßt, damit es der englische Leser nicht erfährt.

Wir haben uns überzeugt, daß angesichts der gewaltigen Verschiedenheiten in der Beurteilung von Deutschlands Leistungsfähigkeit eine Vereinbarung endgültiger Natur nicht zu erreichen sein würde. Wir haben deshalb versucht, wieder auf den Gedanken zurückzukommen, der der deut-

We have been ready to a provisional arrangement for 5 years. We are aware, that such an arrangement would entail the heariest sacrifices for Germany, and would, above all, suffer from the fault of not taking away the burden of uncertainty as to the final total debt. In spite of this we were, in the interests of a peaceful unterstanding, ready to enter upon

Digitized by Google

schen Regierung bereits früher von der englischen und französischen Regierung nahegelegt worden ist, nämlich auf den Abschluß eines Provisoriums für fünf Jahre. Obwohl ein solches Provisorium für Deutschland schwere Opfer mit sich bringen und vor allem den Fehler haben würde, die Last der Unsicherheit über die endgültige Gesamtschuld bestehen zu lassen, waren wir doch im Interesse einer friedlichen Verständigung bereit, auf diesen Boden zu treten. Wir würden soweit gegangen sein, den Grundsatz der Pariser Beschlüsse anzunehmen, daß die Gesamtentschädigung aus festen Annuitäten und aus einem mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands wachsenden mobilen Faktor besteht. Für die ersten fünf Jahre wären wir in der Lage gewesen, feste Annuitäten in der gleichen Höhe wie die Pariser Beschlüsse und daneben einen vollwertigen Ersatz für die in Aussicht genommene Zusatzentschädigung anzubieten.

the soil of such an agreement. We would for the sake of a final settlement even have gone so far as to accept the principle of the Paris Resolutions that the total reparation would have to consist of the fixed annuities and variable factors which would increase with the increasing capacity of Germany.

Weggelassen hat also der Engländer gleich im Anfang die Erläuterung der Schwierigkeiten, vor denen die Deutschen standen, dann die wichtige Tatsache, daß die deutschen Vorschläge uns früher von der englischen und französischen Regierung selbst nahegelegt worden sind, und zum Schluß den Vergleich unserer für 5 Jahre in Aussicht gestellten Leistungen mit den Pariser Beschlüssen.

Völlig verwässert gibt im weiteren Text der Engländer Dr. Simons kräftiges Argument wieder, man könne uns doch keinen Vorwurf daraus

Digitized by Google

machen, wenn wir die von Lloyd George als „Wohltaten" bezeichneten Pariser Vorschläge nicht annehmen, da „beneficia non obtruduntur". Das wirkungsvolle lateinische Schlagwort wird kurzerhand unterdrückt.

Bei der Abwehr von Lloyd Georges schiefer Darstellung von deutscher Härte im Frankfurter Frieden vergleicht Dr. Simons ihn mit dem Frieden nach den napoleonischen Kriegen:

Der Frankfurter Friede legt nach dem alten völkerrechtlichen Gebrauch die Kriegslasten nicht auf den schuldigen, sondern auf den unterlegenen Teil. Nach den napoleonischen Kriegen haben die alliierten Gegner Frankreichs die Kriegskosten ohne Rücksicht auf die Schuldfrage größtenteils erlassen.

The Treaty of Frankfort started from the assumption that not the guilty part, but the vanquished party had to pay the costs of the war. On the other hand the Treaty of Peace after the Napoleonic Wars renounced payment of war costs in favour of France.

Hier verschweigt der Engländer, daß der Frankfurter Friede altem, völkerrechtlichem Gebrauch entsprach; und die Darlegung, daß 1871 wie 1815 die Schuldfrage keine Rolle gespielt hat, beide Fälle also gleichartig waren, wird ins Gegenteil verdreht, indem die Worte, die den Hauptsinn tragen: „ohne Rücksicht auf die Schuldfrage" einfach unterdrückt werden und der zweite Satz durch ein „on the other hand" in einen Gegensatz zum ersten gebracht wird. Aus der Simonsschen Wahrheits-Hoffnung, daß einst die Weltgeschichte das letzte Wort sprechen wird, läßt der Engländer das Wort „einst" weg und gibt so Lloyd George Gelegenheit zu dem Advokatenkniff: „Wann beginnt die Geschichte? Etwa jetzt in 5 Jahren?", womit er den ernsten Appell von Dr. Simons in's Lächerliche zieht.

Dies zur Kennzeichnung der englischen Art, die es nicht fertig bringt, die Rede eines gegnerischen Ministers auf einer weltwichtigen Konferenz unverfälscht bekanntzugeben. Gewiß wollen wir diese englischen Methoden, die das Gegenteil von anständig sind, nicht den deutschen Diplomaten zur Nachahmung empfehlen; aber warum hat man denn im deutschen Weißbuch die englischen Fälschungen ohne jeden Kommentar abgedruckt? Muß doch die ganze englisch sprechende Welt auf Grund des deutschen Weißbuchs die Ueberzeugung gewinnen, Dr. Simons habe wirklich diese im Weißbuch englisch wiedergegebenen Ausführungen gemacht, die für Deutschland so wenig günstig sind.

Digitized by Google

Wohl hätte das deutsche Auswärtige Amt die entstellte amtliche englische Wiedergabe im deutschen Weißbuch abdrucken sollen, daneben aber eine richtige englische Uebersetzung der Simonsschen Rede und dazu in englischer Sprache einen Hinweis, daß und worin der amtliche englische Bericht falsch ist.

Wir wissen nicht, in welchem Stadium der Verhandlungen die Fälschungen eingetreten sind. Da Lloyd George bekanntlich keine Sprache außer Englisch versteht, war hoffentlich dafür gesorgt, daß während der Verhandlungen ein deutscher Dolmetscher die deutschen Reden englisch wiedergab, so daß Lloyd George, für ihn verständlich, wirklich das erfuhr, was die deutschen Vertreter sagten. Jedenfalls ist die englische Regierung für die sinnentstellenden Verfälschungen, mit denen sie die deutsche Rede des deutschen Ministers amtlich wiedergegeben hat, verantwortlich; aber Pflicht der deutschen Regierung ist es, der englisch sprechenden Welt den falschen Bericht zu berichtigen und der ganzen Welt klar zu machen, mit welchen Methoden das amtliche England arbeitet, das immer die Worte „fair" und „gentlemanlike" im Munde führt.

Solange Deutschland nicht den Kampf gegen die Weltlügen — vor allem gegen die Behauptung von der Schuld oder gar der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkrieg — mit aller Energie aufnimmt, hat es keine Hoffnung, aus dem Elend herauszukommen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich Für den redaktionellen Teil Dr Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928 Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

CT 18 192
IV. OF

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 457
Rohrbach, Die Gewalt als „Recht" 459
Heuß, Die Krisis 464
Fritsch, Korfantys Putsch 467
Massow, Das Deutschtum in den an Polen abgetretenen Gebieten 468
Schüler, Chinas Lage und Zukunft 473

Preis vierteljährlich M 15.—, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 14. Mai 1921 Heft 20

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Ein Buch, auf das Tausende warten!

Die Wirkungen von Versailles heute und morgen

Wo stehen wir? — Wie helfen wir uns?

Materialien zu Vorträgen / Ein Handbuch für Politiker, Wirtschaftspolitiker, Vortragsredner und Laien

Herausgegeben für die „Gesellschaft vom 16. November 1918“
von Wirkl. Legationsrat **Oskar Trautmann** und Dipl.-Ing. **zur Nedden**

Inhalt: Der Betrug von Versailles · Die Verstümmelung Deutschlands · Wirtschaftliche Entrechtung und wirtschaftliche Verelendung Deutschlands durch den Vertrag von Versailles · Die finanzielle Belastung Deutschlands durch den Friedensvertrag · Die Entrechtung der Deutschen im Ausland · Zeittafel

Die Wirkungen des Friedens sind den meisten Deutschen noch immer nicht im vollen Umfang klar geworden. Darum ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Tages, sie ihnen vor Augen zu führen. Es gibt kein anderes Mittel, die Wirkungen des Friedens abzuwehren und zu mildern. Um auch denjenigen, denen mangelnde Kenntnis der Materie volles Eindringen in das Paragraphendickicht des Friedensvertrages verwehrt, eine solche Einwirkung auf die ihnen nahestehenden Kreise zu ermöglichen, ist das vorliegende Buch verfaßt worden. Es ist so abgefaßt, daß es, zugleich mit einer Uebersicht über die wichtigsten Fragen, das Material für fünf verschiedene Vorträge enthält, die vor jedem Hörerkreis gehalten werden können.

Ein Buch wie dieses fehlte bisher in der gesamten Literatur über den Frieden von Versailles

Ladenpreis 8 Mark / Kein Teuerungszuschlag!

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. * Berlin W 8 * Unter den Linden 17–18

„Die Bücherpost“

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost“, Frankfurt a. M., Ribbastr. 24, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgesch

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche
Fernsprecher Norden: 309, 310, 1642, 4472 u. 4513
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport · Lagerung.

Digitized by Google

. Jahrgang * 14. Mai 1921 * Heft 20

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Frage, ob man zum Ultimatum der Entente das vorbehaltlose Ja oder Nein sagen soll, will zunächst wirtschaftspolitisch beantwortet werden. Bedeutet die Umstilisierung der pariser Beschlüsse in die londoner eine Annäherung an den wirtschaftlichen Zahlmodus, den wir selber vorgeschlagen? Enthält sie Garantien, daß wir die Freihaltung des Ruhrgebiets durch finanzielle Transaktionen erkaufen können? Das sind Sorgen, die von den Fraktionen mit auf die „Sachverständigen" abgewälzt werden; die Sachverständigen aber können unmöglich zu einer irgendwie verbindlichen Antwort kommen, denn sie müssen zu viel X, zu viele irrationale Werte, politische Situationen in ihre Erwägungen einschalten. Aber der Druck dieses wirtschaftlichen Ungewiß wird durch Herrn Briand einigermaßen von uns genommen. Seine Interpretation der Londoner Konferenz geht über den Wortlaut jener Bestimmungen hinaus, denn er kündigt an: es wird doch eingerückt werden. Seine Offenheit hat den Zweck, die französische Psyche hinter seinem Kabinett zu halten. Er bindet sich, um den Engländern gegenüber stark zu bleiben, denn auch seine „Sachverständigen" wissen, daß Deutschland, auch wenn es ja sagt, dem Ja nicht in wenigen Wochen jene Leistungen folgen lassen kann, zu denen es sich erneut verpflichten soll. Wir mögen den „besten Willen" zu unserer Selbstvernichtung haben, wir können sie nicht so bewerkstelligen, daß der Gegner den Nutzen daraus zieht, auf den er glaubt Anspruch zu haben, und die gloire, diese Vernichtung selbst vorzunehmen, bleibt ihm gesichert. Wenn Deutschland jetzt nein sagt, so bleibt dadurch seine politische Pflicht, durch Leistung die Freiheit zurückzuerobern, nicht berührt. Die moralische, von der die Gegner gerne sprechen, ist von ihnen längst selber zertreten. Wer pathetische Politik treiben will, sagt: nun sind wir von Versailles frei — aber er löst damit keine Fesseln. Diese werden, wie die Lage ist, nur durch Arbeit von uns genommen.

*

Digitized by Google

Die verhängnisvolle Sonderpolitik der bayerischen Politik schiebt sich in das Bedürfnis, eine einheitliche Linie gegenüber den Gegnern zu erreichen, erneut als ernsteste Belastung. Nicht daß Bayern die Schwäche des ersten Revolutionsjahres auszugleichen suchte, ist sein Fehler, sondern daß es daraus ein politisches System mit Krafthuberei gemacht hat, das glaubt, die furchtbare Lage der Reichspolitik mit Schützenfesten durchkreuzen dürfen. Im besten Glauben! Man macht eine populäre Politik, wie man sie versteht, und Herr von Kahr hat eine sichere Mehrheit hinter sich in Niederbayern und der Oberpfalz, wo man fern vom Schuß gern den Stutzen trägt. Aber es bleibt schmerzlich genug, daß dieser Zustand nur zu einer Durchkreuzung der deutschen Einheitspolitik führt. Die Sozialdemokraten rufen: Hier liegt die Schuld. Von der Schuld freilich, die ihr Kabinett Hoffmann gehabt hat, daß es dahin kommen konnte, reden sie nicht mehr. Aber was nützt es viel, ihre Erinnerung zu erneuern. Bayerns Haltung liegt als Klotz im Wege zur inneren Einheit der staatsbejahenden Deutschen.

*

Die Botschafterkonferenz in Paris hat zu dem oberschlesischen Aufstand Stellung genommen. Was herausgekommen ist, ist eine Lächerlichkeit. Ein Aufruf soll an die oberschlesische Bevölkerung gerichtet werden, sie möchte zu Tugend und Ordnung zurückkehren. Die Polen werden darüber lachen, ihre Presse wird ihn nicht abdrucken, die Plakate wird man abreißen. Die Absicht, nichts zu tun, die Verlegenheit, nichts tun zu können, kann nicht kläglicher formuliert werden. Der Verband deklariert seine „vollkommene Freiheit, die Zuteilung der einer Abstimmung unterworfenen Gebiete nach Maßgabe des Friedensvertrages von Versailles vorzunehmen". Diese Freiheit kommt darin zum Ausdruck, daß die bevollmächtigten militärischen Vertreter der Entente in Oberschlesien mit den polnischen Insurgenten als berechtigte Kriegspartei verhandeln und die Mitteilung entgegennehmen, daß die Polen nicht daran denken, ihre militärisch eingenommenen Positionen wieder freizugeben.

*

Digitized by Google

Die Gewalt als „Recht“.

Von Dr. Paul Rohrbach.

Nach einer Mitteilung des Pariser „Matin“ hat die Regierung der Vereinigten Staaten von der Entente verlangt, die Forderungen an Deutschland sollten genau den Bedingungen des Friedensvertrages entsprechen. Wenn das richtig ist — die innere Wahrscheinlichkeit spricht dafür —, so wäre das doch noch ein Stückchen von dem „Erfolg“, der aus der Anrufung Amerikas durch die Deutsche Regierung erhofft wurde. Die „Kölnische Zeitung“ drückt in einem bemerkenswerten Artikel ihrer Morgenausgabe vom 6. Mai diese Auffassung sogar in sehr bestimmter Form aus. Sie kritisiert einen vom „Deutschen Zeitungsdienst“ zur Veröffentlichung in der Presse der Deutschen Volkspartei verbreiteten Aufsatz, in dem es nach einer schroffen Verurteilung der Politik der Herren Fehrenbach und Dr. Simons, heißt:

Wir brauchen eine Regierung, die vorwärts blickt, die das Ultimatum zurückweist und die ganze Kraft des deutschen Volkes zu unbeugsamem Widerstand gegen neue Gewalt sammelt. Zu einer solchen Politik ist ein Minister des Aeußern, der mit der Verantwortung für eine verfehlte Aktion belastet ist, ebensowenig fähig wie eine Regierung, die mit ihm die Verantwortung auf sich genommen hat. Wir brauchen neue Männer, die die Führung kraftvoll in die Hand nehmen.

Dazu schreibt die „Kölnische Zeitung“, die Vorwürfe gegen Dr. Simons, der sein bestes Können in den Dienst des Vaterlandes gestellt habe, seien in der Form maßlos und ungerecht und gingen sachlich fehl. Es heißt dann weiter:

Es ist uns unverständlich, wie jemand, der den Schriftwechsel mit Amerika genau verfolgt hat und ihn nach Maßgabe der tatsächlichen Lage der Dinge zu deuten versteht, von einem Mißerfolg der Anrufung Amerikas reden kann. Unseres Erachtens ist sie im Gegenteil von einem Erfolg begleitet gewesen, wie er angesichts der Verhältnisse größer nicht erwartet werden konnte. Der Verlauf der soeben zu Ende gegangenen Londoner Konferenz hat das bewiesen, und die logische Folgerung aus diesem Verlauf wäre gewesen, nun Herrn Simons Gelegenheit zu lassen, den Weg, den er eingeschlagen, weiter zu gehen, statt mitten im Strom die Pferde zu wechseln.

Dies ist eine Auffassung, wie man sie anscheinend von gemäßigter englischer Seite in Deutschland angenommen sehen möchte. Allerdings ist der amerikanische Wunsch, die formelle Rechtsgrundlage des Friedens möge Deutschland gegenüber nicht verlassen werden, durch die Festsetzung der Londoner Bedingungen doch nur zum kleinen Teil erfüllt worden. Schon die Ausdehnung der deutschen Zahlungspflicht auf mehr als dreißig Jahre und die Streichung unseres Rechts, von Zeit zu Zeit Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit verlangen zu dürfen, sind erhebliche Verletzungen des Friedensvertrages, und ebenso mißachten verschiedene andere Punkte den Vertrag, teils direkt, teils berücksichtigen sie ihn nur nominell. Ein mäßigender Einfluß Amerikas scheint trotzdem stattgefunden zu haben, und

Digitized by Google

wenn diese Meinung richtig ist, so wäre darauf auch zurückzuführen, daß jetzt zum erstenmal die englische Politik in London einen bescheidenen Erfolg über die französische davongetragen hat. England wünschte den Zinsfuß eines Teils der deutschen Schatzwechsel von 5% auf 2½% herabzusetzen. Doumer, als Vertreter Frankreichs, protestierte „im Namen der Gefühle des französischen Volkes". Da rief ihm Lloyd George zu: „Die erste Pflicht eines Staatsmannes besteht darin, Mut zu haben vor seinem eigenen Volk." Niemand steht grotesker da mit diesem Wort im Munde als Herr Lloyd George — aber er hat es immerhin gewagt! Aus eigener Kraft, ohne Amerika hinter sich, wäre er nie dazu imstande gewesen. Außerdem ist die Auffassung der „Kölnischen Zeitung" ohne Zweifel beachtlich, daß es möglich sei, gestützt auf die von amerikanischer Seite geäußerte Meinung zur Sache, noch deutsche Anerbietungen in enger Anlehnung an den Friedensvertrag zu machen — also trotz des Ultimatums Verhandlungen zu versuchen. Das könnte nach Lage der Dinge am ehesten Herr Dr. Simons. Trotzdem wird schwerlich der Wunsch der „Kölnischen Zeitung", das Kabinett Fehrenbach-Simons möge im Amt bleiben, in Erfüllung gehen können. Eine Notwendigkeit, daß der Außenminister zurücktritt, liegt auch unserer Meinung nach, trotz der begangenen Fehler, nicht vor, aber der Minister selbst ist müde und die öffentliche Meinung will ihr Opfer haben.

Ganz verfehlt ist das Verlangen nach Männern, die das Ultimatum „zurückweisen". Vielmehr muß eine andere Politik gemacht werden: so daß die Verantwortung für eine Katastrophe nicht auf Deutschland gelegt werden kann, sondern die Entente trifft. Fernere Voraussetzung für jede deutsche Stellungnahme, die nicht mit Illusionen, sondern mit Wirklichkeiten rechnen will, ist Einsicht in den durchaus schlechten Willen Frankreichs gegen uns. Für die Franzosen bleibt es einfach bei der alten These Clemenceaus: Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zuviel, und diese zwanzig Millionen müssen fort! Daher war es sehr zu verwundern, wenn ein Politiker wie Dr. Stresemann, der doch Führer der Deutschen Volkspartei ist, nach dem Bericht des „Berliner Tageblatts" (aus Paris vom 4. Mai) dem Korrespondenten des „Journal" in Berlin Eröffnungen gemacht hat, die das „Journal" folgendermaßen wiedergibt:

Herr Dr. Stresemann denkt an eine allgemeine wirtschaftliche Entente zwischen den Völkern und in ihrem Rahmen an eine industrielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Diese Zusammenarbeit müßte durch einen Meinungsaustausch der Staatsmänner, der führenden Wirtschaftspolitiker und der Gewerkschaftler beider Länder vorbereitet werden. Deutschland würde, sagt Herr Stresemann, auf diese Weise durch Arbeit aus seinem harten Druck befreit werden, aber Frankreich hätte noch viel größere Vorteile. Herr Stresemann erklärte namentlich, er sehe wohl ein, daß die Lage Frankreichs schwieriger sei als die Lage Deutschlands. Er gehöre nicht zu denen, die glauben, Frankreich liege gar nichts am Aufbau seiner Ruinen, im Gegenteil, er sei davon überzeugt, daß Frankreich so schnell wie möglich seine Wunden heilen wolle.

Digitized by Google

Wenn Dr. Stresemann das gesagt haben sollte, so wäre es weder taktisch noch inhaltlich ein Stück zu einem Befähigungsnachweis für das Auswärtige oder eine andere maßgebende Stelle in der Regierung. Ein Ministerkandidat ist doch keine Vossische Zeitung und braucht keinen Kinderglauben an Frankreich-Deutschland Hand in Hand zu bekennen, um per eingeschriebenen Eilbrief sich als den Franzosen genehm rekommandieren zu können. Und dazu behauptet das „Journal“ noch, Stresemann habe ausgerechnet Herrn Stinnes und Herrn Loucheur aufgefordert, sich die Hände zu reichen. Wir können schwer glauben, daß jemand, der den Franzosen überhaupt etwas auf Angehörtwerden Berechnetes sagen will, ihnen den Entente-Kinderschreck, Herrn Stinnes, empfiehlt!

Jede Annahme, Deutschland könne den Franzosen mit Aussicht auf Erfolg etwas vorschlagen, was ihnen und zugleich uns nützlich sein soll, geht in die Irre. Ohne Zweifel haben England und Italien, und im Hintergrunde Amerika, auf Frankreich gedrückt, um es vom Einmarsch ins Ruhrgebiet abzuhalten. Sie haben eine Formel aufgestellt, der gegenüber Frankreich sich nach starkem Widerstreben zu dem Zugeständnis genötigt sah, auf den Einmarsch zu verzichten, wenn Deutschland sie annimmt. Danach, als man in London glücklich soweit war, begann der Druck auf uns (und dauert fort): wir sollten „einsichtig“ sein und ja sagen, damit England und Amerika nicht gezwungen werden, den Franzosen loszulassen, was sie sehr ungern täten. Wenn wir aber nein sagen, so müssen sie ihn wohl oder übel loslassen, obwohl für Europa im allgemeinen und England im besonderen gefährliche Folgen daraus drohen!

Wie soll sich da Deutschland verhalten? Eins ist klar: Wenn wir zu früheren Forderungen der Entente „niemals“ und „unmöglich“ gesagt und uns darüber der Ultimaten und „Sanktionen“ der Feinde ausgesetzt haben, nur um schließlich zu ebenso großen oder noch größeren Forderungen „ja“ und „sehr wohl“ zu sagen, so haben wir für recht lange als politisch ernst zu nehmendes Volk abgedankt. Dann haben die Feinde recht, wenn sie sagen: ein deutsches „Nein“ ist immer nur ein „Nein“ bis zum nächsten Fußtritt — wenn dieser nur kräftiger ausfällt, als der vorhergehende!

Was ist nun inhaltlich zu den jetzigen Ententevorlagen zu sagen? Die „Frankfurter Zeitung“ hat neulich eine Zusammenstellung der feindlichen Forderungen und deutschen Anerbietungen seit dem Mai 1919 gebracht, die nützlich für den Versuch ist, sich in diesem verworrenen Handel zu orientieren, folgendermaßen (die feindlichen Positionen in lateinischer Schrift):

Versailles (Mai 1919): Deutsche Gegenvorschläge: 100 **Goldmilliarden zinslos**, die ersten zehn Jahre eine Maximalannuität von 1 Goldmilliarde. (Bedingung: Verbleib Westpreußens, eines Teils von Posen, Danzigs und des Saargebiets bei Deutschland; die Beibehaltung der Handelsflotte, koloniale Betätigung, Streichung einschnürender wirtschaftlicher Bestimmungen des Versailler Vertrags.)

Digitized by Google

Boulogne (Juni 1920): Interne Verhandlungen zwischen England und Frankreich, deren Ergebnis nicht offiziell mitgeteilt wurde. Die „Daily News" teilte als Resultat mit: 42 Jahreszahlungen, als Minimalsatz 3 Milliarden, die sich auf 6, zuletzt auf 7 erhöhen sollten.

Brüssel (Juli 1920): Brüssel als Fortsetzung von Boulogne sollte die Einheitsfront der Alliierten herstellen. Prozentsatzverteilung unter den Alliierten (Frankreich 52 v. H., England 22 usw.). „Daily Chronicle" zufolge wurde die Höhe der Reparationsschuld auf 6 Milliarden Pfund = 120 Goldmilliarden festgesetzt; 5 Jahre sollten 150 Millionen Pfund von Deutschland gezahlt werden, danach 250 Millionen Pfund.

Nach Spa, wo es zu keiner Reparationsverhandlung kam:

Paris (Januar 1921): Auf den zurückgewiesenen Vorschlag von Doumer, im wesentlichen belgischer Kompromissvorschlag:

42 Annuitäten:	2 Jahre	× 2	Milliarden
	3 „	× 3	„
	3 „	× 4	„
	3 „	× 5	„
	31 „	× 6	„
	42 Jahre	226	Goldmilliarden.

Dazu 12% des Wertes der jährlichen deutschen Ausfuhr.

London (1. März 1921): **Das deutsche Angebot: Ausgehend von den Pariser Annuitäten: die kapitalisiert:**

50 Milliarden (Jetztwert),
abzüglich 20 „ (bereits erfolgter Leistungen)
80 Milliarden.

Davon sollten 8 Milliarden durch eine internationale, überall unter Vergünstigungen aufzulegende Anleihe aufgebracht werden. Deutschland übernimmt den Dienst der Anleihe; außerdem zahlt es die ersten 5 Jahre je 1 Milliarde (Sachleistungen, Wiederaufbau).

Darauf Ultimatum.

Vorschlag Lloyd George: 30 Jahre 3 Milliarden + 30% Exportabgabe von Sendungen nach den alliierten Ländern; über die Differenz von 226 Milliarden und diesem Vorschlag entscheidet von Zeit zu Zeit die Reparationskommission:

2. **Vorschlag Dr. Simons:** Fünf Jahre Pariser Annuitäten 2 × 2 3 × 3 Milliarden; Ersatz für Exportabgabe. Für spätere Leistungen Festsetzung der Reparationskommission.

Abbruch der Konferenz.

Das neueste deutsche Angebot: 1. 200 Goldmilliarden Annuitäten oder 2. Jetztwert von 50 Milliarden. Zahl der Jahre nicht bestimmt. Die Jahresleistungen richten sich nach der Leistungsfähigkeit. Also Besserungsschein. Indexziffern; Feststellung gegebenenfalls durch internationale Sachverständigenkommissionen. Der Kapitalbetrag von 50 Milliarden, von dem keinerlei Sachleistungen abgezogen werden, wird mit 4% verzinst (außerdem amortisiert). Deutschland legt unter Vergünstigungen eine internationale Anleihe auf, deren Zinsendienst es übernimmt, Sachleistungen, Beteiligung am Wiederaufbau (Vorschläge überreicht); ferner Deutschland zahlt 1 Goldmilliarde in bar (850 Millionen Schatzwechsel, die innerhalb von 3 Monaten einzulösen sind).

Die Festsetzung der Reparationskommission: 132 Goldmilliarden, ausschliesslich der belgischen Verpflichtungen.

Digitized by Google

Zu dieser letzteren Festsetzung von 132 Milliarden tritt natürlich die — in ihrer Gesamthöhe vorläufig unklar gelassene — Verzinsung, durch die der Betrag in Jahreszahlen verwandelt, sich noch sehr stark erhöht. Wie hoch, das ist gar nicht zu sagen, und außerdem sind in dem Ultimatum und den begleitenden Schriftstücken beliebig viele Möglichkeiten enthalten, auch wenn wir jetzt einen Betrag unterschreiben, zu dessen Höhe wir früher „niemals“ gesagt haben, uns jederzeit das anzutun, was jetzt vermieden werden soll, nämlich die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich. Selbst eine Persönlichkeit von solchem Gewicht und von innerlich sicher gutem Willen für Deutschland wie Herr Keynes, rät in einem freundschaftlich und dringend gehaltene Artikel in der „Kölnischen Zeitung“ zur Annahme: es würden sicher später Erleichterungen kommen! Auf einen solchen Rat, der immerhin eine starke Verleugnung des letztes Restes von Würde für uns bedingen würde, könnten wir uns aber nur einlassen, wenn England uns, sobald wir ehrlich das Mögliche leisten, eine Garantie gegen den französischen Einbruch geben würde. Dazu aber ist England nicht imstande, weil die englische Politik Frankreich gegenüber in dieser Sache keine Handlungsfreiheit besitzt. Die Unterschrift, auch wenn wir sie geben, rettet uns nicht vor baldiger rücksichtsloser Vergewaltigung durch Frankreich, das fest zu einer solchen entschlossen ist, und den Vorwand finden wird, sobald es will. Es ist also im Prinzip nur eine deutsche Antwort möglich, und zwar folgender Art:

1. Die geforderten Summen übersteigen auf jeden Fall die Leistungsfähigkeit Deutschlands.
2. Die Behandlung der Angelegenheit widerspricht den Bestimmungen des Friedensvertrages.
3. Deutschland ist bereit, eine Festsetzung seiner Leistungsfähigkeit von unparteiischer sachverständiger Seite anzunehmen und, wenn diese höher als sein Vermögen ausfällt, sich von der Entente verwalten zu lassen.
4. Wenn die Entente das verweigert, so erklären wir, unter Hinweis auf den voraussichtlichen Mindererfolg und das verweigerte Vertragsrecht, daß wir unser Möglichstes versuchen wollen. Wird eine solche Erklärung nicht angenommen, sondern bedingungslose und schweigende Unterschrift verlangt, so bleibt nur Weigerung und Ertragen der Folgen übrig. Die Verantwortung ruht dann auf den Feinden.

Digitized by Google

Die Krisis

Von Dr. Theodor Heuß

An dem Frieden von Versailles wird noch manches deutsche Kabinett zerschellen. Seine Tatsache wird den jungen deutschen Parlamentarismus auf lange hinaus daran hindern, sich eine Uebung und Tradition herauszubilden, sein Druck wird das deutsche Parteiwesen, stärker als es den vielen bloßen Parteitechnikern deutlich ist, in dauernder Abnutzung und Umwandlung halten. Das gilt aber nicht für uns allein. Auch in Frankreich haben sich schon einige Regierungen an ihm verbraucht, und in England vollzieht sich häufig genug ein Wechsel von Ministern, dessen Bedeutung freilich dadurch verdeckt bleibt, daß Lloyd George bei allem Wechsel von Kulissen und Statisten im Mittelpunkt der Bühne bleiben kann.

Das Kabinett Fehrenbach hat seinen Rücktritt erklärt, weil der Präsident Harding die Uebermittlung der deutschen Vorschläge an die Entente einigermaßen schroff ablehnte, nachdem Washingtons erste Antwort immerhin noch eine andere Entwicklung denkbar sein ließ. Der Schritt Fehrenbach-Simons war ein Fehlschlag. Ob er ein Fehlschlag unter allen Umständen sein mußte, mag noch als offene Frage gelten; nachdem der Vatikan, durch Verzögerung und Presse-Indiskretion zurückgeschreckt, die Mission der Fühlungnahme niedergelegt hatte, war der Appell an Amerika ein Ruf ins Ungewisse: das wahrscheinliche Echo war vorher nicht festgestellt. Der Zeitpunkt, in dem man sich an Amerika wandte, gab dem Ersuchen den Klang eines Notschreis der Verlegenheit. Zwar erhielt die Regierung vom Reichstag eine parlamentarische Deckung, aber die diplomatische Niederlage wurde dem Kabinett Anlaß, ohne nochmalige Befragung abzutreten.

Die Krisis ist also diesmal nicht aus dem Wirrwar der Parteien entstanden, sondern um eine außenpolitische Situation zu erleichtern. Hier liegt der Schlüssel, hier ist aber auch das große Fragezeichen gemalt. Denn der Personenwechsel hat ja nur dann einen tieferen Sinn, wenn man weiß, auf welche sachliche Politik anderen Stiles sich die nächste Regierung einrichten will oder soll. Dies aber mußte im Augenblick, da die Krisis „ausbrach", d. h. die Oeffentlichkeit beschäftigte, als verfrüht erscheinen, denn was an Zeitungsmeldungen von London herüberkam über die neuen „ultimativen" Forderungen der Entente, war durchaus unklar, undurchsichtig, wechselvoll. Journalistischer Uebereifer hat die Publizität der Rücktrittsabsichten rascher vorangetrieben als zweckdienlich gewesen wäre.

Denn welcher Eindruck mußte nun in Deutschland und bei den Gegnern entstehen? Vollkommene Unsicherheit, ob diese Operation dazu diene, sich mit neuen, nicht „festgelegten" Männern Bedingungen zu unterwerfen, die man noch nicht einmal kannte? Oder sollte die Freiheit zurückgewonnen

Digitized by Google

werden, um mit den Amerika übermittelten, mit neu formulierten Angeboten an den Obersten Rat unmittelbar heranzutreten, ehe von drüben die Frage komme: Ja oder Nein? Briand hatte unsere Vorschläge als unmöglich gekennzeichnet und die französische Presse entsprechend massieren lassen; das amtliche England tat so, als ob unsere Note an Amerika, da sie ihm nicht zur eigentlichen Behandlung übergeben war, überhaupt nicht vorhanden sei. Die Krisis in solch schwebendem Augenblick mußte drüben nicht nur den Eindruck der Haltlosigkeit machen, sondern auch, wenn man es so fassen mag, des berühmten „bösen Willens", und den braucht ja die französische Regierung, um ihren rein politischen Zielen den notwendigen Auftrieb zu geben.

Es ist noch nicht durchsichtig, ob für die Umstilisierung der Pariser Beschlüsse in die Londoner irgendwie doch eine amerikanische Einflußnahme vorliegt; man kann, wenn man will, in ihnen einen teilweisen Angleich an die Richtung sehen, den die deutsche Amerikanote geht. Die Jahresraten sind gegenüber Paris herabgesetzt, die Ausfuhrabgabe freilich von 12,5 auf 25% erhöht. Und die zeitliche Begrenzung der deutschen Fronpflicht hat sich verunklart. Zwischen Januar und heute liegen die Festsetzungen der Reparationskommission, die ganz naturgemäß — das ist sine ira et studio gesagt — bei dem Umfang der Aufgabe einen Katalog willkürlicher Schätzungen anbietet, durch deren Spruch aber in die Abfolge von Rechtswillkür doch ein Moment von Rechtsbeachtung eingeschaltet wurde; denn die Kommission hat ausgesprochen, angeblich gegen erbitterten Widerstand ihrer französischen Mitglieder, daß die Nichterstattung der im Versailler Vertrag vorgesehenen Beträge zum vorgesehenen Termin noch nicht den Uebergang zu militärischen Aktionen in sich schlösse.

Nach solchen aber haben die Franzosen offenbar ein fast kindisches Verlangen. Ihre Presse schiebt seit Wochen die „Nichterfüllungen" des Vertrags mit Emphase in den Vordergrund — sie sind ihnen weit wichtiger als die Versuche, über Wiederaufbau und internationale Kreditoperationen zu einer halbwegs beiderseits erträglichen Lösung zu kommen. Warum? Vielleicht dämmert ihnen, daß, was auch an Abkommen über spätere Wirtschaftsleistungen von Deutschland angeboten wird, sofern man es nur leben läßt, was auch an Rohstoffen und Sachgütern ihm abgenommen wird, sofern es nicht in seiner Kraft abstirbt — daß all dies nicht dazu hilft, die französische Finanzkalamität dieses, des letzten, des nächsten Staatshaushalts aus der Welt zu schaffen. Diese französischen Erwartungen sind schlechthin unausführbar. Die Ansätze der Geldleistung für Frankreich werden von den sinnlosen Besatzungskosten gefressen. Ueber diese verzweifelte Unmöglichkeit helfen auch die angestrengtesten Artikel der „Verständigungspolitiker" nicht hinweg. Umgrenzt man das Gebiet der Sachleistung, dann kann bei genügender Handlungsfreiheit im übrigen

Digitized by Google

Wirtschaftsverkehr Deutschland viel leisten; wirft man sich auf die finanziellen Erwartungen, dann stürzt man in ein Loch. Das ist auch nicht durch Zollbeschlagnahme und ähnliche finanzielle Versuche zuzufüllen; zum einen ist es nicht leicht, eine entsprechende Organisation herzustellen, zum andern bleiben die Einnahmen, in Goldmark umgesetzt, notwendig hinter den Erwartungen zurück. Also — man muß marschieren!

Briand wollte nicht marschieren, als er im Januar die Regierung übernahm. Aber er wird durch den Geist Clemenceaus, durch den Buchstaben von Versailles gefesselt, und der Besitz der Macht treibt auch ihn notwendig zum Mißbrauch der Macht, weil Vernunft das Ende der Macht wäre. Hier aber setzt das Spiel der britischen Politik ein. Man ist sich in Paris und London wohl darüber klar, daß Frankreich im politischen Konzern heute der stärkere ist (denn auch seine wirtschaftliche Schwäche wird zur politischen Waffe, da London auf die Bindung Frankreichs heute mindestens so angewiesen ist als umgekehrt Paris); aber das Auftrumpfen der französischen Staatsmänner fängt offenbar an, den englischen, vor allem der Umgebung von Lloyd George, die nicht so stark Mittäter von Versailles war, peinlich zu werden. Das ist eine Problemstellung innerhalb der Entente, ohne Aspekte auf Deutschland; seit wir keine Flotte mehr haben, sind wir für die Briten machtpolitisch verhältnismäßig uninteressant geworden. Aber die Engländer wissen natürlich auch, was es psychologisch für die französische Regierung bedeutet, die Einigkeit innerhalb der Entente aufrechtzuerhalten. Sie würden sich nicht groß wehren und wehren können, wenn die Franzosen auf eigene Faust etwas unternehmen; Paris würde jedem „starken" Ministerium zunächst zujubeln, aber dann käme der Katzenjammer. So sind sie aneinandergebunden, und der Inhalt ihrer Konferenzen ist nicht immer bloß das technisch-wirtschaftliche Ausplünderungsprogramm für Deutschland, sondern das Suchen nach einer ewig neuen Formel ihrer Einigkeit. Diese ist beiden politische Lebensbedingung, und indem sie die „Sachverständigen" vorschicken oder einschieben, tasten sie das politische Kräfteverhältnis, die zwischen ihnen wirkende Spannung ab.

Die deutschen Parteien, die diesen Komplex zu würdigen haben, sind in die eigentümlichste Lage geraten. Der Moment verlangt Führung und Verantwortung — aber das Männer-Vakuum kann erst gefüllt werden, wenn man weiß, was für eine Politik von den Männern gemacht werden soll. Der Führer wird gesucht, nicht um den Weg zu finden, sondern den Weg zu gehen, über den ein Mehrheitsbeschluß zustandegekommen ist. Die Fraktionen haben diesen Zustand wohl selber nicht erstrebt, der ihnen den Willen zur Diktatur des parlamentarischen Kompromisses vorschreibt. Aber sie können ihm nicht ausweichen. Weil sie aber gegenüber den Riesenproblemen, die aus West und Ost auf sie eindringen, nach Auskunftsformeln herum-

Digitized by Google

spüren, ohne daß die Lenkung deutlich wird, ist die Krisis in einen schmerzlichen Zustand der Unentschlossenheiten hereingeraten, den zu vermeiden gerade die letzten preußischen Erfahrungen so dringend empfohlen hatten.

Korfantys Putsch

Von Carl Joseph Fritsch

Die Polen rechneten damit, daß am 1. Mai der Ruhr-Einmarsch der Franzosen erfolge, und daß ein eigenes Vorgehen dann als Parallelerscheinung zur westlichen Okkupation eintreten könne. In London ist der Briandsche Termin noch einmal verzögert worden. Korfanty, gegen Engländer und Italiener mißtrauisch genug, weiß sich von den Rücksichten frei, denen das Pariser Kabinett immerhin unterworfen bleibt. Der französische General, der, tausendmal gewarnt, die polnische Bewegung wohlgefällig sich organisieren läßt, geht auf Dienstreisen — er drückt sich um die Verantwortung für einen Krieg, den er selber treulich gezüchtet, und hofft, es werde den Polen gelingen, während seine Stellung „nur durch einen Italiener" vertreten wird, ihr Ziel zu erreichen.

Wenn man die Linie der Eisenbahnzerstörungen betrachtet, mit denen der Putsch eingeleitet wurde, so ist deutlich, daß in dem polnischen Kriegsplan die Rechnung stand, mit einem Schlag fast ganz Oberschlesien militärisch zu nehmen und Zuzug von Osten und Norden aufzuhalten. Die Insurrektion sollte nur das Vorspiel sein; wenn deutscher Widerstand erfolgte, dann sollten die aktiven polnischen Divisionen westwärts marschieren und das Land „befreien". Aktives polnisches Militär war zwischen die Aufständischen gemischt.

Dieser Fall der Berechnung, daß der ganze Putsch als eine Hilfsaktion gegen die Deutschen stilisiert werden könnte, ging fehl. Die oberschlesischen Deutschen, im Leiden jetzt geschult, beobachteten Ruhe. Das war politisch höchst verdienstvoll, weil nun auch die Entente gezwungen ist, den rein polnischen Charakter des Umsturzversuches anzuerkennen. Aber das ist eine rein politische Betrachtung. Militärisch haben die Polen, an Waffen und Menschen weit überlegen, starke Erfolge; einige der französischen Kommandanten räumten ihre Abschnitte, andere verhandelten mit den polnischen Aufständischen als gleichberechtigter Kriegsmacht, mit der Tendenz zur eigenen Neutralisierung, und wo die Italiener sich wehrten, hatten sie nur beschränkte Erfolge.

Daß die Entente an ihrer Waffenehre angepackt wurde, gibt das große politische Problem, nutzt aber den Oberschlesiern heute gar nichts. Daß die Warschauer Regierung, deren Autorität immer nur einen kurzen Atem hat, sich von Korfanty trennte, ist eine Geste, die niemand ernst nimmt; der nationalistische Rausch weht durch das Land, und die Polen wissen zu gut,

Digitized by Google

daß Insurrektion und Bedrohung Deutschlands in das politische System Frankreichs hineingehört. Was liegt ihnen an Mißbilligung oder gar Entrüstung in Londoner Zeitungen? Das alles ist für sie völlig unschädlich. Wie kommen sie dazu, gehorsam oder dankbar zu sein? England nützt ihnen so wenig, als es sie bedroht. Und da die Behandlung des polnischen Problems zwischen London und Paris strittig ist, immer strittig war (um Rußlands willen), schießt das politische Selbstgefühl den Polen in die Krone. Sie wollen den Frankreich erwünschten Krieg.

Für Deutschland ist die Situation furchtbar ernst. Sie wächst an Bedeutung über Kabinettssorge und Ultimatum hinaus. Denn handelt es sich dort um Fragestellungen, die in aller Schwere ihren vorübergehenden Charakter an sich tragen, die mit Tendenzen erfüllt sind, die sich gegenseitig wieder aufheben, so handelt es sich hier um den Versuch, mit einem kriegerisch behaupteten fait accompli einen Machtbestand herbeizuführen, der unendlich schwer korrigierbar sein wird, wenn er in das geschichtliche Bewußtsein eingegangen ist; das weiß auch die deutsche Regierung.

Kann sie mit ansehen, wie Macht und Willle der Interalliierten Kommission versagen? Es ist heute schon ein seltsamer und fast grotesker Zustand, daß Deutsche um Erlaubnis bitten müssen, ob sie ihre Heimat verteidigen dürfen, mehr noch, daß die Feinde von gestern ihnen diese Erlaubnis, daß sie ihnen Führer und Waffen geben müssen. Aber wie lange läßt sich dieser Zustand halten. Dann kommt die Frage nach dem letzten Mittel zum Schutze deutschen Reichsbodens, und die Gefahr eines neuen Ostkriegs steht auf. Damit rechnet nicht nur Warschau, das hofft auch Paris, um von London durch Deutschland selber frei zu werden. Die Verantwortung ist furchtbar schwer; traurig genug, daß die deutschen Kommunisten, die im vergangenen Jahr nach dem Russenbündnis schrien, heute bereit erscheinen, moralisch die Geschäfte der Polen zu besorgen.

Lloyd George weiß, daß Englands Ehre verpfändet ist. Er wird um Worte über dieses Kapitel sicher nicht verlegen sein.

Das Deutschtum in den an Polen abgetretenen Gebieten.

Von W. v. Massow.

In welch trostloser Lage unsere deutschen Landsleute in den an Polen abgetretenen, ehemals preußischen Gebieten sich befinden, wird keinem aufmerksamen Zeitungsleser ganz verborgen geblieben sein. Unwillkürlich drängt sich aber dabei das Persönliche in den Vordergrund. Man denkt zunächst an die Bitterkeiten und Demütigungen, die unsere Volksgenossen über sich ergehen lassen müssen. Schlimmer noch ist der Schaden, den die deutsche Sache und die deutsche Zukunft dort erleiden. Polen hat, als es

Digitized by Google

sich unsern Feinden in die Arme warf, eine widerwärtige Rolle übernommen. Als das alte Rom sich anschickte, das militärisch niedergeworfene Karthago dem völligen Untergang entgegenzuführen, setzte es ihm in dem Numiderkönig Masinissa einen Aufpasser, der zugleich durch Uebergriffe und freche Verhöhnung des anerkannten Rechtszustandes die Karthager reizen und die Gequälten schließlich zur Selbsthilfe hinreißen mußte, worauf die Römer den Vorwand zum neuen Kriege fanden. Die Entente, die sich die Methode Roms bei ihrem Vorgehen gegen uns zum Muster genommen zu haben scheint, hat jetzt auch die Masinissa-Rolle nicht unbesetzt gelassen. Das moderne Numidien, das sie uns auf den Nacken gesetzt hat, heißt Polen.

Die treibende und lenkende Kraft bei diesem ruchlosen Spiel ist Frankreich. Die eigentümliche Wahlverwandtschaft, die in Charakter und Wesen zwischen Polen und Franzosen nun einmal besteht, schafft auf polnischer Seite eine Atmosphäre der Vertrauensseligkeit, die zu Erwägungen und Bedenken keinerlei Raum läßt. Man macht sich unbefangen zum Werkzeug der französischen Politik und vergißt darüber alles andere. Aber bei vielen gemeinsamen Zügen in den Charakteren der beiden Völker gibt es doch erhebliche Unterschiede. Den Polen fehlt es an Willenskraft, Wirklichkeitssinn und Weitblick — Eigenschaften, ohne die ein dauerhafter Staatsbau nicht geschaffen werden kann. Es kann ihnen kein schlimmerer Dienst erwiesen werden, als daß ihre Hauptfehler, Willensschwäche und phantastischer Größenwahn, von einem für wesensverwandt gehaltenen und bewunderten Volke gehätschelt werden. Aber Frankreich braucht gerade diese Schwächen, pflegt und ermuntert sie zum Nutzen seiner eigenen Politik. So hat Polen seine ganze Politik auf dem Wahn aufgebaut, Frankreich werde dauernd für alle Folgen seines Tuns und Lassens aufkommen. Rechnet man dazu die Maß- und Zügellosigkeit, die ohnehin schon in der polnischen Natur liegt, so wird man verstehen, daß das ganze polnische Treiben einen blind deutschfeindlichen Taumel und Rausch darstellt, und nicht einmal den Rausch eines überschäumenden Freiheitsbewußtseins, das sich nach der Befreiung von überstandenen Leiden eine Zeitlang verirrt, sondern den Rausch einer innerlich rohen Natur, die sich austoben muß, bis alles im Rinnstein endet.

Das muß man zunächst vorausschicken, um die Lage richtig beurteilen zu können, die sonst beinahe unglaubhaft erscheinen könnte. Uns Deutschen kostet es Ueberwindung, angesichts dessen einigen Gleichmut zu bewahren. Es ist zu natürlich, daß der erste Eindruck, den die Schilderungen aus dem abgetretenen Gebiet hervorrufen, nur Zorn, Ekel, Verachtung hervorrufen kann. Aber ebenso schwer wie über die Empörung kommt man über ein großes Erstaunen hinweg, nämlich über die kaum faßliche Vernunftlosigkeit in der Handlungsweise der Polen, die doch bis zu einem gewissen Grade aus ihrer Vergangenheit etwas gelernt haben sollten und von denen man

Digitized by Google

gern annehmen möchte, daß sie nicht ausschließlich unter der Führung von Phantasten, Narren und Verbrechern stehen. Unter den Männern, die den polnischen Staat leiten, fehlt es keineswegs an solchen von Einsicht und gutem Willen, aber sie vermögen nichts über die andern, die neben und unter ihnen ihr Wesen treiben. Für diese gibt es nur einen Gedanken: wir haben Frankreich auf unserer Seite; nun ist uns in allem, was wir gegen Deutschland unternehmen können, freie Hand gegeben!

Davon ausgehend, beabsichtigen die Polen in den an sie abgetretenen preußischen Gebieten nichts Geringeres als die Ausrottung des Deutschtums. Das mag uns wohl als vollkommener Wahnsinn erscheinen, und mit Recht. Denn wenn sich Polen in grundsätzlichen Gegensatz zum Deutschtum stellt, so ist es auf die Dauer nicht lebensfähig. Es fügt sich selber Schaden zu, und es kann in keiner Weise einen Ersatz dieses Schadens bedeuten, wenn man sich damit die Protektion Frankreichs erkauft, die doch nur so weit reicht, als seine eigenen Wünsche erfüllt werden. Leider aber hat der polnische Wahnsinn Methode und verdient noch ernster genommen zu werden, als es schon seine Verbindung mit der französischen Rachepolitik erfordert.

Zum Glück löst der Vernichtungsfeldzug, den die Warschauer Regierung gegen das Deutschtum in den ehemals preußischen Landesteilen führt, ganz andere Wirkungen aus, als der polnische Größenwahn berechnet hatte. Was nämlich auf die Deutschen gemünzt war, übte seine Wirkungen auf das ganze Land und traf ebenso schwer seine polnischen Bewohner. Und hierbei bereiteten die Bewohner der drei ehemaligen sogenannten Teilungsgebiete Polens sich gegenseitig Ueberraschungen. Was den genaueren Kennern Polens zwar längst nicht unbekannt, aber nach außen doch immer möglichst verhüllt worden war, trat jetzt deutlich hervor, nämlich der Mangel an innerer Einheit der polnischen Nation. Kongreßpolen und Galizier hatten sich aus Gründen, die hier nicht erörtert werden können, notgedrungen zu einer Front vereinigen müssen, aber den ehemals preußischen Polen standen sie in grenzenloser Eifersucht und heftigem Mißtrauen gegenüber. Die Korruption, die in Kongreßpolen und Galizien stets sorgsam im Geiste des alten nationalen Brauches gepflegt worden war, brauchte ein Ausbeutungsfeld für ihre neuerrungene Freiheit. Dazu waren Posen und Westpreußen gerade recht. Denn die angebliche Gewalttat, die nach polnischer Auffassung diese Länder vom Herzen der polnischen Mutter gerissen hatte, war ihnen sehr gut bekommen. Es waren blühende Provinzen geworden, in denen durch das Vorbild deutschen Fleißes und deutscher Ordnung und durch den sanften Zwang gerechter und zweckmäßiger Gesetze auch die besten Fähigkeiten der polnischen Bevölkerung entwickelt und geschult worden waren. Aber weil diese Leute in der deutschen Zucht brauchbare Staatsbürger geworden waren, darum galten sie den

Digitized by Google

Polen Warschauer und Lemberger Färbung als dem echten Polentum entfremdet und „preußisch verseucht". Darum fand man sich in dem Gedanken bestärkt, mit dem Kulturüberschuß dieser Provinzen die galizisch-kongreßpolnische Faulheit und Unfähigkeit schadlos zu halten. Man verwendete in Posen und „Pommerellen" (Westpreußen) vorzugsweise Beamte aus Galizien und Kongreßpolen, entfernte tüchtige einheimische Beamte, indem man sie in entlegene Nester versetzte, und schuf dadurch Zustände, die von den ehemals preußischen Polen mit steigender Erbitterung empfunden werden. „Die befähigten Kräfte aus Posen verschwinden im Dunkel" — so klagte schon vor mehr als Jahresfrist ein polnischer Abgeordneter im Landtage zu Warschau.

Daneben wirken die besonders gegen das Deutschtum gerichteten, aber das ganze Land treffenden Maßregeln. Durch sie ist das Land in einem Jahre so heruntergewirtschaftet worden, daß die Verwahrlosung und das Elend schon einen erschreckenden Grad erreicht hat. Hand in Hand damit geht die Verschlechterung des Gesundheitszustandes. Die Verseuchung nimmt immer mehr überhand, weil die Behörden alle Maßregeln der öffentlichen Gesundheitspflege vernachlässigen. Auch vor den deutschen Krankenhäusern hat der nationale Fanatismus nicht haltgemacht. Man hat sie teils direkt aufgehoben oder ihnen Bedingungen aufgelegt, die den Weiterbetrieb unmöglich machten, teils hat man sie so drangsaliert, daß sie freiwillig ihr Wirken einstellten. Die gleiche Gehässigkeit hat man auch an den deutschen Schulen geübt, die man nicht etwa allmählich poloniſiert, sondern gewaltsam in polnische umgewandelt oder auch geschlossen hat. Wie es mit der Fürsorge für die Volksbildung jetzt in Posen aussieht, zeigt das bittere Wort eines polnischen Volksschullehrers aus dem Sommer 1920: „In zehn Jahren gibt es in Posen 75% Analphabeten".

Die von der Warschauer Regierung ausgehenden wirtschaftlichen Mißgriffe und Vergewaltigungen sind so zahlreich und ungeheuerlich, daß eine eingehende Schilderung den Rahmen eines Aufsatzes überschreiten würde. Zu den häufigen Uebergriffen und Rechtsverhöhnungen einzelner betrügerischer und bestechlicher Beamten, die das rechtmäßige Eigentum der Deutschen in ihre Taschen bringen, gesellen sich staatliche Verordnungen, die in ihrer Wirkung einer Vermögenskonfiskation gleichkommen. Dahin gehört die Ausnutzung der traurigen Valutaverhältnisse durch den Staat gegen das Interesse der eigenen Bürger, die unverständige Anordnung über die Gleichstellung der deutschen mit der polnischen Mark, wodurch natürlich nicht nur die Deutschen, sondern auch die Polen in Posen und Pommerellen schwer geschädigt wurden, und dergleichen mehr. Von der heillosen Ausbeutung des ehemals deutschen Gebiets durch die wirtschaftlich und administrativ zurückgebliebenen Teile des polnischen Reichs — Kongreßpolen und Galizien — haben wir schon gesprochen. In dem ertragreichen, schönen und wohlgepflegten Lande soll nach den Absichten der Warschauer Staatsleiter

Digitized by Google

dieselbe kulturlose, demoralisierende Lotterwirtschaft herrschen wie in dem wirklichen Polen. Wird es zu arg, so schiebt man die Schuld an den Uebelständen deutschen Ränken in die Schuhe, und dann mögen Frankreich und England weiter helfen.

Sogar die ehemals preußischen Polen jammern schon, wenn auch nicht gerade nach der Rückkehr der alten Verhältnisse schlechthin, so doch nach der preußischen Rechtssicherheit und der Unbestechlichkeit und Sachkenntnis der alten Verwaltung. Schon mußte der polnische Ministerpräsident bei einem Besuch in Graudenz aus dem Munde eines polnischen Propstes und Abgeordneten Worte wie die folgenden hören: „Die polnische Regierung hat viel versprochen und wenig gehalten." „Die Bevölkerung verliert das Vertrauen zum Staat."

Die vollkommene Rechtlosigkeit ist vielleicht die schlimmste Seite der polnischen Wirtschaft neuesten Stils. Es war von jeher die hervorstechendste polnische Eigentümlichkeit im öffentlichen und privaten Leben, daß Erfüllung eingegangener Verträge und Halten gegebener Versprechen unbekannte Begriffe waren. Bei den preußischen Polen schien diese nationale Eigenheit durch den erzieherischen Einfluß des öffentlichen Geistes wenigstens bedeutend gemildert und eingeschränkt zu sein. Das wird bald ein Ende haben. Es wird allgemein das Wort gelten, das ein Warschauer Blatt im Dezember 1920 von dem polnischen Volke schrieb: „Wir sind das wortbrüchigste Volk unter der Sonne."

Wird nun die verwüstende polnische Arbeit ihr Ziel erreichen? Furchtbar geschädigt und geschwächt ist das Deutschtum in Posen und Pommerellen schon jetzt. Ein starker Bruchteil der Deutschen hat das Feld geräumt und ist ausgewandert, abgesehen von den zahlreichen Fällen, in denen die polnische Regierung geradezu Ausweisungen verfügt hat. Es wäre natürlich besser, wenn jeder Deutsche, soweit möglich, auf seinem Posten ausharren wollte. Aber die persönlichen Beweggründe des Weggangs sind so mannigfaltig, daß man nicht Vorwürfe allgemeiner Art deswegen erheben darf. Niemand hat auch denen, die bleiben wollen, Sicherheiten zu bieten. Voraussagen läßt sich hier nur wenig. Das jetzige Treiben kann allerdings nicht unbegrenzt weitergehen. Polen geht einem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegen, den keine eigene Gewalt und keine französische Hilfe aufhalten kann. Wer das Gegenteil für möglich hält, mag es glauben! Ich meine aber: man kann dem französischen Haß vieles zutrauen; er ist vielleicht grenzenlos in seiner Leidenschaft, wild in seiner Rachgier, glühend wie Höllenglut, giftig wie Drachengeifer — aber eins ist er bis jetzt noch nie gewesen: großzügig, sobald das Portemonnaie in Frage kam! Hier ist die Grenze. Polen aber muß sich eines Tages bei Fortschreiten auf der bisherigen Bahn an einem Punkte angelangt sehen, wo jede Möglichkeit des Wirtschaftens mit modernen Mitteln aufhört. Es wird ihm dann doch nichts anderes übrigbleiben, als mit dem kulturell stärkeren, willens-

Digitized by Google

räftigeren und nüchterner überlegenden Nachbarn — das bleibt das eutsche Volk auch in seinem tiefsten Elend —, diesem Nachbarn, den die Natur ihm nun einmal gegeben hat, ob es ihn auch zu allen Teufeln wünscht, irgendwie in friedliche und vernünftige Beziehungen zu treten. Was sich daraus weiter ergeben wird, ist jetzt unmöglich zu sagen. Nur ins ist dabei sicher und selbstverständlich: die Stunde der Wiedergeburt des Deutschtums an und jenseits unserer Ostgrenze muß schlagen.

Chinas Lage und Zukunft

Von Prof. Dr. W. Schüler.

Wenn in der „Deutschen Politik" schon längere Zeit nicht mehr über die Verhältnisse in China berichtet worden ist, so ist dies insofern gerechtfertigt, als in den letzten Monaten keine irgendwie entscheidende Veränderung stattgefunden hat. Wohl hat es auf der Oberfläche viel Bewegung gegeben, an neuen Namen, an Verschiebungen in den innerpolitischen Machtverhältnissen, an aufregenden Meldungen, denen manche Dementis folgten, an Plänen und Programmen fehlte es nicht. Die Gesamtlage bleibt indes im wesentlichen unverändert und bleibt so, daß sie den chinesischen Patrioten mit Schmerz über die Gegenwart erfüllt.

Als das hervorstechendste Merkmal der innerpolitischen Lage pflegt man seit langem die Trennung zwischen Nord und Süd hinzustellen. Das trifft indes die Sache nicht vollständig. Denn inzwischen ist die Trennung und das Spannungsverhältnis unter den Mächtigen weiter vorgeschritten. Es beschränkt sich keineswegs auf den Gegensatz zwischen Peking und Kanton, sondern im Süden selbst sind wieder verschiedene Machtzentren vorhanden, und in den scheinbar einheitlich der Zentralregierung unterstehenden Nordprovinzen ist die scharfe Rivalität um die Macht, die leicht in diesem Sommer ebenso wie im vorigen zum Ausbruch kommen kann, unverkennbar. Im Süden kommt natürlich Kanton als dem geistigen und wirtschaftlichen Zentrum die entscheidende Stellung zu. Aber der Begriff „Kantonregierung" ist fortwährend wechselnd. Seit Kanton sich überhaupt von Peking losgesagt hat, ist die Regierung wiederholt in blutigem Kampf gestürzt worden. Das ganze vorige Jahr hindurch handelte es sich dabei um den Gegensatz der Kuanghsi-Partei (Kuanghsi, die Nachbarprovinz Kuangtungs), an deren Spitze Lu Jung-t'ing, ein alter General Yuan Shih-kais, und der greise Tsen Chun-hsüan stehen, zu der eigentlichen Kantonpartei, die durch Sun Yat-sen, T'ang Shao-yi und Wu Ting-fang vertreten ist. Letztere wurde verjagt, ihre Truppen nach Fukien hinübergedrängt. Die Kuanghsileute waren zur Versöhnung mit Peking bereit und schon verkündete der Präsident Hsü Shih-chang die glückliche Wiedervereinigung von Nord und Süd. Aber indem seine Proklamation

Digitized by Google

herauskam, hatte die Szene im Süden bereits wieder gewechselt. Der General der Kantonleute war aus Fukien wieder hervorgebrochen und hatte sich (am 31. Oktober) von neuem Kantons bemächtigt, das er auch jetzt noch besitzt. Damit wurden alle Abmachungen der Vorgänger mit Peking wieder hinfällig. Im Gegenteil hat vor kurzem Sun Yat-sen von neuem und stärker als zuvor die kantonesische Unabhängigkeit verkündet (auch Eisenbahnen, Post und Zölle sollen nun in eigene Verwaltung genommen werden) und sich zugleich zum Präsidenten der Südrepublik ausrufen lassen. In Wahrheit beschränkt sich diese lediglich auf die Provinz Kanton und Sun Yat-sens eigene Stellung ruht auf sehr schwachen Füßen. Die eigentliche Macht ist ganz in der Hand jenes siegreichen Generals Ch'en Ch'iung-ming, und dessen politische Ziele sind andere als die seines redegewandten „Präsidenten". Inzwischen stehen die geschlagenen Kuanghsitruppen an der Grenze, bereit zur Abwehr oder auch zu neuem Einfall.

In einer Art Bundesverhältnis zu Kanton (Sun Yat-sen usw.) stand seit Jahren T'ang Chiyao von Yünnan. Er war es, der Yuan Shih-k'ai, als dieser schon die letzte Stufe zum Thron bestiegen hatte, in den Arm fiel und mit der Unabhängigkeitserklärung Yünnans den allgemeinen Abfall von ihm inszenierte. Seitdem verwaltet er Yünnan, diese wunderbare Gebirgshochburg an der Südwestecke des Reiches, wie ein eigenes Land. Weil aber die Provinz für sich allein — auch mit dem anliegenden geographisch dazu gehörigen Kuetschou — wirtschaftlich nicht existieren kann, machte er im vergangenen Jahr hartnäckige aber vergebliche Anstrengungen, die reiche Nachbarprovinz Setschuan (sie ist so groß wie das Deutsche Reich) zu erobern. Infolge der erlittenen Niederlage wurde seine Stellung unmöglich. Er hat nun dem General Ku P'in-chen Platz machen müssen, der indes an der prinzipiellen Unabhängigkeit Yünnans in gleicher Weise festhalten wird. Die Freude in Peking über die Vertreibung der Yünnanleute aus Setschuan dauerte wiederum nicht lange. Unter den verschiedenen dort rivalisierenden Generalen hat sich jetzt Lu Hsiang der Macht bemächtigt und Setschuan ebenfalls für unabhängig erklärt. Schwer ist zu sagen, auf welche Seite Hunan zu rechnen ist, die kohlen- und erzreiche wirtschaftlich bevorzugte Provinz, in der sich die Waffenkämpfe zwischen Nord und Süd hauptsächlich abgespielt haben. „Den einen Arm hat sie auf Pekings, den andern auf Kantons Schultern gelegt." Als wichtigstem Verbindungsglied zwischen Norden und Süden kommt ihrer endgültigen Entscheidung für die Verschiebung des Machtzentrums im Reiche besonderes Gewicht zu.

Und der Norden? Auch er bildet keine Einheit. Wie der Süden in den beiden Eckpfeilern, so hat sich auch der Nordwestpfeiler des Reiches, die Provinz Kansu, so gut wie unabhängig gemacht. Mit furchtbarer Strenge wurde dort vor 50 Jahren der große Mo-

Digitized by Google

hamedaneraufstand niedergeworfen, und wieder ist's ein Mohamedaner, der General Ma Fu-hsiang, der jetzt die Provinz — ohne Rebellion erklärt zu haben — so stark in der Hand hält, daß der von Peking für Kansu ernannte Gouverneur es vorzieht, die Provinz nicht zu betreten. Im übrigen Norden herrschen bekanntlich die Tuchüns, die Militärgouverneure, wenn auch die Regierung in Peking anerkennend, mit der selbstherrlichen Gewalt alter Satrapen. Sie haben ihre eigenen Heere, für die sie zwar die Staatskasse zum Teil belasten, die sie aber der Zentralregierung zu keiner Aktion zur Verfügung stellen, die ihnen nicht genehm ist. Nur auf Grund ihrer gegenseitigen Rivalität kann der Präsident Hsü Shih-chang, ein Mann feiner altchinesischer Bildung, seine Stellung behaupten. Den beherrschenden Einfluß bei der Zentralregierung hatte in den letzten Jahren die sogenannte Anfu-Partei, der die meisten Generäle des Nordens angehörten, an ihrer Spitze der Ministerpräsident und Kriegsminister Tuan Ch'i-jui, derselbe, der die Beteiligung Chinas am Weltkriege veranlaßte. Diese Partei ist im vorigen Jahr mit Waffengewalt gestürzt. Die Parole lautete anfänglich: Gegen die Militärregierung! Indes das System hat sich dabei in nichts geändert, nur andere Gewalthaber sind hervorgetreten. Da ist vor allem Chang Tso-lin, residierend in Mukden, Verwalter der drei mandschurischen Provinzen. Er verfügt zur Zeit wohl über die besten Truppen in China. Sein Bundesgenosse im Kampf des vorigen Sommers war Tsao-K'un, jetzt Führer der als schroff antijapanisch geltenden Chilipartei, residierend in Tientsin. Ihm sind die drei wichtigen, seit alters am engsten zu Peking gehörigen Provinzen Chili, Schantung, Honan unterstellt. Aus den Bundesgenossen sind aber inzwischen scharfe Rivalen geworden, obwohl sie ihre Kinder miteinander verlobt haben. Beide sind Anwärter auf den noch unerledigten Posten des Vizepräsidenten. Als ein anderer Machtfaktor ist in den letzten Wochen der alte Haudegen Chang Hsün hervorgetreten, bekannt durch seine Verteidigung und seine Eroberung Nankings (1911 und 1913), derselbe, dessen Soldaten auch nach dem Sturz der Mandschus den Zopf zum Spott der andern beibehielten, der dann im Sommer 1917 den Versuch machte —nur sieben Tage gelang es ihm — den letzten Mandschukaiser wieder auf den Thron zu setzen. Daß dieser Mann jetzt überhaupt wieder im öffentlichen Leben hervortreten kann, daß ihm ein Posten in Jehol, der alten mandschurischen Sommerresidenz, verliehen worden ist (es heißt als „Generalforstdirektor"; doch auf den Namen des Amtes kommt es in China nicht an), macht natürlich, besonders bei den Ausländern, Aufsehen. Man verweist dabei darauf, daß der Präsident selbst, als der alte Lehrer des letzten Mandschukaisers, in seinem Herzen ebenso wie viele der alten Beamten und Gelehrten zweifellos noch kaisertreu gesonnen sei, und daß vor allem Chang Tso-lin, der zur Zeit mächtigste Mann, in diesem Rufe steht und daß er dabei

Digitized by Google

die Begünstigung Japans erfahre. Wer will es für ganz unmöglich halten, daß bei den wechselnden innerpolitischen Machtverschiebungen auch noch einmal wieder ein Kaiser in Peking ausgerufen wird. Daß diesem auch die Südprovinzen sich unterwerfen würden, scheint mir sehr unwahrscheinlich. Nicht die monarchischen vereinheitlichenden Tendenzen haben in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, sondern die der provinzialen territorialen Selbständigkeit. Um diesen im chinesischen Volk seit seiner ältesten Geschichte her tief eingewurzelten Strebungen entgegenzuwirken, hatte die Kaiserliche Regierung streng den Grundsatz befolgt, alle Verwaltungsbeamte einer Provinz aus anderen Provinzen zu nehmen. Dieser Grundsatz ist seit der Revolution durchbrochen und immer mehr wird auf seine völlige Beseitigung hingearbeitet. Das wird schwerlich irgendeine Regierung den Provinzen wieder entreißen. Es erscheint darum wahrscheinlich, daß wenn China in Zukunft einmal wieder seine politische Einheit findet, dies in der Form eines Bundesstaates mit sehr starker Selbständigkeit der einzelnen Provinzen geschehen wird. Eben dies ist das Ziel, für das der einflußreiche General Ch'en Ch'iung-ming, der oben genannte wahre Herr der Kantonprovinz, eifrig eintritt, im Gegensatz zu Sun Yat-sen selbst, der Präsident einer großen südchinesischen Republik werden möchte.

Mit dem Versagen der Zentralgewalt gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen der Provinzen und den Rivalitäten der Militärgouverneure steht die chronische Finanznot in Peking im engen Zusammenhang. Was die Regierung für die dringendsten Bedürfnisse monatlich braucht, ist sehr gelinde mit 13 Millionen Dollar geschätzt worden; davon aber gehen ein nur fünf Millionen. Zur Zeit ist der Ausfall noch stärker als sonst, weil aus den von schwerster Hungersnot befallenen Gebieten — ihre Menschenzahl wird mit 40 Millionen gewiß nicht zu hoch berechnet — natürlich kein Cent eingeht. So wächst nicht nur die Schuldenlast von Monat zu Monat, sondern auch das niederziehende Schwergewicht der Menge überflüssiger und gefährlicher Regimenter, die zu entlohnen oder gar zu entlassen die Mittel fehlen. Trotzdem weigert sich die Regierung bisher hartnäckig, um der fremden Finanzkontrolle zu entgehen, von dem Viermächtesyndikat (England, Frankreich, Amerika, Japan) Geld entgegenzunehmen, das sich nach schwierigen inneren Auseinandersetzungen, zu denen aber China gar nicht zugezogen wurde, darüber geeinigt hat, wie man China „helfen" wolle. Auch sonst hält die Regierung trotz aller inneren Nöte beharrlich an dem Leitstern der auswärtigen Politik fest, keine weiteren Hoheitsrechte in die Hand der Fremden fallen zu lassen und die verlorenen möglichst zurückzuerobern. Vor allem gilt es ihr dabei, die Exterritorialität der Fremden zu beseitigen und die Freiheit der Zollpolitik wieder zu gewinnen (auch nach der Revision der Zollverträge, die China

Digitized by Google

als ein Preis für den Eintritt in den Krieg zugesagt wurde, ist es von der Entente gezwungen, sich mit einem Zoll von 5% zu begnügen). In ersterer Hinsicht hat China einen Erfolg zu verzeichnen, indem es die bis vor kurzem noch immer von den alten russischen Beamten ausgeübte Konsulargerichtsbrakeit für aufgehoben erklärt hat (September 1920). Es räumt diese auch ferner keinem der seit dem Krieg neugebildeten Staaten ein, und es ist selbstverständlich, daß auch wir, wenn wir hoffentlich bald wieder zu einem Vertrag mit China kommen werden, darauf verzichten müssen und keinen Schaden dabei zu fürchten brauchen.

Die innen- und außenpolitische Zukunft Chinas bleibt entscheidend abhängig von der Stellung zu Japan. Doch ist es von hier aus wohl niemand möglich, die wirkliche Stellung der maßgebenden chinesischen Führer zu ergründen. Alle Nachrichten aus der Presse und aus persönlichen Quellen stimmen darin überein, daß die Gesamthaltung des Volkes im Norden und Süden nach wie vor japanfeindlich ist. Bekanntlich setzte im Mai 1919, als Japan in Versailles mit dem Anspruch auf Tsingtau und die ehemaligen deutschen Rechte in Schantung hervortrat, durchs ganze Land hindurch der Boykott japanischer Waren ein, der den Japanern schweren Schaden gebracht hat. Und wie die Regierung bis heute sich weigert, überhaupt nur über die Schantungfrage direkt mit Japan zu verhandeln, und aus diesem Grunde allein den Versailler Frieden noch nicht unterzeichnet hat, so dauert auch der Boykott bis heute fort. Allerdings muß in der jüngsten Zeit ein Erlahmen konstatiert werden; die japanische Einfuhr hebt sich neuerdings wieder. Indes ist daraus weniger auf einen Umschwung der politischen Stimmung zu schließen als auf die Schwierigkeit, dauernd natürliche Lebens- und Handelsbedürfnisse zu unterdrücken. —

Die Führer der antijapanischen Agitation sind vor allem die Studenten, die gruppenweise immer wieder ihre Hörsäle verlassen und mit lauten Worten, durch Flugblätter und in der Presse zur Wahrung der nationalen Ehre ermahnen. Jeder Staatsmann ist zur Zeit noch in China unmöglich, der offenbare Nachgiebigkeit gegen Japans Ansprüche beweisen und auf „Bündnis"-Vorschläge eingehen würde. Der Widerspruch gegen Tuan Ch'i-jui, der zu seinem Sturz im vorigen Sommer führte, gründete sich nicht zum wenigsten auf seine finanziellen und militärischen Verbindungen mit Japan. Aus demselben Grunde ist das von Tuan Ch'i-jui seinerzeit mit Japan abgeschlossene Militärabkommen (zum Schutz der sibirischen Grenze) jetzt nicht erneuert worden. In dieser antijapanischen Volksstimmung besteht im Norden und im Süden kaum ein Unterschied. Und doch liegt es in der Natur der Sache, daß bei der Hilflosigkeit, in der sich China zur Zeit noch befindet, auch wiederum keine Herrschaft in China Ersprießliches leisten kann, ohne eine Verständigung mit den

Digitized by Google

zu haben. So hören wir denn auch von den jeweilig führenden Persönlichkeiten immer wieder, daß sie in offenen oder geheimen Unterhandlungen mit Japan seien. Daran ist auch bei Chang Tso-lin, der zur Zeit ausschlaggebenden Persönlichkeit in Nordchina, nicht zu zweifeln. Auf der andern Seite ist ebenso ausgeschlossen, daß Japan jemals auf das Ziel verzichten wird, mit China eine derartige Verbindung zu suchen, daß es auf den Zustrom aus dessen Bodenschätzen rechnen kann und daß die politisch-militärische Verbindung Chinas mit einem eventuellen Gegner Japans unmöglich bleibt. Der starke Geburtenüberschuß Japans bei der Kleinheit des Mutterbodens drängt mit Naturnotwendigkeit zur Ausdehnung, drängt zur Industrie, und da dieser wiederum die wichtigsten Rohstoffe, Kohlen und Erze in der erforderlichen Menge fehlen, zur Sicherung entsprechender Gebiete außerhalb der Grenze des Landes. Dieses Ziel selbst kann freilich auf recht verschiedene Weise verfolgt werden, und es mehren sich in der letzten Zeit die Stimmen aus Japan, sowohl in der Presse als unter führenden Politikern, welche die Rücksichtslosigkeit und Mißachtung des chinesischen Selbstgefühls scharf verurteilen, wodurch die japanische Politik auf chinesischem Boden bisher durchweg charakterisiert sei, und eine neue versöhnliche Einstellung fordern. Wenn es überhaupt möglich sein wird, die chinesische Stimmung umzuwandeln, kann es freilich nur auf diesem Wege geschehen; aber wer will sagen, wann das kommen wird.

Der ablehnenden Haltung des chinesischen Volkes gegen Japan entspricht nach wie vor aus den bekannten Gründen eine entsprechend freundliche Gesinnung gegen Amerika, die auch durch die zahlreichen ehemaligen Studenten in Amerika sehr gepflegt wird. Entsprechend fördern die Amerikaner unter den Chinesen deren gegen Japan gewandten Antipathien, und in ihrer Presse findet z. B. die Agitation für den Boykott japanischer Waren reichliche Unterstützung. Doch gibt es auch andere Strömungen. So bringt die früher extrem japanfeindliche amerikanische Zeitschrift in Schanghai „Far Eastern Review", hinter der einflußreiche Finanzmänner stehen, den Bestrebungen Japans in der Mandschurei jetzt Verständnis entgegen und wirbt für ein japanisch-amerikanisches Zusammenarbeiten. Aber man würde fehlgehen, wollte man annehmen, daß dieses im allgemeinen günstige Vorurteil, dessen sich die Amerikaner beim Volke erfreuen, sich auch in der Politik bereits zu einem bestimmten Programm verdichtet habe. Ueber den japanisch-amerikanischen Gegensatz wird zwar auch in China viel geschrieben (und nicht zum wenigsten seitens der englischen Presse), aber eine Stellungnahme der chinesischen Politik in Vorwegnahme eines etwaigen Konfliktes tritt noch nicht hervor. Im Ishri-Abkommen von 1917 hat zwar Lensing besondere Vorrechte Japans in China anerkannt. Aber der Sinn dieses Abkommens wird amerikanischerseits heftig umstritten und Vorrechte Japans wiederum abgeleugnet. An mannigfachen Plänkeleien, namentlich in der Mand-

Digitized by Google

schurei, fehlt es nicht. Dabei ist es den Amerikanern kürzlich gelungen, den Japanern das immer noch behauptete Recht der Paßrevision auf der südmandschurischen Bahn streitig zu machen. Ein Ausdruck ihrer wachsenden wirtschaftlichen Interessen auch an der Mongolei ist die kürzliche Errichtung eines Konsulats für dieses wichtige Zukunftsland (einstweilen in Kalgan), nach dem sich auch so viele Hände ausstrecken. Gerade die letzten Nachrichten besagen, daß die Mongolei wieder einmal sich gänzlich von China losgesagt habe. Russische (Semenow?) und mongolische Scharen unter japanischer Führung haben Urga eingenommen und auf ihre Macht gestützt habe der Hutullu sich zum „Kaiser" der Mongolei proklamiert. — Wohl hatte man in Peking dieses Unheil längst kommen sehen. Aber gerade an diesem Punkt tritt die derzeitige Lage der Regierung grell zutage. Die Nordprovinzen haben einen Ueberschuß an Militär; wie man sie loswerden könne, ist ja eine der drückendsten Fragen. Und doch: in dem Augenblick, wo sie noch einmal gut zu gebrauchen waren, konnte die Regierung sie nicht in Bewegung setzen. Nicht nur aus Geldnot, sondern weil keiner der rivalisierenden Generale sie hergeben wollte, um die eigene Stellung nicht zu schwächen. Jetzt freilich scheint man sich zu einer größeren Aktion aufraffen zu wollen; aber wiederum ist die Streitfrage, wer soll den Oberbefehl der mongolischen Expedition haben? Ein Mann der Chilipartei oder einer nach dem Willen Chang Tso-lins, etwa der kaisertreue Chang-Hsün?

Doch man mag noch so viel anführen, um die gegenwärtige hilflose politische Lage Chinas zu kennzeichnen, so ist der Eindruck dennoch unverwischbar, daß China ein Land größter Zukunft bleibt und daß es aus allen seinen Schwierigkeiten unschwer herauskommen wird, wenn es starke Männer findet, die frei von Parteiinteressen sich dafür hingeben „gerad zu stellen, recht zu machen" wie die alte Definition für Regieren im Chinesischen lautet. Zwei ungeheure Kraftquellen stehen China zu Gebote: ein enorm zahlreiches geschicktes arbeitsames genügsames Volk und reichste Bodenschätze; wobei selbstverständlich nicht nur das ganze Reich für sich, sondern auch einzelne Provinzen (wie Setschuan) oder Provinzgruppen in sich geschlossene Wirtschaftsgebiete bilden. Und neben der offenkundigen Tatsache tiefer politischer Ohnmacht sind doch auch Züge nationaler Gesundung vorhanden. Eine geordnete Finanzwirtschaft muß auch in China den Anfang zur Wiederherstellung staatlicher Selbständigkeit machen. Aber es handelt sich dabei doch keineswegs um auffallende Summen im Vergleich zu anderen Staaten. Chinas auswärtige Schuld beträgt nach Streichung des deutschen Anteils ungefähr 150 Millionen Pfd. Frankreich schuldet allein an Amerika und abzüglich des Betrags der eigenen Anleihen an andere Staaten 29 Milliarden Franken nach heutigem Kurs (Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz vom 4. August 1920); zu schweigen von Deutschland! Und es steht ferner ja nicht so,

Digitized by Google

daß das Geld überhaupt nicht im Lande wäre, sondern daß es an den Mitteln fehlt, es für die Regierung flüssig zu machen, bezw. an dem Vertrauen im Volk, daß auch wirklich für das Volk verwendet werde, was etwa zu solchem Zweck hergegeben wird. Da ist es nun höchst beachtenswert, daß Ende vorigen Jahres sich etwa 30 Banken in Nord- und Mittelchina zusammengeschlossen haben, um ihrerseits der Regierung in ihrer Finanznot beizuspringen, damit sie sich nicht an das Ausland zu verkaufen braucht. Als gute Geschäftsleute forderten sie freilich bei der ersten Anleihe von 6 Millionen Dollar für Eisenbahnzwecke, daß sie einen Einblick in die Verwendung der Gelder behalten, wie sie diese überhaupt nur zu produktiven Zwecken hergeben wollen. Aus unseren Begriffen der festen Zusammengehörigkeit von Volks- und Staatswirtschaft heraus will uns diese Tat des chinesischen Bankkonsortiums nicht als etwas Besonderes erscheinen. Wer aber weiß, wie hoch die Mauern bisher gewesen sind, welche das Interesse des einzelnen von dem Anliegen des Reiches trennten und wie wenig daran zu denken war, daß in der Geschäftswelt überhaupt über die Gildenverbände hinaus ein Zusammenschluß stattfand, der wird in der Tat — auch wenn die begonnene Aktion zunächst wieder stocken sollte — in der Konferenz des chinesischen Bankkonsortiums vom Dezember 1920 ein bedeutsames Zeichen für das Bewußtwerden nationaler Verantwortlichkeit und das Aufsteigen nationaler Kraft erblicken![1]) — Dann aber braucht China am wenigsten um seine Zukunft zu bangen!

[1]) Ueber die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge im gesamten Fernen Osten unterrichtet fortlaufend die seit vorigem Jahr bestehende „Ostasiatische Rundschau", herausgegeben von dem „Verband für den Fernen Osten" und dem „Deutschen Ueberseedienst".

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

GAL. LIBR.
OCT 18 1921
U. OF MICH.

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 481
Rohrbach, Nach der Entscheidung 483
Mette, Wirtschaftskatastrophe einst und jetzt 487
Hartmann, Tirol 493
Oestreich, Die Einheitsschule als Produktionsschule . 496

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 21. Mai 1921 Heft 21

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Die Wirkungen des Vertrages von Versailles

Die Vorveröffentlichungen aus dem

Kommentar zum Friedensvertrage

Herausgegeben von **Prof. Dr. Walter Schücking.**

Chronik der Friedensverhandlungen

nebst einer Übersicht über die Diplomatie des Weltkrieges

von

Dr. jur. Herbert Kraus und **Gustav Rödiger**

Privatdozent an der Universität Leipzig — Geheimer Exped. Sekretär im Auswärtigen Amt

Steif broschiert 8.80 Mark.

Das internationale Arbeitsrecht im Friedensvertrage

Kommentar zum Teil XIII des Friedensvertrages von Versailles

von

Dr. jur. Paul Eckardt und **Ewald Kuttig**

Wirkl. Geh. Legationsrat i. Auswärtigen Amt — Gerichtsassessor, Attaché i. Auswärtigen Amt

nebst Anhang: **Die soziale Versicherung in den abgetretenen Gebieten**

von **Prof. Dr. jur. Dr. phil. Alfred Manes.**

Steif broschiert 18 Mark

Gewerblicher Rechtsschutz (unlauterer Wettbewerb) und Urheberrecht im Friedensvertrag von Versailles

(Artikel 306—311 sowie 274 und 275 des Friedensvertrages)

von

Professor Dr. Albert Osterrieth

Steif broschiert 15 Mark.

Die Behandlung der Versicherungsverträge im Friedensvertrage zu Versailles

(Artikel 303 Anlage §§ 8 bis 24 des Friedensvertrages)

Kommentar bearbeitet von **Dr. jur. B. Bruck**

o. Professor für Versicherungswissenschaft an der Universität Hamburg

Steif broschiert 9 Mark.

Privatrechtliche Beziehungen zwischen früheren Feinden

nach dem Friedensvertrage

von

Dr. Ernst Wolff

Steif broschiert 11 Mark.

Deutsch-Oesterreich im Friedensvertrag von Versailles

(Artikel 80 des Friedensvertrages)

Kommentar nebst einschlägigen Noten bearbeitet von

Dr. Rudolf Laun

Ordentl. Professor an der Universität Hamburg

z. Zt. des Friedensschlusses a. o. Prof. der Universität Wien, Referent im Deutschösterr. Staatsamt f. Aeußeres u. Mitglied d. Deutschösterr. Friedensdelegation i. St. Germain-en-Laye

Steif broschiert 14 Mark.

Verlag von Franz Vahlen in Berlin W 9, Linkstr. 16, und Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

6. Jahrgang * 21. Mai 1921 * Heft 21

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Den englischen Finanzleuten fängt die Politik der Entente, die das deutsche Huhn schlachten will, ohne dessen goldene Eier zu verlieren, auf die Nerven zu gehen. Sie haben energisch erklärt, daß der Handel nicht früher zur Ruhe kommen werde, bis Deutschland wieder ins wirtschaftliche Weltgefüge eingeordnet sein wird. So vernünftig solche Ansichten auch sind, so ist fürs erste wenig Aussicht vorhanden, daß es Lloyd George gelingen werde, die Führung der Politik der Entente dem französischen Chauvinismus aus der Hand zu nehmen.

*

Wie mächtig sich Frankreich noch fühlt, geht am deutlichsten aus der Haltung der polnischen Presse hervor. Ein polnisches Blatt verspottet den „kleinen" David (so lautet bekanntlich der Vorname Lloyd George), daß er dem oberschlesischen Goliath nichts antun könne. Zwar ist wegen der französischen Haltung nicht nur Robert Cecil, sondern auch die Times empört, da die Ehre der Entente mit Füßen getreten werde. Und selbst Lloyd George hat in seiner letzten Rede von Deutschlands Recht gesprochen, in Oberschlesien Ruhe zu stiften. Die Frage ist nur, wird England sich gegen Frankreich in dieser Frage durchsetzen können.

*

Der polnische Größenwahn verspottet aber nicht nur England, das niemals große Polenfreundlichkeit gezeigt hat, sondern auch die gütige Mutter Frankreich. Korfanty straft in einem flammenden Aufruf Le Rond Lügen, der die Mitteilung von einem Waffenstillstand zwischen den Ententetruppen und Korfanty dementiert hatte.

*

Digitized by Google

Die Havas Agentur hatte, um die englische und italienische Opposition gegen Korfanty einzudämmen, die Nachricht verbreitet, Amerika habe seine Uninteressiertheit an Oberschlesien ausgesprochen. Die französische Oeffentlichkeit wird jetzt die Nachricht, daß der amerikanische Vertreter in Paris um das gesamte Material über Oberschlesien gebeten hat, das er sofort nach Washington sandte; mit um so größerem Erstaunen aufnehmen, weil das natürlich nicht nach Uninteressiertheit aussieht.

*

Die leeren Stühle im Reichskabinett müßten bald ihre Besitzer finden, weil es nicht angeht, daß die drei wichtigsten Ministerien unbesetzt bleiben. Entweder gelingt es, Stresemann und seine Mannen dafür zu gewinnen, daß sie ins Kabinett eintreten, was wegen der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren von Vorteil wäre, oder Plätze müssen mit Fachmännern besetzt werden. Mit Provisorien, die furchtbare Last der neuen Verpflichtungen tragen zu wollen, ist noch wenigeir wie sonst möglich.

*

Der amerikanische Staatssekretär Hughes hatte in einem Brief an den Arbeiterführer Gompers Ansichten über Rußland verlautbart, die sich unsere Rußland-Gläubigen ins Stammbuch schreiben sollten:

„Die Zerstörung Rußlands ist so vollständig, seine Armut so erbärmlich, seine Bevölkerung so ausgehungert und seine Bedürfnisse aller Art sind so zahlreich, daß Rußland gegenwärtig nur eine ungeheure Saugpumpe darstellt. Leider gibt es keine Anzeichen dafür, daß dieses Elend aufhört, solange das gegenwärtige politische und wirtschaftliche System am Ruder bleibt. Während es sozusagen keine Grenze für das dringendste Bedürfnis nach Rohstoffen aller Art gibt, ist die Kaufkraft des Landes auf der anderen Seite bis zu einem Minimum reduziert und kann infolgedessen diesen Bedürfnissen nicht Genüge leisten. Es darf weiter nicht vergessen werden, daß in Sowjetrußland selbst viele Industrien, die auf keine Einfuhr von Rohstoffen angewiesen sind, vollständig zusammengebrochen sind. Es ist richtig, daß die Sowjetregierung beträchtliche Bestellungen in der ganzen Welt gemacht hat, sie werden auf ungefähr 6½ Milliarden Dollar gewertet, aber diese Bestellungen konnten nie ausgeführt werden."

*

Digitized by Google

Nach der Entscheidung

Von Dr. Paul Rohrbach

Die bedingungslose Annahme des Ultimatums durch den Reichstag und die neue Regierung ist erfolgt. Wir halten sie in der Form, wie sie geschehen ist, nicht für das Richtigste, was hätte getan werden können, sondern wir glauben, daß der Hinweis auf die gewaltsam erzwungene Abänderung des Friedensvertrags, auf die Deutschlands Zahlungskraft übersteigende Höhe der Forderungen und noch einiges andere im Sinne unseres letzten Artikels nicht hätten unterbleiben sollen. Die Formel: „Die deutsche Regierung ist entschlossen, ohne Vorbehalt oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgestellt sind, zu erfüllen" ist inhaltlich nicht viel anders zu bewerten, als eine Erklärung, man sei entschlossen, das Meer auszuschöpfen oder die Sandkörner in der Sahara zu zählen. Trotzdem ist es nicht möglich, Steine auf die Abgeordneten und die Regierungsmitglieder zu werfen, die das unmögliche Diktat in dieser Form unterschrieben haben. Die Weigerung hätte bedeutet, daß das Ruhrgebiet sofort besetzt wurde und Oberschlesien sofort verloren ging, ohne daß sich irgendwo in der Welt beachtliche Stimmen gefunden hätten, die auf Deutschlands Seite waren. Alles verlangte von uns die Unterschrift, Feinde wie Neutrale, und man verlangte sie nicht nur formell, sondern man *wollte* auch wirklich, daß Deutschland unterschreibe. Die einzigen, die es *nicht* wollten, waren die Franzosen. Diese hofften in der Stille, wir würden uns vielleicht weigern. Da unter den Feinden Deutschlands Frankreich zur Zeit ohne Frage der bösartigste und gefährlichste ist, so könnte man ja sagen; das Ratsame ist immer, das zu tun, was dem Feinde unangenehm ist. Nach diesem Rezept durften wir im Sommer 1919 *nicht* unterschreiben, und es wird heute wohl nicht mehr viel politisch zurechnungsfähige Leute in Deutschland geben, die behaupten, die Unterschriften unter den Frieden von Versailles sei das richtige gewesen. Damals *wollten* alle Feinde unsere Unterschrift haben, weil unsere Weigerung sie in die stärksten Schwierigkeiten gebracht hätte. Wir hätten also deshalb das tun müssen, was die Feinde *nicht* wollten: Nach diesem Rezept kann man heute sagen: wir haben das getan, was der schlimmste unter den Feinden *nicht* wollte.

Der ganze Unterschied zwischen den Folgen, die unsere Annahme haben wird, und denen, die unsere Ablehnung gehabt hätte, wird äußerlich wohl darin bestehen, daß wir nächstens die Besetzung des Ruhrgebiets und den Verlust eines großen und wichtigen Stücks von Oberschlesien unter der *Mißbilligung* der öffentlichen Meinung der Welt erleben werden, statt unter ihrer Teilnahmlosigkeit oder ausdrücklichen *Billigung*. Das

Digitized by Google

kann je nach den Umständen praktisch etwas ausmachen, oder auch nicht. Es ist schon richtig, daß diesmal aus englischen Wirtschaftskreisen ein starker Druck auf Lloyd George geübt worden ist, er möge die Franzosen aus dem Industriegebiet fernhalten. Es ist ihm geglückt, weil die Amerikaner einigermaßen hinter ihm standen, aber es ist ihm doch nur bedingt und vorübergehend geglückt. Wenn die Franzosen wollen und wenn sie entschlossen genug sind — wollen tuen sie ohne Frage und was ihre Entschlossenheit angeht, wodurch sollte sich die gehindert fühlen? —, so können sie ganz nach Belieben in einigen Tagen, in einigen Wochen oder in einigen Monaten einmarschieren. Hindern daran kann sie einzig Amerika, und auch das nur mit sehr scharfen und drastischen Mitteln, die den stärksten Konflikt offenbaren. Lloyd George und die englische Regierung ohne amerikanischen Rückhalt sind Frankreich gegenüber in der deutschen Sache eine sehr wenig bedeutende Größe, und die Londoner City kann noch viel mehr Mahnungen an Lloyd George richten, als sie schon diesmal getan hat — den Franzosen wird sie damit nicht viel Eindruck machen.

Der eigentliche Grund, weshalb eine innerlich so schwache Regierung wie wir sie haben und ein innerlich so schwaches Volk, wie wir es sind, sich in so aussichtsloser Lage befanden, war die Gegnerschaft der öffentlichen Meinung der ganzen Welt in der Unterzeichnungsfrage. Es fehlte an jeder Sympathie für Deutschland auf diesem Gebiete. Hier hat sich in der schwersten Weise die unselige bisher befolgte Politik nicht nur der Regierung, sondern auch fast aller anderen verantwortlichen Stellen in Deutschland gerächt: in der Schuldfrage *nichts* zu tun! Von den verschiedenen deutschen Regierungen seit dem Versailler Frieden hatte die eine diesen, die andere jenen Grund für ihre Passivität gegenüber der Schuldfrage, aber alle Gründe waren gleich falsch. Ebenso falsch war die Passivität des Reichstags, denn es kommt nicht auf gelegentliche Verwahrungen und Deklamationen an, sondern auf konsequente und energische Arbeit zu dem Ziel: das Unrecht der feindlichen Behauptungen über die bewußte und vorher bedachte Alleinschuld Deutschlands an dem, wie behauptet wird, von Deutschland planmäßig zur Begründung einer deutschen Weltherrschaft herbeigeführten und unternommenen Kriege zu beweisen. Dies und nichts anderes ist die feindliche These; auf ihr ruht der Friede von Versailles, und wenn diese seine Grundlage umgestürzt wird, so stürzt der Friede nach, erst moralisch und dann materiell. Daß die These falsch und die Friedensgrundlage unwahrhaftig ist, das der Welt deutlich zu machen und ihr das Beweismaterial dafür zu unterbreiten, sollte mindestens seit zwei Jahren jede deutsche Regierung und jeder Politiker, jede deutsche Partei und jede deutsche Zeitung für ihre wichtigste Aufgabe halten. Geschehen ist davon sehr wenig, und das Wenige meist unzweckmäßig und mit der gewöhnlichen psychologischen Fehlerhaftigkeit deutscher

Digitized by Google

Propagandaversuche. Wäre dagegen die Natur der Aufgabe richtig erkannt, und wäre zweckmäßig gearbeitet worden, so hätte man in den zwei Jahren, die seit dem Friedensschluß vergangen sind, die moralische Lage Deutschlands derart verbessern und die der Entente derart verschlechtern können, daß es nicht nötig gewesen wäre, ein Diktat, wie das jetzt von uns unterzeichnete, anzunehmen: eben, weil die öffentliche Meinung der Welt uns gegenüber anders geworden wäre. Was wir bekommen haben, ist eine Quittung auf die verkehrte und urteilslose Behandlung der Schuldfrage, und wenn es bei derselben Art von Behandlung bleibt, wie bisher, so wird diese Quittung noch lange nicht die letzte sein. Wie wenig man es in den gebildeten Kreisen versteht, daß in der Schuldfrage eine solche Passivität herrscht, dafür möchte ich als Belege die beiden folgenden Stellen aus zwei an mich gerichteten Briefen mitteilen. Der erste Brief stammt von einem höheren Beamten aus Schlesien und der zweite von einem Professor in einer westdeutschen Universitätsstadt. Die beiden Herren schreiben:

1.) . . . Ich habe nun in den letzten Monaten mit Herren der verschiedensten politischen Richtungen — vor allem demokratischer — darüber gesprochen und möchte Ihnen mitteilen, falls es Ihnen nicht schon längst bekannt ist, daß sich offenbar in weiten Kreisen der traurige Glaube und das Bewußtsein eingraben, daß die Regierung nichts unternehmen kann und darf, weil tatsächlich gewichtige Schuldgründe seitens Deutschland vorliegen müssen, die man nicht bekannt geben darf; so daß es unpolitisch wäre, die Schuldfrage zu verfolgen. Jeder sagt mir, wäre dem nicht so, müßte es unmöglich sein, daß die Regierung noch weiter schweigt. So bitter diese Aeußerungen sind, so kann ich mich diesem traurigen Glauben noch nicht anschließen, weil ich aus Ihren Aufsätzen die Ueberzeugung habe, daß Sie erstens genau unterrichtet sind und es deshalb zweitens doch ausgeschlossen ist, daß eine Schuld Deutschlands vorliegen könnte, die man nicht bekannt geben darf. Ist dem so, und haben wir von einer Aufrollung der Schuldfrage nichts zu befürchten, dann stehen wir tatsächlich wohl jetzt auf dem Standpunkt, daß weite Kreise — und zwar nicht die schlechtesten — infolge des Schweigens der Regierung immermehr die falsche Ueberzeugung gewinnen, daß Deutschland doch schuld sein müsse. . . .

2.) . . . Dies gibt mir das Vertrauen, daß Sie bei Ihrer sicher immensen Zeitbelastung ein Minütchen für eine Antwort für mich erübrigen, die zugleich eine für viele sein würde: Ich, viele fragen sich, ob nicht doch hinter der für uns unverständlichen Haltung der Regierung bezüglich der Kriegsschuldfrage ein Etwas steckt, das sie besser erklärt als der mir nicht einleuchtende Artikel der „Vossischen". Es ist allen Ernstes behauptet worden, die uns entlastenden Dokumente seien im Anfang der nachrevolutionären Zeit vernichtet worden. Das müsse der Entente verheimlicht werden und darum lasse sich die Regierung auf nichts ein. . . .

Als ein drittes Zeugnis möchte ich das von einem Amerikaner deutscher Herkunft anführen: Hermann George Scheffauer, der in dem Stadtlerschen „Gewissen" (9. Mai 1921) einen sehr bemerkenswerten Artikel „Amerika und die Schuldfrage" veröffentlicht hat. Ich gebe daraus die folgenden Stellen wieder:

Digitized by Google

Die Illusionen Deutschlands Amerika gegenüber, die hoffnungslose Unfähigkeit der deutschen Führer, die richtige Sprache oder Behandlung für dieses Land zu finden, gehören den traurigsten Kapiteln des Nachkrieges an. Verständnis für Deutschland — von Sympathie gar nicht zu reden — wird in Amerika erst empfunden werden, wenn der Amerikaner den Deutschen achten lernt, und das wird nicht eher sein, als bis Deutschland oder seine Vertreter sich selbst achten — und es der Welt beweisen.

Deutsche Nüchternheit, die berühmte deutsche Objektivität, anständige, aber heuchlerisch wirkende Anstandsannahme bei den Feinden, Mangel an Gefühl, an Stil, Form und Empfindung, an Stolz und Empörung, alles das, was sich in den letzten Wochen wieder zur Schau getragen hat, lassen Deutschland vor Amerika wie ein klagender Bettler, der flehend seine Bittschrift überreicht, ist in den Augen der Amerikaner viel verächtlicher als ein stolzer Verbrecher, der mit ruhiger, aber entschlossener Stimme Gerechtigkeit fordert.

Aber es ist Deutschlands Pflicht und Aufgabe, Amerika zu beweisen, daß es kein Verbrecher ist — sondern ein Opfer, und zwar ein Opfer des Wilsonischen Amerikas. Es ist primitivste Logik, daß Deutschland von Amerika wenig durch Bittgesuche zu erwarten hat, und daß es überhaupt zwecklos ist, auf eine tatkräftige oder nur wortfreundliche Vermittlung der Republik zu rechnen, solange Deutschland in der Einbildung des amerikanischen Volkes als Bösewicht oder Unhold dasteht. Ehe nicht das amerikanische Volk versteht, daß Deutschlands Kriegserklärungen nicht dasselbe wie Deutschlands Kriegsschuld bedeuten, und es dann die aggressive Vorkriegspolitik der Entente begreift, wird die organisierte, leidenschaftliche Lüge wie eine Mauer zwischen beiden Völkern stehen bleiben. — — —

Durch seinen Mangel an ernsthaftem Widerstand oder Widerspruch gegen die Beschuldigungen seiner Feinde begeht Deutschland ein Verbrechen gegen sich selbst, gegen die Wahrheit und die Moral. Es macht sich mitschuldig an all der Schuld, die ihm seine Henker aufbürden.

Es wäre besser, daß die Feinde ein sich moralisch aufrechthaltendes Deutschland noch meilenweit weiter besetzen, als daß stumme Präsidenten und Kanzler, deutsche Beamten und Zahlenmänner die Geldschuld Deutschlands zentimeterweise abzugraben versuchen — während das Fundament dieser Geldschuld, die schlamm- und giftverbreitende Kloake der Kriegsschuld weiter besteht. — — —

Da die Schuld- und Verantwortlichkeitsfrage von Harding aufgeworfen worden ist, sollte sie Deutschland unentwegt und unablässig verfolgen. Denn gerade jetzt werden die Vorkriegs-Dokumente aus der russischen Botschaft in London, die die ganze aggressive Einkreisungspolitik der Entente bloßstellen, in der weitverbreiteten Hearstpresse veröffentlicht. Eine Umgehung dieser Frage wäre nicht nur kläglich, sondern absolut verhängnisvoll. Deutschland, durch den Verrat und Betrug Wilsons zu einem unehrenhaften Frieden der Tortur und des Todes verurteilt, hat das Recht, einen ehrenhaften Frieden von Amerika zu verlangen — und zwar auf der Grundlage historischer Tatsachen, die seine Schuld, willkürlich den Krieg entfesselt zu haben, unbestreitbar widerlegen.

Die Schuldfrage und der schwarze Terror am Rhein, wie ich immer wieder erwähnen muß, sind zwei mächtige moralische Waffen in den Händen Deutschlands. Mit Schmerz und Verzweiflung sehen die Freunde Deutschlands, wie wenig Gebrauch das gemarterte Land von diesen Waffen macht.

Nachdem nun einmal, nicht zuletzt als unvermeidliche Frucht unseres Nichtstuns in der Schuldfrage, die Unterzeichnung des Londoner Diktats uns hat abgepreßt werden können, ist es die wichtigste und moralisch-politische Aufgabe für uns, endlich energisch und geschickt genug damit vorzugehen, daß die Welt unsere Beweise dafür kennen lernt, daß der Friede von Versailles auf einer großen Lüge aufgebaut

Digitized by Google

worden ist. Bevor wir diese Lüge von ihrem Thron geschleudert haben, dem Thron, auf den sie von den Machthabern der Entente mit allen Mitteln gehalten und gestützt, ist für Deutschland keine Rettung und kein Wiederaufstieg zu erwarten.

Wirtschaftskatastrophe einst und jetzt*)

Von Dr. S. Mette

Der Untergang des römischen Weltreiches galt bisher als die größte Katastrophe, die ungeheuerste Revolution der Weltgeschichte — die Wirtschafts- und allgemeine Kulturkrisis, die der Weltkrieg jetzt heraufgeführt hat, droht die europäische, ja die ganze Weltkultur in eine noch gewaltigere Katastrophe hinabzustoßen. Die weltbewegende Frage ist, ob wir den Weg zur Heilung aus der Krisis finden oder, wie das Römerreich, dem Verhängnis unaufhaltsam entgegensiechen. Sicher ist, daß der heutigen Kulturwelt keineswegs die Katastrophe als unentrinnbares Fatum droht, wie einst bei seiner ganzen Struktur dem römischen Imperium; sicher aber ist auch, daß wir der Katastrophe nur entgehen, wenn wir, anstatt in den wirtschaftlichen Aeußerungen der Krankheit herumzukurieren, vorstoßen bis zu ihrem eigentlichen Herd; wenn die Welt einsehen lernt, daß der Grund der Krisis in der politischen Auflösung Mitteleuropas und der völligen Vernichtung der politischen Selbständigkeit Deutschlands liegt und nur aus der Beseitigung dieses Grundes noch die Rettung der europäischen Kultur vor dem Siechentode möglich ist.

Das erscheint fast selbstverständlich und sehr einfach und ist dennoch — oder gerade deshalb — nicht leicht; es ist dies um so weniger, als der moderne Mensch in einer ganz einseitig wirtschaftlichen Denkweise befangen ist, die ihn Religion und Ethik, Staat, Gesellschaft und Politik kaum anders als durch die Brille wirtschaftlicher Nützlichkeit sehen läßt.

Es scheint mir wenigstens kein Zufall zu sein, daß der italienische Historiker Ferrero in einem Vortrage, den er der Züricher Studentenschaft über die ökonomische Krisis im 3. Jahrhundert n. Chr. hielt, die kausalen Zusammenhänge der wirtschaftlichen und politischen Vorgänge im römischen Imperium, in merkwürdiger Verkennung der treibenden Ursachen, verwirrt und geradezu auf den Kopf gestellt hat. Es ist auch kein Zufall, daß die deutsche Zeitung, die über diesen Vortrag berichtete (Vossische Zeitung Nr. 69), nicht weiß, wie all das, was Ferrero durchaus richtig, über Münzverschlechterung, Geldentwertung, Preissteigerung usw. sagt, in Deutschland keineswegs neu ist; daß vielmehr vor länger als einem Jahrzehnt Hans

*) Der Artikel war bereits Mitte April fertiggestellt, konnte aber aus redaktionellen Gründen nicht eher gedruckt werden; auch die politische Situation, die durch Annahme des Ultimatums geschaffen ist, nachträglich einzugehn, hätte den Rahmen der Arbeit gesprengt; zu irgendwelchen sonstigen Aenderungen habe ich keinen Anlaß gefunden. S. M.

Digitized by Google

Delbrück darüber bereits in seiner Geschichte der Kriegskunst[1]) gehandelt hat, daß er aber über solche Einzelheiten hinaus zum ersten Male nachwies, wie die Wirtschaftskrise des 3. Jahrhunderts nur eine Begleiterscheinung und Folge politischer Zustände und Vorgänge war, und damit überhaupt erst eine befriedigende Erklärung für den Niedergang des römischen Weltreiches gab.

Die Wirtschaft ist immer nur eine Funktion des Politischen, nicht umgekehrt; und da, wo man meint, das Schicksal eines Staates sei grundlegend von wirtschaftlichen Momenten bestimmt worden, ist man bei bloßen Wirkungen stehen geblieben, statt letzten Ursachen nachzuspüren. So ist es auch Ferrero ergangen, wenn er behauptet, vollständige politische Desorganisation, innere und äußere Kriege seien Begleiterscheinungen des wirtschaftlichen Niedergangs im Römerreich gewesen, der sich einmal in der bedrohlichen Geldentwertung spiegelte, sodann in der allmählichen Desorganisation der Zwangsarbeit, d. i. des Lieferungswesens, das dabei der immer mehr um sich greifenden Naturalwirtschaft das Zahlen barer Steuern allmählich verdrängte und darin bestand, daß Handel, Gewerbe und Landwirtschaft mit seiner Tätigkeit, seinen Produkten, Fabrikaten zahlte; also der Reeder z. B. dem Staate Getreide u. a. verfrachtete, der Landmann Fuhren übernahm und Getreide lieferte, usf. Und wenn Ferrero die Quintessenz seiner Auffassung in den Sätzen zusammenfaßt: Beide Krisen spitzen sich immer mehr zu. Der Staat steht machtlos da. Er kann kein gutes Geld mehr prägen, weil die Arbeit desorganisiert ist, und die Arbeit wiederum kann nicht mehr auf eine feste Grundlage gestellt werden, weil das schlechte Geld hindernd im Wege steht, so beginnt erst jetzt das Fragen: Warum war denn die Arbeit desorganisiert? Weil es kein gutes Geld mehr gab? Ja, aber warum gab es denn kein gutes Geld? Und warum stand denn der Staat all dem machtlos gegenüber?

Im Wesen des römischen Imperiums liegt der letzte Grund für den Zusammenbruch des Weltreichs, wie Delbrück nachgewiesen hat; eine grundsätzliche Besinnung auf dieses Wesen wird die beste Antwort auf die sich drängenden Fragen geben: Der Prinzipat Cäsars, Octavians, beruhte auf dem Oberbefehl über die Armee, dem Imperium; aber nicht auf einer Armee, die die Herrscher selbst als ihr Instrument geschaffen, wie der Große Kurfürst, als er, der Landesherr, aus den in seiner Familie erblichen Teritorien den preußischen Staat schuf — die sich vielmehr bewußt war und blieb, daß die Macht des Imperators aus der militärischen Gewalt entsprungen war und darauf beruhte, und daß die Legionen bei der Besetzung der höchsten Stellen mitzureden hätten. Dieser Ursprung aus dem Heeresbefehl durch Usurpation hat das römische Imperium niemals zu einer wirk-

[1]) Delbrück, H., Gesch. d. Kriegskunst, II. Teil, S. 211, ff. 2. Aufl. 1909; eine neue Aufl. ist bereits im Druck.

Digitized by Google

sich stabilen, fest in sich ruhenden, staatlichen Macht werden lassen; immer wieder hat er das Prinzip der Erblichkeit durchbrochen und allmählich ganz zerstört: Indem schließlich kein Thronwechsel ohne Kampf und Mord mehr möglich war, war die notwendige Folge: allgemeine politische und rechtliche Unsicherheit, so daß die Militärmonarchie zur starren Militärdespotie und die selbständige geistige und sittliche Mitarbeit der Bürger immer mehr ausgeschaltet ward.

Mit Septimius Severus (194—211) und seiner Erhebung zum Kaiser treten zum erstenmal die den Staatskörper zersetzenden Elemente offen zutage: Er gewann den Thron als Führer der romanisierten Provinzen gegen die Herrschaft Roms, des Partikularismus gegen den Einheitsgedanken, und ward zugleich der Vollender der Militärdespotie; unter ihm war der Denar bereits zu 50% legiert, welche Münzverschlechterung hauptsächlich eine Folge der Erschöpfung der Bergwerke — wenigstens für die damalige Technik — war. Daneben ist nicht zu vergessen, daß viel Edelmetall als Sold und Tribut zu den Germanen, nach Indien und China, bei dem bedeutenden, aber fast ganz passiven Handel, als Zahlung für Ware floß. Endlich werden unter Septimius Severus die ersten Spuren der Auflösung an den altrömischen Legionen sichtbar: statt des Soldes in barem Geld mußte er seine Soldaten mehr und mehr mit Naturalien befriedigen; damit sie die verwerten konnten, mußte er erlauben, daß der Soldat mit seiner Familie zusammenzog — die er früher gar nicht haben durfte — d. h. der Legionar lebte als Bauer seinen Acker bestellend; damit hörte der feste innere Zusammenhalt auf, die Disziplin lockerte sich, die kriegerische Kraft ging verloren; an ihre Stelle trat immer mehr die Naturkraft des kriegsfrohen Barbarentums, das schließlich das römische Reich zerstörte.

Die Wirtschaftskrisis des 3. Jahrhunderts, die zur Auflösung der römischen Heeresverfassung und zum Untergang des ganzen Weltreichs führte, hat ihren letzten Grund im Charakter des Imperiums, das notwendig sich zur Despotie verhärtend, nicht in der Lage war, aus sich allein heraus, oder gar, indem es die geistigen und moralischen Kräfte der Bürger dazu freimachte — die wirtschaftlichen, politischen, militärischen Probleme zu lösen. Wird die heutige Welt die Kraft besitzen, sich aus der schweren Wirtschaftkrisis heraus vor einer Katastrophe seiner gesamten Kultur — ähnlich der des römischen Weltreiches — zu retten?

Der fundamentale Unterschied zur Lage im Römerreich ist der, daß damals die wirtschaftliche Krisis wegen der Eigenart des Imperiums notwendig zur allgemeinen Katastrophe ward, daß heute aber die politischen Ursachen der Krisis geradezu künstlich geschaffen sind, geschaffen durch ein zwischen Furcht, Haß und Machtbegehren hysterisch gewordenes Volk und seine in solchen Gefühlen völlig irre und blind gewordenen Führer, Clemenceau und Nachfahren. Ein zweiter Unterschied ist der, daß die heutige Wirt-

Digitized by Google

schaftskrise keine Währungskatastrophe im Sinne der Münzverschlechterung infolge Edelmetallmangels ist, sondern eine Valutakrise, deren letzter und schwerster Grund in jener Zerschlagung des mitteleuropäischen Staatensystems liegt.

Dieser Grund ist zweifellos an sich zu beseitigen; aber ob das heute noch möglich sein wird, wie stark die Geistes- und Gemütsverfassung des französischen Volkes und sein jahrhundertaltes, unbezähmbares Vormachtstreben als entscheidender Faktor in der Weltpolitik einzuschätzen ist — wer will das heute sagen, wo sich die Problematik der Weltlage von Tag zu Tag mehr kompliziert, stets getrieben von jenem letzten Urgrund? Wo barer, selbstmörderischer Unsinn sich immer mehr durchsetzt und selbst die, welche aufbauen wollen, meistens nicht über die wirtschaftlichen Hilfsmittel hinauskommen?

Man hat in Versailles die politischen Machtverhältnisse gewaltsam und wider die wirklichen Kraftgrundlagen verschoben, indem man Oesterreich-Ungarn in seine Bestandteile auflöste, und zwar in kleine politisch wie wirtschaftlich lebensunkräftige Staaten, Deutschland aber zerstückelte und durch „Strafbestimmungen" und Aberkennung der, selbst dem unbedeutendsten Staate, eigenen Hoheitsrechte zu einem Staat und Volk zweiter Klasse vor aller Welt degradierte. Und das zu einer Zeit, wo das Riesenreich Rußland als Absatz- und Produktionsgebiet ausgefallen, wo alles nach äußerster Zusammenfassung der Kräfte, nach wirtschaftlicher und finanzieller Vereinheitlichung geradezu schrie, um die schweren Nachwehen des Krieges zu überwinden. Die Folge solcher „Politik" war die immer heillosere werdende Zerrüttung von Wirtschaft und Finanzen im „balkanisierten" Mitteleuropa. Wie weit dieser Prozeß der Verarmung bereits fortgeschritten ist, das zeigt deutlich der Stand der Valuta dieser Länder: Ende 1920 waren gegenüber der Friedensgeltung die Devisen in New York folgendermaßen entwertet: Deutschland 94,3%; Tschecho-Slowakei 94,4%; Jugo-Slawien 96,5%; Oesterreich 98,9%; Ungarn 99,1%; Polen 99,2%; oder anders ausgedrückt: die deutsche Mark ist auf 5,7%, die österreichische Krone auf 1,0%, die polnische Mark auf 0,8% des Friedenswertes gesunken.[1]) Die infolge solcher Geldentwertung immer geringer werdende Kaufkraft reicht schließlich kaum noch dazu aus, die notwendigsten physischen Bedürfnisse der mitteleuropäischen Völker zu befriedigen.

Das aber zieht weitere Kreise: Der große Konsument Krieg ist in den Ententeländern fortgefallen; die Produktion aber geht fort; Mitteleuropa als Absatzgebiet und Rußland mit zusammen mehr als 300 Millionen Menschen fallen so gut wie ganz aus; die Folge: Betriebe müssen ein-

[1]) Wirtschaft und Statistik hrgb. von Stat. Reichsamt 1. Jhrg. Heft 2, S. 90. Verlag Reimar Hobbing.

Digitized by Google

gestellt, Hochöfen ausgeblasen, ganze Industriezweige lahmgelegt, Löhne herabgesetzt, Arbeiter entlassen werden (Amerika: ungeheure Preisstürze, Zusammenbrüche ganzer Konzerne; England: Kohlenkrisis, Generalstreik).

Der Weltwirtschaftsstrom droht immer mehr auseinanderzufließen in zwei Wirtschaftskreise, die weniger und weniger sich berühren, die beide das tödliche Gift ihrer Isolierung in sich tragen, hier das zehrende Feuer der Unterkonsumption, dort das Stickgas der Ueberproduktion. Und wenn der Clemenceaufriede, diktiert zur Vernichtung Deutschlands, vieles davon bereits erreicht hat, ein großer „Erfolg", ganz wider alles Erwarten, ist seinem Schöpfer noch beschieden: die Weltwirtschaftskrise.

Daß wir, solange der Clemenceaugeist, der Geist brutaler Gewalt und skrupelloser Wortbruchs, drüben herrscht, von unsern Gegnern nichts, rein gar nichts an Einsicht in diese wirkliche Lage zu erwarten haben, hat London ganz unzweideutig gezeigt. Was Amerika tun wird, steht noch dahin; vorläufig sieht es nicht danach aus, als ob man dort über die übliche wirtschaftliche Betrachtungsweise der politischen Probleme hinauskäme. Eines jedoch scheint man in Amerika schon sicher erfaßt zu haben: daß der Napoleonsgeist wiedererstehen könnte im französischen Volke, vielleicht schon erstanden ist; jedenfalls hat man Viviani auf seiner Propagandareise drüben dies recht unverblümt zu verstehen gegeben, und daß man jede Störung des Weltfriedens, von welcher Seite sie auch komme, bekämpfen werde. Diese Erkenntnis dahin zu vertiefen, daß dieser Napoleonsgeist niemals geschlummert hat, vielmehr einer der Hauptschuldigen am Weltkrieg gewesen ist, das liegt ganz in unserer Hand.

Es existiert für uns unter solchen Umständen schlechterdings kein wichtigeres politisches Problem als die Schuldfrage; denn wenn es uns nicht gelingt, die Welt von dem Irrwahn zu befreien, als hätten wir, von imperialistischem Expansionsdrang besessen, den Weltkrieg böswillig heraufbeschworen und damit das größte Verbrechen der Weltgeschichte auf uns geladen, so bleibt der Völkerhaß, bleiben die für das Kulturleben Europas schlechthin tödlichen Bestimmungen des Friedensvertrags — und das Schicksal der alten Welt ist besiegelt.

Leider hat man das bei uns keineswegs überall erkannt, leider auch viel zu wenig in Regierungskreisen. Noch immer glaubt man der schwersten politischen Krisis, die Europa je gesehen, wirtschaftlich beikommen zu können: auf der Londoner Konferenz haben die wirtschaftlichen Sachverständigen den richtigen politischen Instinkt des Außenministers geradezu erstickt, so daß er in der Schuldfrage und in der psychologischen Einstellung auf den Gegner den politischen Takt, d. h. den Tastsinn für das Nächstliegende und Wesentliche, vermissen ließ.

Es gibt kein irgendwie geartetes deutsches Angebot, das die Entente befriedigen könnte, es sei denn die Annahme des Irrsinns des Pariser

Digitized by Google

Diktats; es gibt keine Organisation der deutschen Wirtschaft, die uns zu solchen Zahlungen leistungsfähig machte: keine Verbilligung der Produktion, keine noch so raffinierte Arbeitsteilung, kein Sozialisieren; weder Horizontalismus noch Vertikalismus, noch der Kampf beider miteinander, noch Rathenaus Synthese beider; nicht jenes große Preisregulativ, d. h. die zwangsweise Herabsetzung aller Preise, Löhne, Gehälter usw., an welchem Experiment kein Geringerer als Kaiser Diokletian scheiterte. Dennoch findet man bei uns noch immer nicht wenige, die Artikel schreiben und Vorträge halten über: „Wie zahlen wir die Milliarden?“ Sie sind einem Arzt vergleichbar, der die Symptome einer schweren Krankheit so lange kuriert, bis der Patient an der Ursache stirbt.

Solange uns das Fundament der wirtschaftlichen Kraft zur Zahlung fehlt: ein freier Staat, der unabhängig über seine Hoheitsrechte verfügt, können wir überhaupt nicht zahlen, auch nicht bis zu den gleich berühmten wie mysteriösen „Grenzen der Leistungsfähigkeit“; solange Deutschland als Vasallenstaat, das deutsche Volk zum Helotenvolk herabgewürdigt vor den Augen der Welt dasteht, ist die politische, wirtschaftliche, kulturelle Wiedergeburt Europas ausgeschlossen.

Sie zu schaffen und damit den Frieden der Welt, dazu gehört dreierlei: wir dürfen nicht müde werden, immer wieder und von allen nur möglichen Seiten die Schuldfrage zu beleuchten: daß wir den Krieg weder bewußt noch fahrlässig veranlaßt, daß wir weder die Haupt- noch die Alleinschuldigen am Kriege, nicht im Sinne der äußeren Veranlassung, nicht im Sinne der tieferen Verursachung sind. Die vertiefende Erweiterung der Schuldfrage über den unmittelbaren Kriegsausbruch hinaus ist ganz besonders notwendig; das muß geschehn einmal vom Gesichtspunkt der politischen Ethik, doch nicht abstrakt philosophisch, sondern konkret geschichtsphilosophisch; dann aber vor allem vom historisch-genetischen Standpunkt, indem man die politischen Tendenzen der Großmächte aus ihrer Geschichte heraus entwickelt und so die Linien aufzeichnet, die zum Weltkriege führten. Nur so sind die überaus gefährlichen Argumentationen einer so hochstehenden und suggestiven, im Auslande sehr angesehenen Persönlichkeit, wie F. W. Foester, überhaupt zu widerlegen.

Wir müssen zweitens uns von innen heraus stark machen für diesen Kampf um die Wahrheit: über alle Parteigegensätze hinweg muß das deutsche Volk sich zusammenschließen; jenes Gemisch und Gegeneinander von politischer Sentimentalität, Doktrinarismus und Verantwortungsscheu, von parteitaktischer Enge und Hinhorchen auf die Wählermassen, wie es sich jetzt so jämmerlich bei der Regierungskrise in Preußen breitmachte, während ungeheuerste Gefahren rings sich drohend türmen, — muß unbedingt verschwinden.

Digitized by Google

Wir müssen drittens wieder ein aufrechtes, ehrliches Volk werden; wir müssen wieder lernen, das Recht des andern zu achten, uns offen dafür einzusetzen, es furchtlos zu schützen. Jeder muß bei sich selbst anfangen, ob Staat, Behörden oder Individuum, ob jung oder alt, ob hoch oder niedrig; beginnen muß er gerade mit dem Kleinsten, Unscheinbarsten: bei der Brotkarte, im Nichtraucher, wo er auf Schwache stößt, Minoritäten gegenüber — — nur so ist eine Wiedergeburt möglich.

* * *

Das deutsche Volk hatte den Krieg bereits politisch verloren, als es die unbezwingbare sittliche Kraft der Bismarckischen Idee vom Verteidigungskrieg umfälschte in einen Eroberungskrieg; es brach schließlich auch militärisch zusammen, weil in seinen Führern zu wenig von Clausewitzens weitem Geiste lebte, dem der Krieg fortgesetzte Politik mit andern Mitteln war, Strategie die Kunst, die Mittel zu verwenden, die vorhanden sind. Heute beherrscht der seit Jahrhunderten die Freiheit Europas gefährende französische Imperialismus den Kontinent und droht der europäischen Welt das Schicksal der antiken Kultur zu bereiten. Das deutsche Volk wird unter den zermürbenden Stößen dieses rasend gewordenen Imperialismus zusammenbrechen, wenn es nicht bei all den wirtschaftlichen Nöten und Drangsalen noch die sittliche Kraft zur Selbstbesinnung und Selbsteinkehr aufbringt, wenn es sich nicht mit dem eisernen Willen wappnet, den einmal aufgenommenen Kampf um Recht und Wahrheit, auch unter dem schwersten Druck neuer Gewalttaten und bitterster Entbehrungen, standhaft durchzufechten.

Tirol

Von Ludo M. Hartmann (Wien)

Nach dem Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain ist die Unabhängigkeit Oesterreichs unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Oesterreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege — seine Unabhängigkeit gefährden könnte.

Schon an dem Tage, an welchem dieses Anschlußverbot bekannt wurde, im Mai 1919, wurde in einer großen Versammlung auf dem Platze vor dem Rathause in Wien die Losung ausgegeben, daß das deutsche Volk in Oesterreich durch eine Volksabstimmung seinen Willen zum Anschluß nun erst recht kundgeben müsse, um dann auf Grund dieses Plebiszites nach dem im Artikel 88 gewiesenen Weg an den Völkerbundrat wegen Aufhebung des Verbotes heranzutreten. Seitdem ist es in Oesterreich

Digitized by Google

vom Plebiszite nicht mehr still geworden und je stärker die Anschlußbewegung unter dem Drucke der nationalen Einsicht und der wirtschaftlichen Notwendigkeit anschwoll, um so aktueller wurde die Frage der Volksabstimmung. Allerdings dachte man zunächst an eine Abstimmung im Gesamtösterreich und dahin zielte die von den Großdeutschen im Nationalrate vorgeschlagene und einstimmig am 1. Oktober 1920 angenommene Resolution, durch welche die Regierung aufgefordert wurde, innerhalb sechs Monate das Volk wegen seines Anschlußwillens zu befragen. Die Regierung hat diesen Termin nicht eingehalten und hat Bedenken gehabt, es überhaupt zu einer Volksabstimmung kommen zu lassen. Sie zitterte davor, daß ihr die Entente den Kredit und die Lebensmittel sperren würde, da es ja bekannt genug ist, daß die Entente, und vor allem die Franzosen, nichts so ungern gesehen hätten, als die Widerlegung der immer wieder von neuem aufgetauchten Fabel, daß die Deutschösterreicher vom Anschluß an Deutschland nichts wissen wollen.

Nun wurden die Länder ungeduldig und vor allem der Tiroler Landtag, der sich nur mit Mühe bewegen ließ, die schon von Ende Februar angesetzte Volksabstimmung bis in den April zu verschieben. Die Tiroler waren so hartnäckig, daß die Regierung, die kein Machtmittel hatte, die Volksbefragung zu hindern, die Tiroler Abstimmung über sich ergehen lassen mußte. Aber auch die Landtage von Salzburg und Steiermark haben schon einen gleichen Beschluß gefaßt und wollen am 29. Mai abstimmen lassen, wenn nicht bis dahin durch die Regierung die Gesamtbevölkerung zur Urne gerufen wird. Ueber die Modalitäten soll demnach entschieden werden, wenn der neuerlich von den Großdeutschen gestellte Antrag auf eine Gesamtabstimmung im Nationalrate beraten werden wird. Aber so oder so — die Bewegung wird wohl nicht mehr eingedämmt werden können. Man kann nun allerdings darüber verschiedener Meinung sein, ob es praktisch und nützlich ist, daß die einzelnen Länder getrennt und an verschiedenen Tagen abstimmen. Man hat, wenn auch gegen die offensichtliche Wahrheit, darin eine Art Separatismus gesehen und es wäre schon bedauerlich, wenn auch nur der Schein des Separatismus bei dieser einheitlichen deutschösterreichischen Bewegung erweckt werden könnte. Und es muß immer wieder gesagt werden, daß ebenso in Tirol wie in den anderen Ländern niemals die Absicht bestanden hat, eine Sonderaktion zu unternehmen und man wird schließlich auch zu dem Schlusse kommen, daß die Summierung der einzelnen Länder das Ganze ausmacht. Es gibt natürlich auch andere Bedenklichkeiten und die beziehen sich zum Teil auch auf das Deutsche Reich. Man bekommt es in Oesterreich immer wieder zu hören: daß die Reichsdeutschen aus wirtschaftlichen und anderen Gründen von dem Anschlusse gar nichts wissen wollen. Und wenn es überhaupt möglich wäre, die Anschlußbewegung in Oesterreich etwas abzukühlen, so könnten diese

Digitized by Google

immer wieder, teils gutgläubig, teils dolos ausgesprengten Fabeln sehr schaden. Aber noch ernsthafter fallen in Oesterreich die Bedenken in die Wagschale, welche darauf hinweisen, daß bei der prekären Situation des Deutschen Reiches man ihm nicht noch weitere Ungelegenheiten dadurch machen dürfe, daß man die der Entente so verhaßte Anschlußfrage anschneide. Jedenfalls ist es für jeden Kenner der Verhältnisse geradezu lächerlich und absurd, wenn die französischen und gleichgesinnten Blätter, wenn sie schon nicht mehr behaupten können, daß die Anschlußbewegung nur auf sozialdemokratischen und pangermanistischen Terror in Oesterreich zurückgehen, wenigstens so tun, als würden sie glauben, daß sie vom Deutschen Reiche aus angestiftet und propagiert würde. Eher könnte man sagen, daß Reiche aus angestiftet und propagiert würde. Eher könnte man sagen, daß die Zurückhaltung Deutschlands nicht geradezu von Nutzen für die Bewegung ist.

Jedenfalls haben sich die Tiroler nicht um dies und das gekümmert. Sie sind fest geblieben; als die Entente auch mit Erpressungen drohte und die Einstellung aller Hilfsaktionen und Kredite in Aussicht stellte, wenn die Umtriebe, wie sie die Bewegung zu nennen beliebten, nicht eingestellt und die Abstimmung durchgeführt würde. Die ganz klugen Leute begannen zu zittern und wollten abblasen. Aber die Tiroler ließen nicht locker und siehe da, das Wunder geschah und die Entente trat an demselben Tag, an welchem die Abstimmung stattfand, einen vollständigen Rückzug an, indem sie verlautbaren ließ, offenbar in Uebereinstimmung mit dem Bundeskanzler, daß ja die Regierung die Durchführung nicht untersagen könne, und daß die Anschlußbewegung mit der Unsicherheit über die Zukunft des Volkes, sowie mit dem erfolglosen Warten auf Hilfe zusammenhänge. Die Note konstatierte auch, daß Oesterreich im Friedensvertrage ausdrücklich offengelassen wurde, die Zustimmung des Völkerbundrates zum Anschluß zu erbitten und daß es nicht wunderbar ist, wenn dieser Weg nunmehr beschritten wird. Die Note konstatiert ferner, daß die österreichische Regierung bei den alliierten Mächten keinen Zweifel darüber habe aufkommen lassen, daß sie loyal auf dem Boden des Friedensvertrages stehe und hiermit ihre Haltung zur Frage des Anschlusses an Deutschland für gegeben erachte. Diese Ententeerklärung ist der erste große Erfolg, den die Tiroler schon vor der Abstimmung durch ihre feste Haltung errungen haben und beweist, daß sie Recht gehabt haben. Man behauptet aber auch, daß die erste Drohnote der Entente die Tiroler erst recht aufgestachelt und wesentlich zu dem ganz glänzenden Abstimmungsresultat beigetragen hat. Wenn man sich vorstellt, daß in Tirol in den entlegenen Dörfern und Weilern noch vielfach Schnee liegt, daß die Kommunikationen sehr schlecht sind und daß viele Tausende einen stundenlangen Weg zur Urne zurücklegen mußten, ist es wohl eine alle Erwartung übersteigende Leistung, daß etwa 85% der Berechtigten zur Urne gekommen sind und von diesen mehr als 98% für den Anschluß, mit Nein dagegen nur 1576 gestimmt haben. Auch die Erwartungen der Opti-

Digitized by Google

misten wurden übertroffen. Man kann sagen, daß mit Ausnahme der Schmuggler, denen durch die Aufhebung der Grenzzölle ihr Geschäft verdorben würde, nur ein paar Dutzend Geistliche, Hofräte und Militärpensionisten, die noch mit Habsburg irgendwie zusammenhängen und von dem sonst so klugen Prälaten Professor Schöpfer geführt werden, gegen den Anschluß gestimmt haben. Es ist vielleicht nicht übertrieben, wenn heute vielfach behauptet wird, daß das mannhafte Vorgehen der Tiroler in der Anschlußsache keine geringere historische Bedeutung hat, als seinerzeit der Widerstand Andreas Hofers gegen die Tyrannei Napoleons. Im Hochlande fiel der erste Schuß; es werden andere folgen.

Die Einheitsschule als Produktionsschule

Von Paul Oestreich.

Die Einheitsschule muß, will sie ihre Zwecke erfüllen, auch Produktionsschule werden. „Die neue Schule muß eine Arbeitsschule sein. Das ist keine theoretische Forderung; im Gegenteil: sie kann im tiefsten Grunde nur aus dem Erlebnis dieses zerrütteten, zu Boden geworfenen, zerfetzten und versklavten Staates begriffen werden, dem nichts Rettung und Erhebung bringen kann als höchste quantitative und qualitative Steigerung der Arbeit. Niemand hat die Macht, sie mit Gewalt zu erzwingen. Deshalb gibt es keinen anderen Weg, zu ihr zu kommen, als den der Vermenschlichung und Versittlichung der Arbeit und der neuen fundamentalen Wertung des Arbeiters. Es ist nicht mehr so, daß sich auf den mechanisch und seelenlos ablaufenden Getrieben der Arbeit eine übergeordnete kleine Schicht rein kultureller Interessen und Leistungen aufbaut, die aber ihrerseits beansprucht, Sinn, Wert, Weg und Ziel der Zeit auszumachen. Es wird nie mehr so sein, denn in dem Maße, in dem die Massen zu Menschen erwachen, verwehren sie es aus ihren besten Instinkten heraus, gleichsam nur die dunkle, schwere Materie zu sein, über der sich das Schreiten des Geistes vollzieht — den sie nicht berühren dürfen. Sie verweigern nicht die Arbeit, aber sie verweigern diesen Sinn der Arbeit, denn sie erwachen in ihren Seelen zu Menschen. Sie wollen den Geist berühren. Niemand rückt den Stundenzeiger zurück, der ihnen den Morgen anzeigt. Niemand darf es. Aber sie verlangen, daß der Geist begreifen lerne, daß er nicht da sein könnte ohne das Werk der Hände, daß er sich nicht von den arbeitenden Händen abwende und den unbedingt höheren Wert repräsentieren wolle, sondern daß er zu ihnen komme, dankbar, heimatlich, und mit ihnen lebe, wie ein großer Sohn, der nie das Herdfeuer der Mutter vergißt. Sie kämpfen nicht gegen die Arbeit und nicht gegen den Geist. Aber Geist und Hand sollen Brüder werden. Sie sollen beieinander bleiben. Das ist der Sinn der Versittlichung und

Digitized by Google

der Vermenschlichung der Arbeit, ohne die sie Qual bleibt, mühsam ertragen und ohne Segen.

Diese neue brüderliche Wertung des Geistes durch die Arbeit und der Arbeit durch den Geist kennt keine andere Schule als die Arbeitsschule. Sie ist das sozialistische Signum der werdenden Kultur. Sie muß werden." (Franz Müller in Oestreich-Müller: „Produktionsgemeinschaft und Einheitsschule", Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau.)

Und Anna Siemens sagte auf der Lankwitzer Tagung: „Die Produktionsschule sucht ihr Ziel zu erreichen innerhalb abgeschlossener Wirtschaftsbetriebe, die durch ihre Produktion sich so weit als möglich selbst erhalten. Sie können größeren Organisationen angegliedert sein. Ihre normale Form ist der kleine landwirtschaftliche Betrieb (Schulgarten) mit angegliederten Werkstätten."

Diese Stellen begründen die Forderung der Produktionsschule aus dem Gesichtspunkt der Sozialethik und der Verteidigung des Bildungswesens durch seine möglichst weitgehende wirtschaftliche Selbsterhaltung. Aber auch um des Erziehungssinnes willen ist sie notwendig. Kerschensteiner wirft der Volksschule vor: „sie ist auf die im Kindesalter noch sehr spärlich entwickelten intellektuellen Interessen eingestellt, während sie soziale und technische Interessen, die im Kindesalter absolut vorherrschen, völlig ignoriert. Ich erhebe mit vollem Bewußtsein diesen Vorwurf. Denn damit, daß die Schule soziale „Lehre" gibt oder in der Stellung ihrer theoretischen Aufgaben das praktische Leben als Hintergrund wählt, berücksichtigt sie in keiner Weise die sozialen und technischen Interessen des Kindes. Die wirklichen Interessen des Kindes schreien nach Handeln, nach praktisch-sozialem oder praktisch-technischem Handeln. Und nur im Handeln werden die Kulturgüter erarbeitet."

Leberecht Migge aber stellte dies Handeln ins wirkliche Leben: „Praktische Erzieherarbeit bedeutet: die Jugend vor die Tatsachen des Lebens stellen. Die wirklichen Lebenstatsachen sind die Anforderungen des Tages. Mit je weniger künstlichen Voraussetzungen und Umschreibungen die Jugend an die Erfüllung geht, um so erzieherischer wirkt das Leben: tatsächlich erzieht nur das Leben."

Dies „Leben" aber wird anders sein als das jetzt mit 14 oder 18 Jahren ohne Vorbereitung anbrechende Leben der „Kämpfer ums Dasein", es wird handelnd bezwungen in der Gemeinschaft, dort allein ist es nicht Zerstörer und Verderber jugendlicher Reinheit und Anlage, sondern ihr Vollender. Dann aber sind diese „Tatsachen des Lebens" nicht pädagogisch wertlos und zerstreuend, wie die Verteidiger der geschlossenen Schule der intellektuellen Züchtung immer wieder behaupten, sie stellen die Probleme, deren Lösung das Kind unmittelbar interessiert. Weshalb muß stets nur das Schema und Prinzip einer Sache in der Schule behandelt und dann

Digitized by Google

erst das „Beispiel" verkörperlichend herangezogen werden? Umgekehrt kann der Weg. Erst den einfachen Gegenstand des täglichen Gebrauchs herstellen und dann sein Wesen, eine Meinung, endlich ein Gesetz ableiten. Und weshalb praktisch wertlose Modelle, Gegenstände einer erdachten, spielerischen oder „schmückenden" Schönheit im Handfertigkeitsunterricht, soweit er falsch gegeben wird, herstellen, statt musterhafter Kleinmöbel, haltbaren Geschirrs, dauerhaft-schöner Kleidung usw.? Weshalb sollen nicht das Kind, seine Familie, die Schulwirtschaft aus dieser Schularbeit Nutzen ziehen, weshalb ist es schmählich und undenkbar, solche Schularbeit auch zum Vorteil der Schulfinanzen zu veräußern? Und weshalb soll die arbeitende Jugend nicht einen Anteil vom Gewinn erhalten? Sind wir nicht schon heute so weit, daß die Söhne und Töchter der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes die Schule und die Hochschule nur noch besuchen können, wenn sie erwerbstätig sind? In Zukunft werden sie es gar nicht können, wenn nicht die Oberstufen- und Hochschüler in Produktions- (und Konsumtions-)Gemeinschaften sich unter Ausschaltung des Wuchers aller parasitischen Zwischeninstanzen den größten Teil ihres Unterhalts selber verschaffen. Sonst wehe dir, deutsches Volk, die Söhne der Plutokratie, jeglichen Vermögensdeszendenz, werden deine Lehrer, Gelehrte und „Führer". Also weg mit den Vorurteilen gegen die praktische Versöhnung von Handarbeit und Geist! Die Not der Zeit wird solchen rückständigen Stubengelehrtenstolz hinwegfegen. Natürlich darf dabei nicht eine Zeit kommen, die eines neuen Agahd bedarf. Wir sind ja aber durch unser Wissen von Heim- und Kinderarbeit und -ausbeutung gewarnt und haben stets das pädagogische Ziel im Auge.

Wir werden im nächsten Menschenalter wenig auf fiskalische Munifizenz bei der Erweiterung unserer Schuleinrichtungen rechnen dürfen. Wie wir die neue Schule allmählich in Einzelbaracken, die den Unterricht freimachen werden, vor den Toren erstehen sehen werden, so wird diese Schule vielerlei Mobiliar und Apparate sich selber schaffen müssen, und dabei weit mehr Scharfsinn, weit mehr „wissenschaftliches Denken" erzielen können als die alte Schule der gelieferten, komplizierten Fertigfabrikate. Man muß — immer wieder sei es gesagt — nur den Wahn einsargen, daß unseres Volkes Stärke von der Quantität eingenommenen Schulwissens abhinge. Wenn die Geister nur elastisch sind und geübt, das Wesentliche an einer Aufgabe zu ergreifen, wenn der Wille nur stark ist, die Niveauunterschiede im Wissen lassen sich leicht ausgleichen, wer hat das nicht erlebt?!

In Garten-, Feld-, Hauswirtschaft streitet niemand um das Produktionsschulprinzip. Dort dünkt es allen a priori richtig. Weshalb sollte es in in der Schulwerkstatt falsch sein? Ist es nicht einleuchtend, wie bildend es ist, an einem Gebrauchsgegenstand die Wirtschaftlichkeit seiner Herstellung zu berechnen, Materialkunde zu betreiben usw. Wir können da von der Fachschule viel lernen. Hier allein kann Volkswirtschaftskunde ein-

Digitized by Google

setzen, von der Gewöhnung an die Schönheit einfachen Materials, natürlicher Linien, und von der Freude her an dem Persönlichkeitswert des selbstgefertigten Gewandes aus dauerhaft-schönem Stoff können Kitsch und Schund in Haus, Wohnung, Kleidung und Pseudokunst, kann die läppische Mode bekämpft werden. Volksgesundheit ist kein transzendentaler Prozeß, hier, in der Vergeistigung des Materiellen, setzt sie ein. Daher die Produktions-, nicht nur die Arbeitsschule. Sie erzeugt nicht nur Werkmeisternaturen, wie man gesagt hat, sie befreit die Menschen aus Einseitigkeit und Befangenheit. Jeder sollte ein Handwerk mindestens leidlich beherrschen lernen in seiner Jugend, sollte einmal wirtschaftliche Aufgaben gemeistert haben. Nachher, schon in den letzten Schuljahren, setzt die, eigener Wahl auf Grund der Selbstentdeckung entsprechende Spezialisierung ein, der „Geistige" wird dann in der Hauptsache in seinem wissenschaftlichen Mönchsdasein (mit Harnack zu sprechen!) aufgehen, nie aber kann er nun so weltfremd, weltverachtend, so hilf- und haltlos in der Welt und so überheblich aus Unkenntnis der Geistigkeit der Handarbeit werden, wie mancher aus der alten Schule stammende Gelehrte. Die neue Schule soll die Menschen reicher machen in sich selbst, sie brauchen dann weniger Reichtum im Materiellen.

Die gemeinschaftliche Handarbeit aus einem Gedanken heraus und oft nach einem Plan wird vieles erträglich machen, was unerträglich wurde, aber es nicht sein muß. Die Fabrikarbeit, die Arbeitsteilung in der Großindustrie, sie sind so unentbehrlich wie eine gewisse Einprägungsarbeit im Unterricht. Wie man die einmal nicht vermeidliche Memorierarbeit dann so raffiniert-ökonomisch wie möglich, mit der Stoppuhr in der Hand, bewältigen soll, so muß die Taylorisierung vieler Teilarbeit kommen, um der menschlichen Befreiung willen. Aber beides muß durch die Betroffenen gewollt werden (Rüstow: „Die Produktion als Lehrstoff der Produktionsschule" [1]), „dazu müssen sie das gemeinsame Arbeitsziel bejahen und das Bewußtsein des Sinnes der Arbeitsteilung haben: „daß jeder sich in ihr am rechten Platze, und daß jeder sich als Glied eines lebendig zusammenwirkenden Ganzen fühlt (Organbewußtsein).

Daraus ergeben sich einerseits grundlegende Forderungen an die tatsächliche Organisation der Arbeit und ihre wirtschaftlichen Voraussetzungen, die heute keineswegs erfüllt sind. Daraus andererseits die zentrale Aufgabe der Produktionsschule: der Arbeitsteilung Bewußtsein und Forderung ihres Sinns wiederzugeben, dem Fluch der Bruchstückarbeit den Segen der Gliedarbeit entgegenzustellen. Den pädagogischen Weg weist das biogenetische Grundgesetz: jeden einzelnen Schüler den Weg der Arbeitsteilung wiederholen zu lassen, den die Menschen von den ersten Anfängen

[1]) in Oestreich: „Zur Produktionsschule!", Verlag für Spezialwissenschaft Berlin SW 68.

Digitized by Google

handwerklicher Einzelarbeit bis zur heutigen Höhe arbeitsteiliger Technik gegangen sind. Das ergibt zugleich den notwendigen Kern einer Lehrstoffeinheit, ohne den die Organisationseinheit der Einheitsschule leere Form bleiben muß. Die daraus entspringende Vorforderung einer entsprechenden Aufbereitung des wirtschaftsgeschichtlichen Stoffes muß die Schule um so nachdrücklicher an die Wissenschaft stellen, je weniger sie bisher noch erfüllt ist. Erst wenn die Wissenschaft den Weg gebahnt haben wird, kann die Schule ihn gehen, inzwischen nur das Ziel ins Auge fassen und weisen. Von der Entwicklungsgeschichte der menschlichen Zusammenarbeit, die in Arbeitsgang und Lehre das Rückgrat der Produktionsschule zu bilden hätte, führen dann Verbindungen nach allen Seiten: zu Technik, Naturwissenschaft, Mathematik, zu Wirtschaftsgeographie, Warenkunde, Berufskunde, zur Geschichte und endlich zur Philosophie und Ethik: zur Ethik der Arbeit, Verantwortung, Brüderlichkeit."

Wir sehen ein, wie hier die gemeinsame Arbeit, Werkarbeit in der Schule zur Einsicht in die Notwendigkeit, also zum Glück in der „Glied"-arbeit erziehen kann. Aber auch, daß von hier wahre Kameradschaft und wahres erlebtes Führertum, nicht das einseitig wortmacherische der Intellektualisten, ausgehen kann. Führertum kann wortkarg sein.

Man kommt in Versuchung, die fundamentale Wichtigkeit des Produktionsprinzips durch alle Bereiche der „Schule" unserer Definition zu verfolgen. Das wäre überaus denkbar, würde hier aber zu weit führen. Ich verweise auf die von mir unter dem Titel: „Zur Produktionsschule!" herausgegebenen Dispositionen zahlreicher Mitstreiter. Karl Götze sagt dort: „der lastende Druck unserer Geschichte läßt uns aus einem Lernvolk ein Tatvolk werden. Nicht der wissende, der „allgemein gebildete" Mensch, der gestaltende Mensch ist unser Ziel. Wir wollen dieses Ziel, weil hier Begabung und Wille zum Schaffen an der Welt als Objekt unseres Tuns die Widerstände erfahren, die allein die Steigerung und Bildung unserer Kräfte herausfordern und gewährleisten. Es kommt darauf an, daß schon die Kinder „schwimmen" lernen und im Schwimmen erleben, wie der Widerstand der Elemente zu besiegen ist." Und „die Elternschaft, die abseits von dem inneren Betriebe der Schule die Kinder die Schule „besuchen" läßt, wird zu der Einsicht geführt werden müssen, daß mit der Gestaltung der Schule zur Produktionsschule Aufgaben gestellt werden, die ohne ihre Mitwirkung nicht zu lösen sind. Die Familie, die Organ der Konsumtion geworden ist, hat ihren produktiven Charakter eingebüßt. Die Schule als Lebensgemeinschaft hat die produktiven Kräfte, die einst im Leben der Familie ihren Spielraum gefunden haben, aufzunehmen und für ihre Gemeinsamkeit zu werten."

Die Produktionsschule allein kann diese Gemeinschaft und ihre Produktivität ganz vom künstlerischen Eros durchdringen lassen. Hilker

Digitized by Google

sagt dazu: „Nicht Schönheit ist das allgemeine Ziel, nach dem die Kunst zu streben hat, sondern Wahrheit; Wahrheit in der Auffassung und Wiedergabe dessen, was als reinster und einfachster Ausdruck einer Zeit, eines Volkes, einer Kulturbewegung sich darstellt. Kunst ist endlich nicht das Eigentum oder Privileg einer bevorzugten oder besonders veranlagten Klasse von Menschen, sondern Allgemeingut und Allgemeingabe des ganzen Volkes und aller Völker. Es darf darum keine Sonder- oder Luxuskunst geben, die nur für einzelne Gesellschaftsklassen bestimmt ist. Kunst muß allgemein verständlich, Ausdruck des allgemeinen Volksempfindens, Zusammenfassung aller darin wirksamen Kräfte sein." „Die Pflege des Gestaltungstriebes beginnt schon in den ersten Kinderjahren. Modellieren, rhythmische Gymnastik, Zeichnen, Malen, Singen, Spielen und Tanzen sind Ausdrucksformen der verschiedenartigsten Erlebnisse und Darstellungsvermögen. Das Modellieren dient dem Ausdruck des Raumgefühls; die rhythmische Gymnastik, die sich in den Anfängen mit Vorliebe auf Spiel- und Kinderbilder stützen wird, fügt zum plastischen Gefühl des Körpers das rhythmische Gestalten; Gesang- und Zeichenunterricht pflegen die musikalische und zeichnerische Wiedergabe des Erlebten; Farbensinn und Farbenfreude betätigen sich in Buntstiftzeichnungen, Farbenschnitzelkompositionen und Tuschphantasien.

Vom triebhaften Zwang nach schöpferischer Gestaltung zum bewußten primitiven Kunstschaffen führt die Arbeit in den Werkstätten der Produktionsschule. Der junge Handwerker begnügt sich nicht, dem Gegenstande, an dem er arbeitet, die Form zu geben, die seinem Zwecke oder seiner Stofflichkeit entspricht, er geht über die Zweck- und Werkform hinaus zur Kunstform, indem er seiner Phantasie freies Spiel läßt, die nüchterne Form mit ornamentalem Schmuck zu zieren oder rhythmisch lebendig zu gestalten. Im Handwerk legt auch der künftige Maler, Bildhauer oder Architekt den Grund zu seiner künstlerischen Tätigkeit. Seine weitere Ausbildung ist Sache der Fachschulen.

Nachschaffendes und schauendes Kunsterlebnis aber vereinigt die ganze Schule zu regelmäßig wiederkehrenden Feiern, die in schlichter Form als Deklamation, Musikvortrag, Reigen oder Tanz, Anfang und Ende der Wochenarbeit festlich umrahmen oder an den alten Festzeiten des Jahres, zu Ostern, Johannis, Weihnachten, im Fasching, zu großen Schulfeiern, zum Frühlings-, Sonnenwend-, Weihnachts- und Karnevalsfest sich erweitern. Alle Künste, Musik, Deklamation, Theater und Tanz, vereinigen sich bei solchen Gelegenheiten zu einem großen Akkord der Gemeinschaft und der Lebensfreude."

Wir sehen, wie anders hier die Wirkung wird. Die künstlerischen Fächer, man registrierte sie bisher als „technische", steigen bestimmend, Lebensfarbe, Schönheit, Klangfülle spendend in den Lebenskreis empor.

Digitized by Google

Der Körper erhält eine andere Wichtigkeit. Im Licht des Lebens, in der Arbeit in der Schule, in allseitiger Beanspruchung wächst er ungeschädigter heran und erfährt seine Vollendung, erlangt seine höchste Beherrschung und Ausdrucksfähigkeit durch rhythmische oder turnerische Ausbildung (siehe Müller: „Rhythmische Gymnastik" in „Zur Produktionsschule").

So würde die Lebens- und Produktionsschule, wie ich sie in der Zukunft erschaue,[2]) wie sie Stück für Stück unter Schmerzen die Not der Zeit gebären wird, tatsächlich „Jedem seine Schule" geben, sich ihm leitend fügen. Das „höchste Sein" und die „höchste Leistungsfähigkeit" des einzelnen würde sie zu entfalten vermögen und ihn durch diese in der Arbeit, in der Produktion vollzogene Selbstentfaltung wohlvorbereitet und mit Gemeinschaftsbildung zu seinem Beruf führen. Sie würde — um auch hier Ernst Hierl, dessen Bücher „Lehrer und Gemeinschaft" (Verlag Neuer Mercur), und „Die Entstehung der neuen Schule" (Teubner) ich sehr warm empfehlen möchte, das Wort zu geben — „den Schulzwang des 19. Jahrhunderts in eine selbstverständliche Lebenshilfe verwandeln."

Diese Einheitsschule ist elastisch auch in der lokalen Anpassung. Sie faßt die am Orte befindlichen Bildungskräfte zusammen, um den gleichen Kern, aber mit verschieden reichem Rankenwerk. Sie strahlt von selber in eine gleichartige Volksschule hinüber. Kleinere Orte müssen mit Hilfe geeigneter Verkehrsmittel zu ihrer Bildung zusammengefaßt werden, sie erlaubt dann ohne Gefährdung der Hauptbildungslinie jede Umschulung, die nur die akzessorischen Bestandteile beeinflußte. Diese Schule machte die Menschen gleichfalls elastisch, den Lebensverhältnissen gegenüber sicher und umstellbar, weil sie im Besitz ihrer Fähigkeiten und unverbildet, weil ungezwungen wären. Das Elend der aus der Konjunktur gefallenen Anwärterscharen wäre unmöglich, der vielseitige, lebenskräftige Mensch kann sich den Aenderungen der materiellen Konjunktur tatkräftig anpassen, während heute der „Gebildete" der Starrste und Abhängigste ist. Diese Schule würde die höchst-denkbare Verzinsung des „Nationalwahlstandes" ermöglichen, einmal weil ihre Zöglinge diesen Begriff anders umreißen, dann weil sie nicht auf „Stellen" warten, sondern sich Stellen schaffen, dann weil sie arbeits-ökonomisch und -organisatorisch die höchste Schulung und das größte Verständnis besitzen würden. Solch Jugendleben würde eine Volksverschmelzung und eine neue Volksbeseelung zur Folge haben. Die Jugendbewegung, soweit sie nicht Greisenköpfe auf jungen Leibern trägt, will diese Schule, sie kämpft mit uns entschiedenen Schulreformern für sie. Dieser Jugendwille verbürgt unsere Volkszukunft.

Das Land kann allein auf diesem Wege zu seiner Schule kommen, die Siedlung zu der ihrigen. Mit Befriedigung las ich in diesen Wochen in

[2]) Siehe: Oestreich: „Die elastische Einheitsschule, Lebens- und Produktionsschule." Verlag C. A. Schwetschke & Sohn, Berlin W 70, im Druck.

Digitized by Google

einer Zeitung der Rechten (Deutsche Zeitung, 2. März 1921: Dr. Stieger: „Und das Landvolk"), die Forderung des Kindergartens vom dritten Lebensjahre ab, des Abrückens der Dorfschule vom städtischen Schema, von Arbeit und Spiel in der Schule, der Ausdehnung der Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahre usw. „Ein Erdenrest zu tragen peinlich" blieb darin, aber der Richtungspunkt war erfaßt und ganz unterschreibe ich: „Die Welt hängt daran, daß diese Entscheidungsstunde nicht verpaßt wird" (nämlich vom ganzen Volke, nicht nur — wie dort gemeint war — vom Landvolk!).

Aber bisher siegt die Beharrung, man lobt das Alte und spottet derer, die von einer Entscheidungsstunde für unser Volk sprechen und die Fichte und Pestalozzi wieder wachrufen. So gilt es, Schritt für Schritt in unendlich langsamer Arbeit das Terrain zu gewinnen. Keime treiben an vielen Orten, ich kann auf Hamburg, auf die Neuköllner Gartenarbeitsschule, auf Seinig, auf das Lankwitzer Montessoriheim, auf Leipzig, Dresden, Mainz, Frankfurt a. M. und manches andere hinweisen. Kein Mensch könnte und dürfte versuchen, für eine solche elastische Lebens- und Produktionsschule einen Normal-Arbeits-, Stunden-, Pensen- und Lehrplan aufzustellen oder ihren Methoden festzulegen. Das Neue muß werden und wachsen. Es wäre starr und tot wie das Alte, wenn es fertig wäre. Es soll ja mit der noch ungeborenen Zeit verbrüdert sein. Den Gesamtgedanken des Bauplans schauen wir, seine Einzelprägung muß lokal erfolgen. „Pensen im alten Sinne — außer gewissen Absteckungen für den Minimal- bzw. Kernunterricht werden hoffentlich uns erspart bleiben. Die Pensen knebelten und erdrückten uns ja. Aber mit der Arbeit, nun allen Stoff einmal zu sichten daraufhin, wie er auf Kern- und Wahlunterricht zu verteilen sei, mit Vorschlägen zu praktischer Gestaltung des Produktions- und Erlebnisunterrichts muß allerdings sofort begonnen werden, ist bereits begonnen worden. Wenn die Kräfte reichen, wird vielleicht bald ein größeres Werk es unternehmen, die Fächer — wenn auch zunächst nur in großen Zügen — in diesem Sinne zu durchmustern und Schule und Elternhaus über die „Erziehung", wie wir sie begreifen, zu beraten. Einzelversuche in Abhandlungsform, wie sie unser Kreis im Arbeitsübermaß sich abringen konnte, liegen schon vor: zum Geschichtsunterricht: Kawerau, Soziologischer Ausbau des Geschichtsunterrichts (Verlag Neues Vaterland), und Ausländer (Geschichte) und Wuessing (Soziologie) in der „Entschiedenen Schulreform" (Erich Reiß Verlag, Berlin);

zum Sprachunterricht: Schönbrunn, „Die Erziehung zum kritischen Denken bei der Lektüre lateinischer Klassiker" (Verlag Neues Vaterland, Berlin);

Digitized by Google

zum Deutschunterricht: Schönbrunn, „Das Erlebnis der Dichtung im Unterricht“ (Verlag Schwetschke und Sohn);
zum naturwissenschaftlichen Unterricht: Mies (in der „Schöpferischen Erziehung“, Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau), „Die Naturwissenschaften in der neuen Schule“. Die produktive Lösung des Themas „Schule und Fest“ behandelt Hilker in seiner schönen Abhandlung „Jugendfeiern“ (Verlag C. A. Schwetschke und Sohn). Endlich schrieb Karl Wilker ein wichtiges und ergreifendes Heft: „Fürsorgeerziehung als Lebensschulung“ (C. A. Schwetschke). Vielerlei anderes ist im Werden und regelmäßig spricht unsere Monatsschrift: Die neue Erziehung (C. A. Schwetschke und Sohn, Berlin). —

Die Zielidee wurde damit entworfen, die Aufgabe ist eine unendliche, sich ständig wandelnde und vertiefende, die immer erneut zu endlicher, wandelbarer Gestaltung zu kommen suchen muß und wird.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

LIBRARY OF THE
OCT 18 1921
UNIV. OF MICH.

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 505
Schmidt, Lloyd Georges Vorstoß 507
Sontag, Die Karriere Wojciech Korfantys 510
Quendt, Tardieus Buch über den Frieden 512
Bouton, Die amerikanische Politik und Deutschland 519
Eimer, Partikularismus in Reinkultur 523

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 28. Mai 1921 Heft 22

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Die Verhandlungen Deutschlands mit der Entente in lückenloser Sammlung

Soeben erscheint:

Kommentar zum Friedensvertrage

herausgegeben von

Professor Dr. Walter Schücking

URKUNDEN ZUM FRIEDENSVERTRAGE

von Versailles vom 28. Juni 1919

Zusammengestellt von

Dr. jur. Herbert Kraus und **Gustav Rödiger**

a. o. Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Königsberg

Geheimer expedierender Sekretär im Auswärtigem Amte

mit ausführlichem Sachregister

Erster Teil: XX und 768 Seiten — Steif broschiert 98 Mark

Zweiter Teil: X und 685 Seiten — Steif broschiert 92 Mark

In der Sammlung der „Urkunden zum Friedensvertrage" liegt die erste vollständige Zusammenfassung des urkundlichen Materials vor, das aus Anlaß des Friedensschlusses zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten entstanden ist. Alle Dokumente sind hier zum erstenmal fehlerfrei und im endgültig authentischen Wortlaut abgedruckt. Eine größere Reihe von Aktenstücken wird in diesen Bänden überhaupt zum erstenmal der Öffentlichkeit übergeben.

Die Sammlung bildet eine unentbehrliche Ergänzung zum Friedensvertrage und wird für jeden, der sich theoretisch oder praktisch mit dem Vertrage zu beschäftigen hat, insbesondere aber den Behörden, Banken, Industriegesellschaften, Rechtsanwälten usw. usw. ein wertvolles Hilfsmittel bei der Beurteilung aller mit dem Vertrage von Versailles im Zusammenhange stehenden Fragen sein.

Verlag von Franz Vahlen in Berlin W 9, Linkstr. 16, und Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

6. Jahrgang * 28. Mai 1921 * Heft 22

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Redeaustausch, der in London zwischen Lloyd George und Harvey vor sich ging, hat in dem Augenblick, da er sich ereignete, offenbar den Sinn, auf die erregte Stimmung der pariser Presse abkühlend zu wirken. Amerika sagt den Alliierten, was ihren Völkerbund betrifft, einige sehr unverblümte Offenheiten; aber Lloyd George ist gewandt genug, diese Stellen zu überhören, die auch eine Polemik gegen seine Versailler Politik sind, und seine Antwort auf Harvey so anzulegen, daß sie dem amerikanischen Publikum süß eingeht. Seit den verstimmenden Aufrichtigkeiten des englischen Botschafters in Washington, Sir Auckland Geddes, hat das britische Kabinett, in allen Fragen, die die Union berühren, große Zurückhaltung geübt. Wenn vermutet werden darf, daß amerikanische Einflüsse bei der sachlichen Formulierung der letzten Londoner Beschlüsse maßgebend gewesen sind, so bedeutet Georges Rede den Versuch, Amerikas Gefühle wieder an die angelsächsische Solidarität fest zu binden. Das ist aber zunächst nur eine Geste. Die sachliche Erprobung liegt bei den Entscheidungen, die beide Partner in den noch offenen Fragen des Stillen Ozeans zu treffen haben.

*

Die italienischen Kammerwahlen haben geringere Verschiebungen erbracht, als in Italien selber erwartet wurde. Vor allem haben die Sozialisten den Rückschlag nicht in dem Maße erlitten, als sie selber befürchteten; sie konnten sich dabei des Ansturms der Kommunisten ziemlich gut erwehren. Daß diese ziffernmäßig so erfolglos blieben, zeigt, wie vorsichtig man in der Bewertung der zahlreichen lokalen Revolten und Streiks sein muß. Die Gefahr für Giolitti ist nur dann ernsthaft vorhanden, wenn die katholische Partei gemeinsam mit der Linken ihn bedroht; aber dieser Kombination fehlen die Kräfte tragender Einheit, zumal noch nicht zu übersehen, wie innerhalb der Popolari sich konservative und demokratische Gruppen verteilen. Auf dem Montecitorio wird es jetzt, aus Südtirol, deutsche Abgeordnete geben!

Digitized by Google

In Bayern ist die Verlegenheit groß. Das Ministerium Kahr hat zwar eine Volksmehrheit hinter sich wie kein anderes parlamentarisches Kabinett in Deutschland, aber nun, da der Ernst der Verantwortlichkeit ihm immer näher rückt, wird auch der Konflikt deutlicher empfunden zwischen den überflüssig vielen Reden und Schützenfesten, mit denen man sich gebunden hat, und dem Gebot, die bayerische „Sonderart" unter die deutschen Gesamtbedürfnisse zu stellen. Daß die bayerische Entwaffnungsfrage beim Reichsministerium des Innern jetzt bei einem Sozialisten ressortiert, so taktvoll und besonnen gerade Dr. Gradnauer auch ist, kann psychologisch gewiß nicht als eine Entlastung gewertet werden; aber offenbar ist man in München dabei, den Ausweg zu finden, daß man eine Aenderung seiner Taktik schon längst geplant habe. Dann ist ja alles gut. Es wäre sinnlos, wenn die furchtbar ernste Reparationsfrage dauernd mit dieser Sache beschwert würde, die den Gegnern immerzu „Diversionen" erlaubt.

*

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben die Polen ihre Grenze Räte-Rußland gegenüber so gut wie ganz von Truppen entblößt. Die gesamte Heeresmacht ist an die Westgrenze geworfen worden. Außerdem sind die freiwilligen Truppen von Zeligowski in Wilna, die sich stark in Auflösung befinden, durch reguläre polnische Regimenter, besonders viel Kavallerie ersetzt worden. Diese offensichtliche Vertragsverletzung hat den litauischen Minister Puritzi veranlaßt, Lettland und Estland für eine gemeinsame Aktion zu gewinnen. In diesen Tagen fand in Riga eine Beratung der Minister des Aeußeren der genannten drei Staaten statt. Die spezielle Ursache bot ein Artikel in dem litauischen Regierungsblatt Lais., in dem behauptet wurde, daß im auswärtigen Ausschuß des polnischen Seims Andeutungen über mündliche Abmachungen zwischen Polen und Räte-Rußland gefallen seien. Nach ihnen sollte Polen Litauen als Einflußsphäre zugewiesen erhalten haben, während Räte-Rußland Estland und Lettland für sich beanspruchte. Mit dieser Meldung stimmt auch die Tatsache überein, daß sich in Kowno der bolschewistische Vertreter sehr zurückhält, während seine Kollegen in Reval und Riga eine sehr rege Tätigkeit entfalten. Für den Sommer haben sie nicht weniger als elf Villen am Rigaschen Strande gemietet, um ihr zahlreiches Personal, das in verschiedenen, Ministerien ähnlichen Abteilungen geordnet ist, unterzubringen. Sowohl in Riga, wie in Reval herrscht denn auch großes Mißtrauen gegen das Treiben dieser bolschewistischen Vertreter. Der Beschluß der Universität Dorpat, das Deutsche als Haupthilfssprache einzuführen und Russisch und Englisch nur in zweiter Linie zu berücksichtigen, steht vielleicht damit auch im Zusammenhang. Man will dem verdächtigen Treiben der Bolschewisten, die im Pleskauschen Gebiet, nahe der lettischen Grenze, große Manöver angesagt haben, nach Möglichkeit einen Riegel vorschieben, indem man sich energisch nach Westen orientiert.

Digitized by Google

Lloyd Georges Vorstoß

Von Axel Schmidt. 21. Mai 1921.

In der Pariser Presse und ihrer Filiale in Warschau ist ein großer Theaterdonner wegen Lloyd Georges Rede über Oberschlesien inszeniert worden. Es wird dem englischen Ministerpräsidenten gewaltig übelgenommen, daß er sich für die Unverletzlichkeit des Versailler Friedens ausgesprochen hat, in einem Augenblick, wo Deutschland allein davon Vorteil ziehen könnte. Die englische Presse ist die Antwort nicht schuldig geblieben. Ein Blatt hat sogar von „Faschoda-Stimmung" gesprochen. Wir Deutsche können uns gewiß freuen, daß endlich einmal von einer Ententemacht das Wort gefallen ist, daß der Vertrag den Siegern auch Pflichten auferlegt und England gewillt ist, diese fair zu erfüllen. Unserer Ansicht nach jedoch zieht Lloyd George aus diesem Grundsatz einen falschen Schluß, als er erklärte, daß nichts dagegen einzuwenden wäre, wenn die Deutschen in Oberschlesien ihre Rechte gegenüber den Korfantybanden selbst wahrnehmen würden. Erstens redet Lloyd George bei dieser Gelegenheit von der Abtrennung Rybniks und Pleß', obgleich die Abstimmung mit über 60 % sich für Deutschland ausgesprochen hat. Daß aber das Gebiet Oberschlesien nur ungeteilt lebensfähig ist, ist bis zur Abstimmung immer wieder von polnischer Regierungsseite betont worden. Aber ganz abgesehen davon hat die Entente durch die Besetzung Oberschlesiens die Verpflichtung übernommen, dort für Recht und Ordnung zu sorgen. Sie hat nicht einmal die Entschuldigung, durch den Korfantyüberfall überrascht worden zu sein, weil ihr von unserem Abstimmungskommissar vor Wochen schon ein langes Memorandum über polnische Umsturzpläne übergeben worden ist. Lloyd Georges Vorschlag stellt, das muß vorweg gesagt werden, für Deutschland keine Vergünstigung dar, sondern eine neue schwere Last, die wir nur nach Versagen der „siegreichen" Entente vor polnischen Räuberbanden im Interesse unserer oberschlesischen deutschen Brüder auf uns zu nehmen gezwungen wären. Dazu könnte er leicht den Anlaß bieten, daß die sowieso nur schwer zurückzuhaltende Empörung der oberschlesischen Deutschen sich zu einer Uebereilung hinreißen läßt. Damit hätte aber Frankreich trotz der Unterzeichnung des Ultimatums seinen heißersehnten Vorwand, um ins Ruhrgebiet seine weißen und schwarzen Truppen in Gang zu setzen.

Wie weit der französische Chauvinismus sich in den zwei Jahren nach Abschluß des Versailler Friedens hinaufgesteigert hat, geht aus der Tatsache hervor, daß Clemenceau als Ministerpräsident ganz

Digitized by Google

ähnliche Gedankengänge gehabt hat, wie sie jetzt vom englischen Ministerpräsidenten ausgesprochen worden sind. Im französischen Parlament hat nämlich damals Clemenceau auf eine Anfrage, warum man Deutschland nicht völlig im Versailler Frieden entwaffnet habe, geantwortet:

„Es könnte sein, daß Deutschland nach den Ergebnissen der Abstimmung, z. B. von Polen ungerecht angegriffen wird. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Blut keines einzigen französischen Soldaten für Deutschlands Verteidigung vergossen werden darf. Dann aber muß man billigerweise Deutschland sein elementares Recht lassen, sich selbst zu verteidigen."

Gewiß ist Lloyd Georges Rede darauf zurückzuführen, daß die Londoner City glaubt, die wirtschaftlichen Folgen der französischen Desperado-Politik nicht mehr länger aushalten zu können. Der letzte Grund des schon Wochen dauernden Kohlenstreiks in England ist doch darin zu suchen, daß die englische Kohle auf dem Weltmarkt durch die deutsche Kohle unterboten wird, die Frankreich und Belgien uns durch das Spaer Abkommen abgepreßt haben.

Das war der Anfang des französisch-englischen Zwischenspieles. Inzwischen sind beide Partner nicht müßig geblieben. Briand hat in der französischen Presse nicht nur die Angriffe fortsetzen lassen, zumal Lloyd George in einem Bericht an die englische Presse seine Auffassung über Oberschlesien noch einmal wiederholt hat, sondern er hat auch England durch die Warschauer Regierung eine Antwort geben lassen. Die englische Regierung hatte nämlich am Quai d'Orsay anfragen lassen, wie sich die französische Regierung zum Einmarsch deutscher Reichswehr in Oberschlesien zur Bekämpfung der Korfantybanden stellen würde. Hierauf hat der polnische Ministerpräsident Witos unter großem Jubel des polnischen Seims mitgeteilt, daß Frankreich die polnische Regierung habe wissen lassen, daß „kein deutscher Soldat den Boden Oberschlesiens betreten" werde. Dafür aber verlangte Frankreich, und diese Forderung hat in Polen wenig Freude hervorgerufen, daß die polnische Regierung mit allen Mitteln dazu beitragen müsse, die Korfantyangelegenheit abzubauen.

Jedoch auch die englische Regierung ist nicht müßig geblieben. Sie soll zwei Regimenetr am Rhein für Oberschlesien marschbereit gemacht haben; vor allem aber hat sie sich mit Amerika, wie es scheint, nicht nur über Oberschlesien, sondern auch über Völkerbund und andere europäische Dingen verständigt. Nach den Trinksprüchen zwischen Lloyd George und dem neuen amerikanischen Botschafter in London, Oberst Harvey, zu urteilen, will man fürs erste wenigstens Amerikas und Englands Politik parallel laufen lassen.

Digitized by Google

Der amerikanische Botschafter hat sogar auf die oberschlesische Frage direkt Bezug genommen, indem er erklärte:

„Der Präsident fühlt sich verpflichtet, mit den Völkern der Welt für den Frieden der Welt zusammen zu arbeiten, aber er würde der letzte sein, der sich in Dinge hineinziehen ließe oder in ihnen mitwirken würde, die sein Land nichts angehen. Aber er sieht in erster Linie, daß die Vereinigten Staaten größtes Interesse an der gerechten Beilegung von Streitfrage haben, die zur Zeit diskutiert werden, die Bedeutung für die ganze Welt haben und an deren Lösung er mitzuwirken wünscht. In Uebereinstimmung hiermit werde ich von meiner Regierung beauftragt, im Obersten Rat an der Lösung der schlesischen Frage teilzunehmen und den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu vertreten."

Letzte Klarheit wird man natürlich erst haben, wenn Briands Antwort auf die Interpellation Tardieus vorliegen wird, was bis zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben sind, nicht der Fall war. Aber wenn sich auch Lloyd George sehr festgelegt hat, so darf nicht übersehen werden, daß Frankreichs Position bisher stets die bessere war, weil es, wie Brennus das Schwert in seine Wagschale werfen konnte. Dazu kommt, daß zwar die italienische öffentliche Meinung augenblicklich infolge der italienischen Verluste in Oberschlesien stark antipolnisch gestimmt ist; aber der italienische Minister des Aeußeren, Sforza, ist bisher stets auf den Konferenzen für Kompromisse eingetreten, die Frankreich günstig waren. Alles wird also davon abhängen, ob Amerika jetzt wirklich gewillt ist, den von Wilson eingenommenen Schmollwinkel zu verlassen und im europäischen Spiele wieder mitzuspielen, natürlich nicht aus Deutschfreundlichkeit, sondern weil es sich gute wirtschaftliche Aussichten sichern will. Wenn auch Harding Simons Vorschlag ablehnte, in der Ultimatumsfrage den Schiedsrichter spielen, so kann heute der Eintritt Amerikas in die europäische Politik die Kräfteverhältnisse zuungunsten Frankreichs verschieben und daher von größter Bedeutung für die fernere Entwicklung der Politik sein.

Digitized by Google

Die Karriere Wojciech Korfanty's

Von Kammergerichtsrat Dr. Sontag, Berlin

Wojciech (Albert) Korfanty war nicht nur bis vor kurzem polnischer Plebiszit-Kommissar für die Abstimmung in Oberschlesien, ist nicht nur an der Spitze einer polnischen Delegation nach Paris gefahren, um dort die Ansprüche Polens auf Oberschlesien zu vertreten, sondern er ist auch die Persönlichkeit, welche von den Drahtziehern in Warschau vorgeschoben ist, um sich an die Spitze des polnischen Aufstandes in Oberschlesien zu stellen. Es verlohnt sich deshalb wohl, sich mit ihm, der jetzt im Mittelpunkt der großen Politik steht, in Ansehung seiner Herkunft und seines Werdeganges etwas näher zu befassen.

Korfanty ist als der Sohn eines einfachen Bergmanns in Sadzawka, einem Vorort von Laurahütte, geboren. Er stammt aus einer deutschgesinnten Familie. Sein Onkel, der alte Korfanty aus Przelaika, legte stets, wenn er zur Kirche oder aufs Gericht ging, alle Kriegsdenkmünzen an, die er in den Kriegen Preußens sich erworben hatte.

Da Albert Korfanty ein begabter Knabe war, so besuchte er mit geistlichen Stipendien das Gymnasium in Kattowitz. Insbesondere förderte ihn der um das Deutschtum in Oberschlesien ebenso wie um seine Kirche hoch verdiente, vor einigen Jahren verstorbene Erzpriester Schmidt in Kattowitz. Diesem hat er später mit Undank gelohnt, indem er ihn in seinem Blatte auf das heftigste angriff. Bereits in den oberen Klassen des Gymnasiums beteiligte sich Korfanty an polnischen politischen Umtrieben und wurde dieserhalb von der Schule relegiert. Er nahm dann eine Stelle als Hauslehrer bei dem Revisor des Kattowitzer Landratsamtes an, einem Manne, der im Deutschen Ostmarken-Verein in Kattowitz eine Rolle spielte. Später kam er in den Einflußkreis des bekannten polnischen Güterschlächters Marcel Biedermann in Posen. Um 1900 erging auf dem östlichen Gütermarkt die Parole, es sei rentabel, in Schlesien zu kaufen. So entstand in Beuthen die „Spolka parcelaccyna", und bald drängten die Posener Institute, insbesondere die „Bank parcelaccyna", nach Schlesien, und auch die Spekulation suchte sich dieses Gebietes zu bemächtigen. In Oberschlesien herrschte damals unter den Polen große Unzufriedenheit, weil sich ihr Führer Adam Napieralski mit dem Zentrum verbunden hatte. Plötzlich kündigte der polnische demokratische, in Galizien erscheinende „Przeglad wszechpolski" das Auftreten neuer Kräfte in Oberschlesien an und der „Dziennek Berlinski", das Berliner Polenblatt, sekundierte diesem Treiben. Der also neu angekündigte Mann war der polnische Student Albert Korfanty, der in scharfen Reden gegen

Digitized by Google

das Zentrum und Napieralski auftrat und rasch Anhang gewann. Diese Situation nützte Biedermann aus und gründete in Kattowitz eine Filiale seiner „Praca", die sich dauernd mit den oberschlesischen Dingen befaßte. Korfanty aber trat zu ihm in das Verhältnis eines — wenn man so sagen darf — Ober-Akquisiteurs. — 1902 gründete Biedermann ein rein oberschlesisches demokratisches Polenblatt, den „Gornoslazak" (d. h. „Der Oberschlesier"), in dem Korfanty Redakteur wurde.

Mit einer eigenen Druckerei brach Korfanty zusammen, geriet in Schulden, mußte den Offenbarungseid leisten und ließ sich wiederholt wegen kleinerer Beträge vor dem Amtsgericht in Kattowitz verklagen. So entsinne ich mich der Klage eines Krakauer Studenten gegen Korfanty wegen 20 M. Honorar für Uebersetzung eines Kolportageromanes, welchen Prozeß Korfanty mit dem Eide beendete, daß er für „Die Liebe der Negerin" 20 M. bezahlt habe.

Auch an der ziemlich unklaren, zwischen galizischen und oberschlesischen Polen sich abspielenden Wald-Transaktion „Silvana" beteiligte sich Korfanty.

Schon damals erzielte er bei der politisch völlig ungebildeten, auf einem unglaublich naiven Niveau stehenden ländlichen Bevölkerung Oberschlesiens einen Teil seiner Erfolge damit, daß er bei seinen Volksreden sagte: „Brüder, wenn Ihr mich zum Abgeordneten wählt, werde ich dafür sorgen, daß hier auf unserer Väter Erde jeder von Euch ein Stück Land, ein Häuschen, zwei Schweine und wenigstens eine Kuh haben wird." Die Brüder wählten ihn, aber auf die Schweine und die Kuh warteten sie vergeblich. Wenn sie ihm trotz der Enttäuschungen treu blieben, so lag das daran, daß er ihnen Wunder was von den Herrlichkeiten erzählte, die ihnen allen bevorstehen würden, wenn erst das Königreich Polen (damals war er noch für ein Königreich) wieder errichtet sein würde. Zu diesem Königreiche müsse nicht nur Posen und Westpreußen gehören, sondern auch Danzig, Königsberg und Breslau. Dann würden sie alle reich sein und keiner brauchte mehr viel zu arbeiten.

So war Korfanty also alle die Jahre vor dem Kriege schon ein ganz zielbewußter und ausgesprochener Nationalpole. Dieses muß deswegen betont werden, weil er es fertig bekommen hat, sich nach Kriegsbeginn in den Dienst Erzbergers zu stellen und für diesen, den damaligen Chef der deutschen Auslands-Propaganda, Artikel zu schreiben, die selbstverständlich nur den deutschen Standpunkt vertraten und den deutschen Interessen dienen konnten. Das Auswärtige Amt hat aus seinen Akten eine Quittung herausgegeben, in der Korfanty unter dem 1. Oktober 1914 über 400 M. quittierte, die er von dem Abgeordneten Erzberger für literarische Arbeiten erhalten hat. Weitere solcher Quittungen sind dortselbst auch noch vorhanden.

Digitized by Google

Es wäre ja an sich denkbar, daß jemand, der in Opposition gegen die deutsche Regierung gestanden hat, angesichts der Kriegsnot seinen Standpunkt wechselt, aber diese ehrenvolle Erklärung kann für sich nicht in Anspruch nehmen, wer seit seiner Schulzeit National-Pole ist, wer für die Wiedererrichtung des Königreiches Polen seit Jahren gekämpft hat und genau weiß, daß diese Wiedererrichtung nur auf den Trümmern Deutschlands möglich war. Es bleibt also keine andere Erklärung, als daß Korfanty mit seiner Arbeit für das Auswärtige Amt auf beiden Achseln getragen hat. Dessen möge sich die Entente erinnern, wenn sie jetzt seine Berichte über Oberschlesien auf ihre Zuverlässigkeit zu prüfen hat.

Die unselige Bestimmung des Versailler Friedensvertrages, daß Oberschlesien abstimmen müßte, hat dann den Stern Korfanty's rasch und ungeahnt steigen lassen. Mit welchen Mitteln er in Oberschlesien die polnischen Interessen glaubte fördern zu sollen, wie unter seiner Aegide Verhetzung und Aufreizung, organisierter Schrecken und Gewalttat emporgeschossen sind, darüber haben die Tageszeitungen ausreichend Auskunft gegeben. Nur das sei als Charakteristikum erwähnt, daß das Versprechen der Kuh in den Stall, mit dem er seit 1901 bereits seine Hörer geködert hat, auch jetzt im Abstimmungskampfe wieder von ihm benutzt worden ist, so daß die Kinder in Oberschlesien bereits allgemein den Auszählvers singen:

X für U
Korfanty's Kuh,
Korfanty's Esel,
Das bist du.

So mißlich alles Prophezeien sonst ist, das darf jedenfalls gesagt werden, daß der Stern einer solchen Persönlichkeit wie Korfanty ebenso rasch verbleichen wird, wie er emporgestiegen ist. In der Geschichte Oberschlesiens aber wird sein Name einst als der eines der unheilvollsten Söhne des Landes fortleben.

Tardieus Buch über den Frieden

Von Dr. Eugen Quendt

Vergegenwärtigt man sich, mit welcher Energie das französische Volk trotz vorübergehender teilweiser Entmutigung, trotz der jahrelang ungünstigen Kriegslage, trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bis zum Siege durchgehalten hat, so begreift man, daß es über den Frieden enttäuscht ist. Denn um in dieser Weise durchzuhalten, mußte man die feste Hoffnung hegen, daß nach so vielen Opfern und Entbehrungen der Endsieg alles ausgleichen, eine Art Tausendjähriges Reich, eine bessere Zeit bringen würde. Diese Hoffnung hat sich nicht verwirklicht. Das Land ist enttäuscht

Digitized by Google

und entmutigt, und es ist verständlich, daß man nach dem Schuldigen fragt. Und da die meisten, die so fragen, Soldaten gewesen sind, so ist es ebenso verständlich, daß sie, wie einst Blücher nach dem Wiener Kongreß, die Diplomaten beschuldigen. Es ist die Tragik der Soldaten, daß allerdings das Schwergewicht der Ausführung eines Krieges ihnen zufällt, daß sie bei der Festsetzung der Ergebnisse seiner Mühen nicht beteiligt, ja ausgeschaltet sind.

Der Mann der Tat und Gewaltanwendung, der seiner Natur nach nur den Krieg sieht und stets bereit ist, den natürlichen Unvollkommenheiten jedes Friedenszustandes mit neuen Taten abzuhelfen, kann keine Empfindung dafür haben, daß politische Möglichkeiten und Gesichtspunkte, die schon einen dauernden Friedenszustand in Betracht ziehen, mit militärischen sich nicht decken. Die natürliche Folge ist, daß die Männer, die den politischen Friedenszustand herstellen, desto schärfer angegriffen werden, je weniger dieser den Erwartungen der kämpfenden Nation entspricht. Und ebenso natürlich ist es, daß alle Parteien oder Kliquen, die den regierenden Kreisen aus irgendwelchen Gründen Opposition machen, diese Enttäuschung für ihre Oppositionszwecke ausnutzen. Das Buch, in dem André Tardieu seine im Jahre 1920 in der „Illustration" erschienenen Aufsätze gesammelt, hier und da, vor allem zu Anfang und Ende, erweitert und kürzlich mit einer aus dem September vorigen Jahres datierten Vorrede Clemenceaus unter dem Titel „La Paix" bei Payot, Paris, hat erscheinen lassen, ist als eine Verteidigung gegen diese Angriffe gedacht. Es ist ein starker Band von 520 Seiten, erzählt ausführlich und unter Beibringung zahlreicher Dokumente, wie die einzelnen Teile des Versailler Vertrages zustande kamen und bemüht sich um den Nachweis, einmal, daß der Vertrag der beste ist, der unter den obwaltenden Umständen möglich war, sodann, daß er keineswegs so schlecht ist, wie man ihn gemacht hat, und daß die politischen Enttäuschungen, die seinem Abschluß gefolgt sind, nicht auf ihn, sondern auf die verkehrte Politik, die man nach dem Rücktritt Clemenceaus eingeschlagen hat, zurückzuführen sind.

Ungerecht, wie Deutschland, wie der im ganzen Buch mit den bittersten Bemerkungen bedachte Keynes, wie viele Angelsachsen und eine französische Minorität, „die ihre Begriffe von Gerechtigkeit aus Moskau erhält", behauptet haben, ist der Vertrag nicht. Fünfzig Jahre lang hat Deutschland den Krieg vorbereitet, nach dem ungerechten Frankfurter Gewaltfrieden hat es Frankreich ständig zu isolieren gesucht. Als die Vorgänge von 1905, 1906, 1908, 1909, 1911 ihm bewiesen, daß Europa entschlossen war, sich die deutsche Vorherrschaft nicht länger gefallen zu lassen, hat es auf die Lösung durch den Krieg hingearbeitet. Alle Möglichkeiten, 1914 den Krieg zu verhindern, hat es sabotiert. Noch vor der Kriegserklärung hat es die französische Grenze überschritten; ist es ungerecht, daß dem Angreifer der

Digitized by Google

Frieden diktiert wird? Ungerecht ein Friede, der die Bestrafung der Verantwortlichen verlangt, der jahrhundertelang unterdrückte Völker befreit, der keinen einzigen Menschen, der nicht seit langem mit Herz und Verstand Franzose war, unter französische Herrschaft brachte, der alle Kriegskosten, also 66% der Summen, die Deutschland gerechterweise hätte zahlen müssen, den Siegern zur Last läßt? Danzig, Polen, Böhmen? Man mußte wählen zwischen den Verpflichtungen, die man während des Krieges zugunsten der historischen Opfer Deutschlands eingegangen war und der Abtrennung deutscher Minderheiten, die Deutschland als Träger seiner Herrschsucht in nichtdeutschen Gebieten angesiedelt hatte. Ueberall, wo es möglich war, haben Volksabstimmungen stattgefunden. Die Minderheiten sind vertraglich geschützt worden.

Unausführbar? Drei Druckseiten braucht Tardieu, um alle die territorialen, politischen, militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages aufzuzählen, die bereits ausgeführt sind. Die Reparationen, die er auf 350 Millionen beziffert, auf einmal auszuführen, war unmöglich. Pfänder? Frankreich hält das linke Rheinufer besetzt. Nur 15 Jahre? Irrtum. Denn wenn nach 15 Jahren die alliierten und assoziierten Regierungen die Garantien gegen einen nicht provozierten Angriff Deutschlands für unzureichend halten, kann nach Schlußabsatz von § 429 die Räumung der Besatzungstruppen bis zur Erlangung dieser Garantien hinausgeschoben werden. Als solche Garantien aber kamen in Betracht: der Völkerbund und der englisch-amerikanisch-französische Schutzvertrag. Ist eine von diesen beiden hinfällig, was seit dem Votum des amerikanischen Senats der Fall ist, so sind die Garantien eben nicht zureichend. Die Räumung kann also, selbst wenn Deutschland seine finanziellen Verpflichtungen erfüllt, hinausgeschoben werden. Ohne englisch-amerikanischen Garantievertrag keine Räumung. Diese Auffassung, diese Entschlossenheit, das linke Rheinufer nicht nach fünfzehn Jahren zu räumen, sind an allen einschlägigen Stellen des Buches festgehalten.

Man hat dem Vertrag ferner vorgeworfen, daß er die Erstattung der Kriegskosten ausschlösse, aber das war der Wille der Amerikaner und bei solcher Rechnung wäre der Anteil Frankreichs an der Gesamterstattung noch geringer gewesen, was man unter allen Umständen hätte vermeiden müssen. Eine Liquidation des gesamten deutschen Volkseigentums war nicht möglich und wo hätte man Käufer gefunden? Man hat sich über die dreißig Annuitäten beklagt, aber 1921 hat man sich mit 42 einverstanden erklärt. Man habe bedauert, daß der Vertrag keine Solidarität der Alliierten zur Regelung der Kriegskosten ausgesprochen hat, aber wie hätte man Amerika, Japan, die Dominions bewegen können, für die anderen zu zahlen, und

Digitized by Google

widersinniger Weise waren es gerade die heftigsten Bekämpfer der Völkerbundsidee, die diese Solidarität haben wollten. Man hat bemängelt, daß der Vertrag die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands nicht bestimmt festsetzte, aber bei einem Forfait wäre, wie ausführlich dargelegt wird, Frankreich schlecht gefahren, es hätte sich alle Möglichkeiten, an Deutschlands künftigen Wohlstand zugunsten seiner Geschädigten zu partizipieren, entgehen lassen, es hätte seine Schäden voreilig und ohne die Kosten der Wiederherstellung zu kennen, festsetzen müssen.

Der Frieden sei *unzureichend*? Ueber die Waffenstillstandsbedingungen habe kein anderer als Foch entschieden, die Rheinlandklauseln hat Foch gebilligt, die deutsche Einheit, die keineswegs künstlich, sondern das Ergebnis einer organischen Entwicklung war, hätte man nicht zerschlagen können. Der Frieden sei ein *angelsächsischer* Frieden? Frankreich hätte während der Verhandlungen ständig nachgegeben? Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Die Angelsachsen sind für eine fast sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund gewesen, Frankreich forderte, daß es nicht eher aufgenommen werde, als bis es durch die Ausführung seiner Verpflichtungen seinen guten Willen dargetan hätte und § 1 des Vertrages wurde entsprechend gefaßt. England und Amerika waren mit der von Frankreich geforderten Unabhängigkeit und verlängerten Besetzung der Rheinlande nicht einverstanden, nach dreimonatiger Verhandlung setzt Frankreich die Besetzung auf 15 Jahre mit dem Recht, diese Frist zu verlängern, durch. Die englische Sachverständigen verlangten, daß Frankreich die elsaß-lothringische Schuld übernehme, und waren gegen die provisorische Vereinigung Straßburgs mit Kehl, die Franzosen überwinden diese Widerstände, so daß alle Bestimmungen hinsichtlich Elsaß-Lothringen den Charakter der völligen Restitution unterstreichen. Gegen den Widerstand Wilsons, der Frankreich aus den Saarkohlenbergwerken nur den Ausfall der französischen Produktion zuerkennen will, erlangt Frankreich völliges Eigentumsrecht an den Bergwerken mit weitestgehenden Garantien für die Ausbeute. Frankreich verlangte, daß die 1815 von ihm getrennten Franzosen des Saargebiets wieder zu Frankreich kommen. England und Amerika sind zunächst dagegen. Schließlich wird die gesamte Bevölkerung des Saarbeckens der deutschen Regierung entzogen, bekommt das Recht, nach fünfzehn Jahren seine Staatszugehörigkeit zu wählen. Drei Monate lang schwanken England und Amerika in der Frage des deutsch-österreichischen Anschlusses, den Frankreich verbieten will. Der Vertrag untersagt den Anschluß, vorbehaltlich der Erlaubnis des Völkerbundes, dessen Entscheidung von Frankreichs Zustimmung abhängig ist. In der Reparationsfrage weist Frankreich den angelsächsischen Vorschlag des Forfait zurück. Die Alliierten verlangen für die Zahlungen Deutschlands eine bestimmte Höchstfrist, Frankreich setzt in § 233 die Möglichkeit, über diese Frist hinauszugehen, durch.

Digitized by Google

Die Alliierten wollen bis zur Hälfte des Gesamtbetrages Zahlung in Papier gestatten, der Vertrag läßt gemäß Frankreichs Willen nur Gold als Zahlungsmittel zu. Die Kohlenlieferungen Deutschlands werden nicht nach dem englischen Exportpreis, wie die englischen Delegierten vorschlagen, sondern der französischen These gemäß nach dem deutschen Inlandspreis berechnet. Von der verlorenen Handelstonnage erhält Frankreich 45% ersetzt und nicht 4 oder 11%, die die von den Alliierten vorgeschlagenen Lösungen ergeben hätten. Auf Grund der 14 Punkte wollten die Alliierten völlige Handelsfreiheit zulassen, Frankreich erlangt eine provisorische, verlängerbare Schutzfrist von fünf Jahren. Amerika lehnt das Kontrollrecht der Alliierten über die Rüstungen Deutschlands ab, Frankreich setzt es durch.

Wer hat denn überhaupt alles wiederbekommen, was er verloren hatte? England hat von acht Millionen Tonnen Schiffsraum nur zwei Millionen zurückerhalten, seine Kriegskosten werden ihm nicht ersetzt. Die Dominions erhalten nur die Pensionen zurück. Belgien erhält wohl die Kriegskosten, aber nicht die notwendigen Sicherheiten in Seeländisch-Flandern und Limburg und muß die Verluste an Marknoten tragen. Italien hat auf Dalmatien und die meisten Inseln, Polen auf Danzig verzichten müssen. Alles was erreichbar war, hat Frankreich erlangt.

Und nun kommt die Hauptthese Tardieus. Anstatt auf den Friedensvertrag zu schelten und damit seine Autorität zu schwächen, sollte man ihn lieber ausführen. Dann würde man seine Tauglichkeit schon erfahren. Aber das eben hat man nicht getan. Am 10. Januar 1920 tritt der Vertrag in Kraft, am 18. demissioniert Clemenceau (zum Nachteil des französischen Ansehens in Amerika), am 20. geht Lloyd George nach London, das von nun an Sitz des Obersten Rates wird. Am 13. Februar erste Kapitulation der Alliierten in der Frage der Kriegsverbrecher. Die Entwaffnungsdaten vom 10. März und 10. April läßt man vorübergehen, die militärischen Kontrollkommissionen finden keinen Rückhalt. In Spa, am 1. Januar 1921, in Paris neue Aufschübe. Ein ganzes Jahr lang unterläßt es die Reparationskommission, einen Kontrollausschuß zu ernennen, der allein die ordnungsmäßige Abzahlung der 350 Milliarden zu garantieren imstande wäre. Keine Maßnahme wird getroffen, den § 248, den § 12 des Annex II, den § 241, den § 250, den Annex III von Teil VIII durchzuführen. Zehn Monate gehen über Fertigstellung der Listen über die Viehlieferungen hin. An Naturalleistungen werden statt der für 1500 Millionen von Deutschland angebotenen nur 20 Millionen angenommen. Im Januar 1921 sind die Abschlagszahlungen Deutschlands noch nicht berechnet. Die Kohlenlieferungen werden Deutschland in Spa zu 43% erlassen, die Kohlenpreise erhöht. Alle 1919 von den französischen Unterhändlern hinsichtlich der Kohlenlieferungen erkämpften Vorteile werden aufgegeben. Unter dem Einfluß von Keynes wird in San Remo, Hythe und Boulogne der ganze

Digitized by Google

Mechanismus des Friedensvertrages erschüttert, so daß Poincaré als Präsident der Reparationskommission demissioniert. Die Forfaitidee taucht wieder auf. Auf der Pariser Konferenz werden die Grundsätze des Vertrags unwiederbringlich verletzt. Die Regierung hat allerdings nur 35 % zugegeben. Aber wie stehen die Dinge? Bis Ende Januar ist immer von 218 Milliarden die Rede gewesen. Dieser Betrag ist sehr sorgfältig errechnet worden. Im Februar haben Briand und Loucheur von 137 Milliarden gesprochen, und Loucheur, der die Schäden auf 80 Milliarden berechnete, hat sich selber über die Zahl von 210 Milliarden (Schäden und Pensionen), die er am 20. Juli 1920 in der Kammer genannt hat, lustig gemacht. Aber nach dem Pariser Abkommen erhält Frankreich nicht einmal diese 137 Milliarden, sondern nur 77 (42 feste Annuitäten = 226, 42 variable Annuitäten = 126, zusammen 352, die, zu 5% berechnet, einen Augenblickswert von 148 Milliarden darstellen, von denen Frankreich 52% = 77 erhält). Für diesen Verzicht erhält Frankreich keinen Ersatz. Das Ergebnis der Zölle erhielt es dann nach § 248 und 12 des Annex II, die 12% Ausfuhrabgabe durch § 241. Die zugestandenen Sanktionen waren durch § 17, 18 von Annex II, 241, 270, 429 und 1 des Vertrages gewährleistet. Das Pariser Abkommen hat Frankreich weder Zahlungserleichterungen für seine Schulden an die Alliierten noch eine bessere Verteilungsquote gebracht, es trägt allein alle Kosten des Abkommens. Glücklicherweise hat Deutschlands unverschämtes Auftreten in London Frankreich vor den Folgen einer solchen Politik gerettet. Aber geschwächt ist die Position Frankreichs unwiederbringlich.

Gibt es ein Heilmittel? Man muß befürchten, daß eine Reduktion der französischen Ansprüche nicht mehr zu ändern ist. Aber man kann verhüten, daß die Dinge sich weiter zum Schlimmen entwickeln. Amerika muß alles vermeiden, was die deutschen Imperialisten ermutigen könnte. Herr Redlich, Redakteur der Vossischen Zeitung, habe es ihm im Frühling 1920 bestätigt, daß Deutschland den Vertrag nicht ausführe, weil Amerika ihn nicht ratifiziere. Was England betrifft, so muß es, sowohl im Hinblick auf Deutschland wie (dies wird nur vorsichtig aber klar angedeutet) auch Amerika und Irland begreifen lernen, daß es Frankreich ebenso nötig braucht wie Frankreich England. Vor allem aber müsse Frankreich selbst an den Friedensvertrag glauben lernen, es müsse sich auf seine Hauptaufgabe konzentrieren, anstatt sich in der ganzen Welt zu verzetteln, es müsse die unfruchtbaren Intrigen mit Habsburgern und Wittelsbachern aufgeben. Es müsse die §§ 241, 215 und 265 des Vertrages zur Anwendung bringen, die Naturalleistungen auf Grund einer genauen Prüfung der deutschen Handelsbilanz organisieren, die deutsche Ausfuhr kontrollieren, begründete Berechnungen der französischen Schäden veröffentlichen. Und wenn man immer darauf hinwiese, daß zu einer solchen Politik die Zu-

Digitized by Google

stimmung der Alliierten unentbehrlich sei, so dürfe man nicht vergessen, daß eben Clemenceau es verstanden habe, diese 1920 und 1921 verlorengegangene Einheitsfront zu erhalten und wenn Frankreich 1919, als seine Rechte noch nicht anerkannt waren, seinem Gesichtspunkt habe Geltung verschaffen können, wieviel mehr Möglichkeiten dazu habe es jetzt? Unter keinen Umständen wolle Frankreich 1921 dulden, was man ihm 1919 nicht hätte antun wollen.

Im übrigen bildet das reichhaltige, mit großem Takt den Alliierten gegenüber und mit aufrichtigem Deutschenhaß geschriebene Buch einen erneuten Beweis dafür, wie töricht Deutschland gehandelt hat, als es im Juni 1919 den Vertrag unterschrieb. An mehr als einer Stelle wird berichtet, wie die Engländer gefürchtet haben, daß Deutschland nicht unterschreibt. Immer wieder hat Lloyd George aus Furcht der Bolschewisierung Deutschlands zur Mäßigung geraten (S. 129). Erst nach harten Kämpfen gelang es Clemenceau, seinen Widerstand gegen die Rheinland- und Reparationsklauseln zu brechen. Nach der „kalt-frechen" Rede Brockdorff-Rantzaus am 7. Juni äußerte der englische Premier verletzt: „Es ist hart, als Sieger dergleichen anhören zu müssen." Aber am 25. Mai brach unter dem Einfluß des britischen Kabinetts eine neue Krise aus. Selbst unter den Franzosen seien viele, die sich später unerbittlich zeigten, für Nachgeben gewesen. Man habe bezweifelt, daß die Deutschen unterzeichnet hätten und von gewissen Seiten sei ein allgemeiner Forfait empfohlen worden, um sie zu überreden. In allen Fragen: Entwaffnung, Besetzung, Reparationen, Danzig, Oberschlesien schlug Lloyd George, eine Weigerung zu unterzeichnen oder eine Krise fürchtend, „unmögliche" Konzessionen vor. Man könne nicht zwei oder drei Jahre in einem Zustand beharren, der weder Krieg noch Frieden sei. England werde das niemals zulassen. Clemenceau wandte ein: Jede Konzession werden die Deutschen als Schwäche auffassen. Kein Mensch in England hat sich darüber aufgeregt, daß Deutschland alle Kolonien, die ganze Flotte herausgeben mußte. Aber erst am 12. Juni waren die englischen Widerstände überwunden. Hätte Deutschland die innere Kraft zur Verweigerung der Unterschrift aufgebracht, ein großer Teil der englischen Widerstände hätte sich durchsetzen können. Aber gerade diese Widerstände, diese langwierigen Kämpfe um Reparationen, Saargebiet, Rhein usw., beweisen auch deutlich, daß ein großer Teil der übrigen Welt von der Gerechtigkeit des Versailles Vertrages keineswegs in dem Maße überzeugt war, wie Frankreich heute glauben machen will. Eine übergroße Mehrheit der französischen Kammer hat erst unlängst Tardieu zu verstehen gegeben, daß sie seine Darlegungen für unbegründet hält. Die Unmöglichkeit der Ausführung des Friedensvertrages ist damit zugegeben.

Digitized by Google

Die amerikanische Politik und Deutschland

Von S. Miles Bouton

Wer die Politik der deutschen Regierung Amerika gegenüber betrachtet, wer irgendwo auf die Gespräche über Amerika unter Deutschen lauscht, kommt, wenn er gut unterrichtet ist, nicht mehr aus dem Erstaunen heraus. Wie stark muß doch der Wunsch sein, der der Vater dieser Gedanken ist, und der sonst kluge Männer dazu verleitet, die bösen Wirklichkeiten so zu übersehen!

Es sei gleich hier am Anfange hervorgehoben: Wer in Deutschland jetzt oder in den nächsten paar Jahren Sympathie oder moralische oder materielle Unterstützung von den führenden, tonangebenden und regierenden amerikanischen Kreisen oder Persönlichkeiten erwartet, baut auf dem Sande des Selbstbetruges. Wer sich stets hieran erinnert, wird sich viele Enttäuschungen ersparen.

Doch ganz unverständlich sind die irrigen Meinungen nicht, denn, als ich im Mai 1919 zum erstenmale seit acht Jahren nach Amerika reiste, fand ich eine Stimmung, auf die ich weder durch Briefe von Freunden dort noch durch Zeitungen vorbereitet war. Selbst die wahnsinnigsten Greuelgeschichten wurden von 99 unter 100 Personen geglaubt. Es wurde mir in drei verschiedenen Departaments (Ministerien) in Washington vorgeworfen, ich hätte in Vorträgen und Artikeln gesagt, die meisten von diesen Geschichten, besonders von den abgehackten Händen, wären infame Lügen. „Warum haben Sie das gesagt?“ fragte mich ein strenger Oberstleutnant im Kriegsministerium. Ich antwortete: „Weil ich weiß, was jeder halbwegs vernünftige Mensch wissen müßte, daß der Tod durch Verblutung innerhalb fünf Minuten folgen muß, wenn die große Ader im Handgelenk durchschnitten wird.“ Die Belehrung war ihm verblüffend neu, aber er gab sogleich zu, daß ich recht hatte. Der journalistische Schurke in London, der die Kadaververwertungsanstalt der deutschen Armee kurzerhand zu einer Leichenverwertungsanstalt machte, hatte gewiß nie geahnt, daß andere als Narren an diese widerwärtige Geschichte glauben würden, aber in Amerika wurde sie allgemein für wahr gehalten.

Es ist schwer, beinahe unmöglich, sich einen Begriff von der Stärke und Macht der aufgepeitschten Leidenschaften, des künstlich geschürten Hasses gegen alle Deutsche zu machen. Noch heute, 2½ Jahre nach dem Kriege, sitzen über tausend Gefangene hinter Schloß und Riegel mit barbarischen Freiheitsstrafen bis zu 45 Jahren wegen bloßer Meinungsäußerungen, und Präsident Harding hat neulich gesagt, er denke gar nicht an eine Amnestie.

Digitized by Google

Warum ich hier an diese Tatsachen erinnere? Weil sich das Bild in der Nachkriegszeit wenig geändert hat. Und das Vorhandensein dieser antideutschen Stimmung ist nicht nur der mächtigste Faktor in der amerikanischen Politik Deutschland gegenüber, sondern auch bis jetzt fast der einzige großen Einfluß ausübende Faktor. Vereinzelte Stimmen von liberaldenkenden Männern ändern gar nichts an dieser Lage, denn die Anzahl solcher Männer ist nicht nur prozentual, sondern auch absolut viel geringer als in irgendeinem europäischen Lande, und sie spielen keine Rolle in Amerika. Man darf nicht vergessen, daß in Amerika keine einzige liberale Zeitung, wie z. B. der Manchester Guardian, existiert. Leser von dem Typ derer, die den Guardian lesen, müssen sich in Amerika mit ein paar Wochenschriften begnügen, die immer einen harten Kampf ums Dasein zu führen haben.

Man sieht also, daß die Hardingsche Administration keine deutschfreundliche Politik führen könnte, selbst wenn sie es wollte. Es sind aber auch keine Zeichen vorhanden, daß sie es will. Das Kabinett — fast allgemein als das schwächste und reaktionärste Kabinett seit vielen Jahren angesehene — enthält nur einen Mann, der die geringste Kenntnis europäischer Politik oder Geschichte besitzt. Es ist ein ausgesprochenes Big Business Kabinett, und Big Business, welches seit Jahren das Land regiert hat, wird in den kommenden vier Jahren mehr denn je zuvor alle Regierungshandlungen bestimmen und ausführen. Bei der nun herrschenden reaktionären Stimmung in den Vereinigten Staaten würde das auch der Fall sein, wenn der Präsident ein stärkerer, größerer Mann wäre, und es wird um so mehr der Fall sein, weil Harding, im Gegensatz zu einer ziemlich verbreiteten Meinung in Deutschland, ein sehr mittelmäßiger Mann von einer Schablonen- und Schlagwort-Denkungsart ist. The New Republic, eine der führenden liberalen Zeitschriften, bezeichnete ihn während des Wahlfeldzugs als einen „Teetassenintellekt", im Gegensatz zu dem demokratischen Kandidaten Cox, der in demselben Artikel als „Karpfenteichintellekt" galt — beide Vergleiche im Gegensatz zum offenen Meere. In den zwei Monaten, seit Harding sein Amt übernahm, haben selbst seine getreuesten Anhänger nicht entdecken können, daß er irgendwelche bewußte, klarumrissene Politik habe.

Indem ich oben von Big Business geschrieben, habe ich denen einen Wink gegeben, die die zukünftige Politik Amerikas Deutschland gegenüber voraussagen möchten. Diese Politik wird einzig und allein eine Big Business Vernunftspolitik, eine Politik des Portmonnaies und vor allem eine rein amerikanische Interessenpolitik sein. Der amerikanische „Idealismus", von dem wir Amerikaner so gerne reden, bezieht sich hauptsächlich auf „moralische" Sachen — das Trinken von Bier, das Baden von Damen in Trikots ohne Röcke, Strümpfe und lange Aerme

Digitized by Google

3 Küssen im Park, Zigarettenrauchen, Kartenspielen, Sonntagssport
o. Wenn es sich ums Geldverdienen handelt, wird der Idealismus
:gestellt und im neuen Kleide den neuen Verhältnissen angepaßt. Ein
lagendes Beispiel ist eben geliefert worden. Seit dem Raub Panamas
t es immer eine sehr kleine Anzahl klarsehender und ehrlicher Männer
geben, die Columbien für das von Roosevelt begangene Unrecht ent-
ädigt sehen wollten. Ihre sämtlichen Versuche aber scheiterten stets an
r amerikanisch-idealistischen Meinung, die Errichtung Panamas sei eine
ılturtat gewesen, und eine Erfüllung der Pflicht Amerikas, den rück-
ndigen Nationen zu einer höheren Zivilisation zu verhelfen. Winston
)urchill, der bekannte Autor, schrieb 1918 in seinem Essay, The American
ontribution and the Democratic Idea, der Raub sei nicht ganz zu ver-
idigen vom Standpunkte der internationalen Demokratie, doch dürfe
an nicht vergessen, „daß Roosevelt es mit einer korrupten, unver-
ıtwortlichen und feindlichen Regierung zu tun hatte, und daß der
anal nicht nur für unsere eigene Entwicklung, sondern auch für die
ntwicklung der ganzen zivilisierten Welt notwendig geworden war".

Nun aber entdeckt man das Vorhandensein großer Oelfelder in Colum-
ien; auch wird die beunruhigende Tatsache festgestellt, daß die Eng-
inder schon im Begriff sind, möglichst viele davon für sich selbst zu gewinnen.
lnd so findet man plötzlich, daß Columbien doch ein schweres Unrecht
etan wurde; und Senator Lodge, der noch vor zwei Jahren die Indemnitäts-
orderung wörtlich als „blackmail" (Erpressung) denunzierte, befürwortet
ie Zahlung von 25 000 000 Dollar als Entschädigung.

So wird es auch mit der amerikanischen Politik Deutschland gegen-
über sein. Kommt die Zeit, wo eine halbwegs freundliche Wiederanknüpfung
der alten Verhältnisse für Big Business gewinnbringend ist, so wird
diese Wiederanknüpfung folgen. Bis zu jenem Zeitpunkt darf man auf einen
Umschwung der Stimmung oder einen neuen Kurs der Regierungspolitik
nicht hoffen.

Wie lange mag das noch dauern? Die Frage kann man nicht be-
antworten. Daß es aber länger dauern wird, als man in Deutschland
allgemein zu glauben geneigt ist, steht für mich über jeden Zweifel. Drei
Faktoren wirken gegen einen baldigen Umschwung. Einer ist die schon
erwähnte antideutsche Stimmung. Wobei man nicht vergessen darf, daß,
als Präsident Cleveland, fast dreißig Jahre nach dem amerikanischen
Bürgerkriege, den Vorschlag machte, den Soldatenvereinen des Südens ihre
Und doch traf ich in meinem Jahre in Amerika kaum zwanzig Menschen,
der Versöhnung, er im ganzen Norden als Verräter gröblich beschimpft
wurde. So lange hatte der Haß gegen einen Teil der eigenen Nation,
Männer desselben Blutes, gedauert!

Digitized by Google

Ein zweiter Faktor, oder besser gesagt, ein Nebenfaktor, ist die Tatsache, daß der Durchschnittsamerikaner sich nicht belehren läßt. Ich habe in den letzten zehn Jahren in vierzehn europäischen Ländern gearbeitet. Seit Jahren studiere ich europäische Politik, Geschichte und Sprachen. Und doch traf ich in meinem Jahre in Amerika kaum zwanzig Menschen, die nicht alles besser über Europa und den Krieg wußten als ich. Gerade darum darf die Presse nichts bringen, was dieser Weisheit zuwiderläuft. Ich bekam in den letzten Tagen einen energischen Protestbrief von einem amerikanischen Redakteur, der mich seit fünfzehn Jahren kennt, weil ich ihm „deutsche Propaganda" geschickt haben sollte. Die beanstandeten Artikel gaben eine mit genauen Statistiken belegte Darstellung der deutschen Steuerlasten und der Lage in Oberschlesien. Der Redakteur schrieb, er habe keinen Raum für Artikel, „die darauf zielen, Sympathie für die Deutschen zu erwecken". Erwähnt sei noch, daß die Stadt in der diese Zeitung erscheint, mehr als 200 000 deutsche Einwohner in einer Gesamtbevölkerung von einer halben Million hat!

In einem öffentlichen Vortrage in Amerika, vor einem Jahre, bemerkte ich, ich hätte gern einen gewissen Punkt etwas ausführlicher behandelt, „aber ich habe in der Bibliothek der Stadt kein einziges Buch finden können, das die deutsche Reichsverfassung enthält". Rufe von „gut!" und Händeklatschen kamen von verschiedenen Zuhörern. Auch gegen Personen, die nichts wissen wollen, kämpfen die Götter vergebens.

Als dritter Faktor kommt noch, daß das Gros des Volkes so wenig über Export versteht und die Ueberzeugung der Notwendigkeit eines großen Exporthandels, trotz allen Geredes darüber, immer noch nur in begrenzten Kreisen vorhanden ist. Ich war neulich in Sonneberg. Dort versteht jedes Kind in der Straße die Bedeutung des Wortes „Export", und es gibt Hunderte solcher Städte in Deutschland. In Amerika würde man vergebens nach einer einzigen suchen, wo alles nur auf den Export eingerichtet ist.

Also muß man zu dem Schluß kommen, daß Deutschland jetzt und für absehbare Zeit wenig von der amerikanischen Politik zu erhoffen hat. Ich möchte nicht allzu pessimistisch sein, aber ich halte es für klüger, wenn das deutsche Volk (und nicht zuletzt seine Regierung) aufhört, sich leeren Illusionen hinzugeben. Ein alter amerikanischer Spruch sagt: Gott hilft denen, die sich selbst helfen.

Digitized by Google

Partikularismus in Reinkultur

Von Prof. Dr. Manfred Eimer-Freudenstadt.

Ludwig III. von Wittelsbach hat auf den bayerischen Thron nicht verzichtet. Sein Sohn Rupprecht würde vielen Bayern freilich willkommener als König sein, und auch er ist da. Was diese beiden Fürsten denken mögen, wenn sie allwöchentlich einmal das Organ der Bayerischen Königspartei, den „Bayerischen Königsboten", zum Frühstück serviert bekommen?

Die paar Nummern vom Oktober 1920 bis Ende März 1921 liegen vor mir. So unterhaltend wie das berühmte „Vaterland" weiland Dr. Sigl's sind sie keineswegs. Das Geschwätz von Demagogen auf verlorenem Posten ist meistens fad, und Hetzblätter müssen in ihrer Art geistreich sein, um das Frühstück zu würzen. Sie müssen vor allem individuelle Prägung haben und dürfen nicht allzusehr an der Entwicklung der Dinge vorübergehen.

Allerdings, individuell sind gewisse Artikel des „B. K."; nämlich die des Regensburgers Schriftstellers Otto Hartmann. Er verfügt über eine Eigenschaft, die dem deutschen Journalisten und Politiker zumeist fehlt; er sagt immer wieder das gleiche. Deutsches Selbstbewußtsein und deutsche Pedanterie verzichten bekanntlich meistens auf den Kunstgriff stetiger Wiederholung der gleichen Gedanken, im Bewußtsein: ich habe gesprochen und das genügt. Anders Otto Hartmann. Er kann sich nicht genug tun, den Bayern und Bayerinnen zuzurufen, alles Fremdstämmige auszuschließen, von allem Fremden abzurücken, der „weißblauen Nation" zu huldigen und vor allem die bayerische Persönlichkeit zu pflegen, wirklich echt bayerisch zu sein, zu denken, zu handeln, zu empfinden. Bayerisch — sonst nichts! Er hat in einem glücklichen Augenblick allerdings gepredigt: Laßt doch endlich den Größenwahn! Werdet bescheiden! Wir wollen die berlin-preußische Selbstberauschung mit Eigenlob von uns fernhalten, und die Unverdorbenheit des bayerischen Volkstums hochhalten! Als ob das kein Eigenlob wäre, zumal wenn man dem bayerischen Volkscharakter den preußischen Knechtssinn gegenüberstellt? Bayerisch ist für ihn auch: Treue, Hingabe, Pflichtgefühl und Ordnungsliebe. Das soll nicht bestritten werden. Aber zu bestreiten ist, daß das kein Eigenlob wäre, und daß derlei gute Prinzipien anderswo im deutschen Reiche, auch in Preußen, nicht zu finden wären. Otto Hartmann meint es gut, aber er schießt übers Ziel hinaus. Wir anderen sind auch noch da! Und wenn er solche Blüten spricht, wie: „Die Berliner wollen uns die Luft absperren! Schert euch weg!" — so wird man vor diesem „wirklichen Bayerngeist" keine große Hochachtung

Digitized by Google

haben können. Wie, wenn Ludwig I. und Max II. von Bayern diesen Geist gehabt hätten, was wäre denn aus München, aus der bayrischen Kunst und Wissenschaft geworden?

Freilich, für den „Bayer. Königsb." existiert das alles nicht. „Verabscheut alles Fremde!" ruft er aus. Und Hartmann fügt hinzu — er, der Prediger gegen den Größenwahn —: „Alle Völker der Erde müssen mit Bayern rechnen!"

Ob das richtig ist? Lassen wir die Kirche im Dorfe! Alle Deutschen werden gern mit Bayern rechnen, wenn es den Reichsgedanken nicht trübt, und die Reichstreue nicht — z. B. als Einseifung verhöhnt. „Wir wollen Deutsche sein und Bayern bleiben." Dies Wort König Ludwigs I. gilt, mutatis mutandis, für alle deutsche Stämme. Das soll auch im Einheitsstaat gelten, oder, nach Maßgabe der noch nicht abgeschlossenen innerdeutschen Entwicklung, nach den veränderten Verhältnissen, wie sie die Weimarer Verfassung geschaffen hat. Es ist seltsam, daß der „B. K." auf der einen Seite „Berlin" anklagt, es wolle die Entwicklung hemmen, andererseits selbst die durch Weimar angebahnte Entwicklung aufs schärfste bekämpft. Man muß das aber nur verstehen.

Die Weimarer Verfassung hat Bayern, das ohnehin nur eine von Berlin „ausgepumpte Kolonie" darstellt, zur „Provinz", zum „lebensunfähigen Staatenstumpf" gemacht, und der Traum der Bayerischen Königspartei — ihr geistiger Führer, Graf Karl v. Bothmer, bezeichnete sich selbst gelegentlich als „den Träumer" — geht auf Herstellung der vollen Souveränität Bayerns, aller deutschen Einzelstaaten, Errichtung eines Bundesstaates auf Grund von gegenseitigen Staatsverträgen, Herstellung der (vom Reich bekanntlich durch Milliardenkäufe rechtlich erworbenen, einzelstaatlichen) Verkehrshoheit, der Posthoheit, der Finanzhoheit, direkter Verhandlung mit auswärtigen Staaten usw. hinaus. Das einzige Leitmotiv ist „Treue zum (weiß-blauen) Vaterland und zum Hause Wittelsbach!" Das ist aber beileibe kein Partikularismus! Das ist: Föderalismus, und dieser ist das beste Mittel „für nationale Einigkeit u. die Stärke des deutschen Reiches." Dabei sind die „anderen" nur „Gäste" in den einzelnen Staaten. Wer, wie Ludendorff, von München aus, wo er „Gastfreundschaft" genießt, irgendwelche politischen Pläne veröffentlicht, die nach irgendeiner Seite Anstoß erregen könnten und die der bayerischen Staatsregierung nicht bequem wären, der „verletzt das Gastrecht". So soll es im Bundesstaate der Zukunft werden.

Diese Föderalisten geben sich als die stärksten „Förderer einer lebendigen Reichsidee" aus. Sie proklamieren dabei Sätze, wie: „Voraussetzung für jede internationale Politik ist die organische Geschlossenheit des eigenen Staates", oder: „Es ist an sich notwendig, daß das Bewußtsein der nationalen Einheit zur inneren Geschlossenheit der ganzen Jugend führt."

Digitized by Google

Wie dies aber durch den Föderalismus bewirkt werden soll? Zumal bei der Hetze gegen die fremden Eindringlinge und besonders gegen den „Fraß" aus dem „Berliner Teufelskochbuch", welchen der „B. K." seinen Lesern grundsätzlich zum Frühstück zusammenkocht? Wir übergehen hier all das, was über Berliner Lügen, Berliner Hirn, Zuckerwasser, Bestechungsmillionen, die Verfassung der Berliner Bankerotteure usw. dargeboten wird, und wollen nur noch einen Augenblick beim Einheitsstaat verweilen. Dieser ist für die Bayerische Königspartei etwas, worin „Preußen für alle Gliedstaaten tonangebend wäre." Ist das nicht eine bayerische Lüge? Im Einheitsstaat, wie er von den Unitariern erstrebt wird, gibt es doch gar keinen preußischen Staat mehr! Im Einheitsstaat soll ja die Sehnsucht der Urbayern nach Auflösung dieses alle übrigen knechtenden, „undeutschen" Erobererstaates erfüllt werden. Rheinland, Niedersachsen sollen Selbstverwaltung erhalten. Allerdings nicht, wie die Königspartei es möchte, souveräne Staaten werden. Denn die Anschauung, daß Deutschland, föderalistisch im Sinne der Partei nicht die notwendige organische Geschlossenheit erhalten würde, und daß sich die Prozesse reichsfremder Ablösungen, die wir dem älteren föderalistischen Prinzip an der westlichen und südlichen Reichsgrenze schon so reichlich verdanken, durch Konzentration des Reichs- und Nationalbewußtseins aufhalten lassen würden, ist doch vielleicht sachlich nicht ganz unberechtigt? —

Die Königspartei ist „nicht gegen die Unteilbarkeit Preußens". Im Gegenteil! Wenn die preußische Regierung — oder die Reichsregierung? — mit einem Worte eben: Berlin, gegen die Loslösungsbestrebungen im Nordwesten, die der „B. Königsbote" mit inbrünstigen Wünschen begleitet, stemmt, so ist das „preußischer Partikularismus." Aber die Königspartei stemmt sich natürlich selbst ebenso gegen eine Teilung Bayerns. — Sie bekämpft die „Preußenlegende", d. h. Preußen hat überhaupt keine deutschen Verdienste; aber sie huldigt dem 1866er Oesterreich als einem Fundament deutscher Art! Oesterreich, das Kaisertum, mit seinen Tschechen usw., war „kein Fremdling". Preußen, auf slawischem Gebiet erwachsen, ist eine „im Grunde undeutsche Macht". Daß man nicht recht weiß, woher die Bojer eigentlich stammen, und die Tatsache, daß in den Alpen und anderen Teilen Süddeutschlands viel keltisches Blut lebt, kümmert die Königspartei nicht. Die Entartung des „Königsboten" geht so weit, daß einer seiner Mitarbeiter — „Arminius" nennt sich dieser gute Deutsche — ernsthaft vorschlug, Ungarn möge sich mit Deutschösterreich und dem Ordnungsstaate Bayern „zu einem gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Interessenverband" zusammenschließen „auf rein föderalistischer Grundlage", und auch auf christlicher (d. h. ultramontaner) Grundlage, zu einer innigen Geistesverw[illegible] wie singt der Ungar doch so gern? „Der Deutsche ist

Digitized by Google

Man muß aber auch diesen Arminius verstehen. Es ist interessant, welche Strömungen sich im „B. Königsboten" widerspiegeln. Inniger Anschluß an Dr. Heim und seine „Politik" erklärt das. Und so ist denn eines der Schoßkinder der Partei eine bayerische „kontinentale Politik". Man glaubte zuerst an einen südwestdeutschen Bund nebst Bayern und anderen Donauländern. Das konfessionelle Moment spielte stark herein. Graf Bothmer und Dorten kamen in Beziehungen. Die Leitung der Königspartei gab der rheinischen christlichen Volkspartei Geldmittel. Die französischen Wasserstraßen- und Donauföderationspläne waren hier allzu verlockend: München als Zentrale schwebte vor. Bayern weigert sich zwar, „föderalistisch" den württembergischen Kanalplan von Ulm ab bis Regensburg zu unterstützen, um seinen eigenen Main-Donau-Kanal zu monopolisieren. Aber preußische Donau-Oder- und Donau-Elbe-Pläne sind, laut „Königsboten", „schändlicher Verrat!" Die bayerische kontinentale Politik würde lieber eine Föderation mit undeutschen Uferstaaten begründen. Berlin wäre man dann los. Wir sehen, wie „national" der föderalistische Gedanke wirkt.

Auch in bezug auf die bayerische Einwohnerwehr ist die Auffassung der Königspartei klar. Sie ist nur für Bayern da. Die Abkommandierung eines bayerischen Halbbataillons durch den früher in Bayern beamteten Reichswehrminister Geßler, ohne Befragung der bayerischen Staatsregierung, ist für sie ein Skandal. Die Einwohnerwehr ist ein „privater Verein", dazu bestimmt, „den bayerischen Staatsgedanken zu fördern." Sie ist zunächst ein „Embryo"; natürlich für ein künftiges k. b. Heer. Sie ist „eine rein innerbayerische Angelegenheit", über die Herr von Kahr einfach mit der Entente selbständig hätte verhandeln sollen, anstatt in „sentimentaler Auffassung von Reichstreue" die Entscheidung Berlin „zuzusprechen." Daß er dies tat und daß er sich auch um die Rheinpfalz nicht kümmerte — was übrigens auch sonst eine recht bemerkenswerte bayerische Staatserscheinung ist — geht auf sein „Vasallentum gegenüber Berlin" zurück, „das man vor der gutgläubigen Menge immer als Reichstreue auslegt," mit der aber eine Fürsorge für die Pfalz natürlich „unvereinbar" ist. Daß die Entente die Einwohnerwehr, ob bayerisch oder nicht, aufgelöst haben will, ist nebensächlich; Hauptsache ist, daß nur preußisches Gebiet besetzt wird. Das ist ja egal!

Die verfassungsmäßigen Handlungen der Berliner wie der Münchener Regierung unter dem Zwang der Umstände werden der gutgläubigen Menge einfach als Schwächen und Fehler hingestellt, weil sie dem souveränen Bayerntum und seinen Wünschen nach eigener Verständigung mit Frankreich widersprechen. Auch in einer anderen Hinsicht ignoriert der „Königsbote" die Verfassung. Ich war erstaunt, als ein Lindauer mir einmal klagte, durch die „Verreichlichung" der Bahnen usw. könne ein bayrischer

Digitized by Google

Beamter jetzt nach Eydtkuhnen versetzt werden. Ich war nicht mehr erstaunt darüber, als ich dasselbe im „Königsboten" las (Nr. 39, 1920). Graf Bothmer kennt also die deutsche, die Weimarer Verfassung gar nicht, über die er so wütend ist? Ich habe dafür gesorgt, daß man in Lindau den Unsinn einsah, nach Wortlaut des Artikels 16 der Reichsverfassung, wodurch Reichsbeamte usw. „auf ihren Wunsch in ihren Heimatgebieten zu verwenden sind."

In einem anderen Punkte kennt die Königspartei die Weimarer Verfassung sehr wohl und stützt sich auf sie. Sie tut da das gleiche, was sie Dr. Heim schwer verübelt, der sich in den Reichstag wählen ließ, obschon er die Verfassung als ungesetzlich bekämpft!

Die Weimarer Neuerung des Volksreferendums ist Bothmer und Genossen Balsam auf die Wunden. Da gilt die Verfassung!! Das bayrische Volk soll zu seiner Zeit über die bayerische Staatsform abstimmen. Wie aber, wenn Preußen das gleiche täte, und gar eine Hohenzollernmonarchie neben der Wittelsbachischen neu erstünde? Daran, so scheint es, hat der „Königsbote" noch nicht gedacht? Das Beispiel könnte doch nicht nur in Württemberg, wo seit einiger Zeit auch ein ungelesenes Königsblättchen existieren soll, sondern auch in Preußen Nachahmung finden? Und dann? —

Die Gefahr ist nicht groß; groß aber ist die Gefahr der „Politik" des Grafen Bothmer und Genossen für den Bestand des Landes Bayern. Die Lüge, daß das Haus Wittelsbach seit 800 Jahren das Bayerland mit Wohltaten regiert habe, hält nicht überall durch. Im fränkischen Bayern ist man heller. Im Frankenlande ist man sich sehr wohl bewußt, daß wenig über ein Jahrhundert vergangen ist, seit Bayern — unter sehr viel weniger rühmlichen Verhältnissen als das deswegen geschmähte Preußen es 1866 tat — sich in fremdstämmischem Lande durch gänzlich rechtlose Annexionen und Räuberpolitik unter Napoleons Schutz zu dem Staatsgebiet erweiterte, auf dessen Größe es heute pocht. Wenn der „B. Königsbote" immer von seinem alten Bayerntum usw. redet, so schlägt er damit dem davon so sehr verschiedenen Frankentum ins Gesicht.

Und es ist denn auch die Folge dieses Protzens mit dem Bayernwesen nicht ausgeblieben.

Die letzten Nummern des „Königsboten" sind sehr betrüblich ausgefallen. Neben der Polemik gegen Herrn von Kahr, der Bayern in eine „Sackgasse" getrieben und die auswärtige Politik an Berlin „verkauft habe", mußte der „Königsbote" bekennen, daß der „B. K." der einzige sei, der praktischen Föderalismus betreibe; denn Dr. Heim habe völlig versagt; er sei verschwunden. Und zwar, was nicht ganz unrichtig sein mag, aus eigenen, kaufmännischen Gesichtspunkten. Neben diesem unersetzlichen Verlust ist aber eine Konkurrenz („im preußischen Interesse" natürlich!) in Ansbach zu verzeichnen, die sogar den Grafen Bothmer ausschiffen wollte! „Selbst-

Digitized by Google

zerfleischung", klagt das Blättchen. Ueberdies aber muß es seine Spalten mit den unerquicklichsten Dingen füllen. Die Gerüchte von üblen Besprechungen mit dem Kolonel de Metz in der Pfalz und vom rollenden französischen Franken wollen nicht verstummen. Und zwar von Würzburg her. Lange, schwächliche Verteidigungserörterungen, Drohungen mit Klagen gegen die Verleumder, aber merkwürdigerweise immer noch keine Gerichtsverhandlung. . . .

Die Lektüre eines solchen Blattes, voll Gift, Halbbildung und persönlicher Polemik über recht zweifelhafte Angelegenheiten ist eine zeitlang nützlich, um zu wissen, was diese Leute wollen. Fruchtbringend ist sie nicht. Man atmet die Luft einer konservativen, kleinen Gemeinschaft, die nach Schloß Wildenwarth und Hohenburg hinüberschielt und Dingen nachjagt, die nie und nimmer zu verwirklichen sein werden, ohne daß Deutschland in das elendeste Elend seiner Geschichte zurückgeschleudert wird. Daß das nicht geschieht, ohne daß auch das „einzige Bayernvolk" an den Kosten zu zahlen hat, und zwar mit seinem 1803 bis 1815 zusammengeraubten Bestande, dafür sorgt die Opposition der bayerischen Sozialdemokratie und das Selbstbewußtsein des Frankentums, welches die Abhängigkeit von München längst als fremden Zwang empfindet. Der Staat Bayern ist durch brutale Annexionen größer geworden, als es stammesgeschichtlich begründet ist. Ludwig III. wollte im Weltkrieg ja auch das Elsaß erobern.... Der Lüge vom einheitlichen Bayernvolk dürfte immer lauter widersprochen werden, je nachdrücklicher Otto Hartmann seine Tiraden vom echten Bayerntum seinem König zum Frühstück vorsingt.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 529
Rohrbach, Frankreich und Oberschlesien 531
Carnevali, Italien und die oberschlesische Frage . . 535
Montgelas, Das unerklärliche Schweigen 538
Transsilvanus, Zustände in Neu-Rumänien 541
Heuß, Das österreichische Staats- und Reichsproblem 546

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 4. Juni 1921 Heft 23

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Gegen den Fehlspruch von Versailles!

Der Fehlspruch v. Versailles

Deutschlands Freispruch aus belgischen Dokumenten 1871—1914. Abschließende Prüfung der Brüsseler Aktenstücke

Von Oberst **Bernhard Schwertfeger**

Der durch seine objektiven Darlegungen über das belgische Problem und vor allem durch seine fünfbändige Publikation „Zur europäischen Politik" aus belgischen Staatsarchiven bekannte Verfasser unternimmt es hier, in gewissenhafter historischer Verarbeitung des gesamten belgischen Materials ein Bild der deutschen Politik von 1871 bis zum Ausbruch des Weltkrieges zu zeichnen. Die belgischen Dokumente sind zum erstenmal verdeutscht, jedes Urteil ist durch Hinweis auf die Originaltexte belegt. So entsteht ein zuverlässiger Führer durch die Wirrnisse der europäischen Politik an der Hand der ausführlichen Berichterstattung der belgischen Diplomatie. Schwertfegers Buch besitzt **unwiderlegliche Beweiskraft,** da es sich auf die **neutrale Berichterstattung** der belgischen Diplomaten stützt. Es verdient die ernsthafteste Beachtung aller derjenigen, denen an einem neuen Aufstiege unseres Volkes gelegen ist.

Ladenpreis: 20 Mark

Der Friedensvertrag u. das wirtschaftliche Chaos in Europa

Von **Norman Angell** / Aus dem Englischen übertragen von A. du Bois-Reymond

Norman Angell hat sich im Jahre 1909 durch sein Buch **„Die falsche Rechnung"** in der ganzen Welt bekanntgemacht. Seine These lautete: „Der Krieg ist kein Geschäft; die kriegerische Beraubung eines Staates muß notwendig eine nahezu ebenso große wirtschaftliche Schädigung des Siegers wie des Besiegten zur Folge haben." Nun hat der Weltkrieg und der ihn beschließende Friede die Voraussagen dieses Propheten, **der tauben Ohren gepredigt hat,** vollauf bestätigt. Aber dennoch ist die Vernunftlosigkeit der Gegner nicht an ihrem Ende angelangt. Deshalb unternimmt es Norman Angell nunmehr, aus dem Vorgehen der Entente die Folgerungen zu ziehen. Sein gegenwärtiges Buch ist ein mit furchtlosem Eintreten gegen Lüge, Heuchelei und Verleumdung vorgetragener Appell an den Verstand seiner Landsleute, **mit dem widersinnigen Vertrag von Versailles so schnell als möglich aufzuräumen.**

Ladenpreis: 15 Mark

Die Wirkungen von Versailles heute und morgen

Wo stehen wir? — Wie helfen wir uns?

Herausgegb. v. Wirkl. Legationsrat **Oskar Trautmann** u. Dipl.-Ing. **zur Nedden**

Die Wirkungen des Friedens sind den meisten Deutschen noch immer nicht im vollen Umfange klar geworden. **Darum** ist es eine der wichtigsten **Aufgaben** des Tages, sie ihnen vor Augen zu führen. Es gibt kein anderes Mittel, die Wirkungen des Friedens abzuwehren und zu mildern. Um auch denjenigen, denen mangelnde Kenntnis der Materie volles Eindringen in das Paragraphendickicht des Friedensvertrages verwehrt, eine solche Einwirkung auf die ihnen nahestehenden Kreise zu ermöglichen, ist das vorliegende Buch verfaßt worden. Es ist so abgefaßt, daß es, zugleich mit einer Uebersicht über die wichtigsten Fragen, das Material für fünf verschiedene Vorträge enthält, die vor jedem Hörerkreis gehalten werden können. **Ein Buch wie dieses fehlte bisher in der gesamten Literatur über den Friedensvertrag von Versailles.**

Ladenpreis: 8 Mark

Graf Brockdorff-Rantzau
DOKUMENTE

In diesem Buche hat der Führer der Deutschen Friedensdelegation in Versailles alle jene Kundgebungen vereinigt, in denen er während seiner Amtsdauer bis zur Niederlegung seines Amtes zu den Fragen der auswärtigen Politik, insbesondere des Friedensschlusses Stellung genommen hat. Neben den im Laufe jener Monate in der Presse veröffentlichten Reden, Erklärungen und Unterredungen, die hier zum erstenmal in einwandfrei authentischer Form festgelegt sind, enthält das Buch des Grafen Brockdorff-Rantzau **eine Reihe von vorher der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt gewordenen Kundgebungen,** die mit zu **den wichtigsten geschichtlichen und politischen Dokumenten des neuen Deutschlands** nach dem Kriege gehören.

Ladenpreis: 18 Mark*)

***) Nur zu diesem Buche tritt der ortsübliche Teuerungszuschlag des Sortiments**

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8
Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

6. Jahrgang * 4. Juni 1921 * Heft 23

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Lloyd George hat neulich angekündigt, daß England dem besiegten Deutschland eine „faire" Politik schuldig sei. Diese Formel durfte er mit der Erwartung eines freundlichen Widerhalles wählen, weil es sich um Oberschlesien drehte, also um die Polen, die in England nicht in der günstigen Lage sind, von der Volkssympathie getragen zu werden. Wir werden abzuwarten haben, wie die Uebersetzung des Programms von der Geste in den praktischen Erfolg sich vollziehen wird. Aber wir haben zu fragen, ob der Grundsatz des fair play auf den Osten kontingentiert ist. Im Westen sind nämlich nach wie vor die Sanktionen in Kraft, die sinnlos störende Zollgrenze, die widerrechtliche Besetzung rechtsrheinischer Städte. Ist die stillschweigende Duldung des britischen Kabinetts der Kaufpreis, mit dem Frankreich für seine leise Resignation bezahlt wurde?

*

Was ist die Lehre der Leipziger Kriegsprozesse? Daß alle Rechtssätze hinter den furchtbaren Tatsachen, die der Krieg gebracht, mit einer etwas peinlichen Papiersicherheit herlaufen, und doch eben nicht den Eindruck lösen: da sind Gebote gemacht, gut, streng, doch menschlich, sie sind aber nicht für das Temperament, nicht für diese Notlage erdacht, wo irgendein Befehl, irgendeine Anordnung nun den Konflikt notwendig erzwingt. Es sind Toren, die glauben, die Leipziger Prozesse seien ein von unserem eigenen Reinlichkeitsbedürfnis schließlich zu begrüßende Feststellung; es handelt sich um erzwungene Verfahren, hinter denen der Wille steht, die Selbstachtung der Deutschen noch weiter zu treffen. Brauchen wir uns darüber zu verständigen, daß der Krieg eine Brutalität voll Härte und Not ist? Sollen wir uns „reinigen", da kein Mensch in Frankreich und England denkt, die Leiden unserer Landsleute juristisch nachzumessen. Das Schicksal liegt auf uns, auch diese Prozeduren erleiden zu müssen, und schäbige Politik knüpft ihre Entrüstungen an sie an. Das Beste

Digitized by Google

wäre, die deutsche Presse könnte sich entschließen, von dem ganzen Vorgang möglichst wenig Notiz zu nehmen. Aber wann könnte sie sich darüber verständigen, was sie dem Vaterlande schuldig ist. Die Regierung freilich müßte jetzt mit amtlich einwandfreiem Material vor die gegnerische und neutrale Welt treten, welche „Kriegsverbrechen" an Deutschland verübt wurden.

*

Der Druck der früheren Bewohner des zerstörten Nordfrankreichs ist jetzt so stark geworden, daß man in Paris ernsthaft erwägt, den Deutschen einen Sektor zum Wiederaufbau zu übergeben. Das entspricht alten deutschen Anregungen, die drüben teils aus Angst vor Bolschewismus, teils wegen Arbeitslosigkeit im eigenen Lande nie deutlich gehört wurden. Jetzt sollen sie Form erhalten, denn das Vertrauen auf das eigene Vermögen ist in Frankreich nach zwei enttäuschenden Jahren sehr gesunken. Die Frage ist furchtbar schwierig, weil man sich in Paris offenbar einen Gesamtplan über die ökonomischen Zweckmäßigkeiten noch nicht gemacht hat, vielleicht überhaupt nicht macht, sondern mit Sentimentalität sachlich Widersinniges will. Das aber kann nicht unsere eigene Sorge sein. In Deutschland geht jetzt die Verantwortung an die Gewerkschaften: hic Rhodus, hic salta! Ihr habt euch bereit erklärt, die Arbeit zu leisten; jetzt aber sorgt auch, daß die Arbeiter kommen, die entschlossen sind, ein paar Jahre in die Fremde der Zerstörung zu gehen. Man muß dabei die theoretischen Denkschriften zu Hause lassen, die vor zwei Jahren beliebt waren; es ist eine moralische Frage, die Leute zu finden, die um das Vaterlandes willen solche Arbeit leisten.

*

Es gibt bei uns immer noch weite Kreise in Handel und Industrie, die auf den deutsch-bolschewistischen Handelsvertrag große Hoffnungen setzen. Sie glauben noch immer, daß das russische Geschäft Deutschland in die Lage versetzen wird, der darniederliegenden deutschen Industrie Berge von Aufträgen und Geld zu verschaffen. Dieser Hoffnung wird folgende Erklärung Krassins einen Dämpfer aufsetzen, die er dem Vertreter des bolschewistischen Organs in Berlin gegenüber geäußert hat: „Was die Frage des Exportes betrifft, so wird Rußland auf lange Zeit hinaus nicht in der Lage sein, in größerem Umfange zu exportieren. Europa und Amerika begreifen, daß zur Wiederherstellung der Weltwirtschaft vor allem die Wiederherstellung Rußlands nötig ist, und daher müssen sie Rußland Anleihen geben. Davon zu sprechen ist jetzt schon keine Utopie, da zu ihrer Sicherstellung Staatseigentum angeboten werden könnte."

Digitized by Google

Frankreich und Oberschlesien.

Von Dr. Paul Rohrbach. 29. Mai 1921.

Wenn man die jetzt beendete große Debatte in der französischen Kammer überblickt, so könnte es scheinen, als ob einzelne Wendungen darin auf eine tatsächliche Bereitschaft Frankreichs schließen lassen, mit Deutschland in Frieden zu leben und auf das Programm zu verzichten, die Einwohnerzahl Deutschlands müsse vor allen Dingen um 20 Millionen Menschen verringert werden — unter der Voraussetzung, daß Deutschland die übernommenen finanziellen Verpflichtungen und die Bedingungen des Versailler Friedens einhält. Es könnte so scheinen, aber es wäre der größte Fehler, wenn jemand sich darauf verlassen wollte, daß es so ist. Es ist ganz und gar nicht so; vielmehr besteht zwischen der Richtung Briands und derjenigen Poincarés in bezug auf Deutschland kein Unterschied des Zieles, sondern nur der Mittel und des taktischen Vorgehens. Hinter den Kulissen der Kammerdebatte haben starke Einwirkungen der französischen Regierung auf die Abgeordneten der Mehrheit gespielt: Es sei unumgänglich, auf England und noch mehr auf Amerika Rücksicht zu nehmen und zu einem Schluß zu kommen, der zunächst einen nach außen erträglichen Eindruck macht. Der eigentlich maßgebende Faktor hierfür, daß Briand schließlich für eine „gemäßigte" Politik das Vertrauensvotum erhalten hat, ist natürlich nicht der englische Widerspruch gewesen, sondern die Einsicht, daß Frankreich keine unbedingte Opposition gegen bestimmte amerikanische Wünsche sich erlauben kann. Eine solche Politik käme erst in Frage, wenn das englisch-amerikanische Verhältnis sich zu einem Konflikt auswachsen und Frankreich dann an der englischen Seite Partei nehmen sollte. Das war das Ziel der Politik, die Lloyd George als zweiten Pfeil in seinem Köcher vorbereiten wollte, als er sich unmittelbar vor der Präsidentenwahl in Frankreich mit Clemenceau dahin verständigte, daß England und Frankreich, falls nötig, gegen Amerika zusammengehen sollten. Clemenceau war aus Haß gegen Deutschland dazu bereit; aber die Deputierten und Senatoren, die ihn zum Präsidenten zu wählen hatten und rechtzeitig sein Programm erfuhren, versagten sich einer so kühnen Politik.

Die Franzosen sagen sich: Entweder erfährt Deutschland eine Behandlung, daß es sich, wieviel auch immer von ihm verlangt werden möge, dabei erholen kann, mit dem Erfolg, daß es mit seiner überlegenen Bevölkerungszahl und seiner kräftigeren Lebensenergie zuletzt doch wieder stärker wird als Frankreich — oder es muß sich Bedingungen unterwerfen, deren Erfüllung seine Kräfte übersteigt, und dann kann Frankreich ruhig sein, vorausgesetzt, daß es imstande ist, einen dauernden Zwang und dauernde Strafmaßnahmen

Digitized by Google

gegen das widerspenstige Deutschland anzuwenden. Die erstere Möglichkeit schreckt jeden französischen Politiker so sehr, daß er im Ernst gar nicht an sie denken kann. Solange Frankreich imstande ist, eine unabhängige Politik zu machen, wird es nie eine andere zu machen bereit sein, als eine solche, durch die Deutschland daran verhindert wird, je wieder eine „Gefahr" für Frankreich zu werden. Für die Franzosen aber ist die Wiedererholung Deutschlands identisch mit der deutschen Gefahr, und umgekehrt. Daraus folgt die Unmöglichkeit einer inneren Zustimmung zu irgendeinem Abkommen der Art, daß Deutschland dabei zu Kräften kommt.

Es ist nicht anzunehmen, daß sachkundige Politiker in Frankreich oder England glauben, Deutschland könne die ihm durch das letzte Ultimatum auferlegte Last dauernd tragen. Das ist der Trost, den die Franzosen auf jeden Fall haben, und im Hinblick auf diesen Trost muß es verstanden werden, wenn die Kammer mit solchem Eifer auf die Feststellung hingedrängt hat, daß Frankreich auf jeden Fall das Recht behalte, „selbständig zu handeln", d. h. kurzerhand in Deutschland einzumarschieren, wenn die Deutschen mit irgendeiner Verpflichtung im Rückstand bleiben. Damit, daß diese Formulierung bekräftigt wurde, hat Briand es hauptsächlich erreicht, ein Vertrauensvotum zu erhalten. Er hat auf jede Weise dafür gearbeitet, weil sonst offener Streit mit England ausgebrochen wäre, hinter dem Amerika stand. Der englische Widerspruch allein hätte jede französische Regierung kalt gelassen, denn die Zeiten, wo Frankreich auf ein von Amerika nicht unterstütztes England Rücksicht zu nehmen brauchte, sind vorbei. Es ist klar, daß England nicht die politische und wirtschaftliche Beherrschung des westfälischen und oberschlesischen Kohlen- und Industriegebiets durch Frankreich wünscht. Den Franzosen wäre das sehr gleichgültig, und sie würden ohne Rücksicht auf England in das Ruhrgebiet einmarschieren und Oberschlesien den Polen geben, wenn sie in der einen wie der andern Frage nicht gleichzeitig auf amerikanischen Widerspruch stießen. Deutschland ist außer Stande, Zahlungen zu leisten, ja auch nur sich selbst zu erhalten, wenn das Ruhrgebiet und Oberschlesien ihm genommen werden. Darum wünscht die amerikanische Politik das nicht. Man hat drüben zwar nicht den leisesten Funken von Sympathie mit Deutschland, aber man hat allmählich soviel Vorstellung von dem Wirtschaftsleben Mitteleuropas bekommen, daß man einsieht: ohne Kohle kann Deutschland nicht arbeiten, und wenn Deutschland nicht arbeiten kann, so wird Europa nicht gesund.

Es versteht sich nach Lage der Dinge von selbst, daß Frankreich um jeden möglichen Preis Oberschlesien von Deutschland abtrennen und an Polen geben will. Erstens soll Deutschland geschwächt, zweitens soll Polen gestärkt werden. Höchstens, daß man sich in Paris dazu versteht, um Zahlungen von Deutschland zu bekommen, den Deutschen für

Digitized by Google

15 Jahre ein Bezugsrecht auf die oberschlesische Kohle zu lassen und ein polnisch gewordenes Oberschlesien mit einem Anteil an der von Deutschland erpreßten Kriegsentschädigung zu belasten. Um der Gefahr entgegenzutreten, daß Oberschlesien bei Deutschland bleiben könnte, haben die Franzosen von Anfang an das Polentum in der rücksichtslosesten Weise begünstigt und ihm jetzt jede Hilfe für den Aufstand geleistet. Der Zynismus und die Brutalität, womit die Franzosen seit dem Beginn der Verwaltung des Landes durch die interalliierte Kommission vorgegangen sind, sind unbeschreiblich; höchstens können sie noch von der Verlogenheit übertroffen werden, mit der von französischer Seite alles was Oberschlesien betrifft in der Oeffentlichkeit gefälscht wird: der Sinn und die Zahlen der Abstimmung, die geographischen, nationalen und wirtschaftlichen Tatsachen, das Verhalten der Deutschen und der Polen, usw. Auch nur von dem Schatten eines Wunsches nach Objektivität und Gerechtigkeit in bezug auf Oberschlesien zu sprechen, ist was Frankreich angeht, Torheit. Der Franzose will Gewalt. Dieser Politik gegenüber hat sich Lloyd George einmal zu der Aeußerung verstiegen, in Oberschlesien sei die Ehre Englands — und der Alliierten — engagiert. Das ist ein etwas bedenkliches Wort, wenn man sich daran erinnert, eine wie stark beschädigte Sache die Ehre Englands und der Alliierten seit dem Wortbruch ist, der an Deutschland durch den Gewaltfrieden von Versailles verübt wurde. Wenn Lloyd George nicht höher schwören kann, so wird er nicht beanspruchen dürfen, in diesem Falle besonderen Glauben zu finden. Es geht aber wie gesagt nicht nur um die „Ehre" Englands, die nach allem was geschehen ist, und bei der Fähigkeit Lloyd Georges, Unbequemes, auch Ehrenfragen, zu vergessen, kein großes Hindernis wäre, sondern auch um die Interessen Englands und da durch Amerika eine gewisse Deckung vorhanden ist, so ließ sich auch das Wort von der Ehre wagen.

Ebenso ist Italien um seiner selbst willen in der oberschlesischen Frage einigermaßen auf seiten Deutschlands. In Stegerwalds neue Zeitung „Der Deutsche" (15. Mai 1921) wird in einem Artikel von Curt Heinrich über die politischen Richtungen in Italien mit Recht darauf hingewiesen, daß eine dauernde Selbständigkeit Italiens nur dann möglich ist, wenn sich Mittel- und Osteuropa gegen den Druck der angelsächsischen Weltmächte und die französischen Gelüste nach der Hegemonie über Europa behaupten können. Daher die ehrenhafte und tapfere Haltung der italienischen Truppen in Oberschlesien, für die Deutschland an Italien großen Dank schuldet. Heinrich zitiert im Zusammenhang hiermit einige wichtige Sätze aus der sehr angesehenen „Gazetta del Popolo" in Turin:

Die Hand, welche in diesem blutigen Drama die Drähte zieht, ist dieselbe, welche andauernd jedes Mittel benutzt, um die infolge des Krieges entstandenen, an Deutschland grenzenden Staatsgebilde zu vergrößern zur Gefahr Deutschlands. Es ist dieselbe Hand, die danach strebt, Polen an die Stelle Rußlands zu setzen, aus Polen

Digitized by Google

ein Reich zu machen, das sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckt, das einen Schutzwall gegen das revolutionäre Rußland bilden und vor allem den Deutschen für ewige Zeiten bedrohen soll, den Deutschen, der nicht sterben will.

Das ist absolut richtig, aber auch die italienische Politik kann praktisch nicht weiter gehen, als es Deckung von der amerikanischen Seite her gibt. Italien ist hier in keiner besseren Lage, als England. Frankreich ist zur Zeit auf dem Festlande die absolut stärkste Militärmacht. Es braucht auch England und Italien zusammengenommen nicht zu fürchten. Wie lange dieser Zustand dauern wird, ist eine andere Frage, aber einstweilen besteht er, und es wäre ein sicherer Fehler, wenn wir uns in Deutschland zu weitgehenden Hoffnungen auf Hilfe für Oberschlesien hingeben wollten. Die amerikanische Politik ist noch sehr weit davon entfernt, in den Angelegenheiten Europas ein sicheres Urteil zu haben und feste Bahnen vor sich zu sehen. Es ist nicht unmöglich, daß die Franzosen es fertig bringen, auch Amerika für eine solche Lösung oder eine solche Verschleppung der oberschlesischen Frage zu gewinnen, daß mit tönenden Phrasen eine neue Vergewaltigung Deutschlands und eine Stärkung Polens umkleidet wird.

Der außerordentliche Nachteil, unter dem Deutschland zu leiden hat, ist der, daß aus den Erwägungen der öffentlichen Meinung Deutschland gegenüber der Faktor des Wohlwollens, ja selbst des Gefühls für Billigkeit und Gerechtigkeit, so gut wie vollständig ausscheidet. Ueber Deutschland ist das Urteil fertig, daß es den Weltkrieg vorbedacht und planmäßig um seines Strebens nach der Weltherrschaft willen entzündet, daß es „das größte Verbrechen der Weltgeschichte" begangen hat, daß es allein schuldig an allem Geschehenen ist. Aus diesem Grunde fühlt sich niemand bewogen, uns gegenüber andere Rücksichten als solche zu nehmen, die von vollkommener moralischer Gleichgültigkeit gegen die deutsche Sache und von kältestem Eigeninteresse diktiert sind. Die Schuld daran, daß es heute noch so steht, liegt bei denjenigen Stellen in Deutschland, deren Sache es gewesen wäre, zu erkennen, daß der Versailler Friede auf dem Fundament der deutschen Alleinschuld aufgebaut ist und daß diese Alleinschuld Deutschlands von der Entente zu dem Zweck konstruiert worden ist, um die große Kriegsbeute zu behaupten. Dazu muß Deutschland in den Augen der Welt moralisch dauernd so entrechtet bleiben wie heute. Die bisherigen deutschen Regierungen haben durch die Art, wie sie die Schuldfrage behandelten, eine schwere Verantwortlichkeit auf sich geladen, und unserer neuen Regierung kann nur gesagt werden, daß auch sie diese Verantwortlichkeit mit jedem Tage vergrößern wird, an dem nichts dafür geschieht, dem Weltvorurteil gegen Deutschland öffentlich den Beweis dafür entgegenzustellen: 1. daß die Behauptung, Deutschland habe den Weltkrieg vorher geplant und um seiner Machtziele willen be-

Digitized by Google

wußt entzündet, erweislich unwahr ist; 2. daß die Gegenbehauptung, die Regierungen der Entente hätten — unabhängig von der Frage, ob und in welchem Sinne Deutschland eine Mitschuld am Kriege trifft — mindestens einen starken Anteil an der Schuld zu tragen, erweislich wahr ist.

Eine Regierung, die es dauernd versäumt, auf diese Weise an der Wiederherstellung unseres moralischen Kredits, als eines Faktors von der größten praktisch politischen Wichtigkeit, zu arbeiten, wird sich nicht wundern können, wenn ihr trotz aller sonstigen Bemühungen das Vertrauen vieler national und vorurteilslos denkenden Deutschen nicht geschenkt werden sollte.

Italien und die oberschlesische Frage

Von Dalmo Carnevali

Der oberschlesischen Frage hat Italien vom Augenblick ihres ersten Auftauchens an besondere Aufmerksamkeit zugewendet, was ohne weiteres begreiflich wird, wenn man bedenkt, daß die Kohlen, die ihm auf Reparationskonto geliefert werden, zum weitaus größten Teile gerade aus den schlesischen Gruben kommen. Mit einiger Beklemmung fragte man sich schon längst, ob es denn möglich sei, diese Lieferungen auch dann in Gang zu halten, wenn die oberschlesischen Kohlenbezirke aus irgendeinem Grunde — sei es durch die Abstimmung, sei es durch Machtspruch der Entente — an Polen kommen und damit der nicht besonders vorteilhaft bekannten polnischen Bewirtschaftung unterstellt werden sollten. Keinem Kinde war es hier entgangen, mit welchem Eifer Frankreich sich selbst das Ruhrbecken und seinem Mündel Polen die oberschlesischen Kohlenbezirke zu verschaffen und damit die Kohlenvorräte des Kontinents in seine Hand zu bringen suchte, um sie zu einem politischen Trumpf zu gestalten. Es ist bekannt, daß Frankreich dank seiner früheren Hamsterei und seines Vorzugsanspruches auf die Reparationskohlen fast in Kohlen erstickt, bereits die Produktion herabsetzen und dauernd Arbeiter entlassen mußte und heilfroh wäre, wenn der kohlenärmere Verbündete Italien ihm diesen Reichtum zum Teil abnehmen würde, allerdings zu dem hohen Preise, zu dem er seinerzeit aufgestapelt worden war, d. h. zu 350 bis 380 Franken die Tonne, worauf Italien natürlich verzichten mußte.

Trotz seiner recht fühlbaren Interessen hat das offizielle Italien in der oberschlesischen Frage vom ersten Anfang an einen durchaus korrekten Standpunkt ohne irgendeine Bevorzugung des einen oder des anderen Teiles eingenommen. Tatsache ist, daß die Klagen über einseitige Stellungnahme der interalliierten Präsidien und Truppen auf beiden Seiten

Digitized by Google

sofort aufhörten, als das italienische Militär in Oberschlesien eingetroffen war und den Dienst übernommen hatte. Auch die italienische Presse hat die oberschlesische Frage von jeher mit äußerster Zurückhaltung und Korrektheit behandelt. Daß sie der Bekanntgabe ihres Wunsches, daß die oberschlesischen Grubenbezirke bei Deutschland bleiben sollten, keinen Zwang mehr antat, nachdem die Entscheidung durch die Abstimmung gefallen war, war ihr gutes Recht, konnte doch niemand annehmen, daß der unmißverständlichen Sprache der Wahlurnen zum Trotz doch noch an dem Abstimmungsergebnis gedreht und gedeutelt werden sollte. Ganz unerwarteterweise kam sie dabei in einen Kontrast mit der offiziellen Politik Sforzas, der lediglich dadurch zu erklären ist, daß der italienische Außenminister wieder einmal gewohnheitsmäßig umgefallen war, weil er dem sehnsüchtigen Drängen der lateinischen Schwesternation nicht hatte widerstehen können. Er stand der Idee der Teilung Oberschlesiens nicht mehr ohne weiteres ablehnend gegenüber.

Die oberschlesische Revolte, die in so merkwürdigem Zusammentreffen mit der „zufälligen" Abwesenheit Le Ronds ausbrach und zweifellos ein die Ruhrbesetzung ergänzendes Ereignis bilden sollte, hat in Italien äußerste Verbitterung hervorgerufen. Italienische Soldaten haben in treuer Erfüllung ihrer Pflicht den Tod gefunden, ja man kann sich hier des Eindrucks nicht erwehren, daß die Angriffe sich mit besonderer Hartnäckigkeit gerade gegen die italienischen Truppen gerichtet haben. In einem Interview, das Korfanty dem Sonderberichterstatter des „Petit Journal" gewährt hat, wird dies übrigens ohne weiteres zugegeben. Keineswegs besser wurde die Sache durch die offiziellen Erklärungen der Warschauer Regierung und ihres Vertreters in Rom, deren naive Ableugnungen eher eine Beleidigung als eine Entschuldigung darstellten und übrigens keineswegs besonders tiefgehenden Schmerz über das unter den Italienern angerichtete Blutbad verrieten. Daß der Warschauer Pöbel außerdem vor dem Sitz des italienischen Vertreters eine italienische Flagge verbrannt hat, fügt zum Schaden noch den Hohn. Es ist daher ohne weiteres begreiflich, daß die gesamte Presse die Regierung einmütig ganz energisch auffordert, von Polen Genugtuung zu fordern, d. h. formelle Entschuldigung durch den diplomatischen Vertreter Polens, Entschädigung der Familien der getöteten Soldaten und Bestrafung der Schuldigen, ferner die üblichen Zeremonien vor der beleidigten Flagge, und — wenn Polen wirklich schlesische Landesteile erhalten sollte — wirtschaftliche Konzessionen dortselbst. Es ist nicht einzusehen, schreibt ein italienisches Blatt, wieso für einen italienischen Soldaten weniger bezahlt werden soll als für jenen französischen, der seinerzeit in Berlin ums Leben gekommen ist. Die Einmütigkeit, mit der die gesamte italienische Presse von Polen in solch entschlossenem und bitter tadelndem Tone spricht, ist der Beweis dafür,

Digitized by Google

daß sie damit die öffentliche Meinung des ganzen Landes zum Ausdruck bringt.

Nicht das gleiche kann man allerdings bezüglich der offiziellen Politik sagen. Nachdem sich die Diplomatie erst geraume Zeit in das zur diplomatischen Liturgie gehörende geheimnisvolle Schweigen gehüllt hatte, kam Sforza zu der Erkenntnis, daß zwischen Italien und den italienischen Soldaten doch gewisse Zusammenhänge bestehen, bedächtigen Schrittes mit der Erklärung heraus, daß die Lage höchst bedenklich sei und daß man mit äußerster Vorsicht vorgehen müsse, wenn man nicht wolle, daß die Sache noch komplizierter würde, und daß es wohl das beste sein werde, man versuche die Herbeiführung eines gemeinsam mit den Verbündeten zu unternehmenden Schrittes. Vor allem aber sei es nötig, die Ordnung wieder herzustellen, erst dann könne man weiter über die Sache sprechen. Auch die offiziöse Presse begann darauf zum Rückzug zu blasen und der polnischen Lesart von einem „tragischen Irrtum" langsam näher zu rücken, ja zum Teil für gänzliches Desinteressement Italiens an Oberschlesien einzutreten. Sforza ist übrigens auch bereits daran, einen Plan zur Wiederherstellung der Ordnung „auszuarbeiten." Daß dieser Plan von Sforza stammt, ist eine Garantie dafür, daß er weder die Polen noch die Deutschen, noch die Oberschlesier und weder die Franzosen noch die Engländer und am wenigsten die Italiener befriedigen wird.

Es ist nicht weiter verwunderlich, wenn sich der Unwille, der sich in der Presse gegen die Polen angesammelt hat, jetzt über den italienischen Außenminister entlädt, und daß man sagt, daß jede andere Macht sich den Teufel um die Ansicht der Verbündeten scheren und einfach kategorisch Genugtuung fordern würde, wenn Angehörige ihrer Nation in treuer Ausübung ihrer Pflicht ermordet werden. Ganz absurd aber wäre es, sagt man, wenn man wie Sforza anscheinend beabsichtigt, die italienischen Genugtuungsforderungen durch den in Paris befindlichen und französischem Einfluß unterstehende Botschafterrat präsentieren lassen wollte.

Sforza hat schon unzählige Male bewiesen, daß er vor den bloßen Schatten eines Interesses eines der großen Verbündeten ohne weiteres umfällt; bisher allerdings hatte er dabei immer noch den Vorteil, daß es sich jeweils um höchst verwickelte Angelegenheiten gehandelt hatte, hinter deren Kompliziertheit der Laie das eigene Fassungsvermögen übersteigende dunkle Gründe vermuten zu müssen glaubte, diesmal aber ist die Sache von durchsichtiger Einfachheit und niemand versteht sein, dem Prestige und den Interessen des Landes abträgliches lahmes Verhalten. Das Vertrauen in den italienischen Außenminister hat, im Innern wenigstens, einen außergewöhnlichen Tiefstand erreicht.

Digitized by Google

Das unerklärliche Schweigen

Von Graf Max Montgelas

In Heft 21 der „Deutschen Politik“ vom 21. Mai d. J. (S. 485) waren zwei Briefe abgedruckt, deren Verfasser ein sehr begreifliches Erstaunen darüber äußern, daß während 2½ Jahren Regierung und Reichstag nichts getan haben, die Welt über die sogenannte „Schuldfrage“, die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Weltkrieges, aufzuklären. In dem einen Brief wird ausgeführt, daß infolge dieses Schweigens weite Kreise im deutschen Volke zu glauben anfangen, daß gewichtige Gründe für die Schuld Deutschlands vorliegen müssen, die man nicht bekanntgeben dürfe; diese Kreise befürchten also, daß noch manche belastende Dokumente unveröffentlicht im Auswärtigen Amt ruhen. ruhen. Der andere Brief erwähnt, es sei allen Ernstes behauptet worden, daß entlastende (Schreibversehen für belastende?) Dokumente „im Anfang der nachrevolutionären Zeit“ (wann?) vernichtet worden seien.

Das Erstaunen über das Schweigen von Regierung und Reichstag ist, wie gesagt, sehr begreiflich. Die vermuteten Gründe treffen jedoch nicht zu. Kein auf den Kriegsursprung sich beziehendes Dokument, gleichviel ob belastend oder entlastend, ist vernichtet, jedes irgendwie wichtige Dokument ist veröffentlicht. Eine Vernichtung oder Verheimlichung hätte den Herausgebern der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ nicht verborgen bleiben können. Bekanntlich werden alle bei deutschen Behörden eingehenden Schriftstücke mit fortlaufenden Nummern versehen, mit denen sie in den Tagebüchern (Journalen) eingetragen werden. Diese für die Zeit der akuten politischen Krise 1914 fast ausschließlich in Betracht kommenden telegraphischen Depeschen — zum Postverkehr fehlte die Zeit — erhalten außerdem noch eine zweite Nummer, die in den „Dokumenten“ beigesetzt ist, so daß das Fehlen einer Nummer sofort ersichtlich wird. Privatakten, wie sie vielleicht in anderen, vorsorglich auf Verheimlichung kompromittierender Akten bedachten Ländern die Geheimdiplomatie kennt, sogenannte „Handakten des Ministers“, gab es in der Wilhelmstraße nicht. Dort rechnete niemand im entferntesten mit der Möglichkeit, daß jemals ein Unbefugter oder gar ein Gegner des bestehenden Systems Einblick in die Geheimnisse der Archive erlangen könnte. Alle Schriftstücke, die ein- und ausgingen, ob wichtig oder unwichtig, ob für die Oeffentlichkeit geschrieben oder streng vertraulich, selbst Privatbriefe politischen Inhalts, die nur für den Empfänger persönlich bestimmt waren, alle Randbemerkungen, die nur flüchtigen Augenblicksstimmungen Ausdruck verliehen, kurz die intimsten Gedanken wurden, wenn sie einmal zu Papier gebracht waren, registriert, mit fortlaufenden Nummern versehen

Digitized by Google

und für ewige Zeiten, ohne jede Sorge vor etwaiger Veröffentlichung, in die Aktenbände eingeheftet oder eingeklebt. Zahlreiche Nachschlagebücher machen es unmöglich, irgendein Stück auszuscheiden, ohne daß irgendwo die Unterschlagung auffällt.

In dem vierten Bande der „Dokumente" (S. 211 ff.) ist zudem ein Verzeichnis der Nummern aller veröffentlichten Telegramme eingefügt, so daß der argwöhnische Leser ohne jede Mühe sofort feststellen kann, welche Depeschen fehlen. Die Liste der deutschen Botschaft in Wien (S. 219) ergibt z. B., daß von 91 Telegrammen (Nr. 80 am 2. Juli bis Nr. 170 am 4. August) nur 17 nicht aufgenommen sind. Diese fehlenden Stücke enthalten, wie mir vielleicht geglaubt werden wird, völlig nebensächliche Dinge, darunter persönliche Angelegenheiten und gleichgültige Zwischenmeldungen wie „Antwort unterwegs" u. dgl. Meiner persönlichen Ansicht nach würde es freilich zweckmäßiger gewesen sein, bei dem für die Frage der Belastung und Entlastung in erster Linie in Betracht kommenden Schriftwechsel Berlin-Wien und Wien-Berlin auch diese nebensächlichen Stücke mit aufzunehmen, um jedem Argwohn Uebelgesinnter, jeder Besorgnis Wohlgesinnter den Boden zu entziehen. Damit durch Aufnahme dieser Nummern die Veröffentlichung nicht zu umfangreich würde, hätte sodann der gesamte für Klärung der Verantwortlichkeit ohnehin belanglose Schriftwechsel mit den während des Weltkrieges dauernd Neutralen ausgeschieden werden können. Diese Aenderung würde aber die Arbeiten Herrn Kautskys völlig umgestaltet und eine sehr große Verzögerung der Drucklegung verursacht haben, die bekanntlich einem Teile der öffentlichen Meinung nicht rasch genug erfolgen konnte und daher, nicht zum Vorteil der Sache, überhastet werden mußte.

Die Gründe für das Schweigen von Regierung und Reichstag liegen also *nicht* da, wo sie in den beiden Briefen vermutet werden. Worauf die Passivität zurückzuführen ist, vermag ich natürlich nicht mit Sicherheit anzugeben, vermute jedoch, daß der gleichfalls in Heft 21 veröffentlichte Aufsatz „Wirtschaftskatastrophe einst und jetzt" der Wahrheit ziemlich nahe kommt. Ich stimme mit der dort (S. 491) ausgesprochenen Auffassung überein, daß in Deutschland das ganze, aus dem Versklavungsvertrag von Versailles sich ergebende Problem viel zu sehr als ein *wirtschaftliches* aufgefaßt wurde, während es in der Tat ein *moralisches* und *politisches* ist. Man gab sich der trügerischen Hoffnung hin, der Gedanke von der „wirtschaftlichen Solidarität der Völker" müsse obsiegen, man glaubte, die Gegner würden einsehen, daß der wirtschaftliche Ruin Deutschlands auch den der anderen europäischen Länder bedeuten müsse, man erlag dem Wahne, die französischen Revanchepolitiker könnten von der Unmöglichkeit ihrer Milliardenforderung überzeugt werden, man huldigte anfangs im stillen sogar dem blinden Optimismus, der Irrsinn von

Digitized by Google

Versailles werde binnen kurzem, ohne jede moralische Offensive deutscherseits, von selbst zusammenbrechen. Um nun die heiß ersehnte wirtschaftliche Verständigung nicht zu gefährden, verzichtete man darauf, den Kern der Frage, die moralisch-politische Seite, mit Nachdruck anzufassen.

Wenn aber Reichsregierung und Reichstag diese scheue Zurückhaltung zeigten, so benahm sich die Masse des Volkes nicht anders. Die These, daß die Deutschen „unpolitisch" sind, ist nicht ein gedankenloses Schlagwort. Im sechzehnten Jahrhundert waren sie „religiös" orientiert, dann wurden sie es „kulturell", seit dem letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts aber „wirtschaftlich." Auch die deutsche Weltpolitik war weit weniger ein Streben nach politischer Macht, wie es Großbritannien, Rußland und Frankreich seit Jahrhunderten leitet, wie es die Vereinigten Staaten und Japan in der Neuzeit erfaßt hat, als vielmehr ein Streben nach wirtschaftlicher Betätigung und, seien wir aufrichtig, nach wirtschaftlichem Gewinn. Die Niederlage hat an der wirtschaftlichen Orientierung nichts geändert. Während die „Sieger" vor allem darauf bedacht waren, die politisch-moralische Grundlage von Versailles, die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands, auch nach Einstellung der Feindseligkeiten immer weiter in der Welt zu verbreiten — wohl wissend, daß diese Lüge die notwendige Voraussetzung auch für die Sicherung des ungeheuern wirtschaftlichen Raubes bildet —, gab man in Deutschland das Schlagwort aus: „In Zukunft bedeutet die Wirtschaft alles, die Politik aber nichts." Man sah nicht und wollte nicht sehen, daß auch die Wirtschaft zusammenbrechen muß, wenn die politische Grundlage, die territoriale, militärische und finanzielle Staatshoheit zertrümmert ist, daß die Wirtschaft, von Schiebergeschäften abgesehen, in einem Lande nicht blühen kann, dessen Grenzen weder feststehen noch gegen räuberische Horden geschützt werden können, in dem das Privateigentum nicht gegen fremden Zugriff gesichert ist, in dem keine genügende Macht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zur Verfügung steht, in dem vielmehr unter Umständen in schimpflicher Weise von dem auf deutschem Boden stehenden Feinde Hilfe erbettelt werden muß wie Ende April bei den Kommunistenputschen im Rheinland.

Dieser wirtschaftliche Trugschluß dürfte nunmehr, nachdem die Rechnung der Gegner ohne Abstriche vorliegt, für abgetan gelten. In einem folgenden Artikel soll besprochen werden, welche Schwierigkeiten jetzt noch einem energischen Aufgreifen der Schuldfrage entgegenstehen und wie sie überwunden werden können.

Digitized by Google

Zustände in Neu-Rumänien

Von Transsilvanus

„Siebenbürgen den Siebenbürgern!“ Kein geringerer als der frühere rumänische Ministerpräsident Dr. Alexander Vaida hat vor einigen Monaten dies Schlagwort ausgegeben. Es kennzeichnet das Verhältnis zur Genüge, das zwischen den „angeschlossenen Gebieten“ und Alt-Rumänien besteht. Wenn ein führender Siebenbürger Rumäne, der einstens im ungarischen Reichstage für sein Volk redlich gestritten und gelitten hat und für den die Vereinigung seiner Heimat mit dem „Mutterland“ die Erfüllung allerkühnster Träume bedeuten mußte, nach knapp zwei Jahren, die ihn persönlich bis zur Höhe eines leitenden Ministers des neuen Vaterlandes geführt haben, sein politisches Bekenntnis in ein Wort zusammenfaßt, das dem Wunsche nach reinlicher Scheidung der Elemente im Staate Rumänien gleichkommt, so läßt dies wohl tief genug blicken. Und seine Losung ist allen ehrlichen und unabhängigen Siebenbürger Rumänen durchaus aus dem Herzen gesprochen. Sie haben in überraschend kurzer Zeit Wesen und Treiben ihrer Brüder aus Alt-Rumänien satt bekommen. Nicht etwa, daß sie die Trennung von Rumänien und die Wiederherstellung des früheren staatsrechtlichen Zustandes wünschten und anstrebten — es wäre irrig, dies anzunehmen —, aber für eine Autonomie der ehemals ungarischen Landesteile, also Siebenbürgens, des Banates und der Marmarosch, wären sie alle mit Begeisterung zu haben.

Denn es kann sich keiner von ihnen verhehlen, daß die Vereinigung dieser Provinzen einer höheren Kultur mit dem kulturell und sozial ungleich rückständigeren Rumänien zu einer staatlichen Gemeinschaft für die ersteren einen entschiedenen Rückschritt bedeutet, den nicht nur die Gebildeten, sondern selbst die breiten Volksmassen schwer empfinden. Man muß sich vorstellen, wie die ganze rohe Unkultur des alten Rumänien vor dem Kriege, gepaart mit einer tiefeingefressenen Korruption, gesteigert durch alle im Krieg entfesselten bösen Triebe, nun auf einmal auf ein Land losgelassen wird, das allen freiwilligen Anschlußerklärungen zum Trotz doch nur als Kriegsbeute angesehen wird — und man wird einen Begriff davon bekommen, wie sie darin haust und schaltet!

Vor allem wird Siebenbürgen als ein Gegenstand schrankenloser geschäftlicher Ausbeutung angesehen. Der Rumäne ist von Natur aus ein Geschäftsmann unbedenklichster Art, für den das Geld unter allen Umständen Wohlgeruch hat. Fallen die an und für sich schon nicht starken Hemmungen weg, die im eigenen Land seinen Machenschaften entgegenstehen, fühlt er sich im Besitze eines Vorrechtes gegenüber einer zum Teil aus Fremdnationalen bestehenden Bevölkerung, so gibt es natürlich für

Digitized by Google

seinen wilden Bereicherungstrieb keine Grenzen. Der erste Skandal wurde sofort nach der Besetzung Siebenbürgens in Szene gesetzt. Schon im Januar 1919 gab das Besetzungsmilitär eine Verordnung heraus, wonach der rumänische Lev, der bis dahin kaum etwas höher stand als die österreichisch-ungarische Krone, einen Zwangskurs von zwei Kronen erhielt. Wer sich weigerte, das rumänische Geld zu diesem Kurs anzunehmen, kam vor das Kriegsgericht. Diese künstliche Hebung der rumänischen Valuta hatte natürlich den Zweck, Siebenbürgen auszukaufen, und so kamen denn auch Heuschreckenschwärme von altrumänischen Spekulanten ins Land, die mit ihren Lei zusammenkauften, was sie nur wegschleppen konnten, und damit in kürzester Zeit alle Preise zu bis dahin nicht erlebter Höhe hinauftrieben. Inzwischen aber sank die Krone an den europäischen Börsen immer tiefer und tiefer, so daß die in langsamerem Tempo fallende Währung des Siegerstaates Rumänien sehr bald die Höhe des Zwangskurses überstieg. Damit trat die zweite Phase der Ausbeutung ein: die Valutaspekulation mit dem Lei. Der Siebenbürger Geschäftsmann, dem die Grenzen nach dem Westen hin hermetisch versperrt gehalten wurden, konnte alle Waren nur über Alt-Rumänien, über die Häfen von Galatz und Constanza aus dem Westen beziehen und mußte mit Lei bezahlen. Standen diese schon gegen die Valuta der Exportländer England, Frankreich, Amerika und Italien recht ungünstig, so mußten sie vom Siebenbürger mit hohem Aufschlag, nicht mehr nur zum Zwangskurs 1:2, sondern zum Kurs 1:2½—3—3½—4, zeitweilig sogar noch höher gekauft werden. Damals haben nicht bloß die Bukarester Großbanken, sondern die ganze Bevölkerung von Alt-Rumänien Riesengewinne in Valutaspekulationen gemacht, zum Schaden Siebenbürgens, dessen Teuerung ins Unerträgliche wuchs. Vergebens rief man nach Hilfe, die die Regierung durch die längst versprochene Vereinheitlichung der Valuta leicht hätte gewähren können. Erst mußte das Land weiter ausgepowert werden, ehe man daran ging, den Umtausch der Krone gegen Lei vorzunehmen. Bis es dazu kam, waren die Siebenbürger den abscheulichsten Schikanen ausgesetzt. Zwar waren schon im Sommer 1919 die in den rumänisch gewordenen Teilen Ungarns — der Kürze halber nenne ich diese immer nur einfach „Siebenbürgen" — umlaufenden Kronen abgestempelt worden, aber einerseits geschah dies in so primitiver Weise, daß die Nachahmung des Stempels ein Kinderspiel war, andererseits ließ man mehr als ein Jahr vergehen, ehe man den Geldaustausch, zu dem ja die Abstempelung nur eine unmittelbar vorbereitende Maßregel sein sollte, vornahm. Die Folge davon war, daß unermeßliche Mengen von Kronen aus der inzwischen unermüdlich weiter arbeitenden Budapester Banknotenpresse nach Siebenbürgen eingeschmuggelt und hier, mit gefälschten Stempeln versehen, in Verkehr gebracht wurden. Als man darauf kam, wurden falsch gestempelte Kronen von den Aemtern zurückgewiesen;

Digitized by Google

sie als solche zu erkennen, erforderte aber ein eigenes Studium, da die Nachahmungen zumeist sehr gut waren. Die Folge davon war, daß die Bevölkerung alle größeren Banknoten von vornherein zurückwies, was dann auch wieder mit behördlicher Strafe bedroht wurde, und eine außerordentliche Störung des Handels und Verkehrs eintrat. Was die Behörden dabei an Maßnahmen nach dem bekannten Schema: „ordre — contreordre — désordre" leisteten, ist nicht zu beschreiben. Endlich, im September 192⁰ wurde der Qual ein Ende gemacht, indem die Umwechselung vorgenommen wurde — den berechtigten Wünschen ganz Siebenbürgens zum Trotz nach dem ungerechten Schlüssel 2:1, so daß also alle Rentner des Landes, Stiftungsfonds, Vermögensbestände von Kirchen und anderen Kulturkörperschaften, ebenso wie Pupillarvermögen, kurzum alle Vermögen, die nicht durch Kauf und Verkauf, Spekulation und Umsatz gesteigert werden konnten, um die volle Hälfte vermindert wurden. Denn inzwischen ist eingetreten, was Kenner der Verhältnisse vorausgesagt hatten: der Lei hat heute nur noch dieselbe Kaufkraft, wie sie die Krone vor der Einlösung gehabt hatte. Das halbe Vermögen Siebenbürgens ist und bleibt konfisziert, ohne daß der Staat als solcher einen Vorteil davon hätte; die glücklichen Gewinner sind nur die altrumänischen Spekulanten. Nur nebenbei sei erwähnt, daß bei der Einwechselung 40% der Summe mit dem Versprechen zurückbehalten wurden, daß ihre Auszahlung in längstens drei Monaten erfolgen solle. Aus den drei Monaten wurden in Wirklichkeit fünf Monate; der ganz zwecklose Zinsenverlust geht in die Millionen.

Diese finanziellen Plagen, die zum größeren Teil jedenfalls nur durch eine allerdings ans Fabelhafte grenzende Organisations- und Verwaltungsunfähigkeit, ein Hauptkennzeichen der gesamten rumänischen Regierungsweise, verursacht worden sind, sind heute schon halb vergessen über all der Unbill, die seither über das Land gekommen ist. Es ist das Schlagwort der „Vereinheitlichung", unter dem Siebenbürgen heute am schwersten leidet und das die unmittelbare Veranlassung zu dem eingangs erwähnten Losungswort Dr. Vaidas geworden ist. Vereinheitlicht werden soll die Verwaltung Siebenbürgens mit der Alt-Rumäniens in allen ihren Zweigen. D. h. altrumänische Gesetze, Methoden, Gewohnheiten und Mißbräuche sollen einfach ganz kritiklos auch auf die siebenbürgischen Verhältnisse angewendet werden. Im Grunde besteht die Vereinheitlichung darin, daß Beamte aus Altrumänien nach Siebenbürgen versetzt werden, dessen Verhältnisse sie nicht kennen, mit dessen Bewohnern, soweit sie nicht Rumänen sind, sie nicht sprechen können, und daß diese Beamten nun dort ohne jedwede Vorbereitung der Bevölkerung nach ihren Gewohnheiten schalten und walten. Diese Gewohnheiten kennzeichnen sich aber in der Hauptsache als Willkür und Bestechlichkeit. Was die letztere anlangt, so hat sie bereits ein Maß erreicht, das als klassisch bezeichnet werden kann. Ohne Back-

Digitized by Google

schisch kann vor allem der Kaufmann keinen einzigen Schritt unternehmen, der ihn irgendwie mit einer Behörde in Verbindung bringt. Die behördliche Bevormundung des wirtschaftlichen Lebens erstreckt sich auf alle möglichen Dinge, und ihr einziger Zweck scheint zu sein, dem schwach bezahlten Beamten Gelegenheit zu bieten, dem Geschäftsmann Geld abzupressen. Einen Waggon ohne hohe Schmiergelder zu bekommen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Einfuhr- und Ausfuhrbewilligungen für Waren sind eine unerschöpfliche Einnahmequelle für die mit ihrer Erteilung betrauten Aemter. Kontrollmaßnahmen der verschiedensten Art bedeuten nur je eine Hand mehr, die Trinkgeld fordert und nimmt. Alles schreit über Korruption, die Wände der beiden Kammern in Bukarest hallen wider von Klagen darüber, aber es geschieht schlechterdings nichts, was geeignet wäre, eine Besserung herbeizuführen. Die altrumänischen Beamten, mit denen Siebenbürgen ohne sachlichen Grund überschwemmt wird, gleichen durchaus einem Heer, dem eine Zeit lang die Plünderung der eroberten Stadt erlaubt worden ist: dies ist die einzige Erklärung dafür, daß sie gegen die Siebenbürger losgelassen werden. Und es wird dafür gesorgt, daß recht viele darankommen: daher der häufige Wechsel auf allen Beamtenposten.

In der Willkür ging bisher das Militär voran. Als die Besatzungstruppen ins Land kamen, wendeten sie die in der rumänischen Armee üblichen brutalen und erniedrigenden Methoden der Schläge ins Gesicht und der Stockstreiche unbedenklich auch auf die Zivilbevölkerung an, nicht nur offiziell, sondern natürlich auch zur Geltendmachung privater Wünsche. Man fühlte sich besonders in deutschen Kreisen um Jahrhunderte zurückgesetzt, wenn der deutsche Bauer über die Bank gezogen und mit dem Stock oder dem Bajonettriemen mißhandelt wurde. Aber auch an Städtern, selbst an Frauen vergriff sich die rohe Soldateska nicht selten. Dies hat nun schon aufgehört aber die Gendarmerie und die Polizei, die verstaatlicht und damit „unifiziert" worden ist, haben die körperliche Mißhandlung der ihnen ausgelieferten Bedauernswerten zum System erhoben. Es ist bezeichnend, wenn kürzlich ein alter rumänischer Bauer, der aus geringfügigem Anlaß von Gendarmen halb totgeschlagen worden war, dem ihn untersuchenden Arzt sagte, die ungarischen Gendarmen seien Heilige gewesen. Und diese hatten doch auch ein sehr lockeres Handgelenk gehabt!

Wenn man unter Willkür nicht nur physische Brutalität versteht, so kann man von einer ungeschwächten Fortdauer der Gewaltherrschaft sprechen, die in den ersten Besatzungsmonaten in Siebenbürgen eingeführt wurde. Der Durchschnittsbeamte aus Altrumänien hat so wenig Sinn für Gesetzlichkeit und Recht, daß man ihn wohl als „rechtsblind" bezeichnen könnte. Ein Gesetz, eine Regierungsverordnung kaltlächelnd übertreten, ja die selbsterlassenen Gebote und Verbote mit völliger Nichtachtung strafen, bringt er mit einer erstaunlichen Leichtigkeit zustande. Infolgedessen sind die

Digitized by Google

Gerichte von absoluter Unzuverlässigkeit, wo der altrumänische Einfluß zur Geltung gekommen ist; die altrumänische Justitia trägt keine Binde über den Augen, sondern schielt nach beiden Seiten, um festzustellen, woher sie mehr Backschisch zu erwarten hat. Insbesondere die nichtrumänischen Bewohner Siebenbürgens können nur noch dort auf Durchsetzung ihres Rechtes vor Gericht rechnen, wo noch ein Teil des alten Richterbestandes erhalten ist und den Mannesmut hat, an europäischen Rechtsbegriffen festzuhalten.

Die Wirtschaft liegt ganz darnieder. Das vollständig zugrunde gerichtete Eisenbahnwesen versagt den Dienst nahezu vollständig. Was der Krieg in Siebenbürgen an brauchbaren Lokomotiven und Güterwagen noch übriggelassen hat, ist nach Altrumänien geschafft worden, das Land hat nur noch das alte Eisen behalten. Siebenbürgen ist heute teurer als das in Friedenszeiten berüchtigt teuere Altrumänien, weil der Warentransport an Taxen, Ueberwachungs- und Bestechungsgeldern riesige Summen verschlingt. Daß dabei das Schiebertum in üppigster Blüte steht, ist selbstverständlich; gegen dieses werden immer wieder heuchlerisch die schärfsten Maßregeln angekündigt, in Wirklichkeit geschieht nichts, weil die Anhänger der Regierung den Gewinn von diesen Zuständen haben. Richtiger gesagt, weil sich der Schieber und Preistreiber in die Listen der Regierungspartei einschreiben läßt, um unbehelligt zu bleiben.

Zu all den positiven Begehungssünden der Altrumänen, unter denen wir in Siebenbürgen seufzen, kommt eine unsagbare Unfähigkeit, Kopflosigkeit, Schlamperei und Faulheit der Behörden, von den Ministerien herab bis in das letzte Dorfamt, wo nicht zufällig noch Deutsche das Steuer in der Hand haben. Beschwerden und Klagen sind von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt, einfach weil sie ungelesen liegenbleiben. Die angenehme Kehrseite dieses fast vollständigen Versagens der Behörden ist, daß die meisten erschreckend dummen Verfügungen von oben ruhig unausgeführt bleiben können, weil niemand nachprüft, ob auch geschieht, was er angeordnet hat.

Daß das Diebes- und Räuberunwesen arg zugenommen hat, ist begreiflich, da dies ja auch in zivilisierteren Ländern der Fall ist. In Neurumänien aber ist dagegen so gut wie kein Schutz. Der Rumäne ist nur für politisches Schnüffel- und Spitzeltum begabt. Große Räubereien, Einbruchsdiebstähle, ja selbst Morde geschehen, ohne daß man die Täter erwischt. Dafür aber gelingt es der politischen Sicherheitspolizei, die stark mit Lockspitzeln arbeitet, meist sehr prompt festzustellen, wenn ein sonst Unbescholtener in der Verzweiflung über die Zustände irgendeine unbesonnene Aeußerung getan hat, die für den Staat und seine Lenker nicht eben schmeichelhaft ist. Wie denn überhaupt der Kampf gegen Leute, die die Wahrheit derb zu sagen lieben, die Hauptsorge der Regierungsmänner in Bukarest ist. Ob wohl nicht das böse Gewissen dabei vor allem mitspielt? Die Angst, daß der

Digitized by Google

große Landerwerb des Jahres 1918 so zerrinnen könnte, wie er gewonnen wurde. Auch in dieser Beziehung ist Rumänien ein echtes Ententeland. Und doch brauchten sich die Rumänen wahrhaftig nicht zu fürchten, daß ihnen in absehbarer Zeit ihr Gewinn aus dem Weltkrieg bestritten werde. Bei nur einigermaßen anständiger Behandlung der neuen Provinzen haben sie einen erfolgreichen Irredentismus nicht zu besorgen. So aber bereiten sie ihm und den bolschewistischen Regungen im Lande mit allen Mitteln selbst die Wege.

Das österreichische Staats- und Reichsproblem

Von Dr. Theodor Heuß

Daß wir im „Reich" uns zu wenig um die historisch-politische Kenntnis der alten Habsburger Monarchie bemüht haben, war in den Kriegsjahren ein landläufig gewordenes Eingeständnis; das ließ sich nicht mit einem schnellen und guten Willen nachholen. Wer aber den Versuch machte, wurde rasch genug gewahr, daß dieses österreichische Problem bei denen, die uns für seine Klärung die Mittler sein mußten, nun selber in der vieldeutigsten und wechselnden Beleuchtung stand. Ich empfing selber davon den lebendigsten Eindruck, als ich, mit den Voraussetzungen einigermaßen vertraut, im Frühsommer 1918 ein paar Wochen lang in Wien Tag für Tag Staatsmänner, Historiker, Parlamentarier und Publizisten sprach, immer nur über diese eine Frage: Lebenskraft und Lebensform des österreichisch-ungarischen Staatsgebildes. Es war der Weg durch ein Labyrinth der tausend Urteile. Mit schneidender Klarheit sahen etwa Karl Leuthner und Ludo M. Hartmann das unbedingte Ende des Habsburgischen Staates und betonten, daß Deutschland eine nur deutsche Politik betreiben dürfe, wobei der slawische Deutschenhaß als unabwendbare Tatsache eingesetzt werden müßte. Zu denen, die umgekehrt die historisch-politische Bedingtheit der Monarchie und damit ihre, im letzten Grunde unerschütterliche, weil an größeren Aufgaben gewachsene Mission vertraten, gehörten Heinrich Friedjung und Josef Redlich.

Von Friedjung sollte bald die Sammlung seiner „Historischen Aufsätze" erscheinen, mit denen er seine großen Werke über die habsburgische Politik im 19. Jahrhundert abschließen wollte; als das Buch dann, erst 1919, fertig vorlag (bei Cotta in Stuttgart), war es „einer versunkenen Welt" gewidmet. Und der Verfasser, ein „alter Oesterreicher", wie er sich in dem bewegten Vorwort des Buches selber nennt, das ein klagendes Nachwort zu dem Glauben seines Lebens wurde, „von dem Gedanken der Daseinsnotwendigkeit des Donaureiches getragen", ist bald darauf ge-

Digitized by Google

storben. Josef Redlich stand damals, 1918, mitten in der Arbeit einer zusammenfassenden Darstellung der österreich-ungarischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, die man als Ergänzung zu Friedjungs mehr außenpolitisch eingestellten Werken erwarten durfte. Wie weit er die Anlage umgestaltete, läßt sich nicht sagen; er zitiert die „schrankenlose Eröffnung der staatlichen Archive als die der wissenschaftlichen Erforschung der österreichischen Politik günstigste Folge des Umsturzes von 1918". Kein Zweifel, seine Arbeit ist reicher geworden an unmittelbarem Material, seit dessen Fragestellungen in vollkommenem Sinn „Geschichte" geworden zu sein scheinen. Es bleibt aber immerzu die Empfindung: wie würde dies, wie jenes formuliert sein, wenn nicht der Historiker, sondern der Politiker, der selber wirken, lösen und binden möchte, die Worte gesetzt hätte. Denn Redlich war ja Mitglied des Reichsrats gewesen, und man erinnert sich vielleicht, daß er in dem kurzlebigen Kabinett Lammasch, das die Katastrophe liquidieren sollte, aber dann im Sturm der Revolution zerbrach, das Finanzportefeuille übernahm.

Das Werk Redlichs tritt unvollständig an die Oeffentlichkeit und darin liegt für die Besprechung einige Schwierigkeit; aber wer mag heute übersehen, wann die weiteren Teile vorgelegt werden? Es erscheint aber innerhalb der wissenschaftlichen und politischen Literatur so bedeutsam, daß auch der Hinweis auf den ersten Band in hohem Maße gerechtfertigt ist[1]).

Die Verdienste der Arbeit erstrecken sich in die verschiedensten Richtungen. In der pragmatischen Beschreibung erscheint vor allem zum erstenmal der Gang der Stadionschen und Bachschen Verwaltungsreform im Beginn der fünfziger, die Verfassungsbemühungen des älteren Goluchowski und Schmerlings im Ausgang der fünfziger und Beginn der sechziger Jahre ganz klar gelegt; neben den Denkschriften und der Publizistik der Zeit dienen die (vielleicht manchmal etwas zu breit vorgetragenen) Ministerialprotokolle als neu erschlossene Quelle einer Darstellung, die über die Sacherläuterung bis zur Farbe der persönlichen Motivierungen vordringt. Dann aber ist mit höchster Eindringlichkeit herausgeholt, wie das Jahr 1848 in den Beratungen des Kremsierer Verfassungsausschusses alle schlummernden Probleme des Staates weckt; jene Arbeiten haben nur „akademischen" Charakter besessen, sofern sie niemals Gesetz und Wirkung wurden, aber indem durch sie die Vielfältigkeit der staatlichen, nationalen und administrativen Probleme einmal ausgesprochen und formuliert war, blieben diese auch seelisch lebendige Kräfte, mit denen der Staat

[1]) Josef Redlich: Das österreichische Staats- und Reichsproblem. Geschichtliche Darstellung der inneren Politik der habsburger Monarchie von 1848 bis zum Untergang des Reiches. I. Band: Der dynastische Reichsgedanke und die Entfaltung des Problems bis zur Verkündigung der Reichsverfassung von 1861. 1. Teil: Darstellung, 816 S. 2. Teil: Exkurse, 258 S. Leipzig, Der neue Geist Verlag, Dr. Peter Reinhold, 140 M.

Digitized by Google

rechnen mußte, mit denen er nur unvollkommen rechnete, die er übersah, negierte, unterdrückte, um von ihnen ausgehöhlt und gesprengt zu werden.

Man wird Redlichs Buch in die Nähe von Meineckes „Weltbürgertum und Nationalstaat" rücken müssen. Gewiß sind die beiden Arbeiten in der Anlage verschieden: Meinecke auf die Erhellung allgemeiner und philosophischer Tendenzen zielend, Redlich in seinem Verhalten zu dem Stoff sinnlicher, literarisch dichter, aber an einer wichtigen Stelle ergänzen sie sich. Denn was schließlich, neben dem Ideen- und Gesinnungswandel in der Oberwelt des Geistes, bei Meinecke als historische Frage fast zum erstenmal vollkommen deutlich wird: der Gegensatz Frankfurt-Berlin im Jahre 1848, das preußische Staats- und das deutsche Reichsproblem nicht mehr nur Gegenstand von Diplomatie und auswärtiger Politik, sondern in parlamentarische Versuche, in volkstümliche Stimmungen eintauchend, das ist bei Redlich nun mit nicht minderer Schärfe aus dem östlichen Blickfeld gesehen. Und dort ist alles verwickelter und schwieriger.

Die Deutschen Oesterreichs erleben zunächst auch mit Leidenschaft und Wärme das große Ziel der deutschen Einigung, das sich in Frankfurt das Werkzeug seiner Vollendung schaffen soll; aber sie werden dann, und um so mehr, als in Kremsier nach Verfassungsformulierungen gesucht werden will, gezwungen, auch die österreichische Staatlichkeit, in die ihre Vergangenheit eingebettet ist, als ihre besondere Sorge zu betrachten. Und hier kommen sie nun vor die eigentümlichste Wirren. Den Staat Metternichs hassen sie, wie alle populären Strömungen in ganz Deutschland es tun, weil er zur Legende aller Reaktion und geistlosen Polizeiroutine geworden; indem sie Metternich stürzen, vereinigen sie ihre Empfindungen aber auch mit denen der slawischen, magyarischen, rumänischen, italienischen Untertanen, die im habsburgischen Staatshause sitzen. Doch nun, nachdem die „Freiheit" erobert ist, steigt sehr schnell die Einsicht auf, daß die Deutschen und die andern etwas ganz Verschiedenes in Metternich bekämpften: war ihnen das franziszeische System zu einer Maschine geworden, in der das freie geistige und gewerbliche Leben der Nation eingesperrt schien, so wurde es von den Slawen gehaßt, weil sie in ihm den Apparat der deutsch-zentralistischen Oberherrschaft sahen. Die Deutschen Oesterreichs halfen den übrigen Nationen zum Kampf gegen den deutschen Charakter des Reiches, wie er sich unter Maria Theresia und Josef II durchgebildet hatte, und als sie dessen gewahr wurden, waren sie in die Unlösbarkeit ihres Unterfangens verwirrt, um so mehr, als in Frankfurt die deutsche Frage zur preußischen Führung gesteuert war. Der Zwiespalt, wer ihnen teurer sei, die nationalstaatliche Einheit oder das Habsburger Reich, das im wesentlichen ihre Schöpfung geworden, hängt von nun ab als Schatten über den Deutschen Oesterreichs. Und sie werden von der Geschichte in

Digitized by Google

den Kampf um ihre Stellung in dem alten Staat gedrängt, der schließlich zu einem Kampf um die Erhaltung dieses Staates schlechthin wird.

Glänzend ist Redlichs Beschreibung des alten österreichischen Staates. Wärme des Tones fließt in seine Worte, wenn er der Leistungen der großen Kaiserin und ihres leidenschaftlichen Sohnes gedenkt, die aus dem Länderkomplex des Erzhauses eine Einheit schaffen und über den ständischen und staatsrechtlichen Eigentümlichkeiten der Teile, in dem diese beschnitten, zerdrückt oder pfleglich gelenkt werden, die habsburgische Großmacht bauen, die nach innen Fürsorge und Wohlfahrt bedeutet. Unter ihnen bildet sich auch die politische Gesellschaft aus, die, um der Dynastie willen, den Staat als Militär- und Verwaltungsunternehmung trägt: jener aus allen Ländern hergeholte Schwertadel, der der Erbe des früher vernichteten ständischen Adels ward, und jenes teilweise geadelte, aus der deutschen Mittelschicht sich rekrutierende Beamtentum, welches, von großen Ueberlieferungen sich nährend, trotz mannigfacher Entartungen, die stärkste Staatskraft des Oesterreichertums bis zum Ende blieb.

Das Jahr 1848 wirft nun in diesen Verwaltungsstaat Probleme, die mit seiner bisherigen Struktur schlechterdings nicht verträglich sind. Es ist nicht bloß der Nationalismus der konstitutionellen Demokratie, gegen den sich Metternich durch Jahrzehnte gewehrt hat und dem auch Franz Joseph, trotz aller widerwilligen Zugeständnisse, zu innerst abgeneigt bleibt, sondern mit dem neuen wachen Erinnerungen der Vergangenheit auf. Die nationale Idee schießt aus zwei Quellen in die habsburgischen Völker: die eine, demokratische, hat ihre Tiefen in der These von der Volkssouveränität, die andere, konservative, in der romantischen Strömung, die das Volkstum als Eigenwert begreift und pflegt, ohne mit politischen Formeln zu beginnen, aber dann doch auch für politische Zielsetzungen trächtig genug. Auch die Verfassungsfrage kommt mit doppeltem Gesicht: aus dem deutschen Südwesten bietet sich die konstitutionelle Gewöhnung mit Wahlrecht, mit Kammern und Ministerien an, noch unvollkommen, aber bildungsfähig, theoretisch, wenn auch nur so, in Frankfurt gelöst, daneben meldet sich aus den dürftigen Resten der Postulatlandtage der Ruf nach der Erneuerung der alten ständischen Einrichtungen; was hier, vorab aus den Kreisen des böhmischen Adels unter Clam und Thun an Willensbildung entsteht, ist nicht ohne Zusammenhang mit der ständischen Theorie, die in Berlin bei den Gerlachs und Fr. J. Stahl ihre Erneuerung erfährt. Aber in Oesterreich wird dies alles noch dadurch kompliziert, daß die nationalen Grenzen sich mit den „Ländern" nicht decken, die nicht bloß Verwaltungseinheiten im Stil der französischen Departements sind, sondern durch ihre politische Geschichte Eigengewicht erhielten, und die wie in den Sonderfällen Ungarn, Kroatien und Böhmen auch ihre Sonderstellung bewahrten oder sie jetzt, in der Wirrun

Digitized by Google

neu zu gewinnen trachten. Der Kampf des magyarischen Adels für die „avitische" Verfassung der Länder der Stephanskrone ist die folgenschwerste Tatsache, immer ein ziemlich eindeutiger Kampf für die Herrschaftsstellung einer kleinen, aber politisch höchst aktiven Schicht; der kurze Sieg, den der zentralisierte autoritäre Staatsgedanke nach der Rebellion des Jahres 1848/49 mit russischer Hilfe gewann, wird dann nach der Waffenniederlage von 1866 in Böhmen durch den Deakschen Ausgleich bitter genug bezahlt: Budapest führt, führt auch in den Weltkrieg.

Innerhalb der nationalen Politiker sieht man die Probleme mit wechselnder Deutlichkeit und tönt sie ab je nach der Bewertung, die man der historischen Gesamtstaatlichkeit gibt, je nach dem Glauben, ob die straffe Einheit oder die Vereinbarung der freien Föderation Gewähr des dauernden Haltes und der kräftigen Staatsführung sei. Es ist auch heute noch wichtig genug, zu sehen, wie beim Beginn der bewußten tschechischen Politik, eben im Jahre 1848, unter Palacky und Rieger, der tschechische Nationalismus und der habsburgische, freilich von deutscher Führung gelöste Patriotismus miteinander ringen, wie das „böhmische Staatsrecht", das Herrschaftsansprüche eines Volksteils über den anderen aus sich gebiert, noch nicht pathetische Selbstverständlichkeit ist, sondern die nationale Idee auch ihre reinliche Selbstbeschränkung kennt.

Wien, die Regierung, die Monarchie sind gegenüber den Aufgaben, die plötzlich in die Höhe schießen, zunächst hilflos. Mit eigenen Ideen sie zu gestalten, zeigen sie sich unfähig. Erst die militärische Selbstbehauptung gibt ihnen Sicherheit zurück. Und nun beginnt das. Experimentieren, das den tiefen Einschnitt in das Volksbewußtsein, den das Jahr 1848 bedeutet, auf dem Verwaltungsweg aus der Welt schaffen möchte; die Enttäuschung und die Angst der deutschen Bürgerschicht um ihre Stellung geben dabei die moralischen Stützen. Der Staat erfährt verwaltungstechnisch einige „Modernisierungen", indem sein Zentralismus nun auch dem geschlagenen und geschwächten Ungarn aufgezwungen wird; aber alles das bleibt eine künstliche Konstruktion, die nach der Niederlage von 1859 durch das Finanzelend des Reiches wie durch die wachsende Gärung in Ungarn erneut in Frage gestellt wird.

Schwarzenberg und Windischgrätz, Kübek, Stadion, Al. Bach, später Gouluchowski, Rechberg, Thun, Schmerling, Ignaz Plener gaben in diese Versuche ihre Anschauungen und Temperamente und es mag über den österreichischen Spezialfall hinaus lehrreich sein, aus den Ministerialprotokollen den mühsamen Weg von intimer Gegnerschaften zu staatspolitisch einheitlichen Kompromissen kennenzulernen — langsam erhält dabei des jungen Franz Josefs Figur ihre Umrisse. Seine Anfänge haben nun gar nichts von den populären Legendenzügen, mit denen sein Alter ausgestattet wurde — ein zögernder und unsicherer Jüng-

Digitized by Google

ling, der mehr Mißtrauen als Kraft der Hingabe besitzt, der die Dinge an sich herankommen läßt und dann mit einer gewissen Hast entscheidet, damit eben nur inmitten der Zwänge etwas geschieht, fast nur von dem einen Sinn beherrscht, die Stellung des Monarchen und des Militärs möglichst unberührt zu erhalten, ohne zu überprüfen, ob auch sie dem Wandel der Zeiten unterworfen, ohne tiefere Vorstellung, daß die dynastische doch nur eine Teilfrage innerhalb der habsburgischen Reichsschöpfung war.

Man mag an Redlichs Arbeit dies vermissen, daß ihre Konzentration auf die Verfassungs- und Verwaltungsreform und die geistige Aussprache, die dieser gewidmet wurden, ihn auf eine, wenn auch kurze Verdeutlichung der weiteren politischen Ereignisse verzichten läßt. Gewiß kann man etwa die Schwarzenbergische Politik gegen Friedrich Wilhelm IV und Radowitz bei Friedjung nachlesen, die Feldzüge in Italien von 1849 und 1859 erscheinen für den Zusammenhang als Nebenerscheinungen; aber wenn sie schon tatsächlich den Hebel für die innerpolitischen Umstellungen bildeten, waren sie einer Charakteristik bedürftig. Ein so kluger Kopf wie Redlich ist sich natürlich der Wechselbeziehung zwischen innerer und äußerer Politik immer gegenwärtig, zumal er an Schulbeispielen demonstriert. Aber die Zwangsläufigkeit der inneren Lage wäre sowohl für die Zeit der Reaktion (Radetzkys Siege als Hintergrund) als für den Versuch des „konstitutionellen" Umbaus (nach der Niederlage von 59) deutlicher hervorgetreten, wenn die Gelenke stärker gezeigt wurden.

Hier ist ja nun auch die Stelle, an der das „österreichische Reichs- und Staatsproblem" notwendig aus dem Umkreis der Dynastenpolitik, ob klug oder töricht, aus dem Bereich der unmittelbar Beteiligten, ob „Untertanen" oder „Staatsbürger" hinausschreiten mußte. Gewiß ist es töricht, den Habsburger Staat als eine „innere Unmöglichkeit", als einen staatlichen Widersinn zu behandeln; denn indem er sich durch Jahrhunderte als Macht und Verwaltung behauptete, „bewies" er sich. Aber seine inneren Sorgen konnten von dem Augenblick an nicht mehr isoliert betrachtet werden, als die Politik eine sozusagen volkstümliche Angelegenheit wurde und die große Zwiesprache zwischen Nation und Staat einsetzte. Sie ist dem 19. Jahrhundert von der Geschichte aufgezwungen worden, und das 20. hat sie zur Fortsetzung übernommen. Wie in der Donaumonarchie die Fragen und Antworten sich komplizieren, das wird der Inhalt von Redlichs weiteren Darstellungen sein müssen; wird an deren Ende der Glaube noch stehen können, der die Arbeit einleitete, daß es doch eigentlich die Aufgabe dieses Gebildes gewesen sei, den neuen Typus eines „übernationalen Staates" mit staatsschöpferischer Kunst zu schaffen? Ja, fragen die Völker, die Volksteile, ob sie die Aufgabe besäßen, ein sogenanntes Ideal fertigzubringen? Die Lage des Donaureiches war ja nun merkwürdig genug; die Mehrzahl

Digitized by Google

seiner Nationen, Deutsche wie Polen, Ruthenen und Rumänen, Südslawen und Italiener, hatten ihr nationales Schwergewicht außerhalb der habsburgischen Grenzen. In dem Maße, als sie vom Geist der Demokratie erfaßt wurden, mußten sie irredentistische Strebungen aus sich gebären. Daß die Schwierigkeiten des habsburger Reiches wesentlich bei dem Machtkampf der beiden Völker lagen, die ihre nationale Begrenzung in ihm fanden, Tschechen und Ungarn, ist so fast ein Zufall mit ganz bestimmten historischen Voraussetzungen, die eigentlich staatspolitische Gefahrenzone lag bei den anderen Nationen. Oesterreich war als „übernationaler Staat" zu einer gewissen Resignation im Brausen des demokratischen Imperialismus verurteilt, der das ausgehende 19. Jahrhundert charakterisiert; aber die überlieferte Tatsache seiner geschichtlichen Großmachtsstellung gab dieser Zurückhaltung die gewiesenen Grenzen. Auch ein innerer Umbau hätte die Fragestellung, die die Zeit brachte, nicht erstickt. Auch mit einem Sieg Mitteleuropas wäre das alte Oesterreich-Ungarn zu Ende gewesen, denn „Mitteleuropa" hätte an sich die Befriedigung der eingeborenen nationalen Tendenzen zur Voraussetzung gehabt, wenn es über den Zustand labiler Katastrophenhaftigkeit hinauswachsen wollte. Das sind nun Ueberlegungen, die hinter den Ereignissen einherspielen. Aber sie melden sich immerzu bei dem Studium von Redlichs Werk, weil dies selber das Dynamische in der politischen Entwicklung klarzulegen unternimmt. Heute ist jeder Antwort, die eine Ideologie befriedigen könnte, die Lösung verweigert und der Wirrwarr der plumpen Gewalt liegt über dem Boden, der voll plastischer politischer Gedanken und Leidenschaften der Völker gewesen ist. Auch dieser Zustand ist nicht Ende, sondern Durchgang.

Seinen Beginn mit dem größten schriftstellerischen Reiz, mit Klarheit und Empfindung, mit Klugheit und Uebersicht beschrieben und dem Verständnis neue Tore erschlossen zu haben, ist das Verdienst von Redlichs Redlichs bedeutendem Werke.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M
Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

T 1892 OF MICH.

Inhalt:

Politische Glossen 553
*** Einige Warnungen zur Rußland-Frage . . . 555
Montgelas, „Wiederaufnahme des Verfahrens" . . 559
Schilling, Die Bedeutung des Auslanddeutschtums 563
Schmidt, Deutscher Schultag in Buenos Aires . . 568
Eickstedt, Menschenkundliche Zeitforderungen . . . 572

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 11. Juni 1921 Heft 24

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Der Vertrag von Versailles im Lichte der Wissenschaft

Im Erscheinen befindet sich:

Kommentar zum Friedensvertrage

Herausgeber: **Dr. Walter Schücking**
Ord. Professor der Rechte an der Universität Marburg,
Mitglied der Deutschen Friedensdelegation und des Reichstages

MITARBEITER-VERZEICHNIS:

Reg.-Rat Graf Adelmann - Geh. Rat von Aschoff - Generalsuperintendent D. Axenfeld - Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Beer - Dr. Bethke - Dr. Betz - Prof. Dr. Brodnitz - Prof. Dr. Bruck - Gesandter von Buri - Generalkonsul Dr. Büsing - Landrichter Dr. Dorn - Oberlandesgerichtspräsident Dr. Dronke - Gesandter Dr. Eckardt - Geh. Bergrat Flemming - Amtsrichter Dr. Fuchs - Wirkl. Leg.-Rat Dr. Gaus - Prof. Dr. Gutmann - Dr. Jaffé - Reg.-Rat Kracke - Prof. Dr. Kraus - Reg.-Rat Kuttig - Prof. Dr. Laun - Geh. Leg.-Rat Graf Lerchenfeld - Ministerialdirektor von Le Suire - Geh. Leg-Rat von Lewinski - Prof. Dr. Manes - - Amtsrichter Martius - Bankherr Dr. Melchior - Geh. Hofrat Prof. Dr. Mendelssohn-Bartholdy - General d. l. z. D. Graf Montgelas - M. Müller-Jabusch - Min.-Rat Nelken - Konsul Dr. Nord - Prof. Dr. Nord - Dr. Norden - Prof. Dr. Osterrieth - Geh. Reg.-Rat Ostertag - Dr. Pernice - Dr. Piechocki - Prof. Dr. ing. Quasebart - Wirkl. Geh. Oberbergrat Reuss - Geh. exped. Sekr. Roediger - Bibliotheks-Dir. Dr. Rosenbaum - Geh. Reg.-Rat Dr. Ruppel - Dr. Schätzel - Geh. Reg.-Rat Dr. Schlegelberger - Dr. Schmidt-Essen - Geh. Reg.-Rat Scholz - Prof. Dr. Schücking - Geh. Leg.-Rat Seeliger - Hans Simons - Dr. Städler - Dr. Strupp - J. Tiedje - Leg.-Rat v. Tippelskirch - Wirkl. Leg.-Rat Trautmann - Prof. Dr. Valentin - Kapitän z. S. a. D. Vanselow - Leg.-Sekr. Dr. Verdross - Dr. Voigt - Dr. Wehberg - Attaché Dr. Woermann - Rechtsanwalt Dr. Ernst Wolff - Prof. Dr. Wolzendorff - Leg.-Rat Dr. Zechlin - Dr. Zillesen - Gesandter Dr. Zitelmann

REDAKTIONS-AUSSCHUSS:

Prof. Dr. Schücking - Geh. Reg.-Rat Dr. Schlegelberger - Wirkl. Leg.-Rat Dr. Gaus - Bibliotheksdirektor Dr. Rosenbaum (Schriftleiter)

Durch Vereinbarung der beteiligten Firmen ist aus der Verlagsgemeinschaft, die sich für den Verlag des Kommentars gebildet hatte, der Verlag **Hans Robert Engelmann in Berlin ausgeschieden.** An seine Stelle ist die mitunterzeichnete Verlagsgesellschaft getreten, in deren Verlag auch alle bisher im Verlage Engelmann erschienenen Schriften der **Deutschen Liga für Völkerbund** übergegangen sind.

Verlag von Franz Vahlen in Berlin W 9 u. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8

Digitized by Google

3. Jahrgang * 11. Juni 1921 * Heft 24

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Im deutschen Reichstag wurde weniger die Frage besprochen, welche sachlichen und psychologischen Mittel ergriffen werden müßten, um in der Reparationsfrage vorankommen, sondern ob das Kabinett Wirth, das aus der Ultimatumskrise herausgewachsen war, gestürzt, geändert, umgebaut werden sollte. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch die Auflösung des Reichstags als ultima ratio erschien, wiewohl nichts verhängnisvoller sein müßte, als in die Sorgen um Oberschlesien, in die beginnenden Verhandlungen über die finanziellen Konsequenzen der Londoner Punkte die Wirrnis von parteipolitischen Kraftproben einzuschalten. Nun ist zweifellos der Wunsch aufs höchste berechtigt, dem Minderheitsministerium eine breitere Basis zu verschaffen, aber leider bleibt die Sozialdemokratie in ihre taktische Haltung verstrickt, und wenn auch auf der anderen Seite Stresemann im Reichstag zurückhaltend gesprochen hat, so ist seine Fraktion durch innere Widersprüche gelähmt, weil Anhänger eines ausgesprochenen Mißtrauensvotums in ihr ebenso lebhaft ihre Sache führen als die Vertreter einer dezidierten Vertrauenskundgebung. Die Folge davon ist, daß das Kabinett seine Arbeit auf einer etwas brüchigen Basis beginnt: die Vertrauenserklärung wurde erreicht, aber sie ist mit einer krisenhaften Geburt belastet. Der Reichstag wird im übrigen gut tun, zunächst diese Dinge der parteitaktischen Auseinandersetzung zurückzustellen; an den neuen Steueraufgaben kann er dann seinen Arbeitseifer befriedigen.

*

Ministerpräsident Stegerwald scheint entschlossen zu sein, in Preußen die Umbildung des Kabinetts nicht sehr betreiben zu wollen. Er will abwarten, wie die Situation im Reich sich entwickelt; auf jeden Fall denkt er nicht daran, nachdem die Sozialdemokraten in den Märzverhand-

Digitized by Google

lungen die Kongruenz der beiden Kabinette als unerheblich angesehen hatten, jetzt, da solche den Sozialdemokraten wichtig erscheint, sich in Preußen der fast zufällig gewordenen Koalitionsbildung anzuschließen. Offenbar trauen auch die Sozialisten der Entwicklung nicht ganz; denn ihr erster eifriger Ansturm auf die preußischen Ministersessel ist matter geworden.

*

Die Lösung der oberschlesischen Frage bleibt diplomatisch so ungeklärt wie militärisch. Die Entsendung der britischen Truppen hat nur dann Wert, wenn die J. A. K. tatsächlich dahin strebt, etwas wie eine verbindliche Autorität in ganz Oberschlesien zurückzugewinnen. Wie wenig Korfantys moralische und soldatische Rückzüge bedeuten, zeigt der Fortgang der Kämpfe und Angriffe. Es ist nun freilich schwer genug, in Oberschlesien eine einheitliche und loyale Aktion der Kommission zu erreichen, wenn London und Paris sich dauernd uneinig bleiben über das Ziel der Politik, die sie gemeinsam verfolgen sollen. Man vertagt von Woche zu Woche; währenddem sind die Deutschen des Kohlenbezirks fast schutzlos dem polnischen Terror ausgeliefert.

*

Der Gegensatz zwischen Lenin und dem radikalen Flügel der Kommunistenpartei, der bekanntlich syndikalistischen Gedanken nicht fernsteht, beginnt sich wieder zu verschärfen. Zwar hat sich die Mehrheit für Lenins Konzessionspolitik an die Bauern und den auswärtigen Kapitalismus ausgesprochen, aber bei den Wahlen zu dem Volkswirtschaftsrat sind seine eifrigsten Mitarbeiter Rykow, Miljutin, Lomow nicht wiedergewählt worden. Der Gedanke läßt sich nicht abweisen, daß die Gegner Lenins nicht gewagt haben, direkt den allmächtigen Führer der Kommunisten anzugreifen, daß sie aber seine Stellung zu schwächen versucht haben, indem sie seine besten Mitarbeiter kaltstellten. Ob Trotzki diesesmal, wie vor einem halben Jahre, die radikale Opposition unterstützt, ist noch nicht ganz durchsichtig.

Das langsame, aber stetige Anwachsen der französischen Partei der Kommunisten beginnt der Pariser Presse Sorge zu machen. Sie besitzen bereits 5 Tageszeitungen, darunter die „Humanité", mit einer Auflage von 200 000 Exemplaren und gegen 40 Wochenschriften. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder wächst ständig, da sich infolge von eifriger Agitation immer neue Gewerkschaften spalten.

*

Digitized by Google

Einige Warnungen zur Rußland-Frage

Von * * *

1. Es ist dringend davor zu warnen, in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Rußland und der Zukunft des ehemaligen Zarenreiches sich zu sehr von russischen Emigranten beeinflussen zu lassen. Der Russe ist schon seinem ganzen Wesen nach sehr subjektiv und unfähig zu ruhigem kritischen Urteil in politischen Fragen; dem russischen Emigranten fehlt erst recht die objektive Distanz zu den jetzigen Vorgängen in Rußland und der Wunsch ist bei ihm fast immer der Vater des Gedankens. Aus diesem Grunde sind die meisten Emigranten nur zu leicht geneigt, den Bolschewismus als eine zufällige Episode anzusehen und alle Ereignisse im Sinne seiner baldigen Liquidierung zu deuten. Wie subjektiv sie sind, zeigt schon ihr vollkommenes Auseinandergehen in der Frage der zukünftigen Gestaltung Rußlands: für den russischen „Rechten" ist es selbstverständlich, daß Rußland in allernächster Zeit wieder Zarentum unter den Romanows sein wird, während die freisinnige Demokratie fest an eine bürgerliche Republik, der Sozialismus an ein rein sozialistisches Rußland glaubt. Eine Warnung vor einer Beeinflussung durch Emigranten ist um so mehr angebracht, als diese sich neuerdings in der deutschen Oeffentlichkeit und Presse immer auffälliger bemerkbar macht und viel zur Verwirrung beiträgt. So sehen unsere nationalen Kreise (namentlich in Berlin) die Dinge immer mehr durch die Brille der Monarchisten, die demokratischen mit den Augen der sog. „Kadetten" (so z. B. die Vossische Zeitung, in deren Verlag die russische liberale Zeitung „Rulj" erscheint), während unsere Sozialdemokraten auf die Meinung der russischen „Menschewisten" eingeschworen sind.

2. Es ist dringend davor zu warnen, mit einer baldigen Wiederkehr geordneter Zustände in Rußland zu rechnen und in dort vor sich gehenden Unruhen den Beginn einer Gegenrevolution zu sehen, wie es neuerdings bei uns fast allgemein geschehen ist. Der Grundirrtum hierbei ist, daß man den Bolschewismus als dem russischen Volk gegen seinen Willen zufällig oktroyiert ansieht. In Wirklichkeit ist der Bolschewismus eine natürliche, organische Erscheinung in der Geschichte Rußlands als eine Reaktion gegen die gewaltsame Europäisierung durch eine größtenteils fremdblütige Herrenkaste, die jetzt verjagt ist und gegen deren Wiederkehr sich die weit überwiegende Masse des Volkes energisch sträubt. Der Bolschewismus als Reaktion gegen Kultur und Zivilisation, als Rückfall in primitive Daseinsformen und zerstörende Tendenzen ist der großen Masse der Bevölkerung Rußlands durchaus genehm und kommt mit seinem „Alles ist erlaubt" den Trieben der Allgemeinheit, deren vollkommenene Unbildung und deren krasser Materialismus bei uns noch

Digitized by Google

immer viel zu sehr unterschätzt werden, sehr entgegen. Die Volksmasse hat an und für sich auch nichts gegen die jetzige Regierung, die sie gewissermaßen als „ihresgleichen“ empfindet, und die ihr daher lieber ist als die früheren Herren. Namentlich die Bauernschaft hat im Prinzip nichts gegen den neuen „Zaren Lenin“ einzuwenden, dem sie das Land der Großgrundbesitzer und enorme Gewinne durch Schleichhandel in den ersten Revolutionsjahren verdankt. Wenn es trotzdem immer wieder zu Aufständen gegen die heutigen Machthaber kommt, so ist ihre Ursache im allgemeinen ganz anderen als „gegenrevolutionären“ Charakters: die Bevölkerung, die anfangs von den neuen Herren vom süßen Baume der bolschewistischen Freiheit zu schmecken bekommen hat, verteidigt jetzt diese anarchische Freiheit gegen die immer stärkeren Bestrebungen der neuen Herren, im politischen und wirtschaftlichen Leben eine „Ordnung“ einzuführen. Da die neuen Herren extreme Marxisten sind — dies ist das Zufallsmoment und nicht der anarchische Bolschewismus des Volkes — und demgemäß eine Ordnung kommunistischer Observanz einführen, die erst recht zu vollem wirtschaftlichem Ruin und zu despotischer Knebelung der einzelnen Wirtschaftsgruppen führt, nimmt der Kampf der „Freiheit“ gegen die „Ordnung“ immer mehr den Charakter wirtschaftlicher Verzweiflungskämpfe und demgemäß immer schroffere Formen an. Er bleibt aber, so sehr ihn auch „Gegenrevolutionäre“ auszunutzen suchen, tatsächlich ein Kampf innerhalb des Bolschewismus. Wenn in diesem Kampf einmal eine Entscheidung gegen die heutigen Machthaber fällt — heute deuten noch keine wesentlichen Symtome darauf hin —, so bedeutet das zunächst nur das Verschwinden bestimmter Personen von der Bildfläche, vielleicht auch das Ende kommunistischer Experimente, aber noch nicht das Ende des Bolschewismus oder etwa gar den Sieg der Gegenrevolution. Es ist vielmehr sehr wahrscheinlich, daß damit eine Periode bolschewistischer Anarchie beginnen würde, deren Ende sich gar nicht absehen läßt und die zu weiterer staatlicher Auflösung Rußlands und zu weiterem Rückfall in ganz primitive wirtschaftliche und politische Verhältnisse führen würde. Für uns wäre eine solche Entwicklung natürlich von großem Vorteil, da ein Sturz der heutigen kommunistischen Machthaber dem russischen Drang nach Westen seine in der heutigen Zeit besonders gefährliche Stoßkraft nehmen und der Zersetzung des Westens durch die Propaganda des östlichen Kommunismus ein Ende machen würde. Insofern ist es sehr zu bedauern, daß die Aufstände der letzten Zeit, besonders die Meuterei in Kronstadt, die ausgesprochen den Charakter des Kampfes bolschewistischer Anarchie gegen die kommunistische Ordnung trugen, ergebnislos gewesen sind — dieser Ausgang war von vornherein der viel wahrscheinlichere.

3. Es ist dringend davor zu warnen, die Stärke der Stellung der heutigen Machthaber zu unterschätzen und ihren baldigen Zusammenbruch als sicher

Digitized by Google

nahe bevorstehend darzustellen. Man darf ihre persönlichen Qualitäten nicht unterschätzen, vor allem nicht die von Lenin, der bei aller seiner kommunistischen Verbohrtheit ein genialer Kenner der russischen Volkspsyche und ihrer Schwächen ist und im brutalen Willen zur Behauptung der Macht — an der liegt ihm alles — den größten Despoten des Ostens gleichsteht. Und der von keinen Theorien beschwerte Trotzki ist ein genialer Organisator von einem Ehrgeiz und einer Unermüdlichkeit, die keine Grenzen kennt. Den anderen Machthabern gibt aber allein schon die Intelligenz, die Aktivität und Gerissenheit ihrer Race eine gewaltige Ueberlegenheit über das indolente Volk. Tatsächlich sind die heutigen kommunistischen Despoten eben in Rußland die einzigen Menschen, die wissen, was sie wollen, und die allein auch über alle Machtmittel verfügen, vor allem über Waffen. Sie allein sind organisiert, gegenüber der ganz unorganisierten Masse. Sie wollen herrschen und sie wissen, wie man über das russische Volk herrschen muß, das sich in seiner vollen Passivität nur zu leicht zum Sklaven eines jeden macht, der herrschen will. Trotzki hat nicht umsonst neulich zur Illustrierung dieser Passivität des Volkes gesagt: Wenn ich heute in energischer Weise verkünde, daß jeder Bewohner von Petersburg eine Tracht Prügel zu erhalten hat, so kommen sie alle und stellen sich geduldig in langen Reihen an, um jeder seine Prügel zu empfangen. — Ueber die tatsächliche Stärke der Stellung der heutigen Machthaber darf man sich vor allem nicht durch sie selbst täuschen lassen. Während sonst jede Regierung ihre Stellung dem Auslande gegenüber als besonders stark hinzustellen sucht, um ihren Kredit nicht zu untergraben, fallen solche Rücksichten für die Moskauer Kommunisten nicht ins Gewicht, für sie steht die Propaganda im Auslande und seine Zersetzung im Sinne der Weltrevolution im Vordergrunde und in deren Interesse liegt oft eine Einschläferung ihrer Gegner im Westen durch Lanzierung ungünstiger Nachrichten über ihre eigene Position. Sie haben in ihrer Gerissenheit zweifellos mehrfach mit gutem Erfolge mit diesem Mittel gearbeitet, so noch während der letzten Wochen: verschiedene übertriebene und entstellte Nachrichten sind von ihnen nicht dementiert, ja es sind sicherem Anscheine nach angeblich authentische, nach Form und Inhalt als Fälschungen äußerst verdächtige Nachrichten von ihnen und ihren hiesigen Helfershelfern in die Oeffentlichkeit gespielt worden — augenscheinlich diesesmal mit dem direkten Zweck, durch Vorspiegelung eines Zusammenbruchs des Kommunismus die Wachsamkeit gegenüber den Dingen, die mittlerweile bei uns von Moskau aus inszeniert wurden, abzulenken.

4. Es ist dringend davor zu warnen, daß man durch Meldungen letzter Zeit, die zum Teil falsch, zum Teil irreführend sind, zum Glauben kommt,

Digitized by Google

als seien die Moskauer Machthaber zu einer Mauserung, zu einer radikalen Programmänderung politischer und wirtschaftlicher Art bereit. Ihren politischen Kurs können sie gar nicht ändern, ohne sich dadurch selbst das Grab zu graben. Ihre ganze Stärke beruht ja gerade auf die Alleinherrschaft ihres straff organisierten kommunistischen Ordens. An eine Aufnahme anderer Parteien in die Regierung denken sie gewiß ebensowenig, als früher. Sie werden diese Parteien, auch die sozialistischen, deren Bedeutung im heutigen Rußland nicht überschätzt werden darf, wohl nach wie vor verfolgen. Allenfalls wird man wohl den linken Sozial-Revolutionären (den Mördern Mirbachs), die ihnen sehr nahe stehen, etwas größere Freiheit gewähren. Auch wird man zum Schein die Sowjets wieder etwas zur Geltung kommen lassen, aber gewiß Vorsorge treffen, daß sie immer kommunistische Mehrheit haben. — In wirtschaftlicher Hinsicht wird man aus den Bauernaufständen und Hungerrevolten der letzten Zeit einige Lehren ziehen und wenigstens zeitweilig den Bauern und Arbeitern einige Erleichterungen zukommen lassen: den ersteren eine mildere Handhabung der Requisitionen, die ja der Grund aller Bauernrevolten sind, letzteren die Möglichkeit des freien Einkaufs von Lebensmitteln usw. Man wird eben, um sicher in der Macht zu bleiben, und um der großen Ziele der Weltrevolution wegen hier und da Lockerungen der wirtschaftlichen kommunistischen Theorien zulassen, mehr aber auch nicht. — Auch die neue Politik der Handelsabkommen, der Konzessionen der Ausländer usw. darf nicht zu ernst genommen werden. Man braucht eben aus dem Auslande Waren aller Art, vor allem aber Ausrüstung für die rote Armee und man will sich zugleich bequeme Wege für eine erhöhte Propaganda im Westen bahnen. Man schläfert dadurch den Westen noch mehr ein und betreibt selbst eifriger denn je seine bisherigen Pläne der Zersetzung und Verhetzung aller anderen Staaten.

5. Es ist dringend davor zu warnen — worauf hier zum Schlusse noch kurz hingewiesen sei — irgendwelche Hoffnungen, wie auch die weitere Entwicklung der Dinge in Rußland sein mag, auf die angebliche besondere Deutschfreundlichkeit des russischen Volkes zu setzen. Ebenso sinnlos wie es ist, das vollkommen ungebildete und nur von primitiven materiellen Trieben beherrschte russische Volk als monarchisch gesinnt zu bezeichnen, ebenso sinnlos ist es, bei seiner großen Masse irgendein Unterscheidungsvermögen, geschweige denn abgestufte Empfindungen gegenüber anderen Völkern vorauszusetzen. Die überwiegende Masse des Volkes kennt außer sich, den Rechtgläubigen, nur die „fremden Heiden"; wo aber klarere Vorstellungen bestehen, wie bei dem städtischen Proletariat, da herrscht vielleicht eine gewisse Achtung vor den Deutschen, aber nirgends irgendeine Sympathie für ihn, man haßt vielleicht mit der Psychologie des Kindes dem Lehrer

Digitized by Google

gegenüber in ihm seine Arbeitsamkeit, seine Ordnungsliebe und seine überlegene Tüchtigkeit. Dasselbe ist erst recht bei der russischen Intelligenz der Fall, die durchweg von einem geradezu instinktmäßigen Haß gegen alles Deutsche erfüllt ist. Mit Recht hat der russische Minister Giers im Jahre 1890 dem deutschen Botschafter gesagt: „Seit zwei Jahrhunderten ist die öffentliche Meinung in Rußland gegen Deutschland." Man vergesse auch nicht, mit welcher geradezu elementaren, einmütigen Begeisterung das russische Volk im Jahre 1914 in den Krieg zog. — Gewiß haben im Laufe der Jahre jetzt manche Emigranten umgedacht, namentlich solche, die in Deutschland freundliche Aufnahme gefunden haben. Wenn sie ihre persönlichen Empfindungen aber verallgemeinern, kann man ihnen nicht skeptisch genug gegenüberstehen. Man vergesse vor allem nicht, daß die einflußreichen Spitzen des russischen Emigrantentums in Paris ihren Sitz haben und nach wie vor auf die Entente, vor allem Frankreich schwören, und daß so deutschfeindliche Städte, wie Prag und Belgrad, heute andere Hauptzentren des russischen Emigrantentums sind. Sollte also das russische Emigrantentum wirklich noch einmal nach Rußland zurückkehren, so wird die Majorität schon aus Stimmung und Tradition heraus die deutschfeindliche Politik an Frankreichs Seite fortsetzen, politische Erwägungen werden aber jede neue Regierung, welcher Art sie auch sei, erst recht an die Seite der mächtigen und kapitalkräftigen Gegner Deutschlands führen. Wir könnten schon froh sein, wenn wir von einem Wiederaufbau Rußlands nicht ganz ausgeschaltet werden, sondern wenigstens durch Arbeitskräfte an ihm beteiligt werden.

Diese Warnungen sollen zu ihrem Teil noch dazu beitragen, die Einsicht zu vertiefen, daß es ein verhängnisvoller Fehler ist, wenn wir Rußland irgendwie als günstigen Faktor in unsere politischen Pläne einstellen: Heute liegen noch keine wesentlichen Anzeichen für einen nahen Zusammenbruch des russischen Kommunismus, der für uns schwerste Gefahr bedeutet, vor —, wenn er auch zusammenstürzt, so tritt an seine Stelle wohl ein bolschewistisches Chaos. — Kommt es in Rußland auch wieder zu einem Aufstieg, so wird ein wiedererstandenes Rußland nicht Deutschlands Freund sein.

„Wiederaufnahme des Verfahrens"

Von Graf Max Montgelas

Im letzten Heft der „Deutschen Politik" wurde die Grundlosigkeit der von mancher Seite gehegten Befürchtungen nachgewiesen, Regierung und Reichstag könnten zum Schweigen in der Schuldfrage dadurch gezwungen sein, daß entweder noch belastende Dokumente über den Kriegsausbruch

Digitized by Google

unveröffentlicht in den Archiven des Auswärtigen Amtes ruhen oder daß wichtige Aktenstücke — sei es belastender oder entlastender Art — vernichtet worden seien. Als vermutlicher Grund für das passive Verhalten wurde vielmehr angeführt, daß lange Zeit hindurch nicht nur Regierung und Reichstag, sondern auch weite Kreise des ganzen deutschen Volkes in der optimistischen Auffassung befangen waren, der Wahnsinn von Versailles könnte auf rein „wirtschaftlichem" Wege der Heilung zugeführt werden.

Diese Auffassung hat sich als ein großer Irrtum erwiesen. Der Wahnsinn wird bestehen bleiben, solange die Voraussetzung des Versailler Diktats vom Auslande als richtig anerkannt wird. Daß aber diese Voraussetzung immer noch von neun Zehnteln der zivilisierten Welt gutgläubig als unumstößliches Evangelium hingenommen wird, beruht darauf, daß fast niemand weiß, wie denn eigentlich die feindliche These lautet. Diese These geht ausdrücklich dahin, daß Deutschland nicht etwa durch einen plötzlich in schwerer Krise gefaßten Entschluß den Krieg entfesselt habe, sondern daß dieser Entschluß das logische Ergebnis einer seit Jahrzehnten befolgten Politik gewesen sei. Deutschland, so wird behauptet, wollte mit aller Macht die Vorherrschaft erlangen und stürzte um seiner Weltherrschaftspläne willen Europa in einen Weltkrieg, während die anderen Nationen nur darauf bedacht waren, ihre Freiheit zu retten. Das ist nicht nur der Sinn, das sind die Worte des Ultimatums vom 16. Juni 1919, das den Schuldparagraphen, den Artikel 231 des Versailler Diktats, *authentisch interpretiert*. Fast niemand im Auslande kennt die geradezu wahnwitzige These, selbst angesehene englische Historiker, wie Headlam-Morley, kennen die authentische Interpretation nicht und verwahren sich dagegen, daß jemals von maßgebender Seite solche Behauptungen aufgestellt worden seien. Gerade solche Proteste, wie der von Headlam-Morley, beweisen, daß es vollkommen genügt, die feindliche These klarzustellen, damit vernünftige Gegner sie fallen lassen.

Trotzdem besteht für die deutsche Regierung eine große Schwierigkeit, die von manchen allzu ungestüm Drängenden vielleicht nicht genügend gewürdigt wird. Deutschland hat — leider — den Vertrag unterzeichnet und es hat — dreimal leider — auch die *Selbstanklage unterzeichnet, nachdem diese Selbstanklage durch das Ultimatum vom Juni 1919 authentisch interpretiert worden war*. Die Unterschrift ist freilich erzwungen. Es ist jedoch vom völkerrechtlichen Standtpunkt aus eine mißliche Sache, eine Unterschrift deshalb verleugnen zu wollen, weil sie erzwungen sei. Denn mehr oder minder erzwungen ist schließlich bei Verträgen nach Abschluß eines Krieges die Unterschrift des unterlegenen Teiles immer. Diese Unterschrift bindet nun aber nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht nur die Regierung vom Juni 1919, sondern auch alle späteren.

Digitized by Google

Mit der Verleugnung der Unterschrift geht es also nicht. Jedoch besteht eine andere Möglichkeit, die sich auf einen allgemein anerkannten Rechtsgrundsatz stützt. Er lautet: Wiederaufnahme des Verfahrens auf Grund neuer Tatsachen. Glücklicherweise gibt es eine große Anzahl von Tatsachen, die neues Licht auf den Kriegsursprung werfen, Tatsachen, die bei der erpreßten Unterzeichnung überhaupt noch nicht bekannt waren oder noch nicht genügend erforscht sein konnten.

Aus der großen Fülle des in Betracht kommenden Materials kann hier nur einiges angeführt werden:

Das dritte französische Gelbbuch über die französisch-russische Allianz war zwar kurz vor Versailles veröffentlicht worden, eine gründliche Durcharbeitung seines Inhalts war jedoch noch nicht möglich gewesen. Das genaue Studium der im Jahre 1892 bei Abschluß der Militärkonvention zwischen Frankreich und Rußland geführten Verhandlungen ergibt nun, daß nicht nur Zar Alexander III. und die russischen und französischen Generäle, die während eines langen Zeitraums maßgebenden Einfluß auf die Ausbildung der Generalstabsoffiziere ihrer Länder ausübten, sich zu dem Grundsatz bekannten: „Mobilmachung ist gleichbedeutend mit Kriegserklärung", sondern daß auch französische Staatsmänner, wie Ribot und Freycinet, beide 1892 Staatsminister, beide während des Weltkrieges an politisch wichtiger Stelle tätig, offen aussprachen, daß der Staat „sich in die Rolle des Angreifers begebe, der zuerst eine allgemeine Mobilmachung anordne"[1]).

Die Akten des Berliner Auswärtigen Amtes haben der deutschen Viererkommission in Versailles zwar vorgelegen. Aber in den sechs Tagen, die uns zur Abfassung des Berichts zur Verfügung standen, konnten die unhandlichen Aktenabschriften nicht so verwertet werden wie es jetzt nach der Drucklegung möglich ist. Wir würden sonst sicher z. B. der Randbemerkung Kaiser Wilhelms vom 28. Juli 1914 zur serbischen Antwortnote, daß nunmehr jeder Kriegsgrund entfalle[2]), größere Bedeutung beigelegt haben.

Noch nicht bekannt waren in Versailles die Akten des Wiener Auswärtigen Amtes. Sie haben gerade über einen von der Viererkommission als besonders wichtig bezeichneten Punkt Klarheit gebracht, nämlich darüber, warum das Wiener Kabinett auf den, mit der deutschen Anregung vom 28. im wesentlichen übereinstimmenden Greyschen Vorschlag vom 29. Juli, Oesterreich solle seine militärischen Operationen auf die Besetzung von Belgrad nebst angrenzendem Gebiet einschränken, so lange

[1]) Nachweis hierfür unter Anführung der einschlägigen Stellen des Gelbbuches ist erbracht in meinem, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die „Bedeutung der russischen allgemeinen Mobilmachung" erstatteten Bericht, Heft 2 des 1. Unterausschusses Seite 29 ff., insbesondere Seite 35.

[2]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 271

Digitized by Google

nicht geantwortet hat. Da das Ultimatum die Wichtigkeit dieses Punktes zugibt, ihn jedoch unter einem, nach Veröffentlichung der österreichischen Dokumente gänzlich unhaltbaren Vorwand zurückzuweisen versucht[3]), ist hier ein direkter Anknüpfungspunkt für eine „Wiederaufnahme des Verfahrens" gegeben.

Die vorurteilsfreie Prüfung der beiden Publikationen, der deutschen und österreichischen, durch einen sachkundigen Forscher kann wohl zu keinem anderen Ergebnis führen als es der amerikanische Historiker Sidney B. Fay ausgesprochen hat, daß sie nämlich zwar „Oesterreich in einem viel ungünstigeren Lichte erscheinen lassen als bisher" gleichzeitig aber „die deutsche Regierung von dem Verdacht reinigen, bewußt den Krieg geplant oder gewünscht zu haben"[4]).

Endlich konnte in Versailles nur ein flüchtiger Eindruck gewonnen werden von dem schweren Belastungsmaterial, das sich nach den Enthüllungen aus den russischen Archiven für die Balkanpolitik Rußlands, aber auch die der beiden anderen Ententemächte ergibt. Eine weitere, sehr wichtige Aktensammlung, die des russischen Legationsrats von Siebert, wird sich erst in einiger Zeit in ihrer ganzen Bedeutung würdigen lassen.

Neu ist ferner die Durchforschung der Akten des Preußischen Kriegsministeriums, nach denen der urkundliche Beweis erbracht werden kann, daß Deutschland keinerlei vorzeitige Kriegsvorbereitungen getroffen hat, daß es vielmehr mit allen Vorsichts- und Mobilmachungsmaßnahmen sowohl hinter Rußland sehr erheblich als auch hinter Frankreich 1—2 Tage zurückgeblieben ist, während nur der letzte Schritt, die volle Mobilmachung, in Berlin etwa gleichzeitig mit Paris, zwei Tage nach Petersburg, erfolgt ist[5]).

Zu diesen großen Dokumentensammlungen kommen noch eine Reihe von Einzelheiten, von denen einige angeführt sein mögen:

Die illoyale, den Sinn vollkommen entstellende Kürzung des Berichts des bayerischen Gesandtschaftssekretärs vom 18. Juli 1914 ist nunmehr aktenmäßig erwiesen. Die Tatsache ist insofern wichtig, als dieser gekürzte Bericht eine wesentliche Stütze der Behauptungen der Ententekommission vom März 1919[6]) bildete, die allerdings nicht mit dem Ultimatum vom Juni verwechselt werden dürfen, sondern wegen ihrer Anfechtbarkeit sogar im Lager der Entente recht skeptisch betrachtet wurden, trotzdem aber zweifellos, da sie

[3]) Weißbuch vom Juni 1919 „Deutschland schuldig?" S. 62 unten und 63 oben. Dazu Ultimatum in der deutschen Ausgabe der „Liga für Völkerbund" S. 33 Abs. 3.

[4]) „American Historical Review" Oktober 1920 S. 51 unten und 52 oben.

[5]) Auch hierüber ist dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß Bericht erstattet; Heft 2 des 1. Unterausschusses Seite 7 ff.

[6]) Weißbuch vom Juni 1919 „Deutschland schuldig?" S. 31 ff. Bericht selbst siehe „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch" Anhang IV Nr. 2.

Digitized by Google

der Vorfriedenskonferenz vorgelegt wurden, auf das Versailler Diktat großen Einfluß ausgeübt haben dürften.

Von den Originalbefehlen Kaiser Franz Josefs und des Wiener Kriegsministeriums für die Teilmobilmachung von acht Armeekorps am 25. Juli abends und für die Gesamtmobilmachung am Mittag des 31. sind beglaubigte Abschriften erholt[7]). Im Verein mit den im Original im Reichsarchiv vorliegenden russischen Dokumenten über die russische Mobilmachung, ferner den Tagesberichten des russischen Generalstabes über die militärischen Maßnahmen[8]) in anderen Ländern werden dadurch nicht nur alle Behauptungen des Ultimatums militärischen Inhalts widerlegt, sondern auch eine ansehnliche Zahl von Depeschen des russischen Orangebuchs und französischen Gelbbuchs als absichtliche Fälschungen entlarvt.

Diese Einzelheiten ließen sich leicht vermehren. Das Angeführte dürfte genügen, um auch mißtrauische Gemüter zu überzeugen, daß hinreichendes Material für „Wiederaufnahme des Verfahrens" vorhanden ist. Doch alle Schwierigkeiten für ein Vorgehen der Regierung in der Schuldfrage sind damit noch nicht beseitigt. Ein dritter Aufsatz soll sich weiter mit dieser Möglichkeit beschäftigen.

Die Bedeutung des Auslanddeutschtums

Von Dr. Alexander Schilling.

Die Welt ist mit deutschem Blute gedüngt. Vom Norden und Osten kommend schufen die Germanen nach Zertrümmerung des römischen Weltreiches germanische Staaten auf dem Balkan, in Italien, Spanien, Nordafrika. Es fehlte jedoch der Zusammenschluß. Die Einzelreiche mußten zugrunde gehen. Unermeßlich kostbares Germanenblut ging in den Stürmen der Völkerwanderung nutzlos verloren, geblieben ist nur das Heldenlied. Dann kamen die Italienzüge der Hohenstaufen. Deutsche Ritter und Landsknechte starben und verdarben fern der Heimat in den Gefilden Ober- und Mittelitaliens. Deutsche stellten das Hauptkontingent bei den Kreuzzügen und verdursteten in den Wüsteneien des Morgenlandes, statt die Marken der Heimat gegen die Slawenflut zu schützen, bis die Ritter des deutschen Ordens diese wichtigere Mission erkannten. Das Deutschtum in den Baltenländern legt noch heute Zeugnis ab von dieser mustergültigen nationalen Pionierarbeit. Auf dem Rücken der Deutschen wurden die Religionskriege ausgetragen, Deutsche mußten die Militärverbände Napoleons auffüllen und bis Moskau ziehen, nach der Entdeckung der neuen Welt bildeten Deutsche den Kulturguano für diesen jungfräulichen Boden, deutsche Landes-

[7]) Heft 2 des 1. Unterausschusses, Anlage 40—46, Seite 83 ff.

[8]) a. a. O. Anlage 19 Seite 70, Anl. 28 S. 73, Anl. 38 S. 81 ff., Anl. 49—51 S. 89 ff.

Digitized by Google

Kinder kämpften unter Englands Fahne im nordamerikanischen Freiheitskrieg. Spät, sehr spät besann sich das deutsche Volk auf sich selbst.

Was lehrt uns dieser kurze geschichtliche Rückblick? An drei Erbübeln leidet das deutsche Volk: an seinem partikularischen Geist, seiner Sucht, Phantomen nachzujagen, statt das eigene Haus zu bestellen, seiner geringen nationalen Widerstandskraft. Diese drei Fehler haben das deutsche Volk immer und immer wieder um die Früchte seiner Arbeit und seiner großen Vorzüge gebracht. Die Kleinstaaterei sitzt dem Deutschen im Blute. Armin hatte mit ihr ebenso zu kämpfen wie Scharnhorst, Stein und Gneisenau, wie Bismarck. Selbst die glorreiche Reichsgründung konnte diesen unheilvollen Geist der Zersetzung nicht bannen, abgesehen davon, daß gerade sie bedeutende Bruchteile des deutschen Volkes außerhalb des Staatsverbandes beließ. Denkt der Engländer nach Weltteilen, sonnt sich der Franzose in der „Gloire" der „grande nation", huldigt der Italiener dem „sacro egoismo", so beginnt des Deutschen Denken beim Kirchturmsknauf, schreitet fort zum Gaukönigtum und der Stammesbrüderschaft, macht aber halt vor der — deutschen Nation. Gewiß, auch der Deutsche empfindet national, rein gefühlsmäßig, er singt auch begeistert sein „Deutschland, Deutschland über alles", aber er wertet dieses Empfinden nicht zu politischem Denken und Handeln aus, setzt die Empfindung nicht in Wille und Tat um. So ist das deutsche Volk ein unpolitisches, ja vielleicht das unpolitischeste Volk der Erde. Nur dann, wenn dieses eigenartige Volk, infolge äußerer Einwirkung, in himmelanstürmender Kurve vor übermenschlichste Aufgaben gestellt wird, wenn die harte Faust des Schicksals es wild durcheinanderrüttelt, wenn die Hammerschläge der Heimsuchung zentnerschwer auf es niedersausen, nur in den seltenen Zenithpunkten seiner geschichtlichen Entwicklung tritt es als Volksgesamtheit auf, um allerdings eine ganze Welt dann in Staunen, Angst und Schrecken zu versetzen. So war es 9, so 1809—14, so 1870/71, so 1914—17. Ja 1814 und 1914 waren jene historische Augenblicke, in denen alle deutschen Stämme, zu einer Einheit zusammenfließend, für eine einheitliche große Idee in einen Kampf auf Leben und Tod eintraten. Leider verfolg der Rausch der Augusttage 14 zu bald nur, das deutsche Volk, vor allem im Hinterlande, wurde nach den ersten Jahren des Weltkrieges rückfällig und so mußte auf stolzeste Erhebung tiefster Fall folgen. Aber kein Zweifel, die großdeutsche Idee wurde zum erstenmal in kristallheller Klarheit in den schwülen Sommertagen des Jahres 1914 geboren, die Zerstückelung des deutschen Volkes und Reiches durch die Friedensverträge hat diese Idee erst recht in die Herzen jedes guten Deutschen versenkt. Grenzpfähle

Digitized by Google

vermochten die Weltverteiler der Entente in das lebendige Fleisch des deutschen Volkes einzurammen, aber bis in den Tabernakel unseres ureigensten Gemütslebens vermochten sie nicht mit frevler Hand vorzudringen. Und so hegen und pflegen wir Deutsche in unserem Busen die großdeutsche Idee, bis die Stunde kommen wird, da die stärkere Hand des Schicksals den heiligen Schrein unseres Innersten entriegelt und aus Millionen deutscher Herzen die Idee ihren Flug aus dem Reiche der Phantasie in das Reich der Wirklichkeit antritt.

Solange das Bismarckreich stark, bewundert und gefürchtet, dastand, solange die reichsdeutschen Brüder im Glücke ihrer stolzen Staatlichkeit schwammen, solange war in den breiten Schichten Reichsdeutschlands kein Interesse, kein Verständnis für das Auslandsdeutschtum. Man brauchte es ja auch nicht. Durch das stolze Wort „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser" wurde die Aufmerksamkeit höchstens noch auf die Uebersee gelenkt. Auf jene aber, die an der Ostmark treue Wacht hielten, die dem Reiche den Brückenpfeiler nach dem Osten und dem Balkan bewachten, vergaß man. Was wußte man vom Deutschtum in Siebenbürgen und Banat, von dem in Südrußland? Wie wenig Verständnis brachte man dem Nationalitätenproblem in den Sudetenländern entgegen, wie kalt ließ die Reichsdeutschen der heldenmütige Kampf der Deutschen gegen Welsche und Windische in Südtirol und Südsteiermark, ja wie wenig kannten und verstanden sich Sudeten und Alpendeutsche?! Von einer bewußt großdeutschen Politik, die Bedacht genommen hätte auf den letzten Deutschen in Kiautschau und den Urwäldern Brasiliens war nicht die Rede. Der Deutschschweizer, der Blame, der „Bindestrichamerikaner" wurden erst gar nicht in den Gesichtskreis der Erörterung gezogen. So verabsäumte das deutsche Volk, was jedem anderen Volke einfachste Selbstverständlichkeit ist. Man denke, wie das Britenreich jeden einzelnen Staatsbrüger schützte, wie es eine Beleidigung des einzelnen — pars pro toto — für eine Beleidigung des ganzen Volkes und Staates ansah, an die zielbewußte italienische Irredenta, an den Elsaßkult der Franzosen, an das Streben von Tschechen, Polen, Jugoslaven nach einem Nationalstaat. Das deutsche Volk ließ es sich mit der Reichsgründung genügen und vergaß, seinen Anspruch auf einen deutschen Nationalstaat vor dem Forum der Geschichte anzumelden und durchzusetzen.

Was der Politiker, der Staatsmann versäumten, die Dichter holten es nach. Im Süden vor allem Bartsch, Kernstock, im Norden Strobl, Watzlik. So schreibt Hans Watzlik in seinem Roman „O Böhmen":

„Er erfuhr aufs neue, daß die Deutschen des Reiches von Böhmen wenig wissen. Sie unterschätzen die folgenschwere Völkerfehde eben so wie die Kraft der Tschechen. In Hus ehren sie den Vorläufer Luthers und er war doch vor allem ein glühender

Digitized by Google

Eiferer wider alles Deutsche, als fromme Glaubenshelden gelten ihnen noch immer die Hussiten, und diese waren doch von deutschem Blute rauchende Banden, welche die Werke deutschen Fleißes roh zertraten und das Deutschtum Böhmens für lange Zeit ausrotteten. Nur zu gerne lassen sich die Deutschen des Reiches von den Tschechen bestricken, der ihnen eine treuherzige Miene weist, indeß er seinen deutschen Landsmann rücksichtslos schädigt. Sie sehen in den Tschechen meist nur das liebenswürdige und etwas abenteuerliche Naturvolk, wie es deutsche Dichter gepriesen in ihrer Schwärmerei für jegliches Fremdentum. Ach wer kennt Böhmen? Der große Engländer ließ dieses Land vom Meer umrauschen".

Und diese Klage war nicht nur die des Dichters Watzlik, sie war die Klage des Sudetendeutschtums über die Verständnislosigkeit der Deutschen des Reiches. Aber wie gesagt, die Alpendeutschen standen diesbezüglich den Sudetendeutschen nicht nach. Es ist kein Scherz, sondern leider bittere Wahrheit, man wunderte sich im Reiche wie in den Alpen, wenn jemand aus Böhmen fließend deutsch sprach, der „Böhme" war schlechtweg der Tscheche und daß in den Sudetenländern 3¼ Millionen Deutscher gebunden waren, wußte man nicht. Das alles gilt von der indifferenten Masse. In politisch eingeweihten, national verläßlichen Kreisen hatte man sich auch ernstlich mit dem „deutschböhmischen" Problem beschäftigt. Aber auch heute noch vergißt man vielfach, daß es ein „deutschböhmisches" Problem nicht gibt, sondern nur ein Problem des Sudetendeutschtums. Die Unkenntnis der spezifisch österreichischen Verhältnisse hat u. a. dem deutschen Generalstab infolge unrichtiger Bewertungen manchen Schaden zugefügt. Reichsdeutschland begnügte sich in seiner politischen Autarkie.

Der Frieden änderte mit einem Schlage die Sachlage. Deutschösterreich war zur Unkenntlichkeit verstümmelt, das stolze Bismarckreich ein Torso, dem deutschen Volke durch drakonische Bestimmungen jede Widerstandskraft genommen. Im Unglück entsann sich nun der Reichsdeutsche des Auslandsdeutschen. Aber auch umgekehrt, der Auslandsdeutsche, infolge der geringen nationalen Widerstandskraft dem Assimilationsprozeß rettungslos verfallen, wurde durch das herbe Los des deutschen Volkes wachgerüttelt, das Leid der Stammesgenossen griff an sein Herz und er bekannte sich nun in der Not zu seinem Volke, das er in glücklicheren Tagen bereits vergessen hatte. So schmiedete das Unglück Binnendeutschtum und Auslandsdeutschtum zusammen. Nun konnten sie nicht mehr auf einander verzichten, nicht fremd aneinander vorbeileben. Die Verluste an der Schlachtfront, die Opfer der Hungerblockade, der Vernichtungsfeldzug gegen alles Deutsche gestattet keinen weiteren Aderlaß an unserem Volke. Wenn nie, so muß jetzt der letzte Deutsche, in den äußersten Winkel versprengt, zu seinem Volke stehen. Uebergroßes Leid erzeugt oft höchste Kraftentfaltung. Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums erhellt am besten aus folgender Tatsache; daß fast gleichviel Deutsche (Deutschösterreich mit inbegriffen) außerhalb des Reiches siedeln dürften wie in ihm.

Digitized by Google

Und es sind nicht die schlechtesten Deutschen; denn sie sind die kampfgestählten, hartgeprüften, die sich auch in den Zeiten der Not als treu bewährt haben. Die Friedensverträge, bestimmt, das deutsche Volk an der Wurzel zu treffen, haben erst recht die Frage des Gesamtdeutschtums aufgerollt, ihrem unheilvollen Schoß entsprang die großdeutsche Idee. Das schwerste Hemmnis einer Vereinigung aller Deutschen, das alte Oesterreich, haben gerade die Gegner des deutschen Volkes zertrümmert. Gewiß sind zahllose Deutsche heute in Fremdstaaten eingepfercht, steht dem Anschlusse Deutschösterreichs das Veto der Entente gegenüber. Aber all dies sind doch nur Erscheinungen der Gegenwart, Erscheinungen, die sich gegen den Willen des deutschen Volkes äußern, wogegen an dem Bestande Deutschösterreich — ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt — weite deutsche Kreise interessiert waren. Der Unterschied springt in die Augen.

Die Feinde schlugen uns das Bismarckreich in Trümmer, von stolzer Höhe stürzen sie unser Volk, die Plagegeister ihres Hasses, ihrer Furcht, ihres Neides heften sich an unsere Sohlen, Parias sollen wir sein unter den Völkern der Erde. Maßlos sind sie in ihrer Wut — an dieser Maßlosigkeit werden sie scheitern. Sie konnten durch bunte Grenzpfähle Bruder von Bruder, Schwester von Schwester trennen, die Kinder von den Brüsten der Mutter reißen, was sie aber nicht können, das ist, den Geist in Ketten legen. Er spottet ihrer. Ueber Berge und Täler, Flüsse und Meere, Grenzpfähle und Zollschranken nimmt er seinen Flug. Mit Versailles und St. Germain beginnt die großdeutsche Idee zu marschieren. Der völkische Geist entzündet sich an dem Uebermaß der Pein, die man über unser Volk verhängt hat. Das Reich, um das ihr uns betrogt, wir schaffen es uns in Herzen und Gehirnen. Was wollt ihr Armseligen! Erglüht einmal das 100-Millionen-Volk der Deutschen in einige Wollen zur großdeutschen Idee, dann seid ihr machtlos. Denn der Geist ist es, der sich den Körper baut. Wir jammern über die Friedensverträge und doch vielleicht sind auch sie ein Teil von jener Kraft, die das Böse will, das Gute schafft, vielleicht sind die Friedensverträge der Ausgangspunkt einer neuen Epoche des deutschen Volkes, beginnt dieses sich nun auf sich selbst zu besinnen. Immer mehr fallen die Schranken des Berufes, des Glaubens, der Stammesangehörigkeit und eins fühlt sich, was deutscharischen Blutes. Durch das kaudinische Joch der Friedensverträge sind wir eingegangen in das Reich der inneren Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit. Binnendeutschtum und Auslandsdeutschtum, die sich bisher verständnislos gegenüberstanden, erkennen ihre gegenseitige Abhängigkeit und zugleich die

Digitized by Google

Notwendigkeit gegenseitiger Unterstützung. Vielleicht war diese schwere Heimsuchung nötig, auf daß wir Deutsche endlich zum nationalen Einheitsstaat gelangen, den wir als verscherztes Gut erst schätzen gelernt haben. Der Gläubige sagt „wen Gott liebt, den züchtigt er." Wir wollen die Heimsuchung als eine Schule des Leidens und der Läuterung hinnehmen, um dadurch zum Höchsten berufen zu sein. Schließlich, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Deutscher Schultag in Buenos Aires

Von Dr. Erich Ludwig Schmidt

Seit dem Jahre 1914 hat jetzt in den Ostertagen zum erstenmal wieder ein „Deutscher Schultag" in der Hauptstadt Argentiniens stattgefunden. Die Veranstaltung führte erstens zu einer Tagung der in den La-Plata-Staaten (Argentinien, Uruguay, Paraguay) tätigen deutschen Lehrer, und daran schloß sich zweitens eine Zusammenkunft auch der Schulvorstände und sonstiger, am deutschen Schulwesen interessierter Kreise der Kolonie. Der Gesandte Dr. Pauli schlug in seinen Begrüßungsworten den Ton an, der die gesamten Verhandlungen beherrschte und ihnen eine auch für die Heimat geltende Bedeutung verleiht: es handelte sich um die Frage, wie nach dem politischen Zusammenbruch des Heimatstaates dennoch das deutsche Wesen im Ausland erhalten werden kann.

Das Deutschtum in Argentinien gehört zu den wertvollsten Außenposten, über die wir bei dem Bestreben nach neuer Weltgeltung verfügen. Daß der Selbstbehauptungskampf des Auslanddeutschtums hauptsächlich in den Schulen ausgekämpft wird: diese Erkenntnis bricht sich draußen immer mehr Bahn. Und unter diesem Gesichtspunkt müssen selbst Einzelfragen des Auslandschulwesens die Teilnahme des Gesamtvolkes, auch in der Heimat, finden.

Ein erstmalig zahlenmäßig genaues Bild von den in Rede stehenden Schulverhältnissen entwarf Professor Dr. Keiper, der bis in den Weltkrieg hinein Direktor der staatlichen Oberlehrer-Bildungsanstalt in Argentinien gewesen und jetzt als schultechnischer Mitarbeiter der dortigen deutschen Gesandtschaft zugeteilt ist. Alle bisherigen Angaben in den verschiedenen Werken über Argentinien beruhen auf Schätzungen und veralteten Ueberlieferungen. Wenn man nur diejenigen Schulen, bei denen mindestens zwei Drittel aller Schüler Deutsche sind und die außerdem von Schulgemeinden unterhalten werden, anrechnet, so gibt es 22 deutsche Schulen in Argentinien, davon acht in Buenos Aires, 14 im Innern. Diese Schulen haben 2700 Schulkinder und 131 Lehrer. Auf die Haupt-

Digitized by Google

stadt entfallen davon etwa 1900 Kinder und 92 Lehrer. Die Zahl der deutschen Schüler in Buenos Aires wächst dauernd, im Innern nimmt sie dagegen ab. Eine zweite Gruppe bilden die Schulen der Deutsch-Russen (in der Provinz Entre-Rios), 17 an der Zahl, sehr primitiv eingerichtet und unter dem Stand einer deutschen Dorfschule; eine dritte die 25 konfessionellen Gemeinde- und Privatschulen; eine vierte etwa zehn katholische Ordensschulen. Bei Einrechnung aller dieser Anstalten würde die Zahl der Kinder auf 5000, die der Lehrer auf 217 steigen; manche davon freilich, wie namentlich die Schule der Schweizer Kolonien, sind völlig argentinisch geworden. Dagegen wäre sehr wohl die weitere Möglichkeit für 28 neue Schulen gegeben, da an manchen Orten, die noch keine deutsche Schule besitzen, soviel Landsleute wohnen, daß sie recht gut ihre eigenen Schulen haben könnten. Bisher gehen die deutschen Kinder dieser Gegenden dem Deutschtum völlig verloren oder bleiben Analphabeten. Im ganzen werden heute noch nicht ein Drittel aller deutsch-argentinischen Kinder in deutsche Schulen geschickt: zumeist, weil es an solchen fehlt.

Zwei Gefahren bedrohen andauernd diesen Bestand, und wirksame Mittel zu ihrer Bekämpfung zu finden war die Hauptaufgabe des deutschen Schultages. Die erste Gefahr ist der Geldmangel. Er trifft besonders die Schulen auf dem flachen Lande, die sogenannten Kampfschulen. Aber selbst in der Hauptstadt reichen die regelmäßigen Einnahmen durch Schulgeld und Mitgliedsbeiträge (das sind drei Fünftel der Gesamteinnahme) nicht einmal zur Bezahlung der Lehrkräfte aus. (Jeder Schüler kostet monatlich ungefähr 20 Pesos!) Und der fehlende Betrag muß durch Sonderstiftungen, Sammlungen, Schulfeste gedeckt werden: um Miete, Zinsen, Lehrmittel und eine meist recht hohe Zahl von Freistellen für Unbemittelte zu ermöglichen. Diese Mittel werden in einer Art „wilder Konkurrenz" von den einzelnen Schulgemeinden aufgebracht. Der von der deutschen Regierung gezahlte Zuschuß hatte schon vor dem Kriege, bei guter Valuta, verglichen mit dem Bedarf nur geringe Bedeutung. Zur Behebung der Geldnot regte nun Dr. Keiper an, die deutschen Schulen in Argentinien als einheitliches Ganzes zu betrachten und ihren Unterhalt der Gesamtheit der Deutschen in Argentinien aufzuerlegen. Ein „allgemeiner Verband der deutschen Schulen" würde in der Lage sein, nicht nur die finanzschwachen Einzelglieder zu unterstützen, sondern vor allem auch die noch fehlenden etwa 28 Schulen zu gründen. Einführung einer nach der Vermögenslage abgestuften Staffelung der Elternbeiträge, Selbsteinschätzung der wohlhabenden Schulen zu dauernden Beiträgen und alle bewährten Mittel der Sammeltechnik, die unter den Auslanddeutschen zu großer Vollkommenheit gediehen ist, müßten in den Dienst für den zu schaffenden „Schulschatz" gestellt werden. In der Tat machte sich die Versammlung

Digitized by Google

diese Anregung zu eigen und ergriff sofort die ersten Maßnahmen, um eine großzügige Schulpropaganda im ganzen Lande ins Werk zu setzen und auch den letzten Deutschen von der Notwendigkeit, der Größe und dem Ernst der zu lösenden Aufgabe zu überzeugen.

Nur wer die im Auslandschulwesen herrschende Zersplitterung genauer kennt, vermag voll zu würdigen, was dies Bekenntnis des „Schultages" zu einem „Allgemeinen Verband der deutschen Schulen" und zur Schaffung seines „Schulschatzes" bedeutet, nachdem der Gedanke 20 Jahre lang immer wieder nur diskutiert worden ist. Freilich sollen nun erst die weiteren Taten die wirkliche Erfüllung bringen, aber schon der Mut zu diesem Neuen, die frische Hoffnung, das Selbstvertrauen, der entschlossene Wille zur Einheit, zur Organisation sind von ausschlaggebendem Wert. Und der gleiche erfreuliche Geist waltete auch über den Beschlüssen zur Bekämpfung der zweiten Gefahr.

Diese erwächst aus der Zwiespältigkeit der Aufgabe, vor die sich die Auslandschule gestellt sieht: sie soll ihre Zöglinge nicht nur dem Deutschtum erhalten oder gewinnen, sondern in erster Linie doch für den Lebenskampf im Adoptivvaterlande tüchtig machen. Und in dieser Hinsicht steht sie in hartem Wettbewerb mit der schulgeldfreien staatlichen Schule, deren Prüfungszeugnisse ausschließlich den Eintritt in gehobene Lebensstellungen gewähren. Unbedingt muß daher die Fremdenschule den Anforderungen des Wirt-Staates Rechnung tragen, ihre Einrichtung muß in ständiger Fühlung mit dem einheimischen Schulwesen bleiben, so daß der Uebergang aus der Auslandschule auf die Staatsschule gesichert ist. Die einfache Uebertragung des deutschen Schulwesens auf den fremden Boden ist also unmöglich. Andererseits soll aber so viel wie irgend möglich von dem stammvölkischen Charakter bewahrt werden, dem zu Liebe ja die Schule unter gewaltigen Opfern erbaut wurde: zumal deutsche Wissenschaft, deutsche Methode, deutsche Disziplin an sich gegenüber der Landesart unbestreitbaren Wert besitzen. Die von Dr. Ruge, dem hochverdienten, seit 18 Jahren im Amt befindlichen Direktor der Germania-Schule (Buenos Aires) vorgeschlagenen Grundsätze wurden von dem Schultag angenommen, wonach unter allen Umständen an der deutschen Unterrichtssprache festgehalten werden soll, soweit die Regierung nichts anderes fordert; auch soll die Zahl der fremdstämmigen Schüler auf höchstens ein Drittel der Gesamtschülerzahl beschränkt sein.

Im Zusammenhang hiermit wurde die Frage behandelt, inwieweit der Gedanke der „Einheitsschule" in der Organisation des deutsch-argentinischen Schulwesens verwirklicht werden solle. Der „Schultag" zeigte sich bereit, für die Elementarschulen auf dem Kamp und in den Städten, für die „gehobenen Bürgerschulen" in den kleineren und mittleren Städten und in der Hauptstadt Einheitlichkeit des Aufbaues, der Lehrpläne und Lehrmittel

Digitized by Google

zu schaffen. Dagegen wurde die Einrichtung einer Oberrealschule als gemeinsamer Oberbau für die beiden Realschulen in Buenos Aires und als Krönung des ganzen Systems vorderhand vertagt. Ebensowenig konnte man sich entschließen, die „kollegiale Schulverfassung" zu übernehmen; doch wurden einige Richtlinien auch für die innere Organisation der Schulverwaltung beschlossen, bzw. den Schulvorständen zur Annahme empfohlen, die da, wo es noch nötig ist, der Lehrerschaft das gebührende Recht gewähren.

Die rechtliche und wirtschaftliche Lage der deutschen Lehrerschaft in Argentinien bildete einen weiteren Hauptteil der Tagesordnung. Die Mangelhaftigkeit der geltenden Besoldungsordnung wurde allgemein anerkannt. Als Grundlage für die Aufbesserung wurde die Besoldungsordnung der argentinischen Lehrerschaft angenommen und auch auf diesem Gebiete die Einheitlichkeit für alle deutsch-argentinischen Schulen gefordert. Die Bezüge sollen sich in Zukunft aus Grundgehalt, Mietentschädigung, Alterszulagen, Erziehungsgeldern und Leitungszulage zusammensetzen. Betreffs der Anstellungsverhältnisse und Verträge derjenigen Lehrpersonen, die aus der Heimat berufen werden, stellte man ebenfalls notwendig gewordene Forderungen auf, u. a. in Hinsicht auf die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden, die Erstattung der Rückreisekosten, die Gewährung eines Heimaturlaubs in Abständen von sechs Jahren für diejenigen Lehrer, die der Auslandschule auf längere Zeit erhalten bleiben sollen, natürlich unter Weiterbezahlung des Gehalts; denn „es liegt im eigenen Interesse einer wirklich deutschen Auslandschule, daß deren Lehrer in inniger Fühlung mit dem Mutterlande bleiben."

Alle solche Forderungen richten sich ja nun freilich in Argentinien nicht an eine einzige übergeordnete Behörde, sondern an die verschiedenen Schulvorstände, die völlig freie Herren ihrer Entschlüsse sind. Aber die Teilnahme gerade auch zahlreicher Glieder aus diesen Kreisen an den einmütigen Entscheidungen des „Schultages" bietet immerhin eine gewisse Gewähr für die Ausführung in der Praxis. Es kommt hinzu, daß die gesamte deutsche Lehrerschaft in Argentinien, Uruguay und Paraguay jetzt in einheitlicher Organisation vereinigt ist. Auch dieser „Deutsche Lehrerverein", der alle dortigen Lehrpersonen ohne Unterschied der Vorbildung (d. h. akademische oder seminaristische), des Geschlechts und der Konfession umfaßt, ist ein Ergebnis dieses „Schultages" und wird seinerseits dazu beitragen, daß die Beschlüsse und Wünsche der Lehrerschaft Nachdruck und Wirkung erhalten. Zu seinen besonderen Aufgaben gehört die Ausgestaltung einer Pensionskasse: die Auslandlehrer mußten eben zum Zweck ihrer Altersversorgung zur Selbsthilfe greifen. Jetzt soll eine Unfall- und Hinterbliebenen-Fürsorgekasse angegliedert werden, die aus Beiträgen der Mitglieder und aus solchen der Schulvereine gespeist wird. Als weiteres Ziel wurde aufgestellt: „Der Vorstand des Lehrervereins soll versuchen,

Digitized by Google

bei den deutschen Kollegen in allen Staaten Südamerikas mit spanischer Landessprache zu erwirken, daß diese, in Gruppen oder einzeln, die Vertretung ihrer Standesinteressen nach drüben hin (d. i. nach der Heimat) dem Lehrerverein in Buenos Aires übertragen, damit dessen Sprache infolge des verstärkten Rückhalts einen um so größeren Widerhall findet."

Es ist klar: manches von den Beschlüssen dieses „Deutschen Schultages" hat für den Augenblick nur den Wert der Anregung, des Ziels. Jetzt ist es Sache der eingesetzten Ausschüsse, die angegebenen Richtlinien zu verfolgen, die Gedanken und Wünsche mit den Bedingungen der notharten Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Aber auch mit dieser Einschränkung muß der positive Ertrag der Tagung als reich genug erscheinen. Dem Oberlehrer Wilfert, der als Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins in elfjähriger Arbeit aus sehr bescheidenen Anfängen die Standesorganisation emporgeführt und auch jetzt wieder diesen „Schultag" vorbereitet und geleitet hat, gebührt Dank und Anerkennung auch über die beteiligten Kreise hinaus. Die Heimat wird aus dem Bericht über die Ostertagung neue Zuversicht gewinnen können, daß unter den Volksgenossen am La Plata der Lebenswille, der Wille zum Festhalten angestammter Art und zum Weiterwachsen unverwüstlich wurzelt und kräftig im Safte steht.

Menschenkundliche Zeitforderungen

Von Dr. Egon v. Eickstedt

„Rettet, was sonst unwiderbringlich verloren ist", schrieb einmal der namhafte englische Anthropologe Haddon, und sein Ruf richtet sich durchaus nicht nur an die Fachgenossen, sondern vielmehr an gebildete und einsichtige Menschen überhaupt. Es möchte dem Fernerstehenden überflüssig oder grotesk erscheinen, daß es überhaupt nötig ist, eine derartige Forderung auszusprechen. Beschäftigt sich doch die Anthropologie gerade mit dem, was für den denkenden Menschen das interessanteste sein sollte — mit ihm selbst. Es sollte so sein, es ist aber leider nicht so, und Ammenmärchen und Vermutungen, Vorurteile und Hirngespinste von Wortjongleuren spielen in der populären Rassen- und Menschenkunde noch heute eine ebenso ungebührliche wie unwürdige und unnütze Rolle. Das klingt wie ein Hohn auf den alten Spruch vom Tempel zu Delphi: Erkenne dich selbst.

Wir wissen heute recht genau, wie es droben auf dem [illegible] tausend Kilometer von unserer Erde entfernt aussieht. Wi[illegible] wie die Tiefen des Ozeans chemisch und biologisch besch[illegible] alles ist gründlich, also wissenschaftlich studiert worden u[illegible] wertvolle Erkenntnis. Aber dürfte es für uns alle nicht

Digitized by Google

wendiger sein, zunächst einmal die sicheren naturwissenschaftlichen Grundlagen zu einer objektiven, phantasielosen Erkenntnis unserer selbst zu schaffen? Unser Selbst ist unser Schicksal, Menschen bilden das Schicksal der Nationen — der Mensch ist das Maß aller Dinge. Und doch gehören Rassen- und Menschenkunde zu den jüngsten Wissenschaften, die noch vorsichtig tasten nach ihren Zielen und an Mangel an wissenschaftlich geordnetem Material kranken.

Wo nun aber gearbeitet wurde, konnte nicht immer beim wesentlichen angefangen werden. So mutet es z. B. ein wenig lustig an, daß wir über die Bewohner der ostafrikanischen Massai-Steppe besser unterrichtet sind, als etwa über die Bauern Brandenburgs, aber der Mond und die Massai-Steppe sind ja auch so weit entfernt von Europa und daher so schrecklich interessant! Ueberlassen wir das Studium der Menschen Europas doch späteren Generationen — so denken wohl viele, und unwiderbringliches und höchst wichtiges Material zerrinnt uns zwischen den Fingern. Denn unter dem Einfluß moderner, privatwirtschaftlicher und verkehrstechnischer Faktoren schwindet immer mehr die Möglichkeit, reine Rassengruppen zu finden, immer mehr greifen Vermengungen und Verschiebungen von Bevölkerungselementen heterogenster Natur um sich, und wir ahnen kaum, welche Gesetze bei diesen Mischungen walten, wir wissen nichts Sicheres darüber, ob und wann solche Mischungen günstig oder ungünstig sind für das Wohl des einzelnen oder unser staatliches und völkisches Leben — blind, triebhaft, unbewußt lassen wir unser kostbarstes nationales Gut, nämlich die Menschen selbst; dahinwachsen, wie das Gras wächst, wie Kaninchen oder Mäuse eine Generation an die andere fügen. Und selbst das, was wenigstens die nichtdomestizierten Tiere um viele „eugenische" Klippen sicher zu leiten pflegt, der Instinkt bei der Gattenwahl, fehlt der breiten Masse. Er wird kümmerlich ersetzt durch traditionelle Sprüchlein und Regeln von immermehr schwindender Ueberzeugungskraft.

So käme es auf zwei Dinge an: 1. die rassenmäßige Zusammensetzung unserer europäischen Bevölkerung und ihre geographischen und sozialen Verschiebungen auf Grund exakter Messungen festzuhalten und zu studieren; und 2. die völkische und individuelle Bedeutung solcher Umschichtungen an umfangreichem Material ernsthaft zu untersuchen und in allen mit der Rassetüchtigkeit zusammenhängenden Fragen ein sozial-anthropologisches Volksgewissen zu schaffen.

Von unseren Forderungen fällt die erste in den Aufgabenkomplex der Anthropologie, die zweite deckt sich mit gewissen Arbeitsgebieten der Sozialanthropologie (resp. Rassehygiene). In beiden Disziplinen ist, so sehr auch weitere eingehende Forschungen nach modernen Prinzipien nötig sind, doch schon manches höchst Bedeutende geleistet worden. Zu den großartigsten Leistungen der messenden Anthropologie in Europa gehören z. B.

Digitized by Google

die mustergültigen Untersuchungen an Rekruten aus sämtlichen Provinzen der Apennin-Halbinsel, die der kürzlich verstorbene italienische Militärarzt Livi in den 90er Jahren anstellte. In ähnlicher Weise erschlossen uns die Arbeiten des Badener Ammon die Rassenbestandteile der Badener, und die als Folge des sonst so unerfreulichen und unfruchtbaren Streits zwischen R. Virchow und de Quatrefages in Mitteleuropa angestellten Beobachtungen der Haar- und Augenfarbe von Millionen von Schulkindern fügten einen wichtigen Baustein zu unserer Kenntnis von dessen Bevölkerungszusammensetzung. Weiterhin lieferte beispielsweise den ersten einheitlichen und wissenschaftlichen Aufschluß über die die norwegische Nation zusammensetzenden Rassebestandteile Major Dr. C. O. E. Arbo in einer Reihe höchst interessanter und wissenschaftlich ausgezeichneter Arbeiten. (Vgl. Risleys Bibliography of Europa).

Arbos Untersuchungen zeigten uns, daß die sogenannte nordeuropäische oder teutonische Rasse mit ihren hochgewachsenen, langköpfigen blonden Typen im Innern Norwegens vorherrscht, ganz besonders im Osterdaal, um Vaage und im oberen Gudsbrandal. Interessanterweise aber sind für große Landstriche auch die mittelgroßen, dunkelhaarigen, kurzköpfigen Typen der vorwiegend in Mitteleuropa (Süddeutschland, Mittel-Frankreich, Alpenländer) auftretenden sogenannten alpinen Rasse charakteristisch. Das gilt besonders, mit alleiniger Ausnahme der Umgebung von Bergen, für die ganze Seeküste, hat aber vielfach, so am Sognefjord und in Jöderen, auch für das Inland Geltung. Es liegt auf der Hand, daß wir es hier mit zwei Rassegruppen zu tun haben, in denen vielleicht beide, zumindest aber die letztere, als ursprünglich Landfremde in Norwegen Fuß faßten und nun, durch Geschichte und Kultur zur Nation verschmolzen, ein generativ eng zusammengehöriges Bevölkerungskonglomerat bilden. Ebenso nun, wie ununterbrochen vor unseren Augen der allerdings gewöhnlich unbemerkte Prozeß der Rassebildung vor sich geht, müssen auch die Erscheinungen des Rasseverfalls unaufhörlich und unter Umständen gleichzeitig mit ersteren vor sich gehen. In dieses tausendfach verschlungene Netz, das die Einzelindividuen eines Volkes miteinander bilden, gibt es immer noch morsche und zerrissene Stellen. Neue Stücke anderer Garnbeschaffenheit werden in in Netz eingefügt, schadhafte Stellen mangelhaft oder gut repariert, die Maschen können enger oder weiter gesetzt werden — so fluktuiert unaufhörlich eine Bevölkerung, in abgelegenen Gebieten fixieren sich neue Typen, in Industriezentren strömen die Menschen zusammen, Einwanderer verändern den Typ einer ganzen Provinz. Mischungen verwischen ursprüngliche Anlagen. Was Arbo zeigte, war ein Querschnitt, eine Momentphotographie. Dauernd aber geht der Rassebildungsprozeß weiter, wie ein langsam aber unaufhörlich bewegtes Kaleidoskop folgt Bild auf Bild und entschwindet ungekannt von uns. In welcher Richtung verschieben sich die geographischen

Digitized by Google

Lokalformen der Bevölkerung gegeneinander? Wie verhalten sich die verschiedenen Rassen zueinander? Welche dominiert? Was ist seit Urbos Zeit mit den Norwegern vorgegangen?

Ueber den Norden Norwegens mit seiner teils lappischen Bevölkerung scheinen leider keine umfassenden Arbeiten vorzuliegen. Es wäre natürlich höchst interessant, die Zusammensetzung dieser Gebiete zu kennen und mit Hilfe der Bevölkerungsstatistik die Verschiebung der heterogenen Elemente zu verfolgen. Es ist wohl anzunehmen, daß die beiden europäischen Rassen nicht gleichartig auf die Berührung mit der asiatischen reagieren und es wäre ganz besonders wichtig, an Mischlingsfamilien genealogische, psychologische und anthropometrische Untersuchungen anzustellen.

Wir sind damit schon mitten im Gebiet unserer zweiten sozialanthropologisch-rassehygienischen Forderung. Studium der Mischungen, sei es in Südamerika, Norwegen oder sonstwo, müssen endlich klares Wissen an Stelle von Vorurteilen oder Vermutungen in bezug auf den Wert derselben setzen. Im allgemeinen gesprochen scheinen Mischungen zwischen fernstehenden Rassen ungünstig, die zwischen näherstehenden günstig für die Nachkommen auszufallen. Ganz gewiß aber ist der Wert von Mischungen in jedem einzelnen Fall verschieden und man wird sich vor Verallgemeinerungen hüten müssen. So ergab die Mischung zwischen Buren (also Nordwest-Europa) und Hottentotten — sicher doch höchst fernstehenden Rassen! — das von allen Beobachtern nur gelobte Volk der „Rehobother Bastards" und andererseits ist die rassial nicht allzu heterogene Levantebevölkerung als denkbar unzuverlässig bekannt. Es mögen da vielfach auch Motive wirtschaftlicher Natur mitspielen, ausschlaggebend jedoch für den einzelnen wie für ein Volk ist doch das Erbgut. Darüber aber, wie die Gesetze der Mischungen auf dieses wirken, wissen wir eben eigentlich noch so gut wie nichts.

Ebenso stehen wir in bezug auf die wichtigste der sozialanthropologischen Fragen, der der körperlichen Degeneration und dem hieraus — vielleicht — resultierendem sogenannten „Rassetod" noch durchaus auf unsicherem Boden. Zwar ist allgemein bekannt, daß zwischen zwei sehr variablen menschlichen Merkmalen, nämlich Körperhöhe und Brustumfang, äußere Einflüsse in relativ hohem Grade reagieren und als Kennzeichen für die Gesamtkonstitution eines Individuums verwandt werden können. Wir wissen auch, daß unsere hochentwickelte Hygiene und unser allzu mildes (d. h. unsoziales) Strafrecht eine Fülle minderwertiger Variationen und Mutationen nicht nur am Leben erhält, sondern vor allem auch deren Vererbung und Vermehrung ermöglicht. Aber leider ist bisher noch nichts versucht worden, dieses Wissen auch für das gesamte Volkswohl nutzbar zu machen, indem man durch umfangreiche, zu bestimmter Zeit wiederholte Messungen

Digitized by Google

feststellt, in welcher Richtung die Entwicklung einer sozialen Schicht oder einer geographischen Lokalform oder endlich der ganzen Nation sich bewegt und ob wirklich Schäden oder Vorteile von Kultur und Zivilisation sich feststellen lassen. Auch hier greifen viele Faktoren ineinander, aber drohend steht vor uns das Gespenst des Rassefalls, dem bisher noch jedes Volk, jede Kultur erlag, mit Ausnahme einer einzigen: China. Eben diese Ausnahme beweist, daß wir hier kein Gesetz vor uns haben, daß es vielmehr nur darauf ankommt, die Wege zur Rasseertüchtigung zu finden, um dem Gespenst ein Schnippchen schlagen zu können.

Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben alle Staaten zu einem ökonomischen Verhalten ihren Finanzen und ihrer Wirtschaft gegenüber gezwungen, aber eine Nation besteht nicht aus Papiergeldpaketen und Warenballen, sondern aus — Menschen. Man sollte auch daran denken, bewußte und tätige Menschenökonomie zu treiben.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt
Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend
Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M
Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Politik

GENERAL LIBRARY
OCT 18 1921
UNIV. OF MICH.

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 577
Thimme, Die Regierungsbildung in Permanenz . . 579
Patzelt, Der Kampf um Deutschösterreich 582
Montgelas, Moralische Rehabilitierung und Reparation 592
Wertheimer, Der Kampf der Deutschen in Südwestafrika um ihre Schule 595

Preis vierteljährlich M 15.—, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 18. Juni 1921 Heft 25

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Der einzige große Kommentar zum Vertrage von Versailles

In keinem am Vertrage von Versailles beteiligten Lande erscheint ein Gegenstück zu dem großen deutschen

Kommentar zum Friedensvertrage

Herausgeber: Dr. Walter Schücking

Wir benutzen die Verlagsänderung in der den Kommentar herausgebenden Verlegergemeinschaft, um die Oeffentlichkeit über das Fortschreiten des schon früher angezeigten bedeutsamen Werkes auf dem Laufenden zu halten. Die Entwicklung der politischen Lage hat es mit sich gebracht, daß eine große Anzahl der Bestimmungen des Versailler Vertrages sich bisher nicht als kommentierungsreif erwiesen hatte, da sich über ihre Auslegung das Endgültige noch nicht sagen ließ. Dieser Zustand nähert sich seinem Ende, und wir können heute mitteilen, daß bereits mehr als die Hälfte des Vertrages kommentiert worden ist. Die Wiederaufnahme der auswärtigen Beziehungen hat sich ebenfalls als hemmend für die Fertigstellung erwiesen, da eine Anzahl von Mitarbeitern in amtlicher Stellung auf diplomatische Posten ins Ausland ging und infolgedessen aus dem Arbeitskollegium ausschied. Diese Hemmungen sind jedoch jetzt überwunden, — das aus rund 75 Mitarbeitern bestehende Kollegium ist vollständig.

Das Bedürfnis, das nach einwandfreier Kommentierung einzelner Teile des Vertrages von Versailles besteht, hat uns veranlaßt, kommentierungsreife Teile von größtem Allgemeininteresse als Vorveröffentlichung herauszubringen. Von diesen Vorveröffentlichungen erscheinen jetzt:

1. Die Behandlung der Versicherungsverträge im Friedensvertrag von Versailles, bearbeitet von Prof. E. Bruck.
2. Deutschösterreich im Friedensvertrage, bearbeitet von Prof. Laun.
3. Privatrechtliche Beziehungen zwischen früheren Feinden nach dem Friedensvertrag, bearbeitet von Dr. Ernst Wolff.

Früher sind bereits erschienen:

1. Chronik der Friedensverhandlungen, bearbeitet von Prof. Dr. Herbert Kraus und Gustav Rödiger.
2. Rußland im Friedensvertrag von Versailles, bearbeitet von Gesandter Dr. F. C. Zitelmann.
3. Das internationale Arbeitsrecht im Friedensvertrage, bearbeitet von Dr. Paul Eckard u. Ewald Kuttig, nebst Anhang: Die soziale Versicherung in den abgetretenen Gebieten, von Prof. Dr. Alfred Manes.
4. Gewerblicher Rechtsschutz (unlauterer Wettbewerb) und Urheberrecht im Friedensvertrag von Versailles, von Prof. Dr. A. Osterrieth.

Vom eigentlichen Kommentar erscheinen soeben die beiden Ergänzungsbände.

Prospekt auf Verlangen

Verlag von Franz Vahlen in Berlin W 9, Linkstr. 16, und Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

6. Jahrgang * 18. Juni 1921 * Heft 25

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Schwierigkeiten, die bei der Vielgestaltigkeit der Weltprobleme ganz notwendig das englisch-französische Verhältnis immer wieder so oder so berühren, haben zu einer Erörterung geführt, ob nicht die Form eines festen Bündnisses der rechte Weg sei, um sie auf längere Dauer zu beschwören. Das spielte in Versailles eine Rolle, schien mit Einschluß Amerikas perfekt, scheiterte aber dann an der geringen Neigung von Washington, sich in Europa zu binden. Nun haben die Zeitungen und Kabinette in London und Paris die Frage wieder aufgenommen, aber die Aussprache geschah in einer etwas lustlosen Atmosphäre. Beide Staaten wissen, daß sie durch tausend Verflechtungen aufeinander angewiesen sind, beide aber tragen auch das Mißtrauen in sich, daß sie durch Kompensationen, mit denen sie die „Mißverständnisse" des Tages beseitigen, Zukunftsentwicklungen zubauen. Es ist beachtlich, daß Churchill, unter teilweise subalterner Beurteilung Deutschlands, doch die allzuenge Festlegung an die französische Seite ablehnt. Denn er muß fürchten, daß damit Englands kontinentale Stellung, auf die es nicht verzichten kann, in die zweite Linie gedrückt wird.

*

Die politische Behandlung der oberschlesischen Frage wird offenbar zwischen den Alliierten sehr heftig, aber unterirdisch betrieben, und da ein Einverständnis nicht erzielt ist, erfährt die Boulogner Konferenz eine immer erneute Vertagung. Inzwischen schien am Kampfplatz selber eine Verschärfung einzutreten durch die unmöglichen Zumutungen, die von der J. A. K. an den Vertrauensmann des Selbstschutzes, General Hoefer, gestellt waren. Dessen zugleich staatskluges als männliches Verhalten hat aber die Position der deutschen Verteidigung gewahrt und dahin geführt, daß die Engländer wenigstens beginnen, die militärische Seite ihrer Aufgabe ernsthafter anzufassen. Das scheint auf die Korfantysche Selbstsicherheit doch einigermaßen störend zu wirken. In Warschau aber erleidet die polnische Mark einen weiteren Sturz.

Digitized by Google

Die Ermordung des unabhängigen Sozialisten Gareis in München ist eine blutige Illustration zu der unheimlichen Spannung, die in der bayerischen Politik steckt. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren war von demselben Ministerium Kahr beschlossen worden, dessen Hartnäckigkeit daran Schuld gewesen, daß diese Frage so ungebührlich ins Zentrum der internationalen Auseinandersetzung rückte. Vielleicht hatte man inzwischen schon begriffen, wie fehlerhaft es gewesen, mit lauten Worten und lauten Festen große Politik zu machen, unpsychologisch nach außen und innen. Die furchtbare Wirkung der seelischen Gegnerschaft hat jetzt ihr erstes Zeugnis erhalten. Die bayrische Regierung hat eine ungeheure Verantwortung, daß sie nicht wieder durch falsche Posen den Prozeß der innerdeutschen Entfremdung fördert.

•

Ueber Nacht ist in Lettland eine Kabinettskrise ausgebrochen. Die Chauvinisten in allen Lagern benutzten eine Interpellation der lettgallischen Bauern (katholische Letten aus Polnisch-Livland), die zur äußersten Rechten gehören, um das gemäßigte Kabinett Ulmanis zu stürzen. Die bisherige Majorität bestand aus den beiden Bauernparteien (Letten und Lettgallen), einigen bürgerlichen Gruppen und den Vertretern der Minoritäten (Deutschbalten, Russen und Juden). Das Abschwenken der Lettgallen aus der Majorität benutzten die Sozialdemokraten und die lettischen Chauvinisten unter Samuels, um der bisherigen Koalition eine Niederlage zu bereiten. Das ist ihnen auch gelungen, aber die Herstellung einer Majorität für positive Arbeit dürfte nicht leicht sein, weil die stockkonservativen lettgallischen Bauern natürlich gar keine Berührungspunkte mit den Sozialdemokraten haben. Schon jetzt werden Stimmen aus Lettgallen laut, die ihre Abgeordneten dafür tadeln, daß sie die Frage der Behandlung der Restgüter derartig auf die Spitze getrieben haben, daß die Partei jetzt in die Nachbarschaft der Sozialdemokraten geraten ist.

•

Der Versuch des Völkerbundes, die Littauer und Polen unter Vorsitz des Belgiers Hymans in Brüssel zu einer Einigung über die Wilnafrage gelangen zu lassen, ist am Starrsinn der Polen gescheitert. Als diese nämlich erkannten, daß Hymans für ein Verbleiben Wilnas bei Littauen eintrat, stellten sie die Forderung, daß der polnische General Zeligowski, der bekanntlich widerrechtlich Wilna besetzt hält, an der Besprechung auch teilnehmen solle. Die Littauer lehnten natürlich diese Forderung ab, da das einer Anerkennung Zeligowskis als gleichberechtigte Partei gleichkäme. Daraufhin ist die Konferenz resultatlos auseinandergegangen, und die Wilnafrage wird wieder den Völkerbund beschäftigen. Da vor kurzem die Polen sechs Divisionen nach Suwalki und nach Wilna geworfen haben, beginnt sich auch Littauen aufs äußerste vorzubereiten, indem es die Wehrpflichtigen zwischen dem 18. und 30. Jahre einberufen hat.

Digitized by Google

Die Regierungsbildung in Permanenz

Von Dr. Friedrich Thimme

Die Frage der Regierungsbildung scheint so wenig im Reiche, wie in Preußen zur Ruhe kommen zu können. Zwar ist im Reiche nachdem der Reichstag die späte Programmerklärung der Regierung mit einer Art von Vertrauensvotum erwidert hat, ein vorläufiger Beharrungszustand eingetreten. Aber Reichskanzler Wirth hat nicht umsonst in seiner großen Rede vom 1. Juni es als das Ziel aller wahren Patrioten bezeichnet, endlich eine Regierung zu bekommen, die sich auf eine breitere parlamentarische Basis stützt. Laut erschallte sein Werberuf an alle diejenigen, die guten Willens sind, um sich im Laufe der nächsten Wochen um ein sachliches Programm, d. h. ein Programm der Erfüllung der im Ultimatum übernommenen Verpflichtungen zu scharen. Auch Rathenau hat in seiner künstlerisch vollendeten Antrittsrede zu der Weltaufgabe des Wiederaufbaus „schlechthin alle in Deutschland", ohne Unterschied der Parteien, Berufe und Stände aufgerufen. „Wir brauchen", so lauten die Schlußworte seiner Rede, „die Mitwirkung des Arbeiters, des Industriellen, die des Landwirts, und wir brauchen nicht zuletzt auch die Mitwirkung des alten deutschen Handwerks." Darin liegt doch, daß Rathenau auf ein Kabinett aller Parteien, Berufe und Stände, ein Kabinett der nationalen Arbeit und insoweit auf eine nationale Einheitsfront hinausstrebt. Ganz gewiß ist Rathenau, obwohl sich gerade aus der Industrie gegen seine Ernennung Bedenken geltend gemacht haben, der Ueberzeugung, daß in einer Regierung der Erfüllung und des Wiederaufbaus zumindest die Partei nicht unvertreten sein sollte, die hergebrachtermaßen die nächsten Beziehungen zur Großindustrie unterhält.

Ja, selbst der sozialdemokratische Innenminister Gradnauer, einer der staatsmännischsten Köpfe seiner Partei, hat sich zu der Auffassung bekannt, daß auf den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung hinzuwirken und daß somit die Kabinettsbildung noch nicht als abgeschlossen anzusehen sei. Freilich steht er damit innerhalb seiner Partei noch ziemlich allein. Während sich die Parteien des Zentrums und der Demokraten nach wie vor für die möglichste Erbreiterung der Regierung einsetzen und vor allem auf den Eintritt der Deutschen Volkspartei dringen, kann sich die Sozialdemokratie nicht daran gewöhnen, das Problem des Wiederaufbaus losgelöst von parteitaktischen Erwägungen zu betrachten. Das Gros der Partei ist wie hypnotisiert von der Möglichkeit der Wiederannäherung, um nicht zu sagen der Wiedervereinigung mit den Unabhängigen. Offenbar wird die Schranke, die durch die Weigerung der Unabhängigen, mit einer der bürgerlichen Parteien zusammenzugehen, gezogen ist, nicht

Digitized by Google

für unübersteiglich gehalten. Vielleicht daß die Unabhängigen sich doch entschließen könnten, zugunsten des Zentrums eine Ausnahme zu machen? Allerdings wäre eine solche Rechnung, wenn schon nicht ohne den Wirth, so doch jedenfalls ohne Stegerwald gemacht, der bei seinem Auftreten im preußischen Landtag gezeigt hat, daß er gar nicht daran denkt, mit den sozialistischen Parteien allein eine politische Ehe einzugehen. Oder sollten die Sozialdemokraten tatsächlich auf Neuwahlen und auf eine dann zu erlangende sozialistische Mehrheit spekulieren? Vorläufig scheint hier mehr eine Spekulation auf die Einschüchterung der übrigen Parteien vorzuliegen. In Wirklichkeit weiß die Sozialdemokratie ganz genau, daß bei einem Wahlkampf, bei dem die Besitzlosen gegen die Besitzenden und umgekehrt aufgerufen werden, die Chancen gar nicht abzumessen sind. Hinzu kommt, daß die Kassen der Sozialdemokratie eine gähnende Leere aufweisen, so daß sie den Millionenkosten eines Wahlkampfes fast hilflos gegenüberstehen würde. Ob die Sozialdemokratie nicht doch am Ende begreift, daß sie unter diesen Umständen, wenn die Spekulation auf die Einschüchterung der übrigen Parteien fehlschlägt, am klügsten tun würde, es einmal praktisch darauf ankommen zu lassen, wie es sich innerhalb einer möglichst umfassenden, auch die Deutsche Volkspartei einschließenden Regierungskoalition leben läßt?

Wenn irgendetwas, so müßte die Frage der Regierungsbildung in Preußen geeignet sein, der Sozialdemokratie zu zeigen, daß die Taktik des Bluffens eine recht zweischneidige ist. Allzusehr hat die Sozialdemokratie darauf gerechnet, daß der Wiedereintritt in die Reichsregierung ihr von selbst die alte Machtposition in Preußen zurückgeben würde. „Die Kinder, sie hörten es so gerne", daß die Umbildung des Reichskabinetts eine solche des Preußenkabinetts nach sich ziehen müsse und werde, daß sie ganz überhörten, welche Voraussetzungen und Bedingungen Stegerwald von vornherein an die Frage der Wiederaufnahme der Regierungsbildung geknüpft hat. Sachlich steht Stegerwald ganz auf dem Wirthschen und Rathenauschen Standpunkte, daß eine Regierung der Erfüllung und des Wiederaufbaus sich nicht auf einzelne Parteien und Stände stützen kann und darf. Mit der größten Entschiedenheit hat er es herausgesagt: die breitesten Schichten des Volkes müßten an der Regierung beteiligt sein, nachdem wir am 10. Mai „Ja" gesagt haben und dadurch vor aller Welt gebunden sind! Hier liegt der Kernpunkt seiner beiden Erklärungen, nicht in den Voraussetzungen, von der er den Eintritt in die Regierungsumbildung abhängig macht. Wenn die Sozialdemokratie gegen die Heranziehung der Deutschen Volkspartei zu der Umbildung das Verhalten dieser Partei in der Frage des Ultimatums geltend macht, so kann das noch weniger als die Frage des republikanischen Bekenntnisses als durchschlagend angesehen werden; denn die gleiche Sozialdemo-

Digitized by Google

kratie hat nicht ein Wort gegen die Ernennung Rathenaus (der sogar den Unabhängigen wohlgefällig war!) zum Wiederaufbauminister eingewandt, trotzdem er sehr nachdrücklich gegen das Ultimatum Stellung genommen hatte. Auch trägt die Sozialdemokratie nach wie vor kein Bedenken, mit den Demokraten zusammenzugehen, obgleich innerhalb dieser Partei die Mehrzahl, und darunter fast sämtliche Süddeutsche, bei denen der republikanische Demokratismus besonders ausgeprägt ist, das Ultimatum verworfen hat. Wirklich ist es ganz irrelevant, welche Stellung jemand vor der Annahme des Ultimatums vertreten hat; es fragt sich einzig und allein, wie ist seine Stellung *nach* der Annahme? Jetzt geht ja die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Erfüllung des einmal angenommenen Ultimatums bis tief in die Reihen der Rechten hinein. Mit aller Klarheit haben sich die prominenten Führer der Deutschen Volkspartei, vor allem Stresemann, dahin ausgesprochen, daß es nunmehr gelte, alle Kräfte in den Dienst der Erfüllung des verpfändeten deutschen Worts zu stellen. Die Haltung der Deutschen Volkspartei kann also nur ein Grund mehr sein, ihr den Eintritt in die Regierung offen zu halten, und es ist das einzig Richtige von Stegerwald, wenn er nicht durch eine vorzeitige Eröffnung einer preußischen Regierungskrise dem stillen Reifen einer Situation, aus der heraus sich der Zwang zur möglichsten Erweiterung der Regierungsbasis noch elementarer geltend macht, präjudizieren lassen will.

Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß die „Regierungsbildung in Permanenz", wie der jetzige Zustand oben genannt wurde, noch auf lange hinaus fortgesetzt wird. Vor allem unsere ganze außenpolitische Situation drängt mit gebieterischer Notwendigkeit dahin, daß bald stabile Verhältnisse im Innern geschaffen werden. Zu einem Lande, das von einer Krise zur anderen taumelt, kann das Ausland ein Vertrauen nicht fassen. Es sollte nicht vergessen werden, daß auch im Ausland, zum mindesten in England, auf die Erbreiterung der Regierungskoalition durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei großer Wert gelegt wird. Dann aber erfordert auch der Begriff des Wiederaufbaus selbst, daß möglichst bald alle dazu tauglichen und bereiten Hände zum schweren Werke greifen. Es war vielleicht notwendig, daß der Sozialdemokratie in Preußen der Brotkorb, nach dem sie so hastig griff, einmal recht hoch gehängt wurde. Sobald sie der Situation Rechnung trägt und die parteitaktischen Erwägungen in den Orkus wirft, in den sie heute gehören, sollte selbstverständlich auch ihr der gebührende Anteil an der preußischen Regierungsbildung nicht vorenthalten werden. Natürlich ist das nicht so gemeint, als solle die Sozialdemokratie durch den Hinweis auf sich ihr bietende Vorteile geködert werden. Wir appellieren vielmehr an das deutsche Solidaritätsgefühl der Sozialdemokratie. Heute müßte auch der Sozialdemokratie ein

Digitized by Google

Verständnis dafür aufgehen, daß die ehrliche Erfüllung des Ultimatums, daß die Lösung der gigantischen finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen nicht nur erschwert, sondern unmöglich gemacht wird, wenn gerade jetzt der innere Gegensatz zwischen den Parteien, zwischen den besitzenden und den besitzlosen Klassen künstlich aufgebauscht wird. Um die Steuerfragen wird es sich in der nächsten Zeit ganz vorzugsweise handeln; von ihnen wird auch in erster Linie die endgültige Lösung der Regierungsbildung im Reiche und in Preußen abhängen. In der Programmerklärung des Reichskabinetts war dieser wichtigste Punkt viel zu kurz gekommen; begreiflicherweise, da das hastig gebildete Kabinett sich selbst darüber noch nicht schlüssig geworden war. Von den Steuervorlagen, deren Einbringung jetzt unmittelbar bevorsteht, insbesondere von der geplanten Heranziehung der sogenannten „Goldwerte", mit anderen Worten von der Verdoppelung der Vermögensabgabe, wollen offenbar die Parteien, namentlich die Deutsche Volkspartei, aber auch die Demokratische Partei, die sich noch nicht fest in dem Kabinett Wirth verankert fühlt, ihre definitive Stellung zu der Reichsregierung abhängig machen.

Uns scheint gerade die absolute Notwendigkeit, in der Steuerfrage zu einem gerechten Kompromiß zwischen den direkten und indirekten Steuern zu kommen, mehr als irgend etwas anderes, auf eine möglichst umfassende Regierungskoalition und eine Einigung innerhalb derselben hinzudrängen. Wird eine solche Verständigung und Einigung nicht in und durch eine Koalition, die mindestens die Parteien zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Deutscher Volkspartei umfaßt, erreicht, so steuern wir einem Zustande entgegen, der von dem Bürgerkriege nicht mehr weit entfernt ist. Es wäre ein schlechthin letaler Zustand, an dem Deutschland zu Grunde gehen müßte. Wer jetzt den Kampf zwischen den besitzenden und besitzlosen Klassen propagiert und schürt, der sabotiert die Erfüllung des Ultimatums, für die doch die deutsche Ehre verpfändet ist, der sabotiert damit auch die Herbeiführung eines wirklichen Völkerfriedens. Wehe der Partei, die in einer solchen Situation aus parteiegoistischem Interesse die niedrigsten Geldinstinkte der ihr nahestehenden Klassen wachruft! Wehe der Klasse, die nur an ihr Klasseninteresse denkt!!

Der Kampf um Deutschösterreich

Von Julius Patzelt (Wien)

Es ist bis heute noch nicht völlig aufgeklärt, warum der Anschluß der deutschen Alpenländer nicht bereits Ende 1918 vollzogen wurde. In Paris dachte man damals noch an kein Anschlußverbot, und ein selbständiger deutschösterreichischer Staat lag derart außerhalb aller politischen Kombinationen, daß man in Wien noch im Februar 1919 Bedenken trug,

Digitized by Google

eine Information weiter zu geben, die von dieser Möglichkeit sprach. Vermutlich hatte man weder in Wien noch in Berlin die Situation vollständig erfaßt und ließ sich durch inner- und außenpolitische Bedenken zu einer Passivität bestimmen, die auf der reichsdeutschen Seite sich wohl auch daraus erklärt, daß die Reichspolitik sich seit 1889 den kontinentalen Fragen immer mehr entfremdet hatte. Im Vertrauen auf das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn hatte man in Berlin versäumt, sich besonders im Südosten eine eigene Orientierung zu verschaffen. Nach dem Zusammenbruche der Donaumonarchie sah man sich infolgedessen einem anscheinend unentwirrbaren Chaos an der Donau gegenüber und vermochte, über die Stärke und die Richtung der dort nach Neugestaltung ringenden Kräfte völlig im Dunkeln, keine Entschließung zu fassen, die dem Deutschen Reiche einen mitbestimmenden Einfluß gesichert hätte.

Durch diese Passivität der deutschen Politik gegenüber der Entwicklung der Dinge im Südosten war nun eine Lücke entstanden, in die sich sofort die diplomatische Vertretung des Hauses Parma in Paris einschob; um, unterstützt durch in derselben Richtung tätige Wiener Finanzleute, die französische Politik dem Gedanken der Wiederaufrichtung der Donaumonarchie dienstbar zu machen. Sie faßte Frankreich an seiner schwächsten Seite, bei seinem Neid- und Angstgefühl. Der Anschluß wurde als ein territorialer Gewinn für das Deutsche Reich hingestellt, der dessen sonstigen Verluste weit überwiegen und Deutschland zum eigentlichen Sieger im Weltkriege machen würde; dem französischen Interesse entspräche dagegen die Vereinigung der Alpenländer zu einem eigenen Staate, der, von Frankreich geschaffen, dessen natürlicher Bundesgenosse und auch vielleicht stark genug sein werde, um Süddeutschland an sich zu ziehen.

Diese Einflüsterungen fanden in Paris williges Gehör, und so ward das Unwahrscheinliche Ereignis: die Zahl der europäischen Staaten wurde um einen vermehrt, um Deutsch-Oesterreich, dessen Unabhängigkeit, Souveränität und Selbständigkeit feierlich verbrieft wurde, allerdings mit der kleinen Einschränkung, daß dieses Deutschösterreich gerade hinsichtlich der Ausübung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, das eben erst als Grundgesetz der neuen internationalen Rechtsordnung verkündet worden war, nicht unabhängig, nicht souverän, nicht selbständig sein sollte. Man befahl uns einfach, einen Staat zu schaffen, unbekümmert darum, ob wir es wollen, ja auch nur können, und vielleicht glaubte man in Paris wirklich, daß wir imstande seien, gibt es doch selbst heute noch Leute, die, wie Sir William Goode, der ehemalige Vorsitzende der österreichischen Sektion der Reparationskommission, dieses Glaubens sind, Leute die mit dem statistischen Handbuche in der Linken und dem Rechenstifte in der Rechten, in ihrer mechanistisch-rechnerischen Art addieren und subtrahieren, als ob ein Staat gleich einer G. m. b. H. errichtet werden könnte und nicht ein

Digitized by Google

politischer und wirtschaftlicher Organismus sein müßte, um bestehen zu können. Wir sind allerdings nicht so arm, wie es unter dem Drucke der allgemeinen Wirtschaftskrise, die infolge besonderer Umstände auf uns noch schwerer lastet, scheinen mag, allein die ökonomischen Mittel, über die wir verfügen, passen nicht zueinander, und darum reichen sie zu eigener Wirtschaft nicht aus. Als Glied einer größeren wirtschaftlichen Gemeinschaft äußerst wertvoll, sind wir isoliert eine Unmöglichkeit, und daß man uns seit drei Jahren in dieser Isolierung belassen oder vielmehr in sie hineingezwungen hat, das hat unsere Valuta demoliert, die Alpenländer und vor allem Wien zu einer Stätte sich stetig steigernder Not gemacht, und die öffentlichen Finanzen in heillose Unordnung gebracht.

Heute ist man allerdings auch im Westen von der Hinfälligkeit der Schöpfung von Saint Germain überzeugt. Sir William Goodes Rettungsplan wurde von der Entente als undruchführbar glatt verworfen, von Lloyd George ist längst bekannt, daß er an eine selbständige Existenz Deutschösterreichs nicht glaubt, und in Paris trägt man sich seit geraumer Zeit mit ganz anderen Plänen. Jene, die dort die Idee eines selbständigen deutschösterreichischen Staates und das Anschlußverbot suggeriert hatten, hatten sich als tüchtige Politiker erwiesen, denn dadurch, daß Frankreich sich auf das Anschlußverbot festgelegt hatte, wurde es Schritt für Schritt automatisch in die Richtung der Restauration gedrängt. Zunächst schien das Verbot zu genügen, allein, je deutlicher die Unhaltbarkeit des deutschösterreichischen Staates sich erwies, je dringender deshalb die Angliederung der Alpenländer an ein anderes Wirtschaftsgebiet wurde, desto fragwürdiger wurde auch die Wirksamkeit des rein mechanischen Anschlußverbots. Durch Zusicherung von Aushilfen an Geld und Lebensmitteln konnte man Wien wohl von Zeit zu Zeit hinhalten, jede Enttäuschung aber, die diesen Versprechungen folgte, weil sie nie eingelöst wurden, ließ eine neue Anschlußwelle emporsteigen. Die Notwendigkeit einer positiven Lösung an Stelle der negativen drängte sich infolgedessen der französischen Politik immer stärker auf; wollte sie den Anschluß dauernd verhindern, dann mußte sie konstruktiv werden, da sie sich aber der natürlichen Entwicklung entgegenstemmte, wurde sie rekonstruktiv, d. h. sie kehrte zu der Idee des alten habsburgischen Nationalitätenstaates zurück, dessen Auflösung die Frankreich verbündeten Tschechen, Rumänen, Serben und Italiener eben durchgesetzt hatten.

Bestimmter sprach diese Tendenz in der französischen Politik sich erst seit dem Sturze Clemenceaus aus, an dem das Haus Parma in erheblicher Weise mitgewirkt hatte, und je stärker der bourbonische Einfluß seitdem sich in der französischen Regierung geltend machte, desto deutlicher zeichneten sich in ihr die Konturen einer Donaukonföderation ab, einer Konföderation, die allerdings nicht nur das Haus Parma für die Dienste

Digitized by Google

belohnen sollte, die es der Entente im Kriege geleistet hatte, sondern die auch die Vormachtstellung Frankreichs auf dem europäischen Festlande fundieren sollte. Schwankungen in der französischen Politik haben sich auch in dieser Beziehung infolge zeitweiliger Machtverschiebungen zwischen den in Paris um den entscheidenden Einfluß ringenden gegensätzlichen Kräfte wiederholt ergeben, und man wird auch in Zukunft mit solchen rechnen müssen, im großen und ganzen läßt sich aber der Plan, den Frankreich im Südosten Europas verfolgt, folgendermaßen skizzieren: Durch die Vereinigung von Deutschösterreich mit Ungarn soll die Grundlage für eine Donaukonföderation geschaffen werden, die in Kombination mit Rumänien und vielleicht auch mit Süddeutschland, denn in Paris hat man auch diese Hoffnung noch nicht aufgegeben, Frankreich die Kontrolle über die Linie Brest-Konstanza, also die politische, militärische und wirtschaftliche Landverbindung mit dem Orient, sichern soll. Durch ein polnisch-rumänisches Bündnis wäre diese Stellung dann durch eine von Konstanza bis Danzig reichende Flankendeckung auszubauen, die Tschechoslowakei vom Osten abzuschneiden, und durch die möglichst weite Verschiebung Polens nach Oberschlesien derart einzukeilen, daß ihr nichts anderes übrig bliebe, als sich der ungarisch-österreichischen Konföderation anzuschließen. Serbien würde durch diese vom atlantischen Ozean über das Schwarze Meer bis zur Ostsee reichende Kombination entweder ebenfalls zum Anschluß an die Konföderation gezwungen, oder aber wieder auf den Balkan abgedrängt und Italien als europäische Großmacht ausgeschaltet werden.

Die französische Politik hat sich damit ein ebenso ausgreifendes wie künstliches System zurechtgelegt, in das Völker und Staaten eingeordnet werden sollen, die, durch schroffe Gegensätze voneinander getrennt, eben erst den Staatsverband, in dem sie vereinigt waren, gesprengt haben. Südslaven-Magyaren, Magyaren-Rümänen, Tschechen-Polen, Tschechen-Magyaren, das sind alles Gegensätze, die, geschichtlich geworden, sich wohl auf der Grundlage nationalstaatlicher Souveränität mit der Zeit mildern lassen, durch eine Wiedervereinigung, die diese Souveränität einschränken müßte, jedoch noch weiter verschärfen würden. An sich spricht nichts gegen die Kombinierung gegensätzlicher Kräfte. Jeder Techniker ist gewöhnt, bisweilen solche Widerstände einzuschalten, um eine Festigkeit zu erzielen, die unter gewissen Umständen durch andere Mittel nicht erreicht werden kann, und Sache der Berechnung ist es nur, daß diese widerstrebenden Kräfte gerade ausreichen, um den nötigen Spannungskoeffizienten zu erzielen. Auch in der Politik sind solche Kombinationen möglich, allein sie lassen sich nicht ohne weiteres aus der Welt der Technik in die der Politik übertragen, denn sie hat es mit Kräften zu tun, die, weil sie organisch sind, hinsichtlich ihrer Stärke und Richtung fortgesetzt Veränderungen unterliegen. Die Politik kann deshalb auch Probleme im

Digitized by Google

technischen Sinne nicht lösen, weil ihre Kombinationen infolge der Natur des Materials, mit dem sie arbeitet, zeitlich eng begrenzt sind, und die politische Architektonik Frankreichs im Südosten wird dadurch nicht imponierender, daß sie sich gezwungen sieht, auf den altösterreichischen Staatsgedanken zurückzugreifen. Das altösterreichische Paradigma beruhte indessen keineswegs auf dem Geheimnisse des Spannungskoeffizienten allein, wenn er auch später, als die habsburgische Hausmacht sich bereits längst auf der Abendseite ihrer Entwicklung befand, eine immer bedeutendere Rolle spielte. Bei dem Aufbau dieser Macht hatten andere Kräfte gewirkt, als sie heute der französischen Politik und dem Hause Parma zur Verfügung stehen, bei deren Erstarkung andere Kräfte, als sie heute Frankreich zur Wirkung bringen kann, und die Parallele träfe höchstens für die letzten fünfzig Jahre zu, in denen die innere Politik der habsburg-lothringischen Dynastie auch durch Ausnutzung und vielleicht auch Steigerung der Spannung zwischen den Nationalitäten den Zerfall des Staates hintanzuhalten suchte, bis die auseinanderstrebenden Kräfte schließlich das Gewölbe doch zum Bersten brachten.

Die Frage, ob die französische Südostpolitik Aussicht hat, die Neuordnung der Dinge an der Donau bestimmend zu beeinflussen, beantwortet sich übrigens auch aus dem starken Widerstande, den sie in Italien, in der Tschechoslowakei, in Jugoslavien und in Rumänien ausgelöst hat. Die beiden Punkte, an denen die französische Politik an der Donau einsetzte, waren Deutschösterreich und Ungarn. Der deutschösterreichischen Oeffentlichkeit gab man zu verstehen, daß die beste Hilfe ihm aus dem Wiederzusammenschlusse mit den Sukzessionsstaaten werden könne und insbesonders seine Vereinigung mit Ungarn aller Not sofort ein Ende machen würde, während gleichzeitig die habsburgische oder, richtiger gesagt, parmesische Propaganda vor dem Anschlusse an das „halbprotestantische und halbbolschewistische Deutschland" warnte. In Ungarn verlangte das Land nach dem Sturze der Sowjetherrschaft nach einer monarchischen Restauration, fast alle politischen Führer neigten dem Gedanken der Wiederaufrichtung der alten Monarchie zunächst in der Form einer Donaukonföderation zu, in der Ungarn schon wegen seiner zentralen Lage eine bedeutende Rolle spielen müßte, und im Sommer 1920 kam in Gödöllö ein französisch-ungarischer Vorvertrag zustande, der, wenn er auch formell nicht durchgeführt wurde, Ungarn im allgemeinen doch recht eng an Frankreich anschloß. — Dieser erste sichtbare Versuch der französischen Politik, sich die Kontrolle über den Südosten zu sichern, hatte jedoch das Erscheinen eines neuen Elementes in der europäischen Politik zur Folge, es enstand die Kleine Entente.

Ob die Idee dieser Schöpfung italienischen oder tschechischen Ursprungs ist, ist durch die spätere Entwicklung nebensächlich geworden. Zunächst schlossen die Tschechoslowakei und Jugoslavien sich zu einem Bündnisse

Digitized by Google

zum Zwecke gemeinsamer Abwehr der Gefahr einer habsburgischen Restauration und aller auf die Bildung einer Donaukonföderation gerichteten Pläne zusammen. Mittelbar richtete die Tendenz dieses Bündnisses sich also auch gegen die französische Politik, die noch rechtzeitig in Bukarest eingriff und durch die Sendung Joffres nach der rumänischen Hauptstadt die Bemühungen des tschechischen Außenministers, Rumänien zum Beitritte an der neuen Koalition zu bewegen, vereitelte. Während nun Frankreich den rumänischen Außenminister, Take Jonescu auf Reisen schickte, um unter dem Vorwande, die Kleine Entente zu erweitern, ihre Spitzen umzubiegen und sie zu einem handlichen Werkzeug der französischen Politik zu machen, gelang es auf der anderen Seite durch den Vertrag von Rapallo, eine wenigstens formale Lösung der zwischen Italien und Jugoslavien schwebenden Streitfragen zu finden und dadurch die Basis der Kleinen Entente zu verbreitern. Der Vertrag von Rapallo wurde von beiden Seiten, hauptsächlich aber von Jugoslavien, unter dem Drucke der habsburgischen Gefahr geschlossen und wenn durch ihn die im beiderseitigen Volksleben tiefverwurzelten Gegensätzlichkeiten auch keineswegs beseitigt wurden, so war doch die Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit der beiden Regierungen geschaffen worden. Um so mehr läßt Frankreich, dessen Machtstellung im östlichen Mittelmeere vor allem auf den italienisch-jugoslavischen Interessengegensätzen beruht, es sich angelegen sein, durch den Faszismus auf der einen und durch die slowenische Opposition gegen Belgrad auf der anderen Seite diese Gegensätze immer wieder zu verschärfen. — Trotzdem bestand das junge Bündnis die Belastungsprobe, der es durch den Zwischenfall von Steinamanger unterzogen wurde, mit gutem Erfolge, allerdings nicht ganz aus eigener Kraft. Der Kleinen Entente kam dabei zu statten, daß der Osterausflug König Karls ausschließlich von Frankreich, ohne Rücksicht darauf arrangiert worden war, daß die innerpolitische Lage in Ungarn hierfür noch nicht ausgereift war, und daß Deutschösterreich keine Lust zeigte, König Karl die Kaiserkrone anzubieten, wie die „amtlichen und hohen" Kreise Frankreichs nach dem Zeugnisse Briands in einem Bukarester Blatte gehofft hatten.

In Rom, Prag und Belgrad hatten diese Dinge stark verstimmt, und die etwas verspätete amtliche französische Kundgebung gegen jede habsburgische Restauration war um so unwirksamer, als sie nicht die erste derartige Erklärung war, der ungarische Ministerpräsident, Graf Teleki aber knapp vor seinem Rücktritte die Absendung einer Note an die Schweiz benutzte, um König Karl nicht nur als den rechtmäßigen, sondern auch als den tatsächlichen König von Ungarn zu bezeichnen. In Budapest hätte man derartiges sicher nicht getan, wenn man nicht des Einverständnisses mit den leitenden Kreisen Frankreichs sicher gewesen wäre. Die Kleine Entente verlangte deshalb nach ausreichenderen Sicherungen und schuf selbst sich eine solche zunächst

Digitized by Google

durch den Abschluß einer Militärkonvention mit Rumänien, wo die durchaus französische Orientierung Take Jonescus bereits seit langem auf steigenden Widerstand stieß. Weit bedeutungsvoller sind jedoch die hauptsächlich von dem tschechischen Außenminister geförderten Bemühungen um die wirtschaftspolitische Zusammenfassung der Sukzessionsstaaten ohne französisches Protektorat.

Die Politik des tschechischen Außenministers, die sich auch auf England zu stützen scheint, läßt sich in folgende Punkte zusammenfassen: Durch Militärkonventionen sollen die Staaten der Kleinen Entente sich hinsichtlich der territorialen Bestimmungen der Friedensverträge von dem Wohlwollen und der Garantie Frankreichs unabhängig machen, vermittels handelspolitischer Vereinbarungen soll mit dem von diesen Bestimmungen hart getroffenen Deutschösterreich und Ungarn ein ihre wirtschaftlichen Interessen nach Möglichkeit befriedigender modus vivendi geschaffen und auf diese Weise durch ein System von Wirtschaftsverträgen aus den Südoststaaten ein Block gebildet werden, um den künstlichen Einfluß Frankreichs und den natürlichen des Deutschen Reiches auf dem Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie allmählich abzubauen. — Ziemlich deutlich hat sich der tschechoslowakische Gesandte in Bukarest anläßlich des Abschlusses der tschechisch-rumänischen Militärkonvention darüber folgendermaßen geäußert:

„Durch den Abschluß des militärpolitischen Vertrages mit Rumänien wurde der Kreis geschlossen, dessen Aufbau und Richtung durch die Inaugurierung unseres Gedankens einer neuen Konzeption Mitteleuropas begründet wurden. Der Zweck war die Erhaltung des durch die Friedensverträge geschaffenen neuen Standes der Dinge. In ihren Konsequenzen bedeutet die Tatsache der neuen Abmachungen eine enge politische Zusammenarbeit beider Vertragsteile mit Südslawien in Mitteleuropa, wo unsere Gruppe das entscheidende Wort haben wird. Nicht zuletzt ist die aktuelle enge Verbindung eine Gewähr dafür, daß wir nicht in die Folgen der Politik Deutschlands in der Frage der Sanktionen und in den notwendig folgenden Zusammenbruch mitgerissen werden."

Ihre Ergänzung finden diese Darlegungen durch den Hinweis auf die Konferenzen von Rom und von Portoroſe. Die römische Konferenz, die gegenwärtig tagt, ist bereits in den Friedensverträgen vorgesehen und soll der endgültigen finanziellen Auseinandersetzung der Sukzessionsstaaten dienen. Die Konferenz von Portoroſe, die zu einem späteren Zeitpunkte stattfinden soll, wird eine freie Beratung von Vertretern der Sukzessionsstaaten und der Westmächte sein und hat vornehmlich die Aufgabe, die verkehrspolitischen Hemmungen zu beseitigen, unter denen die Sukzessionsstaaten noch leiden. Die Tschechoslowakei und Jugoslavien hatten sich lange gegen die Abhaltung der Konferenz von Portoroſe in der Befürchtung gesträubt, daß Frankreich die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Wiederannäherung der Sukzessionsstaaten benutzen würde, um sein Donaubundprojekt zu fördern, und es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß man erst nach Portoroſe gehen wird,

Digitized by Google

wenn das von der Kleinen Entente geplante System der handelspolitischen Organisation der Sukzessionsstaaten wenigstens im großen und ganzen fertiggestellt sein wird. Der wichtigste Vertrag, der in dieser noch ausständig ist, ist der zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn abzuschließende. Gleichzeitig mit der römischen Konferenz finden bekanntlich Verhandlungen zwischen der deutschösterreichischen Regierung und den Finanzdelegierten des Völkerbundes über die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Deutschösterreichs statt. Es liegt in der Absicht Frankreichs, sich auf diesem Umwege die wirtschaftliche und politische Kontrolle über die deutschen Alpenländer zu sichern. Das Gelingen der Aktion ist an die Aufhebung beziehungsweise die Stundung des in dem Friedensvertrag über Deutschösterreich verhängten Generalpfandrechts gebunden; da aber auch die Zustimmung der Staaten der Kleinen Entente zu der Stundung notwendig ist, haben sie es in der Hand, die einseitige Ausnützung der Kreditaktion durch Frankreich zu verhindern.

Deutschösterreich ist auf diese Weise zum Kampfobjekt zwischen Frankreich und der Kleinen Entente geworden, und es wird ihm besonders bei dem recht mangelhaften Kontakte, der zwischen Wien und Berlin herrscht, nicht leicht fallen, sich aus dieser recht gefahrvollen Lage zu befreien, denn so sehr es die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Sukzessionsstaaten wünschen muß, so würde es durch seine Einbeziehung in den Konzern der Kleinen Entente in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von ihr geraten und sehr bald auch die friedliche Durchdringung von der Tschechoslowakei her verspüren. Deutschösterreich würde nicht zum Bindeglied zwischen dem Deutschen Reiche und dem Südosten werden, sondern den Widerstand verstärken, der hier eingeschoben werden soll.

In der scharfen Gegensätzlichkeit zwischen den Bestrebungen und Interessen Frankreichs und denen der Kleinen Entente liegt zweifellos ein uns günstiges Moment, dessen Bedeutung fürs nächste jedoch nicht überschätzt werden darf. Durchaus verfehlt wäre es, auch nur mit der Möglichkeit eines Bruches zu rechnen und darauf unsere Politik einzustellen. Sowohl Frankreich als auch die Staaten der Kleinen Entente sind Nutznießer der Friedensverträge und werden deshalb im Interesse ihrer unversehrten Aufrechterhaltung immer wieder bemüht sein, sich zu vertragen und von Fall zu Fall auszugleichen. England und Frankreich praktizieren das seit langem durch Kompensationen auf Kosten des Deutschen Reichs, und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß die Kleine Entente und Frankreich nicht dasselbe auf Kosten Deutschösterreichs tun werden.

Auf das Gesamtbild fällt jedoch ein freundlicheres Licht, wenn man die französische Südostpolitik und die hauptsächlich von tschechischer Seite beeinflußte mitteleuropäische Politik der Kleinen Entente in ihrem Verhältnisse zu der allgemeinen Entwicklungstendenz der Zeit betrachtet. — Die

Digitized by Google

französische Politik bewegt sich in einem Gedankenkreise, der der Vergangenheit angehört, wenn auch der jüngsten Vergangenheit Naumannscher mitteleuropäischer Propaganda. Frankreichs Plan einer Donaukonföderation ist genau besehen nichts anderes als eine vergröberte und verzerrte Kopie des Naumannschen Mitteleuropa, Naumann in französischer Verfassung, wodurch der an sich problematische Gedanke nicht gewonnen hat, sondern infolge der durch die exzentrische Lage Frankreichs und seine anders gearteten Bedürfnisse bedingten Verschiebungen noch ideologischer wird. Frankreich will dem überseeischen englischen Kolonialreiche ein kontinentales französisches Kolonialreich entgegenstellen, an dem es genesen und zu möglichst arbeitsfreiem Wohleben gedeihen will. Entscheidend ist dabei die strenge Abgeschlossenheit des zu bildenden Wirtschaftsgebietes mit dem doppelten Zwecke, einerseits die Frankreich angeschlossenen Staaten unter die ökonomische Hoheit Frankreichs zu bringen, und zwar eine durchaus kapitalistische Hoheit, und andererseits vermittels der Föderation die besonderen französischen Interessen der ganzen übrigen Welt gegenüber zur Geltung zu bringen.

Nicht in dieselbe Kategorie läßt sich der Plan des tschechischen Außenministers einreihen. In seiner Politik ist zweifellos ein altruistisches genossenschaftliches Element wirksam, ja, sie ist ohne dieses Element von vornherein gar nicht wirksam, weil nur aus ihm die Triebkraft zur Einigung der kleinen Staaten gegenüber der Gefahr der Erdrückung durch die großen quillt. Taktisch ist freilich Frankreich der Kleinen Entente überlegen, da auf französischer Seite die Einheit des Wollens und des Handelns ist und wenigstens zur Zeit noch die materiellen Machtmittel weit überwiegen. Politisch ist die Kleine Entente im Vorteil, weil ihre leitende Idee mehr dem Zuge der Zeit entspricht, wobei es allerdings dahingestellt bleiben muß, ob sich in ihrem Schoße nicht Neigungen zu einem Primat entwickeln, für die besonders in der Tschechoslowakei starke Ansätze vorhanden sind; verbinden sich doch in einzelnen tschechischen Blättern mit der tschechischen Konzeption eines neuen Mitteleuropas die Hoffnung auf eine friedliche Eroberung Wiens, Niederösterreichs und Oberösterreichs. Wenn aber der Bukarester tschechische Gesandte davon spricht, daß in Mitteleuropa die Kleine Entente das entscheidende Wort haben werde, so prätendiert er damit die Unterdrückung der der Kleinen Entente nicht angehörenden mitteleuropäischen Staaten, ein Gedanke, der wenn er in der tschechischen Politik wirksam werden sollte, auf einen tschechisch-mitteleuropäischen Primat und in weiterer Folge auf die neuerliche Zerreißung Europas in einander schroff gegenüberstehende Wirtschaftsgebiete zusteuern, also wiederum Zustände hervorrufen würde, aus denen der große Krieg entstanden ist.

Die Beseitigung aller staatlichen Grenzen und ein allgemeines politisches Weltbürgertum sind Dinge, die wohl der fernsten Zukunft angehören.

Digitized by Google

daß sich die Entwicklung aber in dieser Richtung bewegt, wenn auch, ohne jemals das Ziel zu erreichen, dafür spricht alle Geschichte. Es gibt in ihr kein Beispiel dafür, daß Kriege in ihren letzten Auswirkungen zu einer Einschränkung des Verkehrs der Völker untereinander geführt hätten. Jeder Krieg, oder genauer gesagt, jede Kriegsepoche, hat zwischen den Völkern Raum und Zeit verkürzt, die gegenseitige Absperrung gemildert und die Starrheit der staatlichen Grenzen gelockert. Dieselbe Wirkung wird auch der größte Krieg haben den die Geschichte kennt, nicht weil nach dem Kriege ähnliches eingetreten ist, sondern weil jede Kriegsepoche diese Wirkung hervorbringen *muß*. Nicht um eine Analogie handelt es sich hier, sondern um die Glieder *einer* Entwicklungsreihe, um die einzelnen Phasen *eines* großen kulturellen Entwicklungsprozesses, der der möglichsten Intensivierung des Völkerverkehrs zustrebt, aus der die Völker selbst wieder die Mittel zu ihrer fortschreitenden geistigen Differenzierung, also zur Steigerung ihrer Kultur schöpfen können. — Mit dem Gedanken an eine kosmopolitische Auflösung der Menschheit in ihre Atome hat das gar nichts zu tun, denn eine solche Auflösung würde im Gegenteil alle Besonderheiten und Gegensätzlichkeiten, aus deren Aufeinandertreffen allein Neues zu werden vermag, also alle Kultur zerstören. Völker und Rassen sind notwendige Zwischenglieder zwischen Mensch und Menschheit, sie sind ihr Knochengerüst, und wenn man an eine übernationale, überstaatliche Ordnung denkt, dann läßt sich eine solche nur auf nationaler Ordnung, auf der Grundlage nicht zufällig gewordener, sondern organischer Einheiten aufbauen, durch deren Sicherung auch die Voraussetzung geschaffen werden kann, ohne die der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas und die Wiederaufrichtung europäischer Kultur überhaupt unmöglich ist.

Das scheint mir die große Entwicklungstendenz der Zeit zu sein: Nicht einem Mitteleuropa streben wir zu, das gegen die übrige Welt die Stacheln sträubt, sondern einem Europa, das vermittelst seiner nationalen Konsolidierung höhere Formen der öffentlichen Ordnung und menschlichen Vergesellschaftung gewinnen will. Und darum werden auch im Südosten jene Tendenzen sich nicht durchsetzen, die Europa aufs neue in feindliche Heerlager zerklüften würden. Keiner der Staaten, die hier in Frage kommen, ist vermöge seiner geographischen Lage, Volkskraft und Wirtschaft stark genug, um die anderen dauernd unter seine Führung zu bringen. Wohl bestehen hier und da solche Neigungen, allein welcher Staat ihnen immer nachgeben wollte, er würde sich den Erfolg nur mit fremder Hilfe sichern können und ihn deshalb wiederum mit der eigenen Knechtschaft bezahlen. Das fühlt man auch im Südosten nur zu deutlich, und darum sucht man sich Frankreichs als Bürgen der Friedensverträge möglichst rasch zu entledigen, allein die Staaten der Kleinen Entente werden sich solange

Digitized by Google

vergeblich um die Konsolidierung aus eigener Kraft bemühen, solange sie sich scheuen, die sicherste Bürgschaft für die eigene Unabhängigkeit und Souveränität in der Achtung und Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität der Nachbarn zu suchen, denn es wäre nicht das erstemal in der Geschichte, daß die Besiegten von heute die Sieger von morgen würden.

Die Vereinigung der deutschen Alpenländer mit dem Deutschen Reiche wird, von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, für die neuen Nationalstaaten im Südosten geradezu zu einer Lebensnotwendigkeit. Solange Deutschösterreich sein staatliches Scheinwesen führt, bildet es eine ständige Gefahr für die Sicherheit seiner Nachbarn, nicht nur wegen der kontagiösen Wirkungen dieser Totgeburt, sondern vor allem darum, weil alle Versuche zur Wiederaufrichtung der Donaumonarchie, also zur Wiedervernichtung der neugeschaffenen nationalen Souveränitäten, notwendig bei der labilsten Schöpfung der Friedensverträge, bei dem deutschösterreichischen Provisorium, einsetzen müssen. Dieses Provisorium ist eine europäische Gefahr, und wenn man von einer Aufteilung Deutschösterreichs unter seine Nachbarn oder von seiner Einverleibung in Italien oder in die Tschechoslowakei spricht, so zeugt das nur, wie stark diese Gefahr von Deutschösterreichs Nachbarn empfunden werden muß, wenn die Sorge davor so phantastische Pläne gebärt. In Prag und in Belgrad mag die Kriegspsychose heute noch das politische Denken trüben, auf die Dauer wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Anschluß der deutschen Alpenländer an das Deutsche Reich, weit davon entfernt, die Unabhängigkeit und Ruhe der Südoststaaten zu gefährden, geradezu die sicherste Bürgschaft gegen alle Restaurationsbestrebungen der Häuser Habsburg und Parma, zugleich aber auch die unerläßliche Voraussetzung für die Stabilisierung Europas auf nationaler Grundlage, also auch die Voraussetzung für die wirtschaftliche und kulturelle Wiedergeburt Europas ist.

Moralische Rehabilitierung und Reparation

Von Graf Max Montgelas

Im letzten Artikel wurde versucht darzulegen, daß es für eine Offensive in der „Schuldfrage" nicht ratsam ist, sich von dem in Versailles abgepreßten Bekenntnis mit dem Hinweis loszusagen, daß die deutsche Unterschrift erzwungen sei, sondern daß es mehr Aussicht auf Erfolg bieten dürfte, eine Wiederaufnahme des Verfahrens auf Grund neuer Tatsachen zu fordern.

Aber auch wenn von dieser rechtlich unanfechtbaren Grundlage ausgegangen wird, müssen von amtlicher Seite immer noch gewisse Rück-

Digitized by Google

sichten beobachtet werden. Vor allem ist zu bedenken, daß infolge der gegnerischen Kriegspropaganda, die in den beiden Nachkriegsjahren unablässig fortgesetzt wurde, während von deutscher Seite absolut nichts mehr geschah, die Meinung von der Alleinschuld Deutschlands und der Unschuld der Entente einschließlich des zaristischen Rußlands allzu fest und allzu tief in die Massen der feindlichen Länder eingehämmert worden ist. Zudem sind die Angelsachsen in ihrer puritanischen Denkart ohnehin prinzipiell durchdrungen von der Ueberzeugung, daß sie stets und überall nur für Recht und Gerechtigkeit gekämpft haben. England hat nach Ansicht des Mannes auf der Straße seine zahllosen Kriege nur für das Wohl und die Freiheit der kleinen Nationen geführt, was nicht verhinderte, daß es selbst auf Kosten anderer Nationen, großer und kleiner, immer größer und mächtiger wurde. Wenn der jetzige Außenminister Lord Curzon sein Buch, das er vor etwa 30 Jahren über Arabien und Persien schrieb, dem britischen Weltreich als dem „größten Wohltäter der Menschheit in der Geschichte aller Zeiten" (the greatest instrument for good the world has ever seen) widmete, so war das in seinem Munde zwar eine Phrase, für die Mehrzahl seiner englischen Leser jedoch ein unumstößliches Dogma. Iren und Buren, Aegypter und Inder sind über diesen Punkt freilich anderer Meinung, aber im Weltkriege haben auch sie, von vereinzelten schwächlichen Auflehnungsversuchen abgesehen, ihren Unterdrückern willig Heeresfolge geleistet. Von den amerikanischen Soldaten sodann wird glaubhaft berichtet, daß sie in einer Stimmung übers Meer zogen, die nur mit jener der ersten Kreuzfahrer verglichen werden kann, als der Ruf „Deus lo volt" sie nach dem Heiligen Lande führte. In Frankreich endlich stehen, von der Gruppe der gänzlich unzurechnungsfähigen Revanchepolitiker abgesehen, die Gebildeten bewußt, die Ungebildeten unbewußt unter dem Einfluß der Lehre des römischen Rechts, daß für erlittenen Schaden eine Entschädigung nur gefordert werden kann, wenn ein schuldhaftes Verhalten desjenigen vorliegt, der den Schaden verursacht hat. Es gilt der Grundsatz: „Nicht der Schaden verpflichtet zum Schadenersatz, sondern die Schuld". In Frankreich ist sonach die Frage der „Reparation" aufs engste mit der These der Alleinschuld Deutschlands verknüpft.

Bei dieser Stimmung der Wählermassen ist es für jeden Staatsmann in den wichtigsten Ländern des Feindbundes außerordentlich schwierig, sich zu einer objektiven Auffassung zu bekennen, wie sie das Studium der Tatsachen ergibt. Als Lloyd George in seiner Rede vom 23. Dezember vorigen Jahres an die Vertreter der britischen Dominions der Wahrheit die Ehre gegeben hatte, wurde er sofort von der Jingopresse derart abgekanzelt, daß er bis Anfang März seine Geschichtskenntnisse schon wieder völlig revidiert hatte. Es ist somit fraglich, ob durch eine sofortige

Digitized by Google

amtliche öffentliche Diskussion der deutschen Sache ein Dienst erwiesen wird. Die Erörterung könnte schließlich auf einen Punkt geraten, wo die in die Enge getriebenen Gegner zu dem, ihnen allein zur Verfügung stehenden Argument der großen Kanonen und Giftgase greifen. Die amtliche öffentliche Diskussion ist ferner solange erschwert, als die Gefahr besteht, daß nicht nur einzelne Deutsche, sondern aus innerpolitischen Gründen ganze Parteien der Reichsregierung in den Rücken fallen. Die Herstellung einer deutschen Einheitsfront, etwa auf der neulich hier von Dr. Paul Rohrbach vorgeschlagenen Formel „Deutschland ist nicht allein verantwortlich, die Entente ist mitverantwortlich", ist daher eine bis jetzt noch nicht in genügendem Maße erzielte Vorbedingung für eine amtliche öffentliche Diskussion.

Der Verzicht auf solche Erörterung darf indessen nur ein vorläufiger sein und ist keineswegs gleichbedeutend mit völliger Passivität. Im Gegenteil, während die öffentliche Diskussion durch einen hoffentlich ständig sich erweiternden Kreis von Sachkennern in Fluß gehalten wird, dürften auch die amtlichen Vertreter des Reichs im In- und Auslande manche Gelegenheit finden, die sie in taktvoller Weise zu einer privaten Besprechung des wichtigen Themas mit den Gegnern ausnützen können.

Die Erschütterung der feindlichen Schuldthese ist die Vorbedingung für eine Revision des Versailler Diktats. Ein Punkt muß aber von jetzt an in den Hintergrund treten, die „Reparation", da Deutschland sie jetzt in gesondertem Vertrag anerkannt hat, völlig unabhängig von der erzwungenen Selbstanklage. Jeder Versuch, die wirtschaftlichen Verpflichtungen als Gegenstand der Revision zu bezeichnen, würde die Gegner aufs engste zusammenschweißen und jede moralische Rehabilitierung unmöglich machen. Wir müssen nunmehr, infolge der beklagenswerten, aber nicht „wieder gutzumachenden" Versäumnisse zweier Jahre, klipp und klar aussprechen, daß wir, gleichviel wie immer das Ergebnis der Wiederaufnahme des Verfahrens sein werde, zu unserem, durch die Unterzeichnung des letzten Ultimatums verpfändeten Worte stehen wollen.

Die Lebensfrage für das deutsche Volk ist nicht die Erleichterung der finanziellen Lasten, so dringend nötig sie wäre, sondern die moralische Rehabilitierung. Diese kann nicht erreicht werden durch ein Ableugnen von Fehlern, die begangen worden sind, noch weniger freilich kann sie aufgebaut werden auf der Schmach, auf dem wahrheitswidrigen Bekenntnis einer nicht vorhandenen Schuld. Selbst unter den tollsten Imperialisten, die es bei uns wie anderswo gab, hat wohl kaum ein einziger solche Pläne geschmiedet, wie sie das Ultimatum vom Juni 1919 ganz Deutschland andichtet. Nur auf dieser moralischen Rehabilitierung kann sich die politische Gleichberechtigung und

Digitized by Google

die wirtschaftliche Freiheit aufbauen, eine wirtschaftliche Freiheit, die nicht dahin mehr verstanden werden kann, daß unsere finanziellen Lasten uns genommen werden, sondern dahin, daß wir die Möglichkeit erhalten, diese Lasten durch Arbeit und Sparen abzutragen. Ohne Arbeit und Sparen ist das Ziel nicht zu erreichen. Dazu gehört der Mut, daß wir, nachdem wir arm geworden sind, auch den äußeren Schein der Armut nicht scheuen. Solange freilich alljährlich 25 Milliarden für Alkohol und Tabak, weitere Milliarden für französische Damenkleider und andere Luxuswaren verschleudert werden, sind wir von solchem Mut noch weit entfernt.

Der Kampf der Deutschen in Südwestafrika um ihre Schule

Von Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart

An dieser Stelle ist der Kampf des Deutschtums in Südwestafrika mit einer Aufmerksamkeit verfolgt worden, die dieser Frage vor allen anderen Fragen des Deutschtums im Auslande gebührt. Handelt es sich doch bei den Deutschen Südwestafrikas um die einzige geschlossene Masse Deutscher, die in einer englischen oder doch englisch stark beeinflußten Atmosphäre wohnen, deren Wirtschaftskräfte und vor allem deren geistige Kräfte für die Entwicklung dieses von ihnen bewohnten Territoriums nicht nur in dessen Vergangenheit Großes bedeuteten, sondern auch für seine Zukunft ausschlaggebend sind. Handelt es sich doch hier um einen Kampf, um das Recht der Minoritäten einem Gegner gegenüber, der Stärke und Selbstbewußtsein stets als ein Zeichen der Tüchtigkeit, Schwäche und Nachgiebigkeit stets als eine Feigheit angesehen hat. Handelt es sich doch hier letzten Endes um einen Kampf des Deutschtums, der zwar um eine südwestafrikanische Frage geht, bei dem aber die Haltung der Deutschen, ihr Fordern und Verlangen, ihre Standhaftigkeit und die Art ihres Unterhandelns vorbildlich sein und werden können und in dem von dieser Haltung für Ansehen und Weltgeltung des Deutschtums allüberall in der Welt Unendliches abhängen kann. Und da dürfen wir mit Stolz und Freude sagen: Diese allerdings im kolonialen Kampfe gestählten und rassenbewußten Deutschen Südwestafrikas haben mannhaft auf dem Posten gestanden, haben ihre Sache mit Würde und Selbstbewußtsein geführt, haben politischen Takt bewährt und eine Geschicklichkeit im Unterhandeln gezeigt, deren Früchte dereinst noch einmal reifen werden. Das feststellen zu dürfen, ist eine Freude auch für die Inlanddeutschen, denen dieser Kampf der Südwestafrikaner um Schule und Sprache nicht deutlich genug veranschaulicht werden kann, darf auch den übrigen Auslanddeutschen in der Welt Stolz und Freude und anfeuerndes Beispiel sein.

Digitized by Google

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, um was sich die Sache drehte. Die südafrikanische Union ist in den Krieg nicht eingetreten, um Englands Ruhm zu mehren oder um mit ihrer Kriegsführung gegen Deutsch-Südafrika die Kriegsstellung Deutschlands entscheidend zu schwächen, sondern um dieses lange begehrte Südwestafrika fest einem künftig selbständigen großen Südafrika einzuverleiben. Neben Botha war Smuts der politische und militärische Träger dieser Politik. Er setzte sie durch, und der Sieg, den er bei den jüngsten Wahlen über seinen nationalistischen Gegner Herzog errang, zeigt auch, daß er starke Teile der Bevölkerung für seine Politik hat, nämlich: nicht etwa jenes Selbständigkeitsgefühl und jenen Selbständigkeitswillen des Burentums dem Engländertum gegenüber sofort zu betonen und ihn zum augenblicklichen Kampfgegenstand werden zu lassen, sondern den langsameren Weg der Betonung der Union als eines Bestandteiles des britischen Imperiums zu gehen. In Deutsch-Südwestafrika war nach Beendigung des Krieges zunächst ein englischer Heißsporn Administrator und Gouverneur. Seine Politik stand im Zeichen des fortgesetzten Kriegsrechtes. Daß damit nichts zu wollen war, sah Smuts bald ein und seine Besichtigungsreise nach Südwestafrika, bei der er sich gegenüber der englischen Mutterlandsregierung in vielen Dingen (Wiedereinreise der Deutschen, Protest genen die schwarze Schmach u. s. f.) sehr selbstbewußt und selbständig gebärdete, brachte nicht nur eine gewisse Hochachtung des Premiers gegenüber den wirtschaftlichen Leistungen der Deutschen, sondern auch einen neuen Administrator Sir Hofmeyr, der alsbald in geschickter Weise eine Versöhnungspolitik in Gang brachte. Ganz deutlich kam dabei sein Endziel der Verschmelzung der drei Rassen, Engländer, Buren und Deutsche, zu einer südafrikanischen Volksgemeinschaft auch zur vollen Eingliederung Südwestafrikas in das politische Gefüge der Union zum Ausdruck; er behandelte aber doch politische Gefühle schonend, griff geschickt vermittelnd ein, warb und errang in deutscher Sprache politisch und auch gesellschaftlich für sich Vertrauen und setzte sich bei den Deutschen auch in ein gutes Licht.

Smuts hatte auf alle Anzapfungen der Deutschen bezüglich der bisher von ihnen als Privatschulen unterhaltenen Schulen auf diesen neuen Administrator und seine einzuleitenden Verhandlungen verwiesen. Am 3. November, alsbald nach seiner Ankunft, begann Herr Hofmeyr sein Werk und übergab einen Vorschlag von zehn Punkten als Grundlage für Verhandlungen. Da die Einführung des Deutschen als Amtssprache schon von Smuts abgelehnt sei, könne die Schulfrage von der Sprachenfrage nicht getrennt werden, also eine Trennung der öffentlichen Schulen in verschiedene Systeme nicht in Frage kommen. Ein besonderes Schulgesetz solle durch das Parlament der Union für Südwestafrika erlassen werden und ihn in Stand setzen, die zehn Punkte durchzuführen. Sollte die Union diese

Digitized by Google

seine Vorschläge nicht billigen (der Administrator sah von englischen Heißspornen wohl mit Recht Angriffe und Schwierigkeiten voraus), so werde er sein Amt zur Verfügung stellen, er werde sich also mit aller Macht für seine Ideen einsetzen.

Am 12. November empfing Hofmeyr Vertreter der deutschen Schulen, die sofort am 4. November um gewisse Klarstellungen schriftlich gebeten hatten. Man kam überein, einen technischen Ausschuß zu bilden, der mit dem unionistischen Schul- und Unterrichtsminister verhandeln sollte. Dieser Herr kam aber nicht. Am 15. Januar gab dann der Administrator in einer Rede in Swakopmund die bisher vertraulich behandelten zehn Punkte bekannt, worauf der Leiter des deutschen Schulverbandes auch öffentlich dazu Stellung nahm. Ende Januar begannen in Windhuk die Verhandlungen mit dem als Vertreter des unionistischen Unterrichtsministers kommenden Herrn Lewis. Anfang Februar verlangte man vom Landesverband, er solle die zehn Punkte als Grundlage und Vorbedingung für weitere Verhandlungen anerkennen, was abgelehnt wurde. Am 10. März sollte die entscheidende Hauptversammlung des Landesschulverbandes sein, bis zum 10. Februar wollte man den versprochenen Gesetzentwurf haben, um ihn durch den technischen Ausschuß zuvor durchberaten zu lassen. Aber erst nach wiederholten Vorstellungen gelang es, bis zum 25. Februar diese Unterlagen zu erhalten. Am 7. März wurden die Gegenvorschläge des technischen Ausschusses Herrn Lewis überreicht.

Der Kern der Dinge ist der: In der Kap-Kolonie können die Eltern zwischen zweisprachigen und zwischen holländischen resp. englischen Schulen wählen. In Schulen letzterer Art haben die Eltern das Recht, als ausschließliche Unterrichtssprache die Muttersprache der Kinder zu verlangen. In Südwestafrika aber sollten nach dem Gesetz die Kinder gezwungen werden, eine der Unions-Sprachen zu erlernen, von einer bestimmten Stufe an sollte die Muttersprache als Unterrichtssprache vollständig verschwinden und nur noch gelehrte Fremdsprache sein. Dabei hatten die deutschen Schulen bereits freiwillig mit der Einführung des Unterrichts in beiden Kapsprachen begonnen! In der Kap-Kolonie sind Elementar- bzw. Farmschulen bei Vorhandensein von mindestens zehn oder fünf schulpflichtigen Kindern einzurichten, für Südwestafrika waren diese Zahlen auf das Doppelte erhöht. Die Schulpflicht war im Gesetzentwurf von ehemals acht auf nunmehr sieben Jahre herabgesetzt worden. Der Einfluß des Elternbeirates auf die Schulen war gesetzmäßig minimal und mehr dekorativ als wirklich.

Der technische Ausschuß prüfte alle diese Dinge und machte 16 Gegenvorschläge. Sie bezogen sich außer auf diese angedeuteten Fragen auch auf die Frage der Gebäude und der Pensionen, die Umstellung der Realschulen, die Uebernahme und den Ersatz von Lehrern aus Deutschland, den Religionsunterricht, den Lehrplan und anderes. Am 9. März erfolgte

Digitized by Google

eine schriftliche Antwort, die neun von den 16 Punkten glatt ablehnte, drei genehmigte und vier in der Schwebe ließ. Die Veröffentlichung des Gesetzentwurfes wurde verboten, das Schreiben selbst war in knapper und kühler Form abgefaßt, augenscheinlich hastig, denn der Administrator mußte eine für April angesetzte Reise nach der Union unvorhergesehenerweise bereits am 11. März antreten. Abgelehnt wurde die Anerkennung des Deutschen als dritte Unterrichtssprache, die Einrichtung von Schulen mit vorwiegend deutscher Unterrichtssprache, die Festlegung der Höchstzahl von Unterrichtsstunden in der Unionssprache, die allmähliche Einführung von Lehrplan-Aenderungen, die Verfügungsfreiheit über die jetzigen Gebäude, ein Zuschuß zu den Schulen, der Ausbau der Eltern-Beiräte.

Die Hauptversammlung des Deutschen Landesschulverbandes am 10. März führte dann zu dem einstimmigen Beschluß, unter diesen Umständen die deutschen Schulen wie bisher als Privatschulen weiterzuführen, da bei reger Sammeltätigkeit und gegenseitiger Hilfsbereitschaft das durchaus möglich erschien. Am 11. März überreichten 26 Vertreter des Landesschulverbandes aus allen Teilen des Landes dem Administrator den eben formulierten Beschluß, ihm für sein Interesse und seine Hilfe zu danken, die zehn Punkte als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen, doch der peinlichen Ueberraschung über die Ablehnung der Gegenvorstellungen des technischen Ausschusses Ausdruck zu geben. Es hieß ferner: „In der beabsichtigten Gestaltung erblicken wir nicht die Sicherheit, die wir für nötig erachten, um unseren Kindern auch in der gegenwärtigen Lage die Erziehung zu erhalten, die wir ihnen zu geben wünschen." Man sei bereit, die entstehenden Opfer zu tragen, ohne daß das etwas an der Auffassung der Deutschen ändere, daß es die allgemein anerkannte Aufgabe des Staates sei, die Kosten für die Erziehung aller Kinder zu übernehmen. Eine zweistündige Unterredung schloß sich an die Ueberreichung dieses Beschlusses an, dessen Verlesung auf den Administrator einen tiefen Eindruck machte. Er hatte augenscheinlich angenommen, seine Ablehnung werde die Deutschen zu neuen Verhandlungen führen, während die Deutschen annahmen, nach dieser Ablehnung habe ein Verhandeln keinen Zweck mehr. Herr Hofmeyr betonte wiederum seinen besten Willen, man dürfe ihm keine Vorwürfe machen, wenn die Deutschen vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt keine so günstigen Bedingungen mehr erzielten, wie es seine zehn Vorschläge gewesen seien. Der Sprecher der Deutschen, Herr Junker, versicherte den Gouverneur des Dankes der Deutschen für sein Interesse, aber auch ihrer Ueberzeugung, daß vom Geist dieser zehn Punkte in dem Gesetzentwurf nur wenig zu spüren sei, ihres Wunsches, friedlich mit den übrigen Unionsbrüdern zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten und sich jeder Eigenbrödelei zu enthalten, aber doch energisch die volle Gleichberechtigung des deutschen Volkstums mit

Digitized by Google

dem südafrikanischen grundsätzlich und gesetzlich zu verlangen. Aus diesem Grunde würden sie ihr Privatschulwesen fortsetzen, für das sie Zuschüsse der Regierung allerdings auch dann für eine Pflicht der Regierung hielten. Das lehnte der Administrator grundsätzlich ab, weil es eine Verständigung nur erschwere, und er hoffe, daß man wenigstens für das Jahr 1922 zu einer Verständigung gelangen werde. Die Unterredung endete mit der Erklärung des Sprechers der Deutschen, daß sie trotz der Größe der ihnen zugemuteten Opfer bereit seien, die Lasten der Unterhaltung von Privatschulen zu tragen, da es sich in diesem Falle um die wichtigste Aufgabe des Deutschtums, um die Erziehung der Kinder, handele.

Mit diesem Bescheid fuhr der Administrator nach der Union. Er hat in den Deutschen Südwestafrikas rückgratfeste Leute kennen gelernt, das wird seine Achtung vor diesen Deutschen nicht verringert haben. Es wird auch auf die Dauer trotz der augenblicklich schweren geldlichen Belastung der Deutschen seine Früchte tragen. Das deutsche Volk kann seinen Brüdern in Südwest für diese ihre mannhafte Haltung nur dankbar sein. Die deutsche Regierung wird die deutschen südwestafrikanischen Schulen kaum mit Geld unterstützen können, denn darin würde man in der Union sicherlich eine Unterstützung des Widerstandes der Deutschen erblicken. Wohl aber können private deutsche Kreise helfen mit Schulbüchern und Schulbüchereien, mit Schulnoten und allerhand Hilfsgegenständen! Wohl können deutsche Lehrer, und zwar die tüchtigsten, die wir haben, nach Südwest, um die Jugend zu ertüchtigen und zu erziehen, wohl müssen deutsche Filme von deutschem Land und deutscher Arbeit sprechen und erzählen, um nur zwei Beispiele aus ganz verschiedenen Richtungen zu erwähnen.

Die Deutschen Südwestafrikas kämpfen für das deutsche Volkstum, und das deutsche Volk soll und muß ihnen beweisen, daß man diesen Kampf versteht und würdigt und daß man die Brüder im fernen Südwest nicht vergißt.

Neuerscheinungen

Constantin Frantz: Deutschland und der Föderalismus. Eingeleitet von Eugen Stamm. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 216 S., geb. 22,— Mk.

Es ist immer eine etwas eigentümliche Sache, alte Publizisten heranzuholen und ihnen für unsere Gegenwart einen besonderen Auftrag zu geben. Das ist häufig genug sehr geistreich; es gibt Schriften von Friedrich List etwa, die in bestimmten Abschnitten unserer letzten Jahrzehnte eine geradezu bestürzende „Aktualität" besaßen, obwohl sie achtzig Jahre alt geworden. Das ist nicht nur biographisch interessant, sondern lockt die Phantasie an eine Grenze, wo es gefährlich wird. Nämlich dann, wenn ein politisches System, das persönlich geschlossen und zeitlich bedingt, um besonderer Kombinationen willen als eine Losung ausgegeben wird. Hier liegt, scheint mir, auch die Frage der Erweckung von Constantin Frantz. Er war einer der

Digitized by Google

gebildetsten deutschen politischen Schriftsteller, dessen Bücher, auch wo sie etwas zu breiten Atem haben, durch ihren gepflegten Stil erfreuen; aber er hat das Unglück gehabt, daß ihn während des Krieges Fr. W. Foerster als den pazifistischen Kronzeugen gegen Bismarck neu beleben wollte und damit seine Persönlichkeit in eine zu eindeutige Beleuchtung brachte. 1917 brachte Franz Blei eine Auswahl seiner Arbeit über den Föderalismus; sie erschien etwas anachronistisch in einem Augenblick, da die Technik des Kriegsführens eine Kräftigung aller zentralistischen Tendenzen erzwang. Wir haben damals gesagt, daß unter dem Eindruck der Zwangsläufigkeit der Entwicklung dieses Buch doch nur als eine Sammlung interessanter Aphorismen wirke, und daß es literarische Romantik sei, heute eine aktive Kraft dieser Schrift zu erwarten. Inzwischen kam die Revolution und das Suchen nach neuen Formen, und heute liegt das Buch in einer neuen Ausgabe vor, bereichert durch eine lebhafte und umsichtige Einleitung des Franz-Biographen Stamm. Erfährt unser Urteil bei der neuen Begegnung eine Korrektur? Nein. Gerade weil Franz selber nicht ein verblasener Doktrinär war, sondern auf dem Untergrund philosophischer Haltung doch eine durchaus realistische Ader gegenüber den aktuellen Problemen besaß, gibt er uns selber die Warnung in die Hand, ihn nicht zu kanonisieren. Er ist zeitlich abgegrenzt, wie Marx es war, wie Bismarck es gewesen; wir wissen, wie lehrreich die Beschäftigung mit diesen Männern und wie schädlich die Legende, die aus ihnen Glaubenssätze und Verhaltungsmaßregeln entnehmen wollte. Stamm hat für die Beurteilung des Verhältnisses Bismarck-Franz ein viel besseres unpolemisches Verständnis wie Foerster; wenn er Bismarck eine „geschichtliche Größe" nennt, grenzt er damit auch die absolute Gültigkeit der Franzschen Anti-Thesen ein. Franzens Publizistik ist für uns um deswillen als geschichtliches Material immer bedeutend genug, weil er wohl der geschlossenste und geistvollste Widerpart von Bismarcks deutscher und europäischer Politik gewesen ist. Die Dynamik unseres öffentlichen Lebens aber hat Voraussetzungen geschaffen, auf denen man eine Politik nach seinen Grundanschauungen unseres Erachtens ohne rationalistische Künstelei schwer aufbauen kann; was über das Zeitliche hinaus bedeutend an ihm bleibt, ist die geschichtsphilosophische Grundlegung seiner politischen Folgerungen. Th. Heuß.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M Druck von Paß & Garleb A. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

OCT 17 1921
GENERAL LIBRARY
OCT 18 1921
UNIV. OF MICH.

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 601
Buchholz, Englische Neubildungen 603
Riemann, Polen in Not 609
Quendt, Sozialisten und Kommunisten in Frankreich 614
Carnevali, Die kritische Lage der italienischen Handelsmarine 617
Delbrück, Römertum und Germanentum 620

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

6. Jahrgang 25. Juni 1921 Heft 26

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

Die Zeitschrift sachlicher und loyaler Politik:

DIE DEUTSCHE NATION

EINE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgeber:

Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei, Senator Dr. Carl Petersen, M. d. R., Hamburg; Vorsitzender der Demokratischen Fraktion im Reichstag, Reichsminister Eugen Schiffer, M. d. R.; Staatssekretär a. D. Dr. Conrad Haußmann, M. d. R., Stuttgart; Universitätsprofessor Dr. Walter Goetz M. d. R., Leipzig; bayerischer Handelsminister Eduard Hamm, M. d. R., München; badischer Kultusminister Hermann Hummel, Karlsruhe; Präsident des Hessischen Landesamts für das Bildungswesen Dr. Bernhard Strecker, Darmstadt; Legationssekretär a. D. B. W. von Bülow, Gesandter a. D. Harry Graf Keßler, Dipl.-Ing. F. zur Nedden, J. J. Ruedorffer.

Schriftleiter: Dr. Wolfgang Kraus.

Die „Deutsche Nation" setzt sich wie bisher zur Aufgabe, zu arbeiten an der geistigen Einheit der Deutschen als einer politischen Nation, an der Gemeinsamkeit der nationalen Sprache, an dem Verständnis, für die großen staatspolitischen Aufgaben der Gegenwart. Sie wird kämpfen gegen die Pariser Allianz und für den wahren Bund der Völker, gegen die Knechtschaft des Versailler Vertrages und für Deutschlands nationales Recht.

Bezugsbedingungen:

Jahrespreis: 12 Monatshefte 36 Mark
Vierteljahrespreis: 3 Monatshefte 10 Mark
Einzelheft: 3,50 Mark / Probeheft kostenlos

VERLAG DIE DEUTSCHE NATION

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18

Digitized by Google

6. Jahrgang * 25. Juni 1921 * Heft 26

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Vor dem Reichswirtschaftsrat hat Rathenau über seine Besprechungen mit Loucheur berichtet. Der Zweck dieser Rede war offensichtlich, jene Erwartungen zu dämpfen, die von der Aufnahme der direkten Wirtschaftsverhandlungen den Beginn eines „dicken Geschäftes" erwarten. Das war sicher politisch recht klug berechnet. Denn das Problem der Franzosen ist offenbar dies, über die Menge der jetzt vertraglich festgelegten Sachleistungen hinaus von den Deutschen möglichst Devisen zu erhalten, und auch die Verteilung der 25 000 Holzhäuser auf mehrere Jahre, die von Loucheur jetzt angeregt scheint, geht in derselben Linie. Frankreich will und braucht Geld, und ist ärgerlich, daß England nur durch Devisen entschädigt werden soll. Indem aber zwischen Loucheur und Rathenau diese Frage offenbar ziemlich zur Klarheit gediehen ist, hat sie sich auch bereits dem Punkte genähert, wo heute schon die Durchführung des Londoner Ultimatums ihre Unmöglichkeiten meldet. So viel Devisen kann Deutschland ohne eine weitere Zerrüttung seiner Valuta gar nicht schaffen, als die Welt im nächsten halben Jahr von ihm sehen will; auch die radikalste Steuerreform verwandelt das Problem nicht. Und diese Steuerreform selber ist an eine sichtbare Abgrenzung zwischen Geldleistung und Sachleistung gebunden, sonst fehlen ihr die festen Ziffern. Darüber kommt man nicht hinweg. Es ist gut, daß Deutschland diese Dinge illusionslos sieht; notwendiger noch, daß man im Ausland die leidenschaftslose Auseinandersetzung der Probleme beachtet, wie Rathenau sie gegeben hat. Vorsichtig hält der Wiederaufbauminister seine Ideen über den Weg der deutschen Leistung zurück; man müßte wünschen, daß er das psychologische Moment, das gleichzeitig die deutsche Organisationsmüdigkeit und das französische Privatbedürfnis nach sichtbarer Leistung beachtet, nicht in seinem Willen nach konstruktivem Rationalismus unterschlägt.

*

Digitized by Google

Während Lloyd George vor den Methodisten von Wales schöne Reden hält, daß der Völkerbund nichts tauge, bevor nicht eine andere Gesinnung in die Völker eingezogen, bemüht sich die Entente-Diplomatie nach wie vor, diese Seelenfragen nach dem Rezept der Kompensation von Macht zu Macht zu lösen. Wie glaubt man denn, daß auf die oberschlesische Bevölkerung dieses ewige Schwanken und Vertagen wirke, dieses Versprechen und Verbieten, dieses Ermuntern und Drohen? Wie will man dem „Recht" Achtung verschaffen, wenn man den Rechtsbruch mit lässiger Gebärde hinnimmt? Das Land wird „pazifiziert", indem man vorstößt und zurückzieht, Werte werden vernichtet, weil die innere Lüge der Entente zu keinem klaren Wollen kommt, die Deutschen von Königshütte bleiben einem ungewissen Schicksal ausgeliefert, weil die Sache mit Konstantin und Kemal zu keiner Vereinigung gebracht wird. Ihre Not ist ein wunderschöner Predigttext über unentwickelte Menschenliebe.

*

Die Kommunisten wollen programmatisch den Parlamentarismus verderben, und sie haben das Vergnügen, bei ihren Gegenspielern Leute zu finden, deren unpolitischer Zynismus ihnen zum willkommenen Echo wird. Man braucht nun keine Tränen zu vergießen, wenn es im Reichstag unmanierlich zugeht; denn auch Manierlosigkeit wird zu einem Instrument der Politik, wenn die Einfälle ausgehen. Aber der deutsche Reichstag muß sich sehr überlegen, wie lange er durch die ewige Fortführung der politischen Parteidebatten seine Arbeitszeit verdirbt und dann eines schönen Tages der außenpolitischen Situation mit leeren Händen gegenübersteht.

*

Mit etwas ängstlicher Empfindung wartet man darauf, daß sich die Feuilletonisten des Herrn Max Hölz bemächtigen — er schüttet die Pointen vor ihnen aus. Aber mit welchen Gefühlen muß ein biederer alter Sozialist, der vor zwanzig und dreißig Jahren mit dem Staatsanwalt stritt, dieses üble Kinostück lesen, in dem Verbrechertum, Frechheit und fader Kitsch mit proletarischen Redensarten sich verbrämen. Noch so ein paar Prozesse und vom Kommunismus mit solchem eitlen Heldentum werden, denken wir, die sog. intellektuellen Idealisten ihren Teil weg haben.

„Nachbarin, Euer Fläschchen."

Digitized by Google

Englische Neubildungen.

Von Leopold Buchholz.

Um von den stärksten Symptomen auszugehen: Churchill spricht in Manchester davon, daß der Friede Europas künftig auf dem Einverständnis Englands, Frankreichs und Deutschlands zu beruhen haben werde; in Oberschlesien fraternisieren deutscher Selbstschutz und englische Truppen; die Times soll aus den Händen Northcliffes und seines Frankreich ganz verschriebenen Auslandsredakteurs Steed in die von Lloyd Georges berühmtem Privatsekretär Sir Philip Kerr, dem Begründer des akademisch vornehmen „Round Table", übergehen. Wieviel Wasser auf die Mühlen derjenigen, die, namentlich in rechtsstehenden Kreisen und besonders in Süddeutschland, uns fast schon seit dem Friedensschluß öffentlich und mehr noch insgeheim predigen: Seht ihr denn nicht, daß England oder wenigstens der Imperialismus Churchills für die Zukunft auf Deutschland, und zwar gerade seine Wehrkraft rechnet, daß sie uns im Stillen Wink über Wink geben, uns für den Augenblick bereitzuhalten, da England die Entente mit Frankreich, jetzt seinem gefährlichsten europäischen Nebenbuhler, fallen zu lassen sich entschließt?

Allein wie steht es, wenn man für diese Träume Anhaltspunkte in der Wirklichkeit sucht? Zunächst im einzelnen: Es ist bekannt und anläßlich des Nachrückens von Colonel Griggs in das Hauptsekretariat bei Lloyd George erst neulich wieder betont worden, wie wenig deutschfreundlich die ganze Gruppe um Kerr, der sog. Kindergarten Lloyd Georges, eigentlich ist und daß ihre neuromantische, von katholischen Elementen stark durchsetzte Geistesart französischem Wesen im Grunde viel näher steht. In Oberschlesien ist bekanntlich England weit entfernt von Unterstützung unseres Anspruchs auf das ganze Abstimmungsgebiet, und wie es voriges Jahr auf Frankreichs Wunsch den Major Olley aus der Interalliierten Kommission in Oppeln abberief, so ist auch jetzt die Ersetzung des Kommissars Percival durch Sir Harold Stuart eher ein Entgegenkommen gegen den Bundesgenossen, und jedenfalls keine Abweichung von der starren, höchstens von der Hoffnung auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland gemilderten englischen Gleichgewichtspolitik. Churchills Rede endlich kann sich in Lobeserhebungen und Rücksichtnahme auf Frankreich nicht genug tun, und wirkt in der Beziehung geradezu wie ein Pflaster auf die Wunden, die Lloyd George mit seiner ersten Oberschlesienrede und der Anspielung auf mögliche „neue Freundschaften" dort geschlagen hatte.

Alles in allem: Unsere Presse hatte völlig recht, im großen ganzen auch die äußerlich auffälligsten Anzeichen einer Neuorientierung der englischen

Digitized by Google

Politik zu unseren Gunsten mit Zurückhaltung und Würde aufzunehmen und auf die Selbstverständlichkeit hinzuweisen, daß England in den verschiedenen uns gemeinsam bewegenden Fragen vor allen Dingen stets sein eigenes Interesse verfolge. Aber allerdings erwächst nunmehr neben dieser in der Hauptsache selbstverständlichen und insofern rein negativen Haltung die Pflicht, uns über dem Bleibenden auch von dem Wechselnden der englischen Politik Rechenschaft abzulegen, unbestreitbar neue Züge darin auf ihre wirklichen Ursachen zurückzuführen und erst dadurch uns selbst, unbeschadet des ruhigen Zuschauens und Abwartens in der Gegenwart, später vielleicht einmal eine aktive Rolle zu ermöglichen und vorzubereiten. Was nicht zu unserem Vorteil gemeint, ja für den Augenblick auch nicht dazu angetan ist, könnte doch zu einem späteren Zeitpunkt durch unser eigenes Geschick dazu gewandt werden.

Es ist heute in Deutschland immer heilsam, bei einer politischen Rechenschaft fürs erste das eigene Land auszuschalten, und die Gegner unter sich zu betrachten. Um so deutlicher werden am Ende die Ansatzpunkte für eine deutsche Politik heraustreten. So ist viel klarer als eine vermeintliche Annäherung Englands an uns die Tatsache, daß sein Verhältnis zu Frankreich mit der Annahme des Londoner Ultimatums nicht etwa geordnet, sondern womöglich in ein noch kritischeres Stadium als früher getreten ist. Das wird besonders sichtbar auf den Schauplätzen, die mit der „deutschen Frage" nichts, oder nur entfernt etwas zu tun haben. Seit dem englisch-russischen Handelsvertrag und der Ausrichtung, die die ganze politische Judikatur Englands sogleich danach genommen hat, sieht der französische Kapitalismus mit ohnmächtiger Wut sein ehemaliges Eigentum, oder doch seine wertvollsten Pfandobjekte, in Rußland rechtskräftig in die Hand seiner englischen Wettbewerber übergehen. In Kleinasien, wo England nicht übel Lust zeigt, durch kriegerische Unterstützung der Griechen mit einem Schlage die panislamische Gefahr zu dämpfen und seine eigene Stellung in Konstantinopel und Vorderasien auszubauen, frägt Frankreich mit ähnlich verbissenem Tone: Sollen wir uns am Ende noch dazu hergeben, unserem Erbfeind Konstantin zu einem militärischen Spaziergang ins Herz Anatoliens zu verhelfen? Und Frankreich versucht die Beengung in Europa und seiner Nachbarschaft auf jenen überseeischen Gebieten loszuwerden, wo umgekehrt England an die Grenzen seiner Macht stößt. In den Vereinigten Staaten ist mit Tardieus Kriegspropaganda und dem Sicheinleben amerikanischer Truppen auf französischem Boden eine Strömung unverkennbar, die, unterstützt von irischen Sympathien, statt England und daher natürlich gegen England, Frankreich als Brücke und Hebel zu den europäischen Ereignissen benützen möchte. Ebenso ist es am anderen Ende der überseeischen Front, in Ostasien, der französischen Diplomatie, geführt von dem Dichter Paul Caudel als Botschafter in Tokio, gelungen,

Digitized by Google

Frankreich als vierte Macht des neuen chinesischen Anleihekonsortiums und als Bundesgenossen Japans bei der Bekämpfung des Bolschewismus in Sibirien, zu einem bedeutungsvollen Nebenbuhler Englands in dem heiklen politischen Dreieck England-Japan-Amerika zu erheben.

Auf dem Grunde aller dieser Gegensätze muß die merkwürdige Erörterung über die Verwandlung der Entente in ein formelles Bündnis gesehen werden, die der letzte englische Botschafter in Paris, Lord Derby, einer der Vertrauten Lloyd Georges, nach der Heimkehr von seinem Posten im vorigen Jahre angeregt und seither unermüdlich unterhalten hat. Die öffentliche Meinung Frankreichs ist dem Gedanken von Anfang an sehr kühl begegnet. Und in der Tat ist wohl klar, daß Englands letzte Absichten bei einer solchen Veränderung für Frankreich nur von sehr zweifelhaftem Wert sein können. Auf Grund des unbestimmten und deshalb so vieldeutigen Fußes der Kriegskameradschaft können die Franzosen noch jetzt jederzeit die Stimmung weiter Kreise in der ganzen Welt, und namentlich in England selbst, für ihre mit dem Weltkrieg und seinen Friedensschlüssen unmittelbar zusammenhängende Politik in Bewegung setzen. Ein französisch-englischer Staatsvertrag, wie ihn heute außer Derby auch die stärksten Männer des englischen Kabinetts, Curzon, Chamberlain und Churchill, zu empfehlen scheinen, würde diese bequeme Nachkriegskonstellation endgültig zum Abschluß bringen, denn er könnte nur über Punkte geschlossen werden, über die man vorher das ausdrückliche Einverständnis beider Teile im einzelnen und genauen festgestellt hätte, und müßte so, je nachdem das in vielen oder wenigen Fällen glückte, entweder Frankreich sehr fest vor den englischen Wagen spannen, oder aber die englische Unterstützung für Frankreich bis zur völligen Entwertung einschränken. Beides wäre für England so erwünscht wie für Frankreich unerwünscht. Aber Frankreich muß eigentlich schon die ganze, seit langem kaum verhüllte Neigung Englands zur Kritik an der Entente, eine Neigung, die im Munde Churchills Frankreich und Deutschland bereits wieder auf eine Stufe stellt, als eine Beeinträchtigung empfinden, als die allmähliche Abtragung der nie wiederkehrenden Lage, in der Frankreich als Sieger und Kriegsopfer zugleich die Bewunderung und das Mitgefühl der ganzen Welt in einer einzigen großen Welle auf sich lenkte.

Sein Hauptmittel, diese Lage zu verewigen oder doch möglichst ungestört zu erhalten, ist seine Rolle in der durch die Kriegsschuldabbürdung gebildeten Interessengemeinschaft der Mächte. Als Hauptgläubiger der deutschen Reparation ist Frankreich im Mechanismus dieser Gemeinschaft der eine Pol. Der andere sind die Vereinigten Staaten als Hauptgläubiger der Alliierten selbst. Dazwischen steht England in der einfluß-, aber auch verantwortungsreichen Stellung des Hauptgläubigers und Hauptbürgen

Digitized by Google

der Alliierten. Nicht umsonst ist Churchills Rede am Schluß ihrer theoretischen weltpolitischen Betrachtungen auf den alten, von England immer wieder vorgebrachten Keynesschen Gedanken hinausgekommen, daß Amerika durch einen wenigstens teilweisen Verzicht auf seine Schuldansprüche die Abrechnung unter den Alliierten, und damit auch das Reparationsproblem, erleichtern könnte. Hier liegt in der Tat der Schlüssel der gesamten Liquidation des Weltkriegs, und es ist nur ein anderer Ausdruck derselben überragenden Reichtumsmacht Amerikas, wenn es mit seinen ungeheuren Mitteln zur See- und Landrüstung heute über die Entwaffnungsfrage der Welt ebenso entscheiden kann wie über ihre Schuldenfrage. Es wäre der größte politisch-diplomatische Erfolg Englands, wenn es sich, wie bisher, vermöge der Stammverwandtschaft gleichsam als die europäische Vollstreckerin des amerikanischen Willens behaupten, einen etwaigen Schuld- wie Rüstungsverzicht der Vereinigten Staaten zunächst sich selber zugute kommen lassen könnte.

Kein Wunder, daß daher das Arkanum der englischen Außenpolitik gegenwärtig die Rücksicht auf Amerika ist, eine Rücksicht, die mit der in England gewöhnlichen Uebereinstimmung zwischen Regierung und öffentlicher Meinung nachgerade an würdeloses Nachlaufen streift. Die geheimen Beratungen mit dem Washingtoner Botschafter Geddes während der Pariser und Londoner Reparationsverhandlungen, danach die Entsendung von Lloyd Georges Intimus Kerr über die Atlantik, jetzt die untertänige Aufnahme eines so gewissenlosen Vertreters amerikanischer Geschäftspolitik wie des Botschafters Harvey, dazu der unablässige Propagandasturm der englischen Presse auf die amerikanische Brüderlichkeit und Menschlichkeit besonders in Finanz- und Marinesachen — das alles zeigt, wo der große Magnet der politischen Bestrebungen Englands zu suchen ist. Die Entente und ihre Umbildung werden zu einem bloßen Kapitel in dem Buch, das von dem künftigen Weltverhältnis der beiden angelsächsischen Nationen handelt.

Die Gestaltung dieses Verhältnisses wird auch auf diejenige Seite der englischen Politik den größten Einfluß haben, die England vor allen anderen Mächten voraus hat und die man gerade deshalb bisweilen in ihrer Wechselwirkung mit den übrigen Staaten unterschätzt: die Entwicklung des britischen Weltreichs zum Verein selbständiger Staaten. Ende dieses Monats soll in London, stark verspätet, die erste Reichskonferenz des Friedens zusammentreten. Schon die Namen der beteiligten Außenländer und ihrer Vertreter geben eine Vorstellung davon, wie auch hier alles im Fluß ist, den das Geschick der Zentrale immer schwieriger nach ihrem Willen zu lenken vermag. Für Südafrika wird General Smuts seinen alten Plan der Reichsorganisation als eines engeren Völkerbundes innerhalb des weiteren verfechten, und hat in dessen Namen schon vor seiner Abreise

Digitized by Google

warnend und voll Verständnis namentlich für Deutschlands Lage in die Reparationsdebatte eingegriffen. Wieviel Prestige kann London sich durch diesen Mann zuwachsen lassen, wenn es an der mutterländischen Suprematie nicht reaktionär festhält; schon meldet ein fast unglaubliches Gerücht, daß auch sein Gegner, der Nationalistenführer Hertzog, von England zur Reichskonferenz des kommenden Jahres eingeladen und — zur Annahme der Einladung bereit sei. Der kanadische Ministerpräsident Meighen wird wohl oder übel dem starken Unabhängigkeitsstreben Stimme leihen müssen, das in seinem Dominion mit deutlicher Hinneigung zu den Vereinigten Staaten immer mehr wächst und sich in der grundsätzlichen Errichtung einer eigenen kanadischen Gesandtschaft in Washington symbolisiert hat. Englands Gegenzug besteht darin, diesem Sondergesandten zugleich die Vertretung des britischen Botschafters in Washington übertragen, und ihn so fest in die Reichsdiplomatie eingliedern zu wollen. Australien und Neuseeland, besonders das letztgenannte im Gegensatz zu Kanada, der alte Grundpfeiler kolonialer Reichstreue, werden trotz aller Erklärungen des Kriegsschauvinisten Hughes nicht so sehr als Feinde Japans wie als Anlieger des Pazifik die Kritik an dem englischen Bündnis mit Japan führen, das zur Kündigung oder Abänderung steht. Und selbst der sehr englandfromme, seinen nationalistischen Landsleuten verhaßte Inder Sastri, durch den nach der Gepflogenheit der Kriegszeit der vierte selbständig gewordene Reichsteil auch in der ordentlichen Reichskonferenz vertreten sein wird, wird nicht anders können, als die so grundverschiedenen Kulturinteressen des Hinduismus und des Islam, vor allem auch die der farbigen Arbeiter in den weißen Reichsteilen, gegen die christliche Mehrheit nach Möglichkeit wahrzunehmen. Aus allen diesen auseinander und gegeneinander strebenden Elementen soll nun die Reichskonferenz eine einigermaßen arbeitsfähige Gesamtheit herstellen und sieht sich dabei vor einem Dilemma! Beschränkt sie sich auf das Nächstliegende und Dringlichste: gemeinsame große Grundlinien der auswärtigen Reichspolitik und der Reichsverteidigung, d. h. vor allem des Flottenbaues in den Dominions zu finden, so wird gerade die materielle Seite des Reichszusammenhangs, z. B. der kanadische Widerstand gegen den Anschluß an die Reichsflotte, in den Vordergrund gerückt; nimmt man aber doch den früheren umfassenderen Plan wieder auf, die Konferenz zu einer Art von verfassunggebender Reichsversammlung werden zu lassen, so wird auch das ideelle Selbständigkeitsbewußtsein der Reichsteile, das in der konstitutionellen Praxis langsam im Vordringen begriffen ist, zu einer gesetzgeberischen Auseinandersetzung mit dem Mutterlande herausgefordert.

Wie hier hinter der Reichsfrage das ganze Gewirr der weltpolitischen, europäischen und außereuropäischen Beziehungen auftaucht, so auch hinter der innerpolitischen Krise Englands, die neben Reichsfrage und Reparations-

Digitized by Google

frage und im engsten Zusammenhang mit diesen gerade jetzt auf dem Höhepunkt angelangt sind. Diejenigen, die dem englischen Altliberalismus nachbeten, daß diese Krise die Strafe für die ehrgeizige und grundsatzlose Politik des englischen Ministerpräsidenten sei, übersehen, wie sie umgekehrt aus den widersprechendsten und eigensüchtigsten Forderungen der verschiedenen Gesellschaftsklassen an seine Regierung entsprungen ist. Erst das unklare Gemisch von Deutschfeindschaft und Schutzzollpolitik im englischen Konservatismus hat den tiefen Verfall der englischen Exportgewerbe möglich gemacht, der mit den ersten Millionenheeren der Arbeitslosen die Solidarität Englands und seiner mitteleuropäischen Märkte so schlagend dartut. Aber ebenso hat erst das Geschrei auch der altliberalen Unternehmerkreise nach Wiederherstellung der freien Wirtschaft und Abbau der verschwenderischen Staatsmaschinerie jene Lage herbeigeführt, in der nicht bloß der allgemeine Lohnabbau die allgemeine verzweifelte Gegenwehr der Arbeiter, voran der Bergleute, hervorruft, sondern in dem gleichen kritischen Augenblick die Arbeitslosenversicherung bei erhöhten Beiträgen herabgesetzt und eine der größten Wirtschaftserrungenschaften der englischen Kriegspolitik, die staatliche Aufsicht über Landbau und Landarbeiterlöhne, mit einem Schlage abgeschafft werden mußte. Es lassen sich eben auch mit den schönsten liberalen Rezepten wie dem, wonach soeben Asquiths letzter Schatzkanzler Mackenna den deutschen Reparationsexport ganz auf Rohstoffe abstellen möchte, niemals so unvereinbare Dinge vereinigen wie englische Wirtschaftsblüte und deutsche Sklaverei, Aufhebung der „Zwangswirtschaft" für Unternehmer, und staatlicher Arbeitszwang für Ausständige, und die Regierung, deren Richtungslosigkeit für diesen Wirrwarr verantwortlich gemacht wird, ist in Wirklichkeit die einzige Stelle, die sich mit stiller Zähigkeit bemüht, unter den eigentümlichen Bedingungen des englischen Parlamentarismus und der englischen Meinungsbildung zwischen lauter Abgründen hindurchzusteuern.

Und hier, in dieser nach allen Seiten offenen, ganz experimentellen und unvoreingenommenen, meinetwegen opportunistischen Haltung des Kabinetts Lloyd George liegt der einzige zarte Keim für Hoffnungen auf einen allmählichen Wandel der englischen Politik, nicht zu unseren Gunsten, wohl aber zu einer auch für uns nicht ungünstigen Abkehr von allem Imperialismus: zu dem Ziel des sozialen und weltpolitischen Ausgleichs. Selbst wenn der Premierminister heute verschwände, würde die Schule seiner Staatskunst in seinen alten Jüngern und in immer neuen, wie dem neuen Schatzkanzler Sir Robert Horne, oder dem immer mehr dafür gewonnenen Austen Chamberlain, der rechten und linken Opposition zum Trotz, die Idee der Koalition und ihrer überparteilichen Staatswirtschaft weiter verfolgen. Ja, wie Garvin im „Observer" schreibt, vielleicht würde dann erst, in der Entlastung von den außenpolitischen Geschäften, der alte

Digitized by Google

Lloyd George selber sein Werk mit der größten Leistung, der Versöhnung der sozialen Gegensätze in einer neuen Wirtschaftsform, krönen. Der Festländer, noch mehr der Engländer, verfällt in einen eigenartigen Widerspruch, wenn er an der „georgischen" Politik immer wieder ihre plebejische Traditionslosigkeit tadelt. Gerade jene festgeschlossene Reihe aristokratischer Staatsmänner, die, ganz gleich, ob Whigs oder Tories, Liberale oder Konservative, wandellos an der inner- und außenpolitischen Machtstellung der englischen Herrscherklasse fortbauten, war es doch, unter deren Druck der Kontinent und auch Deutschland in Freundschaft wie Feindschaft gleichmäßig gesetzt hat. Wie, wenn unter der Form einer Regierung, die diesen alten Machtinstinkten die Preisgabe ihrer ganzen Ueberlieferung zu sein scheint, England als erste unter den kapitalistischen Großmächten sich bereits heimlich auf ein neues Zeitalter internationaler Gemeinschaftsarbeit vorbereitete?

Polen in Not

Von Dr. Ernst Riemann

Die dauernde, durch Provisorien immer wieder verkleisterte, aber nie behobene Regierungskrise, die bedrohliche außenpolitische Lage sowie die trostlosen Finanzverhältnisse haben schließlich auch die verbohrtesten Hetzer in Polen zum Nachdenken veranlaßt. In linksstehenden Kreisen und auch in manchen Teilen des großstädtischen Bürgertums wirkt die allgemeine Staatsmisere ernüchternd und im Einklang mit dieser Stimmung können es einzelne polnische Zeitschriften schon wagen, an die Erscheinungen im polnischen politischen Leben die kritische Sonde anzulegen. An dem Tage, an welchem in Warschau eine deutsche Papiermark mit 20 polnischen Mark bezahlt wurde, schienen die wilden Annexionspläne der polnischen öffentlichen Meinung vergessen zu sein. Zum Teile ließ man auch an diesem Tage alle Argumente aus dem Arsenal des abgrundtiefen Juden- und Deutschenhasses, der sonst die plausibelsten Erklärungen für alle Nöte Polens zu liefern pflegt, schweigen. Es ging wie eine Ernüchterung durch die polnischen Blätter und manche Stimme wagte den Ausruf: die polnische Nation selbst ist an dieser fatalen Entwicklung der Ereignisse mitschuldig.

Am nachdrücklichsten kennzeichnet die gegenwärtige außerpolitische Situation Polens der gewesene Ministerpräsident Kucharzewski. Er tat das in der Wochenschrift „Tydzien Polski" und die wichtigsten Stellen seines Aufsatzes lauten:

Digitized by Google

„Polen hat heute eine ganze Reihe seiner unmittelbaren Nachbarn gegen sich: Deutsche, Tschechen, Ukrainer, Litauer. Weiter stehen ihm in den wichtigsten Lebensfragen England und Italien oppositionell gegenüber, desgleichen die öffentliche Meinung in den meisten neutralen Staaten wie in Holland, in den skandinavischen Staaten, der Schweiz und seit einiger Zeit auch in Spanien. Es hat fast alle einflußreichen internationalen Faktoren gegen sich, die, in anderen Fragen unter sich uneinig, in der polnischen Frage einen einheitlichen Standpunkt vertreten. Es sind dies vor allem die drei sozialistischen Internationalen, weiter der internationale Freidenkerverband, die jüdische, russische und bolschewistische Weltpropaganda, die internationale Aktion der Protestanten und endlich ein großer Teil der katholischen Welt des Westens, die im Konflikte Polens mit Deutschland, Litauens und der Ukraine polenfeindlich orientiert zu sein scheinen. Diese Kraft des Unwillens und der Abneigung, die das staatlich reorganisierte Polen in der Welt erregt, steht zu unserer eigenen politischen Macht in keinem Verhältnisse. Und diese kritische internationale Situation Polens wurde zum großen Teile durch unsere heutigen Nationalfehler verschuldet." In den weiteren Ausführungen befaßt sich Kucharzewski in großen Zügen mit den polnisch-französischen Beziehungen und schließt seine Ausführungen: „Es wäre aber eine schlechte Vorbedeutung für die Zukunft des polnisch-französischen Bündnisses, wenn Frankreich definitiv zur Ueberzeugung käme, daß das Bündnis mit Polen seine Vereinsamung in der Welt verstärke und für die Zukunft vertiefe."

Kucharzewskis Beurteilung der internationalen Stellung Polens ist nur allzu berechtigt. Feinde ringsum und ungeordnete Verhältnisse im Innern — das ist das Bild, das der heutige polnische Staat bietet! Die Wurzel des Uebels aber liegt in den inneren politischen Verhältnissen des polnischen Reiches, die in ihrer außenpolitischen Wirkung für Polen katastrophal sind. Seit der Begründung des polnischen Staates wütet in diesem durch siebenjährigen Krieg verwüsteten und erschütterten Organismus der Kampf zwischen rechts und links ununterbrochen und wurde nur in den Momenten der höchsten Kriegsgefahr, im Sommer 1920, von den Sorgen um den Reichsbestand zurückgestellt. Führend auf der linken Seite sind die Bauern, das städtische Proletariat und ein geringer Teil des Kleinbürgertums; ihnen zur Seite stehen vor allem die Juden und die übrigen fremdstämmigen Gruppen, die von den Polen beherrscht werden. Die Führung der polnischen Rechtsparteien liegt beim polnischen Großgrundbesitz, der sich vor allem auf die aus Beamtentum, judenfeindlichem Bürgertum und klerikalen Kreisen sich zusammensetzenden Nationaldemokraten stützt. Kampfinhalt zwischen rechts und links in Polen sind in erster Linie die Agrarfrage und innere demokratische Reformen, wie Regelung der nationalen Minderheitsrechte, soziale Gesetzgebung, Ernährungsfrage, Milderung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land usw. Zahlenmäßig sind in dem polnischen Landtage die Vertreter der Linken stärker, in der öffentlichen Meinung und in der polnischen Gesellschaft herrscht jedoch die Nationaldemokratie, die sich überdies namentlich in außenpolitischen Fragen der Unterstützung des größten Teiles der Armee erfreut, deren Leitung wiederum in den

Digitized by Google

Händen des Staatsoberhauptes Pilsudski liegt, der ein Exponent der polnischen Linken ist. Diese durcheinandergreifende Kräfteverteilung gestaltet die Lage in Polen sehr verworren. Dazu kommt, daß innerhalb der Linken bezüglich wichtiger Fragen keine Einheitlichkeit besteht. So scheidet, um ein Beispiel anzuführen, der Gegensatz zwischen Stadt und Land die Arbeiter- und Bauernelemente der Linksparteien in zwei Lager und stehen Verpflegungs- und Ernährungsfragen in Beratung, so pflegen die sonst linksstehenden Bauernvertreter mit der Reaktion zusammenzugehen.

Die bisherigen polnischen Regierungskabinette waren darum gezwungen, eine unsichere innere Schaukelpolitik zu betreiben. Zur Beruhigung der Linken wurden die regierenden Männer den Linksparteien entnommen, zur Beruhigung der Rechten wurde in außenpolitischen Fragen ganz, in innerpolitischen zum Teile nach dem Rezepte der reaktionären Nationaldemokratie regiert. Die Folge war eine Dauerkrise, die sich in fortwährenden Rücktritten einzelner Minister und schließlich in einer Demission des Gesamtkabinettes Witos äußerte. Diese war aber dadurch erzwungen, weil die Partei des Premiers Witos, der bäuerliche „Piast", in ihrer Haltung unentschlossen ist und nicht den Mut hat, sich endgültig nach rechts oder nach links zu schlagen und auf diese Weise die Schaffung einer ausgesprochenen Rechts- oder Linksregierung zu ermöglichen. Es wird also zunächst in Polen alles beim alten und Witos Ministerpräsident bleiben. Das heißt, bis zu den Neuwahlen, deren Ausgang kein Mensch voraussehen kann, wird Polen bei seiner Schaukelpolitik beharren.

Die Kernfrage, die Linke und Rechte in Polen scheidet, ist die Agrarreform. Deren Durchführung will die polnische Reaktion um jeden Preis verhindern und die unbequemen landhungrigen Bauern, Kriegsinvaliden und zahllosen Legionäre auf Kosten der annektierten Randgebiete befriedigen. Weiter muß die polnische Reaktion den großen Troß ihrer bürgerlichen Anhänger durch Beamtenstellen gefügig und treu erhalten. Zu dem Zwecke braucht man immer neue Gebiete, die man mit den Segnungen polnischer Beamtenherrschaft beschenken könnte. Ferner sind für die Versorgung der zahllosen Offiziere Okkupationen und Eroberungen unbedingt notwendig. Schließlich lenken außenpolitische Unternehmungen von innerpolitischen Nöten ab. All diese Gründe zusammengenommen bestimmen die außenpolitische Richtung der polnischen Rechten, eine Richtung, die bisher in Polen befolgt wurde.

Diese Politik des Schwankens — linksstehende Minister und reaktionäre Prinzipien — ist aber gerade im gegenwärtigen Augenblick, da Polen vor wichtigen Entscheidungen steht, äußerst gefährlich. Diese Entscheidungen heißen: Oberschlesien, Wilna und Ostgalizien. Während die polnischen Reaktionäre darüber jubeln, daß vorläufig im Innern Polens alles beim alten bleibt, muß mit Rücksicht auf die genannten drei Fragen die pol-

Digitized by Google

nische Außenpolitik einen neuen Weg einschlagen, denn der bisherige hat nur Niederlagen gebracht. Als der oberschlesische Aufstand ausbrach, fragte man in Polen, ob er den polnischen Interessen dienen werde. Im Uebereifer des nationalen Ueberschwanges meinte man, daß der Aufstand den Polen nützen werde. Das Gegenteil ist der Fall gewesen! Für die polnischen Ansprüche auf Oberschlesien hat die Aufstandsbewegung keine günstigen Ergebnisse gehabt.

Das Bestreben, in Oberschlesien durch den Aufstand eine vollzogene Tatsache zu schaffen, hat vielmehr die halb in Vergessenheit geratenen Fragen von Wilna und Ostgalizien neuerdings aufgerührt. Besonders in England und Italien werden diese zwei letzten Fragen und die Art, wie Polen auf ihre Lösung hingearbeitet, mit der oberschlesischen Frage verglichen und hierbei festgestellt, daß der oberschlesische Aufstand bereits der dritte Versuch Polens ist, sich über Verträge und Abmachungen hinwegzusetzen. Der erste Versuch dieser Art ist im Frühjahr 1919 in Ostgalizien erfolgt, wo die Polen trotz des abgeschlossenen Waffenstillstandes, der mit Hilfe des Obersten Rates zustande gekommen war, das Land mit Waffengewalt besetzten. Nach einem Jahre bemächtigte sich General Zeligowski, nachdem zwischen Polen und Litauen mit Hilfe der Entente gleichfalls ein Waffenstillstand abgeschlossen wurde, des Wilnaer Gebietes. Nunmehr versucht Polen im Wege des Korfanty-Aufstandes in Oberschlesien wiederum die Welt vor vollzogene Tatsachen zu stellen. So stehen denn jetzt alle drei Fragen im Vordergrunde des politischen Interesses der ganzen Welt und auch Polens, das eine endgültige Festsetzung seiner Grenzen dringend braucht, um an seinen inneren Aufbau schreiten zu können. Polen wird sich also zu einer Neuorientierung seiner Politik bequemen müssen. Das System der Annexionen, der unter dem Drucke der Nationaldemokraten auch von Witos beibehalten wurde, muß fallen. Polen wird wohl oder übel auf die Vorschläge des Ententevertreters Hymans in Brüssel bezüglich Wilnas eingehen müssen. Hymans schlägt im Namen des Völkerbundes vor, das Gebiet von Wilna und Kowno zu einem großlitauischen Kantonstaat zu vereinigen, der dann mit Polen eine Föderation zu bilden hatte. Das würde jedoch einen schweren Schlag für die nationaldemokratische außenpolitische Orientierung, die die Annexion Wilnas vertritt, bedeuten.

Noch schwieriger läßt sich Polens Haltung bezüglich Ostgaliziens verteidigen. Eine glatte Annexion ist ausgeschlossen. Die Majorität der ostgalizischen Bevölkerung besteht aus Ukrainern und Juden. Eine Volksabstimmung wäre für die Polen viel zu gefährlich. Angeblich soll die Frage Ostgaliziens in der nächsten Zeit vor den Botschafterrat kommen und vorläufig läßt sich noch nicht absehen, in welcher Weise der Botschafterrat über sie entscheiden wird. Von linksstehender polnischer Seite wird eine weitgehende territoriale Autonomie für Ostgalizien mit einem eigenen

Digitized by Google

Parlament und eine Föderation mit Polen vorgeschlagen. Die Ukrainer verlangen ein selbständiges Ostgalizien. Die Nationaldemokraten und besonders der polnische Großgrundbesitz verlangen jedoch eine glatte Annexion. Dazu dürfte es allerdings nicht kommen, und die polnische Reaktion sucht schon jetzt einen Schuldigen an ihrer voraussichtlichen Niederlage in Ostgalizien. Dieser Schuldige sind natürlich die Juden, und die polnische nationaldemokratische Presse spricht von den Intrigen des „anonymen jüdischen Weltreiches".

Es ist daraus zu ersehen, daß eine weitere Verfolgung der bisherigen polnischen Außenpolitik nur zu schweren Niederlagen führen kann. Die neue Regierung Witos wird sich darum von ihrer dauernden Abhängigkeit von den Nationaldemokraten in außenpolitischen Dingen befreien müssen. Wer der neue Mann sein — und ob er überhaupt gefunden werden kann — der die Neuorientierung der polnischen Außenpolitik entgegen den Nationaldemokraten anbahnen wird, weiß in ganz Polen kein Mensch.*) Aber gesetzt den Fall, die neue Regierung Witos würde tatsächlich in der Außenpolitik einen neuen Kurs einschlagen, so wird sie dennoch in den inneren Fragen vor unlöslichen Aufgaben stehen, denn der Hauptgrund für die Opposition der Rechtsparteien sind gerade die inneren Fragen. Auf weite Sicht wäre übrigens auch eine Aenderung der Außenpolitik Polens im Sinne der Aufgabe des Annexionssystems auch keine genügende Sicherheit für den Bestand des polnischen Staates. Denn am Horizonte sind für das mit Frankreichs Hilfe unermeßlich angeschwollene polnische Reich gerade in den letzten Tagen die Vorboten zweier für den Bestand Großpolens bedrohlicher Erscheinungen aufgetaucht: die Konturen des nach dem voraussichtlichen Sturze der Bolschewistenherrschaft kommenden neuen Rußlands und die englisch-deutsche Zusammenarbeit beim Wiederaufbau Osteuropas. Ueber die Wirkung dieser Faktoren auf die weitere Entwicklung des im Innern ungeordneten und verworrenen und in seiner Außenpolitik von Niederlage zu Niederlage schreitenden polnischen Staates läßt sich vorläufig nur so viel voraussagen, daß die polnischen Großmachtträumer und Annexionisten schwere Enttäuschungen erleben werden.

*) Mittlerweile ist der rechtsstehende Skizmunt zum Außenminister ernannt worden, offenbar nach dem verkehrten Rezepte: reaktionärer Außenminister — fortschrittliches Programm. Also wieder Schaukelpolitik!

Digitized by Google

Sozialisten und Kommunisten in Frankreich

Von Dr. Eugen Quendt.

Die Tatsache, daß auf dem letzten französischen Sozialistenkongreß, der Ende Dezember in Tours tagte und die lang erwartete „Spaltung" brachte, 54 Deputierte der gemäßigten Richtung treu blieben und nur 12 sich für die extremistische entschieden, hat in Deutschland vielfach die Ansicht aufkommen lassen, daß die alte Partei der unifizierten Sozialisten eigentlich, und höchstens geschwächt durch die Sezession des unbedeutenden kommunistischen Flügels, fortbestehe. Diese Ansicht ist falsch. Diese 54 Gemäßigten sind eine Führerschaft mit einer sehr zusammengeschmolzenen Truppenmacht, die Mitte Mai vom Parteiorgan „Populaire" selbst auf 55 000 angegeben wurde, während die Kommunisten nach den Feststellungen ihres Mitte Mai in Paris zusammengetretenen Kongresses, der die Partei ausdrücklich als kommunistische konstituierte, am 31. März bereits 121 000 Mitglieder zählte (gegen 130 000 am 31. März des Vorjahres für die gesamte unifizierte Partei). Es kann danach keinem Zeifel unterliegen, daß die Kommunisten die eigentlichen Fortsetzer der alten Sozialistenpartei sind, was äußerlich nicht nur in dem Beitritt von prominenten Persönlichkeiten, wie Anatole France, der schon im Februar einem Redakteur des „Daily Herald" richtig voraussagte, daß die „Dissidenten", also die Gemäßigten, allmählich von dem sich bildenden Linksblock aufgesogen werden würden, und Henri Barbusse, dessen Clarté-Bewegung nach wie vor ideell starke Wurzeln im eigentlichen Volk hat, sondern auch in der Zahl und Verbreitung ihrer publizistischen Organe zum Ausdruck kommt. Die kommunistische Partei besitzt heute nicht weniger als fünf Tageszeitungen (darunter die „Humanité" mit einer Auflage von 200 000 Exemplaren, von denen angeblich 80 000 allein in Paris verkauft werden, und das Abendblatt „L'Internationale" mit einer Auflage von 40 000), 2 Halbwochen- und 40 Wochenschriften. Auch finanziell steht die Partei nicht ungünstig da. Eine nach Abrechnung mit den Dissidenten aufgelegte Sammlung ergab in wenigen Wochen 180 000 Fr., und in weniger als vierzehn Tagen brachte man für die Humanité und die Druckerei 440 000 Fr. zusammen. Dazu kommen die laufenden Beiträge, so daß die Angabe des Parteitages, daß man nach Leistung von 300 000 Fr. Anzahlung für den Erwerb des Gebäudes der Humanité noch über einen Kassenbestand von 250 000 Fr. verfügt, glaubhaft erscheint.

Die leitenden Grundsätze der Partei wurden vom Kongreß folgendermaßen zusammengefaßt: Einigung und internationale Aktion der Ar-

Digitized by Google

beiter, politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats als Klassenpartei zur Eroberung der Gewalt in regem Kampf (de haute lutte) gegen die Bourgeoisie, Sozialisierung der Produktions- und Austauschmittel, also die Umformung der kapitalistischen in eine kommunistische Gesellschaft. Bezeichnend für die Lage ist dabei, daß ein verlangter Zusatz über Negierung der nationalen Verteidigung unter dem kapitalistischen Regime und die gleichfalls beantragte Einführung der Worte „durch die proletarische Diktatur" nach dem Worte „Sozialisierung" von Frossard mit dem Argument zurückgewiesen wurden, daß eine Festlegung auf derartige Einzelheiten die Formel, die kurz sein müsse, nur unnötig kompliziere und daß die Stellungnahme zur nationalen Verteidigung durch den Beitritt zur 3. Internationale hinreichend geklärt sei. Der Zweck dieser vorsichtigen Zurückhaltung ist offenbar der, den Bogen nicht zu überspannen, der, wie sich bei der Gedächtnisfeier der Pariser Kommune gezeigt hat, ziemlich starken anarchistischen Bewegung, die mit allen Diktaturen, also auch der des Proletariats aufräumen will, nicht neue Angriffspunkte zu bieten, andrerseits die Brücken zu den Dissidenten, die man trotz aller Polemik offenbar doch immer noch zu gewinnen hofft, nicht abzubrechen, und den Linksblockvertretern, namentlich den bedrängten Radikalsozialisten Wahlbündnisse nicht völlig unmöglich zu machen. Auch weiß man, was man der Regierung schuldig ist. Zwar hat man anläßlich der Einberufung der Jahresklasse 19 eine sehr rührige antimilitaristische Propaganda betrieben und sucht namentlich unter den neueingestellten Rekruten Anhänger zu werben, so daß die Regierung wohl oder übel einschreiten mußte, aber es ist gewiß auffällig, daß bei den jüngst veranstalteten zahlreichen Haussuchungen bis jetzt wenigstens nichts Belastendes oder Kompromittierendes herausgekommen ist. Wer französische Gewohnheiten in dieser Beziehung kennt, wird daraus den berechtigten Schluß ziehen dürfen, daß die Regierung Gründe zu haben glaubt, gegen die neue Partei nicht allzu scharf vorzugehen.

Die Propaganda der Kommunisten wird, namentlich auch unter den Bauern, deren Bedeutung man zum Teil wohl auch auf Grund der Vorgänge in Rußland erkennen gelernt hat, überaus rührig und, soweit sich beurteilen läßt, infolge vorsichtiger Formulierungen auch erfolgreich betrieben. Am schärfsten wird aber natürlich der Kampf um die Gewerkschaften geführt, deren Mehrheit ja nach dem Orleanser Gewerkschaftskongreß im Herbst nominell noch auf dem Boden der 2. Internationale steht. Die damals überstimmte Minderheit hat sich damals jedoch keineswegs unterworfen, sondern, ohne auszutreten, ihren Standpunkt sicher verfochten und, getreu den Weisungen Lenins selbst, innerhalb jeder Körperschaft einen Propagandakern zu bilden gesucht (woher das ganze Verfahren die Bezeichnung „noyantage" erhalten hat), der nicht nur die

Digitized by Google

Autorität der gemäßigt gesinnten Führer schwächen, sondern auch neue Anhänger werben sollte. Im großen ganzen kann man sagen, daß dies Verfahren erfolgreich gewesen ist. Schon im Februar versuchte man die Kommunisten hinauszudrängen, rief damit aber zahlreiche Proteste der einzelnen Verbände hervor, die keine Spaltung und vielfach auch keine politische Einstellung wollen. Aber im Mai auf einer außerordentlichen Sitzung des erweiterten Komitees sah sich der Präsident des Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, nachdem er und sein Adlatus Dumoulin an mehreren Orten durch Demonstrationen der Extremisten am Sprechen gehindert worden waren, genötigt festzustellen, daß unter den jetzigen Verhältnissen der Bestand der Gewerkschaften überhaupt aufs schwerste bedroht sei, da die inneren Streitigkeiten jede Propaganda unmöglich machten. Dabei ergab sich, daß schon damals in den Departements Seine, Rhône, Moselle, Indre et Loire, Aude auch innerhalb der Gewerkschaften kommunistische Mehrheiten bestanden, doch gelang es den bisherigen Mehrheitlern noch, ihren Beschluß, den nächsten Gewerkschaftskongreß im Juli statt im September einzuberufen, durchzusetzen. Trotzdem auf diese Weise den Extremisten viel Zeit für weitere Propaganda genommen worden ist, muß es schon jetzt als zweifelhaft erscheinen, ob es den Führern gelingen wird, ein weiteres Hinüberwechseln zu den Kommunisten abzubremsen. Schon jetzt ist im Transportarbeiterverband die Mehrheit für die letzteren, der Bauarbeiterkongreß, der Mitte Mai in Dijon tagte, hat den rapport moral der bisher gemäßigten Leitung mit 157 gegen 122 Stimmen zurückgewiesen, mit 166 gegen 116 jede Einigung mit den öffentlichen Gewalten abgelehnt und sich mit 165 gegen 96 Stimmen für Anschluß an die 3. Internationale ausgesprochen. Ein ähnliches Bild ergibt der Gesamtkongreß der Eisenbahner, auf dem zwar der rapport moral (wie die nachgeprüften Zahlen lauten) mit 53 005 gegen 52 407 bei 2715 Enthaltungen gebilligt, dagegen am nächsten Tage die Resolution der bisherigen Minorität, die die Amsterdamer Internationale wegen ihrer Mitwirkung am Genfer Internationalen Arbeitsbureau eine Karikatur der Arbeiter-Internationale nennt und sich zum Klassenkampf bekennt, im ganzen aber sehr vorsichtig abgefaßt war, mit 55 140 gegen 53 677 Stimmen bei 1071 Enthaltungen angenommen. (Dafür stimmten Paris-Ouest, Etat, Lyon-Méditerrannée, Elsaß-Lothringen, Orleans.) Auch die Postbeamten, die im April noch im Verhältnis von 11 zu 2 gegen die Kommunisten waren, haben sich jetzt bei 14 Enthaltungen mit 63 gegen 57 Stimmen für die Kommunisten entschieden.

Indessen muß man sich hüten, die Bedeutung dieser Abstimmungen für die gesamte Arbeiterbewegung in Frankreich zu überschätzen. Einmal vollziehen sie sich rein gefühlsmäßig, ohne bestimmten Aktionsplan und, wie sich bei der diesjährigen Maifeierdemonstration gezeigt hat, ohne rasche

Digitized by Google

Entschlossenheit der Massen sowohl wie der Führer, sodann haben aber, seitdem die großen Maistreiks von 1920 kläglich gescheitert sind, die Gewerkschaften selbst an Bedeutung ungeheuer verloren. Ihre Anhängerzahl, die im vorigen Jahre über anderthalb Millionen betragen hatte, ist auf etwa ein Drittel zurückgegangen, so daß zum Beispiel im Gegensatz zum vorjährigen Eisenbahnerkongreß, der im Namen von 540 000 Mitgliedern tagte, der diesjährige nur 105 137 Mitglieder vertrat. Wohin die abgewanderten Massen geraten sind, ist bis jetzt unklar, wahrscheinlich stagnieren sie in allgemeiner Gleichgültigkeit, bis es eventuell unter dem Druck eines kommenden Lohnabbaues den Kommunisten als den energischeren Opponenten gelingen wird, sie wieder einzufangen. Vorgearbeitet hat ihnen in dieser Beziehung sicher die Regierung mit der Mobilisierung der Klasse 19, die in der ländlichen und arbeitenden Bevölkerung starke Verstimmung und bei den mit der gewöhnlichen Schlamperei schlecht versorgten Soldaten eine gewisse Frondestimmung erregt hat, die sich im ganzen zwar ziemlich platonisch äußerte, aber doch nicht ganz ohne Nachwirkung bleiben wird. Aber auch diese Dinge darf man nicht überschätzen, von einer proletarischen Revolutionsgefahr in Frankreich kann nicht die Rede sein.

Die kritische Lage der italienischen Handelsmarine

Von Dalmo Carnevali

Die Begründung, die das italienische Ministerium dem die Auflösung der Kammer verfügenden Dekret beigab, enthält gewissermaßen als Regierungsprogramm für die nächste Legislaturperiode eine kurze Aufzählung jener Probleme, die trotz ihrer Vordringlichkeit bisher eine Lösung nicht finden konnten und deshalb in nächster Zeit beschleunigte Behandlung erfahren sollen. Unter diesen Fragen wird unter anderem auch die der Handelsmarine genannt. Unter diesem bescheiden klingenden Wort verbirgt sich ein ungeheurer Komplex von Problemen, mit denen Italiens Zukunft eng verbunden ist, die aber auch für andere Länder lehrreich und daher beachtenswert sind.

Es ist bekannt, daß die Handelsflotte Italiens schon vor dem Kriege bei weitem nicht ausreichte, die Ein- und Ausfuhr des Landes selbst zu bewältigen, so daß hierzu in weitgehendem Maße Schiffe fremder Flaggen herangezogen werden mußten. Vom Standpunkt des Staates als Ganzes aus handelt es sich nicht so sehr um die Frage, ob eine Summe ausgegeben

Digitized by Google

wird, als darum, an wen sie ausgegeben wird. Geht sie ins Ausland, so ist sie für das Staatsvermögen verloren. Das geschilderte Mißverhältnis zwischen den in- und ausländischen Schiffen, die den Warentransport von und nach Italien besorgten, wurde während des Krieges teils durch die Requisitionen, teils durch die Versenkungen noch gesteigert und noch größer wurde der Schaden durch die über alles Maß hinausgehende, teils wegen der erhöhten Risiken berechtigte, teils auf die Gewinnsucht der Verbündeten zurückzuführende Erhöhung der Frachten. Italien bezahlte so während des Krieges an England 108 Millionen Pfund Sterling und an Amerika 691 Millionen Dollar, zusammen also nicht weniger als über 6 Milliarden Lire in Gold, lediglich für Frachten.

Bei Eintritt in den Krieg verfügte Italien über einen Schiffsraum von 885 000 Tonnen (Schiffe über 1500 Tonnen) gleich 1 392 500 Tonnen Tragfähigkeit, die sich durch Zugang während des Krieges auf 1 942 500 erhöhten, durch Verlust aber wiederum auf 584 100 Tonnen Fassungsvermögen verminderten. Während des Waffenstillstandes konnte diese Zahl durch Zukauf und Neubau auf 980 000 Tonnen Tragfähigkeit erhöht werden. Der Warenbedarf Italiens aus Uebersee (Kohle, Getreide, Metalle, Holz, Dünger, Petroleum u. a.) beläuft sich auf jährlich 15 600 000 Tonnen und würde eine Flotte mit einem Fassungsvermögen von 2 760 000 Tonnen beanspruchen. Es fehlen also heute noch 1 760 000 Tonnen Fassungsvermögen, was, alle Schiffsgrößen ineinandergerechnet, gleichbedeutend ist mit etwas mehr als 1 Million Registertonnen. Immerhin ist der seit Abschluß des Waffenstillstandes erzielte Zuwachs beträchtlich und er würde die besten Aussichten für die Zukunft eröffnen, wenn nicht eine Reihe neu eingetretener Umstände den Lauf der begonnenen günstigen Entwicklung jäh unterbrochen hätte. Welcher Art sind nun diese Umstände?

Im Jahre 1911 trat ein Gesetz in Kraft, das außer Zoll- und Steuernachlässen für jede in Italien erstellte Wasserverdrängungstonne einen Zuschuß von 35 Liren zusicherte. Später wurde dieser Zuschuß auf 85 Lire erhöht, so daß also der Staat von den ungefähr 400 Lire pro Tonne betragenden Baukosten ungefähr ein Fünftel auf seine Rechnung nahm. Das alsbald nach Kriegsausbruch einsetzende ungeheure Emporschnellen aller Preise nahm diesen Zuschüssen alsbald die anreizende Wirkung, was eine vollkommene Neuregelung notwendig machte. Diese wurde in der Form vorgenommen, daß der Zuschuß von 85 Liren beibehalten, darüber hinaus aber vom Staat die Verpflichtung übernommen wurde, alle, bis einschließlich 30. Juni 1921 neu erbauten oder bis Dezember 1920 im Auslande erworbenen Schiffe zu besonders hohen Mietsätzen auf einen Zeitraum von zwei Jahren zu chartern, so daß die von der Werft erlegten Baukosten eine rasche Abzahlung erfuhren, unter Umständen in zwei Jahren bis zu fünf Sechsteln der Herstellungskosten. Dem Reeder

Digitized by Google

stand es hierbei frei, die Charterung seiner Schiffe durch den Staat abzulehnen. Er erhielt in diesem Falle eine Abfindungssumme in der Höhe eines Sechstels der ihm andernfalls zustehenden zweijährigen Mietsumme. Solche Mietsverzichte kamen verhältnismäßig oft vor, weil die außerordentlich hohen Frachtsätze für die Reeder genügend Anreiz darstellten, ihre Schiffe auf eigene Rechnung fahren zu lassen. Diese Staatszuschüsse, die im Verein mit den günstigen Rentabilitätsaussichten für die Zukunft im Anfang außerordentlich belebend auf den Schiffsbau und Schiffsverkauf wirkten — es wurden 300 000 Tonnen Fassungsvermögen gebaut und 630 000 Tonnen erworben — haben nun den Nachteil, daß sie nur bis zu einem bestimmten Termin, nämlich bis einschließlich 1920 bzw. einschließlich Juni 1921 Geltung haben, während die Regierung einer Verlängerung des Termins oder einem Ersatz in anderer Form wegen der daraus resultierenden schweren Lasten für den Staat und auch weil das Bedürfnis zur Charterung weiterer Schiffe fehlt, zögernd gegenübersteht. Es ist begreiflich, daß die Reeder mit Neubauten zurückhaltend geworden sind und zwar wegen der heute außerordentlich langen Bauzeit und der unberechenbaren Verzögerungsmöglichkeiten, und zwar schon seit ziemlich langer Zeit. Es will eben keiner von ihnen riskieren, ein Schiff erst nach dem Juni 1921 vom Stapel zu lassen und womöglich auf jeden Staatszuschuß verzichten zu müssen.

Das war das erste Hindernis, das sich dem weiteren Ausbau der italienischen Handelsflotte in den Weg stellt, ein zweites nicht minder hemmendes Moment ist der seit Mitte vorigen Jahres in der ganzen Welt in die Erscheinung getretene Sturz der Frachtsätze, der bereits die Folge gehabt hat, daß von den 50 Millionen Weltschiffsraum über 5 Millionen Tonnen von den Reedern unbenützt in den Häfen zurückgehalten werden, weil der Betrieb sich nicht mehr hinreichend rentiert. Die nächste Folge dieses Zustandes ist der Rückgang des Schiffsbaues, der wiederum Schließung eines Teils der Werften und damit für die Arbeiter Beschäftigungslosigkeit und für eine ganze Reihe direkt und indirekt mit Lieferung von Schiffsmaterialien beschäftigte Industrien großen Schaden nach sich zieht. In Italien ist die Lage insofern besonders beklagenswert, als dort eine mit Hilfe großer Zuschüsse aus dem Staatssäckel — in 2½ Jahren seit Kriegsende fast 2 Milliarden — und durch Investierung großer Kapitalien durch die Werften zu einer gewissen Blüte gebrachte Industrie unglücklichen Verhältnissen zum Opfer zu fallen droht.

Der 30. Juni und damit das Aufhören der Staatszuschüsse ist nahe. Das Handelsministerium hat unter dem Drucke der Reeder einen Gesetzentwurf eingebracht, der aber solch exorbitante und kostspielige Konzessionen an die Schiffsbesitzer vorsah, — in 4½ Jahren 1500 Millionen Zuschüsse — daß der Schatzminister energischen Einspruch erhoben hat und daß an eine

Digitized by Google

Annahme durch das Parlament nicht zu denken ist. Es wird der Regierung sehr schwer werden, einen Ausweg aus der verworrenen Lage zu finden, ohne die öffentlichen Mittel allzusehr in Anspruch zu nehmen. Welcher Modus Anwendung finden wird, weiß noch niemand, fest steht nur das eine, daß bald etwas geschehen muß, wenn schwerer sozialer und weit in die Zukunft wirkender volkswirtschaftlicher Schaden vermieden werden soll. —

Römertum und Germanentum.

Von Prof. Dr. Hans Delbrück.

Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der Europäischen Kulturentwicklung. Von Alfons Dopsch. Wien 1918. 1920. Verlag L. W. Seidel & Sohn. I. Teil 404 S., II. Teil 542 S.

Nach den herrschenden Vorstellungen scheidet sich das Mittelalter von der Antike durch die Völkerwanderung. Die greisenhaft gewordene Kultur des Altertums wurde überrannt und überwältigt durch die jugendfrischen, barbarischen Völker des Nordens, und auf den Trümmern der untergegangenen Welt erwuchs allmählich mit seinen ganz anders gearteten Kulturerscheinungen die Welt, die wir als die mittelalterliche bezeichnen. Dopsch in dem oben genannten Werk, dem er bereits ein anderes zweibändiges Werk unter dem Titel „Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit“ hat vorausgehen lassen, will beweisen, daß diese Periodisierung „Altertum, Mittelalter, Neuzeit“ unbegründet sei. Die vielbesprochene und vielbescholtene Kulturzäsur zwischen Altertum und Mittelalter existiere nicht; weder sei der Romanismus so vollständig untergegangen, wie man sich vorgestellt habe, noch seien die Germanen so vollständige Barbaren gewesen, als welche man sie zu schildern pflege. Den Uebergang und die allmähliche Verwandlung des Angesichts der Welt leugnet auch Dopsch natürlich nicht, aber er glaubt doch eine durchaus neue Geschichtsauffassung zu begründen, indem er den Gegensatz zwischen römischem und germanischem Wesen sehr erheblich verkleinert.

Es dürfte der Mühe wert sein, anzumerken, daß diese neue historische Auffassung in demselben Augenblick auftritt, wo in dem gelesensten Buche der Gegenwart, Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“, ganz umgekehrt aufs allerschärfste das völlige Absterben der Antike herausgearbeitet und aus gewissen analogen Symptomen geschlossen wird, daß auch unsere Epoche jetzt in ganz derselben Weise dem Tode entgegengehe.

Digitized by Google

Der eine hat Unrecht so sehr wie der andere. Das Spenglersche Buch ist eine Dichtung von einer gewissen Größe der Konzeption. Mich persönlich hat sie nicht interessiert; ich habe es nicht fertiggebracht, das Werk zu Ende zu lesen; was soll ich mit einem Buch, das mit lauter Behauptungen arbeitet, die nicht richtig sind? Vom Standpunkt des Gelehrten ist Spengler ein Laie, der keck genug ist, dem Publikum Einfälle seiner Phantasie als wissenschaftlich feststehende Realitäten vorzuführen. In ganz vortrefflicher, abschließender Weise ist das soeben von dem Professor der Philosophie in Kiel, Heinrich Scholz, dargelegt worden*). So vollständig er den objektiven Wert der Spenglerschen Konstruktion vernichtet, so weiß Scholz doch sehr feinsinnig zu erklären und zu würdigen, weshalb ein solches Buch so viele andächtige Leser findet.

Hat denn nun etwa aber Dopsch recht, indem er behauptet, daß die Antike überhaupt nicht (wie Spengler voraussetzt) gestorben sei? Er hat recht, soweit er damit nichts Neues sagt. Denn daß die Antike mit mancherlei Kräften, ganz besonders mit der Kirche, aber auch vielfach sonst das ganze Mittelalter hindurch und auch heute noch fortlebt, ist Gemeingut der historischen Wissenschaft. Nichtsdestoweniger ist zwischen Antike und Mittelalter eine fundamentale Gegensätzlichkeit, und die übliche Unterscheidung der beiden Epochen ist unangreifbar. An der Stelle der Tempel, der Theater, der olympischen Spiele, der Legionen, der Triumphzüge, der Philosophen und Rhetoren finden wir tausend Jahre später die gotischen Dome, die Mönchsklöster, die Ritter, die Turniere, das Minnespiel, die Kreuzzüge, die Theologen, die Konzilien. Es kann sich nur darum handeln, wann, wie, mit welchen Kräften der Uebergang aus jener Welt in diese sich vollzogen hat.

Bei aller Gelehrsamkeit und allem Fleiß, den Dopsch aufgewandt hat, ist es ihm doch nicht gelungen, die Erkenntnis dieses Prozesses wesentlich zu vertiefen. Er hat sich selber die Möglichkeit eines größeren Erfolges dadurch verbaut, daß er den Gegensatz, der doch nur ein relativer ist, als einen absoluten oder nahezu absoluten auffaßt, und nun bald ausführlich beweist, was gar nicht bestritten wird, bald Behauptungen aufstellt, deren Uebertreibung auf der Hand liegt. Selbstverständlich hat sich der Uebergang vom Romanismus zum Germanismus allmählich vollzogen und lange fließen die beiden Ströme in einem Bette doch unterscheidbar nebeneinander her. Es kommt darauf an, von Moment zu Moment, von Erscheinung zu Erscheinung abzuwägen, welche Stärke, welchen Wert man feststellen kann. Dopsch aber kommt über die allgemeinen Sätze: das Römertum ist nicht völlig untergegangen und die Germanen waren nicht völlige Barbaren,

*) Zum Untergang des Abendlandes. Eine Auseinandersetzung mit Oswald Spengler von D. Dr. Heinrich Scholz. Zweite neubearbeitete und ergänzte Ausgabe. Berlin, Verlag Reuther & Reichard 1921. 68 S.

Digitized by Google

nicht hinaus, und das haben wir längst gewußt. Trotzdem ist es aber wahr, daß die römisch-griechische Kultur zugrunde gegangen ist und eine Herrschaft von Barbaren sich über sie gelagert hat. Im Altertum war die führende Schicht, die Aristokratie, auch die Trägerin der Bildung. Jetzt kam ein Jahrtausend, wo die herrschenden Könige, Herzöge, Fürsten und Grafen die Kunst des Lesens nicht nur nicht kannten, sondern sie verachteten. Wird das dadurch aufgehoben, daß es auch bei den Urgermanen schon einige geschickte Handwerker und sogar Goldschmiede gab?

Man sollte meinen, daß in einem Buch, das „wirtschaftliche Grundlagen" genannt wird, die Frage der Naturalwirtschaft und ihr Verhältnis zu der im Altertum herrschenden Geldwirtschaft besonders eingehend behandelt werde. Das ist aber keineswegs der Fall. Dopsch begnügt sich mit der Feststellung, daß auch die alten Germanen bereits das Geld gekannt, und daß neben der Naturalwirtschaft immer in einem gewissen Maße auch Geldverkehr bestanden habe. Das ist richtig. Es war, wenn man will, in der Verwendung des Geldes zwischen Altertum und Mittelalter nur ein Gradunterschied; dieser Gradunterschied ist aber so gewaltig, daß man mit Fug und Recht die eine Periode als Geldwirtschaft und die andere als Naturwirtschaft bezeichnet. Woher nun dieser Unterschied? Ich glaube, in einer speziellen Untersuchung nachgewiesen zu haben, daß er einfach aus der Erschöpfung der antiken Bergwerke entsprang. Bei der geringen Ausbildung der Mittel, den Bargeld-Verkehr durch Kredit-Organisationen oder durch Surrogate zu ersetzen, war der Bedarf an Edelmetall, das Wirtschaftsleben in Fluß zu erhalten, ungeheuer. Der Vorrat aber wurde allmählich immer kleiner, der Bedarf bei der steigenden Bevölkerung immer größer, und als alle Münzverschlechterungen nichts mehr halfen, brach endlich, schon im dritten Jahrhundert, die antike Geldwirtschaft zusammen. Ich habe, da mit dem Versagen der Steuerverfassung auch die Legionen zusammenbrechen und die Abwandlung des Kriegswesens einsetzt, das ganze Problem eingehend in der „Geschichte der Kriegskunst" behandelt. Mommsen hat an dieser Stelle versagt, da ihm, obgleich er ein großes Werk über das Münzwesen verfaßte, doch der Blick für das Währungsproblem verschlossen geblieben ist. Auch Dopsch streift es nur, hat sich auch nicht den Zusammenhang mit der Abwandlung der Kriegsverfassung klargemacht. Mir scheint, man braucht es nur auszusprechen, um zu verstehen, daß die Ersetzung des Legionars durch den Ritter damit zusammenhängt, daß jener mit barem Gelde regelmäßig besoldet wurde und dieser statt dessen ein Landgut zu Lehen erhielt, aus dem er sich selber erhielt. Dopsch weist mit verschiedenen falschen Theorien, namentlich auch diejenige Brunners über den Ursprung des Lehnswesens mit Glück ab und schließt sich im wesentlichen an die von mir begründete Auffassung an, wonach bereits der Sieg bei Tours 732 von einem meist berittenen Vasallenheer erfochten worden ist*). Gerade das

*) In dem erstgenannten Werk „Wirtschaftentwickelung in der Karolingerzeit"

Digitized by Google

aber, worauf sein Buch eigentlich angelegt ist, der Zusammenhang dieser militärischen Erscheinung mit dem Wirtschaftlichen tritt nicht genügend hervor. So kommt denn auch die grundlegende Entdeckung von Stutz, die ich in der „Geschichte der Kriegskunst" auswerten konnte, über die Pippinsche Steuerreform nicht zu ihrem Recht; ja, man muß sagen, Dopsch hat Stutz nicht einmal richtig verstanden, und das ist ein um so größeres Manko, als es sich gerade um den Zentralgedanken der Karolingischen Monarchie handelt, um das neue Bündnis zwischen Kirche und Staat. Ich möchte die Vermutung nicht unterdrücken, daß wir auch hier eine Frucht des Zusammenwirkens zwischen den Karolingern und Bonifazius vor uns haben. Es handelt sich darum, daß die Karolinger der Kirche ihren starken Arm leihen, die Untertanen zu zwingen, der Kirche den Zehnten zu bezahlen, den diese mit den bloßen geistigen Strafen nicht einzutreiben vermochte. Der Staat selber konnte die einzuliefernden Naturalien für seine Heeresaufgebote nicht verwerten. Wild, Fische, Geflügel, Eier ließen sich auf weite Entfernungen nicht transportieren, und selbst für Getreide und Vieh war es immer sehr umständlich. Die Kirche aber konnte diese Leistungen verwenden für die Erhaltung ihrer Pfarrer und des Bischofsitzes. Umgekehrt gebrauchte der Staat die Güter der Kirche, um darauf seine Krieger anzusiedeln. Es wird keine leichte Arbeit gewesen sein, diesen Austausch zwischen Kirche und Staat zustande zu bringen und durchzusetzen, aber man wird ohne Bedenken den Satz aufstellen können, daß die Gesundheit und gewaltige Kraftentwicklung des Reiches unter Karl dem Großen eben auf dem Fundament dieser Steuergesetzgebung und Heeresreform beruhte. Karl Martell hatte die Kirchengüter für seine Zwecke benutzt, indem er sich ihrer gewaltsam bemächtigte und seine Kriegsgenossen zu Bischöfen machte. Sein Sohn Pippin fand den genialen Ausweg, der das kirchliche und staatliche Interesse gleichmäßig befriedigte.

Am besten gelungen scheint mir in Dopsch' Werk der Nachweis, daß das städtische Leben des Mittelalters nicht aus großen Herrenhöfen, also aus einer ursprünglich unfreien Bevölkerung hervorgegangen ist, wie auch neuere Forscher noch vielfach annehmen, sondern daß freie Gemeinden die Keimzelle der späteren Stadtverwaltung gebildet haben. Sehr gut ist auch gegen Max Weber entwickelt, daß durch die Ausbildung der großen Herrenhöfe auf dem Lande keineswegs das städtische Gewerbe entleert wurde, sondern daß beide, sich ergänzend, nebeneinander bestanden.

---

vertritt Dopsch noch eine andere Auffassung. Hier zitiert er (II S. 22) eine Verordnung Karl des Großen, in der verboten wird, daß ein Aufgebotener bloß mit einem Knüppel erscheine. Er meint daraus schließen zu müssen, daß das Aufgebot sich nicht auf Berufskrieger, sondern auf Bauern beziehe. Weshalb? Es mag oft genug vorgekommen sein, daß ein Berufskrieger sein Schwert, seinen Spieß oder seinen Bogen vertrunken, verspielt oder verloren hatte und nun beim Heeresaufgebot mit einem bloßen Prügel erschien und behauptete, mit dieser Keule ebensoviel Feinde erschlagen zu können wie andere mit anderen Waffen.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Walter Sulzbach: Die Grundlagen der politischen Parteibildung. Verlag von J. C. B. Mohr in Tübingen, 181 S., 30,— M.

Die Erwartungen, die der Titel dieses Buches weckt, werden nicht ganz erfüllt; es ist keine Systematik, die aus einer pragmatischen Darstellung allgemeine Folgerungen zieht, wie man vermuten möchte, sondern eine Arbeit, die an sich die wissenschaftliche Betrachtung des Problems philosophisch und psychologisch in Frage stellt und zunächst eine wenn auch vielleicht willkürlich etwas herausgewählte, so doch an Material reiche Sammlung und Kritik dessen enthält, was die Begriffsbildung bisher geleistet. Dann aber, nachdem er das Philologische hinter sich gebracht, wendet sich der Verfasser mit Geist und Unbefangenheit den Typen der politischen Bewegungen zu, den echten und „unechten" Parteien, ihrem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Interessengruppen, den Mitteln ihres Kampfes, dem Charakter ihres Machtstrebens, ihrer Würdigung von Staat und Gesellschaft. Bei einer reichen Fülle von Beobachtung und kluger Bewertung des Stoffes ist die Haltung gegenüber dem traditionalen Verfahren der Parteien, sich selber ihre Legende zu bilden, skeptisch, im Vortrag gelegentlich reizvoll in einer munteren Ironie. Und darin liegt ja auch wohl das Ziel: nicht einen Hinweis zu geben, nach welchen Kriterien das Parteileben sich entwickeln mußte oder müßte, sondern relativistisch die Fragestellung in die richtige Lage umzubiegen: nicht auszusagen, wer „Recht" habe, sondern begreiflich zu machen, daß sie alle ihre Gültigkeit finden in der Tatsache ihres historisch vielfach gefärbten und bedingten, aber nun eben doch nach Wirkungen strebenden Daseins.

Sehr groß ist die Zahl von geistreichen Bemerkungen, die dem populären Bedürfnis nach Verallgemeinerung in die Seite fahren. Ich notiere ein Beispiel: „Daß nach der Schlacht von Marathon ein Grieche, der bis nach Athen gelaufen war, um seiner Vaterstadt den glücklichen Ausgang des Kampfes zu melden, nach der Meldung tot zusammenbrach, ist ein bekanntes Beispiel für den Gemeingeist und den aufopfernden Patriotismus der Hellenen geworden. Wäre das gleiche bei den Juden vorgekommen, so hätten längst unzählige Historiker und Soziologen in dem Marathonläufer die charakteristischen Züge des jüdischen Journalisten entdeckt und die berichtete Tatsache auf diese Weise „verstanden".

Th. H.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

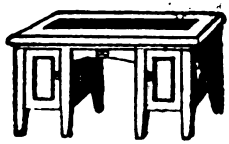
Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 86a I. Telephon: Nollendorf 228. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

FR. RAHN Büromöbel-Fabriken
Berlin N 54, Brunnenstr. 188-190.

Gegr. 1862

Sehenswerte Ausstellung
Besichtigung erbeten

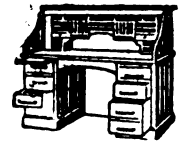


Kief. und eichene Schreibtische in jeder Größe und Preislage, vom einfachsten Bureautisch bis zum besten Herrenzimmerschreibtisch.

Vertikal-Registraturschränke, Kartotheken, Kartenstehpulte usw. in größter Auswahl.

Gegr. 1862

Lieferant städtischer und staatlicher Behörden



Aktenschränke in jeder Ausführung, Privatkontore, Herrenzimmer, Klubsessel, Schreibsessel, Stühle.

Haupt-Muster-Ausstellung:
Brunnenstr. 180-190 (ca. 2000 qm)

Stadt-Musterlager:
Friedrichstr. 207

Schreibmaschinen
aller Systeme
liefern preiswert

Gebr. Weinitschke
BERLIN C 19, Seydelstraße 3
Fernsprecher: Zentrum 1595, 2146

„Die Bücherpost"

...chrift wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen ...andels aus allen Wissensgebieten und der ...haltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich ...50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der ...räger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Riddastr. 74, postfrei und umsonst.

Tüchtige Fachleute finden Stellung durch die

Vossische Zeitung

Berlin SW 68, Ullsteinhaus

Digitized by Google

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT IN STUTTGART UND BERLIN

Soeben ist erschienen:

ALBERT VON HOFMANN

Das Land Italien und seine Geschichte

Eine historisch-topographische Darstellung

Mit 14 Kartenskizzen

Etwa 480 Seiten. Preis in Halbleinen gebunden M. 54.–

Die Eigenart Hofmanns ist aus seinen früheren Werken bekannt, sowohl in dem Buche „Das deutsche Land und die deutsche Geschichte" als auch in der „Politischen Geschichte der Deutschen", von der bisher der erste Band erschienen ist, geht er von der Topographie des Landes aus und zeigt uns, wie Gebirge und Pässe, Flußläufe und Küstenbildung bestimmend auf die geschichtlichen Begebenheiten eingewirkt haben. Dabei verfällt er aber keineswegs in Einseitigkeit und verliert niemals die Tatsache aus den Augen, daß es im Grunde doch die Menschen sind, die die Geschichte machen. Seine Methode bewährt sich in dem vorliegenden Werke in vorzüglicher Weise. Wohl die Geschichte keines anderen Landes ist so sehr wie die Italiens von seiner geographischen Struktur beeinflußt worden. Alle Phasen der Entwicklung, von den ersten Anfängen bis zur Einigung unter der Herrschaft Roms, und dann wieder vom Zusammenbruch des römischen Reiches bis zur Neuzeit, werden uns an der Hand der Geographie verständlich. Besonders interessant ist der Nachweis, wie die großen, alten Römerstraßen geschichtsbildend gewirkt haben, wie die Straße das Land, das sie durchläuft, gewissermaßen geschaffen hat. Der Verfasser führt uns die einzelnen Regionen Italiens, von Norden nach Süden vorschreitend, anschaulich vor Augen und erzählt uns die historischen Vorgänge, da wo es die Oertlichkeit erfordert. Die Kunst des Verfassers, lebendig zu schildern, packend zu erzählen und überraschende Parallelen zu finden, bewährt sich in diesem Werke aufs neue.

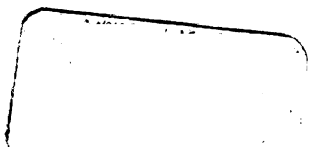
Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIV. OF MICH.
MAR 13 1924
BOUND



Digitized by Google

Digitized by Google